

LUDWIGSFELDE – STADT DER AUTOMOBILBAUER

Stadtentwicklung, Kommunalpolitik und städtisches Leben
in einer kleinen Industriestadt der DDR



vorgelegt von

Dipl.-Ing. Carsten Benke M.A.

von der Fakultät I, Institut für Geschichte und Kunstgeschichte
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. phil.

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzende: Prof. Dr. Angela Ittel

Berichter: Prof. i.R. Dr. Heinz Reif

Berichter: PD Dr. Christoph Bernhardt

Tag der mündlichen Prüfung: 8. Juli 2009

Berlin 2010

D 83

Titelbild:

Blick von einem Spielplatz in der Zweiten Wohnstadt in Ludwigsfelde nach Süden in Richtung Hochhaus, links Wohnbauten entlang der Potsdamer Straße. Aufnahme ca. Ende 1960er Jahre. (Fotografischer Verlag Reinhard Kallmer, Zwickau, keine Angabe des Fotografen, Sammlung Benke)

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	5
1.1	Forschungsstand und Erkenntnisinteresse	6
1.2	Leitperspektiven der Untersuchung	14
1.2.1	Stadtentwicklung in der kleinen Industriestadt	15
1.2.2	Kommunalpolitik im Zentralismus	23
1.2.3	Alltagsleben in der Industrieprovinz	28
1.3	Das Fallbeispiel Ludwigsfelde	32
1.4	Quellengrundlage	35
2	KLEINE INDUSTRIESTÄDTE IN DER DDR	39
2.1	Charakteristika von Industriestädten	39
2.2	Industriestädte in Ostdeutschland	41
2.2.1	Ideologische Bedeutung der Industriestadt in der DDR	43
2.2.2	Stadtplanung und Städtebau in der DDR-Industriestadt	49
2.2.3	Industriestädte und raumpolitische Ziele	55
2.3	Kleine Industriestädte in der DDR	62
2.3.1	Charakteristika der kleinen Industriestädte in der DDR	63
2.3.2	Kleine industrielle Entwicklungsstädte und industrielle Kleinstadtgründungen	66
3	STADTENTWICKLUNG UND INDUSTRIEGESCHICHTE LUDWIGSFELDES	77
3.1	Vorgeschichte bis 1945	77
3.1.1	Die Lage von Ludwigsfelde im Berliner Raum	77
3.1.2	Ludwigsfelde als Spinnerkolonie und Landgemeinde	79
3.1.3	Begründung des Industriortes in den 1930er Jahren	81
3.2	Die wechselhafte Entwicklung des Industriortes 1945 bis 1962/65	86
3.2.1	Die Jahre 1945 bis 1952: Industriort ohne Industrie	86
3.2.2	Neuer Aufschwung nach 1952: Die Gründung des Industrierwerkes	88
3.2.3	„Die erste sozialistische Wohnstadt im Bezirk Potsdam“ (ab 1952)	93
3.2.4	Exkurs: Die kleineren Arbeitgeber in der Stadt 1945 bis 1989	105
3.2.5	Die neue Perspektive für den Ort? Die Flugzeugturbinenproduktion	106
3.2.6	Das Instandsetzungswerk Ludwigsfelde (INL)	109
3.2.7	Weiterentwicklung in modernen Formen: Die späten 1950er Jahre	109
3.2.8	Exkurs: Die Grenzgemeinde – Ludwigsfeldes Beziehung zu West-Berlin	120
3.3	Die „neue Perspektive“: Automobilbau, Stadttitel und Aufbaukrisen (1962/65 bis 1974)	124
3.3.1	Planung und Bau der Automobilwerke Ludwigsfelde (AWL)	124
3.3.2	Der Ort Ludwigsfelde von 1962 bis zur Stadtwerdung	129
3.3.3	Wachstum durch das Automobilwerk: Wohngebietsplanungen seit 1963	133
3.3.4	Der Beginn der Lkw-Produktion und die Verleihung des Stadttitels	143
3.3.5	Schwierige Anfangsjahre: Der notorische Planschuldner bis zur Krise 1968/69	153
3.3.6	Die Stadtentwicklung in den frühen 1970er Jahren	157
3.3.7	Die Produktionskrise von 1974/75	159
3.4	Konsolidierung der unvollendeten Industriestadt 1975 bis 1989	165
3.4.1	„Ludwigsfelde Nord“: Ausdehnung nach Norden in Plattenbauweise	165
3.4.2	Der Exportbetrieb zwischen Ludwigsfelde und dem Schatt al-Arab	171
3.4.3	Der „2. Teilkomplex“ von „Ludwigsfelde Nord“	177
3.4.4	Ende der 1980er Jahren: Gleichzeitigkeit von hohen Standards und Defiziten	181
3.4.5	Die wachsende Mitwirkung der örtlichen Organe bei der Stadtplanung	185
3.4.6	Fallstudie: Eigenheimbau als lokale Städtebaupolitik	187
3.4.7	Der Generalbebauungsplan 1982: „Seid ihr jetzt größenwahnsinnig geworden?“	203
3.4.8	Vom „3. Teilkomplex“ zum „Boulevard“	207

4	KOMMUNALPOLITIK AM ENDE DER ADMINISTRATIVEN HIERARCHIE	217
4.1	Kommunalpolitik und die Rolle der Kommune in der DDR	217
4.1.1	Das örtliche Staatsorgan – Kommune im Zentralismus	218
4.1.2	Phasen der Entwicklung der Kommunalpolitik in Ludwigsfelde	230
4.1.3	Spielräume und Grenzen der Kommunalpolitik: „Spielräume hat man sich selbst geschaffen oder man hatte keine.“	232
4.1.4	Ludwigsfelde und die übergeordneten Staatsorgane	236
4.1.5	Fallstudie: Der Konflikt um den Stadtwirtschaftsbetrieb	243
4.2	Die kommunalen Akteure und Institutionen	247
4.2.1	Städtische Institutionen und ihr Personal	247
4.2.2	Die Struktur der SED in Ludwigsfelde	270
4.2.3	Die „Blockparteien“ in Ludwigsfelde	282
4.3	Kommunalpolitik im Spannungsfeld zwischen Stadt und Großbetrieb	289
4.3.1	Die Großbetriebe als kommunale Akteure in der DDR	289
4.3.2	Die Beziehung zwischen Stadt und Betrieb in Ludwigsfelde	291
4.3.3	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Betrieb	298
4.4	Gestaltungsspielräume: Initiativen und territoriale Rationalisierung	302
4.4.1	Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung	307
4.4.2	Fallstudie: „Der Schwarzbau“ der Volksschwimmhalle	313
4.4.3	Weitere Initiativbauten in Ludwigsfelde in den 1970er und 1980er Jahren	322
4.4.4	Fallstudie: Das „illegale“ Krankenhaus	324
4.4.5	Fallstudie: Die Eingabe gegen den Abriss des Spielplatzes	328
4.4.6	Fallstudie: Grenzen der Lokalpolitik: Der fehlende Rathausbau	332
5	LUDWIGSFELDE – EINWOHNER UND ALLTAGSLEBEN	343
5.1	Die Bewohner der Automobilbauerstadt	343
5.1.1	Eingesessene und Zuwanderer: „ <i>Hier hat man nur etwas für die Sachsen übrig!</i> “	348
5.1.2	Die Arbeiter der kleineren Betriebe	352
5.1.3	Handwerker und private Gewerbetreibende	354
5.1.4	Akademische Berufsgruppen	363
5.1.5	Die Ausländer: Am Rande der Stadt	366
5.1.6	Evangelische Kirche – stabile Minderheit in der Industriestadt	371
5.2	Konsummöglichkeiten in Ludwigsfelde	379
5.2.1	Die 1950er Jahre: „Ha'm wir nicht“	380
5.2.2	Verbesserungen und neue Defizite: die 1960er bis 1980er Jahre	382
5.2.3	Erwartungshaltung der Ludwigsfelder – „Berlin verführt“	389
5.2.4	Die Entwicklung des Angebots in den 1980er Jahren	391
5.2.5	Arbeiterversorgung des Betriebs und Sonderverkäufe	394
5.2.6	Fallstudie: Der Streit um den Intershop 1984/1985	395
5.3	Städtisches Leben in der Automobilbauerstadt	399
5.3.1	Entwicklung des Kultur- und Freizeitangebots in Ludwigsfelde	399
5.3.2	Die Rolle der Vereine in der Industriestadt	404
5.3.3	„Es ist wirklich hier sehr langweilig“: Jugendkultur in Ludwigsfelde	407
5.3.4	Kleingartenanlagen im Alltagsleben der Stadt	411
5.3.5	Eigenständige städtische Kulturarbeit	414
5.3.6	Der Wunsch nach dem „städtischen Charakter“	431
5.3.7	Der Wandel des Bildes von der Stadt	439
6	SCHLUSSBETRACHTUNG: DIE UNVOLLLENDETE STADTWERDUNG DES INDUSTRIORTES	451
	ANHANG	471

1 EINLEITUNG

„Ludwigsfelde ist die Boomtown schlechthin. Und doch: Wer von der Autobahn abfährt, wird erst einmal enttäuscht. Aufschwung und Wohlstand stellt man sich anders vor.“¹

„Der Aufschwung ist hässlich. Ungefähr so wie Ludwigsfelde. Die Autobahn A 10 knallt quer durch die 25.000-Seelen-Kommune. ‚Das ist hier nicht der ruhigste Wohnort‘, sagt Heinrich Scholl und lächelt dabei selbstbewusst. Als Bürgermeister der Stadt hat er allen Grund stolz zu sein: ‚Hier gibt es Arbeitsplätze und Einkommen‘, sagt Scholl. Ludwigsfelde ist Brandenburgs Boomtown schlechthin. Auch wenn man es auf den ersten Blick nicht merkt.“²

„Doch es gibt auch Probleme. In Ludwigsfelde sind nach wie vor zahlreiche Bürger unzufrieden, weil es immer noch kein richtiges Stadtzentrum gibt, wie viele meinen.“³

Diese einleitenden Textpassagen, die sich auf die aktuelle Situation in der Stadt Ludwigsfelde beziehen, stammen aus drei Zeitungsartikeln der Jahre 2004 und 2005. Die Aussagen hätten sich aber auch auf das Jahr 1964 oder 1984 beziehen können. Erfolge und strukturelle Probleme manifestieren sich in der kleinen Industriestadt Ludwigsfelde in bemerkenswerter Persistenz. Industrielle Leistungen ebenso wie partielle urbane Defizite waren und sind als die zwei Gesichter einer schnell gewachsenen kleinen Industriestadt in Geschichte und Gegenwart prägende Alltagserfahrungen für die Bewohner des Ortes.

Die Stadt Ludwigsfelde stand in den letzten Jahren als eines der wenigen Beispiele einer erfolgreichen Industriestadtentwicklung in den neuen Bundesländern vermehrt im Blickpunkt der Tagespresse.⁴ Diese positive Perspektive war zu Beginn der vorliegenden Untersuchung noch nicht absehbar. Nun erscheint Ludwigsfelde im Vergleich zu den anderen, zumeist von Schrumpfung und Deindustrialisierung geprägten ostdeutschen Städten als ein positiver Sonderfall.⁵

¹ Wolfgang Gehrmann/Kolja Rudzio: Die Kraft, die Wohlstand schafft. Warum wächst die Wirtschaft nirgendwo so schnell wie im ostdeutschen Teltow-Fläming? Warum kämpft Flensburg mit der Dauerkrise? Eine Spurensuche, in: Die Zeit 2, 2004 vom 31.12.2003.

² Matthias Richter: Immer der Straße nach. Teltow-Fläming, Deutschlands Wachstums-Champion an der A 10, in: Märkische Allgemeine, 26.7.2004.

³ Hermann M. Schröder: Die Region in dieser Woche. Wachstum trotz Krise. Viele Unternehmen expandieren weiter, in: Märkische Allgemeine, 26.6.2004.

⁴ Vgl. Wolfgang Gehrmann/Kolja Rudzio: Die Kraft, die Wohlstand schafft. Warum wächst die Wirtschaft nirgendwo so schnell wie im ostdeutschen Teltow-Fläming? Warum kämpft Flensburg mit der Dauerkrise? Eine Spurensuche, in: Die Zeit 2, 2004 vom 31.12.2003; Michael Mara/Thorsten Metzner: Der stille Star Teltow-Fläming. Gesunde Industrie, immer mehr Einwohner: Prognos-Studie bestätigt Erfolg des Landkreises, in: Der Tagesspiegel, 21.7.2004; Barbara Supp: Der Ganztagsmissionar. Der Kanzler als Politik-Lehrer in Ludwigsfelde, in: Der Spiegel 21, 2004 vom 17.5.2004 und Katrin Schoelkopf: Brandenburg wird zum Luftfahrt-Land. Branche rechnet bis 2015 mit 1.500 zusätzlichen Arbeitsplätzen, in: Berliner Morgenpost, 17.9.2003.

⁵ Es wäre die Aufgabe einer weiteren Studie nachzuvollziehen, inwieweit historische lokal-spezifische Entwicklungspfade Ludwigsfeldes über den großen Bruch von 1990 hinweg die heutige positive Entwicklung determiniert haben. Ansätze dazu finden sich in den Arbeiten von Peter Neumann: Zur Bedeutung von Urbanität in kleineren Industriestädten – untersucht am Beispiel von Hennigsdorf und Ludwigsfelde im Umland von Berlin, Münster 2002 (Münstersche Geographische Arbeiten, Bd. 45); Dagmar Mielitz: Grundlagen, Planungsprozesse und Perspektiven für die Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in Ludwigsfelde. Ein Beispiel für die Umstrukturierungsprobleme in den neuen Bundesländern, Berlin 1992. Vgl. zur heutigen Situation der Industrie: Günter Herfert: Ludwigsfelde/Dahlewitz. Ein industrieller Leuchtturm in der äußeren Peripherie der Stadtregion Berlin, in: Joachim Burdack/Günter Herfert/Robert Rudolph (Hg.): Europäische metropolitane Peripherien, Leipzig 2005 (Beiträge zur Regionalen Geographie, 61), S. 136–150.

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es jedoch, am Beispiel der Stadt Ludwigsfelde exemplarisch die Entwicklung einer kleinen Industriestadt in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990 zu analysieren. Im Vordergrund der Untersuchung stehen insbesondere die Chancen und Handlungsspielräume, über die Ludwigsfelde verfügte, um eine innere Stadtwerdung unter den Bedingungen eines zentralistischen und an den Bedürfnissen der Industrie orientierten Planungssystems zu erreichen. Der Operationalisierung der Analyse der urbanen Entwicklungsmöglichkeiten und lokalen Handlungsmuster dienen drei Leitperspektiven: die räumlich-strukturelle Stadtentwicklung, die Kommunalpolitik und die Strukturen und Möglichkeiten des städtischen Lebens.

Die Untersuchung der Stadtgeschichte der DDR hat in den letzten Jahren zwar eine erhebliche Ausweitung erfahren, insbesondere kleine Städte standen bisher hingegen nicht im wissenschaftlichen Fokus, obwohl gerade dieser Siedlungstyp die DDR sehr nachhaltig prägte. Erstaunlicherweise wird auch der für Ostdeutschland so bedeutende Stadttyp der industriellen Kleinstadt in der bisherigen Forschung fast gänzlich ignoriert. Die wissenschaftliche Erkenntnis im Hinblick auf kleinere, vor allem durch die Genese in der DDR geformte Industriestädte zu erweitern, ist ein zentrales Anliegen der Arbeit.

1.1 Forschungsstand und Erkenntnisinteresse

Die DDR war eine durch industrielle Produktion und industrielle Arbeitsweisen geprägte Gesellschaft, in der Industriestädte eine zentrale ökonomische Bedeutung besaßen. Gleichzeitig kam diesem Stadttyp auch eine herausragende ideologische und symbolische Rolle zu. Die „Arbeitsgesellschaft“⁶ der DDR definierte sich in besonderer Weise über ihre industrielle Produktion. Bau- und Raumordnungspolitik und in enger Verknüpfung damit auch die Sozialpolitik wurden vorrangig durch industriepolitische Erwägungen bestimmt. Industrielle Leitbilder prägten wesentlich das ökonomische wie das gesellschaftspolitische Handeln der Staats- und Parteiführung. Neben ihrer starken industriellen Prägung war die DDR zudem eine in hohem Maße urbanisierte Gesellschaft. Mehr als $\frac{3}{4}$ ihrer Bewohner lebten in Städten. Obwohl die Städte der DDR über keine kommunalen Selbstbestimmungsrechte verfügten, die politische Macht in zentralen Staats- und Parteistellen konzentriert war und innerhalb der Orte die Betriebe und Massenorganisationen für das gesellschaftliche Leben weitgehende Verantwortlichkeiten übernahmen, geht diese Arbeit der Frage nach, inwieweit die Städte und ihre Institutionen auch in der DDR eine wichtige Plattform des politischen Handelns des Staates darstellten und ein entscheidender Bezugsraum für das Alltagsleben der Menschen blieben. Die Analyse der ostdeutschen Industriestadtgeschichte bietet vor diesem Hintergrund einen wichtigen Ansatz zum Verständnis von Entwicklung und Struktur, Stabilität wie Instabilität der gesamten DDR-Gesellschaft. In den Industriestädten als den Zentren der staatlich-industriellen Förderung und wichtigen Objekten einer gesellschaftspolitischen Umgestaltung lassen sich Leistungen und Brüche in der Entwicklung des ostdeutschen Städte-

⁶ *Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61, hier S. 39.*

wesens, Erfolge und Misserfolge der DDR-Stadtpolitik sowie Loyalitätsgewinne und -verluste des SED-Systems in der Bevölkerung beispielhaft erforschen.

Diese Arbeit soll zur weiteren Etablierung der Stadtgeschichte als eines wichtigen Feldes der DDR-Forschung beitragen und damit auch einen weiteren Baustein zur Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung in Deutschland, insbesondere zur Kleinstadt- und Industriestadtfor- schung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, liefern. Festzustellen ist, dass sich die Er- forschung der Politik- und Gesellschaftsgeschichte der DDR in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich weiterentwickelt hat. Die neuere Forschung hat insbesondere das Wissen in Bezug auf Ideologie und Praxis der politischen Zentrale und die Kenntnisse über grundlegende ge- samtgesellschaftliche Prozesse erweitern können. Hermann Weber bilanzierte schon im Jahr 1998, dass die Forschung „gut vorangekommen“ sei, „aber zu sehr Intentionen der Herr- schenden und zu wenig reale Auswirkungen“⁷ analysiere. Nach einem erheblichen „Boom“ der DDR-Forschung scheint in den letzten Jahren das wissenschaftliche Interesse rein quan- titativ wieder abzunehmen. Allerdings verlagert sich auch der Forschungsschwerpunkt von einer lange festzustellenden Konzentration auf zentrale politische Institutionen, „Stasi“, Re- pression und Widerstand auf die differenziertere Untersuchung weiterer sektoraler und loka- ler Teilbereiche der DDR-Gesellschaft und Alltagsgeschichte.

Im Rahmen des seit einigen Jahren feststellbaren „spatial turns“ der geisteswissenschaftli- chen Forschung gewinnt die räumliche Komponente als Untersuchungsebene und analyti- sche Kategorie zunehmend an Bedeutung. In der DDR-Forschung hat sich diese Tendenz bisher erst in Ansätzen manifestieren können. Die Geschichte der DDR und ihrer gesell- schaftlichen Teilbereiche wurde lange Zeit vornehmlich aus der Sicht der politischen „Zentra- le“ analysiert. Noch ist die Stadtgeschichtsforschung – abgesehen von rein städtebaulich- architektonischen Aspekten – ein vergleichsweise wenig behandeltes Feld der DDR- Forschung.⁸

In den letzten Jahren konnte die Sinnhaftigkeit der Untersuchung lokaler Strukturen für die DDR-Forschung jedoch bereits deutlich gezeigt werden. Während auf der lokalen Ebene den Betrieben, Massenorganisationen und Wohngebieten inzwischen starke Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, blieben die örtlichen politischen Institutionen aber immer noch weitge- hend unbeachtet, obwohl schon 1992 Sighard Neckel darauf hingewiesen hat, dass die „Er- forschung lokaler politischer Strukturen in der Gesellschaft der DDR [...] auch einen Beitrag zur Analyse des Staatssozialismus insgesamt leisten“ könne.⁹ Die vorliegende Arbeit folgt auch der Anregung von Thomas Lindenberger, der 1999 dazu aufrief, bei der Untersuchung der DDR-Gesellschaft intensiver die unteren Institutionen und Organisationen zu thematisie-

⁷ Hermann Weber: Zum Stand der DDR-Forschung über die DDR-Geschichte, in: Deutschland-Archiv 2, 1998, S. 249–257, hier S. 254.

⁸ Diese Vernachlässigung ist jedoch allgemein für die Zeitgeschichte festzustellen. Vgl. Jürgen Reulecke: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1985 (Neue Historische Bibliothek), S. 153–154; Adelheid von Saldern: Die Stadt in der Zeitgeschichte. Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung, in: Die alte Stadt 18, 2, 1991, S. 127–153.

⁹ Sighard Neckel: Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR, in: Zeit- schrift für Soziologie 21, 1992, S. 252–268, hier S. 253.

ren, „von denen ausgehend die alltäglichen Beziehungen der Apparate und Funktionäre mit der Bevölkerung zu rekonstruieren sind: die Brigade, die Gemeinde, das Wohngebiet“¹⁰. Im Hinblick auf die Gemeinde bzw. die Stadt ist dies bisher nur in Ansätzen geschehen.¹¹ Das „Feld der Städte“ harret daher noch weitgehend einer eingehenden Betrachtung.

Angesichts der Bedeutung, die Städte im Selbstbild des Realsozialismus hatten, und in Hinblick auf die wichtige Rolle, die Städte im Verlauf der politischen Wende 1989/90 spielten, ist die Vernachlässigung überraschend. Die Chance, die zur Untersuchung der DDR genutzten geschichtswissenschaftlichen Konzepte der „Durchherrschaft“ und der „Grenzen der Diktatur“ auf die städtische Ebene anzuwenden und weiterzuentwickeln, wurde bislang nicht ausreichend genutzt.

Eine umfassende Sozial-, Politik- und Gesellschaftsgeschichte der DDR-Stadt, zumal der Industriestadt im Realsozialismus, steht noch aus. Ebenso fehlt bisher eine hinreichende Anzahl von detaillierten Fallstudien zu einzelnen Städten, deren Gesamtschau verallgemeinerbare Aussagen zu Entwicklung und gesellschaftlichen Strukturen der wichtigsten Typen des ostdeutschen Städtesystems zulassen würde. Es existieren zwar bereits einige stadtgeschichtliche Untersuchungen ostdeutscher Städte, die sich jedoch vor allem auf die Stadtplanungs- und die Städtebaugeschichte konzentrieren. Die bisherige Stadtforschung über die DDR beschränkte sich zudem weitgehend auf Großstädte und wenige exemplarische Mittelstädte. Die Aufbauleistungen ebenso wie die Stadtentwicklungsprobleme in mittleren und großen Städten Ostdeutschlands während der ersten zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg sind durch die neuere Forschung inzwischen eingehend untersucht worden. Nach 1990 boten zudem Stadtjubiläen den Anlass, neue Stadtgeschichten zu verfassen.¹² Die Untersuchung der städtischen Geschichte zwischen 1945 und 1990 blieb in diesen Arbeiten jedoch meist sehr untergeordnet.¹³ Einen Schwerpunkt der bisherigen Forschungen zu mittelgroßen Städten bilden die neuen „sozialistischen Städte“ Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda und Halle-Neustadt, die in herausragender Weise durch den Städtebau der DDR geprägt

¹⁰ Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: *ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999*, S. 13–44, hier S. 23.

¹¹ In wichtigen Überblicksdarstellungen, Sammelbänden und Forschungsberichten zur DDR-Geschichte wird Stadtgeschichte und städtische Sozial- wie Politikgeschichte so gut wie nicht thematisiert. Vgl. z.B. Hermann Weber: *Geschichte der DDR, München 2000*, 2. Aufl.; Klaus Schroeder: *SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998*; Dieter Staritz: *Geschichte der DDR 1949–1990, Frankfurt a.M. 2 1996*. Auch im voluminösen Band: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hg.): *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u.a. 2003* fehlt die Stadt als Untersuchungsfeld. Das gleiche gilt für die Überblicksdarstellung des Forschungsstandes bei Beate Ihme-Tuchel: *Die DDR, Darmstadt 2002*.

¹² Vgl. Horst Wernicke: *Greifswald, Geschichte der Stadt, Schwerin 2000*; Helge Matthiesen: *Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur, 1900–1990, Düsseldorf 2000* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Nr. 122); Matthias Puhle (Hg.): *Magdeburg 1200. Die Geschichte der Stadt von 805 bis 2005. Ausstellungskatalog, Stuttgart 2005*.

¹³ Vgl. zum stadtgeschichtlichen Forschungsdesiderat u.a. Karl Czok: *Künftige Aufgaben einer DDR-Stadtgeschichtsforschung zum 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS) 2, 1990*, S. 12–16; Harald Kegler: *Die „verschwundene“ Planungsgeschichte. Ein Rückblick auf die DDR-Historiographie zur Stadtplanung*, in: *IMS 2, 1990*, S. 30–32; Helga Schultz: *Moderne Stadtgeschichte in der DDR*, in: *IMS 2, 1990*, S. 5–11; Karlheinz Blaschke: *Stadtgeschichte im Osten Deutschlands – Kontinuität und Neubeginn*, in: *IMS 2, 1995*, S. 3–6; Helga Schultz: *Stadtgeschichtsforschung in der DDR*, in: *Stadtgeschichte als Kulturarbeit. Beiträge zur Geschichtspraxis in Berlin-Ost und -West, Berlin 1991*, S. 15–22.

wurden. Vor allem die Entstehung, die städtebauliche Entwicklung und das Alltagsleben von Eisenhüttenstadt standen bereits im Mittelpunkt zahlreicher Studien.¹⁴ In jüngster Zeit haben insbesondere die Arbeiten von Springer zur neuen Stadt Schwedt¹⁵, Großbötling zu Halle und Magdeburg¹⁶, Raschke zu Neubrandenburg¹⁷, Emmerich-Focke zu Potsdam¹⁸ und Betker, vor allem zu Rostock und Halle¹⁹ und die Veröffentlichungen der Forscherinnengruppe von Adelheid von Saldern²⁰ wesentlich zur Vertiefung des Wissens über Groß- und Mittelstädte in der DDR beigetragen.

Die großen Bezirksstädte und die neuen „sozialistischen“ Städte waren wichtige symbolische Orte für die DDR. Hier sollte der umfassende Anspruch des sozialistischen Gesellschaftsmodells auch baulich manifestiert werden. Diese Städtetypen sind aber gleichzeitig auch Sonderfälle innerhalb der Siedlungsstruktur des ostdeutschen Raums. Quantitativ weitaus prägender für die DDR-Industriegesellschaft und die ostdeutsche Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur waren die zahlreichen kleinen Industriestädte bzw. Gewerbeorte der „IndustrieProvinz“²¹.

Im Kontext dieser Arbeit sollen die baulichen und sozialen Strukturen der kleinen Industriestädte am Beispiel von Ludwigsfelde als ein wichtiger Beitrag zur Stadt- und Gesellschaftsgeschichte der DDR untersucht werden. Vornehmlich aus der lokalen Perspektive heraus, weniger aus der Sichtweise der politischen „Zentrale“ soll der Dualismus zwischen staatlicher Durchherrschaft und gesellschaftlichen Eigenlogiken einer kleinen Stadt innerhalb eines zentralistischen und autoritären Systems empirisch-räumlich analysiert werden. Die Untersuchung widmet sich der Frage, mittels welcher Mechanismen die räumliche und soziale „Produktion“ der Industriestadt erfolgte und welche Möglichkeiten sich kleinen Industrieorten unter den Bedingungen der DDR zur eigenständigen Stadtentwicklung bzw. Stadtwerdung boten.

Eine umfassende Alltags- und Erfahrungsgeschichte der Industriestadt in der DDR will diese Arbeit nicht bieten. Selbst am Beispiel einer vergleichsweise kleinen Stadt ist dies angesichts

¹⁴ Vgl. *Ruth May*: Planstadt StalinStadt. Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt, Dortmund 1999 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 92); *dies*: StalinStadt. Eine Industriestadtgründung in der Konstitutionsphase der DDR, in: *Holger Barth (Hg.)*: Projekt Sozialistische Stadt. Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Berlin 1998, S. 143–152; *Andreas Ludwig*: Eisenhüttenstadt. Wandel einer industriellen Gründungsstadt in fünfzig Jahren, Potsdam 2000 (Brandenburgische Historische Hefte 14) und *Rosmarie Beier (Hg.)*: aufbau west – aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern-Ruit 1997.

¹⁵ Vgl. *Philipp Springer*: Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt, Berlin 2006.

¹⁶ Vgl. *Thomas Großbötling*: SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle, Halle (Saale) 2001.

¹⁷ Vgl. *Brigitte Raschke*: Der Wiederaufbau und die städtebauliche Erweiterung von Neubrandenburg in der Zeit zwischen 1945 und 1989, München 2005.

¹⁸ Vgl. *Christina Emmerich-Focke*: Stadtplanung in Potsdam 1945–90, Potsdam 1999.

¹⁹ Vgl. *Frank Betker*: „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Stuttgart 2005.

²⁰ *Adelheid von Saldern (Hg.)*: Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentation in DDR-Städten, Stuttgart 2003.

²¹ Der Begriff stammt aus den Untersuchungen von Lutz Niethammer u.a., die Ende der 1980er Jahre in der DDR durchgeführt werden konnten. Vgl. *Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling*: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der IndustrieProvinz der DDR, 30 biographische Eröffnungen, Berlin 1991.

der vorhandenen lokalen Komplexität nicht zu leisten, da wichtige Grundlagenforschungen zu Einzelfragen der Stadtentwicklung in der DDR noch fehlen. Die Arbeit wird vielmehr einen methodischen Rahmen entwickeln und neue Forschungsansätze aufzeigen, bisherige Forschungserkenntnisse auf der Ebene der Stadt zusammenführen und den Forschungsstand am konkreten Beispiel einer Stadt und ausgewählter Teilbereiche der städtischen Realität evaluieren. Die folgende Untersuchung wird dazu durch die Konzentration auf die drei Leitperspektiven „Stadtentwicklung“, „Kommunalpolitik“ und „städtisches Leben“ gegliedert, wobei die Analyse der baulichen Stadtentwicklung und ihre Wechselwirkungen mit den Strukturen der Kommunalpolitik im Vordergrund stehen.

Schwerpunkt der Studie ist die Entwicklung der Gemeinde und späteren Stadt Ludwigsfelde in den Jahren 1949 bis 1990. Die Landgemeinde Ludwigsfelde wurde erst im Jahre 1936 durch die Ansiedlung eines Flugzeugmotorenwerkes zum Industriestandort. In der DDR erfolgte eine Fortsetzung und Intensivierung dieser industriellen Entwicklung. Angesichts seines rasanten Wachstums erhielt der Ort im Jahre 1965 den Stadttitel verliehen. Bis 1989 konnte Ludwigsfelde auf über 20.000 Einwohner anwachsen. Ziel der Arbeit ist es nicht, eine historische Chronik einer Industriestadt in der DDR oder eine stadtgeschichtliche Monografie über einen spezifischen urbanen Einzelfall zu liefern. Vielmehr soll die Analyse der Entwicklung von Ludwigsfelde grundlegende Erkenntnisse über den Typus der kleinen Industriestadt in der DDR liefern. Durch eine vergleichende Betrachtungsweise – insbesondere mittels der Einordnung in eine Städtetypologie – sollen Gemeinsamkeiten und exemplarische Entwicklungslinien innerhalb dieses Stadttyps identifiziert werden.

Stadt und Industriestadt als Untersuchungsfelder der DDR-Forschung

Das Untersuchungsfeld „Stadt“ bzw. „kleine Industriestadt“ bildet im Sinne dieser Arbeit einen Schnittpunkt zentraler wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Entwicklungen innerhalb der DDR-Gesellschaft. Angesichts der noch unzureichend vorhandenen Forschungsliteratur zum Thema „Stadt in der DDR“ stellt sich zunächst die Frage, inwieweit die Stadt im Realsozialismus überhaupt eine geeignete Untersuchungsebene darstellt.²² Diese Frage wurde bereits für die Stadt in der Moderne generell aufgeworfen: Ist „die Stadt“ angesichts neuartiger Mobilisierung, moderner Kommunikationsmittel und der Verallgemeinerung urbaner Errungenschaften noch ein sinnvoll abgrenzbarer Analysebereich der historischen Forschung? Zweifel, ob eine abgrenzbare „Identität der kommunalen Ebene“²³ überhaupt noch zu konstatieren ist, die eine Konzentration auf den sozialen und baulichen Raum „Stadt“ rechtfertigen würde, gab es auch in der sozialgeschichtlichen Forschung in Westdeutschland schon vor 1990.²⁴ Die Städte des 20. Jahrhunderts wurden – im Gegensatz zu den Gemeinden des 19. Jahrhunderts – in der Forschung nicht mehr als „lokale Staaten“ und

²² Vgl. hierzu ausführlich: *Adelheid von Saldern*: Herrschaft und Repräsentation in DDR-Städten, in: *dies. (Hg.): Inszenierte Einigkeit*, S. 9–58, hier S. 22–27.

²³ *Claus Offe*: Zur Frage der „Identität der kommunalen Ebene“, in: *Rolf-Richard Grauhan (Hg.): Lokale Politikforschung*, Band 2, Frankfurt a.M./New York 1975, S. 303–309.

²⁴ Vgl. *Neckel*: Staatsorgan, S. 253.

damit lohnende separat abgrenzbare Forschungsfelder wahrgenommen. Erst seit den späten 1960er Jahren erkannte die Forschung die Städte wieder verstärkt als Räume eigener Erkenntnisqualität, „in denen nicht nur zentralstaatliche Vorgaben umgesetzt, sondern auch Gestaltungschancen in Politikfeldern wahrgenommen werden, die die Lebensverhältnisse der Menschen unmittelbar beeinflussen“²⁵.

In Bezug auf die DDR wurden und werden die Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Wahl „der Stadt“ als Untersuchungsebene insbesondere durch das weitgehende Fehlen kommunalpolitischer Eigenständigkeit verstärkt. Lange Zeit nahm die Forschung die Kommune im autoritären und zentralistischen System der DDR in der Regel nur als verlängerter Arm der Staatsgewalt und damit lediglich als weisungsgebundenes „lokales Staatsorgan“ wahr, dem weitgehend die Fähigkeit zum eigenständigen Handeln fehlte.²⁶ Ohne materielle Ressourcen und rechtliche Handlungsmöglichkeiten sei die Kommune demnach einzig von den Vorgaben der politischen Zentrale abhängig gewesen. Nicht nur die wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen wurden – institutionell und räumlich – außerhalb der jeweiligen Stadt gefällt. Auch für die Lebensrealität der Menschen spielte die Kommune dieser Sichtweise entsprechend kaum eine Rolle, da das Arbeits- wie das Alltagsleben weitgehend durch die großen Betriebe und Massenorganisationen bestimmt worden sei. Die bisherige Forschung sah den Betrieb als den „vielleicht [...] wichtigsten Vergesellschaftungskern“²⁷ vor Ort an. „Die soziale Landkarte der DDR [sei] eher durch Betriebe als durch Wohnorte zusammengesetzt [gewesen].“²⁸

Diese Arbeit will im Gegensatz zu dieser Auffassung sowohl die besonderen Handlungslogiken und Spielräume der kommunalen Politik als auch die prägende Rolle der Stadt für das Alltagsleben der Menschen untersuchen.²⁹ Zu klären ist die Frage, ob „die Stadt“ in der zentralistischen Parteiherrschaft der DDR nur eine bloße – machtlose – administrative Ebene zur Ausführung und Kontrolle zentraler Beschlüsse war. Spielte die Stadt dennoch als sozialer und politischer Handlungs- und Bezugsort für die Menschen über den Status einer bedeutungslosen Gebietskategorie hinaus eine wichtige Rolle für ihr Alltagshandeln? In Hinblick auf letzteren Ansatz ist zu untersuchen, inwieweit die Stadt als besonderer sozialer Raum und politischer Bezug sowohl konstitutiv für die Lebensrealität der Bewohner wirkte als auch das Handeln der lokalen politischen Akteure prägte.

²⁵ *Stefan Goch*: Fragestellungen der politikwissenschaftlichen Stadtforschung, in: IMS 1, 2002, S. 86–92, hier S. 88.

²⁶ Vgl. *Sabine Lorenz/Kai Wegrich*: Lokale Ebene im Umbruch. Aufbau und Modernisierung der Kommunalverwaltung in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5, 1998, S. 30; ebenso *Neckel*: Staatsorgan; *Hartmut Häußermann*: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: *Hartmut Häußermann/Rainer Neef (Hg.)*: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale Räume und räumliche Tendenzen, Opladen 1996, S. 5–47, hier S. 8.

²⁷ *Kohli*: Arbeitsgesellschaft, S. 39.

²⁸ *Ebd.*, S. 43.

²⁹ Die stadtsoziologische Forschung der DDR hat an der Bedeutung des Städtischen im Sozialismus keinen Zweifel gelassen. Vgl. *Siegfried Grundmann*: Die Stadt: Gedanken über Geschichte und Funktion, Berlin (Ost) 1984 und *Fred Staufenbiel*: Leben in Städten. Soziale Ziele und Probleme der intensiven Stadtproduktion – Aspekte kulturosoziologischer Architekturforschung, Berlin (Ost) 1989.

Dieser Arbeit liegt die These zugrunde, dass auch der durch Parteien, Massenorganisationen und Kombinate geprägte Staat DDR letztlich die Städte brauchte, um sich wirksam darzustellen und Wohnungsbau, Sozialpolitik und industrielle Produktion organisieren zu können. Die Städte der DDR als „Zentren der Arbeiterklasse“ und Schwerpunkte der Förderung von Industrie und Kultureinrichtungen fungierten in dieser Sichtweise als Gelenk zwischen der Herrschaftszentrale in Berlin und den Interessen der Bewohner vor Ort. Sie waren wichtige Vermittlungsinstanzen und Schaltstellen zur Sicherung der Loyalität der Bevölkerung auf der lokalen Ebene. Die innere Entwicklung der DDR erschließt sich deshalb nicht zuletzt durch die Rekonstruktion der Erfahrungen ihrer Stadtgesellschaften.

Über die Städte konnte der Staat am effektivsten mit den Menschen in Verbindung treten und die Bevölkerung, besonders die ideologisch privilegierte Arbeiterklasse, zur Mitwirkung an Aufbau und Gestaltung des sozialistischen Staatswesens motivieren. Die Staats- und Parteiführung verfolgte diese Strategie in den Städten – je nach deren ideologiebestimmter Bedeutung in unterschiedlicher Intensität – durch die Konzentration des Wohnungsbaus, den Bau von Kultur- und Infrastruktureinrichtungen, die vorrangige Versorgung mit Konsumgütern³⁰, aber auch mit inszenierten öffentlichen Veranstaltungen wie Jubiläen und Feiern.³¹

Dieses große Augenmerk, das die Zentrale zumindest einer ausgewählten Teilgruppe der Städte widmete, wirkte sich in vielfältiger Weise auf das Alltagsleben der Stadtbewohner aus. Städte bildeten als baulicher Raum und lebensweltliche Organisationseinheit trotz ihrer formellen Machtlosigkeit einen wichtigen Bezugsrahmen für die Organisation und Sinnstiftung des täglichen Lebens. Zweifellos gab es in der DDR durch die Massenorganisationen und Betriebe noch andere bedeutende Vergesellschaftungsformen.³² Deren immer wieder konstatierte völlige Dominanz gilt es aber zu relativieren. In letzter Zeit hat beispielsweise Adelheid von Saldern den Charakter der DDR als „Arbeitsgesellschaft“ zwar betont, die reine Betriebszentriertheit der Forschung aber in Frage gestellt:

„Der Betrieb stand deshalb im Zentrum des Alltags der Menschen. Doch gab es durchaus ein Leben außerhalb des Betriebs, und dazu gehörte die Stadt als Sozial- und Kommunikationsraum, auch wenn Ulbricht und die Parteispitze die Stadt im Vergleich zum Betrieb als einen minderrangigen Kultur- und Sozialraum betrachteten.“³³

Die moderne stadtgeschichtliche Forschung hat unterschiedliche Zugänge zum Untersuchungsgegenstand „Stadt“ entwickelt.³⁴ In einer Sichtweise lässt sich die Stadt als sozialer

³⁰ Vgl. zur Versorgungshierarchie: *Stefan Wolle*: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1999, S. 201.

³¹ Vgl. zur Bedeutung von offiziellen Feiern in den Städten der DDR: *Adelheid von Saldern (Hg.)*: Inszenierte Einigkeit.

³² Auch zahlreiche Studien über Vereine, Parteien und Gewerkschaften beweisen heute, dass der Kommunikations- und Diskussionszusammenhang in der Stadt und die jeweiligen stadtspezifischen Strukturen vielfach prägender wirkten als übergreifende ideologische Bruchlinien. Vgl. *Dieter Hein/Ralf Roth*: Zur Lage und künftigen Entwicklung der Stadtgeschichtsforschung, in: *IMS 1*, 2002, S. 69–72.

³³ *von Saldern*: Herrschaft und Repräsentation, S. 32.

³⁴ Vgl. zur Entwicklung der Stadtgeschichtsschreibung in Deutschland: *Hein/Roth*: Stadtgeschichtsforschung, S. 69–72; *Horst Matzerath*: Stand und Leistung der modernen Stadtgeschichtsforschung, in: *Joachim Jens Hesse (Hg.)*: Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 23–49; *Christian Engeli/Horst Matzerath*: Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan – Eine Ein-

Mikrokosmos auffassen, in welchem sich auf einem begrenzten Areal gesamtgesellschaftliche Strukturen und Prozesse untersuchen lassen.³⁵ Entsprechend dieser Sichtweise konnte die Forschung die in der Stadt vorgefundenen Entwicklungen als exemplarisches Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Prozesse analysieren. Inzwischen hat sich jedoch auch die Forschungsmeinung etabliert, dass der „Lebensraum Stadt“ mehr ist, als das leicht zu erschließende Abbild eines übergreifenden Ganzen.³⁶ Die Stadt stellt für einen wesentlichen Teil der Bevölkerung den prägenden Lebensraum dar, in dem sich wirtschaftliche und soziale Strukturen in spezifischer Weise präsentieren und in dem sich Kommunikations- und Handlungsmöglichkeiten ganz eigener Art eröffnen.³⁷ Nach diesem Ansatz ist die Stadt vor allem ein eigenständig zu betrachtendes Feld der Vergesellschaftung. Strukturen und Prozesse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung setzen sich durch die besonderen städtischen Rahmenbedingungen – z.B. durch die Dichte und Heterogenität der hier lebenden Bevölkerung oder durch die besondere Lebens- und Erfahrungsqualität des gestalteten Stadtraums und seine infrastrukturellen Angebote – über eigene, stadtspezifische Verarbeitungs- und Aneignungsformen in kollektive Erfahrungen und Handlungsmuster um. Auch der britische Stadthistoriker Richard Rodger betont die eigenständige Qualität der Stadt als Handlungsraum: „The town was not simply the theatre; it was an actor, too“.³⁸ Die sozialgeschichtliche Stadtforschung ist zur Erkenntnis gekommen, dass eine Stadt nicht nur durch ihre abstrakte administrative Funktion und sozialstatistische Größenordnung zu charakterisieren ist, sondern sich auch durch eine spezifische lokale Individualität auszeichnet. Der Historiker Magnus Dellwig betont bei seiner Typologie der Ruhrgebietsstädte in Rückgriff auf Teuteberg: „Indem sich Stadt maßgeblich durch die lokale Vernetzung der Interaktionsstrukturen in Teil Lebensräumen, Stadtvierteln, gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen konstituiert, hat die gesellschaftswissenschaftliche Kategorie Stadt eine sozialpsychologische Komponente, welche jeder Stadt eine eigene Identität verleiht und dadurch spezifische Orientierungs- und Handlungsmuster ausbilden läßt.“³⁹ Im Hinblick auf die DDR ist zu untersuchen, ob diese auf die Städte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts bezogene Feststellung auch für die Städte im realsozialistischen Zentralismus gilt. Waren die Städte der DDR mehr als abstrakte und

führung, in: *dies. (Hg.): Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1989, S. 9–19; *Jürgen Reulecke: Moderne Stadtgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *ebd.*, S. 21–36; *dies.*, Fragestellungen und Methoden der Urbanisierungsgeschichtsforschung in Deutschland, in: *Fritz Mayrhofer (Hg.): Stadtgeschichtsforschung. Aspekte, Tendenzen, Perspektiven*, Linz 1993, S. 55–68; *Clemens Wischermann: Germany*, in: *Richard Rodger (Hg.): European urban history. Prospect and Retrospect*, Leicester/London 1993, S. 151–169.

³⁵ Vgl. *Werner Conze: Vorwort*, in: *Wolfgang Köllmann: Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert*, Tübingen 1960, S. V–VI.

³⁶ Vgl. die Kritik und Erweiterung von Conzes Ansatz bei *Lutz Niethammer: Stadtgeschichte in einer urbanisierten Gesellschaft*, in: *Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang*, Bd. II: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 113–136.

³⁷ Vgl. *Hein/Roth: Stadtgeschichtsforschung*, S. 70.

³⁸ *Richard Rodger: Theory, practice and European urban history*, in: *dies. (Hg.): European urban history*, S. 1–18, hier S. 18.

³⁹ *Magnus Dellwig: Kommunale Wirtschaftspolitik in Oberhausen 1862–1938*, Oberhausen 1996, S. 39. Vgl. auch *Hans Jürgen Teuteberg: Historische Aspekte der Urbanisierung*, in: *dies. (Hg.): Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln/Wien 1983, S. 2–34.

letztlich beliebige Plattformen zentralstaatlichen Handelns oder bildeten sie einen Handlungsraum mit eigener Logik, in dem urbane Strukturen, Potenziale wie Defizite die Erfahrungen und Handlungen der lokalen Eliten und Einwohner in besonderer Weise prägten und zur Generierung lokal-spezifischer Handlungsstrategien führten?

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen Industriestädte, für deren Analyse stadtgeschichtliche Fragestellungen weiter zu spezifizieren sind. Eine ausgeprägte Hierarchie der Städte in der DDR führte dazu, dass die einzelnen Städtetypen in sehr unterschiedlicher Weise von den Zuweisungen und der Aufmerksamkeit der Zentrale profitierten. Die DDR leitete ihr staatliches Selbstverständnis in besonderer Weise von der industriellen Produktion und den Insignien der industriellen Arbeitswelt ab. Im System der DDR-Städte bildeten die Industriestädte deshalb einen Schwerpunkt staatlicher Förderung. Industriestädte befanden sich im Kern der Aufbau- und Fortschrittspolitik des DDR-Regimes. Inwieweit sich diese Potenziale auch in Stadtqualitäten umgesetzt haben, die mindestens partiell Zufriedenheit und Systemloyalität begründen konnten, ist zu untersuchen.

Trotz ihrer Bevorzugung erfuhren Industriestädte gleichzeitig jedoch spezifische Belastungen durch Emissionen und eine sehr einseitige Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur. Insbesondere neu entwickelte Industriestädte waren trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung von spezifischen urbanen Defiziten gekennzeichnet. Sie wurden zwar materiell gefördert und verfügten über teils qualitativ hochwertigen Wohnungsbau. Gleichzeitig wurden sie aber regelmäßig durch mangelhafte Infrastrukturen, unvollendete Stadtzentren und ungestaltete öffentliche Räume geprägt und entsprachen vor diesem Hintergrund nur unzureichend dem hochgesteckten Ideal der „sozialistischen Stadt“.

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Möglichkeiten „sozialistische Fabrikstädte“ trotz fehlender städtischer Traditionen und in Ermangelung von Selbstverwaltungskompetenzen angesichts einer festzustellenden „defizitären Urbanisierung“ hatten, eine spezifische Individualität und städtische Qualität zu generieren. Die Studie geht auf der städtebaulichen, kommunalpolitischen und alltagsgeschichtlichen Ebene der Frage nach, inwieweit es Ludwigsfelde gelang, unter den schwierigen Rahmenbedingungen zu einer „Stadt“ zu werden. Ziel ist es, herauszufinden, welche Handlungsspielräume und städtischen Selbstbilder bestanden, die zur Entwicklung einer urbanen Lebensqualität und städtischen Handlungsmacht beitragen konnten. Am Beispiel von Ludwigsfelde ist zu analysieren, inwieweit es eine „Dynamik des Städtischen“ und einen „Willen zur Urbanität“ gab, die über alle zentral vorgegebenen Hemmnisse hinaus die eigene Stadtwerdung befördern konnten.⁴⁰

1.2 Leitperspektiven der Untersuchung

Die skizzierte Analyse der komplexen städtischen Realität, insbesondere die Untersuchung der Bedeutung der Stadt als Sozial-, Erfahrungs- und Politikraum für lokale Eliten und Bewohner, wird durch drei Untersuchungsebenen operationalisiert:

⁴⁰ Siehe hierzu die Erläuterungen zum Modell der defizitären Urbanisierung ab S. 19, insbesondere S. 20.

1. Der Verlauf und die Qualität der baulichen Stadtentwicklung im Sinne der städtebaulichen Gestaltung der Industriestadt, ihre Ausstattung mit städtischen Infrastrukturen und ihre Nutzbarkeit für die Bewohner sowie der Einfluss der lokalen Vorstellungen auf diese Stadtgestaltung wird unter den Voraussetzungen eines zentralistischen Planungssystems untersucht.
2. Die Kommunalpolitik unter den Beschränkungen der hierarchischen Parteiherrschaft wird verstanden als Summe aller Möglichkeiten, auf die Entwicklung der Stadtqualität von der kommunalen Ebene aus Einfluss zu nehmen, sowohl auf dem Wege formaler Verfahren als auch durch informelle Handlungsstrategien.
3. Die Qualität des städtischen Lebens in der Kleinstadt unter den Bedingungen der Dominanz der Industrie im Alltagsleben wird fokussiert auf die zwei städtischen Erfahrungsbe-
reiche Geselligkeit und Konsum untersucht.

Innerhalb der drei Untersuchungsebenen bildet die Analyse der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik in den 1960er bis 1980er Jahren den Schwerpunkt. Die Untersuchung der Alltagsgeschichte dient vor allem der Reflexion der Ergebnisse von örtlicher Stadtentwicklung und Lokalpolitik in Bezug auf die Nutzungsqualität der „Industriestadt in der DDR“ aus Sicht der Stadtbewohner.

1.2.1 Stadtentwicklung in der kleinen Industriestadt

Zur Untersuchung von Stadtentwicklung, der Qualität der städtebaulichen Gestaltung sowie der Nutzbarkeit der stadträumlich-funktionalen Strukturen sind zunächst die Planungsprozesse und spezifischen Entwicklungslogiken der Stadtentwicklung im Sozialismus, vor allem die Besonderheiten in einer industriellen Neuanlage, zu eruieren.⁴¹

Die Akteure und Methoden im Prozess der „Produktion von Stadt“ stehen im Vordergrund der planungsgeschichtlichen Analyse. Anhand der Ludwigsfelder Stadtentwicklung wird die Abfolge der einzelnen architektonischen und städtebaulichen Leitbilder in der DDR zwar nachvollzogen, deren Analyse bildet aber angesichts der guten Forschungslage keinen Schwerpunkt der Darstellung. Insbesondere die 1950er Jahre und die großen „Vorzeigeobjekte“ des DDR-Städtebaus sind unter architektur- und städtebauhistorischen Gesichtspunkten bereits eingehend untersucht worden.⁴² Es existiert außerdem eine ganze Reihe von

⁴¹ Vgl. zu ähnlichen Ansätzen für Stalinstadt/Eisenhüttenstadt: *Ingrid Apolinarski/Christoph Bernhardt*: Entwicklungslogiken sozialistischer Planstädte am Beispiel von Eisenhüttenstadt und Nova Huta, in: *Holger Barth (Hg.)*: Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR, Berlin 2001, S. 51–66; *Christoph Bernhardt*: Planning urbanization and urban growth in the socialist period: The case of East-German Towns, 1945–1989, in: *Journal of Urban History* 32, 1, 2005, S. 104–119.

⁴² Vgl. *Jörn Düwel*: Baukunst voran! Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR, Berlin 1995; *Thomas Topfstedt*: Leipzig: Messestadt im Ring, in: *Klaus von Beyme u.a. (Hg.)*: Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 182–196; *Werner Durth/Jörn Düwel/Niels Gutschow*: Architektur und Städtebau der DDR, 2 Bde., Frankfurt a.M./New York 1998; *Dies.*: Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre, Berlin 2007 (Studienausgabe in einem Band); *Peter Goralczyk*: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre in der DDR, in: *Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.)*: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre, Bonn 1990, S. 62–78; *Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.)*: Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt? Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung, Bonn 1995.

wichtigen Überblicksdarstellungen zum DDR-Städtebau, die vor allem die großen Linien der Städtebaupolitik sowie bedeutende Projekte, so z.B. die Zentrumsplanungen der Bezirks- und Großstädte, analysieren.⁴³ Trotz dieser eher städtebaulich orientierten Vorarbeiten ist die eigentliche Stadtplanungsgeschichte der DDR keinesfalls als überforscht einzuschätzen. Für ein umfassendes Verständnis der ostdeutschen Stadtentwicklung ist in Zukunft eine stärkere Hinwendung zur Planungsgeschichte, insbesondere auch der 1960er, 1970er und 1980er Jahre, erforderlich.⁴⁴ Als wichtiger Aspekt der Städtebaupolitik fand zwar der Wohnungsbau größere Beachtung in der Forschung,⁴⁵ bedeutende Teilbereiche des Bauens in der Stadt wie die Errichtung städtischer Infrastrukturen und die Eigenheimpolitik blieben aber dagegen weitgehend unbeachtet.⁴⁶ Eine über die reine Stadtplanungsgeschichte hinausgehende wissenschaftliche Stadtentwicklungsgeschichte und eine die Sozialgeschichte integrierende Planungsgeschichte für die Städte der DDR stehen noch aus. Die politik- und sozialgeschichtlichen Aspekte der DDR-Planungsgeschichte, insbesondere die Fragen, welcher Akteur im Einzelnen mit welchen Machtressourcen die Stadt plante, wer die geplante Stadt im Alltag ausgestaltete und wie sich die gebaute Umwelt auf ihre Bewohner auswirkte, wurden noch nicht im Zusammenhang untersucht.

Sozial- und politikgeschichtliche Stadtforschung und Stadtplanungsgeschichte sind insbesondere bei einer städtischen Neuanlage sehr eng miteinander verwoben, da die Alltagsgeschichte in einem Raum „geschieht“, der sich in der Phase der Konzeption und Realisierung befindet. Nicht Architekten und Planer als Akteure stehen im Vordergrund der Untersuchung, sondern die Aushandlungsprozesse und die Praxis der baulichen Umsetzung vor Ort sowie die Nutzbarkeit der produzierten Stadtumwelt unter den spezifischen Bedingungen der DDR. Die bisherige Städtebaugeschichtsschreibung über die DDR ist noch nicht zur Analyse der materiellen Voraussetzungen des städtischen Lebens vorgedrungen. Ein Ziel der weiteren DDR-Planungsgeschichtsforschung muss es sein, die Analyse stärker „von den Planungsprozessen zu den funktions- und sozialräumlichen Resultaten“⁴⁷ weiterzuführen. Bisher

⁴³ In diesem Sinne vgl. insbesondere: *Thomas Topfstedt*: Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig 1988; *Thomas Hoscislawski*: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991; *Joachim Palutzki*: Architektur in der DDR, Berlin 2000; *Bruno Flierl (Hg.)*: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990–1997, Berlin 1998; *Thomas Topfstedt*: Wohnen und Städtebau in der DDR, in: *Ingeborg Flügge (Hg.)*: 1945 bis heute: Aufbau, Neubau, Umbau, Geschichte des Wohnens Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 419–562; zu einer vergleichenden Betrachtung mit anderen sozialistischen Staaten siehe: *Hans-Joachim Kadatz (Hg.)*: Städtebauliche Entwicklungslinien in Mittel- und Osteuropa. DDR, Tschechoslowakei und Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg, Erkner (bei Berlin) 1997 (REGIO – Beiträge des IRS 12) sowie die Tagungsbände: *Barth (Hg.)*: Sozialistische Stadt; *Barth (Hg.)*: Grammatik sozialistischer Architekturen und *Christoph Bernhardt/Thomas Wolfes (Hg.)*: Schönheit und Typenprojektierung. DDR-Städtebau im internationalen Vergleich, Erkner 2005.

⁴⁴ Vgl. *Andreas Hohn*: Forschung zur Geschichte der Stadtplanung in der DDR. Aspekte ihrer Methodologie, ihres Erkenntnisinteresses und ihrer Methoden, in: *Barth (Hg.)*: Sozialistische Stadt, S. 25–36, hier S. 33.

⁴⁵ Insbesondere auf die Studie von Christine Hannemann ist zu verweisen, die den Wohnungsbau unter dem Einfluss der Industrialisierung des Bauwesens und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Stadtentwicklung analysiert. Vgl. *Christine Hannemann*: Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Berlin 2000².

⁴⁶ Vgl. eine der wenigen Ausnahmen: *Harald Kegl*: Die Moderne im Einfamilienhausbau der DDR, in: *Bernhardt/Wolfes*: Schönheit und Typenprojektierung, S. 209–228; *ders*: Eigenheimsiedlung am Kornhaus in Dessau, in: *Tilman Harlander (Hg.)*: Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stuttgart/München 2001, S. 442–451.

⁴⁷ *Hohn*: Stadtplanung in der DDR, S. 33.

standen bei Untersuchungen der Planungsgeschichte in der DDR vorrangig die Diskussionsprozesse unter Architekten und Planern und die Konflikte zwischen unterschiedlichen architektonischen Schulen sowie die zentral bestimmten politischen Rahmenbedingungen im Fokus der Forschung. Die Entscheidungswege außerhalb der städtebaulich-fachlich determinierten Debatten blieben bisher ebenso wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklungsprozesse in der Forschung meist unscharf. Insbesondere die konkrete Realisierungs- und Konfliktgeschichte der realsozialistischen Stadtproduktion auf der lokalen Ebene und die Aushandlungsprozesse zwischen den politischen Akteuren in Stadt, Kreis, Bezirk, Wohnungsbaukombinaten und den einzelnen Bevölkerungsgruppen sind Desiderate bisheriger Forschung.

Die Beschäftigung mit der DDR-Planungsgeschichte hat sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert.⁴⁸ In diesem Zusammenhang sind die Untersuchungen von Frank Betker zum kommunalen Planungssystem und zu Handlungsspielräumen von örtlichen Planern und Architekten hervorzuheben.⁴⁹ In der neuen Arbeit von Brigitte Raschke zu Neubrandenburg erfolgte erstmals eine sehr differenzierte Untersuchung der Stadtentwicklung und der Handlungsstrategien der einzelnen Akteure auf der Ebene der Zentrale, des Bezirks und der Kommunalverwaltung in Bezug auf eine Stadt über einen längeren Zeitraum.⁵⁰

Im Rahmen der Analyse des Realisierungsprozesses ist eine solche differenzierte Identifizierung der unterschiedlichen „Produzenten“ der DDR-Stadt, die es in ihrer jeweiligen Eigenlogik auch in einem formell streng zentralistischen staatlichen Planungssystem gab, zum Verständnis der Stadtentwicklung unverzichtbar. Im Rahmen dieser Arbeit kann an viele Ansätze der neueren Planungsgeschichtsforschung zur DDR ebenso angeknüpft werden wie an die Methodik der seit den 1970er Jahren professionalisierten Planungsgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik. Nach Harald Bodenschatz soll Planungsgeschichte „die öffentlich vermittelte Organisation eines routinisierten Geschäftes um die Produktion städtischen Raums – die Herausbildung eines herrschenden Interessenblocks um dieses Geschäft – die kulturelle Legitimation und Steuerung des Geschäftes um die Produktion städtischen Raums“⁵¹ analysieren. Planung ist als komplexe Produktion des städtischen Raums zu begreifen, die reale und kulturelle Prozesse in ihrer wechselseitigen Verknüpfung umfasst.⁵²

⁴⁸ Hervorzuheben sind hier die Veranstaltungen und Forschungen des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner, die auch zu vielen kleineren Städten interdisziplinär ausgerichtete planungsgeschichtliche Erkenntnisse erbracht haben. Vgl. die Tagungsbände *Barth (Hg.): Sozialistische Stadt*; *Barth (Hg.): Grammatik sozialistischer Architekturen* und *Bernhardt/ Wolfes (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung*.

⁴⁹ Vgl. *Frank Betker: „Ja wollen Sie denn den Weltfrieden gefährden?“ Stadtplanung und Planerdenken in der DDR und seit der Wende: zwischen bürokratischer Anpassung und fachlicher Renitenz*, in: *Tilman Harlander (Hg.): Stadt im Wandel – Planung im Umbruch*, Festschrift für Gerhard Fehl, Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 279–302 und *Frank Betker: Handlungsspielräume von Stadtplanern und Architekten in der DDR*, in: *Holger Barth (Hg.): Planen für das Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR. Dokumentation des 4. Werkstattgespräches vom 15.–16. Oktober 1998*, Erkner 1999 (Graue Reihe. Materialien des IRS; 19), S. 11–33.

⁵⁰ Vgl. *Raschke: Neubrandenburg*.

⁵¹ *Harald Bodenschatz: Zur Aktualität der Stadt-Planungsgeschichte heute*, in: *Die alte Stadt* 14, 4, 1987, S. 329–340, hier S. 331.

⁵² Vgl. ebd., S. 338.

Ähnlich argumentiert Gerhard Fehl, wenn er als wesentliche Fragestellung der Planungsgeschichte die Analyse der „Produktion von Stadt, Produktion von städtischem Boden“ definiert. „Wie und auf welcher rechtlichen Grundlage wird Boden [...] aufgeteilt mit dem Ziel, ihn einer städtischen Nutzung zuzuführen? Welche Rollenträger und Akteure spielen dabei mit und mit welchem Gewicht? In welchem Maß bestimmt die Art der Produktion die Gestalt der Stadt?“⁵³ Diese Definitionen des Anspruchs einer Planungsgeschichtsschreibung sind vorrangig auf eine marktwirtschaftliche Gesellschaft bezogen. Sie können jedoch auch die Grundlage für eine planungsgeschichtliche Analyse von Staatsplansystemen bilden, wenngleich es hier im Kontext der Produktion der Stadt keine widerstreitenden privaten und öffentlichen Akteure gibt. Allerdings existieren auch in der zentral gesteuerten Planwirtschaft verschiedene staatliche und wirtschaftliche Teilgruppen mit differierenden Interessen und Einwirkungsmöglichkeiten, die die Realisierung der städtischen Teilräume in unterschiedlicher Weise prägen und deren Handlungslogiken und Selbstverständnisse es zu analysieren gilt.

Um ein umfassendes Bild der DDR-Industriestadtproduktion zu gewinnen, müssen über die Analyse der „gebauten“ Stadt hinaus, auch die „ungebauten“ Stadtbausteine untersucht werden. Dass trotz weitreichender staatlicher Planungsanstrengungen und bei Abwesenheit von privat gesteuerter spekulativer Entwicklung in der DDR dennoch defizitäre und unplanmäßige Realitäten entstanden, gehört zu den Paradoxien des – vom Anspruch her – umfassenden Staatsplansystems. Insbesondere die „chaotisierenden Eingriffe von oben“⁵⁴, die zum Abschluss von geplanten Maßnahmen häufig fehlenden Mittel, die Dominanz der Industrie in der Stadtentwicklung, die unzureichenden Ressourcen der lokalen Organe und die abrupten Wechsel von Leitbildern und Prioritäten trugen zu diesen Entwicklungsproblemen bei.

Das gesellschaftliche und städtebauliche Idealkonzept der – in den einzelnen Phasen der DDR unterschiedlich interpretierten – „sozialistischen Stadt“ ist mit der gebauten Realität der realisierten „Stadt im Sozialismus“⁵⁵ zu kontrastieren. Die wichtigen Debatten um die „richtigen“ Ziele von Städtebau und Architektur wurden in Berlin und in den großen Bezirksstädten, zeitweise auch in den industriellen und urbanen Prestigeprojekten wie Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda, Schwedt oder Halle/Neustadt geführt⁵⁶, sie spiegelten die Alltagsrealität des Städte- und Wohnungsbaus in der Masse der Städte aber nur bedingt wider. Die städtebauliche Praxis in der Mehrzahl der etwa 640 Städte der DDR, die meist weniger als 50.000, überwiegend sogar weniger als 10.000 Einwohner hatten, stand abseits der ideologischen Diskussionen vor praktischen Problemen der Organisation des städtischen Alltagslebens und der Gewährleistung der urbanen Infrastrukturen, die bis heute kaum untersucht worden sind.

⁵³ *Gerhard Fehl*: Zum aktuellen Stand der Planungsgeschichte: „Unverdrossen“, Statement zum 8. Werkstattgespräch am IRS Erkner 24.1.2003. Vgl. auch die aktuelle Übersicht: *Hildegard Schröter-von Brandt*: Stadtbau- und Stadtplanungsgeschichte. Eine Einführung, Stuttgart 2008.

⁵⁴ *Thomas Lindenberger*: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands, Aus Politik und Zeitgeschichte B 40, 2000, S. 5–12.

⁵⁵ Vgl. zu diesem Ansatz: *Häußermann*: Stadt im Sozialismus, S. 5–47.

⁵⁶ Vgl. zur Rolle der vier großen Neustädte als „Labore“ sozialistischer Stadt- und Gesellschaftsvorstellungen: *Christoph Bernhardt*: Laboratoires de l'État-providence industriel. Les villes nouvelles en RDA, in: *Les Annales de la Recherche Urbaine*, 98, 2005, S. 127–135, vor allem 131–132.

Das Konzept der „defizitären Urbanisierung“

Die unter realsozialistischen Bedingungen produzierte neue Industriestadt wies Defizite in zahlreichen Bereichen des städtischen Alltagslebens und bestimmter urbaner Standards auf. Die in dieser Arbeit angewandte Untersuchungsmethodik dieser spezifischen Stadtentwicklungsprobleme bezieht wichtige Anregungen vom Konzept der defizitären bzw. defizienten Urbanisierung, wie es insbesondere Lutz Niethammer in Bezug auf die neuen Industriestädte des Ruhrgebiets im 19. und frühen 20. Jahrhundert entwickelt hat.⁵⁷ Der den Maßstab zur Bemessung der Defizienz vorgebende Idealtypus der Urbanisierung wird hier als Teilprozess der allgemeinen Modernisierung begriffen, der neben dem vornehmlich baulich-demographischen Aspekt der Verstädterung im engeren Sinne auch die Ausbreitung städtischer Lebensweise, spezifischer urbaner infrastruktureller Angebote und Standards von Bildung, Kommunikation, Individualität und Mobilität umfasst.⁵⁸ In diesem Sinne kann Urbanisierung auch abgekoppelt von quantitativen Faktoren der Verstädterung als Prozess der schrittweisen Herstellung von urbanen Standards und Verhaltensweisen definiert werden.⁵⁹

Das Modell der defizitären Urbanisierung beschreibt in Hinblick auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert die Schwierigkeiten der durch industrielle Standortentscheidungen und ohne ältere städtische Kerne entstandenen neuen Industriesiedlungen des Ruhrgebiets diese Standards der Urbanisierung zu erreichen.⁶⁰ Diesen neuen industriellen Ansiedlungen wird unter den Bedingungen des schnellen industriellen Wachstums, einseitiger Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, fehlender städtischer Traditionen und mangelhafter kommunaler Politikkompetenz in einer kapitalistischen Industriegesellschaft eine kaum überwindbare „Unfähigkeit zur Stadtentwicklung“⁶¹ zugeschrieben. Formelle Stadtrechte erhielten diese im Rahmen der Industrialisierung entstandenen Siedlungen zwar zumeist im Laufe ihrer Entwicklung, wenn auch verspätet. Strukturell ähnelten sie jedoch eher „Industriedörfern, die gleichsam als Anhängsel zu industriellen Agglomerationen entstanden waren“⁶². Ihnen fehlte vor allem der den Raum konzentrisch organisierende städtische Kern.⁶³ Ein einschneidendes Problem dieser über eine lange Zeitspanne ihrer Geschichte „verhinderten Städte“ war die

⁵⁷ Vgl. *Franz-Josef Brüggemeier/Lutz Niethammer*: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie, in: *Jürgen Reulecke/Wolfgang Weber*: Fabrik – Familie – Feierabend: Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 138–148; *Detlev Vonde*: Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen 1989, S. 19–21.

⁵⁸ Vgl. *Reulecke*: Urbanisierung, S. 7 und *Wolfgang R. Krabbe*: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 68–69. Vgl. zur Abgrenzung der Begrifflichkeiten Urbanisierung und Verstädterung auch; *Teuteberg*: Historische Aspekte der Urbanisierung, vor allem S. 28–34 und *Heinz Heineberg*: Geographische Aspekte der Urbanisierung: Forschungsstand und Probleme, in: *Teuteberg*: Urbanisierung, S. 35–64, hier S. 37–42.

⁵⁹ Vgl. *Heinz Reif*: Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929, Brauweiler 1993, Bd. 1, S. 6.

⁶⁰ Clemens Zimmermann weist auf ähnliche Strukturen in Oberschlesien hin. Vgl. *Clemens Zimmermann*: Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt a.M. 1996, S. 32.

⁶¹ *Lutz Niethammer*: Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt a.M. 1979. Vgl. auch *Vonde*: Revier der großen Dörfer, S. 17.

⁶² *Marie-Luise Recker*: Industrielle Stadtgründungen, in: IMS 1, 1994: Themenschwerpunkt: Industrielle Stadtgründungen, S. 5–8, hier S. 5.

⁶³ Vgl. *Peter Schöller*: Grundsätze der Städtebildung in Industriegebieten, in: *Helmut Jäger (Hg.)*: Probleme des Städtewesens im Industriellen Zeitalter, Köln/Wien 1978 (Städteforschung A/5), S. 99–108, hier S. 101.

Schwierigkeit bei der Schaffung einer funktionalen und symbolischen Stadtmitte.⁶⁴ Daraus resultierten erhebliche strukturelle Probleme auf baulicher und politischer Ebene sowie erschwerte Entwicklungsbedingungen, „die die Frage aufwerfen, ob, wann und mit welcher Verzögerung bzw. zu welchen Kosten sie im Laufe der Zeit eine ‚normale‘ Stadt werden konnten“⁶⁵. Wenn schon die eigentlichen Industriestädte den Zeitgenossen vielfach nur als „zerstreute Häuseranhäufungen“ und „Hinterland“ galten, in denen zwar Versorgungseinrichtungen aber kaum „städtisches Leben“ zu finden sei, wiesen Industriedörfer noch nicht einmal grundlegende örtliche Versorgungsstrukturen und städtische Standards auf und rechneten dementsprechend – wie es Niethammer formuliert – zur „schwärzesten Provinz, dem Hinterland des Hinterlandes“⁶⁶. Das Fehlen von Urbanität zeigt sich dem Konzept der defizitären Urbanisierung entsprechend am Mangel an städtischer Lebensqualität und Lebensform, einer nur fragmentarisch ausgebildeten Infrastruktur, ökologischer Verwüstung und baulicher Zersiedlung vor Ort, geringer Zentralität und kultureller Stagnation.⁶⁷

Mit den Modifikationen von Heinz Reif, der auch in Hinblick auf diese neu formierten Siedlungen den lokalen Willen und die Möglichkeiten zur nachholenden Stadtwerdung betont,⁶⁸ ist das Konzept im Folgenden auch für die Analyse der Urbanisierungschancen der neuen industriellen Entwicklungsstädte der DDR geeignet. In ihren Untersuchungen der Ruhrgebietssiedlungen betonen Reif sowie Magnus Dellwig, dass trotz der konstatierten Defizite zumindest einige dieser industriellen Gemeinwesen eine langfristige „Fähigkeit zur Stadtentwicklung“⁶⁹ und eine Chance zur „Formierung des Willens zur Urbanität“⁷⁰ entwickelt haben. Auch einzelnen defizitären Industrieorten oder Industriedörfern gelang schließlich – durch lokal initiierte nachholende Entwicklungsmaßnahmen und vielfach gegen den Widerstand oder die Ignoranz staatlicher Behörden – eine „verspätete“ Stadtwerdung. Soweit städtische Standards hergestellt wurden, sind in diesen Städten jedoch erhebliche Disparitäten zwischen Vierteln unterschiedlichen sozialen Rangs auszumachen.⁷¹

Anhand der Untersuchung der Triebfedern nachholender Urbanisierung und der Bewertung der spezifischen Qualitäten von Fragmenten und Übergangsstufen lässt sich in Hinblick auf diese „verspäteten Städte“ ein Modell gelingender Etablierung von urbanen Standards identifizieren. Die Analyse dieser teils erfolgreichen, teils jedoch auch dauerhaft gescheiterten Stadtbildungsprozesse kann für die Beschäftigung mit der Urbanisierungsgeschichte ein eigenes strukturiertes Entwicklungsmuster bieten und damit weiterführende Erkenntnis-

⁶⁴ Vgl. Reif: verspätete Stadt, S. 5 und S. 177–184.

⁶⁵ Recker: Industrielle Stadtgründungen, S. 5.

⁶⁶ Vgl. Niethammer: Umständliche Erläuterung, S. 9.

⁶⁷ Vgl. die Zusammenfassung der Definition von Niethammer bei: Vonde: Revier der großen Dörfer, S. 7 und 19.

⁶⁸ Vgl. Reif: verspätete Stadt, insbesondere, S. 382–384 und S. 456–458.

⁶⁹ Ebd., S. 456.

⁷⁰ Magnus Dellwig: Oberhausen. Industriestadt im polyurbanen Ballungsraum – Projektbericht, in: IMS 1, 1994, S. 14–17, hier S. 16.

⁷¹ Vgl. für Oberhausen: Heinz Reif: Stadtentwicklung und Viertelbildung im Ruhrgebiet. Oberhausen 1850–1929, in: Wolfgang Hardtwig/Klaus Tenfelde: Soziale Räume in der Urbanisierung, München 1990, S. 155–174, vor allem: S. 170–174.

se über die bloße Feststellung mangelnder Urbanität hinaus offerieren.⁷² Eine Anwendung des Konzepts der defizitären Urbanisierung im Sinne einer pauschalen Defizitgeschichte, die die Realitäten kleiner sozialistischer Industriestädte an kaum erreichbaren älteren wie heutigen großstädtischen Vorbildern orientiert, wäre hingegen für eine Analyse der ostdeutschen Industriestadtgenese kein adäquater Forschungsansatz. Hier ist unter Beachtung der spezifischen Voraussetzungen der DDR zu untersuchen, in welcher Weise sich ein durch industrielle Dynamik induzierter Siedlungsansatz im Spannungsverhältnis zwischen zentralen Vorgaben, lokalem politischen Handeln und Bevölkerungsansprüchen wandelt und inwieweit sich im Laufe der Jahre eine industriebestimmte Stadtentwicklung zur inneren Stadtwerdung modifiziert und dynamisiert. Dabei ist zu analysieren, in welchem Umfang lokale pragmatische Maßnahmen und langfristige Leitbildkonstruktionen zur Defizitmilderung und nachträglichen Urbanisierung beitragen. Die unter diesen Bedingungen generierbaren Stadtqualitäten dürfen nicht am Maßstab metropolitaner Ideale gemessen werden. Die Analyse der städtischen Qualitäten nichtgroßstädtischer Siedlungstypen muss „unbelastet durch die von Metropolen entliehenen Vorstellungsmuster der Boulevards, großen Plätze, Glaspassagen, Theater und Nachtcafés des großstädtischen Flaneurs“⁷³ erfolgen. Metropolen sind in diesem Sinne nur „faszinierender und sinnfälligster Sonderfall des Städtischen“⁷⁴. Das Charakteristikum des „Städtischen“ ist nicht auf Metropolen und Großstädte beschränkt, sondern zeigt in Hinblick auf Städte anderer Zentralitätsstufen und Funktionstypen viele Facetten.⁷⁵

Der normativ aufgeladene Stadtbegriff der europäischen Stadtgeschichtsforschung ist insbesondere angesichts der spezifischen Struktur einer Kleinstadt – zumal einer kleinen Industriestadt – zu modifizieren. Als Bezugsebene sind Mindestanforderungen des „Urbanen“ zu definieren, die die soziologische ebenso wie die geographische Stadtforschung in einer gewissen Dichte und Zentralität, wirtschaftlicher und sozialer Heterogenität, nutzungsstruktureller Differenziertheit und geschlossener baulicher Gestaltung erkennt.⁷⁶ Das Konzept der „europäischen Stadt“, wie es die gegenwartsbezogene Stadtforschung nutzt, konstruiert – auch

⁷² Vgl. hier auch die Argumentation von *Dellwig*: Kommunale Wirtschaftspolitik, S. 41–42.

⁷³ *Reif*: verspätete Stadt, S. 6.

⁷⁴ *Heinz Reif*: Metropolen. Geschichte, Begriffe, Methoden. Center for Metropolitan Studies, Working Paper, Nr. 1, Berlin 2006, S. 2.

⁷⁵ Detlev Vonde betont, dass Defizitanalysen über Urbanisierung nicht am Idealtypus der bürgerlichen Stadt orientiert werden dürfen. Vielmehr ist für die Analyse und den Vergleich ein Set von Kategorien notwendig, das sich an allen Qualitäten von zentralen (städtischen) Orten orientiert. Vgl. *Vonde*: Revier der großen Dörfer, S. 20. Auch Jürgen Reulecke und Clemens Zimmermann heben hervor, dass die bisherige Stadtgeschichtsforschung durch eine normative Aufladung des herkömmlichen Stadtbegriffs geprägt ist. Sie rufen dazu auf, den Stadtbegriff vielschichtiger zu betrachten und verstärkt „in der europäischen Stadtgeschichte nach Vor- und ‚Minder‘städten, nach der Genese von Suburbanisierung, nach der wirklichen Verfaßtheit ländlicher Siedlungen oder der Industrieagglomerationen (‚Die verspätete Stadt‘) zu fragen.“ *Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke*: Zwölf Bemerkungen zur Stadt- und Urbanisierungsgeschichte, in: *IMS 1*, 2002, S. 62–69, hier S. 66.

⁷⁶ Vgl. *Walter Siebel*: Urbanität, in: *Hartmut Häußermann (Hg.)*: Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 2000, S. 180–182; Die geographische Stadtforschung ergänzt vor allem die Aspekte einer hohen Wohn- und Arbeitsstättenkonzentration, Arbeitsteilung, hoher Verkehrswertigkeit und künstlicher Umweltgestaltung. Vgl. *Heinz Heineberg*: Stadtgeographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, S. 23–27, vor allem S. 25. Einen Überblick zu historischen Stadtdefinitionen bietet: *Alfred Heit*: Vielfalt der Erscheinung – Einheit des Begriffs? – Die Stadtdefinition in der deutschsprachigen Stadtgeschichtsforschung seit dem 18. Jahrhundert, in: *Peter Johanek/Franz-Joseph Post (Hg.)*: Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff, Köln 2004, S. 1–13; vgl. auch *Niethammer*: Stadtgeschichte in einer urbanisierten Gesellschaft, insbesondere S. 126–136.

auf Basis historischer Betrachtungen – einen Idealtypus für Großstädte im „kapitalistischen“ und „westlichen“ Europa, der für die Bewertung der Urbanität neuer Industriestädte im Sozialismus zwar keinen Maßstab, aber eine wichtige Anregung bieten kann.⁷⁷ Die Definition erfolgreicher Urbanisierung sollte demzufolge auch in Industriestädten und Kleinstädten nicht auf das bloße Vorhandensein infrastruktureller Mindestbedingungen reduziert werden, sondern gleichfalls soziale, kulturelle und politische Aspekte der Stadtqualität einbeziehen, wie sie sich beispielsweise in der Herausbildung eines Stadtbewusstseins der Bewohner und in der Formierung lokaler Handlungsfähigkeit manifestieren. Notwendig ist es, in diesem Kontext die spezifischen lokalen Bedürfnisse und Wünsche in Bezug auf urbane Qualitäten sowohl bei örtlicher Politik wie ansässiger Bevölkerung zu ermitteln, um sie mit den gebauten Realitäten in der kleinen Industriestadt zu kontrastieren.

Die Stadt, sei sie Kleinstadt oder Großstadt, bietet spezifische Lebenschancen für ihre Bewohner, wie sie Walter Siebel formuliert:

„Die Stadt als Ort von Heterogenität, Größe und Dichte, hochspezialisierter Arbeitsteilung und Fremdheit treibt zum einen die Individualisierung voran, positiv, indem eine differenzierte Arbeitsteilung und hochdifferenzierte Marktangebote den Individuen sehr unterschiedliche berufliche und Konsummöglichkeiten, sowie individuelle Lebensweisen eröffnen, negativ, indem sie den einzelnen aus Traditionen und sozialen Kontrollen herauslöst.“⁷⁸

Diese Definition steht der Auffassung entgegen, dass sich „Urbanität“ in der Moderne durch neuartige Massenverkehrsmittel, Kommunikationsstrukturen und die Ausbreitung ehemals typisch städtischer Infrastrukturen vollständig von ihrer städtisch-baulichen Hülle gelöst hätte und unterstreicht damit die Bedeutung der Stadt als abgrenzbares Untersuchungsfeld.

Bei einer Anwendung des Forschungsansatzes der defizitären Urbanisierung auf die DDR sind weitere Ungleichheiten der Entwicklungsvoraussetzungen zu berücksichtigen, insbesondere in Bezug hinsichtlich der Identifizierung von Defizitstrukturen: So spielten Mängel der Ausstattung mit technischen Standards bei Wärme, Energie, Wasser und Abwasser in den Industrieorten der DDR – zumindest in deren Neubaugebieten – nicht mehr die dominante Rolle als Defiziterfahrung wie im Ruhrgebiet. Dagegen taten sich durch unzureichende Versorgungsstrukturen, fehlende Zentren, eine zentralistisch gegängelte Kommunalpolitik und eine in besonderer Weise „entdifferenzierte“ Stadtgesellschaft andersartige Hemmnisse gegenüber einer nachholenden Stadtwerdung auf. Insbesondere die grundlegenden ökonomischen wie politischen Unterschiede zwischen einer weitgehend ungeplanten, kapitalistischen Industriestadtentwicklung des 19. Jahrhunderts und der sozialistischen Industriestadt-

⁷⁷ In Weiterentwicklung des Konzepts von Max Weber definiert Walter Siebel neben dem Vorhandensein urbaner Lebensweise und einer besonderen städtebaulichen Gestalt als Grundvoraussetzungen auch „Geschichtlichkeit“, „Emanzipation“, Stadtproduktion durch öffentliche Planung und eine sozialstaatliche Regulierung der Stadt. Vgl. z.B. *Walter Siebel*: Einleitung: Die europäische Stadt, in: *ders. (Hg.): Die europäische Stadt*, Frankfurt a.M. 2004, S. 11–48; *Hartmut Häußermann*: „Die europäische Stadt“, in: *Leviathan*, 29, 2001, 2, S. 237–255.

⁷⁸ *Siebel*: Urbanität, S. 270.

planung erfordern Differenzierungen. Nicht kapitalistische Unternehmer, „Spekulanten“ oder eigenständige Lokalverwaltungen prägten in der DDR die Stadtproduktion, sondern staatliche bzw. „volkseigene“ Entscheider, die zwar nicht wie in den Ruhrgebietsstädten eine chaotisch wuchernde Siedlungsstruktur schufen, gleichwohl jedoch andersartige Muster eines von Defiziten und Planungsfragmenten geprägten Stadtraums entstehen ließen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied betrifft die Größenordnung der Städte: Bei den betrachteten Industrieorten in der DDR handelt es sich um sehr dynamisch wachsende Gemeinwesen, eine agglomerative Ballung von expansiven ökonomischen Kräften, die wie im Ruhrgebiet zur industriellen Großstadtgenese führte, gab es in der DDR jedoch nicht.

1.2.2 Kommunalpolitik im Zentralismus

Die Analyse der Kommunalpolitik wird im Folgenden als ein wichtiger Baustein zu einem umfassenderen Verständnis von Zentralismus und Parteiherrschaft und deren Grenzen auf der lokalen Ebene verstanden. Bei der Untersuchung der Kommunalpolitik in der Kleinstadt Ludwigsfelde liegt der Schwerpunkt deshalb auf der Analyse der formellen und informellen Möglichkeiten, mit denen von der kommunalen Ebene aus entgegen dem Diktum der Allmacht des allmächtigen Zentralismus Einfluss auf die Entwicklung der Stadt genommen werden konnte.

In Hinblick auf die Untersuchung des politischen Systems der kommunalen Ebene und die Mechanismen der Kommunalpolitik in der DDR besteht immer noch ein großes Forschungsdefizit.⁷⁹ Im Fokus politikgeschichtlicher Untersuchungen standen bisher die zentralen Institutionen; selten unter Einschluss der bezirklichen oder gar kreislichen Ebenen. Eine detaillierte Untersuchung insbesondere der kommunalen Institutionen ist bisher noch weitgehend unterblieben, obwohl sich hier die Beziehungen zwischen dem politischen System der DDR und den gesellschaftlichen Teilbereichen anhand der „Schnittstelle“ Stadt anschaulich darstellen ließen. Die Tendenz der Forschung, die Ebene der Gemeinden als irrelevant für die DDR-Forschung anzusehen, wurde durch das gängige Paradigma der lokalpolitischen Machtlosigkeit ostdeutscher Kommunen verstärkt. In der „durchherrschten“⁸⁰ und „entdifferenzierten“⁸¹ Gesellschaft der DDR konnten Kommunen nicht als ein geeignetes Forschungsfeld erscheinen. Detaillierte Fallstudien zu lokalen Politikkonstellationen in Städten der DDR wurden angesichts dieser Theoreme, die dem Lokalen wenig Raum ließen, kaum erarbeitet.⁸²

⁷⁹ Vgl. zur Kommunalpolitik in der DDR: *Neckel*: Staatsorgan; *Werner Barm*: Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 3, 4, 1970, S. 425–429; *Klaus Sieveking*: Kommunalpolitik und Kommunalrecht in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 16, 7, 1983, S. 1163–1174; *Jörn Schütrumpf*: Werk – Stadt – Partei. Kommunalpolitik in der Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats Ost, in: *Beier (Hg.)*: *aufbau*, S. 121–125; *Helmut Melzer*: Lokale Politikforschung in der DDR zwischen Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung, in: *Hubert Heinelt/Hellmut Wollmann (Hg.)*: *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel/Boston/Berlin 1991 (*Stadtforschung aktuell* 31), S. 321–335; *Erika Lieser-Triebnigg*: *Die Stellung der Gemeinden in der DDR*, Melle 1988.

⁸⁰ *Jürgen Kocka*: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: *Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.)*: *Sozialgeschichte*, S. 547–553.

⁸¹ *Meuschel*: *Legitimation*, S. 43.

⁸² Davon auszunehmen sind insbesondere die Untersuchungen zum Aufbau von Eisenhüttenstadt, wo die Analyse der Kommunalpolitik eine wichtige Rolle spielt. Vgl. *May*: *Planstadt StalinStadt und Schütrumpf: Werk – Stadt – Partei*, S. 121–125. In den letzten Jahren ist in dieser Hinsicht ein Wandel festzustellen, wie

Bereits während des Bestehens der DDR entstand zwar eine umfangreiche offizielle kommunalpolitische Literatur, welche aber in erster Linie der praktischen „Anleitung“ oder rechtlichen Information von Kommunalpolitikern diente.⁸³ Bemerkenswerter ist in diesem Zusammenhang die sozialwissenschaftliche Forschung in der DDR, die insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren auf die große potenzielle Bedeutung und gleichzeitige reale Vernachlässigung der kommunalen Ebene hingewiesen hatte.⁸⁴ Insgesamt widmeten sich jedoch nur wenige wissenschaftliche Arbeiten schon zu DDR-Zeiten dezidiert „Alltag“ und Handlungsspielräumen der Kommunalpolitik. Allerdings hatten kommunalpolitische Fragen schon vor 1990 auch das Interesse der westdeutschen DDR-Forschung gefunden⁸⁵, doch mussten sich die Untersuchungen durch die Unzugänglichkeit der Archive und die Unmöglichkeit der Durchführung von Fallstudien in vielen Fragestellungen auf die Analyse der formalrechtlichen Bestimmungen beschränken.

Nach dem politischen Umbruch des Jahres 1989 wurde eine ganze Reihe von Studien erstellt, die zunächst vor allem die strukturelle Andersartigkeit der Kommunalpolitik in der DDR gegenüber dem westlichen System der lokalen Selbstverwaltung hervorhoben und dabei die Bedeutungslosigkeit der Gemeinden im politischen System der DDR unterstrichen.⁸⁶ Mehrere Untersuchungen widmeten sich dem Systemwandel anhand der konkreten Fallbeispiele von Wismar⁸⁷, Erfurt⁸⁸ und der Berliner Stadtbezirksverwaltungen⁸⁹, wodurch auch der Wissensstand über das kommunale Personal und das lokale Verwaltungshandeln vor 1990 erweitert werden konnte.

Die juristische und rechtsgeschichtliche Forschung hat sich zum Teil bereits vor 1990 eingehender mit dem Kommunalrecht in der DDR befasst.⁹⁰ Nach 1990 beschäftigte sich die juristische Forschung zeitweise intensiver mit der Kommunalpolitik der DDR, vor allem um die

die nach 2003 erschienenen Arbeiten von *Springer* (Verbaute Träume), *Saldern* (Inszenierte Einigkeit) und *Betker* (Einsicht in die Notwendigkeit) belegen.

⁸³ Vgl. beispielsweise die Reihe „Kommunalpolitik aktuell. Schriften für Abgeordnete und Mitarbeiter der Staatsorgane“, die seit Mitte der 1980er Jahre erschien und es auf über 20 Bände brachte.

⁸⁴ Vgl. z.B. *Staufenbiel*: *Leben in Städten*.

⁸⁵ Vgl. *Barm*: *Kommunalpolitik und Kommunalwahlen*; *Sieveling*: *Kommunalpolitik und Kommunalrecht*; *Lieser-Triebnigg*: *Gemeinden*; Gero Neugebauer: *Zur Situation der Kommunalpolitik in der DDR*, in: *Ilse Spittmann-Rühle* (Hg.): *Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ursachen, Inhalte, Grenzen, Wissenschaft und Politik*, Köln 1989.

⁸⁶ Vgl. *Lorenz/Wegrich*: *Lokale Ebene*; *Heinz Bartsch*: *Aufgaben und Struktur der örtlichen Verwaltung*, in: *Klaus König* (Hg.): *Verwaltungsstrukturen der DDR*, Baden-Baden 1991, S. 109–134; *Michael Völker*: *Zum Scheitern der Kommunalpolitik in der DDR*, Siegen 1990; *Michael Völker*: *Kommunalpolitik in der ehemaligen DDR – ein Sonderfall?*, in: *Franz Braschos/Rüdiger Voigt* (Hg.): *Kommunalpolitik in Stadt und Land. Grundlagen – Entwicklungsperspektiven – Praxis*, Erfurt 1991, S. 79–89; *Neckel*: *Staatsorgan*; *Helmut Berking/Sighard Neckel*: *„Außenseiter als Politiker. Rekrutierung und Identitäten neuer lokaler Eliten in einer ostdeutschen Gemeinde“*, in: *Soziale Welt: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, 3, 1991, S. 283–299.

⁸⁷ Vgl. *Hans-Gerd Kästner*: *Kommunale Eliten und Machtstrukturen in der Nachfolge der DDR. Eine Untersuchung des politischen Systemwandels am Beispiel der Hansestadt Wismar*, Berlin 1999.

⁸⁸ Vgl. *Stephan Schnitzler*: *Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozess von 1989/90 in der Stadt Erfurt*, Göttingen 1996.

⁸⁹ Vgl. *Peter Beckers*: *Kulturelle Aspekte bezirklicher Verwaltungstransformation, Einflüsse von Handlungsorientierungen in der DDR-Stadtbezirksverwaltung auf Verlauf und Stand der Integration Ost-Berliner Bezirksverwaltungen in das Land Berlin im Zeitraum von 1989 bis 1995*, Berlin 1998, Humboldt-Universität, Dissertation, elektronische Ressource.

⁹⁰ Vgl. *Herwig Roggemann*: *Kommunalrecht und Regionalverwaltung in der DDR. Einführung in das Recht der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke*, Berlin 1987; *Lieser-Triebnigg*: *Gemeinden*.

Voraussetzungen für die Transformation zum westdeutschen System zu untersuchen.⁹¹ Die Kontrastierung der formalen rechtlichen Grundlagen mit der realen kommunalpolitischen Situation vor allem in den kleineren kreisangehörigen Städten steht trotz der Öffnung der Archive bis heute aber noch aus.

Obwohl deutliche Fortschritte und eine weitreichende Ausdifferenzierung der DDR-Forschung festgestellt werden können, ist insgesamt weiterhin eine Vernachlässigung kommunalpolitischer Themenbereiche zu konstatieren. Als eigenständiger Politikbereich ist die Kommunalpolitik bisher noch nicht von der Forschung untersucht worden. In den einschlägigen Sammelbänden und Forschungsberichten bleibt die Kommunalpolitik bis heute in auffälliger Weise weitgehend ausgespart.⁹² Im Fokus politikgeschichtlicher Untersuchungen stehen weiterhin vorrangig die zentralen Ebenen. Auch bei der Analyse der Parteistrukturen werden nur in Ausnahmefällen die unteren Hierarchieebenen betrachtet.⁹³ Bemerkenswerterweise gibt es erst sehr wenige Darstellungen über die einzelnen städtischen Organe⁹⁴ oder Untersuchungen zu den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlungen, zur Arbeitsweise der Räte und ihrer Abteilungen und zur Tätigkeit der ständigen Kommissionen, die die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten dieser Institutionen verdeutlichen könnten. Detaillierte Untersuchungen über die „Alltagsarbeit“ der Verwaltung einer mittleren oder kleineren Stadt existieren bis heute nicht.⁹⁵ Die Handlungsmuster und spezifischen Strategien der lokalen administrativen Ebene sind deshalb weitgehend unbekannt. Eingehende Untersuchungen, die die Gestaltungsspielräume, informellen Strategien und das spezifische Selbstverständnis örtlicher Akteure aufzeigen, existieren bislang nur für Teilbereiche des kommunalen Handelns, wie z.B. die architektonisch-gestalterischen Aspekte der örtlichen Stadtplanung.⁹⁶ Ebenso sind die Bedeutung der kommunalpolitischen Akteure innerhalb des Institutionengefüges des SED-Staates und ihre Interaktionen mit den weiteren örtlichen Institutionen und mit der Bevölkerung bis heute ungeklärt. In der wissenschaftlichen Diskussion über Durchherrschaft und Partizipationsmöglichkeiten im SED-Staat spielte die lokale administrative

⁹¹ Vgl. *Christoph Hausschild*: Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR. Auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat: eine vergleichende Untersuchung Berlin 1991. Die Arbeit von Püttner und Rösler von 1997 ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, da sie über die bisherigen juristischen Schriften deutlich hinausgeht und die Erkenntnisbasis zur lokalen Verwaltung durch umfangreiche Feldstudien erweitert hat: *Günter Püttner/Albrecht Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform in der ehemaligen DDR. Zur staatsrechtlichen Stellung und Aufgabenstruktur der DDR-Gemeinden seit Beginn der siebziger Jahre, Baden-Baden 1997. Auf die Beziehung zu anderen Traditionen des deutschen Kommunalrechts verweist die Studie: *Otto N. Bretzinger*: Die Kommunalverfassung der DDR. Ihre Einordnung in die Tradition und ihr Beitrag zur Fortentwicklung des deutschen Kommunalrechts, Baden-Baden 1994.

⁹² Vgl. *Eppelmann/Faulenbach/Mähler (Hg.)*: Bilanz und Perspektiven; *Ihme-Tuchel*: DDR.

⁹³ Vgl. zu Grundorganisationen der SED: *Katrin Passens*: Der Zugriff des SED-Herrschaftsapparates auf die Wohnviertel, Berlin 2003; zur Bezirksebene der SED vgl. z.B. *Norbert Moczarski (Hg.)*: Die Protokolle des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Suhl. Von der Gründung des Bezirkes Suhl im Juni 1952 bis zum 17.6.1953, Weimar 2001.

⁹⁴ Vgl. zum Selbstverständnis der Bürgermeister: *Kathrin Hartmann*: „Ist das nun Politik?“ Politikbegriff und Selbstverständnis von Bürgermeistern in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2003. Zu den lokalen Eliten vgl. auch *Sabine Lorenz*: Kommunaler Elitenwandel: Rekrutierung, Zusammensetzung und Qualifikationsprofil des lokalen administrativen Führungspersonals in Ostdeutschland, in: *Stefan Hornbostel (Hg.)*: Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 85–103.

⁹⁵ Für die größere Mittelstadt Schwedt wurden diesbezüglich durch Philipp Springer jedoch jüngst schon wesentliche Grundlagen erarbeitet. Vgl. *Springer*: Verbaute Träume, insbesondere S. 308–524.

⁹⁶ Vgl. insbesondere *Frank Betker*: „Wieder Straßen und Plätze organisieren.“ Institutionen und Erfahrungen in der kommunalen Stadtplanung der DDR, in: *Die alte Stadt* 32, 2, 2005, S. 122–135.

Ebene bisher eine untergeordnete Rolle. Die Bedeutung der Kommune im Planungssystem und in den alltäglichen Aushandlungsprozessen in der Stadt ist über die reine Analyse der rechtlichen Bestimmungen hinaus noch weitgehend unerforscht. Die Funktion der „Schnittstelle Stadt“ in den Beziehungen zwischen dem zentralen politischen System der DDR und den gesellschaftlichen Teilbereichen und deren Wirksamkeit für die Funktionsfähigkeit des gesamten Staates ist deshalb immer noch ein Desiderat der Forschung.

Aufgrund des großen Umfangs des Archivmaterials und der Komplexität des Alltagsgeschäfts der Kommunalpolitik in der DDR⁹⁷ konzentriert sich die Analyse im Folgenden auf ausgewählte Probleme und herausragende Fallbeispiele, die typische Formen, Strategien und Möglichkeiten städtischer Politik repräsentativ beleuchten können.

Die Beschäftigung mit der kommunalen Ebene soll im Rahmen dieser Arbeit eingehendere Analysen der Wirkung der zentralistischen Parteierrschaft auf die Lebensrealitäten vor Ort ermöglichen und aufzeigen, welche Freiräume in der „durchherrschten Gesellschaft“ blieben und die „Grenzen der Diktatur“⁹⁸ auf der lokalen Ebene eruieren. Die Suche nach lokalen Spielräumen und Handlungslogiken führt in der Konsequenz auch zur Frage, inwieweit die kommunale Ebene „Teil der Herrschaft“ oder „Teil der Grenzen der Herrschaft“ war.

Im Einzelnen sind die Spielräume der „Stadt“ im zentralistischen System zu untersuchen, um aufzuzeigen, welche Brüche auch der formal streng organisierte Zentralismus zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Staat, Partei und Massenorganisationen in der Stadt aufwies. Die zentralistische Verwaltungsstruktur erleichtert nur auf den ersten Blick die Politikanalyse im lokalen Raum, da die realen Entscheidungsvorgänge zumeist komplexer sind als es das hierarchische Staatsplansystem vermuten lässt. Die Untersuchung muss vor allem Muster lokalen Handelns jenseits der formellen administrativen Hierarchien beleuchten, um zu einer umfassenden Einschätzung der lokalen Politikpraxis zu kommen und über eine Analyse der formalrechtlichen Bestimmungen der Kommunalverfassung aus der Zentralstaatsperspektive hinauszudeuten.⁹⁹

Einen besonderen Aspekt sozialistischer Kommunalpolitik bilden die Möglichkeiten der Bevölkerungspartizipation. Trotz des diktatorischen Gesamtsystems gab es in der DDR ein erhebliches Ausmaß von „Kooptations- und Teilhabemöglichkeiten an Praxen hierarchisch gegliederter und zentral kontrollierter Herrschaftsausübung“¹⁰⁰. Diese Interaktion zwischen Herrschenden und Beherrschten ist im Sinne des Konzepts von „Herrschaft als sozialer Pra-

⁹⁷ Trotz der eingeschränkten Selbstverwaltungsbefugnisse besaß die DDR-Stadt weitreichende Verantwortlichkeiten in den Bereichen Wohnraumverteilung, der Kontrolle von Konsum- und Kultureinrichtungen, die eine bundesdeutsche Kommune nicht kennt.

⁹⁸ *Richard Bessel/Ralph Jessen*: Einleitung: Die Grenzen der Diktatur, in: *dies. (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 7–23.

⁹⁹ Diese Tendenz gilt es allgemein in der Stadtgeschichte zu verfolgen, um zur Erforschung der politischen Ordnungskonzeptionen und der besonderen Formen des Interessenausgleichs in der Stadt als „Alternative zu den bis vor kurzem stets in den Vordergrund gerückten staatszentrierten politischen Ideen“ beizutragen. Vgl. *Hein/Roth*: Stadtgeschichtsforschung, S. 71–72.

¹⁰⁰ *Thomas Lindenberger*: Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *Bessel/Jessen (Hg.): Grenzen der Diktatur*, S. 298–325, hier S. 313.

xis“¹⁰¹ zu untersuchen, durch die die Staatspartei sowohl wichtige Informationen wie relative Legitimation zu gewinnen trachtete. Die Interaktion von „oben“ und „unten“ war allgegenwärtig, da sie „ja im Interesse der Aufrechterhaltung der Parteiherrschaft bestehen musste“¹⁰².

Von entscheidender Bedeutung im Kontext der Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik sind die vor Ort ansässigen Großbetriebe. Sie besaßen weitaus größere materielle und personelle Ressourcen als die Verwaltungen der kleinen Städte und hatten häufig einen privilegierten institutionellen und personellen Zugang zur zentralen politischen Macht. Am Beispiel der Untersuchungsstadt Ludwigsfelde ist zu klären, ob in der DDR-Stadt tatsächlich „die Betriebsleitungen das eigentliche Zentrum lokaler Politik“¹⁰³ gewesen sind. Um dieses betriebszentrierte Bild zu differenzieren, soll es mit einem Konzept einer „territorialen Kooperation“ kontrastiert werden, bei der die Stadt und der ansässige Betrieb im jeweiligen Eigeninteresse zusammenwirken konnten.

Im Kontext der Untersuchung der Kommunalpolitik im Zentralismus sind insbesondere die städtischen Eliten in den Fokus zu nehmen. Meist richtete sich der Blick bisheriger Eliteuntersuchungen in der DDR aber auf die gesamtstaatliche Ebene und auf bestimmte Berufsgruppen innerhalb des Herrschaftsapparates.¹⁰⁴ Die kommunale Ebene blieb bis auf wenige Ausnahmen ausgeblendet.¹⁰⁵

In der folgenden Analyse wird die These vertreten, dass in der DDR-Stadt eine örtliche Schicht von „Stadtverantwortlichen“ identifiziert werden kann, die als lokale Eliten zu charakterisieren sind, die die örtlichen Interessen trotz ihrer massiven Einbindung in ein hierarchisches Staats- und Parteisystem vertreten konnten.

Bei der empirischen Analyse von stadtpolitischen Deutungs- und Entscheidungsprozessen sind die Eliten nicht als geschlossene Gruppe zu analysieren. Sie müssen vielmehr als wechselnde Konfiguration teils zusammen, teils gegeneinander agierender formeller wie informeller Gruppen aufgefasst werden.¹⁰⁶ Als Angehörige der städtischen Eliten werden vorrangig die Inhaber formeller Führungspositionen und -funktionen in der Stadt verstanden. Dazu sind die Mitglieder des Rates der Stadt, der Stadtverwaltung, der SED-Ortsparteileitung und teilweise der Stadtverordnetenversammlung zu rechnen. Zu berück-

¹⁰¹ „Herrschaft als soziale Praxis“ ist ein zentrales Thema neuerer alltagsgeschichtlicher Untersuchungen in der DDR. Das Konzept ist beeinflusst durch die Theorien von Foucault, Bourdieu und Lüdtke und betont die wechselseitige Abhängigkeit der Herrschenden und Beherrschten. Vgl. *Lindenberger: Alltagsgeschichte*, S. 315 und *Alf Lüdtke (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien*, Göttingen 1991.

¹⁰² *Thomas Lindenberger: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand von „Gesellschaftsgeschichte“*, in: *Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u.a. 2003, S. 239–245, hier S. 243.

¹⁰³ *Neckel: Staatsorgan*, S. 258.

¹⁰⁴ Zur Erforschung der Eliten in der DDR vgl. *Peter Hübner (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999; *Arnd Bauerkämper: Die tabuisierte Elite. Problembereiche, Fragen und Hypothesen der historischen Forschung über Führungsgruppen der DDR*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 9, 1997, S. 19–33; *Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter Hübner/Sabine Roß: Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*, Berlin 1997; *Eberhard Schneider: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura*, Opladen 1994.

¹⁰⁵ Vgl. Fußnote Nr. 94.

¹⁰⁶ Zu diesem Elitenkonzept vgl. *Anton Sterbling: Eliten, Realitätsdeutung, Modernisierungsprobleme*, Hamburg 1989; *ders.: Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen*, Hamburg 1991.

sichtigen ist, in welchen entscheidungsrelevanten Situationen diese kommunalen Entscheider mit anderen meinungsbildenden Personengruppen in der Stadt und vor allem mit den Entscheidungsträgern auf anderen administrativen Ebenen und in den Betrieben formell und informell in Kontakt traten. Vor allem Funktionäre der Parteien, Massenorganisationen, Infrastruktureinrichtungen und Vereine gehörten zu diesem weiteren Personenkreis, der entweder ohnehin an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt war oder zumindest informell darauf Einfluss nehmen konnte.

1.2.3 Alltagsleben in der Industrieprovinz

Sozial- und alltagsgeschichtliche Fragestellungen bildeten wichtige Schwerpunkte der DDR-Forschung der letzten Jahre.¹⁰⁷ Besonderes Interesse fanden alltagsgeschichtliche Fragen im Zusammenhang mit der Untersuchung der Stabilität bzw. Instabilität der SED-Herrschaft.¹⁰⁸ Die Sozialgeschichtsschreibung blieb bisher allerdings vorrangig auf die DDR-Gesellschaft als Ganzes fixiert. Unterhalb der gesamtstaatlichen Strukturen wurden in der Regel nur die Ebenen der Betriebe, Brigaden, Massenorganisationen und Wohngebiete eingehend untersucht.¹⁰⁹ Wichtige Bereiche des städtischen Lebens wie die Freizeit in der Stadt, der Konsum und die Kultureinrichtungen vor Ort sind bislang nur aus der Perspektive der zentralen Herrschaftsebene oder der Betriebe analysiert worden und nicht als Bestandteile eines komplexen Teilsystems vor Ort. Die Forschung zur DDR-Stadt steht in der Frage des städtischen Lebens deshalb noch weitgehend am Anfang. Die vorliegenden Studien zur Sozialgeschichte der DDR weisen in der Regel keinen direkten Bezug zu dem Ort auf, an dem sich ihre jeweilige Geschichte „ereignet“ hat.

Zu den gut untersuchten Teilbereichen des Alltagslebens gehört die Entwicklung des Konsumangebots und der Konsumkultur auf der Ebene des Gesamtstaates.¹¹⁰ Eingehendere Forschungsarbeiten der letzten Jahre widmeten sich auch dem Leben der Bevölkerung in

¹⁰⁷ Vgl. zum Forschungsstand: *Lindenberger*: Grenzen der Diktatur, S. 239–245; *Beatrix Bouvier*: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002; *Peter Skyba*: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: *Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hg.)*: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 39–80. Die aktuellsten Überblicke finden sich in: *Arnd Bauerkämper*: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005 und *Peter Hübner/Christa Hübner*: Sozialismus als soziale Frage – Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976, Köln/Weimar/Wien 2008.

¹⁰⁸ Vgl. insbesondere den Ansatz bei *Wolle*: heile Welt.

¹⁰⁹ Vgl. folgende Beispiele *Jörg Roesler*: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt? in: *Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.)*: Sozialgeschichte, S. 144–170; *Peter Hübner*: Der Betrieb als Ort der Sozialpolitik in der DDR, in: *Christoph Boyer/Peter Skyba (Hg.)*: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Partei Herrschaft in der DDR und der CSSR, Dresden 1999, S. 63–74; *Passens*: Zugriff; Vgl. für eine ländliche Gemeinde: *Barbara Schier*: Alltagsleben im ‚sozialistischen Dorf‘. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster u.a. 2001.

¹¹⁰ In diesem Zusammenhang ist vor allem die an eine breitere Öffentlichkeit gerichtete Studie von *Anette Kaminsky*: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, zu nennen sowie die vorrangig kulturgeschichtliche Untersuchung von *Ina Merkel*: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln (u.a.) 1999 (Alltag und Kultur, Bd. 6). Vgl. als englischsprachige Gesamtdarstellung: *Mark Landsman*: Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge/Mass/London 2005. Anhand eines konkreten Fallbeispiels wird die Konsumgeschichte bei *Patrice G. Poutrus*: Die Erfindung des Goldbroilers: über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln [u.a.] 2002 (Zeithistorische Studien 19) untersucht. Der Fokus von Detailstudien zu diesem Bereich lag aber häufig nur auf den 1960er Jahren: Vgl. z.B. *Philipp Heldmann*: Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks: Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre, Göttingen 2004 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 163) und *Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hg.)*: Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln/Weimar/Wien 1996.

ihrem Wohngebiet, vor allem in den Neubaukomplexen¹¹¹, nachdem sich schon vor 1990 die Stadtsoziologie der DDR intensiv mit dieser Thematik beschäftigt hatte.¹¹² Wichtige Aspekte des städtischen Lebens blieben jedoch bis heute noch weitgehend unbehandelt, wie z.B. die Rolle der örtlichen Vereine, die Bedeutung der Stadtzentren für die Einwohner oder das Leben in Kleingarten- und Datschenkolonien.¹¹³

Die Forschungslage in Bezug auf einzelne soziale Gruppen der DDR-Gesellschaft stellt sich heute sehr differenziert dar, ein expliziter Bezug auf den Lebensraum Stadt fehlt jedoch meist bei den vorhandenen Untersuchungen. Eindeutiger Schwerpunkt der Forschung waren bisher die Arbeiter in der DDR.¹¹⁴ Erst in letzter Zeit wurden auch vermehrt „bürgerliche“ Gruppen in den Fokus der historischen Forschung genommen.¹¹⁵ Diese Untersuchungen zielten vor allem auf die Frühzeit der DDR und befassten sich vorrangig mit der Frage der Überformung einer bürgerlichen Stadtgesellschaft durch die sozialistische Staatspartei.¹¹⁶ Auch einzelne Gruppen der lokalen „Intelligenz“ waren bereits Gegenstand eingehender Studien, z.B. die Ärzte, Lehrer und das Leitungspersonal von Kombinat¹¹⁷, die jedoch deren Bedeutung für die jeweiligen Stadtgesellschaften nicht vertiefend betrachteten.

In einer „durchherrschten Gesellschaft“ muss Sozialgeschichte das „Politische“ intensiv in die Betrachtung mit einbeziehen, da nach Jürgen Kocka eine „Untrennbarkeit von staatsparteilicher Herrschaft und gesellschaftlicher Entwicklung in der Geschichte der DDR“¹¹⁸ zu konstatieren ist. Die Gesellschaft der DDR sei in hohem Maße ein künstliches Produkt politischer Herrschaft, von dieser ermöglicht, durchformt und abhängig.¹¹⁹ Die Forschung hat das Konzept der Durchherrschung überzeugend modifiziert und die Bedeutung der „Grenzen der

¹¹¹ Z.B. *Bettina Bittner*: Kolonien des Eigensinns, Frankfurt a.M. 1998; *Alice Kahl*: Leipzig-Grünau: Ergebnisse und Ableitungen aus der soziologischen Intervallstudie (1979 bis 1995) zum Wohnen in der Großsiedlung, in: *Werner Rietdorf* (Hg.): Weiter wohnen in der Platte. Probleme großer Neubaugebiete in den neuen Bundesländern, Berlin 1997, S. 161–184; *Alice Kahl*: Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen 2003; *Anita Maaß*: Wohnen in der DDR. Dresden-Prohlis: Wohnungspolitik und Wohnungsbau 1975 bis 1981, München 2006.

¹¹² Vgl. beispielhaft: *Fred Staufenberg*: Brandenburg 87. Die Stadt und ihre Bewohner. Eine soziologische Studie zur Stadtentwicklung, Teil 1. Generelle Stadtentwicklung, Weimar 1988; *ders*: Soziologische Forschung zur Entwicklung der Stadt, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 6, 1982, S. 789–797.

¹¹³ Vgl. die weitgehend als Quellenedition angelegte Arbeit von *Isolde Dietrich*: Hammer Zirkel Gartenzaun. Die Politik der SED gegenüber den Kleingärtnern, Berlin 2003.

¹¹⁴ Vgl. *Peter Hübner/Klaus Tenfelde* (Hg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 10); *Peter Hübner*: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien 3); *Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde* (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2005; *Christoph Kleßmann*: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971), Bonn 2007 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeitsbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Band 14). Vgl. die Untersuchung zu einer einzelnen Region: *Peter Hübner* (Hg.): Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte (Zeithistorische Studien, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Band 7), Berlin 1995, die auch explizit die Ebene der Industriestädte behandelt. Vgl. auch die Studie: *Jeanette Z. Madarász*: Working in East Germany. Normality in a Socialist Dictatorship, 1961-79, Basingstoke 2006, die in Hinblick auf Premnitz auch Arbeiter in einer kleinen Industriestadt untersucht.

¹¹⁵ Vgl. *Großbötting*: SED-Diktatur.

¹¹⁶ Vgl. *Matthiesen*: Greifswald.

¹¹⁷ Vgl. *Georg Wagner-Kyora*: Loyalität auf Zeit. Zur Identität der Management-Elite der DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren. Am Beispiel der Buna-Werke in Schkopau, in: *Hübner*: Eliten im Sozialismus; *ders*: Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte, in: GG 24, 1998, S. 55–80.

¹¹⁸ *Kocka*: durchherrschte Gesellschaft, S. 547.

¹¹⁹ Vgl. *ebd.*, S. 550.

Herrschaft“ herausgearbeitet: Auch die DDR-Diktatur stieß demnach an vielfältige Grenzen innerhalb der Gesellschaft, die sie nicht vollständig zu „durchherrschen“ in der Lage war. Als Nachteil des Konzepts von den Grenzen der Diktatur hat Lindenberger jedoch die irreführende Vorstellung von herrschaftsfreien Räumen in der DDR jenseits dieser Grenzen ausgemacht.¹²⁰ Die in der bisherigen Forschung erkannte zentrale Bedeutung des Politischen für alle gesellschaftlichen Teilbereiche bedingt im Folgenden vor allem die Notwendigkeit, vor der Analyse des städtischen Lebens die kommunalpolitischen und institutionellen Strukturen eingehend in den Blick zu nehmen.

Die Spielräume der lokalen Ebene bestimmen sich zunächst aus dem Charakter des Gesamtstaates. Durch die Forschung wird die DDR eindeutig als Diktatur gekennzeichnet, deren Charakter jedoch unterschiedlich definiert wird. Die Bewertung der DDR als zentralistische Parteidiktatur bleibt auch bei der Betrachtung von Kommunalpolitik und Alltagsleben auf der lokalen Ebene ein wesentlicher Hintergrund der Analyse. Nach Kocka ist die DDR als „Diktatur des 20. Jahrhunderts – eine – in gewisser Hinsicht – moderne Diktatur“ zu bezeichnen. Kocka erkennt die „Modernität“ im „Vorhandensein eines hohen Industrialisierungsgrades, des Einsatzes moderner Massenbeeinflussungs- und -überwachungsmittel etc.“¹²¹. Die Anzahl der Erklärungsansätze zur politischen Herrschaft der DDR bzw. zur Charakterisierung der Gesamtgesellschaft hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Lindenberger modifizierte das Konzept von Kocka zur „Diktatur in der Moderne“¹²² während Jarausch von der „Fürsorgediktatur“¹²³ spricht, Schroeder sieht eine „sozialistische Partei-Diktatur“¹²⁴ und Meier eine „sozialistische Ständegesellschaft“¹²⁵ mit starker Hierarchisierung und Privilegierung. Hans-Ulrich Wehler hingegen greift jüngst auf den von Max Weber geprägten Begriff des „Sultanismus“ zurück, um den „vormodernen“ Charakter des auf den Entscheidungen einer sehr kleinen Gruppe von Parteifunktionären beruhenden Staatssystems zu verdeutlichen.¹²⁶ Die schnelle Abfolge von Begriffsdefinitionen der DDR-Forschung mit umfassendem Erklärungsanspruch, der bald weitere Modifikationen und neue Begriffsdefinitionen folgen, zeigt vor allem eins: „Kein einheitlicher Deckel passt auf den Topf der DDR“¹²⁷, zumal, wenn ein einheitliches Erklärungsmuster alle Ebenen des Staates und der Gesellschaft umfassen will.

Im Nachfolgenden soll vorrangig der Frage nachgegangen werden, ob trotz der schwachen Stellung, über die die Kommune auf administrativer Ebene in der DDR verfügte, die Stadt als Aktions- und Wahrnehmungsbereich eine prägende Bedeutung für die Alltagserfahrung der

¹²⁰ Vgl. Lindenberger: Grenzen der Diktatur, S. 243.

¹²¹ Jürgen Kocka: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: *ApuZ* B 40, 1994, S. 34–45, hier S. 43.

¹²² Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen, S. 26.

¹²³ Konrad H. Jarausch: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur: Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998, 20, S. 33–46.

¹²⁴ Schroeder: SED-Staat, S. 632.

¹²⁵ Artur Meier: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1990, 16/17, S. 3–14.

¹²⁶ Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Fünfter Band Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949–1990, München 2008 (Studienausgabe), S. 354–359.

¹²⁷ Thomas Lindenberger/Martin Sabrow: Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: *Deutschland Archiv* 37, 1, 2004, S. 123–127, hier S. 124.

Menschen besaß. Zur Überprüfung dieser Frage werden die Entwicklungsbedingungen des städtischen Lebens, die Qualität der urbanen Verhältnisse und die Erfahrungswelten der Menschen in der städtischen Umgebung betrachtet. Die Studie konzentriert sich zur Operationalisierung der Untersuchung der Qualität des urbanen Lebens auf eine Analyse der von der Stadt gebotenen Gelegenheiten zu Geselligkeit und Konsum und deren Nutzung, Akzeptanz und Weiterentwicklung durch die Bewohner. Die Wünsche und Erwartungshaltungen der Einwohner an Stadt und Staat wurden durch den propagierten industriellen Aufbau und die damit ideologisch verbundenen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft bestimmt. Inwieweit diese Versprechungen der Anfangszeit der industriellen Gründung auch über längere Phasen trugen oder ob in den Augen der Menschen ein „Verschwinden der Zukunft“¹²⁸ zu konstatieren ist, gilt es am Ludwigsfelder Beispiel zu untersuchen.

Die Untersuchung der Alltagsgeschichte in der DDR-Stadt darf jedoch nicht als reine Defizitanalyse verstanden werden. Bei einer Eingrenzung der Darstellung der Verhältnisse vor Ort auf die vorhandenen Defizite und Versäumnisse ist es nicht möglich, der zentralen Frage nachzugehen, was die Gesellschaft der DDR so lange zusammengehalten hat. Um dieses Phänomen genauer untersuchen zu können, muss eine Vielzahl von örtlichen Aneignungsformen des städtischen Raums und seiner Angebote in die Betrachtung einbezogen werden. Dazu gehören auch die zahlreichen „Nischen“ in der Stadtgesellschaft und die durch Eigeninitiativen der Einwohner geschaffenen partiellen Freiräume.

Auch die Stadtgesellschaften in der DDR müssen auf ihre internen Unterschiede zwischen einzelnen sozialen Gruppen hin analysiert werden, gerade weil diese – mögliche – Differenziertheit den ideologischen Zielsetzungen widersprach. Als ein wesentliches Mittel der Herrschaftssicherung der Staatspartei gilt die bewusste Nivellierung und Entdifferenzierung der DDR-Gesellschaft.¹²⁹ Eine eigene Handlungsdynamik konnte aus den sozialen Subsystemen der entdifferenzierten Gesellschaft nur mühsam hervorgehen, denn die Gesellschaft war – nach Sigrid Meuschel – „stillgelegt“.¹³⁰ Gesellschaftliche Strukturen verloren so ihre relative Eigenständigkeit.¹³¹ Eine solche Charakterisierung hätte auch einschneidende Folgen für die Untersuchungsmethodik der Gesellschaft auf der lokalen Ebene. Die bisherige Forschung hat jedoch gezeigt, dass eine Gesellschaft nicht völlig stillgelegt werden kann.¹³² Auch in der DDR entstanden trotz aller Bemühungen um Entdifferenzierung immer wieder neue soziale Differenzierungen.¹³³ In der folgenden Studie gilt es zu evaluieren, ob die DDR-Stadt und insbesondere die von Arbeitern dominierte Industriestadt „entdifferenziert“ war oder inwieweit

¹²⁸ *Philipp Springer*: Vom Verschwinden der Zukunft. Stadthistorische Überlegungen zum Utopieverlust in der sozialistischen Stadt Schwedt, in: *Heiner Timmermann (Hg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit*, Berlin 2001 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 97), S. 451–464.

¹²⁹ Vgl. *Ingrid Meuschel*: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR. 1945–1989, Frankfurt a.M. 1992, S. 12; *dies.*: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19, 1993, S. 5–14.

¹³⁰ Vgl. *Meuschel*: Legitimation, S. 43.

¹³¹ Vgl. *Bessel/Jessen*: Grenzen der Diktatur, S. 8.

¹³² Vgl. *Ralph Jessen*: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: *GG* 21, 1995, S. 96–110, hier S. 105.

¹³³ Vgl. *Lindenberger*: Diktatur der Grenzen, S. 32.

stadtinterne Unterschiede und sozialräumliche Disparitäten zu identifizieren sind, die für unterschiedliche Stadterfahrungen verantwortlich waren.¹³⁴

1.3 Das Fallbeispiel Ludwigsfelde

In dem erst 1965 zur Stadt erklärten Industrieort Ludwigsfelde, wenige Kilometer südlich von Berlin, zeigen sich wichtige stadtgeschichtliche Problemlagen der DDR-Zeit in Hinblick auf kleinere Industriestädte in besonders anschaulicher Weise. Die weitgehend von zentralen Vorgaben bestimmte Stadtentwicklung einer industriellen Schwerpunktstadt, der dominante Einfluss des ansässigen Industrierwerks auf die Stadtgenese und die defizitäre Entwicklung urbaner Strukturen bilden die augenfälligsten Determinanten der urbanen Entwicklung von Ludwigsfelde.

Ludwigsfelde repräsentiert in besonderer Weise den Typus der kleinen, während der DDR-Zeit neu entwickelten Industriestadt, die kaum über städtische Traditionen verfügte und erst in der DDR den Weg zur inneren Stadtwerdung beschreiten musste. Ludwigsfelde ist eine *reine Industriesiedlung bzw. Industriestadt*, die nur für die Industrie gegründet wurde und nur durch sie existierte. Ludwigsfelde muss auch als eine *neue Stadt* charakterisiert werden, die erst in der DDR zur Stadt erklärt wurde und fast ausschließlich durch Bauten der DDR-Zeit und die nach 1950 zugewanderte Bevölkerung geprägt wurde. Ludwigsfelde erfuhr als neue „Entwicklungsstadt“ zwar Förderungen; dem Ort kam aber keine herausragende ideologische Bedeutung zu, die zu einer dauerhaften ausgeprägten Bevorzugung seiner Stadtentwicklung geführt hätte. Der Aufbau in Ludwigsfelde wurde nicht in dem Maße mit utopischen Fortschrittsvorstellungen verknüpft wie dies etwa bei der „ersten sozialistischen Stadt“ StalinStadt/Eisenhüttenstadt festzustellen ist.

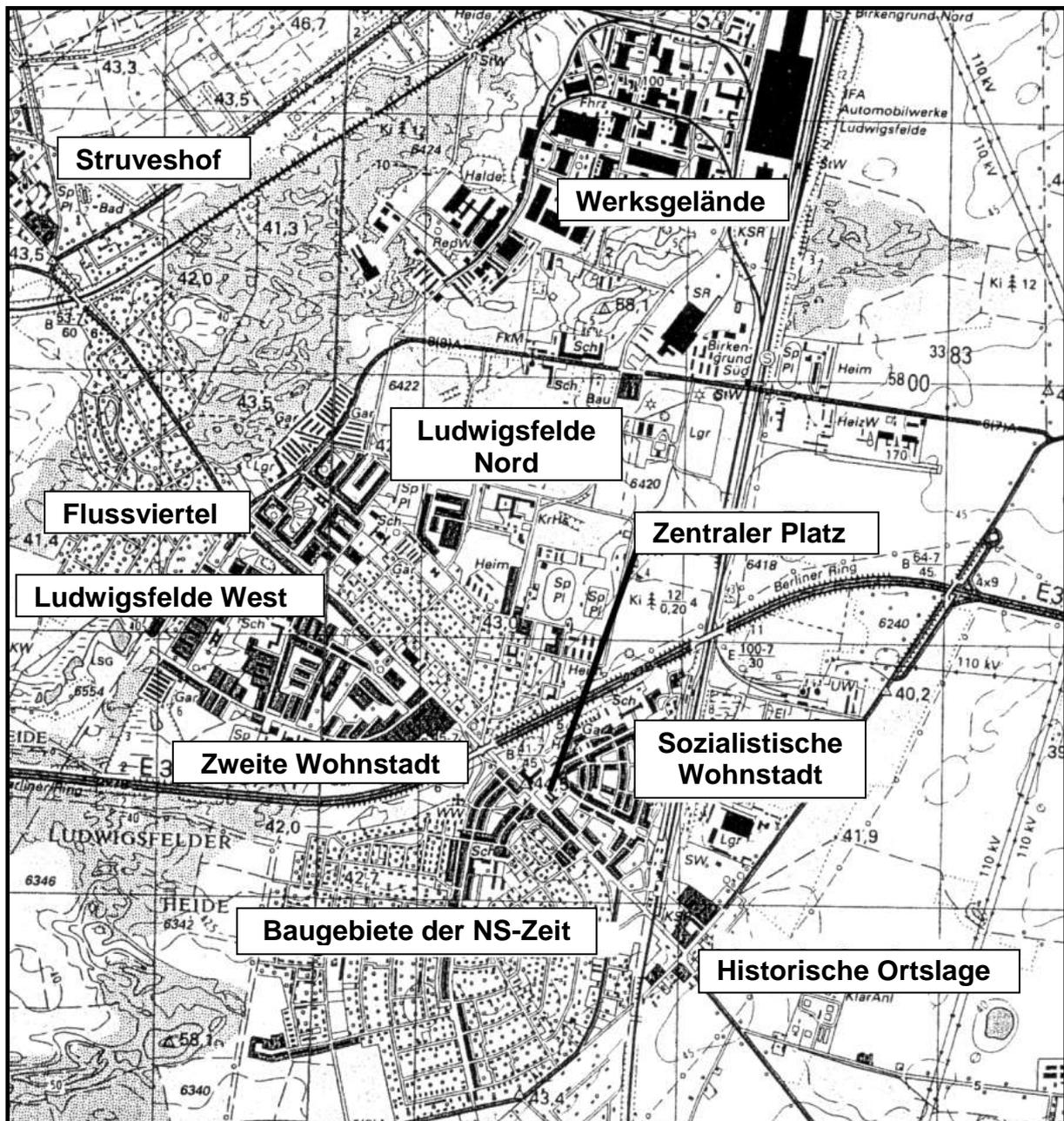
Als *Kleinstadt* stand Ludwigsfelde wie der Großteil der 640 Städte in Ostdeutschland am Ende der Städtehierarchie und verfügte deshalb über begrenztere Handlungsressourcen als eine Bezirksstadt oder eine mittelgroße kreisfreie Stadt. Durch ihren Status als kreisangehörige Gemeinde kam Ludwigsfelde innerhalb der Staatsorganisation allenfalls eine administrative „Kümmernfunktion“¹³⁵ zu. Als Zentrum der Lkw-Produktion in der DDR gewann der Ludwigsfelder Betrieb insbesondere seit 1965 republikweit allerdings eine große ökonomische Bedeutung.¹³⁶ Die Stadt besaß deshalb auch die Chance, eine bessere Ausstattung und Versorgung zu erhalten als dies für andere Städte vergleichbarer Größe ohne Industrie möglich gewesen wäre. Ein wichtiger Faktor der Ludwigsfelder Stadtentwicklung war seine Nähe

¹³⁴ Der Aspekt der sozialen Disparitäten in der DDR-Gesellschaft wurde bisher erst ansatzweise untersucht. Vgl. *Lothar Mertens (Hg.): Soziale Ungleichheit in der DDR. Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der SED-Diktatur*, Berlin 2002 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 82); *Adelheid von Saldern: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995, S. 322–323. Vgl. zum Thema sozialräumlicher Segregation auch *Ivan Szelenyi: Urban Inequalities under State Socialism*, Oxford 1983. Noch früher hat Werner darauf hingewiesen, dass es in der DDR-Stadt auch Prozesse sozialräumlicher Differenzierung gab. *Werner: Stadt, Städtebau und Architektur*, S. 121–123. Zu Disparitäten in Bezug auf Industrieregionen vgl.: *Christoph Bernhardt: Disparitäten als Tabu: Aspekte räumlich-sozialer Ungleichheit im Sozialismus am Beispiel von Industrieregionen der DDR und Polens*, in: *Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hg.): Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert: Wahrnehmung, Entwicklung, Erosion*, Köln 2006, S. 307–321.

¹³⁵ *Lorenz/Wegrich: Lokale Ebene*, S. 30.

¹³⁶ Vgl. *Peter Kirchberger: Plaste, Blech und Planwirtschaft. Automobilbau in der DDR*, Berlin 2000.

zur Hauptstadt Berlin und zur Bezirksstadt Potsdam, bis 1961 auch die leichte Erreichbarkeit von West-Berlin. Die Nähe zu diesen privilegierten Standorten formte auch einen besonderen Anspruchsrahmen der Ludwigsfelder Bevölkerung.



1. Abb.: Übersichtskarte von Ludwigsfelde (Stand 1986)

Trotz dieser spezifischen lokalen Bedingungen kann Ludwigsfelde als „normale“ neuentwickelte Industriestadt für generelle Fragestellungen der DDR-Industriestadtgeschichte als Untersuchungsgegenstand dienen. Ludwigsfelde eignet sich besonders, da hier spezifische Charakteristika einer Industriestadt in der DDR ohne tiefgreifende Vorprägungen und ideologische Sonderstellungen untersucht werden können. Die Industriestadt Ludwigsfelde ist eher der „Normalfall“ einer industriellen Aufbaustadt, weil die exzeptionellen Rahmenbedingungen, die die prestigeträchtigen Ausnahmefälle der größeren Neugründungen Eisenhüttenstadt oder Hoyerswerda kennzeichnen, fehlen.

Die Strukturen der Industriestadt Ludwigsfelde – Dominanz von Großindustrie und Arbeiterklasse, Abwesenheit eines alteingesessenen Stadtbürgertums, weitgehende bauliche Neuanlage – scheinen ideale Bedingungen zur Verwirklichung der propagierten „sozialistischen Lebensweise“ und der Ideale der „sozialistischen Stadt“ geboten zu haben. Letztlich ist die Umsetzung dieser ideologischen Stadtvorstellungen nur bruchstückhaft gelungen. Die Analyse der Stadtentwicklung Ludwigsfeldes kann deshalb vor allem der Verdeutlichung der Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit sozialistischer Industriestadtplanung dienen.

Diese Studie umfasst den gesamten Zeitraum von 1949 bis 1990, konzentriert sich bei der Auswahl der Detailstudien aber insbesondere auf den Zeitraum von den 1960er bis zur Mitte der 1980er Jahre und die in diesen Jahren feststellbaren Wandlungen des Verhältnisses von staatlich-ideologischem Anspruch und städtischen Realitäten. Die Zeit nach den ersten Aufbaujahren ist für die DDR bisher nur wenig untersucht worden, ganz im Gegensatz zu den 1950er Jahren und der Phase des Zusammenbruchs des SED-Staates. Die Jahrzehnte zwischen 1960 und 1989 bieten jedoch für das Verständnis von Stabilität und Instabilität des Systems einen zentralen Erklärungsansatz. Nach dem Bau der Mauer festigte sich die DDR im Vergleich zu den 1950er Jahren zunächst deutlich. Der Staat bot den Menschen, die nun nicht mehr das Land verlassen konnten, mit beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und einem langsam wachsenden Konsumangebot die Möglichkeit zur Integration in das System und damit eine gewisse Zukunftsperspektive an – sofern sie sich herrschaftskonform verhielten. Insgesamt waren daher die 1960er Jahre – nicht zuletzt wegen des im Alltag erfahrbaren wirtschaftlichen Aufschwungs – von einem verhaltenen Reformoptimismus geprägt. In den 1970er und 1980er Jahren wich dieser Aufbauoptimismus der Desillusionierung über die Reformfähigkeit des Systems. Der Zeitraum der 1960er bis 1980er Jahre ist für das Fallbeispiel Ludwigsfelde in besonderer Weise prägend, da in diesen Jahren die Stadttitelverleihung, die Ausformung der städtebaulichen Gestalt, die Entwicklung einer eigenständigen Kommunalpolitik, der Ausbau lokaler Durchsetzungsstrategien und die Differenzierung der städtischen Gesellschaft erfolgten.

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich an den drei Hauptuntersuchungsfeldern. Einzelne Fallstudien innerhalb der Hauptkapitel durchbrechen jedoch durch ihren jeweils übergreifenden Ansatz die thematische Dreiteilung der Untersuchung. Den drei thematischen Hauptkapiteln vorangestellt ist die Einbettung der Stadtgeschichte Ludwigsfeldes in die spezifischen Rahmenbedingungen der Entwicklung von Industriestädten in der DDR. Dazu wird eine Typologie der Industriestädte der DDR skizziert und der Typ der „kleinen industriellen Entwicklungsstadt“ definiert, wodurch verdeutlicht wird, dass Ludwigsfelde als Beispiel für eine Vielzahl von Städten in der DDR steht. Der zweite Teil der Arbeit widmet sich der Untersuchung der baulich-strukturellen Stadtentwicklung von Ludwigsfelde von den Anfängen bis zum Ende der DDR. Angesichts des Charakters von Ludwigsfelde als reiner Industriestadt werden die Industrieentwicklung und deren Voraussetzungen in diesem Kapitel in enger Verflechtung mit der baulich-strukturellen Stadtentwicklung dargestellt. Die Darstellung der Stadtentwicklung dient auch dazu, einen chronologischen Überblick über die Entwicklung Ludwigsfeldes

bis 1989 zu geben. Insbesondere paradigmatische Planungs- und Realisierungsprozesse erfahren dabei eine genauere Betrachtung, um eine Analyse der „Produktion von Stadt“ in der DDR-Industriestadt vertiefen zu können. Im folgenden Kapitel werden die Strukturen der Kommunalpolitik in Ludwigsfelde untersucht. Hier stehen die lokalen Institutionen, ihre Akteure und Handlungsweisen und ihre Interaktionen mit den Bürgern und übergeordneten Organen im Vordergrund. Neben der Darstellung der Rahmenbedingungen werden exemplarische kommunalpolitische Fallstudien detailliert analysiert, die Wandlungen in einzelnen Entwicklungsphasen verdeutlichen können. Im Anschluss stehen zentrale Aspekte des städtischen Lebens, die Alltagsrealitäten einzelner Sozialgruppen der Stadt und der Wandel des städtischen Selbstbildes im Zentrum der Betrachtung. Das abschließende sechste Kapitel liefert eine Zusammenschau und Analyse im Sinne der Leitfragen und eröffnet einen Ausblick auf die heutige Entwicklung der Stadt und weitere Perspektiven für die Forschung.

1.4 Quellengrundlage

Der breite Ansatz der Forschung erforderte die Analyse sehr vielfältiger und umfangreicher aber zumeist schlecht erschlossenen Quellenbestände. Die schriftlichen Überlieferungen der einzelnen staatlichen Ebenen, der Parteigliederungen und der Betriebe bildeten die wesentliche empirische Grundlage, wobei die Akten der unteren Ebenen den eindeutigen Schwerpunkt darstellten. Ein großer Teil der Jahrgänge der Akten des Rates der Gemeinde bzw. ab Juli 1965 der Stadt Ludwigsfelde und der Gemeindevertretung bzw. der Stadtverordnetenversammlungen wurde komplett gesichtet und ausgewertet ebenso weitere Überlieferungen der Verwaltungsabteilungen und Kommissionen, um einen umfassenden Eindruck des „Alltagshandelns“ der Kommunalpolitik zu gewinnen. Die Sichtung der Aktenbestände auf der Kreis- und Bezirksebene sowie der zentralstaatlichen Überlieferungen musste punktueller erfolgen, was durch die hier teilweise vorhandenen archivarischen Findmittel jedoch erleichtert wurde. Als besonders wertvoll erwiesen sich neben den staatlichen Akten die Überlieferungen der verschiedenen Parteiebenen, die auf Kreis- und Ortsebene aber sehr lückenhaft waren. Durch die Aktenbestände des großen vor Ort ansässigen Industrierwerkes konnte die intensive Interaktion zwischen Kommune und Betrieb vor Ort nachvollzogen werden. Viele Aktenbestände konnten angesichts des Umfangs der Gesamtüberlieferung jedoch nicht gesichtet werden, z.B. die Überlieferungen der Betriebsgewerkschaftsleitung, die Akten kleinerer Betriebe und die Akten der Blockparteien. Auch auf die Auswertung von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit und der Polizeibehörden musste angesichts der für die Untersuchung gewählten Schwerpunktsetzung verzichtet werden.¹³⁷ Die Sichtweise der staatlichen Kontrollinstitutionen konnte jedoch durch Auswertung der Berichte der Sicherheitsorgane, die regelmäßig vor den örtlichen Partei- und Verwaltungsgremien vorgelesen wurden, einbezogen werden.

¹³⁷ Die Wirkungsweise der Sicherheitsorgane war bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Vgl. zur Rolle der Volkspolizei in den Kommunen der DDR: *Thomas Lindenberger: Volkspolizei, Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat. 1952–1968, Köln 2003.*

Bisher wurde in der historischen Forschung über die DDR kaum eine umfangreiche Auswertung der Akten der lokalen Staats- und Parteiorgane vorgenommen. Dies gilt sogar für Untersuchungen, die sich explizit mit der lokalen Ebene befassen, da zuweilen der Argumentation gefolgt wird, dass die Auswertung städtischer Akten in der DDR nicht nötig sei, da alle Entscheidungen in der SED-Kreis- und Bezirksleitung erfolgten.¹³⁸ Diese lokale Quellengruppe lässt sich in ihrer Aussagekraft zwar nicht mit städtischen Akten des 19. Jahrhunderts vergleichen, da politische Debatten und oppositionelle Meinungen in nur sehr abgeschwächter Form dargestellt sind. Allerdings besitzen auch Akten der Rats- und Stadtverordnetenversammlungen aus der DDR-Zeit einen besonderen Aussagewert. Aus den umfangreichen Beständen lassen sich in Zusammenschau mit den Akten der SED und den Überlieferungen der höheren Ebenen wichtige Erkenntnisse für die Untersuchung der Handlungslogiken der lokalen Akteure, der Spielräume und Entscheidungsverläufe gewinnen.

Bei Recherche und Auswertung zeigen sich in erster Linie zwei Hauptprobleme: Ein zentrales Hindernis ist zunächst der gewaltige Umfang der schriftlichen Überlieferung. Die Akten der SED-Diktatur scheinen mit „preußischem Eifer gesammelt“¹³⁹, im „Bemühen, die ständig drohende Kluft zwischen den jeweils übergeordneten Apparaten bzw. ihren Funktionären und den ihnen untergeordneten Instanzen und Akteuren zu überbrücken, betrieben erstere von ihrer Spitzenwarte her in geradezu obsessiver Weise eine Art Mikrosoziologie empirischer Vor-Ort-Inspektionen.“ Im Effekt führte das zu „Bergen von Aktenmaterial“.¹⁴⁰

Mit der großen Menge des überlieferten Materials gehen jedoch die teilweise geringe Qualität der Akten und problematische „Lesbarkeit“ der Dokumente und Daten einher.¹⁴¹ Die Akten der 1950er und 1960er Jahre bieten noch ein sehr ergiebiges und vielschichtiges Feld. Sie spiegeln in umfangreichen Wortprotokollen auch interne Diskussionsprozesse wider. Interne Konflikte werden aber teilweise auch schon in diesen Akten durch das nach außen gerichtete Harmoniestreben der Akteure und die Parteidisziplin überdeckt. Die Analyse von Spannungen wird in den zwei letzten Jahrzehnten der DDR durch die Veränderung der Aktenüberlieferung noch schwieriger; die Aussagequalität der Akten nimmt spätestens seit den 1970er Jahren deutlich ab.¹⁴² „Die offenbar fortschreitende Verödung der internen Berichtsströme seit den siebziger Jahren, die oftmals nur Nichtssagendes nach oben meldeten“ zeigt die „Ritualisierung sehr weiter Teile der öffentlichen Kommunikation“¹⁴³. Die Akten der 1980er Jahre sind schließlich häufig nur noch reine Auflistungen von Beschlüssen und standardisierten Redebeiträgen. Das gilt nicht nur für die Protokolle der (öffentlichen) Stadtverordnetenversammlungen und die internen Texte des Rates der Stadt, sondern weitgehend

¹³⁸ Vgl. *Matthiesen*: Greifswald, S. 31.

¹³⁹ *Mary Fulbrook*: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *Bessel/Jessen*: Grenzen der Diktatur, S. 274–297, hier S. 276.

¹⁴⁰ *Lindenberger*: Alltagsgeschichte, S. 317.

¹⁴¹ Vgl. *Alf Lüdtke (Hg.)*: Akten, Eingaben, Schaufenster: die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997.

¹⁴² Diese Feststellung hinsichtlich der Überlieferung der unteren Staatsorgane hat sich ebenfalls bei Untersuchungen höherer Staats- und Parteiebenen gezeigt. *Mary Fulbrook*: Gesellschaftsgeschichte, S. 270.

¹⁴³ *Bessel/Jessen*: Einleitung, S. 15.

auch für die Akten der Partei auf Orts- und Kreisebene. Die Akten enthalten häufig nur „Beschlussprotokolle und dürre Worte“¹⁴⁴, ohne Diskussionsprozesse aufzuzeigen. Handelnde Personen treten als individuelle Entscheidungsträger kaum in Erscheinung. Auf der lokalen Ebene ist diese für die oberen Organe gewonnene Erkenntnis durchaus differenziert zu betrachten. Es gibt regelmäßige Ausnahmen von dieser unzureichenden Überlieferungsstruktur, die ein weitaus differenzierteres Bild der politischen Realität bieten. Insbesondere die Ortsparteiakten und die – selten archivierten – Briefwechsel zu einzelnen kommunalpolitischen Vorhaben vermitteln einen tiefen und nachträglich kaum geglätteten Einblick in interne Entscheidungsprozesse und Streitfälle. Während die Verwaltungsakten in großem Umfang überliefert wurden, sind wesentliche städtebauliche Planungsunterlagen, Karten und Entwurfszeichnungen nicht mehr auffindbar, was die Visualisierung wichtiger Aspekte der Stadtplanungsgeschichte wesentlich erschwert.

Zusätzlich zu den Akten stellten Zeitungen eine wichtige stadtgeschichtliche Quellengrundlage dar. Durch die große Rolle der Ludwigsfelder Industrieproduktion wurden in regelmäßigen Abständen Beiträge im „Neuen Deutschland“ und anderen überregionalen Zeitungen veröffentlicht, die sich jedoch vor allem auf das Kombinat bezogen. Eine eigentliche Lokalzeitung besaß Ludwigsfelde nicht. In der „Märkischen Volksstimme“, der Zeitung der Potsdamer Bezirksleitung der SED, finden sich jedoch für den Kreis Zossen die Regionalseiten „Zossener Rundschau“ mit zahlreichen Beiträgen zu Ludwigsfelde. Die Aufgabe einer Stadtzeitung erfüllte teilweise auch die Zeitung des Industrierwerks und späteren Autowerks „Start“, bis 1960 unter dem Namen „Motor“, die formal die Zeitung der Betriebsparteiorganisation der SED im Betrieb war.

Die Stadtentwicklung von Ludwigsfelde war bislang noch nicht Gegenstand eingehender historischer Forschung. Lediglich zu Städtebau und Architektur der einzelnen Stadtviertel Ludwigsfeldes entstanden in den 1990er Jahren mehrere Arbeiten.¹⁴⁵ In den Architekturzeitschriften der DDR fand Ludwigsfelde dagegen nur geringen Widerhall: In der wichtigsten Zeitschrift „Deutsche Architektur“, die seit 1974 unter dem Namen „Architektur der DDR“ erschien, wurden Bauvorhaben innerhalb der Stadt nur zweimal behandelt. Wissenschaftliche Arbeiten der

¹⁴⁴ Wolle: heile Welt, S. 138.

¹⁴⁵ Vgl. für die Ortsentwicklung während der NS-Zeit: Karin Grimme: Die Werksiedlung von Daimler-Benz in Ludwigsfelde, in: *Kreisverwaltung Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen*, Zossen 1993, S. 90–97. Die Architektur und Entstehungsgeschichte der Siedlungsteile der 1950er Jahre wurden aus architekturgeschichtlicher und denkmalpflegerischer Sicht von Noell und Walch untersucht. Siehe: Matthias Noell/Uta Walch: Ludwigsfelde. Die Siedlung am Heinrich-Heine-Platz: „Erste sozialistische Wohnstadt im Bezirk Potsdam“, in: Brandenburgische Denkmalpflege 1, 2000, S. 41–53; zur Grünplanung der frühen 1950er Jahre in Ludwigsfelde vgl. Susanne Karn: Freiflächen- und Landschaftsplanung in der DDR: am Beispiel von Werken des Landschaftsarchitekten Walter Funcke (1907–87), Münster 2004. Nach 1990 wurden im Zusammenhang mit den damals durchgeführten städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen auch Untersuchungen zu den Siedlungsbereichen der 1960er bis 1980er Jahre erarbeitet. Vgl. *Institut für Städtebau und Architektur*: Studie Ludwigsfelde. Wohngebiet Potsdamer Straße, Berlin 1991 (unveröffentlichtes Manuskript). Als Begleitforschung für die Sanierungsvorhaben entstand auch die Arbeit von Kadatz, die zur Siedlungsentwicklung von Ludwigsfelde den besten Überblick über alle Entwicklungsphasen von Ludwigsfelde bietet, siehe: Hans-Joachim Kadatz: Ludwigsfelde – Porträt der siedlungs- und stadtgeschichtlichen Entwicklung, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin 1993 (Typoskript).

letzten Jahre beschäftigten sich zumeist mit der Entwicklung von Ludwigsfelde nach 1990.¹⁴⁶ Der Ort Ludwigsfelde zeichnete sich jedoch vor 1990 durch eine rege heimatkundliche Tätigkeit aus, deren Umfang für eine Stadt mit einer geringen Größe und kurzen Tradition in der DDR sehr ungewöhnlich ist und die wichtige Grundlagen für die vorliegende Arbeit bot. Hier sind die vom offiziellen „Ortschronisten“ Gerhard Birk verfassten Broschüren und Aufsätze in der Reihe „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“, die in anderer Aufmachung auch nach 1990 fortgeführt wurde, und zahlreiche heimatkundliche Artikel in der „Märkischen Volksstimme“ zu nennen. Die Reihe „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“ bietet ein breites Spektrum an Berichten zu Fragen des Alltagslebens, der Bauentwicklung und den verschiedenen Epochen der Ortsgeschichte, die in den Grenzen der in der DDR möglichen Lokalgeschichtsschreibung professionell erarbeitet worden ist.¹⁴⁷

Die Interviews mit Zeitzeugen ergänzten die Analyse schriftlicher Quellen. Durch diese Gespräche konnten das alltägliche Funktionieren von herrschaftsbedingten Anforderungen und der Umgang mit diesen auch in informellen sozialen Beziehungen zugänglich gemacht werden. Zeitzeugeninterviews konzentrierten sich vor allem auf Schlüsselpersonen aus der Verwaltung, Wirtschaft und gesellschaftlichen Institutionen. Die Gespräche dienten als oftmals entscheidende Informationsbasis zur Rekonstruktion von Entscheidungsprozessen. Dies war insbesondere für die Zeit der „stummen“ werdenden Akten in den 1970er und 1980er Jahren unverzichtbar. Die ehemaligen lokalen Verantwortlichen neigen in ihren Aussagen heute tendenziell dazu, die Entscheidungsmacht und Engagement der städtischen Organe besonders deutlich zu betonen. Dennoch bieten diese Interviews eine entscheidende Informationsgrundlage über das formelle und informelle Alltagshandeln der Kommunalpolitik sowie zur Bestimmung des Selbstverständnisses der lokalen Politiker.

¹⁴⁶ Vom Geographen Peter Neumann stammt eine detaillierte Arbeit zur Stadtentwicklung Ludwigsfeldes, die auch einen kurzen historischen Rückblick enthält, vor allem aber die Entwicklung des Ortes nach 1990 unter dem Blickwinkel der Bedeutung der Urbanität in der kleinen Industriestadt im Vergleich mit der Stadt Hennigsdorf analysiert. Vgl. *Neumann*: Urbanität.

¹⁴⁷ Eine weitere wichtige heimatkundliche Quelle ist der „Zossener Heimatkalender“, der anders als die meisten vergleichbaren Periodika in der DDR nicht in den 1960er Jahren eingestellt wurde, sondern ohne Unterbrechung von 1958 bis zur Auflösung des Kreises 1991 erschien. Zur Industriegeschichte Ludwigsfeldes siehe: *Gerhard Birk*: Ein düsteres Kapitel Ludwigsfelder Geschichte: 1936–1945. Entstehung und Untergang der Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerke Genshagen-Ludwigsfelde, Ludwigsfelde 1986; *Rolf Bober*: Informationsmaterial zum VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde Stammbetrieb des VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen Ludwigsfelde 1952–1996, Ludwigsfelde 1997; *Günter Germann*: Die Industrie in Ludwigsfelde 1936–1989. Heft I: Die Geschichte der Großbetriebe, Ludwigsfelde 2004.

2 KLEINE INDUSTRIESTÄDTE IN DER DDR

Wie die meisten Handlungsfelder der lokalen Politik in der DDR war auch die städtebauliche Entwicklung geprägt von einem Gegenüber der dominanten zentralstaatlichen Vorgaben einerseits und örtlichen Eigeninteressen und unerfüllten Ansprüchen andererseits. Die physische Ausgestaltung der Stadt erfolgte in einem Prozess, der nur sehr punktuell von den offiziellen lokalen Vertretern der Stadt gesteuert werden konnte, da die entscheidenden langfristigen politischen und wirtschaftlichen Vorgaben des Zentralstaates bzw. der Staatspartei einen engen Entwicklungsrahmen setzten.

Die formellen und informellen Handlungsspielräume der Städte in der DDR divergierten von Ort zu Ort erheblich und wurden von stadtspezifischen, regionalstrukturellen und kulturellen Faktoren, der Stadtgröße und den ökonomischen und politisch-administrativen Rahmenbedingungen entscheidend bestimmt.¹ Diese Faktoren formten nicht nur die kommunalen Handlungsspielräume nach außen, sondern prägten auch stadintern die Handlungslogiken und Selbstverständnisse der örtlichen Akteure. Vor der Untersuchung der regional- und ortsspezifischen Aspekte der Ludwigsfelder Industriestadtgenese werden deshalb die überörtlichen Rahmenbedingungen realsozialistischer Industriestadtentwicklung eingehend betrachtet.

Als wichtige Hintergründe für das Verständnis des lokalen Entwicklungsverlaufs sind dazu die herausragende ideologische Bedeutung von Industriestädten, die stadt- und regionalplanerischen und industriepolitischen Leitlinien der DDR, die Abhängigkeit der Stadtentwicklung von der DDR-spezifischen Planungssystematik und Städtehierarchie und die besondere regionale Lage von Ludwigsfelde zu betrachten. Zur Darstellung des Zusammenhangs zwischen Rahmenbedingungen und individueller Stadtkarriere dient die Skizzierung einer übergreifenden Typologie der Industriestädte der DDR. Dazu wird der Stadtyp der kleinen industriellen Entwicklungsstadt als besonderer Vertreter des DDR-Städtesystems definiert.

2.1 Charakteristika von Industriestädten

Der spezifische Charakter einer Industriestadt bestimmt sich in hohem Maße durch das jeweilige politische und gesellschaftliche System und die zeitbedingten wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen. Da in Industriestädten ältere Traditionen eine geringere Prägungskraft aufweisen und die einseitige Abhängigkeit von nur einer Funktion sehr dominant ist, sind sie in besonderer Weise „Kinder ihrer Zeit“. Trotz dieser ausgeprägten Zeitgebundenheit weisen die Vertreter des Typs Industriestadt auch unabhängig von System und Epoche Gemeinsamkeiten auf, die sie von anderen Städtetypen wie Residenz-, Handels- oder Verwaltungsstädten unterscheiden. Diese spezifischen industriestädtischen Kriterien lassen sich auch in Städten identifizieren, die erst durch die Überformung bestehender nicht-

¹ Vgl. dazu ausführlich *Carsten Benke/Thomas Wolfes*: Stadtkarrieren – Typologie und Entwicklungsverläufe von Industriestädten in der DDR, in: *Bernhardt/Wolfes*: Schönheit und Typenprojektierung, S. 127–164, hier S. 144–151.

industrieller Strukturen zu Industriestädten transformiert wurden. Besonders exemplarisch manifestieren sich diese industriestädtischen Charakteristika jedoch in Orten, deren Formierung „als Städte“ und ökonomische Zentren erst durch einen Industrialisierungsprozess erfolgte.

Als Industriestädte können im Grundsatz solche Städte definiert werden, deren ökonomische Basis überwiegend auf nicht-handwerklicher, massenhafter Güterproduktion in Großbetrieben beruht. Quantitativ-statistisch handhabbare Definitionen von Industriestädten orientieren sich traditionell am Anteil der im Ort berufstätigen Bevölkerung, die im industriellen bzw. allgemeiner im produzierenden Sektor beschäftigt ist.² In älteren Typologien wurde ein Schwellenwert von über 60 oder 70 % der Beschäftigten in der Industrie als Mindestanteil für die Einstufung als Industriestadt angesehen.³ Durch die verstärkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzende Tertiärisierung, Differenzierung und insbesondere produktionstechnische Rationalisierung nahm der Anteil der Beschäftigten im industriellen Sektor in allen Stadttypen tendenziell ab. Um den Typus Industriestadt weiterhin identifizieren zu können und die Klassifizierung den neuen Voraussetzungen anzupassen, ist für die Zeit nach 1945 ein niedrigerer Schwellenwert anzusetzen. Auch Städte mit nur 40 oder 50 % Industriebeschäftigten⁴ sind in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unzweifelhaft zum Typus Industriestadt zu rechnen, da die Dominanz der Industrie in Stadtbild, Wirtschaftsleben, Wertschöpfung, Kommunalpolitik und Alltagsleben weiterhin besonders ausgeprägt ist.

Verschiedene gängige Typologien berücksichtigen über die rein statistischen Anteile der Industrie innerhalb der Stadt hinaus weitere strukturelle, bauliche und kulturelle Faktoren des Stadtcharakters, um insbesondere die Eigenart der reinen Industriestadt gegenüber anderen, ebenfalls durch Gewerbe und Industrie bestimmten Städten herauszuarbeiten. Vor allem die ausgeprägte Einseitigkeit der Gründungsmotive und die undifferenzierte Bewohner- und Wirtschaftsstruktur führten schon bei den Industriestädten des 19. Jahrhunderts dazu, dass sie „mit den ‚herkömmlichen‘ zentralen Orten und alten Gewerbestädten außer der numerischen Größe fast nichts gemeinsam hatten“⁵. Im Rahmen dieser Arbeit werden vor allem solche reinen Industriestädte besonderes Augenmerk finden, die unter den Bedingungen einer „späten“ Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden sind.

² Als gängige Bezugsgrößen gelten in der Statistik z.B. der Anteil der Beschäftigten in der Industrie (Betriebe im verarbeitenden Gewerbe ab einer Mindestbeschäftigtenzahl), der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe (d.h. auch nichtindustrielles verarbeitendes Gewerbe) oder der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (d.h. verarbeitendes Gewerbe erweitert um Energie und Baugewerbe).

³ Vgl. *Elisabeth Lichtenberger*: Stadtgeographie, Band 1: Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, Stuttgart 1986, S. 43. In den Städtetypologien von Laux werden orientiert an Berufszählungen Klassifikationen mit Schwellenwerten ermittelt: *Hans-Dieter Laux*: Demographische Folgen des Verstädterungsprozesses. Zur Bevölkerungsstruktur und natürlichen Bevölkerungsentwicklung deutscher Städtetypen 1871–1914, in: *Teuteberg*: Urbanisierung, S. 65–93. Die Methode orientiert sich an: *Hans-Heinrich Blotvogel*: Methodische Probleme der Erfassung städtischer Funktionen und funktionaler Städtetypen anhand quantitativer Analysen der Berufsstatistik 1907, in: *Wilfried Ehbrecht (Hg.)*: Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung, Köln/Wien 1979, S. 217–269, hier S. 71–74.

⁴ Vgl. zu weiteren Industriestadtklassifikationen: *Burkhard Hofmeister*: Stadtgeographie, Braunschweig 1980, 4. verb. Aufl., S. 145–146.

⁵ *Reulecke*: Urbanisierung, S. 44.

Als wesentliche stadtstrukturelle Charakteristika von Industriestädten sind folgende Punkte zu identifizieren.

1. Insbesondere in ihrer Entstehungszeit und Wachstumsphase besitzen Industriestädte eine stark von Zuwanderung geprägte, „verzerrte“ demografische und soziale Bevölkerungsstruktur (z.B. eine je nach dem Charakter ihrer Industrie spezifische Zusammensetzung nach regionaler und ethnischer Herkunft, Alter, Geschlecht und Beruf).
2. Industriestädte weisen eine ausgeprägte Abhängigkeit von den ansässigen Industriebetrieben auf. Der Industriebesatz ist dabei regelmäßig sehr monostrukturell, wodurch die Städte massiv durch konjunkturelle Schwankungen dieses Industriesektors betroffen werden.⁶ Die Abhängigkeit von der Industrie reicht jedoch weit über rein ökonomische Aspekte hinaus und wirkt tief in kommunalpolitische und soziale Sphären des städtischen Alltags hinein.
3. Der städtische Raum industriell geprägter Orte ist durch Produktionsstätten und Verkehrsanlagen, deren Emissionen (Lärm, Geruchsbelästigung, Luftvergiftung) und Raumbedarf und daraus resultierender Zersiedelung belastet. Der Grad der Belastung ist vom Zeitpunkt der Entstehung der Industriestadt und der Art und „Modernität“ der industriellen Produktion abhängig.
4. Besondere neue Industriestädte ohne „alten Kern“ zeichnen sich durch eine nur begrenzt gelingende Urbanisierung im Sinne einer umfassenden Vermittlung von Ansprüchen der Industrie und der Bevölkerung „vor Ort“ an Stadtgestaltung, städtische Infrastruktur und Stadtqualität aus („defizitäre Urbanisierung“).

2.2 Industriestädte in Ostdeutschland

Das Gebiet der späteren DDR war – trotz erheblicher regionaler Differenzierungen – bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in hohem Maße urbanisiert und industrialisiert. 1989 lebten 76,5 % der Bürger der DDR in Gemeinden mit über 2.000 Einwohnern.⁷ Im Vergleich mit den anderen sozialistischen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas besaß die DDR damit den höchsten Urbanisierungsgrad.⁸ Der Urbanisierungsgrad der DDR unterschied sich von dem der Bundesrepublik nur geringfügig.⁹ Trotz dieser grundsätzlichen quantitativen Ähnlichkeiten wies die Siedlungsstruktur Ostdeutschlands jedoch einen deutlich von den meisten Regionen im Westen Deutschlands abweichenden Charakter auf. Augenfällig ist insbesondere, dass der Anteil der großstädtischen Bevölkerung mit 25,5 % im Jahr 1979 im Vergleich zu

⁶ Zur Bedeutung der Industrie für die städtische Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert am englischen Beispiel siehe auch: *David Reeder/Richard Rodger: Industrialisation and the city economy*, in: *The Cambridge Urban History*, Cambridge 2000, S. 553–592. Einige Industriestadttypologien unterscheiden dezidiert auch mono- und polyindustriell geprägte Industriestädte. Vgl. *Hofmeister: Stadtgeographie*, S. 145.

⁷ Errechnet nach: *Statistisches Amt der DDR: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990*, Berlin 1990, S. 8.

⁸ Vgl. *Dierk Heerwagen/Konrad Scherf: Geographie der Siedlungsweise*, in: *Konrad Scherf (Hg.): DDR: Ökonomische und soziale Geographie*, Gotha 1990, S. 111–138, hier S. 122.

⁹ 1989 lebten in der DDR 77 % und in der Bundesrepublik 86 % der Bevölkerung in Städten (statistischer Stadtbegriff, Gemeinden über 2.000 Einwohner) *Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1990 und *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Statistisches Jahrbuch der DDR*, Berlin 1990.

34,2 %¹⁰ in der Bundesrepublik eher gering war.¹¹ Der überwiegende Teil der Bevölkerung der DDR lebte in kleinen und mittelgroßen Städten und kleineren Gemeinden.¹² Als ein besonders prägnantes Merkmal des ostdeutschen Siedlungssystems ist vor allem die große quantitative Bedeutung der Kleinstädte anzusehen.¹³ Dieser kleinstädtische Charakter war in der Siedlungsstruktur Ostdeutschlands schon lange vor 1945 angelegt und wurde auch während der DDR nicht grundsätzlich verändert.¹⁴

Neben dem hohen Urbanisierungsgrad verdeutlicht auch der große Anteil der Industriebeschäftigten den Entwicklungsstand Ostdeutschlands. 1939 betrug der Anteil der in der Industrie beschäftigten Personen auf dem Gebiet der späteren DDR 204 pro 1.000 Einwohner im Gegensatz zu nur 170 im Westdeutschland der Vorkriegszeit.¹⁵ Die starke industrielle Prägung blieb auch während der DDR erhalten und wurde nur durch die erheblichen räumlich-strukturellen Disparitäten innerhalb des Landes relativiert – insbesondere durch das ausgeprägte Süd-Nord-Gefälle.¹⁶ Die drei Nordbezirke und die nördlichen Teile der mittleren Bezirke Magdeburg, Potsdam und Frankfurt blieben bis zum Ende der DDR dünn besiedelt und bis auf wenige insulare Ansiedlungen nur gering industrialisiert.¹⁷

In der DDR war der Siedlungstyp „Industriestadt“ kein neues Phänomen. Auf dem Territorium Ostdeutschlands existierten schon seit dem 19. Jahrhundert industriell geprägte Städte, teilweise reichte die altgewerbliche Prägung bis in die frühe Neuzeit zurück. Vor allem in Sachsen und im Berliner Raum finden sich zahlreiche traditionsreiche deutsche Industriezentren. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verstärkte sich darüber hinaus auch die Industrieprägung in weiteren brandenburgischen Regionen und in den mitteldeutschen Gebieten. Die Industrie- und Gewerbestandorte auf dem Territorium der späteren DDR bildeten bis 1945 jedoch sehr unterschiedliche Charakteristika heraus: Neben diversifizierten Industrie- und Dienstleistungsstädten mit älterer gewerblicher Tradition lassen sich reine Industriestädte identifizieren, die erst durch spätere Entwicklungsschübe nach 1900 durch unternehmerische Initiative oder staatliche Planungen von der Industrialisierung erfasst wurden, eine

¹⁰ Vgl. *Adolf Hanle*: Meyers Staaten der Erde, Mannheim/Wien/Zürich, 1982, S. 108.

¹¹ Mit Berlin West waren es sogar 36,2 %. Lediglich 22,0 % der Bevölkerung der DDR lebten 1970 in Großstädten, 22,1 % in Mittelstädten, aber 29,7 % in Kleinstädten (nach dem statistischen Stadtbegriff). Bis 1988 war der Anteil der Großstädte auf 27,2 % gestiegen, der Anteil der Kleinstädte lag bei 26,5 %. Vgl. *Werner Ostwald*: Raumordnungsreport '90. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern, Berlin 1990, S. 178.

¹² Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 422; siehe auch: *Christine Hannemann/Carsten Benke*: Kleinstädte in Ostdeutschland. Welche Chance hat dieser Stadttyp? Forschungsbericht für die Fritz-Thyssen-Stiftung, Kurzfassung, April 2002. Nur zu einem geringen Teil lässt sich dieses Phänomen durch die umfangreicheren Zuschnitte der administrativen Gemeindegrenzen in der Bundesrepublik erklären.

¹³ Vgl. *Konrad Scherf u.a. (Hg.)*: DDR: Ökonomische und soziale Geographie, Gotha 1990, S. 123; *Christine Hannemann*: Die ostdeutsche Kleinstadt als Forschungsthema – eine Skizze, in: *IMS 2*, 1999, S. 12–16.

¹⁴ Die kleinstädtische Prägung Ostdeutschland lässt sich sowohl nachweisen, wenn man den Anteil der Gemeinden unterhalb von 20.000 Einwohnern berücksichtigt als auch, wenn als weiteres Kriterium das Vorhandensein des Stadtrechts/Stadtitels berücksichtigt wird.

¹⁵ Vgl. *Gerhard Kehrer*: Industriestandort Ostdeutschland. Eine raumstrukturelle Analyse der Industrie in der DDR und in den neuen Bundesländern, Berlin 2000, S. 13.

¹⁶ Zur Raumstruktur der Industrie in Ostdeutschland vgl. ebd., S. 16–17 und S. 55–88.

¹⁷ Abgesehen von den industriellen Standorten in den Bezirksstädten und wenigen Großstandorten (wie Schwedt) fanden sich meist nur Kleinbetriebe oder mit der Landwirtschaft verbundene Industrien.

extrem einseitige Industrieprägung aufwiesen und ihre Stadtwerdung bis zum Zweiten Weltkrieg nur unzureichend abschließen konnten.

Im Vergleich mit dem Westen Deutschlands zeichnete sich das Industriestädtenetz der DDR durch einen geringeren Anteil industrieller Großstädte aus. Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, Leipzig oder Magdeburg sind deshalb eher die Ausnahmen im Städtesystem, auch Ballungen von industriellen Großstädten wie im Ruhrgebiet haben sich in Ostdeutschland nicht herausgebildet. Die ostdeutsche Industriestadtlandschaft wurde weitaus stärker durch mittelgroße Städte wie Brandenburg/Havel, Merseburg oder Dessau geprägt. Charakteristisch ist außerdem die große Anzahl kleiner Industriestädte, die meist weniger als 25.000 Einwohner besaßen, aber einen wichtigen Teil der Industrieproduktion der DDR leisteten.¹⁸ Diese kleinstädtisch strukturierte „Industrieprovinz der DDR“ bestimmte wesentlich den Industriestaat DDR.

Die industrielle Prägung älterer Industriestadttypen blieb während der DDR erhalten und wurde meist sogar noch deutlich verstärkt. Eine Deindustrialisierung in bestehenden Siedlungen fand auch in der späten DDR nicht statt: Obwohl der Anteil der Industriebeschäftigten selbst in der DDR in den 1980er Jahren leicht zurückging und sich erste Tendenzen postindustrieller Entwicklungen zeigten, verließ keine Stadt bis 1990 den einmal beschrittenen Industrialisierungspfad.¹⁹

2.2.1 Ideologische Bedeutung der Industriestadt in der DDR

Der Stellenwert einer Stadt wurde aus Sicht der Staatspartei SED wesentlich von den Zielstellungen der Wirtschaftspolitik und vom ideologisch vorgegebenen Prozess der stufenweisen Durchsetzung des Sozialismus und den damit einhergehenden Bevorzugungen oder Benachteiligungen einzelner Stadttypen bestimmt. Industriestädten, als den „Zentren der Arbeiterklasse“ kam im Selbstbild der „Arbeitsgesellschaft“ der DDR eine dominante ideologische Stellung zu. Die industriellen Zentren waren als privilegierte Orte der Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaft ausersehen; gleichzeitig sollte ihre weitere Entwicklung frei von den strukturellen Fehlern und Defiziten der Industriestädte der kapitalistischen Periode bleiben. Industriepolitische Zielsetzungen in enger Verknüpfung mit gesellschaftspolitischen Prämissen nahmen deshalb bei allen städtebaulichen und raumordnerischen Maßnahmen der DDR eine zentrale Rolle ein und determinierten so wesentlich die Entwicklung des ostdeutschen Städtesystems. Der Stadtbegriff der „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ von 1950, die die Strategie der Stadtentwicklung der DDR in den 1950er Jahren nachhaltig prägten, brachte die industrialistische Sichtweise der Stadtplanungs- und Stadtentwicklungspolitik der DDR deutlich zum Ausdruck: „Städte ‚an sich‘ existieren nicht. Die Städte werden in be-

¹⁸ Vgl. *Christa Rosenkranz*: Demographische und soziale Probleme der gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung von Kleinstädten, Berlin (Dissertation: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED) 1987, S. 11; *Ostwald*: Raumordnungsreport, S. 178–179.

¹⁹ Eine der wenigen Ausnahmen waren einige Bergstädte, vor allem des Uranbergbaus, die nach dem Ende des Bergbaus zu touristischen Zentren entwickelt wurden.

deutendem Umfange von der Industrie für die Industrie gebaut.“²⁰ Während ein Großteil der städtebaulichen und stadtgestalterischen Aussagen der „Sechzehn Grundsätze“ seit der Mitte der 1950er Jahre in der Planungspraxis der DDR in den Hintergrund trat, blieb die grundsätzliche Festlegung auf ein industriebestimmtes Entwicklungsmodell für die weitere Entfaltung des Städtesystems der DDR als Primat bestehen und erwies sich bis 1990 als wesentlich prägender als die wechselhaften stadtarchitektonischen Leitbilder.

Die Fixierung auf ein industriedominiertes Städtebild und das daraus resultierende Entwicklungsmuster war in der Moderne nicht nur auf sozialistische Gesellschaften beschränkt. Auch in marktwirtschaftlich organisierten Systemen waren die Leitbegriffe Modernisierung, Urbanisierung, Industrialisierung und Fortschritt auf das engste verknüpft. Der Volkswirtschaftler Werner Sombart maß schon um 1900 der Industrie als „dem eigentlichen Städtebildner der Neuzeit“²¹ eine zentrale Rolle als Gestalter des modernen urbanen Systems bei. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch industriellen Fortschritt, vermittelt durch das fordistische Produktionsmodell war in den kapitalistischen nicht anders als in den sozialistischen Denkschulen der Moderne fest verankert. Die Dominanz industriepolitischer Zielstellungen im Rahmen der Stadtentwicklung entfaltete in den sozialistischen Staaten aber eine weitaus prägendere Kraft, da die umfassende staatliche Verfügbarkeit von Grund und Boden und die zentralen politischen Lenkungsbefugnisse in Bezug auf ökonomische Investitionen eine ungleich intensivere und unmittelbare Umsetzung industrieller Maßnahmen und ihre Verknüpfung mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen ermöglichten.

Darüber hinaus fußte dieses Entwicklungsziel nicht nur in allgemeinen Grundüberzeugungen der Moderne und in pragmatischen wirtschaftspolitischen Überlegungen, sondern fand seine grundlegende Legitimation wesentlich in der marxistischen Ideologie. Der Marxismus stellte Industrie, Arbeiterklasse, Arbeitsteilung und wirtschaftliches Wachstum als Grundlage allen gesellschaftlichen Fortschritts in besonderer Weise in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Trotz des ideologischen Postulats der Angleichung von Stadt und Land spielte die Stadt in diesem Konzept eine zentrale Rolle. In der planerischen Praxis bildete sich so eine „klare räumliche Zielvorstellung zugunsten von Stadt, Industriegebiet und regionaler Spezialisierung heraus“²². Ein anderer Standort der Industrie als „die Stadt“ war in der DDR kaum denkbar. Fundamentale Stadtkritik hatte im Realsozialismus seit den 1950er Jahren keinerlei ideologische Basis mehr. Die fachliche Kritik an „der Stadt“ richtete sich nur gegen die Hinterlassenschaften der „alten“ kapitalistischen Industriestadt, die der Sozialismus in seinem Selbstbild überwunden und durch eine bessere (Industrie-)Stadt ersetzt zu haben glaubte. Unter den klassischen marxistischen Autoren war ein solch positives Industriestadtbild durchaus nicht immer unumstritten gewesen. Zahlreiche sozialistische Denker – unter ihnen selbst Friedrich Engels – vertraten zeitweise die Auffassung von der völligen Überwindung

²⁰ Grundsätze des Städtebaus. Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 27. Juli 1950 beschlossen, nach: *Lothar Bolz*: Vom deutschen Bauen, Berlin 1951, S. 29.

²¹ *Werner Sombart*: Das Proletariat, Frankfurt a.M., 1906.

²² *Frank Werner*: Die Raumordnungspolitik der DDR, Hannover 1985 (Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 82), S. 123.

der baulich-räumlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land. Engels prophezeite den „Untergang der großen Städte“ und die Zerstreuung der Industrie „über das ganze Land“.²³ Anti-städtische Leitbilder, die als alternatives Entwicklungsmodell den Aufbau von Industriekommunen auf dem Lande vorsahen, waren auch in der frühen Sowjetunion virulent. Spätestens in den 1930er Jahren setzte sich unter Stalin jedoch eine ausschließlich positive Charakterisierung der kompakten Großstadt im Allgemeinen und der Industriestadt im Besonderen durch.²⁴ In der SBZ bzw. DDR lässt sich nach 1945 nur eine sehr kurze Phase konstatieren, in der Ideen diskutiert wurden, die auf die Auflösung der Städte zielten. Diese Diskussionen wurden jedoch bald durch eine verordnete Übernahme des auf Städte und Großindustrie fokussierten sowjetischen Modernisierungsmodells abgelöst.²⁵ Ideologisches Ziel blieb zwar die „planmäßige Verteilung der Industrie“²⁶, die Industrie sollte aber weiter kleinräumig konzentriert bleiben, damit „neue Städte und Industriezentren in zuvor rückständigen Agrargebieten entstehen“²⁷.

Die „Herrschaft des Proletariats“ und der Aufbau der Großindustrie waren gerade in der „Arbeitsgesellschaft“ der DDR untrennbar miteinander verbunden; die gemeinsame Bühne dieser beiden sozialistischen Projekte bildete die Industriestadt. Großindustrie und Arbeiterklasse waren in der Theorie als die wesentlichen Entwicklungsfaktoren der Städte ausersehen, nicht jedoch das Bürgertum, die selbstständige Kommunalverwaltung oder kommerzielle Funktionen. „Die Zukunft der Stadt ist zweifellos“, fasste der DDR-Soziologe Staufenbiel 1978 zusammen, „mit der historischen Mission der Arbeiterklasse verbunden“.²⁸

In der Ansprache von Walter Ulbricht zur Verleihung des Namens „Stalinstadt“ an die Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats bei Fürstenberg am 7. Mai 1953 manifestiert sich diese herausragende Bedeutung der Industriestädte innerhalb des DDR-Sozialismus ebenso wie der Rückgriff auf die Erfahrungen in der Sowjetunion exemplarisch:

„Der weise Stalin, der große Baumeister des Sozialismus, lehrte uns, daß wir besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Städte in den Industriegebieten richten sollen, damit ihre Städte zu wirklichen Zentren des politischen und wirtschaftlichen Lebens werden. Nur unter der Voraussetzung des Bestehens der Volksmacht ist es möglich, solche sozialistischen Städte zu bauen, wie das die erste sozialistische Stadt des Eisenhüttenkombinats ist. Städte des arbeitenden Volkes, Städte, wo es keine Elendsviertel [gibt], in denen es keine kapitalistischen Ausbeuter gibt, Städte, in

²³ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW, Bd. 20, S. 277, zitiert nach: Grundmann: Stadt, S. 48–49.

²⁴ Vgl. zur Entwicklung in der Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren: Harald Bodenschatz/Christiane Post: Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929–35, Berlin 2003, siehe vor allem das Vorwort S. 5–14.

²⁵ Grundmann verweist auf die Bedeutung der Erfahrungen der Sowjetunion: „Dank der beim sozialistischen Aufbau in den UdSSR gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen hat es solche extremen Auffassungen in der DDR nicht gegeben.“ Grundmann: Stadt, S. 51.

²⁶ Vgl. Ingeborg Tömmel: Der Gegensatz von Stadt und Land im realen Sozialismus. Reproduktion kapitalistisch geprägter Industriestrukturen durch Planwirtschaft in der DDR, Kassel 1980 (Urbs et Regio 22, 1981), S. 298.

²⁷ O.V. Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1959, S. 537–538.

²⁸ Zitiert nach: Werner: Raumordnungspolitik, S. 122–123.

*denen kein Platz ist für kapitalistische Schieber, Städte, wo es keine bürgerlichen kapitalistischen Verdummungseinrichtungen gibt. [...] StalinStadt wird die erste Stadt der Deutschen Demokratischen Republik sein, in der es keinerlei kapitalistische Betriebe gibt auch keine kapitalistischen Händler. [...] Diese Stadt kann in jeder Hinsicht eine sozialistische Stadt werden.*²⁹

In dieser neuen industriellen Modellstadt sollten sich die Charakteristika der neuen sozialistischen Gesellschaft unverfälschter herausbilden können, als dies in den alten Städten mit ihrem „historischen Ballast“ aus den Zeiten der Klassengesellschaft möglich gewesen wäre. Ziel der Entwicklung der neuen Industriestadt war die Schaffung der „sozialistischen Stadt“, in der sich die neuartige „sozialistische Lebensweise“ entfalten konnte.

Sozialistische Lebensweise und sozialistische Stadt

Der utopische Anspruch, der die Aufhebung der Klassengegensätze, die Gewährleistung umfassender sozialer Sicherheit und kultureller Vielfalt vermittelt durch kollektive Angebote vor Ort umfasste und letztlich die Schaffung der Voraussetzungen für die Entstehung des „Neuen Menschens“ versprach, wurde bei kaum einem urbanen Entwicklungsprojekt so explizit wie in Eisenhüttenstadt ausgesprochen. Dieser theoretische Anspruch bestand jedoch – abgemildert – beim Aufbau aller industriellen Entwicklungsstädte der DDR.

Die marxistische Theorie in der DDR hatte den traditionellen Vorstellungen über städtische Qualitäten und den Erkenntnissen der „bürgerlichen“ Stadtforschung die Formel der „sozialistischen Lebensweise“ gegenüber gestellt. Dieser Begriff blieb jedoch eine sehr schillernde Zielbestimmung in Theorie und Praxis der DDR-Stadtpolitik, deren Inhalt in den wissenschaftlichen Diskursen und politischen Anwendungen erheblichen Wandlungen unterlag und letztlich niemals überzeugend definiert werden konnte.

Erstmals befasste sich ein Parteiprogramm der SED 1976 im Rahmen des IX. Parteitags inhaltlich mit dem Begriff der „sozialistischen Lebensweise“.³⁰ Eingang in die Bau- und Planungspraxis der DDR hatte dieses Theorem jedoch schon seit den 1950er Jahren gefunden.³¹ Dem seit den 1960er und 1970er Jahren zunehmend ausdifferenzierten Leitbegriff der sozialistischen Lebensweise entsprechend, sollte vor allem der komplexe Wohnungsbau zur Schaffung der Rahmenbedingungen sozialistischer Wohn- und Lebensverhältnisse dienen. Dem „Wohnkomplex“ kam die zentrale Aufgabe zu, mit seinen vorgeplanten umfassenden Angeboten das gesellschaftliche Leben und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung zu fördern und als eigentliches Vehikel zur Umsetzung des Ideals der sozialistischen

²⁹ Zitiert nach: *Jörn Schütrumpf*: „Young Town on an Old River“ Selbstverständnis und Selbstdarstellung von StalinStadt, in: *Beier (Hg.): aufbau*, S. 255.

³⁰ Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 73.

³¹ Die Diskussion zur Begriffsgeschichte und zum Inhalt der „sozialistischen Lebensweise“ kann hier nur in groben Zügen dargelegt werden. Vgl. ausführlich: *Staufenbiel*: Leben in Städten, S. 187–190; *Hannemann*: Platte, S. 125–130. Vgl. auch *Kulturbund der DDR*: Sozialistische Lebensweise: Positionen, Probleme, Perspektiven, Berlin 1977. Es existiert eine unüberschaubare Fülle von Veröffentlichungen über die sozialistische Lebensweise aus der DDR in Bezug auf Gesundheit, Sport, Architektur, Wohnen und Erziehung. Vgl. zur bundesdeutschen Rezeption auch *Helmut Dahm*: Die sozialistische Lebensweise. Entstehung, Sinn und Zweck eines Leitbildes, Köln 1977.

Lebensweise zu dienen.³² Im Rahmen dieses Ideals sollte die „Einheit von persönlichen und gesellschaftlichen Interessen erreicht“ sowie das Familienleben und das gesellschaftliche Leben in die staatlicherseits gewünschte enge Beziehung gebracht werden. Insbesondere die entsprechend dem theoretischen Anspruch umfangreich vorgesehenen Wohnfolgeeinrichtungen in den Wohnkomplexen der „sozialistischen Stadt“ sollten eine „harmonische Bedürfnisbefriedigung“ ermöglichen, die in der Stadt des Kapitalismus nicht möglich gewesen sei.³³ Als Ziel und Charakteristik dieser zu entwickelnden neuen sozialistischen Lebensweise galt die Erreichung der Übereinstimmung persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher Interessen. Der sozialistische Städtebau sollte im Sinne dieses Leitbildes durch ein „sozialistisches Gemeinschaftsleben“ charakterisiert werden, in dessen Rahmen die weitgesteckten Ziele der Verbesserung der Volksgesundheit, die Befreiung der Arbeit, die Entfaltung der sozialistischen Kultur und insgesamt die „Sorge um den Menschen“ verwirklicht werden sollten.³⁴ Die Ermöglichung der Vollbeschäftigung fast aller Frauen im erwerbsfähigen Alter gehörte ebenfalls zu den propagierten Grundanliegen der „sozialistischen Lebensweise“.³⁵ Immer wieder wurde jedoch in Fachpublikationen der letztlich geringe sozialistische Inhalt der Produkte des realen Städtebaus kritisiert, während gleichzeitig in offiziellen Verlautbarungen der Staats- und Parteiorgane weitgehend alle erreichten Fortschritte im Wohnungsangebot und der Infrastrukturversorgung als genuine Bestandteile der sich etablierenden sozialistischen Lebensweise gefeiert wurden. Vielfach wurde das Herzstück der sozialistischen Lebensweise jenseits der komplexen wissenschaftlichen oder ideologischen Setzungen sehr profan als „gewissenhafte, ehrliche, gesellschaftlich nützliche Arbeit“ und „Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe“ oder als fleißiges, diszipliniertes Arbeiten und politisches Wohlverhalten definiert.³⁶

In der Praxis stellte sich die Umsetzung dieses weitreichenden politischen Anspruches in den Wohngebieten der DDR-Städte als kaum einlösbar heraus.³⁷ Mit Beginn der Industrialisierung des Bauwesens seit Mitte der 1950er Jahre wurde zwar zunächst die Tendenz der Vergesellschaftung von Wohnfunktionen durch den Ausbau von Waschstützpunkten, die Einführung der Schulspeisung sowie die wachsende Bedeutung der Betriebsküchen und der gesellschaftlichen Kinderbetreuung verfolgt.³⁸

Der Begriff „sozialistische Lebensweise“ blieb somit in seinen stadttheoretischen und marxistischen Diskursen ein weitgehend akademischer Terminus: Er trug in seiner jeweilig aktuellen Interpretation aber zur Formung der Rahmenbedingungen der realen Bauproduktion bei. Seit den 1960er Jahren wurde die Theoriediskussion zunehmend in den Dienst der Groß-

³² Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 441.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. *Raschke*: Neubrandenburg, S. 183–188, vor allem S. 185.

³⁵ Vgl. *Christine Hannemann*: Historischer Abriss zu wesentlichen Entwicklungslinien städtischen Wohnens in Deutschland seit 1945. (Teilergebnis zum „Gutachten Wohn-Ort-Innenstadt“ im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam 2000), S. 48.

³⁶ Vgl. die Zitate bei *Manfred G. Schmidt*: Sozialpolitik der DDR, Wiesbaden 2004, S. 28.

³⁷ Vgl. *Maaß*: Wohnen in der DDR, S. 171.

³⁸ Vgl. *Hoscislawski*: Bauen, S. 257.

siedlungsplanung gestellt.³⁹ Außerhalb der Diskussionen der urbanistischen Fachliteratur, der Bauakademie und des Bauministeriums tauchte der eigentliche Begriff in der Endphase der DDR in der baulichen Praxis kaum noch auf. Bereits auf der Ebene der Wohnungsbaukombinate und der planenden Institutionen der Bezirke wurde die Formel der „sozialistischen Lebensweise“ selten verwendet; auf kommunaler Ebene und in Veröffentlichungen zur Wohnungs- und Gesellschaftspolitik existiert der Begriff bis auf wenige Ausnahmen faktisch nicht.⁴⁰ In der planerischen Praxis in der „Industrieprovinz“ spielte er eine untergeordnete Rolle. Die Verwendung des Begriffes in den Debatten zur örtlichen Stadtentwicklungspolitik erschöpfte sich seit den 1980er Jahren zunehmend in Allgemeinplätzen, die nur um einige sozialismusspezifische Begrifflichkeiten angereichert wurden, jeder sozial und gestalterisch ambitionierten Planung beigegeben werden konnten.

Die „sozialistische Stadt“ sollte die bauliche Hülle für die Entstehung der „sozialistischen Lebensweise“ sein, in der die Fehlentwicklungen der alten kapitalistischen Stadt von vornherein ausgeschlossen sein sollten. Dieser Neuanfang einer Stadt, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren sollte – zumindest in der Form wie diese von der Staatspartei definiert wurden – sollte seine Manifestierung auch in einer besonderen baulichen Gestaltung finden. Der Begriff der „sozialistischen Stadt“ erfuhr parallel zum Konzept der „sozialistischen Lebensweise“ ebenfalls zahlreiche Wandlungen, teils in sehr starker Abhängigkeit zum jeweils geltenden architektonischen Leitbild bzw. ökonomischen Rationalitäten folgend.⁴¹ Während Anfang der 1950er Jahre der Typus der „sozialistischen Stadt“ noch an die kompakten, monumentalen Bauformen der Nationalen Bautradition gekoppelt war, galt in den 1960er Jahren die – aus bauindustriellen Zwängen resultierende – Weitläufigkeit der neuen sozialistischen Stadtzentren als Signum des sozialistischen Stadttyps.⁴² Letztlich formulierte die DDR kein endgültiges Konzept der „sozialistischen Stadt“, der Begriff blieb erstaunlich inhaltsleer. Die staatliche Verfügbarkeit von Grund und Boden⁴³ und die spezifische politisch-rechtliche Verfasstheit der Kommune⁴⁴, mit der daraus resultierenden geringen Bedeutung privater und kommunaler Akteure gegenüber den Entscheidern in Staat, Staatspartei und Staatsindustrie blieben die letztlich entscheidenden Klammern der unterschiedlichen Definitionen.⁴⁵ In diesem Sinne ist es sinnvoller, von der „Stadt im Sozialismus“⁴⁶ zu sprechen, in

³⁹ Vgl. *Hannemann*: Platte, S. 127.

⁴⁰ In der innerhalb der DDR weit verbreiteten Veröffentlichung zur offiziellen politischen Bildung „*Autorenkollektiv*: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974“ findet sich der Begriff „sozialistische Lebensweise“ nur in sehr allgemeiner und nicht auf das Wohngebiet bezogenen Bedeutung.

⁴¹ Siehe dazu auch die Beschreibung der städtebaulichen Leitbilder: 2.2.2 Stadtplanung und Städtebau in der DDR-Industriestadt, S. 50

⁴² Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 497.

⁴³ *Betker*: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 378.

⁴⁴ Auf Eisenhüttenstadt bezogen: Vgl. *Apolinarski/Bernhardt*: Entwicklungslogiken, S. 60.

⁴⁵ Aus diesen Grundvoraussetzungen resultieren jedoch übergreifende städtebauliche Merkmale, wie die Platzierung massenhaften öffentlichen Mietshausbau in den Städten und eine dominante Rolle öffentlicher Verwaltungs- und Kultureinrichtungen. Flierl definiert als drei „konstitutive Prinzipien“ der Stadtgestaltung in der DDR a) Ganzheitlichkeit, bzw. den Bau in Ensembles, die die „komplexen städtischen Funktionen gleichzeitig berücksichtigen“, b) Zentralität: auf die Mitte orientierte Stadtentwicklung, wonach das Zentrum der Stadt im bewussten Gegensatz zu kapitalistischen Stadt nicht nur ein Konsumzentrum, sondern auch ein gesellschaftliches Zentrum sein sollte, c) „Dominanz“ durch die „Hervorhebung und Betonung des gesellschaftlich Bedeutsamen“ (*Flierl*: Stadtgestaltung, S. 57–60).

der die sich wandelnden Utopien der „sozialistischen Stadt“ unter den Bedingungen von Zentralismus und Mangelwirtschaft mit jeweils spezifischer sozialistischer gestalterischer Akzentsetzung ihre Realisierung erfuhren.

2.2.2 Stadtplanung und Städtebau in der DDR-Industriestadt

Industriestädte waren – trotz einiger Akzentverschiebungen während der 40 Jahre des Bestehens der DDR – bis in die 1980er Jahre hinein herausgehobene Schwerpunkte der Stadtplanung und des Städtebaus und damit die zentralen Orte zur beispielhaften Umsetzung der ideologischen Leitbilder. Die Weiterentwicklung der Industriestädte beherrschte neben der Gestaltung der großen Bezirksstädte und der Hauptstadt Berlin sowohl die Theoriedebatte wie die Praxis des Bauens für die „richtige“ zukünftige Gesellschaft und die ihr angemessene „sozialistische Lebensweise“. Die ideologisch determinierte herausragende Rolle von Industrie und Arbeiterklasse in der Konzeption der SED-Politik beschränkte sich durch ihre Verknüpfung mit einem umfassenden ideologischen Anspruch nicht auf die Wirtschaftspolitik, sie wirkte über die Sozial-, Kultur-, Raumordnungs- und Baupolitik unmittelbar prägend auf die Entwicklung des gesamten Städtesystems und bestimmte auch Einzelfragen der Ausgestaltung des städtischen Alltagslebens.

Industriestadtpolitik hatte der Entfaltung der sozialistischen Produktivkräfte und der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft zum Sozialismus zu dienen. Die Dynamik industriellen Wachstums sollte zur Verbesserung des Lebensstandards und zur Durchsetzung des Sozialismus in der DDR-Gesellschaft instrumentalisiert werden. In diesem Konzept bildete die industrielle Standortpolitik den Rahmen für die infrastrukturellen Investitionen, die Zielrichtung der gesamten Stadtplanung in der DDR und die Standortwahl des Wohnungsbaus.⁴⁷ Auf der anderen Seite waren die gezielten Investitionen in den Wohnungsbau der Industriestädte auch wesentliches Mittel zur Durchsetzung der Industrialisierungspolitik.⁴⁸ Industrialisierungspolitik und Wohnungsbau waren dementsprechend eng miteinander verzahnt.⁴⁹ Im Realsozialismus der DDR war die Industriestadt auch der Ort, an dem die Arbeiterklasse für den Staat gewonnen und dauerhaft an ihn gebunden werden sollte. Dem Wohnungsbau kam dabei eine zentrale Rolle in der Legitimationsstrategie der DDR zu.⁵⁰ Die Arbeiterschaft zu-

⁴⁶ Nach Häußermann definierte sich die „Stadt im Sozialismus“ insbesondere durch staatliche Verfügungsgewalt über örtliche Angelegenheiten, öffentliche Verfügungsgewalt über Grund und Boden, spezifische öffentlich gesteuerte Siedlungspolitik und spezifische Segregationserscheinungen. Vgl. *Häußermann: Stadt im Sozialismus*, S. 8.

⁴⁷ Vgl. *Frank Werner: Stadt, Städtebau und Architektur in der DDR. Aspekte der Stadtgeographie, Stadtplanung und Forschungspolitik*, Erlangen 1981, S. 233.

⁴⁸ Vgl. *Christine Hannemann: Großsiedlungen – Ost*, in: *Häußermann (Hg.): Großstadt*, S. 91–103, hier S. 96–97. Zum Großsiedlungsbau vgl. auch *Christine Hannemann: Die „Platte“ im Kontext der Ideologie der DDR. Ein Beitrag zur Thematisierung des Selbstverständnisses der DDR-Gesellschaft*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 31, 2, 1992, S. 281–292 und ausführlich: *Hannemann: Platte*.

⁴⁹ Vgl. *Hannemann: Großsiedlungen*, S. 96.

⁵⁰ „In Anlehnung an das westliche Konsum- und Wohlfahrtsmodell avancierte damit im Programm der SED-Sozialpolitik der in der Ulbricht-Ära stark vernachlässigte Wohnungsbau zum zentralen Legitimationsinstrument.“ *Hannemann: Platte*, S. 153. Zur Rolle des Wohnungsbaus im Entwicklungsverlauf von Industriestädten vgl. *Christoph Bernhardt: Entwicklungslogiken und Legitimationsmechanismen im Wohnungsbau der DDR am Beispiel der sozialistischen Modellstadt Eisenhüttenstadt*, in: *Bernhardt/Wolfes: Schönheit und Typenprojektion*, S. 341–367.

friedenzustellen war vor allem nach der traumatischen Erfahrung des Aufstandes vom Juni 1953 ein zentrales Anliegen der SED-Führung⁵¹ und bestimmte die Bau- und Sozialpolitik bis zum Ende der DDR. Industriestädte mussten in diesem Konzept der Herrschaftssicherung als Konzentrationspunkte der Arbeiterschaft eine herausragende Rolle spielen.

Nicht nur *für* die Industrie als Selbstzweck agierte also die staatliche Planung, auch *durch* die forcierte Industrialisierung verschiedenster gesellschaftlicher Teilbereiche sollten die Anforderungen der Bevölkerung an Konsum, Versorgung und Wohnraum⁵² aber auch die Bedürfnisse des Staates nach Legitimation bzw. Herrschaftssicherung erfüllt werden. Der pragmatische Anspruch der Zufriedenstellung der Arbeiter überwog schließlich die ursprünglichen ideologischen Utopien der neuen „sozialistischen Stadt“ bei weitem. Nicht selten gewann die industrielle Entwicklung im Laufe der Jahrzehnte in der DDR eine Eigendynamik, die den ursprünglichen Zielen zuwiderlief.⁵³

Da die Industriestadt in der Theorie der Ort der propagierten Durchsetzung des Ziels der sozialistischen Gesellschaft war, musste auch dem sozialistischen Städtebau in den Industriestädten eine hohe Wertschätzung zukommen. Durch zentrale Wirtschafts- und Städteplanung sollte nicht nur die Raumentwicklung zugunsten der Industriestädte gesteuert werden. Als erklärtes Ziel sozialistischer Industriestadtplanung galt es auch, innerhalb der Städte die Fehler der kapitalistischen Industriestadtproduktion des 19. Jahrhunderts zu vermeiden. Im Selbstbild der DDR – wie in der zitierten Rede von Walter Ulbricht deutlich wird – war es unzweifelhaft, dass die Umsetzung einer positiven Industriestadtentwicklung nur unter den Bedingungen des Sozialismus möglich war.

Trotz zahlreicher Ähnlichkeiten der städtebaulichen Leitbilder der Moderne der Nachkriegszeit in Ost und West in den Fragen der Funktionstrennung, des massenhaften industriellen Wohnungsbaus und der Orientierung auf moderne Verkehrsmittel zeigten sich bei der Realisierung dieser Ziele durch die divergierenden Voraussetzungen für die Produktion von Stadt entscheidende Unterschiede. Wesentliche strukturelle Voraussetzungen der Stadtentwicklung der Industriestädte im Sozialismus, die sich entscheidend von den Produktionsbedingungen im Westen unterschieden, waren der zentralistische Aufbau des Planungsapparats und die staatliche Verfügbarkeit über den Boden und die Produktionsmittel. Der (in weiten Teilen) verstaatlichte Grund und Boden ermöglichte eine großflächige und einheitliche Planung und unmittelbare Umsetzung von zentralen Vorgaben und Leitbildern ohne große Rücksichtnahme auf frühere Besitzverhältnisse. Weitgehend ausgeschaltet als Produzenten von Stadt waren somit private Akteure. Im Vergleich zu den zentralen Stellen war zudem auch die Rolle der lokalen öffentlichen Institutionen als planende und realisierende Institutionen weitgehend marginalisiert. Die zentralen Planungen und die Dominanz von Staats- und

⁵¹ Vgl. *Gerhard A. Ritter*: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2, 2002, S. 171–200, hier S. 193.

⁵² Vgl. *Hannemann*: Platte.

⁵³ Dieses Phänomen zeigte sich insbesondere auch beim Wohnungsbau und der industrialisierten Plattenbauweise. Vgl. *Siegfried Grundmann*: Die absurde Logik des Wohnungsbaus- und Städtebaus der DDR, in: *Timmermann (Hg.)*: Deutsche Fragen, S. 321–337.

Parteistellen außerhalb der kommunalen Institutionen und die Macht der großen Industriekombinate waren der entscheidende Faktor jeder Stadtentwicklung in der DDR und schränkten die städtischen Handlungsspielräume ein. Nochmals entscheidend eingeschränkt wurden alle Handlungsoptionen durch die mangelnde Verfügbarkeit materieller Ressourcen. In den Realitäten der Stadtplanung der Industriestädte hatte eine faktische Orientierung auf industriepolitische Zielsetzungen bzw. ökonomische Sachzwänge schon früh die Oberhand gegenüber ideologischen wie stadtgestalterischen Zielsetzungen errungen. Weitaus stärker als in den großen Städten, wo gesellschaftspolitische Ansprüche der DDR weiterhin auch architektonisch symbolisiert wurden, wirkte sich diese pragmatische Unterordnung auf die Industriestädte aus.

Diese externe Lenkung zeigte sich besonders ausgeprägt in der städtebaulichen Planung, da neben den ökonomischen auch die baulichen Leitlinien der Stadtplanung weitgehend von außen bestimmt wurden. Das Bauwesen der DDR wurde faktisch durch das Politbüro der SED über den Sekretär für Wirtschaft des Zentralkomitees (ZK) mit seiner Abteilung für Bauwesen und den Bauminister geleitet.⁵⁴ Spätestens seit 1963 war im Rahmen des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ das „fast vollständige Aufgehen der städtebaulichen in der volkswirtschaftlichen Planung“⁵⁵ erfolgt. Einen entscheidenden Einfluss auf die Umsetzung der Planung im lokalen Bereich hatten die Bezirke, denen seit den 1960er Jahren die Verteilung der finanziellen Mittel und der Wohnungskennziffern auf die Kommunen oblag. Auch die Großbetriebe wirkten über ihre Anforderungen an den Wohnungsbau für die Werksangehörigen indirekt, aber prägend auf die bauliche Ausgestaltung der Industriestädte ein. Die Anfertigung der konkreten Entwürfe für die Wohn- oder Zentrumsbauten erfolgte zumeist in bezirklichen Projektierungsbüros, die in der Regel nicht in den Industriestädten angesiedelt waren und ihnen fachlich und administrativ nicht unterstanden. Nur wenige große Industriestädte verfügten mit den Büros für Stadtplanung über eine eigene Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter, die wichtige Bereiche der alltäglichen Planungsarbeit selbst übernehmen konnten.⁵⁶ Die generelle Entscheidungskompetenz im Bereich der Stadtplanung ließen sich die übergeordneten Stellen von den Kommunen zu keinem Zeitpunkt streitig machen. Lokale Initiativen, städtische Eigensinnigkeiten und pragmatische Anpassungen der zentralen Planungen mussten jedoch angesichts der in der Realisierungsphase nur in seltenen Fällen vollständig ausreichenden zentralen Mittelzuweisungen durch die Zentrale bis zu einem gewissen Grade auch im Handlungsfeld der Stadtplanung akzeptiert werden.

Parallel zu den Vorgaben der Wirtschafts-, Raumordnungs- und Sozialpolitik wirkten auch die von anderen zentralen Institutionen festgesetzten architektonisch-städtebaulichen Leitbilder und deren Wandel unmittelbar auf die bauliche Ausgestaltung der Industriestädte ein.⁵⁷

⁵⁴ Vgl. *Betker*: Handlungsspielräume, S. 21.

⁵⁵ *Ebd.*, S. 18, im Folgenden vgl. insbesondere auch S. 11–33.

⁵⁶ Vgl. *Betker*: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 169–180.

⁵⁷ Die Entwicklung und der Wandel dieser Leitbilder sind bereits eingehend erforscht und werden deshalb im Folgenden nur kursorisch in Hinblick auf die besonderen Auswirkungen auf kleinere Industriestädte nachvollzogen. Vgl. zur Entwicklung der städtebaulichen Leitbilder exemplarisch: *Topfstedt*: Städtebau, S. 46–67; *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau; *Palutzki*: Architektur.

Das Ideal der DDR-Stadtplanung zielte seit den 1950er Jahren unter dem Signum der „sozialistischen Stadt“ auf eine weitgehende strukturelle Umgestaltung der überkommenen urbanen Strukturen. Die gestalterische Umsetzung dieses Leitbildes stand zunächst unter dem Paradigma der „Nationalen Bautradition“ und der „Schönen Deutschen Stadt“, auf Basis der offiziell beschlossenen „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ von 1950.⁵⁸ Die in kompakter Weise und in gewollter Anlehnung an historische deutsche Baustile und klassische städtebauliche Formen gestalteten Wohngebiete prägten in den 1950er Jahren auch viele Industriestädte, wobei allerdings die Stadtzentrumsbauten – abgesehen von Stalinstadt – nicht den monumentalen Charakter der Großprojekte in der Hauptstadt und den Bezirksstädten annahmen. Durch die nach 1955 durchgesetzte Industrialisierung des Bauwesens unter dem Motto „besser, schneller, billiger“⁵⁹ und die (Wieder)Aufnahme von gestalterischen Leitbildern der städtebaulichen Moderne⁶⁰, wurde der massenhafte Bau von großen Wohnsiedlungen in Block- und später Großtafelbauweise bis zum Ende der DDR – insbesondere nach 1974 – jedoch weitaus prägender für das Gesicht der kleineren und mittleren Industriestädte. Der 1965 erfolgte zeitweilige Übergang zur „intensiven Stadtentwicklung“ und zur Errichtung von innerstädtischen Dominanten sowie die Kritik an den bisherigen gestalterisch „monotonen“ Ergebnissen der Baumaßnahmen⁶¹ fanden wenig Widerhall in den kleinen Industriestädten. Ebenso gewannen die seit den späten 1970er Jahren einsetzende (erneute) Hinwendung des DDR-Städtebaus zu den Innenstädten⁶² und die in den 1980er Jahren beginnende Rückbesinnung auf historische Stadtstrukturen⁶³ für die Industriestädte nur in geringem Maße an Bedeutung.

Den Zentren der Städte in der DDR kam im Sinne der Ideologie eine herausragende Bedeutung zu.⁶⁴ Bereits in den Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus von 1950 war betont worden, dass das Stadtzentrum mit dem „Zentralen Platz“ innerhalb der Stadt sowohl „der politische Mittelpunkt für das Leben“ der Bevölkerung als auch der Standort der „wichtigsten politischen administrativen und kulturellen Stätten“ sein müsste. Hier sollten „die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern an Festtagen“⁶⁵ stattfinden. Als ein deutlicher Unterschied zur Stadtentwicklung im Westen und zur Zeit vor 1945 kann der – zunächst – geringere Stellenwert kommerzieller Funktionen in den Stadtzentren gelten. Das Stadtzentrum hatte vorrangig der Selbstdarstellung des Staates auf kommunaler Ebene zu

⁵⁸ Vgl. Bolz: Vom deutschem Bauen, S. 32–52.

⁵⁹ Vgl. Durth/Düwel/Gutschow: Aufbau, S. 198.

⁶⁰ Vgl. zur Wende im Bauwesen: Durth/Düwel/Gutschow: Ostkreuz, S. 468; Topfstedt: Städtebau, S. 10–12; Hoscislawski: Bauen, S. 131–153; Palutzki: Architektur, S. 113–147.

⁶¹ Vgl. Topfstedt: Wohnen und Städtebau, S. 507.

⁶² Vgl. ebd., S. 545–554.

⁶³ Vgl. Hoscislawski: Bauen, S. 312–322.

⁶⁴ Vgl. zur Zentrumsentwicklung in der DDR: Martin Stein: Stadtzentrentwicklung in der DDR. Geschichte und Perspektiven, in: Karolus Heil (Hg.): Planung zwischen DDR und BRD, Berlin 1993 (ISR-Diskussionsbeiträge 38), S. 55–68; Bruno Flierl: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik, in: Peter Marcuse/Fred Staufenbiel (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 49–65; Gerhard Krenz/Walter Stiebitz/Claus Weidner (Hg.): Städte und Stadtzentren in der DDR. Ergebnisse und reale Perspektiven des Städtebaus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969; Raschke: Neubrandenburg, S. 248–266; Topfstedt: Städtebau, S. 46–54.

⁶⁵ Bolz: Vom deutschen Bauen, S. 87–90.

dienen. Dieser Gestaltungsanspruch des sozialistischen Städtebaus manifestierte sich augenfällig in den großen Magistralen, repräsentativen Geschosswohnhäusern der Arbeiter und monumentalen Kulturhäusern einer Gesellschaft, die keine Klassenunterschiede mehr aufweisen sollte.

Nach der kurzen Epoche der stark auf die Innenstadtentwicklung konzentrierten „Nationalen Bautradition“ behielt der Zentrumsbau im Rahmen der Umgestaltungsplanung zahlreicher Stadtzentren in kriegszerstörten Städten während der 1960er Jahre weiterhin eine wichtige programmatische Bedeutung, wenngleich sich der Schwerpunkt des massenhaften Wohnungsbaus immer mehr an die Peripherie verlagerte. Gestalterisch erfolgte in der Zentrumsplanung schon seit der Mitte der 1950er Jahre ein „Übergang vom kulissenhaft monumentalen Straßen- und Platzensemble zum funktionell und gestalterisch differenzierten Kommunikationsbereich mit vielfältigen gesellschaftlichen Einrichtungen“⁶⁶. Nun entstanden vermehrt auch Plätze mit gemischten Nutzungen, die anderen gestalterischen Prinzipien folgten und teilweise für Demonstrationen „geradezu ungeeignet“⁶⁷ waren. Das Stadtzentrum sollte nach 1960 nicht mehr nur vorrangig Ort der Festlichkeit und Demonstration sein, sondern erweiterte sich zum Mittelpunkt des „sozialistischen Zusammenlebens“. Der öffentliche Raum in den Städten der DDR blieb aber trotz der größeren Bedeutung von Konsumeinrichtungen weiterhin der – wenn auch häufig wenig gestaltete – Ort der staatlichen Repräsentation. Insbesondere bei städtischen und staatlichen Festen fungierte er als Bühne der Inszenierung der Staatsmacht.⁶⁸ Seit den 1960er Jahren wurden die Stadtzentren der großen Städte zwar durch die Anlage von Konsumeinrichtungen aufgewertet, an den kleineren Industriestädten ging diese Entwicklung jedoch weitgehend vorbei. In den späten 1970er und in den 1980er Jahren erfolgte nach Jahren der Konzentration auf Wohnungsbau am Stadtrand erneut eine stärkere Betonung der Funktion der Stadtmitten. Die baulichen Maßnahmen zur Ausgestaltung der öffentlichen Räume in den Innenstädten beschränkten sich jedoch weitgehend auf die wichtigen Aufbaustädte, die Bezirksstädte, die Hauptstadt und wenige bedeutende Kreisstädte. Eine mangelhafte Vollendung der zentralen öffentlichen Räume zeigte sich letztlich aber sogar in den größeren Prestigeobjekten der „neuen sozialistischen Städte“: In Hoyerswerda wurde der „Zentrale Platz“ nicht vollendet.⁶⁹ Trotz vieler Ansätze in Eisenhüttenstadt blieb auch dort „die Mitte leer“⁷⁰, die Schwedter Stadtmitte wurde durch ein „Leben im Unfertigen“⁷¹ gekennzeichnet.

⁶⁶ *Topfstedt*: Städtebau, S. 49.

⁶⁷ *Werner Durth/Jörn Düwel/Niels Gutschow*: Architektur und Städtebau der DDR, Band 2: Aufbau: Städte, Themen, Dokumente, Frankfurt a.M./New York 1998, S. 81.

⁶⁸ Vgl. *Adelheid von Saldern*: „Alte und junge Stadt“. Zur Ambivalenz der Erinnerungsorte sozialistischer Utopie in den sechziger Jahren, in: *dies.* (Hg.): *Inszenierte Einigkeit*, S. 355–394, hier S. 389–391.

⁶⁹ Vgl. *Topfstedt*: *Wohnen und Städtebau*, S. 495. Selbst in dieser „zweiten sozialistischen Stadt“ der DDR waren letztlich die „Stadt“ und das Stadtzentrum weniger wichtig als der Wohnungsbau zur Arbeitskräfteversorgung der Industrie. Vgl. *Palutzki*: *Architektur*, S. 159.

⁷⁰ *May*: *Planstadt StalinStadt*, S. 323.

⁷¹ *Philipp Springer*: *Leben im Unfertigen*. Die „dritte sozialistische Stadt“ Schwedt, in: *Barth* (Hg.): *Grammatik sozialistischer Architekturen*, S. 67–82, hier S. 77.

Als ein besonderes Ziel der Industriestadtplanung der ersten Jahre der DDR galt die symbolische Versinnbildlichung der Dominanz der Industrie im Stadtbild. Im Sinne der Sechzehn Grundsätze des Städtebaus sollten Werk und Stadt baulich eng aufeinander bezogen sein. Ein monumentales Werkstor als bauliche Versinnbildlichung dieser ideologisch-funktionalen Beziehung zwischen Stadt und Werk in einer städtebaulich herausgehobenen Position am Schnittpunkt von Wohn- und Arbeitsstadt wurde aber selbst im Prestigeprojekt Eisenhüttenstadt entgegen der ursprünglichen Planung nicht herausgebildet.⁷² Auch die in symbolischer Formgebung an wichtigen Stellen der Stadtmitten verschiedener großer Städte geplanten Verwaltungsgebäude der Industriebetriebe wurden zumeist nicht realisiert.⁷³ Letztlich spielte die Industrie trotz ihrer großen Bedeutung als Gestaltungsfaktor im städtebaulichen Denken der DDR eine völlig untergeordnete Rolle und wurde in den Konzeptionen der Stadtgestaltung kaum beachtet.⁷⁴ So blieb die Verbindung zwischen Stadt und Industrie, die auf zahlreichen sozialen, politischen und ökonomischen Ebenen sehr eng war, städtebaulich in den meisten Industriestädten ohne symbolische Sichtbarkeit.⁷⁵

Ein wesentlicher Anspruch sozialistischer Stadtplanung war die Anwendung eines „komplexen“ Ansatzes der Planung, der alle sozialen, baulichen und ökonomischen Teilbereiche im Planungs- und Realisierungsprozess integrieren sollte. Der in der Wissenschaft und den übergeordneten Planwerken immer wieder betonte Anspruch der „komplexen“ Planung ließ sich jedoch nur selten umfassend realisieren. Durch die kurzfristigen Bedürfnisse der Industrie vor Ort und die wechselnden industriepolitischen und städtebaulichen Leitbilder wurden solche integrierte Planungen und der gewünschte Bau von „Ensembles“ gerade in den mittleren und kleineren Industriestädten zumeist nur sehr fragmentarisch vollendet. Die in den meisten Städten durchaus aufgestellten langfristigen städtebaulichen Programme wurden im „Alltagsgeschäft“ der Stadtentwicklung selten bruchlos umgesetzt, da sich regelmäßig ein Mangel an Ressourcen herausstellte oder direkte Eingriffe der übergeordneten Stellen des Kreises, des Bezirks und der Zentrale sowie verschiedener Institutionen von Partei und Industrie erfolgten, die den – ebenfalls zuvor zentral festgelegten – langfristigen Zielen der Planung zuwiderliefen, das Bild der gebauten Industriestadt und die Alltagserfahrung der Einwohner aber nachhaltig bestimmten.

Wesentliche Defizite der kapitalistischen Industriestadtentwicklung des 19. Jahrhunderts konnten bei der Neuentwicklung von Industriestandorten dennoch vermieden werden, insbe-

⁷² Vgl. *Thomas Topfstedt: Abschied von der Utopie. Zur städtebaulichen Entwicklung Eisenhüttenstadts seit Mitte der fünfziger Jahre*, in: *Beier (Hg.): aufbau*, S. 89–98; *Topfstedt: Städtebau*, S. 30.

⁷³ So wurden z.B. das in Form einer Schraubenmutter geplante Gebäude im „Zentrum des Maschinenbaus“ Magdeburg oder das an Plauener Spitze erinnernde Gebäude in Plauen nicht errichtet. In Jena, der Stadt der Optik, entstand jedoch ein Hochhaus in Form eines Fernrohres, in das allerdings die Universität und kein Industriebetrieb einzog.

⁷⁴ Vgl. *Werner: Stadt, Städtebau und Architektur*, S. 236.

⁷⁵ Lediglich die großen Kulturhäuser der Betriebe markierten diesen Anspruch in den Innenstädten. Allerdings sind auch zahlreiche Kulturhäuser auf den Werksgeländen errichtet worden. So ist den Städten ein wichtiges Bauwerk verloren gegangen, „das entscheidend zur architektonischen Gestaltung des Zentrums und zur Bildung einer wirkungsvollen Silhouette der Stadt hätte beitragen können.“ *Forschungsinstitut für Städtebau und Siedlungswesen, Deutsche Bauakademie zu Berlin: Städtebau und Siedlungswesen*, Heft 2, Berlin 1955, S. 8.

sondere die schlechten Wohnbedingungen wurden nicht reproduziert, die Ausstattung mit wesentlichen Infrastruktureinrichtungen war zumeist gewährleistet. Die neuen Industriegebiete in der DDR lagen zudem im Gegensatz zur Vorkriegszeit in der Regel räumlich getrennt von den Wohngebieten, wodurch die Umweltbelastung für die Einwohner gemindert werden konnte. In älteren Industriestädten wurden die aus der Vorkriegszeit überkommenen Probleme aber nur zu einem geringen Teil gelöst. Hier erfolgten zwar einzelne Sanierungen maroder Bausubstanz sowie ergänzende Infrastrukturbauten, die Emissionsbelastung nahm jedoch noch in vielen älteren Standorten häufig durch die Intensivierung der industriellen Nutzung zu.

Die Erfolge sozialistischer Industriestadtplanung blieben gemessen an den enormen ideologischen Zielvorgaben begrenzt. Die Verantwortlichen vor Ort hatten tagtäglich mit der Mangelsituation zu kämpfen und mussten im Schatten der Ansprüche der Industrie improvisieren, um die Funktionsfähigkeit des städtischen Lebens durch eigene Initiativen zu gewährleisten.

2.2.3 Industriestädte und raumpolitische Ziele

Ansätze zu einer staatlich gesteuerten Industriestadtentstehung – neben der traditionellen kapitalistischen Industriestadtentwicklung – hatte es in Ostdeutschland bereits vor der DDR im Ersten Weltkrieg, der Zwischenkriegszeit und vor allem im Rahmen der nationalsozialistischen Rüstungspolitik gegeben. Insgesamt blieben diese Projekte – meist im mitteldeutschen Industriebezirk oder in der Lausitz – aber seltene Ausnahmen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte in dieser Hinsicht ein grundsätzlicher Bruch: Die Industriestadtgenese wurde nach 1949 ausschließlich durch Staats- oder Parteiinstitutionen oder die verstaatlichte Industrieverwaltung gesteuert.⁷⁶ Industriestädte entstanden und erweiterten sich nicht mehr entsprechend der Entscheidungen von privaten Industrieunternehmen und kommunalen Institutionen. Die planmäßige Anlage von neuen Industriestandorten und neuen „sozialistischen“ Industriestädten wurde ein wesentlicher Teil des „Aufbaumythos“ des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“. Im dritten Punkt der „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ von 1950 wurde dieses Ziel der Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung des neuen Staates klar umrissen:

„Planmäßige Verteilung der Industrie über das Territorium des Landes, die neue Städte und Industriezentren in zuvor rückständigen Agrargebieten entstehen lässt und die Landwirtschaft der Industrie annähert, damit der wesentliche Unterschied zwischen Stadt und Land beseitigt wird.“⁷⁷

⁷⁶ Vgl. zur Raumplanung in der DDR: *Gerhard Kehrer*: Abriss der Entwicklung der Territorialplanung der DDR – die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Versuch einer Gesamtschätzung, in: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung*: Arbeitsmaterial. Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR, Hannover 2000, S. 11–28; *Klaus von Beyme*: Regionalpolitik in der DDR, in: *Gert-Joachim Glaeßner (Hg.)*: Die DDR in der Ära Honecker. Politik, Kultur, Gesellschaft, Opladen 1988, S. 434–449; *Christoph Wurms*: Raumordnung und Territorialplanung in der DDR. Untersuchungen zur Entwicklung von Territorialstruktur, Planungsorganisation und Raumwissenschaft in der DDR, Dortmund 1976; *Karl Eckart/Gerhard Kehrer/Konrad Scherf (Hg.)*: Raumplanung und Raumforschung in der DDR, Berlin 1998;

⁷⁷ *Tömmel*: Stadt und Land, S. 298.

Durch die sozialistische Planwirtschaft war es aus Sicht der Verantwortlichen erstmals möglich, „den für die Entstehung [der Städte] wichtigsten Faktor, die Industrie, dorthin zu legen, wo sie hingehört“.⁷⁸ Der ungleichmäßigen Standortverteilung im Kapitalismus wurden die Potenziale der planmäßigen, rationalen Verteilung der Ressourcen im Sozialismus gegenübergestellt.⁷⁹ Mit der bewussten Gestaltung der Siedlungsstruktur sollten die territorialen Unterschiede im Konzentrationsgrad, im Alter der Bausubstanz und der technischen Ausstattung beseitigt werden, weil sie im Sinne einer einheitlichen sozialistischen Entwicklung „nichtgerechtfertigte territoriale Lebensniveauunterschiede“⁸⁰ bewirkten.

Die Diskussion des ideologischen Ziels der Überwindung räumlicher Disparitäten bestimmte die Raumwissenschaft der DDR über viele Jahre. Im Vergleich mit dieser umfangreichen Debatte trat aber die reale Umsetzung dieser ausgleichsorientierten Ideologie in der Bau- und Industriepolitik in den Hintergrund. Die Wirksamkeit des regionalpolitischen Engagements der DDR wird in der wissenschaftlichen Literatur häufig überschätzt. Trotz dieses übergeordneten theoretischen Ziels dominierten letztlich ökonomische und geographische Standortkriterien gegenüber den ideellen raumordnerischen Gesichtspunkten. Die Raumordnung diente im Ergebnis vor allem der Entwicklung der Industrie aus der Perspektive gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse und weitaus weniger dem Ausgleich regionaler Disparitäten.⁸¹ Der größte Teil der Neuinvestitionen in der DDR folgte auf lange Sicht nicht raumplanerischen Vorstellungen, sondern vorrangig wirtschaftspolitischen Zwängen, vorhandenen Arbeitskräfte reserven, bestehenden Infrastrukturen und Lagevorteilen.⁸² Vor allem in den ersten Jahren des Wiederaufbaus und der Schaffung schwerindustrieller Kapazitäten hatte der neue Staat „wichtigere Probleme als eine räumlich ausgeglichene Industrialisierung zu bewältigen“⁸³. Zumindest seit den 1960er Jahren wurden in der DDR verstärkte Bemühungen unternommen, um mittels raumordnerischer Instrumente einen Ausgleich regionaler Disparitäten zu erreichen. Die Entlastung der traditionellen Ballungszentren im Süden zugunsten einer stärkeren Industrialisierung und Modernisierung des weitgehend agrarischen und strukturschwachen Nordens und Ostens der Republik war in dieser Zeit ein wichtiges Ziel der DDR-Politik.⁸⁴ Bis zum Beginn der 1970er Jahre wurden durch diese Ansiedlungs-

⁷⁸ *Andrej Bunin*: Errungenschaften im sowjetischen Städtebau, Berlin (Ost) 1953, S. 6, zitiert nach: *Schöller*: Städtebildung, S. 100.

⁷⁹ Vgl. beispielhaft: *S. Freytag*: Die sozialistischen Prinzipien der Standortverteilung der Produktion beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: *Theorie und Praxis* 6, 1959, S. 21–27, hier S. 21: „[W]ährend im Kapitalismus Profitjagd und Konkurrenz zu einer ungleichmäßigen Standortverteilung der Produktion führen, vollzieht sich die Standortverteilung im Sozialismus planmäßig und rationell.“

⁸⁰ *Werner Ostwald*: Zur Siedlungsweise im entwickelten Sozialismus. Fragen der objektiven Entwicklung und planmäßigen Gestaltung der Siedlungsstruktur der DDR, in: *Hans Richter (Hg.)*: Entwicklung der Siedlungsstruktur im Norden der DDR, Gotha/Leipzig 1975 (Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft, Bd. 12), S. 9–20, hier S. 14.

⁸¹ Zur Raumplanung in der DDR vgl. auch: *Jörg Roesler*: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Versuch einer kritischen Einschätzung, in: *Deutschland-Archiv* 2, 1997, S. 293–295.

⁸² Vgl. *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 249 und S. 294–295.

⁸³ *Ebd.*, S. 295.

⁸⁴ Vgl. *Angela Scherzinger/Herbert Willinkens*: Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979 (DIW Sonderheft 128), S. 45–47. Die gezielte Industrialisierung des Nordraums sollte als Hebel zur ökonomischen und sozialen Entwicklung dieser Räume dienen. Vgl. *Kehrer*: Industriestandort Ostdeutschland, S. 59.

litik durchaus regionale Unterschiede partiell gemildert. Die Mitte der 1960er Jahre zur Industrialisierung des Nordgebiets bis 1980 gesetzten Ziele konnten rein quantitativ erreicht werden, ohne dass allerdings die angestrebte Entlastung der Ballungsgebiete im Süden umgesetzt worden wäre.⁸⁵ Der großräumige Gegensatz von Nord und Süd konnte zumindest in der Zeit zwischen 1955 und 1975 verringert und das zentralörtliche System in den Nordbezirken gestärkt werden.⁸⁶ Viele der dort initialisierten Industrialisierungen hatten allerdings eher den Charakter räumlicher „Inselplanungen“⁸⁷ mit lediglich punktuellen raumstrukturellen Auswirkungen.

Diese Ausgleichsstrategie wurde angesichts der enger werdenden finanziellen Spielräume in den 1970er Jahren wieder aufgegeben.⁸⁸ Entgegen der langjährigen offiziellen Politik, konzentrierte die DDR nunmehr die industriellen Expansionsbemühungen zunehmend wieder auf die schon traditionell industrialisierten Ballungsräume des Südens und des Berliner Raums, wo Arbeitskräfte und die kostenintensive Infrastruktur bereits vorhanden waren.⁸⁹ Dies führte allerdings auch zu weiteren infrastrukturellen und ökologischen Belastungen dieser Gebiete. Die „Konservierung der Standortstruktur“⁹⁰ nach 1975 wurde in Umkehrung der bisherigen Konzeptionen offiziell sogar zum Vorteil sozialistischer Planung erklärt: „Die Reproduktion der Produktivkräfte an den bereits vorhandenen Standorten galt in den 1980er Jahren als Zeichen eines höheren Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte“.⁹¹ Trotz der grundsätzlichen Beibehaltung der überkommenen Produktionsorte verschoben sich die Gewichte zwischen den einzelnen Industriestandorten aber deutlich. Dieser Differenzierungsprozess ging nach 1975 zu Lasten der Mehrzahl der Klein- und Mittelstädte, in denen sich die Masse der vernachlässigten Industriebetriebe befand.⁹² Seit Ende der 1970er Jahre wurde der traditionelle Widerspruch zwischen industrialisiertem Süden und rückständigem Norden zunehmend durch den Kontrast zwischen zurückbleibenden altindustriellen Gebieten und den geförderten dynamischen Industriestandorten abgelöst.⁹³

⁸⁵ Vgl. *Kehrer: Territorialplanung 2000*, S. 17–18.

⁸⁶ Vgl. *Werner: Raumordnungspolitik*, S. 294; *Konrad Scherf: Siedlungsstruktur*, in: *Eckart/Kehrer/Scherf (Hg.): Raumplanung und Raumforschung*, S. 179–209, hier S. 188.

⁸⁷ *Kehrer: Territorialplanung 2000*, S. 14 und *Kehrer: Industriestandort Ostdeutschland*, S. 59.

⁸⁸ Vgl. die Zielsetzung des Fünfjahrplans 1976–80: „Die weitere territoriale Entwicklung der verarbeitenden Industrie vollzieht sich insbesondere an den traditionellen Industriestandorten“, zitiert nach: *Scherzinger/Wilkens: Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur*, S. 45. Seit der Mitte der 1970er Jahre wurden 90 % der Industrieinvestitionen an bereits vorhandenen Industriestandorten lokalisiert. *Gerhard Kehrer: Geographische Grundzüge der Industrie – Überblick*, in: *Scherf (Hg.): DDR: Ökonomische und soziale Geographie*, S. 139–148, hier S. 147.

⁸⁹ Vgl. *Gerhard Kehrer: Abriß der Entwicklung der Territorialplanung in der DDR – Die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, in: *Eckart/Kehrer/Scherf (Hg.): Raumplanung und Raumforschung*, S. 57; *Werner: Raumordnungspolitik*, S. 140–141.

⁹⁰ *Kehrer: Industriestandort Ostdeutschland*, S. 64.

⁹¹ *Siegfried Grundmann: Räumliche Disparitäten in der DDR*, in: *Mertens (Hg.): Ungleichheit*, S. 159–202, hier S. 177.

⁹² Vgl. *Kehrer: Industriestandort Ostdeutschland*, S. 80.

⁹³ Vgl. ebd., S. 76; *Siegfried Grundmann: Territorialplanung in der DDR*, in: *Anette Becker (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel*, Opladen 1997, S. 142–143.

Industrielle Standortverteilung

Aus dem räumlichen Planungsanspruch, der in der DDR nur ein Teil eines noch umfassenderen sozioökonomischen Gestaltungsanspruches war, resultierte ein forciertes Ausbauen des zentralstaatlichen Planungsapparats. Als sozialistische Planwirtschaft verfügte die DDR potenziell über ein umfangreiches Instrumentarium zur Durchsetzung strategischer Ziele der Raumplanung und Landesentwicklung. Auf institutioneller Ebene war die gezielte Beeinflussung der Siedlungsstruktur mittels planerischen Handelns fest verankert. Die industrielle Standortverteilung wurde innerhalb der sozialistischen Planwirtschaft auf der Ebene der gesamtterritorialen Strukturpolitik durch die in der obersten Staatshierarchie angesiedelte Staatliche Plankommission (SPK) in Koordinierung mit den Industrieministerien konzipiert. Auf mittlerer Ebene wurde sie durch die Planung der Bezirksplankommissionen und der Industriekombinate ergänzt. Auf der untersten Ebene übernahmen die Räte der Kreise, Städte und Gemeinden zusammen mit den Kreisplankommissionen weitere ergänzende Steuerungsaufgaben bei der Planung des jeweiligen Mikrostandortes. In der Praxis war die Wirksamkeit dieser Prozesse aber stark eingeschränkt. Angesichts der begrenzten Ressourcen erfolgte die Realisierung mit großen Abweichungen von den Ursprungskonzeptionen. Die staatliche Planung der DDR orientierte sich in der Theorie an zwei Grundsätzen: erstens dem „Zweigprinzip“, zweitens dem „Territorialprinzip“. In der Praxis spielte das Territorialprinzip jedoch nur eine untergeordnete Rolle.⁹⁴ Letztlich besaßen die „zweiglichen“ Interessen, bestimmt durch die Bedürfnisse der einzelnen Industriebranchen und repräsentiert durch die Kombinate und Industrieministerien, gegenüber den Interessen der Regionen und Siedlungen das eindeutige Primat. Der Anspruch der „komplexen“ Entwicklung von Territorien wurde zwar nie völlig aufgegeben, bestimmte die Planung aber nur insoweit als dies den Interessen des Industriezweiges entsprach.⁹⁵ Im Kommunalrecht war diese „dienende Funktion“ des „Territoriums“ gegenüber der Produktion ausdrücklich festgelegt.⁹⁶

Die Raumordnungspolitik blieb bis zum Ende der DDR von einem „eklatanten Widerspruch“ zwischen Theorie und Praxis gekennzeichnet.⁹⁷ Wesentliche Entwicklungen konzentrierten sich auf bestimmte Stadttypen und erfassten nicht alle Regionen der DDR in gleichem Maße. Eine völlige Umwälzung hat das Städtesystem Ostdeutschlands in der DDR-Zeit deshalb nicht erfahren.⁹⁸ Das Städtesystem wurde auf lange Sicht stärker von der sektoralen industriellen Standortpolitik und dem Ausbau der administrativen Zentren bestimmt als von einer am Ausgleich regionaler Disparitäten orientierten Raumordnungspolitik. Die optimale Nut-

⁹⁴ Vgl. *Grundmann*: Räumliche Disparitäten, S. 199. Der Prozess der Standortlokalisierung war entgegen dem offiziellen Postulat der Interessenübereinstimmung unter sozialistischen Produktionsverhältnissen „durch erhebliche Widersprüche zwischen gesamtstaatlichen, zweiglich/betrieblichen und regional/lokalen Interessen geprägt.“ *Kehrer*: Industriestandort Ostdeutschland, S. 90–93.

⁹⁵ Vgl. *Grundmann*: Räumliche Disparitäten, S. 199.

⁹⁶ So auch noch im letzten DDR. Kommunalrecht von 1985, dem „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ vom 4. Juli 1985, in: GBl. 1985, I, Nr. 18, S. 213. Vgl. *Grundmann*: Räumliche Disparitäten, S. 200.

⁹⁷ Vgl. *Peter Schöller*: Städtepolitik, Stadtbau und Stadterhaltung in der DDR, Stuttgart 1986 (Schriftenreihe Erdkundliches Wissen, Heft 81), S. 19.

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 13 und in Hinblick auch die Raumstrukturen der DDR: *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 338.

zung vorhandener Ressourcen *für* die Industrie war langfristig eher das Ergebnis der Raumordnungspolitik und nicht eine Regionalentwicklung *durch* die Industrie. Im Endeffekt bewirkte die Raumordnungspolitik der DDR vor allem eine deutliche Vergrößerung der Zahl der Industriestädte. Insbesondere kleine und mittlere Städte wurden neu industrialisiert und bestehende erfuhren Erweiterungen.

Für die Chancen der Industriestädte in der jeweiligen Zeitphase war vor diesem Hintergrund entscheidend, welche Industriesektoren entsprechend der volkswirtschaftlichen Konzeption schwerpunktmäßig ausgebaut wurden. Trotz der ideologisch herausgehobenen Position der Industrie waren Industriestädte deshalb nicht grundsätzlich in gleichem Maße erfolgreiche Städte während der gesamten DDR-Zeit. Da alle Verfügungsgewalt über die vorhandenen Ressourcen in der Hand des Staates und der Staatspartei lag, entschied vor allem die Planung öffentlicher Investitionen über die Zukunft der Städte.⁹⁹ Die Gemeinden konnten auf die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort nicht durch selbstständige Entscheidungen einwirken. Eigene Spezialisierungen und lokal initiierte wirtschaftliche Entwicklungen der Städte waren deshalb kaum möglich.

In den ersten Jahren der DDR standen der Wiederaufbau der Leichtindustrie und von Teilen des Maschinenbaus an den traditionellen Standorten und der Neuaufbau der Grundstoffindustrie und des Schwermaschinenbaus an neuen Standorten im Vordergrund der staatlichen Anstrengungen.¹⁰⁰ Ziel der DDR war es im Sinne einer industriellen Autarkiepolitik Ersatz zu schaffen für die weggefallenen schwerindustriellen Kapazitäten in Westdeutschland und östlich der Oder-Neiße-Grenze. Der erste Schwerpunkt neuer schwerindustrieller Ansiedlungen bildeten in den frühen Jahren der DDR die weniger entwickelten östlichen Gebiete in den Bezirken Frankfurt/Oder und Cottbus.¹⁰¹ Die Ereignisse des 17. Junis 1953 brachten nur eine kurzzeitige Akzentverschiebung in Richtung Konsumgüterindustrie. Bereits ab 1955 erfuhr die Schwerindustrie wieder eine deutliche Bevorzugung im Entwicklungskonzept der SED.¹⁰² Nach dem gelungenen Aufbau einer eigenen Stahlindustrie führte das Chemie- und Braunkohlenprogramm von 1958¹⁰³ zum Neuaufbau von Standorten wie Schwedt/Oder und zu neuen Produktionszentren in der Lausitz. Gleichzeitig litten bereits seit den späten 1950er Jahren altindustrielle Städte im sächsischen und thüringischen Raum unter der Vernachlässigung von Teilen der Leicht- und Textilindustrie.¹⁰⁴ Mit dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) wurde seit 1963 die vorrangige Entwicklung der sogenannten „führenden Zweige der Volkswirtschaft“ forciert, zu denen die Petrochemie und weitere Chemieindustrien, der Werkzeugmaschinenbau und die Elektrotechnik zählten.

⁹⁹ Vgl. *Peter Schöller*: Die neuen Städte der DDR im Zusammenhang der Gesamtentwicklung des Städtewesens und der Zentralität, in: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Ausschuss „Historische Raumforschung“ (Hg.): Stadt-Land-Beziehungen und Zentralität als Problem der historischen Raumforschung*, Hannover 1974 (Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 88, Historische Raumforschung 11), S. 299–324, hier S. 300.

¹⁰⁰ Vgl. *Tömmel*: Stadt und Land, S. 297.

¹⁰¹ Vgl. *Kehrer*: Territorialplanung 2000, S. 17.

¹⁰² Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 44.

¹⁰³ *Kehrer*: Industriestandort Ostdeutschland, S. 63.

¹⁰⁴ Vgl. *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 56–57.

Die lange vernachlässigte Konsumgüterindustrie erfuhr erst mit dem Machtantritt von Honecker seit den frühen 1970er Jahren wieder eine dauerhafte Förderung. Diesem sektoralen Schwerpunkt folgte im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre schließlich eine sehr aufwendige Förderung der Standorte der sogenannten „Schlüsselindustrien“¹⁰⁵, wodurch jedoch anderen wichtigen Industrien – wie der Maschinen- und Fahrzeugbauindustrie – notwendige Modernisierungsmittel entzogen wurden.

Mit bewussten Förderungen von einzelnen Industriezweigen verbanden sich angesichts der begrenzten Ressourcen der DDR zwangsläufig Vernachlässigungen von industriellen Strukturen an anderen Orten. Das System der Industriestädte differenzierte sich deshalb in den vier Jahrzehnten der DDR immer wieder neu, sodass sich zeitlich versetzte Auf- und Abstiegskarrieren einzelner Städte beobachten lassen. Insgesamt verschoben sich die Disparitäten im Städtenetz von den großräumigen Unterschieden hin zu solchen zwischen Siedlungstypen und zu Widersprüchen innerhalb der städtischen Welt, z.T. auf sehr kleinräumigen Ebenen.¹⁰⁶ In Folge dieser Verwerfungen innerhalb des Städtesystems war die DDR über die vier Jahrzehnte ihres Bestehens auch ein Land schrumpfender Städte.¹⁰⁷

Der Wechsel wirtschaftspolitischer Leitlinien konnte sowohl exorbitante Steigerungsraten als auch dramatische Bevölkerungsrückgänge zur Folge haben. Beispiele sind die starken Abnahmen bei den älteren Bergbaustädten wie Annaberg-Buchholz und Aue seit den 1960er Jahren.¹⁰⁸ Auch die Aufwertung von Standorten der Schlüsselindustrie ging später zu Lasten von anderen Orten in den traditionellen Ballungsgebieten.¹⁰⁹ Viele alte Industriestädte zeigten schon seit den 1970er Jahren abnehmende Bevölkerungszahlen, während die in der DDR neu entwickelten Industriestandorte in der Regel bis 1989 weiter anwuchsen.¹¹⁰ Allerdings schrumpften in den 1980er Jahren selbst einige der wichtigsten DDR-Wachstumstädte wie Schwedt, Hennigsdorf, Premnitz und Hoyerswerda nach der Abschwächung der ursprünglichen Entwicklungsimpulse.¹¹¹

¹⁰⁵ Bei der Auswahl der Standorte war eher der Mikrostandort als die großräumliche Perspektiven entscheidend. Vgl. *Berthold Fege/Wolfgang Menge*: Zum System der Territorialplanung in der ehemaligen DDR und Ansätze zur Transformation. Thesen, in: *Karolus Heil (Hg.)*: Planung zwischen DDR und BRD, Berlin 1993 (ISR-Diskussionsbeiträge 38), S. 7–21, hier S. 15.

¹⁰⁶ Es erfolgte teilweise auch die Verlagerung des für eine Industrie notwendigen Wohnungsneubaus in Nachbarstädte, wenn die Umwelt- oder Infrastrukturprobleme in der eigentlichen Industriestadt nicht lösbar waren. So wurden die entsprechenden Wohnungsbaukontingente z.B. von Bitterfeld nach Wolfen, von Sebnitz nach Neustadt und von Meißen nach Coswig verlagert.

¹⁰⁷ Vgl. *Carsten Benke*: Historische Schrumpfungsprozesse – Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte, in: *Norbert Gestring u.a. (Hg.)*: Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. Schwerpunktthema: Schrumpfende Städte, Wiesbaden 2005, S. 49–70, hier S. 61–63; *Frank Betker*: Rostock und Halle – Paradoxien von Wachstum und Schrumpfung in der DDR, in: *Axel Schildt/Dirk Schubert (Hg.)*: Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund, S. 131–144 und *Celina Kress*: Schrumpfungsprozesse versus Wachstumsparadigma in der DDR, in: *Angelika Lampen/Armin Owzar (Hg.)*: Schrumpfende Städte in historischer Perspektive, Münster 2008, S. 237–277.

¹⁰⁸ Vgl. *Schöller*: Städtepolitik, S. 13.

¹⁰⁹ Vgl. *Fege/Menge*: Territorialplanung, S. 15.

¹¹⁰ Vgl. *Siegfried Grundmann*: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland: demographische Strukturen und räumliche Wandlungsprozesse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (1945 bis zur Gegenwart), Opladen 1998, S. 108.

¹¹¹ Vgl. *Benke/Wolfes*: Stadtkarrieren, S. 143.

Wandel der Rolle der Industriestädte

Die herausragende ideologische Rolle der Industriestädte in der DDR setzte sich in der Entwicklung des DDR-Städtesystems nicht ohne Brüche um. Ihre besondere Rolle schwächte sich im Laufe der DDR sogar tendenziell ab. Die weiter geförderte Wohnraumproduktion und die mangelnde innere Industriestadtentwicklung divergierten zunehmend. Obwohl ideologisch nie eine Revidierung des Selbstbildes der DDR als Industriestaat erfolgte, zeigten sich auch in Ostdeutschland in den 1980er Jahren erste Erscheinungen des Postindustrialismus. Die im Westen wahrgenommenen Prozesse der Tertiärisierung und partiellen Deindustrialisierung mit ihren vielfältigen sozioökonomischen Auswirkungen auf die Städte wurden in der DDR aber nur zögerlich wahrgenommen. In den 1970er Jahren war die These vom abnehmenden Einfluss der Industrie auf die Entwicklung der Städte zugunsten des tertiären Sektors in der DDR-Wissenschaft noch sehr umstritten.¹¹² Zu einer fundierten marxistischen Auseinandersetzung mit der Theorie Fourastiés von der zugunsten des Dienstleistungssektors abnehmenden Bedeutung der Industrie kam es bis zum Ende der DDR nicht.¹¹³

Faktisch trat die Bedeutung der reinen Industriestädte langfristig gegenüber den Zentren der Verwaltung und den wirtschaftlich differenzierteren Standorten deutlich zurück.¹¹⁴ Seit der Mitte der sechziger Jahre und verstärkt seit den 1970er Jahren, verlagerte sich die stadtpolitische Aufmerksamkeit der Zentrale immer mehr auf die Bezirkshauptstädte und die Hauptstadt Berlin, viele Bauaufgaben in kleineren Städten gerieten aus dem Fokus der staatlichen Aufmerksamkeit. Die Industriestädte blieben zwar – je nach Bedeutung ihrer Produktion – materiell bevorzugt, die Investitionen zielten aber häufig nur noch auf die Sicherstellung der Grundlagen der industriellen Produktion. Die Städte wurden so tendenziell „zu Ressourcenlieferanten“¹¹⁵ von Arbeitskräften, Fläche und Infrastruktur für die ansässigen Betriebe reduziert. In vielerlei Hinsicht diente die Industriestadt häufig nur noch „als Dienstleistungsorganisation für die Industriebetriebe“.¹¹⁶ Der umfangreiche Wohnungsbau, der sowohl an den Arbeitskräftebedürfnissen der Industrie orientiert war, sowie in der baulichen Umsetzung selber industrialisiert wurde¹¹⁷, ist vor diesem Hintergrund eher als „Industriesiedlungsbau“¹¹⁸ oder „sozialistischer Werkwohnungsba“¹¹⁹ denn als standortgerechter Städtebau oder als kon-

¹¹² Vgl. *Konrad Scherf*: Zu den Wechselbeziehungen zwischen der Siedlungsstruktur und anderen territorialen Teilstrukturen der gesellschaftlichen Reproduktion in der DDR, in: *Richter (Hg.)*: Siedlungsstruktur, S. 21–36, hier S. 26.

¹¹³ *Bruno Flierl*: Industriegesellschaftstheorie im Städtebau, Berlin (Ost) 1973 (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, H. 34), S. 40; vgl. auch *Schöller*: Städtebildung, S. 99–100.

¹¹⁴ Vgl. *Schöller*: Städtepolitik, S. 22.

¹¹⁵ *Christa Rosenkranz*: Vergessen wir unsere kleinen Städte nicht wieder! in: *Architektur der DDR* 7, 1988, S. 49.

¹¹⁶ Diese interessante Anregung findet sich schon 1990 bei Karl Czok: „Dies regt wiederum an, den Wechselbeziehungen zwischen dem Industrialisierungs- und Verstädterungsprozeß gerade in Mitteldeutschland nachzugehen, gewissermaßen die ‚Industriestadt als Dienstleistungsorganisation für die Industriebetriebe‘ darzustellen. Denn Probleme wie die Kommunalisierung von Betrieben, die Versorgung und Entsorgung, der immer weiter um sich greifende Ausbau der Dienstleistungen, die wachsende Raumnot und die Wohnungsfrage mit ihren sozialen, politischen, kulturellen Auswirkungen spielten in der bisherigen Forschung kaum eine Rolle.“ *Czok*: Künftige Aufgaben, S. 13.

¹¹⁷ Vgl. dazu ausführlich *Hannemann*: Platte.

¹¹⁸ *Hübner*: Konsens, S. 173.

¹¹⁹ *Hannemann*: Großsiedlungen, S. 92.

sequente bauliche Umsetzung eines ideologischen Leitbildes zu verstehen. Vor allem die Industriestädte, die nicht der staatlichen Repräsentation als Hauptstadt oder Bezirksstadt dienten und keine ausgeprägten gesamtstaatlichen Prestigeprojekte darstellten – und das war die überwiegende Zahl –, erhielten kaum Investitionen, die ihnen eine wirkliche Stadtwerdung ermöglicht hätte.

2.3 Kleine Industriestädte in der DDR

Die bisher skizzierten ideologischen, raumordnerischen und ökonomischen Grundlagen verdeutlichen, dass die Entwicklungschancen der Industriestädte in der DDR von einem Sample spezifischer externer Einflussfaktoren bestimmt wurden. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen innerhalb der Gruppe der Industriestädte, erzeugten langfristig unterschiedliche Entwicklungschancen und divergierende Lebensbedingungen für ihre Bewohner. Da die Städte je nach Größe im hierarchischen Städtesystem der DDR auch in unterschiedlicher Weise von den Zuteilungen der Zentrale profitierten, war die Stadtgröße ein zentraler Bestimmungsfaktor der Stadtentwicklung. Mit entscheidend war auch die Stellung in der administrativen Hierarchie, die neben dem industriellen Besatz entscheidend die langfristigen Entwicklungsverläufe der Gemeinden mitbestimmte.¹²⁰ Die Gemeinden verfügten je nach ihrer Stellung im administrativen System über eine unterschiedliche Ausstattung mit formellen und informellen Rechten und Handlungsressourcen. Der hierarchische Aufbau der Staatsverwaltung spiegelte sich demzufolge nachhaltig auch im Städtesystem der DDR wider.¹²¹

Die Chancen der einzelnen Städte gestalteten sich umso günstiger:

- je größer sie nach Einwohnerzahl waren,
- je höher ihre formelle Stellung in der administrativen Hierarchie war,
- je moderner die Art der angesiedelten Industrie war,
- je neueren Datums ihre Industriestadtwerdung war und
- je näher sie räumlich zu attraktiven Zentren und geförderten Regionen lagen.

In dem Umfang wie diese Faktoren gewährleistet waren, stiegen die Chancen einer Stadt zur dynamischen Stadtentwicklung, wie sich durch die Analyse des Verlaufs der Einwohnerentwicklung nachweisen lässt. Diese Faktoren können dazu dienen, auch die Entwicklung von Ludwigsfelde in einen größeren Zusammenhang einzuordnen.

Lagevorteile ballten sich insbesondere in neuentwickelten Mittelstädten mit moderner Industrie und in den durch Verwaltungsaufbau und Neuindustrialisierung in doppelter Weise geförderten großen Bezirksstädten. Die Schwäche der Kommune in der DDR zeigte sich besonders ausgeprägt am Ende der Hierarchie in den kreisangehörigen Gemeinden und kleinen Städten. Schwierigkeiten kumulierten in den altindustriellen Mittelstädten und insbesondere

¹²⁰ Vgl. *Konrad Scherf*: Siedlungsstruktur, in: *Eckart/Kehrer/Scherf (Hg.): Raumplanung und Raumforschung*, S. 179–209, hier S. 187.

¹²¹ Vgl. hierzu ausführlich *Benke/Wolfes*: *Stadtkarrieren*, S. 127–164.

in den altindustriellen Kleinstädten. Auf lange Sicht war vor allem die Kombination der Übernahme der Funktion eines administrativen Zentrums und des Vorhandenseins – moderner – Industrieprägung vorteilhaft für die Stadtentwicklung. Ein zusätzlicher Faktor für die Bewertung der Urbanisierungschancen des jeweiligen Stadttyps ist die Art der Industriestadtgenese. Städtische Neugründungen mit moderner Industrie waren ökonomisch bevorzugt und erhielten dauerhaft weitere Folgeinvestitionen; gleichzeitig verfügten sie durch ihre weitgehende bauliche Neuanlage über größere Probleme beim Prozess der inneren Stadtwerdung.

2.3.1 Charakteristika der kleinen Industriestädte in der DDR

Kleinstädte sind nicht als ein einheitlicher Stadttyp zu charakterisieren, da sie eine baulich, sozial und ökonomisch sehr heterogene Gruppe darstellen. In der Statistik und Geographie ist eine rein quantitative Abgrenzung der kleinstädtischen Größenklasse verbreitet, wobei sich jedoch keine einheitliche Definition durchgesetzt hat.¹²² Entsprechend der Tradition der deutschen Statistik des späten 19. Jahrhunderts wird eine Kleinstadt nach ihrer Einwohnerzahl unabhängig vom rechtlichen Stadtbegriff als eine Gemeinde zwischen 2.000 und 20.000 Einwohnern definiert.¹²³ In eher qualitativen oder historischen Betrachtungen wird jedoch das Vorhandensein des formellen Stadttitels als wesentliche Voraussetzung angesehen, sodass auch Siedlungen unterhalb von 2.000 Einwohnern als Kleinstädte zu charakterisieren sind, wenn sie eine stadtrechtliche Tradition aufweisen,¹²⁴ während selbst größere Siedlungen ohne diesen Status nicht unter die Definition Kleinstadt fallen würden. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind in statistischen Arbeiten angesichts der insgesamt gewachsenen Gemeindegröße zunehmend Abgrenzungen bis 25.000 oder sogar 50.000 Einwohner üblich geworden.¹²⁵ Im Kontext dieser Arbeit wird der Abgrenzung bis 25.000 Einwohner zur Definition der Kleinstadt gefolgt, die sehr genau das Sample der hier behandelten, strukturell verwandten Städte abgrenzen kann.

Mit dem Begriff Kleinstadt ist jedoch weitaus mehr als eine lediglich quantitative und rechtliche Abgrenzung einer kleinen städtischen Siedlungskategorie verbunden. Ein Set von qualitativen Kriterien prägt spätestens seit der starken Differenzierung des Städtesystems im 19. Jahrhundert die Vorstellung von der „kleinen Stadt“. Die deutsche Kleinstadtforschung hat als besonders „typisch kleinstädtische“ Kriterien eine lange Ansässigkeit der Bevölkerung vor Ort, über Generationen reichende Familientraditionen und das Vorhandensein enger persönlicher Netzwerke hervorgehoben, die im Gegensatz zur Mobilität und Anonymität der

¹²² Vgl. *Christine Hannemann*: Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung, in: *Martina Löw (Hg.): Differenzierungen des Städtischen*, Opladen 2002, S. 265–278, hier S. 265–267.

¹²³ Diese Einteilung folgt dem statistischen Stadtbegriff, der sich in der amtlichen deutschen Statistik seit 1887 durchgesetzt hat. Vgl. *Teuteberg*: Historische Aspekte der Urbanisierung, S. 29. Als zusätzliche Differenzierung wird noch die Kategorie „Landstadt“ für Orte mit 2.000 (teils 3.000) bis 5.000 Einwohner verwendet.

¹²⁴ In West- wie Ostdeutschland gibt es durchaus zahlreiche Städte (Orte mit Stadtrecht) mit weniger als 2.000 Einwohnern, die nach baulicher Struktur, sozialer und wirtschaftlicher Differenzierung und Selbstverständnis eindeutig Städte sind. Durch die in den letzten Jahrzehnten zunehmende Tendenz zu Eingemeindungen und Großgemeinden lässt sich dieser Siedlungstyp der kleinen Kleinstadt aber immer schwerer als administrative Kategorie identifizieren.

¹²⁵ *Hannemann*: Marginalisierte Städte, S. 19–20 und *Rudolf Klöpffer*: Stichwort: Stadtypologien, in: *Akademie für Raumerforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumplanung*, Hannover S. 911–916.

Großstadt stehen. Vorausgesetzt werden auch traditionell enge Vernetzungen mit der umgebenden Region und eine dadurch entwickelte historische Zentralität der städtischen Siedlung. Nach den gängigen Vorstellungen ist die „typische“ Kleinstadt städtebaulich durch eine kleinteilige und „historische“ Bausubstanz mit kompaktem Stadtkern und hohen Eigentumsquoten und ökonomisch durch ein differenziertes, auf handwerklichen und landwirtschaftlichen Traditionen basierendes Gewerbe charakterisiert. Eine Kleinstadt nimmt typischerweise zumindest auf unterer Ebene Zentralfunktionen für ihr Umland wahr.¹²⁶ Ein negatives, aber gleichwohl populäres Stereotyp geht von einer tendenziellen Rückständigkeit, Beschränktheit und Modernisierungsfeindlichkeit der Kleinstädte im Vergleich zu den „dynamischen“ großstädtischen Zentren aus. Diesem Idealtyp entsprechen im vollen Umfang bei weitem nicht alle Angehörige der betreffenden Gemeindegrößenklasse. So sind viele Vertreter der Gruppe der industriellen Kleinstädte, insbesondere die nach 1945 neu entwickelten Städte, zwar nach ihrer Einwohnerzahl eindeutig Kleinstädte; längere Traditionen, eine Zentralität im Raum und eine bauliche und ökonomische Differenziertheit bildeten sie aber nur fragmentarisch aus.¹²⁷ Als spezifisch kleinstädtische Merkmale können für diese Städte lediglich die begrenzte Einwohnerzahl und die vielfach noch gegebene räumliche Überschaubarkeit des Stadtraumes gelten. Im engen Sozialraum einer kleinen Industriestadt bieten sich zumindest potenziell viele Begegnungspunkte der Bewohner in den wenigen Schulen, Konsum- und Kultureinrichtungen, die langfristig die Option auf die Herausbildung von kleinstadtypischen Netzwerken bieten können.

Die historische Stadtforschung hat die kleinen Städte lange Zeit stark vernachlässigt.¹²⁸ So konzentrierte sich Stadt- und Urbanisierungsforschung in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten vor allem auf die Großstadtforschung. Heute wird die bisherige Fixierung auf Großstädte und Metropolen allgemein von der Stadtgeschichtsforschung in Frage gestellt.¹²⁹ Während sich die Forschungslage zu Kleinstädten während des Mittelalters und in der Frühen Neuzeit deutlich verbessert hat, besteht in der Kleinstadtforschung für das 19. und 20. Jahrhundert trotz wichtiger Forschungsarbeiten der letzten Jahre noch ein erhebliches Defizit.¹³⁰ Ein weitgehend unbehandeltes Feld der Kleinstadtforschung sind die kleinen und mittleren Städte in der DDR geblieben.¹³¹

¹²⁶ Zu verschiedenen Definitionen zum Begriff Kleinstadt: vgl. *Christine Hannemann*: Marginalisierte Städte: Probleme, Differenzierungen und Chancen, Berlin 2004, S. 16–23; *Clemens Zimmermann*: Die Kleinstadt in der Moderne, in: *ders. (Hg.): Kleinstadt in der Moderne*, Ostfildern 2003 (Stadt in der Geschichte; Bd. 31), S. 9–28, insbesondere S. 13–15; *ders.*: Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne, in: *IMS 2*, 1999, S. 5–11.

¹²⁷ Das gilt auch für reine Wohnsiedlungen, die durch Suburbanisierung entstanden sind und in Hinblick auf den Besitz des Stadttitels und ihre Einwohnerzahl als Kleinstädte anzusehen wären, die strukturellen Kriterien einer Kleinstadt aber nicht erfüllen.

¹²⁸ Vgl. *Zimmermann/Reulecke*: Bemerkungen, S. 62–69; *Clemens Zimmermann*: Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne, in: *IMS 2*, 1999, S. 5–11.

¹²⁹ Die Historiker Zimmermann und Reulecke fordern dazu auf, zukünftig Einzelarbeiten über Mittel- und Kleinstädte stärker in das allgemeine Bild der Stadtgeschichte aufzunehmen, „und zwar nicht einfach im Sinne nachholender oder abhängiger Entwicklung, sondern auch nach eigenen Kategorien.“ *Zimmermann/Reulecke*: Bemerkungen, S. 65.

¹³⁰ Zum Stand der historischen Kleinstadtforschung vgl. insbesondere den Themenband „Kleine Städte“, *IMS 2*, 1999. Hier insbesondere der Aufsatz von *Zimmermann*: Die kleinen Städte, S. 5–11 und *Holger Th. Gräf*: „Small towns, large implications“? Bemerkungen zur Konjunktur in der historischen Kleinstadtforschung, in: *Peter Johaneck/Franz-Joseph Post (Hg.): Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff*, Köln 2004, S. 145–158. Ein weite-

Trotz der quantitativen Dominanz von Kleinstädten in Ostdeutschland stellten diese Orte im Siedlungssystem der DDR insgesamt einen vernachlässigten Stadttyp dar.¹³² Die Mehrzahl der Kleinstädte litt unter baulichem Verfall, eingeschränkter Versorgung, veralteten gewerblichen Strukturen und schlechter Wohnungsqualität. Die westdeutsche Forschung¹³³ hatte ebenso wie die ostdeutsche Wissenschaft seit den späten 1960er Jahren immer wieder auf die Vernachlässigung der Kleinstädte und die daraus resultierenden dramatischen Folgen hingewiesen.¹³⁴ Das „Ausbluten“ der Kleinstädte erreichte in den 1980er Jahren schließlich seinen Höhepunkt.¹³⁵ Von diesen negativen Entwicklungen wurden jedoch nicht alle Angehörigen der kleinstädtischen Größenklasse in gleichem Maße betroffen. Vernachlässigungen erfuhren vor allem ältere Kleinstädte, u.a. die wenig gewerblich geprägten Kleinstädte im ländlichen Raum.¹³⁶ Solche Städte fanden sich sehr konzentriert in den dünn besiedelten und agrarisch strukturierten Gebieten des Nordens der DDR.¹³⁷

Benachteiligungen im Städtesystem erfuhren aber auch viele altindustrielle Kleinstädte, die quantitativ ebenfalls eine bedeutende Gruppe im DDR-Städtesystem darstellten. Ihre industrielle Prägung hatten diese Städte in der Regel schon Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg erfahren, z.T. aufbauend auf noch ältere gewerbliche Traditionen. Die Standorte älterer industrieller Kleinstädte ballten sich insbesondere in Thüringen und Sachsen, vereinzelte Ballungen finden sich auch um Berlin und Magdeburg.¹³⁸

rer Überblick zum Stand der Kleinstadtforschung in Europa findet sich bei: *Holger Th. Gräf (Hg.): Kleine Städte im neuzeitlichen Europa*, Berlin 1997. Vgl. auch *Zimmermann: Kleinstadt*; *Thomas Rudert/Hartmut Zückert (Hg.): Gemeindeleben. Dorf und kleine Stadt im östlichen Deutschland (16.–18. Jahrhundert)*, Köln/Weimar/Wien 2001. Als neuere Darstellungen zu Kleinstädten in bestimmten deutschen Landschaften vgl. beispielhaft *Oliver Barghorn-Schmidt: Auf dem Wege zur modernen Kleinstadt: Politik, Verwaltung und Finanzen norddeutscher Kleinstädte und Landgemeinden in der Zeit des Kaiserreiches 1871–1914*, Hamburg 2000 und *Katrin Keller: Kleinstädte in Kursachsen. Wandlungen einer Städtelandschaft zwischen Dreißigjährigem Krieg und Industrialisierung*, Köln 2001. Als Beispiel für eine neuere kleinstadtgeographische Untersuchung siehe *Martin Niedermeyer: Kleinstadtentwicklung*, Würzburg 2000 (Würzburger geographische Arbeiten 93).

¹³¹ Vgl. *Hannemann: Kleinstadt*, S. 13; *Carsten Benke: Kleinstädte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Entwicklungslinien eines Stadttyps vom Mittelalter bis zur DDR*, Working Paper, Humboldt Universität Berlin, 2002, S. 3–5.

¹³² Vgl. *Christine Hannemann: Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung*, in: *Zimmermann (Hg.): Kleinstadt*, S. 157–182, hier S. 167; *Hannemann: Marginalisierte Städte*.

¹³³ Vgl. z.B. *Schöller: Städtepolitik*, S. 13; *Werner: Raumordnungspolitik*, S. 213.

¹³⁴ Vgl. *Rosenkranz: Demographische und soziale Probleme*; *Christa Rosenkranz: Demographische und soziale Aspekte der gesellschaftlichen Funktion kreisangehöriger Kleinstädte*, in: *Architektur der DDR 7*, 1988, S. 42–43; *Christa Rosenkranz: Zur gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung kreisangehöriger Kleinstädte in der DDR*, in: *Architektur der DDR 7*, 1988, S. 6–8; *Zoltán Dövényi: Die Lage und die Rolle der Kleinstädte in der Siedlungsstruktur der DDR und Ungarns unter besonderer Berücksichtigung der Landstädte in Agrargebieten*. Dissertation A, Universität Halle-Wittenberg 1984; *Matthias Schramm: Struktur und Entwicklungsprobleme der Kleinstädte im Ballungsgebiet Halle-Leipzig*, Dissertation A, Universität Halle-Wittenberg 1979.

¹³⁵ Vgl. *Hannemann: Urbanistische Probleme*, S. 170.

¹³⁶ *Rainer Ferchland: Sozialstrukturelle Besonderheiten von Städten verschiedenen Typs*, Berlin 1989 (unveröffentlichte Dissertation B an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED), S. 193.

¹³⁷ Vgl. *Hannemann/Benke: Kleinstädte*, S. 35, S. 67; *Hannemann: Marginalisierte Städte*, S. 102–104.

¹³⁸ Die industriellen Traditionen wurden in diesen Städten während der DDR überwiegend fortgeführt bzw. nach Kriegszerstörungen und Demontagen wieder rekonstruiert. Um das erhebliche Bevölkerungs- und Arbeitskräftepotenzial in den mittleren und kleineren Städten für die Wirtschaftsentwicklung der DDR nutzen zu können, wurden auch später in einer Vielzahl von alten Standorten in großem Umfang zusätzliche Industriekapazitäten ausgebaut. Vgl. *Werner Rietdorf: Probleme der Transformation städtischen Lebens und Woh-*

Obwohl diesen Kleinstädten eine wichtige Bedeutung innerhalb der Industrieproduktion der DDR zukam, litten sie an tiefgreifenden Strukturproblemen. Vor allem Kleinstädte, die keine nachhaltige industrielle Neuansiedlung oder Modernisierung erfahren hatten und nicht Sitz von Kreisverwaltungen wurden, waren die eigentlichen Verlierer im Städtesystem der DDR.¹³⁹ Durch die Kumulation struktureller Probleme war hier die Lage teils dramatischer als in den ländlichen Kleinstädten. Charakteristisch waren ein im Durchschnitt geringeres Ausbildungsniveau der Bevölkerung, eine schlechtere Wohnungsausstattungsqualität und ein geringer Anteil an Neubausubstanz. Neben infrastrukturellen Defiziten kennzeichneten insbesondere in Ballungsräumen auch erhebliche Umweltbelastungen durch die Nachbarschaft älterer Industrieanlagen diesen Stadttyp. Für die kleineren Städte in den altindustriellen Gebieten waren vor allem seit den 1980er Jahren für die bauliche Modernisierung kaum Ressourcen vorhanden.¹⁴⁰ Der Stadttypus der „altindustriellen Kleinstadt“ war kein Schwerpunkt einer auf die Schaffung des Idealtyps der „sozialistischen Industriestadt“ zielenden staatlichen Stadtumbaupolitik.

Der sehr starke Bevölkerungsrückgang gerade kleinerer und mittlerer altindustrieller Städte in den Ballungsgebieten mit hoher Umweltbelastung und schlechten Wohnverhältnissen war eine Folge dieser Probleme. Besonders dramatische Schrumpfungsprozesse erlebten mit Rückgängen über 20 % Städte wie Bernburg, Sebnitz und Glauchau.¹⁴¹ Bitterfeld verlor schon zu DDR-Zeiten 40 % seiner Einwohner.¹⁴² Am Ende der DDR war insbesondere diese Stadt ein Sinnbild für eine verfehlte Industrie- und Stadtentwicklungspolitik in den kleinen Industriestädten.

2.3.2 Kleine industrielle Entwicklungsstädte und industrielle Kleinstadtgründungen

Die Industriestadtentwicklung in der DDR beschränkte sich nicht nur auf eine Weiterführung und Intensivierung bestehender Strukturen. Darüber hinaus wurde eine größere Anzahl von industriellen Kleinstädten neu begründet bzw. auf Basis älterer nichtstädtischer Siedlungen weiterentwickelt. In Struktur und Entwicklungsverlauf unterschieden sich diese Neuanlagen fundamental von den altindustriellen Kleinstädten, da sie über deutlich umfangreichere Entwicklungsoptionen verfügten. Diese bessere Chancenausstattung ist allerdings sehr differenziert zu betrachten: Materielle Privilegierungen waren mit anderen strukturellen Defiziten der urbanen Qualität verknüpft, wie sie schon seit dem 19. Jahrhundert charakteristisch für industrielle Neugründungen waren.

„Neue“ Industriestädte entstanden im 19. und 20. Jahrhundert in Mitteleuropa in größerer Zahl durch industrielles Wachstum aus Dörfern oder städtischen Randgemeinden. Der Typus

nens in kleinen und mittleren Städten der neuen Bundesländer, in: *Häußermann/Neef (Hg.): Stadtentwicklung*, S. 305–324, hier S. 306.

¹³⁹ Vgl. *Grundmann: Räumliche Disparitäten*, S. 180 und S. 191; *Ferchland*, S. 193.

¹⁴⁰ Vgl. *Grundmann: Räumliche Disparitäten*, S. 177.

¹⁴¹ Vgl. *Benke/Wolfes: Stadtkarrieren*, S. 127–164, S. 143.

¹⁴² Zu diesen Einwohnerverlusten kam es vor allem, da der Wohnungsbau aufgrund der nicht mehr beherrschbaren Umweltbelastung nach Wolfen und Dessau verlagert wurde. Vgl. *Ferchland: Sozialstrukturelle Besonderheiten*, S. 181.

der unplanmäßig zur industriellen Stadt herangereiften Industrieagglomeration lässt sich im 19. Jahrhundert insbesondere in vielen westdeutschen Industrieregionen, wie dem Ruhrgebiet beobachten.¹⁴³

Planmäßige Neugründungen von Städten im Zusammenhang mit der Neuanlage von Industriestandorten wie sie beispielsweise in den 1930er Jahren in Wolfsburg und Salzgitter und während der DDR-Zeit in Schwedt, Halle/Neustadt und Eisenhüttenstadt erfolgten, sind in Deutschland im 20. Jahrhundert eine Ausnahme geblieben. Dagegen erfolgte die Verleihung des formellen Stadtrechtes an wachsende kleine Industriesiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Bundesrepublik in vielen Fällen. Zumeist kamen jedoch Wohnstädte in Ballungsräumen wie Garbsen bei Hannover oder Norderstedt bei Hamburg in den Genuss dieser symbolischen Aufwertung. Als Beispiel einer neuen industriellen Kleinstadt kann Baunatal in Hessen gelten, dessen Entstehungsgeschichte und Stadtkarriere erstaunliche Parallelen zu Ludwigsfelde aufweist. Baunatal entstand ebenfalls – ab 1957 – als Automobilbauerstadt des Volkswagenkonzerns. Ihr Ursprung geht wie bei Ludwigsfelde jedoch auf ein zur Zeit des Nationalsozialismus errichtetes Flugzeugmotorenwerk, in diesem Fall der Firma Henschel, zurück. Das Stadtrecht erhielt der Ort 1964, nur ein Jahr vor Ludwigsfelde.¹⁴⁴

In der DDR wurden im Rahmen des industriellen Aufbaus zahlreiche neue Standorte planmäßig angelegt, in weit größerem Umfang wurden jedoch bestehende Industrie- und Siedlungsansätze zu kleinen Industriestädten weiterentwickelt.¹⁴⁵ Neben den bekannten vier mittelgroßen, systematisch angelegten „sozialistischen“ Neustädten Halle-Neustadt, Schwedt, Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda wurde zwischen 1945 und 1989 der Stadttitel an etwa 30 kleinere Siedlungen verliehen.¹⁴⁶ Obwohl die Vertreter dieses Stadttyps der kleinen industriellen Entwicklungsstädte zumeist über einen kleinen Kern älterer Tradition verfügten, sind sie auch zu den Neustädten der DDR zu zählen, da ihre Bausubstanz, Bevölkerungsstruktur und ökonomische Basis fast ausschließlich zwischen 1949 und 1989 geprägt wurde.

Diese kleinen neuen Industriestädte sind jedoch nicht als „sozialistische Idealstädte“ wie die großen Neugründungen zu charakterisieren, sondern als nach pragmatischen Erwägungen ausgebaute „Fabrikstädte“.¹⁴⁷ Durch diese Form der Industriestadtgenese wurden deutliche strukturelle Unterschiede zu den mittelgroßen Neustädten bedingt, die mit ausgeprägtem utopischem Gründungspathos errichtet worden waren. Hieraus resultierten langfristig differierende Ausstattungen mit städtischen Zentren und „urbaner Qualität“, die wiederum die Lebensqualität und städtische Selbsteinschätzung beeinflussten. Die „Fabrikstädte“ mussten andererseits nicht im vollen Umfang den „Ballast“ des überspannten Anspruchs der neuen „sozialistischen Stadt“ tragen, wie es insbesondere die Angehörigen des Typs der „neuen

¹⁴³ Vgl. Das Konzept der „defizitären Urbanisierung“, S. 19.

¹⁴⁴ Vgl. Stadtverwaltung Baunatal: Geschichte der Stadt, (Zugriff 7.3.2008) online unter <http://www.baunatal.de/info/003.aspx>.

¹⁴⁵ Neben dieser Form der industriellen Neustadtgründungen wurden nach 1949 auch – wenn auch seltener – Industriestädte durch die Überformung bestehender Handels-, Residenz- oder Hafenstädte geschaffen.

¹⁴⁶ Leuna, Torgelow und Dürenberg erhielten schon 1945/46 vor Gründung der DDR den Stadttitel.

¹⁴⁷ Vgl. Carsten Benke: Nicht nur Kleinstadtidylle. Kleine Fabrikstädte in Ostdeutschland, in: PlanerIn 2, 2005: Klein- und Mittelstädte, S. 14–16.

industriellen Mittelstädte“ zu leisten hatten. Dennoch wurden auch sie – zumindest in ihrer Aufbauphase – als „Aufbaustädte“, „Jugendstädte“ oder „Sozialistische Städte“ gefeiert, ohne dass diese Propagierung jedoch dauerhaft republikweite Aufmerksamkeit gefunden hätte. Typologisch sind die neuen Fabrikstädte mit Werksiedlungen und Industriedörfern eng verwandt, in vielen Fällen sind sie ursprünglich aus solchen entstanden. Anspruch dieser neuen Industriestädte war es jedoch, nicht bloß „Siedlung“ sondern „Stadt“ zu sein,¹⁴⁸ wenngleich sie die Merkmale, die die Urbanistik zur Charakterisierung von Städten erarbeitet hat, nur fragmentarisch aufwiesen.



2. Abb.: Stadttitelverleihungen in der SBZ/DDR 1945 bis 1989

¹⁴⁸ Auch bei der Planung von StalinStadt wurde die Errichtung einer reinen Wohnsiedlung für das Werk grundsätzlich abgelehnt. Vielmehr sollte eine wirkliche Stadt mit einem Zentrum entsprechend den „Sechzehn Grundsätzen“ entstehen. Die Vorbilder sind in Industriestadtgründungen in der Sowjetunion zu suchen. *Pa-lutzki: Architektur*, S. 96–97.

Zu den neuen kleinen Industriestädten zählten DDR-weit bedeutsame Industriestandorte wie Hennigsdorf (Bahntechnik und Stahl)¹⁴⁹, Großräschen (Braunkohle), Lauchhammer, Premnitz (Chemieindustrie)¹⁵⁰, Schwarzheide (Chemie), Hermsdorf (Elektrotechnik), Leinefelde (Textil), Böhlen (Petrochemie)¹⁵¹, Kitzscher, Lauscha, Lauta¹⁵² und Döbern. Ursprüngliche Auslöser der Siedlungsentwicklung bildeten häufig Industrieansiedlungen der Zeit um 1900 (wie in Premnitz, Wolfen und Hennigsdorf), der 1920er Jahre (Böhlen) oder der 1930er Jahre (Ludwigsfelde und Schwarzheide).

Die Anlage von neuen Städten sollte in der Theorie der DDR-Territorialplanung Bestandteil einer ausgleichenden Regionalpolitik sein.¹⁵³ In der Realität wurde der Aufbau von neuen Städten in der DDR jedoch in erster Linie aus ökonomischen Gründen vorgenommen.¹⁵⁴ Der überwiegende Teil der Stadtrechtsverleihungen erfolgte zudem in bereits existierenden Industrieregionen.¹⁵⁵ Ein Schwerpunkt der Stadterhebungen nach 1945 waren die drei „brandenburgischen“ Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder¹⁵⁶, insbesondere der Berliner Raum und die Lausitz. Ein weiterer Schwerpunkt stellte der Leipziger Raum mit den Städten Kitzscher, Böhlen, Hermsdorf, Leuna und Bad Dürrenberg dar. In den industriearmen Nordbezirken wurden keine neuen Industriestädte begründet.¹⁵⁷ Es kam zwar zu Stadtrechtsverleihungen, die jedoch nur zum Teil aus industriellen Gründen erfolgten.¹⁵⁸ Leinefelde im strukturschwachen Eichsfeld im Südwesten der DDR ist eine der wenigen Ausnahmen, wo eine ländliche Siedlung in einer nichtindustriellen Region bewusst zu einer neuen Industriestadt entwickelt wurde.¹⁵⁹

¹⁴⁹ Vgl. *Ingeborg Langnickel*: Entwicklung von Hennigsdorf bei Berlin zum Industriestandort. Dissertation, Potsdam 1953.

¹⁵⁰ Vgl. *Rat der Stadt Premnitz (Hg.)*: Stadt Premnitz 25 Jahre. 1962 bis 1987, Premnitz 1987, S. 3.

¹⁵¹ Vgl. zur Industrieentwicklung in Böhlen: *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 148–152.

¹⁵² Vgl. *Autorengruppe aus ehemaligen Mitarbeitern des Lautawerkes und der Stadtverwaltung*: Stadt Lauta Werk. Vom Heidedorf zur Industriestadt. Ein Rückblick. Bautzen [1997].

¹⁵³ „Im Zuge der sozialistischen Industrialisierung“ sei im Rahmen dieses Konzepts die Verleihung des Stadtrechts vor allem an Orte in bisher geringer urbanisierten Gebieten der mittleren und nördlichen Bezirke und Südwesten erfolgt. Vgl. *Konrad Scherf/Dierk Heerwagen*: Geographie der Siedlungsweise, in: *Scherf (Hg.)*: DDR: Ökonomische und soziale Geographie, S. 111–138, hier S. 117.

¹⁵⁴ „Der Struktur nach sind alle Neustädte, dem ideologischen Vorrang der Produktion folgend, Industrie- und Arbeiterstädte.“ *Schöller*: neue Städte, S. 315.

¹⁵⁵ So beschreibt auch *Staufenbiel* die Industriestadtentstehung: „In der Nähe von Großstädten bzw. industriellen Ballungen entstandenen Wohn- und Industriesiedlungen [...], die in ihrer Größe den Umfang von Kleinstädten angenommen haben.“ *Staufenbiel*: Leben in Städten, S. 94. Zur Verteilung der Neustädte im ostdeutschen Raum: Vgl. *Atlas zur Geschichte*. Bd. 2. Von der großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis 1972, Gotha/Leipzig, 1975, Karten 69, 70I, 71.

¹⁵⁶ Wobei im Bezirk Frankfurt nur die zwei großen Neustädte Schwedt und Eisenhüttenstadt entstanden, die beide jeweils historische Vorgängerstädte in sich aufnahmen. In den anderen genannten Bezirken wiesen von den neuen Städte, insbesondere folgende Ort hohe Wachstumsraten auf: Hennigsdorf (Stadtrecht 1962, Einwohner im Jahre 1939: 12.983, 1981: 27.662), Ludwigsfelde (Stadtrecht 1965, 1939: 3.256, 1990: 22.002), Schwarzheide (1967, 1939: 5.898, 1981: 9.920), Großräschen (1965, 1939: 7.268, 1990: 12.527), Premnitz (1962, 1939: 3.846, 1990: 11.196). Außerdem erhielten in der Region Stadtrecht: Falkensee (1961), Döbern (1969), Welzow (1969); siehe auch: *Evamaria Engel*: „Neue“ Städte des 20. Jahrhunderts im Land Brandenburg, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte* 53, 2002, S. 122–148.

¹⁵⁷ Nur in wenigen Fällen betrug der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Bauwesen in den Klein- und Mittelstädten des Nordens mehr als 30 %. Auch die drei großen Bezirksstädte des Nordens wiesen mit Industrieanteilen von etwa 35 % einen vergleichsweise begrenzten Industrialisierungsgrad auf.

¹⁵⁸ Bei der Stadterhebung von Eggesin war seine Rolle als Militärstandort ausschlaggebend, bei Saßnitz auf Rügen war neben der Fischereiindustrie vor allem das Hafengewerbe entscheidend. Der ältere Gewerbe- und Militärstandort Torgelow hatte schon 1945 das Stadtrecht erhalten, die alte Residenz Putbus 1960.

¹⁵⁹ Vgl. *Alice von Plato*: Feiern in der doppelten Diaspora: Leinefelde im katholischen Eichsfeld – eine „sozialistische Stadt“ oder eine „Stadt im Sozialismus“, in: *von Saldern (Hg.)*: Inszenierte Einigkeit, S. 235–274.



3. Abb.: Kitzscher, kleine Industriestadt südlich von Leipzig (Aufnahme ohne Jahr)

Der zeitliche Schwerpunkt der Stadterhebung lag in den 1960er Jahren, insbesondere im kurzen Zeitraum von 1965 bis 1969 erfolgten zahlreiche Stadttitelverleihungen. Seit dieser Hochphase wurden von zentralen Stellen neue Stadterhebungen nicht mehr als nötig angesehen; die weitere Entwicklung des Siedlungsnetzes sollte sich nunmehr – auch aus Kostengründen – an den vorhandenen Strukturen orientieren.¹⁶⁰ Die symbolische Belehnung mit dem Stadttitel fand dementsprechend seit den 1970er Jahren so gut wie nicht mehr statt.¹⁶¹

Charakteristika der neuen industriellen Kleinstadt

Im engeren Sinne können als neue industrielle Kleinstädte der DDR Orte mit industrieller Prägung gelten, die während der DDR den Stadttitel verliehen bekamen und eine Grenze von 25.000 Einwohnern nicht überschritten. Von den industriellen Kleinstadtgründungen wuchs lediglich Wolfen mit 45.000 Einwohnern bis 1989 über den Status einer Kleinstadt hinaus. Die Einwohnerzahlen der meisten Städte – wie z.B. Kitzscher, Welzow, Döbern und Lauta – blieben sogar deutlich unterhalb der Grenze von 15.000 Einwohnern.

Die Stadtrechtsverleihung in der Zeitspanne zwischen 1945 und 1989 an Industriesiedlungen kann jedoch nur ein Indiz zur Abgrenzung dieses Typus sein, da diesem Titel in der DDR nur noch eine symbolische Bedeutung zukam.¹⁶² Die Verleihung dieses Titels verdeutlicht jedoch die Stellung, die diesen Orten beigemessen wurde. Strukturell sind im weiteren Sinne in diese Gruppe der „neuen kleinen Industriestädte“ auch Industrieorte einzuordnen, die zwar schon kurz vor 1945 den Stadttitel erhielten, ihre Stadtwerdung vor dem Krieg jedoch nicht abschließen konnten und baulich und wirtschaftlich vor allem in der DDR-Zeit geprägt und

¹⁶⁰ Vgl. *Kehrer*: Territorialplanung 1998, S. 57 und *Ostwald*: Siedlungsweise, S. 17.

¹⁶¹ 1974 erhielt der Arbeiterwohnort Kitzscher bei Leipzig den Stadttitel. Im selben Jahr folgten noch der gewerblich wie touristisch geprägte Ort Seiffhennersdorf und 1985 der Wintersportort Oberhof, der ausschließlich durch eine touristische Entwicklung dominiert war.

¹⁶² Im DDR-Kommunalrecht hatte die Bezeichnung „Stadt“ – ebenso wie in den Gemeindeordnungen der Länder der Bundesrepublik – im Wesentlichen symbolische Bedeutung.

überformt wurden.¹⁶³ Beispiele für diesen Siedlungstyp sind z.B. Niesky im Bezirk Dresden, das erst 1935 das Stadtrecht erhielt, sowie Oberfrohna (1935), Oberlungwitz (1936) und Weißwasser (1935)¹⁶⁴, die in allen wesentlichen Strukturmerkmalen den neuen kleinen Fabrikstädten der DDR-Zeit gleichen.¹⁶⁵

	Stadt- titel im Jahr	Wachstum bis 1989 (1950 = 100 %) ¹⁶⁶	Einwoh- ner 1950 (*1946)	Ein- wohner 1989	Hauptproduktion
Lauchhammer	1953	107 %	22.012	23.558	Brikettproduktion, Maschinenbau
Saßnitz	1957	179 %	7.410	13.253	Hafen- und Fischereiindustrie
Wolfen	1958	388 %	11.750	45.652	diverse Chemieindustrie
Hennigsdorf	1962	158 %	15.968	25.306	Eisenbahn und Stahl
Premnitz	1962	189 %	6.089	11.479	Chemiefaser
Großräschen	1965	103 %	11.900	12.264	Braunkohle
Ludwigsfelde	1965	388 %	5.810	22.582	Lkw-Produktion
Gröditz	1967	177 %	5.693	10.112	Stahl und Zellstoff
Schwarzheide	1967	123 %	*7.449	9.198	Braunkohlenchemie
Leinefelde	1969	556 %	2.927	16.290	Textilindustrie
Hermsdorf	1969	181 %	5.798	10496	Elektrotechnik

4. Abb.: Neue industrielle Kleinstädte in Ostdeutschland (Auswahl)

Bevölkerung und Industriestruktur der Fabrikstädte

Die Qualifikationsstruktur der Bewohner der neuen Kleinstädte war durch ein mittleres bis höheres Bildungsniveau geprägt, womit diese Städte deutlich besser als die altindustriellen Klein- und Mittelstädte gestellt waren. Ein weiteres wichtiges Charakteristikum für diesen Stadttyp war der hohe Anteil der nach 1945 Zugewanderten; die alteingesessene Bevölkerung stellte zumeist zahlenmäßig eine kleine Minderheit dar. Auch viele der schon vor 1945 Ansässigen verfügten nur über eine sehr kurze eigene oder familiäre Tradition in diesen Industrieorten, da diese Bewohner ebenfalls zumeist industrielle Pioniere der 1920er und 1930er Jahre gewesen waren. Ein wesentliches Charakteristikum dieses Stadttyps war der extrem hohe Anteil von Beschäftigten in der Industrie und im Bauwesen. Der Anteil der in diesem Sektor beschäftigten Arbeitnehmer lag in Ludwigsfelde im Jahre 1981 mit 65,2 % weit vor größeren Industriestädten wie Chemnitz, alten industriellen Mittelstädten wie Brandenburg/Havel oder der Neustadt Eisenhüttenstadt. Auch andere neue industrielle Kleinstädte besaßen wie Hennigsdorf mit 73,2 %, Lauchhammer mit 73,5 % und Schwarzheide mit

¹⁶³ Beispiele für solche Orte sind z.B. Coswig, Freital, Heidenau und Radebeul im Ballungsgebiet Dresden, Brand-Erbisdorf, Limbach-Oberfrohna, Oelsnitz/Erzgebirge, Olbernhau und Wilkau-Haßlau im Ballungsgebiet Chemnitz, Markkleeberg, Königs Wusterhausen.

¹⁶⁴ Weißwasser ist trotz seiner älteren Entstehungsgeschichte zum Typ der DDR-Neustädte zu rechnen, da es im Krieg weitgehend zerstört und in der DDR völlig überformt und extrem erweitert wurde. Wie in anderen „echten“ Neustädten lag der DDR-Bauanteil hier über 80 %.

¹⁶⁵ Als ein verwandter Typus sind auch die älteren Industrieorte zu identifizieren, denen bis 1990 nicht mehr die Erringung des Stadttitels gelang. Soweit sie ansatzweise Stadtstrukturen ausbilden konnten, unterscheiden sich diese Orte trotz des Fehlens des formalen Stadttitels nicht grundsätzlich von den neuen Fabrikstädten z.B. Industriewohnorte des frühen 20. Jahrhunderts wie Espenhain und Schwarze Pumpe oder die älteren Orte Rüdersdorf und Wildau in Brandenburg. Die meisten älteren Industriedörfer auf dem Gebiet der DDR sind jedoch nicht zu diesem Typus zu rechnen, da sie kaum Ansätze urbaner Entwicklung zeigen.

¹⁶⁶ Zahlen nach: *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (diverse Jahrgänge).*

78,7 % sehr hohe Anteile von Industriebeschäftigten.¹⁶⁷ Die neuentwickelten industriellen Kleinstädte waren damit in der DDR der Stadttyp mit der größten Industrieprägung.

In noch stärkerem Maße als in den größeren Industriestädten war die industrielle Produktion in den industriellen Kleinstädten die alles dominierende Alltagserfahrung – zur Arbeit im ansässigen industriellen Großbetrieb gab es kaum eine Alternative. Die Produktionsstruktur der neuindustrialisierten Städte war in der Regel in viel höherem Maße monostrukturell ausgerichtet als dies bei älteren Industriestädten der Fall war. Typisch für die neuen industriellen Kleinstädte war die Abhängigkeit der Stadtentwicklung von zumeist nur einem großen ansässigen Industriebetrieb. In den industriellen Kleinstädten übten die übergeordnete staatliche Wirtschaftsplanung sowie die betrieblichen Detailplanungen der ansässigen Kombinate einen dominierenden Einfluss auf alle Lebensbereiche und die Entwicklungschancen der gesamten Stadt aus. Die Fabrikstädte und deren Bewohner lebten weitgehend nach dem Rhythmus der Industrie. Ihre Abhängigkeit von den Betrieben war auch finanziell sehr ausgeprägt, da die Zuwendungen aus Berlin ausschließlich mit der Perspektive der industriellen Entwicklung verknüpft waren. Auf die bauliche und wirtschaftliche Planung der Betriebe hatten die Städte jedoch praktisch keinen Einfluss.

Bedeutung des administrativen Status

Die neuen kleinen Industriestädte besaßen kaum Traditionen kommunaler Selbstverwaltung; bedingt durch ihre späte Entstehungszeit kam ihnen auch nur eine rudimentär entwickelte zentralörtliche Bedeutung zu. Nur in seltenen Fällen verfügten die Städte neben ihrer industriellen Rolle über weitergehende Funktionen: Weiterbildungseinrichtungen, überörtlich bedeutende Kulturangebote, Gerichte, Verwaltungen oder andere Dienstleistungskonzentrationen waren selten hier angesiedelt. In der Regel übten sie außerdem nicht die Funktion einer Kreisstadt aus, da sie zum Zeitpunkt der Kreiseinteilung im Jahr 1952 durch das Fehlen des Stadttitels dazu noch nicht in Frage gekommen waren, weshalb ein wichtiger Faktor für langfristige Entwicklungschancen fehlte.¹⁶⁸ Da die Neustädte durch die industrielle Förderung sehr schnell wuchsen, überflügelten sie häufig die Kreishauptstädte in ihrem Territorium. Sehr deutlich ist dies im Verhältnis von Ludwigsfelde zu seiner Kreisstadt Zossen, von Leinefelde zu Worbis¹⁶⁹ und Hennigsdorf zu Oranienburg festzustellen, was im kommunalpolitischen Alltag immer wieder Anlass für Konflikte bot.

Bausubstanz der Fabrikstädte

Durch die späte und häufig sehr schlagartig erfolgte Industrialisierung waren ältere Dorfanlagen oder andere vorindustrielle Siedlungsansätze unvermittelt mit industriellen Großstrukturen konfrontiert worden. In den neuen Kleinstädten wurden durch den forcierten massenhaf-

¹⁶⁷ Datengrundlage: vgl. BArch Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033: *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung 1981: Gemeindespiegel.*

¹⁶⁸ Ausnahmen stellen nur einige Orte dar, die schon in der Zwischenkriegszeit den Stadttitel erhalten hatten, wie z.B. Weißwasser.

¹⁶⁹ Vgl. *von Saldern: Alte und junge Stadt*, S. 356.

ten Arbeiterwohnungsbau mehrgeschossige Großwohnsiedlungen die baulich und sozial dominierende Baustruktur.

Zu den auffälligsten Charakteristika der kleinen Entwicklungsstädte zählt die starke Dominanz der Bausubstanz aus den Jahren 1949 bis 1990. Die Mehrzahl der kleinen industriellen Entwicklungsstädte erreichte Neubauanteile von bis zu 70 %.¹⁷⁰ Der Spitzenreiter war die Stadt Wolfen mit 84,5 %, dicht gefolgt von Ludwigsfelde mit 83,4 %. Die Unterschiede zu „reinen“ Neustädten wie Eisenhüttenstadt mit 93 %, Schwedt mit 96,1 % und Hoyerswerda mit 91,7 % sind eher graduell. Mit dem relativ geringen Alter der Gebäude zusammenhängend, sind im Durchschnitt gute bis sehr gute Wohnungsstandards in den neuen Industriekleinstädten festzustellen, was einen der herausragenden Unterschiede zu den altindustriellen Kleinstädten mit teils katastrophalen Wohnbedingungen darstellte.

Defizitäre Urbanisierung der neuen Kleinstädte

Trotz ihrer Benachteiligung gegenüber den mittleren und großen Industrie- und Bezirksstädten können die neuindustrialisierten Kleinstädte im Vergleich mit anderen Kleinstadttypen als Gewinner innerhalb des DDR-Städtesystems gelten. Die Errichtung von neuen Industriebetrieben schuf theoretisch attraktive Lebenschancen für die Einwohner, insbesondere in Bezug auf das Angebot von qualifizierten Arbeitsplätzen und modernem Wohnraum und die zumeist besseren Konsumgüterzuteilungen.

Gleichzeitig wurde die Bevölkerung mit beträchtlichen Problemlagen konfrontiert. Die kleinen reinen Industriestädte mussten bei Schwankungen der zentralen Prioritätensetzungen mit kurzfristigen Bevölkerungsverlusten rechnen, da sie abgesehen von der Bereitstellung von Wohnungen wenig Attraktivität und Identifikationsmöglichkeiten boten. Der besseren Wohnqualität stand ein ausgeprägter Mangel an urbaner Qualität gegenüber. Im Unterschied zu industriell überformten älteren Handels- und Gewerbestädten wurden diese neu entstandenen und schnell gewachsenen Industriestädte in besonderer Weise durch eine „defizitäre Urbanisierung“¹⁷¹ geprägt. Eine wirkliche Stadtwerdung und der Ausgleich der Ansprüche der Industrie und der Bevölkerung gelangen selten, insbesondere, wenn die Städte keinen alten „urbanen“ Kern besaßen. Als voraussetzungslos entstandene Industriestädte hatten sie ähnlich wie die neuen Industriestädte in früheren Phasen der Industrialisierung deutlich eingeschränktere Urbanisierungschancen im Vergleich zu älteren kernbestimmten Industriestädten.¹⁷²

¹⁷⁰ In aktuellen Untersuchungen werden diesen „DDR-Entwicklungsstädten“ erhebliche wohnungswirtschaftliche Probleme (Leerstand, Wegzug) attestiert und für sie erhebliche „Rückbaumaßnahmen“ vorgeschlagen. Vgl. *Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 2000, S. 22.*

¹⁷¹ Siehe oben: Das Konzept der „defizitären Urbanisierung“, S. 20.

¹⁷² Vergleiche hierzu auch die Arbeit von Magnus Dellwig, der in Anlehnung an Lutz Niethammer die Bildung von drei Siedlungstypen für die Städte des Ruhrgebietes vorschlägt. Bei der Einteilung sieht er die Art und Weise der Genese der jeweiligen Industriesiedlungen als grundlegend für die Typenbildung an. Dellwig unterscheidet in seiner Typologie der Ruhrgebietsstädte zwischen der Hellwegstadt als einer kernbestimmten, gewachsenen Industriestadt auf alter städtischer Grundlage, der voraussetzungslos entstandenen neuen In-

Vom umfassenden ideologischen Anspruch der sozialistischen Stadt, der den Industriestädten ursprünglich eigen sein sollte, blieben in diesen reinen Fabrikstädten in baulicher Hinsicht nur Fragmente. Einige Fabrikstädte ähnelten eher Industriedörfern oder Arbeiterwohnsiedlungen und bildeten zuweilen nur ein Nebeneinander isolierter Neubaugebiete beim strukturbestimmenden Großbetrieb. Die meisten neuen Kleinstädte waren trotz des ihnen verliehenen Stadttitels nach ihrem Siedlungsbild nicht als „Städte“ zu charakterisieren. Den „juristischen“ Kleinstädten fehlten weitgehend die physiognomischen Merkmale einer Stadt.¹⁷³



5. Abb.: Lauchhammer, Mitte der 1960er Jahre. Das Zentrum der weitläufigen Industriestadt (Stadttitel 1953) wird vor allem von Bauten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt.

Besonders augenfälliges Symbol der defizitären Urbanisierung der kleinen Industriestädte war die fragmentarische Ausgestaltung des Stadtzentrums.¹⁷⁴ Dies ist zunächst verwunderlich: Wie bereits ausgeführt, nahm in der Programmatik des DDR-Städtebaus die repräsentative Ausgestaltung des Zentrums der Städte, symbolisch und baulich betont durch die Anordnung der zentralen Einrichtungen gesellschaftlicher Kommunikation, eine herausragende Rolle in der gesamten Stadtentwicklung ein.¹⁷⁵ In den kleinen „Fabrikstädten“ mussten sich Partei und Staat jedoch nicht in dem Maße nach innen und außen repräsentieren, wie dies in der Hauptstadt oder den industriellen Prestigevorhaben, z.B. Eisenhüttenstadt oder Halle/Neustadt¹⁷⁶, notwendig war. Utopien von der neuen „sozialistischen Stadt“ standen nicht

dustriestadt und dem mit nur rudimentären urbanen Qualitäten ausgestatteten Industriedorf. Vgl. *Dellwig*: Kommunale Wirtschaftspolitik, S. 42.

¹⁷³ Für die mitteldeutschen Kleinstädte vgl. *Schramm*: Struktur und Entwicklungsprobleme, S. 140.

¹⁷⁴ Vgl. *Carsten Benke*: Das Stadtzentrum als unerfüllter Wunsch: Defizite und lokale Spielräume bei der Gestaltung öffentlicher Räume in kleinen Industriestädten der DDR, in: *Christoph Bernhard/Gerhard Fehl/Gerd Kuhn/Ursula von Petz (Hg.)*: Geschichte der Planung des öffentlichen Raums (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 122), Dortmund 2005, S. 165–181.

¹⁷⁵ Vgl. *Flierl*: Stadtgestaltung, S. 59. Siehe auch 2.2.2 Stadtplanung und Städtebau in der DDR-Industriestadt, S. 50.

¹⁷⁶ Selbst die großen Neubaustädte waren allerdings trotz der insgesamt privilegierten Versorgung mit der unvollendeten Ausgestaltung ihrer Zentren konfrontiert, denen „der Reiz attraktiver Funktionsmischung, die

im Vordergrund der baupolitischen Praxis. Sicherzustellen waren in diesen reinen Industriestädten in erster Linie die Grundlagen der Industrieproduktion durch forcierten Wohnungsbau für die Werktätigen und den damit verbundenen technischen und sozialen Infrastrukturen. „Die Siedlungsstruktur mußte [in den kleinen Industriestädten] die Voraussetzungen für die Entwicklung von Großbetrieben und Kombinat der Industrie schaffen und nicht umgekehrt.“¹⁷⁷ Mittel für zentralörtliche Ausstattung der Städte wurden deshalb nur in begrenztem Umfang bereitgestellt, weswegen „die öffentliche Welt zwischen Wohnungstür und Betriebstür“¹⁷⁸ unzureichend ausgestattet blieb.



6. Abb.: Zentrum von Hennigsdorf um 1975

Bereits in den ersten Jahren der DDR wurden auch für kleinstädtische Entwicklungsschwerpunkte zunächst umfangreiche Zentrumsplanungen erstellt, selbst für sehr kleine Industriesiedlungen, die später nie den formellen Status einer Stadt erhielten.¹⁷⁹ Der Wechsel des architektonischen Leitbilds, der in der DDR schlagartig nach 1955 einsetzte, wirkte sich jedoch auf die Bebauung der zentralen Bezirke in den Klein- und Mittelstädten negativ aus. Die krisenhafte Entwicklung der 1950er Jahre und mangelnde Ressourcen führten zumeist zur Streichung der teils sehr ambitionierten Zentrumskonzeptionen.¹⁸⁰

In der nur wenige Kilometer östlich von Ludwigsfelde gelegenen Industriegemeinde Wildau, die nie zur Stadt erklärt wurde, war 1951 noch ein großer Zentraler Platz konzipiert worden, der mit einem Kulturhaus, einem Rathaus, einem Haus der Massenorganisationen und Parteien sowie einer „Geschäfts- und Feststraße“ monumental ausgestaltet werden sollte.¹⁸¹

Spannung von Intimität und Weltoffenheit in Architektur und Gesellschaft [fehlte]“ Schöllner: neue Städte, S. 300–301.

¹⁷⁷ Neumann: Urbanität, S. 56.

¹⁷⁸ Werner: Raumordnungspolitik, S. 333.

¹⁷⁹ Vgl. für Wildau: BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 1632, Abt. Aufbau Stadt und Dorfplanung, Erläuterungsbericht zur Ortsplanung Wildau, 30.11.1951, S. 1–3.

¹⁸⁰ „War man im Aufbauministerium bemüht, wenigstens für die Großstädte kontinuierliche Entwicklungslinien aufzuzeigen, so gerieten die kleineren Städte vielfach in Vergessenheit.“ Düwel: Baukunst voran, S. 217.

¹⁸¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 1632, Abt. Aufbau Stadt und Dorfplanung 1952–1954, Abt. II/1 Städtebau, Erläuterungsbericht zur Ortsplanung Wildau,

Dieses Zentrumsprogramm wurde in Wildau ebenso wenig abgeschlossen wie in Saßnitz, das als „Stadt der Fischindustrie“ 1957 den Stadttitel erhalten hatte.¹⁸² Aufwendige Planungen gab es auch für die Stadtmitte von Hennigsdorf.¹⁸³ Hier wurden schließlich nur drei Wohnhochhäuser realisiert, während der eigentliche Zentrumsbereich als Grünfläche freigehalten wurde.¹⁸⁴ Auch der in den 1960er und 1970er Jahren in der DDR wieder in Angriff genommene Aufbau der Stadtzentren kam den kleineren Städten nur in Ausnahmefällen zugute. Von der propagierten „städtischen“ Ausstattung blieben nur Rudimente. Rathäuser fehlten zumeist ebenso wie gestaltete öffentliche Räume. Neue Industriestädte der DDR verharrten so über Jahrzehnte als „unfertige“ Städte.

¹⁸² Bereits Anfang der 1950er Jahre war auch hier eine monumentale Platzanlage mit Rathaus, einem Verwaltungsgebäude der Parteien und einem Kulturhaus konzipiert worden. Vgl. *Düwel*: Baukunst voran, S. 207. Realisiert wurde schließlich nur das „Haus der Fischindustrie“. Der „Zentrale Platz“ blieb bis zum Ende der DDR ein Torso. Vgl. ebd., S. 217.

¹⁸³ Hier sollte Anfang der 1950er Jahre ein Zentraler Platz am Bahnhof mit Rathaus, Kulturhaus und einem Haus der Parteien und Massenorganisationen entstehen. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 1632, Abt. Aufbau Stadt und Dorfplanung, Stadtplanung 1951–1954, Ministerium für Aufbau, HA I/1 Städtebau, Berlin den 1.04.1952 an Landesregierung Brandenburg, Betr. Stadtplanung Hennigsdorf, S. 7.

¹⁸⁴ Vgl. *Neumann*: Urbanität, S. 50.

3 STADTENTWICKLUNG UND INDUSTRIEGESCHICHTE LUDWIGSFELDES

Die baulich-funktionale Stadtentwicklung von Ludwigsfelde steht im Sinne der ersten Leitperspektive der Untersuchung im Zentrum der folgenden Ausführungen. Dabei werden auch für die Stadtentwicklung wesentliche Aspekte der Wirtschafts- und Industriegeschichte in der Stadt und prägende politische Rahmenbedingungen dargestellt. Einen zentralen Bezugspunkt der Analyse bildet die Gegenüberstellung von Anspruch und Wirklichkeit sozialistischer Industriestadtplanung in den einzelnen Phasen der Ludwigsfelder Entwicklungsgeschichte, wobei der Schwerpunkt auf den Entwicklungsprozessen nach 1960 liegt. Auf der Ebene der lokalen Umsetzungsprozesse in Ludwigsfelde werden besonders die Modifikationen und Brüche zentraler Leitbilder und Zielbestimmungen vertiefend behandelt, da an deren Beispiel die Defizite, das örtliche Selbstverständnis und die lokalen Eigenlogiken in besonderer Weise reflektiert werden können.

3.1 Vorgeschichte bis 1945

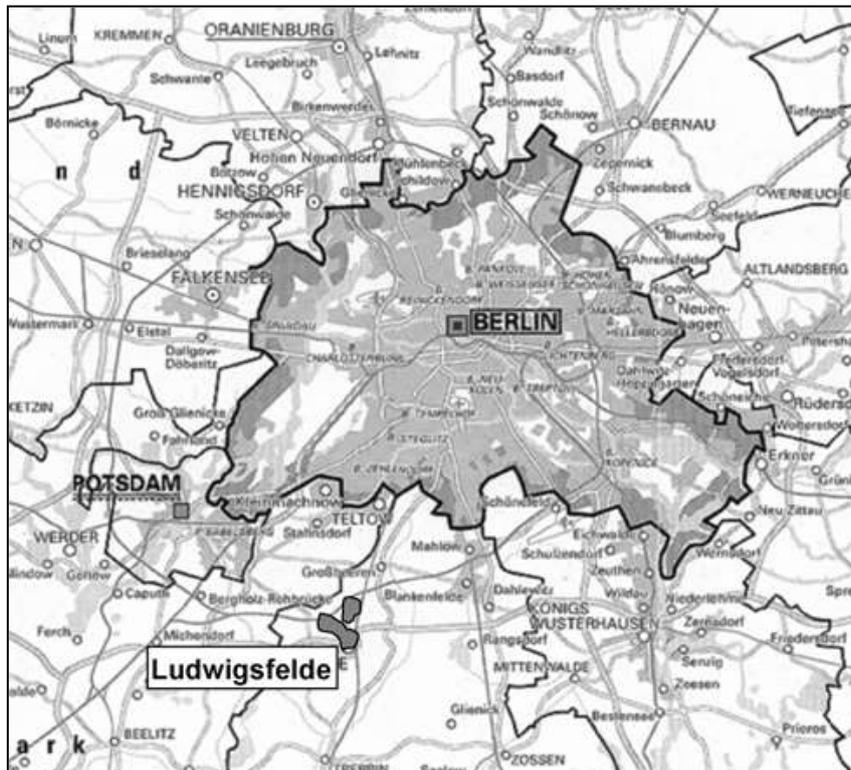
3.1.1 Die Lage von Ludwigsfelde im Berliner Raum

Die industrielle Entwicklung von Brandenburg wurde in entscheidender Weise durch die von Berlin ausgehende Dynamik geprägt. Um die Hauptstadt Preußens und Deutschlands konzentrierten sich seit dem späten 19. Jahrhundert die brandenburgischen Industriestandorte. Verstärkt wurde die industrielle Prägung Brandenburgs durch die Randwanderung der Berliner Betriebe seit dem späten 19. Jahrhundert. In mehreren Wellen verlagerten sich viele Berliner Betriebe auf der Suche nach günstigen Erweiterungsflächen zunächst in das Gebiet innerhalb der Ringbahn und in einer neuen, bis ins 20. Jahrhundert dauernden Randwanderung immer weiter in die Umgebung der Kernstadt.¹ Durch diese Verlagerungen entstanden neue Standorte, zunächst in Siemensstadt, Borsigwalde und Oberschöneeweide (AEG), dann auch außerhalb der späteren Stadtgrenzen in Hennigsdorf (AEG), Wildau (Schwarzkopf) und Babelsberg (Orenstein & Koppel). Auch bestehende Kleinstädte am Rande Berlins entwickelten sich durch Ansiedlungen von Berliner Firmen zu ausgeprägten Industrievororten, wie z.B. Teltow und Oranienburg. Spezialisierte Produktionen, z.B. des Metallbereiches, verlagerten ihren Standort auch noch in den 1920er Jahren von Berlin aus in weiter entfernte brandenburgische Städte wie Luckenwalde, Finsterwalde, Eberswalde, Oranienburg und Brandenburg/Havel.²

¹ Vgl. zur Herausbildung der Berliner Industriesiedlung: *Ingo Materna*: Die Mark als Industriestandort im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Liselott Enders/Klaus Neitmann (Hg.)*: Brandenburgische Landesgeschichte heute, Potsdam 1999 (Brandenburgische historische Studien Bd. 4), S. 91–101, hier S. 94; *Pfannschmidt*: Industriesiedlung; *Felix Escher*: Berlin und sein Umland, Berlin 1985, vor allem S. 255–264, S. 308–311, S. 321–326; *Carsten Benke/Peter Neumann*: Entwicklung und Perspektiven kleinerer und mittlerer Industriestädte in Brandenburg, in: *Carola Bischoff/Christian Krajewski (Hg.)*: Beiträge zur geographischen Stadt- und Regionalforschung. Festschrift für Heinz Heineberg (Münstersche Geographische Arbeiten, Bd. 46), Münster 2003, S. 181–192.

² Vgl. zur weiteren industriellen Randwanderung: *Elfriede Wiebel*: Die Städte am Rande Berlins, Remagen 1954 (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 65), S. 62; *Martin Pfannschmidt*: Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, Stuttgart/Berlin 1937, S. 31.

Die südlich von Berlin gelegene Region um Ludwigsfelde war zunächst keine industrielle Vorranglage innerhalb dieses Ballungsraums. Als einzige Industriestadt dieses Gebietes hatte sich bis zum Ersten Weltkrieg Teltow profilieren können. Industrielle Ballungen bildeten sich mit Königs Wusterhausen und Wildau im südöstlichen Ballungsraum heraus; am Rand des südwestlich gelegenen Potsdams bestand außerdem mit Babelsberg und Stahnsdorf eine weitere industrielle Konzentration.



7. Abb.: Lage von Ludwigsfelde

Einen großen Industrialisierungsschub erfuhr der brandenburgische Raum durch die forcierte Ausweitung der Rüstungsindustrie in den 1930er Jahren in diesem vermeintlich luftkriegssicheren Gebiet.³ Nach 1949 knüpfte die DDR trotz umfangreicher Kriegszerstörungen und nachfolgender Demontagen durch Wiederaufbau, Neuansiedlung oder Neuprofilierung der Standorte an die industrielle Tradition an.⁴ Die DDR förderte im Brandenburger Gebiet insbesondere die industrielle Entwicklung der Lausitz und des Berliner Umlandes. In den Umlandkreisen wurden im Zuge dezentraler Standortpolitik vielfach Zweigbetriebe Ost-Berliner Kombinate angesiedelt, wodurch „sich in den Umlandkreisen die Abhängigkeit von Berlin in der Branchen- und Raumstruktur“⁵ fortsetzte. In den Umlandkreisen Berlins steigerte sich

³ Vgl. *Detlef Kotsch*: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung: Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin 2001, S. 297; *Materna*: Industriestandort, S. 101.

⁴ Vgl. zur brandenburgischen Industriestruktur und Entwicklung seit 1952: *Kotsch*: Land Brandenburg, S. 297–310.

⁵ *Bärbel Leupold*: Berlin und Berliner Umland, in: *Elmar Kulke (Hg.)*: Wirtschaftsgeographie Deutschlands, Gotha 1998, S. 345–379, hier S. 361.

noch bis in die 1980er Jahre der Anteil der Industriebeschäftigten, während dieser Anteil in Berlin bereits zurückging.⁶

Die Absperrung West-Berlins ab 1961 führte dauerhaft nicht zur Aufwertung der benachbarten Zentren im Bezirk Potsdam. Durch die Teilung des Ballungsraums kam es vielmehr zum endgültigen Abriss vieler gewachsener Verflechtungen. Nur einzelne brandenburgische Randorte wuchsen weiterhin, insbesondere dort, wo in Anlehnung an Industriestandorte der Vorkriegs- und Kriegszeit neue Schwerpunkte der Produktion entstanden waren, wie in Teltow, Ludwigsfelde und Königs Wusterhausen im Süden sowie in Hennigsdorf und Oranienburg im Nordwesten.⁷ Die DDR förderte die industrielle Entwicklung in diesen Städten des Berliner Raums, investierte aber wenig in die zentralörtliche Ausstattung der kleinen Industriestädte.⁸ „Dem überragenden baulichen und wirtschaftlichen Wachstum von Ost-Berlin und Potsdam standen die wechselhafte Entwicklung einiger weniger Industriestädte und die Stagnation aller übrigen Siedlungen gegenüber.“⁹

Insgesamt lag Ludwigsfelde durch seine Berlinnähe jedoch in einem privilegierten Raum, wodurch sich erhebliche Ressourcen für die Stadtentwicklung mobilisieren ließen. Während Regionen wie Vorpommern und der Raum Leipzig-Halle starke Benachteiligungen erlebten, erfuhr der Berliner Raum, ähnlich wie der Thüringer Raum und das Gebiet um Rostock bis in die 1980er Jahre hinein umfangreiche Förderungen.¹⁰

3.1.2 Ludwigsfelde als Spinnerkolonie und Landgemeinde

Im Bereich der heutigen Stadt Ludwigsfelde wurde erstmals im Jahr 1375 eine Siedlung mit dem Namen Damstrop erwähnt, die jedoch nur kurze Zeit bestand.¹¹ 1750 bis 1753 erfolgte im Rahmen des friderizianischen Landesausbaus auf der wüsten Feldmark die Anlage zweier direkt benachbarter Kolonien durch den Gutsbesitzer Ludwig von der Gröben unter den Namen Damsdorf und Ludwigsfelde. Die Weber- und Spinnersiedlungen wurden kein wirtschaftlicher Erfolg und stagnierte lange bei einer Einwohnerzahl von weniger als Hundert.¹² Erst das 19. Jahrhundert brachte neue Entwicklungsimpulse. Mit der Anlage der wichtigen Anhalter Bahn wurde Ludwigsfelde erstmals 1841 vom Eisenbahnnetz tangiert, einen einfachen Haltepunkt erhielt der Ort 1843.¹³ Ein regulärer Bahnhof wurde erst im Jahre 1886 er-

⁶ Vgl. *Alfred Zimm (Hg.): Berlin und sein Umland. Eine geographische Monographie*, Gotha 1990, 3. Aufl., S. 316.

⁷ Vgl. *Schöller: neue Städte*, S. 305. Als Industriestandorte mit großer Dynamik können im Berliner Raum während der DDR neben Ludwigsfelde vor allem Hennigsdorf, Velten, Teltow, Stahnsdorf und Wildau gelten. Vgl. *Gabriele Saupe: Die Rolle der Wanderung beim Konzentrationsprozess der Bevölkerung. Dargestellt an der kleinräumigen Wanderung im Bezirk Potsdam*, in: *Richter (Hg.): Siedlungsstruktur*, S. 185–194, hier S. 186.

⁸ Vgl. *Frank Werner: Ballungsraum Berlin. Raumstrukturen und Raumvorstellungen*, Berlin 1990 (Schriftenreihe Beiträge und Materialien zur Regionalen Geographie Heft 4), S. 84.

⁹ Ebd., S. 75.

¹⁰ Vgl. zu räumlichen Disparitäten: *Grundmann: Räumliche Disparitäten*, S. 159–202.

¹¹ Vgl. *Gerhard Birk: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Ludwigsfelde von der Entstehung bis zur sozialistischen Gegenwart*, Teil 1, Ludwigsfelde 1986, S. 9–10.

¹² Ebd. S. 14–15. Letztes erhaltenes bauliches Zeugnis dieser Jahre ist das an der Handelsstraße Berlin-Jüterbog errichtete Wirtshaus, das heute als „Alter Krug“ bezeichnet wird.

¹³ Ebd. S. 25.

richtet. Der wirtschaftliche Einfluss dieser überregional sehr bedeutenden Eisenbahnanbindung blieb aber gering, zur Ansiedlung von Industrie kam es trotz der gegebenen Lagevorteile nicht. Der Bahnhof wurde vor allem zum Umschlag landwirtschaftlicher Produkte der umliegenden großen Güter genutzt. Bis 1910 vergrößerte sich Ludwigsfelde lediglich auf etwa 200 Einwohner, die ihren Lebensunterhalt vorwiegend als Gutsarbeiter oder Angestellte von Post und Eisenbahn bestritten. Im Jahre 1928 erfolgte schließlich im Rahmen der Auflösung der Gutsbezirke in Preußen die Vereinigung von Damsdorf und Ludwigsfelde unter dem Namen Damsdorf.¹⁴ Auf Drängen der Ortsansässigen wurde jedoch durch Beschluss des Staatsministeriums vom 22. Februar 1929 der Ortsname in Ludwigsfelde geändert.¹⁵

Seit 1900 geriet der Raum Ludwigsfelde durch seine mittlerweile ausgeprägte Verkehrsgunst zunehmend in den engeren Einflussbereich der wachsenden Metropole Berlin und wurde auch Ziel von erholungssuchenden Hauptstädtern. Nach 1920 wurden verstärkt ausgedehnte Flächen weit abseits der historischen Ortslage Ludwigsfeldes parzelliert, um die wachsende Nachfrage nach günstigen Wochenend- und Siedlungshäusern im Umland von Berlin zu befriedigen.¹⁶

Die Ludwigsfelder Region entwickelte sich nicht zu einer Gunstlage für privilegiertes Wohnen und die Bebauung mit Villen und Landhäusern wie das benachbarte Kleinmachnow,¹⁷ da naturräumliche Attraktionen in diesem Gebiet weitgehend fehlten. Die Käufer der Ludwigsfelder Wald- und Heideparzellen stammten überwiegend aus den südlichen Berliner Bezirken¹⁸ und errichteten eher einfache Wochenend- und Einfamilienhäuser.¹⁹ Viele Parzellen wurden in den ersten Jahren nur in geringem Umfang bebaut oder lediglich gärtnerisch genutzt. Die Entwicklung dieses Gebietes ist im Zusammenhang mit den zahlreichen einfachen Eigenheimkolonien und „wildem Siedlungen“ zu sehen, die im weiteren Einzugsbereich Berlins entlang der Bahnstrecken, vor allem an den Endpunkten des Vorortverkehrs, in der Zwischenkriegszeit entstanden.²⁰ Die Bewohnerschaft dieser privaten Stadtrand-siedlungen spiegelte „die Breite der Gesellschaft wider“; überwiegend siedelte sich jedoch unterer Mittelstand und Arbeiterschaft an.²¹ Die Ludwigsfelder Ortsgeschichtsschreibung der 1980er Jahre charakterisierte diese Bereiche in der Ortslage hingegen als „Armeleutenviertel“.²²

¹⁴ Vgl. *Werner Stolzenburg*: Vom Dorf zur sozialistischen Wohnstadt, in: Heimatkalender für den Kreis Zossen, S. 103–107, hier S. 104.

¹⁵ *Birk*: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 1, S. 41.

¹⁶ Vgl. Kadatz: Ludwigsfelde, S. 8–10.

¹⁷ In Kleinmachnow setzte sich die von Berlin in Südwestrichtung verlaufende Etablierung von privilegierten Wohnlagen fort. Vgl. *Nicola Bröcker/Celina Kress*: Südwestlich siedeln. Kleinmachnow bei Berlin. Von der Villenkolonie zur Bürgerhaussiedlung, Berlin 2004, vor allem S. 18–19.

¹⁸ Noch im Jahr 1979 stammten viele Alteigentümer von Eigenheimparzellen aus West-Berliner, insbesondere aus den Bezirken Neukölln, Steglitz und Wilmersdorf: Vgl. StadtAL Nr. 171001 020, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 5.7.1979, S. 1.

¹⁹ Vgl. KreisATF VI 7555 Kreisplankommission, Standortunterlagen, 1968, Erläuterungsbericht zur Stadtplanung Ludwigsfelde I. Arbeitsstufe, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung [Original des Textes von 1958], S. 7.

²⁰ Vgl. *Gerd Kuhn*: Suburbanisierung – Planmäßige Dezentralisierung und „wildes“ Siedeln, in: *Harlander (Hg.)*: Villa und Eigenheim, S. 164–173, insbesondere S. 167–168; *Escher*: Umland, S. 332–333.

²¹ Vgl. *Kuhn*: Suburbanisierung, S. 168.

²² „*Gerhard Birk*: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Von den Anfängen bis zur sozialistischen Gegenwart, Teil II, Ludwigsfelde 1987, S. 62.

Die Parzellierung auf der Ludwigsfelder Gemarkung setzte sich zunehmend systematisch bis in die 1930er Jahre fort, indem im Norden der Ortslage mehrere Baublöcke für Einfamilienhausgrundstücke angelegt wurden.²³ Das Wachstum des Ortes blieb mit 584 Einwohnern bis 1933 jedoch im Vergleich mit anderen verkehrlich gut angeschlossenen Vororten des Berliner Umlandes sehr begrenzt. Am Ende der 1920er Jahre war das noch große Baulandreserven aufweisende Gebiet von Ludwigsfelde erstmals Gegenstand der Planung einer Großwohnsiedlung. Dieses Projekt für eine „Genossenschaftsstadt für 20.000 Einwohner“, das im Auftrag der „Großsiedlung e. V.“ vom Architekten Walter Gropius erarbeitet wurde und der Wohnraumversorgung Großberlins dienen sollte, hätte weite Teile des heutigen Gemeindegebietes umfasst. Gropius' Entwurf sah eine strenge Zeilenstruktur vor, die insbesondere die industrielle Fertigung der Wohnungen erleichtern sollte. Die Auftraggeber zeigten sich jedoch mit diesem radikal modernen Entwurf nicht einverstanden und beauftragten den Architekten Lörcher mit einem neuen Projekt.²⁴ Der erstmalige Versuch, Ludwigsfelde durch den Bau einer Wohnsiedlung direkt in den Entwicklungsprozess der Großstadt Berlin einzubeziehen, scheiterte schließlich angesichts der sich Anfang der 1930er Jahre abzeichnenden Weltwirtschaftskrise.

3.1.3 Begründung des Industrieortes in den 1930er Jahren

Ab 1933 schufen die Wachstumsplanungen für Berlin und insbesondere die forcierte Aufrüstungspolitik des Nationalsozialismus völlig neue Voraussetzungen für die Entwicklung Ludwigsfeldes. In den Konzeptionen der Generalbauinspektion für die Reichshauptstadt Berlin unter Albert Speer wurden der Bereich der Gemeinde Ludwigsfelde und das Gelände des späteren Motorenwerkes in die vorgesehene neue Stadtfläche von „Germania“ einbezogen. Konkrete städtebauliche Planungen erfolgten in diesem Bereich jedoch nicht.²⁵ Ein langfristig prägender Faktor für die weitere Entwicklung von Ludwigsfelde sollte jedoch die durch das Gemeindegebiet verlaufende Trasse des um ganz Berlin verlaufenden Autobahnringes werden.

Als wichtigster Einschnitt in der Ludwigsfelder Geschichte und als die eigentliche Begründung des Industrieortes kann die Entscheidung zum Bau eines Flugzeugmotorenwerkes in der Genshagener Heide nördlich von Ludwigsfelde gelten. Bereits seit Ende 1933 hatten zwischen dem Daimler-Benz-Konzern und dem Reichsluftfahrtministerium unter Hermann Göring im Rahmen der Planung zum Aufbau der Luftwaffe Gespräche über eine mögliche

²³ Dabei handelte es sich um Gebiete unmittelbar angrenzend an die spätere Autobahn (sogenannte Blocks I und II) und den weit nach Norden reichenden Block III, der aufgrund der Straßennamen später als Flussviertel bezeichnet wurde. Vgl. *Kadatz: Ludwigsfelde*, S. 11.

²⁴ Vgl. *Karin Wilhelm: Walter Gropius*, in: *Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schäche (Hg.): Baumeister Architekten Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins*, Berlin 1987, S. 427–452, hier S. 444–447.

²⁵ Vgl. „Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt. Nach den Planungen des Generalbauinspektors Albert Speer“, in: *Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus*, Bd. 2: 1862–1945, München 1984, hintere Umschlagseite. Das Gebiet Ludwigsfeldes lag allerdings außerhalb des Interessengebietsplans der GBI. Vgl. *auch Hans J. Reichhardt/Wolfgang Schäche: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der „Reichshauptstadt“ durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*, Berlin 2001, S. 66.

Ansiedlung stattgefunden.²⁶ Die Standortentscheidung für Ludwigsfelde begründete sich vor allem durch den billigen Baugrund für Werk und Wohnsiedlungen, die gute Verkehrsanbindung und die günstigen Tarnmöglichkeiten, die das Waldgebiet der Genshagener Heide im Norden von Ludwigsfelde bot.²⁷ Bahn- und Straßenverbindungen nach Berlin existierten bereits, die Autobahn des Berliner Rings war im Bau, außerdem befand sich das als Kooperationspartner wichtige Daimler-Benz-Werk in Berlin-Marienfelde in räumlicher Nähe.²⁸ Das neue für die Aufrüstungsanstrengungen des NS-Regimes sehr bedeutsame Flugzeugmotorenwerk sollte aus militärischen Gründen außerdem in der „Mitte Deutschlands“ errichtet werden, da diese Gebiete Anfang der 1930er Jahre als luftkriegssicher galten.²⁹

Die endgültige Entscheidung für die Errichtung eines Werkes zur Produktion von Motoren für Kampfflugzeuge fiel schließlich im Zuge des verstärkten Aufbaues einer neuen Luftwaffe im Jahre 1935 durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Reichsluftfahrtministerium und der Daimler-Benz-AG. Am 24. Januar 1936 wurde zum Zweck von Bau und Betrieb des Werkes die „Daimler-Benz-Motoren GmbH Genshagen“ gegründet. Ein wesentlicher Teil der Investitionen für das Rüstungswerk wurde jedoch aus Mitteln des Ministeriums erbracht.³⁰

Die bauliche Entwicklung von Werk und Ort verlief unter diesen Bedingungen in hoher Geschwindigkeit. Auf dem 375 Hektar großen Gelände nördlich der alten Ortslage Ludwigsfeldes konnte bereits einen Monat nach der offiziellen Betriebsgründung mit dem Bau des Werkes begonnen werden. Seit 1936 entstanden auf dem neuen Werksgelände insgesamt zehn Produktionshallen. Das Gebiet der Flugzeugfabrik umfasste eine noch weitaus größere Fläche als das spätere Industriewerk während der DDR und reichte im Süden bis nahe an die neue Autobahn heran. Während der ersten Aufbauphase umfasste die Stammebelegschaft im Mai 1936 erst 180 Personen. Im Juni 1937 stieg sie auf 5.600 an, bis 1939 waren 7.000 bis 8.000 Arbeitskräfte im Werk beschäftigt. Im selben Jahr erreichte die Einwohnerzahl des Ortes bereits 3.259, der sich damit innerhalb von wenigen Jahren um fast das Zehnfache vergrößert hatte.³¹ Ein großer Teil der Stammebelegschaft wurde aus anderen Betrieben des Daimler-Konzerns, so zum Beispiel aus Stuttgart-Untertürkheim, Gaggenau, Berlin-Marienfelde und Mannheim nach Ludwigsfelde delegiert. Ihre Unterbringung erfolgte in der ersten Zeit vorrangig in den Berliner Stadtteilen Lichterfelde-Ost, Lankwitz und Südende. Zum Transport der Beschäftigten ins Genshagener Werk wurden spezielle Werkszüge ein-

²⁶ Zum Aufbau des Werkes vgl. *Neil Gregor*: Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich, Berlin 1997, S. 95–105.

²⁷ Vgl. *Birk*: düsteres Kapitel, S. 6.

²⁸ Das Marienfelder Werk war auch in den 1930er Jahren auf Rüstungsproduktion spezialisiert. *Gregor*: Stern, S. 89–95.

²⁹ Vgl. *Ger mann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 9. Das Ludwigsfelder Werk ist im Zusammenhang mit zahlreichen weiteren rüstungsindustriell bedingten Ansiedlungen im brandenburgischen Raum der 1930er und 1940er Jahre zu sehen. Vgl. *Karl-Heinz Hütter*: Der Siedlungsbau im Land Brandenburg vom Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Historische Studie und Dokumentation, Potsdam 1995, S. 36.

³⁰ Vgl. *Birk*: düsteres Kapitel, S. 6.

³¹ Vgl. *Dietrich Eichholz*: Rüstungswirtschaft und Arbeiterleben am Vorabend der Katastrophe (1943/44), in: *ders.* (Hg.): Brandenburg in der NS-Zeit, Berlin 1993, S. 62–112, hier S. 88.

gesetzt.³² Unter den Arbeitern gab es angesichts dieser Belastungen und der unzureichenden Wohn- und Arbeitsbedingungen eine große Fluktuation.³³ Dennoch wurde die Produktion am Ludwigsfelder Standort aus Sicht der NS-Rüstungspolitik ein Erfolg. Am 1. Mai 1939 erfolgte die Verleihung der Bezeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ an das Genshagener Werk.³⁴

Hauptprodukte des Werkes waren bis Kriegsende die Motoren für die Militärflugzeuge ME 109 und ME 110 Jäger und He 111 Bomber, später auch für die Focke-Wulf-Jäger. Im Mai 1941 wurde bereits unter Kriegsbedingungen eine erhebliche Erweiterung der Produktion durchgeführt.³⁵ Seit Kriegsbeginn wurden unter schwersten Arbeitsbedingungen zunehmend Zwangsarbeiter für die kriegswichtige Produktion eingesetzt. Im ersten Halbjahr 1944 waren schließlich über 15.000 Menschen im Werk beschäftigt, wovon 62,5 % ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge waren. Mehrere Barackenlager entstanden in Ludwigsfelde nördlich und südlich der Autobahn und in umliegenden Orten zur Unterbringung der „Fremdarbeiter“, Kriegsgefangenen, KZ-Insassen und Angehörige eines SS-Strafbataillons³⁶ und verwandelten den Ort in eine riesige Rüstungsproduktionsstätte unter Lagerbedingungen. Unter den deutschen Arbeitern des Werkes bildete sich während der Kriegszeit eine kommunistische Widerstandsgruppe, die jedoch bis 1943 zerschlagen wurde. Die meisten Mitglieder wurden hingerichtet. In der DDR wurde diese Gruppe in Ludwigsfelde vielfach geehrt und als eine der wenigen Identifikationspunkte im „düsteren Kapitel“ der Ludwigsfelder Gründungsjahre hervorgehoben. Das Kulturhaus des Ortes erhielt in den 1950er Jahren den Namen des 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Arthur Ladwig.

Der Bau des Rüstungswerkes begründete Ludwigsfeldes Tradition als Industrieort, die es in weiten Teilen bis heute bewahrt hat. Seit dieser Ansiedlung wurde der Wohnungs- und Städtebau in Ludwigsfelde stets dominant von den Interessen der ansässigen Industrie bestimmt. Ursprünglich gab es auch Pläne, die Siedlung für die Arbeitskräfte des Werkes bei Siethen (westlich Ludwigsfeldes) oder auf der Ahrensdorfer Flur (nördlich) zu errichten. Bald konzentrierte sich die Planung jedoch auf das nahe dem Betriebsgelände befindliche verkehrsgünstig gelegene und ausbaufähige Areal von Ludwigsfelde, nordwestlich der alten Ortslage. Im Rahmen des Werkwohnungsbaus wurden bis 1944 südlich des damals im Entstehen begriffenen Autobahnringes in mehreren Etappen Wohnungen in Eigenheimen und kleineren Mietshäusern erbaut. Die städtebaulichen Planungen stammten von Karl Kohlbecker, dessen Familie ein schon lange mit Daimler verbundenes Architekturbüro in Gaggenau – auch Ort eines großen Daimlerwerkes – führte.³⁷ Karl Kohlbecker besaß durch seine Beteiligung an

³² Vgl. *Birk*: düsteres Kapitel, S. 7; KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand im Jahre 1957, S. 2.

³³ Vgl. *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 90.

³⁴ Vgl. zur Entwicklung des Betriebes während der Kriegszeit: *Gregor*: Stern, S. 162–189.

³⁵ Vgl. *Ger mann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 15; *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 88.

³⁶ Vgl. *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 89; *Birk*: düsteres Kapitel, S. 18–19.

³⁷ Die enge Bindung dieses Büros mit dem Daimlerkonzern besteht bis heute fort. Das heute in dritter Generation in Gaggenau ansässige Architekturbüro, Leitung Christoph Kohlbecker, war auch an der Planung und Durchführung der Bauten am Potsdamer Platz in Berlin für Daimler-Chrysler beteiligt. Matthias Kohlbecker, Enkel des Architekten Karl Kohlbecker entwarf zudem die Werkshallen für den neuen Nutzkraftwagen

den Planungen für die Stadt des KdF-Wagens (Wolfsburg)³⁸ für den Aufbau von Werkssiedlungen für neue Industriebetriebe im Nationalsozialismus bereits einschlägige Erfahrungen.

Im Vergleich mit den beiden „großen“ Industriestadtneugründungen der NS-Zeit – Wolfsburg und Salzgitter – trat bei Ludwigsfelde wie bei den meisten anderen kleineren Industrieorten der NS-Zeit der städtische Charakter sowohl städtebaulich wie strukturell deutlich hinter das Konzept einer reinen Werkssiedlung zurück.³⁹ Die perspektivischen Planungen des Büros Kohlbecker zum weiteren Ausbau Ludwigsfeldes wiesen mit einem höheren Anteil von Geschosswohnungen und einem konzipierten Ortszentrum schon einen deutlich „städtischeren“ Charakter als die ersten Siedlungsabschnitte auf.⁴⁰ Der Wunsch, Ludwigsfelde zu einer Stadt zu entwickeln, lässt sich aber nicht nachweisen. Ludwigsfelde blieb bis zum Ende des Krieges eine reine Werkssiedlung. Die gesamte Stadtentwicklung und das Alltagsleben wurden von der Werksleitung, dem Luftgaukommando und weiteren staatlichen Dienststellen reguliert und an den industriellen Anforderungen orientiert. In der Gemeindeverwaltung besaßen die Direktoren von Daimler bestimmenden Einfluss.⁴¹

Die Werkswohnungen wurden im Auftrag von Daimler entsprechend dem Bebauungsplan des Büros Kohlbecker⁴² durch die „Kurmärkische Kleinsiedlungs GmbH“ errichtet.⁴³ Die Gesellschaft war auch für die Verwaltung der Wohnungen zuständig, während der Daimlerkonzern für die Verteilung an die Werksangehörigen sorgte. Für 436 Familien des Stammpersonals wurde zunächst westlich der Potsdamer Straße eine Einfamilienhaussiedlung erbaut. Für Angestellte und Führungskräfte des Werkes entstanden im Jahr 1937 Doppelhäuser und komfortablere Einfamilienhäuser nördlich der Autobahn.⁴⁴ Mit dem weiteren Ausbau des Werkes wurden nach 1938 entlang der heutigen Ernst-Thälmann-Straße zweigeschossige Doppelhäuser und erstmals auch eine Siedlung mit 552 Wohnungen in zweigeschossigen Mietshäusern erbaut.⁴⁵ Den nördlichen Abschluss dieses Ortsteils bildete eine noch im Jahre 1944 errichtete Holzhaussiedlung mit 152 Wohnungen in Einzelhäusern. Mit dem insgesamt qualitativ mittleren bis guten Wohnungsbaustandard wollte die Werksleitung jene „sehr guten Facharbeiter aus der Ostmark und aus Sudetendeutschland“, die als „sehr fleißig und willig“ angesehen wurden, beim Werk halten, da viele Arbeiter 1939 angesichts der drohenden Kriegsgefahr wieder in ihre Heimatorte abgereist waren. Dies wollte die Werksleitung für die

„Sprinter“, die ab 2003 in Ludwigsfelde im Daimlerwerk errichtet wurden. Vgl. *Hartmut F. Reck*: Daimler-Chrysler legte gestern den Grundstein für die Sprinter-Produktion, Zukunftsstandort Ludwigsfelde, in: Märkische Allgemeine vom 3.9.2003.

³⁸ In der „Stadt des KdF-Wagens“ war Kohlbecker für die Konzeption des Werkes verantwortlich, während Peter Koller die Stadtanlage entwarf. Vgl. *Christian Schneider*: Stadtgründungen im Dritten Reich. Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie Ressortpolitik Repräsentation, München 1979, S. 31–32; *Hans-Ernst Mittag*: Industriearchitektur des NS-Regimes: das Volkswagenwerk, in: *Beier (Hg.)*: aufbau, S. 51–63, hier S. 53–54.

³⁹ Vgl. zu ähnlichen Siedlungen Abbildungen bei *Schneider*: Stadtgründungen, S. 74–77; vgl. *Erhard Forndran*: Die Stadt- und Industrie Gründungen Wolfsburg und Salzgitter. Entscheidungsprozesse im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Frankfurt/M. 1984 (Campus-Forschung; 402. Wolfsburger Beiträge zur Stadtgeschichte und Stadtentwicklung; 4).

⁴⁰ Vgl. *Grimme*: Werkssiedlung, S. 94–96.

⁴¹ Vgl. *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 88.

⁴² Vgl. StadtAL 51/15, Karte „Siedlung Daimler“ 1937.

⁴³ Vgl. zur Kurmärkischen Kleinsiedlung: *Hütter*: Siedlungsbau, S. 37–38.

⁴⁴ Vgl. *Birk*: düsteres Kapitel, S. 9–11.

⁴⁵ Vgl. *Kadatz*: Ludwigsfelde, S. 16. Siehe zur Lage auch den Stadtplan im Anhang.

Zukunft verhindern: „Wir können diese braven Männer nur dadurch beschwichtigen, daß wir ihnen wieder Aussicht auf die baldige Fertigstellung der Siedlungswohnungen [...] machen.“⁴⁶ Dieselbe Strategie, mittels qualitativ guten Wohnungsbaus zum Aufbau einer Stammelegenschaft von Facharbeitern am Ort beizutragen, um damit die Produktion zu stabilisieren, sollte in Ludwigsfelde 35 Jahre später während der DDR erneut angewendet werden.



8. Abb.: Siedlungsteil mit Mietshäusern, die heutige Ernst-Thälmann-Straße, Aufnahme um 1955

In der weiteren Entwicklung Ludwigsfeldes nach 1945 wurde die Siedlungsepoche der NS-Zeit weitgehend ignoriert.⁴⁷ Die architektonischen und städtebaulichen Parallelen der Daimler-Benz-Siedlung zu der in den 1950er Jahren errichteten Siedlung am Heinrich-Heine-Platz auf der gegenüberliegenden Seite der Potsdamer Straße wurden bewusst ausgeblendet, obwohl „architekturräumliche Anlehnungen an den Kohlbeckerplan [...] augenscheinlich [waren]“⁴⁸. Der verantwortliche Architekt der Siedlungsanlage der 1950er Jahre Wilm Stolze vertrat 1955 die Auffassung, dass „in Ludwigsfelde selbst [...] architektonisch wertvolle Bauten nicht angetroffen [wurden]. In der näheren Umgebung stehen [nur] einige ehemalige Guts Häuser“⁴⁹. Die Beurteilung der Bauten der 1930er Jahre blieb während der DDR lange Zeit negativ. Sie galten nur als mit „grauem Tarnanstrich“ versehene „ärmliche“ Bauten eines NS-Rüstungsbetriebes.⁵⁰ Die Siedlungen des Nationalsozialismus spielten in Ludwigsfelde die marginale Rolle, die in anderen Städten dem vernachlässigten kaiserzeitlichen Altbaubestand zukam. Erst in den 1980er Jahren wurde diese Bausubstanz positiver beurteilt. Das

⁴⁶ Zitiert nach: *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 89.

⁴⁷ Ähnliches ist für Eisenhüttenstadt festzustellen, auf dessen Territorium sich ebenfalls vor 1945 ein wichtiger Standort für Rüstungsindustrien befunden hatte. Vgl. *Axel Driescher/Barbara Schulz*: „Ein Mittelpunkt kriegswichtiger Industrien ...“ Zur Vorgeschichte des Industriestandorts Eisenhüttenstadt im „Dritten Reich“, in: *Christoph Bernhardt/Thomas Wolfes (Hg.)*: Schönheit und Typenprojektierung. DDR-Städtebau im internationalen Vergleich, Erkner 2005, S. 259–290.

⁴⁸ *Kadatz*: Ludwigsfelde, S. 18.

⁴⁹ *Wilm Stolze*: Die Wohnbauten am Heinrich-Heine-Platz in Ludwigsfelde, in: *Deutsche Architektur* 4, 1955, S. 396–401, hier S. 396.

⁵⁰ Vgl. KreisATF Cn Nr. 90 Ludwigsfelde gestern heute morgen, 1964: *Max Warnecke*: Ludwigsfelde wandelte sein Gesicht, S. 35–40, hier S. 36.

Gebiet wurde nun in offiziellen Dokumenten als „durchgrüntes Wohngebiet, dessen Bestand zu erhalten und zu ergänzen ist“⁵¹, bezeichnet. Vereinzelt wurde sogar schon in den 1960er Jahren der Begriff „Gartenstadt“⁵² in positiver Konnotation für diesen Siedlungsabschnitt verwendet.

Während die Einwohnerzahl Ludwigsfeldes in der Bauphase bis 1939 in kaum fünf Jahren auf über 5.800 anstieg, blieb die infrastrukturelle Ausstattung ungenügend. Ein Kanalisationssystem wurde nicht eingerichtet und Einkaufsmöglichkeiten waren kaum vorhanden. Die Planungen eines Zentrums mit Verwaltungs- und Konsumeinrichtungen und der weitere Ausbau der Siedlung über die Potsdamer Straße hinaus nach Osten kamen bis zum Kriegsbeginn nicht mehr zur Ausführung.⁵³ Bis auf ein kleines Kino entstanden im Ort keine kulturellen Einrichtungen.⁵⁴ Mit einiger Verspätung wurden in den Jahren 1938 und 1943 zwei Schulen errichtet, nachdem die Schüler der ersten Jahrgänge noch in Baracken unterrichtet worden waren.⁵⁵

3.2 Die wechselhafte Entwicklung des Industrieortes 1945 bis 1962/65

3.2.1 Die Jahre 1945 bis 1952: Industrieort ohne Industrie

Seit 1944 war bereits unter dem Eindruck der zunehmenden Luftkriegsbedrohung eine Verlagerung des Genshagener Werkes nach Obrigheim vorbereitet worden.⁵⁶ Erste Bombentrefen erfolgten in Ludwigsfelde zwischen März und Juni 1944, die aber zunächst nur geringe Auswirkungen auf die Produktion hatten. Erst durch den schweren alliierten Luftangriff auf Ludwigsfelde am 6. August 1944 wurde das Werk weitgehend zerstört.⁵⁷ In den Wohngebieten von Ludwigsfelde kam es allerdings nur zu geringen Schäden, während einige Barackenlager am Ortsrand schwer getroffen wurden.

Nach diesem Bombardement gelang es in den folgenden Kriegsmonaten nicht mehr, die Produktion im alten Umfang wieder aufzunehmen. Die wichtigsten Fertigungslinien und die unbeschädigten Maschinen wurden bis zum Kriegsende an andere Standorte – meist nach Süddeutschland – verlagert. Lediglich untergeordnete Produktionslinien konnten weiterhin im Genshagener Werk fortgesetzt werden, bis Ludwigsfelde am 21. April 1945 kampflos von einer sowjetischen Panzereinheit besetzt wurde. Die wenigen verbliebenen Maschinen wurden in den folgenden Monaten demontiert und die meisten Hallen gesprengt.⁵⁸

⁵¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 558, Städtebauliche Leitplanung der Innenstadt von Ludwigsfelde 1985, S. 13.

⁵² „Das Gebiet macht den Eindruck einer Gartenstadt.“ BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 222, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Kreis Zossen Bezirk Potsdam, Potsdam, Dezember 1964, S. 23.

⁵³ Vgl. StadtAL 69/7, Plan „Siedlung Daimler, Erweiterung 1939“.

⁵⁴ Vgl. *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 90.

⁵⁵ Vgl. *Birk*: düsteres Kapitel, S. 13–14.

⁵⁶ Vgl. *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 94.

⁵⁷ Vgl. *Germann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 23 und *Eichholz*: Rüstungswirtschaft, S. 96–97.

⁵⁸ Vgl. *Birk*: düsteres Kapitel, S. 31 und S. 36.

Nach kaum neun Jahren schien damit der Entwicklungspfad von Ludwigsfelde als großer Industriestandort bereits wieder beendet zu sein.

Kurz nach Kriegsende konnten in den wenigen erhalten gebliebenen Gebäudeteilen des Industriekomplexes lediglich kleinere Gewerbebetriebe, u.a. eine Autoreparaturwerkstatt, angesiedelt werden.⁵⁹ Das Arbeitsplatzdefizit in der ehemaligen reinen Industriegemeinde war durch solche handwerklichen Kleinbetriebe jedoch nicht zu beheben. In den späten 1940er Jahren standen in Ludwigsfelde nur noch 500 Arbeitsplätze zur Verfügung.⁶⁰ Insbesondere die in großer Zahl in Ludwigsfelde ansässigen Facharbeiter fanden am Ort und der direkten Umgebung keine Beschäftigung mehr.⁶¹ Die neue Gemeindevertretung suchte deshalb intensiv nach Möglichkeiten zur Revitalisierung der industriellen Basis des Ortes. 1947 wurde dazu das „Kommunale Wirtschaftsunternehmen“ (KWU) begründet, das auf dem alten Industriegelände Abteilungen für Fuhrpark, Gärtnerei, Tischlerei, Bestattungswesen, Schlosserei, Bauhof, Wasserwerk, Müllabfuhr und Elektroinstallation unterhielt. Insgesamt wurden rund 500 Werk tätige im neuen KWU beschäftigt. Bereits 1951 wurde das KWU jedoch wieder zugunsten einer Reihe von Einzelunternehmen aufgelöst.⁶² Der Rat der Gemeinde übernahm wesentliche Teile des Bestandes und führte sie fortan als kommunale Grundstücksverwaltung, Straßenreinigung, Friedhofsverwaltung, Wasserwerk und Müllabfuhr weiter.⁶³

Neben den Werkstätten des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmens“ und den anderen Einrichtungen der Gemeinde blieb den Bewohnern von Ludwigsfelde lediglich die Arbeit bei den Bauern der Umgebung als wohnortnahe Alternative. Viele der ansässigen Facharbeiter mussten deshalb täglich nach Luckenwalde, Trebbin, Potsdam oder nach Berlin pendeln.⁶⁴ Zahlreiche ehemalige Arbeiter des Daimlerwerkes verließen angesichts der schlechten Rahmenbedingungen in den ersten Nachkriegsjahren Ludwigsfelde wieder in Richtung ihrer süddeutschen Herkunftsgebiete.⁶⁵ Die abnehmende Einwohnerzahl wurde jedoch weitgehend durch die Ansiedlung von etwa 2.000 Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Oder-Neiße-Gebieten und dem Sudetenland wieder ausgeglichen.⁶⁶ Von 1946 bis 1952 verlor der mit der Flüchtlingswelle überforderte Ort im Saldo wieder fast 12 % seiner Einwohner.⁶⁷ Insbesondere das Angebot von attraktiven Arbeitsplätzen und Lebensmöglichkeiten im nahen West-Berlin sorgte noch in den 1950er Jahren für Abwanderungen.⁶⁸ Dort war der traditions-

⁵⁹ Vgl. *ebd.*, S. 36.

⁶⁰ Vgl. *Horst Carow*: Ludwigsfelde im Spiegel der letzten vier Jahrzehnte, in: *Heimatkalender des Kreises Zossen* 1989, S. 9–11, hier S. 9.

⁶¹ Vgl. *Birk*: *Geschichte und Geschichten*, Teil II, S. 10.

⁶² Vgl. *Gerhard Birk/Herbert Dalichow*: Am Rande gelegen und doch keine Randerscheinung – der VEB Rohrleitungsbau Ludwigsfelde, in: *Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.)*: *Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten*, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 32–38, hier S. 32–33.

⁶³ Einer der neuen Einzelbetriebe war der Vorläufer des VEB Rohrleitungsbau, der später einer der wichtigsten Betriebe des Ortes wurde.

⁶⁴ Vgl. *Birk*: *Geschichte und Geschichten*, Teil II, S. 11.

⁶⁵ Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: *Analyse über den Ort Ludwigsfelde*, Stand 1957, S. 4.

⁶⁶ Zur Integration der Zuwanderer siehe: 5.1.1 Eingesessene und Zuwanderer: „*Hier hat man nur etwas für die Sachsen übrig!*“, S. 350.

⁶⁷ Vgl. *Kadatz*: *Ludwigsfelde*, S. 18.

⁶⁸ Vgl. *Birk*: *Geschichte und Geschichten*, Teil II, S. 11.

reiche Werksstandort von Daimler-Benz in Marienfelde bald nach Kriegsende wieder aufgebaut worden. Die ehemaligen Daimlerarbeiter aus Ludwigsfelde wurden dort in vielen Fällen wieder angestellt, teils auch gezielt angeworben. Ludwigsfelde, nun Werkssiedlung ohne Industrie, galt angesichts dieser negativen ökonomischen und demografischen Entwicklung vor 1952 als „eines der Sorgenkinder im Kreis Teltow“⁶⁹ und als ein „todgeweihter Ort“.⁷⁰

Bauliche Veränderungen erfuhr Ludwigsfelde in den unmittelbaren Nachkriegsjahren kaum. Die Entwicklung stand weitgehend still, lediglich die Kriegstrümmer auf dem Industriegelände wurden von örtlichen Initiativen geräumt. Dagegen blieben die Baracken der Arbeitslager in weiten Teilen bestehen und sollten noch Jahrzehnte als Wohnunterkünfte und für andere Zwecke genutzt werden und das Bild des Ortes noch lange nachhaltig prägen. Die Wohnungen der Kurmärkischen Siedlungsgesellschaft wurden nach 1945 von der Gemeindeverwaltung übernommen, die damit über 90 % des Wohnungsbestandes vor Ort verfügte. Die meisten Siedlungshäuser gingen in nächster Zeit zu niedrigen Preisen an die Bewohner über,⁷¹ während die Mietwohnungen im Geschossbau in kommunaler Verwaltung blieben.

3.2.2 Neuer Aufschwung nach 1952: Die Gründung des Industrierwerkes

Ludwigsfelde stand in den ersten Jahren der DDR nicht im Fokus der zentralen Planung der Staats- und Parteiführung. Als im März 1953 in der DDR 53 „Aufbaustädte“ festgelegt wurden, blieb Ludwigsfelde unberücksichtigt, was nicht nur durch seine geringe Größe begründet war. Andere kleine Industriestädte in Brandenburg wie Spremberg und Guben oder in Sachsen die kleine Industriestadt Werdau waren in dieser Liste berücksichtigt worden. Sogar einige Industriegemeinden ohne Stadtrecht wie Hennigsdorf und Gröditz hatten in dieser Liste im Gegensatz zu Ludwigsfelde Aufnahme gefunden.⁷² Der „staatliche Raumordnungsplan Berlin“, der auch Teile des Umlandes mit einbezog, stellte noch 1953 auf dem Gebiet von Ludwigsfelde lediglich Grün- und Freiflächen dar.⁷³ Ludwigsfelde war offensichtlich weitgehend aus dem Bewusstsein der offiziellen Planer verschwunden. Die vorhandenen industriellen Potenziale des Ortes wurden nicht erkannt. Gründe für diese Nichtberücksichtigung in den ersten Aufbauplanungen der DDR sind darin zu suchen, dass Ludwigsfelde zunächst aufgrund seiner nur sehr kurzen – und teils aus militärischen Gründen geheim gehaltenen – industriellen Entwicklungsgeschichte relativ wenig bekannt war und im Bewusstsein der politischen Akteure noch keine Verankerung erfahren hatte. Zudem war seine industrielle Tradition ausschließlich in negativer Hinsicht mit der NS-Rüstungspolitik und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern verbunden.

⁶⁹ Ebd., S. 10.

⁷⁰ Ebd., S. 7.

⁷¹ Vgl. *Birk*: Geschichte und Geschichten, Teil II, S. 7.

⁷² Vgl. *Lothar Bolz*: Städtebau und Architektur im Fünfjahrplan, in: *ders.*: Vom Deutschen Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 72.

⁷³ Vgl. *Magistrat von Groß Berlin*: Staatlicher Raumordnungsplan Berlin, 1953, in: *Bruno Aust (Hg.)*: Berliner Pläne: 1862–1994, Berlin 2002, S. 24–26.

Bereits während des ersten Fünfjahresplans der DDR von 1951 bis 1955⁷⁴ gewann auch der Standort Ludwigsfelde angesichts des forcierten Aufbaus der Schwermaschinenindustrie wieder an Bedeutung. Eine neue industrielle Grundlage erhielt der Ort nach siebenjährigem Stillstand 1952 mit der Gründung der „Industriewerke Ludwigsfelde“ (IWL), die zur Produktion schwerer Schiffsdieselmotoren vorgesehen waren.⁷⁵ Als Produktionsstandorte waren noch Ende 1951 die Gebiete Frankfurt/Oder, Eberswalde-Finow, Zittau, Nisky und Brand-Erbisdorf diskutiert worden.⁷⁶ Nach Ablehnung dieser Varianten wurde vom zuständigen Industrieministerium zunächst der Raum Dessau für die weitere Produktionsentwicklung vorgeschlagen.⁷⁷ Die Entscheidung der Staatsführung für den Standort Ludwigsfelde fiel spätestens Ende des Jahres 1951.⁷⁸ Im Januar 1952 erfolgte die Ausfertigung des Regierungsbeschlusses zur Errichtung eines Werks für die serienmäßige Herstellung der Motoren auf „vorhandenem Industrie-Gelände“⁷⁹ in Ludwigsfelde. Schon am 5. Februar 1952 konnte beim Ministerium für Maschinenbau ein Vertrag über den „Aufbau eines Motorenwerkes in Ludwigsfelde“ abgeschlossen werden.⁸⁰ In ähnlicher Geschwindigkeit wie bei der Standortwahl des Flugzeugmotorenwerkes in den 1930er Jahren hatte sich Ludwigsfelde 1952 gegen alle Konkurrenten durchgesetzt.⁸¹ Die am Ort noch immer vorhandene Bevölkerungskonzentration mit spezialisierten Facharbeitern für Turbinenproduktion, das große lokale Arbeitsplatzdefizit und das vorhandene Industriegelände an diesem verkehrsmäßig gut erschlossenen Ort boten immer noch günstige Möglichkeiten für eine erneute industrielle Entwicklung. Neben den positiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft hoffte die Staatsführung, auch „diejenigen Facharbeiter von Daimler Benz zurückzugewinnen, die als Grenzgänger im Marienfelder Werk des Konzerns in West-Berlin arbeiteten“.⁸² Auch von der Ludwigsfelder Ortsgruppe der SED kamen Anregungen für die Wahl des Produktionsstandortes.⁸³ Die reale Bedeutung dieser lokalen Vorstöße für die Entscheidung der zentralen Wirtschaftsplanung lässt sich nicht nachvollziehen, denkbar ist jedoch, dass auf diese Art das noch nicht als tra-

⁷⁴ Der Plan leitete den Übergang zur langfristigen Planwirtschaft ein und verfolgte u.a. die Ziele der Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis sowie der Erweiterung des Schwermaschinenbaus. Vgl. *Heydemann: Innenpolitik*, S. 15.

⁷⁵ Vgl. BArch DG 3/3200 Ministerium für Maschinenbau Projekt M 77; *Germann: Industrie in Ludwigsfelde*, S. 30.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 2.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 4.

⁷⁸ Vgl. *Germann: Industrie in Ludwigsfelde*, S. 30; BArch DG 3/3200, Entwurf 19.1.1952, Regierungsbeschluss über den Bau von Spezial-Schiffsdieselmotoren: „Für die serienmäßige Herstellung der Motore ist ein Werk in Ludwigsfelde, Krs. Teltow auf vorhandenem Industrie-Gelände zu errichten.“ BArch DG 3/3200 Technologisches und bautechnisches Gutachten über den Vorentwurf für die Industriewerke Ludwigsfelde VEB, Berlin 23.3.1952, o.S.

⁷⁹ Vgl. BArch DG 3/3200, Willi Stoph, Berlin 23.1.1952, o.S.

⁸⁰ Vgl. *Bober: VEB IFA-Automobilwerke*, S. 6.

⁸¹ Die Hintergründe der Entscheidung sind anhand der Akten bisher nicht rekonstruierbar, da für den Standort Ludwigsfelde keine Voruntersuchungen auffindbar sind.

⁸² *Günter Stavorinus/Werner Neundorf: Der Hochleistungsdieselmotor 20 KVD 25. Ein Beitrag zur Geschichte des Dieselmotorenbaus und der Marine der DDR*, Truppenkamp, Roßlau 2003, S. 31.

⁸³ „Unser Bemühen zeitigte Erfolg. Auf Vorschlag des ZKs der SED erhielten wir von der Arbeiter-und-Bauern-Regierung die Mittel zum Aufbau eines großen Industriewerkes.“ Betriebszeitung des IWL „Start zum Wochenende“ Nr. 63/10, 17.8.1963 und wortgleich: KreisATF Cn Nr. 90 Ludwigsfelde gestern heute morgen, 1964: *Max Warnecke: Die Partei zeigte uns den Weg*, S. 35–39, hier S. 38; sowie: KreisATF Cn Nr. 411: Was des Volkes Hände schufen ist des Volkes Eigentum. Beiträge aus der Betriebsgeschichte des VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde.

ditioneller Industriestandort gefestigte Ludwigsfelde wieder stärker ins Bewusstsein der Verantwortlichen gebracht wurde.

Mit Wirkung vom 1. März 1952 wurde der der Regierung der DDR direkt unterstellte Betrieb „VEB Industrierwerke Ludwigsfelde“ konstituiert.⁸⁴ Der Name Genshagen wurde bei der Begründung des Werkes wegen des Bezugs zum Rüstungswerk bewusst nicht gewählt.⁸⁵ Allerdings sollte der neue Dieselantrieb „20 KVD 25“ insbesondere in der Rüstungswirtschaft beim konzipierten Aufbau der DDR-Volksmarine eine entscheidende Rolle spielen.⁸⁶ Im Vordergrund der zeitgenössischen und späteren Darstellungen des Aufbaus des Werkes stand die Betonung des Neuanfanges im Rahmen des Aufbaus der DDR, während die Kontinuität zum früheren Werk kaum thematisiert wurde.

Der Aufbau des Ludwigsfelder Werkes lässt sich in die Strategie der DDR zur massiven Förderung der Schwerindustrie einordnen. Im Juli 1952 war auf der 2. Parteikonferenz der SED von Walter Ulbricht der „planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR“ verkündet worden, der mit einer ökonomischen wie politischen Annäherung an das sowjetische Modell und die Orientierung auf den Ostblock verbunden war.⁸⁷ Unabdingbar war dafür DDR-weit eine schnelle und erhebliche Steigerung der industriellen Produktion. Dies spiegelte sich auch in den Vorgaben für Ludwigsfelde wider. In den Voruntersuchungen für den Werksaufbau in Ludwigsfelde wurde für 1953 eine Beschäftigtenzahl von 1.000 und für 1955 bereits eine Erweiterung auf 5.000 prognostiziert.⁸⁸ Der Bau und der Produktionsbeginn waren angesichts dieser ehrgeizigen Ziele jedoch von Anfang an von erheblichen Problemen begleitet. Kontrolleure der zentralen Parteistellen mussten während des Werksaufbaus immer wieder Missstände in der Aufbau- und Leitungstätigkeit feststellen. Nach Ansicht der Parteikontrolleure würden sich die verantwortlichen Stellen nicht ausreichend um das Industrierwerk kümmern und in den leitenden betrieblichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sei „eine Zusammenballung feindlicher und schwankender Elemente erfolgt, die eine ersprießliche Arbeit nicht aufkommen lassen wird und den besten Nährboden für Agententätigkeit bilden.“⁸⁹ Diese kritische Einschätzung des angeblich wankelmütigen, durch das nahe West-Berlin auch Sicht der SED negativ beeinflussten Grenzortes prägte auch in den nächsten Jahren immer wieder die interne Berichterstattung der Parteistellen über Ludwigsfelde.

⁸⁴ Vgl. BArch, DG 3/3200, Brief an das Ministerium des Innern, Minister Dr. Steinhoff, 27.2.1952, Gründung des der Hauptverwaltung Schwermaschinenbau direkt unterstellten Betriebes VEB Industrierwerke Ludwigsfelde, o.S.

⁸⁵ Vgl. *Germann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 30.

⁸⁶ Vgl. *Stavorinus/Neundorf*: Hochleistungsdieselmotor, S. 8–9.

⁸⁷ Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, 36–38 und *Christoph Kleßmann*: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986, S. 263.

⁸⁸ Vgl. BArch DG 3/3200, Ministerium für Maschinenbau Projekt M 77, Willi Stoph, Berlin 23.1.1952 an Gen. Ziller Minister f. Maschinenbau, Entwurf 19.1.1952, Regierungsbeschluss über den Bau von Spezial-Schiffsdieselmotoren, S. 2.

⁸⁹ BArch DG 3 3203: Vermerk über den Besuch des VEB Industrierwerkes Ludwigsfelde am 19.3.1953 durch die Genossen Westphal und Muth, (Streng geheime Verschlussache) Berlin 21.3.1953, Blatt 8.

Der 17. Juni 1953 in Ludwigsfelde

Die politische Problematik des Grenzortes wurde insbesondere 1953 deutlich. Ebenso wie viele andere Industriegemeinden im Berliner Raum war auch Ludwigsfelde ein wichtiges Zentrum des Aufstandes vom 17. Juni.⁹⁰ Der Streik wurde durch Bauarbeiter auf den Wohnungs- und Industriebaustellen des Ortes ausgelöst, dem sich schließlich auch Teile der Belegschaft des im Aufbau befindlichen Industrierwerkes anschlossen. Gegen Mittag des 17. Juni befanden sich etwa 1.500 Arbeiter in Ludwigsfelde im Ausstand. Gegen 15.00 Uhr setzte sich ein ca. 3.000 Mann starker Demonstrationzug durch den Ort in Bewegung. Der Versuch der Besetzung des Industrierwerkes durch Bauarbeiter und Traktoristen der Maschinen-Traktoren-Station scheiterte aber am späten Abend durch den gewaltsamen Einsatz von Volkspolizei und sowjetischer Armee.⁹¹ Teils beteiligten sich auch Arbeiter des Werkes an Streiks und Besetzungsaktionen. Allerdings gab es hier auch Gegner des Aufstandes.⁹² Innerhalb von wenigen Stunden erfolgte schließlich auch in Ludwigsfelde die Niederschlagung des Aufstandes durch Volkspolizei und Sowjetarmee. Die Demonstration vor dem Industrierwerk Ludwigsfelde wurde zur Genugtuung der örtlichen SED „mit Hilfe unserer Freunde zersprengt“⁹³. Die gesamte Streikleitung konnte durch die Volkspolizei festgesetzt werden.⁹⁴ Der große Umfang des Aufstandes gegen die SED-Herrschaft und die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Ludwigsfelde wurden später weitgehend tabuisiert, sowohl in offiziellen wie in internen Dokumenten. Im Gegensatz zu den gleichzeitigen Unruhen in anderen Industriestädten wie Hennigsdorf und StalinStadt ist die Rolle Ludwigsfeldes im Rahmen des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 im Berliner Raum weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden.

Produktionsbeginn des Industrierwerkes

Die Produktionsstätten konnten trotz der Ereignisse des 17. Juni und weiteren Problemen bei der Baudurchführung nach einigen Veränderungen vorfristig im Oktober 1953 in Betrieb genommen werden. Der 17. Juni hatte jedoch auch unmittelbar negative Folgen für Ludwigsfelde, da die Rüstungsaufträge für den Dieselmotor und weitere Investitionsmittel für den Industrie- und Wohnungsbau in Frage gestellt wurden. Erst 1954/55 festigte sich der Wille der Staats- und Parteiführung zur Umsetzung des durch Schwerindustrie und Rüstungsproduktion geprägten Charakters des Industrierwerkes Ludwigsfelde wieder.⁹⁵

⁹⁰ Vgl. *Detlef Kotsch*: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: *Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.)*: Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 727–794, hier S. 740 und *Burghard Ciesla (Hg.)*: Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003, S. 32.

⁹¹ Vgl. *Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes*: Der Aufstand im Bezirk Potsdam/Kreis Zossen (Zugriff am 2.10.2008), online unter: http://www.bstu.bund.de/cln_030/nn_712876/DE/MfS-DDR-Geschichte/17-juni-1953/Aufstand-in-den-Bezirken/Potsdam/potsdam__inhalt.html

⁹² Vgl. *Ciesla*: Freiheit, S. 99.

⁹³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung „Dokumente Projekt 17. Juni“ (Dokumentation): telefonische Meldungen und Durchsagen der SED Potsdam an das ZK der SED, S. 6 (Zugriff am 2.3.2007), online: <http://www.17juni53.de/karte/potsdam/mfs.pdf>.

⁹⁴ *Thorsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle (Hg.)*: Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003, S. 351.

⁹⁵ Vgl. *Stavorinus/Neundorf*: Hochleistungsdieselmotor, S. 33–35.

Neben der Schiffsmotorenproduktion war seit 1953 auch die Fertigung von Motorrollern vorgesehen, um die Kapazität des Betriebes voll auszulasten. Das rein schwerindustrielle Profil, das ursprünglich für das Werk vorgesehen war, wurde so zugunsten der Konsumgüterfertigung erweitert. Die Herstellung der Motorroller sollte nach Ansicht der Verantwortlichen in der SED-Führung im Rahmen „des neuen Kurses eine besondere Rolle“⁹⁶ spielen und fügte sich so in die republikweite Strategie der Staatsführung ein, der DDR-Bevölkerung nach den Unruhen des 17. Junis 1953 mehr Massenbedarfsgüter zur Verfügung zu stellen.⁹⁷ Die Motorrollerfertigung wurde in den folgenden Jahren ein wichtiges Standbein des Industrierwerkes. Erst durch diese nach einigen Anlaufschwierigkeiten erfolgreiche Produktion der in der DDR beliebten Typen „Pitty“ (seit 1955), „Wiesel“ (ab 1956), „Berlin“ (1959) und „Troll 1“ (ab 1962)⁹⁸ wurde das Industrierwerk und damit auch Ludwigsfelde in der ganzen Republik bekannt.⁹⁹ Die Rollerproduktion, die regelmäßig auch mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, endete jedoch bereits im Jahr 1964 endgültig.¹⁰⁰ Zum sehr weitgefächerten Produktionsprofil des Werkes in den 1950er und 1960er Jahren gehörten außerdem Dieselmotoren, Schmiede- und Gussteile, Turbinenschaufeln, Armeekübelwagen, Elektronenstrahlmehrkammeröfen und Außenbordmotore für Wassersportfahrzeuge. Entwicklungsaufträge galten weiteren kleineren Schiffsmotoren und Hilfsmotoren für Fahrräder.¹⁰¹

Weder die schwerindustrielle Produktionslinie für große Schiffsmotoren noch die kleinteilige Konsumgüterfertigung brachten jedoch dauerhafte Stabilität für den Ludwigsfelder Industriestandort. Das IWL blieb in den 1950er Jahren von zahlreichen Produktionswechseln gekennzeichnet, ohne dass sich eine Produktionslinie dauerhaft etablieren konnte. Vor allem der in Ludwigsfelde zu produzierende Schiffsdieselmotor stellte sich bald als nicht serienreif heraus und konnte nicht zur gewünschten Hauptproduktion entwickelt werden. Angesichts der technischen Probleme sollte in Ludwigsfelde zunächst ein Nachbau eines Vorkriegsmodells von Daimler durchgeführt werden. Zur Gewinnung eines nachbaubaren Modells war die Hebung während des Zweiten Weltkriegs gesunkener Schiffe in der Ostsee bei Rostock vorgesehen.¹⁰² 1956 gelang zumindest eine erste Fertigung eines Nachbaumotors. Die technischen Probleme am Standort konnten jedoch nie vollständig gelöst werden. Im Jahre 1958 wurde im Zuge der Werksumprofilierung die Dieselmotorenproduktion ganz nach Roßlau zurück verlagert, wo der Motor ursprünglich entworfen worden war.¹⁰³

⁹⁶ BACh DG 3 3203 VEB Industrierwerke Ludwigsfelde, Protokoll über die Belegschaftsversammlung am 30.9.1953, Blatt 91.

⁹⁷ Vgl. für die Motorroller: Tragödie um Pitty, in: Der Spiegel 26, 1955 vom 22.6.1955, S. 10. Vgl. für die DDR insgesamt: *Staritz*: Geschichte der DDR, S. 134–135.

⁹⁸ Vgl. *Bernhard Schauder*: Ludwigsfelde – die Geburtsstätte der Motorroller, in: Heimatkalender 1964, S. 92.

⁹⁹ Bis Anfang der 1960er Jahre wurde in Ludwigsfelde ein „Rollertreffen“ mit Liebhabern der Modelle organisiert. Nach 1990 hat die Stadtverwaltung erfolgreich an diese Tradition anknüpfen können.

¹⁰⁰ Vgl. *Gehrmann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 46.

¹⁰¹ Vgl. BACh DG 3 3203, VEB Industrierwerke Ludwigsfelde, Protokoll über die Belegschaftsversammlung am 30.9.1953, Blatt 91.

¹⁰² Vgl. BACh DG 3 3201, VEB Industrierwerke Ludwigsfelde, Berlin den 28.2.1952, o.S. Möglicherweise dienten wirklich aus Wracks geborgene Motoren als Modell. Dies lässt sich aber nicht eindeutig nachweisen. Vgl. *Stavorinus/Neundorf*: Hochleistungsdieselmotor, S. 38.

¹⁰³ Vgl. *Germann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 34.

Mit dem Scheitern der Dieselmotorenproduktion geriet der Ort in eine erneute Krise. Schon in den Jahren 1954 und 1955 kam es zu zahlreichen Wegzügen von Arbeitern aus Ludwigsfelde. 1956 wies der Ort trotz des massiven Wohnungsbaus sogar ein negatives Wanderungssaldo von 149 Personen auf.¹⁰⁴ Die Probleme beim Aufbau von Werk und Wohnstadt in Ludwigsfelde erscheinen wie ein verkleinertes Abbild der zur selben Zeit bestehenden Aufbauschwierigkeiten des Eisenhüttenkombinats Ost und der Wohnstadt Stalinstadt.¹⁰⁵

Die militärische Schiffsmotorenproduktion, die eigentlicher Anlass für die Wiederbegründung des Industrieortes gewesen war, sich letztlich aber nur als eine kurze Episode herausstellte, wurde in späteren Selbstdarstellungen von Stadt und Betrieb weitgehend ignoriert, während die in den ursprünglichen Planungen nachgeordnete Produktion der Motorroller in den Vordergrund rückte.¹⁰⁶ Trotz des Scheiterns der Hauptproduktion zogen die einmal für die neuen Produktionsanlagen und die zugeordneten Wohnungen getätigten Aufwendungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weitere Folgeinvestitionen nach sich. Die Stellung von Ludwigsfelde als Industriestandort, die mit dem Stillstand zwischen 1945 und 1952 in Frage gestellt war, blieb so für die nächsten Jahrzehnte gefestigt und dominierte auch die weitere Stadtentwicklung.

3.2.3 „Die erste sozialistische Wohnstadt im Bezirk Potsdam“ (ab 1952)

Mit der Gründung der „Industriewerke Ludwigsfelde“ im Jahr 1952 hatte der gesamte Ort erneut die typischen Charakterzüge eines reinen Industrieortes angenommen. Der örtliche Wohnungsbau war ebenso wie im Nationalsozialismus auch nach 1945 in erster Linie als Werkswohnungsbau für die ansässige Großindustrie zu charakterisieren. Durch den Ausbau der Industrie wuchs der Ort nach seiner Stagnationsphase wieder rasant an und vergrößerte seine Einwohnerzahl von etwa 5.000 Einwohnern im Jahre 1950 auf 12.000 im Jahre 1964.

Das zentrale Bauvorhaben neben dem Aufbau der Industrieanlagen des Werkes war die „Sozialistische Wohnstadt Ludwigsfelde“, deren Bau trotz der problematischen Rahmenbedingungen im Wesentlichen bis 1959 abgeschlossen werden konnte. Die Bauten der Wohnstadt entstanden auf der östlichen Seite der Potsdamer Straße auf der Fläche des ehemaligen Lagers des SS-Strafbataillons gegenüber der Siedlung der 1930er Jahre in mehreren Abschnitten seit 1952.¹⁰⁷ Die städtebauliche Projektierung erfolgte durch das Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung Potsdam unter der Leitung des Architekten Karl Gottfried Pust, während die architektonische Gestaltung durch das Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam unter der Federführung des Architekten Wilm Stolze¹⁰⁸ und dem Gartenarchitekten Walter Funcke durchgeführt wurde.¹⁰⁹ (*Siehe zur Lage: Plan S. 114 und Stadtplan im Anhang.*)

¹⁰⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, Anlage 1.

¹⁰⁵ Vgl. *Werner Durth/Jörn Düwel/Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der DDR, Band 1: Ostkreuz, Personen, Pläne, Perspektiven, Frankfurt a.M./New York 1999, 2. Auflage, S. 382–390.*

¹⁰⁶ Vgl. *Schauder: Motorroller*, S. 92.

¹⁰⁷ Zur Architektur und zum Städtebau vgl. vor allem: *Noell/Walch: Ludwigsfelde*, S. 41–53; *Stolze: Heinrich-Heine-Platz*, S. 396–401. Zur Freiflächenplanung vgl. *Karn: Freiflächen- und Landschaftsplanung*, insbesondere S. 151–159.

¹⁰⁸ Vgl. *Ingrid Bartmann-Kompa/Aribert Kutschmar/Heinz Karn: Architekturführer der DDR. Bezirk Potsdam*, Berlin 1981, S. 144.

¹⁰⁹ Vgl. *Stolze: Heinrich-Heine-Platz*, S. 396 und *Karn: Freiflächen- und Landschaftsplanung*, S. 148.

Das architektonisch anspruchsvoll gestaltete Wohnviertel um den späteren Heinrich-Heine-Platz galt als die „erste sozialistische Wohnstadt im Bezirk Potsdam“.¹¹⁰ Die Ludwigsfelder Wohnstadt war zwar städtebaulich nicht so ambitioniert wie die größere und weitaus stärker im Fokus der Öffentlichkeit stehende Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats Ost (Stalinstadt). Ebenso wie die im selben Zeitraum errichtete neue Wohnstadt in Hennigsdorf entstand sie jedoch „mit dem Anspruch sozialistischer Neugründungen“¹¹¹.



9. Abb.: Luftaufnahme der „sozialistischen Wohnstadt“ (um 1992)

Der Bau der Wohnstadt erfolgte in traditioneller Ziegelbauweise. Die Fassadenarchitektur lehnte sich bewusst an das „klassizistische Kulturerbe“¹¹² an und folgte damit dem zu dieser Zeit gültigen Leitbild der „schönen deutschen Stadt“¹¹³. Dem durch die zentralen Vorgaben festgesetzten architektonischen Zeitgeist und den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“ verpflichtet, suchten die entwerfenden Architekten für ihre Entwürfe Vorbilder in der „nationalen Bautradition“ und den regionalen Besonderheiten Brandenburgs. Insbesondere das Gartenportal von David Gilly am nahen Schloss Güterfelde und das Schloss Charlottenhof von Schinkel wurden zum architektonischen Leitmotiv erkoren. An den realisierten Gebäuden sind allerdings weniger die vom Architekten Stolze angeführten Anlehnungen an das klassizistische Vorbild als die Ähnlichkeiten zur konservativen Architektur der ersten Hälfte des

¹¹⁰ *Bartmann-Kompa/Kutschmar/Karn: Architekturführer Potsdam, S. 144; Hans Joachim Kramm (Hg.): Der Bezirk Potsdam, Geographische Exkursionen, Gotha 1989, S. 88.*

¹¹¹ *Thomas Topfstedt: Städtebau und Stadtplanung in Brandenburg seit 1945, in: Landesregierung Brandenburg (Hg.): Baukunst in Brandenburg, Köln, 1995, S. 238–255, hier S. 243.*

¹¹² *Stolze: Heinrich-Heine-Platz, S. 396.*

¹¹³ *Vgl. zum Leitbild der Nationalen Bautradition Topfstedt: Wohnen und Städtebau, S. 466–475; Durth/Düwel/Gutschow: Ostkreuz, S. 70–72.*

20. Jahrhunderts zu erkennen.¹¹⁴ Auch Stolze musste einräumen, „daß die Weiterentwicklung dieser wertvollen Tradition [des Klassizismus] nur zum Teil geglückt ist“. Städtebaulich griff die durch halbgeschlossene Blöcke und straßenbegleitende Zeilen geprägte Anlage historisch-konventionelle Formen des Siedlungsbaus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts auf. Obgleich die formelle gestalterische Anlehnung an das städtebauliche Leitbild der „Sechzehn Grundsätze“ in Ludwigsfelde eng ausfiel, sind die Vorläufer der städtebaulichen Lösung für die Wohnstadt Ludwigsfelde auch in den Jahren vor 1933 zu suchen, wie z.B. im Entwurf von Bruno Taut für die Siedlung Berlin-Britz.¹¹⁵ Ein Vorbild der städtebaulichen Planungen ist auch im – nicht so realisierten – Ursprungsentwurf für Eisenhüttenstadt von Kurt W. Leucht aus dem Jahre 1951 zu erkennen.¹¹⁶ Trotz geschlossener Baustruktur besaß die Wohnstadt eine sehr großzügige Freiflächenstruktur, die sich durch breite Straßenräume und begrünte Innenhöfe auszeichnete. Die detailliert geplante Bepflanzung und die Anlage der Wegstruktur sollte die gesamte Siedlung als gestalterische Einheit erlebbar machen.¹¹⁷



10. Abb.: „Wohnblock 12“ am Heinrich-Heine-Platz

Obwohl es zu mehreren Veränderungen des Bebauungsplans kam, blieben die städtebaulichen Grundprinzipien des Ursprungsentwurfs während der Ausführung weitgehend bestehen. Architektonisch und städtebaulich vergleichbare Siedlungen in gegenüber den Prestigeprojekten in Berlin und StalinStadt etwas zurückgenommener Gestaltung im Sinne der Nationalen Bautradition entstanden auch in anderen kleinen Industriestädten wie Lauchhammer¹¹⁸ oder Torgelow.¹¹⁹

¹¹⁴ Vgl. Noell/Walch: Ludwigsfelde, S. 47.

¹¹⁵ Vgl. Noell/Walch: Ludwigsfelde, S. 44.

¹¹⁶ Vgl. ebd.

¹¹⁷ Vgl. Karn: Freiflächen- und Landschaftsplanung, S. 151–159. Karn sieht im Entwurf zahlreiche Parallelen zum Ursprungsentwurf der Freiraumplanung für Eisenhüttenstadt, die ebenfalls durch Walter Funcke erfolgte, dort aber nicht in diesem Umfang umgesetzt wurde.

¹¹⁸ Hier wurden ab 1952 das Wohngebiet „Lauchhammer Ost“ und ab 1953 „Lauchhammer Mitte“ in „schlicht historisierender“ Gestaltung errichtet. Vgl. Ingrid Halbach u.a.: Architekturführer Cottbus. Stadt und Umgebung, Berlin/München 1993, S. 102.

¹¹⁹ Vgl. Ingrid Halbach/Ernst S. Heideck/Wolfgang Rechlin: Architekturführer Neubrandenburg. Stadt und Umgebung, Berlin 1991, S. 108.



11. Abb.: Maxim-Gorki-Straße um 1960

Das Straßensystem der Wohnstadt war in Form eines Fächers angelegt, der sich auf den neuen „Zentralen Platz“ an der Potsdamer Straße ausrichtete. Die Straßen innerhalb des Wohngebietes waren im Verhältnis zur Höhe der anliegenden, durchgehend dreigeschossigen Gebäude sehr großzügig bemessen. Zahlreiche Asymmetrien und die Brechung von Achsenbeziehungen sollten ein starres und monotones Straßenbild vermeiden; begrünte Wohnhöfe mit Spielplätzen sorgten für weitere gestalterische Belebungen.¹²⁰ Die rund 800 Wohnungen des ersten Bauabschnittes gruppieren sich um den Heinrich-Heine-Platz, der im Gegensatz zum projektierten „Zentralen Platz“ vorrangig der „Erholung der werktätigen Bevölkerung“¹²¹ dienen sollte. Wichtigstes Gestaltungselement war ein dort positioniertes Heinrich-Heine-Denkmal.¹²² Darüber hinaus besaß der Platz keine zentralen Funktionen; Geschäfte oder Gastronomie wurden hier nicht angesiedelt.

Der Aufbau der Wohnstadt blieb nicht ohne Brüche. Modifikationen entstanden vor allem dadurch, dass von Anbeginn der Bau von Industrieanlagen im Vordergrund stand, zu dessen Gunsten die urbane Infrastrukturausstattung und teilweise auch der Wohnungsbau immer wieder zurückgestellt wurden. Schon 1952, zu Beginn der groß angelegten Baumaßnahmen, musste angesichts der ungenügenden Fertigstellung der Produktionsanlagen der weitere Wohnungsbau und vor allem der Bau von Einrichtungen der Infrastruktur zeitlich gestreckt

¹²⁰ Vgl. *Noell/Walch*: Ludwigsfelde, S. 43.

¹²¹ *Stolze*: Heinrich-Heine-Platz, S. 400.

¹²² Das Denkmal von Waldemar Grzimek gilt als das erste figürliche öffentliche Heinrich-Heine-Denkmal in Deutschland. Ursprünglich sollte die erste Skulptur der Künstlers Grzimek ihre Aufstellung vor dem Gorkitheater im Berliner Zentrum finden. Der vorgestellte Entwurf wurde jedoch von der SED-Führung als zu wenig „kämpferisch“ empfunden, weshalb eine Ausstellung an dieser Stelle nicht in Frage kam. Vgl. *Michael Werner*: Heinrich Heine, in: *Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001, S. 484–501, hier S. 485. In der Folge kam es zur Aufstellung von zwei Versionen der Skulptur: In 1. kleinerer Fassung in Ludwigsfelde und in der 2. Fassung im Weinbergspark in Berlin. Im Jahre 2001 wurde die Entscheidung der SED durch die Aufstellung einer weiteren Kopie am Gorkitheater wieder revidiert, womit es nunmehr drei Versionen der Heineskulptur in Berlin und Umgebung gibt.

werden.¹²³ Als im Juni 1953 die staatliche Deutsche Investitionsbank Potsdam wegen fehlender fertiger technologischer Projekte für die vorgesehene Produktion im IWL eine weitere Finanzierung des „Gesamtvorhabens“ Ludwigsfelde ablehnte, wurden die Baumaßnahmen im Ort sogar kurzzeitig komplett eingestellt und einige nicht direkt mit der industriellen Produktion verbundene Vorhaben verschoben und in ihrem Umfang reduziert.¹²⁴ Auch in den folgenden Jahren geriet der eigentlich unverzichtbare Wohnungsbau durch die Probleme der industriellen Produktion im Werk immer wieder ins Stocken.¹²⁵ Im Verlauf der Ausführung erfolgten verschiedene Baukostensenkungen, die auch die künstlerische Gestaltung und technische Bauausführung beeinträchtigten, weshalb auch die Architekten rückblickend die mangelnde Qualität einiger Bauteile bedauerten.¹²⁶

Die Veränderungen der Prioritätensetzungen der staatlichen Investitionspolitik, die sich im Umfeld des 17. Juni 1953 zumindest zeitweise von der Schwerindustrie zur Konsumgüterproduktion verlagerten¹²⁷, verringerten die Bedeutung des lokalen Investitionsvorhabens und trugen zur Streichung weiterer vorgesehener begleitender Baumaßnahmen im Ort bei. Der Bau des von Anfang an geplanten Kulturhauses des Werkes begann entgegen den ersten Planungen schließlich erst 1956.¹²⁸ Die in den ersten Entwürfen vorgesehene Ausführung der vom Bahnhof in Richtung des neuen Zentralen Platzes durch das Baugebiet verlaufenden „Straße des Aufbaus“¹²⁹ als einer Einkaufsstraße wurde schon in der Anfangsphase der Realisierung angesichts der drängenden Versorgungsprobleme im Ort zugunsten von anderen Infrastrukturmaßnahmen aufgegeben.¹³⁰ Eine solche Ladenstraße hätte der gesamten Siedlung, die nun weitgehend ein reines Wohngebiet wurde, einen völlig anderen, städtischen Charakter verliehen. Innerhalb der Wohnstadt wurden schließlich nur einige Wohngebäude an den wichtigsten Straßen mit kleineren Läden ausgestattet. Lediglich ein aufgeweiteter Vorplatz am Bahnhof zeugt noch von dieser Ursprungsplanung für die „Straße des Aufbaus“.

Die „erste sozialistische Wohnstadt“ ist in ihrer Anfangszeit auch in Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse noch im engeren Sinne als eine Werkssiedlung zu klassifizieren, ähnlich wie die Daimlersiedlung der 1930er Jahre. Für die Errichtung der Wohngebäude war unmit-

¹²³ Vgl. BArch, DG 3/3201, Protokoll über die am 29.2.1952 im Büro des Kreisbaubetriebes stattgefundene Besprechung, Sonderbeauftragter des Ministeriums für Maschinenbau: „Bezüglich des Wohnbaues wurde durch den Sonderbeauftragten erklärt, daß beabsichtigt ist, von den vorgesehenen 800 Wohnungen vorerst im Jahre 1952 200–300 fertigzustellen, um in diesem Jahr mehr das Industriebauvorhaben voranzutreiben. Erst wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß der Gesamttermin für das Industriebauvorhaben per 31.3.53 gewährleistet ist, wird das Schwergewicht auf den Bau der restlichen 500–600 Wohnungen gelegt werden.“

¹²⁴ „Im Verlauf der weiteren Genehmigung von Investitionsmitteln mußten gegenüber der geschätzten Mittelplanung ca. 36 Mio. Mark eingespart werden.“ *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 8. Das hatte sich schon Monate vorher angekündigt. Vgl. BArch DG 3 3203, streng geheime Verschlusssache, Berlin 21.3.1953, Vermerk über den Besuch des VEB Industrierwerkes Ludwigsfelde am 19.3.1953, Blatt 3.

¹²⁵ So waren die Mittel für den Wohnungsbau des Jahres 1954 Ende 1953 noch nicht gesichert. Vgl. StadtAL Nr. 289 Planung Projekt Werkswohnungsbau 1952/53, Niederschrift über die Besprechung am 20.11.1953 über das Investitionsvorhaben Ludwigsfelde, o.S.

¹²⁶ *Stolze*: Heinrich-Heine-Platz, S. 400.

¹²⁷ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik, S. 19.

¹²⁸ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 8.

¹²⁹ Heutiger Name: Albert-Tanneur-Straße. Siehe zur Lage: Stadtplan im Anhang.

¹³⁰ Vgl. *Kadatz*: Ludwigsfelde, S. 21.

telbar der Aufbaustab im IWL zuständig.¹³¹ Die Wohnungen blieben nach Fertigstellung auch weitgehend in Eigentum und Verwaltung des IWL. Mit dem Bau von Werkswohnungen war in Ludwigsfelde ursprünglich ein ähnliches Konzept der Koppelung von Arbeitsplatz und Wohnung wie in der Sowjetunion verfolgt worden. Aus dieser direkten städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Verantwortung während der Aufbauphase zog sich der Betrieb aber bald zurück. Wie auch andernorts in der DDR nahm die Staatsführung schon zwischen 1956 und 1958 wieder von diesem Konzept Abstand und trennte Wohnungsbau- und -verwaltung zumindest institutionell von der Industrie. Beide Bereiche blieben jedoch trotz der formalen Trennung faktisch bis zum Ende der DDR auf das Engste miteinander verknüpft. Schon seit 1955 ging die Verwaltung und das Eigentum – „zum Buchwert“ – sukzessive auf die kommunale VEB Wohnungswirtschaft über.¹³² Seit 1956 erfolgte auch die Übertragung der Rechte an Schulen, Straßen und Bürgersteigen an staatliche Träger.¹³³ Die abschließenden Bauprojekte wurden noch bis 1957 in direkter Verantwortung des Werkes vorgenommen und nicht von lokalen staatlichen Stellen koordiniert.¹³⁴

Bis Mitte der 1950er Jahre wurde, abgesehen von der Zurückstellung des Baus von einigen Blöcken im Norden des Gebietes, der Großteil der Wohnungen nach dem ursprünglichen Plan erstellt. Schon 1952 entstand außerdem am Ende der Maxim-Gorki-Straße die neue dreigeschossige Mittelschule als bislang größte Einrichtung der sozialen Infrastruktur im Ort. Die zentrale Wäscherei – ursprünglich ebenfalls als eine wichtige Gemeinschaftseinrichtung innerhalb der Wohnstadt konzipiert – wurde erst 1955 ausgeführt, nachdem sie ebenso wie drei Wohnblocks im Norden des Gebiets zunächst nicht realisiert worden waren.¹³⁵ Die gestalterischen Veränderungen des Ursprungsentwurfs zwischen 1952 und 1956 haben die Qualitäten des ursprünglichen Entwurfs in einigen Punkten geschmälert; insgesamt entstand eine Siedlung mit beachtlichen gestalterischen Qualitäten und hohem Wohnwert. Eine Broschüre des Industrierwerkes aus den 1960er Jahren feierte die baulichen Errungenschaften der ersten Wohnstadt, da mit ihr „zum ersten Mal in der Geschichte des Ortes [...] der Fortschritt ein[zog]. Die Einwohner waren und sind stolz.“¹³⁶ Der sehr hohe gestalterische Anspruch der Siedlungsanlage verdeutlicht auch die Bedeutung, die dem Aufbau Ludwigsfeldes in diesen Jahren durch die Staats- und Parteiführung im Rahmen des Industrialisierungsprozesses beigemessen wurde.

¹³¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506, IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 134, Aufbauleitung, Schriftwechsel mit Bau-Unionen, u.a. Protokolle über Einwohnerversammlungen 1953–1954.

¹³² Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 20.7.1955, o.S.

¹³³ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 26.9.1956, S. 1.

¹³⁴ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1956, S. 1.

¹³⁵ Vgl. *Noell/Walch*: Ludwigsfelde, S. 44.

¹³⁶ O.V.: Ludwigsfelde. Ein großes Werk in einer jungen Stadt, Ludwigsfelde [Broschüre über die Stadt 1965], o.S.

Der „Zentrale Platz“ der „sozialistischen Wohnstadt

Einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtplanungen der 1950er Jahre bildete die Konzeption eines neuen gesellschaftlichen Zentrums für Ludwigsfelde am „Zentralen Platz“ nahe dem Schnittpunkt der Potsdamer Straße mit der Autobahn am Nordwestrand der sozialistischen Wohnstadt. Am „Zentralen Platz“ waren vor allem Einrichtungen der Verwaltung und der Kultur und – funktionell deutlich untergeordnet – auch Einkaufsmöglichkeiten vorgesehen, womit die Planung den Anfang der 1950er Jahre in der DDR geltenden Leitlinien für die Gestaltung der Stadtmitten folgte.¹³⁷



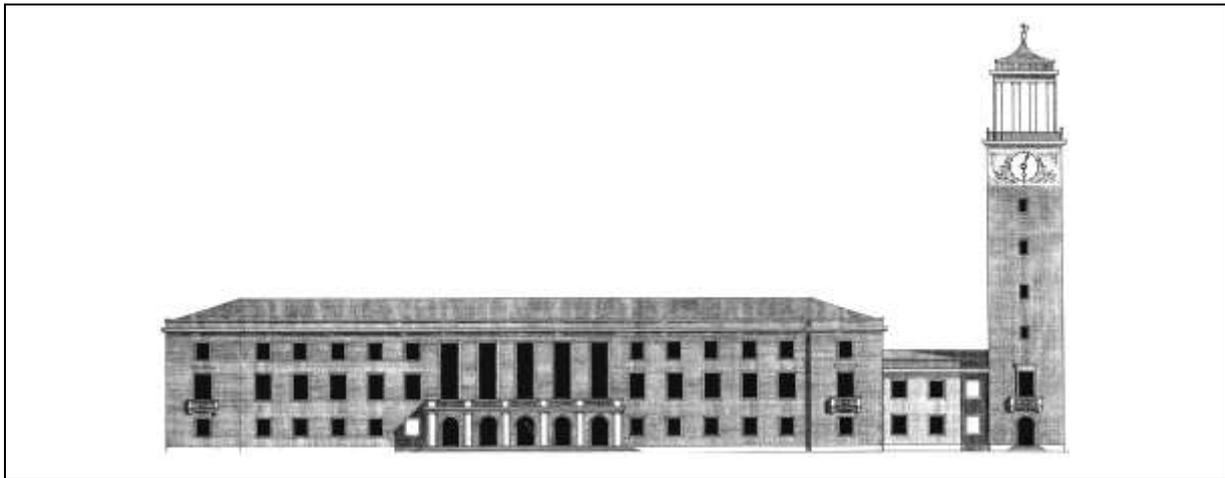
12. Abb.: „Zentraler Platz“, Entwurf, Stand 1952

Dieses politisch motivierte Prinzip der Funktionszuweisung der Stadtmitte bestimmte die Gestaltung des zentralen öffentlichen Raums in den Städten der DDR in den frühen 1950er Jahren nachhaltig. Die Konzeption der Zentralen Plätze in den Städten war weniger auf die Funktion als Konsumzentrum sondern primär auf staatliche Repräsentation und die Durchführung von Demonstrationen ausgerichtet.¹³⁸ Demonstrationspläne, die typischerweise einen essentiellen Teil der städtebaulichen Konzeption von DDR-Städten in den 1950er Jahren bildeten, lassen sich für Ludwigsfelde zwar nicht auffinden. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass sie auch für Ludwigsfelde ebenso wie für andere kleine Städte erstellt wurden.¹³⁹ Diese Pläne orientierten die Stadtentwicklung auf die möglichst optimale Durchführbarkeit der großen politischen Kundgebungen.

¹³⁷ Vgl. zu Prinzipien der Zentrumsgestaltung in den 1950er Jahren: *Durth/Düwel/Gutschow: Aufbau*, S. 72–73.

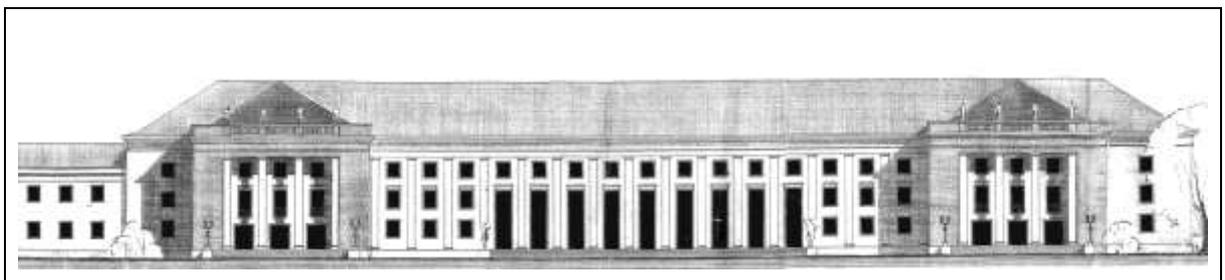
¹³⁸ „Kundgebungen dienen einer öffentlichen Inszenierung der Macht, und durch regelmäßige Wiederholung solcher öffentlichen Rituale sollte der Fortbestand der Macht gesichert werden.“ *Durth/Düwel/Gutschow: Aufbau*, S. 59.

¹³⁹ Für andere kleine Industrieorte, die in jenen Jahren in der Umgebung von Ludwigsfelde ausgebaut wurden, bestanden nachweislich solche Planwerke. Vgl. für Wildau: BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 1632, Abt. Aufbau Stadt und Dorfplanung 1952–1954, Abt. II/1 Städtebau Ja/Ra Erläuterungsbericht zur Ortsplanung Wildau, S. 3; für Hennigsdorf: BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag



13. Abb.: Rathaus, Entwurf, Stand Januar 1953

Städtebaulich war der „Zentrale Platz“ in Ludwigsfelde als eine monumentale Platzanlage mit Rathaus, „Kulturpalast“, Hotel und wenigen Einkaufsmöglichkeiten projektiert.¹⁴⁰ Mit dieser Randbebauung wies der Platz ein Raum-, Bau- und Nutzungsprogramm auf, wie es ebenfalls in vielen anderen Städten der DDR unter der Prämisse der „Nationalen Bautradition“ in den frühen 1950er Jahren vorgesehen war.¹⁴¹ Auch das architektonische Konzept des Zentralen Platzes folgte in seinem radikalen Historismus den Leitbildern der „Nationalen Bautradition“. Allerdings wurde die Zielvorstellung der regional geprägten „schönen deutschen Stadt“ hier – im Gegensatz zur eigentlichen Sozialistischen Wohnstadt – gestalterisch über alle Maßen weit interpretiert und erinnert kaum an andere Bauten der frühen 1950er Jahre in der brandenburgischen Region. Die gestalterischen Vorbilder der ersten Entwürfe für ein monumentales Rathaus mit einem großen Turm als Höhenakzent scheinen weniger aus Brandenburg denn aus Südeuropa entlehnt zu sein. Der Entwurf des von der Aufbauleitung beauftragten bezirklichen Hochbauprojektierungsbüros Erfurt erinnerte in seinen architektonischen Details eher an spanische oder italienische Kommunalbauten als an nord- oder ostdeutsche Rathausbautraditionen.¹⁴²



14. Abb.: Kulturpalast, Entwurf, Stand Januar 1953

und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 1632, Gesamtanalyse zur städtebaulichen Planung von Hennigsdorf, 30.11.1951, Ministerium für Aufbau, S. 7.

¹⁴⁰ Vgl. Noell/Walch: Ludwigsfelde, S. 41–44.

¹⁴¹ Zum Bauprogramm zentraler Plätze in der DDR vgl.: Durth/Düwel/Gutschow: Aufbau, S. 75; zum Anspruch der Gestaltung der Zentren der Städte durch monumental ausgeführte Bauten für Politik, Bürokratie und Kultur vgl. Grundsatz 6 der 16 Grundsätze des Städtebaus, zitiert in *ebd.*, S. 86.

¹⁴² Vgl. StadtAL Nr. 694 Kulturhaus, Verwaltungsgebäude, Entwurfsbüro für Hoch- und Industriebau Erfurt, den 4.2.1953, Planzeichnung. Im Vergleich zum Entwurf des Gesamtplatzes von 1952 zeigen sich deutliche gestalterische Abweichungen in der architektonischen Gestaltung.

Der Entwurf des „Kulturpalastes“ glich hingegen einem veritablem Barockschloss, dem durch seine deutlichen gestalterischen Anklänge an das zu diesem Zeitpunkt noch in Ruinen erhaltene Potsdamer Stadtschloss, zumindest in gewisser Weise regionaler Traditionsbezug zu attestieren ist.¹⁴³ Keinerlei lokalen Bezug hatte die räumliche Ausdehnung der Platzanlage, die sowohl für die damalige wie die projektierte Größe des Ortes weit überdimensioniert erscheint.¹⁴⁴ Seine gigantischen Ausmaße können nur vor dem Hintergrund einer schier grenzenlosen Zuversicht in eine positive Entwicklung des Ortes unter den Bedingungen des Sozialismus und des Ausbaus der Schwerindustrie verstanden werden.



15. Abb.: Kulturhaus Ludwigsfelde (Klubhaus „Arthur Ladwig“, Aufnahme um 1960)

Vom ursprünglichen Bauprogramm wurde infolge der Mittelkürzungen nach 1953 nach gestalterischen Vereinfachungen und baulichen Verkleinerungen bis 1959 anstelle des „Kulturpalastes“ nur das – für einen kleinen Ort immer noch extrem große – Kulturhaus „Klubhaus Arthur Ladwig“ des Industriewerks realisiert, nun in deutlich zurückgenommenen Formen der „Nationalen Bautradition“.¹⁴⁵ Die weiteren geplanten öffentlichen Einrichtungen kamen nur in Ansätzen zur Ausführung. Das Rathaus mit seinem monumentalen Turm, das geplante Hotel und die weiteren Freiraumgestaltungen entfielen schließlich gänzlich.

Von einem Zentrum, das „bereits städtischen Charakter trug“¹⁴⁶, wie es in Außendarstellungen des Werkes hervorgehoben wurde, konnte in Ludwigsfelde angesichts der fragmentarischen Realisierung der Ursprungspläne keine Rede sein. Neben dem Kulturhaus „Klubhaus Arthur Ladwig“ und dem erst 1960 in moderner Gestaltung errichteten Kaufhaus prägten Parkplätze, Brachflächen und eine stehen gebliebene Baracke der SS-Wachmannschaften

¹⁴³ Insbesondere die nach Süden gerichtete Seite des Stadtschlusses weist in ihrer gesamten Komposition und in Details der zwei säulenbesetzten Seitenflügel und den mit Figuren bestandenen Balustraden erhebliche Ähnlichkeiten zur Hauptfront des Kulturpalastes auf.

¹⁴⁴ Deutliche Ähnlichkeiten finden sich jedoch zu den Wettbewerbsentwürfen zum „Zentralen Platz“ des viel größeren Stalinstadt. Vgl. *Palutzki*, S. 108.

¹⁴⁵ Der Architekt war Erich Wachlin. Vgl. *Bartmann-Kompa/Kutschmar/Karn*: *Architekturführer Potsdam*, S. 144.

¹⁴⁶ O.V.: Ludwigsfelde. Ein großes Werk in einer jungen Stadt, Ludwigsfelde [Broschüre über die Stadt 1965].

der NS-Arbeitslager fast 40 Jahre die Mitte der Stadt. Diese Baracke musste der Rat der Gemeinde bis zum Ende der DDR als seinen Hauptsitz nutzen, da es auch später nie zu einem Rathausbau kommen sollte. Die marginale Rolle der Kommune wurde durch diese augenfällige Vernachlässigung der baulichen Unterbringung ihrer Verwaltung besonders nachdrücklich symbolisiert.¹⁴⁷



16. Abb.: Rathausbaracke um 1990

Die Rolle der Kommune während der Aufbauplanung

Während der Erarbeitung der städtebaulichen Planungen für die „Sozialistische Wohnstadt“ und bei der Erstellung des ersten Entwurfs für den „Zentralen Platz“ konnten weder die Gemeindeverwaltung noch die Gemeindevertretung von Ludwigfelde einen nachweisbaren Anteil nehmen. Alle Entscheidungen und Projektierungen erfolgten durch die Staats- und Parteistellen; in der Anfangsphase war sogar das Werk weitgehend direkt für Konzeption und Umsetzung verantwortlich. Nach der Begründung des Bezirks Potsdam 1952 gewannen sukzessive auch dessen Institutionen eine wichtige Rolle im Rahmen der städtebaulichen Planung. Entscheidender Akteur blieb jedoch zunächst die Aufbauleitung des IWL. Die sich in diesen Jahren erst mühsam formierende Gemeinde Ludwigfelde gewann bei den Bauausführungen und der weiteren Ausgestaltung des Wohngebietes kaum Mitwirkungsmöglichkeiten. Selbst minimale Informationspflichten wurden seitens des Werkes weitgehend missachtet. Da sich die Betriebsleitung des Industrierwerkes selten zu direkten Kontakten mit dem Ort bereit erklärte, war der Aufbauleiter des IWL der wichtigste Ansprechpartner der Gemeinde in städtebaulichen Fragen.

Auch die Errichtung des Kulturhauses erfolgte noch ausschließlich in Verantwortung des Betriebes, der sich über Einzelheiten der Planung entgegen den Wünschen der Gemeinde

¹⁴⁷ Zur Frage des Rathausbaus bis 1989 siehe 4.4.6 Fallstudie: Grenzen der Lokalpolitik: Der fehlende Rathausbau, S. 334.

nicht mit der örtlichen Verwaltung und der Ludwigsfelder Bevölkerung auseinandersetzen wollte, da bei werkseigenen Bauvorhaben – wie der Aufbauleiter des IWL ausführte –,

„das Werk bzw. die Werksleitung nicht verpflichtet [sei], irgendjemand davon zu unterrichten. Gesetzlich festgehalten ist, daß das IWL dem Planträger seine Wünsche äußert und dieser die amtlichen Stellen unterrichtet.“¹⁴⁸

Der Gemeinderat wollte sich mit dieser Missachtung nicht abfinden, verfügte jedoch außer verbalen Appellen an Werk und Bezirk über keine Sanktionsmittel. Der Gemeinderat kritisierte die „Isoliertheit des Werkes in Baufragen“ und die unzureichende Information auch in Bezug auf Wohnungsbaumaßnahmen und bestand 1956 auf dem Recht der Mitwirkung der Bevölkerung an der Struktur der zukünftigen Wohngebäude für die „Zweite Wohnstadt“.¹⁴⁹ Auch der Erste Sekretär der Ortsparteileitung Maschke protestierte dagegen, dass „das IWL stets wünscht, daß der Gemeinderat bzw. der Bürgermeister zum Werk kommt und katzbuckelt.“ Die formale Mitwirkungskompetenz der örtlichen Staatsorgane sollte seiner Auffassung nach besser respektiert werden. „Es geht nicht an, daß sich die Werksleitung über derlei Dinge erheben fühlt.“¹⁵⁰ Nach Auffassung des Gemeinderats würde die wiederholte Missachtung des Ortes auch zur Verärgerung der Einwohner führen, „denn sie haben doch das Recht auf Mitbestimmung über die zukünftigen Wohnmöglichkeiten.“¹⁵¹ Diese selbstbewusste Forderung nach lokaler Mitbestimmung bei der Stadtentwicklung hatte jedoch in den 1950er Jahren kaum Aussicht auf Erfolg. Das IWL fand sich nur sehr unwillig überhaupt zu Gesprächen mit den örtlichen Institutionen bereit und blieb gegenüber weitergehenden Forderungen von Gemeinde und Ortspartei weitgehend reserviert.

Noch war der Ort Ludwigsfelde wenig mehr als eine Werkssiedlung am Rande einer großen Fabrik, über deren Schicksal vor allem Staat, Partei und Industrie entschieden. Eine eigene Handlungsmacht in den entscheidenden Aushandlungsprozessen musste sich der Ort erst mühsam in den folgenden Jahren erarbeiten. Mit dem Ausscheiden des Werkes aus der direkten Umsetzung von Bauvorhaben in den Jahren nach 1957 verloren städtebauliche Aspekte in den Kontakten mit dem Betrieb jedoch an Relevanz, während andere Konflikte, z.B. in Fragen der Wohnraum- und Ressourcenverteilung, bestehen blieben. Die Auseinandersetzungen über städtebauliche Fragen verlagerten sich seit den späten 1950er Jahren vor allem auf die Beziehung mit dem nunmehr entscheidenden Bezirk.

Übergeordnete Planungen wurden auch in den folgenden Jahren dem Rat der Gemeinde vom Bezirk in der Regel lediglich in einem fortgeschrittenen Stadium „vorgestellt“. Die Gemeinde konnte ihre Ansichten während der Planungsphase einbringen; von einer nachhaltigen Teilnahme am Planungsprozess konnte jedoch keine Rede sein. Ludwigsfelde war dennoch bemüht in alle Neuplanungen auch Folgerungen aus den bestehenden Defiziten einfließen zu lassen. Informelle Prozesse gewannen vor diesem Hintergrund eine besondere

¹⁴⁸ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1956, S. 2.

¹⁴⁹ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.3.1956, S. 2.

¹⁵⁰ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1956, S. 2.

¹⁵¹ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.3.1956, S. 2.

Bedeutung. Ansprüche der Stadt konnten vor allem mit dem Hinweis auf die große Bedeutung der ansässigen Industrie untermauert werden. Wollte der Ort seine lokalen Interessen einbringen, galt es in Aushandlungsprozessen hartnäckig eigene Ansprüche zu formulieren und im günstigen Augenblick, wenn zentrale Ressourcen bereitgestellt wurden, bereits erschlossene Grundstücke und Standortalternativen zur Realisierung lokaler Vorhaben anbieten zu können. Ein Hindernis bei der Formulierung und Durchsetzung lokaler Ansprüche war neben dem Defizit an Entscheidungskompetenzen das weitgehende Fehlen eigener Kapazitäten für Städtebau- und Stadtentwicklungsplanung innerhalb des Verwaltungsapparates. Ludwigsfelde verfügte als kleine Stadt über keinen ausgebauten Planungsapparat. Nur der Bezirk und der Kreis besaßen in der DDR örtlich geleitetes Bauwesen und eigene Planungskapazitäten. Auf der untersten administrativen Ebene gab es entweder keine oder nur wenige in der Verwaltung beschäftigte Architekten bzw. Stadtplaner. Für diese Kommunen wurden die Aufgaben der Stadtplanung weitgehend vom bezirklichen Planungsbüro übernommen. Die traditionellen Stadtplanungsämter existierten in den Städten der DDR bereits seit 1953 nicht mehr – in Ludwigsfelde hatte es diese Einrichtung sogar niemals gegeben. Ab 1952/53 wurden stattdessen zur Zentralisierung stadtplanerischer Aufgaben auf der Bezirksebene die Entwurfsbüros für Stadt- und Dorfplanung begründet.¹⁵² In den 1960er Jahren wurden auf dieser Basis schließlich die Büros für Städtebau geschaffen, die bis zum Ende der DDR die wichtigsten Institutionen für die städtebauliche Planung in der DDR blieben.¹⁵³ Im Rahmen dieser Umstrukturierung erfolgte die Auflösung noch existierender sonstiger Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung. Nur in den größeren Städten entstand als örtliche Stadtplanungsinstitution später die Funktion des „Stadtarchitekten“. Vollwertige lokale Büros für Stadtplanung besaßen nur die 14 Bezirkshauptstädte und weitere 13 kreisfreie Städte.¹⁵⁴ Klassische Bauämter bestanden weiterhin auf Stadt- und Kreisebene, die jedoch in der Regel kaum stadtplanerische Aufgaben übernahmen, sodass die Mehrzahl der kreisfreien Städte gänzlich auf die Planungskapazitäten der bezirklichen Büros für Städtebau angewiesen war.¹⁵⁵ Ihre Planungen wurden wesentlich durch die von den Staats- und Parteistellen festgelegten politischen Vorgaben zur städtebaulichen Gestaltung bestimmt. Darüber hinaus hing ihr gestalterischer Spielraum von den ökonomischen Kennziffern ab, die sie von der staatlichen Plankommission und Bezirksplankommission vorgegeben bekamen. Die Mitwirkungskompetenz der kleineren Städte blieb angesichts der faktischen Macht- und Ressourcenverteilung zumeist nur sehr formaler Natur.

¹⁵² Vgl. *Betker*: Handlungsspielräume, S. 16. Die Thematik der kommunalen Stadtplanungskompetenz und des Institutionengefüges wird ausführlich dargestellt in der Studie: *Betker*: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 153–180. Die Analyse bezieht sich dort jedoch auf größere Kreis- und Bezirksstädte, die mit Ludwigsfelde nicht zu vergleichen sind, da sie über eigene Stadtplanungsabteilungen verfügten.

¹⁵³ Teile der eigentlichen Bauabteilung gingen in die Projektierungsbüros der Wohnungsbaukombinate über. Für regionalplanerische Aufgaben entstanden außerdem die Büros für Territorialplanung, die den bezirklichen Plankommissionen zugeordnet waren.

¹⁵⁴ Vgl. *Betker*: Handlungsspielräume, S. 16 und *Betker*: Weltfrieden, S. 284.

¹⁵⁵ Die Büros für Städtebau waren eine nachgeordnete Einrichtung und unterstanden innerhalb der Bezirksverwaltung dem Bezirksbaudirektor. *Betker*: Weltfrieden, S. 284.

Neben den für die städtebauliche Planung verantwortlichen Organen besaßen in Hinblick auf Ludwigsfelde auch die Institutionen des Bauwesens entscheidenden Einfluss auf die Stadtentwicklung. In der gesamten DDR setzten sich seit den 1950er und 1960er Jahren die großen Wohnungsbaukombinate mit ihren pragmatischen Planungen gegen die gestalterischen Ansprüche der staatlichen Akteure in den Städten und Kreisen durch.¹⁵⁶ Die vorwiegend an der reinen Quantität des Wohnungsbaus und der abstrakten Erfüllung der Planvorgaben orientierten Organe des Bezirkes, insbesondere die Bezirksplanungskommission und das Wohnungsbaukombinat, waren den Wünschen der Gemeinde Ludwigsfelde kaum zugänglich. Der Rat der Stadt gewann 1966 den Eindruck, dass „die Baubetriebe das Baugeschehen selbst in der Hand haben und nicht mehr das Bezirksbauamt und die Bezirksplankommission“¹⁵⁷.

3.2.4 Exkurs: Die kleineren Arbeitgeber in der Stadt 1945 bis 1989

Seit 1952 wurden Alltag und ökonomisches Profil von Ludwigsfelde von einem industriellen Großbetrieb dominiert. Der Ort kann dennoch nicht ausschließlich auf seine Funktion als Arbeitskräftereservoir des Industrierwerkes reduziert werden. Neben dem IWL waren in Ludwigsfelde auch mehrere mittelgroße und zahlreiche kleinere volkseigene Betriebe, Genossenschaften, staatliche Einrichtungen und einige kleine Privatunternehmen ansässig.

Im Jahr 1957 war der sogenannte gewerbliche „Mittelstand“ nach DDR-Diktion im Ort durch 42 Handwerksbetriebe und 15 private Einzelhändler sowie elf Fuhrunternehmer, zwei Gaststätten, zwei Sägewerke, einen Desinfektor und einen Berater in Steuersachen vertreten.¹⁵⁸

Wichtige Arbeitgeber waren in Ludwigsfelde darüber hinaus die Lehrerfortbildungsanstalt in Struveshof am Nordrand der Gemeinde und die verschiedenen Reichsbahndienststellen am Bahnhof. Neben dem IWL bzw. ab 1963/54 AWL und seiner späteren Abspaltung, dem INL¹⁵⁹, war der VEB Rohrleitungsbau der größte und traditionsreichste Betrieb in Ludwigsfelde. Der Rohrleitungsbau war ursprünglich aus einem privaten Betrieb hervorgegangen, der unmittelbar nach dem Krieg gegründet und bereits 1947 in das neu gebildete Kommunale Wirtschaftsunternehmen (KWU) übernommen worden war.¹⁶⁰ 1953 entstand aus den Abteilungen Klempnerei und Elektroinstallation der KWU der „VEB Klempnerei und Elektroinstallation Ludwigsfelde“. Seit September 1954 firmierte dieser Bereich unter dem Namen „VEB (K) Rohrleitungs- und Elektrobau“. Seine Aufgaben waren u.a. die Durchführung von Reparaturarbeiten, der Ausbau, die Erneuerung und Umstellung von Energieversorgungsnetzen. Außerdem war der Betrieb am Wohnungsbau und am weiteren Ausbau des IWL beteiligt.¹⁶¹ Anfang der 1960er Jahre gewann das Tätigkeitsgebiet „technischer Rohrleitungsbau“ auch außerhalb der Bezirksgrenzen immer mehr an Bedeutung.¹⁶² Mit der Anfang 1965 erfolgten

¹⁵⁶ Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 434; *Betker*: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 315–320.

¹⁵⁷ StadtAL Nr. 171001 007, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 14.4.1966, S. 2.

¹⁵⁸ Vgl. *ebd.*, S. 8.

¹⁵⁹ Siehe: 3.2.6 Das Instandsetzungswerk Ludwigsfelde (INL), S. 109

¹⁶⁰ Vgl. *Birk/Dalichow*: Rohrleitungsbau, S. 32.

¹⁶¹ Vgl. *ebd.*, S. 34.

¹⁶² 1963 wurde der Betrieb in die neugebildete „VVB Rohrleitungen und Isolierungen Leipzig“ eingegliedert.

Ausgliederung der Elektroabteilung wurde der Betrieb in VEB Rohrleitungsbau Ludwigsfelde (RLB) umbenannt. Der RLB verfügte über ein ausgedehntes Gelände im Ortsteil Struveshof am Rande von Ludwigsfelde. Bis 1985 wuchs der Betrieb auf 500 Beschäftigte an.¹⁶³

Eine Selbstdarstellung des Betriebes in einer Broschüre der Ortsgeschichte aus den 1980er Jahren trug den Titel „Am Rande gelegen und doch keine Randerscheinung – der VEB Rohrleitungsbau Ludwigsfelde“¹⁶⁴. Der Rohrleitungsbau betonte vor den Stadtverordneten regelmäßig seine zuverlässigen Leistungen für die örtliche Gemeinschaft, nicht ohne den Hinweis, dass die anderen Betriebe „zum Ärgernis vieler Bürger Probleme der Stadt nicht lösen“¹⁶⁵. Diese Darstellung eigener Leistungen für die Stadt war auch mit Forderungen nach besserer Berücksichtigung der betrieblichen Interessen bei Infrastruktur und Wohnungsverteilung verbunden. Das RLB war durch sein Profil von großem Interesse für die Gemeinde. Insbesondere bei vielen städtischen Modernisierungen und Bauten kam ihm eine Schlüsselrolle zu. Durch seine Verfügungsgewalt über die Ressource Rohre besaß er ein für die städtische Infrastruktur wichtiges und in der DDR sehr begehrtes Produkt.

Mit der im Spätherbst 1976 erfolgten Verlegung einer Garnison der Nationalen Volksarmee nach Ludwigsfelde erhielt die Stadt einen weiteren wichtigen Akteur in der Ludwigsfelder Kommunalpolitik. Vergleichbar mit den Betrieben wurde auch die Garnison ein Anbieter verschiedener kommunaler Dienstleistungen. Vor allem durch die Errichtung und den Betrieb eines Jugendclubs wurde die NVA ein wichtiger Bestandteil des städtischen Lebens. Die Stadt bemühte sich um eine symbolische Integration dieses Akteurs. Seit 1.11.1976 wurde den Angehörigen des Truppenteils durch Ratsbeschluss bestätigt, dass sie „nicht nur Gäste, sondern Bürger der Stadt Ludwigsfelde“¹⁶⁶ seien. In der Folgezeit wurden mehrfach Verträge zwischen dem Rat der Stadt und dem Truppenteil geschlossen, in denen die Verantwortung jeder Seite festgeschrieben ist.¹⁶⁷ Die NVA unterhielt z.B. Partnerschaftsbeziehungen zu gesellschaftlichen Organisationen, Schulen und Betrieben.

3.2.5 Die neue Perspektive für den Ort? Die Flugzeugturbinenproduktion

Nach dem bereits ab 1956 absehbaren Fehlschlag der Dieselmotorenproduktion im IWL konnte die Auslastung des gerade errichteten großen Werkes lediglich durch die Fertigung von Motorrollern und weiteren kleineren Produktionslinien nicht dauerhaft gesichert werden. Auch „Der Spiegel“ berichtete 1956 in einer der wenigen Erwähnungen, die Ludwigsfelde in der bundesrepublikanischen Presse fand, detailliert von den wiederholten Produktions-

¹⁶³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 500, Kategorisierung der Städte im Bezirk Potsdam, Rang- und Reihenfolge der Industriebetriebe des Bezirks 1985, S. 2.

¹⁶⁴ *Birk/Dalichow*: Rohrleitungsbau, S. 32–35.

¹⁶⁵ StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 16.1.1985, Jahresplan 1985, Diskussionsbeitrag des Abgeordneten Bernd Kersten als Vorsitzender der Ständigen Kommission Planung und territoriale Rationalisierung und als Vertreter des Rohrleitungsbaues, S. 2.

¹⁶⁶ *Richard Wagner*: Garnisonsstadt Ludwigsfelde, in: *Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten*, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 60–66, hier S. 60.

¹⁶⁷ Vgl. *ebd.*, S. 60–62.

schwierigkeiten im Ort.¹⁶⁸ Durch den seit Mitte der 1950er Jahre geplanten Aufbau einer eigenen Luftfahrtindustrie in der DDR bildete sich jedoch bald eine neue und zunächst zukunftssträchtige industrielle Perspektive heraus: Durch Beschlüsse der SED-Parteiführung und der höchsten Staatsorgane wurde nach Jahren der Unsicherheit schließlich 1957 festgelegt, dass das nicht ausgelastete Industrierwerk zum Fertigungsstandort für Turbinenluftstrahltriebwerke für das neue DDR-Düsenpassagierflugzeug 152 umprofilert werden sollte.¹⁶⁹ Die Triebwerke vom Typ TL 014 waren von ostdeutschen Luftfahrtexperten in der Sowjetunion und in Pirna entwickelt und erprobt worden. In Kooperation mit weiteren Fertigungsstandorten in Sachsen wäre die DDR damit in der Lage gewesen, vollwertige Passagierflugzeuge für Mittelstrecken herzustellen und auch zu exportieren. Die Luftfahrtindustrie galt als ein wichtiges Prestigeobjekt der jungen DDR, in das erhebliche Mittel investiert wurden.¹⁷⁰ Der Aufbau der Flugzeugturbinenproduktion wie der ebenfalls geplante verstärkte Wohnungsbau in Ludwigsfelde sollten einen wichtigen Bestandteil der forcierten Industrialisierungsanstrengungen des „Siebenjahrplanes der DDR“ bilden,¹⁷¹ der den 1959 abgebrochenen und damit gescheiterten zweiten Fünfjahresplan ersetzte. Das hochgesteckte Ziel des neuen Plans sah in den Jahren von 1959 bis 1965 für die DDR die Erreichung des Lebensstandards der Bundesrepublik vor.¹⁷²

Ludwigsfelde besaß durch seine Tradition als Standort der Luftfahrtindustrie aus der Zeit vor 1945 aus Sicht der Staats- und Parteiführung potenziell gute Voraussetzungen für diese anspruchsvolle neue Produktionslinie. Im IWL arbeiteten Mitte der 1950er Jahre einige Hundert ehemalige Beschäftigte von Daimler und anderen Werken der deutschen Flugzeugindustrie aus der Zeit vor 1945, wie Junkers, Heinkel, Henschel und Arrado. Diese Facharbeiter, Meister und Ingenieure wurden aus dem ganzen Berliner Raum gezielt wieder für die Ludwigsfelder Produktion angeworben. Im Laufe der 1950er Jahre nahm ihre Zahl innerhalb der Ludwigsfelder Belegschaft deutlich zu. Systematisch wurden zur Überwachung des Qualifikationsprofils des Werks Statistiken über die früheren Arbeitgeber der Beschäftigten angefertigt.¹⁷³ Im Rahmen des Aufbauprozesses für die neue Flugzeugturbinenproduktion stieg die Gesamtzahl der Werk tätigen im IWL bis 1960 auf etwa 4.000 an. Parallel wuchs die Bevölke-

¹⁶⁸ „Nach freiwirtschaftlichen Begriffen hätte das volkseigene Industrierwerk Ludwigsfelde, das aus dem ehemaligen Daimler-Benz-Flugmotoren-Werk Genshagen hervorgegangen ist, schon längst Konkurs anmelden müssen. Die Bilanz des Betriebes wies Ende September sieben Millionen Mark Verlust aus. Die Entstehung dieses Defizits gehört zu den finstersten Kapiteln volksdemokratischer Wirtschaftsfehleistungen.“ Beerdigungsfeier am Lohnstag, in: *Der Spiegel* 50, 1956 vom 12.12.1956, S. 20.

¹⁶⁹ Vgl. *Birk*: Geschichte und Geschichten, Teil II, S. 18; *Germann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 50.

¹⁷⁰ Vgl. *Ritter*: DDR, S. 175.

¹⁷¹ „Die Flugzeugindustrie hat für den In- und Auslandsflugverkehr Hochleistungsflugzeuge mit Strahltriebwerken für den Einsatz auf mittleren Flugstrecken zu entwickeln und zu produzieren.“ (Der Siebenjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik, beschlossen von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Oktober 1959, S. 23. Dabei erfolgte jedoch keine direkte Erwähnung Ludwigsfeldes. Vgl. auch *Walter Ulbricht*: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes, Gesetz über den Siebenjahrplan 1959–1965, Berlin 1959, S. 193.

¹⁷² Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 63.

¹⁷³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 Nr. 550, PK Kader/Grundsatzfragen: Ehemalige Konzernzugehörigkeit zur Kaderstatistik, Stand am 31.12.1960, Ludwigsfelde 16.1.1961, S. 1.

rungszahl des Ortes bis 1959 auf 10.000 Einwohner und erreichte damit den doppelten Umfang gegenüber dem bisherigen Höchststand von 1945.

Auch bei diesem neuen ambitionierten Projekt stellte sich wie bei der Produktion des Schiffsdieselmotors jedoch bald heraus, dass die technische Erprobung noch nicht abgeschlossen war, als in Ludwigsfelde mit der Fertigung begonnen wurde.¹⁷⁴ Im April 1958 konnte nach einigen Schwierigkeiten zwar der erste Prototyp des Turbinenflugzeugs der Öffentlichkeit vorgestellt werden, das Absturzungsglück des Prototyps im März 1959 verzögerte den regulären Produktionsbeginn jedoch weiter.¹⁷⁵

Die Aussicht auf eine positive Entwicklung von Ludwigsfelde erhielt einen wesentlichen Dämpfer, als sich Ende 1960 immer deutlicher die Unrealisierbarkeit des industriellen Großprojektes der Schaffung einer Flugzeugindustrie in der DDR zeigte. Entscheidend war letztlich nicht die technische Problematik, sondern der nunmehr deutlich formulierte Anspruch der Sowjetunion auf das Monopol für diese Schlüsseltechnologie im sozialistischen Block. Der Abschied vom prestigeträchtigen Flugzeugbau, in den schon gewaltige Summen geflossen waren, fiel der Staats- und Parteiführung der DDR sehr schwer. Am 28.2.1961 musste das Politbüro der SED aber das Scheitern eingestehen und die sofortige Einstellung aller Bemühungen zum Aufbau einer eigenen Flugzeugindustrie in allen zugeordneten Werken und damit auch in Ludwigsfelde beschließen.¹⁷⁶ Während der langen Entwicklungsphase hatte sich der technische Rückstand zum Standard des internationalen Flugzeugbaus weiter vergrößert, Exportchancen wurden unter diesen Bedingungen von der politischen Führung nicht mehr gesehen.¹⁷⁷ Insbesondere das Verhalten der Sowjetunion war letztlich entscheidend für die Einstellung der Bemühungen, da sie entgegen der Hoffnungen der SED eine enge Zusammenarbeit mit der DDR auf diesem Gebiet ablehnte.¹⁷⁸ Im Rahmen der Arbeitsteilung im RGW wurde die Produktion großer Verkehrsflugzeuge in den Folgejahren ausschließlich auf die Sowjetunion konzentriert. Die Flugzeugproduktion war nur eins von mehreren gescheiterten Großvorhaben der DDR in den späten 1950er Jahren. Insgesamt war die DDR mit dem 1958 verkündeten „forcierten Aufbau des Sozialismus“ und besonders durch die seit 1959 wieder verstärkte Umsetzung der Kollektivierung der Landwirtschaft bis 1960 in eine tiefe Krise geraten.¹⁷⁹

¹⁷⁴ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 3.

¹⁷⁵ Vgl. *Germann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 52.

¹⁷⁶ „Das Politbüro beschließt: Der Flugzeugbau wird eingestellt.“ BArch DY 30 J VI 2/2–752 Luftfahrt 1961, ZK der SED, Politbüro, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 10 vom 28.2.1961. Bericht über die Lage und weiteren Maßnahmen in der Luftfahrtindustrie, Blatt 4. Vgl. auch *Germann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 49.

¹⁷⁷ „Dem Flugzeugbau ist es nicht gelungen, rechtzeitig ein modernes Strahlflugzeug in den Dienst zu stellen und damit günstige Voraussetzungen für den Export zu schaffen. Das rasche Tempo der Entwicklung im Flugzeugbau des Auslandes hat den technischen Rückstand vergrößert. [...] Möglichkeiten reichen nicht, um Rückstand aufzuholen.“ BArch DY 30 J VI 2/2–752, Luftfahrt 1961, ZK der SED, Politbüro Reinschriftprotokoll Nr. 10, 28.2.1961, Blatt 31

¹⁷⁸ Das Politbüro konstatierte, dass im Juni 1959 Verhandlungen scheiterten und die UdSSR „eine Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern und ein Kauf von Flugzeugen aus der DDR-Produktion verständlicherweise abgelehnt“ hat. BArch DY 30 J VI 2/2–752, Luftfahrt 1961, ZK der SED, Politbüro Reinschriftprotokoll Nr. 10, 28.2.1961, Blatt 31. Auch Verhandlungen über die Lizenzfertigung eines Kurzstreckenflugzeuges scheiterten.

¹⁷⁹ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik, S. 20.

3.2.6 Das Instandsetzungswerk Ludwigsfelde (INL)

Nach dem Verlust dieser perspektivreichen Hauptproduktion musste das Industrierwerk Ludwigsfelde erneut umorganisiert werden. Ein Teil des Werkes, der auf die Flugzeugturbinenwartung spezialisiert war, wurde aus dem eigentlichen Industrierwerk (IWL) ausgegliedert.¹⁸⁰ Dieser Betriebsteil verblieb zwar am Ludwigsfelder Standort, wurde organisatorisch aber der Flugzeugwerft Dresden, unter dem Namen VVB Flugzeugbau, zugeordnet und später zum Instandsetzungswerk Ludwigsfelde (INL) weiterentwickelt.¹⁸¹ Auch nach dem Ende der Turbinenproduktion wurden bis zum Ende der DDR hier Maschinen der Luftstreitkräfte der NVA gewartet. 1971 erhielt dieser Betriebsteil den Status eines eigenständigen Betriebes unter dem Namen VEB Instandsetzungswerk Ludwigsfelde.¹⁸²

Mit 720 Beschäftigten im Jahre 1974 war das INL der zweitgrößte Betrieb in Ludwigsfelde. Bis 1985 stieg die Beschäftigtenzahl nochmals deutlich auf 948 an.¹⁸³ Das INL führte durch sein Arbeitsprofil die ursprüngliche industrielle Tradition Ludwigsfeldes im Bereich der Flugzeugindustrie fort.¹⁸⁴ Durch die Instandsetzung von Strahltriebwerken der NVA galt das INL außerdem als ein militärisch wichtiger Betrieb. Aus dieser strategischen industriellen Bedeutung resultierte ein erhebliches Selbstbewusstsein der „INLer“, die sich innerhalb der Stadt vielfach in Konkurrenz mit dem restlichen IWL bzw. dem späteren Autowerk (AWL) befanden. Die Angehörigen des INL sahen sich bis zum Ende der DDR zudem als die eigentlichen Nachfolger des ursprünglichen Industrierwerkes von 1952 und verbanden damit auch Ansprüche, etwa auf die Nutzung des Kulturhauses, das ursprünglich für das alte IWL erbaut worden war.¹⁸⁵

3.2.7 Weiterentwicklung in modernen Formen: Die späten 1950er Jahre

Neue Planungen für den „Zentralen Platz“

Der durch die Konzeption der Flugzeugproduktion seit 1957 erneut zu erwartende Aufschwung von Ludwigsfelde führte auch zur Wiederaufnahme der Planungen für den „Zentralen Platz“. Die neuen Ludwigsfelder Zentrumsplanungen, die seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erstellt wurden, zeigten einen den örtlichen Gegebenheiten angemesseneren Maßstab als die monumental planungen der frühen 1950er Jahre. Der „Zentrale Platz“

¹⁸⁰ Vgl. BArch DC 20 I/4 669, Dokumente der 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates am 11.1.1963, Direktiven über die Hauptentwicklungsrichtungen der ehemaligen Werke der Luftfahrtindustrie bis zum Jahre 1970, Blatt 43. Vgl. auch *Ger mann*: Industrie in Ludwigsfelde, S. 57–59.

¹⁸¹ Vgl. BArch DC 20 I/4 669, Dokumente der 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963, Blatt 43.

¹⁸² Vgl. *Steffen Werner*: Der VEB Instandsetzungsbetrieb Ludwigsfelde, in: *Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten*, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 27–31.

¹⁸³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 500, Kategorisierung der Städte im Bezirk Potsdam, Rang- und Reihenfolge der Industriebetriebe des Bezirks 1985, o.S.

¹⁸⁴ Nach 1990 erfolgte durch die Übernahme durch den Thyssenkonzern sogar eine weitere Kontinuität im Bereich der Turbinenwartung.

¹⁸⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 24014, Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde 1975–1976, Informatorischer Bericht [ohne Datum] Thema: Probleme der geistig-kulturellen Entwicklung im Zentrum der Arbeiterklasse des Kreises Zossen. Die Rolle des Klubhauses des IWL „Arthur Ladwig“ und des Kreiskabinetts für Kulturarbeit. Verfasser: Willi Mikoleit, pol.-künstl Mitarbeiter, Bezirkskabinett für Kulturarbeit Potsdam, S. 2.

verfügte mit 80 mal 110 Metern allerdings immer noch über eine für eine Kleinstadt gewaltige Dimension.¹⁸⁶ Insgesamt wurde das Bauprogramm jedoch deutlich zurückhaltender als Anfang der 1950er Jahre gestaltet. Wesentlicher Bestandteil der Zentrumsplanung war weiterhin der Bau eines Rathauses.

Erste Entwürfe von 1956 – noch vor der Entscheidung zum Flugzeugturbinenbau – sahen an der Nordostseite des Platzes einen Dreiflügelbau mit Spitzdach vor, der neben der Verwaltung auch ein Kaufhaus beherbergen sollte. Auf der Südostseite des Platzes waren weitere Läden in den Erdgeschosszonen neuer Wohngebäude und ein Ledigenheim des Betriebs angeordnet.¹⁸⁷

Die Vorbereitung der Planung lag erneut außerhalb der örtlichen Zuständigkeit und erfolgte in Zusammenarbeit des Werkes mit dem bezirklichen Projektierungsbüro für Stadt-, Gebiets- und Dorfplanung. Die Gemeinde versuchte nach Kenntnisnahme der ihr präsentierten Pläne durch die Einbringung eigener Vorschläge auf städtebauliche Details Einfluss zu nehmen. So sollte der Rathausbau nicht in die Bauflucht des Zentralen Platzes integriert sein, sondern herausgehoben in dessen Mitte positioniert werden.¹⁸⁸ In den seit 1957 durch das Projektierungsbüro veränderten Planungen blieb das Rathaus in die Fluchtlinie des Platzes integriert, nunmehr auf der Südostseite des Platzes.¹⁸⁹ Diese Entwurfsfassung des Rathauses folgte architektonisch – in radikaler Änderung zum Ursprungskonzept von 1952 – der sachlichen Formensprache der nach 1954 vorgenommenen gestalterischen und inhaltlichen Wende im Bauwesen der DDR.¹⁹⁰ Der monumentale gestalterische Anspruch blieb aber auch im neuen Entwurf erhalten. Obwohl in völlig anderer architektonischer Gestaltung konzipiert, finden sich auch in Hinblick auf die Dimensionierung und Komposition der einzelnen Baukörper deutliche Anklänge an die traditionalistische Planung des Rathausbaus von 1952. Mit den modernen Gestaltungsmitteln wurde ähnlich wie in der historisierenden Fassung von 1952 der Eingangsbereich durch ein großes Portal und geschossübergreifende Fensterfronten und Pfeilergliederungen monumentalisiert. Anstelle des 1952 vorgesehenen Glockenturms symbolisierte nun im Entwurf von 1957 ein 11-geschossiges Hochhaus für ein Arbeiter-Ledigenheim des Werkes die dominante Funktion des Rathauses im Stadtraum (siehe Abb. 17). Gleichzeitig markierte das Hochhaus auch die bedeutende Rolle des Industrierwerkes innerhalb der Gemeinde. Die Symbolik des Entwurfs verdeutlicht, dass es sich nicht um ei-

¹⁸⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 222, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Erläuterungsbericht zur Stadtplanung Ludwigsfelde I. Arbeitsstufe, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung [ohne Datum, wohl 1958], S. 68.

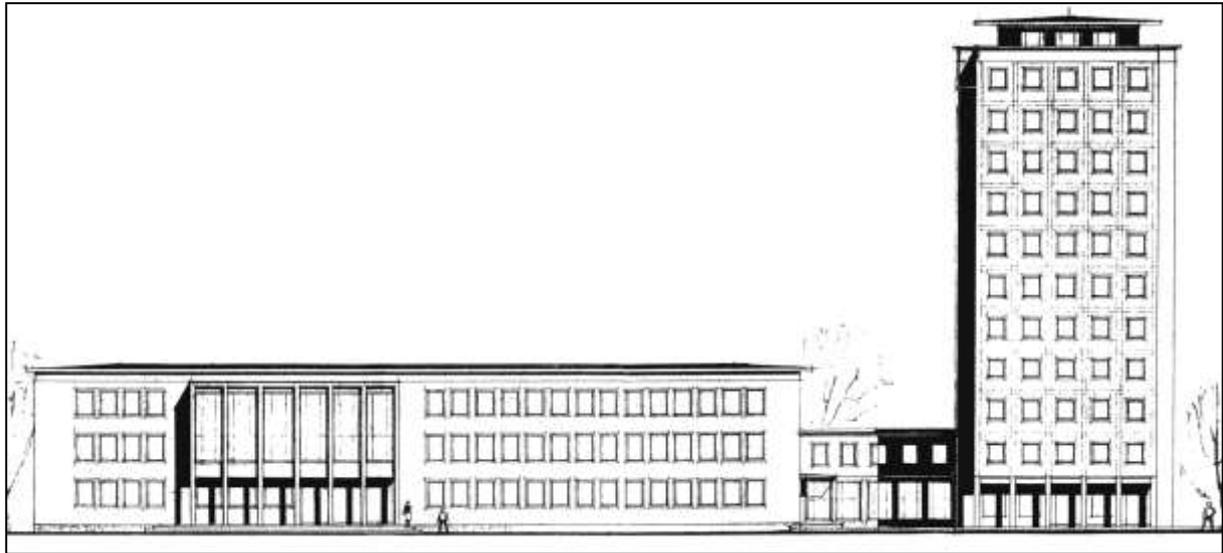
¹⁸⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725: Vorlagen, Beschlüsse, Skizzen, Beratungsunterlagen zum VEB Autowerk Ludwigsfelde 1975/76, Wohnungsbau 1956/57 [Plan Zentraler Platz, wohl in falscher Akte eingeordnet]. Eine Fassadenzeichnung ist nicht vorhanden.

¹⁸⁸ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 8.8.1956, o.S.

¹⁸⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725: Vorlagen, Beschlüsse, Skizzen, Beratungsunterlagen zum VEB Autowerk Ludwigsfelde 1975/76, Verwaltungsgebäude [wohl in falscher Akte eingeordnet]. Das Rathaus befindet sich in dieser Planversion offensichtlich auf der Südostseite des Zentralen Platzes und nicht mehr auf der Nordostseite, wie in der vorangegangenen Variante. Ein Lageplan existiert nicht. Das Datum der Entwurfsfassung ist nicht ganz eindeutig zu bestimmen. Anhand der Berichte in den Akten der Stadt muss die Erstellung etwa Anfang bis Mitte 1957 erfolgt sein.

¹⁹⁰ Siehe zur Wende im Bauwesen auch S. 53, Fußnote 60.

nen beliebigen Zweckbau, sondern ein herausragendes Bauwerk handeln sollte: Das Bauwerk sollte die neue Mitte einer bedeutenden Industriegemeinde bilden.



17. Abb.: Verwaltungsgebäude und Hochhaus mit Ledigenwohnheim (Entwurf wahrscheinlich 1957)

Deutlich stärker als in den alten Plänen rückten bereits in der Planfassung von 1956 nun Bauten für Konsumeinrichtungen in den Vordergrund der Zentrumskonzeption. Der schließlich nach weiterer Modifikation der planerischen Konzepte auf maßgebliche Intervention des Ministerrats¹⁹¹ Anfang 1960 realisierte Bau eines Kaufhauses am „Zentralen Platz“ folgte in seiner modernen Formensprache nicht nur dem neuen architektonischen Leitbild, sondern durch die Betonung der Rolle des Konsums auch einem gegenüber den frühen 1950er Jahren gewandelten städtebaulichen und nutzungsstrukturellen Konzept. Während Warenhäuser in den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“ von 1950 noch als unpassend für sozialistische Stadtzentren galten¹⁹², kam nunmehr dieser Konsumeinrichtung eine wichtige Rolle bei der Zentrumsentwicklung zu. In seiner Gestaltung kann der Warenhausbau als einer der anspruchsvollsten Bauten von Ludwigsfelde gelten. Bis zum Ende der DDR sollte das Warenhaus die wichtigste Konsumeinrichtung in Ludwigsfelde bleiben.¹⁹³

¹⁹¹ Dass eine Behebung der örtlichen Versorgungsdefizite dringend notwendig war, war der Staatsführung insbesondere beim Besuch des Ministers für Handel und Versorgung Kurt Wach in Ludwigsfelde deutlich geworden. Zum Besuch siehe Kapitel 5.2.1, S. 383.

¹⁹² Vgl. *Durth/Düwel/Gutschow: Aufbau*, S. 86.

¹⁹³ Das Warenhaus fand seinen Standort in etwa am Bauplatz der ersten Variante der Rathausplanungen der frühen 1950er Jahre.



18. Abb.: Blick von der Klubhaus-Terrasse zum Warenhaus (Postkarte von 1966)
(Nordostseite des Zentralen Platzes)

Seit den späten 1950er Jahren war in den kleinen Industriestädten ähnlich wie in den größeren Städten die einseitige politisch-symbolische Orientierung der Planung der Stadtmitten durch verbindliche Demonstrationsablaufpläne ebenso wie die Überbetonung der administrativen und kulturellen Funktionen zugunsten der Konsum- und Freizeitfunktion geschwunden.¹⁹⁴ Die bauliche Auffüllung der in vielen Städten der DDR unvollendeten Zentren mit Konsumeinrichtungen beschränkte sich aber vor allem auf die großen und privilegierten Städte.

Die Realisierung der Zentrumsplanungen gelang trotz zahlreicher Ansätze auch in Ludwigsfelde nicht. Besonders schmerzlich blieb trotz des Baus des Kaufhauses die fragmentarische Realisierung des Zentralen Platzes: Rathaus und Ledigenheim entfielen aus Kostengründen bis 1960 aus der Investitionsplanung.¹⁹⁵ In der „Generellen Stadtplanung“ des bezirklichen Planungsbüros von 1964 wurde zwar noch angestrebt, den „Zentralen Platz“ auszubauen und neben dem Kulturhaus und dem Kaufhaus auch die Gemeindeverwaltung, Läden und ein Wohnhochhaus „in den nächsten Jahren“¹⁹⁶ zu errichten. Mit der Errichtung des Kaufhauses kamen im Jahr 1960 die Hochbaumaßnahmen am „Zentralen Platz“ jedoch für drei Jahrzehnte zum Erliegen.

Trotz dieser fragmentarischen Vervollständigung besaß der „Zentrale Platz“ durchaus wichtige Funktionen als zentraler Raum in Ludwigsfelde. Außer der Rathausbaracke befanden sich mit dem Kulturhaus, dem Kaufhaus und dem auf der anderen Straßenseite benachbarten

¹⁹⁴ Vgl. *Topfstedt*: Städtebau, S. 49–50.

¹⁹⁵ Siehe zur Diskussion um die Realisierung der Bauten: Der neue Anlauf zum Rathausbau ab 1956, S. 337.

¹⁹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406 Büro für Städtebau Potsdam Nr. 753, Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde von 1964, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam – Brigade I – Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Dezember 1964, S. 68. Siehe Plan S. 132.

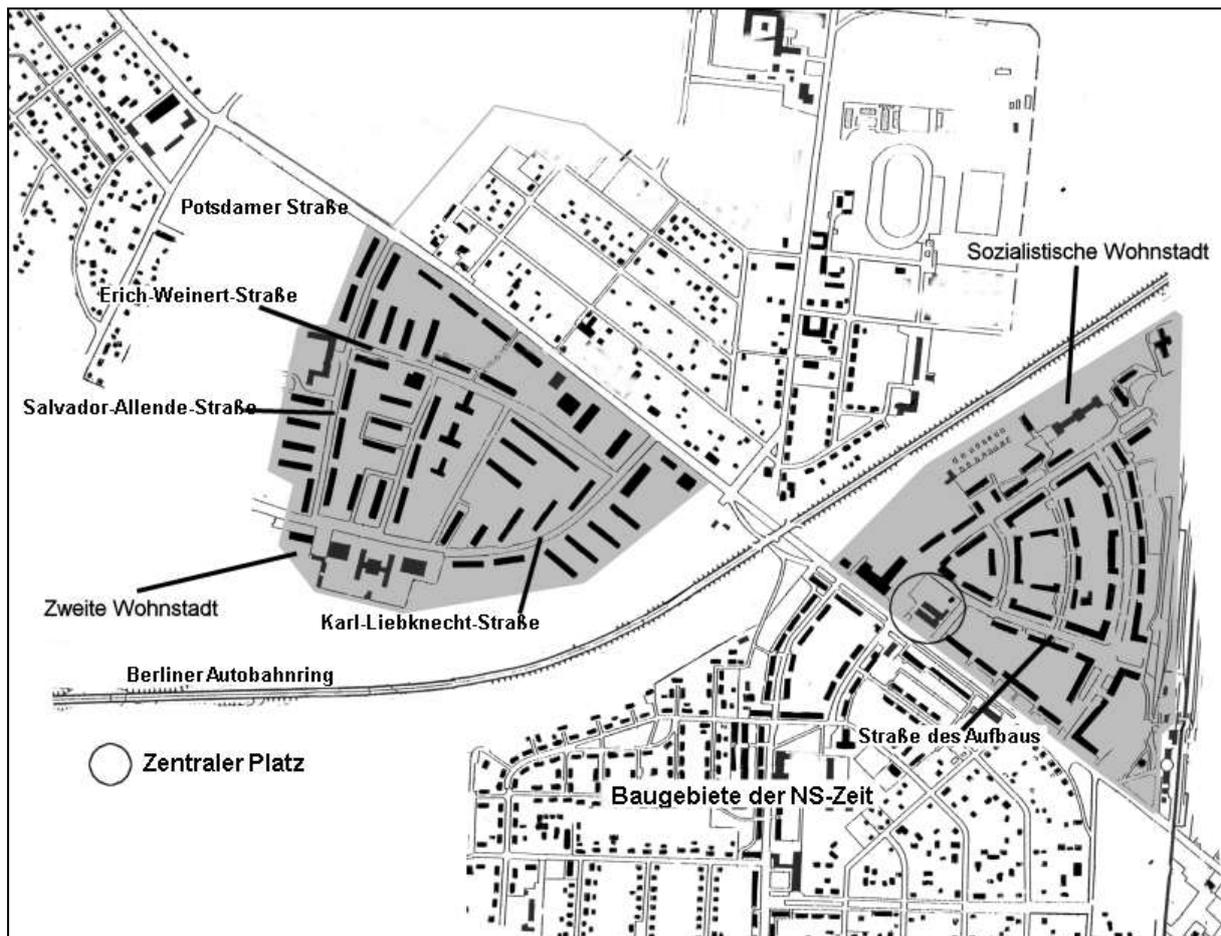
Kino aus den 1930er Jahren bedeutende zentrale Einrichtungen in der Mitte der Stadt. Auch die meisten Ludwigsfelder Veranstaltungen, Feste und Demonstrationen wurden hier durchgeführt, wodurch die symbolische Rolle des „Zentralen Platzes“ unterstrichen wurde. Gestalterisch und funktionell blieb die Mitte der Stadt aber unvollendet und in ihrer Nutzbarkeit eingeschränkt.



19. Abb.: Rathausbaracke (am rechten Bildrand, daneben späterer Ergänzungsbau),
Blickrichtung vom Kulturhaus, um 1989 (Südostseite des Zentralen Platzes)

Die „Zweite Wohnstadt“

Angesichts der neuen industriellen Standortplanungen im Rahmen des Flugzeugbaus wurde seit Mitte der 1950er Jahre eine deutliche Steigerung der Bevölkerungszahl in Ludwigsfelde prognostiziert. Nach wenigen baulichen Ergänzungen durch einzelne Wohnblocks im Bereich der Ersten Wohnstadt – in der ursprünglichen städtebaulichen Form, aber in industrieller Bauweise – dehnte sich seit Ende der 1950er Jahre die Bebauung mit Mietshäusern erstmals auch in den Bereich nördlich der Autobahntrasse aus. Dieser Hauptentwicklungsrichtung folgte die Stadtplanung bis 1990. Den ersten Schritt zur Ausdehnung nach Norden bildete der Bau der „Zweiten Wohnstadt“¹⁹⁷ in den Jahren 1959 bis 1964.



20. Abb.: „Sozialistische Wohnstadt“ und „Zweite Wohnstadt“

Trotz gestiegener Bedeutung der bezirklichen Institutionen bei städtebaulichen Fragen blieb das Werk ein entscheidender Akteur der weiteren Wohnungsbauplanung. Auch im Vorfeld der Planung der „Zweiten Wohnstadt“ sah das Werk in den 1950er Jahren zunächst noch wenig Veranlassung städtebauliche Fragen mit Stadt, Kreis und Bezirk abzusprechen. Die

¹⁹⁷ Heinz Sauer: Bezirk Potsdam erhält ein neues Gesicht, in: *Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten (Hg.): Architektur und Städtebau in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1959, S. 187–197, hier S. 197. Später setzte sich die Bezeichnung „Ludwigsfelde West“ durch, die ursprünglich nur zur Benennung des eigentlichen Baugebietes „Ludwigsfelde West“ westlich der „Zweiten Wohnstadt“ gedient hatte.

Vertreter des IWL betonten gegenüber der Gemeinde, dass „wenn das IWL ein Bauvorhaben hat, das Werk bzw. die Werksleitung nicht verpflichtet ist, irgendjemand davon zu unterrichten. Gesetzlich festgehalten ist, daß das IWL dem Planträger seine Wünsche äußert und diese die amtlichen Stellen unterrichtet“¹⁹⁸. Erst zum Ende der 1950er Jahre, nachdem sich die Institutionen der Gemeinde auf der Basis ihrer eng begrenzten personellen Ausstattung konsolidiert hatten, konnte Ludwigsfelde in Einzelfragen der Stadtentwicklung, insbesondere bei den abschließenden Bauarbeiten zur „sozialistischen Wohnstadt“ und bei der Konzeption der „Zweiten Wohnstadt“, erstmals selbstständig Vorstellungen für die weitere Stadtgestaltung formulieren. Mit eigenen Vorschlägen und hartnäckiger Initiative gegenüber der Bauleitung des Werkes erreichte der Rat der Gemeinde beispielsweise, dass die ursprünglich für 1957/58 freigegebenen Wohnungseinheiten entgegen anderen Absichten doch planmäßig errichtet wurden, „um das Ortsbild besser zu schließen“¹⁹⁹. Die Gemeinde forderte im Rahmen der weiteren Entwicklung insbesondere eine verdichtete städtische Bebauung entlang der Potsdamer Straße. Die ersten Konzeptionen des Werkes zur weiteren Ortsentwicklung wurden abgelehnt, da die an verschiedenen Stellen verteilten Bauvorhaben nach Ansicht des Rates der Gemeinde zur Störung des Ortsbildes geführt hätten.²⁰⁰ Die Versuche der Gemeinde zur weiterreichenden Einflussnahme auf die städtebauliche Konzeption blieben gegenüber dem Werk jedoch erfolglos.

Nach dem Übergang der Planungskompetenz von industriellen zu staatlichen Organen wurden die Planungen für eine „Zweite Wohnstadt“ intensiviert. Von der bezirklichen Planung wurde zunächst als Standort für die neue Wohnsiedlung eine relativ randständige Fläche an der Siethener Straße im Südwesten des Ortes untersucht. Die Variante „Siethener Straße“ wurde jedoch wegen schlechterer Möglichkeiten der Verkehrserschließung und aus städtebaulichen Gründen abgelehnt, da es bei dieser Variante schwieriger gewesen wäre, ein geschlossenes Stadtbild im Zentrum zu erreichen.²⁰¹ Die Gemeindevertretung bestätigte den vorgeschlagenen neuen Standort im Nordwesten des Ortes, der den Interessen der Gemeinde an der Entwicklung eines geschlossenen Ortsbildes entgegenkam.²⁰² Am 7. Februar 1958 erklärte sich der Gemeinderat formell einverstanden, „daß sofort alle damit in Verbindung stehenden Maßnahmen der Planung und Entwürfe der Stadt- und Dorfplanung Potsdam in Angriff genommen werden“²⁰³. Dabei handelte es sich nur um eine formale Zustimmung und um keinen Akt der Mitwirkung. Die eigentlichen Entscheidungen waren längst außerhalb des Kompetenzbereiches der Gemeinde gefallen. Die Planungen folgten jedoch – wären sie so ausgeführt worden – dem genuinen Interesse der Gemeinde. Entsprechend der vorgelegten Flächennutzungsplanskizze des Entwurfsbüros für Hochbau des Bezirks Pots-

¹⁹⁸ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1956, S. 2.

¹⁹⁹ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.3.1956, S. 1.

²⁰⁰ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 13.3.1956, S. 1–2.

²⁰¹ Vgl. KreisATF XI 2100, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, außerordentliche Sitzung am 7.2.1958, S. 1.

²⁰² Vgl. *ebd.*, S. 3.

²⁰³ KreisATF VI 7555, Kreisplankommission, Standortunterlagen, 1968, Erläuterungsbericht zur Stadtplanung Ludwigsfelde, I. Arbeitsstufe, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung [ohne Datum, wohl 1958], S. 23.

dam, hätte sich durch die weitere Bebauung eine bauliche Schließung des Ortsbildes bis zur nördlich der Ortslage befindlichen Siedlung Struveshof realisieren lassen.²⁰⁴ Zentrale Bedingung jeder stadtentwicklungspolitischen Anstrengung in Ludwigsfelde war in diesen Jahren die Bereitstellung von Wohnungsbaukapazitäten. Zur Unterstützung der neuen Produktionslinie für Flugzeugmotoren im Industrierwerk wurden durch die zentralen Institutionen für Ludwigsfelde zunächst insgesamt 2.000 neue Wohnungen vorgesehen.

Die Baumaßnahmen standen in Folge des seit Mitte der 1950er Jahre erfolgten Wandels der städtebaulichen und architektonischen Leitbilder nicht mehr unter der Prämisse der „schönen deutschen Stadt“ gemäß den „Sechzehn Grundsätzen“ des Städtebaus. Der Leitbildwechsel hin zu den Konzeptionen der städtebaulichen Moderne und der Übergang zur Industrialisierung des Bauwesens in der DDR manifestierten sich auch im neuen Baugebiet Ludwigsfeldes in neuen baulichen und städtebaulichen Formen. Erstmals entstanden „Typenbauten“ in Großblockbauweise, die entsprechend dem neuen Leitbild „den Forderungen nach industrieller Bauweise Rechnung [trugen]“.²⁰⁵ In der DDR hatten sich die Voraussetzungen für die städtebauliche Planung mit der Industrialisierung des Bauwesens grundlegend gewandelt, die Planung ordnete sich zunehmend dem „Diktat der Bautechnologie“ und den zunächst sehr beschränkten Möglichkeiten der Kranmontage unter.²⁰⁶ Um die Voraussetzungen für die industrielle Bauweise zu schaffen, wurden in der Konzeption für die „Zweite Wohnstadt“ eine offene mehrgeschossige Wohnbebauung, weite Gebäudeabstände und freistehende, selbstständige gesellschaftliche Einrichtungen vorgesehen.²⁰⁷ Der Ludwigsfelder Bebauungsplan folgte jedoch keinem rein schematischen Baukonzept, das sich nur an den Beschränkungen der „Kranideologie“ orientiert hätte, wie es in vielen anderen Baugebieten der DDR in den späten 1950er Jahren festzustellen ist.²⁰⁸ Das in Ludwigsfelde vorgesehene, städtebaulich sehr differenziert ausgestaltete Konzept für die „Zweite Wohnstadt“ unterschied sich deutlich von der schematischen Zeilenbauweise, wie sie z.B. in Hoyerswerda²⁰⁹ und in Lübbenau²¹⁰ realisiert wurde. Diese Phase der völligen industriellen Schematisierung im Städtebau entfiel in der städtebaulichen Entwicklung Ludwigsfeldes dadurch fast vollständig.

Der ursprüngliche Bebauungsplan für die Wohnstadt wurde in mehreren Stufen von 1957 bis 1959 vom Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung erarbei-

²⁰⁴ Vgl. *ebd.*

²⁰⁵ *Sauer*: Bezirk Potsdam, S. 188. Eine ähnliche Wohnstadt entstand in der in vielerlei Hinsicht vergleichbaren Industriesiedlung Hennigsdorf für insgesamt 8.000 Einwohner mit 2.300 Wohnungen. Auch hier sollte ursprünglich das Stadtzentrum mit Rathaus, Hotel mit Speisegaststätte, Klubhaus mit Kino, Kaufhaus mit Spezialitäten sowie Handwerkerhof, Wäschereien, Post und Schwimmhalle gebaut werden, was weitgehend unterblieb.

²⁰⁶ Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 493. Vgl. auch *Hoscislawski*: Bauen, S. 177–181.

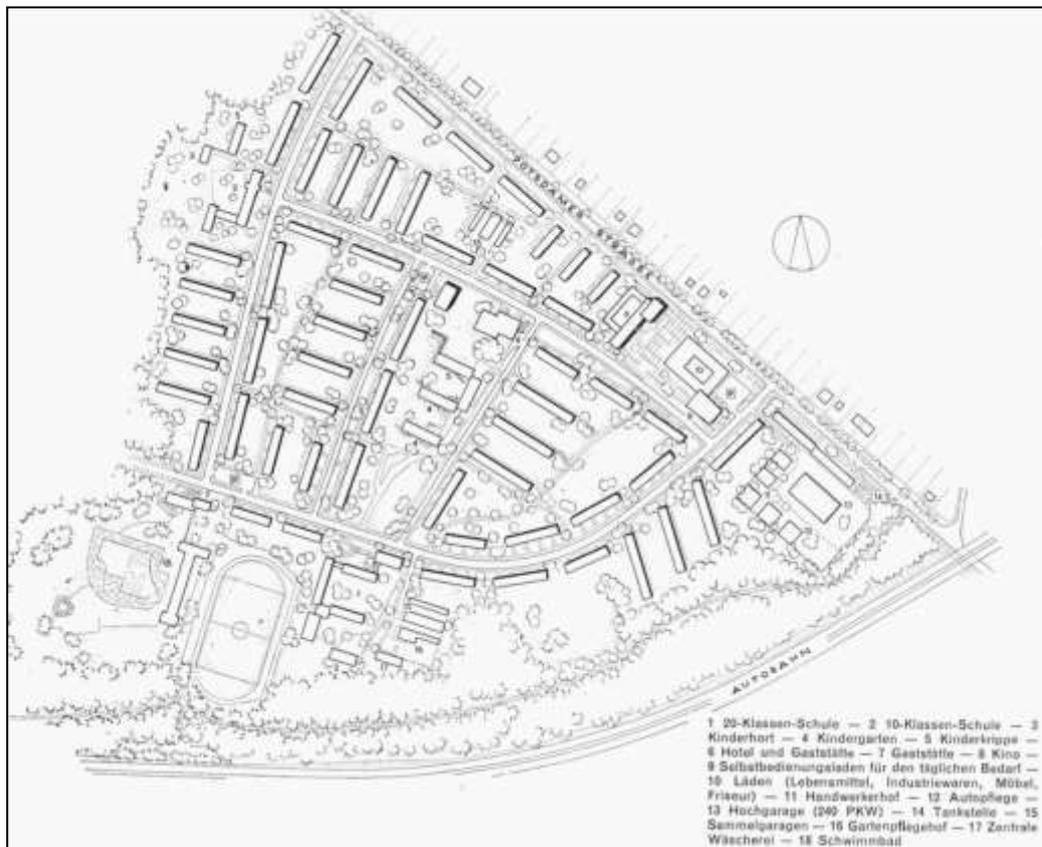
²⁰⁷ Vgl. *Werner Rietdorf*: Probleme und Lösungsansätze zur Weiterentwicklung der Stadtgestalt in der Innenstadt von Ludwigsfelde, in: *Institut für Städtebau und Architektur*: Städtebauliche Entwicklungskonzeption Ludwigsfelde. Studie zur Stadtentwicklung im Zusammenhang mit der Lage, Struktur und Ausstattung des Stadtzentrums [Typoskript], Berlin 1991, S. 11.

²⁰⁸ Vgl. zur sogenannten „Monotoniekritik“ an den frühen Siedlungen der industriellen Bauweise: *Hoscislawski*: Bauen, S. 208–210.

²⁰⁹ Vgl. *Palutzki*: Architektur, S. 156–159.

²¹⁰ Vgl. *Gerhard Guder*: Städtebauliche Planung der Wohnstadt Lübbenau, in: *Deutsche Architektur* 2, 1959, S. 70–72.

tet.²¹¹ Im städtebaulichen Entwurf der „Zweiten Wohnstadt“ gelang es, den Verlauf der wichtigsten Straßen durch halboffene Randbebauung zu betonen, obwohl gleichzeitig „bei der Anordnung der geplanten Baukörper [...] darauf geachtet [wurde], daß der Einsatz von modernen Turmdrehkränen gewährleistet ist“.²¹² Mehrere Unterzentren und Grünzüge gliederten das gestalterisch abwechslungsreiche Baugebiet. Die Wohngebäude des Plangebietes wurden im Wesentlichen in viergeschossiger Blockbauweise²¹³ errichtet und fügten sich so weitgehend in die bestehenden Maßstäblichkeiten des Ortes ein.



21. Abb.: „Zweite Wohnstadt“, Entwurf, Stand 1959

Ein erstes Modell des Vorentwurfs des „Zweiten sozialistischen Ortsteils“ konnte bereits im Juli 1958 im Ludwigsfelder Klubhaus ausgestellt werden.²¹⁴ Verantwortlich für die städtebauliche Gestaltung war innerhalb des bezirklichen Büros der Architekt Helmut Stoppel, der bis in die 1980er Jahre für fast alle Planungen des Bezirkes in Ludwigsfelde die fachliche Zuständigkeit behalten sollte und damit eine erhebliche Kontinuität über alle wechselnden Moden, Krisen und Leitbildwechsel für die Ludwigsfelder Stadtentwicklung sicherstellte.²¹⁵

²¹¹ Das Büro ging in den 1960er Jahren im späteren „Büro für Städtebau“ beim Rat des Bezirkes Potsdam auf.
²¹² BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 553, Teilbebauungsplan Potsdamer Straße in Ludwigsfelde 1959, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung: Erläuterungsbericht zum Teilbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdamer Straße, S. 5.
²¹³ Verwendung fanden die Typenserien IW/58/L4 und IW/58/Q 5.
²¹⁴ Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 22.6.1959, S. 2.
²¹⁵ Von Stoppel stammen auch die Entwürfe für vergleichbare Wohngebiete anderer kleiner Industriestädte der Region. In Königs Wusterhausen entstand ab 1961 das Wohngebiet Salvador-Allende-Straße, dessen ältere Teile stark an die Ludwigsfelder Siedlungsanlage erinnern. Vgl. *Bartmann-Kompa/Kutschmar/Karn: Architek-*

Im Rahmen des weiteren industriellen Aufbaus des Werkes sollte die Bevölkerungszahl von Ludwigsfelde bis zum Jahre 1965 auf 17.000 gesteigert werden.²¹⁶ Erreicht wurde, bedingt durch die nach dem Ende der Turbinenproduktion wieder unsicher gewordenen industriellen Entwicklungsperspektive, bis zum Jahre 1965 aber nur eine Einwohnerzahl von 12.300. Die „Zweite Wohnstadt“ konnte angesichts der sich verschlechternden Rahmenbedingungen nur unvollständig nach den ursprünglichen Plänen realisiert werden. Insbesondere häufige Unklarheiten über die zu bauende Wohnungsanzahl, unzureichende Mittelzuweisungen und Kompetenzstreitigkeiten verzögerten die Fertigstellung des Wohngebiets. Bevor sich eine neue industrielle Perspektive festigen konnte, war der Umfang des Wohnungsbaus mehrfach reduziert worden.²¹⁷ Bis 1962 entstanden lediglich die nordwestlichen Bauabschnitte des ursprünglichen Projektes zwischen Geschwister-Scholl-Straße und (der späteren) Salvador-Allende-Straße.²¹⁸ Von den 2.012 Wohnungen, die im Bebauungsplan von 1959 vorgesehen gewesen waren,²¹⁹ konnten bis Mai 1962 nur etwa 600 fertig gestellt werden.²²⁰ Zahlreiche Infrastrukturbauten wurden wegen fehlender Finanzierung nicht entsprechend der ersten Pläne errichtet.²²¹ Die Umsetzung der Planung der „Zweiten Wohnstadt“ blieb deshalb in vielen Bereichen ein Fragment, das räumlich noch kaum mit der übrigen Stadt vernetzt war.

Der eklatante Unterschied zwischen Planung und Realisierung zeigte sich insbesondere in Hinblick auf das Zentrum der „Zweiten Wohnstadt“. In den ersten Entwürfen war hier ein größeres öffentliches Subzentrum mit Handwerkerhof, Läden des täglichen Bedarfs und einem Kino vorgesehen.²²² In diesem „Wohngebiets-Zentrum“ sollten auch ein Hotel mit Gaststätte und eine Tankstelle ihren Standort finden. Bei der Ludwigsfelder Bevölkerung und Verwaltung fanden diese Konzeptionen der Stadt- und Dorfplanung Potsdam große Zustimmung.²²³ Dieses zweite Zentrum – wenige hundert Meter vom „Zentralen Platz“ entfernt – war bereits als ein klassisches Konsumzentrum konzipiert worden. Bauliche Herrschaftsrepräsentation stand bei dieser Planung – anders als bei den älteren Entwürfen für den „Zent-

turführer Potsdam, S. 142. In Luckenwalde wurde ab 1966 nach dem Entwurf von Stoppel das „Wohngebiet Arndtstraße“ errichtet. Vgl. *Bartmann-Kompa/Kutschmar/Karn: Architekturführer Potsdam*, S. 137.

²¹⁶ „Durch die Entwicklung und den Aufbau der Deutschen Lufthansa verlagert sich die Aufgabe des „IWL“. Das Werk steht jetzt im Dienste des Flugzeugbaus. Wieder werden neue Wohnungen benötigt. So wird sich Ludwigsfelde bis 1965 auf 17000 Einwohner vergrößert haben.“ KreisATF VI 7555, Kreisplankommission, Standortunterlagen, 1968, Büro für Territorialplanung bei der Bezirksplankommission Potsdam, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde, Objekt Nr. 25/II/67, abgeschlossen: 18.1.1968, Potsdam den 22.2.1968, Erläuterungsbericht zur Stadtplanung Ludwigsfelde I. Arbeitsstufe, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung [ohne Datum, wohl 1958], S. 8.

²¹⁷ „Die bisher stets unklare Perspektive des VEB (Z) Industriewerke Ludwigsfelde und die damit zusammenhängenden mehrfachen Umstellungen der Produktion dieses Betriebes haben sich auf die ursprünglich geplante territoriale Entwicklung des Ortes Ludwigsfelde sehr ungünstig ausgewirkt.“ KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, Arbeitsgruppe territoriale Sicherung größere Investvorhaben, Zossen 29.5.1963, S. 1.

²¹⁸ Zur Lage vgl. Stadtplan im Anhang.

²¹⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 553, Teilbebauungsplan Potsdamer Straße in Ludwigsfelde 1959, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung: Erläuterungsbericht zum Teilbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdamer Straße, S. 6.

²²⁰ Vgl. StadtAL Nr. 102005 002, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 9.5.1962, S. 1.

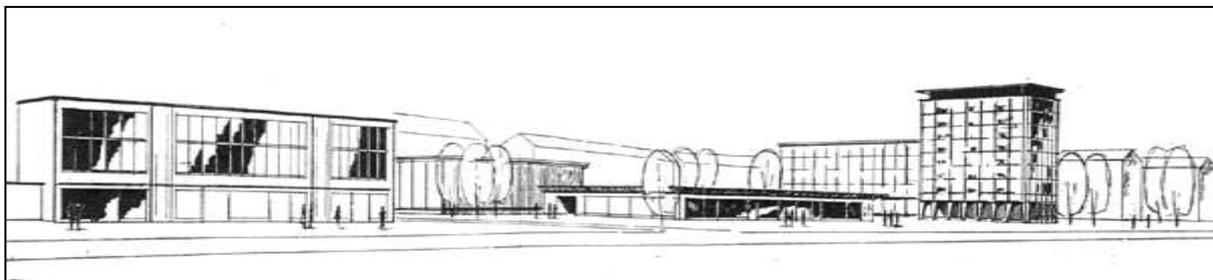
²²¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 5.1.1961, S. 3.

²²² Vgl. *Sauer: Bezirk Potsdam*, S. 188 und KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sonderrats-sitzung der Gemeindevertretung Ludwigsfelde am 4.7.1958, S. 2.

²²³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 553, Teilbebauungsplan Potsdamer Straße in Ludwigsfelde 1959, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung: Erläuterungsbericht zum Teilbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdamer Straße, S. 5.

ralen Platz“ – nicht mehr im Vordergrund. Mit der Wahl des Standorts für das Wohngebiets-Zentrum an der Potsdamer Straße und der dort vorgesehenen Positionierung von zwei Hochhäusern wollte die für die gestalterische Konzeption zuständige Abteilung Stadt- und Dorfplanung des Entwurfsbüros für Hochbau Potsdam eine funktionale und optische Verbindung mit dem eigentlichen „Zentralen Platz“ südlich der Autobahn schaffen.²²⁴ Architektonisch und städtebaulich waren die Planungen anspruchsvoll angelegt. Sie gingen deutlich über die reine Bedürfnisbefriedigung einer Wohnsiedlung hinaus und sollten offensichtlich auch die Bedeutung des im Aufstieg begriffenen Industrieortes insgesamt verdeutlichen. Die Planer des bezirklichen Planungsbüros führten 1959 aus:

„Durch die Sonderprojektierung eines Teils der Folgeeinrichtungen speziell der Bauten am Wohngebietszentrum soll das neue Gebiet eine eigene architektonische Note erhalten.“²²⁵



22. Abb.: Planung für Zentrum der „Zweiten Wohnstadt“, Entwurf, Stand 1959

Ein weiteres, kleineres Subzentrum mit Selbstbedienungsladen und einem siebengeschossigen Hochhaus als städtebaulicher Dominante sollte an der Ecke Erich-Weinert-Straße/Rosa-Luxemburg-Straße im westlichen Teil der „Zweiten Wohnstadt“ entstehen.²²⁶

Ein Großteil der genannten Planungen für zentrale öffentliche Einrichtungen innerhalb des Wohngebiets wurden nach dem Ende der Turbinenproduktion nicht mehr errichtet. Lediglich die wesentlichen sozialen Infrastrukturen wie die 10-Klassen-Schule und mehrere Kindergärten entstanden nach den Ursprungsplänen.



23. Abb.: Unterzentrum an der Karl-Liebnecht-Straße, Entwurf, Stand 1959

²²⁴ Vgl. ebd.

²²⁵ Ebd., S. 8.

²²⁶ Zur Lage der Straßen siehe Stadtplan im Anhang.

3.2.8 Exkurs: Die Grenzgemeinde – Ludwigsfeldes Beziehung zu West-Berlin

Ludwigsfelde und die anderen brandenburgischen Grenzgemeinden zu West-Berlin waren durch ihre in den Augen der SED unerwünschten engen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen zu den Westsektoren in den 1950er und 1960er Jahren ein konfliktträchtiges Feld der Systemkonkurrenz.²²⁷ Alle in diesen Jahren forcierten industriellen Entwicklungen und Wohnplanungen in diesen Gemeinden sind auch vor dem Hintergrund der Stärkung der Bindung der Einwohner an die DDR zu sehen.

Schon während der Entstehung des Industriestandortes Ludwigsfelde in den 1930er Jahren hatte eine enge Verbindung mit Berlin, insbesondere den südlichen Bezirken, bestanden. In den 1950er Jahren blieben Berlin und vor allem die benachbarten Bereiche West-Berlins, ein wichtiger Bezugspunkt für Ludwigsfelde. Die südlichen Bezirke Berlins boten Einkaufsmöglichkeiten für die am Ort ungenügend versorgten Ludwigsfelder – soweit sie dafür über die finanziellen Mittel verfügten. Da Ludwigsfelde in den 1950er Jahren direkten Bahnanschluss für S-Bahn-Tarif nach West-Berlin hatte, bestand ein reger Verkehr der Bevölkerung zum Einkaufen und zu ihren Arbeitsstellen. Die Verbindungen der Bahn über den Außenring in Richtung des (Ost-)Berliner Stadtzentrums waren dagegen viel seltener und zeitraubender. Dadurch wurde nach Auffassung der SED die traditionelle Orientierung der Ludwigsfelder auf West-Berlin faktisch noch gefördert.²²⁸

Das große Daimler-Benz-Werk in Marienfelde wurde für viele Ludwigsfelder erneut zum wichtigen Arbeitsplatz. Darüber hinaus arbeiteten insbesondere zahlreiche Ludwigsfelderinnen als Reinigungskräfte in West-Berlin, was von den Funktionären vor Ort als „Besengeschwader“ kritisiert und misstrauisch beobachtet wurde.²²⁹ Diese Grenzgänger trugen durch ihren Westmarkverdienst jedoch auch zur Unzufriedenheit unter der Bevölkerung des Ortes bei.²³⁰ Ehemalige IWL-Mitarbeiter warben unter Kollegen mit ihrem hohen Verdienst, den sie nun in West-Berlin erhielten und trugen so mit zur Fluktuation im Werk bei.²³¹

Fortbestehende Mängel in der Versorgung, der kulturellen Betreuung und insbesondere die fehlenden Freizeitangebote führten auch über die Verlockungen des Arbeitsmarktes hinaus zu weiterer Orientierung der Ludwigsfelder auf West-Berlin. Die überwiegend jungen Bewohner des Ortes, „die das Bedürfnis haben, einmal auszugehen, zu tanzen usw.“²³² suchten Vergnügungsstätten im Westteil Berlins auf, wie der Rat der Gemeinde 1957 kritisch ver-

²²⁷ Vgl. *Michael Lemke (Hg.):* Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln/Weimar/Wien 2006, insbesondere *Michael Lemke:* Einleitung, S. 9–28 und den Aufsatz: *Harald Engler:* Wirtschaftliche Systemkonkurrenz im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg während des Kalten Krieges 1945–1961. Fragestellungen und Forschungsperspektiven, S. 129–144.

²²⁸ Ein „ideologischer Kampf“ gegen diese unerwünschte Bindung unterblieb zum Bedauern der Partei. Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 11.

²²⁹ Vgl. zu den Verflechtungen zwischen West-Berlin und seinem Umland vor 1961: *Frank Roggenbuch:* Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau, Berlin/New York 2008 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 107).

²³⁰ Vgl. *Stavorinus/Neundorf:* Hochleistungsdieselmotor, S. 31.

²³¹ Vgl. *Roggenbuch,* Grenzgängerproblem, S. 342–343. Die Aussicht auf Arbeitsplätze in West-Berlin hintertrieb auch in anderen Fabriken der Grenzgemeinden die Schaffung von Stammbesellschaften. Vgl. ebd. S. 344.

²³² KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1956, S. 4.

merkte. Die Verantwortlichen vor Ort befürchteten deshalb, dass „ungehindert und täglich neu [...] auf diese Weise feindliche und westliche Ideologien eingeschleust [werden].“²³³

Diese Beziehungen waren der SED zunehmend ein Dorn im Auge. Durch die grenznahe Lage und die teils militärisch sensible Produktion im Industrierwerk lag der Ort schon seit den 1950er Jahren unter besonderer Beobachtung der Sicherheitsbehörden. So war ein eigenes Kreispolizeiamt und eine separate Staatssicherheitsabteilung in Ort und Stadt eingerichtet worden.²³⁴ Nach Ansicht der Ludwigsfelder Ortspartei wurde West-Berlin „von den Imperialisten als Nato-Brückenkopf ausgebaut“, wodurch der Grenzort Ludwigsfelde besonders gefährdet wäre. In langen Analysen setzte sich die Partei mit diesem Problem auseinander. Nach Ansicht der Ortspartei sollte Ludwigsfelde im Gegenzug zum „Bollwerk des Sozialismus“ ausgebaut werden und den Einwohnern ein Leben gesichert werden, „das ihren gerechten Wünschen und Bedürfnissen entspricht und als nachahmenswertes Beispiel für die Westberliner Arbeiterklasse dienen kann.“²³⁵ Das Argument der Grenznähe wurde von Ludwigsfelde gleichzeitig geschickt dazu verwendet, um bessere Versorgung und Verkehrsverbindungen von den zentralen Stellen zu erhalten. Sogar für die Bibliothek wurde die Aufstockung der Mittel gefordert, um der „Verlockung“ zu begegnen, „sich aus West Berlin Schundliteratur zu beschaffen“.²³⁶

Um der Bevölkerung eine Fahrmöglichkeit nach Ost-Berlin zu bieten, ohne die Westsektoren durchfahren zu müssen, versuchte die Gemeindevertretung in den späten 1950er Jahren in Verhandlungen mit der Reichsbahn eine bessere Zugverbindung über den Außenring unter Umfahrung West-Berlins zu erreichen.²³⁷ Eine herausragende Privilegierung von Ludwigsfelde auf der Ebene der Konsumgüterausstattung wurde aber nur in Ansätzen unternommen, zur Eindämmung der Bindung an West-Berlin standen zunächst im Wesentlichen nur repressive Mittel zu Verfügung. So erfolgten Entlassungen der Ehegatten von Grenzgängern aus staatlichen Institutionen und zwangsweise Wohnungsumsetzungen in andere Orte.²³⁸ Von Staats- und Parteistellen wurde nach dem Beginn des Aufbaus der Ludwigsfelder Industrie seit 1952 erheblicher Druck auf die Grenzgänger ausgeübt, ihre Arbeitsstellen in West-Berlin

²³³ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 11.

²³⁴ Vgl. Beerdigungsfeier am Lohntag, in: Der Spiegel 50, 1956 vom 12.12.1956, S. 20. Angaben werden bestätigt in Interview Birk; Vgl. zur Einrichtung einer operativen Gruppe des MfS im Jahr 1957 im IWL: 30. Mai 1957 Dienstanweisung Nr. 16/57: Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft, abgedruckt in: *Siegfried Suckut/Ehrhart Neubert/Walter Süß/Roger Engelmann/Bernd Eisenfeld/Jens Gieseke (Hg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden.* MfS-Handbuch, Berlin 1995, S. 113.

²³⁵ *Ebd.*, S. 19.

²³⁶ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 31.7.1956, S. 2.

²³⁷ Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 8.

²³⁸ „Die Arbeiter, die hier gebraucht werden, müssen diese Wohnungen bekommen, die anderen müssen umgesetzt werden. Die Gemeindevertretung stimmte dem Vorschlag zu und faßt Beschluß Nr. 23: Da die ehemaligen Werksangehörigen, die jetzt in West-Berlin tätig sind, ihren Arbeitsplatz aufgegeben haben, gehen sie auch aller Vergünstigungen verlustig, die ihnen bisher in unserem Ort zuteil wurden. Diese Bürger sind in die Orte umzusetzen, aus denen Arbeitskräfte für den von ihnen verlassenen Arbeitsplatz hergeholt werden mußten bzw. müssen.“ KreisATF XI 2100, Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung Ludwigsfelde am 13.12.1957, S. 3.

zugunsten einer Beschäftigung vor Ort aufzugeben. Angehörige des Rates der Gemeinde und des Kreises führten über Jahre mit den Betroffenen immer wieder Gespräche, um sie zur Arbeitsaufnahme in der DDR zu bewegen.²³⁹ Arbeiter des IWL, deren Frauen in West-Berlin arbeiteten, wurden auch von Kollegen bei Werksleitung und Partei denunziert.²⁴⁰ Insbesondere wegen der prekären Wohnungsfrage in Ludwigsfelde war das „Grenzgängertum“ in den Augen des Rates problematisch, da die Wohnungen für Angehörige der wachsenden Industrie im Ort reklamiert wurden. Ein typischer Vorwurf war auch, dass die Grenzgänger aufgrund des „Schwindelkurses“ der D-Mark unangemessen gut verdienen würden und den Arbeitern in West-Berlin durch ihre „lohndrückende“ Tätigkeit in den Rücken fielen, während sie in Ludwigsfelde gleichzeitig die „Vorteile der sozialistischen Wohnstadt“ genießen würden.²⁴¹ Die Vorwürfe der Ausnutzung des Wohnungsbauprogramms für eigene Zwecke waren aber nur zum Teil berechtigt. In einer 1958 durchgeführten „Kampagne“ stellte sich heraus, dass von 63 Familien, mit denen wegen einer Beschäftigung in West-Berlin Rücksprachen geführt worden waren, immerhin 46 Personen eigenen Grundbesitz in Ludwigsfelde besaßen.²⁴² Die wenigen Wohnungsumsetzungen, die als repressive Maßnahme beschlossen wurden, führten häufig zur „Republikflucht“ der Betroffenen.²⁴³ Die Ludwigsfelder Behörden mussten bei ihren Kontrollen und ihren – wenig erfolgreichen – Maßnahmen gegen das „Grenzgängertum“ auch feststellen, dass die Arbeitsbeziehungen und Verflechtungen zwischen West-Berlin und Ludwigsfelde teilweise schon sehr lange bestanden:

„Von den 62 Personen [, die in einer Untersuchung von 1958 erfasst wurde] arbeiten 13 seit über 10 Jahren in Westberlin. Bei diesen Personen handelt es sich also nicht um Ausnutzung der Spaltungerscheinungen, sondern diese haben bereits vor der Spaltung dort ihre Beschäftigung gehabt.“²⁴⁴

Es hatten sich trotz staatlicher Trennung bis 1961 noch Reste einer „normalen“ Stadt-Umland-Vernetzung erhalten.

Dass vor 1961 viele Waren trotz der hohen Preise noch in West-Berlin eingekauft wurden, hatte für die örtliche Versorgung durchaus entlastende Wirkungen. So führte der Umtausch der DDR-Banknoten im Jahre 1957 und die verstärkten Grenzkontrollen sogar zu Problemen, da es durch das Ausbleiben West-Berliner Waren zu einem zeitweise erheblich erhöhten Kaufbedarf in Ludwigsfelde kam.²⁴⁵

²³⁹ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 5.1.1956, S. 4.

²⁴⁰ Vgl. Roggenbuch: Grenzgängerproblem, S. 321.

²⁴¹ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 13.12.1957, S. 3 und Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 27.8.1957, o.S.

²⁴² Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 18.7.1958, Bericht der Ständigen Kommission Finanzen und Inneres über die Bearbeitung der Grenzgänger, Republikfluchten und Rückkehrer, S. 1.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 18.7.1958, Bericht der Ständigen Kommission Finanzen und Inneres über die Bearbeitung der Grenzgänger, Republikfluchten und Rückkehrer, S. 2.

²⁴⁵ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 25.10.1957, Bericht zur Versorgung, S. 8a.

Dennoch musste die Berlinnähe der SED als erhebliche Bedrohung der Entwicklung in Ludwigsfelde erscheinen. Den Menschen bot die geographische Nähe die Möglichkeit, die Option für einen Wechsel nach West-Berlin in Ruhe zu prüfen. Die unklare Perspektive des Ortes und die später mehrfach wechselnden Produktionsprofile des Werkes sorgten für Ärger unter den Arbeitern des Industrierwerkes, sodass es zu zahlreichen Wegzügen von Betriebsangehörigen kam. Neben Arbeitern gingen auch Angehörige der medizinischen Berufe nach West-Berlin.²⁴⁶ Die Ortsgeschichtsschreibung resümierte im Jahre 1988 diese unklare Situation Ludwigsfeldes zwischen Ost und West:

„Manche zogen es schließlich vor, die DDR ganz zu verlassen, zumal sich im Westen infolge des Marshallplanes die Schaufenster eher wieder füllten als bei uns. Hinzu kamen die lockenden Versprechungen, die Westberliner und westdeutsche Firmen, hier vor allem die Werber von Daimler-Benz, machten.“²⁴⁷

Mit dem Mauerbau wurde der Abfluss der Facharbeiter und das „Grenzgängertum“ abrupt gestoppt, aber gleichzeitig auch die Jahrzehnte alten Verflechtungen mit den südlichen (West-)Berliner Stadtteilen zerstört. Ebenso entfiel nun für die Ludwigsfelder die Möglichkeit zur punktuellen Aufbesserung ihrer Versorgungslage durch Einkäufe in Berlin. Die Partei registrierte vor diesem Hintergrund in den folgenden Jahren großen Unmut in der Ludwigsfelder Bevölkerung. Der Wunsch nach Reisemöglichkeiten nach West-Berlin wurde trotz der Grenzabriegelung weiterhin von einzelnen Einwohnern artikuliert.²⁴⁸ Die Angehörigen der Ortspartei scheiterten nach eigener Ansicht bei ihren Versuchen, die Menschen von der Meinung abzubringen, „daß die Grenze sich gegen uns selbst richtet, damit keiner mehr nach drüben kann“²⁴⁹. Die offiziellen Begründungen für den Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ fanden unter den Ludwigsfeldern wenig Verständnis. Unter Jugendlichen wurde die verbreitete Auffassung registriert, dass die Mehrzahl derer, die vor dem Mauerbau nach Westen gegangen waren, dies aus eigenem Antrieb getan hätten und nicht durch gezielte Abwerbungen gelockt worden seien. „Ganz versteckt versucht mancher damit zum Ausdruck zu bringen, die Grenzen wurden doch zugemacht, damit keiner mehr abhauen kann.“²⁵⁰ Diese von der Ortspartei registrierten Äußerungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch bei vielen Einwohnern, die den industriellen Aufbau des Ortes durch den Abfluss von Fachleuten gefährdet sahen und nicht von den Beziehungen zu West-Berlin profitiert hatten, durchaus auch Zustimmung für die Absperrungsmaßnahmen gab.

Nach dem Mauerbau 1961 musste in Ludwigsfelde keine Rücksicht mehr auf die prekäre Grenzlage genommen werden. Nun bestimmten vor allem die Bezugnahme auf die Bezirksstadt Potsdam und die Hauptstadt (Ost-)Berlin das Selbstbild und die weiteren Entwick-

²⁴⁶ Vgl. Birk: Geschichte und Geschichten, Teil II, S. 20.

²⁴⁷ Ebd., S. 11.

²⁴⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Ortsparteileitung Ludwigsfelde Informationsbericht, 21.3.1963, S. 1.

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, den 19.2.1963, Bericht zu den Fragen der bisherigen Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 13.12.1962, S. 3.

lungsoptionen Ludwigsfeldes. Ziel der SED-Ortspartei blieb es jedoch noch bis in die 1980er Jahre trotz Mauerbau die Reduzierung der Westkontakte zu erreichen, damit „sich die Kontakte von den Eltern nicht auf die Kinder und Enkelkinder [vererben]“.²⁵¹

3.3 Die „neue Perspektive“: Automobilbau, Stadttitel und Aufbaukrisen (1962/65 bis 1974)

3.3.1 Planung und Bau der Automobilwerke Ludwigsfelde (AWL)

Bis Ende 1962 zeigte sich, dass die Politik des Siebenjahrplans trotz der Abschottung durch den Mauerbau in der DDR nicht die erhofften ökonomischen Erfolge gebracht hatte. Seit Ende 1962 wurde deshalb mit dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) eine neue Reformstrategie verfolgt, die mehr flexible eigenständige ökonomische Entscheidungen im Produktionsprozess ermöglichen wollte und die detaillierten Planvorgaben der Zentrale verringerte. Nach der im Juni 1963 offiziell verkündeten Strategie sollten insbesondere die 82 „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (VVB) als Konzernleitungen der VEB eine wichtige Rolle übernehmen.²⁵² Diese Politik scheiterte nach ersten begrenzten Erfolgen letztlich ebenfalls. Ab 1968 wurde der Reformkurs sukzessive zurückgenommen, bis Ende 1970 erfolgte die endgültige Rückkehr zur zentral-administrativen Planwirtschaft.²⁵³ Die materiellen Anstrengungen des Siebenjahrplans und der NÖSPL waren trotz ihres gesamtwirtschaftlichen Scheiterns für einige Investitionsstandorte jedoch nicht umsonst. Von der Investitionstätigkeit der 1960er Jahre konnte die DDR insgesamt in den 1970er Jahren durchaus profitieren.²⁵⁴

Das Scheitern der Flugzeugproduktion stellte zunächst sowohl die örtlichen Behörden als auch zentrale Stellen der DDR Anfang der 1960er Jahre vor erhebliche Probleme. Die weitere Entwicklungsperspektive der ehemaligen Werke der Luftfahrtindustrie, neben Ludwigsfelde waren dies vor allem Fabriken in Sachsen, war Gegenstand mehrerer Beratungen des Ministerrats²⁵⁵ und des Politbüros.²⁵⁶ Der fehlgeschlagene Aufbau einer Flugzeugindustrie hatte die Wirtschaft der DDR finanziell erheblich belastet. Allein von 1955 bis 1960 waren 573 Millionen Mark in die neuen Werke investiert worden, der Gesamtzuschuss aus dem Staatshaushalt mit begleitenden Maßnahmen hatte in diesen Jahren sogar einen Umfang von 1,6 Milliarden Mark erreicht. In Ludwigsfelde, Pirna, Dresden und anderen Standorten waren auf dem Höhepunkt der Produktion insgesamt 25.000 Beschäftigte der Flugzeugin-

²⁵¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 28.11.1986, S. 2.

²⁵² Vgl. *Hermann Weber*: Die DDR 1945–1990, München 2000, 3. überarb. und erw. Auflage, S. 64.

²⁵³ Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 63–64.

²⁵⁴ *Ebd.*, S. 64.

²⁵⁵ Vgl. BArch DC 20 I/4 669, Dokumente der 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963, Beschluß des Ministerrates vom 21.12.1962: zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie.

²⁵⁶ Vgl. BArch DY 30 J VI 2/2–861, Lage und Vorschläge zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, S. 89.

dustrie zugeordnet worden.²⁵⁷ Für alle Werke musste deshalb möglichst kurzfristig eine neue Perspektive gefunden werden, um nicht die gesamten Investitionen abschreiben zu müssen. Durch die industrielle Krise stagnierte auch die Bevölkerungsentwicklung des Industrieortes Ludwigsfelde. 1962 und 1963 war das Saldo von Zu- und Wegzügen im bisherigen Wachstumsort lediglich ausgeglichen, kurzzeitig überwog trotz Mauerbau sogar die Abwanderung.²⁵⁸ Auch der Ausbau der 1959 begonnenen „Zweiten Wohnstadt“, die vor allem auf die Ansprüche der Flugzeugproduktion orientiert war, stockte, obwohl die Wohnungsversorgung auch für die bereits ansässige Bevölkerung weiterhin ein akutes Problem darstellte. Die Bedeutung des Betriebes verringerte sich durch das veränderte Produktionsprofil aus Sicht der übergeordneten Stellen deutlich, was sich auch nachteilig auf das gesamte Baugeschehen im Ort auswirkte.²⁵⁹

Ludwigsfelde blieb jedoch trotz der Produktionskrise ein großer Industriestandort. Das Industrierwerk fertigte weiterhin u.a. kleinere Schiffsantriebe und Motorroller. Das spätere INL blieb für die wichtige Reparatur von Triebwerken der Luftstreitkräfte der NVA zuständig. Zunächst wurde geplant, diese seit Mitte der 1950er Jahre existierenden kleineren Produktionslinien fortzusetzen und auszubauen. Als zusätzliches Standbein sollte vor allem die Produktion von Gasturbinen und die Turbinenschauaufelfertigung gesteigert werden. Daneben wären nach der zentralen Direktive „keine Erweiterungsmaßnahmen in Ludwigsfelde mehr durchzuführen“. Nach Ansicht des Politbüros hätten die „Beschäftigten und der Betrieb als Ganzes [...] mit dieser Aufgabenstellung eine klare Perspektive“.²⁶⁰ Mitte 1961 wurde der Betrieb offiziell aus der Luftfahrtindustrie ausgegliedert und entsprechend der neuen dominierenden Bedeutung der Produktion von Gasturbinen und Turbinenschauaufeln der VVB Energiemaschinenbau zugeordnet.²⁶¹

Diese neue Zuordnung erwies sich jedoch nicht als eine beständige „klare Perspektive“ für den Betrieb, die Werk tätigen und den gesamten Industrieort. Veränderungen im Energiemaschinenbau der DDR ließen die Fertigung von Turbinenschauaufeln in Ludwigsfelde schon nach wenigen Monaten als nicht mehr sinnvoll erscheinen.²⁶² Der Ministerrat musste 1963 feststellen, dass „als bereits deutlich wurde, daß sich die Perspektiven im Energiemaschinenbau verändern, [...] die Fortführung des Projektes nicht gestoppt [wurde]. Es wurden Investitionen realisiert, die zum Teil nutzlos sind.“²⁶³

Eine neue und dauerhafte Perspektive für das Werk und den Ort zeichnete sich erst ab, als im März 1962 auf dem 7. Deutschen Bauernkongress von Walter Ulbricht offiziell die Forde-

²⁵⁷ Vgl. BArch DY 30 J VI 2/2–752, ZK der SED, Politbüro, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 10 vom 28.2.1961. Bericht über die Lage und weiteren Maßnahmen in der Luftfahrtindustrie, Blatt 24.

²⁵⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, Anlage 1.

²⁵⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 002, Gemeindevertretung Ludwigsfelde 1962, Gemeindevertretung, Sitzung am 28.2.1962, S. 3.

²⁶⁰ BArch DY 30 J VI 2/2–752, ZK der SED, Politbüro, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 10 vom 28.2.1961. Bericht über die Lage und weiteren Maßnahmen in der Luftfahrtindustrie, Blatt 48.

²⁶¹ Vgl. *ebd.*, Blatt 49.

²⁶² Vgl. BArch DC 20 I/4 669, Dokumente der 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963, 1. Beschluß zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, Blatt 16.

²⁶³ *Ebd.*, Blatt 24.

nung nach einem leistungsfähigen Transportmittel für die Landwirtschaft erhoben wurde. Das Ziel der Produktion eines neuen Lastkraftwagens in der DDR fand umgehend Eingang in einen Beschluss des Ministerrates.²⁶⁴ Der Bedarf der DDR nach einem neuen Lkw rechtfertigte sich insbesondere durch die gerade abgeschlossene Kollektivierung der Landwirtschaft, die von großen Defiziten in der technischen Grundausstattung der neuen ausgedehnten LPGs begleitet war. Zusätzlich vergrößert wurde die Nachfrage durch das Interesse des Militärs an der Entwicklung eines schweren Lkws.²⁶⁵

Dass ausgerechnet Ludwigsfelde der Produktionsort eines neuen Lkws werden könnte, war zunächst angesichts des bestehenden Produktionsprofils keine nahe liegende Option. Traditionen des Fahrzeugbaus bestanden vor Ort – abgesehen von der Motorrollerproduktion – nicht. Die technische Projektion eines neuen Lkws erfolgte zudem zunächst im „VEB Kraftfahrzeugwerk Ernst Grube“ im sächsischen Werdau als Reaktion auf die Rede Ulbrichts auf eigene Initiative der dortigen Werksleitung unter dem Direktor Kohl.²⁶⁶ Diese Aktivität wurde von der Staats- und Parteiführung, die nach der veröffentlichten Forderung nach einem neuen Lkw über keine fertigen eigenen Planungen verfügte, positiv aufgenommen.²⁶⁷ Aufbauend auf diesen technischen Vorarbeiten aus Werdau konnten innerhalb kürzester Zeit schon am 11. Dezember 1962 die zentralen wirtschaftspolitischen Festlegungen durch das Politbüro vorgenommen werden.²⁶⁸ Offiziell fällte der Ministerrat am 21. Dezember 1962 den Beschluss, die Produktion des „W 50“ – das W stand noch für das sächsische Werdau – aufzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch bereits die Entscheidung getroffen worden, die Fertigung nicht in Werdau, sondern in Ludwigsfelde vorzunehmen.²⁶⁹ Durch diese Entscheidung für Ludwigsfelde wurde die Stadt Werdau der Verlierer der weiteren industriellen Entwicklung und stagnierte in den folgenden Jahrzehnten als altindustrielle Kleinstadt, die über Jahrzehnte von Verfall und Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet blieb.²⁷⁰ Auf Ludwigsfelde war die Wahl – trotz der hier fehlenden branchenspezifischen Traditionen – gefallen, da die volkswirtschaftlich notwendige große Jahresproduktion im Werdauer Werk räumlich nicht zu realisieren gewesen wäre²⁷¹, während Ludwigsfelde große Flächenressourcen besaß.

²⁶⁴ Vgl. Beschluß des Ministerrats über die Vorschläge des VII. Deutschen Bauernkongresses an die Regierung vom 30.3.1962, in: GBl. 1962, Teil II, S. 23.

²⁶⁵ Vgl. *Kirchberger*: Plaste, Blech und Planwirtschaft, S. 436–437.

²⁶⁶ Interview Kohl.

²⁶⁷ Vgl. *Kirchberger*: Plaste, Blech und Planwirtschaft, S. 433, S. 437–438.

²⁶⁸ Vgl. BArch DY 30 J VI 2/2–861, Lage und Vorschläge zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, S. 89.

²⁶⁹ Vgl. *Kirchberger*: Plaste, Blech und Planwirtschaft, S. 438. Zur Entscheidungsfindung des Ministerrats vgl. BArch DC 20 I/4 669, 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963: Beschluß zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, insbesondere Blatt 41.

²⁷⁰ Fünf Jahre nach dem Produktionsanlauf von Ludwigsfelde musste der Werdauer Bürgermeister feststellen: „Werdau ist keine neue und keine besonders schöne Stadt. Es liegt nicht an einer der großen strukturpolitischen Linien unserer Republik, wo unser Staat in Industrie und Wissenschaft viele Mittel und Kräfte konzentriert, was auch die Entwicklung der Städte fördert. Wollen wir in den 9000 anderen Städten und Gemeinden deshalb zurückbleiben?“ *Helmut Huhn*: Systemregelung in der Stadt, in: Neues Deutschland, 9.2.1970.

²⁷¹ Vgl. BArch DC 20 I/5–23, 14. Sitzung der Kommission für laufende Angelegenheiten vom 6.12.1962, Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Anordnung Nr. 03/14/4/62, Betr. Prinzipbeschluß über die Produktionsaufnahme des Lkw W 50, Blatt 97; *Birk*: Geschichte und Geschichten, Teil II, S. 23.

Insbesondere die angestrebte Rentabilität und die zusätzlich angestrebte Exportorientierung ließen die Planungen auf ein sehr großes Werk zielen. Ein weiteres Motiv der Standortwahl war die bisher unbefriedigende Produktentwicklung in Ludwigsfelde.²⁷² Um den Betrieb wirtschaftlich auszulasten, erschien es unumgänglich, „das jetzige Produktionsprogramm zu bereinigen und eine Hauptproduktion neu aufzunehmen, die die optimale Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten gewährleistet“.²⁷³ Die unklaren Perspektiven hatten auch unter den Werkträgern in Ludwigsfelde Unzufriedenheit ausgelöst,²⁷⁴ weswegen sich die Parteileitung des IWL besonders engagiert für die Ansiedlung der Lkw-Produktion in Ludwigsfelde einsetzte.²⁷⁵ Ein Motiv der zentralen Institutionen für den Entschluss war wahrscheinlich auch der Wunsch, kurz nach dem Mauerbau zur Stabilisierung der Situation im sensiblen Grenzbe- reich zu West-Berlin beizutragen. Die Werdauer Initiative wurde einschließlich wichtiger Mit- arbeiter nach Ludwigsfelde verlagert. Neuer Werksleiter in Ludwigsfelde wurde der bisherige Werdauer Direktor Werner Kohl.

Bemerkenswerterweise wurde dem Rat der Gemeinde Ludwigsfelde zwar der wesentliche Inhalt des Beschlusses zur Aufnahme der Lkw-Produktion zur Kenntnis gegeben; über lange Monate sahen die zentralen Stellen trotz des Drängens der Gemeinde aber keinen Anlass, ihr auch den konkreten Wortlaut des Beschlusses zuzustellen.²⁷⁶ Der Rat der Gemeinde wusste zwar, „daß es einen Beschluß vom 11.11.1963 gibt. Verlesen wurde dieser aber we- der im Rat, noch in der Volksvertretung oder irgendeiner Kommission“.²⁷⁷ Die Gemeinde nahm trotz dieser fehlenden Einbeziehung erfreut zur Kenntnis, dass ein neues Automobil- werk „auf modernster Grundlage“ im Ort entstehen sollte.

„Von großem Interesse ist die Tatsache, daß Genosse Ulbricht die Sorgen der Indust- riewerker kannte und ihnen eine große Hilfe bei der Sicherung der neuen Perspektive

²⁷² Abgesehen von der Durchführung von Triebwerksreparaturen und der Produktion von Motorrollern wurde „die große Kapazität dieses Werkes sporadisch und unregelmäßig mit Zulieferungen an andere Maschinen- baubetriebe beschäftigt.“ BArch DC 20 I/4 669, 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963: Beschluß zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, insbeson- dere Blatt 23. 1963 führte der Betrieb beispielsweise über 4.000 Einzelaufträge für 155 andere Betriebe durch.

²⁷³

Ebd.

²⁷⁴

Vgl. ebd., Blatt 24.

²⁷⁵

Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 2769 Anweisungen des Mi- nisteriums für Bauwesen 1963, Ludwigsfelde Lkw-Bau: VEB Industrierwerke Ludwigsfelde Betriebsparteior- ganisation, Ludwigsfelde 16.6.1963, Vorlage für das Büro für Industrie und Bauwesen der Bezirksleitung der SED zum Stand der Vorbereitung Lkw „W 50“: „Aufgrund dieser Situation leitete die Parteileitung im Juli 1962, in Verbindung mit den übergeordneten Leitungen der Partei und dem Werkdirektor, die ersten Maß- nahmen zur Veränderung der Lage ein. Nach vielen Verhandlungen führten sie zu dem Ergebnis, daß das Präsidium des Ministerrates am 21.12.1962 den Beschluß faßte, in der Deutschen Demokratischen Republik die Produktion des Lkw „W 50“ aufzunehmen und diese Aufgabe dem VEB Industrierwerke Ludwigsfelde übertrug.“

²⁷⁶

„Herr Funke erinnerte, daß im Februar der Beschluß im Rat gefaßt wurde, den Beschluß des Ministerrates anzufordern. Bis heute haben wir ihn nicht, trotzdem das Schreiben noch im Februar rausging. Was wollen wir denn durchführen, wenn wir weder den Beschluß noch die Konzeption, die zu dem Beschluß führte, rich- tig kennen.“ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 27.4.1964, S. 6.

²⁷⁷

Ebd., S. 4.

gegeben hat, die ein Teil des Aufbaus der nationalen Wirtschaft der DDR ist, wie es auf dem VI. Parteitag der SED beschlossen wurde.²⁷⁸

Auch der Bezirk Potsdam hatte sich nachdrücklich für die Ansiedlung in Ludwigsfelde eingesetzt und erhebliche Kapazitäten bereitgestellt.²⁷⁹

Zum 1. Januar 1963 wurde der VEB Industrierwerke Ludwigsfelde wieder aus dem Energiemaschinenbau herausgelöst und als VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde (AWL) dem VVB Automobilbau Karl-Marx-Stadt zugeordnet. Laut Ministerratsbeschluss sollte die Produktion des Lkw „W 50“ im Jahre 1965 aufgenommen werden.²⁸⁰ Der Aufbau der Lkw-Produktion, der erneut umfangreiche Um- und Ausbauarbeiten auf dem Werksgelände erforderte, führte zu mehr als einer Verdopplung der Produktionsfläche, u.a. entstand dort die damals größte Halle der DDR.²⁸¹ Alle neuen Anlagen für das Autowerk wurden in der Folgezeit in großer Eile erbaut, teilweise schon vor Fertigstellung endgültiger Projektierungsunterlagen.²⁸²

Der Kontrolle der Vorbereitung der Lkw-Produktion wurde von höchsten Staatsstellen in den nächsten Jahren große Aufmerksamkeit gewidmet. Diese erneute Großinvestition in Ludwigsfelde musste aus Sicht der Parteiführung nach den zahlreichen Misserfolgen und den bisher verlorenen umfangreichen Investitionen endlich ein Erfolg werden. Weitere zentrale Beschlüsse sollten die Verwirklichung des ehrgeizigen Planes sicherstellen. Der Ministerratsbeschluss vom 11. November 1963 legte die wichtigsten – technischen und territorialen – Maßnahmen zur Sicherung des Lkw-Programms fest.²⁸³ In Ludwigsfelde waren demnach von 1963 bis 1970 Investitionen in Höhe von 167 Millionen Mark vorgesehen, davon entfielen allein 56 Millionen Mark auf Bauleistungen. Insbesondere wurde wieder ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm in Gang gesetzt, um die fehlenden Spezialisten für den Fahrzeugbau aus anderen Bezirken anwerben und in Ludwigsfelde ansiedeln zu können.²⁸⁴

In den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen bis zur Mitte der 1960er Jahre lassen sich Einflüsse der unteren Staatsorgane, der Gemeinde und des Kreises nur in sehr geringem Umfang ausmachen, am ehesten traten noch die örtlichen Parteiorgane als Akteure auf. Maßgebend für die Entwicklung waren die Entscheidungen der zentralen Wirtschaftsplanung, die aber immer wieder von Eigeninitiativen der Betriebe, wie z.B. bei der Entwicklung des Lkw in Werdau, und dem Engagement des Bezirks modifiziert wurden.

²⁷⁸ StadtAL Nr. 102005 003, Gemeindevertretung, Sitzung am 26.6.1963, Bericht des Rates über die Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages, S. 1.

²⁷⁹ Interview Kohl.

²⁸⁰ Vgl. BArch DC 20 I/4 669, 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963: Beschluß zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, insbesondere Blatt 41.

²⁸¹ *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 11.

²⁸² Vgl. BArch DC 20 I/5–32, 6. Sitzung der Kommission für laufende Angelegenheiten vom 10.6.1963, Blatt 8.

²⁸³ Vgl. BArch DC 20 I/5–38, 11. Sitzung der Kommission für laufende Angelegenheiten vom 11.11.1963, Beschluß zur Produktionsaufnahme am 8.6.1965, o.S.

²⁸⁴ *Gerhard Zimmer*: Vom IFA W 50 zum IFA L 60, in: *Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten*, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 7–17.

Mit der Entscheidung von 1962 wurde Ludwigsfelde Hauptstandort der Lkw-Produktion in der DDR.²⁸⁵ Die Ansiedlung der Lkw-Produktion wurde trotz aller Krisen in den 1960er und 1970er Jahren schließlich ein Erfolg und gab dem Ort erstmals eine gesicherte industrielle Perspektive, die bis zum Ende der DDR stabil blieb und gleichzeitig Ludwigsfelde die ersten nachhaltigen Schritte zur Stadtwerdung ermöglichte.



24. Abb.: Staatsakt zur Fertigung des ersten Lkw W 50, 17.7.1965

3.3.2 Der Ort Ludwigsfelde von 1962 bis zur Stadtwerdung

Der Weiterbau der „Zweiten Wohnstadt“

Im entscheidenden Ministerratsbeschluss vom 11. November 1963 wurde zur Vorbereitung der Lkw-Produktion die Errichtung von 2.076 Wohnungen in den Jahren 1964 bis 1970 projektiert.²⁸⁷ Mit dieser Entscheidung wurde das ursprünglich Ende der 1950er Jahre für die Flugzeugproduktion vorgesehene und nach Verzögerungen und Streichungen noch nicht vollständig realisierte Bauvolumen für die Sicherung der Lkw-Produktion noch einmal deutlich um etwa 1.200 Wohnungen aufgestockt. Der Wohnungsbau musste angesichts der ehrgeizigen Produktionsziele in großer Eile begonnen werden. Bereits im Jahre 1964 sollten für die Unterbringung von Spezialisten zur Sicherstellung des Produktionsanlaufes etwa 100 Wohnungen „im staatlichen Wohnungsbau zur Verfügung des Werkleiters“²⁸⁸ bereitgestellt werden.

²⁸⁵ Nutzfahrzeuge wurden in der DDR ansonsten nur noch in Zittau, Karl-Marx-Stadt, Frankenberg und Waltershausen produziert. Vgl. *Gerhard Kehrer: Geographie der metallverarbeitenden Industrie und ihrer metallurgischen Basis*, in: *Scherf (Hg.): DDR: Ökonomische und soziale Geographie*, S. 178–196, hier S. 192.

²⁸⁷ Vgl. BArch DC 20 I/5–38, 11. Sitzung der Kommission für laufende Angelegenheiten vom 11.11.1963, Beschluß des Ministerrats: Komplexe Direktive zur Sicherung der Produktion des LWK W 50, Blatt 62 und 73.

²⁸⁸ BArch DC 20 I/5–38, 11. Sitzung der Kommission für laufende Angelegenheiten vom 11.11.1963, Beschluss zur Produktionsaufnahme am 8.6.1965, Blatt 73, S. 16.

Vor allem das unvollendete Baufeld der „Zweiten Wohnstadt“ bot die Möglichkeit zur schnellen Fortsetzung des Wohnungsbaus. Schon 1961 war mit einer Überarbeitung der Planungen begonnen worden, da sich abzeichnete, dass der ursprüngliche Plan angesichts des sich abzeichnenden Endes der Flugzeugturbinenproduktion nicht mehr den Anforderungen entsprach. Nach dem Aufbau des Autowerkes kam es zu weiteren Modifikationen der Planung, vor allem erfolgte eine Vergrößerung der Fläche für den Wohnungsbau. Die maßgebliche Überarbeitung des Bebauungsplanes wurde am 16. Dezember 1963 abgeschlossen und am 5. Februar 1964 vom Rat des Bezirkes bestätigt.²⁸⁹

Die modifizierte städtebauliche Planung der „Zweiten Wohnstadt“ zeichnete sich wie im Ursprungsentwurf weiterhin vor allem durch eine Zeilenbebauung mit viergeschossigen Blockbauten mit Steildächern aus. Während der Entwurf von 1959 noch deutlich mehr straßenbegleitende Baublöcke, insbesondere in der Karl-Liebkecht-Straße und der Erich-Weinert-Straße vorgesehen hatte, dominierte nun eine reine Zeilenbebauung mit parallel gestellten Baublöcken ohne Betonung des Straßenverlaufs.²⁹⁰ Trotz deutlicher Abstriche blieben einige wichtige Qualitäten der anspruchsvollen Ursprungsplanung der „Zweiten Wohnstadt“ im später weitgehend realisierten Plan von 1964 erhalten. Die Zeilenbaustruktur wurde auch im neuen Plan nicht rein schematisch, sondern vielfach variiert ausgeführt; auch das Konzept mehrerer Subzentren blieb ebenso wie die Platzierung der sozialen Infrastrukturen in grünen Innenbereichen der Baugebiete erhalten. Während die in der DDR nach 1960 einsetzende Kritik am übermäßigen Bodenverbrauch der teilweise sehr lockeren Bebauung der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine deutliche Verdichtung von vielen Bauvorhaben nach 1960 zur Folge gehabt hatte,²⁹¹ unterblieben in Ludwigsfelde angesichts der Verfügbarkeit von großen Flächen bauliche Verdichtungen weitgehend. Die 1962 erfolgte gesetzliche Restriktion der extensiven Baulandbeschaffung zur Vermeidung von unnötigem Flächenverbrauch²⁹² wurde in Ludwigsfelde offensichtlich noch nicht wirksam.

Die Bebauung entsprechend dem überarbeiteten Bebauungsplan wurde bis 1969 im südöstlichen Bereich der Wohnstadt fortgeführt und weitgehend planmäßig abgeschlossen. Während des Bauverlaufs gab es nur kleinere Modifikationen der städtebaulichen Komposition. Außerhalb des eigentlichen Plangebietes und abweichend von den langfristigen Planungen wurden angesichts neuer akuter Wohnungsanforderungen entlang der August-Bebel-Straße auf mehr oder weniger „zufällig“ freien Flächen drei Wohnblöcke erbaut.²⁹³ Diese Blöcke waren zwar „im Plan“ finanziert und projektiert, allerdings für Standorte, für die zum fraglichen Zeitpunkt noch keine Baufreiheit hergestellt war.²⁹⁴ Ohne diese pragmatische Planänderung

²⁸⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 15418, Büro für Städtebau, Bezirksarchitekt, Potsdam, den 16.10.1974, o.S.

²⁹⁰ Vgl. StadtAL „Ludwigsfelde West“ Projekt, Nr. 97, Wohnkomplex Ludwigsfelde Mitte 12.1.1966.

²⁹¹ Vgl. *Hoscislawski: Bauen*, S. 246–247.

²⁹² Vgl. *ebd.*, S. 249.

²⁹³ Die August-Bebel-Straße ist die nach Westen verlängerte Karl-Liebkecht-Straße, siehe Plan im Anhang.

²⁹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, S. 17.

durch den Bezirk – offensichtlich auf Anregung der Gemeinde²⁹⁵ – wären Finanzmittel und Baukapazitäten verlorengegangen. Einige reguläre Bauplätze innerhalb der Wohnstadt blieben deshalb noch über Jahre unbebaut.²⁹⁶

Ludwigsfelder Zentrumsplanungen nach 1963

Sowohl in der örtlichen Politik als auch in der Bevölkerung waren mit der Entscheidung für die Errichtung des Autowerks erneut Hoffnungen auf die Fortsetzung des Stadtwerdungsprozesses und die Errichtung eines Zentrums aufgekommen. In der Realisierungsphase der neuen Wohngebiete erfuhren aber vor allem das Zentrenkonzept der „Zweiten Wohnstadt“ und der Ausbau des Zentralen Platzes wesentliche Abstriche. Die weitere Ausbildung des Zentrums wurde zwar auch im Ministerratsbeschluss zum Aufbau des Lkw-Werkes explizit vorgesehen, eine Mittelbereitstellung erfolgte jedoch erneut nur für die neuen Industrieanlagen, den begleitenden Wohnungsbau und die unabdingbare Infrastruktur. Ein Großteil der Planungen für zentrale Einrichtungen wurde nicht mehr umgesetzt, als sich am Ende der 1960er Jahre Schwierigkeiten der Wohnraumversorgung für die neuen Arbeiter des Autowerkes zeigten. Anstelle zentraler Einrichtungen wurde die Anzahl der projektierten Wohneinheiten immer mehr gesteigert, um eine stabile Stammebelegschaft des Werkes zu sichern und die Fluktuation zu senken. Das schon bestehende Defizit an Versorgungseinrichtungen vergrößerte sich in der wachsenden Stadt so immer weiter. Abgesehen vom Wohnungs- und Industriebau blieb die weitere städtebauliche Entwicklung Ludwigsfeldes weitgehend außerhalb des Interesses der Zentrale und den Aushandlungsprozessen von Bezirk, Kreis und Stadt überlassen. Nach 1963 wurde im Grundsatz die Konzeption des Ursprungsentwurfs für die „Zweite Wohnstadt“ aus den Jahren 1958/59 zur Planung eines zweigeteilten Zentrums – am „Zentralen Platz“ und in der „Zweiten Wohnstadt“ – fortgesetzt. Die Projekte für den „Zentralen Platz“ südlich der Autobahn wurden aber nicht mit Priorität weiter verfolgt. Sie fanden zwar Eingang in die langfristige „Generelle Stadtplanung“.²⁹⁷ Detailplanungen für den „Zentralen Platz“ wurden jedoch nicht mehr angefertigt. Auf den zugehörigen Planwerken sind auf der Südostseite nur schematisch zwei separate Baukörper für ein Hochhaus und ein Verwaltungsgebäude verzeichnet.



en, daß diese Blöcke an einem ande-
und 21–29 gebaut wurden.“ StadtAL

Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Rat der Stadt 3.10.1974. S. 2.

²⁹⁶ Das führte zu erheblichen Protesten der Anwohner, die sich inzwischen die Freiflächen ihrerseits durch die Anlage von Spielplätzen in Selbsthilfe zu Eigen gemacht hatten. Siehe: 4.4.5 Fallstudie: Die Eingabe gegen den Abriss des Spielplatzes, S. 330.

²⁹⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406 Büro für Städtebau Potsdam Nr. 753, Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde von 1964, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam – Brigade I – Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Dezember 1964, S. 68.

25. Abb.: Ausschnitt aus der Stadtbebauungsplanskizze von 1964, Büro für Städtebau (mit einem schematisch markiertem Stadtzentrum [SZ] mit weiteren geplanten Baukörpern und einem zusätzlichen Subzentrum [WKZ] in der sozialistischen Wohnstadt)

Die alten Planungen für das nördliche Subzentrum wurden nach 1963 nur in reduzierter Form wieder aufgenommen, in vielen Varianten diskutiert, aber schließlich ebenfalls nicht zu Ende geführt. Anstelle eines umfassenden Wohngebietszentrums entstand an der Potsdamer Straße bis 1965 nur eine Kaufhalle.²⁹⁸

Als wesentlicher Bestandteil der ursprünglichen Planungen entstand ab 1963 jedoch das zehnstöckige Hochhaus an der Potsdamer Straße, während die weitergehenden Platzgestaltungen und die funktionelle Verknüpfung mit dem eigentlichen „Zentralen Platz“ nicht umgesetzt wurden.



26. Abb.: Hochhaus Potsdamer Straße

Die zahlreichen Überarbeitungen der Planung von 1959 bis 1966 zeigen die fortschreitende Erosion des ursprünglichen ambitionierten Subzentrumsprogramms. Auch die im letzten Planstand von 1966²⁹⁹ noch zusätzlich vorgesehene Industriewarenhalle und eine Klubgaststätte wurden nicht mehr realisiert. 1968 erfolgte lediglich noch der Bau des sogenannten Mittelganghauses mit acht Geschossen³⁰⁰ und in den 1980er Jahren entstanden auf brachliegenden Flächen zwei weitere Wohnhäuser. Zumindes städtebaulich-gestalterisch wurde der Bereich des geplanten Subzentrums mit dem Hochhausbau aber aus der übrigen Wohnstadt mit ihrer einheitlich viergeschossigen Bebauung hervorgehoben. Insbesondere das Hochhaus wurde in Ludwigsfelde als Symbol des städtischen Aufstiegs begriffen und wurde

²⁹⁸ Vgl. Kadatz: Ludwigsfelde, S. 25.

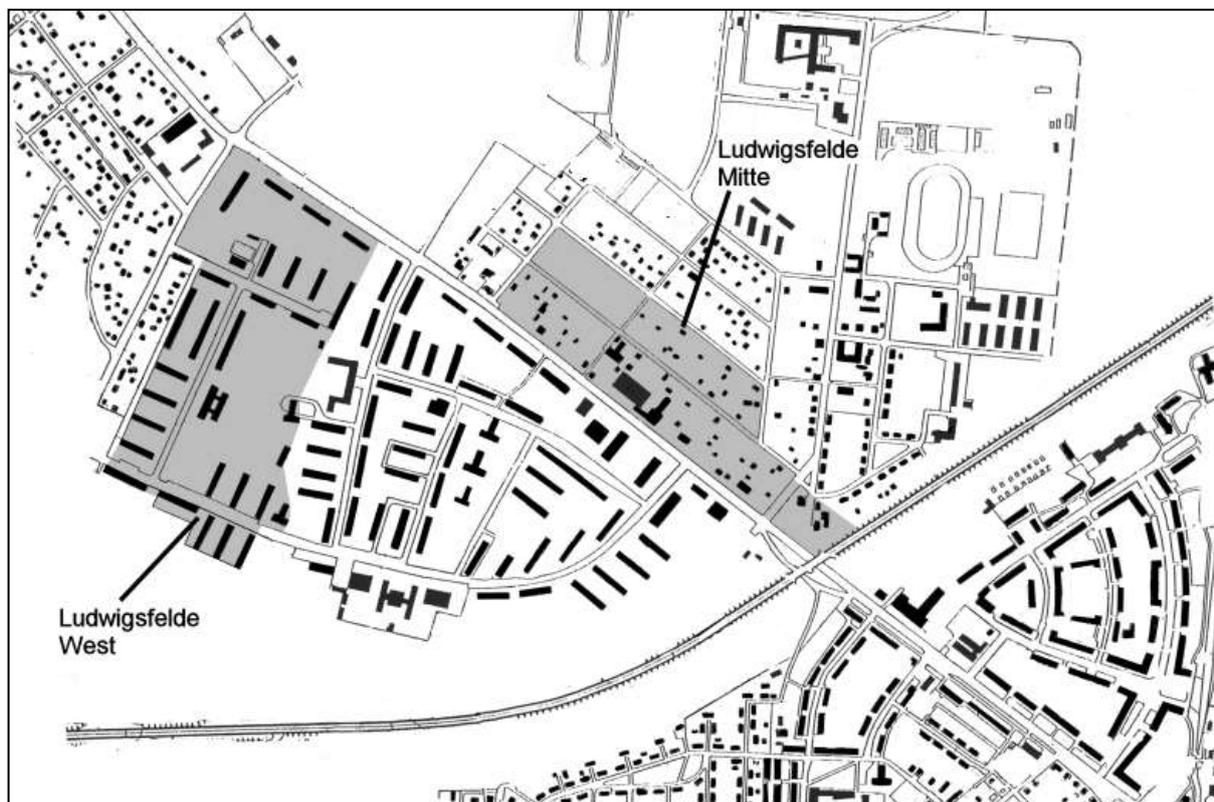
²⁹⁹ Vgl. StadtAL (ohne Aktennummer): Plan „Ludwigsfelde West“, Projekt, Nr. 97, Wohnkomplex Ludwigsfelde Mitte, 12.1.1966.

³⁰⁰ Es sollte ursprünglich mit drei weiteren Scheibenhochhäusern auf der anderen Seite der Potsdamer Straße korrespondieren. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, S. 17.

Motiv zahlreicher Ansichtskarten. Nach 1965 fand das Hochhaus als Symbol des mit der Stadtwerdung verbundenen Fortschrittsoptimismus auch Eingang in das neue Wappen der Stadt, wobei die Höhe des – in der Realität eher gedrungenen – Gebäudes deutlich überzeichnet wurde. Insgesamt blieb das Zentrum der „Zweiten Wohnstadt“ jedoch neben dem „Zentralen Platz“ ein zweites Fragment des öffentlichen Raumes in Ludwigsfelde. Durch die Aufgabe der ehrgeizigen Zentrums- und Subzentrumsplanungen angesichts der nach 1963 ausschließlich in den Vordergrund gerückten Quantität des Wohnungsbaus für das Autowerk blieb die Möglichkeit, die Potsdamer Straße – wie in den Planungen vorgesehen – zur zentralen Achse bzw. zur „Magistrale“ der Stadt zu entwickeln, auf lange Zeit ungenutzt.

Einen ähnlichen Misserfolg erlebte innerhalb der „Zweiten Wohnstadt“ auch ein weiteres projektiertes Nachbarschaftszentrum, das mit einem kleineren Hochhaus und einem Selbstbedienungsladen gestaltet werden sollte. Hier wurde 1962 mit der Kaufhalle „Flink Fertig“ in der Erich-Weinert-Straße nur ein Teil der Ursprungsplanung umgesetzt.

3.3.3 Wachstum durch das Automobilwerk: Wohngebietsplanungen seit 1963



27. Abb.: Alternativstandorte für die Bebauung in Ludwigsfelde West oder Mitte

Für die durch die Errichtung des Autowerkes notwendige Steigerung des Wohnungsbaus in Ludwigsfelde reichte trotz einiger Umplanungen das Gebiet der „Zweiten Wohnstadt“ nicht mehr aus, weshalb schon im Ministerratsbeschluss eine Erweiterung der Wohnungsbaufäche in Ludwigsfelde vorgesehen wurde. Um die konkrete Auswahl eines geeigneten Erweiterungsgeländes entwickelte sich jedoch zwischen den planenden bezirklichen Organen und der Gemeinde ein heftiger Streit, der exemplarisch die Dominanz der industriell bestimmten

Standortpolitik gegenüber den lokalen Ansprüchen aufzeigt, gleichzeitig aber auch das gewachsene örtliche Selbstbewusstsein der Industriestadt Ludwigsfelde dokumentiert.

Für den weiteren Wohnungsbau standen zwei Standortvarianten zur Diskussion: das Baufeld „Ludwigsfelde Mitte/Nord“³⁰¹ in der geographischen Mitte der Stadt zwischen Erster und Zweiter Wohnstadt und „Ludwigsfelde West“, an der westlichen Peripherie der Stadt im Anschluss an das Baugebiet der „Zweiten Wohnstadt“. Der peripher gelegene Bereich „Ludwigsfelde West“ bot, abgesehen von einigen notwendigen Rodungsmaßnahmen im waldreichen Gebiet und der erforderlichen Räumung von wenigen Gartenparzellen, relativ problemlos zu erschließende Bauflächen. In der bereits Ende der 1950er Jahre durch das bezirkliche Planungsbüro erarbeiteten perspektivischen Leitplanung für die Stadtentwicklung Ludwigsfeldes war jedoch zunächst der zentrumsnahe Bauplatz „Ludwigsfelde Nord“ zur Bebauung vorgesehen. Dieser Bauplatz wäre jedoch erst nach Abräumung von zahlreichen Einfamilien- und Gartengrundstücken aus der Parzellierungsphase der Zwischenkriegszeit erschließbar gewesen. Dem Gebiet kam jedoch für die städtebauliche Gestalt von Ludwigsfelde eine große Bedeutung zu, da nur eine Bebauung entlang der östlichen Potsdamer Straße in unmittelbarer Nähe des Zentrums der „Zweiten Wohnstadt“ und des Zentralen Platzes das Stadtbild in der Ortsmitte hätte abrunden und der Stadt eine baulich gefasste Mitte geben können. In den vom bezirklichen Planungsbüro 1963/64 angefertigten Vorplanungen für „Ludwigsfelde Nord“ waren entlang der Potsdamer Straße ein elfgeschossiges Hochhaus und weitere bis zu achtgeschossige Gebäudezeilen vorgesehen, die dem Stadtzentrum einen sehr dichten städtischen, fast großstädtischen Charakter gegeben hätten.³⁰²

Anfang 1964 hatten sich in gemeinsamen Beratungen noch der Ort Ludwigsfelde, das Bezirksbauamt und das Büro für Gebiets-, Stadt und Dorfplanung des Bezirkes aus städtebaulichen Gründen eindeutig für die „Variante Nord“ (teils auch als „Ludwigsfelde Mitte“ titulierte) ausgesprochen. Lediglich die eher den finanziellen und ökonomischen Rationalitäten verpflichtete Bezirksplankommission war bereits zu diesem Zeitpunkt wegen der sich abzeichnenden schwierigen und zeitaufwendigen Erschließung kritisch gegenüber dieser städtebaulich begründeten Variante.³⁰³ Noch im August 1964 wurde nach einer Beratung der Varianten unter Leitung des Vorsitzenden des Rates des Kreises mit Ratsmitgliedern der Gemeinde und den Vorsitzenden der ständigen Kommissionen sowie Vertretern des Ortsausschusses der Nationalen Front im Klubhaus die Priorität der Variante Nord offiziell bekräftigt.³⁰⁴ Zur Vorbereitung und Beschleunigung der weiteren Bebauung wurden von Seiten der Gemeinde bereits in eigener Initiative mit den Bewohnern der Einfamilienhäuser und Behelfsbauten des Gebietes Gespräche über deren Umsetzung geführt, in denen sich nach Aussage der Gemeinde, „die Mehrzahl [der Bewohner] bereit erklärte, der Bebauung Rechnung zu tragen.“³⁰⁵

³⁰¹ Das Baufeld wurde zunächst häufig „Ludwigsfelde Mitte“ genannt. Der Begriff „Ludwigsfelde Nord“ setzte sich durch und wurde seit den 1970er Jahren für alle Baugebiete im Nordosten verwendet.

³⁰² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, S. 16.

³⁰³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 13.2.1964, S. 1–2.

³⁰⁴ Vgl. StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.2.1965, Bericht über das Baugeschehen 1965 mit Schwerpunkt Perspektivbauprogramm bis 1970/72, S. 3.

³⁰⁵ Ebd.

Auch in den bezirklichen Gremien wurde weiterhin „Ludwigsfelde Nord“ zwar als die städtebaulich sinnvollere Variante erachtet. Angesichts der sich im Laufe des Jahres 1964 als immer dringlicher darstellenden Wohnungsbauanforderungen des Autowerkes und des Drängens der zentralen Staats- und Parteiführung wurde dieses Gebiet jedoch nicht mehr als in angemessener Zeit erschließungsfähig angesehen. Die bezirklichen Organe erklärten der Gemeinde, dass angesichts der fehlenden Baukapazitäten für den Ersatzwohnungsbau für die abzubrechenden Eigenheime in „Ludwigsfelde Nord“ und der akuten Zeitnot diese Variante zurückgestellt werden müsste. Der Gemeinde wurde schließlich Anfang 1965 empfohlen, „erst die Variante West voll zu bauen und später, da anerkannt werden muß, daß der städtebauliche Charakter gewahrt werden soll, die Variante Nord zu bauen“.³⁰⁶ Dass es sich nicht um eine „Empfehlung“, wie es in der öffentlichen Gemeindevertretersitzung formuliert wurde, sondern um eine Anweisung bzw. eine bloße Unterrichtung über eine längst beschlossene Maßnahme handelte, wird angesichts der realen Machtverteilung im weiteren Verlauf der Planung deutlich.

Der erste Bebauungsplan für das Teilgebiet West zur Umsetzung der zentralen Wohnungsbauzahlen wurde – relativ kurzfristig nach einem Beschluss des Rates des Bezirkes Potsdam und der Bezirksleitung der SED vom 26.10.1964 am 15.12.1964 – vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam fertig gestellt und am 6.1.1965 vom Bezirksbauamt bestätigt.³⁰⁷ Angesichts der kurzen Zeit liegt die Annahme nahe, dass bereits detaillierte Vorplanungen für diesen Bereich vorgelegen haben müssen. In der „Generellen Stadtplanung“ für Ludwigsfelde durch das Büro für Territorialplanung wurde die Variante West ebenfalls seit Dezember 1964 fest verankert.³⁰⁸

Diese plötzliche Wendung in der Prioritätensetzung der Planung der verantwortlichen Institutionen des Bezirks stieß wegen der eklatanten Missachtung der Beteiligungsrechte der Kommune und der Nichteinhaltung der bisher festgelegten Leitlinien der städtebaulichen Entwicklung auf erheblichen Widerstand der Gemeinde. Angesichts der industriellen Bedeutungszunahme, die Ludwigsfelde seit 1963 erfahren hatte, war in der Gemeindeverwaltung der selbstbewusste Wunsch zur produktiven Mitwirkung an der lokalen Stadtentwicklung deutlich gewachsen. Eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten war Ludwigsfelde vom Bezirk auch wiederholt zugesichert worden.³⁰⁹ Dessen Bereitschaft, auf die Ansprüche des Ortes auch wirklich einzugehen, war jedoch angesichts der drängenden Forderungen der politischen Zentrale und der Industrie gering. Der Ort wurde in der Frage der Bebauung von „Ludwigsfelde West“ im November 1964 durch ein kurzes Schreiben der Bezirksplanungskommission an den Vorsitzenden des Rates des Kreises, der es dem Bürgermeister übermit-

³⁰⁶ Ebd.

³⁰⁷ Vgl. StadtAL Nr. 112, Bebauungsplan „Ludwigsfelde West“ 1965, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Ludwigsfelde Teilbebauungsplan West, Potsdam, 12/1964, Objekt Nr. 17/25/64, o.S.

³⁰⁸ „Neben dem sich zur Zeit im Bau befindlichen Wohngebiet an der Potsdamer Straße mit insgesamt ca. 2000 WE werden bis 1970 noch weitere 1200 WE laut Ministerratsbeschluss vom 11.11.1963 für das IWL gebaut. Hierfür ist das Gebiet in „Ludwigsfelde West“ ausgewiesen. In den Jahren nach 1970 ist damit zu rechnen, daß der Bedarf an Wohnungen weiterhin anhält.“ BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 222, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde Kreis Zossen Bezirk Potsdam, Potsdam, Dezember 1964, Objekt Nr. 17/15/65, S. 67.

³⁰⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 27.4.1964, S. 2.

keln sollte, vor vollendete Tatsachen gestellt, indem der Gemeindeverwaltung mitgeteilt wurde, „daß die nördliche Seite der Potsdamer Straße zwar zum Aufbaugelände erklärt aber die Bautätigkeit bis 1970 zurückgestellt wird und jetzt erst Richtung Donaustraße [d.h. in Ludwigsfelde West] weitergebaut werden soll.“³¹⁰ Der Bürgermeister Hoffmann sollte „nun mit seinen Kräften den Bürgern deutlich [machen], warum die Variante „Nord“ nicht jetzt sondern später gebaut wird.“ Der Rat der Gemeinde kritisierte diese Missachtung lokaler Belange als „Bürokratismus“, da nicht einmal eine „genaue Begründung warum und wieso [...] dem Rat des Kreises und dem Bürgermeister überhaupt [...] bekannt [gemacht wurden].“³¹¹ Diese Nichtbeteiligung und insbesondere die Form der Mitteilung in dieser für die Stadtentwicklung zentralen Fragestellung stießen auf Unwillen der Gemeinderäte. Ratsmitglieder bedauerten, dass „die Arbeiten vieler Menschen, die die Aussprachen [mit den Bürgern] führten usw. mit einem kleinen Schreiben abgetan werden.“ Die westliche Bebauungsvariante wurde von Ludwigsfelde aus fachlichen Gründen weiterhin abgelehnt, da sie das „Ortsbild noch mehr verzerrt“. Der Rat der Gemeinde befürchtete ein weiteres unorganisches Wachstum in westlicher Richtung, weitab des geographischen Ortszentrums, während die eigentlichen zentralen Bereiche in „Ludwigsfelde Mitte“ unbebaut bleiben würden. Die Gemeinderäte wiesen darauf hin, dass durch die Vorgehensweise des Bezirks die vorab klar formulierte Ablehnung der Gemeinde ignoriert worden sei.³¹²

Die Gemeindeinstitutionen, sowohl der Rat als auch die Gemeindevertretung und ihre Kommissionen, beschränkten ihren Protest im Gegensatz zu früheren Konflikten nicht auf eine einmalige kritische Stellungnahme. In mehreren Ratssitzungen im November und Dezember 1964 – teils gemeinsam mit Bezirks- und Kreisvertretern – wehrte sich der Rat der Gemeinde vehement gegen die „Geringschätzung und Mißachtung der gewählten örtlichen Organe. Dies gilt für den Bezirk wie für den Kreis.“³¹³ Vor den Vertretern der übergeordneten Organe wurde deren Verhalten in einer Sondersitzung des Gemeinderates heftig kritisiert: „Es muß endlich davon abgegangen werden, allein Entscheidungen zu treffen, die mit oder durch die Räte der Gemeinden aufgrund der territorialen Erfahrungen viel besser gelöst werden können.“³¹⁴ Der Rat der Gemeinde konnte sich trotz zahlreicher Anläufe bis Anfang 1965 jedoch gegen die bereits geschaffenen Fakten und den pragmatischen Planungsansatz des Bezirkes nicht durchsetzen und musste sich den neuen Sachzwängen ergeben, offensichtlich nach schwierigen internen Auseinandersetzungen. Der für Bauwesen zuständige Gemeinderat stellte resignierend fest, „daß es sinnlos ist, noch etwas im Rat zu sagen, da die übergeordneten Dienststellen ja doch machen, was sie für richtig befinden.“³¹⁵ Mitte Dezember 1964 fasste der Gemeinderat angesichts der kompromisslosen Haltung des Bezirkes – sowohl des Rates wie der SED-Bezirksleitung – notgedrungen den formal notwendigen zustimmenden

³¹⁰ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 12.11.1964, S. 5.

³¹¹ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sondersitzung am 17.11.1964.

³¹² Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 12.11.1964, S. 5.

³¹³ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sondersitzung am 17.11.1964, S. 2.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 12.11.1964, S. 3.

Beschluss zur Variante West und entschied, ihn der Gemeindevertretung zur Bestätigung vorzulegen.³¹⁶

Die Gemeinde erhielt nach hartnäckigen Nachfragen vom Bezirk zumindest die Zusage, dass es im Rahmen des weiteren Wohnungsbaus nach 1970 zu einer baulichen „Abrundung“ des Gemeindegebietes im Bereich „Ludwigsfelde Nord“ kommen würde. Ende 1964 wurde in diesem Sinne als Kompromiss seitens des Büros für Stadt-, Gebiets- und Dorfplanung vorgeschlagen, unmittelbar nach Abschluss der Baumaßnahmen in „Ludwigsfelde West“ zunächst einige Blöcke mit etwa 200 bis 250 Wohnungen entlang der östlichen Potsdamer Straße zu errichten, um das Stadtbild im Zentrum abzurunden und „um der Magistrale einen Abschluß zu geben.“³¹⁷ In der Vorlage des Rates der Gemeinde für die Gemeindevertretung war sogar von „ca. 300 WE“³¹⁸ die Rede. In mehreren Protokollnotizen ließ sich die Gemeinde diese Zusage bestätigen.³¹⁹

Nach der erzwungenen Zustimmung des Rates der Gemeinde übernahm dieser offiziell die Linie des Bezirkes und unterbreitete den Beschluss der Gemeindevertretung, nicht ohne den Abgeordneten und den anwesenden Gästen aus der Bevölkerung das lange Ringen des Rates der Gemeinde ausführlich darzulegen und die Zusicherung der Bebauung an der Potsdamer Straße als Teilerfolg herauszustellen. Dieses Vorgehen sollte der Rechtfertigung und eigenen Legitimation dienen; um die Stimmen der Gemeindevertreter musste der Rat entsprechend der üblichen Praxis der „Abstimmungsmaschine“ der Gemeindevertretung eigentlich nicht werben. Unerwartet und völlig abweichend von der eingespielten Verfahrensweise des einstimmigen „Abnicken“ von Vorlagen durch die „Volksvertreter“ verweigerte die Gemeindevertreterversammlung jedoch nach lebhafter Diskussion zunächst am 17. Februar 1965 ihre Zustimmung zur Bebauung der Variante West.³²⁰ Die Gemeindevertreter äußerten die Hoffnung, durch diese Zurückweisung noch eine Veränderung zum Positiven erreichen zu können. Die Zusagen zur Teilbebauung in „Ludwigsfelde Nord“ seitens des Bezirkes wurden von den Abgeordneten als ungenügend angesehen. Diese Diskussion um die Varianten West und Nord war einer der wenigen herausragenden Fälle, in dem die „Volksvertretung“ in solch entschiedener Weise gegen den eigenen lokalen Rat und die übergeordneten Organe hervortrat. Sie konnte sich dabei auf gegebene Zusagen und die Wünsche der Bürger berufen. Gewachsenes Selbstbewusstsein angesichts der neuen industriellen Bedeutung des Ortes und der bevorstehenden Stadterhebung sowie angestauter Unmut wegen der in den letzten anderthalb Jahrzehnten erfahrenen Benachteiligungen spielten dabei eine entschei-

³¹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 4942 Aufgaben der örtlichen Organe beim Aufbau der Industriewerke Ludwigsfelde zur Produktionsaufnahme des Lkw Typ W 50. 1963–1965, Rat der Gemeinde – Sekretariat – Ludwigsfelde 15.12.1964 (Abschrift für Rat des Bezirkes) und für 21.12.1964 als Datum der Zustimmung vgl. StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.2.1965, Bericht über das Baugeschehen 1965 mit Schwerpunkt Perspektivbauprogramm bis 1970/72, S. 3.

³¹⁷ StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1965, S. 2 und KreisATF XI 1639, Ludwigsfelde 1965–69, Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, Bauaktivsitzung am 4.3.1965, S. 5.

³¹⁸ StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.2.1965, Bericht über das Baugeschehen 1965 mit Schwerpunkt Perspektivbauprogramm bis 1970/72, S. 3.

³¹⁹ Vgl. ebd., S. 4.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 1–5.

dende Rolle. Zahlreiche Abgeordnete, darunter vor allem Vorsitzende der Ständigen Kommissionen und ehrenamtliche Gemeinderäte, die auch in den folgenden Jahren wichtige Positionen in Ludwigsfelde einnehmen sollten, sprachen sich entschieden und ohne diplomatische Zurückhaltung gegen die neuen Planungen aus. Abgeordnete äußerten Bedenken, dass „der Ort optisch gesehen, bei der Variante West zum Straßendorf wird“. Der kompakteren „Variante Nord“ wäre auch angesichts des „bevorstehenden Stadtrechts“ für Ludwigsfelde der Vorrang zu geben. Die gesamte bisherige Bebauung Ludwigsfeldes sei ein „Krampf“.³²¹ Ein Abgeordneter bezeichnete den Kompromissvorschlag des Bezirks zur Teilbebauung an der Potsdamer Straße als „Trostpflaster“. „Wer garantiert uns, dass es jemals in Nord weiter geht?“³²² In weiteren Diskussionsbeiträgen wurde die Befürchtung geäußert, dass „man die Gemeindevertretung nur als notwendiges Anhängsel benutzt, um sagen zu können, die Gemeindevertretung hat beschlossen.“³²³ Diese ihr formal zugesehene Alibifunktion wollte die Gemeindevertretung diesmal jedoch nicht erfüllen.

Ein Abgeordneter nach dem anderen erklärte, dass er nicht zustimmen würde. Teils handelte es sich um wichtige örtliche SED-Parteifunktionäre, teils um Blockparteivertreter, teils sogar um Angehörige des Gemeinderates, der zuvor formal dem Beschluss zugestimmt hatte. Nachdem sich dieses unklare Abstimmungsergebnis abzeichnete, wurde auf Vorschlag des Bürgermeisters Hoffmann der Entwurf zurückgezogen und noch einmal zur Beratung an die bezirklichen Gremien verwiesen.³²⁴ Hoffmann war von dieser Entwicklung offensichtlich völlig überrascht und machte den Rednern Vorhaltungen, warum sie ihre Kritiken nicht schon früher zu Gehör gebracht hätten und verwies außerdem auf die Verantwortung der anwesenden Bezirksvertreter.³²⁵

Bürgermeister und Rat der Gemeinde verpflichteten sich angesichts der massiven Kritiken, vom Bezirk nochmals ein konkretes Baukonzept mit Zeitplan zu verlangen, um eine zeitliche Perspektive für die Realisierung des zentralen Bereichs von „Ludwigsfelde Nord“ zu erhalten. In der Praxis der Kommunalpolitik in der DDR wären massive Gegenstimmen oder gar eine formelle Ablehnung einer vom Bezirk unterstützten Vorlage ein äußerst ungewöhnliches Ereignis gewesen, das möglicherweise Reaktionen übergeordneter Parteistellen nach sich gezogen hätte. Der Rat versuchte durch die Zurückziehung des Antrages offensichtlich einen solchen Eklat zu vermeiden und den Anschein des lokalen politischen Konsenses zu erhalten. Das verbreitete Harmoniepostulat in der DDR, wonach von internen Konflikten von Staats- und Parteiorganen möglichst wenig nach außen dringen sollte, wirkte auch hier.³²⁶ Zudem wäre ein solch massiver Widerstand der Gemeindevertretung gegenüber übergeordneten Organen wahrscheinlich nicht ohne disziplinarische Folgen für den Rat der Gemeinde

³²¹ StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.2.1965, S. 3.

³²² *Ebd.*, S. 4.

³²³ *Ebd.*

³²⁴ Vgl. *ebd.*, S. 5.

³²⁵ „Der Bürgermeister sagte, daß es traurig ist, wenn wir jetzt feststellen müssen, daß all die zu den vielen Beratungen im Dezember 1964 und Januar 1965 geladenen Abgeordneten und Kommissionsvorsitzenden zu dieser Zeit nie Zeit hatten, zu erscheinen, jetzt aber all das, worüber in diesen Beratungen unter den Teilnehmern Klarheit geschaffen wurde, wieder aufwerfen.“ *Ebd.*, S. 4.

³²⁶ Vgl. *Werner: Raumordnungspolitik*, S. 320.

geblieben. Schon bei weniger gravierenden Unstimmigkeiten innerhalb der lokalen Volksvertretungen wurden Ratsmitglieder zur Rechtfertigung vor Kontrollorganen der Partei gezwungen.

Das Resultat der Gemeindevertretersitzung führte nochmals zu erheblichen Aktivitäten des Gemeinderates. Der Bürgermeister wurde vom Rat beauftragt, mit den verantwortlichen Funktionären des Kreises und Bezirkes erneut zu verhandeln, um noch vor der nächsten Gemeindevertretersitzung „volle Einmütigkeit“ im Hinblick auf die zukünftige Bebauung zu erzielen.³²⁷ Es folgten zahlreiche Beratungen des Rates mit Bezirk und Kreis, um doch noch eine Bebauung in der Stadtmitte zu erreichen. In der Sitzung der Ständigen Kommission für Bauwesen der Gemeinde im März 1965 wiederholten sich die – hier in kleinerem Kreis – sogar noch schärfer vorgetragenen Kritiken.

„[Das Kommissionsmitglied] Herr Knittel bemerkte, [...] daß man nicht vielleicht aus einer Notlage heraus, dem Bau der Variante West zustimmen sollte [...] sagte weiter, daß man heute schon nicht mehr wisse, warum man 1956 in Ludwigsfelde so gebaut hat. Wenn die Bebauung der Variante West vorgezogen werden muß, so sollte man die Gründe in einer Ortschronik festhalten!“³²⁸

Ob die ablehnende Haltung der Gemeindevertretung gegen den Willen des Rates erfolgte und von ihm bewusst herbeigeführt und gegenüber dem Bezirk instrumentalisiert wurde, ist nicht abschließend zu klären. Offensichtlich gab es auch innerhalb des Rates der Gemeinde unterschiedliche Auffassungen. Durchzusetzen waren die Wünsche Ludwigsfeldes trotz aller Anstrengungen gegenüber dem Bezirk jedoch nicht. Juristische oder politische Druckmittel besaß die Gemeinde trotz des deutlich artikulierten Unmuts in der Volksvertretung nicht. Der Rat der Gemeinde hatte sich den Zwängen zu beugen. Der Bezirk war keinesfalls gewillt, den Wünschen der Ludwigsfelder zu entsprechen und so die Verpflichtung gegenüber den übergeordneten Organen zur Erfüllung des Plans zu gefährden. In dieser Situation übernahm auch die Ludwigsfelder SED-Ortsparteileitung, die sich bislang als örtliche Institution an der lokalen Kritik an der Variante West beteiligt hatte, ihre Aufgabe als unterste Parteilgliederung bei der Durchsetzung zentraler Beschlüsse und drängte den Rat Anfang März 1965 zum Einlenken.³²⁹

Der Bezirk ließ sich lediglich zu einer erneuten Zusicherung für einen späteren Weiterbau in „Ludwigsfelde Nord“ bewegen. Ein neuer Bebauungsplan des Büros für Städtebau für „Ludwigsfelde Nord“, der angesichts seiner gestalterischen Ausführung offensichtlich in großer Eile und eher oberflächlich erstellt worden ist, findet sich in den Akten der Stadt und ist datiert auf den 29. März 1965.³³⁰ Der Rat stimmte im April 1965 erneut dem „Kompromiss“ zu, dass nach Abschluss der „Zweiten Wohnstadt“, neben dem Schwerpunkt in „Ludwigsfelde West“ auch rund 350 Wohnungen – und damit etwas mehr als in den ersten Kompromiss-

³²⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 25.2.1965, S.1.

³²⁸ KreisATF XI 1639 Ludwigsfelde 1965–69, Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, 4.3.1965, S. 5.

³²⁹ Vgl. ebd.

³³⁰ Vgl. StadtAL Nr. 97, Teilbebauungsplan Potsdamer Straße „Nord“, 29.3.1965.

vorschlagen – entlang der östlichen, innenstadtnah gelegenen Potsdamer Straße gebaut werden würden.³³¹

Dem Rat war bewusst, dass diese Entscheidung gegenüber der „Volksvertretung“ immer noch schwer zu begründen sein würde: „Die wichtigste Frage ist natürlich, in der Volksvertretung zu erreichen, daß der Standort klar verabschiedet wird, wobei wir die Frage Nord nicht restlos klar machen müssen, sondern die Bebauung in West.“³³²

Schließlich mussten alle Gremien der Gemeinde der Variante West mit dem Kompromiss der teilweisen Bebauung an der Potsdamer Straße zustimmen. Eine erneute kontroverse Diskussion in der Gemeindevertretung ist in den Akten nicht überliefert.³³³ Inwieweit es weiteren Druck durch die Parteiorganisationen des Kreises und Bezirkes auf die Wortführer des lokalen Eigensinns in der Gemeindevertretung gegeben hat, ist in den Akten nicht feststellbar. Da die ehemals massiven Proteste plötzlich verstummen, sind Interventionen und Disziplierungsmaßnahmen jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Personelle Konsequenzen scheint es aber nicht gegeben zu haben. Die Protagonisten des lokalen Eigensinns in Rat und Gemeindevertretung blieben jedoch weiterhin in der Ludwigsfelder Kommunalpolitik aktiv, teils in herausgehobenen Positionen. Der Bürgermeister Hoffmann hingegen, der hier den Willen des Bezirkes durchsetzen musste, verlor kurz darauf – offensichtlich auch nach Streitigkeiten innerhalb des lokalen Rates – sein Amt.³³⁴ Zu einer solchen massiven „Eigensinnigkeit“ der Gemeindevertretung, die in diesem Fall wirklich wie eine örtliche Volksvertretung agierte, sollte es in den folgenden 20 Jahren nicht noch einmal kommen. Der offene Konflikt hatte sich angesichts der realen Machtverhältnisse nicht als Erfolg versprechende Handlungsstrategie zur Durchsetzung lokaler Interessen erwiesen.



28. Abb.: Zentraler Bereich der Stadt: Blick von der Autobahn noch Norden (rechts das weitgehend unbebaute Gebiet von Ludwigsfelde Mitte/Nord, links das unvollendete Subzentrum am Hochhaus)

³³¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 22.4.1965, S. 3.

³³² Ebd.

³³³ Vgl. StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 28.4.1965, Beschluß 61/15/3/65.

³³⁴ Siehe zur Ablösung des Bürgermeisters, S. 263.

Zum „Trostpflaster“, dem Kompromiss mit den zugesagten begrenzten Baumaßnahmen an der Potsdamer Straße, sollte es in den folgenden Jahrzehnten nicht kommen – so wie es die Abgeordneten befürchtet hatten. Der Bereich, der eine relativ aufwendige Bauvorbereitung erfordert hätte, blieb zugunsten leichter zu erschließender Gebiete am Stadtrand auch bei allen folgenden Etappen des Wohnungsbaus bis in die 1980er Jahre unberücksichtigt. Die Bestrebungen der Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung, hier dennoch eine der zentralen Lage angemessene Bebauung zu erreichen, blieben aber bis in die letzten Monate der DDR ungebrochen.

Der Bau des Wohngebiets „Ludwigsfelde West“

In städtebaulicher Hinsicht war das Ende 1964 vorgelegte ausgearbeitete Konzept von „Ludwigsfelde West“ zwar weniger ambitioniert als die „Zweite Wohnstadt“.³³⁵ Der große Anteil von Grünflächen, die Lage am Waldrand und die Integration von älteren Baubeständen sicherten dennoch eine hohe Wohnqualität. Eine Besonderheit war die Anlage einer ausgedehnten Grünfläche im Innenbereich eines Baublocks, in die die Bauten der sozialen Infrastruktur eingebettet waren. Die Wohnbebauung in diesem dritten großen Wohngebiet Ludwigsfeldes seit 1952 bestand im Unterschied zur „Zweiten Wohnstadt“ aus fünfgeschossigen Bauten, die nun erstmals in Ludwigsfelde in Plattenbauweise errichtet wurden.³³⁶ Zwar erfolgte die Anordnung der Zeilenbauten schematischer als in den vorangegangenen Baugebieten, die bauliche Dichte blieb jedoch erneut relativ gering. Die Planung von „Ludwigsfelde West“ widersprach damit den Anfang der 1960er Jahren eingeführten Vorgaben der Staats- und Parteiführung zur stärkeren Verdichtung von Neubaugebieten deutlich.³³⁷

Ähnlich wie im ersten Plan für die „Zweite Wohnstadt“ war auch für das neue Wohngebiet „Ludwigsfelde West“ mit seinen 1.400 Wohneinheiten wieder ein kleines Subzentrum mit Einkaufsmöglichkeiten vorgesehen. Im „Wohnkomplexzentrum“ sollten die Konsumangebote für den täglichen Bedarf sowie eine Gaststätte, ein Wohngruppentreff und ein Waschstützpunkt zu einem gesellschaftlichen Treffpunkt für die unmittelbare Nachbarschaft integriert werden. Städtebaulich sollte dieses Kleinzentrum von der Dominante eines elfgeschossigen Wohnhochhauses akzentuiert werden, das in einer Sichtbeziehung zur Potsdamer Straße eingeordnet war.³³⁸

³³⁵ Vgl. StadtAL 112 Bebauungsplan „Ludwigsfelde West“ 1965, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Ludwigsfelde Teilbebauungsplan West, Potsdam im Dezember 1964, Objekt Nr. 17/25/64, insbesondere Planwerk Teilbebauungsplan West vom 15.12.1964, Chefarchitekt Labear, Bearbeiter Stoppel.

³³⁶ Es handelte sich um den Typ IW 68 P, Reihe Halle/Potsdam mit charakteristischen Schmetterlingsdächern.

³³⁷ Eine größere Wirtschaftlichkeit sollte in der DDR Mitte der 1960er Jahre vor allem durch eine Erhöhung der Einwohnerdichte erreicht werden. Vgl. *Topfstedt: Wohnen und Städtebau*, S. 515. Eine solche Missachtung der neuen Leitbilder war jedoch bei den bezirklichen Projektanten sehr verbreitet, die diesbezüglich auch kaum von zentralen Stellen kontrolliert wurden. Vgl. *Hoscislawski: Bauen*, S. 247.

³³⁸ Vgl. StadtAL 112 Bebauungsplan „Ludwigsfelde West“ 1965, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Ludwigsfelde Teilbebauungsplan West, Potsdam im Dezember 1964, Objekt Nr. 17/25/64, S. 4 und Planwerk Teilbebauungsplan West vom 15.12.1964.



29. Abb.: Neubauten an der Friedrich-Engel-Straße (Ludwigsfelde West)

Dieser Hochhaus- und Subzentrumsplanung erging es in den folgenden Jahren ebenso wie den vergleichbaren Planungen in den Wohngebieten der vorangegangenen Zeit. Im überarbeiteten Bebauungsplan des bezirklichen Planungsbüros vom Juni 1966 wurden zwar nur wenige Änderungen am städtebaulichen Konzept vorgenommen, die Dominante des Hochhauses entfiel jedoch.³³⁹ Nur ein Teil der dort vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten blieb in der Planung bestehen und wurde schließlich auch realisiert. Die weitere Wohnbebauung von „Ludwigsfelde West“ konnte nach dem Plan von 1966 mit nur minimalen Änderungen in der Frage der Anordnung der Infrastruktur bis etwa 1974 abgeschlossen werden.

Das weitere Gemeindegebiet von Ludwigsfelde

Die älteren Stadtteile Ludwigsfeldes erfuhren in der „Boomzeit“ der baulichen Entwicklung zwischen 1960 und 1975 nur marginale Veränderungen. So entstanden auf den letzten freien Flächen der Ersten Wohnstadt, an deren Stelle noch keine Wohnbauten nach dem Ursprungsentwurf errichtet worden waren, in den 1960er Jahren Wohnblöcke, die sich in ihrer industriellen Bauweise deutlich von den neoklassizistischen Bauten der 1950er Jahre abhoben. Die Wohngebiete der 1930er und 1940er Jahre im Südwesten der Stadt veränderten sich kaum. In den parzellierten Siedlungsgebieten wurden nur einige wenige neue Eigenheime erbaut; die Gartennutzung und einfache Bungalows blieben in diesem Gebiet vorherrschend. Auf den Parzellen von „Ludwigsfelde Nord“ war die weitere Errichtung von Eigenheimen durch die Bausperre in Vorlauf des geplanten „komplexen Wohnungsbaus“ dagegen für Jahrzehnte unterbrochen.³⁴⁰

³³⁹ Vgl. StadtAL 154 Bebauungspläne „Ludwigsfelde Nord“, Teilbebauungsplan West, 10.6.1966.

³⁴⁰ Diese Bausperre sollte sich in einigen Bereichen noch über das Ende der DDR hinaus erstrecken, da hier erneut Zentrumsplanungen erfolgten.

3.3.4 Der Beginn der Lkw-Produktion und die Verleihung des Stadttitels

Durch die Entscheidung zur Ansiedlung der Lkw-Produktion steigerten sich Beschäftigtenzahlen im IWL bzw. im neuen AWL kontinuierlich von 4.263 im Jahr 1965 auf 6.567 Mitarbeiter im Jahre 1970.³⁴¹ 1963 äußerten sich die bisherigen Beschäftigten des Industrierwerkes mehrheitlich erleichtert über die neuen Zukunftsaussichten, die sich durch den Ministerratsbeschluss zum Lkw-Bau boten. Die Betriebspartei registrierte „begeisterte Zustimmung, indem die Kollegen sagten: ‚Endlich Schluß mit der Warenhausproduktion, endlich eine Produktion, mit der sich der gesamte Betrieb befaßt‘.“³⁴² Allerdings vernahm die Partei auch zahlreiche skeptische Stimmen, die den Erfolg der neuen Produktion nach den negativen Erfahrungen der vorangegangenen Fehlschläge anzweifelten. Einige Werkstätige befürchteten auch, dass ihre Qualifikation angesichts des neuen Produktionsprofils nicht mehr benötigt würde: „Habe ich als Nicht-Autofachmann eine Perspektive im IWL?“ „Was interessiert uns die Perspektive, weiß ich, ob ich dann noch im IWL bin und ob man mich dann noch braucht?“³⁴³ Diese Befürchtungen sollten sich als unbegründet erweisen. Das Ludwigsfelder Werk hatte auch in den nächsten Jahrzehnten einen steten Bedarf an Arbeitskräften unterschiedlichster Qualifikationen.

Die Entscheidung zum Aufbau des Automobilwerkes führte nach 1963 erneut zu einem starken Anstieg der Bevölkerungszahl in Ludwigsfelde und brachte auch für die Stadtentwicklung und die Bewohner Ludwigsfeldes endlich eine langfristige Perspektive. Die Ortsgeschichtsschreibung der 1980er Jahre resümierte für die Jahre nach dem Beginn des Aufbaus des Lkw-Werkes: „Mancher Arbeiter packte seine Koffer endgültig aus und wurde Bürger von Ludwigsfelde.“³⁴⁴ Negative Wanderungssalden wies Ludwigsfelde nach 1965 nicht mehr auf. Noch längere Zeit fortbestehende hohe Fluktuationsraten verdeutlichen jedoch, dass sich die Bindung der Zuwanderer an Ludwigsfelde erst allmählich festigte. Die in den 1950er Jahren im Rahmen des Aufbaus der Flugzeugturbinenproduktion aufgestellte Zielgröße von insgesamt 17.000 Einwohnern, die im Jahr 1965 in Ludwigsfelde erreicht werden sollte, war nach den vorangegangenen Jahren der Stagnation nicht mehr realistisch und wurde aufgegeben. Anstelle dessen wurde durch die bezirkliche Planung eine neue Zielperspektive von 20.000

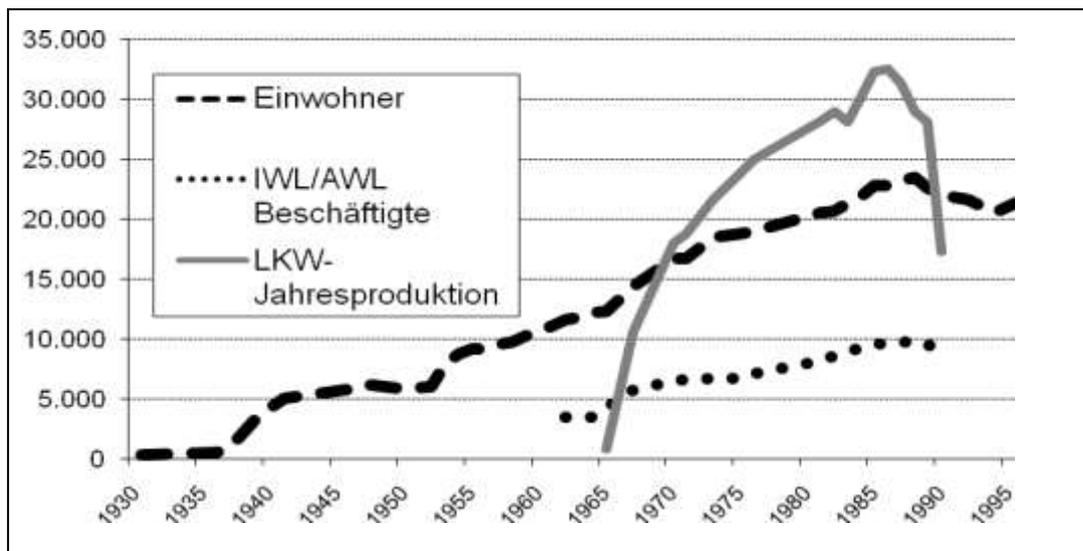
³⁴¹ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 104.

³⁴² BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 2769, Anweisungen des Ministeriums für Bauwesen 1963, Ludwigsfelde Lkw-Bau, VEB Industrierwerke Ludwigsfelde Betriebsparteiorganisation, Ludwigsfelde 16.6.1963, Vorlage für das Büro für Industrie und Bauwesen der Bezirksleitung der SED zum Stand der Vorbereitung Lkw W 50, Blatt 6.

³⁴³ Die BPO meldete im Jahre 1963 folgende Aussprüche von Werkstätigen an die Bezirksleitung der Partei: „Wir sind schon 10 Jahre im IWL und haben schon die 8. Perspektive, die meisten davon waren gleichfalls Parteibeschlüsse“ oder „Habe ich als Nicht-Autofachmann eine Perspektive im IWL?“ oder „Jetzt haben wir einen neuen Werkdirektor und einen neuen Technischen Direktor, alle kommen sie aus dem Autobau, wer weiß, was noch für ein Kometenschweif kommt und was wird dann aus uns?“ oder „Was interessiert uns die Perspektive, weiß ich, ob ich dann noch im IWL bin und ob man mich dann noch braucht“, oder „Mit uns spricht niemand – wir wissen nicht, als was wir uns qualifizieren sollen.“ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 2769, Anweisungen des Ministeriums für Bauwesen 1963, Ludwigsfelde Lkw-Bau: VEB Industrierwerke Ludwigsfelde Betriebsparteiorganisation, Ludwigsfelde 16.6.1963, Vorlage für das Büro für Industrie und Bauwesen der Bezirksleitung der SED zum Stand der Vorbereitung Lkw W 50, Blatt 9.

³⁴⁴ *Birk*: Geschichte und Geschichten, Teil II, S. 23.

Einwohnern für das Jahr 1970 vorgesehen.³⁴⁵ Diese Zielgröße für das Jahr 1970 wurde jedoch noch 1968 auf 16.200 Einwohner heruntersetzt.³⁴⁶ Als mittelfristig erreichbare maximale Stadtgröße wurden 23.800 Einwohner prognostiziert.³⁴⁷ Für diese Zielgröße konnten nach den Untersuchungen der Territorialplanung auf dem Gebiet von Ludwigsfelde mit vertretbarem Aufwand die notwendigen Infrastrukturen und die Bebauungsreserve bereitgestellt werden.³⁴⁸ Diese Vorgabe sollte sich langfristig als richtige Perspektive herausstellen: Von 10.000 Einwohnern im Jahr 1965 steigerte sich die Bevölkerungszahl des Ortes zwar langsamer als zunächst gedacht, erreichte dann aber bis zum Jahr 1989 schließlich die Zahl von 22.290.



30. Abb.: Entwicklung der Einwohnerzahl, der Beschäftigten und der Lkw-Produktion³⁴⁹

Das neue Lkw-Werk wurde zu einem verlässlichen – wenn auch immer wieder stockenden – Motor des Wohnungsbaus in Ludwigsfelde und damit auch zur Voraussetzung für die in den 1970er und 1980er Jahren erfolgende – unvollendete – Stadtwerdung des Industriortes.

Ein wichtiger symbolischer Schritt zur Stadtwerdung war die Verleihung des Titels „Stadt“ an Ludwigsfelde. Während der DDR kam es zu etwa 28 Stadtrechtsverleihungen, das formelle Verfahren zur Anerkennung einer neuen Stadt blieb über die Jahrzehnte aber formalrechtlich weitgehend un geregelt. Bei der Stadttitelverleihung für den Industriort Lauta in der Lausitz durch den Bezirkstag Cottbus, die im selben Jahr wie in Ludwigsfelde erfolgte, wurde als konkrete gesetzliche Grundlage der Erlass des Staatsrates vom 28.6.1961 über die „Festigung der territorialen Gliederung der Bezirke, Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden“

³⁴⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5551, Zusammenarbeit mit Zentralen Staatsorganen und Kreis, Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksplankommission, Ratsvorlage, für die Ratssitzung am 13.5.1964: Ökonomische Konzeption für die Entwicklung des Kreises Zossen, ausgearbeitet von Bezirksplankommission, S. 6. Vgl. auch BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 753: Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde von 1964, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Kreis Zossen Bezirk Potsdam, Potsdam, Dezember 1964, S. 10.

³⁴⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, S. 46.

³⁴⁷ Vgl. *ebd.*, S. 84.

³⁴⁸ Vgl. *ebd.*, S. 45.

³⁴⁹ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke; Angaben der Jahrespläne der Stadt Ludwigsfelde.

genannt.³⁵⁰ In diesem Erlass wird der Begriff „Stadt“ jedoch nicht explizit erwähnt.³⁵¹ Noch der Kommentar zum „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ von 1973 musste konstatieren, dass die „Umwandlung einer Gemeinde in eine Stadt und damit die Verleihung des Status einer Stadt [...] im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt [ist].“ Es sei davon auszugehen, „daß die Verleihung des Status einer Stadt nur im Ergebnis einer jahrelangen Entwicklung, in deren Verlauf eine Gemeinde städtischen Charakter erhält und damit eine zentrale Stellung im Territorium erwirbt, erfolgen kann.“ Als Voraussetzungen zur Feststellung eines „städtischen Charakters“ wurde eine Mindesteinwohnerzahl von 12.000, eine „zusammenhängende Bebauung (Stadtkern)“ und „leistungsstarke Einrichtungen zur Entfaltung des geistig-kulturellen und sportlichen Lebens sowie zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung“³⁵² angesehen. Bei den meisten Stadttitelverleihungen in der DDR waren jedoch herausragende industrielle Entwicklungen und der damit verbundene Bedeutungszuwachs und nicht städtebauliche Gründe für die Stadttitelverleihung ausschlaggebend.³⁵³

Formell hatte die Verleihung des Stadttitels bis in die 1980er Jahre durch Beschluss des zuständigen Bezirkstages und eine Zustimmung des Ministerrats zu erfolgen.³⁵⁴ Mit der Neuregelung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe im Jahre 1985 wurden die Kompetenzen für die Stadterhebung erstmals ausdrücklich geregelt. Formell war nun der Staatsrat auf Vorschlag des Ministerrats für Stadterhebungen zuständig.³⁵⁵ Bis zum Ende der DDR erfolgte jedoch keine Stadtrechtsverleihung mehr auf dieser Grundlage.

1964 hatten die im Bezirk für Ludwigsfelde zuständigen Stadtplaner in einer Untersuchung über den Ort festgestellt: „Durch das ständige Anwachsen des Industrierwerkes (IWL) in den letzten Jahren entwickelte sich hier eine Industriesiedlung zur Industriestadt.“³⁵⁶ Diese Aussage war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch voreilig. Neben strukturellen städtebaulichen und infrastrukturellen Defiziten fehlte dem Ort als äußeres Zeichen der Stadterhebung auch noch der offizielle Stadttitel. Dieses formelle Manko konnte jedoch schneller überwunden werden als das Defizit an urbanen Einrichtungen auszugleichen war. Nach fast 30 Jahren der industriellen Entwicklung erhielt der Ort am 18.7.1965 den formellen Titel „Stadt“ verliehen, bezeichnenderweise aus Anlass des ersten Lkws, der einen Tag zuvor im Werk vom Band gelaufen war.³⁵⁷

³⁵⁰ Vgl. *Autorengruppe*: Stadt Lauta Werk, S. 99.

³⁵¹ Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Festigung der territorialen Gliederung der Bezirke, Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden vom 28.6.1961, in: GBl. 1961, Teil I 1961, Nr. 13, S. 157–158.

³⁵² *Willi Armbrust* u.a. (*Autorenkollektiv*): Kommentar zum Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.7.1973, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1977, S. 323.

³⁵³ In Lauta war ähnlich wie in Ludwigsfelde eine neue Produktionslinie der eigentliche Grund für die Stadtrechtsverleihung und nicht eine besondere städtebauliche Entwicklung. *Autorengruppe*: Stadt Lauta Werk, S. 98.

³⁵⁴ Vgl. *Armbrust*: Kommentar GöV 1973, S. 323.

³⁵⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27239, Maßnahmen in Vorbereitung und Durchführung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe am 4.7.1985. Zum neuen Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 4.7.1985, hier § 80 Abs. 5.

³⁵⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 222, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Dezember 1964, S. 5.

³⁵⁷ *Birk*: Geschichte und Geschichten, Teil II, S. 23.

Mit der Verleihung des Stadttitels war die Stadtwerdung zwar formell abgeschlossen, real war der Ort sowohl städtebaulich wie in den Bereichen der Entwicklung kommunalpolitischer Strukturen und der Herausbildung eines städtischen Lebens noch weit davon entfernt, eine Stadt zu sein. Ludwigsfelde war zum Zeitpunkt der Verleihung des Stadttitels schon mehr als eine reine Werkssiedlung, der Ort besaß aber weder ein Stadtzentrum, ein differenziertes Angebot an städtischen Dienstleistungen und kulturellen Einrichtungen noch eine zentralörtliche Funktion für das Umland oder eine eigene gefestigte städtische Identität.

Bei der Anlage von Stalinstadt war – ähnlich wie ursprünglich in Ludwigsfelde – zunächst noch nicht der Begriff „Stadt“, sondern zunächst nur die Bezeichnungen „Wohngebiet“ oder „Wohnstadt“ verwendet worden.³⁵⁸ Die bloße Begründung einer Wohnsiedlung bei einem Industrierwerk war angesichts der Bedeutung der Gesamtbaumaßnahme aber in ihrer politischen Symbolik unzureichend. Die Verbindung der Euphorie des industriellen Aufbaus mit dem symbolischen Schritt einer „Stadtgründung“ erfolgte durch die Verantwortlichen deshalb sehr bald.

Anders als beim Aufbau des größeren Ortes Stalinstadt/Eisenhüttenstadt wurde in Ludwigsfelde und den verantwortlichen übergeordneten Organen die Frage einer förmlichen Verleihung des Stadttitels in den 1950er Jahren nicht thematisiert. Ausschlaggebend für die Nichtnutzung dieser Möglichkeit zur Selbstdarstellung könnten die noch relativ geringe Größe und die enge Verbindung Ludwigsfeldes mit der NS-Rüstungsindustrie gewesen sein, die eine Verbindung mit dem sozialistischen Aufbruchmythos einer „neuen Stadt“ erschwerten.³⁵⁹ Die mehrfachen Produktionskrisen der folgenden Jahre dürften eine Verleihung des Stadttitels an den kriselnden Industrieort ebenfalls nicht nahe gelegt haben.

In den 1950er und 1960er Jahren wurde Ludwigsfelde zumeist nur als „Vorort“ oder „Siedlung für ein Industrierwerk“ charakterisiert. Über den Charakter der Gemeinde und den zukünftigen Anspruch Ludwigsfeldes war sich auch die Ludwigsfelder Lokalpolitik nicht restlos im Klaren. Am häufigsten findet sich in den Akten des Rates und der Gemeindevertretung die Selbstbezeichnung „Industriegemeinde“. Noch im Jahre 1959, als sich Ludwigsfelde gerade als einer der wichtigsten Standorte der Luftfahrtindustrie der DDR etablieren wollte, wurde im Rat noch über die Teilnahme der Gemeinde am Wettbewerb „Das schöne Dorf“ kontrovers diskutiert. Da Ludwigsfelde jedoch „keine Landwirtschaft“ oder sonst etwas „ländliches“ aufzuweisen hatte,³⁶⁰ ließen sich schließlich kaum sinnvolle Argumente finden, die dafür sprachen, an einem Wettbewerb teilzunehmen, der ganz auf landwirtschaftlich strukturierte Gemeinden ausgerichtet war. Ludwigsfelde war zwar noch keine Stadt, aber noch viel weniger war es ein Dorf!

Der Wunsch nach Verleihung des Stadttitels lässt sich erstmals im Jahr 1961 in den Akten der Gemeinde nachweisen. Dieser Vorschlag ging allerdings nicht von der Gemeinde, son-

³⁵⁸ Vgl. *Schütrumpf: Werk – Stadt – Partei*, S. 121.

³⁵⁹ Zwar war auch auf dem Gebiet von Eisenhüttenstadt während des Krieges NS-Rüstungsindustrie angesiedelt gewesen, doch war dies um 1950 in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

³⁶⁰ Vgl. KreisATF XI 1724, Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 9.7.1959, Diskussions-Protokoll, S. 5.

dern von einer „Brigade“ des Ministerrates aus, die zur Unterstützung und Kontrolle mehrere Monate die im Aufbau befindliche Gemeindeverwaltung begleitet hatte.³⁶¹ Das entscheidende Moment zur Verleihung des Stadttitels wurde jedoch erst der Aufbau des Lkw-Werkes. Wann genau in diesem Zusammenhang die Entscheidung für die Stadterhebung fiel und wer im Hintergrund die Weichen stellte, ist nicht nachzuvollziehen. Zunächst scheinen die Impulse jedoch eher von den übergeordneten Organen ausgegangen zu sein. Spätestens Ende 1964 muss jedoch eine zentrale Festlegung dazu vorgelegen haben. Innerhalb der Gemeinde Ludwigsfelde ist dagegen zu diesem Zeitpunkt noch keine Beteiligung an den Vorbereitungen nachzuweisen.

Noch Anfang 1965 herrschte im Ort weitgehende Unklarheit, ob und wann die Stadterhebung erfolgen würde. Im Arbeitsplan von Rat und Gemeindevertretung war die „Erklärung des Ortes zur Stadt“ Anfang des Jahres 1965 noch nicht berücksichtigt. Die Frage der Stadtwerdung sollte erst zusätzlich in den Plan aufgenommen werden, „wenn Klarheit bei allen dafür zuständigen und notwendigen Institutionen besteht.“³⁶² Längere Diskussionsprozesse im Vorfeld der Stadterhebung lassen sich weder in den Akten der Stadt noch des Kreises finden. Auf Gemeindeebene wurde das Thema der Stadtwerdung erstmals von der SED-Ortsparteileitung aufgegriffen und der Aufbau eines Festkomitees vorangetrieben. Zu diesem Zeitpunkt war offensichtlich noch kein Akteur auf der Gemeindeebene darüber informiert, wann der erste Lkw produziert werden sollte und welche formellen Aktivitäten zur Stadtwerdung schon eingeleitet waren.³⁶³ Erst im April 1965 bekannte sich der Rat der Gemeinde offiziell dazu, dass Ludwigsfelde „Stadt“ werden sollte. Organisatorische Verbesserungen der Arbeit des Rates sollten vorbereitend dazu beitragen.³⁶⁴ Der Rat der Gemeinde maß nunmehr der Bezeichnung „Stadt“ auch offiziell eine symbolisch große Bedeutung für die weitere Entwicklung Ludwigsfeldes bei.³⁶⁵ Weiterhin war es jedoch vor allem die Ortspartei, die die Vorbereitung der Festveranstaltung auf Seiten der Gemeinde organisierte, konkrete Vorschläge zur Erstellung eines Stadtwappens und zu weiteren Aktivitäten anlässlich der Stadtwerdung machte.³⁶⁶

Der formelle Antrag zur Verleihung des Stadttitels erfolgte schließlich im Juni durch die Gemeinde an den Bezirk, nachdem im Vorfeld offensichtlich alle wichtigen Entscheidungen bereits gefällt worden waren. In einer gemeinsamen Sitzung der Gemeindevertretung und des Ortsausschusses der Nationalen Front vom 28. April 1965 wurde der Antragstext beschlos-

³⁶¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 2.3.1961, o.S.

³⁶² StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.1.1965, S. 1.

³⁶³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Protokoll Ortsparteileitungssitzungen 1963–67, Protokoll der erweiterten Ortsleitungssitzung am 19.1.1965, S. 1–4.

³⁶⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 1.4.1965, S. 1.

³⁶⁵ Vgl. Antrag der Gemeindevertretung Ludwigsfelde zur Verleihung der Bezeichnung „Stadt“ durch den Bezirkstag des Bezirkstages Potsdam vom 28.4.1965, in: *Rat des Kreises Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen, Zossen 1967*, S. 96–100.

³⁶⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Protokoll der erweiterten Ortsleitungssitzung am 19.1.1965, S. 4 und BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Protokoll Ortsleitungssitzung Ludwigsfelde am 27.4.1965, S. 1–3.

sen und an den Bezirkstag in Potsdam übersandt.³⁶⁷ Der Kreistag Zossen befürwortete in einer EntschlieÙung formell diesen Antrag. Auch der Bezirkstag schloss sich am 12. Mai 1965 diesem Wunsch an und verlieh Ludwigsfelde „die Bezeichnung ‚Stadt‘“ mit Wirkung zum 18. Juli 1965.³⁶⁸ Auch das von Ludwigsfelde vorgeschlagene Wappen wurde vom Bezirk bestätigt. Ludwigsfelde wurde dadurch zur 629. Stadt in der DDR.³⁶⁹

Die Stadterhebung von Ludwigsfelde scheint im unmittelbaren Vorfeld keine strittige Frage mehr gewesen zu sein. Alle Anträge und Abstimmungen hatten nur formellen Charakter. In anderen Fällen von lokal vorgetragenen Initiativen zur Stadterhebung hat es in der DDR auch gescheiterte Anträge auf Stadtrecht gegeben, wie z.B. in Leinefelde.³⁷⁰ Offensichtlich war die Stadtrechtsverleihung vor allem von den zentralen Stellen als symbolische Aufwertung geplant worden, um den für die gesamte Republik wichtigen Beginn der Lkw-Produktion noch deutlicher hervorzuheben und den Produktionsort auf einfache Weise aufzuwerten.³⁷¹

Die Stadtwerdung und die Fertigung des ersten Lkws waren in Ludwigsfelde Anlass für umfangreiche Feierlichkeiten. Insgesamt richteten sich die Feiern aber stärker am Industrierwerk und am symbolischen Beginn der Lkw-Produktion am 17. Juli 1965 aus, als am eigentlichen Vorgang der Verleihung des Stadttitels am nächsten Tag. Der erste produzierte Lkw „W 50“ stand deshalb zunächst eindeutig im Mittelpunkt der Festivitäten, während erst die Veranstaltungen des zweiten Tages stärker „städtischen Charakter“ annahmen.

Den Rahmen für die „doppelten“ Feierlichkeiten bildeten die „Ludwigsfelder Kulturfesttage“, die nach 1964 zum zweiten Mal gemeinsam von Stadt und Werk durchgeführt wurden. Diese Festivitäten begannen bereits am 10. Juli und standen unter dem Motto „Zu Ehren des ersten Lkws aus dem IWL und der Stadtwerdung von Ludwigsfelde“. Die einzelnen Wohnbezirke Ludwigsfeldes organisierten in diesem Rahmen zusätzlich Hausgemeinschaftsabende, Kinderfeste und Wohnbezirksfeste.³⁷² Unter den Schülern des Ortes wurde zu diesem Anlass unter dem Motto „Ludwigsfelde – meine Heimatstadt“ ein Aufsatzwettbewerb ausgelobt, der die besondere Bindung an den Heimatort und den neuen Aufbruch unter den Vorzeichen der Lkw-Produktion und des Stadtrechts symbolisieren sollte.³⁷³

Die eigentliche Feier zum Produktionsbeginn der Lkws am 17. Juli 1965 fand in einer Halle der Autowerke statt. Anschließend wurde der erste Lkw vom Werk aus zum „Zentralen Platz“ geleitet. Das eigentliche Festprogramm für die Stadterhebung hatte schon parallel zu den

³⁶⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 28.4.1965, Beschluss 61/15/3/65, o.S.

³⁶⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag Nr. 3019, Sitzung am 12.5.1965, S. 1.

³⁶⁹ Vgl. dazu: *Heike Liebmann*: Modellfall Ludwigsfelde, in: *Werner Rietdorf (Hg.)*: Weiter wohnen in der Platte, Berlin 1997, S. 139–159, hier S. 140.

³⁷⁰ Vgl. *von Plato*: Diaspora, S. 248–249. Auch die Anträge von Lauscha, Hermsdorf und Bad Liebenstein wurden über lange Jahre zurückgestellt. *Engel*: „Neue“ Städte, S. 129–130.

³⁷¹ Die Verleihung des Status einer Stadt sollte nach Ansicht der einschlägigen Kommunalrechtskommentare grundsätzlich zu besonderen Anlässen wie dem Jubiläumstag der DDR oder zu Hundertjahrfeiern der Orte vorgenommen werden. Diese Vorgehensweise wurde mehrfach praktiziert: In Eggesin erfolgte die Verleihung 1966 anlässlich der 750-Jahrfeier des Ortes, in Premnitz wurde der „Tag des Chemiarbeiters“ im Jahre 1962 gewählt. *Rat der Stadt Premnitz (Hg.)*: Stadt Premnitz 25 Jahre. 1962 bis 1987, Premnitz 1987, S. 3.

³⁷² Vgl. *Harry Tober*: Die jüngste Stadt der Republik, in: *Sozialistische Demokratie*, 9.7.1965.

³⁷³ Die Aufsätze sind leider nicht in den Akten erhalten.

Feierlichkeiten des Werkes am 17. Juli mit einem Platzkonzert auf der Terrasse des Klubhauses begonnen. Es folgten weitere musikalische und sportliche Darbietungen.

Am Abend begann im Klubhaus die zentrale „Festveranstaltung zu Ehren der Lkw-Produktion“. Gleichzeitig fand auch eine Veranstaltung statt, die in ihrem Titel Bezug auf die Stadtwerdung nahm: Auf der nahe gelegenen Rollschuhbahn fand ein „Tanz der Jungen Städter“ statt. Der nächste – eigentliche – Tag der Stadtwerdung mit der morgendlichen Musikdarbietung „Fanfaren wecken die junge Stadt“. Einer feierlichen 1. Stadtverordnetensitzung im Kulturhaus folgten im Laufe des Tages noch zahlreiche Musik- und Sportveranstaltungen bis zur abendlichen Abschlusskundgebung.

Erst mit dieser Veranstaltung nahmen die Feierlichkeiten auch zunehmend städtischen Charakter an. So wurden bewusst „klassische“ Bilder zur Symbolisierung der Stadterhebung verwendet, während die Industrie als Grund für die Stadterhebung in den Hintergrund trat. Besonderen Symbolwert hatte die Übergabe eines überdimensionierten „Stadtschlüssels“, als ein bewusst gewähltes traditionelles Ritual einer Stadtrechtsverleihung.³⁷⁴ Die Überreichung der Urkunde zur Stadtwerdung wurde durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes persönlich vorgenommen.³⁷⁵ Der amtierende Bürgermeister³⁷⁶ präsentierte im Rahmen der Feier diesen in dezidiert altertümlicher Aufmachung gestalteten „Stadtbrief“ vor den Einwohnern.³⁷⁷

Die Stadtwerdung von Ludwigsfelde fand umfangreichen Widerhall in den Zeitungen der DDR.³⁷⁸ In der „Sozialistischen Demokratie“ vom 9. Juli 1965 kam unter der Überschrift „Die jüngste Stadt der Republik“ der Gemeindevertreter und spätere stellvertretende Bürgermeister Harry Tober aus Ludwigsfelde zu Wort. Im Augustheft der Zeitschrift „Für Dich. Illustrierte Zeitschrift für die Frau“³⁷⁹ wurde Ludwigsfelde, als die „Jüngste Stadt der DDR“ ausführlich im Wettbewerb „Kleine Stadt 65“ vorgestellt. Die Betriebszeitung des IWL gestaltet eine Sonderausgabe unter dem Titel „Herzlichen Glückwunsch, junge Stadt“. Die euphorische Stimmung der anderen Zeitungsbeiträge findet sich auch hier. Allerdings wurde in der Betriebszeitung in auffälliger Weise immer wieder betont, dass keine weiteren Rechte und Ansprüche mit dem Stadttitel verbunden seien.³⁸⁰ Offensichtlich sollte zwar eine Aufbruchsstimmung unter den Bürgern befördert werden, andererseits sollten auch keine falschen Er-

³⁷⁴ Ähnliches ist in Lauchhammer im Jahr 1953 festzustellen. Hier erfolgte die Erteilung des Stadttitels durch Überreichung einer in Leder gebundenen Urkunde an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Vgl. *Engel*: „Neue“ Städte, S. 128.

³⁷⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 13.5.1965, o.S.

³⁷⁶ Für den kurze Zeit später aus dem Amt scheidenden Bürgermeister Hoffmann amtierte zu diesem Zeitpunkt sein Stellvertreter Rook.

³⁷⁷ Ähnlich umfangreiche Feierlichkeiten gab es auch bei der Stadterhebung in anderen Städten, z.B. in Leinefelde. Vgl. *von Plato*: Diaspora, S. 235–238.

³⁷⁸ In der „BZ am Abend“ vom 15.11.1965 wurde Ludwigsfelde als die „Stadt der glücklichen Ehen“ gefeiert, die „Neue Zeit“ berichtete am 18.7.1965 unter der Überschrift „Erster Lkw vom Band. Festveranstaltung in Ludwigsfelde“, allerdings ohne jeden Hinweis auf die Stadtwerdung. Die Nationalzeitung berichtete am 13. Juli 1965 mit der Überschrift „Jüngste Stadt des Automobilbaus. Ludwigsfelde erhält Stadtrecht. Bald 20.000 Einwohner“.

³⁷⁹ „Für Dich. Illustrierte Zeitschrift für die Frau“ 32, 1965.

³⁸⁰ Vgl. *Engel*: „Neue“ Städte, S. 129.

wartungen an die zukünftige Rolle des Ortes geweckt werden. Die Grenzen der weiteren Entwicklung werden hier bereits deutlich.

In Protokollen des Rates der Gemeinde und der Gemeindevertretung finden sich kaum Hinweise zur Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten. Die Organisation lag eindeutig in den Händen des Betriebes und der Parteistellen. Durch eine detaillierte Konzeption aus Berlin wurden den örtlichen Organen Ludwigsfelde sehr genaue Anweisungen für die Vorbereitung und Durchführung der Stadterhebung und begleitende Publikationen gegeben.³⁸¹ In den Texten dieser Informationsbroschüre sollten entsprechend der zentralen Vorgaben die neue Stadtverordnetenversammlung und die „schöpferische Mitarbeit der Bürger“ herausgestellt werden, „damit sie in eigener Verantwortung ihre Stadt zu einer schönen sozialistischen Stadt entwickeln“.³⁸² Die zentralen Anweisungen zeigen deutlich, dass es das Ziel war, ein harmonisches Bild einer sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und einer Bevölkerung, die sich mit Werk und Heimatort identifizierte, zu vermitteln:

„Dabei muß gezeigt werden, wie die Werktätigen immer verantwortungsbewußter und schöpferischer ihre Wohn- und Lebensbedingungen gestalten und immer mehr die sozialistischen Normen des Zusammenlebens als Richtschnur ihres Handelns betrachten.“³⁸³

Auch der Inhalt von Titelbildern war exakt vorgegeben: Dort sollten „junge Menschen“ „die Zukunft der Stadt“ symbolisieren. In den Texten waren die Leistungen vorbildlicher Arbeiter und Ingenieure des Betriebes zu thematisieren, „um zu zeigen, wie die Stadtverordnetenversammlung ihre Anstrengungen darauf richtet, die Wohn- und Lebensbedingungen der Arbeiter des Werkes gut zu gestalten“. „Es ist ferner die Initiative der Bürger bei der Entwicklung ihrer Stadt zu zeigen, es ist der Aufbau der Stadt darzulegen.“³⁸⁴ Solche detaillierten zentralen Vorgaben sind bei Stadtfesten anderer traditionsreicher Städte nicht nachzuweisen.³⁸⁵ Anders als in den offiziellen Texten vermeldet, konnten die Ludwigsfelder zunächst nur begrenzten Anteil an der Ausgestaltung dieser ersten großen örtlichen Festveranstaltung nehmen. Die Veranstaltungen insbesondere des zweiten Tages thematisierten zwar in besonderem Maße städtische Aspekte – ein eigentliches Stadtfest war die Stadterhebung durch die fehlende lokale Mitsprache jedoch noch nicht.

Bemerkenswert ist, dass in den folgenden Jahrzehnten keine weiteren Stadtjubiläen begangen wurden: Weder das zehnjährige Jubiläum 1975 noch die 20-jährige Wiederkehr 1985 wurden gefeiert. In den Zeitungen wurde bei Jahrestagen zumeist nur des Beginns der Produktion am 17. Juli gedacht.³⁸⁶ Das Datum der Stadtwerdung – 18. Juli – spielte in der weite-

³⁸¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 4942 Aufgaben der örtlichen Organe beim Aufbau der Industriewerke Ludwigsfelde zur Produktionsaufnahme des Lkw Typ W 50. 1963–1965, Berlin 1.7.1965, Scha./Wt., Konzeption für das Städtebild Ludwigsfelde, S. 1.

³⁸² *Ebd.*

³⁸³ *Ebd.*, S. 2.

³⁸⁴ *Ebd.*, S. 2–3.

³⁸⁵ Vgl. *von Saldern*: Alte und junge Stadt, S. 367–374.

³⁸⁶ Vgl.: O.V.: 439000 Lkw verließ bisher das Montageband. Heute vor 20 Jahren begann in Ludwigsfelde die W 50-Produktion, in: Märkische Volksstimme, 17.7.1985, S. 2.

ren Geschichte der Stadt kaum eine Rolle – obwohl der Stadttitel und Ludwigsfeldes Rolle als zeitweise jüngste Stadt der DDR immer wieder thematisiert wurden. Erschwerend für die Durchführung von Feierlichkeiten war wohl auch, dass der Termin in der Ferienzeit lag. Auch als Zeitpunkt für die Durchführung der späteren Ludwigsfelder Kulturfesttage bot sich dieser Tag deshalb nicht an. Die Vernachlässigung der weiteren Jubiläen spricht jedoch auch dafür, dass die ursprüngliche Stadtwerdungsfeier zunächst weitgehend von außen inszeniert war und kein lokales Fest zur Präsentation des Stadtstolzes darstellte.³⁸⁷ Die kommunalen Eliten mussten wie die Bürger erst in einem längeren Prozess im Laufe der Jahrzehnte die Stadt Ludwigsfelde als Heimat antizipieren und eigenen Stadtstolz entwickeln. Das Stadtwerdungsfest hatte offensichtlich noch keine stabile lokale Tradition begründen können.

Erst seit den 1980er Jahren entwickelte sich in Ludwigsfelde ein stärkeres Interesse an der Stadtwerdung. In der SED-Bezirkszeitung „Märkische Volksstimme“ wurden 1987 aus Anlass von 22 Jahren Stadtrecht mehrere Chronikbeiträge zur Entwicklung von Ludwigsfelde veröffentlicht.³⁸⁸ Umfangreiche Planungen für eine Jubiläumsfeier wurden erstmals für das 25-jährige Jubiläum der Stadt im Jahre 1990 aufgestellt. Neben Feierlichkeiten im Stadtraum sollten auch eine stadtgeschichtliche Ausstellung organisiert und Broschüren zu Geschichte und Gegenwart der Stadt veröffentlicht werden.³⁸⁹ In der Umbruchphase der Jahre 1989/90 kamen die Planungen jedoch nicht mehr zur Ausführung.³⁹⁰

Formalrechtlich blieb der Stadttitel weitgehend folgenlos, da der Unterscheidung in „Städte“ und sonstige „Gemeinden“ im Kommunalrecht der DDR nur eine untergeordnete Bedeutung zukam. Ein spezielles „Stadtrecht“ existierte in der DDR genauso wenig wie in der Bundesrepublik. Nur in wenigen Fällen erweiterte sich durch den Stadttitel der durch das Gesetz vorgegebene kommunalpolitische Spielraum. Im Bereich der Stadtplanung war es durch das „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ von 1975 ausdrücklich nur den Städten vorbehalten, „unter Berücksichtigung zentraler Aufgabenstellungen in Übereinstimmung mit dem Rat des Bezirkes und dem Rat des Kreises die langfristige Stadtentwicklung herauszuarbeiten.“³⁹¹ Auch die prestigeträchtigen Generalbebauungspläne waren entsprechend § 26 GöV 1975 nach Maßgabe des Bezirks nur für Städte auszuarbeiten. Nach dem Wortlaut des GöV 1973 waren den Räten der Städte außerdem „Betriebe und Einrichtungen der Wohnungswirtschaft unterstellt“.³⁹² Im GöV von 1985 waren jedoch auch diese

³⁸⁷ Dies unterscheidet den Charakter des Stadtjubiläums in Ludwigsfelde von zahlreichen anderen Festen in DDR-Städten, die als Plattform zur Symbolisierung lokaler Traditionen genutzt wurden, aber auch von anderen Festen in Ludwigsfelde, insbesondere den späteren Kulturfesttagen.

³⁸⁸ Vgl. Vor 22 Jahren verließ der erste Lkw die Produktionshallen, in: Märkische Volksstimme, 17.7.1987.

³⁸⁹ Vgl. KreisATF VI 7948, Rat des Kreises Zossen, Abteilung Kultur, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Ludwigsfelde den 26.1.1990, Informationsvorlage Nr. 07.

³⁹⁰ Im Juli 1990 fand nur ein kleiner Empfang der neu gewählten Stadtregierung statt. Als großes Fest konnte sich das Gedenken an die Stadtwerdung auch nach 1990 nie etablieren. Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag 2005 wurden in dem kleinen Rahmen eines Konzerts im Kulturhaus begangen.

³⁹¹ Vgl. *Armbrust*: Kommentar GöV 1973, S. 270.

³⁹² § 58 (7) GöV 1973.

wenigen Reste von Sonderregelungen für Städte verschwunden, lediglich Generalbebauungspläne blieben weiterhin nur Städten vorbehalten.³⁹³

Über diese letztlich kaum relevanten rechtlichen Privilegien hinaus, kam dem Stadttitel von Ludwigsfelde, das nunmehr regelmäßig als „Stadt der Automobilwerker“ tituiert wurde, im Alltag der Kommunalpolitik und in der Städtekonkurrenz jedoch eine wichtige symbolische Bedeutung zu. Ludwigsfelde unterschied sich nunmehr auch formell von der Vielzahl der kleinen Werksiedlungen und Industrieorte der DDR und galt auch offiziell als Industriestadt. Diese neue Rolle galt es nun auch im kommunalpolitischen Alltag und in der Zusammenarbeit mit den übergeordneten Organen mit Leben zu erfüllen. Wichtige bauliche und strukturelle Insignien einer „Industriestadt“ fehlten Ludwigsfelde noch. In der Folgezeit wurde zumindest der Verwaltungsapparat deutlich vergrößert und Ludwigsfelde gewann als indirekte Folge des Stadttitels eine bessere Ausgangsposition beim Kampf um die Verteilung von Ressourcen im hierarchischen Städtesystem der DDR.³⁹⁴

Ludwigsfelde hatte bereits zu Beginn des industriellen Aufbaus im Jahr 1952 eine ausgeprägte Gründungseuphorie erlebt. Insbesondere der Bau der „ersten sozialistischen Wohnstadt im Bezirk Potsdam“ wurde von Alteingesessenen und Zuwanderern als sichtbarer Ausdruck eines neuen Aufbruchs begrüßt. Die mangelhaften infrastrukturellen Ausstattungen und Schwierigkeiten beim Anlaufen der Produktion im Betrieb wurden zunächst als temporäre Probleme der Anfangszeit angesehen. Die Stagnation, die Ende der 1950er Jahre eintrat, das mehrfache Scheitern der Hauptproduktion im Werk und das Ausbleiben der versprochenen Infrastrukturen sorgten schließlich für eine deutliche Ernüchterung unter den Bewohnern.

Dieser Vorgang sollte sich nach 1965 wiederholen. In der Gründungsphase der Autowerke und während der Zeit der Verleihung des Stadtrechtes breitete sich in der Stadtverwaltung und in der Bevölkerung erneut eine optimistische Stimmung aus. Die verantwortlichen Akteure der Stadt skizzierten in ihren internen Diskussionen und öffentlichen Äußerungen die Zukunft Ludwigsfeldes als die einer modernen Industriestadt mit zahlreichen Hochhäusern und Hotels auf internationalem Standard.³⁹⁵ Die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung forderten angesichts des symbolischen Bedeutungszuwachses nachdrücklich eine stärkere Beteiligung an den baulichen Planungen für Ludwigsfelde. Durchsetzen ließen sich diese Wünsche in den 1960er Jahren jedoch nur sehr begrenzt. Zumindest der Informationsfluss, die Möglichkeit zur Diskussion von städtebaulichen Entwürfen mit den Fachleuten aus dem Potsdamer Entwurfsbüro und die Chance zum Einbringen eigener Vorstellungen etablierten sich besser als in den 1950er Jahren und in der ersten Hälfte der 1960er Jahre. In die grundlegenden Entscheidungen über die Stadtentwicklung, die zumeist auf der Ebene der zentralen Wirtschaftsplanung fielen, wurde Ludwigsfelde jedoch weiterhin kaum substanziell einbe-

³⁹³ Vgl. *Roswitha Dittmann u.a. (Redaktionskollegium):* Kommentar zum Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen. Kommentar, Berlin 1989, S. 120–125.

³⁹⁴ Für die neue Stadt Leinefelde ist dies ebenfalls nach der Stadtwerdung festzustellen. Vgl. *von Plato:* Diaspora, S. 251.

³⁹⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 5.2.1964, o.S.

zogen. Die andauernde Nichtbeachtung lokaler Vorstellungen und die Nichteinhaltung von Versprechungen führten deshalb erneut zu Enttäuschungen der städtischen Akteure, keinesfalls jedoch zur Aufgabe eigener lokaler Ambitionen. Nach dem Scheitern der Mitwirkung bei größeren Projekten konzentrierte sich die Stadt vor allem auf die Realisierung von kleineren Maßnahmen in Eigenregie zur Verbesserung der städtischen Lebensqualität.

3.3.5 Schwierige Anfangsjahre: Der notorische Planschuldner bis zur Krise 1968/69

Der innerhalb sehr kurzer Frist erfolgte Aufbau des neuen Lkw-Werkes wurde trotz zahlreicher Anfangsschwierigkeiten schließlich ein Erfolg; die Produktion konnte 1965 planmäßig aufgenommen werden. Schon 1966 stellten Stadt und Autowerk jedoch fest, dass zum Zeitpunkt, „wo die ersten ökonomischen Ergebnisse im Werk zu verzeichnen sind, [...] das Interesse der staatlichen Organe für den Aufbau des Werkes und damit besonders des Orts merklich abklingt“.³⁹⁶ Dies sollte sich als schwere Hypothek für den weiteren Aufbau erweisen. Früh zeigten sich in Stadt und Betrieb erhebliche Probleme, die durch die überhöhten Planforderungen der Zentrale und die ungenügende Vorlaufzeit der völlig neuartigen Produktion verursacht wurden. Insbesondere gelang es in den ersten Jahren nicht, eine stabile Stammebelegschaft in Ludwigsfelde aufzubauen. Die ersten Jahre nach dem Beginn der Fertigung blieben deshalb von großen Produktionsschwierigkeiten und einer starken Fluktuation der Arbeitskräfte gekennzeichnet.

Die volkswirtschaftliche Konzeption der Lkw-Produktion sah einen großen Exportanteil vor.³⁹⁷ Damit war das Werk nicht nur ein Industrieobjekt von außerordentlicher binnenwirtschaftlicher Bedeutung; durch das fest eingeplante Exportvolumen waren vor allem gesamtwirtschaftlich wichtige Devisen zu erwirtschaften und vertragliche Verpflichtungen im RGW zu erfüllen. Diese Erwartungshaltung der Staats- und Parteiführung bot Chancen für Ludwigsfelde, führte aber gleichzeitig zu einer starken und teils sehr einseitigen Konzentration der Anstrengungen im Territorium auf die Industrieproduktion. Bis Jahresende 1965 waren nach dem einschlägigen Ministerratsbeschluss 1.500 Lkws herzustellen, im Jahr 1966 sollten 8.000 und 1967 10.000 Stück fertig gestellt werden. Die ambitionierte Planung sah bis 1970 eine Steigerung auf bis zu 20.000 produzierende Lkws vor.³⁹⁸ Im ersten Beschluss zur Produktionsaufnahme hatte die für 1966 festgesetzte Zielstellung noch lediglich 6.000 Lkws betragen.³⁹⁹ Die kurzfristig erhöhten und extrem hochgesteckten Ziele belasteten den Aufbau der Produktion erheblich und wirkten damit als Hypothek auch auf die Stadtentwicklung von Ludwigsfelde zurück. Bereits 1965 wurde deutlich, dass es bis zu einer kontinuierlichen Fertigung noch ein weiter Weg war. Trotz intensiver Bemühungen der Werksleitung konnten 1965 nur 855 Lkws produziert werden.⁴⁰⁰ 1966 wurde die Zahl der gefertigten „W 50“ zwar

³⁹⁶ StadtAL Nr. 171001 007, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 10.8.1966, S. 1.

³⁹⁷ Zimmer: IFA, S. 9.

³⁹⁸ Vgl. BArch DC 20 I/4 669, 120. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.1.1963: Beschluß zur künftigen Entwicklung in den ehemaligen Werken der Luftfahrtindustrie, Blatt 41.

³⁹⁹ Vgl. *ebd.*, Blatt 63.

⁴⁰⁰ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 104.

auf 5.775 gesteigert, die Produktion blieb damit aber immer noch deutlich unter den Forderungen des Plans. Bis Ende der 1960er Jahre konnte die Lkw-Fertigung nie auf die von Anfang an überzogenen Anforderungen gehoben werden. Die Staatsführung bestand trotz der Neuartigkeit der Produktion auf der Planerfüllung und setzte die Werksleitung und den Bezirk unter erheblichen Druck. Dem Betrieb wurde dadurch keine Chance zur Konsolidierung gelassen.⁴⁰¹ „In völliger Verkennung oder bewusster Ignoranz der mit einem solchen Serienlauf einhergehenden Tücken und Probleme waren dem Werk von der zentralen Planungsbehörde viel zu hohe Jahressteigerungsraten für die Fahrzeugfertigung auferlegt worden“⁴⁰², während gleichzeitig die vorgesehenen Investitionsmittel gekürzt worden waren.

Als deutlich wurde, dass die Schwierigkeiten nicht nur auf die Aufbauphase des Werkes begrenzt blieben, war das ZK der SED gezwungen, sich erneut mit den Problemen des Ludwigsfelder Standorts zu beschäftigen. Am 27. November 1968 fasste das ZK den Beschluss, ein sogenanntes „Stabilisierungsverfahren“ für das IWL und den „Schwerpunkt Ludwigsfelde“ einzuleiten.⁴⁰³ Mit einem solchen Verfahren war die Einsetzung von zentralen Arbeitsgruppen, die Koordination aller lokalen Entscheidungsträger und erheblicher Druck auf die Verantwortlichen vor Ort verbunden. Das Sekretariat des ZK stellte nach einer ersten Begutachtung fest, dass seit 1965 keine grundlegende Wende zur Stabilisierung des Betriebes erreicht worden sei und die Finanzschuld des Werkes ständig wachsen würde.⁴⁰⁴ Vor allem die größeren Anforderungen an die eigene betriebliche Lenkungsstätigkeit durch das neue wirtschaftspolitische Leitbild des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung seien in Ludwigsfelde nicht genügend berücksichtigt worden. Das Automobilwerk entwickelte daraufhin bis zum Anfang 1969 einen Maßnahmenplan, um die Planschulden aufholen zu können und verband diese Zielvorgabe mit der bei solchen Gelegenheiten im DDR-Wirtschaftsleben üblichen plakativen Selbstkritik:

„Der VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, der in den vergangenen Jahren mit z.T. hohen Investitionen moderne Grundfonds für die Lkw-Produktion geschaffen hat, ist noch kein zuverlässiger Partner der Volkswirtschaft geworden. Er hat seinen Anteil zur allseitigen Stärkung der DDR nicht erfüllt, vor allem muß festgestellt werden, daß die Beschlüsse von Partei und Regierung zur Gestaltung des ökonomischen Systems nicht konsequent verwirklicht wurden.“⁴⁰⁵

⁴⁰¹ Der damalige Werksleiter vertritt im Interview heute noch die Meinung, dass eine eigenständige Konsolidierung möglich gewesen wäre: „Hätte man uns Zeit gegeben“. Vgl. Interview Kohl.

⁴⁰² Vgl. Kirchberger: Plaste, S. 364.

⁴⁰³ Vgl. BArch DY 30 J IV 2/3 1473, Zentralkomitee der SED, Sekretariat des ZK, Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 112 vom 27.11.1968, Stellungnahme des Sekretariats des ZK zum Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung Potsdam über die Organisation der politisch-ideologischen Arbeit zur Planerfüllung 1968 und der Stabilisierung des VEB Automobilwerke Ludwigsfelde, Blatt 9.

⁴⁰⁴ Vgl. BArch DY 30 J IV 2/3 1473, Zentralkomitee der SED, Sekretariat des ZK, Reinschriftprotokoll Nr. 11 vom 27.11.1968, Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung Potsdam über die Organisation der politisch-ideologischen Arbeit zur Sicherung der Planerfüllung 1968 und der Stabilisierung des VEB Automobilwerke Ludwigsfelde, S. 1.

⁴⁰⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33867/5, Rat des Bezirkes: Entwicklung des VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde 1969, VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, Maßnahmenplan zur Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 27.11.1968, Ludwigsfelde, den 17.1.1969, S. 1.

Der Bezirk machte während der Produktionskrise 1968 gegenüber der Stadt und dem Werk deutlich, dass es bei einem Scheitern der Stabilisierung andernfalls auch einen Alternativplan zur Umprofilierung des Karl-Marx-Werkes in Babelsberg für die Lkw-Fertigung geben würde.⁴⁰⁶ Parallel zum Stabilisierungsbeschluss des ZK wurde im „Neuen Deutschland“ eine Artikelserie im Stile einer Kampagne platziert, die die bisherigen Versäumnisse in Ludwigsfelde aus Sicht der Zentrale kritisierte, die Verantwortlichen an den Pranger stellte und auch anderen Betrieben als Warnung dienen sollte.⁴⁰⁷ Die Staats- und Parteiführung warf der Betriebsleitung eine „Zurückgebliebenheit der Führungstätigkeit“ vor, die einen starken, negativen Einfluss auf die politische Lage im Betrieb hätte: „Es verschlechterte sich [in den vorangegangenen Jahren] die Betriebs- und Arbeitsatmosphäre, Unordnung und mangelhafte Arbeitsdisziplin konnten sich entwickeln und die Fluktuation erreichte einen unverträglich hohen Grad.“⁴⁰⁸ Zur Überwindung der Produktionskrise delegierte die übergeordnete VVB Automobilbau Fachleute nach Ludwigsfelde.⁴⁰⁹ Der bisherige Werksleiter Werner Kohl wurde im Rahmen des Stabilisierungsprogramms abgelöst.

Die hohe Fluktuationsrate der Belegschaft hatte sich neben betriebsorganisatorischen Fragen als ein Hauptproblem herausgestellt, das letztlich alle Erfolge der Produktion gefährden konnte. Dieses betriebliche Problem stand in direktem Zusammenhang mit den defizitären Standortqualitäten der Stadt Ludwigsfelde. Im Zusammenwirken des Betriebes mit den staatlichen Organen des Territoriums – dem Rat des Bezirkes, dem Rat des Kreises und dem Rat der Stadt – sollten durch die zentralen Anweisungen die „Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen“ nachhaltig verbessert werden und der Betrieb „im Perspektivzeitraum zu einem Musterbetrieb für die Durchsetzung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“⁴¹⁰ entwickelt werden.

Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurde daraufhin durch den Betrieb eine umfangreiche Palette von Maßnahmen innerhalb des Werkes sowie im Bereich des Wohnungsbaus und der gesellschaftlichen Einrichtungen in der Stadt zur Aufholung der „bisher eingetretenen Rückstände“ vorgeschlagen. Dazu zählten neben dem Ausbau der Versorgung mit Konsumgütern und der Verbesserung der Urlaubs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für die Belegschaft auch eine Erweiterung der Kinderbetreuungskapazitäten durch

⁴⁰⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11998, Aktenvermerk über das Ergebnis der Beratung beim Gen. Baum, Bezirksleitung der SED, 24. Sept. 1968, S. 1.

⁴⁰⁷ Vgl. *Kirchberger*: Plaste, S. 366; Für den Kampf um die Planerfüllung: Lehren aus dem Automobilwerk Ludwigsfelde (I), in: Neues Deutschland 17.12.1968; Für den Kampf um die Planerfüllung: Lehren aus dem Automobilwerk Ludwigsfelde (II), in: Neues Deutschland 18.12.1968.

⁴⁰⁸ BArch DY 30 J IV 2/3 1473, Zentralkomitee der SED, Sekretariat des ZK, Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 112 vom 27.11.1968 SED ZK Parteiinternes Material Nr. 390, Stellungnahme des Sekretariats des ZK zum Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung Potsdam über die Organisation der politisch-ideologischen Arbeit zur Planerfüllung 1968 und der Stabilisierung des VEB Automobilwerke Ludwigsfelde, Blatt 9.

⁴⁰⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33867/5, Rat des Bezirkes: Entwicklung des VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde 1969, VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, Maßnahmenplan zur Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 27.11.1968, Ludwigsfelde, den 17.1.1969, S. 3 und *Kirchberger*: Plaste, S. 364.

⁴¹⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33867/5, Rat des Bezirkes: Entwicklung des VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde 1969, VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, Maßnahmenplan zur Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 27.11.1968, Ludwigsfelde, den 17.1.1969, S. 3.

vertragliche Bindung mit der Stadt und für den Betrieb vorteilhafte Regelungen in Bezug auf die örtliche Wohnraumvergabe. Die betrieblichen Arbeiterwohnunterkünfte und das Kultur- und Sportangebot in Ludwigsfelde sollten ebenfalls Verbesserungen erfahren.⁴¹¹ Diese Vorschläge gingen über den eigentlichen engeren Bereich des Betriebes weit hinaus. Die Behebung der genannten Missstände konnte auf diese Weise auch der Stadt zugute kommen. Allerdings stellte der Betrieb insbesondere in Bezug auf die Kinderbetreuungskapazitäten und die Wohnraumvergabe massive Forderungen, die zu Lasten der nicht im Autowerk beschäftigten Stadtbewohner gingen. Der weitere Ausbau des urbanen Angebots der eigentlichen Stadt – z.B. das Stadtzentrum – gehörte aus Sicht des Betriebes dagegen nicht zu den vorrangig notwendigen Maßnahmen. Eine ganzheitliche Betrachtung der örtlichen Situation zur Lösung der Probleme des gesamten Standorts wurde weder vom Betrieb noch von den zentralen Staats- und Parteistellen vorgenommen.

Durch das Stabilisierungsprogramm sollten insbesondere die staatlichen Akteure in Bezirk, Kreis und Stadt zur Förderung des Werkes mobilisiert werden. Der Rat des Kreises Zossen plante zur Umsetzung der Forderungen die Verbesserung der in seinem Verantwortungsbereich liegenden kulturellen Angebote und sozialen Infrastrukturen.⁴¹² In den Beschlüssen des Bezirkstages vom Dezember 1968 waren in Anknüpfung an die Planungen des Werks zur Stabilisierung der Produktion des Werkes und zur Förderung der Entwicklung des Ortes Ludwigsfelde vor allem die Sicherung des Wohnungs- und Gesellschaftsbaues für die Jahre 1969 bis 1971 vorgesehen.⁴¹³ Hier wie im übergeordneten ZK-Beschluss vom November 1968 waren allerdings keine konkreten neuen Investitionszusagen eingeplant. Verbesserungen mussten vor allem durch bessere Motivation der Beschäftigten, eine Optimierung der Organisation im Betrieb, Verbesserungen der territorialen Zusammenarbeit und durch Umschichtung vorhandener Mittel erfolgen. Die Mitglieder der Betriebspartei, die SED-Kreisparteileitung und die bezirklichen Verantwortlichen wurden außerdem zur intensiveren „Suche nach Reserven“, zur Verbesserung der Abläufe und zur Eindämmung der Fluktuation durch persönliche Gespräche mit kündigungsbereiten Betriebsangehörigen verpflichtet.

Auch der Bezirk plante keine zusätzlichen baulichen Maßnahmen, die zur eigentlichen Stadtwerdung hätten beitragen können. Es war lediglich vorgesehen, „städtebaulich gestalterische Untersuchungen, die einen sinnvollen funktionellen Anschluß des Baugebietes in Ludwigsfelde gewährleisten“, einzuleiten. Eine wesentliche Vergrößerung des Wohnungsbauvolumens oder der Weiterbau des Stadtzentrums waren nicht vorgesehen. Vielmehr sollten die neu gebauten Wohnungen nunmehr sogar ausschließlich dem Automobilwerk zur

⁴¹¹ Vgl. *ebd.*, S. 18.

⁴¹² Vgl. KreisATF I/Kreistag I 56120, Bericht des Rates des Kreises Zossen unter Beachtung der schwerpunktmäßigen Entwicklung im Raum Ludwigsfelde, Bericht zu den Fragen der Volksbildung auf der Grundlage des Bezirkstagsbeschlusses vom 16.12.1968 unter Berücksichtigung des Schwerpunktes Ludwigsfelde.

⁴¹³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5800, Sitzung am 19.12.1968, Rat des Bezirkes Potsdam – Büro des Rates, Beschluß des Rates des Bezirkes 321–24/68 vom 19.12.1968: Maßnahmeplan des Rates des Bezirkes als Beitrag zur Stabilisierung des VEB IFA Automobilwerkes Ludwigsfelde 1969, Blatt 18.

Verfügung gestellt werden.⁴¹⁴ Diese ausschließliche Fixierung auf die Belange des Betriebes stieß auf Kritik von Seiten der Stadt Ludwigsfelde, die sich jedoch den übergeordneten Beschlüssen der höchsten Staatsorgane fügen musste. Der Rat der Stadt unterstützte im Rahmen seiner Möglichkeiten vor allem Maßnahmen zur Eindämmung der Fluktuation und zur Anwerbung von schon in Ludwigsfelde ansässigen Personen für eine Arbeit im Werk. Die Ludwigsfelder Stadtverantwortlichen drängten dabei aber den Bezirk gleichzeitig auf die Einhaltung der Beschlüsse von 1963 zum Ausbau der Infrastruktur, um zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse beizutragen,⁴¹⁵ während dieser die ursprünglichen Vorgaben des Ministerrats als Dispositionsmasse im aktuellen Stabilisierungsverfahren betrachtete. Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms gelang es der Stadt, zumindest eine ganze Reihe von Aktivitäten zu beginnen, die durch kleinere Maßnahmen die Lebensqualität auch innerhalb der Stadt verbessern sollte.

Insgesamt konzentrierten sich die Maßnahmen des Stabilisierungsprogramms jedoch auf das Werk. Dort konnte zunächst auch eine Verstetigung der Fertigung erreicht werden. Ende 1969 wurde erstmals das planmäßige Soll von 16.380 Lkws erreicht. Angesichts der ungenügenden Berücksichtigung städtischer Belange blieben die urbanen Defizite der Stadt und die damit zusammenhängende große Fluktuation im Werk aber weiterhin ungelöst.

Nach der Überwindung der wichtigsten Produktionsprobleme und dem Rückgang des Interesses der Berliner Zentrale erfolgte bald wieder eine Vernachlässigung des Baus der Versorgungseinrichtungen in der Stadt durch den Bezirk, wogegen der Rat der Stadt protestierte und damit drohte, „den Ministerrat davon in Kenntnis zu setzen“.⁴¹⁶ Dies blieb zunächst ohne Folgen: Die Industriestadt erfüllte aus Sicht der übergeordneten Organe nunmehr wieder ihre eigentliche Aufgabe: Die planmäßige Produktion von Lkws.

3.3.6 Die Stadtentwicklung in den frühen 1970er Jahren

Am Anfang der 1970er Jahre verbreitete sich in weiten Teilen der DDR-Gesellschaft ein ausgeprägter Zukunftsoptimismus, da der Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker mit dem Versprechen einer spürbaren Verbesserung des Lebensstandards verbunden wurde.⁴¹⁷ Dazu sollten neben einer umfangreicheren Bereitstellung von Konsumgütern auch die massiv gesteigerten Anstrengungen zur „Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem“ beitragen. Diese optimistischere Zukunftserwartung und die real festzustellenden Verbesserungen des Lebensstandards in der Republik wirkten sich auch auf Ludwigsfelde aus. Die 1970er Jahre blieben in Ludwigsfelde durch einen weiteren intensiven Stadtausbau bestimmt. Der Ort Ludwigsfelde blieb wie seit Jahrzehnten vor allem eine „Stadtbaustelle“. Da bereits die zweite Hälfte der 1960er Jahre in Ludwigsfelde durch einen forcierten Wohnungsbau geprägt

⁴¹⁴ Vgl. *ebd.* In diesem Sinne auch BArch DY 30 J IV 2/3 1473, Zentralkomitee der SED, Sekretariat des ZK, Reinschriftprotokoll Nr. 11 vom 27.11.1968, Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung Potsdam über die Organisation der politisch-ideologischen Arbeit zur Sicherung der Planerfüllung 1968 und der Stabilisierung des VEB Automobilwerke Ludwigsfelde, Blatt 10.

⁴¹⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 010, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 16.10.1969, Beschluß Nr. 478/102/69.

⁴¹⁶ StadtAL Nr. 171001 010, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 24.4.1969, S. 1.

⁴¹⁷ Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 120.

war, stellte der neuerliche Aufbruch des Wohnungsbaus in der DDR in Ludwigsfelde nur in begrenztem Umfang eine Zäsur dar.⁴¹⁸ Der Zuwanderungsprozess verlangsamte sich nach 1973 deutlich, Ludwigsfelde expandierte weiter, aber in ruhigerem Tempo als in den 1950er und 1960er Jahren. Als in der DDR Planung und Bau von Wohnungen durch die Parteibeschlüsse von 1971 und 1973 zur Lösung der Wohnungsfrage einen regelrechten Boom erlebten, waren in Ludwigsfelde bis Ende der 1970er Jahre zunächst fast keine neuen Wohnungen geplant.⁴¹⁹ Dieser Stillstand war aber angesichts der weiter bestehenden Wohnungsprobleme nicht dauerhaft durchzuhalten. Weitere Wohnungsbedarfe des Autowerkes, Anforderungen des Instandsetzungswerkes und der zunehmende Bedarf der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft führten schon 1971 dazu, dass der Bezirk – entgegen der Ursprungsplanung – weiteren Wohnungsbau in begrenztem Umfang für die folgenden Jahre beschließen musste. Dazu wurde die Konzeption für den Wohnkomplex „Ludwigsfelde West“ im Volkswirtschaftsplan um zunächst 460 Wohnungen erweitert.⁴²⁰

Strukturell konnte der Ort in diesem Jahrzehnt trotz der zunächst geringeren Wohnungsbautätigkeit und fortbestehender urbaner Defizite in kleinen Schritten zunehmend städtischen Charakter entwickeln. In den verschiedenen Ludwigsfelder Wohngebieten entstanden sukzessive einige dringend benötigte Konsumeinrichtungen und Angebote der sozialen Infrastruktur. Mit dem Bau mehrerer Schulen und Kindertagesstätten sowie dem Ausbau des Krankenhauses⁴²¹ unter der Ägide des Kreises wurden in den frühen 1970er Jahren wichtige Infrastruktureinrichtungen bereitgestellt. Die Herstellung von gestalteten öffentlichen Räumen erreichte aber trotz umfangreicher baulicher Maßnahmen niemals die Vorgaben der Planung. Die Entwicklung und Vergrößerung des Betriebes besaß weiterhin Vorrang gegenüber dem inneren Stadtausbau von Ludwigsfelde. Zugunsten von industriellen Investitionen und für den umfangreichen (Werks-)Wohnungsbau blieb vor allem die erhoffte – und von den zentralen und bezirklichen Stellen versprochene – Bebauung des zentralen Bereichs aus. Das Ziel des Ausbaus eines städtischen Zentrums verschwand in den 1970er Jahren schließlich ganz aus den konkreten Ausführungsplanungen der übergeordneten Stellen und blieb nur noch als vage Planungsabsicht bestehen. Die städtischen Akteure gaben dieses langfristige Vorhaben einer Zentrumsbildung als unabdingbare Voraussetzung der verspäteten Stadtwerdung jedoch niemals auf – eine Realisierung rückte während der 1970er Jahre jedoch zu keinem Zeitpunkt in greifbare Nähe.

Während die Zentrumsentwicklung stockte, setzte sich der Stadtwerdungsprozess jedoch vor allem im Bereich der Kommunalpolitik fort. Die Verwaltung professionalisierte und vergrößerte sich und gewann als lokaler Akteur zwischen den Interessen und Kompetenzen des Be-

⁴¹⁸ Innerhalb der sieben Jahre von 1965 bis 1971 war die große Zahl von insgesamt 2.653 neuen Wohnungen entstanden. Dem folgte zunächst ein zeitweiliger Stillstand.

⁴¹⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 019, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 19.1.1978, S. 1.

⁴²⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen im Zusammenhang mit ZK-Beschluss 1968–1973, Abschrift, Rat des Bezirkes, der Vorsitzende, Potsdam, 5.8.1971, S. 2.

⁴²¹ Siehe 4.4.4 Fallstudie: Das „illegale“ Krankenhaus, S. 326.

triebes, des Kreises sowie des Bezirks an Bedeutung und Handlungsspielraum.⁴²² Die Erfolge städtischer Politik in Bezug auf die bauliche Stadtentwicklung blieben auch Anfang der 1970er Jahre noch begrenzt, doch konnte die „Stadt der Automobilbauer“ deutlich selbstbewusster in den Auseinandersetzungen auftreten. Immer häufiger versuchte die Stadt, lokale Ansprüche zu formulieren und ihre eigene bedeutende Rolle bei der Sicherung der Produktivität des Betriebs herauszustellen. Zahlreiche kleinere Baumaßnahmen, die Eröffnung von Jugendklubs, Ansiedlungen von privaten Dienstleistungsbetrieben und neue Anlagen für sportliche Aktivitäten konnte die Stadt aus eigener Kraft zusammen mit Bewohnern und ansässigen Betrieben realisieren und damit zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt beitragen. Bis 1973 gelang es der Stadt, auch gegen viele Widerstände, die 1969 im Rahmen des Stabilisierungsprogramms begonnene städtische Schwimmhalle an der Potsdamer Straße zu vollenden. Mit diesem ersten großen Symbol städtischer Eigenmacht wurde der Rat der Stadt erstmals auch ein wichtiger Akteur in der baulichen Ausgestaltung Ludwigsfeldes.⁴²³

3.3.7 Die Produktionskrise von 1974/75

Trotz der Erfolge der Stabilisierungsmaßnahmen der Jahre 1968 und 1969 kam es auch in der Folgezeit noch mehrfach zu schweren Produktionskrisen im Werk, deren Ursachen in werksinternen Problemen, unzureichender Materialversorgung und den Fehlern von Zulieferern begründet waren. Viele Schwierigkeiten resultierten aus der unzureichenden Arbeitskräfteversorgung vor Ort und damit auch aus stadtentwicklungspolitischen Defiziten. Jeder Engpass in der Produktion rückte Ludwigsfelde zwar wieder in das Blickfeld der Zentrale, die Grundsatzentscheidung zur Lkw-Produktion wurde jedoch trotz der Probleme des Standortes nie wieder in Frage gestellt. Ludwigsfelde hatte damit nach mehreren gescheiterten Industrieproduktionen endgültig seine stabile ökonomische Basis gefunden.

Über Fragen der Versorgung von Ludwigsfelde mit Wohnungen und Infrastruktur kam es Anfang der 1970er Jahre wiederholt zu Unstimmigkeiten zwischen Stadt und Bezirk. Angesichts der fortbestehenden Defizite für Bevölkerung und Werktätige sah die Stadt schon 1971 eine neue Krisenlage „bald vergleichbar mit der Situation Anfang 1969“ in Ludwigsfelde gegeben und versuchte mit diesem Argument auf den Bezirk Druck auszuüben, um Verbesserungen vor Ort zu erreichen.⁴²⁴ Auch der neue Direktor des IWL Gerhard Nowak stellte schon 1970 Unzufriedenheit der Belegschaft und der Bevölkerung Ludwigsfeldes über den schleppenden Fortgang der eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedin-

⁴²² Siehe 3.4.5 Die wachsende Mitwirkung der örtlichen Organe bei der Stadtplanung , S. 186.

⁴²³ Siehe 4.4.2 Fallstudie: „Der Schwarzbau“ der Volksschwimmhalle, S. 315.

⁴²⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506, VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen im Zusammenhang ZK-Beschluss 1968–1973, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 26.8.1971, Stellungnahme zum Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam vom 5.8.1971 an den Rat der Stadt Ludwigsfelde, S. 2.

gungen fest, die dazu führten, dass „geworbene Arbeitskräfte unser Werk und zum Teil auch die Stadt Ludwigsfelde wieder verließen und damit eine hohe Fluktuation vorhanden war.“⁴²⁵

Die Wünsche nach Verbesserung wurden aus Ludwigsfelde immer wieder über unterschiedliche Wege auch an die übergeordneten Institutionen gerichtet: 1971 beschwerten sich beispielsweise die Ludwigsfelder Parteileitungen zweier Wohnbereiche, die Elternbeiräte mehrerer Oberschulen, die Betriebsgewerkschaftsleitung des IFA-Automobilwerkes und die örtliche Arbeiter-Bauern-Inspektion formell beim Ersten Sekretär der Bezirksleitung der SED in Potsdam.⁴²⁶ Eine derart breit gefächerte Basis einer Eingabe von unteren Parteiorganisationen, schulischen und gewerkschaftlichen Organisationen lässt auf eine sorgfältige lokale Planung dieser Aktion schließen. Von dieser Form der Eingabe wurde offensichtlich eine größere Durchsetzungskraft erwartet, als dies über den normalen Dienstweg möglich gewesen wäre. Mehrfach richtete die Stadt ihre Beschwerden, unter Umgehung von Kreis und Bezirk, auch direkt an Ministerrat oder Staatsrat.

Der Bezirk, der Interesse daran hatte, nach der hektischen Aufbauphase der 1960er Jahre nunmehr Ressourcen auch verstärkt in die Bezirksstadt Potsdam und andere industrielle Zentren der Region zu lenken, bemühte sich, die Ludwigsfelder Defizitdarstellungen gegenüber den zentralen Institutionen zu widerlegen. Die bezirklichen Verantwortlichen suchten nachzuweisen, dass Ludwigsfelde „auch gegenüber den Entwicklungsschwerpunkten des Bezirks, wie der Bezirksstadt Potsdam und auch der Industriestadt Brandenburg nicht benachteiligt [sei].“⁴²⁷ Rein quantitativ war der Nachweis der ausreichenden Versorgung durchaus möglich, dies berücksichtigte jedoch nicht die spezifischen Ansprüche der Wachstumsstadt Ludwigsfelde.

Mitte der 1970er Jahre wurde deutlich, dass die Stabilisierung der Produktion im Lkw-Werk nach 1968 nur in Teilbereichen erfolgreich gewesen war und erneut eine Kumulation erheblicher betriebsinterner Probleme und neue Produktionskrisen zu erwarten waren. Insbesondere durch die zunehmende Exportorientierung vergrößerten sich die zentralen Anforderungen an das AWL und damit der Bedarf an Arbeitskräften massiv. Da in der DDR seit 1974 der Importüberschuss und das Handelsbilanzdefizit spürbar stiegen und der ökonomische Handlungsspielraum immer enger wurde⁴²⁸, war eine Krise im Autowerk, das durch Ministerratsbeschluss als „Exportförderungsbetrieb“ und Devisenbringer galt, besonders schwer zu verkraften. Angesichts der internen Probleme im Werk und der überzogenen Forderungen der Zentrale verstärkten sich die Produktionsrückstände schließlich im Jahre 1974, sodass erneut ein offizielles Stabilisierungsverfahren in Gang gesetzt werden musste. Die obersten Staats- und Parteistellen engagierten sich erneut in erheblichem Maße vor Ort. Ebenso wie

⁴²⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 506, VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen im Zusammenhang ZK-Beschluss 1968–1973, Brief an den Rat des Bezirkes Potsdam, Potsdam, 7.8.1970, S. 1.

⁴²⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506, VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen im Zusammenhang ZK-Beschluss 1968–1973, Abschrift, Rat des Bezirkes, der Vorsitzende, Potsdam, 5.8.1971, an Rat der Stadt Ludwigsfelde, S. 1.

⁴²⁷ Ebd., S. 7.

⁴²⁸ Vgl. *Skyba*: Sozialpolitik, S. 57.

1968/69 erfolgte als Konsequenz des zentralen Engagements wiederum die Ablösung des Ludwigsfelder Werksleiters.⁴²⁹ Die Umsetzung der in Berlin beschlossenen Maßnahmen in Werk und Stadt wurde über mehrere Monate von Arbeitsgruppen im Auftrag der zentralen Staats- und Parteistellen kontrolliert.⁴³⁰

Als eine wichtige Aufgabe des Stabilisierungsprogramms galt erneut die Senkung der hohen Fluktuationsrate unter den Arbeitskräften. Trotz des umfangreichen Wohnungsbaus der 1960er Jahre war für die in Ludwigsfelde wohnenden Arbeitskräfte die „Wohnungsfrage“ auch nach Abschluss der Aufbauphase des Autowerkes keinesfalls gelöst. Viele Beschäftigte fanden nur in der weiteren Umgebung Unterkunft. Die Abhängigkeit der Fertigung von einer großen Zahl von Pendlern aus den umliegenden Gemeinden und Potsdam verursachte weitere Probleme, da der öffentliche Verkehr unzureichend blieb und die Arbeiter nicht immer zuverlässig zu den Schichtzeiten in das Werk bringen konnte. Vor allem der 1971 eingetretene Stillstand beim Wohnungsbau führte zu einer dramatischen Verschärfung der Situation. Ende 1975 wohnten bei einer Gesamtbelegschaft des Autowerkes von 6.759 Beschäftigten⁴³¹ immerhin 1.200 in Arbeiterunterkünften, Behelfsquartieren, möblierten Zimmern oder zeitweilig angemieteten FDGB-Ferienheimen in Ludwigsfelde und der unmittelbaren Umgebung.⁴³² Die Industriestadt Ludwigsfelde war immer noch in weiten Bereichen eine „Barackenstadt“ mit provisorischen Wohnquartieren – wie schon in den 1930er Jahren –, was sich entsprechend negativ auf die Arbeitsmoral der Betroffenen auswirkte und erneut zu einer hohen Fluktuation führte.⁴³³

Das neuerliche Engagement der zentralen Institutionen eröffnete der Stadt Ludwigsfelde wieder bessere Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen. Durch die Krise wurde deutlich, dass die Planung, den Stillstand des Wohnungsbaus in Ludwigsfelde bis etwa 1980 weiterzuführen⁴³⁴, nicht durchzuhalten war. Zur Stabilisierung des Betriebes wurde ein Vorziehen des Wohnungsbaus in Ludwigsfelde unumgänglich.⁴³⁵ Mit Beschlüssen der SED-Führung und des Ministerrates wurden zwischen Juli und November 1975 die Weichen für die Weiterführung der Bebauung in „Ludwigsfelde Nord“ mit etwa 700 Wohneinheiten bis

⁴²⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725, Vorlagen, Beschlüsse, Skizzen, Beratungsunterlagen zum VEB Autowerk Ludwigsfelde 1975/76, SED-Bezirksleitung Potsdam, Arbeitsgruppe Zossen, Potsdam 17.11.1975, Persönliche Verschlußsache, Vorlage für das Sekretariat der Bezirksleitung, Information der Arbeitsgruppe der Bezirksleitung über die Veränderung der Lage im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde, S. 3.

⁴³⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11149, Zusammenarbeit mit dem 1. Stellvertreter 1975, Rat des Bezirkes Potsdam, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden, Potsdam, den 27.10.1975, 2. Bericht über die vom Rat des Bezirkes eingeleiteten Maßnahmen im VEB Automobilwerk Ludwigsfelde entsprechend den Festlegungen der Arbeitsgruppe des ZK der SED, S. 1.

⁴³¹ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 104.

⁴³² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11149, Zusammenarbeit mit dem 1. Stellvertreter 1975, Rat des Bezirkes Potsdam, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden, Potsdam, den 13.11.1975, Orientierung für die Lösung anstehender Wohnungsprobleme in der Stadt Ludwigsfelde zur Verbesserung der Arbeitskräftesituation, S. 1.

⁴³³ Siehe zur Fluktuation auch: Arbeitskräftelenkung, Arbeitskräftegewinnung und Fluktuation, S. 297.

⁴³⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortspartelleitung, Berichte und Einschätzungen 1977–1979, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 15.3.1978, S. 1.

⁴³⁵ Vgl. StadtAL 652, Analyse über die Möglichkeiten der territorialen Entwicklung Ludwigsfeldes in den Jahren 1975/76, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 28.5.1974, unter Berücksichtigung des konzipierten Wohnkomplexes „Ludwigsfelde Nord“, S. 1–2.

1980 gestellt.⁴³⁶ Zusammen mit weiteren Wohnungszuweisungen aus der Wohnraumlenkung des örtlichen Bestandes sollten dem Autowerk insgesamt 1.000 Wohneinheiten zur Festigung der Stammebelegschaft und für die Zuführung von weiteren Arbeitskräften zur Verfügung gestellt werden.⁴³⁷ Mehrfach betonte der Bezirk jedoch, dass damit ausschließlich die Wohnungsprobleme der Autowerker gelöst werden sollten und nicht eine „Abdeckung des Wohnungsbedarfes in Ludwigsfelde schlechthin, wie das oft angenommen wird“⁴³⁸ zu erreichen sei.

Erschwert wurde die Lösung der Wohnungsfrage aus Sicht des Autowerkes insbesondere durch die zahlreichen Neu-Ludwigsfelder, die ursprünglich als Beschäftigte des Werkes zugezogen waren, später aber ihre Arbeitsstelle wechselten und weiterhin die für die Versorgung des Werkes gedachten Wohnungen „blockierten“. Viele Werkstätige hatten schon während der Produktionswechsel Anfang der 1960er Jahre das Werk verlassen und in Teltow, Potsdam, Zossen, Trebbin, Luckenwalde und in der Hauptstadt Berlin attraktivere Tätigkeiten aufgenommen.⁴³⁹ Die SED-Kreisleitung war sich deshalb im Klaren, dass es eine „Illusion“ sei, wenn argumentiert wurde, „wir brauchen nur Wohnungen zu bauen, dann haben wir auch die Leute. [...] Wohnungen haben wir in Ludwigsfelde schon genügend gebaut, bloß die [Bewohner] arbeiten alle nicht mehr in Ludwigsfelde, sondern woanders – das ist ein Faß ohne Boden.“⁴⁴⁰ Gleichzeitig gab es auch eine große Zahl an Beschäftigten, die angesichts der bestehenden Probleme sowohl dem Werk als auch dem defizitär ausgestatteten Ludwigsfelde nach kurzer Zeit den Rücken kehrten.

Eine Lösung für die Probleme in Ludwigsfelde und zur nachhaltigen Bindung der Arbeitskräfte konnte nur in der Attraktivitätssteigerung von Stadt *und* Betrieb gefunden werden. Die Beschlüsse des Ministerrates zur „allseitigen Stabilisierung“ vom 13. Mai 1975⁴⁴¹, 13. Mai 1976⁴⁴² und 21. Oktober 1976⁴⁴³ wurden deshalb sowohl Grundlage für zahlreiche kurzfristi-

⁴³⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 555, Wohnkomplex Nord in Ludwigsfelde 1974–1977, Rat des Kreises Zossen, Abt. Wohnungspolitik, Beschlußvorlage, Vorbereitung des Wohnungsbaustandortes „Ludwigsfelde Nord“ und Maßnahmen zur Einhaltung des Termins der Beschlußfassung der Aufgabenstellung, Beschluß des Ministerrates Nr. 02-149/5/75 vom 31.7.1975, Beschluß des Rates des Bezirkes vom 27.11.1975, S. 1.

⁴³⁷ Vgl. KreisATF II 2977, Protokoll der 18. Sitzung des Rates des Kreises Zossen am 30.1.1980 in Zossen, Beschluß „Zur Entwicklung der Wohnungspolitik des Kreises Zossen nach dem IX. Parteitag der SED – Ergebnisse, Schwerpunkte und Schlußfolgerungen“, S. 4.

⁴³⁸ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung, Berichte und Einschätzungen 1977–79, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 15.3.1978, S. 4.

⁴³⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 008, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.5.1968, Wohnungsamt, Vorlage Nr. 192: Einschätzung über den Wohnungsbestand, Wohnungsbedarf und Grundsätze zu Wohnraumlenkung, S. 3; sowie BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Protokoll Ortsparteileitungssitzungen 1963–67, Ortsparteileitung der SED Ludwigsfelde 30.1.1963, S. 1.

⁴⁴⁰ KreisATF I 593–585, Kreistag 1975, 4. Plenartagung vom 23.1.1975 I/593, Beitrag Wilhelm Bastian, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Zossen, S. 7.

⁴⁴¹ Vgl. BArch DC 20 I/4 3392, 149. Sitzung des Ministerrates vom 13.5.1975, Bd. 5, Vorlage zum Beschluß zur Information über die Planerfüllung und die weitere Entwicklung im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde.

⁴⁴² Vgl. BArch DC 20 I/3 1329, 112. Sitzung des Ministerrates vom 13.5.1976, Bd. 4, Vorlage zum Beschluß zum Bericht zu den Ergebnissen der Stabilisierung und zur Planerfüllung im VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde.

⁴⁴³ Vgl. BArch DC 20 I/4 3657, 203. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 21.10.1976, Bd. 1, Beschluß Präsidium 203/II.2/76 21.10.1976 über Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen Plandurchführung 1976 und für den Plan 1977 im VEB Automobilwerke Ludwigsfelde und den Betrieben der Kooperationskette Lkw W 50, Blatt 63.

ge Stabilisierungsmaßnahmen als auch für langfristig für Stadt und Werk wirksame Investitionen. Während sich das erste Stabilisierungsprogramm 1968/69 vor allem auf das Werk bezogen hatte und von der Stadt explizit kaum die Rede gewesen war, standen die Belange der Stadt und die Verbesserung der örtlichen Lebensqualität als wesentlicher Bestandteil und wichtige Rahmenbedingung der Produktivitätsentwicklung des Betriebes nach 1975 stärker im Blickpunkt der zentralen und bezirklichen Organe. Das Stabilisierungsprogramm folgte damit entgegen der unter Ulbricht vorherrschenden Dominanz der Industrieentwicklung der Zielsetzung der neuen „Hauptaufgabe“ nach dem Machtantritt Honeckers zur „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion“.⁴⁴⁴ Der Rat der Stadt konnte unter diesen veränderten Rahmenbedingungen erfolgreicher als in den Jahrzehnten zuvor eigene lokale Ansprüche formulieren und durchsetzen.

Das Stabilisierungsprogramm umfasste in Bezug auf den Betrieb u.a. die weitere Verbesserung der Arbeitsplatzgestaltung und Pausenversorgung, technische Arbeitserleichterungen und die Verbesserung der „Schwerpunktversorgung“ der Stadt Ludwigsfelde mit Konsumgütern.⁴⁴⁵ Einen unmittelbar wirksamen Beitrag zur Lösung der Produktionskrise sollte die kurzfristige Anwerbung von auswärtigen Arbeitskräften leisten. Zeitungsanzeigen im „Neuen Deutschland“ und den Bezirkszeitungen warben um Arbeitskräfte für das AWL und priesen die (angeblich) guten Arbeitsverhältnisse vor Ort sowie die angebotenen Betriebsferienheime, Qualifikationsmöglichkeiten und vor allem bei einer schnellen Arbeitsaufnahme die bestehende Möglichkeit einer schnellen „Zuweisung einer Neubauwohnung“.⁴⁴⁶ Das war ein sehr gewagtes Versprechen. Ende 1975 lagen angesichts der massiven Werbemaßnahmen bereits 1.055 Bewerbungen im AWL vor, die die Anwärter jedoch überwiegend mit konkreten Wohnungsforderungen verbanden.⁴⁴⁷

Um diese neuen Ansprüche und den ohnehin vorhandenen Wohnbedarf bedienen zu können, war der Schwerpunkt der Maßnahmen „Zur Stabilisierung und Entwicklung der Produktion“ das neue groß angelegte Wohnungsbauprogramm in „Ludwigsfelde Nord“. Entgegen der begrenzten ursprünglichen Planung sollten schon im Zeitraum 1977/78 insgesamt etwa 700 Wohnungen errichtet werden.⁴⁴⁸ Darüber hinaus waren bis 1980 ein Schulneubau, eine Turnhalle, eine Gaststätte zur Schülerspeisung, Kindergarten- und Krippeneinrichtungen, eine Apotheke und eine Dienstleistungseinrichtung vorgesehen. Trotz dieser umfangreichen Planungen resümierte die einflussreiche Abteilung Maschinenbau und Metallurgie des ZK der SED im April 1976, dass damit zwar weitere Fortschritte erreicht werden könnten, der im

⁴⁴⁴ Heydemann: Innenpolitik, S. 28.

⁴⁴⁵ Vgl. BArch DY 30 J IV 2/3 2442, Sekretariat des ZK, Bericht Ludwigsfelde, 28.4.1976.

⁴⁴⁶ „Bis zur Zuweisung einer Neubauwohnung ist die Unterbringung in modernsten Unterkünften gesichert.“ Anzeige VEB IFA Automobilwerke, in: „Bei uns“, Beilage Märkische Volksstimme, 26.6.1976, S. 8.

⁴⁴⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11149, Zusammenarbeit mit dem 1. Stellvertreter 1975, Rat des Bezirkes Potsdam, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden, Potsdam, den 13.11.1975, Orientierung für die Lösung anstehender Wohnungsprobleme in der Stadt Ludwigsfelde zur Verbesserung der Arbeitskräftesituation, S. 1.

⁴⁴⁸ Vgl. StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 17.3.1977, Bericht des Rates, S. 1.

Raum Ludwigsfelde „bestehende Rückstand bei der Entwicklung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen [...] jedoch noch nicht vollständig aufgeholt werden [könne].“⁴⁴⁹ Die sich seit Jahrzehnten verschärfende „defizitäre Urbanisierung“ von Ludwigsfelde ließ sich auch mit den Anstrengungen des Stabilisierungsprogramms nur langfristig überwinden. Durch die Abteilung des ZK wurden deshalb von allen betroffenen Akteuren weitere Maßnahmen zum Ausbau von Konsum- und Infrastruktureinrichtungen für den Zeitraum nach 1980 verlangt, „um die stabile sozialistische Entwicklung des Territoriums und die ständige Reproduktion der Stammebelegschaft des VEB Automobilwerk Ludwigsfelde sicherzustellen.“⁴⁵⁰

Zur mittelfristigen Stabilisierung der Arbeitskräfteversorgung und zur langfristigen Verbreiterung der örtlichen Arbeitskräftebasis sollte der Anteil der Schulabgänger im Territorium, die eine Anstellung im Autowerk aufnahmen, auf mindestens 50 % erhöht werden.⁴⁵¹ Dazu war vorgesehen, dass vor allem Eltern und Lehrer in Zusammenarbeit mit dem Betrieb verstärkt Einfluss auf die Berufswahl der Schüler nehmen sollten. Allerdings war auch langfristig die aus volkswirtschaftlichen Gründen gewünschte Lenkung des Berufswunsches der Schüler trotz sanften Drucks nur unzureichend umzusetzen.

Mit zahlreichen eigenen Initiativen versuchte auch der Rat der Stadt zur Lösung der Wohnungsprobleme und der Arbeitskräftefrage beizutragen. Die Bürger der Stadt wurden sogar dazu aufgerufen, „ihr Werk“ zu unterstützen, indem sie für die neu gewonnenen Arbeitskräfte zeitweilig Wohnraum zur Verfügung stellen bzw. sie in ihren Familien aufnehmen sollten.⁴⁵²

Zur Behebung der Produktionskrise von 1974 wurde auch dem Eigenheimbau erstmals seit 1945 eine wichtige Rolle im Wohnungsbau von Ludwigsfelde zugebilligt.⁴⁵³ Der forcierte Bau von Eigenheimen wurde in den 1970er und 1980er Jahren ein wichtiges Merkmal der Stadtentwicklung Ludwigsfeldes und unterschied die Stadt von anderen Industrieorten der DDR. Durch die große Zahl von 200, später sogar 300 Eigenheimen sollte vorrangig der Bedarf der Angehörigen des Autowerkes befriedigt werden, um durch die Bereitstellung dieser privilegierten Wohnform den Aufbau einer Stammebelegschaft mit qualifizierten Fachkräften zu fördern. Die Krise des Werkes, die Beziehungen der Werksleitung, die hartnäckigen Initiativen der Stadt und die Bereitschaft von Bezirk und Zentrale zu einer solch ungewöhnlichen Maßnahme ermöglichten den Bau dieser Eigenheime, die den DDR-weiten Rahmen der verstärkten Eigenheimförderung in den 1970er Jahren weit überschritten.⁴⁵⁴

Nach der mühsamen Überwindung der akuten Krise wurden am Ende der 1970er Jahre zahlreiche ergänzende Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Stadt durch die übergeordnete

⁴⁴⁹ BArch DY 30 J IV 2/3 2442, Sekretariat des ZK, Bericht Ludwigsfelde 28.4.1976, Anlage Nr. 26 zum Protokoll Nr. 39/76 vom 28.4.1976 Abteilung Maschinenbau und Metallurgie, Blatt 174.

⁴⁵⁰ Ebd.

⁴⁵¹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 009, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 29.10.1969, Bericht des Vorsitzenden der Ständ. Kommission Volksbildung, S. 3–4.

⁴⁵² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Nr. 11149, Argumentationshinweise zum Automobilwerk Ludwigsfelde SED-Bezirksleitung Potsdam, 25.11.1975, S. 3.

⁴⁵³ Vgl. BArch DY 30 J IV 2/3 2442, Sekretariat des ZK, Bericht Ludwigsfelde 28.4.1976, Anlage Nr. 26 zum Protokoll Nr. 39/76 vom 28.4.1976 Abteilung Maschinenbau und Metallurgie, Blatt 174.

⁴⁵⁴ Ausführlich zum Eigenheimbau siehe: 3.4.6 Fallstudie: Eigenheimbau als lokale Städtebaupolitik, S. 188.

ten Organe bald wieder vernachlässigt; nur dem Wohnungsbau und einer verbesserten Konsumgüterversorgung wurde als den beiden wichtigsten Hebeln zur Loyalitätssteigerung der ansässigen Arbeiter weiterhin besonderes Augenmerk gewidmet. Die später regelmäßig folgenden kleineren Krisen des Betriebes gaben der Stadt regelmäßig Möglichkeiten, eigene Ansprüche in einzelnen Bereichen städtischer Infrastruktur durchzusetzen und sich gegen die immer wieder eintretende Vernachlässigung durch die bezirklichen Organe zu wehren.

3.4 Konsolidierung der unvollendeten Industriestadt 1975 bis 1989

3.4.1 „Ludwigsfelde Nord“: Ausdehnung nach Norden in Plattenbauweise

Zur Überwindung der Produktionskrise hatten die Ministerratsbeschlüsse des Jahres 1975 den Bau von weiteren Wohnungen schon vor dem ursprünglich als Baubeginn geplanten Jahr 1980 möglich gemacht.⁴⁵⁵ Für deren Realisierung mussten durch die örtlichen Organe kurzfristig geeignete Flächen bereitgestellt werden. Der Bezirk hatte angesichts des Drucks der Zentrale dabei sogar in Kauf zu nehmen, dass die Baumaßnahmen auf Kosten des Wohnungsbaus in der Bezirksstadt Potsdam gehen würden.⁴⁵⁶ Angesichts der akuten Arbeitskräftekrise des Betriebes versuchte der Bezirk in Zusammenarbeit mit dem Kreis Zossen neue Bauplätze für kleinere Vorhaben zu erschließen, bevor der zentral bilanzierte großflächige komplexe Wohnungsbau zum Tragen kommen konnte. Um auf pragmatische Weise schnell neue Wohnungen zu schaffen, wurden beispielsweise vom Rat des Kreises⁴⁵⁷ dem Beschluss des Bezirkes folgend⁴⁵⁸ an einem bereits durch Straßen erschlossenen Baufeld an der Straße der Jugend in den Jahren 1976 und 1977 zwei Blocks mit je 40 Wohneinheiten errichtet, obwohl sich dieser Bauplatz außerhalb der von der perspektivischen Planung vorgesehenen Bebauungsgelände befand. Im Auftrag des Bezirkes untersuchte auch die Stadt eigenständig Möglichkeiten der intensiveren territorialen Entwicklung, um kurzfristig weiteren Wohnraum für das Autowerk schaffen zu können.⁴⁵⁹

Um den Großteil des projektierten Wohnungsbaus umsetzen zu können, musste jedoch ein neues großes Baufeld für einen neuen Wohnkomplex erschlossen werden. Mit der Wiederaufnahme des Wohnungsbaus erfolgte deshalb auch in Ludwigsfelde – im Vergleich zur übrigen DDR verspätet – der Übergang zum massiven „komplexen Wohnungsbau“ in „Platten-

⁴⁵⁵ Vgl. StadtAL Protokolle ständige Kommissionen Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung der Ständigen Kommission Bauwesen am 14.12.1974, o.S.

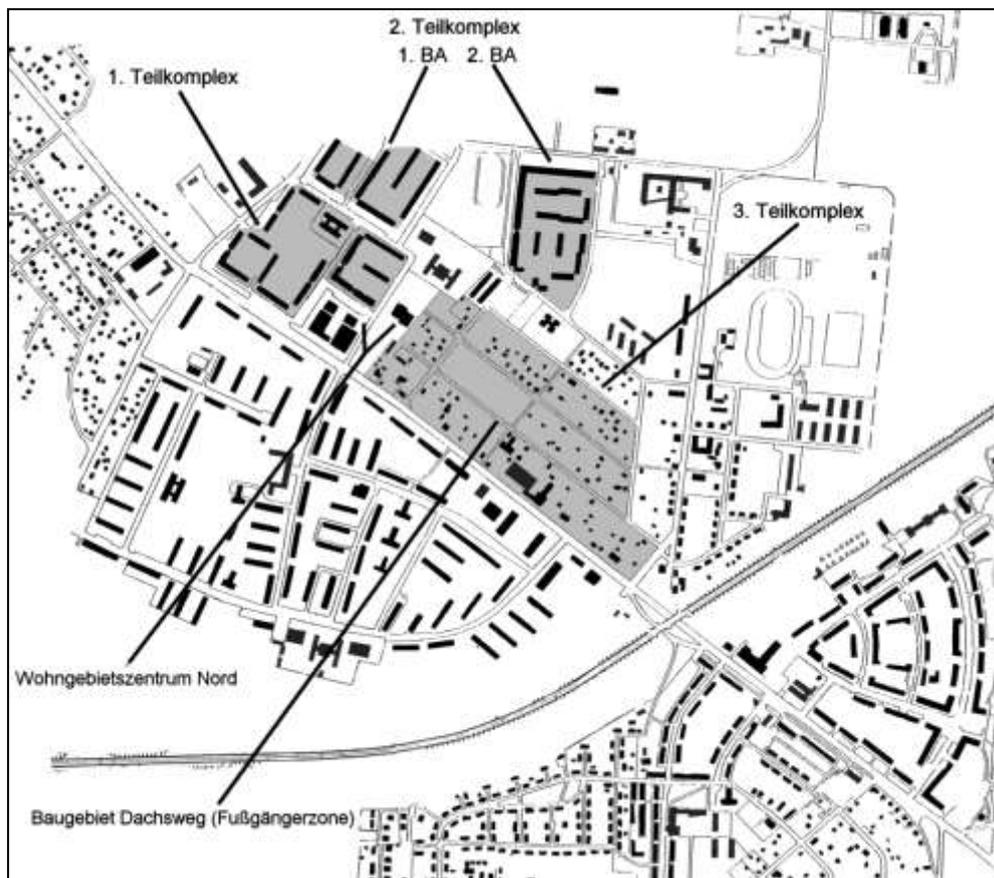
⁴⁵⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 555, Wohnkomplex Nord in Ludwigsfelde 1974–1977, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Ludwigsfelde, den 28.5.1974, Analyse über die Möglichkeiten einer weiteren territorialen Entwicklung der Stadt Ludwigsfelde in den Jahren 1975/76 – unter Berücksichtigung des konzipierten Wohnkomplexes „Ludwigsfelde Nord“; sowie StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 2.5.1974, o.S.

⁴⁵⁷ Vgl. StadtAL 452, Bebauungsplan Straße der Jugend, Beschluß Rat des Kreises Zossen: Investitionsentscheidung für 2 x 40 WE in Ludwigsfelde Straße der Jugend, 31.3.1976.

⁴⁵⁸ „Mit Beschluß des Rates des Bezirkes Nr. 0207 vom 27.11.1975 ist festgelegt, neben unmittelbaren Sofortmaßnahmen im Zeitraum 1976/77 zwei Wohnblöcke à 40 WE zu errichten.“ StadtAL 452 Bebauungsplan Straße der Jugend, Beschluß Rat des Kreises Zossen: Investitionsentscheidung für 2 x 40 WE in Ludwigsfelde Straße der Jugend, Beschluß 0227, 31.3.1976.

⁴⁵⁹ Vgl. StadtAL 652, Analyse über die Möglichkeiten einer weiteren territorialen Entwicklung der Stadt Ludwigsfelde in den Jahren 1975/76 – unter Berücksichtigung des konzipierten Wohnkomplexes Ludwigsfelde Nord, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 28.5.1974, o.S.

bauweise“. Diese Wohnungsbauanstrengungen der Honeckerära der Jahre nach 1971 sollten bis 1989 in der gesamten DDR die endgültige „Lösung der Wohnungsfrage als sozialer Frage“ durch industrielle Massenproduktion ermöglicht werden.



31. Abb.: Teilkomplexe und Bauabschnitte von „Ludwigsfelde Nord“

Nach Abschluss der Bebauung in „Ludwigsfelde West“ sollte unter Berufung auf das Stabilisierungsprogramm gemäß den Beschlüssen des Rates des Bezirkes Potsdam vom 21. August 1975 und 27. November 1975, die Bebauung in „Ludwigsfelde Nord“ auf der Nordostseite der Potsdamer Straße weitergeführt werden.⁴⁶⁰ Der zentrumsnahe Teilbereich dieses Plangebietes war schon seit den 1960er Jahren Gegenstand mehrfach gescheiterter Wohngebietsplanungen gewesen.⁴⁶¹ Infolge der zunächst favorisierten Bebauung von „Ludwigsfelde West“ blieben diese Planungen gegen den Willen der Stadt bis zur Mitte der 1970er Jahre ohne Realisierungschance. Das Gebiet hatte sich aufgrund der wegen der ersten Planungen seit 1961 verhängten Bausperre kaum weiter verändern können. Immer noch prägten Gartenparzellen und einzelne Einfamilienhäuser das Gebiet, vorbereitende Erschließungsmaßnahmen hatten in diesen Jahren nicht stattgefunden. Diesen nah am „Zentralen Platz“ gele-

⁴⁶⁰ Vgl. StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 17.3.1977, Bericht des Rates, S. 5.

⁴⁶¹ Erste bauliche Vorentwürfe für die zentralen Teilbereiche an der Potsdamer Straße waren schon 1964 im Rahmen der Diskussion über die Wahl der „Variante West“ oder „Variante Nord“ vom Büro für Stadt-, Dorf- und Gebietsplanung Potsdam angefertigt worden. Vgl. StadtAL Nr. 145, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Erläuterungsbericht, Gutachten, Plan Bebauungsvorschlag Potsdamer Straße Nord 1964, Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung.

genen Flächen kam weiterhin eine Schlüsselstellung im Rahmen der inneren Stadtwerdung von Ludwigsfelde zu. Auch nach der Bebauungskonzeption der 1970er Jahre sollte dieses Teilgebiet der „Abrundung“ des Stadtgebietes dienen und „in der Perspektive ein harmonisches Stadtgefüge“⁴⁶² schaffen. Das Planungsgebiet „Ludwigsfelde Nord“ umfasste nach 1974 im Gegensatz zur Abgrenzung in den 1960er Jahren jedoch eine weitaus größere Fläche, zu der auch zentrumsferne Bereiche im Norden gehörten, die vorwiegend aus Wald oder Ödflächen bestanden.

„Ludwigsfelde Nord“: Teilkomplexe (TK) und Bauabschnitte (BA) mit Wohneinheiten (WE)

1. TK ab 1976 600 WE (später 770 WE)
2. TK 1. BA Beschluss 1980, Bau 1981–85 (579 WE)
2. TK 2. BA bis 1987/89 (783 WE)
3. TK 1. BA 1989–90 (gesamt 1.200 WE für beide BA, nicht mehr vollendet)
3. TK 2. BA 1990

32. Abb.: Übersicht der Teilkomplexe mit Wohneinheiten

Bereits Ende 1974, noch vor den endgültigen Ministerratsbeschlüssen zur Vorziehung der Bebauung in Ludwigsfelde, konnte vom Büro für Städtebau Potsdam erstmals eine umfassende Bebauungskonzeption für den gesamten Bereich „Ludwigsfelde Nord“ für insgesamt 2.000 Wohneinheiten vorgelegt werden.⁴⁶³ Bis 1982 erhöhte sich der Umfang der Planung auf über 3.300 Wohneinheiten für etwa 9.920 bis 10.000 Einwohner, die in drei Teilkomplexen angeordnet werden sollten. Die endgültige städtebauliche Perspektivplanung sah für den „1. Teilkomplex“ im Zeitraum 1976/80 den Bau von 770 Wohnungen für 2.440 Einwohner vor; für den „2. Teilkomplex“ waren 1.320 Wohnungen für 3.880 Einwohner für die Jahre 1981/85 geplant. Im abschließenden „3. Teilkomplex“, der für die Zeit nach 1986 terminiert war, sollten noch einmal 1.200 Wohneinheiten für 3.600 Bewohner folgen.⁴⁶⁴ „Ludwigsfelde Nord“ stellte damit das mit Abstand größte Bauvorhaben in der Ludwigsfelder Geschichte dar. Es umfasste jedoch nicht nur Wohnungsbau: Die Bebauungsstudien sahen neben umfangreichen wohngebietsbezogenen Infrastrukturen auch vor, entlang der Potsdamer Straße einen bedeutenden Teil des zukünftigen Stadtzentrums von Ludwigsfelde herauszubilden.

⁴⁶² StadtAL 588, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Bebauungskonzeption zum Wohnkomplex Potsdamer Straße – Nord, Potsdam, im März 1976, S. 1.

⁴⁶³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde 1974, 12. Sitzung am 14.11.1974, S. 1.

⁴⁶⁴ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 1.

Der „1. Teilkomplex“ von „Ludwigsfelde Nord“

Ursprünglich sahen die ersten Konzeptionen für „Ludwigsfelde Nord“ eine sukzessive vom Zentrum der Stadt in Richtung der Peripherie fortschreitende Bebauung vor. Diese Planung konnte jedoch ebenso wie die Betonung der Potsdamer Straße als Hauptstraße Ludwigsfeldes nicht realisiert werden. Die Erfordernisse des schnellen industriellen Wohnungsbaus für das Autowerk setzten sich gegenüber dieser organischen Stadtentwicklungsstrategie andere pragmatische Prämissen durch.

Da im Ergebnis der zentralen Festlegungen der Baubeginn für „Ludwigsfelde Nord“ schon für 1977 projektiert worden war, reichte nach Ansicht der politischen Verantwortlichen des Bezirks der Zeitraum zur Klärung der kleinteiligen Eigentumsverhältnisse und die Beräumung der Grundstücke im eigentlich prioritär zur Bebauung vorgesehenen, zentral gelegenen Siedlungsgebiet entlang der Potsdamer Straße nicht aus. Der komplexe Wohnungsbau von „Ludwigsfelde Nord“ begann deshalb zunächst an der äußersten Peripherie auf dem in Volkseigentum befindlichen Waldflächen und schritt nur langsam in Richtung Zentrum fort.⁴⁶⁵ Diese Vorgehensweise widersprach eklatant den ursprünglichen Absichten. Ausgespart blieb so bis zum Ende der DDR der eigentlich zentrumsnahe Bereich des Baugebietes Nord zugunsten der leichter zu erschließenden peripheren Gebiete.

Wie bereits mehrfach in der Entwicklungsgeschichte von Ludwigsfelde führten wohnungspolitische Sachzwänge, die durch Krisen des Industriewerkes und kurzfristige ökonomisch bedingte Planänderungen hergerufen wurden, zur wesentlichen Modifikation von langfristigen städtebaulichen Planungen: Erneut blieb die Mitte der Stadt leer. Widerstand der Stadt gegen den Baubeginn an der Peripherie lässt sich – anders als in den 1960er Jahren – jedoch nicht nachweisen. Einerseits hatte die Stadt angesichts des erheblichen Wohnungsdefizits großes Interesse an der generellen Vorziehung des Wohnungsbaus und wollte diese kurzfristige Maßnahme nicht gefährden. Außerdem bemühte sich der Rat der Stadt im Gegensatz zu den 1960er Jahren um verträgliche Lösungen für die Eigenheimbewohner in „Ludwigsfelde Nord“ im Siedlungsgebiet um den Dachsweg. Der sofortige Abriss aller Eigenheime wurde in den 1970er Jahren von der Stadt nicht mehr angestrebt – Eigenheime waren in Ludwigsfelde wie in der gesamten DDR nicht mehr in dem Maße negativ konnotiert wie noch zehn Jahre zuvor. Die Stadt verfolgte nun eine Strategie der schrittweisen Schaffung der Baufreiheit in „Ludwigsfelde Nord“, auch um in der Stadt „unnötige negative Diskussionen mit den Bürgern“, die ihre Grundstücke und Einfamilienhäuser verloren, zu vermeiden.⁴⁶⁶ Eine solch behutsame Umsetzung wäre innerhalb der durch den Ministerratsbeschluss gesetzten kurzen Frist nicht möglich gewesen.

Die im März 1976 durch das Büro für Städtebau vorgelegte Konzeption für den am Nordrand des Gebietes zwischen Ernst-Schneller-Straße und Brandenburgische Straße gelegenen „1. Teilkomplex“ sah die Bebauung mit 600 Wohnungen im Zeitraum 1977 bis 1979 vor, die

⁴⁶⁵ Vgl. StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 17.3.1977, Bericht des Rates, S. 5.

⁴⁶⁶ Vgl. ebd., S. 12.

durch eine 40-Klassen-Schule, eine Turnhalle, eine Gaststätte, eine Kindertagesstätte und eine Schulsportanlage zu ergänzen waren.⁴⁶⁷ Später erhöhte sich die Zahl der hier zu errichtenden Wohnungen auf zunächst 690 und schließlich auf 770, während der Umfang der gesellschaftlichen Einrichtungen reduziert wurde.



33. Abb.: Wohnbauten im „1. Teilkomplex“ an der Potsdamer Straße

Die Wohnungen entstanden ab 1978 in fünfgeschossigen Bauten in Großtafelbauweise des Typs IW 75 P.⁴⁶⁸ Erste Wohnungen dieses Wohnkomplexes konnten im Jahr 1980 übergeben werden. Die Gebäude waren entsprechend dem gewandelten Leitbild nicht mehr in Zeilen, sondern in großen Karreeformen um großzügige, begrünte Innenhöfe angeordnet.⁴⁶⁹ Den Richtlinien des „komplexen Wohnungsbaus“ folgend, war die bauliche Dichte des „1. Teilkomplexes“ deutlich größer als in den bisherigen Wohngebieten der Stadt.⁴⁷⁰ Höhe wie Länge der im „1. Teilkomplex“ errichteten Bauten überschritten die bisher in Ludwigsfelde anzutreffende Maßstäblichkeit erheblich. Ein Bemühen um eine städtebauliche Anpassung an den Charakter der vorgefundenen Bebauung kann beim „1. Teilkomplex“ im Unterschied zu den vorangegangenen Baugebieten nicht festgestellt werden. Dieser erste Wohnkomplex von „Ludwigsfelde Nord“ entstand zudem sehr weit entfernt von den bisherigen infrastrukturellen Angeboten der Stadt. Eine Einbindung der isolierten Wohnanlage in die Gesamtstruktur der restlichen Stadt erfolgte nicht. Der in der Konzeption vorgesehene Bau eines gesellschaftlichen Zentrums in diesem peripheren Wohnviertel unterblieb zunächst und wurde erst für den anschließenden „2. Wohnkomplex“ von „Ludwigsfelde Nord“ projektiert. Das unterstrich den Charakter des Teilkomplexes als einer baulich wenig ambitionierten rei-

⁴⁶⁷ Vgl. StadtAL 588, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Bebauungskonzeption zum Wohnkomplex Potsdamer Straße – Nord, Potsdam, im März 1976.

⁴⁶⁸ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 9. *Institut für Städtebau und Architektur*: Studie Ludwigsfelde. Wohngebiet Potsdamer Straße, Berlin 1991, S.46.

⁴⁶⁹ Vgl. Kadatz: Ludwigsfelde, S. 27.

⁴⁷⁰ Vgl. Liebmann: Modellfall Ludwigsfelde, S. 142.

nen Wohnsiedlung an der Peripherie Ludwigsfeldes, die nur der eiligen Erfüllung der Ansprüche des Autowerks zu dienen hatte. Mit den durch Infrastrukturen und Grünanlagen gut versorgten Vorzeigesiedlungen des komplexen Wohnungsbaus in Berlin oder den wichtigen Bezirksstädten waren weder der erste noch die folgenden Teilkomplexe von „Ludwigsfelde Nord“ vergleichbar.

Stadtwachstum und Ansiedlung des Kombinatssitzes 1978

Die erfolgreiche Stabilisierung der Produktion legte die Basis für das kontinuierliche Wachstum der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Stadt Ludwigsfelde für die DDR-Wirtschaft. Die Bevölkerungszunahme verstärkte sich in den 1980er Jahren im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt wieder spürbar. Die wichtige Rolle des Ludwigsfelder Automobilwerks für die gesamte DDR zeigte sich insbesondere darin, dass es 1978 als Stammbetrieb des neu gegründeten „IFA-Kombinats Nutzkraftwagen“ ausgewählt und damit zum Zentrum der Nutzfahrzeugproduktion der DDR wurde.⁴⁷¹ Dem umfangreichen Kombinat mit Hauptsitz in Ludwigsfelde waren außerhalb der Stadt weitere sieben größere Produktionsbetriebe und 17 Zuliefererwerke mit im Jahre 1983 insgesamt 46.000 Arbeitskräften zugeordnet. Die Wahl von Ludwigsfelde als Kombinatssitz war ungewöhnlich – in der Regel befanden sich die Zentralen der Kombinate in größeren Städten, meist in den Bezirksstädten: Ludwigsfelde war einer der ganz wenigen Fälle in der DDR, wo ein Kombinat seinen Sitz in einer kreisangehörigen, kleineren Stadt nahm. Das Werk und mit ihm der Ort erfuhren so dauerhaft einen enormen Bedeutungszuwachs.

Durch die Ansiedlung des Kombinatssitzes entstanden auch neue Ansprüche an die Stadtentwicklungspolitik in der kleinen Industriestadt. So wurde es erforderlich, nicht nur Wohnungsangebote für einfache Werktätige und Produktionsingenieure zu planen. Zusätzlich zu den Ansprüchen der bisherigen Werksleitung waren auch attraktive Wohnmöglichkeiten für die Ansiedlung weiterer qualifizierter „Kader“ der umfangreichen Kombinatverwaltung zu schaffen.⁴⁷² Die Ansiedlung der Führungskader des Kombinats trug zur weiteren sozialen Differenzierung der bislang durch Arbeiter bestimmten Bevölkerungsstruktur bei. Da zum Zeitpunkt der Entscheidung zur Lokalisierung des Kombinatssitzes kein weiterer komplexer Wohnungsbau bis 1982/83 eingeplant war, mussten andere Lösungen zur Schaffung der notwendigen anspruchsvollen Wohneinheiten gefunden werden.⁴⁷³ In Zusammenarbeit von Stadt, Ministerium und Kombinatvorsitzenden wurde durch die weitere Unterstützung des schon vorher begonnenen Eigenheimbaus eine Möglichkeit zur Schaffung angemessenen Wohnraums für die Kader der Kombinatleitung geschaffen.⁴⁷⁴

⁴⁷¹ Vgl. *Zimmer*: IFA, S. 11. Die bisherige VVB (Vereinigung der volkseigenen Betriebe) Automobilindustrie der DDR wurde Ende der 1970er Jahre zugunsten von vier spezialisierten Kombinatzen aufgelöst. *Kirchberger*: Plaste, S. 371–374, hier. S. 373.

⁴⁷² Vgl. *Kirchberger*: Plaste, S. 374.

⁴⁷³ Vgl. BArch DG 7 362, Schriftverkehr mit den IFA-Kombinatzen 1977, MALF 9.10.1978, Beratungsmaterial zu inhaltlichen Fragen der Konzeption der Arbeitsgruppe der Abt. Maschinenbau/Metallurgie des ZK der SED zur komplexen Unterstützung der Durchführung der Parteibeschlüsse im VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen, [keine Paginierung].

⁴⁷⁴ Vgl. ebd.

Quantitativ bedeutsamer als die Zuwanderung der Leitungskader war in jenen Jahren aber das weitere Wachstum der Zahl der Produktionsarbeiter. Von 6.567 im Jahre 1970 vergrößerte sich das Werk bis 1985 auf 8.972 Beschäftigte.⁴⁷⁵ Das AWL in Ludwigsfelde war durch diesen Wachstumssprung nach dem Stahl- und Walzwerk in Brandenburg der zweitgrößte Betrieb im Bezirk Potsdam.⁴⁷⁶

3.4.2 Der Exportbetrieb zwischen Ludwigsfelde und dem Schatt al-Arab

Die ökonomische Basis von Ludwigsfelde zeigte im Vergleich zu anderen Städten der DDR, die in den 1980er Jahren zunehmend von Krisenerscheinungen betroffen wurden, durch den Exportboom der Lkws in das sozialistische und nichtsozialistische Ausland seit Mitte der 1970er Jahre eine bemerkenswerte Stabilität. Nach kontinuierlichen Steigerungen erreichte das Autowerk im Jahre 1988 mit 9.760 Beschäftigten seine größte personelle Ausdehnung.⁴⁷⁷ Auch das Kombinat Nutzkraftwagen erfuhr noch 1988 durch die Übernahme von weiteren Gießereien in anderen Orten eine erneute Erweiterung auf insgesamt 25 Betriebe mit ca. 50.000 Beschäftigten.⁴⁷⁸

Das Lkw-Werk war schon in der Planungsphase der 1960er Jahre auf eine starke Exportorientierung hin projiziert worden. Größere Bedeutung gewann die Ausfuhr der Ludwigsfelder Lastkraftwagen vor allem seit den späten 1970er Jahren. Nach dem zweiten Ölpreisschock Ende der 1970er Jahre und der Verteuerung der Ölimporte aus der Sowjetunion wurde die Gewinnung von Devisen für die DDR-Volkswirtschaft ein immer zentraleres Anliegen.⁴⁷⁹ Insgesamt 400.000 Ludwigsfelder Lkws wurden bis 1990 in mehrere Dutzend Länder geliefert. In den 1980er Jahren wies der Ludwigsfelder Betrieb durchgängig hohe Exportquoten von etwa 80 % auf. Im Jahr 1984 erreichte das Werk sogar eine Jahresexportrate von über 91 % aller gefertigten Lkws „W 50“.⁴⁸⁰ Dem Werk kam damit als wichtiger Devisenlieferant für die DDR-Volkswirtschaft eine essentielle Bedeutung zu.⁴⁸¹

Die zunächst dominierenden Exporte in den RGW wurden zunehmend durch Lieferungen in das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ (NSW) erweitert. Der Handel mit devisenstarken Handelspartnern außerhalb des RGW nahm in der Exportkonzeption der DDR vor allem seit der Mitte der 1970er Jahre eine wichtige Position ein⁴⁸² und wurde insbesondere in den 1980er Jahren eine wichtige Stütze des Staatshaushaltes. Neben den westlichen Staaten spielten die Entwicklungsländer, die Schwellenländer und die Ölstaaten des Nahen Ostens in den 1970er und 1980er Jahren eine wichtige Rolle in dieser Exportkonzeption.

⁴⁷⁵ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 104–105.

⁴⁷⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 500, Kategorisierung der Städte im Bezirk Potsdam, Rang- und Reihenfolge der Industriebetriebe des Bezirks 1985.

⁴⁷⁷ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 105.

⁴⁷⁸ Vgl. *ebd.*, S. 83.

⁴⁷⁹ Vgl. *Jörg Roesler*: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. 1970–2000, Bonn 2003, S. 33–35.

⁴⁸⁰ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 50.

⁴⁸¹ Vgl. *Kirchberger*: Plaste, Blech und Planwirtschaft, S. 12.

⁴⁸² Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik, S. 33.



34. Abb.: Verladung von Lkws „W 50“ im Rostocker Hafen, 1982

Besondere Bedeutung hatten diese Abnehmerstaaten für die Ludwigsfelder Lkws, da das in den 1960er Jahren ursprünglich innovative technische Konzept des Lkw „W 50“ seit den 1970er Jahren nicht mehr mit der sprunghaften technischen Entwicklung der Lkw-Produktion in den westlichen Industriestaaten hatte mithalten können. Die begrenzten Exportchancen des „W 50“ auf weiten Segmenten des Weltmarkts wurden im Kombinat und in der SED-Führung in den späten 1970er Jahren realistisch eingeschätzt. Infolge der bis in die 1980er Jahre im Wesentlichen unveränderten technischen Grundkonzeption sei das Fahrzeug gegenüber „der Konkurrenz und dem internationalen technischen Niveau zurückgeblieben“.⁴⁸³ Kapitalistische Industrieländer würden als Abnehmerländer weitgehend ausscheiden, „weil der Lkw ‚W 50‘ in seinen technischen Parametern nicht mehr dem wissenschaftlich-technischen Weltstand entspricht“.⁴⁸⁴ Als ein wichtiger Markt wurden jedoch weiterhin die Länder Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens betrachtet, auf die die technische Weiterentwicklung zunehmend ausgerichtet wurde. Insbesondere für militärische Anwendungen wurde der robuste und vergleichsweise günstige „W 50“ häufig eingesetzt, sodass als Verhandlungspartner überwiegend die Streitkräfte von Staaten der Dritten Welt in Frage kamen.⁴⁸⁵ Diese militärische Orientierung der Lkw-Produktion wurde wie die weiteren zunehmenden Rüstungsexporte der DDR gegenüber der Bevölkerung geheim gehalten, innerhalb der DDR-Wirtschaftsführung jedoch als Erfolgsstrategie propagiert:

⁴⁸³ BArch DG 7 300, Sekretariat des Staatssekretärs, Aktenplannummer 2.5.6, Automobilwerke Ludwigsfelde, 1976, S. 5.

⁴⁸⁴ BArch DY 30, Büro Mittag, 2863, Berichterstattung des AWL vor dem Sekretariat des ZK, September 1976, Blatt 189.

⁴⁸⁵ Vgl. BArch DG 7 300, Sekretariat des Staatssekretärs, Aktenplannummer 2.5.6, Automobilwerke Ludwigsfelde, 1976, S. 11–12.

„Und ich möchte auch unterstreichen in diesem Zusammenhang, daß es richtig war, diese politische Entscheidung zu treffen, daß wir uns konzentrieren auf den Absatz des ‚W 50‘ im militärischen Bereich der jeweiligen Entwicklungsländer [...]. Wir sind nicht nur Hauptlieferant bei einer bestimmten Art von Fahrzeugen für den Irak oder Iran, sondern wir nehmen gegenwärtig auch Einfluß in solchen Armeen wie Sambia, Moçambique, Angola – nur um einige zu nennen.“⁴⁸⁶

Nach außen wurde dagegen lediglich die nichtmilitärische Unterstützung der „neuen Nationalstaaten“ Afrikas und Asiens durch Lkw-Lieferungen herausgestellt. In Wirklichkeit erhielten beispielsweise die südafrikanischen Bürgerkriegsländer Moçambique und Angola vor allem Militärlaster „in Ausführung Irak Armee“, mit der einzigen Modifikation „statt sandbeige, in hell oliv“.⁴⁸⁷

Insbesondere der Iran und der Irak entwickelten sich zu wichtigen Abnehmern der Lkws. Die Handelsbeziehungen der DDR mit den beiden Golfstaaten reichten bis in die frühen 1970er Jahre zurück und wurden über alle Systemwechsel und kriegerischen Auseinandersetzungen hinweg fortgesetzt. Der erste Golfkrieg 1981 bis 1988 bescherten der DDR und dem Ludwigsfelder Werk einen unverhofften Absatzboom und boten damit dem Ort eine stabile Basis der städtischen Expansion, da es der DDR gelang, sich als Rüstungsexporteur ohne Beachtung ideologischer Beschränkungen für beide Seiten zu profilieren.⁴⁸⁸ Dieser Krieg wurde so eine wichtige Rahmenbedingung für Erfolge der Stadtentwicklung Ludwigsfeldes in den 1980er Jahren.

Mit dem Iran hatte die DDR bereits unter dem Schahregime intensive Kontakte in zahlreichen wirtschaftlichen Bereichen unterhalten.⁴⁸⁹ Nach kurzer Unterbrechung während des revolutionären Umbruchs im Iran festigten sich seit Ende 1979 erneut Exportkontakte zur neuen islamischen Republik.⁴⁹⁰ Im Golfkrieg entwickelten sich daraus umfangreiche Waffenlieferungen an den mit weitgehendem Boykott belegten islamischen Staat, der zumindest offiziell weder vom Westen noch von der Sowjetunion Unterstützung erhielt. Vor allem in den ersten Jahren des Krieges bestand auf Seiten der iranischen Armee ein erheblicher Bedarf an Lkws, um die Mobilität der Truppen an der langen Frontlinie zum Irak zu sichern. Die DDR lieferte insgesamt etwa 11.000 Lkws⁴⁹¹, die sich aus Sicht des Irans im Kriegseinsatz „be-

⁴⁸⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 IFA SED-Betriebsparteiorganisation 5399, Schriftverkehr mit ZK 1982, Brief an das Zentralkomitee der SED, Abt. Maschinenbau/Metallurgie, Genosse Torke, 12.2.1982, mit Anlage: Vortrag Kupke, Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Transportmaschinen bei der Anleitung der Parteiorganisation des ZK in Brielow, S. 13.

⁴⁸⁷ BArch DG 7 300, Sekretariat des Staatssekretärs, Aktenplannummer 2.5.6, Automobilwerke Ludwigsfelde, 1976, SPK Abteilung Maschinenbau – Der Leiter, Berlin 16.8.1976. Information für den Staatssekretär der Staatlichen Plankommission zu Problemen des Absatzes von Lkw „W 50“ des VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, S. 2.

⁴⁸⁸ Gegen die forcierten militärischen Exporte in die Golfkriegsstaaten hat es nach Informationen der westlichen Presse im Jahre 1987 in Ludwigsfelde allerdings auch Proteste von Belegschaftsmitgliedern gegeben. Vgl. Wirtschaftliche Zwänge, in: Der Spiegel 43, 1988 vom 24.10.1988, Seite 15a.

⁴⁸⁹ Vgl. Möller: Waffenlieferungen, S. 7–8.

⁴⁹⁰ Vgl. ebd., S. 8.

⁴⁹¹ In diese Zahl geht auch eine kleinere Anzahl von Lkw ein, die vor dem Golfkrieg geliefert wurden. Vgl. Bober: VEB IFA-Automobilwerke, S. 106.

währten“.⁴⁹² Zeitweise wurde auch über die Unterstützung der iranischen Eigenproduktion durch die Beteiligung der DDR an der Errichtung einer iranischen Lkw-Fabrik diskutiert.⁴⁹³ Ein solches intensives Engagement ließ sich jedoch langfristig nicht realisieren. Auch die massiven Lieferungen der Jahre 1981 bis 1984 konnten schließlich nicht mehr in diesem Maße fortgeführt werden. Die finanzielle Situation des Irans wurde als noch dramatischer als beim Kriegsgegner eingeschätzt: „Beim Iran ist es sogar so weit, daß der Iran im Grund gar nicht mehr in der Lage ist, unsere ‚W 50‘ abzunehmen, es ist kein Geld mehr da.“⁴⁹⁴

Dem Iran gelang jedoch stattdessen 1985 die Wiederinbetriebnahme der lange stillgelegten eigenen Lkw-Produktion. Dies geschah jedoch nicht mit Hilfe der DDR, sondern – Ironie der Geschichte für den alten Daimler-Standort Ludwigsfelde – in einem von Daimler-Benz schon in den 1970er Jahren errichteten Werk und mit erneuter Unterstützung des bundesdeutschen Konzerns.⁴⁹⁵ Die Wirtschaftsplanung der DDR musste erkennen, dass durch „finanzielle Aktivitäten des BRD-Konzerns im Bereich des Ministeriums für Schwerindustrie der IRI [...] die Chancen für weitere Anschlussverträge ‚W 50‘ auf ein Minimum gesunken sind.“⁴⁹⁶ Handelsbeziehungen zwischen Iran und AWL blieben jedoch bis zum Ende des Krieges bestehen. 1987 verhandelte die DDR über die Lieferung von 5.400 Stück des neuen „L 60“ an die Revolutionären Garden des Irans.⁴⁹⁷

Der Irak hatte sich bereits Mitte der 1970er Jahre zu einem der Hauptabnehmer der DDR-Exporte in das „NSW“ entwickelt.⁴⁹⁸ Die guten Kontakte wurden Ende der 1970er Jahre von der DDR-Führung jedoch zunächst als nicht weiter ausbaufähig eingeschätzt. Von Seiten des Ludwigsfelder Kombinats wurde angesichts der starken Konkurrenz auf dem globalen Nutzfahrzeugmarkt ein Rückgang der Lkw-Lieferungen an die irakische Armee erwartet.⁴⁹⁹ Der erste Golfkrieg änderte seit 1981 diese Rahmenbedingungen durch den immensen Rüstungsbedarf des Iraks jedoch schlagartig.⁵⁰⁰ Der devisenstarke aber wenig verlässliche Irak

⁴⁹² Vgl. Möller: *Waffenlieferungen*, S. 13. „Durch den Vertreter des Ministeriums der Nationalen Verteidigung der Islamischen Republik Iran wurde mitgeteilt, daß sich die bisher gelieferten Fahrzeuge vom Typ W 50 unter Einsatzbedingungen bewähren. [...]“ Gemeinsame Erklärung Delegationen DDR und Iran vom 23.8.1981, Möller: *Waffenlieferungen*, S. 46.

⁴⁹³ Vgl. Möller: *Waffenlieferungen*, S. 44.

⁴⁹⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 IFA SED-Betriebsparteiorganisation 5399, Schriftverkehr mit ZK 1982, Brief an Zentralkomitee der SED, Abt. Maschinenbau/Metallurgie, Genosse Torke, 12.2.1982, mit Anlage: Vortrag Kupke, Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Transportmaschinen bei der Anleitung der Parteiorganisation des ZK in Brielow, S. 15–16.

⁴⁹⁵ Vgl. Möller: *Waffenlieferungen*, S. 13–14.

⁴⁹⁶ Dokument „AHB Transportmaschinen, Information zur Situation der Produktion und des Imports von Lkws in die Islamische Republik Iran, 15.10.1985“, in: Möller: *Waffenlieferungen*, S. 51.

⁴⁹⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 1647, Konzept zur Unterstützung des AHB Transportmaschinen bei der vollen vertraglichen Sicherung der bisher nicht verkauften Warenfonds NKW L 60 und W 50 für 1987 Berlin 29.06.1987, S. 2.

⁴⁹⁸ Vgl. BArch DG 7 300, Sekretariat des Staatssekretärs, Aktenplannummer 2.5.6, Automobilwerke Ludwigsfelde, 1976, Ergebnis der Kontrolle der Arbeitsgruppe „Exportförderungsbetrieb“ am 30.8.1976 im VEB Automobilwerke Ludwigsfelde, S. 5.

⁴⁹⁹ Vgl. BArch DG 7 300, Sekretariat des Staatssekretärs, Aktenplannummer 2.5.6, Automobilwerke Ludwigsfelde, Abt. Maschinenbau und Metallurgie, Berlin 27.7.1976 Information über den Stand der Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 28.4.1976 „Bericht zu den Ergebnissen der Stabilisierung und Planerfüllung im VEB Automobilwerk Ludwigsfelde“, S. 7.

⁵⁰⁰ Vgl. Harald Möller: *Geheime Waffenlieferungen der DDR im ersten Golfkrieg an Iran und Irak 1980–1988*, Berlin 2002, S. 16.

unter Saddam Hussein erwarb bis 1989 insgesamt 72.000 Lkws aus Ludwigsfelde⁵⁰¹ und wurde damit zum zweitgrößten Abnehmer, nur das RGW-Land Ungarn kaufte mehr Lkws. An den gesamten Rüstungsexporten der DDR in das NSW betrug der Irak-Anteil von 1981 bis 1986 zwischen 31,8 und 74,2 %!⁵⁰² Die DDR sah sich bei der Lieferung von Lkws und anderen militärisch relevanten Gütern an den Ölstaat jedoch in wachsender Konkurrenz gegenüber Unternehmen sowohl aus westeuropäischen Staaten und Japan wie aus den „Bruderländern“ des RGW.⁵⁰³ Angesichts dieser vielfältigen Rivalität um Aufträge musste die DDR dem unberechenbaren irakischen Partner sehr weit entgegenkommen und lieferte deshalb auch auf eigenes finanzielles Risiko, „weil sie einen Ausfall des Iraks als wichtigen Absatzmarkt für international nur in seltenen Fällen konkurrenzfähige Produkte fürchtete.“⁵⁰⁴

Die irakische Armee galt als ein harter Verhandlungspartner, der kontinuierlich technische Modifikationen verlangte und mehrfach die Zusammenarbeit mit dem Kombinat kritisierte. Letztlich gelang es dem Kombinat immer wieder unter großen Anstrengungen, die irakischen Anforderungen zu erfüllen.⁵⁰⁵ Der für den Export zuständige Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Transportmaschinen wusste um die Abhängigkeit von der jeweils schwankenden Finanzkraft des Golfstaates, die stark von der militärischen Lage und „irrationalen“ Handlungen der irakischen Staatsführung bestimmt wurde, die Unsummen für „riesenhafte Denkmale“⁵⁰⁶ ausgab, anstatt die finanziellen Forderungen der DDR zu bedienen.

Aus diesen regelmäßig auftretenden Schwierigkeiten bei Vertragsabschlüssen mit dem Golfstaat resultierten unmittelbar negative Auswirkungen auf die Nettoproduktion im Autowerk, die deshalb auch von den lokalen Parteiinstitutionen und wegen der Folgewirkungen für die Stadt auch von der Ortsparteileitung diskutiert werden mussten.⁵⁰⁷ Weltpolitik wirkte in geradezu absurder Weise direkt auf die Entwicklungschancen eines kleinen Industrieorts am Rande Berlins zurück.

⁵⁰¹ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 106.

⁵⁰² Vgl. *Möller*: Waffenlieferungen, S. 19.

⁵⁰³ „Irak ist gegenwärtig einer der umkämpften Märkte. Das ist nicht nur die westliche Konkurrenz, BRD und Japan an der Spitze, hier haben wir auch sehr große Sorgen mit unseren sozialistischen Partnerländern. Was die polnischen und rumänischen Genossen dort schon angestellt haben, das ist sehr weitgehend. Und wir sind durch diese Aktivitäten echt in einige Schwierigkeiten geraten.“ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 IFA SED-Betriebsparteiorganisation 5399, Schriftverkehr mit ZK 1982, Brief an Zentralkomitee der SED, Abt. Maschinenbau/Metallurgie, Genosse Torke, 12.2.1982, mit Anlage: Vortrag Kupke, Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Transportmaschinen bei der Anleitung der Parteiorganisation des ZK in Brielow, S. 14.

⁵⁰⁴ *Möller*: Waffenlieferungen, S. 23. Durch staatliche Bankbürgschaften wurden deshalb die Ludwigsfelder Lkw-Exporte in den Irak abgesichert als dieser in Folge militärischer Rückschläge in den Jahren 1984 und 1985 in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Vgl. BArch DY 30, Büro Honecker, 2290, Information über einige Probleme aus dem Monatsbericht des Genossen Jahn, Bezirksleitung Potsdam, an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros [abgezeichnet EH 27.4.1984], S. 4 und BArch DY 30, Büro Honecker, 2290, Information über einige Probleme aus dem Monatsbericht des Genossen Jahn, Bezirksleitung Potsdam [abgezeichnet EH 25.7.1985], S. 70. Teilweise sind die Schulden für diese Lieferungen auch an den Rechtsnachfolger Bundesrepublik Deutschland durch den Irak niemals bezahlt worden.

⁵⁰⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 IFA SED-Betriebsparteiorganisation 5399, Schriftverkehr mit ZK 1982, Brief an Zentralkomitee der SED, Abt. Maschinenbau/Metallurgie, Genosse Torke, 12.2.1982, mit Anlage: Vortrag Kupke, Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Transportmaschinen bei der Anleitung der Parteiorganisation des ZK in Brielow, S. 14.

⁵⁰⁶ Ebd., S. 15–16.

⁵⁰⁷ Vgl. z.B. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Protokolle Ortsleitungssitzungen der SED 1982–1984, Ortsleitungssitzung am 15.9.1983.

Angesichts der gewaltigen Verluste an den Kriegsfrenten erfolgten aber schließlich immer wieder neue Beauftragungen an die DDR. Im Verlauf der 1987 geführten Verhandlungen ließ der Irak sogar verlauten, dass er im Rahmen der eigenen nationalen Industrialisierung am kompletten Aufbau eines Lkw-Werkes für eine Jahresproduktion von bis zu 10.000 Stück des neuen „L 60“ durch das Ludwigsfelder Kombinat interessiert sei.⁵⁰⁸ Zum Abschluss eines solchen Großauftrages kam es in der Endphase des Golfkrieges aber nicht mehr. Mit dem Ende des Golfkrieges im Jahr 1988 entfiel für die DDR und damit auch für Ludwigsfelde ein wichtiger Exportmarkt abrupt. Auf dem Werksgelände standen zahlreiche für den militärischen Einsatz präparierte Fahrzeuge des mittlerweile schwer verkäuflichen Typs „W 50“ bereit, die nun wieder für einen zivilen Einsatz umgerüstet werden mussten.⁵⁰⁹

In den 1980er Jahren wurde die Lkw-Produktion angesichts der großen Nachfrage zahlenmäßig erheblich gesteigert. Gleichzeitig konnte der technische Standard der Produktionsanlagen sukzessive verbessert werden. So gingen 1985 u.a. die neue automatische Lackieranlage und ein neues Fahrerhausmontageband in Betrieb.⁵¹⁰ Auch in den 1980er Jahren blieb die Entwicklung des Betriebes jedoch trotz der erreichten Stabilisierung nicht ohne Probleme. Die technologische Konzeption des „W 50“, die in den 1960er Jahren eine Innovation dargestellt hatte, wurde schon Mitte der 1970er Jahre von den zentralen Parteistellen als veraltet eingeschätzt.⁵¹¹ Frühzeitig war deshalb im Betrieb ein moderneres Nachfolgemodell projektiert worden, da die technische Grundkonzeption des Lkw „W 50“ nicht als geeignet erschien, um über den Weg der Weiterentwicklung das zukünftig notwendige Gebrauchsniveau zu erreichen. Vielmehr sollte ab 1980 mit dem neukonzipierten „L 60“ Ersatz geschaffen werden.⁵¹²

Insbesondere durch die mangelhafte Ressourcenbereitstellung seitens der Zentrale verzögerte sich die Einführung des „L 60“ aber über einen längeren Zeitraum.⁵¹³ Die Staats- und Parteiführung machte – wie beim Produktionsbeginn des „W 50“ – jedoch ihrerseits die Betriebsleitung für diese Verzögerungen verantwortlich.⁵¹⁴ An die Einführung des neuen Modells wurden von der Staatsführung erneut extrem hohe Erwartungen geknüpft. Die Schwierigkeiten und die möglichen temporären Rückgänge bei bestehenden Produktionslinien, die mit der Vorbereitung und Einführung einer neuen Fertigung zusammenhängen konnten,

⁵⁰⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 1487, Beratungen NSW Export 1988, Diskussionsstandpunkt zur ckd- und Montageproduktion, Ludwigsfelde 17.2.1988, S. 2.

⁵⁰⁹ Vgl. Wirtschaftliche Zwänge, in: Der Spiegel 43, 1988 vom 24.10.1988, Seite 15a.

⁵¹⁰ Bober: VEB IFA-Automobilwerke, S. 49–50.

⁵¹¹ „Der Lkw W 50 wurde Anfang der 60er Jahre entwickelt und wird seit 1965 produziert. Seine Grundkonzeption ist technisch veraltet und setzt objektive Grenzen für eine den Gebrauchswert- und Qualitätsforderungen entsprechende Weiterentwicklung.“ BArch DY 30, Büro Mittag, 2863, Berichterstattung AWL vor Sekr. ZK, Büro Mittag, Brief SED Hausmitteilung an Genossen Mittag von Abteilung Maschinenbau und Metallurgie 29.8.1977, Analyse der Entwicklung des Industriezweiges Automobilbau im Zeitraum 1971 bis 1975 und im Planjahr 1976, S. 18.

⁵¹² Vgl. BArch DY 30 J IV 2/3 2442, Sekretariat des ZK, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 28.4.1976, Anlage Nr. 26 zum Protokoll Nr. 39/76, Maschinenbau und Metallurgie, Blatt 175.

⁵¹³ Vgl. zur Entwicklungsgeschichte des „L 60“: Günther Wappler: Der gebremste Lastkraftwagen. Entwicklung und Produktion der Lkw W 50 und L 60 in Ludwigsfelde, Aue 2006, 5. Aufl.

⁵¹⁴ Vgl. BArch DY 30, Büro Honecker, 2290: An alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, Information über einige Probleme aus dem Monatsbericht des Genossen Jahn, Bezirksleitung Potsdam [abgezeichnet EH 30.6.1985], Blatt 116.

wurden dabei kaum berücksichtigt. Angesichts dieser Probleme konnte erst im Jahr 1985 der erste „W 53“ montiert werden, der seit 1986 unter dem Namen „L 60“ geführt wurde.⁵¹⁵ Erst Mitte 1987 lief schließlich die reguläre Produktion an. Statt der geplanten 7.000 Lkws „L 60“, gelang im ersten Produktionsjahr jedoch nur die Fertigung von 1.734 Fahrzeugen. Die planmäßigen Ziele wurden auch für die Jahre 1988 und 1989 nicht erreicht. Nach der politischen Wende wurde die Produktion des „L 60“ bereits im August 1990 eingestellt. Dass dieser Lkw durchaus Entwicklungspotenzial besessen hätte, beweist das Interesse mehrerer westlicher Autofirmen an Kooperationsvereinbarungen, wie es Volvo Ende der 1970er Jahre⁵¹⁶ und schließlich Daimler 1989/90 bekundet hatten.

Der sich abzeichnende technologische Rückstand des „W 50“ konnte jedoch parallel zur Planung des „L 60“ durch zahlreiche pragmatische Weiterentwicklungen des Grundmodells in den 1970er und frühen 1980er Jahren immer wieder teilweise ausgeglichen werden. Gegenüber westlichen Produkten war er durch diese partiellen Verbesserungen in den 1980er Jahren zwar nicht mehr konkurrenzfähig. Er blieb jedoch aufgrund seines vergleichbar günstigen Preises und seiner Robustheit und Flexibilität weiterhin ein wichtiger Exportartikel in die Staaten des Ostblocks und in Entwicklungs- und Schwellenländer.

3.4.3 Der „2. Teilkomplex“ von „Ludwigsfelde Nord“

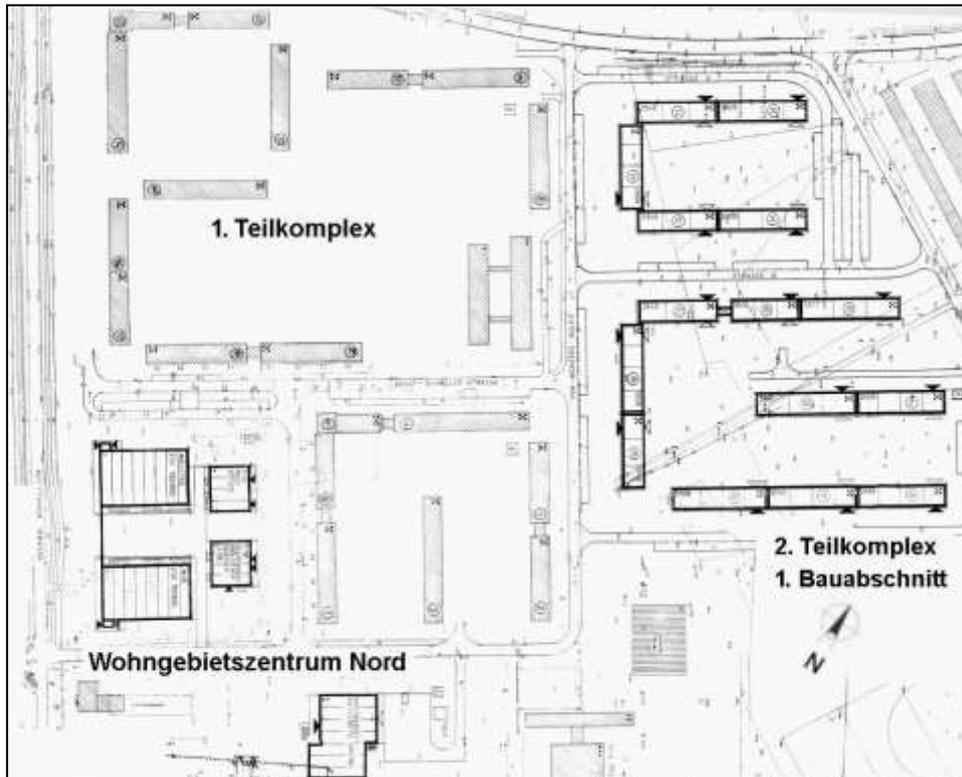
Die Vorbereitung der Neuentwicklung des „L 60“ und weitere werksinterne Erweiterungen wie der Neubau der Presserei führten Ende der 1970er Jahre erneut zu einem zusätzlichen Arbeitskräftebedarf im Werk.⁵¹⁷ Nach dem Abschluss des „1. Teilkomplexes“ von „Ludwigsfelde Nord“ in den Jahren 1978 und 1979 war jedoch plangemäß eine Pause im Wohnungsbauprogramm vorgesehen – zum wiederholten Male erwies sich die Synchronisierung von Wohnungsbau und Betriebsentwicklung als ungenügend. Die aufgestauten Probleme der Wohnraumversorgung vor Ort, die langfristigen Wachstumsaussichten und die neuen Produktionsaufgaben des Werkes erzwangen eine baldige Fortsetzung der kontinuierlichen Wohnungsbautätigkeit. Im Jahre 1980 wurde von Bezirk und Kreis der Beschluss gefasst, im Rahmen der Gesamtkonzeption von „Ludwigsfelde Nord“ nunmehr den „2. Teilkomplex“ für insgesamt 1.320 Wohnungen zu beginnen. Am 5. November 1980 wurde auch auf einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung die Bebauungskonzeption für diesen Teilabschnitt endgültig formell bestätigt.⁵¹⁸

⁵¹⁵ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 48–50.

⁵¹⁶ Vgl. BArch DY 30, Büro Mittag, 2863, Berichterstattung AWL vor Sekr. ZK, Büro Mittag, SED Hausmitteilung von Abt. Maschinenbau und Metallurgie, 18.11.1977, Sondierungen mit Volvo wegen Zusammenarbeit L 60, Blatt 282.

⁵¹⁷ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 56.

⁵¹⁸ Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 10.12.1980, Tätigkeitsbericht des Rates, Gen. Rosewick, S. 5.



35. Abb.: Ludwigsfelde Nord, 2. Teilkomplex, 1. Bauabschnitt, Planung 1980. Erkennbar sind auch die Planungen für ein Wohngebietszentrum und die schon errichteten Bauten des 1. Teilkomplexes.

Zwischen 1981 und 1985 wurde ein erster Bauabschnitt mit Gebäuden des in der gesamten DDR verbreiteten Typs „WBS 70“ mit insgesamt 597 Wohnungen vollendet. Dem Entwurf des Büros für Städtebau entsprechend sollten die Wohnbauten für den „1. Bauabschnitt“ des „2. Teilkomplexes“ teils in Hofformen, teils als Zeilen oder in Winkelformen angeordnet errichtet werden, mit dem Ziel, möglichst eine Seite der Wohnbauten bzw. der Innenhöfe verkehrsfrei zu halten. An städtebaulich markanten Punkten sollte durch Ecklösungen mit Loggien an den Giebeln versucht werden, „einen städtischen Charakter in der auch sonst offenen Bebauung zu erhalten“.⁵¹⁹ Trotz dieser in den Begleittexten formulierten gestalterischen Ansprüche blieb die städtebauliche Anlage weitgehend im Standardprogramm des Wohnsiedlungsbaus jener Jahre verhaftet, ohne besondere Beziehungen zur spezifischen Standortsituation zu entwickeln. Der „1. Bauabschnitt“ des „2. Teilkomplexes“ befand sich außerdem am äußersten Rand der Stadt, weshalb die Wege zu den nächsten örtlichen Infrastruktureinrichtungen extrem lang waren. Durch diese Baumaßnahme verschärften sich die städtischen Versorgungsdefizite nochmals erheblich. Die starke Durchgrünung und die Öffnung der Blöcke zum angrenzenden waldgeprägten Landschaftsraum sicherten so trotz gestalterischer Defizite die Wohnqualität im ersten Bauabschnitt.

⁵¹⁹ StadtAL 588, Büro für Städtebau Juni 1980, Objekt Ludwigsfelde/Kreis Zossen Bebauungskonzeption zum Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK II – 1. BA, S. 2.



36. Abb.: Ludwigsfelde Nord, 2. Bauabschnitt des 2. Teilkomplexes, Blickrichtung nach Norden zum Autowerk

Im direkten zeitlichen Anschluss an den „1. Bauabschnitt“ des „2. Teilkomplexes“ – allerdings in deutlichem räumlichen Abstand – wurde nach 1985⁵²⁰ an der Werner-Wittig-Straße in der nordöstlichen Peripherie des Stadtgebietes der „2. Bauabschnitt“ in Angriff genommen. Dieses Baugebiet lag ebenfalls sehr weit vom eigentlichen Stadtzentrum entfernt, besaß jedoch für die neuen Bewohner eine große Verkehrsgunst in Richtung zum Autowerk. In Bauten der Wohnungsbauserie WBS 70 entstanden hier insgesamt 783 Wohneinheiten.⁵²¹ Der ohnehin im Vergleich mit den anderen Ludwigsfelder Wohngebieten sehr kompakte Wohnkomplex war in der Planungsphase noch weiter verdichtet und einige Bauteile von fünf auf sechs Geschosse erhöht worden. Diese „fünf plus eins“-Bauten entstanden in jenen Jahren in der DDR vielfach als Sparmaßnahme, da so trotz vertikaler Verdichtung auf die eigentlich nach den Bauvorschriften vorgesehenen Fahrstühle verzichtet werden konnte. Während der Bauzeit des Bauabschnitts kam es zu einer kurzen Unterbrechung, da auf zentrale Weisung eine Taktstraße für wichtige Baumaßnahmen im Jahr der 750-Jahrfeier in der Hauptstadt Berlin zum Einsatz kam.⁵²² Beim „2. Bauabschnitt“ des „1. Teilkomplexes“ erscheint die Dominanz des Industriewohnungsbaus gegenüber einer an lokalen Standortbedingungen orientierten Stadtentwicklungsplanung besonders augenfällig. Während beim „1. Bauabschnitt“ noch zahlreiche, dringend benötigte größere Familienwohnungen errichtet wurden, dominierten im „2. Bauabschnitt“ vorwiegend Ein- bis Zweizimmerwohnungen.⁵²³

Trotz des rein an Quantitäten orientierten Baukonzepts des gesamten „2. Teilkomplexes“ wird bei genauerer Analyse deutlich, dass sich die Stadt bei einigen Fragen der Bauentwicklung diesmal stärker durchsetzen konnte. So erhielt die Stadt Ludwigsfelde im „2. Teilkomplex“ endlich ein größeres Kontingent aus dem neu erstellten Wohnungsbestand zugeteilt,

⁵²⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 560, 1980 Ludwigsfelde, Potsdamer Straße – Nord, Bebauungskonzeption Teilabschnitt II – 2. BA.

⁵²¹ In diesem Abschnitt handelte es sich um weiterentwickelte Bauten des Typs WBS 70, II. Etappe. Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 9; StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 18.2.1982, S. 3.

⁵²² Vgl. StadtAL Nr. 640 Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, VEB IFA Kombinat Nutzkraftwagen, 18.2.1987, Wohnungsvergabe 1987, S. 2.

⁵²³ *Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung: Abschlussbericht zum Modellvorhaben (Kurzbericht) Ludwigsfelde Potsdamer Straße, Experimenteller Wohnungs- und Städtebau. Forschungsprogramm „Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“, Erkner 1995, S. 10.*

um die über einen längeren Zeitraum aufgestauten Wohnungsbedürfnisse der nicht im Autowerk beschäftigten Bewohner befriedigen zu können. In die vorbereitenden Maßnahmen wurde die Stadt zumindest formell intensiv einbezogen. Auch in der Frage der Aufteilung der Wohnungen nach unterschiedlichen Größen konnte sich die Stadt mit ihrem Wunsch nach größeren Einheiten in einigen Teilabschnitten gegenüber dem Wohnungsbaukombinat durchsetzen. Außerdem unterstützte die Stadt diesmal auch bewusst den Weiterbau an der Peripherie, um den für die weitere Stadtentwicklung wichtigen zentrumsnahen Bauplatz im Süden des Baufeldes gleichzeitig sorgfältig vorbereiten, eigene Ideen einbringen und bauliche Integrationslösungen für die dort vorhandenen Eigenheime finden zu können.⁵²⁴ Ein Wohngebiet nach dem Standardprogramm des komplexen Wohnungsbaus war an dieser zentralen Stelle von der Stadt nicht erwünscht. Der 1. und 2. Teilkomplex waren in dieser Hinsicht durchaus ein Bestandteil der städtischen Konzeption zur „Abrundung“ des gesamten Stadtgebietes. Insgesamt konnten bis 1989 in den ersten beiden Wohnkomplexen von „Ludwigsfelde Nord“ 2.100 Wohnungen fertig gestellt werden.⁵²⁵

Wesentlicher Bestandteil der Konzeption von „Ludwigsfelde Nord“ bildete die Planung eines gesellschaftlichen Zentrums für den gesamten nördlichen Stadtteil Ludwigsfeldes.⁵²⁶ Dieses Subzentrum am Anton-Saefkow-Ring mit zwei Kaufhallen für Waren des täglichen Bedarfs und Industriewaren und zwei weiteren Pavillons für Dienstleistungen, einer Poststelle, einer Volksbuchhandlung, einer Bibliothek und einem Klubraum zwischen Edgar-André-Straße und Potsdamer Straße⁵²⁷ war ursprünglich schon im Rahmen des Beginns der Errichtung des „1. Teilkomplexes“ vorgesehen gewesen, jedoch immer wieder verschoben worden. Da die im „1.“ und „2. Teilkomplex“ eingeordneten gesellschaftlichen Einrichtungen nicht „anhand der Komplexrichtlinie“ ermittelt worden waren, d.h. die notwendige Deckung des Gesamtbedarfs faktisch nicht erfolgt war, sollte bei der neuen Leitlinienplanung für das Subzentrum der Nachholbedarf des gesamten Wohnkomplexes berücksichtigt werden.⁵²⁸

Anders als im Falle der Subzentumsplanungen in der „Zweiten Wohnstadt“ und in „Ludwigsfelde West“ konnte dieser Plan – nach einigen Verzögerungen – jedoch bis 1987/88 realisiert werden, obwohl es auch hier wiederum Bestrebungen der bezirklichen Planung gegeben hatte, das Subzentrum komplett zu streichen. Nach beständigem Widerstand der Stadt, dem Beharren auf gemachten Zusagen und in Zusammenwirken mit dem Kombinat konnte das Subzentumsprogramm hier erstmals in vollem Umfang durchgesetzt werden.⁵²⁹ Dieser Komplex und eine weitere Wohngebietsgaststätte, die schon 1983 fertig gestellt wurde, bil-

⁵²⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 020, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 11.4.1979, S. 3.

⁵²⁵ Vgl. *Marina Ujjaki*: Jüngstes Ludwigsfelder Wohngebiet nimmt Gestalt an, in: *Rat des Kreises Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen*, Potsdam 1990, S. 43–45, hier S. 44.

⁵²⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam, Nr. 560, Bebauungskonzeption Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Teilkomplex II, 2. Bauabschnitt, Gesellschaftliches Zentrum 1980; KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 10.

⁵²⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 11.9.1985, Bericht des Rates, Jörg Krawielicki, Stadtrat für Bauwesen, S. 6. Zur Lage siehe Stadtplan im Anhang.

⁵²⁸ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–1978, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 1 und S. 9.

⁵²⁹ Interview Schmidt.

deten einen für ganz „Ludwigsfelde Nord“ wichtigen zentralen öffentlichen Bereich. Als eine der herausragenden Gestaltungen im Straßenraum verdient insbesondere die dort erbaute Brunnenanlage Aufmerksamkeit, da sie wesentlich auf eigene Initiative der Stadtverwaltung zurückging. Die Stadt stellte dazu einige Finanzmittel und Materialien bereit, baulich realisiert wurde die Anlage jedoch durch die örtlichen privaten Handwerker, die die Anlage in Gemeinschaftsarbeit errichteten.⁵³⁰

Das Subzentrum erfreute sich als zentraler Bereich des Ludwigsfelder Nordens – und einzige vollendete Zentrumsplanung in der ganzen Stadt – bald großer Beliebtheit. Während die von den Parteistellen erwünschte Etablierung von Wohngebietsfesten in den meisten anderen Stadtvierteln sehr schwierig war, wurde das Gebiet „am Brunnen“ zu einem häufigen Ort solcher Veranstaltungen. Hier reagierte die Bevölkerung besonders sensibel auf störende Eingriffe von außen. Als die zentrale Planung entgegen der Ursprungskonzeption die Einrichtung eines Intershops ausgerechnet in der dortigen Schülerspeisegaststätte vorsah, kam es zu erheblichen Protesten der Anwohner.⁵³¹

3.4.4 Ende der 1980er Jahren: Gleichzeitigkeit von hohen Standards und Defiziten

Der massive Wohnungsbau in Ludwigsfelde hinterließ eine zwiespältige Bilanz: Die Qualität des Wohnungsangebots nahm in Ludwigsfelde im Vergleich mit der gesamten DDR einen absoluten Spitzenplatz ein. Gegenüber den Einwohnern wurde dieser überdurchschnittlich hohe Ausstattungsgrad von den örtlichen Verantwortlichen häufig betont.⁵³² Dieser Zustand war vor allem dadurch begründet, dass in Ludwigsfelde fast ausschließlich Bausubstanz der 1950er bis 1980er Jahre vorhanden war, die Innen-WC, Bad und Küche besaßen. 98,5 % aller Wohnungen besaßen Ende der 1980er Jahre Bad oder Dusche und ein WC; mit modernem Heizungssystem waren 70,5 % ausgestattet.⁵³³ 1981 war Ludwigsfelde sowohl bei der Ausstattung mit Bad/Dusche, als auch beim Innen-WC und Wasseranschluss auf dem ersten Platz unter den Städten im Bezirk.⁵³⁴

Die insgesamt gute Wohnungsqualität darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verhältnisse in Hinblick auf sanitäre Standards innerhalb der Häuser der älteren Siedlungsgebiete der Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich schlechter waren. Außerdem führte die hier zu verzeichnende unzureichende Bereitstellung von technischen Standards der Strom-, Gas- und Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu deutlichen stadträumlichen Disparitäten innerhalb der Stadt.⁵³⁵ In der Daimler-Benz-Siedlung fehlten lange Zeit Abwasseranschlüsse und die Elektrizitätsversorgung war unzureichend. Die Qualität des

⁵³⁰ Siehe: Skulpturen im Stadtraum, S. 410.

⁵³¹ Siehe: 4.4.5 Fallstudie: Die Eingabe gegen den Abriss des Spielplatzes, S. 330.

⁵³² Vgl. *Horst Carow*: Ludwigsfelde im Spiegel der letzten vier Jahrzehnte, in *Heimatkalender des Kreises Zossen* 1989, S. 9–11, S. 10.

⁵³³ Ergebnis erfolgreicher Kommunalpolitik im Sinne des XI. Parteitags der SED, in: *Start* (1988) Nr. 28, S. 4.

⁵³⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27224/1, detaillierte Ergebnisse der VBWGZ 1981, schlechtesten Wert aller 27 aufgeführten Städte. Nur wenige Kleinstädte fehlen auf der Liste.

⁵³⁵ Vgl. zu weitergehenden Hinweisen bezüglich der Disparitäten in sozialistischen Industrieregionen: *Bernhardt*: Disparitäten als Tabu, S. 307–322.

über Eigenentnahme gewonnenen Trinkwassers, vor allem in den nördlichen Einfamilienhausgebieten, verschlechterte sich in den 1970er Jahren zunehmend.⁵³⁶ Die Bewohner dieser Einfamilienhausgebiete erhielten dennoch erst in den 1980er Jahren einen regulären Anschluss an das Trinkwassernetz. Da die übergeordneten Organe hier nicht für eine Angleichung der Standards sorgten, war dieser Anschluss nur durch die Initiative des Rates der Stadt in Zusammenarbeit mit den örtlichen Betrieben möglich.⁵³⁷

Trotz aller auch in den Neubaugebieten zu verzeichnenden Defizite, z.B. bei der Vollendung der den Wohnblöcken zugeordneten Freiraumgestaltung: Die wesentlichen technischen Infrastrukturen wurden hier, von Verzögerungen abgesehen, stets durch die übergeordneten Organe und das Wohnungsbaukombinat bereitgestellt. Diese Versorgung erforderte jedoch mehrfach zusätzliche Anstrengungen der lokalen Autoritäten: So wurden zeitweise einige Gebäude wegen des noch nicht fertiggestellten Fernwärmeanschlusses durch lokales Improvisationstalent von einer an der Potsdamer Straße aufgestellten Lokomotive versorgt.⁵³⁸ Die Gewährleistung einer ausreichenden Trinkwasserversorgung wurde angesichts der in der wachsenden Stadt zunehmend erschöpften Kapazitäten des Wasserwerkes immer schwieriger.⁵³⁹ Der Bezirk äußerte 1976 die Ansicht, dass weiterer Wohnungsbau in den 1980er Jahren nur möglich sein werde, wenn erhebliche Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere das Wasserwerk und die Elektro- und Gasversorgung erfolgen würden.⁵⁴⁰ Bei den letzten Bauteilen von „Ludwigsfelde Nord“ wurden diese Engpässe zu einem entscheidenden Hemmnis für die Fertigstellung des Baugebietes.⁵⁴¹

Trotz der unzweifelhaften Besserstellung in Hinblick auf Quantität und Qualität des Wohnungsneubaus war Ludwigsfelde in anderer Weise von spezifischen Wohnungsproblemen betroffen. Die Versorgung mit Wohnfläche pro Kopf bzw. die Anzahl der Wohnungen pro Haushalt war im Republikmaßstab eher unterdurchschnittlich. Ludwigsfelde hatte mit 20,7 m² Wohnfläche pro Person im Jahr 1981 einen der schlechtesten Werte aller Städte im Bezirk.⁵⁴² Die Gründe waren paradoxer Weise dieselben wie für die gute technische Ausstattung der Wohnungen. Trotz aller Bevorzungen der Stadt mit Baukapazitäten musste die demografische Struktur Ludwigsfeldes die örtliche Wohnungsversorgung zwangsläufig im-

⁵³⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung vom 21.2.1974, S. 3.

⁵³⁷ Vgl. für den südlichen Siedlungsbereich StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 26.6.1985, Tätigkeitsbericht des Rates, S. 11. Für den nördlichen Siedlungsbereich schildert der letzte Bürgermeister ausführlich die gemeinsam mit den Betrieben unternommenen Anstrengungen zur Legung von Trinkwasserleitungen. Vgl. Interview Kallmeyer.

⁵³⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, Objekt Nr. 25/II/67, 18.1.1968, S. 17.

⁵³⁹ Vgl. ebd., S. 25.

⁵⁴⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11797, Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im VE AWL und in der Stadt Ludwigsfelde, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden am 19.03.1976, S. 1.

⁵⁴¹ Vgl. StadtAL Nr. 640 Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985-1990, Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksbauamt, Protokoll über die Beratung zum WK Ludwigsfelde TK III 1./2. BA Vorbereitungsphase AST/BK am 27.1.1988, S. 1.

⁵⁴² Es nahm hier nur den 27. Platz ein, bei der Wohnfläche pro Wohnung nur den 18. Platz. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27224/1, detaillierte Ergebnisse der VBWGZ 1981, Ludwigsfelde hat den schlechtesten Wert aller 27 aufgeführten Städte. Nur wenige Kleinstädte fehlen auf der Liste.

mer wieder vor fast unlösbare Aufgaben stellen. Auch diejenigen Arbeiter, die eine angemessene Versorgung mit regulärem Wohnraum in Ludwigsfelde erfahren hatten, wurden bald mit neuen Wohnungsproblemen konfrontiert: Die Struktur der Zugezogenen – meist Ledige und junge Paare in der Familiengründungsphase – bedingte zwangsläufig eine hohe Heiratsrate und eine rasch wachsende Kinderzahl. Dies hatte innerhalb kürzester Zeit einen steigenden Bedarf nach größeren Wohnungen zur Folge. Zudem kamen die Kinder der ersten Zuwanderergenerationen in das Alter der Haushaltsgründung.

Diese kontinuierlich wachsende Nachfrage nach größeren Wohnungen konnte innerhalb der noch jungen Gemeinde kaum ausgeglichen werden. Die Ausweichmöglichkeiten – seien es große Neubauwohnungen, geräumige Altbauwohnungen oder Einfamilienhäuser – waren in Ludwigsfelde begrenzt. Es gab nur wenige Familien mit großen Wohnungen, deren Kinder bereits ausgezogen waren und die Bedarf nach einer kleineren Wohnung gehabt hätten. Dem von staatlicher Seite als Lösungsweg regelmäßig propagierten Wohnungstausch war deshalb in Ludwigsfelde zunächst nur wenig Erfolg beschieden.

Die lokalen Wohnungsprobleme konnten trotz des massiven Wohnungsbauprogramms aus diesen strukturellen Gründen nie gelöst werden. Am Ende der 1980er Jahre mussten die Verantwortlichen für das Bauwesen in der DDR intern konstatieren, dass die von der SED unter Honecker seit 1972 versprochene „Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem“ keinesfalls die „Lösung der Wohnungsfrage an sich“ bringen würde.⁵⁴³ Mit anderen Worten: Nur die dringendsten und keinesfalls alle bestehenden Wohnbedürfnisse der DDR-Bevölkerung sollten befriedigt werden. In Ludwigsfelde sorgten die Planungen, dass der komplexe Wohnungsbau nach 1984 vorübergehend komplett eingestellt werden könnte, innerhalb der Bevölkerung für erhebliche Beunruhigung.⁵⁴⁴

In Ludwigsfelde hatten sich viele hochgesteckte Erwartungen aus der Aufbauphase der 1960er und 1970er Jahre nicht realisieren lassen, urbane Defizite bestanden weiterhin in erheblichem Ausmaß. Auch in Ludwigsfelde gab es deshalb wie auch andernorts in der DDR in den 1980er Jahren ein zunehmendes Gefühl der Enttäuschung in der Bevölkerung. Die Differenz zwischen Realität und den nicht erfüllten Erwartungen war aber deutlich geringer als in den großen Neustädten. In Ludwigsfelde existierten nicht in dem Maße wie in Hoyerswerda oder Schwedt die überspannten Erwartungen an eine „neue sozialistische Stadt“.⁵⁴⁵ Gleichzeitig litt Ludwigsfelde auch nicht unter den gravierenden Problemen der alten Industriestädte, die durch verfallende Altbauten und Umweltprobleme belastet waren. Der massive Bau von modernen Wohnungen hatte in Ludwigsfelde zumindest einen im Vergleich mit der übrigen DDR überdurchschnittlichen Wohnungsstandard geschaffen. Allerdings nahm auch in Ludwigsfelde die Quantität des Wohnungsbaus nach dem Höhepunkt des Jahres 1984 mit insgesamt 602 fertig gestellten Wohnungen deutlich ab. Trotz dieser Entwicklungsprobleme

⁵⁴³ Vgl. *Heinz Hahn*: Aufgaben zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem in Neubrandenburg, in: o.V.: Wohnungspolitik erschließt Wohnraumreserven, Schriften für Abgeordnete und Mitarbeiter der Staatsorgane, Berlin 1989, S. 35–37, hier S. 36.

⁵⁴⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Protokolle Ortsleitungssitzungen der SED 1982–1984, Ortsparteileitung an Kreisleitung am 16.7.1984.

⁵⁴⁵ Siehe zu Stadtentwicklung und dem Ideal der sozialistischen Stadt auch: S. 410.

und der fortbestehenden Defizite sind die späten 1970er und die 1980er Jahre als eine Phase der Konsolidierung und der – unvollendeten – Stadtwerdung anzusehen. Ludwigsfelde blieb von den wachsenden ökonomischen Problemen der DDR in den 1980er Jahren zwar nicht unbehelligt, der Exportboom der Lkws milderte die Folgen jedoch stark ab und hatte so auch unmittelbar positive Auswirkungen auf die Entwicklungschancen der Stadt Ludwigsfelde innerhalb des Städtesystems der DDR. Während in anderen Kleinstädten der innere Stadtausbau in den späten 1980er Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen war, schien in Ludwigsfelde sogar die lange gewünschte Vollendung des Stadtzentrums nach mehr als 15 Jahren der Stagnation nun endlich in greifbare Nähe zu rücken.

Als in anderen kleineren und mittleren Städten der DDR die Kommunalvertreter schon stärker mit Mangelverwaltung als mit der Stadtgestaltung beschäftigt waren, war in Ludwigsfelde angesichts der allgemeinen Stabilität der ökonomischen Basis vor Ort und der fortbestehenden zentralen Förderung der territorialen Entwicklung die Stadtverwaltung nicht mehr ausschließlich mit der Bewältigung der akuten Probleme des Wachstums der Bevölkerungszahl befasst. Perspektivische Fragen der weiteren baulichen, strukturellen und gestalterischen Entwicklung der Stadt traten nunmehr stärker in den Vordergrund der Arbeit der gefestigten und selbstbewussten Stadtverwaltung. Obwohl die vor Ort erwirtschafteten Mittel in erster Linie dem Staatshaushalt zugute kamen und nur ein begrenzter Teil der örtlichen Entwicklung diente, profitierte die Stadt in vielfältiger Weise, z.B. durch die Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung und Erweiterung der Wohnungsbaukontingente, von der aufstrebenden Entwicklung im Kombinat.

In Ludwigsfelde kann vor diesem Hintergrund – trotz zahlreicher Versorgungsprobleme und stadträumlicher Defizite – von einem „Verschwinden der Zukunft“ in den 1980er Jahren keine Rede sein. In der Nische des stabilen Lkw-Exports hatten sich Stadt und Werk in Ludwigsfelde etabliert. Die Stadt Ludwigsfelde kann deshalb – trotz aller Enttäuschungen und weiterhin bestehender Defizite – als einer der wenigen Fälle einer noch im letzten Jahrzehnt der DDR aufstrebenden Stadtentwicklung gelten, während selbst einstmals wichtige Aufbaustädte wie Hoyerswerda und Schwedt in diesen Jahren schon deutliche Abstiegstendenzen erlebten.⁵⁴⁶ Der Utopie der neuen sozialistischen, jungen Industriestadt kam in der Planung der weiteren Ausgestaltung Ludwigsfelde keine Leitbildrolle mehr zu. Eine pragmatische Vision eines kontinuierlichen Stadtausbaus und der sukzessiven Stadtwerdung einer kleinen Industriestadt am Rande Berlins fungierte stattdessen als zunehmend erfolgreiches Leitbild der lokalen Akteure und teilweise auch der Verantwortlichen der bezirklichen Planung.

Die Ausgestaltung des Stadtzentrums und die Komplettierung der sozialen und technischen Infrastrukturen blieben neben der nie vollständig gelösten Wohnungsfrage eine Hauptaufgabe der Stadt in den 1980er Jahren. Insbesondere der Differenzierung des ursprünglich sehr einseitigen Wohnungsangebots kam eine große Bedeutung zu. Dazu wurde vor allem der

⁵⁴⁶ Vgl. für Schwedt: *Springer: Verbaute Träume*, S. 780–781; vgl. für andere Neustädte: *Benke/Wolfes: Stadtkarrieren*, S. 143.

Bau von Eigenheimen auch nach Auslaufen des groß angelegten Stabilisierungsprogramms der 1970er Jahre konsequent fortgesetzt und blieb ein prägender Aspekt der Ludwigsfelder Stadtentwicklung der 1980er Jahre. Zu den herausragenden Leistungen der örtlichen Stadtplanung dieser Jahre gehörte neben der Errichtung weiterer Infrastruktureinrichtungen in kommunaler Eigenregie auch der starke Ausbau der Kleingartenanlagen in der Stadt.⁵⁴⁷

3.4.5 Die wachsende Mitwirkung der örtlichen Organe bei der Stadtplanung

Die Verantwortlichen in der Stadt nahmen trotz vieler gescheiterter Versuche zur Einflussnahme keinesfalls die vom Bezirk vorgegebenen Planungen kritiklos hin und versuchten Einfluss zu nehmen, um Verbesserungen in Einzelfragen zu erreichen. Die kleine Stadt Ludwigsfelde, obwohl wichtige Industriestadt, konnte nur begrenzt Einfluss auf die eigene Stadtplanung nehmen, wenn sie auch an wichtigen Planungsschritten, wie der Standortfindung, Standortgenehmigung und der Bedarfsermittlung zumindest formell beteiligt war.⁵⁴⁸ Eine kommunale Genehmigungspflicht aller Bauvorhaben existierte zwar schon seit 1959⁵⁴⁹ und in den formellen Bestimmungen des Kommunalrechts fungierte die Erteilung von Standort- und Baugenehmigungen für örtliche Investitionsvorhaben oder private Bauvorhaben als eine wichtige formale örtliche Kompetenz.⁵⁵⁰ In der Realität der zentral gesteuerten Stadtproduktion kam diesem Instrument jedoch kaum eine planende Funktion zu und hatte auf den Gesamtverlauf der Stadtentwicklung nur geringen Einfluss. Dennoch boten sich auf der Ebene der Umsetzung von Bauvorhaben Nischen zur lokalen Steuerung von Prozessen. Die Umsetzung des Wohnungsbauprogramms scheiterte häufig an Koordinierungsschwierigkeiten der einzelnen Träger. Die Stadt bemühte sich hier auf eigene Initiative um eine bessere lokale Koordination, wie sich das ehemalige Ratsmitglied Herr Kallmeyer erinnert.

„Also, das Wohnungsbaukombinat war fertig, Garten- und Anlagenbau waren abgeschlossen. Und dann kam Elektro. Und die haben das dann normalerweise alles wieder aufgerissen, um ihre Kabel zu verlegen. Das haben wir hier in Ludwigsfelde so gut wie nicht gemacht. Weil wir die Jungs vorher – das war wieder unsere Macht gewesen – zusammengeholt haben. Den Scheiß, den ihr in Potsdam macht, den macht ihr hier in Ludwigsfelde nicht!“⁵⁵¹

Die Stadt engagierte sich auf der Durchführungsebene des weiteren Wohngebietsausbaus, um die weitere Bebauung sowohl mit Wohnungen wie mit Infrastruktur voranzubringen und Hemmnisse im Planungsprozess zu beheben und die Beteiligten besser abzustimmen. Wenn beispielsweise Stellungnahmen einzelner Akteure des Bauwesens zu Bauvorhaben bei den bezirklichen Genehmigungsstellen fehlten, kümmerte sich der Rat der Stadt – ob-

⁵⁴⁷ Siehe auch: 5.3.4 Kleingartenanlagen im Alltagsleben der Stadt, S. 410.

⁵⁴⁸ Vgl. zur kommunalen Genehmigungspflicht aller Bauvorhaben seit 1959: *Hoscislawski*: Bauen, S. 291–292.

⁵⁴⁹ Vgl. *Hoscislawski*: Bauen, S. 291–292.

⁵⁵⁰ Vgl. *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 196–199 und *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 39.

⁵⁵¹ Interview Kallmeyer.

wohl gar nicht Herr des Verfahrens – in eigener Initiative um die Nachreichung solcher Schreiben.⁵⁵²

Der Stadt, als dem lokalen Staatsorgan, die Mitsprache bei den Grundfragen der Stadtentwicklung fast gänzlich zu verweigern, wie es in den 1950er Jahren und weitgehend auch in den 1960er und 1970er Jahren gängige Praxis war, war in den 1980er Jahren in Ludwigsfelde nicht mehr möglich. Bei der erfolgreicherer Durchsetzung städtischer Ansprüche kam auch die durch die neuen kommunalpolitischen Gesetze zumindest partiell verbesserte rechtliche Situation der Kommunen zum Tragen.(siehe unten) Außerdem hatten sich der Rat der Stadt und die städtische Verwaltung mittlerweile professionalisiert und personell ausgeweitet.(siehe unten) Die mit baulichen Fragen befassten städtischen Behörden hatten zwar weiterhin nur wenige Mitarbeiter, waren jetzt aber besser in der Lage auf übergeordnete Planungen zu reagieren und die städtischen Interessen in Aushandlungsprozessen wirkungsvoller einzubringen. Neben dem Bürgermeister übernahmen die fachlich zuständigen Ratsmitglieder für Bauwesen, für Wohnungswesen und insbesondere für Planung, in Person des stellvertretenden Bürgermeisters Paul Beileke, wichtige Funktionen in den Aushandlungsprozessen und bei der Formulierung städtischer Entwicklungsinteressen. Eine wichtige Rolle bei der fachlichen Ausformung lokaler städtebaulicher Interessen kam auch der Position des Stadtbaudirektors zu. Lange Zeit verfügte Ludwigsfelde nicht über eine solche Funktion. Die Ludwigsfelder Akteure blickten schon 1961 angesichts der Probleme des zentral gesteuerten Baugeschehens neidvoll auf Stalinstadt, das über einen eigenen Baudirektor verfügte.⁵⁵³ Obwohl ein solches Amt eigentlich nur in den größeren Städten üblich war⁵⁵⁴, wurde schließlich auch in Ludwigsfelde ein Stadtbauamt errichtet und von einem Stadtbaudirektor geleitet. Diese Stelle bestand jedoch in den 1960er Jahren nur formal, über Jahre blieb die Stelle des Stadtbaudirektors unbesetzt.⁵⁵⁵ Erst 1968 wurde auch ein reguläres Stadtbauamt gebildet, dass dem neuen Stadtbaudirektor Karl-Heinz Heinzelmann unterstellt war.⁵⁵⁶ Dieses Amt blieb jedoch extrem klein im Vergleich zu entsprechenden Behörden größerer Städte. 1977 forderte der Rat der Stadt – angelehnt an die Größe anderer Stadtbauämter – die Besetzung des Amtes mit regulären Stellen für einen Stadtbaudirektor, einen stellvertretenden Stadtbaudirektor und zwei Sachbearbeiter.⁵⁵⁷ Ein Großteil der für die städtebauliche Entwicklung relevanten Fragen musste aber von den Mitarbeitern in den Ratsabteilungen für Bauwesen und Planung bearbeitet werden. Obwohl die städtischen Planungsinstrumente bis 1989 nur rudimentär blieben, gelang es der Stadt durch geschickte Nutzung ihrer Ressourcen und das persönliche Engagement einzelner Rats- und Verwaltungsmitglieder auch ohne formelles „Stadtplanungsamt“ außerhalb des klassischen Institutionengefüges Kompetenzen aufzu-

⁵⁵² Vgl. z.B. den Schriftwechsel der Stadt mit Bezirk und Kreis wegen fehlender Stellungnahme des Kreises: BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 555, Wohnkomplex Nord in Ludwigsfelde 1974–1977.

⁵⁵³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 2.3.1961, S. 2.

⁵⁵⁴ *Betker*: Weltfrieden, S. 283.

⁵⁵⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 22.4.1965, S. 3.

⁵⁵⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 12.9.1968, S. 3.

⁵⁵⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 018, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.12.1977, S. 3.

bauen, um zumindest in einzelnen entscheidenden Stadtplanungsfragen die Initiative ergreifen zu können.

Mit den für die gestalterischen Konzeptionen verantwortlichen Akteuren im Büro für Städtebau hatten sich in jahrelanger Zusammenarbeit feste Netzwerke herausgebildet, die auch zur Durchsetzung stadtplanerischer Ansprüche gegen andere bezirkliche Organe, die nur an der quantitativen Planerfüllung interessiert waren, instrumentalisiert werden konnten. Für ihr Engagement fand die Stadt durchaus Verständnis beim bezirklichen Büro für Städtebau, das ebenso wie die Stadt eine qualitätvolle städtebauliche Gestaltung anstrebte, ganz im Gegensatz zum Wohnungsbaukombinat und der Bezirksplankommission. Im Büro für Städtebau Potsdam waren vor allem zwei Abteilungen für Ludwigsfelde tätig. Die hier über Jahrzehnte bestehende große personelle Kontinuität, insbesondere in Person des Architekten Stoppel, erleichterte eine gute Zusammenarbeit der Stadt mit den bezirklichen Fachplanern.⁵⁵⁸

Insbesondere das bezirkliche Wohnungsbaukombinat beobachtete die städtebaulichen Ambitionen Ludwigsfeldes kritisch. Auch dem an der Erfüllung der Planvorgaben orientierten Pragmatismus der Kreisleitung der SED gingen die weitergehenden Planungsabsichten von Stadt und Potsdamer Städteplanung zu weit:

„Da diskutiert der Rat der Stadt mit dem Autowerk und da kommt noch die oberkluge Städteplanung und da geht es los, die rudern immer rum. Der ist gegen diesen Standort und der andere ist gegen diesen Standort und der dritte gegen diesen. [...] Und dann kommen die klugen Gedanken der Städteplanung, die plant schon über das Jahr 2050, da ist die Verkaufsstelle schon längst wieder baufällig [...]“⁵⁵⁹

3.4.6 Fallstudie: Eigenheimbau als lokale Städtebaupolitik

Die Möglichkeiten der Stadt Ludwigsfelde zur Steuerung städtebaulicher Prozesse blieben bis zum Ende der DDR sehr begrenzt. In der Nische des Eigenheimbaus konnten durch die gewachsenen fachlichen Fähigkeiten der Stadtverwaltung und die seit den späten 1970er Jahren ausgebauten Netzwerke innerhalb der territorialen Politikstrukturen des Bezirks jedoch wichtige lokale Gestaltungsspielräume aufgebaut werden.

Auf den ersten Blick erscheint Ludwigsfelde als eine reine Mietshausstadt, die vor allem durch vielgeschossige „Plattenbauten“ geprägt wird. Bei genauerer Analyse zeigt sich jedoch, dass große Teile der Stadtfläche durch Eigenheimgebiete eingenommen werden. Ihren Ursprung nahm diese örtliche Eigenheimtradition schon Anfang des 20. Jahrhunderts als auf der Ludwigsfelder Flur in großem Umfang Einfamilienhausparzellen für Zuwanderer aus Berlin angelegt wurden.⁵⁶⁰

⁵⁵⁸ Zur Netzwerkbildung mit bezirklichen Institutionen siehe: Die Beziehung zwischen Stadt und Bezirk, S. 242.

⁵⁵⁹ KreisATF I 665, Rat des Kreises Zossen, Kreistag 1987, Diskussionsbeitrag 8: 1. Sekretär der Kreisleitung der SED, Genosse Fritz Neitzel, S. 7.

⁵⁶⁰ In den 1920er Jahren entstand im Nordwesten der Stadt („Flussviertel“) ein weiteres großes Eigenheimgebiet in Ausweitung der schon in der Vorkriegszeit begonnenen Parzellierung. Siehe 3.1.2 Ludwigsfelde als Spinnerkolonie und Landgemeinde, S. 80. Auch der Werkwohnungsbau der 1930er Jahre, der zu wesentlichen Teilen aus Siedlungshäusern bestand, setzte die Eigenheimtradition des Ortes fort.

Die Nachkriegszeit führte zu einem deutlichen Bruch dieses Entwicklungspfades der örtlichen Siedlungsentwicklung: Seit Gründung der DDR wurden in Ludwigsfelde für die neu zuziehenden Industriearbeiter fast ausschließlich Mietwohnungen in mehrgeschossigen Gebäuden errichtet. In den Stadtplanungen der 1950er Jahre war die Weiterführung des „individuellen Wohnungsbaus“ lediglich im Rahmen der Auffüllung von Baulücken in den vorhandenen Eigenheimgebieten vorgesehen.⁵⁶¹ Weitere Flächenausweisungen für Einfamilienhäuser waren in den Planwerken der folgenden Jahre nicht angedacht. Noch Ende der 1960er Jahre war darüber hinaus sogar die weitere individuelle Bebauung der noch vorhandenen Lücken im großen Einfamilienhausgebiet am Dachweg nördlich der Autobahn gestoppt worden, um dort die Möglichkeit zur Bebauung mit Mietshäusern im Rahmen der Erweiterung von „Ludwigsfelde Nord“ offen zu halten.⁵⁶²

Diese Zurückdrängung des Eigenheimbaus zugunsten des Massenmietwohnungsbaus war nach 1949 typisch für die Stadtentwicklung in der DDR.⁵⁶³ Ursprünglich galten Eigenheime und Datschen in der DDR als „kleinbürgerliche“ Relikte, weshalb sie insbesondere in den Neuplanungen für die neuen „sozialistischen Städte“ nicht berücksichtigt wurden. In Ludwigsfelde wurden in Adaption dieses Leitbildes auch die vorhandenen Eigenheime und Gartenparzellen der Vorkriegszeit von der örtlichen SED negativ bewertet. Die dort in der Vorkriegszeit angesiedelten Berliner Arbeiter seien nach Ansicht der lokalen Parteiverantwortlichen „auf diese Art dem Kampf gegen ihre Unterdrücker ferngehalten und dem Klassenkampf entwöhnt [worden]“⁵⁶⁴.

Trotz der ideologisch und ökonomisch bedingten Dominanz des Geschossmietswohnungsbaus riss die Tradition des Einfamilienhausbaus in der DDR aber nie gänzlich ab. Zu allen Zeiten entstanden individuelle Einzelhäuser auf Restflächen der alten Parzellierungsgebiete – vor allem in Kleinstädten und in ländlichen Räumen. Größere neue Eigenheimgebiete wurden in den ersten Jahrzehnten der DDR jedoch nicht ausgewiesen. 1950 dominierte der Anteil der privaten Bauherren am gesamten Wohnungsbau der DDR mit 61 % noch deutlich.⁵⁶⁵ 1971 betrug der Anteil des Eigenheimbaus am gesamten Wohnungsbauvolumen der DDR lediglich 3 %.⁵⁶⁶ Die westliche Forschung erklärte noch 1980 die „Begrenzung des Eigenheimbaues“ zu einem der auffälligsten „ideologisch bestimmten Kennzeichen des Städtebaus der DDR“⁵⁶⁷. Bereits seit Anfang der 1970er Jahre war jedoch ein erneuter Wandel in der Wohnungsbaupolitik festzustellen. In Folge der Beschlüsse der Staats- und Parteiführung von 1971 und 1972 zum Wohnungsbauprogramm erhielt auch der Eigenheimbau in der

⁵⁶¹ Vgl. KreisATF VI 7555 Kreisplankommission, Standortunterlagen, Erläuterungsbericht zur Stadtplanung Ludwigsfelde I. Arbeitsstufe, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung [ohne Datum, wohl 1958], S. 23.

⁵⁶² Vgl. *Kadatz*: Ludwigsfelde, S. 25.

⁵⁶³ Vgl. zur Geschichte des DDR-Eigenheimbaus: *Birgit Richter*: DDR-Eigenheime: Geschichte, Preise, Maßstäbe für eine sachgerechte Bewertung auf dem Grundstücksmarkt von heute, Berlin 2006, S. 13–22.

⁵⁶⁴ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand im Jahre 1957, S. 1.

⁵⁶⁵ Vgl. *Christoph Kleßmann*: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997, S. 407.

⁵⁶⁶ Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 429–430, insbesondere S. 428.

⁵⁶⁷ *Werner*: Stadt, Städtebau und Architektur, S. 236.

DDR eine neue gesetzliche Grundlage und eine eigenständige Funktion im Rahmen der Baupolitik der SED.⁵⁶⁸ Angesichts der Defizite der Wohnraumversorgung, die auch durch industriellen Wohnungsbau kaum zu beheben waren, wurde nunmehr auch der Eigenheimbau wieder – in begrenztem Umfang – offiziell unterstützt.⁵⁶⁹ Seit den 1970er Jahren entstanden angesichts der verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen und gewandelten Leitbilder wieder neue Einfamilienhaussiedlungsgebiete, die jedoch abgesehen von wenigen Einzelfällen meist relativ klein blieben.⁵⁷⁰ Der Großteil der neuen Eigenheime wurde außerhalb der Zentren des Massenmietshausbaus vor allem in den ländlichen Regionen ausgewiesen. Bedingt durch den in der Bevölkerung⁵⁷¹, zumal bei den Eliten der sozialistischen Gesellschaft, verbreiteten Wunsch nach Eigenheimen wurden neue Baugebiete darüber hinaus jedoch auch am Rande der größeren Städte und in industriellen Kleinstädten angelegt.

In den 1980er Jahren wurde Individualität und Streben nach Wohneigentum auch von den zentralen politischen Institutionen nicht mehr als „kleinbürgerlich“ charakterisiert, sondern als wichtiger Bestandteil des Wohnungsbauprogramms begriffen. Der Einfamilienhausbau in der DDR blieb trotz seiner stärkeren Anerkennung aber auch in den 1970er und 1980er Jahren gegenüber dem Mietswohnungsbau in quantitativer Hinsicht marginal, wenn man den Eigenheimanteil in der DDR mit dem individuellen Wohnungsbau in der Bundesrepublik oder mit dem Volumen des individuellen Bauens in vielen anderen ostmitteleuropäischen Ländern vergleicht.⁵⁷² Gleichwohl erfüllte der Eigenheimbau eine wichtige ergänzende Funktion im Rahmen des Wohnungsbauprogramms, da er die persönlichen Ressourcen der Eigenheimbauer aktivieren konnte, Wohnungsbau auch abseits der Zentren des industriellen Bauens ermöglichte und zur Differenzierung des Wohnungsangebotes beitrug.

Seit den 1970er Jahren erfuhr der Eigenheimbau auch in Ludwigsfelde wieder eine stärkere Förderung. In der Automobilbauerstadt wurde insbesondere nach der Erfahrung der Produktionskrisen der 1960er und frühen 1970er Jahre und der damit verbundenen erheblichen Fluktuation der Belegschaft im Werk durch die zentralen Partei- und Staatsinstitutionen und den Rat des Bezirkes Potsdam der Bau von Eigenheimen bewusst als wichtiger Beitrag zur Stadt- und Industrieentwicklung unterstützt. Der Eigenheimbau diente in Ludwigsfelde nicht nur der quantitativen Verbesserung der Wohnraumversorgung. Die Eigenheime sollten dar-

⁵⁶⁸ Die Förderung des Baus von Eigenheimen basierte u.a. auf der Verordnung über die Förderung des Bauens von Eigenheimen vom 24.11.1971 und auf dem Beschluss vom 6. Juni 1972 des ZK der SED und des Ministerrats. Dabei wurden Maßnahmen zur Förderung der Initiative im Eigenheimbau beschlossen. Dabei wurde der „Eigenbau“ im Gegensatz zur „kleinbürgerlichen Eigentumsideologie“ gesetzt. Vgl. DA (1972), S. 642.

⁵⁶⁹ Vgl. Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über Maßnahmen zur Förderung der Initiative der Werktätigen im individuellen Wohnungsbau vom 6.6.1972, in: GBl. 1972, Teil II Nr. 35, S. 395.

⁵⁷⁰ Vgl. zu einem relativ großen neuen Einfamilienhausgebiet in Dessau: *Kegler*: Kornhaus.

⁵⁷¹ Auch in der DDR zählte aus Sicht der Bürger das Eigenheim zu den begehrtesten Wohnformen. Vgl. *Hannemann*: Entwicklungslinien städtischen Wohnens, S. 51–53.

⁵⁷² Nach Birgit Richter betrug der Anteil des Eigenheimbaus für den Zeitraum zwischen 1971 bis 1989/90 im Durchschnitt 11,5 %. *Birgit Richter*: Wenn staatliche Regulierung auf private Bauherren trafen – zur Geschichte des Bau- und Planungsrechts in der DDR, in: *Umwelt und Planungsrecht* 7, 2008, S. 252–256, hier S. 252; nach Harald Kegler lag der Anteil in dieser Zeitspanne knapp unter 10 %. Vgl. *Kegler*: Einfamilienhausbau, S. 231; Christine Hannemann geht von zwischen 11 und 15 % der neugebauten Wohnungen aus. Vgl. *Hannemann*: Entwicklungslinien städtischen Wohnens, S. 55. In Polen betrug der Anteil für das Beispieljahr 1984 dagegen 30 %, in der CSSR 33 %, in Bulgarien 35 % und in Ungarn 70 %.

über hinaus auch die Lebensqualität im Ort und die Bindung und Loyalitätssicherung der ansässigen Arbeitskräfte verbessern und den Aufbau einer ortsgebundenen Stammebelegschaft fördern. Vor diesem Hintergrund engagierte sich insbesondere das Kombinat intensiv für den Bau der Eigenheime, die zu weiten Teilen auch seiner Belegschaft zu Gute kamen. Die schließlich für den Eigenheimbau gewährte Unterstützung der zentralen Organe resultierte wesentlich aus den erwarteten positiven Wirkungen auf die Industrieproduktion. Aus Sicht der Verantwortlichen in Stadt, Werk und Partei konnte durch den Eigenheimbau „die Initiative unserer Werktätigen, durch eigene Leistungen zur Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse beizutragen“⁵⁷³ wirksam gefördert werden. Von den 1.000 Wohnungen, die vor Ort von 1976 bis 1980 errichtet werden sollten, wurden im Rahmen der Festlegungen der zentralen Organe im ersten Schritt immerhin 200 als Eigenheime konzipiert, die weitgehend in einem großen zusammenhängenden Komplex an der Walter-Rathenau-Straße im Südwesten der Stadt entstehen sollten.⁵⁷⁴ In den 1980er Jahren ging der Anteil der Eigenheime am Gesamtbauvolumen in Ludwigsfelde zwar zeitweise wieder zurück. Zumeist wurden aber bis zum Ende der DDR in jedem Jahr etwa 10 % der Ludwigsfelder Wohnungen in Eigenheimen erstellt.⁵⁷⁵ Das Eigenheim hatte sich als wichtiger Bestandteil der Ludwigsfelder Wohnungsproduktion etabliert. Da es im staatlich organisierten Mietwohnungsbau immer wieder zu Stockungen kam, gab es sogar einzelne Jahre, in denen Eigenheime die einzigen neuen Wohnungen waren, die in Ludwigsfelde errichtet wurden.

Neben dem Bezirk und dem Kombinat etablierte sich der Rat der Stadt seit den 1970er Jahren als ein wichtiger Akteur im Rahmen des Baus der Eigenheime. Das vom Rat über alle Krisen und Belastungen hinweg hartnäckig verfolgte Engagement bestimmte die wachsende Bedeutung dieses Bautypus in Ludwigsfelde nachhaltig. Die Stadt berief sich insbesondere auf die Bedeutung des Eigenheimbaus für die Sicherung der Produktion, um den Wunsch nach einem umfangreichen Eigenheimbau in Ludwigsfelde gegenüber den übergeordneten Organen durchzusetzen. Dabei kam es über Umfang, Finanzierung und andere Durchführungsfragen mehrfach zu Auseinandersetzungen mit dem Bezirk und dem Kreis. Die Stadt konnte sich jedoch durch die Unterstützung des Werkes mit ihrem Wunsch nach einem umfangreichen Eigenheimbau durchsetzen.⁵⁷⁶ Durch die neu gestalteten staatlichen Rechtsgrundlagen war es Anfang der 1970er Jahre möglich, wichtige Aufgaben im Bereich der Eigenheimförderung auf die Kreise und Städte zu verlagern. Die neuen Vorgaben boten – bei konsequenter Nutzung – bedeutende lokale Gestaltungsspielräume. Diese Möglichkeiten stellten die lokalen Staatsorgane jedoch gleichzeitig vor kaum zu lösende Herausforderungen, da sie nur über rudimentäre Institutionen zur Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen

⁵⁷³ 55 Autowerker-Familien bauen mit staatlicher Hilfe Eigenheime, in: Start (1977) Nr. 3, S. 6.

⁵⁷⁴ Wie geht es mit dem Wohnungsbau für die Autowerker weiter? Programm bis 1980 festgelegt / 1.000 Wohnungen bauen / 200 Eigenheime bauen, in: Start (1976) Nr. 50, S. 4.

⁵⁷⁵ Zwischen 1981 und 1985 wurden 1.328 Wohnungen im komplexen Wohnungsbau errichtet und 146 Eigenheime. Vgl. Ludwigsfelde zwischen zwei Parteitag, in: Start (1986) Nr. 13, S. 3. 1986 bis 1990 entstanden bei einem Gesamtvolumen von 578 Wohnungen 75 Eigenheime. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 558, Leitplanung Ludwigsfelde, 30.6.1985, Tabelle 1.

⁵⁷⁶ Interview Beileke.

sen verfügten. Zur Verbesserung der unzureichenden Arbeitsfähigkeit der Kreis- und Stadtbauämter war deshalb in den staatlichen Vorgaben auch eine qualitative und quantitative Verstärkung der örtlichen Planungs- und Baukapazitäten vorgesehen⁵⁷⁷, die in der Realität jedoch weitgehend unterblieb. Auch für die Stadt Ludwigsfelde war das neue „Privileg“, zahlreiche Eigenheime errichten zu dürfen, zunächst eine erhebliche Belastung: „Den größten Eigenheim-Baukomplex der DDR in der Stadt zu haben, ist sicherlich ganz reizvoll und respektabel [...]“, stellte der damalige Stadtrat für Bauwesen im Jahr 1983 fest. „Damit zu leben, bringt Probleme und Sorgen, die es abzubauen gilt. Wir haben seiner Zeit mit der Komplexbebauung Neuland betreten, ohne jegliche Erfahrung und ohne die Möglichkeit, bei Erfahrungsträgern konsultieren zu können.“⁵⁷⁸

Angesichts der unzureichenden personellen Ressourcen zögerten die Verantwortlichen der Stadt die 1974 vom Kreis vorgesehene Übertragung der Hauptauftraggeberschaft für die Errichtung des Eigenheimgebietes anzunehmen.⁵⁷⁹ Die Stadtverwaltung erkannte jedoch bald, dass die Planung der Einfamilienhäuser eine der wenigen Möglichkeiten darstellte, um auch baulich auf die Stadtentwicklung Einfluss nehmen zu können. Während Standorte und Gestaltung des komplexen Geschosswohnungsbaus von zentralen oder bezirklichen Stellen festgelegt wurden, gewannen in der Frage der Ausgestaltung neuer Eigenheimstandorte die Städte und Kreise sowohl rechtlich wie faktisch größere Entscheidungskompetenzen. Die Stadt Ludwigsfelde setzte sich deshalb bis zum Ende der DDR nachhaltig für die Realisierung und Ausweitung der Eigenheimplanung ein und versuchte auch auf die bauliche Ausführung Einfluss zu gewinnen, um sie im Sinne einer qualitativ hochwertigen lokalen Entwicklung steuern zu können. Die Stadt nahm – soweit rechtlich möglich – die Planungsarbeit vom Kreis und Bezirk trotz der damit verbundenen Belastungen zunehmend in ihre Verantwortung und suchte eigenständig nach Möglichkeiten zur Ausweisung weiterer Eigenheimstandorte im Stadtgebiet. Insbesondere nach 1976 bot das Inkrafttreten des Gesetzes über den Eigenheimbau die Chance zur weiteren Übertragung von Kompetenzen des Kreises an die Stadt. Die Überleitung der erforderlichen Unterlagen des Kreises erfolgte sehr zum Ärger der Stadt allerdings mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Auseinandersetzungen über die Durchführung und die Verteilung der Verantwortlichkeiten blieben auch in den folgenden Jahren zwischen dem Rat der Stadt, den zuständigen Wirtschaftsfunktionären des IWL und Organen des Rates des Kreises bestehen.⁵⁸⁰ Die neuen Freiheiten für die Stadtverwaltung vereinfachten die Verfahren teils nur vordergründig, da der Kreis sehr zögerlich Kompetenzen abgab. 1978 resümierte der Ludwigsfelder Bürgermeister: „Mit dem [vereinfachten] Eigenheimbau-

⁵⁷⁷ Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über Maßnahmen zur Förderung der Initiative der Werktätigen im individuellen Wohnungsbau vom 6.6.1972, in: GBl. 1972, Teil II Nr. 35, S. 399.

⁵⁷⁸ KreisATF XI 2370, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 23.6.1983, Berichterstattung: Max Ortmann Stadtrat für Bauwesen, S. 1.

⁵⁷⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.8.1974, S. 3.

⁵⁸⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 11.5.1977, Bericht Kühn Stadtbaurat, S. 1.

Genehmigungsverfahren wollte man ursprünglich erreichen, daß wenig Papier verbraucht wird. Erreicht hat man, dass viel mehr Papier verbraucht wird.“⁵⁸¹

Im Rahmen der Umsetzung der Eigenheimkonzeption konnte die Stadt durch ihr hartnäckiges Engagement dauerhaft zusätzliche Kompetenzen und reale Gestaltungsmacht an sich ziehen. Problematisch blieb der begrenzte Einfluss auf die bezirklichen und kreislichen Baubetriebe. Die Stadt kritisierte regelmäßig die ungenügende materielle Unterstützung von Seiten der politischen und baulichen Institutionen des Kreises bei der Realisierung des Eigenheimbeschlusses des Bezirks, weshalb die Errichtung der Häuser und Infrastrukturen nur mit erheblicher Zeitverzögerung erfolgen konnte.⁵⁸² In den Akten ist mehrfach von „gegenseitigen Unterstellungen“ die Rede: Der Kreis legte den Genehmigungen in Ludwigsfelde nach Ansicht des Rates der Stadt immer wieder „Steine in den Weg“.⁵⁸³

Der Eigenheimkomplex in Ludwigsfelde: „Der größte der Republik“

Der Bau der neuen Eigenheime konzentrierte sich – neben der Auffüllung einiger Lücken in älteren Siedlungsgebieten – überwiegend auf den neu angelegten Eigenheimkomplex „Walter-Rathenau-Straße“ im Südwesten von Ludwigsfelde. Nach dem Beschluss des Rates des Bezirkes vom 8. April 1976 sollten insbesondere für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Werktätigen der Automobilwerke dort im Zeitraum bis 1980 insgesamt 200 Eigenheime errichtet werden. In insgesamt drei Bauabschnitten entstand bis 1989 westlich der Walter-Rathenau-Straße schließlich ein ganzer Stadtteil mit Einfamilienhäusern. In den Selbstdarstellungen der Stadt galt dieser Bereich als „größtes in Eigeninitiative errichtete Siedlungsgebiet der DDR“⁵⁸⁴ oder als „größter Eigenheimkomplex der DDR“ überhaupt.⁵⁸⁵ Das für DDR-Verhältnisse sehr umfangreiche Eigenheimgebiet wurde ein wichtiger Bestandteil des Ludwigsfelder Stadtstolzes. Das Baugebiet wurde von der Stadtverwaltung als wichtiger Beitrag zur Festigung der Bindung der Menschen an den Ort gesehen, wie sich auch Stadtratsmitglied Herr Kallmeyer erinnert: „Ja, Ludwigsfelde rühmte sich über längere Zeit hinweg als die Stadt mit dem größten geschlossenen Eigenheimgebiet. Das war also ein Punkt, mit dem man politisch als groß rauszukommen versuchte. Natürlich versuchte man damit, Leute hier zu binden.“⁵⁸⁶

⁵⁸¹ StadtAL Nr. 171001 018, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.12.1977, S. 3.

⁵⁸² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung, Berichte und Einschätzungen 1977–79, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 11.5.1977, S. 1.

⁵⁸³ StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 21.7.1988, S. 5–6.

⁵⁸⁴ Vgl. Kadatz: Ludwigsfelde, S. 29.

⁵⁸⁵ Vgl. u.a. *Gerhard Birk*: Persönliche Erinnerungen an die Wendezeit in Ludwigsfelde, in: *Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde. Geschichte und Geschichten. Teil 6 (Neue Folge 1)*, Ludwigsfelde 1994, S. 11–35, hier S. 35; *K. Stefan*: Carla Karstädt – Stadträtin für Kultur, in: *Gerhard Birk*: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Teil 4. Ludwigsfelde, 1990, S. 18. Ob diese Aussage zutrifft, ist bisher nicht nachzuweisen. Ein größeres Eigenheimgebiet konnte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht identifiziert werden. Der Stadtrat für Bauwesen sprach 1988 vor den Stadtverordneten allerdings nur davon, dass „Ludwigsfelde einen der größten Eigenheimkomplexe in der DDR“ haben würde. Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 7.9.1988, Bericht des Rates, S. 9.

⁵⁸⁶ Interview Birk.



37. Abb.: Lage des Eigenheimkomplexes im Südwesten der Stadt

Der lokale Eigenanteil an der Durchsetzung dieses erheblichen Bauvolumens wird von den kommunalen Akteuren bis heute besonders in den Vordergrund gestellt: „Ludwigsfelde war der Standort in der damaligen DDR, der den größten Eigenheimstandort an sich gerissen hat, so will ich es mal formulieren“, erinnert sich auch der Stadtrat für Planung Paul Beileke „Wenn man die Siedlung heute ankuckt, ich sage mal, ick bin ein bisschen stolz darauf, dass wir das überhaupt geschafft haben.“⁵⁸⁷ Diese erfolgreiche Strategie sollte nach Ansicht der Stadt weiterverfolgt werden. Die Stadt versuchte bis zum Ende der DDR immer weitere Flächen für Eigenheimgebiete auszuweisen, während der Bezirk zunächst die vollständige Auffüllung aller bislang begonnenen Gebiete anmahnte.⁵⁸⁸ Im letzten Generalbebauungsplan

⁵⁸⁷ Interview Beileke.

⁵⁸⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 1027, Rat des Bezirks Potsdam, BfS Bezirksbauamt, Stellvertreter der Bezirksbaudirektors, Eigenheimkomplex III in Ludwigsfelde, Schreiben an den Rat des Kreises Zossen, Kreisbauamt vom 22.5.1979, S. 1.

der 1980er Jahre – der wesentlich von den Wünschen der Stadt bestimmt wurde – war folgerichtig eine umfangreiche Erweiterung der Eigenheimflächen für die Jahre nach 1990 vorgesehen.

Die Bauten des ersten Abschnitts entstanden noch weitgehend unter der Ägide des Kreises und bei gleichzeitig großem Einfluss des Autowerkes auf die Durchführung. Die Bedeutung der Stadt im Rahmen der Projektierung war zunächst noch gering. Die gestalterische Planung der Eigenheime blieb in Händen des bezirklichen Büros für Städtebau in Potsdam. Anders als bei der Planung der „Plattenbaugebiete“ erfolgte die Konzeption der Eigenheime allerdings später formell im Auftrag der Stadtverwaltung, sodass sich auf Dauer größere Einwirkungsmöglichkeiten eröffneten.

Für die Durchführung der Bebauung wurden zwar staatliche Mittel zur Verfügung gestellt; die Eigenheime sollten jedoch im Wesentlichen außerhalb der Fonds für den „komplexen Wohnungsbau“ mit weiterer Unterstützung des AWL und bei Aktivierung der Eigenleistungen der Eigenheimbauer errichtet werden. In die lokale Eigenregie fielen die Koordinationsleistungen für den Hochbau und die Grundstückseinrichtungen, die Realisierung der Grünanlagen und weitgehend auch die stadttechnische Erschließung.⁵⁸⁹ Teils übernahm das Autowerk hier direkt die Hauptauftragnehmerschaft für den Bau der Eigenheime.⁵⁹⁰ Wesentliche Lasten der finanziellen Beteiligung und zur Erbringung von Arbeitsleistungen lagen aber auf den Schultern der Eigenheimbauer. Bei Einhaltung der vorgegebenen Bauzeit wurden durch Staat und Werk weitere Zuschüsse für die Eigenheimbauer gewährt. Besondere Kreditvergünstigungen erhielten junge Familien.⁵⁹¹ Zur Durchführung der Baumaßnahmen mussten sich die von den Verteilungskommissionen ausgewählten Eigenheimbauer zu sogenannten „Interessengemeinschaften“ zusammenschließen. Diese Interessengemeinschaften sollten für eine überschaubare Anzahl von Häusern die Umsetzung des Baus und vor allem die gegenseitige Unterstützung der Bauherren koordinieren. Jede Interessengemeinschaft sollte für ihre jeweiligen Baugruppen gemeinschaftlich das Baumaterial beschaffen. Der Eigenheimkomplex war aus Gründen der Rationalisierung ausschließlich mit Typenprojekten zu bebauen. Die einzelnen Eigenheimbauer erhielten für ihre Häuser Fassadenzeichnungen mit allen zur Ausführung vorgesehenen Elementen.⁵⁹² Für die effiziente Umsetzung der einzelnen Hausbauten war eine zentrale Organisation gewollt. Das IWL bereitete zur Unterstützung der Interessengemeinschaften in der Regel das gesamte Baugelände mit seinen Kapazitäten vor, hob die Baugruben aus, stellte Betonfundamente her und unterstützte die zentrale Beschaffung der Baustoffe. Letztlich blieb ein Großteil der Materialbeschaffung jedoch Aufgabe der einzelnen Eigenheimbauer.

⁵⁸⁹ Vgl. KreisATF II 2951 Sitzung des Rates des Kreises am 14.2.1979, Grundsatzentscheidung zur Erschließung des 1. und 2. Teilabschnittes des Eigenheimstandortes in Ludwigsfelde, Nr. 0739, S. 1.

⁵⁹⁰ Vgl. StadtAL Sekretär des Rates Nr. 27, Sitzung der Ständigen Kommission Bauwesen am 15.6.1977, S. 1.

⁵⁹¹ Vgl. „Weitere Familien beginnen 1978 mit dem Bau eines Eigenheimes“, in: Start (1978) Nr. 13, S. 6.

⁵⁹² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 557, Bebauungskonzeption Eigenheimsiedlung Walter-Rathenau-Straße. 3. Bauabschnitt 1981, Büro für Städtebau: Ludwigsfelde, Kreis Zossen. Walter-Rathenau-Straße. Eigenheimsiedlung, III. BA Bebauungskonzeption, Potsdam, Juli 1981, Anlage: Realisierungsordnung, S. 1.

Der Eigensinn der Eigenheimer ?Besser Konzept

Zum lokalen Eigensinn der Stadt Ludwigsfelde, die den Eigenheimbau in dieser Dimension vor Ort erst ermöglicht hatte, trat als weiterer Bestimmungsfaktor bei der Umsetzung der baulichen Konzeption bereits bei den ersten Bauabschnitten auch eine ausgeprägte Eigensinnigkeit der Eigenheimbauer.

In Form und Durchführung folgten die ersten Konzepte für den Eigenheimbau am Ludwigsfelder Standort weitgehend den technokratischen Vorbildern des komplexen Mietwohnungsbaus. Die ersten Baugebiete wurden noch durch schematische Reihenhäuser mit Flachdächern geprägt, die kaum die äußere Individualität eines Eigenheims aufwiesen und eher an die Zeilenhausstruktur von Mietshäusern der 1960er Jahre erinnerten. Die zentralen Planungen für den Eigenheimbau präferierten aus Gründen der ökonomischen Sparsamkeit und der einfacheren Erschließung in der DDR grundsätzlich den verdichteten Einfamilienhausbau mit Doppelhäusern und Reihenhäusern. Die Reihenhausbauung wurde von offizieller Seite als „traditionsreiche Wohnform für Arbeiterfamilien“ definiert und somit progressiv umgedeutet.⁵⁹³ Das Idealbild der einzelnen „Eigenheimbauer“ war in der DDR – nicht anders als in der Bundesrepublik – jedoch das freistehende, individuell gestaltete Einfamilienhaus.⁵⁹⁴ Eine einheitliche Reihenhausbauung widersprach aber der DDR-typischen Selbstbeschaffungskultur. In vorbereitenden Gesprächen vertraten die Ludwigsfelder „Baubewerber“ gegenüber den Verantwortlichen die Meinung, dass es ihnen angesichts ihrer individuellen Leistung auch überlassen sein sollte, selbst zu entscheiden, wie sie bauen konnten. Da der uniforme Reihenhaustyp bei den Bauherren auf Ablehnung stieß, versuchten diese auch eigenständig Veränderungen vorzunehmen.⁵⁹⁵ Die staatliche Reglementierung dieses Individualismus stieß deshalb an Grenzen. Ohne aktive Mitarbeit der Bauherren war das Eigenheimprogramm nicht zu realisieren. Alle offiziellen Bestrebungen, den Anteil des verdichteten Einfamilienhausbaus, insbesondere Reihenhäuser, zu erhöhen, hatten deshalb letztlich keinen nachhaltigen Erfolg.⁵⁹⁶

Der Bau eines Eigenheims blieb trotz der offiziellen Förderung unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft der DDR ein Wagnis, das nur bei Mobilisierung aller vorhandenen Beziehungen auf privater, betrieblicher sowie auf staatlicher Ebene zur Beschaffung der notwendigen Materialien zu realisieren war. Auch am besonders geförderten „Komplexstandort“ Ludwigsfelde blieben die vereinbarten Unterstützungen für den Eigenheimbau meist unter den

⁵⁹³ Vgl. *Susanne Hickel*: Eigenheimbau im Kreis Zossen [Kreisarchitektin beim Rat des Kreises Zossen], in: Rat des Kreises Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen, S. 54–56, hier S. 55.

⁵⁹⁴ Vgl. *Rolf Linke*: Innerstädtischer Reihenhausbau. Anwendungsmöglichkeiten des Einfamilien-Reihenhauses innerhalb geschlossener kleinstädtischer Bebauung, Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Bauinformation Berlin 1988, S. 16.

⁵⁹⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 SED-Kreisleitung Zossen Nr. 842, 1977, Rat des Kreises Zossen. Der Vorsitzende, 21.2.1977, Vorlage für die Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung am 23.2.1977: Information über den Eigenheimbau 1971–1975, S. 6.

⁵⁹⁶ Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 179. 1982 waren von den im Bezirk Potsdam realisierten Eigenheimen 95 % Einzelhäuser. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14770, Bezirksbaudirektor Eigenheimbau 1982–89, Büro für Städtebau Bereich Bezirksbauarchitekt – Eigenheimbau, Potsdam 20.2.1983, Jahresbericht Eigenheimbau Bezirk Potsdam 1982, S. 3.

Erwartungen, wodurch die Eigenheimer auf eigene Netzwerke und Initiativen, teils auch auf Regelverstöße angewiesen waren.

Ein Bürger aus Ludwigsfelde schildert diese strukturellen Probleme des Eigenheimbaus in der DDR anhand seines eigenen während der DDR außerhalb von Ludwigsfelde durchgeführten Hausbaus:

„Es war ein sehr schwieriges Unterfangen ein Haus zu bauen, wenn man nicht die Beziehungen hatte. Wo soll ich denn den Zement herkriegern, wo soll ich die Rohre, die Leitungen und die Waschbecken herkriegern? Ich kann das aus eigenem Erleben beschreiben. Da hat man auch Vorschriften übertreten. Ich habe in R., weil ich dort Beziehungen hatte, einen Bungalow gekauft, ich komme aus der Gegend, dort war ein Werk, das Bungalows herstellte. Jetzt brauchte ich ein Fundament. Ich hatte hier [in Ludwigsfelde] meinen Garten. Ich kriegte den Zement nicht. Da sagte ein Nachbar, er habe vom Straßenbau etwas. Das bringe ich dir von da und da. Ich war damals Mitglied der Partei, war Akademiker in einer Kleinstadt! Und habe das trotzdem gemacht!“⁵⁹⁷

Der staatlich geförderte Eigenheimbau mit seinen erheblichen Anforderungen an die Eigenleistungen, den strukturellen Mängeln der Planungsprozesse und den zunehmenden Versorgungsproblemen konnte zu einer Herausforderung werden, der nicht jeder Bauherr gewachsen war. Viele Bauwillige traten in der DDR deshalb von ihren Baugenehmigungen zurück und suchten nach den erlebten Enttäuschungen ihre Wohnsituation stattdessen durch die Suche nach einer Mietwohnung zu verbessern.⁵⁹⁸ Der erfolgreiche Eigenbauer in der DDR musste ein „Beschaffungskünstler“⁵⁹⁹ sein.

Wer einmal die Möglichkeit erhalten hatte, mit dem Eigenheimbau zu beginnen, hielt sich in seinem neuen „Reich“ nur noch bedingt an die Normen des Staates. Die formellen Bauvorschriften wurden in großer Regelmäßigkeit missachtet. Häufig wurden die Baumaßnahmen ohne Genehmigung der staatlichen Bauaufsicht begonnen oder Grundstücksgrenzen eigenmächtig verändert. Die Ludwigsfelder Eigenheimbauer eigneten sich beispielsweise Wirtschaftswege zwischen den Einzelgrundstücken an. Mit Erstaunen musste die Stadtverwaltung registrieren, dass sich die Bauherren bei Aufdeckung dieser Unregelmäßigkeiten keiner Schuld bewusst waren. Stattdessen begannen die Eigenheimbauer sogar mit der Sammlung von Unterschriften, um ihre Verhaltensweise nachträglich zu legitimieren. Der Stadtrat für Bauwesen musste die Eigenheimbauer ermahnen: „Solches Vorgehen wird auch dann nicht rechtmäßig, wenn dafür Unterschriften gesammelt werden. Das ist falsch verstandene Demokratie.“⁶⁰⁰ Der Rat bestand darauf, dass sich jeder Eigenheimkomplex auf seine liegenschaftlich eingemessenen Grenzen zurückziehen hatte.⁶⁰¹ In der in hohem Maße „verre-

⁵⁹⁷ Interview, hier ohne Angabe des Namens.

⁵⁹⁸ Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 180.

⁵⁹⁹ *Kegler*: Einfamilienhausbau, S. 222.

⁶⁰⁰ KreisATF XI 2370, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 23.6.1983, Berichterstattung: Max Ortmann Stadtrat für Bauwesen, S. 5.

⁶⁰¹ Vgl. ebd., S. 4–5.

gelten“ und autoritär strukturierten DDR war paradoxer Weise der Umgang mit Grund und Boden nur schwer regulierbar. Unter den Bedingungen einer abgeschafften kapitalistischen Bodenordnung war eine Abgrenzung von öffentlichem und privatem Raum nicht leicht vorzunehmen. In dieser Frage nahmen die Eigenheimbauer das Postulat des volkseigenen Bodens sehr wörtlich.

Unter den Voraussetzungen der Mangelwirtschaft bei gleichzeitig großem Bedarf an Wohnungen war der für die Eigenheime im Komplexstandort vorgegebene einheitliche Gestaltungsanspruch kaum durchzusetzen. Die Eigenheimbauer entwickelten zum Kummer der projektierenden Architekten und der Baubehörden des Bezirks sehr weitgehende Eigeninitiativen und hielten sich nur bedingt an Baugenehmigungen und Planvorgaben.⁶⁰² Eigenmächtige Änderungen der Typenprojekte waren von Seiten der Bauherren leicht durchzuführen. Erkannte Verstöße mussten von den staatlichen Organen zwar mit Ordnungsstrafverfahren geahndet werden. Die meisten der aufgedeckten Abweichungen und Regelverstöße wurden wegen der wichtigen Entlastungsfunktion des Eigenheimbaus für die angespannte Wohnungsversorgung von der Stadtverwaltung jedoch gar nicht oder nur milde bestraft. Die Architekten des Büros für Städtebau wiesen sogar öffentlich in Artikeln der Zeitschrift „Architektur der DDR“ verbittert darauf hin, dass die Abweichungen in Ludwigsfelde „von den staatlichen Organen geduldet und unzureichend geahndet“ wurden.⁶⁰³ Auch der Rat der Stadt sah den Umfang der Abweichungen durchaus kritisch und warf den Eigenheimern vor, dass sie glauben würden, „daß sie machen können, was sie wollen, ohne sich an ihre Gemeinschaft oder an gesellschaftliche Interessen zu halten“⁶⁰⁴. Abweichungen von den genehmigten Projekten waren in den 1980er Jahren keine Ausnahmen, sondern fast der Regelfall: Übergroße Terrassen, ungenehmigte Unterkellerungen, Vergrößerungen der Garage oder der Umbau von Garagen zu Wohngebäuden und der Einsatz anderer Materialien waren regelmäßig festzustellen. Die Probleme der Materialbeschaffung wurden in der DDR aus Sicht der offiziellen Baupolitik vielfach von den Bauwilligen ausgenutzt, „um ihre ungerechtfertigten Forderungen an Hausgröße, -form und -gestaltung gegenüber dem örtlichen Rat durchzusetzen und teilweise ‚individualistische Gestaltung‘ zu verfolgen“.⁶⁰⁵ Um diese Fehlentwicklungen in Ludwigsfelde in den Griff zu bekommen und wieder das angestrebte „gute Gesamtbild“ zu gewährleisten, strebte der Rat der Stadt eine verstärkte Diskussion und „Auseinandersetzung“ mit den Eigenheimbauern an.⁶⁰⁶ Der Stadtrat für Bauwesen konnte jedoch 1980 durchaus nachvollziehen, „wenn der Eigenheimbauer nach Individualität strebt“⁶⁰⁷. Die zu verzeichnenden Abweichungen vom Typenprojekt seien aber vom Standpunkt der städte-

⁶⁰² Vgl. *Cordelia Senst*: Reihenhaus-Eigenheimsiedlung in Ludwigsfelde, in *Architektur der DDR*, 6, 1983, S. 346–350. Solche Probleme zeigten sich auch in anderen Eigenheimkomplexen der DDR. Vgl. *Kegler*: Kornhaus, S. 445.

⁶⁰³ Vgl. *Senst*: Reihenhaus-Eigenheimsiedlung, S. 348.

⁶⁰⁴ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 7.5.1980, Tätigkeitsbericht des Rates zwischen der 6. und 7. Stadtverordnetenversammlung, S. 9.

⁶⁰⁵ *Linke*: Reihenhausbau, S. 9.

⁶⁰⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 021, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.4.1980, S. 6.

⁶⁰⁷ StadtAL Nr. 171001 021, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.4.1980, Anlage Bericht des Stadtrates für Bauwesen, S. 1.

baulichen Einordnung aus Sicht der Stadtverwaltung nicht als gelungen anzusehen. Insbesondere in Hinblick auf die Fassadengestaltung mussten sich die Eigenheimbauer an behördliche Gestaltungsvorgaben halten. Gleichzeitig blieb es aber dem Geschick des Einzelnen überlassen, die zur Erfüllung der Vorgaben notwendigen einheitlichen Materialien zu organisieren. Der Einsatz der vielfach auf Basis persönlicher Kontakte beschafften Baustoffe konterkarierte zwangsläufig die offiziellen Gestaltungsvorgaben. Die Fassaden entstanden in Folge der Zwänge der Selbstbeschaffungskultur unter Verwendung von unterschiedlichen Steinen, Fenstern und abweichenden Dachdeckungen. Während zur Straße hin die Einheitlichkeit zumeist gewahrt wurde, wiesen die Gartenseiten große Unterschiede auf.



38. Abb.: Eigenheime, Rückseiten während des Baus in Ludwigsfelde (Deutlich erkennbar sind die verwendeten unterschiedlichen Baumaterialien.)

Die Anzahl der baulichen Abweichungen von den offiziellen Vorgaben war während der Bauausführung erheblich: Bei 30 Eigenheimbauern eines einzigen Ludwigsfelder Bauabschnittes wurde im Jahr 1984 nur bei zehn eine komplette Übereinstimmung mit den Vorgaben registriert und bei vier nur geringe Veränderungen festgestellt. Bei sieben Bauherren waren allerdings „mittelschwere“ und bei neun Bauherren „grobe“ Abweichungen zu verzeichnen, weshalb teilweise Rückbauten vorgenommen werden mussten.⁶⁰⁸ Die mittelschweren Abweichungen wurden allerdings alle nachträglich zugelassen. Der Bezirk drängte die Stadt und den Kreis mehrfach zu einer intensiveren Kontrolle des Baugeschehens in den Eigenheimbaugebieten.⁶⁰⁹ Die über viele Jahre konstante Häufigkeit der Abweichungen während der Bauausführung zeigt jedoch deutlich, dass die Anstrengungen der für die Stadtentwicklung zuständigen Stellen gegen den „Eigensinn“ der Bauwilligen weitgehend erfolglos blieben bzw. nur halbherzig umgesetzt wurden. Angesichts der Bedeutung des Eigenheimbaus für

⁶⁰⁸ Vgl. StadtAL Nr. 171001 025, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 2.8.1984, Informationsvorlage 2/84.

⁶⁰⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 1027, Rat des Bezirks Potsdam, BfS Bezirksbauamt, Stellvertreter des Bezirksbaudirektors, Eigenheimkomplex III in Ludwigsfelde, Schreiben an den Rat des Kreises Zossen, Kreisbauamt vom 22.5.1979, S. 1.

die Gesamtentwicklung Ludwigsfeldes wurde die Leistung der Hausbauer trotz aller Probleme während der Baumaßnahmen vom Rat immer wieder öffentlich gewürdigt.⁶¹⁰

Der dritte Bauabschnitt des Eigenheimkomplexes

Die Ergebnisse der ersten beiden Ludwigsfelder Bauabschnitte konnten aus Sicht der beteiligten bezirklichen Planer nicht voll befriedigen und wurden eher als „erste Versuche“ angesehen. „Der Vorlauf der städtebaulichen Konzeptionen war teilweise zu gering, und eine exakte Anpassungsprojektierung hatte Mängel.“⁶¹¹ Die gemeinsame Organisation der Bau durchführung der Eigenheime mit den späteren Bewohnern hatte im ersten Bauabschnitt nur ungenügend funktioniert, was auch zum Rücktritt zahlreicher Bauwilliger führte.

Die Stadt engagierte sich angesichts der Akzeptanzprobleme frühzeitig für eine stärker individuell differenzierte Bauweise der Eigenheime. Im Planungsprozess kam es deshalb auch zu Auseinandersetzungen mit dem Büro für Städtebau in Potsdam:

„Gradliniger [wollte es das Büro für Städtebau]“, erinnert sich der damalige Stadtrat für Planung. „Sicherlich hat das Gradlinigere auch etwas mit dem Geld zu tun. Ja. Aber individueller, für die Menschen was zu machen. [...] Da haben wir uns durchgesetzt mit viel, sagen wir, viel Krach. Aber das muss sein, das muss sein. Was soll's. Ergebnis zählt. Immer das Ergebnis.“⁶¹²

Letztlich setzte sich die Stadt beim Bau der späteren Siedlungsteile mit ihren weitergehenden Gestaltungsanforderungen durch. Das bezirkliche Büro für Städtebau, mit dessen Personal sich in diesen Jahren eine gute Zusammenarbeit entwickelt hatte, war für bauliche Innovationen und Anregungen aus Ludwigsfelde durchaus offen. Im Sinne der fachlich begründeten gestalterischen Optimierung agierten beide Institutionen später gemeinsam gegen die an reiner Massenproduktion und quantitativer Planerfüllung orientierten politischen und wirtschaftlichen Akteure des bezirklichen und kreislichen Bauwesens.

Im Rahmen des dritten Bauabschnitts wurde nach den Erfahrungen mit den Akzeptanzproblemen der bisherigen Bautypen ein anspruchsvolleres städtebauliches Konzept verwirklicht, genau das die Wünsche der Eigenheimbauer nach Individualität mit dem Ziel der Verdichtung verbinden konnte. Vor dem Beginn der Planungen für den dritten Bauabschnitt wurden im Büro für Städtebau gemeinsam mit dem Rat der Stadt Ludwigsfelde Überlegungen angestellt, wie der Reihenhausbau „besser vorzubereiten, durchzuführen und den individuellen Interessen der Bauwilligen mehr Rechnung zu tragen [sei]“⁶¹³. Vom Typus der einheitlichen Reihenhaussiedlung entfernte sich der letzte Abschnitt in Folge dieser Überlegungen deutlich. Die Stadt konnte bedingt durch die neuen rechtlichen Grundlagen der Eigenheimförderung und die entwickelten Netzwerke zum Büro für Städtebau des Bezirks im Rahmen des letzten Bauabschnitts stärkeren Einfluss auf die Gestaltung nehmen. Insbesondere die Kon-

⁶¹⁰ Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 7.5.1980, Tätigkeitsbericht des Rates, S. 8.

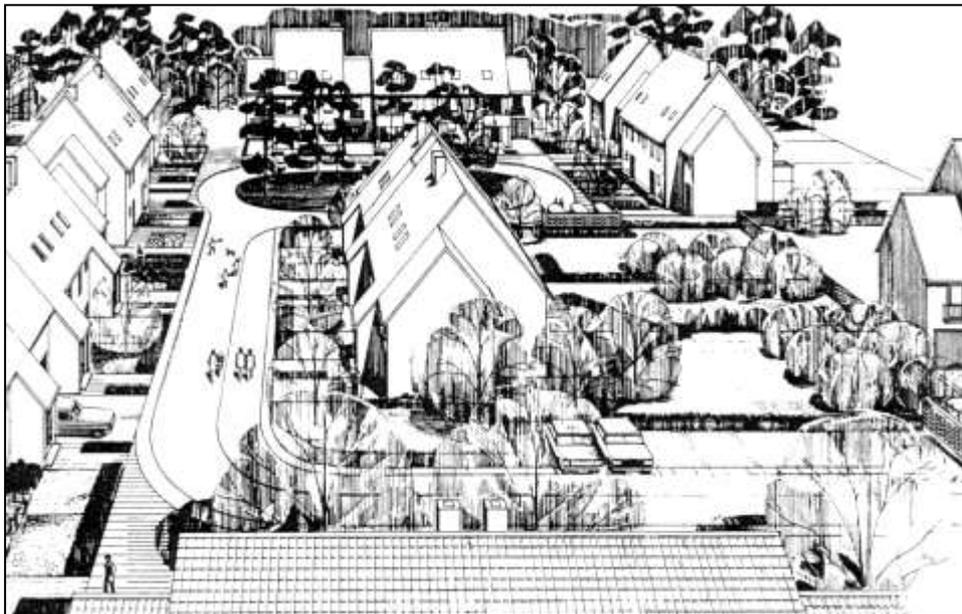
⁶¹¹ Vgl. *Senst*: Reihenhaus-Eigenheimsiedlung, S. 347.

⁶¹² Interview Beileke.

⁶¹³ *Senst*: Reihenhaus-Eigenheimsiedlung, S. 348.

zeption der städtebaulichen Struktur und die Projektierung der neuen Reihenhauserie erfolgten

erstmalig in intensiver gegenseitiger Abstimmung.⁶¹⁴ Grundlage für die Entwicklung des neuen Haustyps in Ludwigsfelde wurde eine Entwurfsserie der Bauakademie der DDR.⁶¹⁵ Von den Varianten, die unter Beteiligung der Stadt projektiert wurden, entschied sich der Rat der Stadt für die Bebauung mit dem neuen „Typ B 2“.⁶¹⁶ Dieser Bautyp verfügte über ein traditionelles Steildach und konnte in Bezug auf seine bauliche Struktur in vielfältigen Varianten in Reihen-, Doppel- und Einzelhausbauweise erstellt werden,⁶¹⁷ womit er schon viele Charakteristika eines individuellen Eigenheims aufwies. Die neue Serie sollte „einen Kompromiß zwischen ökonomisch-technischen Grenzwerten und sehr differenzierten Wohnbedürfnissen der Familien“⁶¹⁸ darstellen. Die endgültigen Versionen des „B 2“ erinnerten in nichts mehr an den zuvor in den ersten Bauabschnitten errichteten Typ „Weimar“, dem man das Bemühen um Standardisierung noch deutlich angesehen hatte.



39. Abb.: Beispiel für eine Einfamilienhausgruppe im dritten Bauabschnitt

Nicht nur die Hausform, sondern auch die städtebauliche Anlage der Siedlung war ambitioniert. Die Konzepte lassen den Einfluss ausländischer – auch westlicher – Leitbilder des Siedlungsbaus der späten 1970er und frühen 1980er Jahre erkennen. Die einzelnen Häuser waren in kleinen Wohngruppen angeordnet, die überschaubarer sein und die Identifikation

⁶¹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 557, Bebauungskonzeption Eigenheimsiedlung Walter-Rathenau-Straße, 3. Bauabschnitt, Büro für Städtebau: Ludwigsfelde, Kreis Zossen. Walter-Rathenau-Straße. Eigenheimsiedlung, III. BA Bebauungskonzeption II. Potsdam, Juli 1981, S. 2.

⁶¹⁵ Die bauliche Projektierung des Hauses „B 2“ übernahm der VEB (K) Bau Belzig. *Senst: Reihenhauserien-Eigenheimsiedlung*, S. 348.

⁶¹⁶ StadtAL Nr. 171001 022, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 5.3.1981, S. 2.

⁶¹⁷ Vgl. Eigenheime Projektauswahl. Ministerium für Bauwesen, Bauakademie der DDR, Institut für Landwirtschaftliche Bauten, Direktor: Prof. Dr.-Ing. Till Lammert, S. 37.

⁶¹⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 557, Bebauungskonzeption Eigenheimsiedlung Walter-Rathenau-Straße 3. Bauabschnitt, Büro für Städtebau: Ludwigsfelde, Kreis Zossen. Walter-Rathenau-Straße. Eigenheimsiedlung, III. BA Bebauungskonzeption, Potsdam, Juli 1981, S. 2.

der Bewohner fördern sollten.⁶¹⁹ Kurze Straßen und sogenannte „Anger“, die im Charakter Wohnhöfen ähnelten, sollten wechselnde Eindrücke innerhalb der Siedlung schaffen.⁶²⁰ Der Durchgangsverkehr wurde am Wohngebiet vorbeigelenkt. Von Anfang an war eine „Verkehrsberuhigung“ vorgesehen, „die es ermöglicht, daß sich Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger gleichberechtigt auf den Straßen bewegen können.“⁶²¹

Verteilung der Eigenheime

Welche DDR-Bürger die Möglichkeit zum Bau von Einfamilienhäusern erhielten, ist bisher nicht eingehend untersucht worden. Die offiziellen Begründungen für die Förderung des Eigenheimbaus betonten stets das vorrangige Ziel der Bereitstellung von Wohnungen für „kinderreiche Familien“. In den internen Akten wird jedoch deutlich, dass faktisch die Stabilisierung industrieller Standorte und die Wohnungsbeschaffung für die Eliten der Betriebe eine wesentliche Rolle bei der Vergabe der Eigenheime spielte.

Für neue Eigenheimstandorte existierte in Ludwigsfelde eine Auswahlkommission, die sich aus Vertretern von Stadt, Partei, Kreis und Werk zusammensetzte. Diese wählte vor Baubeginn die Bauwilligen auf Basis von Anmeldungen der Betriebe, Produktionsgenossenschaften und städtischen Wohnungsämter aus.⁶²² In Ludwigsfelde bestanden außerdem zeitweise noch separate Auswahlkommissionen innerhalb des Werkes. Welchen Sozialgruppen die neuen Eigenheimer angehörten, lässt sich anhand der vorliegenden Listen, die lediglich Aussagen über Betriebszugehörigkeit und Familienstand enthalten, nicht im Detail bestimmen. In internen Papieren wurde jedoch die Dominanz der industriepolitischen vor der sozialpolitischen Zielsetzung eindeutig betont. So sollten die im Jahr 1987 zusätzlich zum Plan vorgesehenen Eigenheime „den Charakter von Werkswohnungen tragen und sind insbesondere zur Ansiedlung von Fachkadern gedacht“⁶²³. Ob die „Eigenheime [...] aber praktisch nur denjenigen zugänglich [waren], die in Betrieben gut organisiert waren, die Eigenleistungen erbringen konnten und die nötigen Beziehungen hatten“⁶²⁴, lässt sich in Ludwigsfelde nicht im Einzelnen nachweisen. Auf lange Sicht kam der Eigenheimbau in der DDR jedoch nicht nur Privilegierten des Systems zugute, wichtiger waren angesichts der geschilderten Schwierigkeiten eigene Initiative und der Zugang zu Materialien.⁶²⁵

⁶¹⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 557, Bebauungskonzeption Eigenheimsiedlung Walter-Rathenau-Straße 3. Bauabschn. in Lu. 1981, Büro für Städtebau: Ludwigsfelde, Kreis Zossen. Walter-Rathenau-Straße. Eigenheimsiedlung, III. BA Bebauungskonzeption II. Potsdam, Juli 1981, S. 2.

⁶²⁰ Vgl. *Senst*: Reihenhaus-Eigenheimsiedlung, S. 350.

⁶²¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 557, Bebauungskonzeption Eigenheimsiedlung Walter-Rathenau-Straße, 3. Bauabschnitt 1981, Büro für Städtebau: Ludwigsfelde, Kreis Zossen. Walter-Rathenau-Straße. Eigenheimsiedlung, III. BA Bebauungskonzeption II. Potsdam, Juli 1981, S. 1.

⁶²² Vgl. *Kegler*: Kornhaus, S. 443–444.

⁶²³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27250/1, Zusammenarbeit mit der SED-Bezirksleitung: Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksplankommission, Potsdam, 2. Juni 1987 [ging als Brief an Mitglied des ZK der SED und 1. Sekr. der Bezirksleitung Potsdam Günther Jahn], S. 2.

⁶²⁴ *Clemens Zimmermann*: Wohnungspolitik – Eigenheime für alle? in: *Harlander (Hg.)*: Villa und Eigenheim, S. 330–349, hier S. 342.

⁶²⁵ Vgl. *Kegler*: Einfamilienhausbau, S. 223–224.

Von den im Jahr 1978 gestellten 35 Anträgen auf Eigenheime, stammten fünf von Ehepaaren, die beide vom AWL kamen und 30 aus Familien, in denen nur einer im AWL arbeitete.⁶²⁶ Die ersten Teilabschnitte des Eigenheimbaus waren damit weitgehend eine Werksiedlung des AWL. In den folgenden Jahren bestand aber nicht mehr eine so starke Bindung an die Betriebszugehörigkeit im AWL. Zunehmend wurden auch andere Antragsteller berücksichtigt. Zum einen hatte die Stadt Interesse an der Versorgung der sonstigen Einwohner, zum anderen fanden sich zeitweise auch nicht mehr genügend Bewerber aus dem AWL. 1982 waren von 30 Eigenheimen nur noch zehn definitiv zweckgebunden für das AWL vorgesehen.⁶²⁷ Von den 1984 aufgeführten Antragstellern für 20 projektierte Eigenheime gehörten acht Bauwillige mit beiden Ehepartnern und fünf Einzelpersonen dem AWL an.⁶²⁸ In der Konzeption für 1989 wurden von den zugesagten 20 Eigenheimen wieder 14 Eigenheime an AWL-Angehörige vergeben.⁶²⁹ Festzustellen ist, dass ein zunehmend größerer Bevölkerungskreis aus Ludwigsfelde Zugang erhielt, sodass mittelfristig die Stadt als Ganzes vom Eigenheimbau profitieren konnte. Von einem reinen Werkswohnungsbau konnte nicht mehr die Rede sein. Der Möglichkeit zum massiven Eigenheimbau resultierte aus den Bedürfnissen des Werkes. Die Stadtverwaltung hatte es aber verstanden, über den ursprünglichen industriepolitischen Hintergrund des Eigenheimbaus hinausgehend, einen wichtigen Impuls für die gesamte Stadtentwicklung zu generieren.

Trotz der forcierten Eigenheimbaumaßnahmen blieb insgesamt der Anteil der im Wohneigentum lebenden Ludwigsfelder im Vergleich mit dem vorherrschenden Wohnen im Mietshaus gering.⁶³⁰ Bis 1987 wuchs die Gesamtzahl der Eigenheime – einschließlich der Vorkriegsbauten – auf immerhin 1.409 an, bei insgesamt etwa 8.330 vorhandenen Wohnungen.⁶³¹ Zwischen 1975 und 1988 wurden allein im Eigenheimkomplex immerhin 259 Einfamilienhäuser errichtet.⁶³² Für eine „neue sozialistische Stadt“ hatte in Ludwigsfelde der Eigenheimbau einen bemerkenswerten Stellenwert errungen.⁶³³ Den Eigenheimern kam – trotz aller Einschränkungen ihrer individuellen gestalterischen Entfaltung – als Bauherren ein wichtiger Anteil an der Gestaltung des neuen Ludwigsfeldes zu.

⁶²⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 019, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 16.3.1978, Beschluß 635/93/78 zum Bau von Eigenheimen, S. 1.

⁶²⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 13.5.1982, Vorlage 308/82 Eigenheimbau 1983, S. 4.

⁶²⁸ Vgl. KreisATF XI 2370, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 9.6.1983, Stadtbauamt, Vorlage Nr. 427/83 Beschluß 489/106/83.

⁶²⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 18.2.1988, 3. Vorlage 328, S. 1.

⁶³⁰ Von den 27 größeren Städten und Orten des Bezirkes Potsdam hatte Ludwigsfelde 1981 mit 14,7 % den zweitniedrigsten Anteil von Wohnungen in Privatbesitz. Die Kreishauptstadt Zossen mit ihrem altstädtischen Kern und weiteren kleinteiligen Siedlungsanlagen verfügte über einen Anteil von 64,1 %. Den höchsten Anteil dieser Gemeindegruppe hatte der Villenort Kleinmachnow mit 77,8 %. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27224/1, detaillierte Ergebnisse der VBWGZ 1981, o.S.

⁶³¹ Vgl. *Gerhard Birk*: Anmerkungen zum Baugeschehen in Ludwigsfelde, in: *Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Teil 3, Ludwigsfelde 1988*, S. 39–46, hier S. 39.

⁶³² StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 7.9.1988, Bericht des Rates über die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaues, S. 9.

⁶³³ In der ebenfalls privilegierten industriellen Entwicklungsstadt Schwedt hatte ab 1971 der Eigenheimbau ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Vgl. *Springer*: Verbaute Träume, S. 301–307. Dennoch entstanden in Schwedt, das etwa doppelt so groß wie Ludwigsfelde war, 1971 bis 1987 nur 93 Eigenheime, deutlich weniger als ein Drittel des gleichzeitigen Ludwigsfelder Bauvolumens.

3.4.7 Der Generalbebauungsplan 1982: „Seid ihr jetzt Größenwahnsinnig geworden?“

Der Rat der Stadt musste sich in den 1980er Jahren nicht mehr wie in den 1950er und 1960er Jahren auf letztlich hilflose Proteste gegenüber den Vorhaben der übergeordneten Organe beschränken. Die gewachsene örtliche Kompetenz ermöglichte es nunmehr auch in eigener Verantwortung planerische Alternativen und Konzeptionen zu erarbeiten, um auf die langfristige Stadtentwicklung stärkeren Einfluss zu nehmen.

Mit dem vorgesehenen Abschluss des Bauvorhabens „Ludwigsfelde Nord“ bis 1991/1992 hätten die fest eingeplanten Wohnungsbaumaßnahmen für Ludwigsfelde erneut ein Ende gefunden, ohne dass die städtischen Defizite behoben worden wären. Das Interesse der Stadt richtete sich jedoch darauf, auch über die „Lösung der Wohnungsfrage“ bzw. die Erfüllung des Arbeitskräftebedarfs des Autowerkes hinaus eine Wachstums- und Entwicklungsoption zu erhalten, um insbesondere den „inneren Stadtausbau“ fortsetzen zu können. Die Aufstellung eines umfangreichen und detaillierten „Generalbebauungsplans“ sollte aus Sicht der Stadt das geeignete Instrument sein, um diese Ansprüche zu koordinieren und gegenüber der Zentrale und dem Bezirk zu konsolidieren.

Das Instrument der Generalbebauungsplanung war in der DDR bereits in seinen Vorformen der „generellen Stadtplanung“ in den späten 1950er Jahren zur besseren Koordinierung der Stadt- und Gebietsplanung mit der perspektivischen Volkswirtschaftsplanung eingeführt worden und erlebte insbesondere in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine Formalisierung und große Verbreitung.⁶³⁴ Die Erstellung dieser aufwendigen Planwerke blieb aber weitgehend auf Großstädte und größere Mittelstädte beschränkt, während in kleineren und mittelgroßen Städten in der Regel nur vereinfachte Planungsinstrumentarien wie „Entwicklungskonzeptionen“, „Leitlinienplanungen“ und „Flächennutzungspläne“ Anwendung fanden. Erst seit den späten 1970er Jahren wurde das mittlerweile etablierte Instrument des Generalbebauungsplanes auch vermehrt auf einzelne kleinere und mittlere Städte angewandt, wobei es sich meist um Städte handelte, die durch Industrieansiedlungen oder Verwaltungssitze über besondere Standortbedingungen verfügten.

Die Aufstellung dieser komplexen Planwerke war in den kleinen Städten nach Ansicht des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie in Berlin jedoch grundsätzlich problematisch. Während „in den größeren Städten ein wesentlich größeres Kaderpotential zur Lösung der städtebaulichen Aufgaben konzentriert [sei] und die Generalbebauungspläne [...] kontinuierlich präzisiert und aktualisiert“ werden konnten, erschwerte in den Kleinstädten „die [geringe] Größe der Städte und ihre [unzureichende] Besetzung in den staatlichen Leitungsfunktionen [...] eine eigenständige volle Wahrnehmung der Arbeitsaufgaben in Analyse und

⁶³⁴ In der Form der „generellen Stadtplanung“ wurde das Instrument schon seit Ende der 1950er Jahre angewendet. Vgl. z.B.: Autorenkollektiv der Abteilung Generelle Stadtplanung im Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie: Die sozialistische Entwicklung der Städte erfordert die generelle Stadtplanung, in: DA 11, 12, 1962, S. 705–706. Seine Entwicklung zur Generalbebauungsplanung erfolgte seit Anfang der 1960er Jahre. Vgl. *Wolfgang Weigel*: Sozialistische Umgestaltung der Städte, komplexe Rationalisierung und Generalbebauungsplanung – eine Einheit, in: DA 15, 1966, H.12, S. 710. Vgl. zur weiteren Entwicklung des Instruments: *Hoscislawski*: Bauen, S. 293; *Betker*: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 133–144.

Planung durch die Kader der Stadt.“⁶³⁵ Gemäß dem § 4 (2) der Anordnung über die Generalbebauungsplanung für Städte vom 11. Februar 1988 konnten angesichts dieser personellen Grenzen des kommunalen Planungspotenzials für Städte mit weniger als 35.000 Einwohnern auch vereinfachte Generalbebauungspläne in Form städtebaulicher Leitpläne erarbeitet werden.⁶³⁶

Der Anspruch der kreisangehörigen Kleinstadt Ludwigsfelde war aber weitaus ambitionierter. Ludwigsfelde war bereits im September 1966 erstmals vom Bezirk die Erstellung eines Generalbebauungsplanes versprochen worden. Obwohl die Stadt größtes Interesse an der Anwendung dieses Planungsinstruments geäußert hatte, wartete sie vergeblich auf die Umsetzung durch die übergeordneten Organe.⁶³⁷ Desinteresse oder die Furcht der zentralen Institutionen vor verbindlichen Versprechungen verhinderten die Weiterverfolgung dieser Planungen durch den Bezirk. Allerdings wurden mehrere Leitlinienpläne seit den 1960er Jahren erstellt und weiterentwickelt, die schon annähernd den Umfang von Generalbebauungsplanungen hatten. Trotz weiterer übergreifender Perspektivpläne in den 1970er und 1980er Jahren konnte jedoch von einer koordinierten und integrierten Gesamtplanung für Ludwigsfelde noch nicht die Rede sein. Der Wunsch nach einem umfassenden – und für die Stadt auch prestigeträchtigen – Generalbebauungsplan wurde in den späten 1970er Jahren und Anfang der 1980er Jahre deshalb immer deutlicher artikuliert.⁶³⁸

Bereits 1977 gab es in Ludwigsfelde eigene lokale Initiativen durch die Kommission für Bauwesen, ein „Flächennutzungsplan“ genanntes Planwerk für das gesamte Stadtgebiet zu erarbeiten und „damit eine langfristige Bebauungskonzeption zu schaffen, die einen Stadtcharakter hat“.⁶³⁹ Obwohl sich die städtische Kommission über die realen fachlichen und politischen Machtverhältnisse im Klaren war, betonten Kommissionsmitglieder sogar in öffentlichen Stadtverordnetensitzungen mehrfach, dass der Plan mit dem Büro für Städtebau in Potsdam lediglich „abzustimmen“ sei, während die Stadtverwaltung und die Bürger der Stadt die eigentlich verantwortlichen Akteure der Planerstellung sein sollten: „Am Ende soll ja eine von den Bürgern, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen als optimale Stadtkonzeption akzeptierte Dokumentation entstehen, die eine Entscheidungsgrundlage für alle Bereiche darstellt.“⁶⁴⁰ Bei den Bürgern wurden so hohe Erwartungen geweckt. Ein erster Entwurf sollte schon bis Jahresende 1977 erstellt werden. Durch diese Eigeninitiative wurden auch die übergeordneten Organe unter Zugzwang gesetzt.

⁶³⁵ BArch DH 1 34333, Ministerium für Bauwesen. Referat Grundsatzangelegenheiten des Städtebaus, Institut für Städtebau und Architektur, Abt. Umgestaltung: Inhaltliche, methodische und organisatorische Empfehlung zur Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen für Mittel- und Kleinstädte der DDR unter 35.000 Einwohnern – Entwurf, Dessau, 10.3.1989, S. 1 und 4.

⁶³⁶ Vgl. Anordnung über die Generalbebauungsplanung für Städte vom 11.2.1988, in: GBl. I 1988, Nr. 6, S. 65–66.

⁶³⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 007, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 19.4.1967, S. 2.

⁶³⁸ Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, S. 13.

⁶³⁹ StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 17.3.1977, Bericht der Ständigen Kommission Bauwesen, S. 1.

⁶⁴⁰ Ebd.

Im Jahre 1978 beschloss der Bezirk Potsdam schließlich, dass sowohl für die Kreisstadt Zossen als auch für die Stadt Ludwigsfelde „die vorhandenen Dokumentationen zu Generalbebauungsplänen [...] zu präzisieren“⁶⁴¹ seien. Die fachliche und technische Bearbeitung erfolgte später – wie üblich – durch das Büro für Städtebau in Potsdam, jedoch anders als bei vorangegangenen Konzeptionen in enger Koordinierung mit Ludwigsfelde und unter erkennbarer Berücksichtigung der Wünsche der Stadt.⁶⁴² Wesentliche Konzeptionsarbeiten wurden trotz der geringen Personalausstattung auch innerhalb der Institutionen der Stadt erstellt. Durch den Bezirk wurde dabei entsprechend den rechtlichen Bestimmungen der planerische Rahmen vorgegeben.⁶⁴³ Der Kreis war nach § 40 des „Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ von 1970 „für die städtebaulich-architektonische Entwicklung der Städte und Gemeinden ihres Territoriums entsprechend der hierzu vom Bezirkstag und vom Rat des Bezirkes festgelegten Grundlinie verantwortlich“ und hatte für die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen der Städte weitere detaillierte Vorgaben zu erarbeiten.⁶⁴⁴ Im Falle des Ludwigsfelder Generalbebauungsplans trat der Kreis jedoch – anders als bei den Planwerken der 1960er Jahre – faktisch bei der Erarbeitung kaum noch in Erscheinung, was die gewachsene Handlungsmacht der Kommune verdeutlicht.

Im Erarbeitungsprozess gewann die Stadt durch ihre Eigeninitiative insbesondere in Gestalt des für die Planung zuständigen Stadtrates eine entscheidende Rolle. Im Jahre 1982 konnte ein mit dem Büro für Städtebau gemeinsam erstellter Generalbebauungsplan vorgelegt werden.⁶⁴⁵ Der Rat der Stadt hielt sich die schnelle Erarbeitung der Unterlagen und die erfolgreiche Einbringung lokaler Interessen als Erfolg zugute.⁶⁴⁶ Der Plan von 1982 blieb aber nur im Status einer bestätigten Entwurfsfassung, die später weiter bearbeitet wurde. Eine endgültige Verabschiedung scheint es nie gegeben zu haben.⁶⁴⁷ Auch 1989 befand sich der Plan noch in der Bearbeitung,⁶⁴⁸ er wurde jedoch bereits als Entscheidungsgrundlage für die weitere Stadtentwicklung verwendet. Die Genehmigung von Eigenheimen 1988/89 erfolgte schon entsprechend den Festlegungen im Generalbebauungsplan der Stadt in Absprache mit dem Büro für Städtebau.⁶⁴⁹

Im gemeinsamen Entwurf des Generalbebauungsplans von 1982 wurden die bestehende städtebauliche Situation vor Ort und die Planungsmängel der vorangegangenen Jahrzehnte ohne Beschönigungen dargestellt:

⁶⁴¹ KreisATF II 2942, Sitzung des Rates des Kreises 11.10.1978, Beschluß Kreistag Zossen Nr. 0131, 6.11.1978 zur Erarbeitung langfristiger Entwicklungskonzeptionen der Städte und Gemeinden, S. 3.

⁶⁴² Interview Beileke.

⁶⁴³ Vgl. zum § 26 (3) GöV 1973, *Armbrust*: Kommentar GöV 1973, S. 127.

⁶⁴⁴ Vgl. *Armbrust*: Kommentar GöV 1973, S. 191.

⁶⁴⁵ Der formelle Status dieses Planwerkes bleibt jedoch unklar, da die zugehörigen Unterlagen fehlen und die Angaben sich widersprechen.

⁶⁴⁶ Interview Beileke.

⁶⁴⁷ Interview Schmidt.

⁶⁴⁸ Vgl. StadtAL Nr. 171001 030, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 9.2.1989, S. 3.

⁶⁴⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 18.2.1988, 3. Vorlage 328 – EH Bau 1989 wurde mit Beschluß Nr. 467/99/88 bestätigt, o.S.

„Ludwigsfelde ist in gewissen Punkten als eine neue sozialistische Wohnstadt anzusehen. Ihr Nachteil besteht jedoch darin, daß sie nicht als Gesamtkomplex geplant wurde. Die Wohngebiete entstanden in verschiedenen Zeitabschnitten, was städtebaulich und architektonisch nachteilig ist. Somit ergeben sich auch unbefriedigende, im Nachgang nicht mehr optimal zu lösende Stadtfunktionen. [...] Auf Grund der flächenextensiven weiträumigen Bebauung sowie der für die Ausbildung der Potsdamer Straße zur gesellschaftlichen Hauptzone ausgewiesenen, aber nicht bebauten Zentrumsflächen ist ein städtisches Raummilieu nur in Ansätzen erkennbar.“⁶⁵⁰

Auf dieser zutreffenden Defizitanalyse fußten die weiteren Konzepte. Insbesondere im Hinblick auf eine bessere Koordinierung der Stadtentwicklung maß der Rat der Stadt der Generalbebauungsplanung eine wichtige Rolle bei, wenn er im Jahre 1985 feststellte, dass im Bereich des lokalen Bauwesens und der Werterhaltung alle Beteiligten der lokalen Institutionen „selbständig und (vorsichtig ausgedrückt) mit geringer Abstimmung handeln, und dieses Handeln ohne einheitliche Leitung bei fehlender städtebaulicher Gesamtkonzeption (Generalbebauungsplan) eine Hauptursache für den trotz aner kennenswerten Bemühens noch nicht befriedigenden Gesamteindruck unserer Stadt ist.“⁶⁵¹ Durch die Aufstellung eines Generalbebauungsplans – und die detaillierte Begründung aller vorgeschlagenen Entwicklungen – gewann die Stadt ein Instrument zur faktischen Durchsetzung städtischer Interessen gegenüber den übergeordneten staatlichen Institutionen und insbesondere den Organen des Bauwesens.

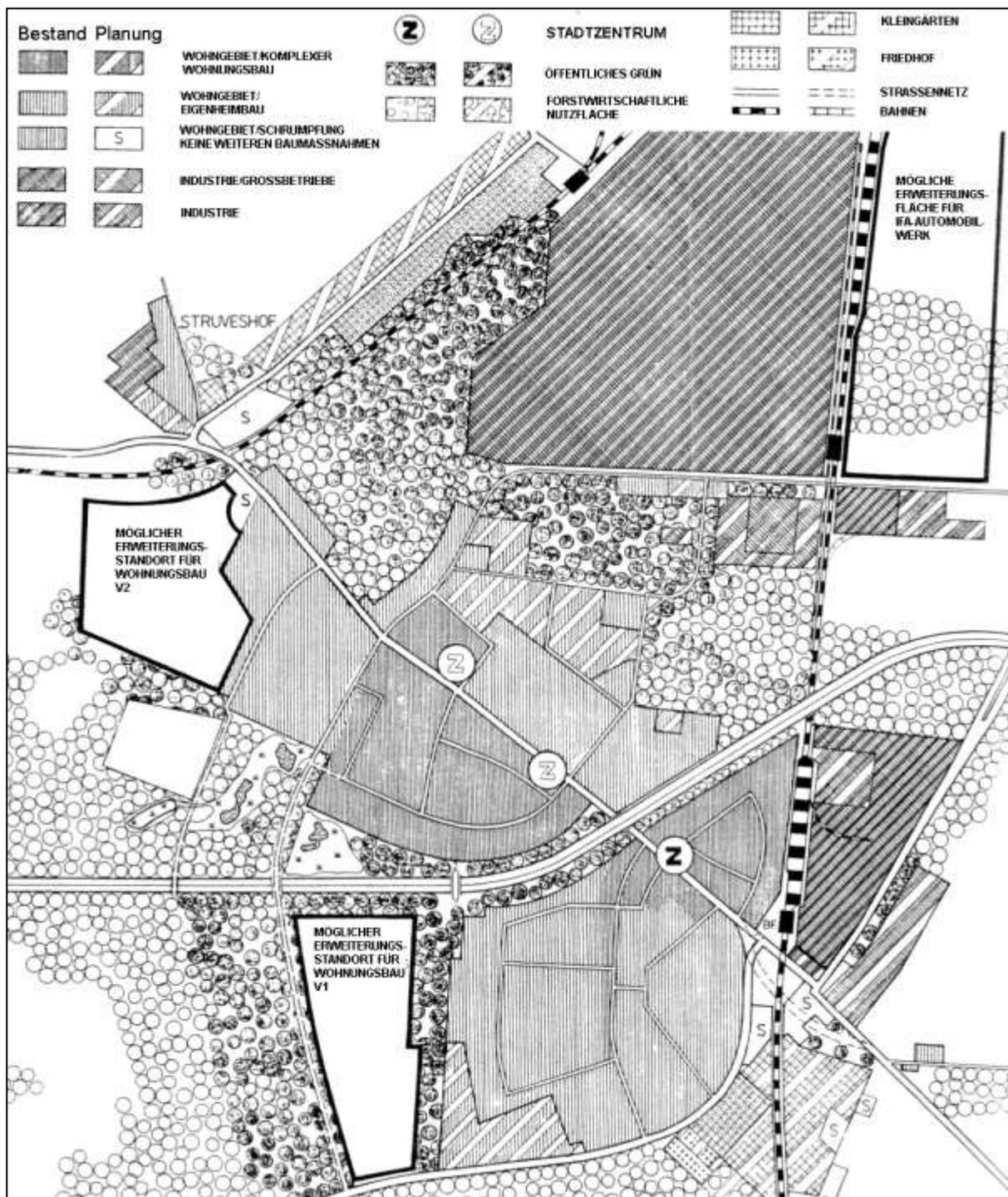
Städtebaulich sollte durch den Generalbebauungsplan die innere Verdichtung, die mit der parallelen Planung des „3. Teilkomplexes“ von „Ludwigsfelde Nord“ eingeleitet worden war, fortgesetzt werden. Entlang der Potsdamer Straße wurden dazu mehrere kleinere Zentren projiziert, die zusammen mit den Zentrumsansätzen am „Zentralen Platz“ in Nord-Süd-Richtung einen zentralen urbanen Raum in der Mitte Ludwigsfeldes formen sollten. Für eine zukünftige Vergrößerung der Einwohnerzahlen wurden weitere Bauflächen für Geschosswohnungsbau, aber auch sehr umfangreiche Bauflächen für Eigenheime projiziert. Der Generalbebauungsplan entwarf das Leitbild einer expandierenden Industriestadt mit kompaktem Kern, mehreren Subzentren, einem differenzierten Wohnungs- und Freizeitangebot sowie zahlreichen neuen Eigenheim- und Kleingartenflächen und mit einer Wachstumsoption, die schon über die Grenzen einer Kleinstadt hinauswies.

Mit ihren großzügigen Ambitionen stieß die Stadt jedoch auf Kritik der übergeordneten Stellen, die die Entwicklungsabsichten der Stadt für überzogen hielten. Der erste Entwurf der Stadt wurde im Rat des Kreises mit der Bemerkung kommentiert: „Seid ihr jetzt größenwahnsinnig geworden“.⁶⁵²

⁶⁵⁰ Büro für Städtebau Potsdam: Generalbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdam 1982, S. 13–14.

⁶⁵¹ StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 23.10.1985, Rechenschaftsbericht der Ständigen Kommission Örtliche Versorgungswirtschaft, S. 4.

⁶⁵² Interview Schmidt.



40. Abb.: Generalbebauungsplan mit umfangreichen inneren Verdichtungsbereichen und Erweiterungsflächen sowie einem dreiteiligen Zentrumsband, ca. 1982

3.4.8 Vom „3. Teilkomplex“ zum „Boulevard“

Die ersten beiden Teilkomplexe von „Ludwigsfelde Nord“ hatten entgegen den ursprünglichen Absichten der städtebaulichen Perspektivplanung nicht zur strukturellen Stadtwerdung von Ludwigsfelde beigetragen. Die eigentliche Stadtmitte war unbebaut geblieben, der Bau von zentrumsrelevanten Einrichtungen war nicht erfolgt. Lediglich der Wohnungsbestand der Stadt hatte sich erheblich vergrößert, vor allem durch die Bebauung der mit der Mitte der Stadt kaum verbundenen nördlichen Peripherie. Dem dritten südlichen und zentrumsnahen

Teilkomplex von „Ludwigsfelde Nord“ kam deshalb im Hinblick auf die innere Stadtwerdung von ganz Ludwigsfelde eine umso größere Bedeutung zu.

Diese Chance wollte der Rat der Stadt am Ende der 1980er Jahre nutzen. Die Stadt hatte sich schon seit den 1960er Jahren vehement für die Schließung dieser Lücke im Stadtgefüge eingesetzt. Anders als in den Jahrzehnten zuvor schien dieses Bemühen nun erfolgreich zu sein. Eine realistische Alternative zur Bebauung dieser zentrumsnahen Flächen gab es in Hinblick auf den bestehenden akuten Wohnungsbedarf auch für die bezirkliche Planung nicht mehr. Die bisherige Strategie des Ausweichens des Wohnungsbaus auf unbebautes Gelände an der Peripherie konnte angesichts der schon sehr weiten Ausdehnung der Stadt und fehlender Flächenreserven am Stadtrand nicht mehr weiterverfolgt werden.

Durch die bezirkliche Planung war ursprünglich vorgesehen, ab 1986 mit dem „3. Teilkomplex“ zu beginnen und damit den Bauteil „Ludwigsfelde Nord“ abzuschließen.⁶⁵³ Der Bau verzögerte sich später aber erheblich. Der Baubeginn für den ersten Bauabschnitt des „3. Teilkomplexes“ wurde auf 1989 und der Start für den zweiten Bauabschnitt auf 1991 verschoben.⁶⁵⁴ Die Verschiebungen wurden durch die spätere Realisierung von Teilen des „2. Teilkomplexes“ bis 1987 und den verstärkten Bau von Eigenheimen nur zum Teil ausgeglichen. 1986 und 1988 erfolgte bis auf einige Eigenheime sogar keinerlei Wohnungsbau in Ludwigsfelde.

Der Rat der Stadt wollte angesichts der drängenden Wohnungsprobleme und seines Interesses an einer Bebauung der inneren Stadtbereiche weitere Verzögerungen vermeiden und engagierte sich in eigener Initiative intensiv, um das notwendige Baugelände rechtzeitig baureif herzurichten, indem die Stadt für die Bewohner der auf dem Baufeld abzubrechenden Einfamilienhäuser rechtzeitig Ersatzwohnraum suchte. Die Stadt nahm zahlreiche Koordinierungsaufgaben bei der Vorbereitung in die eigene Hand und organisierte Treffen mit den verantwortlichen Akteuren von Kreis, Bezirk und Bauwesen, um aufkommende Probleme zeitnah zu lösen. Vom Rat des Kreises bekam die Stadt 1987 sogar die direkte Federführung über die Verhandlungen mit dem Hauptinvestor, dem Wohnungsbaukombinat, „im Interesse der Verkürzung der Arbeitswege und der Vertragsbeziehungen“⁶⁵⁵ übertragen.

Für die städtebauliche Leitlinienplanung des „3. Teilkomplexes“ war erneut das Büro für Städtebau Potsdam verantwortlich.⁶⁵⁶ Im Verlauf der Konzeptentwicklung zeigte sich, vermittelt durch die mittlerweile guten Beziehungen zum Büro für Städtebau, jedoch wie beim Generalbebauungsplan ein zunehmender Einfluss der städtischen Organe auf die gestalterische Konzeption des Wohngebietes und seiner Folgeeinrichtungen. Die ersten Planungen

⁶⁵³ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 2.

⁶⁵⁴ Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 24.3.1988, Tätigkeitsbericht des Rates, S. 4.

⁶⁵⁵ StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90. Kreisbauamt 8.9.1987 an VEB HAB Potsdam, o.S.

⁶⁵⁶ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 1.

sahen 224 Wohnungseinheiten für den ersten und nochmals 282 Wohnungseinheiten für den zweiten Bauabschnitt vor.⁶⁵⁷ Später wurden die zentral zugewiesenen Wohnungsbauzahlen deutlich erhöht. Die Stadt war jedoch nicht mehr ausschließlich an der bloßen Vergrößerung der Quantitäten des Wohnungsbaus interessiert. Sie verlangte bei den Verhandlungen mit dem Wohnungsbaukombinat auch eine Anpassung des Wohnungsschlüssels an die lokalen Ansprüche und berief sich dabei explizit auf die gewandelten Ansprüche der Ludwigsfelder Bevölkerung, die „die 2-Raum-Wohnungen in der momentan angebotenen Variante“⁶⁵⁸ ablehnen würde. Nach Ansicht des Rates sollten vermehrt große Wohnungen entstehen, um der veränderten Bevölkerungsstruktur besser zu entsprechen – Ludwigsfelde war nicht mehr die reine Werksiedlung, in der lediglich für industrielle Zuwanderergruppen, Alleinstehende und junge Ehepaare geplant werden konnte. Erstmals wurde auch ein Gebäude mit 83 altersgerechten Wohnungen vorgesehen.

Eine weitere grundsätzliche Änderung der städtebaulichen Konzeption gegenüber den älteren Planungen zeigte sich im Umgang mit dem Altbaubestand. Auf dem Baufeld des Teilkomplexes befanden sich neben Behelfsbauten, Wohnlauben, kleinen Ställen, einzelnen Garagen und einfachen Kleingartenhütten auch 65 vollwertige Einfamilienhäuser. Vom Büro für Städtebau wurde der Wohnwert der vorhandenen Behelfsbauten und der wenigen massiven Wohnhäuser in sanitärer Hinsicht als mangelhaft eingeschätzt⁶⁵⁹, was allerdings auch durch die jahrelange Bausperre in diesem Bereich verursacht worden war.

Die Gemeinde hatte in den 1960er Jahren zur Komplettierung der Stadtmitte noch für einen möglichst weitgehenden Abriss der Eigenheime zugunsten von Geschosswohnungsbau plädiert, um ein dichtes Stadtzentrum zu schaffen. Auch die – nie realisierten – Planungen des Bezirks sahen einen kompletten Abriss der Altbebauung im zentrumsnahen Bereich vor. Seit der Mitte der 1970er Jahre wandelte sich dieses Leitbild der Stadtentwicklung jedoch grundlegend. Da Eigenheime seit Mitte der 1970er Jahre in der DDR und insbesondere in Ludwigsfelde als eine sehr angesehene Wohnform galten, war ihr Abriss nun in der Stadt äußerst unpopulär – vor allem da gerade massiv neue Eigenheime an anderer Stelle in der Stadt gebaut wurden. Als negatives Leitbild wie in den 1950er und 1960er Jahren taugte das Einfamilienhaus nicht mehr. In den späten 1980er Jahren setzte sich die Stadt gegenüber dem Bezirk zwar immer noch für die Verdichtung des zentralen Gebietes ein. Die Stadt war aber intensiv bemüht, einen Kompromiss zwischen dem Ziel der baulichen Arrondierung des Stadtbildes und der möglichst weitgehenden Erhaltung des Bestandes an Einfamilienhäusern und Bäumen in diesem Bereich zu finden. Schon die ersten Leitlinienplanungen des Büros für Städtebau von 1982 schlugen nur noch den Abriss von insgesamt 16 bestehenden

⁶⁵⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 24.3.1988, Tätigkeitsbericht des Rates, S. 4.

⁶⁵⁸ StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 21.10.1987, Protokollauszug aus der Sitzung des Rates der Stadt Ludwigsfelde zum Tagesordnungspunkt „Begründung der Bebauungskonzeption TK III, 1. BA“ am 15.10.1987, S. 1.

⁶⁵⁹ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 1.

Wohnhäusern und fünf Behelfsheimen vor.⁶⁶⁰ Trotz der städtebaulichen Zwangspunkte wäre nach Ansicht der Stadt bei Anwendung der „Grundsätze der innerstädtischen Bebauung“, wie sie zu dieser Zeit in der DDR für historische Innenstädte eingeführt wurden, eine attraktive, dichte Bebauung auch in Ludwigsfelde möglich.⁶⁶¹ Argumentationshilfe für diese neue Strategie von Stadt und Büro für Städtebau gaben die neuen Gesetze der 1980er Jahre, die die „intensive“ gegenüber der „extensiven“ Stadtentwicklung förderten. Nach dem „Gesetz über die Bereitstellung von Grundstücken“ von 1984 waren „Neubauten [...] grundsätzlich innerhalb der bereits bebauten Flächen der Städte und Gemeinden zu errichten.“⁶⁶² Im endgültigen Entwurf des Büros für Städtebau konnten diese Ziele schließlich weitgehend erreicht werden, indem der Bebauungsplan die bauliche Integration von Bestandsbauten vornahm, ohne den verdichteten Charakter des Gebietes in Frage zu stellen. Das Wohnungsbaukombinat hatte sich lange gegen die Anwendung dieser aus seiner Sicht komplizierten und nur für „Altstädte“ gedachten Regelungen gewehrt. Einige bestehende Einfamilienhäuser sollten nun – nach Umsetzung ihrer Bewohner – während des Baus für Baustelleneinrichtungen und anschließend für gesellschaftliche Einrichtungen im neuen Stadtviertel genutzt werden.⁶⁶³

Die städtebauliche Planung des „3. Teilkomplexes“ orientierte sich weitgehend am vorhandenen Straßennetz des alten Parzellierungsgebietes für Eigenheime vom Anfang des 20. Jahrhunderts und überführte diese in eine geschlossene Bebauung. In der frühen Planung von 1982 wurden auf dieser Basis noch Geschosswohngebäude in Zeilen und Winkelformen, teils auch über bestehende Straßen hinweg, vorgesehen, die nur am Rande des Gebietes eine geschlossene Bebauung hergestellt hätten.⁶⁶⁴ Die Konzeption des endgültigen Entwurfs von 1987 sah darüber hinaus auch innerhalb des alten Siedlungsgebietes eine den vorhandenen Straßenverläufen folgende geschlossene Bebauung vor, soweit dies bei Integration des Altbaubestandes möglich war. Straßenüberbauungen unterblieben nun gänzlich.⁶⁶⁵ Im Gegensatz zum 1. und 2. Teilkomplex bildeten sich so Baublöcke in einer dem Ort angemessenen Maßstäblichkeit heraus. Die bauliche Ordnung orientierte sich wieder am traditionellen Gliederungssystem von klar ablesbaren Straßenräumen mit begleitender fünfgeschossiger Bebauung, betonten Straßenecken und gesonderten Hofbereichen. Die Prinzipien der „Alten Stadt“ hielten auf Basis dieser Überformung des ehemaligen Einfamilien-

⁶⁶⁰ Vgl. ebd., S. 2.

⁶⁶¹ Vgl. StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat der Stadt Ludwigsfelde 2.11.1987 Entwurf Aufgabenstellung für den Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord III. Teilkomplex 1200 WE und Gesellschaftsbau, S. 4.

⁶⁶² Zitiert nach *Hoscislawski*: Bauen, S. 353; vgl. zum baupolitischen Paradigmenwechsel auch *Joachim Palutski*: Zur Baupolitik in der Ära Honecker: Das Wohnungsbauprogramm, in: *Barth (Hg.)*: Planen für das Kollektiv, S. 69–88.

⁶⁶³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 30170, Bezirksbauamt Bereich Vorbereitung Komplexer Wohnungsbau Bebauungsstudie 2. Teilabschnitt Ludwigsfelde WK Nord 1978 Büro für Städtebau: Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III Leitlinienplanung, Potsdam im April 1982, S. 2.

⁶⁶⁴ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, Plan 704/280.

⁶⁶⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33116, Büro für Städtebau, Ludwigsfelde, Wohnkomplex Nord, Städtebauliches Konzept, Oktober 1987, Plan 704/320.

hausgebietes durch eine Miethausbebauung auch in der neuen Stadt Ludwigsfelde wieder Einzug.

Die Fußgängerzone am Dachsweg: „Der Prachtboulevard“ von Ludwigsfelde

Der wichtigste gesamtstädtische Aspekt des „3. Teilkomplexes“ und der augenfälligste Rückgriff auf traditionelle Stadtmodelle, war seine Funktion als neues Zentrum für Konsum und gesellschaftliche Aktivitäten, die ihm in Ergänzung und Verlängerung des Zentralen Platzes zusätzlich zu seiner Wohnfunktion zugewiesen werden sollte. Durch die Beteiligung der Stadt setzte sich dabei auch in der Frage der Nutzungsstruktur eine Planung durch, die erheblich vom Standardprogramm des komplexen Wohnungsbaus abwich, wie er üblicherweise in kleinen Industriestädten und – bisher auch in Ludwigsfelde – umgesetzt wurde. Bereits zu Beginn der Planungen durch das Büro für Städtebau war festgelegt worden, dass das Gelände neben Wohnungsbau sowohl den Nachholbedarf an gesellschaftlichen Einrichtungen der weiteren Umgebung als auch Flächen für Konsumeinrichtungen mit gesamtstädtischer Bedeutung aufnehmen sollte.⁶⁶⁶ Der „3. Teilkomplex“ sollte nicht mehr vorrangig durch industriellen Massenwohnungsbau „zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem“ in Ludwigsfelde beitragen. Erst durch die Bebauung dieses Bereiches konnten alle drei Teilkomplexe in „Ludwigsfelde Nord“ zu einem Gesamtkonzept zusammenwachsen und mit der restlichen Stadt verknüpft werden.⁶⁶⁷ Die geplanten Geschossbauten dienten der Verdichtung und Vernetzung der umgebenden Bebauung und der Schaffung eines „städtischen Bildes“⁶⁶⁸ und sollten darüber hinaus zur Herausbildung eines Zentrums für ganz Ludwigsfelde beitragen.

Das Konzept dieses neuen Baugebiets zeigt deutlich, dass es – durch den Einfluss der Stadt – nicht mehr ausschließlich darum ging, bloße Quantität von Wohnraum zu errichten. Ein wesentlicher Unterschied zu älteren Zentrumsplanungen in Ludwigsfelde zeigt sich beim Umgang mit den Konsumeinrichtungen im städtebaulichen Entwurf. Die Stadt wünschte nicht nur die Erfüllung der Kennziffern, sondern eine qualitätvolle integrierte Einordnung der Konsum- und Dienstleistungsangebote innerhalb der Wohngebäude, womit sie einem ganz neuen städtebaulichen Leitbild und damit auch einem gewandelten Bild von der Kleinstadt Ludwigsfelde folgte.

Dieses neue lokale Leitbild musste aber mit der Angebotspalette des komplexen Wohnungsbaus synchronisiert werden. Als Wohnungsbautyp für den „3. Teilkomplex“ war die in der DDR vorherrschende und damit auch weitgehend alternativlose Wohnungsbauserie „WBS 70“ vorgesehen. Als Besonderheit wünschte die Stadt jedoch, dass einige Wohnblöcke entlang der Potsdamer Straße und dem parallelen Dachsweg mit gesellschaftlichen Einrichtungen unterlagert werden sollten, wie dies zu dieser Zeit auch bei der Bebauung von Innen-

⁶⁶⁶ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 2.

⁶⁶⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 7.9.1988, Abg. Paul Beileke, Stellvertreter des Bürgermeisters für Planung, S. 3.

⁶⁶⁸ Ebd.

städten größerer Orte in der DDR umgesetzt wurde. In enger Zusammenarbeit mit den Planern des bezirklichen Büros für Städtebau wurde durch die Anlage von Ladengeschäften so eine neue zentrale Einkaufszone parallel zur Potsdamer Straße unter pragmatischer Einbeziehung von Altbaubestand und mit den Mitteln des komplexen Wohnungsbaus konzipiert. Im Rahmen der Weiterentwicklung der städtebaulichen Entwürfe bildete sich allmählich auf Drängen von Ludwigsfelde eine städtische Einkaufsstraße heraus – ein städtebaulicher Typus, den es bisher in der „Neustadt“ Ludwigsfelde noch nicht gegeben hatte. Diese Konzeption ging auf die lang gehegten Wünsche der Stadt ein. Der von Bürgern und Stadtverwaltung empfundene Mangel an Urbanität und öffentlichen Räumen hatte sich schon seit den 1950er Jahren immer wieder im Wunsch nach einer städtischen „Ladenstraße“ geäußert.⁶⁶⁹

Nachdem die ersten Vorplanungen für den Bereich des TK 3 noch reine Wohnblöcke vorgesehen hatten, findet sich erstmals seit 1982 in den Konzeptstudien eine Ergänzung der Wohnbebauung mit „gesellschaftlichen Unterlagerungen“.⁶⁷⁰ Insgesamt wurden zwölf Läden und sonstige Versorgungseinrichtungen in den Erdgeschosszonen der Wohngebäude vorgesehen.⁶⁷¹

Bis 1985 konnte die Stadt in Abstimmung mit dem Bezirk diese Planung festigen und das Büro für Städtebau mit einer konkreten Studie für die Umsetzung dieser Planung beauftragen.⁶⁷² Mittlerweile hatte sich die Planung der Einkaufsstraße durch die Wünsche der Stadt sogar zur Konzeption einer Fußgängerzone verdichtet. Am 12. August 1987 erteilte der Rat der Stadt Ludwigsfelde seine grundsätzliche Zustimmung zum fertig gestellten Entwurf des Büros für Städtebau, der wie von der Stadt gewünscht, die „Schaffung einer verkehrsfreien Zone i.B. des Dachsweges“ mit Geschäften und Gastronomie vorsah.⁶⁷³

Der endgültige Entwurf für eine Fußgängerzone⁶⁷⁴ diente nicht mehr der Symbolisierung einer „neuen Gesellschaftsordnung“ oder der Versinnbildlichung des industriellen Aufbruchs in einer „sozialistischen Industriestadt“. Wie in vielen anderen Städten der DDR verdeutlicht der Wunsch nach einer kleinteilig strukturierten Fußgängerzone vielmehr die Sehnsucht nach

⁶⁶⁹ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 22.5.1956 und KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 24.4.1958, S. 2. Siehe zur Thematik auch: 5.3.6 Der Wunsch nach dem „städtischen Charakter“, S. 410.

⁶⁷⁰ KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 9.

⁶⁷¹ Vgl. KreisATF VI 7465, Kreisplankommission, Standortplanung, 1973–78, Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord, Büro für Städtebau Potsdam, Ludwigsfelde Wohnkomplex Potsdamer Straße Nord TK III – Leitlinienplanung, Potsdam, im April 1982, S. 1.

⁶⁷² Vgl. StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Schreiben: Rat der Stadt Ludwigsfelde, der Bürgermeister an Büro für Städtebau Potsdam, Stellv. d. Bezirksbaudirektors und Bezirksarchitekt Gen. Kohlschütter, Ludwigsfelde 17.10.1985, S. 1.

⁶⁷³ Vgl. StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Niederschrift über eine Beratung am 12.8.1987 beim Rat der Stadt Ludwigsfelde zum Vorhaben Ludwigsfelde, TK III, o.S.

⁶⁷⁴ Vgl. letzte Planfassung: BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33116, Büro für Städtebau, Ludwigsfelde, Wohnkomplex Nord, TK III, 1. und 2. BA, Bebauungsplan mit Freiflächen, Januar 1988 [Bearbeiter nicht lesbar].

traditionellen Stadtstrukturen und urbanen Aufenthaltsqualitäten.⁶⁷⁵ Der für die Planung maßgeblich verantwortliche Stadtrat schilderte das Ludwigsfelder Vorhaben im Rückblick:

„So ’nen richtigen Boulevard wollte ich da haben. Keen Auto, keen Fahrrad, sondern nur für die Leute, mit Café und ... und richtig eben ein städtisches Bild. Das war meine Vision.“⁶⁷⁶

Die Konzeption der Fußgängerzone in Ludwigsfelde lässt sich in die allgemeine Entwicklung der städtebaulichen Leitbilder der DDR einordnen. Schon seit Ende der 1960er Jahre, vor allem aber seit Ende der 1970er Jahre wurden im Zusammenhang mit der Rückbesinnung auf die Innenstädte in zahlreichen Städten neue Fußgängerbereiche angelegt wurden.⁶⁷⁷ Allerdings zielten die zahlreichen Planungen für Nachverdichtungen und innerstädtische Fußgängerzonen zumeist nur auf historische Altstädte und die zerstörten Zentren der Großstädte,⁶⁷⁸ in Einzelfällen entstanden Fußgängerzonen auch in den Zentren großer Neubaugebiete.⁶⁷⁹ Projekte, bei denen Fußgängerzonen zur nachträglichen Urbanisierung einer zentrumslosen Neustadt dienen sollten, sind nicht bekannt. In dieser Hinsicht ist der Ludwigsfelder Ansatz, zumal durch seine lokale Genese in einer Kleinstadt, exzeptionell.

Das städtebauliche Konzept folgte weder den überdimensionierten Platzplanungen der früheren Zeit der Ludwigsfelder Planung noch der im komplexen Wohnungsbau üblichen additiven Kombination von Kaufhalle, Dienstleistungsgebäude und Gaststätte. Vielmehr präsentierte sich im „Boulevard“⁶⁸⁰ ein vollständiges Programm einer kleinstädtischen Hauptstraße einer erträumten „Altstadt“ Ludwigsfelde mit kleineren Geschäften für Schuhe, Kinderbekleidung und Spielwaren, einer Apotheke, ein Uhrengeschäft, einem Kosmetikladen, ein Eiscafé einem Imbiss, einer Jugendboutique und einer Weinstube.⁶⁸¹ Schon die Begrifflichkeiten „Boutique“ und „Weinstube“ unterschieden sich von den bisher im planerischen Sprachgebrauch in Ludwigsfelde üblichen nüchternen Bezeichnungen der „Kaufhallen für Waren für den täglichen Bedarf“ und „Wohngebietsgaststätten“. Mit „Boutique“ und „Weinstube“ verband sich eine neue Wunschvorstellung von Urbanität und Einkaufserlebnis jen-

⁶⁷⁵ Selbst in der „sozialistischen“ Neustadt Schwedt war mittels einer neuen Fußgängerzone in den Resten der historischen Bebauung versucht worden, Defizite der bisherigen Neubaugebiete auszugleichen. Vgl. *Springer: Verbaute Träume*, S. 290–293. Vgl. zur „Wiederentdeckung“ historischer Stadtstrukturen in der DDR: *Florian Urban: Berlin, DDR – neo-historisch: Geschichte aus Fertigteilen*, Berlin 2007 und *Brian Ladd: Socialist Planning and the Rediscovery of the Old City in the German Democratic Republic*, in: *Journal of Urban History*, 27, 5, 2001, S. 584–603.

⁶⁷⁶ Interview Beileke.

⁶⁷⁷ Vgl. *Rainer Lehmann: Entwicklung der Fußgängerbereiche in Altstädten der DDR*, in: *Die alte Stadt* 25, 1, 1998, S. 80–99.

⁶⁷⁸ Siehe die zahlreichen Beispiele bei *Werner Rietdorf: Stadterneuerung. Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung*, Berlin [Ost] 1989; *Gerd Zeucher: Stadtgestaltung*, Berlin [Ost] 1989. Eine „neue“ Stadt findet sich nicht unter den Beispielen.

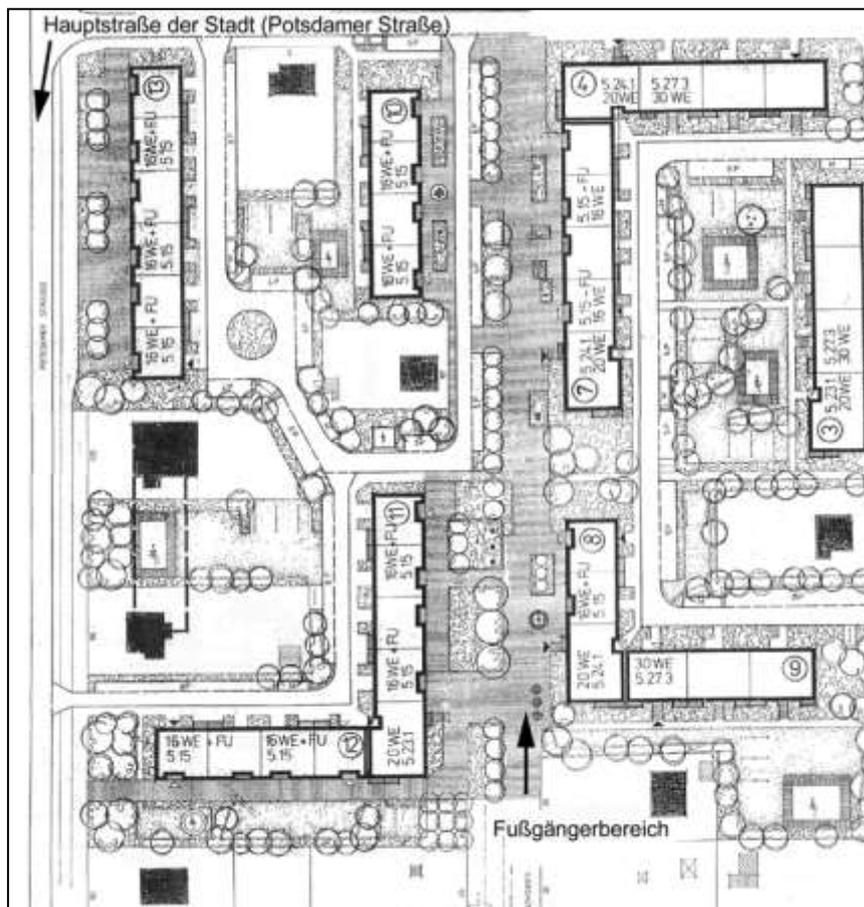
⁶⁷⁹ Vgl. *Topfstedt: Wohnen und Städtebau*, S. 537; *Ule Lammert (Autorenkollektiv): Städtebau. Grundsätze Methoden Beispiele Richtwerte*, Berlin 1979, S. 135.

⁶⁸⁰ Der Begriff hat sich auch in der Erinnerung anderer Ludwigsfelder erhalten. „Ja, der Dachsweg sollte unser Prachtboulevard werden.“ Interview Frau Krause. Im Sprachgebrauch der 1980er Jahre stand der Begriff Boulevard in der DDR vielfach synonym für „Fußgängerzone“.

⁶⁸¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.12.1988, Protokollbeschluss Nr. 598/119/88.

seits der rein quantitativen Bedürfnisbefriedigung und damit auch ein neues städtisches Selbstbild.

Die Fußgängerzone wäre Teil eines neuen – vom bisherigen „Zentralen Platz“ nach Norden gewanderten – ideellen Zentrums der Stadt geworden, wo anschließend bereits die Schwimmhalle, Gaststätten und die Kegelbahn angesiedelt waren. In der Nähe sollten außerdem später das Stadtmuseum⁶⁸², Senioreneinrichtungen, eine Polizeidienststelle und das neue Rathaus entstehen, für das die Stadt schon pragmatisch mit Hilfe des Werkes Baumaterialien „organisiert“ hatte.⁶⁸³ Durch diese Bauten wäre auch die Verbindung zum bestehenden Fragment des Zentralen Platzes südlich der Autobahn hergestellt worden: Die Kleinstadt Ludwigsfelde hätte auf diese Weise über ein weitgehend komplett ausgestattetes Stadtzentrum und einen zentralen urbanen Raum verfügt. Die – sehr kleine – Fußgängerzone war dazu jedoch erst ein kleiner Schritt unter Nutzung der sich bietenden engen Spielräume des komplexen Wohnungsbaus. (Zum Standort siehe Plan S. 166)



41. Abb.: Entwurf für Fußgängerzone (in der Mitte grau schraffiert der Fußgängerbereich; die mit „FU“ bezeichneten Baublöcke enthalten Läden in den Erdgeschossen), Stand Januar 1988

Diese Planung erscheint dennoch angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen als ein außergewöhnlicher Erfolg der Ludwigsfelder Kommunalpolitik. Für ein klein- oder mittelstädt-

⁶⁸² Aussage der heutigen Museumsleiterin. Interview Frau Krause.

⁶⁸³ Siehe zum geplanten Rathaus: Der letzte Versuch zum Rathausbau in den 1980er Jahren, S. 342.

tisches Wohngebiet, das zudem nicht unmittelbar im Zentrum der Siedlungsanlage entstand, war die Planung einer „Fußgängerzone“ sehr ungewöhnlich und verdeutlicht die gewachsene Verhandlungsmacht der Stadt gegenüber den Verantwortlichen von Bezirk und Wohnungsbaukombinat. Die guten Verbindungen zum Büro für Städtebau und zu anderen Stellen in Kreis und Bezirk, die weiterhin große ökonomische Bedeutung von Ludwigsfelde in der zu diesem Zeitpunkt schon ökonomisch schwer angeschlagenen DDR, aber insbesondere die gewachsene eigene planerische Kompetenz vor Ort und der Wille, Stockungen auf eigene Initiative zu beseitigen und fehlende Ressourcen selber zu „organisieren“, waren unabdingbare Voraussetzungen für diesen Erfolg.

Das umfangreiche und im Detail aufwändige Bauprogramm mit 589 Wohnungen und „unterlagerten“ Konsumeinrichtungen wurde ausdrücklich vom Rat des Bezirkes mit Beschluss vom 30. Februar 1988 gebilligt.⁶⁸⁴ Auch der Bezirk folgte in seiner Zustimmung zu der inhaltlich stark vom Büro für Städtebau und dem Rat der Stadt geprägten Vorlage der Argumentation, dass durch diese Form der Bebauung ein „städtisches Bild“⁶⁸⁵ geschaffen würde.

Die Stadt musste sich trotz der erfolgten Beschlüsse des Bezirkes beharrlich gegenüber neuen Bedenken der widerstrebenden Akteure des für die Bauausführung der Ladenstraße zuständigen Wohnungsbaukombinats durchsetzen. Ludwigsfelde verwies dabei auf die öffentlich gemachte Zusage des Bezirksarchitekten vor der Stadtverordnetenversammlung in Ludwigsfelde.⁶⁸⁶ Das Wohnungsbaukombinat versuchte dennoch mehrfach, die Funktionsunterlagerung, die der technokratisch bestimmten Produktion der planmäßigen Wohnungszahl zuwiderlief, abzuwehren. Immer wieder argumentierte das Wohnungsbaukombinat, dass eine solche aufwendige Bebauung nicht für eine kleine Stadt wie Ludwigsfelde angemessen sei:

„WBK verweist auf staatliche Festlegungen, wonach in Ludwigsfelde keine FU [Funktionsunterlagerungen in den Erdgeschosszonen] gebaut werden dürfen, außer wenn dazu eine ausdrückliche Zustimmung des BBA [Bezirksbauamt] und der BPK [Bezirksplankommission] vorliegt. Der Rat der Stadt besteht auf FU und verweist auf den Beschluß der Stadtverordneten und auf Zusagen der staatlichen Leiter.“⁶⁸⁷

Im langen Ringen konnte sich die Stadt schließlich durchsetzen. Die Finanzierung der Gemeinschaftseinrichtungen war aber durch den komplexen Wohnungsbau nicht abzudecken. Die Stadt wollte diese Lücke in Verhandlungen mit den entsprechenden Fachplanträgern in

⁶⁸⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14284, Beratung des Rates des Bezirkes am 30.2.1988, Beschluss S. 10.

⁶⁸⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14284, Beratung des Rates des Bezirkes am 30.2.1988, Vorlage 23 vom 30.02.1988 Nr. 0076/88, S. 3.

⁶⁸⁶ Vgl. StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 21.10.1987, Protokollauszug aus der Sitzung des Rates der Stadt Ludwigsfelde zum Tagesordnungspunkt „Begründung der Bebauungskonzeption TK III, 1. BA“ am 15.10.1987, S. 1

⁶⁸⁷ StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, VEB (B) Hauptauftraggeber, komplexer Wohnungsbau des Bezirkes Potsdam, Potsdam, 2.12.1987 Beratung zu WK Ludwigsfelde Nord, TK III am 20.11.1987, S. 1.

eigener Verantwortung schließen.⁶⁸⁸ Erst Anfang des Jahres 1988 konnte die Bebauungskonzeption einschließlich der Planung der einzufügenden Funktionen im Erdgeschossbereich im weitgehenden Konsens beschlossen werden. In Bezug auf die Funktionsunterlagerungen einigte man sich auf eine Realisierung ab 1990.⁶⁸⁹ Für Ludwigsfelde besaß das Vorhaben höchste Priorität, für das „zukünftig noch große Anstrengungen notwendig“ wären:

„In Blickrichtung auf die Schaffung eines Einkaufszentrums bis 1992 durch die geforderte Funktionsunterlagerung im Teilkomplex III dürfen unter gar keinen Umständen Abstriche zugelassen werden.“⁶⁹⁰

Am 30. März 1988 wurde für das Vorhaben durch den Bezirk die städtebauliche Bestätigung erteilt. Lediglich technische Einzelaspekte wie die Versorgung mit Fernwärme und Wasser und die Frage der Baufreimachung waren noch nicht abschließend geklärt.⁶⁹¹ Diese für die Umsetzung im Detail entscheidenden Probleme sorgten in den nächsten Monaten für weitere Verzögerungen. Ein Baustopp für die noch nicht endgültig gesicherte Baumaßnahme musste schließlich am 9. Juli 1990 „wegen unzureichender Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“⁶⁹² erfolgen. Obwohl die bauvorbereitenden Maßnahmen und die Vorbereitung des Baufeldes schon weitgehend abgeschlossen waren, kam dieser Bauabschnitt nach 1990 nicht mehr zur Ausführung. Die durch lokale Beharrlichkeit weit fortgeschrittene Durchsetzung eines Stadtzentrums mit Fußgängerzone scheiterte schließlich am Ende der DDR. Der letzte Beweis für den zu dieser Zeit erreichten Stand der kommunalen Eigenmacht konnte deshalb vor dem Ende der DDR nicht mehr erbracht werden. In anderer Weise wurde die Zentrumsentwicklung auch nach 1990 fortgesetzt. Rathaus und zahlreiche Einkaufsgelegenheiten entstanden am „Zentralen Platz“ und an der Potsdamer Straße. Einige neue Wohngebäude mit Ladennutzungen im Erdgeschoss entlang der Potsdamer Straße orientierten sich – in neuer architektonischer Gestaltung – strukturell an den Planungen der DDR-Zeit.⁶⁹³

⁶⁸⁸ StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat der Stadt Ludwigsfelde 2.11.1987 Entwurf Aufgabenstellung für den Wohnkomplex Ludwigsfelde Nord III. Teilkomplex 1200 WE und Gesellschaftsbau, S. 6.

⁶⁸⁹ Vgl. StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksbauamt, Protokoll über die Beratung zum WK Ludwigsfelde TK III 1./2. BA am 27.1.1988, S. 3.

⁶⁹⁰ StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 19.5.1988, Disk.-Redner Herr Peter Riemann, Mitglied der Ständigen Kommission Planung und territoriale Rationalisierung, S. 4.

⁶⁹¹ Vgl. StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat des Bezirkes Potsdam Bezirksarchitekt 30.3.1988, Vorhaben TK III 1. und 2. BA Antragsteller Rat des Kreises Zossen.

⁶⁹² StadtAL Nr. 640, Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Stellv. des Bürgermeisters und Beigeordneter für Bau- und Wohnungsförderung an Kreisverwaltung Zossen Dezernat Bau- und Wohnungswesen, 9.7.1990, S. 1.

⁶⁹³ Die Planung einer Fußgängerzone im Bereich Dachsweg, die der pragmatischen Nutzung der damaligen Spielräume entsprungen war, wurde aufgegeben. Die städtische Verdichtung erfolgte nach 1991 nunmehr insbesondere entlang der Potsdamer Straße. Der Dachsweg wurde in ähnlichen Dimensionen, jedoch ohne Verkaufseinrichtungen mit Wohngebäuden vollendet. Das Vorhaben zum Bau des eigentlichen urbanen Stadtzentrums im Schnittpunkt von Autobahn und Hauptstraße konnte trotz zahlreicher Ansätze bis heute nicht realisiert werden.

4 KOMMUNALPOLITIK AM ENDE DER ADMINISTRATIVEN HIERARCHIE

4.1 Kommunalpolitik und die Rolle der Kommune in der DDR

Die Spielräume der lokalen Politik in der DDR wurden maßgeblich durch eine dominante Stellung des zentralistisch ausgerichteten Herrschaftsapparates von Staat und SED und einen ausgeprägten Einfluss der vor Ort ansässigen industriellen Großbetriebe bestimmt. Die traditionellen Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung widersprachen dem Herrschaftsanspruch der Staatspartei und standen im Gegensatz zu den Prinzipien des hierarchischen Staatsaufbaus der DDR, der der Durchsetzung des propagierten „demokratischen Zentralismus“ dienen sollte. In der Forschung über die DDR ist die daraus resultierende marginalisierte Stellung der Kommunen und ihrer Institutionen stets deutlich hervorgehoben worden. Dem weisungsgebundenen „lokalen Staatsorgan“ wurde innerhalb des Staatssystems nur eine „Kümmernfunktion“¹ zugebilligt. Der Gemeindeebene käme „so gut wie keine Bedeutung“² zu, „als eigenständige politische Instanzen“ hätten die Gemeinden in der DDR „faktisch keine Bedeutung“³ gehabt.

Im Kontrast zu diesem vernichtenden Urteil über den Einfluss der kommunalpolitischen Instanzen ist jedoch festzustellen, dass der lokalen Politik für das Alltagsleben der Menschen und für die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems eine essenzielle Bedeutung zukam. Zahlreiche Forschungen der letzten Jahre haben lokal bestimmte Besonderheiten und „Eigensinnigkeiten“ innerhalb des Institutionengefüges der DDR herausgearbeitet und vielfältige Grenzen der „Durchherrschaft“ aufgezeigt. Die intensive Beschäftigung mit den kommunalen Strukturen offenbart, dass auch den Institutionen „Stadt“ und „Gemeinde“ in Staat und Gesellschaft der DDR trotz ihrer administrativen Marginalisierung eine wichtige Funktion zukam. Zweifellos vollzog sich in der DDR ein massiver „Bedeutungsverlust des Städtischen und der städtischen Öffentlichkeiten“, doch tritt in der Forschung immer stärker hervor, dass sich auch in der DDR das Leben „nicht allein zwischen Betrieb, Wohnung und Datsche abgespielt“⁴ hat.

Zur Bewertung von Spielräumen auf der lokalen Ebene wurde bisher vornehmlich das Handlungsspektrum der traditionellen kommunalen Selbstverwaltung – insbesondere in ihrer klassischen Ausformung im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts – als Vergleichsmaßstab genutzt. Vor diesem normativen Hintergrund mussten die Möglichkeiten der Kommunalpolitik in der DDR als besonders defizitär erscheinen. Um die spezifischen Handlungsweisen und realen Spielräume lokaler Politik in der DDR analysieren zu können, müssen jedoch andere Tätigkeitsfelder und spezifische informelle Möglichkeiten zur Generierung lokaler Durchsetzungskraft in den Blick genommen werden, die dem traditionellen Verständnis von Kommunalpolitik in Deutschland nicht entsprechen.

¹ Lorenz/Wegrich: Lokale Ebene, S. 29–38.

² Neckel: Staatsorgan, S. 253.

³ Häußermann: Stadt im Sozialismus, S. 8.

⁴ von Saldern: Herrschaft und Repräsentation, S. 18.

Einen wichtigen Bezugspunkt der Analyse lokaler Eigenmacht bilden die spezifischen lokalen Eliteformationen unter den Bedingungen des Zentralismus, die Handlungsweisen und Selbstverständnisse dieser lokalen Eliten und ihre Konflikte und Kooperationen mit anderen Institutionen. Im Blickpunkt stehen nicht nur die von der Forschung schon eingehend untersuchten rechtlichen Strukturen, sondern darüber hinaus insbesondere die faktischen Handlungsoptionen im kommunalpolitischen Alltag. Hierzu zählt insbesondere die Herausbildung persönlicher Netzwerke, mittels derer die Akteure der lokalen Ebene trotz fehlender formeller Möglichkeiten auf die Entwicklung von Stadtqualität Einfluss zu nehmen versuchten.

4.1.1 Das örtliche Staatsorgan – Kommune im Zentralismus

Den Städten und Gemeinden kam im Rechtssystem der DDR nicht die Funktion von Selbstverwaltungskörperschaften zu; sie galten vielmehr als gegenüber den höheren Ebenen weisungsgebundene „örtliche Staatsorgane“⁵. Wegweisend für die Entwicklung der Staatsorganisation der DDR und die nach 1945 erfolgte nachhaltige Stärkung der Zentralgewalt wurde „das aus der sowjetischen Partei- und Staatslehre übernommene Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus“⁶. Neben dem Primat des Zentralismus begründete diese Lehre auch die herrschaftssichernde Dualität von Staatsorganisationen und kontrollierenden Parteiinstitutionen auf allen administrativen Ebenen. Der „demokratische Zentralismus“, in dem von Lenin entwickelten Sinne, war als übergeordnetes Organisationsprinzip des Staates faktisch seit 1952 in Kraft, 1968 fand er schließlich auch seine formelle Verankerung in der Verfassung der DDR. Die „Einheitlichkeit der Führung“, als Prinzip des demokratischen Zentralismus, schloss neben jeder Art von politischer Opposition auch eine Selbstständigkeit der Gemeinden aus. Der demokratische Zentralismus sollte die Voraussetzungen für ein einheitliches und reibungsloses Funktionieren des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und der industriellen Produktion im Sinne der SED-Führung schaffen und die Bildung gegenläufiger lokaler Egoismen verhindern, die nicht als legitime örtliche Interessenvertretungen, sondern als Überbleibsel der bürgerlichen Gesellschaft galten.⁷ Theoretische Grundlage der Ablehnung örtlicher Selbstverwaltung bildete die sowjetische Vorstellung von der Unteilbarkeit der Staatsmacht. Eine Aufgabendifferenzierung zwischen den einzelnen administrativen Ebenen konnte aus dieser Sicht nur unter dem Aspekt einer möglichen höheren Effektivität des Zusammenwirkens dieser Gliederungen gerechtfertigt werden.⁸

Die örtlichen Volksvertretungen sollten zwar im Sinne der offiziellen Lesart „nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus in eigener Verantwortung über alle grundlegenden Angelegenheiten [entscheiden], die ihr Territorium und seine Bürger betreffen.“⁹ Langfristige Vorfestlegungen und jederzeit verfügbare Einfluss- und Eingriffsmöglichkeiten übergeordneter Staats- und Parteiorgane waren jedoch so weitreichend, dass von eigenverantwortlicher

⁵ Vgl. *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 26.

⁶ *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 55.

⁷ Vgl. *Hartmut Zimmermann u.a.*: DDR Handbuch, Bonn 1985, S. 268.

⁸ Vgl. *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 34.

⁹ *Autorenkollektiv*: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974, S. 163.

Übernahme lokaler Angelegenheiten in der DDR keine Rede sein konnte. In der Sichtweise von Zentralstaat und Staatspartei bedeutete kommunales Politikhandeln nur „die Umsetzung des anderswo geplanten; kommunale Institutionen fungierten als ausführende Organe der SED“.¹⁰ Im marxistisch-leninistischen Sinne wurde die örtliche „Selbstverwaltung“ immer als integraler Teil der zentralen Staatsorganisation betrachtet.¹¹ „Das gesamte Wirken“ des örtlichen Staatsorgans hatte nach den Vorstellungen der SED „zum Wohle des Volkes auf die Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens gerichtet“ zu sein und diene damit der zentral festgelegten „Erfüllung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Die auch in der DDR verfassungsrechtlich „festgeschriebene“ Eigenverantwortlichkeit der Kommunen war damit zugunsten übergeordneter staatspolitischer Ziele aufgelöst.¹²

In der offiziellen Sichtweise der DDR wurde die daraus resultierende weitgehende Machtlosigkeit der Städte zu einem Vorteil des sozialistischen Systems verklärt: Städte und Gemeinden galten als „Glieder des einheitlichen sozialistischen Staatswesens“ und als „territoriale Zentren des sozialistischen Aufbaus.“¹³ Ihre gesellschaftliche Kraft und ihre historische Überlegenheit gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung im kapitalistischen Staat ergäbe sich gerade daraus, „daß sie Träger der einheitlichen sozialistischen Staatsmacht des werktätigen Volkes“ wären.¹⁴ Den an die DDR-Kommunalpolitiker gerichteten Texten und Verlautbarungen der Staats- und Parteiführung ist jedoch die Schwierigkeit anzumerken, die zentralistische Steuerung mit einer gleichzeitigen Betonung der großen Bedeutung und Verantwortung der Gemeinden argumentativ zu kombinieren: Die „auf ein einheitliches Ziel gerichtete Aufgabenstellung von zentralen und örtlichen Organen“ wurde 1968 in einer Schrift des Städte- und Gemeindetags in eigenwilliger Logik – als „Ausgangspunkt für die Eigenverantwortlichkeit der Städte und Gemeinden“ bezeichnet. Der Aufgabenbereich der Städte wurde gleichzeitig sehr umfassend definiert:

„Hier, in den Städten und Gemeinden, wohnen und arbeiten die Bürger. Hier konzentrieren sich die Probleme, die sich aus den Wechselbeziehungen zwischen gesamtstaatlicher und örtlicher Entwicklung ergeben und die besonders zum Beispiel die Gestaltung der Wohnverhältnisse, die Betreuung der Kinder in den Kinderkrippen und -gärten, ihre Erziehung und die Bildung, die kommunalen Dienstleistungen und den kommunalen Verkehr, die Gesundheits- und Sozialfürsorge, die Schaffung von Voraussetzungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, die Gestaltung eines regen geistig-kulturellen Lebens betreffen.“¹⁵

¹⁰ Springer: Verbaute Träume, S. 308.

¹¹ Vgl. Bretzinger: Kommunalverfassung, S. 25.

¹² Vgl. Kästner: Kommunale Eliten, S. 45.

¹³ Deutscher Städte- und Gemeindetag der DDR: Sozialistische Kommunalpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1968, S. 5.

¹⁴ Autorenkollektiv: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974, S. 161.

¹⁵ Deutscher Städte- und Gemeindetag der DDR: Sozialistische Kommunalpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1968, S. 29.

Dieser Widerspruch zwischen zugewiesener weitreichender örtlicher Verantwortung und faktisch fehlender rechtlicher Entscheidungs- oder gar Selbstverwaltungskompetenz wurde bis zum Ende der DDR nicht aufgelöst. Trotz der Anerkennung der Bedeutung kommunalen Handelns dürfte sich die lokale Verantwortung nur im vorgegebenen Rahmen der zentralen Leitung und Planung bewegen. Die spezifischen Eigeninteressen und Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden traten so zugunsten ihrer Funktion als „Transmissionsriemen“ der Interessen des Gesamtstaates zurück. Lokaler Eigensinn galt „als gegen das Volk gerichteter lokaler bzw. ressortmäßiger Egoismus“¹⁶.

Entwicklung 1945 bis 1949: Neubeginn der kommunalen Selbstverwaltung?

Die Grundlagen für den zentralistischen Staatsaufbau und die Entmachtung der kommunalen Ebene wurden in der sowjetischen Besatzungszone bereits in den Jahren vor 1949 gelegt. Obwohl zunächst nach 1945 in der SBZ formell wieder am Prinzip der traditionellen kommunalen Selbstverwaltung orientierte lokale Institutionen eingeführt worden waren, erfolgte auch in den Gemeindeverwaltungen schon frühzeitig eine Festigung der Dominanz der SED.¹⁷ Mit dem Erlass der „Demokratischen Gemeindeverfassung für die Sowjetische Besatzungszone“ von 1946, nach Verabschiedung der Länderverfassungen in „Demokratische Gemeindeordnung“ umbenannt, erhielten die Gemeinden nach der im Nationalsozialismus erfolgten Gleichschaltung de jure wieder umfangreiche Selbstverwaltungsrechte. Die neue Gemeindeordnung wies formell deutliche Kontinuitäten zum Kommunalrecht der Weimarer Republik auf.¹⁸ In der Frage der Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen Kreis- und Gemeindeverwaltung war im Gesetzestext noch eine grundsätzliche Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Gemeinde festgelegt. Einige wesentliche Charakteristika des zentralistischen Parteistaates waren jedoch schon in diesem ersten Regelwerk implementiert. So führte bereits die erste Gemeindeordnung bei Beziehungen zwischen den Vertretungskörperschaften das Hierarchieprinzip ein: Die Gemeindevertretungen wurden formell Kreistagen und Landtagen untergeordnet.¹⁹ Eine gleichberechtigte Selbstverwaltungskörperschaft war die Gemeindevertretung in der sowjetischen Besatzungszone dadurch schon 1946 nicht mehr.

Formell wurden die Prinzipien lokaler Selbstverwaltung nach 1946 ebenfalls in den neuen ostdeutschen Länderverfassungen bestätigt. Auch in der ersten Verfassung der DDR von 1949 hatte die kommunale Selbstbestimmung eine Verankerung erfahren, obgleich dieses Recht zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr die politische Praxis widerspiegelte. Das verfassungsrechtlich formulierte Selbstverwaltungsrecht wurde von der politischen Führung und der Staatslehre der DDR von vornherein im Sinne einer auf den Zentralstaat orientierten Staatsphilosophie interpretiert.²⁰ In der Rechtsgeschichtsschreibung der DDR wurde später

¹⁶ Bartsch: Aufgaben, S. 111.

¹⁷ Vgl. Roggemann: Kommunalrecht, S. 27–28.

¹⁸ Vgl. Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 39–40 und Bretzinger: Kommunalverfassung, S. 21.

¹⁹ Vgl. Bretzinger: Kommunalverfassung, S. 35.

²⁰ Vgl. Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 51–52 und Bretzinger: Kommunalverfassung, S. 23.

der Übergangscharakter der ersten Gemeindeordnungen auf dem Weg zur neuen sozialistischen Staatsordnung betont.²¹ Die formelle Wiederherstellung der Selbstverwaltung nach 1945 blieb so nur eine kurze Episode.

Die vollständige Durchsetzung des Zentralismus seit den 1950er Jahren

Die nach 1949 erlassenen Rechtsvorschriften hebelten in kurzer Zeit den in der Verfassung festgelegten Grundsatz der kommunalen Selbstbestimmung sukzessive aus, ohne dass die Bestimmungen der Verfassung über die Rechte der Gemeinden zunächst eine grundsätzliche Revision erfuhren. Eine zentrale Planungsbehörde, der die Ausarbeitung und Kontrolle der Durchführung der Volkswirtschaftspläne oblag, wurde bereits durch das „Gesetz über die Regierung der DDR“ vom 8. November 1950 installiert. Diese „Deutsche Wirtschaftskommission“ zog zunehmend wichtige Planungskompetenzen der Städte und Gemeinden an sich.²² Der Vorläufer der späteren „Staatlichen Plankommission“ wurde damit zu einem wesentlichen bestimmenden Faktor für ein weites Spektrum des kommunalen Handelns. Das „Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens“ vom 15. Dezember 1950 etablierte faktisch einen alle Ebenen umfassenden einheitlichen Staatshaushalt und führte damit zum Verlust der Finanzhoheit der Gemeinden.²³ Dies war ein tiefer Einschnitt in die Handlungsfähigkeit der lokalen Gemeinwesen. Durch Einbeziehung der örtlichen Haushalte in den einheitlichen Staatshaushalt verblieben der lokalen haushaltsrechtlichen Disposition nur noch enge Spielräume. „Die örtlichen Organe verwalteten danach im wesentlichen Fonds, die ihnen im Zentralhaushalt zugewiesen wurden.“²⁴ Die „organisatorische und sachliche Einbindung in die zentralstaatliche Lenkung von Produktion, Investition, Infrastruktur und Arbeitskräften sowie in das einheitliche Steuergefüge“ war für die Rechtsstellung der Gemeinden noch einschneidender als die politische Unterordnung, da dadurch eine umfassende Abhängigkeit der Kommunen von der Zuweisung ökonomischer Ressourcen durch die Staatsverwaltung begründet wurde.²⁵

Insbesondere die Gesetze des Jahres 1952 – im Rahmen des propagierten planmäßigen Aufbaus des Sozialismus in der DDR – bildeten in administrativer Hinsicht eine wichtige Zäsur und etablierten dauerhaft das Organisationsprinzip des Zentralismus auch in der kommunalen Praxis. Durch die umfassende Verwaltungsreform dieses Jahres wurden zunächst die historischen Länder zugunsten von 14 Bezirken abgeschafft²⁶; „damit erfolgte nun die erstrebte, nahezu lückenlose Durchsetzung des Staates durch Partei, MfS und sonstige Organe nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ vom Politbüro hinunter bis auf Ortsebene.“²⁷ Neben den Bezirken wurden auch die Grenzen der Kreise neu zugeschnitten. Die Gemeindegrenzen blieben dagegen weitgehend unangetastet – die Gemeinden waren

²¹ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 44.

²² Vgl. *Betker*: Handlungsspielräume, S. 13.

²³ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 53.

²⁴ *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 34.

²⁵ Vgl. *Neckel*: Staatsorgan, S. 255–256.

²⁶ Vgl. Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23.7.1952, in: GBl. I 1952, Nr. 99, S. 613.

²⁷ *Heydemann*: Innenpolitik, S. 17. Vgl. auch *Weber*: DDR 1949–1990, S. 39.

damit zumindest in ihren administrativen Grenzen eine der wenigen territorialen Kontinuitäten im Vergleich zur Zeit vor 1949.

Fortgesetzt wurde die Unterordnung der Kommunen in den Zentralstaat durch die auf der III. Parteikonferenz der SED im Jahr 1956 erhobene Forderung nach Abschaffung der „Reste des bürgerlichen Parlamentarismus mit seiner künstlichen Trennung von beschließender und vollziehender Tätigkeit“²⁸. Einbezogen in diese Kritik waren auch die nach 1952 noch vorhandenen Relikte selbstständigen lokalen und demokratischen Handelns und die fortbestehende Dualität von Kommunalparlament und Verwaltung: Trotz der fortgeschrittenen Gleichschaltung hatten die örtlichen Volksvertretungen auch in den 1950er Jahren noch versucht, selbstständig im Sinne lokaler Interessen zu agieren.²⁹ Durch die administrativen Maßnahmen der Folgejahre jedoch mussten sich Volksvertretungen völlig den Interessen der Räte der Kreise unterordnen, sodass sich bis zum Ende der 1950er Jahre schließlich ausnahmslos die direkte Einflussnahme der zentralen Staatsmacht – d.h. faktisch der SED-Führung – auf die örtlichen Organe durchgesetzt hatte.³⁰ Das 1957 eingeführte „Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht“ (GöO) regelte die Kompetenzen und innere Organisationsstruktur der kommunalen Institutionen auch formaljuristisch im zentralistischen Sinne neu.³¹ Insbesondere die ehemals wichtige und eigenverantwortliche Position des Bürgermeisters erfuhr dadurch eine deutliche Schwächung.³²

Reformansätze im Zentralismus?

Da sich die Schattenseiten der dominanten Steuerung von „oben“ und der Stilllegung der lokalen Selbstorganisation bereits kurz nach der Zentralisierung der 1950er Jahre offenbarten, unternahm die SED in den folgenden Jahrzehnten mehrere Versuche zur – moderaten – Stärkung der Rolle der Kommunen im administrativen System. 1961 wurde das GöO durch die „Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe“³³ ergänzt, die trotz einiger Dekonzentrationsmaßnahmen faktisch nur wenig Auswirkungen auf den Handlungsspielraum der kreisangehörigen Städte und Gemeinden hatte.³⁴ In den fachlichen Diskussionen innerhalb der SED wurde seit den 1960er Jahren zwar eine Überreglementierung der Tätigkeit der Gemeinden eingeräumt, diese Organisationsdefizite wurden aber letztlich nicht durch eine Verbesserung der Stellung der örtlichen Volksvertretungen im Staatsaufbau ausgeglichen.³⁵ Die wenigen Bestrebungen zur Dezent-

²⁸ Zitiert nach: *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 66.

²⁹ Vgl. *Ralf Schmidt*: Zur Gebiets- und Standortplanung in der DDR auf Kreisebene, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Arbeitsmaterial. Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR, Hannover 2000, S. 57–70, hier S. 57.

³⁰ Vgl. *Schmidt*: Gebiets- und Standortplanung, S. 57.

³¹ Vgl. *Roggemann*: Kommunalrecht, S. 29 und Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen vom 17.11.1957, weitere kommunalrechtliche Regelungen jener Jahre finden sich in: Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung des Staatsapparates vom 11.2.1958.

³² Vgl. *Bretzinger*: Kommunalverfassung, S. 34; *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 68.

³³ Erlaß des Staatsrates der DDR zu den Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe vom 28. Juni 1961, in: GBl. 1961, I, Nr. 6, S. 51–53.

³⁴ Vgl. *Bretzinger*: Kommunalverfassung, S. 40.

³⁵ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 67.

ralisierung blieben Fragment oder wurden nach einiger Zeit wieder zurückgenommen, da sie als Relativierung des Herrschaftsanspruchs der Staatspartei erscheinen konnten.

Eine wichtige Etappe in der weiteren Entwicklung des Kommunalrechts der DDR bildete im Jahre 1973 die umfassende Neukodifizierung durch das „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen“ (GöV 73).³⁶ Gegenüber der Öffentlichkeit wurde von der Staats- und Parteiführung als Ziel dieses neuen Gesetzes die Erweiterung der Kompetenz der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe formuliert, um „zur Entlastung der Führung und zur Lösung lokaler Probleme auf den unteren Ebenen“³⁷ beizutragen. Die realen Auswirkungen des GöV 73 blieben aber begrenzt, da der Zentralismus nicht prinzipiell modifiziert wurde. Allerdings bildete das neue Gesetz eine klarere Grundlage für das lokale Handeln, da es erstmals verschiedene Rechtsmaterien zusammenfasste und die lokalen Verantwortlichkeiten deutlicher benannte.

Seit den 1970er Jahren erfuhr die Stellung der kreisangehörigen Gemeinden zumindest in der wissenschaftlichen Debatte eine spürbare Aufwertung. In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion war insbesondere in den 1980er Jahren durchaus eine „Hinwendung zum lokalen Geschehen“³⁸ festzustellen. Die „Stärkung der Staatsmacht in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden“, die auch der „Mobilisierung örtlicher Reserven“ dienen sollte, galt angesichts der zunehmenden Ressourcenverknappung als eine wichtige Zielsetzung der zentralen Politik der späten DDR. Parteintern stand die „Gängelung“ der Kommunen in der Kritik. SED-angehörige Bürgermeister kritisierten in Diskussionen innerhalb der Partei die starke Einschränkung ihrer eigenen Entscheidungsmöglichkeiten und forderten größeren lokalen Spielraum.³⁹ Die Missachtung lokaler Verantwortlichkeiten war bei den verantwortlichen Staats- und Parteistellen in den Bezirken so stark ausgeprägt, dass 1982 der Staatsrat in Informationsmaterialien die Bezirksvertreter in der DDR zu einem positiveren Verhältnis zu den Bürgermeistern aufrufen musste:

„Womit man auch endlich Schluß machen muß, das ist die noch anzutreffende Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgermeistern und die ungenügende Würdigung der Arbeit langjährig in dieser Funktion tätiger Genossen und Kollegen. Das ist in den vielen Gesprächen, die wir mit Bürgermeistern hatten, immer wieder an uns herangetragen worden.“⁴⁰

³⁶ Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juli 1973, in: GBl. 1973, I, Nr. 32, S. 313–336. Im Folgenden GöV 73. Vgl. auch *Armbrust* u.a. (*Autorenkollektiv*): Kommentar GöV 1973.

³⁷ *Weber*: DDR 1945–1990, S. 83.

³⁸ *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 69.

³⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 22706, Aufgaben bei der weiteren Stärkung der Staatsmacht in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, 27.5.1982, S. 14. Der Referent wollte dieses Problem den Bezirken zur besonderen Aufmerksamkeit empfehlen. Der Absatz wurde aber nicht vorgetragen, sondern nachträglich gestrichen.

⁴⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 22706, Umsetzung der Empfehlungen des Staatsrates der DDR vom 18.6.1982 zur Tätigkeit der Volksvertretungen in den Städten und Gemeinden des Bezirkes Potsdam 1982, Arbeitsmaterial, Abt. Staats- und Rechtsfragen, Berlin, den 27.5.1982, Referat: Aufgaben bei der weiteren Stärkung der Staatsmacht in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, S. 23b.

Die letzte große Änderung des Kommunalrechts erfolgte im Jahr 1985 mit dem „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ (GöV 85).⁴¹ Parteiintern wurden im Vorfeld dieses Gesetzes spürbare Erweiterungen des kommunalen Handlungsspielraums angesichts der sich deutlich zeigenden Probleme der Versorgung in den Gemeinden intensiv diskutiert. Offiziell galt es als Ziel des Gesetzes, „die Staatsmacht in den Städten und Gemeinden zu stärken und die Rolle der Bürgermeister als erfahrene, eng mit den Bewohnern ihrer Städte und Gemeinden verbundene Staatsfunktionäre zu erhöhen.“⁴² Die „eigenverantwortliche Tätigkeit der örtlichen Staatsorgane auf den Gebieten der Wohnraumlenkung und Wohnungswirtschaft, der Versorgung und Betreuung sowie der effektiven Nutzung der Gesundheits-, Bildungs-, Kultur-, Sport- und Erholungseinrichtungen“⁴³ sollte erweitert werden. Die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden wurde zumindest in den Gesetzes- und Kommentartexten deutlicher anerkannt als in den vorangegangenen Regelwerken:

„Das Gesetz trägt der wachsenden Verantwortung der Staatsorgane in den 7542 kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit ihren etwa 12000 Ortsteilen und Dörfern [...] Rechnung. [...] In den Städten und Gemeinden besteht ein unmittelbarer, direkter Kontakt der Bürger zu ihren staatlichen Organen – der Volksvertretung, dem Rat, dem Bürgermeister, den Mitarbeitern des Staatsapparates.“⁴⁴

Neben der formal auch erfolgten Stärkung der Rolle des Bürgermeisters⁴⁵ sollte auch die Position der Gemeinde gegenüber den ansässigen Betrieben verbessert werden. Vorschläge zur grundsätzlichen Verringerung der Möglichkeiten zu Eingriffen der übergeordneten Organe in die kommunale Kompetenz wurden schließlich aber nicht umgesetzt.⁴⁶ Die Kompetenz des Rates des Kreises, die Bürgermeister im Territorium „anzuleiten“, blieb unangetastet.⁴⁷ Entgegen der zahlreichen verbalen Bekundungen unterblieb durch den Fortbestand der weitreichenden Steuerungsmöglichkeiten der übergeordneten Organe eine nachhaltige Verbesserung der prekären rechtlichen und materiellen Ausstattung der Kommunen. Das GöV führte letztlich nur zu punktuellen Fortschritten in einzelnen Fragen des Alltagshandelns der Kommunen.⁴⁸ Eine wirkliche Eigenverantwortung für die Erfüllung lokaler Aufgaben wurde jedoch nicht gewährt. Die Staats- und Parteiführung erwartete dennoch, dass die örtlichen Staatsorgane „den größeren Entscheidungsspielraum, der sich aus dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen ergibt, für die Leistungssteigerung und die kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in ihrem Territorium“ nutzen, „um territoriale

⁴¹ Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ vom 4. Juli 1985, in: GBl. 1985, I, Nr. 18, S. 213. Im Folgenden GöV 85.

⁴² BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27239, Maßnahmen in Vorbereitung und Durchführung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe am 4.7.1985. Zum neuen Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 4.7.1985, S. 2.

⁴³ *Ebd.*, S. 3.

⁴⁴ *Ebd.* S. 4–5.

⁴⁵ Vgl. § 62 Abs. 1 GöV 85. Die wichtige Rolle, die dem Bürgermeister gerade in kleinen Gemeinden zugemessen wurde, wird in den kommunalpolitischen Informationsschriften der Staatsführung in den 1980er Jahren deutlich: Vgl. *Autorenkollektiv: Der Bürgermeister – Aufgaben, Arbeitsweise, Erfahrungen*, Berlin 1987 (Kommunalpolitik aktuell).

⁴⁶ Vgl. *Roggemann: Kommunalrecht*, S. 98.

⁴⁷ Vgl. *Autorenkollektiv: Bürgermeister*, S.75.

⁴⁸ Vgl. *Roggemann: Kommunalrecht*, S. 98 und *Neckel: Staatsorgan*, S. 255.

Ressourcen noch besser zu erschließen“.⁴⁹ Die realen Auswirkungen, die die Neuregelungen des Gesetzes mittelfristig gehabt hätten, lassen sich angesichts der wenigen Jahre der Anwendungspraxis, die bis zum Ende der DDR verblieben, nur ungenügend abschätzen. Die wenigen neuen Regelungen, die u.a. eine größere lokale Flexibilität bei der Genehmigung von gewerblichen Kleinbetrieben ermöglichten, wurden von lokalen Institutionen aber durchaus rege genutzt.

Aufbau der Staatsverwaltung: Das Prinzip der „doppelten Unterstellung“

Als ein wesentliches Charakteristikum des DDR-Zentralismus galt die „doppelte Unterstellung“⁵⁰ der Orts-, Kreis- und Bezirksräte. Zum einen unterstanden sie und die örtlichen Fachabteilungen direkt dem übergeordneten Rat bzw. dem zuständigen Ministerium, um die Einheitlichkeit der staatlichen Lenkung sicherzustellen. Die übergeordneten Räte waren ebenso wie die Leiter von höheren Fachabteilungen berechtigt, Weisungen an die jeweils untergeordneten Ebenen zu erteilen, wobei es trotz formal getrennter Aufgabenbereiche in der Praxis oft zu willkürlichen Eingriffen in die Befugnisse nachgeordneter Stellen kam.⁵¹

Zum anderen waren die Räte formell auch den jeweiligen örtlichen Volksvertretungen der gleichen administrativen Ebene untergeordnet.⁵² Diese eigentlich im Gesetz vorgegebene zweite, horizontale Seite der „doppelten Unterstellung“ der Räte gegenüber der „Legislative“ der Volksvertretungen wurde in der Praxis jedoch nicht wirksam, da die Volksvertretungen in Entscheidungs- und Kontrollfragen gegenüber den Räten faktisch völlig marginalisiert waren. Eine parlamentarische Kontrolle erfolgte in der DDR auch auf der kommunalen Ebene nicht.

Die Bindungen der lokalen Räte an zentrale Institutionen gingen dagegen noch weit über die verfassungsrechtlich verankerte Aufsicht durch die übergeordneten Räte und Fachorgane hinaus, da parallel zu allen staatlichen Strukturen die Hierarchie des SED-Apparates von der Bezirks- über die Kreis- bis hinunter zur Ortspartei für die Durchsetzung der Politik der zentralen Staatspartei sorgte. Das „Primat der Partei vor dem Staat“⁵³ herrschte in der DDR in allen Gliederungen des Staatsaufbaus. Die vorgegebene Kompetenzordnung mit ohnehin geringen kommunalen Kompetenzen wurde durch ständige Eingriffe der Partei nochmals beschnitten. Die Abhängigkeit der staatlichen Räte von den jeweiligen SED-Parteiorganisationen auf der gleichen administrativen Ebene stellte deshalb in der politischen Realität die eigentliche zweite Seite der „doppelten Unterstellung“ dar. Alle wesentlichen Entscheidungen wurden vor der Behandlung in den staatlichen Institutionen innerhalb der

⁴⁹ *Erich Honecker*: Mit dem Volk und für das Volk realisieren wir die Generallinie unserer Partei zum Wohle der Menschen. Aus dem Referat des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, auf der Beratung des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 12. Februar 1988 in Berlin zitiert nach: Territoriale Rationalisierung fördert Grundfondsökonomie. Erfahrungen aus dem Kreis Aue, Berlin 1989, S. 7.

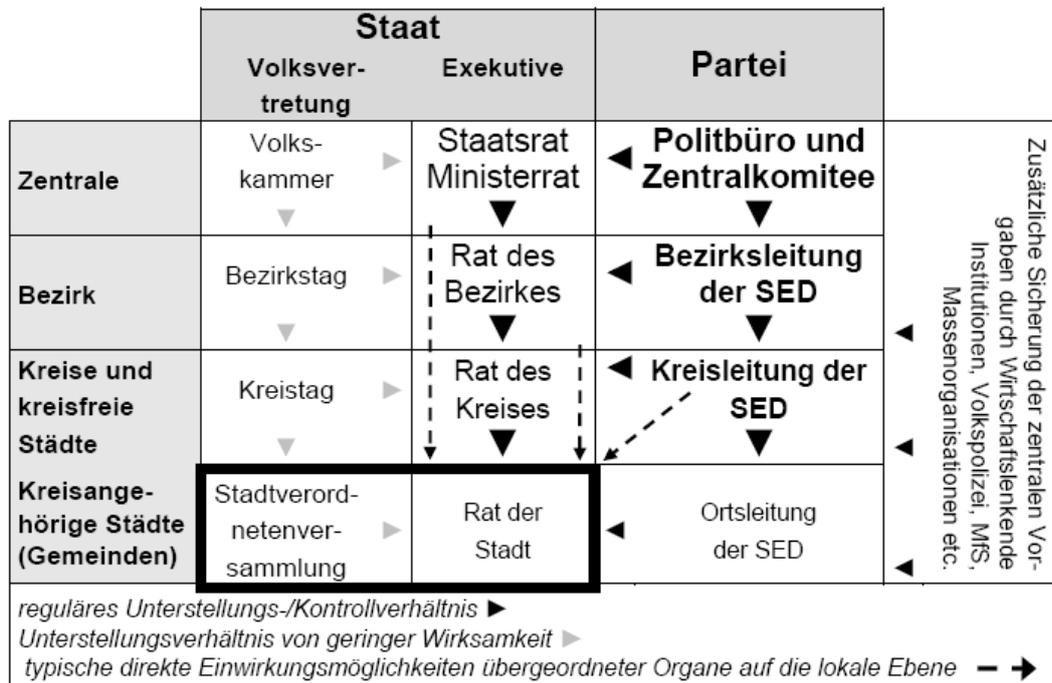
⁵⁰ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 126–127. In Bezug auf die Rolle der Räte siehe § 9 (1) GöV 1985 und in Bezug auf die Fachorgane § 11(3) GöV 1985, *Dittmann*: Kommentar GöV 1985, S. 53.

⁵¹ Vgl. *Bartsch*: Aufgaben, S. 111.

⁵² Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 126–127 und *Autorenkollektiv*: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974.

⁵³ *Schroeder*: SED-Staat, S. 421.

Parteihierarchie vorbereitet und vorab entschieden. Die Parteiinstitutionen konnten jederzeit Entscheidungen durch die Möglichkeit der Parteianweisung an sich ziehen.⁵⁴



42. Abb.: Schema des Staatsaufbaus der DDR (vereinfacht)

Weitere zentrale Steuerungen wurden durch die ebenfalls parallel zur staatlichen Ebene aufgebauten Sicherheits- und Wirtschaftsplanungsapparate garantiert. Zahlreiche formale Schritte des politischen Handelns auf der unteren Ebene hatten angesichts der breit gefächerten Mechanismen des Zentralismus nur nachvollziehenden Charakter.

Die Schwäche der kreisangehörigen Kommunen

Die Staatsverwaltung der DDR zeichnete sich – wie bereits deutlich wurde – unterhalb der zentralen Institutionen durch ein dreistufiges System mit den Ebenen Bezirk, Kreis und Kommune aus. Diese drei Gliederungsebenen galten gleichermaßen als „örtliche Organe der Staatsmacht“ und besaßen mit den Körperschaften Rat, Volkvertretung und Kommissionen im Wesentlichen die gleiche Organisationsstruktur.⁵⁵ Ihnen kam innerhalb des Staatsgefüges keinerlei eigenständige Staatlichkeit oder die Möglichkeit zum autonomen Handeln einer Gebietskörperschaft zu, weshalb „die dreistufige Gliederung also streng hierarchisch zu verstehen ist“.⁵⁶

Trotz der begrifflichen Gleichstellung als „örtliche Organe“ bestanden fundamentale Unterschiede in der faktischen politischen Durchsetzungskraft zwischen den drei Ebenen. Die insbesondere für die Städte und Gemeinden eingeschränkte Handlungsmacht muss innerhalb dieser Gruppe nochmals differenziert werden. Die Gemeinden verfügten gestaffelt nach ihrer

⁵⁴ Vgl. Püttner/Rösler: Gemeinden und Gemeindereform, S. 22.

⁵⁵ Vgl. zum Beispiel § 1 Gesetz über die örtlichen Volkvertretungen und ihrer Organe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juli 1973, in: GBl. 1973, I, Nr. 32, S. 313.

⁵⁶ Bethke: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 88.

Stellung im administrativen System über eine sehr unterschiedliche Ausstattung mit formellen und informellen politischen Durchsetzungsmöglichkeiten, da sich auch innerhalb des Städtesystems der DDR der hierarchische Aufbau der Staatsverwaltung widerspiegelte.⁵⁷ Die Schwäche der Kommune in der DDR zeigte sich besonders ausgeprägt am Ende der Hierarchie in den kreisangehörigen Gemeinden. In diesen Dörfern, Landgemeinden und Kleinstädten, in denen zwei Drittel der Bevölkerung der DDR lebten, kumulierten die Schwierigkeiten der Versorgung und der Erhaltung der Bausubstanz besonders augenfällig. Gleichzeitig verfügten diese Kommunen nur über sehr bescheidene Mittel zur eigenständigen Lösung ihrer zentral verursachten Strukturprobleme. Die Bevölkerung in Kleinstädten zeigte sich deshalb mit der Kommunalpolitik auch in höherem Maße unzufrieden als in anderen Siedlungstypen.⁵⁸

Zentrale Bezugsgrößen des kommunalen Handelns in den kleineren Gemeinden waren vor allem die Räte und Fachabteilungen der Bezirke und Kreise bzw. die jeweiligen SED-Parteileitungen. Eine prägende Rolle im Alltagshandeln der Kommunalpolitik der kleineren Städte kam insbesondere den Räten und Verwaltungen der Kreise zu. Während im bundesdeutschen Rechtssystem der Gemeindeebene grundsätzlich ein Vorrang vor dem Kreis zukommt⁵⁹, verfügten die Kreise in der DDR über erheblich ausgedehntere Machtbefugnisse. Für den kommunalpolitischen Alltag war daher nicht so sehr die Abhängigkeit der Gemeinden von der Zentrale kennzeichnend als vielmehr die Aufgaben- und Ressourcenverflechtung mit den Kreisen.⁶⁰ Der Rat des Kreises war in vielen Bereichen das bestimmende Exekutivorgan übergeordneter Beschlüsse auf lokaler Ebene.⁶¹ Rechtsverbindliche Jahrespläne der Kreise regulierten den Handlungsspielraum der kreisangehörigen Gemeinden weitgehend. Nur einen verschwindend kleinen Teil ihrer finanziellen Mittel konnten die Städte letztlich nach eigener Prioritätensetzung einsetzen. Dazu gehörte der sogenannte Volksvertreterfonds, der Mittel aus sparsamer Haushaltsführung und sonstige außerplanmäßige Einnahmen enthielt, über deren Verwendung die Stadtverordnetenversammlung und der Rat entscheiden konnten.⁶²

Zum Zweck der „Anleitung“ der Kommunen durch den Kreis wurden regelmäßige Dienstbesprechungen mit den Bürgermeistern durchgeführt. Mächtigster Akteur innerhalb des Kreisgebietes war noch vor dem Vorsitzenden des Rates des Kreises der erste Sekretär der Kreispartei, der über einen großen Mitarbeiterapparat verfügte und bei allen relevanten Fragen auf der Kreisebene die Vorbereitung von Beschlüssen übernahm und selbst mit Detailfragen des lokalen Alltagslebens beschäftigt war.⁶³

Der bezirklichen Ebene kam aus Sicht der Kommunen insbesondere bei grundlegenden Fragen der Versorgung und des Wohnungsbaus eine entscheidende Rolle zu. Der Bezirk war

⁵⁷ Vgl. *Benke/Wolfes*: Stadtkarrieren, S. 127–164.

⁵⁸ Vgl. *Grundmann*: Räumliche Disparitäten, S. 189.

⁵⁹ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 154.

⁶⁰ Vgl. *ebd.*, S. 234.

⁶¹ Vgl. *Neckel*: Staatsorgan, S. 256.

⁶² *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 186–187.

⁶³ Siehe zur Kreispartei: Die SED-Organisation im Kreis, S. 272.

innerhalb des Bezirksgebietes entsprechend der politischen Vorgaben der zentralen Staatlichen Plankommission für den Einsatz der staatlichen Mittel verantwortlich. Trotz vielfältiger Festlegungen bezüglich der Kennziffern für die Weiterverteilung und Verwendung der Finanzen verfügte der Bezirk in wichtigen Teilbereichen, wie z.B. dem Konsum und dem Wohnungsbau, über eigenen Gestaltungsspielraum und die Möglichkeit zur Prioritätensetzung. De jure war zwar auch der Bezirk nur eine administrative Ebene innerhalb des Zentralstaates: Durch seine erhebliche Ressourcen- und Personalausstattung gewann der Bezirk aber ein deutlicheres Eigengewicht als es die Bezeichnung „örtliches Staatsorgan“ suggeriert, auch wenn der Bezirk gegenüber der Zentrale weisungsgebunden blieb. Stefan Wolle nennt die Bezirke „kleine Reiche innerhalb der Verwaltungshierarchie“. Die große Bedeutung der Bezirksebene zeigte sich insbesondere in Hinblick auf die Macht der Bezirksparteiorganisationen: „Die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen waren die Provinzfürsten der DDR“⁶⁴, die in allen entscheidenden Fragen Einfluss nehmen konnten und mittels ihres großen Mitarbeiterstabes weitgehende Möglichkeiten sowohl zur Kontrolle als auch zur strategischen Vorbereitung von Entwicklungen im Territorium hatten.⁶⁵

Der Einfluss der 15 Bezirke der DDR variierte trotz der formell gleichen Rechte deutlich voneinander. Neben den unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen der Territorien war die unterschiedliche Handlungsmacht u.a. dadurch bestimmt, dass – nach Frank Werner – „regionale Präferenzen bei den ‚Oligarchen‘ im Politbüro“ vorhanden waren, die zu Bevorzungen führen konnten.⁶⁶

Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer kleinen Industriestadt – insbesondere die Entscheidungen über Industrieansiedlungen und Großvorhaben des Wohnungsbaus – wurden jedoch in den zentralen Staats- und Parteiinstitutionen in Berlin getroffen. Wichtiger fachpolitischer Bezug war der Ministerrat der DDR, insbesondere die zuständigen Industrieministerien und das Bauministerium. Die für alle lokalen Entwicklungen entscheidenden Planziffern für die Jahres- und Fünfjahrespläne wurden zentral von der Staatlichen Plankommission festgelegt. Für alle Maßnahmen der staatlichen Organe wurden jedoch die Grundlagen in den zentralen Parteiorganen, insbesondere im Politbüro des ZK der SED gelegt. Wesentlicher fachlicher Akteur auf der zentralen Parteiebene war für die Industriestadt Ludwigsfelde die Abteilung Maschinenbau und Metallurgie des ZK, die die wichtigsten Vorlagen zur weiteren industriellen Entwicklung des Territoriums ausarbeitete. Der staatliche Ministerrat vollzog im Wesentlichen nur die Beschlüsse des Politbüros. Auf der zentralen Ebene nahm das Politbüro in der DDR die Funktion einer mit ungeheurer Machtfülle ausgestatteten „Überregierung“ ein, deren Aufgabenspektrum kaum abzugrenzen war. Von der

⁶⁴ Wolle: *heile Welt*, S. 103.

⁶⁵ Vgl. ausführlich zur Rolle der 1. Sekretäre: *Helga A. Welsh*: Kaderpolitik auf dem Prüfstand. Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989, in: *Hübner*: *Eliten im Sozialismus*, S. 107–129 und *Mario Niemann*: *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn 2007.

⁶⁶ Vgl. *Werner*: *Raumordnungspolitik*, S. 320.

Festsetzung der großen Leitlinien abgesehen war es auch „mit unendlich vielen Kleinigkeiten beschäftigt“.⁶⁷ Ralph Jessen schildert die Tätigkeit des Politbüros folgendermaßen:

„Obwohl man sich bemühte, die Entscheidungsspitze von Bagatellsachen zu entlasten, lag es in der Natur des diktatorischen Systems, daß untere Instanzen alle irgendwie problematischen Fragen nach oben weiterreichten, um sich selbst vor dem Risiko einer Fehlentscheidung oder unberechenbaren Änderungen der politischen Linie zu schützen. Die Beschlussprotokolle des Politbüros lesen sich denn auch oft wie der Terminkalender eines desorganisierten Managers, der unfähig ist, Aufgaben und Entscheidungen zu delegieren.“⁶⁸

Art und Umfang der kommunalen Tätigkeit

Obwohl die faktischen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen durch fehlende örtliche Finanz- und Ressourcenverfügung, die Kontrolle der übergeordneten Organe und die Dominanz der Industrie und der Parteiinstitutionen eine weitgehende Eingrenzung erfuhren, waren die kommunalen Verantwortlichkeiten gleichzeitig im Staatsrecht der DDR nominell weit bemessen. Der geringen rechtlichen und materiellen Ausstattung der kommunalen Verwaltung stand eine sehr umfassende Verantwortlichkeit vor allem für die Organisation des städtischen Alltags gegenüber. Die Kommunen bildeten so „im ständigen Lavieren zwischen der Skylla des Realsozialismus und der Charybdis einer anschwellenden Mangelwirtschaft“ das schwächste Glied in der Kette staatlicher Organe.⁶⁹ Die Formulierungen in den DDR-Verfassungen zeigten verbal durchaus deutliche Anklänge an die Bestimmungen über das lokale Selbstverwaltungsrecht in der Bundesrepublik. Nach Artikel 81 der Verfassung der DDR von 1968 bestimmten die Kommunen „auf der Grundlage der Gesetze in eigener Verantwortung über alle Angelegenheiten, die ihr Gebiet und seine Bürger betreffen“.⁷⁰ Eine verfassungsrechtliche Kernbestandsgarantie dieser „Allzuständigkeit der Gemeinden im Bereich der örtlichen Staatsverwaltung“ konnte aus dieser Formulierung jedoch nicht abgeleitet werden.⁷¹ Die umfänglichen Aufgabenzuweisungen in der Verfassung erfolgten ohne eine gleichzeitige Benennung konkreter Rechte.

Eine weitgehende lokale Verantwortlichkeit des örtlichen Rates bestand insbesondere auch aus Sicht der Bevölkerung. Den Bewohnern der Städte war die reale Machtverteilung in der zentralen Parteiherrschaft in der DDR zwar bewusst, dennoch fungierten die leicht erreichbaren städtischen Institutionen als wichtige erste Ansprechpartner bevor ein Anliegen an die Kreisparteileitung gerichtet oder zum Mittel der „Staatsratseingabe“ gegriffen wurde. Für Fragen der Konsumgüterversorgung, des Stadtbildes, der Müllentsorgung und des Wohnungsangebotes wurde ganz im Sinne des traditionellen Verständnisses von lokaler Da-

⁶⁷ Wolle: heile Welt, S. 102.

⁶⁸ Vgl. Ralph Jessen: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Matthias Judt (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 27–86, hier S. 42.

⁶⁹ Kästner: Kommunale Eliten, S. 50.

⁷⁰ Artikel 81, Abs. 2, Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, in: GBl. 1968, I., Nr. 8, S. 199–222.

⁷¹ Vgl. Püttner/Rösler: Gemeinden und Gemeindereform, S. 29 und 31.

seinsvorsorge zunächst die „Stadt“ verantwortlich gemacht, auch wenn diese Zuordnung nicht den realen Machtverteilungen entsprach.

„Wenn irgendjemand eine Zeitung haben wollte, Eulenspiegel oder Wochenpost oder Magazin“, schildert ein ehemaliger lokaler Verantwortlicher, „dann sind sie zu mir gekommen und haben sich beschwert, dass man die nicht kaufen konnte. Ich hatte aber gar nichts damit zu tun, weil ich das gar nicht beeinflussen konnte. War aber dafür zuständig nach Gesetz: kulturelle Entwicklung im Territorium, verantwortlich, bumm.“⁷²

Im Vergleich zu westdeutschen kreisangehörigen Gemeinden erscheinen die realen Kompetenzen der DDR-Kommunen in der Bilanz teils mager, teils aber auch völlig anders geartet.⁷³ Gegenüber dem „klassischen“ Aufgabenbereich der kommunalen Selbstverwaltung verloren die Gemeinden in der DDR insbesondere die Kontrolle über die Stadtplanung⁷⁴ und über große Teile der traditionellen Daseinsvorsorge, wurden aber Träger einer „andersartigen Stadtwirtschaft“.⁷⁵ Die Kommunen übernahmen neben Aufgaben der städtischen Leistungsverwaltung neue Tätigkeitsfelder im Bereich der Bauwerterhaltung der Wohnungen, der Organisation des kulturellen Lebens und der für die Bevölkerung sehr wichtigen Kontrolle des Konsumangebotes. Eine neuartige Verantwortung kam den kommunalen Verwaltungen in der DDR in der Frage der Wohnraumverteilung zu.⁷⁶ Diese Kompetenz unterschied die DDR-Städte wesentlich von westlichen Städten und bot potenziell eine große Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Stadtentwicklung. Diese lokalen Einflussmöglichkeiten waren in der Realität jedoch zu relativieren, da faktisch die Betriebe einen großen Teil der Verteilungsverantwortung für die vor Ort vorhandenen Wohnungen übernahmen und den Städten häufig nur die Verwaltung des Mangels blieb.

Über die „örtliche Versorgungswirtschaft“ hinaus gehörte auch die Unterhaltung der städtischen Infrastruktur zu den örtlichen Aufgaben. Allerdings lagen auch die wesentlichen Zuständigkeiten für Energie, Wasser und Verkehr bei bezirklichen Kombinat und die wichtigen sozialen Einrichtungen der Schulversorgung und Gesundheitseinrichtungen befanden sich im Verantwortungsbereich der Kreise.⁷⁷ Verantwortliche Funktionen übernahmen die Gemeinden bei der Vorbereitung von Bauvorhaben und bei der Aktivierung von Bevölkerungsiniciativen, die z.B. der Grünflächen- und Stadtbildpflege dienen konnten. Im Einzelfall konnten solche Initiativen bis hin zur Errichtung von Gebäuden in lokaler Eigenregie führen.

4.1.2 Phasen der Entwicklung der Kommunalpolitik in Ludwigsfelde

Die Analyse der städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung von Ludwigsfelde wird im Folgenden durch eine Untersuchung der kommunalpolitischen Strukturen vertieft. Die Analy-

⁷² Interview Kallmeyer.

⁷³ Vgl. Püttner/Rösler: Gemeinden und Gemeindereform, S. 51.

⁷⁴ Siehe auch: 2.2.2 Stadtplanung und Städtebau in der DDR-Industriestadt, S. 50. Vgl. zum Institutionenwandel im Bereich der Stadtplanung Betker: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 153–180.

⁷⁵ Püttner/Rösler: Gemeinden und Gemeindereform, S. 263.

⁷⁶ Vgl. Roggemann: Kommunalrecht, S. 102.

⁷⁷ Vgl. Bartsch: Aufgaben, S. 112.

se der Kommunalpolitik in Ludwigsfelde konzentriert sich auf die Untersuchung der Prozesse der politischen Meinungsbildung vor Ort und die Möglichkeiten zur Durchsetzung lokaler Interessen im Zentralismus. Anknüpfend an eine Analyse der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik sollen vor allem exemplarische Fallstudien dazu dienen, Erfolge wie Misserfolge bei der Generierung lokaler Gestaltungsmacht zu illustrieren und die Handlungsweisen und Selbstbilder der lokalen Eliten zu verdeutlichen.

Die Herausbildung kommunalpolitischer Strukturen in Ludwigsfelde lässt sich grob in drei Phasen unterteilen:

Der überforderte Industrieort: Die 1950er Jahre

In Ludwigsfelde waren die Strukturen der Kommunalverwaltung durch den weitgehenden Neuaufbau der Stadt und die dadurch fehlenden lokalen Traditionen besonders fragil. Eine kleine Gemeinde – um 1950 hatte Ludwigsfelde nur etwa 4.000 Einwohner – verfügte angesichts der ohnehin begrenzten kommunalpolitischen Kompetenzen der DDR-Städte nur über geringe Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung. Als kreisangehörige Gemeinde stand Ludwigsfelde zudem am Ende der formellen Hierarchie. Durch seine Stellung als wichtiger Industriestandort waren Ludwigsfelde zwar periodische Investitionen sicher, doch verliefen diese sehr wechselhaft und waren kaum von der Gemeinde in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auf forcierte Investitionen für wichtige Projekte folgten seit den 1950er Jahren immer wieder Phasen der Vernachlässigung.

Die nach dem Aufbau der Industriewerke in den 1950er Jahren innerhalb der Gemeindeverwaltung aufkeimenden Hoffnungen, weitergehende kommunale Kompetenzen zu erhalten, erfüllten sich nicht. Zentrales Tätigkeitsfeld der örtlichen Politik im Industrieort blieben die „kleinen Fragen“ des Alltags, der örtlichen Versorgung, der sozialen Infrastruktur, des kulturellen Lebens und der Wohnraumverteilung, wenngleich auch diese wenigen formellen Handlungsräume in der politischen Praxis durch Eingriffe der übergeordneten Organe und die Macht des Großbetriebes vielfach eingeschränkt wurden.

Erschwert wurde die Politik vor Ort in den 1950er Jahren auch dadurch, dass die lokale Verwaltung personell ungenügend ausgestattet, unterfinanziert und eher gering qualifiziert war. Eingespielte Beziehungen und informelle Handlungsoptionen besaß der neue Ort in Kreis und Bezirk zunächst kaum, sodass sich lange Zeit auch keine faktische Handlungsmacht neben der formellen Hierarchie generieren ließ.

1960er Jahre: Neues Selbstbewusstsein und Enttäuschungen

Angesichts der Schwierigkeiten beim Aufbau kommunalpolitischer Strukturen wurde die Gemeinde Anfang der 1960er Jahre durch eine „Brigade“ des Ministerrates beim Aufbau ihrer Verwaltung beraten und gleichzeitig kontrolliert. Diese Arbeitsgruppe von Verwaltungsfachleuten erkannte bald die entscheidenden Probleme der Ludwigsfelder Lokalpolitik: In ihrem Abschlussbericht an den Ministerrat lobte sie zwar die gewachsene Selbstständigkeit der Ludwigsfelder Verwaltung – forderte aber, dass „die Gängelei durch die übergeordneten Organe nicht wieder beginnen sollte“. Kritisiert wurde insbesondere der Kreis, der bei wichtigen

Entscheidungen die Gemeinde nicht einmal konsultiert hatte.⁷⁸ Bemerkenswert ist, dass selbst eine Brigade des Ministerrates unter dem Eindruck ihrer vor Ort gemachten Erfahrungen massive interne Kritik am System des Zentralismus übte. Die Praxis der kommunalen Politik änderte sich jedoch in den folgenden Jahren trotz dieser richtigen Bewertung durch die zentrale Arbeitsgruppe kaum.

Mit dem Beginn der Planung für die neue Lkw-Produktion und der bevorstehenden Stadterhebung entwickelte sich in der Verwaltung Ludwigsfeldes Mitte der 1960er Jahre dennoch ein ausgeprägtes lokales Selbstbewusstsein. Von Angehörigen des örtlichen Rats wurde der geringe Umfang der von Kreis und Bezirk für die Ludwigsfelder Instanzen gewährten Kompetenzen regelmäßig kritisiert.

Grundlegende Änderungen folgten aus solchen Kritiken an der unzureichenden Einbindung in Entscheidungsprozesse jedoch nicht. Insbesondere nach der Stadterhebung Ludwigsfeldes im Jahre 1965 versuchte die neue Stadt dennoch diesen zunächst rein symbolischen Titel auch in mehr Einfluss auf die Stadtentwicklung umzusetzen und nicht mehr als bloßes „Anhängsel“⁷⁹ des Werkes zu fungieren. Die Hoffnungen auf eine aktive Rolle der Stadt in der Stadtentwicklungspolitik erfüllten sich jedoch auch nach 1965 nur sehr begrenzt. Obwohl sich die realen rechtlichen Kompetenzen nur in geringem Umfang erweiterten, vergrößerten sich auf längere Sicht aber ihre faktischen Spielräume. Nach der Stadtwertung erfuhr Rat und Stadtverwaltung von Ludwigsfelde einen nachhaltigen Professionalisierungsschub.

Die konsolidierte Stadt der späten 1970er und 1980er Jahre

In den späten 1970er Jahren unternahm die nun auch personell besser ausgestattete Stadtverwaltung immer wieder eigene planerische Initiativen. Ein wichtiges Pfund, mit dem Ludwigsfelde nun wuchern konnte, war die gestiegene Bedeutung des Automobilkombinates für die Exportwirtschaft der DDR. Die Durchsetzung eigener lokaler Interessen gelang Ludwigsfelde seit den 1970er und 1980er Jahren zunehmend erfolgreich, als der Ort mit etwa 23.000 Einwohnern größtmäßig weit über die stagnierende Kreishauptstadt hinausgewachsen war. Neben den besseren personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung eröffneten insbesondere die mittlerweile gewachsenen persönlichen Netzwerke neue Handlungskorridore.

Insbesondere die Ansiedlung des Kombinatssitzes nach 1975 vergrößerte die faktische Bedeutung des Ortes in Kreis und Bezirk. Die Verantwortlichen vor Ort konnten sich mit der Meinung, dass die Kreisstadt Zossen sich in stärkerer Weise für Ludwigsfelde einzusetzen hätte, zunehmend durchsetzen.

4.1.3 Spielräume und Grenzen der Kommunalpolitik: „Spielräume hat man sich selbst geschaffen oder man hatte keine.“

Trotz der schlechten rechtlichen Position der Kommunen gab es aus dem besonderen Selbstverständnis der örtlichen Eliten heraus Möglichkeiten, spezifisch lokale Interessen in-

⁷⁸ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 2.3.1961, S. 4.

⁷⁹ Diese Formulierung findet sich bei *Neckel*: Staatsorgan, S. 257.

nerhalb des Zentralismus durchzusetzen. Nicht alle Interessenkonflikte, die sich in den Akten niedergeschlagen haben, hatten zwar einen direkten politisch-ideologischen Hintergrund. Viele Konflikte drehten sich schlicht um Macht- und Kompetenzfragen insbesondere auf der Durchführungsebene von Beschlüssen.⁸⁰ Dennoch entstand ein großer Teil der Konflikte durch den Willen der lokalen Akteure, lokale Interessen gegenüber den übergeordneten Organen durchzusetzen.

Die Kommunalpolitik in der DDR verlief nicht nur von „oben“ nach „unten“, sondern war in vielfältige und komplexe Aushandlungsprozesse eingebunden.⁸¹ Die Verteilung der Verantwortlichkeiten für die örtlichen Aufgaben durch die Kommunalgesetze der DDR blieb in vielen Fragen sehr allgemein und führte nicht immer zu einer klaren Abgrenzung der Tätigkeitsfelder zwischen Bezirk, Kreis und Stadt, sodass es häufiger zu Kompetenzstreitigkeiten kam. Bei geschickter Nutzung dieser Grauzonen konnten sich auch Spielräume eröffnen. Die Vielzahl der in der lokalen Politik engagierten Institutionen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die DDR keinesfalls wie etwa das NS-Regime polykratisch strukturiert war. Das Herrschaftssystem der DDR blieb immer durchgängig zentralistisch organisiert.⁸² Auch auf lokaler Ebene existierte ein zentralistisches Verwaltungssystem, das autoritär von den Vorstellungen einer Staatspartei bestimmt wurde. Gleichwohl differenziert sich dieses zentralistische System im Wechselspiel der verantwortlichen Personen angesichts von Mangelwirtschaft und lokalen Problemen immer wieder neu.

Angemessene Ressourcen zur Lösung der zahlreichen lokalen Probleme besaßen die Kommunen letztlich nicht. Die lokalen Akteure mussten die wenigen eigenen Rechte im real existierenden „strukturierten Kompetenzwirrwarr“⁸³ im Konfliktfall verteidigen und ein großes Geschick im Aufspüren von neuen Ressourcen zur örtlichen Defizitbewältigung beweisen. Es kam darauf an, über Aushandlungsprozesse mit allen Beteiligten aus den Verwaltungen, den Betrieben und Parteigliederungen und ggf. auch gemeinsam mit der Bevölkerung, einen Weg zu finden, um lokale Probleme zu lösen.

Entscheidend für die Analyse kommunaler Politik in der DDR ist es, die realen Handlungskompetenzen, jenseits der durch das Kommunalgesetz und die zentralistische Struktur vorgegebenen Bedingungen, darzulegen. Zahlreiche formale Schritte des politischen Handelns auf den unteren administrativen Ebenen hatten nur noch nachvollziehenden Charakter. Selbst nach den Buchstaben des Gesetzes bestehende Handlungsspielräume konnten von den Kommunen nicht regelmäßig durchgesetzt werden.

Eine wichtige Rolle bei der Generierung von lokalen Handlungsräumen spielten die Position der Stadt in der administrativen und ökonomischen Hierarchie und die jeweiligen gesamt-

⁸⁰ Vgl. *von Saldern*: Alte und junge Stadt, S. 359.

⁸¹ Vgl. für das Beispiel Magdeburg, *Lu Seegers*: „Schaufenster zum Westen.“ Das Elbefest und die Magdeburger Kulturfesttage in den 1950er und 1960er Jahren, in: *von Saldern (Hg.)*: Inszenierte Einigkeit, S. 107–146, hier S. 144.

⁸² Vgl. *Detlef Schmiechen-Ackermann*: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002 (Kontroversen um die Geschichte, hrsg. von Arnd Bauerkämper, Peter Steinbach, Edgar Wolfrum), S. 86.

⁸³ *von Saldern*: Herrschaft und Repräsentation, S. 25.

staatlichen politischen und wirtschaftlichen Konstellationen. Die Herstellung und der Gebrauch von lokalen Spielräumen waren jedoch auch sehr stark vom Engagement und der Persönlichkeit der lokalen Akteure und dem Vorhandensein von republikweiten Netzwerken abhängig. Die ungenügende rechtliche und materielle Ausstattung der Kommunen erzeugte einen systembedingten „Zwang“ zur Politik außerhalb des Plans.⁸⁴ Da es durch diese Vorgehensweise Alltag geworden war, „eher auf Informalität als auf Verträge, eher auf persönliche Verhältnisse als auf bürokratische Verfahren, eher auf Interessenausgleich denn auf Konflikt zu vertrauen“⁸⁵, gewannen die handelnden Personen eine größere Bedeutung als die Funktionen.⁸⁶

Einen wesentlichen Zugang zum Verständnis kommunaler Politiken der DDR bildet neben der Untersuchung der formellen staatlichen Strukturen und der faktischen Macht der Partei deshalb die Analyse von informellen Handlungen und persönlichen Netzwerken.⁸⁷ Die wichtige Rolle, die informellen Handlungsweisen in der DDR-Gesellschaft auf der lokalen Ebene zukam, ist in der Forschung schon früh erkannt worden. Informelle kommunale Praktiken zur Defizitbewältigung konnte bereits Neckel als ein „Netzwerk klientelischer Beziehungen“ zwischen Stadt, Parteiinstitutionen und Betrieben ausmachen, das die lokale Politik in der DDR nachhaltig bestimmte.⁸⁸ Frank Werner identifizierte in der örtlichen Politik eine „Vielzahl von informellen Beziehungen, die eine eindeutige Zuordnung der Planungsträger zu den politischen Exekutiven von Partei und Staat gar nicht zulassen“.⁸⁹ Die Bedeutung von Netzwerken und Beziehungen für die Verfolgung von Interessen ist zwar in allen Herrschaftssystemen nachweisbar, aber in nicht-demokratisch verfassten Gesellschaften wie jener der DDR spielte ein solches Netz- und Beziehungsgefüge wegen der fehlenden demokratischen Willensbildung eine besonders wichtige Rolle.⁹⁰ „Diese persönlichen Beziehungen bedurften ständiger Pflege durch die Räte, um für die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung des Ortes wirksam zu werden. Dieses Betätigungsfeld örtlicher Räte erscheint im Nachhinein das eigentliche Terrain für ‚Kommunalpolitik‘ gewesen zu sein.“⁹¹ Die Analyse der Rolle informeller persönlicher Beziehungen muss sich – auf der Ebene der privaten wie kommunalpolitischen Beziehungen – jedoch auch vor der Gefahr der „Verklärung sozialer Netzwerke“⁹² in Acht nehmen. In vielerlei Hinsicht waren sie nur Resultate der rechtlichen und materiellen Defizite.

⁸⁴ Vgl. *Bartsch*: Aufgaben, S. 110.

⁸⁵ *Neckel*: Staatsorgan, S. 262.

⁸⁶ Vgl. *Häußermann*: Stadt im Sozialismus, S. 10.

⁸⁷ Vgl. zu ähnlichen Untersuchungen *Frank Betker*: Handlungsspielräume von Stadtplanern und Architekten in der DDR, in: *Barth (Hg.)*: Planen, S. 11–33; *Ingrid Apolinariski*: Die Territorialplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Das Beispiel Dahwitz-Hoppegarten, in: *Barth (Hg.)*: Planen, S. 37–47; *Schütrumpf*: Werk – Stadt – Partei, S. 121–125.

⁸⁸ Vgl. *Neckel*: Staatsorgan, S. 259.

⁸⁹ *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 320.

⁹⁰ Vgl. von *Saldern*: Alte und junge Stadt, S. 361.

⁹¹ *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 213.

⁹² *Ina Merkel*: Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus, in: *Hübner/Tenfelde (Hg.)*: Arbeiter, S. 527–554, hier S. 533.

Eine möglichst weitgehende Umsetzung der eigenen Machtkompetenz lag im Interesse der übergeordneten Organe, die Übernahme von Verantwortung für jedes lokale Problem dagegen nicht. Angesichts der auch bei den übergeordneten Organen bestehenden Ressourcenknappheit vergrößerten lokale Eigeninitiativen zur Aktivierung nicht zentral bilanzierter Mittel und die Mobilisierung örtlicher Reserven deshalb die Gestaltungsspielräume. Zu erweitern waren lokale Spielräume auch im Rahmen der „territorialen Rationalisierung“ und der Zusammenarbeit mit den ansässigen Betrieben. Ein herausragendes Charakteristikum des kommunalen Handelns in der DDR war deshalb die intensive Einbindung der Gemeinden in zahlreiche verschiedenartige Kooperationsbeziehungen zur Erfüllung umfassender politisch-gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Aufgaben, während die in westlichen Staaten dominierende eigenverantwortliche Erfüllung einzelner, abgegrenzter Aufgaben stark zurücktrat.⁹³

Um eine ausreichende Ressourcenausstattung vor Ort zu erreichen, mussten die lokalen Akteure auch Konflikte mit den übergeordneten Organen riskieren. „Die [Spielräume] kann man ausfüllen, braucht man aber nicht“ argumentiert das langjährige Ratsmitglied Paul Beileke „Das muss ich dann selbst entscheiden. Und wir haben uns entschieden, alle Spielräume bis ins Äußerste auszudrücken und das auch zu machen. Wir haben es gemacht. Wir haben es gemacht.“⁹⁴ Im offenen Konflikt mit übergeordneten Organen hatte die Stadt keine Chance der Interessendurchsetzung. Sondersituationen, wie z.B. lokale Produktionskrisen, konnten jedoch offensiv genutzt werden, ebenso wie unterschiedliche Interessen zwischen den einzelnen Staats-, Partei- und Wirtschaftsorganen für die Durchsetzung städtischer Interessen instrumentalisiert werden konnten. In kleineren Industriestädten beruhte die erfolgreiche Politik der lokalen Akteure darauf, dass sie, wie es Alice von Plato für das Beispiel Leinefelde beschreibt „die regionalen Behördenwege umgingen und stattdessen direkte Verbindungen zu Verantwortlichen auf der Ebene der Bezirks- oder sogar der Ministerialbürokratie nutzten. Hinzu kam, dass sich die Verantwortlichen auf allen Ebenen, von der Stadtverwaltung bis zum Großbetrieb, besonders für ihre (Wahl-)Heimat einsetzten.“⁹⁵

Offen ausgetragene Auseinandersetzungen mit anderen administrativen Ebenen setzten städtische Partei- und Staatsorgane auch zur Legitimation gegenüber den Bürgern ein. So wurden Fehlentwicklungen und Defizite in der Stadt vor allem den mittleren Ebenen – Bezirk und/oder Kreis – angelastet, um so von nur behaupteter oder tatsächlicher eigener Verantwortung abzulenken. Als Legitimation im Konflikt dienten Leitlinien der Parteiführung und Ministerratsbeschlüsse. Sie bildeten den Rahmen, in dem sich Aushandlungsprozesse gegenüber Kreis und Bezirk bewegen konnten. Die Staats- und Parteiführung bleiben jedoch weitgehend sakrosankte Führungsinstanzen, die auch in internen Diskussionen von einer kleinen Gemeinde nicht zu kritisieren waren, während zumindest außerhalb der Öffentlichkeit Kreis, Bezirk oder Werk direkt kritisiert werden konnten.

⁹³ Vgl. *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 51–52.

⁹⁴ Interview Beileke.

⁹⁵ Vgl. das Beispiel Leinefelde: *von Plato*: Diaspora, S. 274.

4.1.4 Ludwigsfelde und die übergeordneten Staatsorgane

Der Konflikt mit dem Kreis Zossen: „Ja, man durfte sich nicht alles bieten lassen!“

Innerhalb des politischen Institutionengefüges entwickelte sich insbesondere der Gegensatz zum Kreis Zossen über Jahrzehnte zu einem prägenden Moment im Alltag der Ludwigsfelder Kommunalpolitik. Dieser Konflikt zwischen zwei administrativen Ebenen wurde zusätzlich überlagert und verstärkt durch eine ausgeprägte Städtekonkurrenz zwischen Ludwigsfelde und der Kreisstadt Zossen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die im 13. Jahrhundert begründete, weit außerhalb des Berliner Ballungsraums gelegene Ackerbürgerstadt Zossen mit etwa 5.000 Einwohnern noch geringfügig größer als der junge Industriort Ludwigsfelde. 1952 bei der Neubildung der Kreise in der DDR wurde deshalb Zossen folgerichtig zur Kreishauptstadt und zum Namensgeber des neuen Kreises erklärt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war neben der Tatsache, dass Zossen zum damaligen Zeitpunkt die größte Siedlung im Kreis war auch seine zentrale geographische Position innerhalb des Kreises und die Lage an der wichtigen Bahnlinie Berlin-Dresden.⁹⁶ Zossen war traditionell jedoch eher durch ackerbürgerliche und handwerkliche als durch gewerbliche Strukturen geprägt und entwickelte sich auch während der DDR nicht zu einem nennenswerten Industriestandort.

Ludwigsfelde überflügelte durch die forcierte Förderung seiner Industrie innerhalb von wenigen Jahren die abseits gelegene Kreishauptstadt⁹⁷ und wurde innerhalb des Kreises der eindeutige Schwerpunkt der Industrieansiedlung und des Wohnungsbaus. Im Laufe der Jahrzehnte verlagerten sich auch kulturelle, sportliche und politische Veranstaltungen zunehmend aus Zossen nach Ludwigsfelde. Schon im Jahre 1965 konnte sich die neue Stadt in einer Selbstdarstellung anlässlich der Stadtwerdung feiern: „Ludwigsfelde war seiner Kreisstadt Zossen über den Kopf gewachsen“.⁹⁸ Die Aussage zielte nicht nur auf die angestiegene Einwohnerzahl. Auch ökonomisch war der Industriort zum unbestreitbaren Zentrum des Kreises geworden. Ludwigsfelde war das „Arbeiterzentrum“ des Kreises und galt bei seinen Einwohnern bereits als die eigentliche „heimliche Kreisstadt“.⁹⁹

Die Industriegemeinde bzw. die spätere Industriestadt Ludwigsfelde mit einem republikwichtigen Betrieb mit mehr als 10.000 Arbeitsplätzen fühlte sich vor diesem Hintergrund bei vielen Fragen seiner weiteren Entwicklung nur wenig verstanden von der Kreisverwaltung, die in der wirtschaftlich unbedeutenden Stadt Zossen residierte und die für einen ansonsten weitgehend agrarisch geprägten Kreis zuständig war. Die daraus resultierende Konkurrenzsituation zwischen Stadt- und Kreisverwaltung um Kompetenzen und Ressourcen blieb bis zum Ende der DDR erhalten.

⁹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5551, Zusammenarbeit mit Zentralen Staatsorganen und Kreis, Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksplankommission, Ratsvorlage, für die Ratssitzung am 13.5.1964, Ratsvorlage: Ökonomische Konzeption für die Entwicklung des Kreises Zossen, S. 26.

⁹⁷ Ein ähnliches Phänomen lässt sich bei der neuen Industriestadt Leinefelde und ihrer Kreisstadt Heiligenstadt feststellen: *von Plato: Diaspora*, S. 274.

⁹⁸ O.V.: Ludwigsfelde. Ein großes Werk in einer jungen Stadt, Ludwigsfelde [Broschüre über die Stadt 1965].

⁹⁹ Interview Birk.

Während der Kreis bemüht war, Mittel auch in die Kreisstadt und in die ländlichen Räume des Kreises zu lenken, sah sich Ludwigsfelde als das „Zentrum der Arbeiterklasse im Kreis Zossen“ und verlangte eine stärkere Konzentration auf seine städtische Entwicklung. Während die Bevorzugung von Ludwigsfelde bei der Vergabe von Wohnungsbaukapazitäten kaum vom Kreis Zossen in Frage gestellt werden konnte, ergaben sich im Bereich der Dienstleistungsversorgung und Infrastrukturausstattung zahlreiche Konfliktpunkte zwischen den administrativen Ebenen. In den 1950er und 1960er Jahren führte die Missachtung der lokalen Kompetenzen durch den Kreis zu erheblichem Unmut bei den Ludwigsfelder Verantwortlichen. Nur in Einzelfällen konnte die Gemeinde – insbesondere mit Hinweis auf ihre republikweite Bedeutung und mittels teilweiser Unterstützung zentraler Organe – gegenüber dem Kreis eine weitergehende Beachtung ihrer Bedürfnisse durchsetzen.

Schon beim Aufbau der neuen Produktionen im Werk während der 1960er Jahre registrierte die Gemeinde Ludwigsfelde ein ungenügendes Engagement der Kreisverwaltung, insbesondere „die schlechte Anleitung durch den Rat des Kreises“¹⁰⁰ wurde bemängelt. Auf der anderen Seite erschien auch aus Sicht des Kreises die Arbeit der Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung als kritikwürdig. Die Kreisverwaltung hielt den Rat der Gemeinde in den 1950er Jahren für einen „Zuweisungsbetrieb“, den der Kreis durch umfangreiche Mittel auf Kosten des übrigen Kreisgebietes unterstützen musste, während die Gemeindevertretung „in letzter Zeit so gut wie gar nicht gearbeitet“¹⁰¹ habe. Die Gemeinde verteidigte sich gegen solche Vorhaltungen mit dem Argument, dass trotz der besonderen Bedeutung, die der Industriort im Territorium hatte, nur eine unzureichende Ausstattung mit Verwaltungskapazitäten erfolgt war.¹⁰² 1965 beschwert sich der Rat der Stadt, dass der Kreis bei neu auftauchenden Problemen, die die Stadt mittels ihrer Kompetenz nicht lösen konnte, nicht gemeinsam mit Ludwigsfelde aktiv wurde, sondern bei der zentralistischen „planmäßigen“ Verwaltungspraxis gegenüber dem untergeordneten Organ verharren würde. „Man kann im Gegenteil zu der Auffassung kommen, daß vom Kreis gegenüber dem örtlichen Organ administriert wird. [...] Dann brauchen wir kein örtliches Organ mehr und keinen stellvertretenden Bürgermeister.“¹⁰³

Im Bewusstsein der gewachsenen eigenen industriellen Bedeutung waren die Stadtverantwortlichen seit den 1970er Jahren nicht mehr gewillt, die vollständige Abhängigkeit vom Kreis Zossen widerspruchslos zu akzeptieren. Der ehemalige Stadtrat für Planung erinnert sich an die Konflikte mit dem Kreis:

„Ich mach doch nicht das, was Zossen sagt. Ja, das wäre mir gegen den Strich gegangen. Ich wollte mehr als die. Da gab's auch so ein paar Reibereien. Auseinandersetzungen. Insbesondere zu Problemen, die in der Stadt anstanden, die von uns zwar in der Mehrzahl gelöst wurden, aber es gab auch Probleme, wo der Kreis helfen

¹⁰⁰ StadtAL Nr. 171001 003, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 16.2.1962, S. 5.

¹⁰¹ KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Finanzabschlussbesprechung beim Rat der Gemeinde Ludwigsfelde am 16.12.1955, S. 2.

¹⁰² Vgl. ebd., S. 3.

¹⁰³ StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 1.4.1965, S. 3.

*musste, ob es finanziell war oder mit anderen Dingen. Da gab es schon Auseinandersetzungen.*¹⁰⁴

Erfolgreiche Durchsetzung von Eigeninteressen gegen den Kreis gelang vor allem seit Ende der 1970er Jahre in immer größerem Umfang.

*„Das haben sie nicht gerne gemacht.“ so der damalige Stadtrat für Planung „Wir haben uns dann aber auch durchgesetzt, auch gegenüber dem Kreis. Manchmal auch gegenüber dem Bezirk.“*¹⁰⁵

Seit den 1970er Jahren wurden immer häufiger auch direkte Vereinbarungen mit dem Bezirk getroffen, wodurch die Bedeutung des Kreises im Alltagshandeln der Kommune tendenziell zurückging. Diese in den 1980er Jahren schon deutlich erkennbare Entwicklung schildert der Sekretär des Rates und Bürgermeister der Jahre 1989/1990:

*„Da hab' ich mal so einen Spruch gemacht, den lass ich jetzt auch mal ab. ‚die Briefkastenfirma Kreis‘ ja, die könnten wir eigentlich vergessen. Wissen Sie warum, weil wir den Eindruck hatten, dass alles, was vom Rat des Bezirkes Potsdam kam, nach Zossen ging und die es in einen Umschlag gesteckt haben und an uns weitergeschickt haben.“*¹⁰⁶

Angesichts der rasant gewachsenen Bedeutung des Ortes blickten die Bürger der „Automobilbauerstadt“ in den 1980er Jahren von der Position industrieller Überlegenheit auf die kleine Kreisstadt: „Dieses größere Dorf Zossen“, erinnert sich der Ortschronist Gerhard Birk, „das war zwar ein Städtle, aber im Vergleich mit Ludwigsfelde als großer Industriegemeinde war es doch ein Dorf.“¹⁰⁷ Auch im Roman „Trabanten“ des gebürtigen Ludwigsfelders Falko Hennig ist dieser Kontrast treffend beschrieben:

*„Am Morgen nach meinem achtzehnten Geburtstag fuhr ich mit dem Linienbus nach Zossen. Obwohl Ludwigsfelde die größte und wichtigste Stadt des Kreises war, residierte die Verwaltung in dem verschlafenen Nest Zossen. Welch ein Unterschied, Ludwigsfelde stand für Raketen, für Flugzeugmotoren, moderne, in leuchtenden Farben lackierte Lastwagen. Das einzige, was Zossen zum Fortschritt des Transportwesens beigetragen hatte, war im Mittelalter die Verarbeitung von Pferdekadavern in einer Abdeckerei [...]“*¹⁰⁸

Ähnliche regionale Städtekonkurrenzen zwischen Kreisstädten und industriellen Aufsteigern gab es auch in anderen Regionen der DDR. So galt die neue industrielle Entwicklungsstadt Leinefelde aus Sicht der anderen Städte im Eichsfeld „als neureich“ mit extrem ausgeprägter Anspruchshaltung.¹⁰⁹ Intern wurden den Stadtverantwortlichen in Ludwigsfelde vom Kreis ihre angeblich überhöhten Forderungen vorgeworfen:

¹⁰⁴ Interview Beileke.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Interview Kallmeyer.

¹⁰⁷ Interview Birk.

¹⁰⁸ Hennig: Trabanten, S. 101.

¹⁰⁹ Vgl. von Plato: Diaspora, S. 271.

„Kann mich nur noch an einen Ausspruch des damaligen Kreisvorsitzenden erinnern“, schildert der ehemalige Sekretär des Rates und letzte Bürgermeister der Stadt seine Erfahrung aus den 1980er Jahren:

„Ihr in Ludwigsfelde wollt ja bloß noch goldene Klinken.‘ Darin war auch ein bisschen der Neid, dass wir hier in der Stadt ein bisschen was geschafft haben, weil wir, na ja, gearbeitet haben und gemüht, im Interesse unserer Bürger haben wir mehr gemacht, wir hatten ja auch mehr Möglichkeiten.“¹¹⁰

Während sich die Ludwigsfelder in ihrer Eigenschaft als benachteiligt empfanden, hatten die umliegenden Städte im Kreis und Bezirk eine dem entgegengesetzte Wahrnehmung: Die Städte Baruth und Zossen und die ländlichen Räume des Kreises registrierten eine spürbare Vernachlässigung zugunsten des industriellen Schwerpunktes in Ludwigsfelde.¹¹¹ Der Rat des Kreises Zossen musste diese faktische Bevorzugung Ludwigsfeldes gegenüber den anderen Gemeinden des Kreises rechtfertigen.¹¹² Gleichzeitig warf der Kreis jedoch der Stadt Ludwigsfelde vor, eben diese Leistungen des Kreises gegenüber seiner eigenen Bevölkerung nicht hervorzuheben und stattdessen Defizite einseitig dem Kreis anzulasten. Die Bevölkerung in Ludwigsfelde sei sich deshalb nach Ansicht des Kreises nicht darüber im Klaren, „daß, wenn in einem Ort große Summen investiert werden, nicht in zig anderen Orten ebenfalls riesige Forderungen erfüllt werden können.“¹¹³

Auf eine bessere „Anleitung“ durch den Kreis war die nunmehr fachlich qualifizierte Ludwigsfelder Stadtverwaltung in den 1970er Jahren nicht mehr angewiesen. Vielmehr wurde jede Art von Einmischung des Rates des Kreises und der SED-Kreisleitung zunehmend als lästig empfunden:

„Der Lothar Z. war mein ‚Kreisbeschleuniger‘“, schildert ein Stadtratsmitglied das Verhältnis zu den Kontaktpersonen in den Aufsichtsgremien des Kreises: „Und die haben nichts gebracht, die haben dir nichts geholfen. Die haben nichts entschieden. Die haben nur gekuckt, ob die Mutter als Bürgerin der DDR nun wirklich ihre verfassungsrechtlichen Dinge wahrnehmen konnte. Na ja. Dit war so am Schluss so richtig die Auffassung.“¹¹⁴

Trotz der Festigung der lokalen Position kam es bei Einzelfragen mit dem Kreis aber bis zum Ende der DDR immer wieder zu teils heftigen persönlichen Auseinandersetzungen, da sich die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht gewandelt hatten. Städtische Ratsmitglieder warfen dem Kreis vor, die wichtige Industriestadt bei politischen Entscheidungen „an die Wand

¹¹⁰ Interview Beileke.

¹¹¹ „Und früher war natürlich auch eine gewisse Reserviertheit zu Ludwigsfelde vorhanden, einfach bezogen auf die Tatsache: da war das Werk; und wir kriegen ja die Wohnungen, der Wohnungsbau, es wurde alles gefördert, und es wurde ja mehr gebaut in Ludwigsfelde als irgendwo anders.“ Interviewergebnis nach Neumann: Urbanität, S. 58.

¹¹² Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1965, S. 4.

¹¹³ Ebd., S. 3.

¹¹⁴ Interview Kallmeyer.

spielen“ zu wollen, obwohl „90 % der Warenproduktion des Kreises“ aus Ludwigsfelde kamen.¹¹⁵ Die Auseinandersetzungen nahmen – auch in aktenkundigen Aussagen der Akteure – teils Formen eines regelrechten „Kleinkrieges“¹¹⁶ an.

Die Beziehung zwischen Stadt und Bezirk

Gegenüber dem Bezirk blieben die Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung auch nach der Festigung der Ludwigsfelder Strukturen in den 1970er Jahren begrenzt. Ein offener Konflikt musste angesichts der großen bezirklichen Machtressourcen in der Regel vermieden werden. Um Handlungsspielräume zu eröffnen, musste Ludwigsfelde zunächst als direkter Gesprächspartner des Bezirkes etabliert werden. Noch in den späten 1960er Jahren war für die Bezirksplankommission auch bei Fragen, die die Stadtentwicklung von Ludwigsfelde betrafen, vor allem das Werk der Ansprechpartner.¹¹⁷ Ludwigsfelde fühlte sich angesichts der weitreichenden bezirklichen Kompetenzen in allen Grundsatzfragen oftmals nur als ausführendes Organ. Der Rat kritisierte insbesondere im Vorfeld des Aufbaus der Lkw-Produktion die „Bevormundung“ der Gemeinde und ihre geringen eigenen Handlungsmöglichkeiten.

„Herr [Gemeinderat] Funke meinte, daß der Hauptfehler in der Bevormundung der Gemeinden durch die höheren Dienststellen zu suchen ist. Die Gemeinden sollten eine Pauschalsumme vorgegeben bekommen, die sie selbst der Wichtigkeit entsprechend verausgaben. Es wurde festgelegt, kurzfristig verantwortliche Vertreter des Rates des Kreises, Kreistag, Rat des Bezirkes und Bezirkstages einzuladen, um diese Dinge gemeinsam zu beraten.“¹¹⁸

Diese Kritik richtete sich nicht mehr allein an den Kreis, sondern bezog – anders als in den 1950er Jahren – auch den Bezirk mit ein.

„Ja, weil das von oben kam, Zentralismus, das ist nun mal so, da wird angewiesen, so geht das. [...] Da haben wir uns oft mit dem Bezirk gestritten“,

schildert der ehemalige Stadtrat für Planung Beileke, um dann aber auf die seit den 1970er Jahren erreichten Erfolge im Rahmen von Aushandlungsprozessen zu verweisen:

„Haben uns dann aber auch durchgesetzt, dass hier in der Infrastruktur etwas passierte. Ob das die Versorgungseinrichtungen oder die Kindergärten waren. All das, was unmittelbar dringend gebraucht wurde, Straßenbau und, und, und. Haben uns da auch gegenüber dem Bezirk durchgesetzt. Muss ich jetzt mal so sagen. Oft wird immer gesagt, der Bezirk hat entschieden, was passiert. Im Grund ja, aber, dann kommt das Kleine immer, diese kleinen Vorstöße von uns. Immer wieder. Wir sind extra zum Bezirk gefahren und haben gesagt: ‚Mensch macht ma. Wir brauchen das!‘ Hat funktioniert. Muss ich sagen.“¹¹⁹

¹¹⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 017, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 28.10.1976, S. 3.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 007, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 10.8.1966, S. 3.

¹¹⁸ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 22.1.1964, S. 4.

¹¹⁹ Interview Beileke.

Der Bezirk stand bei allen Fragen der prestigeträchtigen Lkw-Produktion in seinem Territorium unter erheblichem Druck der Staats- und Parteiführung, die ihn für Produktionskrisen immer mitverantwortlich machte. Auch der Bezirk war letztlich angesichts der großen Bedeutung dieser Exportindustrie kein allmächtiges Organ. Insbesondere gegenüber den Interessen der ansässigen – zentral geleiteten – Industrie und dem hinter ihr stehenden Industrieministerium war er teils machtlos. Die Gemeinde Ludwigsfelde warf dem Bezirk Potsdam mehrfach vor, sich nicht im Interesse des Territoriums ausreichend gegen den Großbetrieb durchzusetzen.¹²⁰ Insofern Initiativen der Stadt der stabilen Entwicklung im gesamten Bezirk zugute kamen und insbesondere zur Stabilität der Lkw-Produktion beitrugen, stießen sie aus bezirklichem Eigeninteresse häufiger auf Unterstützung aus Potsdam. Mehrfach unterstützte der Bezirk die Stadt deshalb auch gegenüber dem Kreis oder dem Industriekombinat. Eine solche direkte Bevorzugung durch den zuständigen Bezirk – die bis zur Deckung von lokalen Eigeninitiativen an den Rand der Legalität gehen konnte – ist auch für andere kleine Industriestädte nachgewiesen worden, insbesondere wenn die Bezirke von den lokalen Initiativen profitieren konnten.¹²¹

In den letzten zwei Jahrzehnten der DDR wurden die Vorsitzenden des Rates des Bezirks und die Bezirksleitung der SED zu wichtigen direkten Ansprechpartnern der Vertreter der – mittlerweile bedeutenden – Industriestadt. Die damaligen Stadtverantwortlichen betonten aus dem heutigen Rückblick vor allem die Eigensinnigkeit und Handlungsspielräume der Stadt in Fragen der Stadtentwicklung. „Spielräume an sich gab es nicht, Spielräume hat man sich selbst geschaffen oder man hatte keine.“¹²² Ludwigsfelde hätte sich – zumindest in den 1970er und 1980er Jahren nicht mehr alles vom Bezirk vorschreiben lassen:

„Also, in Ludwigsfelde nicht. Hier nicht [schlägt mit der Faust auf den Tisch]. Hier haben wir entscheidend mitgewirkt, ganz entscheidend! Sonst wären wir nicht so weit gekommen.“¹²³

Ein anderes Ratsmitglied aus Ludwigsfelde bestätigt, dass sich in den späten 1970er und 1980er Jahren gegenüber dem Bezirk Spielräume entwickelt hätten, die insbesondere aus persönlichen Beziehungen resultierten, denen bei den Aushandlungsprozessen eine große Rolle zukam.

„Also der Paul Beileke, der Erste Stellvertreter für Planung, der hatte ein ganz ausgeprägtes System an Beziehungen zum Bezirk, vorwiegend zur Städteplanung und Entwicklung. Und wenn wir dort den Zuschlag gekriegt haben, sagen wir mal Nord 1 zu entwickeln, Nord 2 zu entwickeln, dann entwickelte sich dort eine ausgesprochen günstige Zusammenarbeit.“¹²⁴

¹²⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 007, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 10.8.1966, S. 2.

¹²¹ Vgl. zum Beispiel Leinefelde: *von Plato*: Feiern, S. 274.

¹²² Interview Kallmeyer.

¹²³ Interview Beileke.

¹²⁴ Interview Kallmeyer.

Im Bereich der städtebaulichen Entwicklung wurde die Herausbildung von persönlichen Netzwerken insbesondere durch jahrzehntelange personelle Kontinuität der Mitarbeiter im bezirklichen Büro für Städtebau und in den entsprechenden städtischen Institutionen gefördert.

„Wir [Stellvertreter für Planung der Stadt und der Verantwortliche im Büro für Städtebau] hatten ein hervorragendes Verhältnis, weil der Mann auch etwas konnte, der [...] hatte auch offene Ohren. Ging auf Vorschläge ein. War wie gesagt eine gute Zusammenarbeit. Der hat uns auch dabei geholfen, der hatte die Möglichkeiten, es war auch sein Beruf. Aber unsere Gedanken, das, was wir wollten, hat er zu Papier gebracht. Damit ist die Stadt als Ganzes gut gefahren.“¹²⁵

Diese entwickelten Beziehungsgeflechte kamen insbesondere in Fragen der konkreten Ausgestaltung von Wohngebieten sowohl den Interessen der Stadt wie den Anliegen der Fachabteilungen des Bezirkes zugute, da man sich so gemeinsam gegen die technokratischen Planungsansätze der Institutionen des Bauwesens erfolgreich durchsetzen konnte.¹²⁶

Diese entwickelten Beziehungsgefüge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dadurch nur in Teilbereichen der Kommunalpolitik Handlungsräume eröffnen konnten. Erfolgreich waren städtische Initiativen zumeist auch nur in spezifischen Sondersituationen, wie z.B. während der Produktionskrisen im Werk. An der grundsätzlichen Machtverteilung innerhalb der administrativen Hierarchie änderte sich nichts. Bis 1989 kam es auch immer wieder zu Konflikten, in denen der Bezirk ohne weitere Konsultation in städtische Belange eingriff. Insbesondere bei den großen bau- und industriepolitischen Fragen blieb die Stadt nur ein weisungsgebundenes Organ und ein bloßes Objekt zentraler Entscheidungen: Faktisch hatten sich jedoch im Alltagsgeschäft wichtige Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet und gefestigt. Willkürliche Eingriffe – wie noch in den 1960er Jahren – waren durch die entwickelte politische Praxis der 1980er Jahre zumindest weitgehend eingeschränkt worden.

Das Verhältnis von Stadt und Zentrale

Im Rahmen des typischen Verwaltungshandelns hatten kleinere kreisangehörige Kommunen nur selten direkten Kontakt mit Staatsrat, Ministerrat, ZK und Politbüro oder anderen zentralen Institutionen von Partei und Gesamtstaat. Soweit kreisangehörige Kleinstädte jedoch auch wichtige Industriestandorte waren – wie z.B. Ludwigsfelde, Leinefelde¹²⁷ oder Premnitz – besaßen sie über ihre marginalisierte politische Rolle hinaus eine ökonomische Bedeutung, die Kontakte zu zentralen Stellen und damit spezifische Handlungsspielräume für die Lokalpolitik eröffnen konnte. Vor allem während der Durchführung wichtiger Prestigevorhaben rückten auch kleine industrielle Schwerpunkte in das direkte Blickfeld der zentralen

¹²⁵ Interview Beileke. Gemeint ist der Architekt Stoppel des Büros für Städtebau. Siehe: 3.4.5 Die wachsende Mitwirkung der örtlichen Organe bei der Stadtplanung, S. 186. Ebenfalls bestätigt wird die enge Zusammenarbeit vom ehemaligen Bürgermeister Rolf Schmidt. Vgl. Interview Schmidt.

¹²⁶ Dies gelang zum Beispiel im Bereich des Einfamilienhausbaus. Siehe: Der dritte Bauabschnitt des Eigenheimkomplexes, S. 200.

¹²⁷ Vgl. von Plato: Diaspora, S. 253.

Staats- und Parteiführung, deren unmittelbares Eingreifen der lokalen Entwicklung potenziell zugute kommen konnte. Auf der Ebene des Ministerrats spielten für die Kommunalpolitik in einer Industriestadt insbesondere das Bauministerium und die Industrieministerien durch ihre Befugnisse zur Anleitung der Kombinate eine entscheidende Rolle für die lokale Entwicklung.¹²⁸ Verbesserungen der lokalen Situation ließen sich gegenüber den zentralen Organen in Phasen von Industrieansiedlung und -erweiterung in der Regel nur mit und nicht gegen den ansässigen Industriebetrieb durchsetzen. Das zentrale Interesse an lokalen Belangen war jedoch sehr wechselhaft und von industriellen Großprojekten bestimmt. Die Kommunalpolitik in der DDR hatte deshalb einen ausgesprochenen Kampagnecharakter. Zeigten sich in den betroffenen Kommunen – aus Sicht der Zentrale – Probleme beim Aufbau neuer Produktionen wurden häufig „Arbeitsgruppen“ oder „Brigaden“ zentraler Stellen gebildet und zur Unterstützung in die Lokalverwaltungen geschickt, um die Kommunalpolitik vor Ort für einige Monate zu unterstützen und gleichzeitig anzuleiten und zu kontrollieren. Über diese Arbeitsgruppen konnten jedoch auch lokale Problemsichten direkt zu den zentralen Entscheidungsträgern vermittelt werden.

Alle wichtigen Industrieansiedlungen basierten auf strategischen Entscheidungen der zentralen Institutionen von Partei und Staat. Darüber hinaus wurde auch die Größenordnung von Investitionen in Wohnungsbau und Infrastruktur teils bis ins Detail bestimmt. Keine wesentlichen Eingriffe gab es durch die zentralen Parteiorgane hingegen in die architektonisch-städtebauliche Gestaltung einer Kleinstadt wie Ludwigsfelde – ganz im Gegensatz zu den großen Bezirksstädten und Prestigeobjekten wie Schwedt und Eisenhüttenstadt. Diese stadtplanerischen Fragen konnten – im Rahmen der vorgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Planziffern und der städtebaulichen Grundlinie – zwischen Stadt, Kreis und Bezirk ausgehandelt werden.

4.1.5 Fallstudie: Der Konflikt um den Stadtwirtschaftsbetrieb

Ein exemplarischer Konflikt zwischen den Verantwortlichen in der Stadt und in den Institutionen des Kreises lässt sich am Beispiel des Streits um den Ludwigsfelder Stadtwirtschaftsbetrieb aufzeigen. Nach der Verleihung des Stadttitels hatte der Rat der Stadt neben der Professionalisierung des Verwaltungsapparates seine Aktivitäten auch auf die Bereiche der Stadttechnik und Kommunalwirtschaft – also auf traditionellen Feldern deutscher Stadtpolitik – konsequent ausgedehnt. Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang war im Jahr 1967 die Gründung des örtlichen „VEB Stadtwirtschaftsbetriebes“, der die wichtigsten städtischen Dienstleistungsbetriebe zusammenfasste.¹²⁹ Zum Betriebsumfang gehörten einige

¹²⁸ Angesichts der Industriestruktur in Ludwigsfelde waren vor allem die – in der Terminologie wechselnden – Ministerien für Maschinenbau entscheidend. Am 1. März 1953 wurde der Betrieb dem „Ministerium für Transportmittel und Landmaschinenbau, Hauptverwaltung Schiffsbau“ zugeordnet. Später kam er gemäß seines neuen Profils zum „Ministerium für Transportmittel- und Landmaschinenbau“, 1968 zum „Ministerium für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, schließlich zum Ministerium für allgemeinen Maschinenbau“.

¹²⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 008, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 21.2.1968, Beschluß Nr. 35/14/1968, Volkswirtschaftsplan 1968, S. 3.

schon bestehende Betriebe und Einrichtungen der örtlichen Versorgungswirtschaft in den Bereichen Straßenbau, Friedhofsverwaltung und Müllabfuhr.¹³⁰ Der „leistungsfinanzierte Betrieb“ sollte darüber hinaus jedoch entsprechend den „Bedürfnissen der Einwohner“ neue Einrichtungen für Dienstleistungen und Reparaturen entwickeln, die bisher in der Stadt noch nicht existierten bzw. für die auch der Kreis keine adäquaten Leistungen anbot. Der Stadtwirtschaftsbetrieb wurde in den folgenden Jahren kontinuierlich vergrößert und mit immer mehr Aufgaben innerhalb des städtischen Alltags betraut. Der Umsatz des Stadtwirtschaftsbetriebes steigerte sich von 309.600 Mark im Jahr 1967 auf 812.900 Mark im Jahr 1969.¹³¹ 1970 wurde das Rekordergebnis in Höhe von 1.217.000 Mark erzielt.¹³² Im Jahr 1968 konnte der Betrieb immerhin 61.000 Mark Gewinn an die Stadt abführen, die damals über einen Gesamthaushalt von 2.915.000 Mark verfügte.¹³³ Trotz der begrenzten Höhe erweiterten diese selbst erwirtschafteten Mittel den engen finanziellen Handlungsspielraum des Rates der Stadt erheblich, da die Verwendung der regulären Haushaltsmittel fast vollständig durch zentrale Vorgaben festgelegt war.

Der Gründung des Stadtwirtschaftsbetriebs lag eine expansive Strategie der Stadt gegenüber dem Kreis zu Grunde. Dieser Betrieb war bisher für viele städtische Angebote formell verantwortlich, erfüllte seine Aufgaben jedoch nach Ansicht der städtischen Verantwortlichen nur unzureichend.¹³⁴ Der verbreitete Unmut der Bürger über diese defizitären Angebote wurde dabei vom örtlichen Rat im Interesse der Stadt gegen die Verantwortlichen im Kreis instrumentalisiert. Bestehende Defizite der örtlichen Versorgung wurden gegenüber den Bürgern einseitig und regelmäßig dem Kreis angelastet. Gegenüber dem Kreis wurde die städtische expansive Strategie der Eigenerbringung von Leistungen gleichzeitig mit dem Wunsch der Bürger nach mehr kommunalen Diensten begründet.

Der Stadtwirtschaftsbetrieb, der ursprünglich nur für „klassische“ kommunale Dienstleistungen vorgesehen war, übernahm unter Hinweis auf Defizite der bisherigen Versorgung sukzessive immer weitergehende Aufgaben. Sogar die Leistungen von Friseuren wurden mit dem Argument angeboten, dass durch bestehende Lücken in diesem Angebotssegment für die Stadt „eine Zwangslage“ entstanden sei, die ein Aktivwerden des Stadtwirtschaftsbetriebes erforderlich gemacht hätte.¹³⁵ Verschiedene bestehende Angebote aus dem Kreis Zossen oder Nachbarkreisen wurden seit 1967 durch neue Abteilungen des Stadtwirtschaftsbetriebes ersetzt. Um auch hauswirtschaftliche Dienstleistungen und Reparaturen anbieten zu

¹³⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 15.2.1968, Beschluß 234/60/68, S. 1.
¹³¹ Darunter befanden sich: Friseurleistungen von 186,6 TM auf 299,7 TM. Nähstube von 4,4 auf 20,9 TM. Elektrobau von 40,9 auf 128,7 TM. Straßenbau von 61,8 auf 122,1 TM und seit dem 2. Halbjahr 1969 eine Dachdeckerreparaturabteilung, die einen Umsatz von 41,2 TM erreichte. Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1970, Rechenschaftsbericht der Rates der Stadt: Herr Körl, S. 7.
¹³² Vgl. StadtAL Nr. 111202 48, Sekretär des Rates, Zahlen Daten Fakten 1967–1970/71, S. 4.
¹³³ Vgl. StadtAL Nr. 102005 009, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 27.7.1969, Haushaltsplan 1969 der Stadt Ludwigsfelde, S. 1.
¹³⁴ Vgl. zur Tradition der deutschen Städte in Bezug auf die kommunale Daseinsvorsorge *Hans Heinrich Blotvogel (Hg.): Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik*, Köln/Wien 1990 (Städteforschung A/30).
¹³⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3933, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1972, S. 1.

können, wurden in städtischer Verantwortung Kooperationsverträge mit auswärtigen Reparatur- und Dienstleistungsbetrieben und mit vor Ort ansässigen privaten Handwerkern abgeschlossen.¹³⁶

Dieses um 1972 erreichte breite Angebotsprofil des Stadtwirtschaftsbetriebes wurde vom Rat der Stadt jedoch immer noch nicht als ausreichend angesehen. Vielmehr war die Stadtverwaltung bestrebt, den Betrieb und sein Angebot „im Interesse der Bevölkerung weiter auszubauen“.¹³⁷ Die Stadt sah sich in ihrem weitgehenden Anspruch auf Ausdehnung ihres Aufgabengebietes auch durch die neuen Bestimmungen des „Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“ von 1973 legitimiert, wonach es gemäß § 60 GöV dem Rat der Stadt oblag, „die Versorgung der Bevölkerung und gesellschaftlichen Bedarfsträger mit Dienstleistungen und Reparaturen auf der Grundlage des Bedarfs nach den vom Rat des Kreises vorgegebenen Planaufgaben“ sicherzustellen. In der Sichtweise der Stadt hatte sich Ludwigsfelde dieser Aufgabe – nach zuvor erfolgter Vernachlässigung durch den Kreis – mittels der Bildung des „VEB Stadtwirtschaftsbetriebes“ im Jahre 1967 umfassend und erfolgreich gestellt.¹³⁸

Zu einem weiteren Ausbau des städtischen Aufgabenbereichs sollte es in den folgenden Jahren jedoch nicht mehr kommen. Die Ansätze eines rudimentären „Munizipalsozialismus“ im Realsozialismus wurden 1975 durch eine Intervention des Kreises beendet, der den Stadtwirtschaftsbetrieb in kreisliche Trägerschaft übernahm.

Offiziell wollte der Rat des Kreises die erfolgreiche Entwicklung der Ludwigsfelder Initiative für das ganze Territorium nutzbar machen. Dazu sollte ab 1975 auf Basis des Ludwigsfelder Betriebes je ein Stadtreinigungs- und ein Dienstleistungsbetrieb beim Rat des Kreises Zossen errichtet werden.¹³⁹ Neben diesem funktionalen Grund war offensichtlich auch die Skepsis des Kreises gegenüber der sehr weit gehenden Eigeninitiative in Ludwigsfelde ein entscheidender Anlass für die Übernahme des Stadtwirtschaftsbetriebes.¹⁴⁰

Die Stadt versuchte sich über mehrere Monate gegen das Ansinnen des Kreises durch offizielle Proteste und intensive Diskussionen mit den Verantwortlichen in Zossen zu wehren. Eine Chance, sich mit Hilfe übergeordneter Organe gegen den Kreis durchzusetzen, wurde von der Stadt offensichtlich nicht gesehen, da der Kreis bei der Überführung des Betriebes auch vom Bezirk unterstützt wurde. Für den Bezirk galt der Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde zu diesem Zeitpunkt sogar als „der größte Hemmschuh im Kreis zur Entwicklung der Betriebe der Stadtwirtschaft und der Dienstleistungen“.¹⁴¹ Der Bezirk unterstützte die Unterstellung des Stadtwirtschaftsbetriebes unter den Kreis, weil er durch eine zentrale Organisa-

¹³⁶ Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1970, Rechenschaftsbericht der Rates der Stadt durch Herrn Körl, S. 8.

¹³⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3933, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 28.6.1972, S. 1.

¹³⁸ Vgl. StadtAL Nr. 102005 015, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 16.4.1975, Bericht des Rates der Stadt Ludwigsfelde, zu Fragen der Dienstleistungen für die Bevölkerung, S. 3.

¹³⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 7.11.1974, S. 1.

¹⁴⁰ Offizielle Aussagen des Kreises hierzu finden sich jedoch nicht in den Akten.

¹⁴¹ StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 7.11.1974, S. 1.

tion eine effektivere Ausnutzung der Kapazitäten für den gesamten Kreis erwartete. Bewusst stellte er der bestehenden lokalen Müll- und Fäkalienabfuhr keine neue Technik mehr zur Verfügung, da sie in der bestehenden Struktur nach seiner Ansicht „nicht einen effektiven Einsatz“ garantieren konnten. Gegenüber dem Bezirk gestand die Stadt zwar ein, dass eine Umstrukturierung denkbar wäre, sie sträubte sich jedoch gegen die Ausgliederung des „VEB Stadtwirtschaftsbetriebes Ludwigsfelde“ aus dem Unterstellungsverhältnis zum Rat der Stadt.¹⁴²

Durch diese Unterstützung seitens des Bezirks konnte der Kreis die Umstrukturierung auch gegen den hartnäckigen Widerstand der Ludwigsfelder Verantwortlichen durchsetzen.¹⁴³ Der Protest der Stadt verzögerte den Übergang des Stadtwirtschaftsbetriebs in die zwei kreisgeleiteten Betriebe „VEB (K) Stadtwirtschaftsbetrieb Zossen“ mit Sitz in Zossen und „VEB (K) Dienstleistungsbetrieb Zossen“ mit Sitz in Ludwigsfelde schließlich lediglich um ein halbes Jahr bis zum Juli 1975.¹⁴⁴

Diese Überführung des Stadtwirtschaftsbetriebes in einen kreisgeleiteten Betrieb empfand der Rat der Stadt als einen tiefen Eingriff in seine mühsam erweiterte Eigenverantwortlichkeit, zumal Mitte der 1970er Jahre auch das Ludwigsfelder Selbstbewusstsein gegenüber dem Kreis bereits deutlich entwickelt war. Insbesondere der Verlust der zusätzlichen und auf lokaler Ebene frei disponierbaren Einnahmen, die der Stadtwirtschaftsbetrieb gesichert hatte, war schmerzlich.¹⁴⁵ Schwerer wog, dass der Rat der Stadt in seinen Bestrebungen, die urbanen Bedingungen in Ludwigsfelde zu verbessern und die Professionalität sowie den Handlungsspielraum der örtlichen Verwaltung auf eigene Initiative hin zu erweitern, durch einen zentralistischen Eingriff zurückgeworfen wurde.

Noch Jahre später registrierte die Stadt unter den Bürgern Unzufriedenheit über die Zuständigkeit des Kreises und die ungenügenden Leistungen der Kreisbetriebe, die vielfach ursächlich auf den Übergang zum Kreis zurückgeführt wurden. Die Stadtverwaltung war wenig geneigt, dieser gegen den Kreis gerichteten Argumentation ihrer Bürger entgegenzutreten. Die Verbitterung über diese Zurücksetzung und die Unzufriedenheit mit dem neuen Zustand blieb über Jahrzehnte latent bestehen. Noch 1982 wurde diese Unzufriedenheit innerhalb der Stadt bei Beratungen beim Kreis vom Rat der Stadt thematisiert bzw. instrumentalisiert. Die Verantwortlichen der Stadt drängten den Kreis bei dieser Gelegenheit zu Verbesserungen der Versorgungslage, um damit „auch der schädlichen Diskussion entgegenzuwirken, daß sich nach der Unterstellung des Betriebes unter die Verantwortung des Rates des Kreises für Ludwigsfelder das Versorgungsniveau verschlechtert habe.“¹⁴⁶ Unmittelbar mit Beginn der Wende in der DDR stellte der Ludwigsfelder Bürgermeister die Forderung nach Rückgabe:

¹⁴² Vgl. ebd., S. 1.

¹⁴³ Interview Beileke.

¹⁴⁴ Vgl. StadtAL Ortschronik.

¹⁴⁵ „Da war die Stadt absolut dagegen. Paul [Körl, der damalige Bürgermeister] war dagegen, weil er wußte, er hat die Einnahmen erreicht, die er selbst dann auch ausgeben kann.“ Interview Kallmeyer.

¹⁴⁶ KreisATF I 635 Rat des Kreises Zossen, Tagung des Kreistages Zossen am 15.2.1982, Bericht der StVV Ludwigsfelde zum erreichten Stand der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und zur Entwicklung von Handwerk und Gewerbe in der Stadt, Bürgermeister Rolf Schmidt, S. 6.

„Kommunales Eigentum, wie Stadtwirtschafts- und Baubetriebe muß die Stadt zurückerhalten.“¹⁴⁷

4.2 Die kommunalen Akteure und Institutionen

4.2.1 Städtische Institutionen und ihr Personal

In den Stadtverwaltungen und Stadtverordnetenversammlungen bestanden für die örtlichen Verantwortlichen in der DDR potenziell interessante Handlungsfelder zur Einflussnahme auf die Entwicklung vor Ort. Die lokalen administrativen Eliten – die letztlich nur wenige Duzend Personen umfassten – erkannten aufgrund ihrer Ortskenntnis und Fachkompetenz Fehlentscheidungen und negative Entwicklungen in der Stadt relativ früh. Gleichzeitig waren sie unmittelbar mit den unerfüllten Bedürfnissen der Einwohner konfrontiert. Insbesondere die Mitglieder des Rates und die Angehörigen der örtlichen Parteiorganisationen mussten die in der Stadt diskutierten Probleme zur Kenntnis nehmen, die anstehenden Konflikte bewältigen und den städtischen Alltag organisieren.

Die Angehörigen des Rates und die wichtigsten Vertreter der Verwaltung waren überwiegend Mitglieder der SED, zu einem geringen Teil stammten sie aus den Reihen der Blockparteien, nur sehr wenige städtische Schlüsselpersonen waren parteilos.

Je näher eine staatliche Position bei der Spitze der „Verwaltungspyramide“ angesiedelt war, desto zwingender wurde die SED-Mitgliedschaft.¹⁴⁸ In entgegen gesetzter Richtung galt bedingt der Umkehrschluss: Je weiter eine Position vom staatlichen Zentrum der Macht entfernt war, desto eher waren Abweichungen vom personellen Führungsmonopol der SED möglich bzw. sogar ausdrücklich erwünscht, um dort auch Blockparteimitglieder in das staatliche System einzubauen.

Dieser größere Spielraum wirkte sich insbesondere auf die personelle Zusammensetzung in den Kommunen aus. Während der Anteil der SED-Mitglieder in den Verwaltungsapparaten der Bezirke im Jahre 1980 etwa 59 % betrug, waren es in den Städten über 10.000 Einwohner nur 35 %. In den kleineren Gemeinden betrug der Anteil der Staatsparteimitglieder sogar nur 17 %.¹⁴⁹ Die Schlüsselpositionen blieben aber selbst auf den unteren Staatsebenen den Parteimitgliedern vorbehalten. Vor allem die wichtigen Positionen des Bürgermeisters wurden auch in kleinen kreisangehörigen Gemeinden zu 83,9 % von SED-Mitgliedern besetzt.¹⁵⁰

Als wesentliche Bestandteile der eigentlichen lokalen Entscheidungselite in einer kreisangehörigen Stadt können vornehmlich der Rat der Stadt und die Ortsleitung der SED sowie einzelne einflussreiche Vertreter der Verwaltung und wenige Protagonisten aus der Stadtverordnetenversammlung, vor allem die Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen, gelten.

¹⁴⁷ H. Gartenschläger/R. Büdke: Kleine Stadtführung in Sachen Kunst, in: Gerhard Birk (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 4, Ludwigsfelde 1990, S. 23–27, hier S. 25.

¹⁴⁸ Vgl. Jessen: Bündnispartner, S. 41.

¹⁴⁹ Diese Anteile wurden allerdings als sehr unzureichend angesehen. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 22706, Aufgaben bei der weiteren Stärkung der Staatsmacht in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, 27.5.1982, S. 31 ähnliche Zahlenangaben finden sich bei: Vgl. Jessen: Bündnispartner, S. 42.

¹⁵⁰ Vgl. *ebd.*, S. 59.

Neben der eigentlichen Entscheidungselite treten in wichtigen Diskussionen noch die Leiter großer Betriebe und Institutionen im Ort hervor, insbesondere die Wohnungsbaugenossenschaft, die kleineren Betriebe, die Schulen und Kultureinrichtungen sind hier zu nennen. Die Angehörigen der Institutionen des Kreises, Bezirkes und des Großbetriebes sind nur in Einzelfällen der eigentlichen städtischen Funktionseleite zuzurechnen. Auch wenn sie in der Stadt lebten und mit stadtrelevanten Fragen befasst waren, galt ihre erste Loyalität einer „externen“ Institution. Die Abgrenzung einer „städtischen Elite“ bleibt unter den DDR-spezifischen Bedingungen der fehlenden lokalen Selbstverwaltungskompetenz aber insgesamt schwierig, da ein Großteil des Personals von ortsfremden Institutionen bestimmt bzw. sogar delegiert wurde.¹⁵¹ Sehr eng war die personelle Vernetzung insbesondere mit dem Kreis, für den die Besetzung der Ludwigsfelder Verwaltungsposten zentraler Bestandteil seiner Personalpolitik im gesamten Territorium war. Ein wesentlicher Teil des Personals der Stadtverwaltung stammte auch aus den Leitungsabteilungen des Autowerks. Die Mitglieder beider Eliteformationen gehörten überwiegend der SED an und waren zumeist im Ort ansässig. Die Verzahnung zwischen städtischen und betrieblichen Eliten blieb bis zum Ende der DDR sehr eng, ohne dass dies jedoch die Konflikte zwischen Stadt und Werk behoben hätte. Die Besetzung administrativer Posten war in der DDR bis zur untersten administrativen Ebene hinab durch ein kompliziertes zentralistisches System geregelt, bei dem die Mitwirkung der betroffenen Organe nur eine nachrangige Rolle spielte. Die „Kaderauswahl“ galt als wirksames Instrument zur Durchsetzung des Machtanspruches der SED und trug wesentlich dazu bei, den Staatsapparat vollständig unter der Kontrolle der Partei zu halten.¹⁵²

Im Rahmen der vorausschauenden Kaderauswahl wurde die Zusammensetzung aller staatlichen Organe formell nach strengen Auswahlkriterien in der sogenannten Nomenklatur festgelegt.¹⁵³ Obwohl die Nomenklatur de jure nur ein Verzeichnis der wichtigsten Führungspositionen in Staat, Partei und Gesellschaft war, stellte sie inhaltlich „das entscheidende Instrument zur Sicherung der Macht der SED auf allen Ebenen dar“.¹⁵⁴ Nach dem Grundsatz „Herrschaft durch Kader“ verwandte die SED sehr viel Energie auf die Auswahl, Schulung, Platzierung und Kontrolle loyaler Staatsfunktionäre.¹⁵⁵ Mit dem Kadernomenklatursystem konnten sämtliche personelle Entscheidungen in allen Bereichen der Gesellschaft, Staat und Parteien bis hinunter zu den Städten und Gemeinden und den Massenorganisationen den Vorstellungen der Staatspartei SED unterworfen werden.¹⁵⁶ Hier galt das stalinistische Prin-

¹⁵¹ Vgl. zur Struktur kommunaler Eliten: *Lorenz*: Kommunalen Elitenwandel.

¹⁵² Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 82 und *Ritter*: DDR, S. 180.

¹⁵³ Vgl. *Matthias Wagner*: Das Kadernomenklatursystem der SED und anderer Parteien und gesellschaftliche Organisationen, in: *Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hg.)*: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 181–189 und *Maders*: „Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR, Berlin 1998; *ders.*: Das Kadernomenklatursystem – Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: *Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.)*: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 148–150.

¹⁵⁴ *Wolle*: heile Welt, S. 105.

¹⁵⁵ Vgl. *Jessen*: Bündnispartner, S. 41.

¹⁵⁶ Vgl. *Wagner*: Kadernomenklatursystem 2002, S. 181–182; *Matthias Wagner*: Gerüst der Macht. Das Kadernomenklatursystem als Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: *Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter*

zip des Zentralismus, „daß der jeweils höhere Apparat die Funktionäre der unteren Ebene benannte und einsetzte“.¹⁵⁷ In den Kaderplänen wurden für einzelne Posten frühzeitig geeignete Kandidaten aufgelistet und – soweit notwendig – auch vorbereitend weiter qualifiziert. Je nach Bedeutung der einzelnen Posten wurden unterschiedliche Mindestkriterien an die Qualifikation gestellt, so wurde z.B. für Bürgermeister größerer Gemeinden in der Regel eine Hochschulbildung verlangt.

Die Grundzüge des Kadersystems waren bereits um 1950 in der DDR etabliert worden. Durch die Verwaltungsreform von 1952 wurden auch für die Angehörigen der örtlichen Organe detaillierte politisch-ideologische Qualifikationsanforderungen – und damit die zentrale Lenkung der Postenbesetzung durch Parteiinstitutionen – eingeführt.¹⁵⁸ Seit 1957 war das komplette Nomenklaturverfahren bis hinunter zu den einzelnen Gemeinden verbindlich durchgesetzt.¹⁵⁹ Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED besaßen eigene Kadernomenklaturen, die über Kontrollnomenklaturen wiederum der Zentrale unterstellt waren.¹⁶⁰ Auch die staatlichen Institutionen dieser Ebenen, also die Räte der Kreise und Bezirke, erhielten Nomenklaturen, die einerseits den übergeordneten staatlichen Stellen untergeordnet waren, gleichzeitig aber von den parallelen Parteinomenklaturen abhingen.¹⁶¹

Im Kreis Zossen unterlagen alle Bürgermeister der Städte und Gemeinden der Nomenklatur des Rates des Kreises¹⁶², die wiederum indirekt der Nomenklatur der Kreisleitung der SED unterstellt war.¹⁶³ Neben dem Bürgermeister waren in Ludwigsfelde auch sein Stellvertreter und der Sekretär des Rates „Nomenklaturkader des Kreises“. Bei diesen Posten war bei einer Neubesetzung auch eine Abstimmung mit dem Bezirk notwendig. Die Arbeitskollektive in den Verwaltungen hatten formell das Recht, Vorschläge zur Besetzung der wichtigen Verwaltungsposten gegenüber den Ausschüssen der Nationalen Front zu unterbreiten, ebenso wie die Stadtverordnetenversammlung das Recht zur Wahl der Ratsmitglieder hatte. In der Realität wurden diese Rechte jedoch nicht wirksam. Es dominierte die Entscheidungskompetenz der SED-Instanzen über die Konstruktion der Nomenklatur.

In Ludwigsfelde war die Machtlosigkeit der örtlichen Akteure in Hinblick auf die Postenbesetzung zunächst besonders eklatant. Die formell durch die Mechanismen der Nomenklatur ausgewählten Kandidaten für kommunale Posten tauchten in Ludwigsfelde seit den 1950er

Hübner/Sabine Roß: Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997, S. 87–108, hier S. 88.

¹⁵⁷ Weber: DDR 1945–1990, S. 76.

¹⁵⁸ Vgl. Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 64.

¹⁵⁹ Vgl. Wagner: Gerüst, S. 96.

¹⁶⁰ Vgl. Wagner: Kadernomenklatursystem 2002, S. 183.

¹⁶¹ Vgl. zur sozialen Struktur der Kader des Staatsapparates Jessen: Bündnispartner, S. 59.

¹⁶² Vgl. KreisATF VI 6701 Kaderstatistik und Kaderanalysen 1968–1980, Der Rat des Kreises Zossen, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Beschluß-Berichtsvorlage Nr. 442, Nomenklaturordnung des Rates des Kreises Zossen, Zossen 1.12.1969, S. 5.

¹⁶³ Vgl. KreisATF VI 6701 Kaderstatistik und Kaderanalysen 1968–1980, Rat des Kreises Zossen, 30.9.1969, Beschlußvorlage für das Sekretariat der SED-Kreisleitung Zossen über die terminliche Veränderung für die Ausarbeitung des Kaderperspektivprogramms des Rates des Kreises Zossen bis 1975, S. 1; KreisATF VI 6701 Kaderstatistik und Kaderanalysen 1968–1980, Rat des Kreises Zossen, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Beschluß-Berichtsvorlage Nr. 442, Nomenklaturordnung des Rates des Kreises Zossen, Zossen 1.12.1969, S. 6 und S. 8.

Jahren gewissermaßen aus dem „Dunkel des Apparates“ auf, vielfach waren sie den kommunalen Akteuren vorher vollkommen unbekannt. Relativ selten wurden die wichtigen Akteure in Rat und Verwaltung direkt aus lokalen Institutionen, örtlichen Parteigruppen oder kleineren ansässigen Betrieben rekrutiert. Qualifikation und Eignung der Kandidaten für die kommunale Aufgabe war im Gegensatz zum Anspruch der Kaderplanung mehrfach unzureichend. Dennoch konnte von Seiten Ludwigsfeldes niemals eine solche Postenbesetzung in Frage gestellt werden.

Der Besetzung von administrativen Positionen durch die parteigesteuerte Nomenklatur folgte dennoch immer die formell notwendige, machtpolitisch aber belanglose Akklamation durch die Volksvertretung: Die Vorgaben der Nomenklatur schrieben vor, dass „die Bürgermeister [...] nach Bestätigung im Rat des Kreises durch die jeweilige Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretung zu wählen [...]“¹⁶⁴ seien. Trotz dieser strengen Vorgaben blieben für die lokale Ebene aber gewisse Spielräume für die Postenbesetzung, die sich insbesondere seit den 1970er Jahren mit der Vergrößerung des im Ort vorhandenen Pools an qualifizierten Personen ausdehnen ließen. Der theoretische Anspruch der Nomenklatur stieß in der „Provinz“ an seine Grenzen, da es für kleinere ländliche Gemeinden und kreisangehörige Städte selbst mit den Mitteln des Parteiapparates häufig schwer war, geeignetes Personal zu finden. Die Kaderauswahl unterlag in kleineren Kommunen deshalb faktisch geringeren Anforderungen. Vielfach konnten auch durch die Nomenklaturpläne für Ludwigsfelde nicht die politischen und fachlichen Qualifikationen für alle Mitarbeiter des Staatsapparates gesichert werden, „die für eine so große Gemeinde notwendig [wären]“.¹⁶⁵ Immer wieder mussten Postenbesetzungen deshalb sehr spontan und improvisiert und ohne Vorbereitung durch Kaderpläne erfolgen. Den Vorgang seiner Auswahl für die Funktion des Sekretärs des Rates Anfang der 1970er Jahre schildert Herr Beileke im Interview.

*„Das war so üblich, dass man mit den jeweiligen Kadern Gespräche geführt hat, ihnen die Notwendigkeit überzeugend dargelegt hat. Und er musste dann auch selbst entscheiden: Macht er es oder macht er es nicht. Vorgesehen war mein Einsatz hier in der Stadt nicht als Sekretär des Rates, sondern ich sollte hier mal anfangen als Direktor der KWV [Kommunalen Wohnungsverwaltung], weil der Direktor Altersrentner war und in Ruhestand gehen wollte. Da hat man jemand gesucht und kam auf mich. Aber es gab ein Kaderproblem in der Stadt, so wurde ich dann kurzfristig überzeugt, als Sekretär meine Arbeit aufzunehmen. Ich hab dann ja gesagt und hab die Arbeit übernommen.“*¹⁶⁶

¹⁶⁴ KreisATF VI 6701 Kaderstatistik und Kaderanalysen 1968–1980, Der Rat des Kreises Zossen, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Beschluß-Berichtsvorlage Nr. 442, Nomenklaturordnung des Rates des Kreises Zossen, Zossen 1.12.1969, S. 6.

¹⁶⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–67 SED Grundorganisation, Schreiben an die Kreisleitung der SED Zossen, Abt. Org.-Kader, Informationsbericht, [ohne Datum, wohl März 1963], S. 2.

¹⁶⁶ Interview Beileke.

Da die Besetzung von Posten der unteren Staatsorgane regelmäßig durch eine zu dünne Personaldecke erschwert wurde, konnte hier das System der Nomenklatur letztlich nicht idealtypisch greifen, sodass es zu häufigen Abweichungen von den kaderpolitischen Zielvorstellungen zugunsten einer pragmatischen Besetzung vakanter Posten kam.

Balanceakt zwischen Lokalpatriotismus und der Funktion als „lokales Staatsorgan“

Der externe Ursprung und die von außen gesteuerte Auswahl des lokalen Personals behinderte auf den ersten Blick die Bildung einer eigenständigen „städtischen Elite“. Die Entwicklung in Ludwigsfelde zeigt jedoch, dass die Akteure dennoch meist kurz nach ihrem Eintritt in ihr neues Amt ein eignes lokales Selbstverständnis ihres Handlungsfeldes und daraus folgend „eigensinnige“ Handlungsweisen herausbildeten. Trotz fehlender kommunaler Selbstbestimmung blieben die Kommunalpolitiker im Zentralismus nicht bloße „Parteisoldaten“ der SED oder Vertreter ihrer Herkunftsbetriebe. Vielmehr erfolgte bald nach Amtsantritt eine starke Identifizierung der neuen Verantwortlichen mit der Stadt und der Funktion.¹⁶⁷ Die städtischen Akteure blieben zwar in die Parteidisziplin eingebunden und wurden nach den Regeln der Parteinomenklatur angeleitet. Die Übernahme der kommunalen Funktion und die Konfrontation mit den örtlichen Problemlagen prägte jedoch mittelfristig ihr Handeln. Im Rahmen des Möglichen agierten sie als Vertreter ihrer Stadt und nicht als Vertreter der Institutionen, aus denen sie zuvor delegiert worden waren. Im Rahmen dieses lokalen Handelns hatten sie einen „Balanceakt“ zwischen zentralen und bezirklichen Weisungen und ideologischen Vorgaben einerseits und den konkreten Anforderungen und Widersprüchen vor Ort andererseits zu bewältigen. Zwischen ihrem Bewusstsein als Stadtpolitiker und der Aufgabe als Ausführer und „Wächter“ zentraler Politik bewegten sich die Akteure in einer schwierigen Doppelrolle. Diese problematische Rolle der Kommunalpolitiker als verlängerter Arm der Staats- und Parteimacht trat im engen Sozialraum einer kleinen Stadt, insbesondere bei der Vorbereitung von Wahlen, staatlichen Festveranstaltungen, der Kontrolle kirchlicher Aktivitäten und bei der regelmäßigen Berichterstattung an die staatlichen Sicherheitsorgane deutlich hervor. Zwischen den Vorgaben des Zentralismus und dem Interesse an lokalen Verbesserungen mussten die örtlichen Akteure in einer schwierigen Grauzone agieren, wie sich der letzte Bürgermeister vor 1990 im Interview erinnert:

„Innerlich ist man ja gespalten. Man hatte diese Parteidisziplin, wo man sagte, wenn man die verletzt, verletzt du eigentlich die Grundprinzipien des Sozialistischen Staates, sprich Staatsdisziplin, Demokratischer Zentralismus waren staatstragende Prinzipien, dann hattest du natürlich die zweite Seele in deiner Brust zu wohnen, wo du dann die Probleme gesehen hast und denen du manchmal ohnmächtig gegenüber gestanden bist.“¹⁶⁸

Die geringen Kompetenzen führten vielfach auch zur Resignation und zum Rückzug des Engagements auf einen reinen Dienst nach Vorschrift. Diese Entwicklung registrierte die

¹⁶⁷ Vgl. die analoge Entwicklung in Leinefelde: von Plato: Diaspora, S. 274.

¹⁶⁸ Interview Kallmeyer.

Staatssicherheit seit Ende der 1970er Jahre in der gesamten DDR. Skyba stellt fest, dass sich das MfS klar darüber war, dass

„Staatsfunktionäre Aufträge ausführen, ohne von deren Richtigkeit und Wahrhaftigkeit überzeugt zu sein, lediglich aus Gründen der Parteidisziplin, Unterordnung unter drakonische Festlegungen der Spitze bzw. Angst vor harter Kritik oder Ablösung aus der Funktion. [...] Schon am Ende der siebziger Jahre wurde der Sozialismus so in einem seiner Kernbereiche auch auf der zentralen Ebene zu einer Inszenierung, an der ein großer Teil der Wirtschaftsverantwortlichen und der Apparatfunktionäre mitwirkte, obwohl sie den Glauben an seine Zukunft verloren hatten.“¹⁶⁹

Auf der städtischen Ebene konnten trotz aller Frustrationserlebnisse durch die Kommunalpolitiker aber immer wieder konkrete kleinere Erfolge in Bezug auf die Verbesserung der lokalen Lebensqualität erreicht werden, die die Akteure neu motivierten. In Ludwigsfelde ist deshalb auch in den 1980er Jahren im Gegensatz zu vielen anderen Städten der DDR angesichts der insgesamt positiven Stadtentwicklung keine völlige Resignation der lokalen Politik festzustellen. Vielmehr gab es immer wieder neue Anläufe zur Festigung eigener Gestaltungsmacht.

Rat der Stadt und Stadtverwaltung als Motoren der Kommunalpolitik

In den DDR-Städten bildete der Rat der Stadt „den eigentlichen Mittelpunkt der Kommunalpolitik“¹⁷⁰, trotz der in allen offiziellen Verlautbarungen immer wieder betonten formalen Unterstellung unter die Stadtverordnetenversammlung. Als Arbeitsgremium war der Rat der Stadt auch bedeutender als die in politischen Fragen letztlich entscheidende Ortsparteileitung der SED. Alle wichtigen Fragen der städtischen Entwicklung wurden in den meist wöchentlichen Sitzungen im Rat diskutiert, obwohl eigenständige Entscheidungen der Stadt nur in wenigen Teilbereichen des städtischen Alltagslebens möglich waren. Dennoch mussten in diesem Gremium unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft die lokalen Strukturen am Leben erhalten werden. Formell war die Arbeit des Rates nach dem „Prinzip der kollektiven Leitung und vollen persönlichen Verantwortung seiner Mitglieder“ organisiert, das hieß, dass alle gleichermaßen für die Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Gesetze und der Anweisungen der übergeordneten örtlichen Organe verantwortlich waren.¹⁷¹ Faktisch war aber auch der Rat hierarchisch organisiert. Zu den wichtigsten Positionen im Rat zählten neben dem Bürgermeister und dem Sekretär des Rates die Stadträte für „öffentliche Versorgungswirtschaft“, für Kultur, für Bauwesen und für Volksbildung. Die einzelnen Ratsmitglieder waren entsprechend ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich auch für die Arbeit der Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung verantwortlich.¹⁷²

¹⁶⁹ Skyba: Sozialpolitik, S. 79.

¹⁷⁰ Springer: Verbaute Träume, S. 329.

¹⁷¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 011, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 14.5.1970, Arbeitsordnung für den Rat der Stadt Ludwigsfelde, S. 1.

¹⁷² Zur Zusammensetzung der Räte und zu einzelnen fachlichen Verantwortlichkeiten vgl. Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 194.

Die Übernahme von Stadtratsposten – zumal in einer kleineren Stadt – war angesichts der damit verbundenen Arbeitsbelastungen für SED-Funktionäre wenig attraktiv. Die Bevölkerung erwartete aber ebenso wie die Parteiinstitutionen von den Stadträten ein erhebliches Maß an Einsatzbereitschaft, ohne dass dieser Verantwortung eine angemessene Bezahlung und Ausstattung mit Kompetenzen gegenübergestanden hätte. Unter den Funktionsträgern im Rat war deshalb lange Zeit eine hohe Fluktuationsrate zu verzeichnen. Solche administrativen Positionen waren in den 1950er und 1960er Jahren in der defizitär ausgestatteten Gemeinde Ludwigsfelde wenig attraktiv für karriereorientierte Funktionäre. Die Übernahme eines solchen Amtes erforderte deshalb auch ein hohes Maß an Idealismus.¹⁷³

Auf besondere Schwierigkeiten stieß die Besetzung von vakanten Planstellen im Rat von Ludwigsfelde, weil qualifizierte Kandidaten eher zum Industrierwerk gingen, da sie dort eine höhere Besoldung erhalten konnten.¹⁷⁴ Die Gemeinde sah sich deshalb immer wieder genötigt, beim Kreis und bei den ansässigen Betrieben um eine Delegation von qualifiziertem Personal nachzusuchen. Im Rahmen der langfristigen Kaderpolitik und „Nomenklatur“ der Kreise und der Partei war eine Delegation qualifizierter Kader durch die Betriebe DDR-weit üblich. Die sozialistischen Großbetriebe galten als die „Kaderschmieden“ zur Lösung kommunalpolitischer Aufgaben.¹⁷⁵ In Ludwigsfelde kamen im Jahr 1961 von elf Ratsmitgliedern mindestens sechs ursprünglich aus dem IWL bzw. arbeiteten immer noch dort.¹⁷⁶ Die Durchsetzung von Personalwünschen der lokalen Verwaltungen gegenüber einem Betrieb hing jedoch stark von jeweiligen lokalen Konstellationen und der Bereitwilligkeit der Industrie ab. In Ludwigsfelde wehrte sich das mit eigenen Produktionsproblemen beschäftigte IWL immer wieder dagegen, qualifizierte Kader für die örtliche Verwaltung zu stellen,¹⁷⁷ selbst wenn diese Wünsche vom Kreis unterstützt wurden. Über diese wiederholte Missachtung der Verantwortung des Betriebes gegenüber der Gemeinde versuchte sich der Gemeinderat in den 1960er Jahren mit eigenmächtigen Beschlüssen hinweg zu setzen. Ein Werksangehöriger, der bereits Mitglied des Rates war, wurde gegen seinen Willen und gegen die konkrete Anweisung des Betriebes durch Ratsbeschluss als Vertretung für den erkrankten Bürgermeister verpflichtet. Die Durchsetzungsmöglichkeiten dieses formell rechtmäßigen Ratsbeschlusses blieben gegen die Machtressourcen des Betriebes jedoch gering. Der zwangsverpflichtete Gemeinderat erschien in der Folge mehrfach – sehr wahrscheinlich mit Rückendeckung des Werkes – nicht mehr zu Ratssitzungen. Soweit das Werk Mitarbeiter delegierte, wurden teils

¹⁷³ Vgl. für das Beispiel Schwedt *Springer: Verbaute Träume*, S. 335.

¹⁷⁴ Vgl. KreisATF VI 6232, Rat des Kreises Zossen, 12.10.1960, Einschätzung der politischen und fachlichen Arbeit der Randgemeinden des Kreises Zossen, S. 7–8.

¹⁷⁵ Im Bezirk Potsdam galten insbesondere das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, die Lokomotivbau Elektrotechnische Werke Hennigsdorf und die Rathenower Optischen Werke als gute Beispiele für eine solche Zusammenarbeit. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11797, Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im VEB AWL und in der Stadt Ludwigsfelde 1975–76, Diskussionsbeitrag Gen. H. Tzschoppe – BL-Sitzung am 18.11.1976, S. 5.

¹⁷⁶ Vgl. KreisATF VI 6232, Einschätzung der Bürgermeister 1954–64, Rat des Kreises Zossen – Kaderabteilung, 11.10.1961, Überprüfung der Räte der Randgemeinden und größeren Gemeinden des Kreises Zossen, S. 10–12a.

¹⁷⁷ So bereits 1956 „Der Werkleiter lehnt es ab, Kräfte des IWL für die kommunale Arbeit zu stellen.“ KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 5.1.1956, S. 4.

auch ungeeignete Kandidaten empfohlen, die nach kurzer Zeit wieder ausgetauscht werden mussten. 1964 wurde ein Gießereimeister aus dem Werk für den wichtigen Posten des Sekretärs des Rates bestimmt, obwohl konstatiert wurde, dass er „keine Kenntnisse auf dem Gebiet der staatlichen Leitungstätigkeit mitbringt“. Der Rat der Gemeinde – die meisten Mitglieder waren vorab nicht konsultiert worden – meinte jedoch zu „erkennen, daß er bei guter Anleitung die notwendigen Aufgaben in der Perspektive meistern wird“.¹⁷⁸ Nach wenigen Monaten zeigte sich jedoch, dass er für diesen Posten auch mit „Anleitung“ nicht geeignet war und er durch einen anderen Kandidaten ersetzt werden musste. Eine solche kurzfristige Auswechslung sollte jedoch eine Ausnahme bleiben. Für die Personalpolitik auf Gemeindeebene blieb aber bis 1989 das Personalreservoir des IWL die entscheidende Basis.

In Ludwigsfelde wiesen die städtischen Verwaltungsinstitutionen zunächst eine sehr unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung auf. Personen mit Hochschulbildung waren im Rat kaum vertreten, Mitglieder mit Verwaltungserfahrung waren eindeutig in der Minderheit. In den 1950er Jahren waren nur der Bürgermeister und sein Erster Stellvertreter hauptamtliche Beschäftigte in der Ludwigsfelder Gemeinderegierung, die sich aus insgesamt sechs Räten zusammensetzte. Erst mit dem Erreichen der 10.000-Einwohner-Grenze beantragte die Gemeinde beim Rat des Kreises erfolgreich die Umwandlung der Position des Sekretärs des Rates in eine hauptamtliche Stelle.¹⁷⁹ Die Gemeinde wünschte 1961 angesichts der durch die verstärkte industrielle Entwicklung gewachsenen Anforderungen auch die Erhöhung der Zahl der Räte auf neun, um alle Themenbereiche und alle Kommissionen sinnvoll betreuen zu können.¹⁸⁰ Die Anzahl wurde schließlich bis zum Jahresende 1961 sogar auf elf erhöht.¹⁸¹ Diese relativ große Zahl täuscht aber über das faktisch geringe Potenzial der örtlichen Verwaltung hinweg. Auch zu diesem Zeitpunkt waren noch lediglich drei Ratsmitglieder hauptberuflich im Rat beschäftigt, ein weiteres ehrenamtliches Ratsmitglied war über seinen Posten als Stadtbaudirektor bei der Gemeinde angestellt. Insbesondere die ehrenamtlichen Ratsmitglieder zeigten nach Einschätzung der örtlichen Parteistellen zum damaligen Zeitpunkt nur ein ungenügendes Engagement und hielten sich in den Ratssitzungen weitgehend zurück. „Eine fruchtbringende Diskussion fehlt in den Ratssitzungen.“¹⁸² Von den elf Ratsmitgliedern besaß auch 1961 keiner eine Hochschulausbildung, Schulungen an einer Betriebspartei­schule hatte nur der Stellvertretende Bürgermeister absolviert. Neben einem NDPD-Mitglied war außer SED-Angehörigen nur ein Ratsmitglied parteilos.¹⁸³

¹⁷⁸ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 22.1.1964, Vorstellung des neuen Sekretärs des Rates, Beschluß Nr. 50/22/64.

¹⁷⁹ Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.8.1958, S. 2.

¹⁸⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 17.5.1961, S. 2.

¹⁸¹ Vgl. KreisATF VI 6232, Einschätzung der Bürgermeister 1954–64, Rat des Kreises Zossen – Kaderabteilung, 11.10.1961, Überprüfung der Räte der Randgemeinden und größeren Gemeinden des Kreises Zossen, S. 10–12a.

¹⁸² StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 2.3.1961, S. 4.

¹⁸³ Vgl. KreisATF VI 6232, Einschätzung der Bürgermeister 1954–64, Rat des Kreises Zossen – Kaderabteilung, 11.10.1961, Überprüfung der Räte der Randgemeinden und größeren Gemeinden des Kreises Zossen, S. 10–12a.

Nach 1965 gelang schrittweise eine stärkere fachliche Qualifizierung von Rat und Stadtverwaltung. Bis 1979 konnte der Rat auf sieben hauptamtliche und drei ehrenamtliche Mitglieder erweitert werden.¹⁸⁴ In den 1980er Jahren umfasste der Rat schließlich insgesamt 14 Mitglieder. Gleichzeitig stieg der Anteil von Hochschulabsolventen auf bis zu vier Personen an, blieb aber im Vergleich mit Kreisinstitutionen und größeren Städten sehr gering. Allerdings nahm der Anteil von Personen mit Verwaltungs- und Lenkungserfahrung zu, zahlreiche Mitglieder des Rates verfügten nunmehr auch über eine verwaltungsspezifische Ausbildung. Mit dieser Verbesserung der Qualifikation und dem Rückgang des Anteils der ehrenamtlichen Räte war eine erhebliche Effizienzsteigerung verbunden.

Die Professionalisierung als Stadtverantwortlicher erfolgte auch auf einer mentalen Ebene. In den 1970er und 1980er Jahren waren die Ratsangehörigen überwiegend zwar nicht gebürtige Ludwigsfelde, aber zumeist langjährige Einwohner des Ortes. Die Übernahme einer Position im Rat wurde von ihnen meist nicht als kurzfristige Zwischenstufe auf einer Karriereleiter, sondern als langjährige Aufgaben in der Heimatgemeinde begriffen. Posten in Räten und Verwaltungen kleiner Städte stellten tendenziell „Karrieresackgassen“ dar und waren kein Sprungbrett für Karrierekader. Dies konnte aber in Bezug auf langfristiges Engagement und lokale Identifikation der Akteure positive Auswirkungen für die Stadt haben. Nach Überwindung der starken Fluktuation der Anfangsjahre amtierten seit Mitte der 1960er Jahre viele Stadträte sehr lange Zeit, teils über 15 Jahre, häufig bis zum Erreichen der Pensionsgrenze. Die lange Amtsdauer und die seltenen Aufstiege in andere Positionen außerhalb der Stadt förderten den Aufbau langfristigen Engagements und nachhaltiger lokaler Identifikation der Akteure. Mehrere für die lokalpolitische Entwicklung entscheidende Bürgermeister und Stadträte kamen im Laufe der Jahrzehnte auch von verantwortlichen Posten im Kreis, im IWL oder anderen Betrieben und brachten diese Erfahrungen erfolgreich in die Stadtpolitik ein.¹⁸⁵ Insbesondere persönliche Beziehungen aus diesen Tätigkeiten wurden beibehalten und im Sinne der Städte zur „Organisation“ von Ressourcen eingesetzt. Netzwerke mussten über lange Zeit entwickelt werden. Erfolgreiche Kommunalpolitik war unter den gegebenen Umständen nicht „aus dem Stand“ zu leisten.

¹⁸⁴ Vgl. KreisATF II 2951 Sitzung des Rates 14.2.1979, Beschluß des Rates Zusammensetzung der Räte der Städte und Gemeinden ab Mai 1979, S. 11.

¹⁸⁵ So wurde 1977 ein Abteilungsleiter des AWL auf Antrag des Rates nach Konsultation mit der Kreisleitung der SED und des Rates des Kreises zum Stadtrat für Wohnungspolitik berufen. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung, Berichte und Einschätzungen 1977–1979, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 14.9.1977, S. 1.

Rat der Stadt Ludwigsfelde	
Bürgermeister Körl	Kader, Plankoordinierung, Industrie, Jagdwesen, Forstwirtschaft, materialtechnische Versorgung, Verschluss-Sachen, VdN
Stadtrat Schön	Finanzen, Steuern, Preise, Liegenschaften
Stadtrat Kruspe	Örtliche Versorgungswirtschaft, Stadtwirtschaft, ÖVW und sonstige Dienstleistungen, ÖVW Handwerk, Verkehr, Straßen, Wasserwirtschaft
Stadtrat Hoffmann	Gebiets- und Standortplanung, Bauwesen, Bauaufsicht
Stadtrat Kleine	Wohnungswesen
Stellv. Bürgermeister Tober	Berufsausbildung, Naturschutz und Landeskultur, Urlaub und Erholung, Volksbildung, Jugendhilfe, Heimerziehung, Internationale Beziehungen
Stadtrat Buck	Versorgungsbilanzen, Handel und Versorgung
Stadträtin Hänisch	Gesundheitswesen, Sozialwesen
Stadträtin Renner	Jugendfragen, Kultur, Körperkultur und Sport
Sekretär des Rates Hennig	Nationale Arbeit, Volksvertretung, Wahlen, Rat, Organisation, Lohn und Gehalt, Allgemeine Verwaltung, Landwirtschaft, Archivwesen
Stadtrat Scheibe	Kirchenfragen, Rechtspflege, Genehmigungen, Personalstandswesen, Brandschutz, Zivilverteidigung

43. Abb.: Verantwortungsbereiche der Mitglieder des Rates der Stadt im Jahr 1970¹⁸⁶

Ein großes Problem für die Ludwigsfelder Kommunalpolitik in den 1950er und 1960er Jahren war die Unterbesetzung der dem Rat zugeordneten Kommunalverwaltung. Wichtige lokale Institutionen fehlten in der frühen Ludwigsfelder Verwaltung noch gänzlich. So wurde erst 1959 im Ort ein eigenes Bauamt eingerichtet,¹⁸⁷ das jedoch in den folgenden Jahren immer wieder über längere Zeit unbesetzt blieb. Erst bis Ende der 1960er Jahre verbesserte sich Schritt um Schritt neben der Ausstattung des Rates auch die Personalsituation in der Gemeindeverwaltung. Der Kreis konnte 1969 – wohl etwas voreilig – feststellen, dass nunmehr die Kaderbesetzung in Ludwigsfelde ausreichend sei.¹⁸⁸ Bis in die 1980er Jahre wuchs die lokale Verwaltung zahlenmäßig weiter an. Sie blieb jedoch für die gleichzeitig erheblich wachsende Bevölkerungszahl und die zunehmende Komplexität des Verwaltungshandelns in der sich ausdifferenzierenden Kommune quantitativ ungenügend. Die Etats der einzelnen Ratsabteilungen waren im Vergleich zum Werk gering. Auch die Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter der Kommunalverwaltung blieb trotz des Wachstums sehr begrenzt. 1989 hatte der Rat der Stadt für den gesamten Verwaltungsapparat nur 36,5 bestätigte Planstellen zur Verfügung und lag damit unter der Personalstärke von Städten vergleichbarer Größe.¹⁸⁹ Der

¹⁸⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 011, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 16.4.1970, Vorlage Nr. 2, Beschluß Nr. 2/1/70, Ordnung über den Verantwortungsbereich der Mitglieder des Rates der Stadt, S. 1.

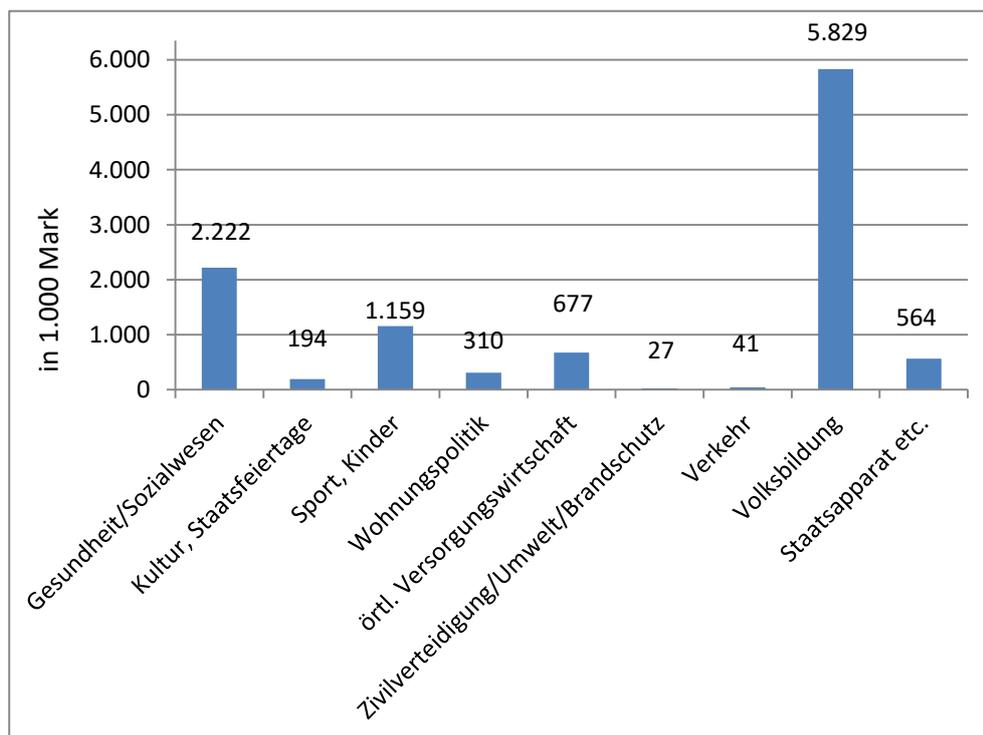
¹⁸⁷ Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 27.3.1958, S. 2.

¹⁸⁸ Vgl. KreisATF I 561, Kreistag, Sitzung am 20.6.1969, Bericht des Rates des Kreises zu den Fragen der Volksbildung auf der Grundlage des Bezirkstagsbeschlusses vom 16.12.1968 unter Berücksichtigung des Schwerpunktes Ludwigsfelde, S. 27.

¹⁸⁹ Vgl. zur Einordnung der Mitarbeiterzahl in Ludwigsfelde die entsprechenden Werte von Städten ähnlicher Größe: Schneeberg (23.000 Einwohner, 56 Planstellen), Finsterwalde (25.000 Einwohner, 66 Planstellen), Großenhain (19.000 Einwohner, 51 Planstellen) und Eisleben (28.000 Einwohner, 72 Planstellen): KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, StVV Ludwigsfelde 21.11.1989, Referat zur Sonderstadtverordnetenversammlung im Klubhaus, Bürgermeister Harald Kallmeyer, S. 27.

Vergleich mit den 268,5 Planstellen des Kreises Zossen macht die defizitäre Ausstattung der städtischen Institutionen deutlich.¹⁹⁰

Die begrenzte Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung wird auch deutlich, wenn man die städtischen Finanzmittel mit den Ressourcen des Betriebs vergleicht. Im Jahre 1985 betrug der Stadthaushalt 11 Millionen Mark¹⁹¹, während allein der Kultur- und Sozialfonds des AWL im Jahr 1982 schon 8,157 Mill. Mark umfasste.¹⁹² Mehr als die Hälfte des Haushalts der Stadt waren bereits für den Bildungsbereich reserviert. Die städtischen Mittel beispielsweise für Kultur umfassten nur einen Bruchteil im Vergleich zu den Posten im Fonds des Betriebes.



44. Abb.: Haushaltsplan der Stadt Ludwigfelde 1985 (vereinfacht, Quelle siehe FN: 191)

¹⁹⁰ Vgl. für das Jahr 1980 KreisATF II 2978, Rates des Kreises Zossen, Sitzung am 13.2.1980, Beschluß Stellenplan des Kreises Zossen für 1980, S. 1.

¹⁹¹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigfelde, Sitzung am 16.1.1985, Haushaltsplan 1985, Anlage 1. Die Entwicklung städtischer Haushalte in der DDR, ihre Verwendung und ihr Verhältnis zu betrieblichen Fonds ist bisher noch nicht untersucht worden. Eine solche Analyse würde in Zukunft jedoch weitere Erkenntnisse über Handlungsmöglichkeiten des lokalen Staatsorgans ermöglichen.

¹⁹² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506, VEB IFA Automobilwerke Ludwigfelde Nr. 1197, Kultur- und Sozialfond, Direktionsbereich Sozialwesen, Ludwigfelde 16.3.1983, Vorlage Nr. 11/83, S. 2.

Die Ludwigsfelder Bürgermeister

Der Bürgermeister war in der DDR entsprechend der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Vorsitzende des Rates der Stadt und Leiter der Verwaltung. Die kommunalpolitischen Neuregelungen der frühen DDR hatten die formelle Funktion des Bürgermeisters zunächst stark beschnitten. Insbesondere die „Bevormundung der Tagungen der Gemeindevertretungen durch den Bürgermeister“ sollte in der ersten Phase der DDR als bürgerliches Relikt abgeschafft werden.¹⁹³ Im Laufe der Jahrzehnte erfolgte jedoch sukzessive ein erneuter Bedeutungszuwachs dieser Position. Dem Amt des Bürgermeisters – insbesondere in den kreisangehörigen Gemeinden – wurde aber auch in der letzten Neuregelung des Kommunalrechts von 1985 nicht die nötige Autorität und Eigenverantwortlichkeit verliehen, die eine effektive Interessenwahrnehmung gemeindlicher Belange in den hierarchisierten Entscheidungsstrukturen zugelassen hätte.¹⁹⁴ Der Bürgermeister war für die Kaderpolitik verantwortlich und hatte die Funktion des Disziplinarvorgesetzten der Mitglieder des Rates und der Mitarbeiter der Verwaltung inne. Die Bürgermeister sollten auch über den Bereich des Rates hinaus nach den Bestimmungen des DDR-Kommunalrechts die Abgeordneten bei der „Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten unterstützen“ sowie mit den Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen zusammenarbeiten.¹⁹⁵ Das letzte Kommunalrecht der DDR hob als eine wesentliche Aufgabe des Bürgermeisters außerdem hervor, dass er „das Vertrauensverhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und seinen Bürgern“ zu festigen hätte. Durch „eine ideenreiche vielgestaltige Öffentlichkeitsarbeit“ sollten sie „die aktive Einbeziehung der Bürger in die Lösung der Aufgaben“ organisieren und so wesentlich dazu beitragen, die „Liebe der Menschen zur sozialistischen Heimat, die Verbundenheit mit ihrer Stadt oder ihrem Dorf weiter auszuprägen“.¹⁹⁶

Die damit aus Sicht der Staats- und Parteiführung verbundene hohe Erwartungshaltung an den Bürgermeister bestand faktisch schon vor dieser Neuformulierung. Insbesondere in den Augen der Bevölkerung hatte die Position des Bürgermeisters nie ihre traditionelle weitreichende Verantwortlichkeit für alle Geschicke der Stadt verloren. Die reale Machtfülle des Bürgermeisters war jedoch stark von seiner Persönlichkeit und der Ausprägung der Beziehungen zu den übergeordneten Organen des Staates und der Partei sowie dem Kontakt zu den örtlichen Betrieben abhängig.

Die Besetzung der Bürgermeisterstellen stand vor diesem Hintergrund gerade in kleineren Städten und Gemeinden der DDR vor großen Schwierigkeiten. Aus Sicht von qualifizierten „Kadern“ sprach gegen die Übernahme eines Bürgermeisteramts vor allem die Kompliziertheit der Aufgabe, bei gleichzeitig stark eingeschränkter Freizeit und vergleichsweise geringer

¹⁹³ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 67.

¹⁹⁴ Vgl. *ebd.*, S. 233.

¹⁹⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27239, Maßnahmen in Vorbereitung und Durchführung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe am 4.7.1985, Presse-Informationen, S. 6.

¹⁹⁶ *Ebd.*, S. 5.

Entlohnung.¹⁹⁷ Die weiteren Karriereaussichten waren begrenzt, Aufstiegskarrieren in andere wichtige staatliche Verwaltungsposten sind selten festzustellen. Weitaus häufiger zeigte sich das Scheitern an den kaum lösbaren lokalen Schwierigkeiten.

bis 22.6.1945	Fritz Bornscheuer
22.6.1945–1946	Otto Kunze
1946–1949	Bruno Schenk SED
1949–1950	Erich Richter SED
1950–1953	Paul Körl SED (nach 1953 Sekretär des Rates des Kreises, dann 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises)
1954–1956	Erich Richter SED
1956–1961	Erich Kadenbach SED
1961–1965	Helmut Hoffmann SED
1965–1979	Paul Körl SED
1979–1983	Rolf Schmidt SED, später Mitglied des Rates und Kreisbaudirektor des Rates des Kreises Zossen
1983–1989	Günther Hengst SED, vorher Direktor für Arbeiterversorgung und soziale Betreuung und Vorsitzender des Stadtausschusses der Nationalen Front
1989–1990	Harald Kallmeyer SED
1990–2008	Heinrich Scholl: SPD, Bürgermeister ab 29.05.1990, bis 2008 (Ingenieur aus dem Kombinat)

45. Abb.: Übersicht der Ludwigsfelder Bürgermeister

Zwischen 1949 und 1990 bekleideten sieben Personen den Posten des Ludwigsfelder Bürgermeisters, wobei zwei Amtsträger diese Funktion je zweimal wahrnahmen. Die Bürgermeister Ludwigsfeldes waren bei ihrer Amtsübernahme häufig noch sehr jung. Mindestens vier Bürgermeister Ludwigsfeldes hatten längere Zeit im IWL gearbeitet und dort ihre Karriere begonnen. Den einzigen Aufstieg in höhere staatliche Positionen in den 1950er und 1960er Jahren erlebte Paul Körl, der als die bedeutendste Persönlichkeit unter den Ludwigsfelder Stadtvätern gelten kann. Körl war erstmalig 1950 bis 1953 Bürgermeister Ludwigsfeldes, in der Zeit, als mit dem Aufbau der Industrierwerke die ökonomischen Grundlagen für die weitere Entwicklung des Ortes gelegt wurden. Nach wenigen Jahren in Ludwigsfelde wurde er 1953 zunächst Sekretär des Rates des Kreises Zossen, später sogar Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises und damit einer der wichtigsten staatlichen Funktionsträger im Territorium des Kreises.¹⁹⁸

In seiner Nachfolge gestaltete es sich in den 1950er und 1960er Jahren mehrfach schwierig, das „Kaderproblem“ der Bürgermeisterstellenbesetzung im aufstrebenden, aber noch sehr ungesicherten Ludwigsfelde zu lösen. Die Fluktuationsrate unter den Amtsträgern war hoch, die Bürgermeister amtierten meist nur zwei bis drei Jahre. Der Bürgermeister Erich Richter,

¹⁹⁷ Vgl. Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 228.

¹⁹⁸ Er absolvierte auch ein Fernstudium an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Babelsberg, die ihn zur weiteren kommunalpolitischen Karriere befähigen sollte.

1953 als Nachfolger von Körl eingeführt, schied bereits 1956 wieder aus dem Amt, angeblich auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen. Anschließend wurde von der SED-Kreisleitung Erich Kadenbach zum Bürgermeister vorgeschlagen und von der Gemeindevertretung bestätigt.¹⁹⁹ Kadenbach hatte zuvor als von den übergeordneten Organen zugewiesener „Instrukteur mit Weisungsrecht“ schon länger an den Ratssitzungen teilgenommen und faktisch somit schon Leitungsfunktionen übernommen. Über längere Zeit nahm er seinen neuen Posten als Bürgermeister jedoch nicht wahr, weil er im Rahmen der Kaderqualifizierung an einem dreijährigen Lehrgang teilnahm. Sein Amt übernahm in seiner Abwesenheit geschäftsführend sein Stellvertreter Dörre, der jedoch nach 1961 ebenfalls auf einen dreijährigen Lehrgang der Partei geschickt werden sollte.²⁰⁰ Aus Sicht der Kreisleitung der SED erschien diese geringe Beachtung der Rolle des Bürgermeisteramts in Ludwigsfelde als zunehmend problematisch, da sie zu Schwierigkeiten in der gesamten Verwaltungsarbeit der in dieser Zeit ohnehin durch problematische wirtschaftliche Entwicklungen belasteten Kommune führte. Die Kreispartei strebte deshalb nach fast zehn Jahren der ständigen Wechsel und Vakanzen eine möglichst dauerhafte und qualifizierte Neubesetzung an.²⁰¹

Bei der Sicherung dieser dauerhaften Perspektive sollte dem IWL aus Sicht der Kreispartei eine Schlüsselrolle zukommen. Formell baute die Entscheidung über die Bürgermeisterstelle auf dem komplexen und ambitionierten Nomenklatorsystem des Rates des Kreises auf, faktisch war die Kreispartei aber auf das vorhandene Angebot qualifizierter Kandidaten angewiesen. Die örtlichen Organe wurden kaum in die Entscheidung über die Stellenbesetzung einbezogen. Selbst die Ortspartei wurde über Personalentscheidungen teils sehr spät unterrichtet. Erst seit den 1970er Jahren wuchs das Gewicht der Ortspartei bei solchen wichtigen personalpolitischen Entscheidungen.

Aus Sicht der Bevölkerung dominierte jedoch der Betrieb die Postenbesetzung. Die Einwohner hatten den Eindruck: „Bürgermeister wurden vom Kombinat eingesetzt“.²⁰² Anfang der 1960er Jahre wurde dem Werk von der Kreisleitung der SED angesichts der schwierigen Personalsituation auch real das Vorschlagsrecht für den Bürgermeisterposten eingeräumt, um so die Besetzung des Postens mit einem qualifizierten Kader erreichen zu können. Das Werk zeigte jedoch lange kein Interesse daran, dieses Recht auch wahrzunehmen und einen qualifizierten Mitarbeiter abzugeben. Nach einigem Zögern wurde schließlich vom Werk ein Leitungskader als Bürgermeister delegiert. Der neue Bürgermeisterkandidat Helmut Hoffmann, zuvor ein Kaderleiter im IWL, wurde dem Rat der Gemeinde Anfang 1961 erst vorgestellt, als seine Ernennung schon von Betrieb und Kreis beschlossen worden war. Hoffmann hatte sogar bereits vor der Vorstellung im Auftrag des Kreises – ohne formale Legitimation durch die Gemeinde – offizielle Termine für die Gemeinde Ludwigsfelde wahrgenommen.²⁰³

¹⁹⁹ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 20.3.1956, S. 3.

²⁰⁰ Vgl. KreisATF VI 6232, Einschätzung der Bürgermeister 1954–64, Rat des Kreises Zossen, 12.10.1960, Einschätzung der politischen und fachlichen Arbeit der Randgemeinden des Kreises Zossen, S. 7.

²⁰¹ Vgl. ebd., S. 8.

²⁰² Interview Birk.

²⁰³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 5.1.1961, S. 8.

Der nachfolgenden formellen Wahl des neuen Bürgermeisters durch die Gemeindevertretung kam keine politische Bedeutung mehr zu.

Die Kaderabteilung des Kreises beurteilte die Qualifikation und bisherige Arbeit des Bürgermeisters Ende des Jahres 1961 noch sehr positiv, insbesondere wurde hervorgehoben, dass es ihm gelungen sei, ein „enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis zwischen dem IWL und dem Staatsapparat herzustellen“.²⁰⁴ Die Strategie des Kreises schien aufzugehen.

Die Arbeit des Rates der Gemeinde wurde jedoch in den folgenden Jahren durch massive interne Konflikte über die richtige Handlungsweise gegenüber den übergeordneten Organen und dem Industrierwerk geprägt und gehemmt. Vor allem die Zurückhaltung des neuen Bürgermeisters gegenüber Kreis und Bezirk wurde im Rat und in der Gemeindevertretung heftig kritisiert. Nach vier Jahren stagnierender Entwicklung und massiver ratsinterner Kritik wurde Bürgermeister Hoffmann von seinem Amt abgelöst. Die genauen Hintergründe bleiben unklar. Im Rat gab es kurz vor seiner Absetzung heftige Streitigkeiten. Ein Gemeinderat warf 1965 dem Bürgermeister vor, dass die „letzte Legislaturperiode von den ca. 12 Jahren, die er Ratsmitglied ist, die schlechteste war. Auch er hat resigniert. Aber warum? [...] Man muß sagen, daß sich der Bürgermeister den Arbeitsstil des Bezirkes aufzwingen ließ. [...] Auch um Schwimmbad, Gesundheitseinrichtungen usw. müssen wir kämpfen. Der Bezirk kommt nicht von selbst und gibt uns was.“²⁰⁵

Auch eine andere Gemeinderätin kritisierte ebenfalls die geringe Durchsetzungskraft des Rates gegenüber dem Bezirk:

„Auch die Frage der weiteren Bautätigkeit: Da hat sich der Rat ebenfalls von den übergeordneten Dienststellen kleinkriegen lassen. Zum Schluß sagt man doch resignierend: Was sollen wir die kleinen Dinge entscheiden, wenn die Großen entschieden werden. Gerade in diesem Fall hätte der Rat eine einheitliche Meinung haben müssen. Wir ließen aber Potsdam entscheiden.“²⁰⁶

Mehrere Räte der Gemeinde drohten sogar mit ihrem Ausscheiden: „Unter diesem Bürgermeister nicht mehr!“²⁰⁷ Der Rat der Gemeinde war der Auffassung, dass der amtierende Bürgermeister „bar jeder Kenntnisse, die man von dem Bürgermeister einer größeren Gemeinde verlangen muß“ sei. Seine Ablösung wurde durch den Rat empfohlen.²⁰⁸ Der bereits im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung geschilderte Konflikt um die vorgezogene Bebauung in „Ludwigsfelde West“, bei der der Bürgermeister zwischen den Interessen von Bezirk und Gemeinde Ende 1964 und Anfang 1965 äußerst unglücklich agiert hatte, werden eine wesentliche Rolle gespielt haben, ihn sowohl innerhalb des lokalen Rates wie auch bei den übergeordneten Parteistellen, die der Ablösung zugestimmt haben müssen, zu diskreditie-

²⁰⁴ KreisATF VI 6232, Einschätzung der Bürgermeister 1954–64, Rat des Kreises Zossen – Kaderabteilung, 11.10.1961, Überprüfung der Räte der Randgemeinden und größeren Gemeinden des Kreises Zossen, S. 10.

²⁰⁵ StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 2.7.1965, S. 2.

²⁰⁶ Ebd., Aussprache, o.S.

²⁰⁷ Ebd., S. 2.

²⁰⁸ Vgl. ebd., S. 1.

ren. Inwieweit diese Auseinandersetzungen reale Konflikte zwischen den Ratsmitgliedern spiegeln oder von Parteistellen inszeniert wurden, lässt sich nicht mehr feststellen. Persönliche Angriffe gegenüber einem Bürgermeister finden sich in dieser scharfen Form nie wieder in den städtischen Akten.

Schließlich löste der Kreis das akute Kaderproblem des nunmehr mit dem Stadttitel belehnten, aufstrebenden Industrieortes. Als neuer Bürgermeister wurde ab Ende 1965 zum zweiten Mal Paul Körl eingesetzt.²⁰⁹ Nun begleitete er nach seiner Tätigkeit im Kreis den Ort auf dem Weg zur wichtigen Industriestadt noch einmal über 14 Jahre. In dieser Phase fand die Stadt zunehmend ihre Rolle im Mächtenspiel zwischen Staats-, Partei- und Betriebsstellen. Noch heute genießt er für seine Verdienste um die Professionalisierung der Stadtverwaltung großes Ansehen in der Erinnerung der Kommunalpolitiker der DDR-Zeit: „Ja, das war der große Körl.“²¹⁰ Seit seiner ersten Amtszeit hatte er sich durch den Erwerb eines Abschlusses an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg weiterqualifiziert. Körl scheute zur Durchsetzung lokaler Anliegen im Gegensatz zu den meisten seiner Vorgänger nicht den Konflikt mit Kreis, Bezirk und Werk und bewies dabei zudem ein größeres Geschick. Die Erfahrungen und Kontakte durch seine Tätigkeit in verantwortlicher Stellung in der Kreisverwaltung kamen ihm hierbei zugute. Auf diese Weise konnten zahlreiche Verbesserungen für die Stadt erreicht werden, wenngleich sich die formale Machtlage der kreisangehörigen Stadt nicht änderte. Durch den mittlerweile verbesserten Zugang zu Bezirksstellen und die Kooperationen mit dem Werk erweiterte sich aber der faktische Spielraum der Stadt. Seine Nachfolger setzten diesen Konsolidierungskurs und die gegenüber den kreislichen Organen selbstbewusste und eigensinnige Strategie der Automobilbauerstadt fort.

Nach Erreichen der Altersgrenze folgte im Jahre 1979 Rolf Schmidt im Alter von 43 Jahren auf den Posten des Bürgermeisters. Als erster Ludwigsfelder Bürgermeister hatte er ein Studium als Diplomwirtschaftler in der Fachhochschule Karlshorst absolviert und bereits Erfahrungen als Betriebsleiter gesammelt.²¹¹ Er wechselte 1983 auf den Posten des Rates für Bauwesen im Kreis Zossen. Nach seiner Wahrnehmung empfand er das auch als Antwort des Kreises auf sein – zu – nachhaltiges Eintreten für Ludwigsfelder Belange.²¹² Sein Nachfolger wurde Günther Hengst. Er war zuvor Vorsitzender des Stadtausschusses der Nationalen Front und Direktor für Arbeiterversorgung und soziale Betreuung im AWL gewesen, brachte also ebenfalls bereits kommunalpolitische Erfahrung mit. Unter diesen beiden Bürgermeistern konnte der unter Körl eingeschlagene Kurs weitgehend fortgesetzt werden.

Bis in die 1970er Jahre hatte der Rat der Stadt und die Stadtverordnetenversammlung eine sehr passive Rolle bei der Besetzung des Bürgermeisterpostens und anderer wichtiger Stellen im Rat spielen müssen. Die neuen Bürgermeister und sonstigen Amtsträger wurden auf

²⁰⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 1.11.1965, StVV Beschluß Nr. 2/65, S. 1.

²¹⁰ Interview Kallmeyer.

²¹¹ „Der neue Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde.“ In: Start 1979, 27/26; 5.7.1979, S. 8.

²¹² Interview Schmidt.

Tagungen des Rates von Vertretern des Kreises „vorgestellt“ und anschließend einstimmig „gewählt“. Vorherige Diskussionen sind weder in den örtlichen Akten des Rates noch der Partei zu finden. Die kommunale Postenbesetzung wurde seit den 1970er Jahren jedoch immer mehr zu einer Sache des Rates selbst, wenngleich eine Bestätigung und Kontrolle durch Kreisstellen unabdingbar waren. Mitunter kümmerte sich der amtierende Bürgermeister sogar selbst um einen Nachfolger.

Der letzte Bürgermeister Harald Kallmeyer erinnert sich an die Vorgeschichte seiner Berufung ins Amt Ende der 1980er Jahre:

„Just in diesem Augenblick klingelte es an meiner Tür und da stand der Altbürgermeister Günther Hengst vor mir. Und Günther kenne ich schon vom Autowerk her. [...] Und Günther kam an und sagte, er ist schwer krank und sucht einen Nachfolger. Nun habe ich damals viele Voraussetzungen mitgebracht, dass man Nachfolger wurde. Zum Beispiel stammte ich aus der Arbeiterklasse. Das war ja ein Kriterium. Ich war selbst im Autowerk als Elektriker beschäftigt, wurde dann zum Studium delegiert, dann Lehrer im Hochschuldienst. Hengst wusste nicht, was ich jetzt tat und was ich momentan für eine Vorstellung hatte. Es traf sich so wie manchmal Zufälle sind. Er sagte, wir suchen hier einen neuen Bürgermeister, ich kann nicht mehr [...] Da habe ich gesagt ‚okay‘.“

Kallmeyer kam dieses Angebot sehr gelegen, da seine beruflichen Perspektiven an der Verwaltungshochschule in Potsdam unklar erschienen. Durch seine SED-Mitgliedschaft und seinen Hochschulabschluss mit Verwaltungsbezug passte er zudem perfekt in das Anforderungsprofil. Alle weiteren formalen Schritte wurden auf Initiative des amtierenden Bürgermeisters vollzogen.

„Er spricht mit Hans Grabow, das war der Vorsitzende des Rates des Kreises Zossen und dann weiß ich nicht, mit wem er noch alles gesprochen hat.“²¹³

Anfang 1986 wurde Kallmeyer zunächst zum Sekretär des Rates ernannt, um die Verwaltungstätigkeit zu unterstützen.²¹⁴ Die endgültige Übernahme des Bürgermeisterpostens vom gesundheitlich eingeschränkten Vorgänger zog sich jedoch noch bis ins Jahr 1989 hin, so dass Kallmeyer als der letzte nicht frei gewählte Bürgermeister Ludwigsfeldes nur noch wenige Monate amtieren sollte.²¹⁵

Die Ludwigsfelder Stadtverordneten

Aus der formalrechtlich herausgehobenen Stellung der Gemeindevertretung gegenüber dem Rat der Stadt folgte keine entscheidungsrelevante Funktion der sogenannten Volksvertretung in kommunalpolitischen Fragen.²¹⁶ Trotz dieser Marginalisierung übernahm die lokale

²¹³ Interview Kallmeyer.

²¹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteilitung Ludwigsfelde, Sitzung am 9.1.1986, S. 2.

²¹⁵ Auch Kallmeyer blieb über die Wende hinaus bis heute als Vorsitzender einer Wählerinitiative in der Ludwigsfelder Stadtverordnetenversammlung präsent.

²¹⁶ Vergleiche das Beispiel Schwedt bei: Springer: Verbaute Träume, S. 316.

Versammlung, die seit 1965 in Ludwigsfelde den Namen Stadtverordnetenversammlung führte, aber wichtige Aufgaben sowohl bei der formalen Bevölkerungsintegration als auch über ihre Ständigen Kommissionen bei der Beteiligung an konkreten kommunalpolitischen Aufgaben.

Am Anfang der Entwicklung der Gemeindevertretung stand seit den 1950er Jahren zunächst eine längere Phase des Aufbaus der internen Strukturen. 1956 umfasste die Gemeindevertretung noch lediglich 28 Mitglieder.²¹⁷ Die Mitglieder übernahmen folgende Aufgaben:

11 waren Vorsitzende oder Mitglieder einer ständigen Kommission
10 führten in Wahlbezirken Sprechstunden durch
4 arbeiteten als Ratsmitglieder
1 war Gemeindevertretervorsitzender
1 fungierte als Bürgermeister
1 war Bürgermeister-Stellvertreter

46. Abb.: Aufgaben der Gemeindevertreter

Seit 1957 musste die Anzahl der Abgeordneten in Ludwigsfelde nach dem neuen „Gesetz über die Wahlen der örtlichen Volksvertretungen“ entsprechend seiner gewachsenen Gemeindegröße auf 35 erhöht werden. Hinzu kamen 13 Nachfolgekandidaten für während der Wahlperiode ausscheidende Mitglieder.²¹⁸ Für die Kommunalwahlen des Jahres 1961 musste die Gemeindevertretung gemäß den kommunalrechtlichen Vorschriften aufgrund der gewachsenen Bevölkerungszahl bereits auf 45 Abgeordnete vergrößert werden.²¹⁹ In den 1980er Jahren umfasste die Volksvertretung schließlich insgesamt 85 Mitglieder.

Diese beträchtlichen Erweiterungen des Abgeordnetenkreises stellten die Verantwortlichen immer wieder vor das erhebliche Problem, ausreichend fachlich und politisch geeignete und vor allem motivierte Einwohner in Ludwigsfelde zu finden und diese dann von einer Kandidatur zu überzeugen. Ein wichtiges Rekrutierungsfeld für das Personal der Stadtverordnetenversammlungen war erneut das Autowerk. Es stellte im Jahre 1968 insgesamt 26 Stadtverordnete.²²⁰ Das IWL war jedoch kaum daran interessiert, über das – politisch marginale – Gemeindepapier Einfluss zu nehmen, für diese Zwecke besaß das Werk effektivere Kanäle. Die Abgeordneten des IWL trafen sich entgegen den üblichen Vorgaben für betriebliche Abgeordnetengruppen auch nur selten zu internen Zusammenkünften. Die Betriebsleitung zeigte insgesamt nur geringes Engagement für diese Tätigkeit der Betriebsmitglieder.²²¹

²¹⁷ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 4.9.1956, Bericht des Bürgermeisters, S. 9.

²¹⁸ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 9.4.1957, S. 2.

²¹⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 19.7.1961, S. 2.

²²⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11998, Zusammenarbeit des Vorsitzenden mit der Bezirksplankommission 1967–68, Potsdam 16.10.1968, Schreiben von H. Puchert an Werkdirektor des VEB IFA-Automobilwerkes Genossen Uhlmann, S. 2.

²²¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 12.4.1978, S. 3.

Kaum jemand drängte sich in der DDR nach Übernahme einer Abgeordnetenfunktion. Die eigentliche Belastung durch die seltenen Tagungen der Versammlungen war zwar eher gering. Diese Aufgabe war aber dennoch mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden, da die Abgeordneten neben den örtlichen Parteimitgliedern die eigentlichen Träger massenpolitischer Arbeit zur Beförderung von Bevölkerungsiniciativen in den Wohngebieten waren und von ihnen außerdem Engagement in den Ständigen Kommissionen erwartet wurde. Auch die Mitglieder von SED und Blockparteien mussten deshalb teilweise in die Mandate „geprügelt“²²² werden. Vielen neuen Abgeordneten war der erhebliche Umfang der Aufgaben zunächst nicht vollständig bewusst; diese Belastungen wurden den potenziellen Kandidaten auch nicht von Seiten der Partei und der Stadt deutlich gemacht. Dass diese Methode der Abgeordnetenwerbung nicht zu einer funktionsfähigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung führte, wurde auch den übergeordneten Staatsstellen später deutlich. Der Bezirk empfahl deshalb, bei der Auswahl jeden Kandidaten in Ludwigsfelde ausführlich über seine künftigen Aufgaben aufzuklären: „Die Methode des bloßen Überredens oder der Verharmlosung der Pflichten eines Abgeordneten ist nicht geeignet, für die kommende Wahlperiode pflichtbewusste, stets einsatzbereite und aktive Volksvertreter zu gewinnen.“²²³

Charakteristisch war vor diesem Hintergrund bis zum Ende der DDR hinweg ein geringer Anwesenheitsgrad in der Ludwigsfelder Stadtverordnetenversammlung.²²⁴ 1956 waren bei den ohnehin seltenen Gemeindevertreter-sitzungen durchschnittlich nur 55,9 % der Abgeordneten anwesend, 33,1 % fehlten sogar unentschuldig.²²⁵ Die Abgeordneten wurden regelmäßig durch Partei und Betriebsstellen zur stärkeren Teilnahme aufgerufen. Dabei wurden ihnen auch Konsequenzen bei weiterem Fernbleiben angedroht.²²⁶ Meist blieb es aber bei eindringlichen „Aussprachen“ mit denjenigen Abgeordneten, die häufig bei den Sitzungen fehlten. Teils wurde der Druck auch durch persönliche Gespräche im Beisein der Arbeitskollegen erhöht. Für die Abgeordneten, von denen keine Mitarbeit mehr zu erwarten war, wurde als letztes Druckmittel der Antrag auf Ablösung von ihrer Funktion über den Ortsausschuss der Nationalen Front gestellt.²²⁷ Die Wirkung solcher Sanktionsmöglichkeiten war jedoch begrenzt. Auch den persönlichen Aussprachen entzogen sich die säumigen Abgeordneten

²²² Wolle: heile Welt, S. 119.

²²³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam Nr. 5579, Tätigkeit einer AG des ZK im AWL 16.10.1978, Rat des Bezirkes der Vorsitzende 9.10.1978, Entwurf des Referates für die 14. Bezirksleitungssitzung, S. 35.

²²⁴ Vgl. für das Jahr 1959: KreisATF XI 2100, Sitzung der Gemeindevertretung am 24.1.1957; für 1962: StadtAL Nr. 171001 003, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 16.2.1962, S. 2 und für 1988: StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 25.5.1988, S. 5.

²²⁵ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 4.9.1956, Bericht des Bürgermeisters, S. 9.

²²⁶ „Die Teilnahme der Abgeordneten an den Gemeindevertreter-sitzungen läßt sehr zu wünschen übrig. Den zuständigen Ratsmitgliedern werden die Abgeordneten ihrer Komm. die den Sitzungen schon des Öfteren ferngeblieben sind, durch das Sekretariat übermittelt. Alle Ratsmitglieder sprechen mit den säumigen Abg. Verbessert sich deren Mitarbeit nicht, gehen Berichte an die normierenden Institutionen. Vgl. StadtAL Nr. 171001 003, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1962, o.S.

Eine entsprechende Aussage findet sich im Jahr 1976: „Mit säumigen und ihrer Verantwortung als Abgeordnete nicht gerecht werdenden Volksvertretern werden Aussprachen vorbereitet und durchgeführt. Die Mandatsträger werden zu den Aussprachen eingeladen.“ StadtAL Sekretär des Rates Nr. 27, Einschätzung der Abgeordneten, Ludwigsfelde, 17.5.1976, S. 4.

²²⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 25.2.1965, o.S.

häufig durch Nichterscheinen.²²⁸ Von 1957 bis 1958 ging die Teilnahme an den Versammlungen von einem Höchststand bei 68 % im Durchschnitt sogar wieder auf 63 % zurück.²²⁹ Mehrfach wurde so das formelle Mindestquorum zur Beschlussfassung nicht erreicht.²³⁰ Schon in den 1950er Jahren musste der Rat feststellen, dass die Gemeindevertreter ihre Aufgabe zum großen Teil nicht ernst nehmen würden. „Auch gelegentliche Hinweise und Rügen haben den Zustand nicht verbessert.“ Der Rat musste zugeben, „daß mit Druck nichts zu erreichen wäre, jeder Gemeindevertreter müßte selbst genügend Lust und Liebe aufbringen, um mitzuarbeiten.“²³¹ Mit dem hohen Arbeitsaufwand, insbesondere in den Kommissionen, war eine hohe Fluktuationsrate bei Abgeordneten in den örtlichen Volksvertretungen verbunden. In der gesamten DDR schieden regelmäßig 30 bis 40 % während einer Wahlperiode aus.²³²

Aus Sicht der meisten Abgeordneten standen die Belastungen offensichtlich in keinem Verhältnis zu den sich in der Stadtverordnetenversammlung bietenden Gestaltungschancen. Die Abgeordneten befanden sich in der Zwangslage, trotz ihres marginalen Einflusses auf die politischen Entscheidungen, als eine Art Puffer zwischen den politischen Instanzen und den Bürgern mit ihren vielfältigen Sorgen zu dienen.²³³ Nach den Regelungen des DDR-Kommunalrechts besaßen die Abgeordneten gegenüber dem Rat zwar weitreichende Rechte. Das formelle Anfragerecht der Abgeordneten gegenüber dem Rat verlor aber seine praktische Bedeutung und Wirkung schon angesichts der geringen Tagungshäufigkeit der Volksvertretungen.²³⁴ Zwischen dem programmatischen Anspruch und der kommunalpolitischen Wirklichkeit bestand eine erhebliche Diskrepanz. Die Stadtverordnetenversammlung „diente, als Abstimmungsmaschinerie, doch nur dazu, den Parteiwillen zu legitimieren“.²³⁵ Die geringen Kompetenzen sorgten regelmäßig für eine baldige Ernüchterung bei den Abgeordneten. Insbesondere hervorgerufen durch die ständigen verordneten Änderungen von Planfestlegungen wurde vom Rat bei den Abgeordneten „eine allgemeine Resignation“ festgestellt. Abgeordnete führten aus: „Ob wir hier was sagen oder nicht, wir ändern im Problem doch nichts“.²³⁶

Die Abgeordneten unterlagen trotz ihrer marginalen politischen Rolle einer strengen Kontrolle durch den Partei- und Sicherheitsapparat. Bei jedem Anzeichen einer möglichen politischen Abweichung erfolgte eine Ablösung vom Mandat. Insbesondere die Republikflucht von

²²⁸ „Die beiden Säumigen Derek und Bitter haben auf die Vorladung zur Ratssitzung gar nicht reagiert.“ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 13.6.1958, S. 4.

²²⁹ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 24.1.1957, S. 1.

²³⁰ „Die für den 21.6.1957 um 19:30 einberufene Sitzung der Gemeindevertretung konnte nicht durchgeführt werden, da nur 12 Abgeordnete [von 28] erschienen.“ KreisATF XI 2100: Gemeindevertretung: Aktennotiz 21.6.1957, o.S. Für die Sitzung vom 13. November 1973 konnte die Beschlussfähigkeit nur erreicht werden „nachdem ein Abgeordneter noch telefonisch seine Zusage gegeben hatte, noch zur Sitzung zu kommen. [...] Dies erfolgte, um die anwesenden Gäste nicht nach Hause zu schicken.“ StadtAL Nr. 171001 014, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 29.11.1973, S. 1.

²³¹ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 4.9.1956, S. 3.

²³² Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 214; vgl. für Schwedt: *Springer*: Verbaute Träume, S. 321.

²³³ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 119.

²³⁴ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 212.

²³⁵ *Kästner*: Kommunale Eliten, S. 45.

²³⁶ StadtAL Nr. 171001 011, Rat der Stadt, Sitzung am 5.2.1970, S. 1.

Familienangehörigen führte bei SED-Abgeordneten zur Ablösung und zu weiteren beruflichen Konsequenzen, selbst wenn die Betroffenen die Flucht von Familienangehörigen eigenständig vor den Parteigremien zur Sprache gebracht hatten.²³⁷

Der Ablauf der Stadtverordnetenversammlungen formalisierte und ritualisierte sich im Laufe der Jahre immer stärker. Am Anfang jeden Jahres wurde ein detaillierter Arbeitsplan für alle Versammlungen aufgestellt, der genau jedes Sitzungsthema im vornherein festlegte. Selten gab es im Verlauf des Jahres Abweichungen von den Vorfestlegungen. Die SED-Gliederungen bemühten sich darum, die Redner der – inszenierten – Stadtverordnetendebatten möglichst professionell vorzubereiten. Die Beiträge von Debattenrednern aus dem Abgeordnetenkreis mussten in der Regel vorab beim Rat eingereicht werden.²³⁸ Dennoch gab es auch noch in den 1980er Jahren sehr mangelhafte Beiträge von SED-Delegierten, bei denen – wie die Ortspartei registrierte – „die Mitglieder der Blockparteien die Köpfe runtergenommen und innerlich gelacht [hätten]“.²³⁹

Schwerpunkte der Tagungen lagen in der Erörterung von Volkswirtschafts- und Haushaltsplänen und wichtigen Stadtentwicklungsproblemen, wobei jedoch kaum eigene souveräne Entscheidungen getroffen werden konnten. Im Wesentlichen wurde nur über bereits vorbereitete – und letztlich schon entschiedene – Vorgänge abgestimmt. Dieser geringen politischen Relevanz stand eine relativ ausführliche Information in der lokalen Presse über die Tagungen gegenüber, die den Eindruck vermittelte, dass die wichtigen Entscheidungen in der Versammlung gefällt worden waren. Eine bedeutende Funktion übernahmen die Tagungen in diesem Zusammenhang dennoch: Hier wurden der Bevölkerung zentrale Informationen über die zukünftigen Entwicklungen im Ort vermittelt. Entscheidungen über die Errichtung von neuen Wohngebieten und Versorgungseinrichtungen wurden hier erstmals der Bevölkerung präsentiert und begründet. Auch wenn über die Tagungen keine kontroversen Diskussionen und stadtinternen Konflikte an die Bevölkerung kommuniziert wurden, konnten die Bürger durchaus aus den auf der Stadtverordnetenversammlung vorgetragenen Informationen Kenntnisse über bestehende Auseinandersetzungen zwischen Stadt, Kreis und Werk beziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung kam trotz der detaillierten Vorplanungen zumindest teilweise eine andere Aufgabe zu als der Volkskammer, die nur ein reines Akklamationsinstrument war. In den Stadtverordnetenversammlungen wurde zwar keine Demokratie gelebt, doch mussten konkrete lokale Probleme diskutiert, die Bevölkerung zur Mitarbeit gewonnen und Entscheidungen öffentlich gerechtfertigt werden. Während selbst Machtkerne wie das

²³⁷ „Im Interesse des Ansehens, des Vertrauens und der Autorität der Abgeordneten und des Staatsapparates in der Öffentlichkeit, sowie aus Gründen der Sicherheit, kann die Genossin Helga Hennig nicht mehr Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung und Sekretär des Rates der Stadt bleiben.“ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3933, SED-Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung 30.8.1972, S. 2.

²³⁸ Am Beispiel von Schwedt ist die erhebliche inhaltliche Zensurierung solcher Beiträge nachgewiesen. Vgl. *Springer: Verbaute Träume*, S. 322.

²³⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Protokolle Ortsleitungssitzungen der SED 1982–1984, Ortsleitungssitzung Ludwigsfelde am 10.3.1983, S. 3.

Zentralkomitee gegenüber der entscheidenden Führungsgruppe im Politbüro als reine Akklamationsorgane fungierten²⁴⁰, entwickelten sich auf kommunaler Ebene durchaus – punktuelle und fragile – Nischen politischer Diskussionskultur. Dies schloss auch nach Meinung der Ortsparteileitung der SED die Zulassung von begrenzten offenen Diskussionen mit ein: „[Wir] müssen lernen, zuzuhören, ohne rot zu werden. Können uns nicht die Volkskammer in Fragen, daß alles glatt, geht zum Vorbild nehmen.“²⁴¹

Die meisten Mitglieder des Stadtparlaments blieben dennoch über die Jahrzehnte in der Überlieferung stumm. Der Rat der Stadt beklagte immer wieder eine mangelnde Diskussionsfreudigkeit der Abgeordneten in den Stadtverordnetenversammlungen.²⁴² Eigene Initiativen oder Gegenreden zu Vorlagen des Rates, die der postulierten „doppelten Unterstellung“ der Räte entsprochen hätten, finden sich aber in seltenen Fällen in den Akten der Stadtverordnetenversammlung. In den 1950er Jahren ist noch ein ausgeprägter Wunsch nach Mitbestimmung festzustellen, der aber seit der Mitte der 1960er Jahre nur noch in wenigen Einzelfällen nachzuweisen ist. Abweichende Stimmabgaben waren eine absolute Seltenheit.²⁴³ Anders als in der Volkskammer gab es aber einige solche Fälle.²⁴⁴ Meist waren Gegenstimmen explizit fachlich – und nicht politisch – begründet und kamen von einer kleinen Zahl von immer gleichen Personen. Konsequenzen sind für diese Personen nicht nachweisbar. Die Augenblicke, in denen die Gemeindevertretung bzw. ab 1965 die Stadtverordnetenversammlung wirklich aktiv als lokale Interessenvertretung auftrat, sind selten. Nachweisbar sind nur zwei herausragende Fälle, bei denen der Ort bzw. übergeordnete Organe durch das eigen sinnige Verhalten der Abgeordneten unter Druck gerieten: Die heftigen Proteste aus Reihen der Abgeordneten bei der Frage der Planung für „Ludwigsfelde West“ Mitte der 1960er Jahre wurden bereits dargestellt. Eine ähnliche Situation gab es erst wieder in den 1980er Jahren bei der umstrittenen Anlage eines Intershops in einer Schülerspeisegaststätte.²⁴⁵

Die Rolle der Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung

Nur einige wenige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung traten im Rahmen der gewährten engen Freiräume dauerhaft auch als Akteure in der städtischen Politik auf. Sie fungierten dabei weniger als „demokratische Repräsentanten“, sondern wirkten vor allem durch ihre Mitgliedschaft in den „Ständigen Kommissionen“, die wegen der unzureichenden Ausstattung der Ratsabteilungen wichtige kommunale Aufgaben übernehmen mussten, auf die Stadtpolitik ein.²⁴⁶ In Ludwigsfelde gab es 1956 sieben „Ständige Kommissionen“ mit 90 akti-

²⁴⁰ Vgl. *Wehler*: Gesellschaftsgeschichte, S. 358.

²⁴¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Protokolle Ortsleitungssitzungen der SED 1982–1984, Ortsleitungssitzung Ludwigsfelde am 10.3.1983, S. 3.

²⁴² Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 23.5.1968, S. 1.

²⁴³ 1976 gab es sogar zwei Mal Gegenstimmen: Gegen die Vorlage zum Eigenheimkomplex. Vgl. StadtAL Nr. 102005 016, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 25.3.1976 und gegen den Jahresplan der Stadt: Vgl. StadtAL Nr. 102005 016, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 29.1.1976, S. 1.

²⁴⁴ In der Volkskammer kam es lediglich bei der Frage der Einführung des straffreien Schwangerschaftsabbruchs Anfang der 1970er Jahre zu einer Reihe von Gegenstimmen von Seiten der CDU.

²⁴⁵ Siehe 5.2.6 Fallstudie: Der Streit um den Intershop 1984/1985, S. 397.

²⁴⁶ Vgl. *Autorenkollektiv*: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974, S. 166–168.

ven ehrenamtlichen Mitarbeitern.²⁴⁷ In diesen Kommissionen, die zu wichtigen Fragen der Kommunalpolitik wie der örtlichen Versorgung, Wohnungspolitik und Bauwesen eingerichtet wurden, waren neben den Abgeordneten auch sogenannte „berufene Bürger“ vertreten. Hier wurden aktuelle Fragen der Kommunalpolitik diskutiert und für die Information der Öffentlichkeit vorbereitet. In den Bereichen der Kontrolle von Konsumeinrichtungen, beim Bauwesen und bei der Wohnungsvergabe übernahmen die Mitglieder wichtige kommunalpolitische Aufgaben.

Das strukturelle Dilemma der Ständigen Kommissionen lag in der Diskrepanz zwischen der Pflicht zu „bürgerschaftlicher Mitwirkung“ und dem gleichzeitigen Fehlen eigentlicher Entscheidungskompetenzen.²⁴⁸ Insbesondere die gewählten Abgeordneten zogen sich aus dieser weiteren Belastung häufig zurück.²⁴⁹ Die Beteiligungen der Kommissionen im Rahmen des normalen Alltagsgeschäfts der Kommunalpolitik waren vielfach nur formaler Art, sehr zum Missfallen der engagierten Kommissionsmitglieder. So drückten die Mitglieder der Kommission Bauwesen 1966 ihre Missbilligung darüber aus, dass das Projekt einer neuen Kaufhalle lediglich im fertigen und bestätigten Zustand präsentiert wurde: „Unsere Arbeit erübrigt sich, so meinten die Mitarbeiter, wenn man nicht nach unserer Meinung fragt.“²⁵⁰ Die Ständigen Kommissionen – insbesondere des Bauwesens – beschwerten sich bei Stadt und Kreis, dass ihnen „in wenigen Fällen, meist gar nicht, die Möglichkeit gegeben wurde, auf das Baugeschehen im Ort Einfluß zu nehmen“.²⁵¹ Nach Hausschild lag die tatsächliche Bedeutung der Ständigen Kommissionen jedoch nicht in der Verwaltungskontrolle, sondern in der Integration von Abgeordneten und Bürgern in die Ratstätigkeit. Die Tätigkeit der nach Kriterien der beruflichen Funktion, Sachkenntnis und Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Organisationen ausgewählten Mitglieder war mit hohem individuellem Aufwand und erheblichen gesellschaftlichen Kosten verbunden.²⁵² Dennoch konnten sich für engagierte Abgeordnete und sonstige berufene Bürger in den Kommissionen wichtige Felder individueller Mitwirkung am lokalen Geschehen eröffnen, ohne auf die weitgehend kontrollierten und inszenierten Tätigkeiten der Stadtverordnetenversammlung oder die rein parteigebundenen Institutionen angewiesen zu sein. Insbesondere in den Bereichen Bauwesen und Kultur konnten durch die Kommissionen seit den 1970er Jahren wichtige Entwicklungen angestoßen werden. Bei der Vorbereitung des Eigenheimbaus und bei der Durchführung städtischer Festveranstaltungen erwuchs den Kommissionen in Ludwigsfelde eine große Verantwortung in ganz praktischen Fragen des Alltagslebens der Bevölkerung. Hier wirkten die Kommissionen wirklich als Organe der örtlichen Volksvertretung.

²⁴⁷ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung der Gemeindevertretung Ludwigsfelde am 4.9.1956, Bericht des Bürgermeisters, S. 9.

²⁴⁸ Vgl. *May*: Planstadt Stalinstadt, S. 213.

²⁴⁹ Vgl. KreisATF VI 7948, Rat des Kreises Zossen, Abteilung Kultur 1987–1990, Rechenschaftsbericht der Ständigen Kommission Kultur, 17.10.1989, S. 4.

²⁵⁰ KreisATF XI 1639 Ludwigsfelde 1965–69, Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, Sitzung am 24.2.1966, S. 2.

²⁵¹ *Ebd.*

²⁵² Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 214.

4.2.2 Die Struktur der SED in Ludwigsfelde

Die in der DDR-Verfassung festgeschriebene „führende Rolle der Partei“ war auch auf der kommunalen Ebene keine bloße Floskel. Die SED bildete mit ihren institutionellen Verästelungen vielmehr bis in die untersten administrativen Ebenen „das Knochengerüst des Gesellschaftskörpers“²⁵³ und schuf auch in den Städten und Gemeinden parallele Strukturen zu allen staatlichen Apparaten. Ebenso wie die staatlichen Institutionen müssen jedoch auch die einzelnen Gliederungen der Partei differenziert betrachtet werden. Trotz aller Parteidisziplin zeigten sich auch innerhalb der SED Brüche und Differenzen zwischen unterschiedlichen territorialen oder sektoralen Ebenen. Die Parteidisziplin wirkte keinesfalls durchgängig als ein verbindendes Element, das alle innerorganisatorischen Konflikte überdeckte. Auch innerhalb der Parteistrukturen wurde das Handeln der Akteure von ihrer lokalen Aufgabe (mit)geprägt. Konkurrenzen wie sie zwischen Rat und der Werksleitung bestanden, zeigten sich deshalb auch zwischen der Orts- und Betriebspartei, ebenso wie Konflikte zwischen der Partei auf Orts- und Kreisebene festzustellen sind. Ähnliche Brüche lassen sich auf Republikmaßstab nachweisen, insbesondere seit den späten 1970er Jahren. Innerhalb der SED, die von der Führung als monolithische Organisation beschrieben wurde, zeigten sich interne Risse, die zum Ende der DDR immer deutlicher wurden.²⁵⁴

Die SED-Organisation im Kreis

Der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung galt in der DDR als die wichtigste politische Person im Kreis. Die Kreisleitungen verfügten über einen großen Mitarbeiterapparat, der ihnen eine umfassende Einflussnahme auf alle Entscheidungen im Kreis erlaubte. Obwohl die Kreisleitungen als Parteiinstanzen formalrechtlich keine Entscheidungsbefugnisse hatten, „waren sie de facto die wichtigste Institution in jedem Verwaltungsgebiet und beherrschten sowohl Legislative wie Exekutive“.²⁵⁵ Grundlinien der lokalen Politik wurden in der Kreisleitung festgelegt, während die praktischen Tätigkeiten des Verwaltungshandelns weitgehend im staatlichen Rat des Kreises konzentriert waren. Die Koordinierung zwischen der Kreisleitung und dem Rat des Kreises erfolgte in der Regel „auf dem internen Dienstweg mittels Teilnahme von Ratsmitgliedern an den Sitzungen des Sekretariats und der Kreisleitung der SED, durch schriftliche Berichterstattung sowie – von Fall zu Fall – durch Kontakte zwischen den zuständigen Ratsmitgliedern und Mitarbeitern der Kreisdienststelle des MfS.“²⁵⁶ Im Konfliktfall stand der Kreisparteileitung das Instrument der Parteiweisung gegenüber den staatlichen Leitern zur Verfügung: Als SED-Mitglieder unterlagen sie auch parteiintern der Weisungsbefugnis von übergeordneten Parteiinstitutionen.

Auch der „multifunktionale“ Kreisleiter der SED war in der politischen Realität aber kein allmächtiger Akteur. Er war als potenziell allzuständiges Organ mit allen Problemen in den Gemeinden des Kreises, die von der Kohleversorgung über den Wohnungsbau bis zur Per-

²⁵³ *Wolle*: heile Welt, S. 98.

²⁵⁴ Vgl. *Staritz*: Geschichte der DDR, S. 349.

²⁵⁵ *Kotsch*: Bezirke, S. 730.

²⁵⁶ *Kästner*: Kommunale Eliten, S. 46.

sonalentwicklung der kommunalen Verwaltung reichten, verantwortlich befasst, wobei letztlich auch die Kreisleitung – zumal in der Provinz – nicht ausreichend Ressourcen zur Problemlösung zur Verfügung hatte.²⁵⁷ Sehr plastisch hat Landolf Scherzer diese mächtige wie gleichzeitig eingeschränkte Position des ersten Sekretärs in seinem Buch „Der Erste“ als „überfordertes Mädchen für Alles“ geschildert.²⁵⁸

Die SED-Ortsparteiorganisation

1957	etwa 700 SED-angehörige Bürger
1965	1.100 Mitglieder und Kandidaten der SED <ul style="list-style-type: none"> - davon BPO des AWL 730 - in anderen Betrieben 170 - außerhalb des Ortes beschäftigt 60 - in den WPO 140 (davon 50 Frauen in Halbtagsbeschäftigung oder mit mehreren Kindern und 40 Genossen über 70 Jahre bzw. krank, 50 Genossen, die noch eine kleine Arbeit leisten können)²⁵⁹
1983	1.900 Mitglieder und Kandidaten der SED, davon nur 12 % in den 10 Wohnparteiorganisationen organisiert

47. Abb.: Anzahl der SED-Mitglieder in Ludwigsfelde

Auf Gemeindeebene wurde die SED in Ludwigsfelde von der Ortsparteiorganisation (OPO) repräsentiert. Deren Führungsgremium, die „Ortsparteileitung der SED“, war als Parteiorgan auf gleicher Hierarchieebene wie der staatliche Rat der Stadt angesiedelt. Im Vergleich mit der Kreisparteiorganisation verfügten die OPO in den kreisangehörigen Städten jedoch nur über einen vergleichsweise kleinen Organisationsapparat, was die faktische Handlungsmacht erheblich begrenzte. Die Stadt Ludwigsfelde wies zwar einen großen Anteil von SED-Mitgliedern auf – 1983 waren von 21.000 Einwohnern 1.900 in der SED organisiert²⁶⁰ – der hohe Anteil von SED-Mitgliedern im Ort ging aber paradoxer Weise einher mit einer ausgeprägten Schwäche der Ortspartei, da sich die OPO im Territorium in einer nachrangigen Position gegenüber der Betriebspartei im IWL befand.

Das Problem der strukturellen Schwäche der Ortspartei in Ludwigsfelde wurde durch die übergeordneten Parteistellen schon 1957 erkannt. Die lokale Parteiorganisation wurde als weitgehend inaktiv und die Ortssekretäre als „schwach“ bezeichnet. Die zahlreichen Mitglieder von Betriebsparteiorganisationen würden sich dagegen kaum um die örtliche Parteipolitik kümmern, sodass es auf lokaler Ebene zu einem Nebeneinanderexistieren von zahlreichen Parteiorganisationen und zu einer Trennung zwischen Werk und Ort kommen würde,

²⁵⁷ Vgl. *Bessel/Jessen*: Einleitung, S. 8, eingehend vgl. *Manfred Uscher*: Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1993.

²⁵⁸ *Landolf Scherzer*: Der Erste, Berlin 2002, 7. Auflage.

²⁵⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Ortsleitung Ludwigsfelde, Sitzung [ohne Datum, nach Text muss es nach 21.12.1965 sein], S. 1.

²⁶⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5208, Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, 23.11.1980, S. 54. Der Anteil lag allerdings leicht unter dem Schnitt der DDR, wo 1987 13 % der Gesamtbevölkerung Parteimitglieder oder Kandidaten waren. *Wolfe*: heile Welt, S. 106.

wodurch die Parteimitglieder als politische Kraft im Ort überhaupt nicht in Erscheinung träten, „mit Ausnahmen an gesetzlichen Feiertagen wie 1. Mai, 8. Mai und 7. Oktober“.²⁶¹

Die Ortspartei organisierte lediglich einen kleinen Teil der in Ludwigsfelde bestehenden Grundorganisationen der SED.²⁶² Diese GOs waren die untersten Organisationseinheiten der SED, die die Parteimitglieder jedoch in erster Linie direkt am Arbeitsplatz als „Betriebsparteiorganisationen“ zusammenfassten, die nicht der Ortspartei unterstanden.²⁶³ Von den 1.100 SED-Mitgliedern und Kandidaten, die 1965 in Ludwigsfelde registriert waren, gehörten allein 730 der Betriebsparteiorganisation (BPO) des IWL an.²⁶⁴ Die OPO in Ludwigsfelde setzte sich dagegen nur aus den BPOs kleiner und mittelgroßer Betriebe und sonstiger staatlicher und genossenschaftlicher Einrichtungen zusammen. Das zweite Standbein der OPO bildeten die Wohngebietsparteiorganisationen (WPO), die die SED-Mitglieder organisierten, die außerhalb des Arbeitsprozesses standen. Diesen Wohngebietsparteiorganisationen kam im politisch-strategischen Denken der SED jedoch eine untergeordnete Bedeutung zu, da in der Ideologie der SED die Arbeitsstelle als das Zentrum der politischen Arbeit galt.²⁶⁵ 1965 waren in Ludwigsfelde lediglich 140 Personen Mitglied in den WPOs. Bis 1983 steigerte sich diese Zahl trotz des Bevölkerungswachstums nur auf etwa 300.²⁶⁶ Die Tätigkeit der WPOs sollte sich vom Anspruch her vor allem auf die „politisch-ideologische Arbeit“ im Wohnviertel und die Mitwirkungen in den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front konzentrieren.²⁶⁷ Dabei sollten die WPOs auch „persönliche Gespräche mit den Bewohnern des Wohnviertels organisieren und in diesem Rahmen aktuelle Tagesfragen sowie allgemeine politische Fragen diskutieren“.²⁶⁸ Die Parteiorganisation war angesichts der dünnen Personaldecke in den Wohnvierteln jedoch zumeist nicht tragfähig und die WPO-Leitungen mit den gesetzten hohen Anforderungen der zentralen Ebene häufig überfordert.²⁶⁹ Für karrierebewusste Kader war das Wohngebiet ohnehin kein attraktives Betätigungsfeld. Durch die personelle Schwäche der Wohngruppen fehlten deshalb erfahrene Funktionäre für eine effektive Arbeit im Wohngebiet. Die ungenügende Leitungs- und Parteiarbeit der verbleibenden SED-Mitglieder reichte nach Ansicht der OPL nicht einmal aus, um in Versammlungen „die als Mitglieder verbliebenen Rentner und Hausfrauen zufrieden zu stellen“.²⁷⁰ Bei den Gesamtmitgliederversammlungen der WPOs fanden sich 1981 in Ludwigsfelde nur zwischen 40 und

²⁶¹ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 17.

²⁶² Vgl. zu den Grundorganisationen der SED: DDR Handbuch, S. 581–584.

²⁶³ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 108.

²⁶⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Ortsparteileitung Ludwigsfelde [ohne Datum, nach Text muss es nach 21.12.1965 sein], S. 1.

²⁶⁵ Vgl. *Passens*: Zugriff, S. 23.

²⁶⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5462, Protokolle der Ortsdelegiertenkonferenzen 1983–85, Protokoll Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, 27.11.1983, Diskussionsbeitrag Hänisch, S. 1.

²⁶⁷ Vgl. *Passens*: Zugriff, S. 28.

²⁶⁸ Vgl. *ebd.*, S. 23.

²⁶⁹ Vgl. *ebd.*, S. 30.

²⁷⁰ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 17.

65 % der Mitglieder ein.²⁷¹ Die soziale und altersmäßige Zusammensetzung der Wohngebietsparteiorganisationen erschwerte die Arbeit der Partei in den Wohngebieten. In den Wohngebietsparteiorganisationen der SED wirkten neben Rentnern und Hausfrauen lediglich sonstige Parteimitglieder, in deren Arbeitsbereich keine SED-Grundorganisation bestand.²⁷² Die Mehrzahl der Mitglieder war bereits im Rentenalter, sodass zumeist nur ca. 50 % aller Genossen überhaupt Aufgaben im Wohngebiet erfüllen konnten.²⁷³ 1965 waren von den 140 Mitgliedern der WPOs 50 Frauen in Halbtagsbeschäftigung oder mit mehreren Kindern, 40 Genossen über 70 Jahre bzw. mit gesundheitlichen Problemen sowie 50 Genossen, die noch eine kleine Arbeit leisten können.²⁷⁴ Angesichts der ungünstigen Zusammensetzung wurde der Ortspartei deutlich, dass die WPOs auf Mithilfe der SED-Mitglieder aus den Schulen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen angewiesen waren, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.²⁷⁵ Insbesondere das IWL, das über das größte Mitgliederreservoir verfügte, weigerte sich jedoch zumeist, ihre Angehörigen für diese arbeitsaufwändige und unattraktive Aufgabe zu delegieren.²⁷⁶ Auch wenn seit den 1970er Jahren vermehrt Betriebsangehörige in die Arbeit in den Wohngebieten eingebunden wurden, blieb die Aufgabenerfüllung der WPOs schwierig. Anerkennung im Betrieb erfuhren die Genossen, die sich engagierten, für ihre Doppelbelastung kaum.

Ein Ludwigsfelder Ratsmitglied erinnert sich im Interview an die Schwäche dieser Organisationen: „Genau, die haben in der Regel über Hundekacke debattiert, die irgendwo da auf dem Rasen lag, und die eigentlich der Bürgermeister wegmachen muss. Jetzt mal zuge-spitzt.“²⁷⁷

Aus der Mitgliedschaft in der SED folgte zwar eine Privilegierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen, so verbesserten sich z.B. die beruflichen Aufstiegschancen erheblich. Auf den Schultern der örtlichen Parteimitglieder lastete jedoch auch eine umfängliche Verpflichtung zur „Parteiarbeit“. In der Regel fand monatlich eine Parteiversammlung statt, für die mehrere Stunden außerhalb der Arbeitszeit aufgewendet werden mussten. Dazu kamen regelmäßige Fortbildungskurse im Rahmen des „Parteijahres“. Erwartet wurde außerdem die Übernahme diverser weiterer Aufgaben in den Massenorganisationen und insbesondere im Wohngebiet. Ähnlich wie die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung waren die SED-Ortsparteimitglieder dazu angehalten als wesentliche Träger massenpolitischer Arbeit zur Förderung von Bevölkerungsinitiativen in den Wohngebieten zu wirken. Über sämtliche Aktivitäten des jeweiligen Parteimitgliedes wurde in der Kaderakte penibel Protokoll geführt.²⁷⁸

²⁷¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Berichte und Einschätzungen 1980/81, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 28.5.1981.

²⁷² Vgl. *Passens*: Zugriff, S. 22 und *Wolle*: heile Welt, S. 109.

²⁷³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5208, Rechenschaftsbericht der Ortsparteileitung Ludwigsfelde zur Ortsdelegiertenkonferenz am 17.12.1978, S. 28.

²⁷⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Protokoll Ortsparteileitungssitzungen 1963–67, Ortsleitung Ludwigsfelde [ohne Datum muss es nach 21.12.1965 sein], S. 1.

²⁷⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5208, Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, 23.11.1980, S. 54.

²⁷⁶ Vgl. ähnliche Entwicklungen in Leipzig. *Passens*: Der Zugriff, S. 29.

²⁷⁷ Interview Kallmeyer.

²⁷⁸ *Wolle*: heile Welt, S. 107–108.

Der zeitliche Aufwand für die Parteiarbeit war bereits für einfache Mitglieder sehr hoch, er wuchs mit höherer Funktion aber noch erheblich an. Die SED-Mitgliedschaft bedeutete deshalb nach Stefan Wolle auch die Aufgabe eines Stücks einer „negativen Freiheit“: „Mit jeder Karrierestufe stieg das Maß an Selbsterniedrigung und kontrollierter Schizophrenie“.²⁷⁹

Insbesondere die Parteiarbeit unter den eigenen Nachbarn und die Betätigung als „Agitator“ bei Wahlen waren äußerst unbeliebt. Die Ortspartei musste deshalb insbesondere vor Wahlterminen vehement für die Anwesenheit ihrer Mitglieder sorgen, die sich der unangenehmen Aufgabe der „Wahlagitation“ in der kleinstädtischen Enge Ludwigsfeldes entziehen wollten: „Linie muß sein, am Wahltag verläßt kein Genosse die Stadt. [...] Ein Abseilen in den Kleingarten oder die Datsche an diesem Tag kann es nicht geben.“²⁸⁰ Nach solch erzwungener Mobilisierung anlässlich von Wahlkampagnen zogen sich die SED-Mitglieder angesichts der dadurch erfahrenen Belastungen jedoch häufig wieder von der mühsamen Parteiarbeit zurück.²⁸¹ Nach Abschluss solcher „Höhepunkte“ des Parteijahres war es schwierig, die Mitglieder zu weiterer Arbeit im Wohngebiet zu aktivieren, da „nicht wenige Genossen“ meinten „sie haben ihren Parteiauftrag, ihre Pflicht erfüllt“.²⁸² 1968 stellte die Ortspartei resigniert fest, dass die Parteimitglieder ihren Auftrag im Wohngebiet nicht ernst nehmen würden. Die Mehrzahl der Genossen würde sich in ihrem Verhalten „in nichts von den anderen Bürgern [unterscheiden], indem sie nur von kommunalen Problemen u.a. Alltagsfragen sprachen bzw. der politischen Diskussion auswichen“.²⁸³ In ihrer Kritik an vorgefundenen Mängeln waren die einfachen Parteimitglieder inhaltlich meist einig mit den parteilosen Bürgern, ein erhöhtes Engagement für die örtliche Parteiarbeit resultierte jedoch nicht aus dieser Erfahrung. „Sie rühren aber selbst keine Hand, entwickeln keine Initiativen zur Veränderung und möchten ihre Ruhe haben.“²⁸⁴ Zahlreiche Parteimitglieder würden nach Einschätzung der Ortsparteileitung nicht „als Kommunisten in der Hausgemeinschaft“ agieren und „keine Überzeugungsarbeit leisten“, im Gegenteil, „sie erschwerten oft die Arbeit der Genossen, die aktiv im Wohnbezirk wirken. Sie wenden sehr viel Kraft und Zeit auf, um ihre persönlichen Belange zu befriedigen, sind sehr schnell dabei Kritik zu üben, wenn ihre Wünsche nicht sofort erfüllbar sind, berufen sich dabei nicht selten auf ihre Parteimitgliedschaft und ihre Verdienste“.²⁸⁵

Die Zahl der Genossen, „die sich nach Feierabend jeder politischen Mitarbeit“ entziehen, wurde als erheblich eingeschätzt. In Parteiversammlungen wurde erheblicher Druck auf diese Mitglieder ausgeübt. Die Genossen von ihren „Pflichten“ zu überzeugen, blieb für die

²⁷⁹ *Ebd.*, S. 231.

²⁸⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde am 16.4.1981, S. 4.

²⁸¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 30.3.1977, S. 1.

²⁸² BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3931–32, Bericht der Mandatsprüfungskommission am 24.1.1976, S. 28.

²⁸³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2945, Ortsparteileitung der SED Ludwigsfelde, den 9.12.1968, Abschlußbericht und Durchführung der Neuwahlen zu den WPO und des Stadtausschusses der Nationalen Front, S. 3.

²⁸⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5208, Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, 23.11.1980, S. 53.

²⁸⁵ *Ebd.*, S. 52–53.

Orts- und Kreispartei ein schwieriges Unterfangen, wollte die Parteileitung nicht ständig zum Zwangsmittel des „Parteiauftrages“ greifen, mit dem eine verpflichtende „Delegierung“ für bestimmte Aufgaben möglich war. Die einfachen Parteimitglieder ließen sich trotz aller Parteidisziplin jedoch nicht widerstandslos „delegieren“. Ein Rentner antwortete 1963 dem Drängen der OPL nach mehr Engagement: „Die Partei fragt ja auch nicht, ob ich mit meiner Rente auskomme, also laßt mich mit Parteiarbeit zufrieden.“²⁸⁶ Der Ortspartei gelang es gegenüber den einfachen Mitgliedern nie, das lokale Engagement in den Parteigremien und Wohngebieten als ein attraktives und vor allem Erfolg versprechendes Betätigungsfeld darzustellen. Die Parteimitglieder sahen nur wenig Anlass, neben der offiziellen Propaganda der zentralen Parteistellen noch eigene Parteiagitation im Wohngebiet zu leisten. In den Worten eines einfachen Ludwigsfelder Genossen Anfang der 1960er Jahre wird diese Haltung deutlich: „Hätte ich das vorher gewusst, wäre ich nicht in die Partei gegangen.“²⁸⁷

Trotz ihrer strukturellen Schwäche besaß die Ortsparteiorganisation als Institution der führenden Partei wichtige Einflussmöglichkeiten auf die örtliche Politik, die mit der personellen Konsolidierung der Ortsleitung seit den 1960er Jahren zunehmend effektiver eingesetzt werden konnten. Die Ortsparteileitung bereitete in ihren Sitzungen die wichtigsten Beschlüsse des Rates der Stadt vor und war insbesondere im Konfliktfall durch das Mittel der Parteianweisung ein entscheidender Akteur der Kommunalpolitik. Die wichtigsten Angehörigen des Rates der Stadt waren – soweit SED-Mitglieder – auch als Mitglieder in der OPL vertreten. Vervollständigt wurde das Gremium durch weitere Parteivertreter aus den ansässigen kleineren Betrieben und den vor Ort befindlichen staatlichen Einrichtungen. In Ludwigsfelde war nur der Erste Sekretär der Ortsleitung ein hauptamtlich für diese Funktion bestellter Funktionär, der in der Regel keine weiteren staatlichen Aufgaben übernahm.

In den Sitzungen der OPL konnten prinzipiell alle Fragen der Stadtentwicklung behandelt werden. Wichtige Punkte der meist wöchentlich stattfindenden Sitzungen der OPL waren darüber hinaus auch parteiinterne Fragestellungen, insbesondere die häufigen Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder sowie die Beziehungen zur Betriebspartei und die Kontakte zu den übergeordneten Parteiorganisationen. Im Bereich der Stadtpolitik waren vor allem die sensiblen Fragen des Konsums und der Wohnungsversorgung regelmäßige Themen der OPL-Treffen. In den Sitzungen der Ortspartei wurden auch die Tagungen des Rates und der Stadtverordneten und große städtische Veranstaltungen in wichtigen Teilen vorbereitet und im Nachgang ausgewertet. Die Ortsparteileitung ließ sich – als örtliches Organ der „führenden Partei“ – auch die wichtigen finanziellen und städtebaulichen Planwerke der Stadt vorab vorlegen. Der Bürgermeister musste diese Dokumente anschließend vor der Ortspartei verteidigen und sich der Kritik stellen. Mittels Parteiauftrag konnte der Bürgermeister zur Einarbeitung der Hinweise der OPL aufgefordert bzw. faktisch gezwungen werden. Ein zentrales

²⁸⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Informationsbericht, 21.3.1963, S. 2.

²⁸⁷ Für diese Aussage wurden dem Genossen Konsequenzen angedroht. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Ortsparteileitung der SED Ludwigsfelde, den 19.2.1963, Bericht zu den Fragen der bisherigen Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 13.12.1962, S. 2.

Thema der Sitzungen waren die Berichte über die politische Stimmung und Sicherheitsfragen. Insbesondere die Berichte der Volkspolizei wurden in der OPL weitaus detaillierter als im Rat der Stadt diskutiert. Im Rahmen der OPL erfolgte außerdem für die wichtigen „Wahlen“ zu Ämtern des Rates eine Vorfestlegung, wodurch sie über ein entscheidendes Steuerungsinstrument in Bezug auf die örtliche Stellenbesetzung verfügte.

Die OPL besaß durch das Instrument des Parteauftrags zwar ein wichtiges Zwangsmittel gegenüber dem Rat der Stadt. Der Ortsparteisekretär war zudem regelmäßig bei den Ratsitzungen anwesend und konnte somit auch persönlich steuernd eingreifen. Über eigene Lösungsmöglichkeiten für lokale Probleme verfügte die OPL dagegen – abgesehen von ihrem besseren Zugang zur wichtigen Kreispartei – kaum, da der Ortspartei in einer kleinen Stadt kein großer personeller Apparat zur Verfügung stand, um die Ortsentwicklung auch durch eigene unmittelbare Handlungen umfassend beeinflussen zu können.

In den ersten Jahren nach 1945 gelang es der örtlichen SED – nach einer späteren internen Einschätzung der Partei aus den 1980er Jahren – zunächst noch nicht, ihre führende Rolle in Ludwigsfelde umfassend durchzusetzen, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt schon zwei Drittel Gemeindevorteiler stellte. Die Umsetzung des Primats der SED ließ sich erst durch den Einsatz eines hauptamtlichen Ortssekretärs seit Mitte der 1950er Jahre realisieren.²⁸⁸ Bis 1960 etablierte sich die organisatorisch gestärkte Ortspartei neben dem IWL schließlich als wichtige Institution in der Ludwigsfelder Kommunalpolitik. Bereits gegen Ende der 1960er Jahre wurde der Rat der Stadt durch seine zunehmende Professionalisierung jedoch neben der Ortspartei verstärkt zum Zentrum der lokalen Politik.

Während der Amtszeit des langjährigen Ortsparteisekretärs Hänisch, der über 23 Jahre von 1960 bis 1983 amtierte, war die Einflussnahme der SED-Ortsleitung vornehmlich an den spezifisch lokalen Interessen der Stadt ausgerichtet. Die Aktivitäten der OPL dienten nicht ausschließlich der Durchsetzung der politischen Ziele der Zentralpartei, sondern eher der Stärkung der lokalen staatlichen Institutionen. Lokale Interessen wurden im Rahmen von Aushandlungsprozessen auch offensiv gegenüber der Kreispartei vertreten. Die Ortspartei war in dieser Hinsicht nicht nur ein Kontrollorgan der Staatspartei, sondern Teil der lokalen Eigenmacht. Konflikte zwischen Ortspartei und Rat der Stadt lassen sich in dieser Zeit kaum nachweisen. Im Hintergrund blieb der Ortsparteisekretär jedoch ein entscheidender Akteur, der wesentliche Weichen der politischen Entwicklung stellen konnte. Im Tagesgeschäft der Kommunalpolitik hielt sich die OPL eher zurück. Obwohl Hänisch zusammen mit dem Bürgermeister die einflussreichste kommunalpolitische Figur darstellte, war es seit der Stadtwerdung nicht mehr die Strategie der OPL, sich in alle konkreten Fragen kommunaler Politik einzumischen. Der Ortsparteisekretär betonte gegenüber den anderen OPL-Mitgliedern mehrfach, dass es nicht die Absicht der Ortsleitung sein konnte, alle lokalen Fragen „auf un-

²⁸⁸ Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 18.

seren Tisch zu ziehen. Das ist Sache des Rates.“²⁸⁹ Die persönliche Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister Körl und Parteisekretär Hänisch funktionierte offensichtlich ohne größere Konflikte.

In welchem Umfang sich aus den politischen Einwirkungsmöglichkeiten der Ortsparteileitung eine Dominanz der örtlichen SED über den Rat entwickeln konnte, hing sehr stark von den jeweiligen örtlichen und persönlichen Konstellationen ab. So galten in den kreisfreien Städten und Kreishauptstädten die ansässigen Leiter der SED-Kreisleitungen – in diesen Städten gab es in der Regel keine Ortsparteileitung – häufig als die eigentlichen „Ober-Bürgermeister“.²⁹⁰ In Ludwigsfelde ist dies für den Ortsparteisekretär jedoch nicht zu konstatieren. Interviewte Ratsmitglieder betonen zwar die große politische Bedeutung des Ortsparteisekretärs, verneinen aber durchweg ein regelmäßiges direktes Eingreifen der Ortsparteileitung in die kommunalpolitischen Belange des Rates:

„Jein, muss ich mal sagen, ich hab mir auch nicht die Butter vom Brot nehmen lassen, auch von der Parteileitung nicht. Das hineinreden, es gab Vorschläge, keine Frage, aber „ihr müsst das so und so machen“, solange ich hier war, gab es das nicht, bei keinem der Ortssekretäre. Es gab Beratungen, an denen der Bürgermeister, der ja Parteileitungsmitglied war, teilnahm. Es gab auch Auseinandersetzungen, aber ich kann nicht sagen, dass von der Ortsleitung gesagt wurde: ‚Das müsst ihr so machen.‘ Es wäre nicht gut gegangen. [Es gab] mal Meinungsverschiedenheiten, aber dass die in die Stadt reinregiert haben, kann ich mich nicht erinnern, wäre ich auch nicht mitgegangen.“²⁹¹

Ähnlich argumentiert auch das Ratsmitglied Herr Kallmeyer:

„Und in der Ortsparteileitung in der Diskussion, wenn Beschlüsse gefasst wurden auch der Bürgermeister gebunden worden ist. Der Ernst [Hänisch, Parteisekretär der 1960er und 1970er Jahre] hat sich aber nie in die Entscheidungen des Rates eingemischt, nie, nie. Nicht ein einziges Mal.“²⁹²

Auch der Bürgermeister Rolf Schmidt, bis 1983 im Amt bestätigt aus seiner Sicht die sachbezogene Zusammenarbeit mit dem Parteisekretar: Ein „Hineinregieren“ hätte es nicht gegeben.²⁹³ Die Akten der OPL bestätigen diese Grundtendenz der Aussagen weitgehend. Zumeist agierten Ortspartei und Rat in Ludwigsfelde gemeinsam im Sinne der örtlichen Interessen. Konflikte sind zwischen den beiden örtlichen Institutionen sehr viel seltener festzustellen als Auseinandersetzungen mit dem Kreis, Bezirk oder dem Kombinat. Die postulierte Einheit von „Partei und Staat“ bestand auf Ortsebene, in besonderer Weise selbst in Konkurrenz zu anderen administrativen Ebenen. Fast immer stärkte die Ortsparteileitung dem örtlichen Rat den Rücken bei Konflikten mit dem Betrieb oder dem Kreis. In Verhandlungen mit Kreislei-

²⁸⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.9.1981, S. 5.

²⁹⁰ Vgl. für Eisenhüttenstadt *Schütrumpf: Werk – Stadt – Partei*, S. 124.

²⁹¹ Interview Beileke.

²⁹² Interview Kallmeyer.

²⁹³ Interview Schmidt.

tung und Betriebsleitung konnte über die parteiinternen Kanäle der OPL auch eine zusätzliche Vertretung der Interessen der Stadt erreicht werden. Bei aller lokalen Parteinahme blieb auch die Ortspartei immer in den Schranken der Parteidisziplin. Insbesondere die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Vorlagen der zentralen Partei wurde von der OPL gegenüber dem Rat besonders nachdrücklich eingefordert. Eine wichtige Rolle gewann der Ortsparteisekretär vor allem in größeren Konfliktsituationen und bei erhitzten internen Kritiken der Stadt an Werk oder Kreis. Solange sich noch die Chance für eine gütliche Lösung im Sinne Ludwigsfeldes bot, blieb die OPL in der Regel an der Seite des Rates. Wenn sich jedoch keine solche Lösung abzeichnete, ordnete die OPL schließlich die Befolgung der Beschlüsse der höheren Organe an, bevor der Konflikt weiter eskalieren konnte und ein Eingreifen der obersten Organe drohte. Nur in solchen Konstellationen übte die OPL wieder in erster Linie ihr „Wächteramt“ im Sinne des zentralen SED-Staates aus.

Der Ortsparteisekretär blieb trotz seiner zurückgenommenen Rolle im Tagesgeschäft der Kommunalpolitik auch in den 1970er Jahren ein mächtiger Akteur, der jedoch die Kompetenz des Rates in genuin städtischen Fragen respektierte und der umgekehrt auch von den städtischen Vertretern als wichtiger Akteur in allgemeinpolitischen Fragen akzeptiert wurde. Alle Nachfolger des langjährigen Amtsinhabers Hänisch als Ortssekretär waren deutlich kürzer im Amt und konnten nicht mehr die große persönliche Bedeutung gegenüber den mittlerweile gefestigten „staatlichen“ kommunalen Strukturen erringen. Dennoch versuchten sie mehrfach – erfolglos – auch über die bisher eingespielten Kompetenzverteilungen hinaus direkten Einfluss auf den Rat zu nehmen.

Das damalige Ratsmitglied Herr Kallmeyer erinnert sich an diese Bestrebungen:

[Frage des Interviewers: War die Ortsparteileitung das eigentliche Machtzentrum?]
*Wenn der Bürgermeister schwach war, ja. Hier war das nicht so. Absolut nicht. Egon S. und Bodo S. [Parteisekretäre nach Hänisch], die haben zwar Ansätze schon mal gehabt. Und Bodo S. als er dann neu gekommen ist, der hat auch sehr intensiv [den Besuch der Ratssitzungen] wahrgenommen. Und wollte hie und da reinreden. [...]. Der wollte reinreden und da war der [Bürgermeister] Günther Hengst noch da und der leitete die Ratssitzung und der hat ihm strikt verboten sich in unsere Ratssitzungen einzumischen: Er kann das bei seiner Ortsparteileitung tun, aber hier im Rat nicht. Das war natürlich wieder die Stärke vom Günther Hengst und die Schwäche von Bodo S. Wenn der Ortsparteisekretär eine höhere innere Kompetenz gehabt hätte, dann hätte er sie sicherlich auch wahrgenommen.*²⁹⁴

Der neue Ortsparteisekretär Egon S., der 1980 von der Kreisleitung ohne Konsultation der Mitglieder der OPL berufen worden war²⁹⁵, geriet innerhalb der Ortsleitung mehrfach wegen der mangelhaften Vorbereitung der Arbeit der Ortsparteileitung in die Kritik. Leitungsmitglieder drohten wegen der ungenügenden Vorbereitung sogar in interner Sitzung mit ihrem Fort-

²⁹⁴ Interview Kallmeyer.

²⁹⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 10.12.1981, S. 1.

bleiben.²⁹⁶ Bereits 1986 wurde er auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion als Ortssekretär entbunden.²⁹⁷ Sein Nachfolger wurde Bodo S., der zuvor in der Betriebspartei des AWL engagiert war. Die ersten offiziellen Worte dieses letzten SED-OrtsparteiSekretärs vor Ende der DDR muten für den Vertreter der führenden Partei vor Ort seltsam an und zeigen deutlich die marginale Rolle, die dieser Parteiinstitution in Ludwigsfelde in den 1980er Jahren zukam: „Habe mich nach der Aufgabe nicht gerissen. Habe von Kommunalpolitik wenig Ahnung, werde mich aber bemühen, dem Bürgermeister eine gute Unterstützung zu geben.“²⁹⁸ Ein Gestaltungs- oder gar Führungsanspruch der Ortspartei war in diesen Worten nicht mehr zu erkennen. Die Kreisleitung hatte sich auch offensichtlich nicht darum bemüht, einen geeigneten Kandidaten auszusuchen, der einen solchen Anspruch hätte erfüllen können. Der Rat wurde als effektives Machtzentrum vor Ort auch von den höheren Parteiinstitutionen nicht in Frage gestellt. Größere Aktivitäten entfaltete die OPL bis zum Ende der DDR nicht mehr. Der Rat der Stadt hatte sich in den 1980er Jahren endgültig als Zentrum der kommunalpolitischen Arbeit etabliert. In die Parteidisziplin und die Zielsetzungen der Staatspartei blieb der örtliche Rat jedoch auch ohne das Vorhandensein einer starken Ortspartei durch die Kontrollbefugnisse der Kreis- und Bezirkspartei eingebunden.

Die Betriebsparteiorganisation im Industrierwerk

Im Vergleich der Parteiorganisationen im Territorium nahm die Betriebsparteiorganisation (BPO) des IWL gegenüber der Ortspartei eine dominierende Rolle ein. Die BPO organisierte die SED-Mitglieder innerhalb des Werkes und unterstand organisatorisch nicht der Ortspartei. Die Betriebsparteiorganisationen in Großbetrieben waren in der DDR meist direkt der SED-Kreisleitung zugeordnet. Weit verzweigte Kombinate besaßen sogar eigenständige zentrale Parteisekretariate, die wie Kreisparteiorganisationen aufgebaut waren.²⁹⁹ Mit dem Ausbau des Werkes in Ludwigsfelde und der Angliederung weiterer Standorte außerhalb Ludwigsfeldes wurde auch im Autowerk eine eigene Zentrale Parteileitung (ZPL) errichtet,³⁰⁰ die institutionell wie eine separate Kreisparteiorganisation organisiert war und – in wechselndem Maße – weitgehende organisatorische Freiheiten innerhalb der Parteiorganisation des Bezirks besaß.

Die wichtige Rolle der Betriebspartei im Territorium entwickelte sich parallel zum Aufstieg des IWL. Kurz nach Begründung von Werk und Betriebspartei im Jahre 1953 vermerkten Kontrolleure noch in „streng geheimer Verschlusssache“ an die politische Zentrale, dass „das Industrierwerk Ludwigsfelde von Partei und Gewerkschaft als Abstellgleis für unbrauchbare

²⁹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde Sitzung am 21.1.1986, S. 5.

²⁹⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde Sitzung am 13.11.1986, S. 1.

²⁹⁸ Ebd., S. 3.

²⁹⁹ Vgl. *Zimmermann*: DDR Handbuch, S. 583.

³⁰⁰ Die interne Organisationsstruktur der Betriebspartei und die Zuständigkeit der ZPL für Werk und Kombinat und seine Befugnisse wurden mehrfach geändert, u.a. 1980 in Folge des Beschlusses des Sekretariats des Zentralkomitees vom 6.9.1978 zum „Organisationsaufbau der Partei in Großbetrieben der Industrie“.

und diskreditierte Kader³⁰¹ verwandt würde. In den Folgejahren professionalisierte sich die Betriebspartei jedoch erheblich. Trotz ihres großen Einflusses innerhalb der Parteiorganisation trat die BPO in den Diskussionen um kommunale Angelegenheiten jedoch kaum als eigenständiger Akteur mit eigenen Interessen auf. Nach außen fungierte sie – ähnlich wie die Betriebsgewerkschaftsorganisation³⁰² – zumeist zusammen mit der Werksleitung als einheitliches Sprachrohr der Interessen des Gesamtbetriebes und weniger als Vertreter spezifischer Interessen der SED im Werk.

Der personelle Apparat der BPO war im Vergleich mit der Ortspartei sehr umfangreich. Den einzelnen SED-Grundorganisationen innerhalb des AWL gehörten im Jahr 1968 1.097 Mitglieder und 44 Kandidaten an.³⁰³ 1975 waren von 6.760 Angehörigen des Betriebes 1.210 Mitglieder und Kandidaten der SED.³⁰⁴ Bei einer Belegschaftsstärke von 8.725 wurden Ende 1979 1.574 Betriebsangehörige als Mitglied bzw. Kandidat in der Betriebspartei geführt.³⁰⁵ Mit etwa 18 % der Belegschaft blieb der Anteil der Parteimitglieder über die Jahre weitgehend stabil.

Zum Kummer der Ortspartei konzentrierte sich das Engagement der BPO-Mitglieder weitgehend auf den Betrieb. Diese Parteiangehörigen zeigten nur wenig Bereitschaft zur Mitarbeit bei städtischen Aufgaben.³⁰⁶ Die Ortspartei kritisierte immer wieder die SED-Mitglieder des Autowerks, weil sie ihre „Pflichten als Kommunisten in den Wohnbezirken nicht erfüllen bzw. sich sehr formal ihrer Aufträge entledigen“.³⁰⁷ Bis Ende der 1980er Jahre gab es zahllose Anläufe der Ortspartei und des Rates der Stadt, die Betriebsparteiangehörigen zur verstärkten Mitarbeit in den Ortsparteigremien und Wohnbezirksausschüssen zu bewegen, die ohne die Betriebsangehörigen kaum effektiv zu betreiben waren. Im Rahmen der Parteisolidarität wurden – häufig nach Interventionen der Kreis- oder Bezirkspartei – immer wieder „Delegierungen“ vorgenommen, indem Angehörige der Betriebspartei verpflichtet wurden, sich in den Wohngebietsorganisationen der SED (WPO) und den Wohngebietsausschüssen der Natio-

³⁰¹ BArch DG 3 3202 Streng geheime Verschlusssache, Berlin 21.3.1953, Vermerk über den Besuch des VEB Industrierwerkes Ludwigsfelde am 19. März 1953, o.S.

³⁰² Zur innerbetrieblichen Rolle der Betriebsgewerkschaftsorganisationen vgl.: *Helke Stadtland: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953*, Essen 2001 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, A, Bd. 16). Als an den Beschäftigten orientierte Interessenvertretungen konnten die Gewerkschaften in den Betrieben nur sehr bedingt wirken. Auch in den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen war der Herrschaftsanspruch der SED bereits früh durchgesetzt worden. Vgl. *ebd.*, S. 529.

³⁰³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 530, SED-Bezirksleitung Potsdam, Nr. 3608, Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung am 4.10.1968, Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees, Potsdam 15.10.1968, Sekretariat der SED-Bezirksleitung, Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung Potsdam über die Organisierung der politisch-ideologischen Arbeit zur Stabilisierung des IFA-Automobilwerkes Ludwigsfelde S. 2, Blatt 104.

³⁰⁴ Vgl. BArch DC 20 I/4 3392, 149. Sitzung des Ministerrates vom 13.5.1975, Bd. 5, Information zur Lage der Planerfüllung und der weiteren Entwicklung im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde sowie Ergebnisse bei der Durchsetzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 17.4.1975, Blatt 55 ebenso BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Nr. 11149, Argumentationshinweise zum Automobilwerk Ludwigsfelde SED-Bezirksleitung Potsdam, 25.11.1975, S. 2.

³⁰⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 Zossen Sekretariatssitzungen 1980 Nr. 878, Vorlage für die Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung Zossen am 6.2.1980: Betr. Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des Zentralkomitees vom 6.9.1978 zum Organisationsaufbau der Partei in Großbetrieben der Industrie.

³⁰⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 2945, OPL Ludwigsfelde 1968, WPO V 13.3.1969 Rechenschaftsbericht, S. 8.

³⁰⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 14.5.1981.

nenalen Front, die sich an alle Einwohner eines Ortsteils wandten, zu engagieren. Diese für die Parteiarbeit im Ort essenzielle Integration der IWL-Mitglieder blieb angesichts der weitgehenden Unabhängigkeit der BPO des Werkes jedoch ein ständiger mühsamer Aushandlungsprozess, in den auch die Betriebsleitung eingriff. Sie hatte in der Regel wenig Interesse daran, insbesondere in Zeiten von Produktionsrückständen, ihre Arbeitskräfte zusätzlich mit lokalen Aufgaben zu belasten. Die BPO des Betriebes wurde von Seiten der OPL häufig dafür kritisiert, dass sie nicht genügend Einfluss „auf die Erziehung der Mitglieder zur Mitarbeit im Wohngebiet“ nehmen würde und ihre Mitglieder „lange Zeit sehr einseitig auf den Aufbau des Werkes und die Produktion des Lkw orientierte“. ³⁰⁸ Schon 1959 klagte die Ortspartei, dass das IWL die Parteiorganisation lediglich während der Vorbereitung der Volkskammerwahlen unterstützt hätte, danach aber keinen weiteren Kontakt mehr aufnahm. ³⁰⁹ Nach Ansicht der Ortspartei würde die Arbeit in den Wohnbezirken durch das IWL dem Selbstlauf überlassen, weshalb sich die Genossen des Betriebes vor „dieser Arbeit drückten“. ³¹⁰ Die Betriebspartei wandte sich in Aussprachen zwar verbal gegen diese parteiinterne Interessenausdifferenzierung: „Kurz gesagt: Keine Parteiorganisation, kein Genosse darf eine Bewußtseinspaltung zulassen – wir sind nicht nur im Betrieb, sondern auch im Wohngebiet Genossen unserer Partei.“ ³¹¹ In der Realität überwog aber gegenüber dem Gemeinschaftsinn als Parteiangehörige und der Verantwortung für das Territorium die Bindung an die einzelnen Teilorganisationen der SED. Den BPO-Mitgliedern lagen die Belange ihres Betriebes näher als das Engagement für die örtlichen Probleme. Eindringlich kritisierte die Ortspartei gegen dieses Desinteresse und die Zurückhaltung der Betriebspartei: „Was nützt es, wenn nicht selten gesagt wird, das ist die Aufgabe des Ortes. Was ist denn der Ort? Doch schließlich die Anzahl der Genossen und Werktätigen aus den Betrieben.“ ³¹² Soweit sich jedoch Betriebsparteimitglieder in den WPOs im Wohngebiet engagierten, wurde dies vom Betrieb nur wenig gewürdigt, ³¹³ weshalb sich diese Parteimitglieder vielfach nach kurzer Zeit von ihrem Engagement zurückzogen. ³¹⁴

Erst in den 1970er Jahren entwickelte sich auf Basis der formal festgesetzten Kommunalverträge eine fruchtbarere Gemeinschaftsarbeit, nachdem die Ortsparteileitung und die Betriebsparteileitung ihre Aufgaben abgegrenzt und „einige ideologische Fragen“ geklärt hatten, wie die Ortspartei 1973 notierte: „Standpunkte wie z.B. die Stadt lebt auf Kosten der Betriebe

³⁰⁸ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 2077, Ortsparteileitung Ludwigsfelde [ohne Datum, nach Text muss es nach 21.12.1965 sein], S. 10.

³⁰⁹ Vgl. KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, 27.5.1959, S. 5.

³¹⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5462, Protokoll Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, 27.11.1983, Beitrag Genosse Gerhard Nowak, Vorsitzender des Stadtausschusses der Nationalen Front, Fachdirektor im VEB INL, S. 2.

³¹¹ *Ebd.*

³¹² BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 24.2.1966, Schreiben an die Betriebsparteiorganisation der SED VEB IFA Automobilwerke, S. 1.

³¹³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Bericht über die durchgeführten persönlichen Gespräche mit den Sekretären der WPO I bis X, 6.3.1980, S. 1.

³¹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 9.11.1977, S. 4.

oder umgekehrt – was haben wir von den Kommunalverträgen – mußten überwunden werden.“³¹⁵ Diese Konflikte zwischen der schwachen Orts- und der starken Betriebspartei milderten sich deutlich, konnten jedoch bis 1989 nie abschließend ausgeräumt werden.

4.2.3 Die „Blockparteien“ in Ludwigsfelde

Die politische Arbeit in den Kommunen wurde trotz der großen Bedeutung von Kreis-, Orts- und Betriebspartei nicht ausschließlich von SED-Angehörigen geprägt. Gerade auf kommunaler Ebene kam auch den Angehörigen der „befreundeten Parteien“ eine wichtige Funktion zu. Die Rolle der Blockparteien innerhalb des zentralen Herrschaftssystems der DDR ist in den letzten Jahren von der historischen Forschung eingehend untersucht worden.³¹⁶ Die Funktion der vier „befreundeten Parteien“ im Herrschaftssystem auf lokaler Ebene hat dagegen bisher noch wenig Aufmerksamkeit gefunden.

Nach ihrer Gleichschaltung in den späten 1940er Jahren fungierten die Blockparteien bis zum Ende der DDR auf zentraler Ebene als verlässliche Stützen des SED-Regimes.³¹⁷ Die den Blockparteien durch die SED zugebilligte Rolle veränderte sich mehrfach. In den 1960er Jahren wurden die Blockparteien sogar mit einem Aufnahmestopp belegt, der sie zu „sterbenden Organisationen“³¹⁸ werden ließ. Erst mit dem Abtritt Walter Ulbrichts wurde nach 1971 die Rolle der Blockparteien innerhalb der Herrschaftskonzeption der SED wieder stärker betont. Aktive Mitgliederwerbung wurde den Blockparteien jedoch erst ab Mitte der 1970er Jahre wieder gestattet.³¹⁹ In den letzten Jahren der DDR war zwar ein deutlicher Anstieg der Mitgliederzahl der Blockparteien zu verzeichnen, an ihrer marginalisierten politischen Funktion änderte sich jedoch nichts.³²⁰

Die Forschung hat für die Mitglieder der Blockparteien eine „seltsame Zwitterstellung zwischen Loyalitätsbekundung und vorsichtiger Distanz“ festgestellt. Die formale Einbeziehung von weiteren Parteien in das Herrschaftssystem der DDR ist nicht mit demokratischer Pluralität und der Möglichkeit zu Opposition zu verwechseln. In erster Linie dienten die Blockparteien als „Transmissionsriemen“ der SED-Politik und hatten die Aufgabe „SED-ferne“ Bevölkerungsgruppen in die DDR zu integrieren. Gleichzeitig boten sich gewisse eng bemessene und kontrollierte Freiräume. Für ihre Mitglieder erfüllten die Blockparteien eine „politische Nischenfunktion“. Unter bestimmten Umständen eröffnete sich den Angehörigen der „be-

³¹⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3931, Ortsdelegiertenkonferenz SED Ludwigsfelde am 16.12.1973, Protokoll, S. 12.

³¹⁶ Vgl. zur Rolle der Blockparteien in der DDR *Kurth Schneider/Detlef Nakath*: Demokratischer Block, Nationale Front und die Rolle und Funktion der Blockparteien, in: *Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.): Parteien*, S. 78–102; *Siegfried Suckut*: Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: *Jürgen Weber (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur*, München 1994, S. 98–197; *Michael Walter*: „Es ist Frühling, und wir sind (so) frei“, LDP(D), NDPD, DFD und FDJ der DDR 1989/90, Würzburg 1998.

³¹⁷ Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 105.

³¹⁸ *Siegfried Suckut*: Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989, in: *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen* (23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 5. bis 8. Juni 1990), Köln 1990, S. 128–138, hier S. 129.

³¹⁹ Vgl. *Michael Richter*: Christlich-Demokratische Union (CDU), in: *Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.): Parteien*, S. 284–310, hier S. 297.

³²⁰ Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 105.

freundeten Parteien“ auf diese Weise der Zugang zu staatlichen Positionen, da auch die Blockparteien in allen staatlichen Institutionen, in den „Parlamenten“ und Räten vertreten waren.³²¹ Insbesondere die Gemeindevertretungen und Wohnungskommissionen boten für Blockparteimitglieder durchaus Möglichkeiten, sich im Interesse ihrer Gemeinde zu engagieren.³²² Angesichts der dünnen lokalen Personaldecke war die SED gerade bei kommunalpolitischen Aufgaben auf die Einbeziehung der „Blockparteien“ angewiesen, weshalb deren Mitgliedern hier anders als auf den übergeordneten Ebenen des Staatsapparates in bestimmten Nischen wichtige Funktionen zuwachsen konnten.

Unmittelbar nach dem Kriegsende waren 1945 auch in Ludwigsfelde neben der SED die Parteien LDP(D) und CDU³²³ gegründet worden. Bemerkenswert ist, dass die beiden bürgerlichen Parteien auch in der Arbeitergemeinde Ludwigsfelde in den Nachkriegsjahren mit großem Selbstbewusstsein auftreten konnten. Bei den ersten, noch relativ freien Gemeindewahlen im Jahre 1946 hatte die SED in Ludwigsfelde nur 43 % der Stimmen erhalten, gegenüber 35 % für die LDPD und 22 % für die CDU.³²⁴ In der Gemeindevertretung verfügten die LDPD mit sieben und die CDU mit vier Vertretern aufgrund des Wahlergebnisses noch über eine Mehrheit gegenüber den neun SED-Vertretern.³²⁵ Der SED-Stimmenanteil in der „Industriegemeinde“ lag damit beträchtlich unter dem in der gesamten SBZ bei den Gemeindewahlen 1946 errungenen Ergebnis von 57,1 %. Die bürgerlichen Parteien erreichten in der gesamten SBZ mit 21,1 % für die LDPD und 18,7 % für die CDU im Vergleich zu Ludwigsfelde geringere Stimmenanteile.³²⁶ In anderen brandenburgischen Industriestädten und Industriegemeinden schnitt die SED deutlich besser ab als in Ludwigsfelde: Im vergleichbaren Hennigsdorf lag der SED-Anteil bei diesen Wahlen bei 53 %³²⁷, in Eberswalde bei 50 %³²⁸ und im nahe gelegenen Luckenwalde sogar bei 56 %³²⁹. Ursachen für das demgegenüber schlechte Abschneiden der SED in der ausgesprochenen Arbeitergemeinde Ludwigsfelde sind sowohl im hohen Anteil von Flüchtlingen aus ländlichen Gebieten zu vermuten als auch darin, dass es im erst 1936 begründeten Industrieort mit seinem „Nationalsozialistischen Musterbetrieb“ und seinem hohen Anteil von NSDAP-Parteigenossen anders als in den anderen genannten kleinen Industrieorten sich nie eine breite Tradition der Arbeiterbewegung hatte herausbilden können.

Die Phase relativer politischer Pluralität währte in Ludwigsfelde nur eine kurze Zeit. Bereits die nächsten Wahlen im Jahre 1950 fanden nach Überwindung des Widerstandes der bürgerlichen Parteien im „Blocksystem“ mit Einheitsliste statt, die der SED vorab die Mehrheit

³²¹ Vgl. *ebd.*

³²² Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 111.

³²³ Vgl. zur CDU in der DDR: *Richter*: CDU.

³²⁴ Vgl. *Evamaria Engel u.a.*: Städtebuch Brandenburg und Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 312.

³²⁵ Vgl. Auflistung der Gemeindevertretungsmitglieder: StadtAL ohne Nummer, Gemeindevertretersitzungen 1946 bis 1950, Gemeindevertretersitzung am 12.10.1946, S. 1.

³²⁶ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 10.

³²⁷ Vgl. *Engel*: Städtebuch, S. 242.

³²⁸ Vgl. *ebd.*, S. 119.

³²⁹ Vgl. *ebd.*, S. 307.

sicherte.³³⁰ Wie in der gesamten DDR wurden auch in Ludwigsfelde die anderen Parteien Ende der 1940er Jahre im Sinne der SED gleichgeschaltet. Dies gelang umfassend zunächst vor allem auf den zentralen Ebenen der Parteien. Trotz der schnellen Gleichschaltung der zentralen Parteileitungen misstraute die SED in den 1950er und 1960er Jahren noch längere Zeit den lokalen Funktionären der LDPD und CDU.³³¹ Mit Zeitverzögerung konnten aber auch fortbestehende lokale Eigensinnigkeiten der Blockparteien weitgehend beseitigt werden.

In Bezug auf die CDU setzte 1950 DDR-weit eine umfassende Repressionswelle ein, in deren Verlauf fast der gesamte mittlere Funktionärsapparat der Partei in der DDR durch loyale Kader ersetzt wurde.³³² Offiziell betonte auch die Ludwigsfelder CDU im Jahr 1958 ihr eindeutiges Bekenntnis zur DDR und hob den Unterschied zur CDU in der Bundesrepublik hervor: „Beide tragen den gleichen Namen, doch haben sie verschiedenen Charakter.“³³³ Bei der Vergabe von Funktionen in der Nationalen Front, den Leiterstellen der VEB und PGH, von Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie kultureller Institutionen war die CDU tendenziell gegenüber den anderen Blockparteien bevorzugt.³³⁴ Allerdings gab es bis zum Ende der DDR Entwicklungen eines zunehmenden Bedeutungsverlustes und „eine fortschreitende Reduzierung der institutionellen Verankerung der CDU im Rahmen des SED-Systems“.³³⁵ Insbesondere der Anteil der CDU-Mitglieder in den leitenden Wirtschaftsfunktionen war bis zum Ende der DDR stark rückläufig. Die Zahl der einfachen Mitglieder wuchs erst nach 1971 – durch zeitweise Förderung der Mitgliederwerbung durch die SED – wieder an. Die Blockpartei CDU fungierte aus Sicht ihrer Mitglieder nicht ausschließlich als „Transmissionsriemen“ der SED, sondern hatte zumindest partiell auch Schutz-, Nischen- und Alibi-funktionen. Insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene eröffneten sich durch die CDU-Mitgliedschaft auch Möglichkeiten des lokalen Engagements für Parteimitglieder, die das Leben vor Ort verbessern wollten, ohne der SED beitreten zu müssen.³³⁶ Die lokalen Strukturen der CDU konnten deutlich von der gleichgeschalteten zentralen Parteileitung, der „SED, Abteilung Christen“, differieren. Zwischen den Funktionären der zentralen, SED-hörigen CDU und den einfachen Mitgliedern vor Ort lässt sich häufig eine große Distanz feststellen.³³⁷

Die etwa zeitgleich mit der CDU begonnene Gleichschaltung der LDPD war 1948 noch nicht vollständig abgeschlossen. Die LDPD Ludwigsfeldes protestierte sogar noch im Oktober 1949 gegen die Einheitslisten und die bereits erfolgten Zugeständnisse ihrer Führung in Berlin an die SED.³³⁸ Vollständig gelang der SED auch auf zentraler Ebene erst im Juli 1952 die

³³⁰ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 16.

³³¹ Vgl. *Schroeder*: SED-Staat, S. 412.

³³² Vgl. *Richter*: CDU, S. 291.

³³³ KreisATF XI 2100, Festsitzung der Gemeindevertretung Ludwigsfelde am 8.10.1958, S. 2.

³³⁴ Vgl. *Richter*: CDU, S. 301.

³³⁵ *Ebd.*, S. 292.

³³⁶ Vgl. *ebd.*, S. 304–305.

³³⁷ Vgl. *ebd.*, S. 306.

³³⁸ „Unsere Parteiführer Kastner, Hamann usw. hatten kein Recht, ohne ihre Mitglieder zu befragen, auf die Wahlen bis zum Oktober 1950 zu verzichten [...] Wir haben die Fühlung mit unseren Mitgliedern und mit der Wählerschaft noch nicht verloren.“ StadtAL [ohne Nummer] Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeindevertreter-sitzung am 28.11.1949, Resolution der LDP, 10.10.1949, S. 1.

gänzliche Einordnung der Partei in das Blocksystem.³³⁹ Die Gleichschaltung marginalisierte die 1946 im Ort immerhin zweitstärkste Partei sehr stark. 1958 hatte die LDPD in Ludwigsfelde nur noch etwa zwölf Mitglieder, während der SED zur selben Zeit 700 Personen aus Ludwigsfelde angehörten.³⁴⁰ Die SED-Ortspartei in Ludwigsfelde registrierte 1963 zufrieden, dass sich die LDPD auf Treffen des Demokratischen Blocks eindeutig zur „führenden Rolle der SED“ bekannt hätte und auch die anderen Blockparteien aufrief, „sich aktiv für die Gewinnung des Mittelstandes und Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau einzusetzen“³⁴¹.

Der LDPD wurde aus westlicher Sicht eine gewisse Sonderrolle im System der Blockparteien zugebilligt.³⁴² In Ansätzen gab es durchaus eine „Systemdistanz der LDPD“³⁴³. Auch nach Abschluss der Gleichschaltung blieb ein Dissens zwischen den einfachen Mitgliedern und der SED-loyalen Parteiführung bestehen.³⁴⁴ Die Basis der LDPD protestierte noch 1972 gegen die exponierte Rolle der Parteiführung bei der Enteignung der letzten privaten Unternehmen.³⁴⁵ Diese Eigensinnigkeiten der LDPD-Basis sind in der relativ schwachen Basis in Ludwigsfelde seit den 1950er bis in die späten 1970er Jahre nicht festzustellen. Die lange Zeit vertretene Auffassung, dass die LDPD Interessen des Mittelstands vertrat, gilt heute als widerlegt.³⁴⁶ Hinsichtlich ihrer Zusammensetzung besaß sie eher Charakter einer Volkspartei.³⁴⁷ In der Ludwigsfelder LDPD waren vielfach Handwerker, aber auch einige Lehrer und Erzieher vertreten. Mit der erneuten Aufwertung des mittelständischen Gewerbes seit den späten 1970er Jahren ging jedoch die LDPD wieder dazu über, dessen wirtschaftliche Interessen ernst zu nehmen, stärker auch nach außen zu vertreten und u.a. die Parteipresse zu einem „Meinungsforum der Handwerker und Gewerbetreibenden“³⁴⁸ zu machen. In Bezug auf ihre soziale Zusammensetzung bewahrte die LDPD bis zum Schluss „einen Hauch von ‚Bürgerlichkeit‘, soweit dies in einer nivellierten Gesellschaft à la DDR überhaupt möglich war.“³⁴⁹

Als zusätzliche Partei und weiteres Machtinstrument der SED wurde Ende der 1940er Jahre die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) begründet. Die in der DDR ebenfalls durch die SED begründete Deutsche Bauernpartei (DBD) gewann dagegen kaum Bedeutung in der Industriegemeinde.

³³⁹ Vgl. *Bernard Bode*: Liberal-Demokraten und die „deutsche Frage“, Frankfurt/Main u.a. 1997, S. 357.

³⁴⁰ Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand im Jahre 1957, S. 15.

³⁴¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–67 SED Grundorganisation, Schreiben an die Kreisleitung der SED Zossen, Abt. Org.-Kader, Informationsbericht 1963 [ohne Tagesangabe], S. 2.

³⁴² Vgl. zur LDPD in der DDR: *Jürgen Frölich*: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: *Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.)*: Parteien, S. 311–342, zur Sonderstellung vgl. S. 312.

³⁴³ *Gerhard Papke*: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die LDPD, in: Deutschen Bundestag: Enquete-Kommission, S. 2399–2463, hier S. 2450.

³⁴⁴ Vgl. *Ulf Sommer*: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996, S. 287.

³⁴⁵ Vgl. *Frölich*: LDPD, S. 328.

³⁴⁶ Vgl. *Sommer*: LDPD, S. 77.

³⁴⁷ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 77.

³⁴⁸ *Frölich*: LDPD, S. 335.

³⁴⁹ *Ebd.*, S. 330.

Die NDPD war anders als die CDU und LDPD keine eigenständige Gründung der Nachkriegszeit mit gesamtdeutschen Parallelen, sondern eine zweckgebundene Kunstschöpfung³⁵⁰ im Interesse der herrschenden Staatspartei. Die Hoffnung der SED, die NDPD zu einem wichtigen Instrument der Herrschaftssicherung aufzubauen, erfüllte sich jedoch kaum. Es gelang weder die städtischen Mittelschichten und das Handwerk zu integrieren noch die Partei zu einem staatsloyalen Sammelbecken ehemaliger minderbelasteter NSDAP-Angehöriger zu machen.³⁵¹ Mit der Gleichschaltung der CDU und LDPD verlor die NDPD in den 1950er Jahren als Instrument auch an Bedeutung für die SED.³⁵² Sie diente anschließend eher dazu, den „Schein von Pluralität“ im Parteiensystem der DDR aufrechtzuerhalten.³⁵³ Schon vor dem Mauerfall galt die NDPD als eine weitgehend „desolate Partei“.³⁵⁴

Trotz des Charakters als „Kunstprodukt“ zur Stabilisierung des SED-Staates musste die SED bis Ende der 1950er Jahre „oppositionelles Auftreten“ bei einigen Mitgliedern der NDPD in Ludwigsfelde registrieren.³⁵⁵ Solche schwerwiegenden Abweichungen von der „Blockdisziplin“ sind später jedoch nicht mehr nachweisbar. Die Verbundenheit mit der SED wurde von der NDPD auf Ortsparteiebene in Reden und Grußworten seit den späten 1960er Jahren in Ludwigsfelde immer wieder betont. 1984 konstatierte der Ludwigsfelder NDPD-Vorsitzende:

„Gerade dieses Miteinander wird uns im Westen oft vorgeworfen als fehlende Opposition zur Politik der SED. Welche Opposition könnte man haben gegenüber einer Politik, die dem Wohle des ganzen Volkes dient? Die Tatsachen sprechen doch dafür, daß unsere Politik richtig ist. Wo gibt es z.B. ein so umfangreiches sozialpolitisches Programm wie in der DDR? Viele unserer Parteimitglieder sind Handwerker und Gewerbetreibende, die auf dem Sektor der Dienstleistungen tätig sind und die gerade in den vergangenen Jahren bedeutende Leistungen vollbracht haben.“³⁵⁶

Auf den unteren Ebenen der Staatsorganisation war die NDPD im Vergleich mit den anderen Parteien in der Regel bei der Stellenbesetzung am Geringsten vertreten.³⁵⁷ Dennoch blieb die NDPD – vor allem in Ludwigsfelde – ein wichtiges Wirkungsgremium insbesondere für die städtischen Handwerker. Über die NDPD wurden mehrfach Initiativen der privaten Gewerbetreibenden für die städtischen Belange organisiert.

³⁵⁰ Vgl. Jürgen Frölich: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: *Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission*, Bd. II/2, S. 1542–1578 und Michael Walter: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: *Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.): Parteien*, S. 366–401 und Bernd Gottberg: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: *Jürgen Frölich (Hg.): Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953*, Köln 1994, S. 73–87, hier S. 74.

³⁵¹ Vgl. Gottberg: NDPD, S. 79–80.

³⁵² Vgl. Walter: NDPD, S. 386.

³⁵³ Vgl. Schroeder: SED-Staat, S. 246.

³⁵⁴ Walter: NDPD, S. 372.

³⁵⁵ Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 15.

³⁵⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5462, Protokolle der Ortsdelegiertenkonferenzen 1983–85, Protokoll Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, 27.11.1983, Diskussionsbeitrag Freund Egeler, Vorsitzender der Ortsgruppe NDPD, S. 2.

³⁵⁷ Vgl. Frölich: Transmissionsriemen, S. 1564.

Im Alltag der Kommunalpolitik in Ludwigsfelde spielten die Mitglieder der Blockparteien seit der Gleichschaltung der 1940er und 1950er Jahre auf der Ebene des Rates und der Stadtverordnetenversammlung nur eine untergeordnete Rolle. Die weitgehende Machtlosigkeit führte folgerichtig auch zu Mitgliederschwund und zur Resignation der verbliebenen Blockparteiangehörigen. Die SED registrierte in diesen Jahren große Schwierigkeiten der in Ludwigsfelde zahlenmäßig nur noch schwachen Blockparteien, ihre wenigen Mitglieder in die aktive Arbeit einzubeziehen.³⁵⁸ Die SED-Ortspartei schätzte noch 1957 die „sonstigen Parteien“ als in Ludwigsfelde nur schwach entwickelt ein:

„Ihre Einsatzkräfte beschränken sich auf leitende Funktionen in ihren Parteien, in Handel und Wirtschaft. Sie sind zahlenmäßig klein und nehmen keinen direkten Einfluß auf die Mittelschichten im Ort. Die Zusammenarbeit auf parteilicher Ebene ist noch sehr schwach und wird auch erschwert dadurch, daß in allen Aufgaben die gleichen Personen in Erscheinung treten.“³⁵⁹

Seit den 1950er Jahren traten nur in sehr seltenen Fällen Blockparteiabgeordnete und Gemeinderäte mit kritischen Äußerungen hervor.³⁶⁰ Soweit abweichende Meinungsäußerungen vorkamen, richteten diese sich auch weniger gegen die Ratskollegen der SED als gegen die Verantwortlichen im Kreis. In den – häufigen – Fällen, in denen der örtliche Rat aktiv gegen Planungen von Kreis und Bezirk antrat, beteiligten sich die Blockparteimitglieder teils sehr intensiv an diesen Diskussionen und engagierten sich vehement für lokale Interessen.

Gleichrangige Parteien waren CDU, LDPD und NDPD schon allein wegen ihrer organisatorischen Schwäche nicht. Besonders deutlich wird das anhand der Schilderung des Vorgangs der Besetzung eines Stadtratpostens Ende der 1980er Jahre durch das damals verantwortliche und SED-angehörige Ratsmitglied:

„Da gab es Regelungen, dass so und so viel Prozent die Blockparteien wahrnehmen konnten an Mandaten und dieses war Mandat der NDPD und die NDPD konnte keinen stellen, weil sie keinen gefunden hat. Weil keener bereit war für 1280 Mark brutto so'ne Funktion wahrzunehmen. Die haben doch in der Regel ein Drittel in der Industrie mehr gehabt als bei uns. Und da sage ich mal, wie das gelaufen ist: Die S. ist damals zu mir gekommen und hat gesagt, sie macht dit. Ich sage: ‚Mensch Mädelsuper. Bist du in der NDPD?‘ Nee. Da hab' ich den Hörer in die Hand genommen und hab' den Werner K. angerufen, der war damals Vorsitzender des NDPD-Kreisverbandes und hab' gesagt: ‚Werner komm hier rüber und bring einen Aufnahmeantrag von der NDPD mit, dass wir einen Stadtrat für Örtliche Versorgungswirt-

³⁵⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Ortsleitung Ludwigsfelde [ohne Datum, nach Text muss es nach 21.12.1965 sein], S. 7.

³⁵⁹ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 15.

³⁶⁰ So stimmte der für Bildung zuständige Stadtrat der LDPD dem vorgesehenen Leistungsprofil der Handelsorganisation (HO) in bezug auf die Schülerspeisungsgaststätte nicht zu. Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 18.4.1974, S. 1.

*schaft kriegen.’ Und so war es bei der Gewinnung von Stadtverordneten auch. Wir haben Hände ringend gesucht.*³⁶¹

Die Schilderung – die eigentlich aus Sicht des Interviewten die Bedeutung der Mitwirkung der Blockparteien im Rat unterstreichen sollte – verdeutlicht sowohl Steuerung durch die SED und die politische Inszenierung, die das Blocksystem in der späten DDR darstellte, als auch die Notwendigkeit zum Pragmatismus, den die Aufrechterhaltung dieses Scheins in einer Kleinstadt erforderte. Dadurch eröffneten sich trotz aller Dominanz der „führenden Partei“ Mitwirkungsmöglichkeiten für einzelne Blockparteimitglieder.

Die ehemaligen SED-Vertreter im Rat betonen heute im Interview, dass die Blockparteien in den kommunalen Gremien gleichberechtigt behandelt wurden:

*„Wir [SED-Vertreter] haben zwar unsere Meinung gesagt, aber im Rat hatten die einzelnen Ratsmitglieder anderer Parteien Sitz und Stimme und konnten ihre Meinung sagen und die wurde auch geachtet. War manchmal eine ganz andere konträre Meinung. Trotzdem wurde darüber gesprochen und wenn es nicht anders war, wurde ein Kompromiss gefunden, weil die Einheit, das einheitliche Auftreten auch in der Stadt notwendig war – sonst hätten wir es nicht geschafft.“*³⁶²

Dies wird von Vertretern der Blockparteien im Rat, wie der langjährigen Kulturstadträtin der LDPD in Teilen durchaus bestätigt: „Man hat mich immer ernst genommen. Natürlich wussten wir aber, dass sie sich auch in der SED-Ortsgruppe noch abgesprochen haben.“³⁶³ Faktisch blieb das Primat der SED stets gewahrt. Die SED-Mitglieder im Rat hatten auch durch ihr Zusammenwirken mit der Ortspartei und durch die in den Kaderplänen vorbestimmte Ämterverteilung immer die entscheidenden Machtmittel in der Hand, was niemals in Frage gestellt wurde.

Personell festigten sich die Organisationen der Blockparteien in Ludwigsfelde erst in den 1970er Jahren auf niedrigem Niveau. Im Jahre 1970 waren – entsprechend den offiziellen Festlegungen mit der SED – von 45 Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung neben 29 SED-Mitgliedern auch elf Angehörige der Blockparteien vertreten, 1974 standen 31 SED-Mitgliedern ebenfalls elf Blockparteiangehörige gegenüber.³⁶⁴ Seit den 1970er Jahren nahm in Ludwigsfelde auch die Zahl der nicht in der SED organisierten Mitglieder des Rates der Stadt zu. 1974 waren im Rat ein CDU-, ein NDPD- und ein LDPD-Angehöriger sowie ein Parteiloser vertreten, allerdings ausschließlich als ehrenamtliche Mitglieder³⁶⁵ und damit tendenziell eher auf den Posten mit geringerer Bedeutung. Erst in den 1980er Jahren übernahmen Blockparteimitglieder vermehrt auch hauptamtliche Positionen.

³⁶¹ Interview Kallmeyer.

³⁶² Interview Beileke.

³⁶³ Interview Karstädt.

³⁶⁴ Vgl. StadtAL Sekretär des Rates Nr. 43, Bericht über das Ergebnis der Wahl zur StVV am 19.5.1974, o.S.

³⁶⁵ Vgl. KreisATF II 2820, Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 17.7.1974, Beschluß 0021, Zusammensetzung der Räte der Städte und Gemeinden im Kreis Zossen, S. 8.

Trotz des Inszenierungscharakters des Blocksystems mussten in Ludwigsfelde – schon wegen der insgesamt dünnen kommunalpolitischen Personaldecke – auch Mitglieder der Blockparteien im Laufe der Zeit wichtige Funktionen übernehmen. Teils prägten diese Personen ihre Arbeitsbereiche und damit auch die Lebensrealität in Ludwigsfelde nachhaltig mit. Die NDPD gewann vor allem durch ihre langjährigen und sehr aktiven Stadträte im Bereich der „Örtlichen Versorgungswirtschaft“ Einfluss auf das Alltagsleben der Einwohner. Eine besondere Rolle spielte die LDPD im Rat durch das Engagement einzelner Parteimitglieder. Seit Ende der 1970er Jahre stellte erstmals die LDPD hauptamtliche Stadträte im Bereich Kultur.³⁶⁶ Die drei LDPD-Stadträte auf diesem Posten gewannen durch ihre Arbeit und Initiativen wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung des städtischen Lebens in Ludwigsfelde. An der Etablierung einer eigenen städtischen Kulturpolitik hatten sie entscheidenden Anteil. Die letzte Kulturstadträtin der LDPD bekleidete auch über 1990 hinaus wichtige kulturpolitische Ämter in der Stadt und war bis zur Pensionierung 2007 Leiterin des Ludwigsfelder Kulturhauses.

4.3 Kommunalpolitik im Spannungsfeld zwischen Stadt und Großbetrieb

4.3.1 Die Großbetriebe als kommunale Akteure in der DDR

Die Charakterisierung der Kommune in der DDR als ein „lokales Staatsorgan“³⁶⁷, das vollständig von zentralen Stellen des Staates bzw. der Partei gesteuert wurde, trifft die Realität von Kommunalpolitik und Alltagsleben in den meisten Städten der DDR nur unzureichend. Insbesondere wird dabei die entscheidende Rolle der vor Ort ansässigen Kombinate nicht deutlich. Neben den Bindungen durch das zentralistische politische System prägten diese Großbetriebe insbesondere in Industriestädten die lokalen Handlungsmöglichkeiten entscheidend mit. Die großen Betriebe bestimmten aufgrund ihrer ökonomischen Macht sowohl die Richtung der Stadtentwicklung als auch über ihre Sozial- und Kulturfonds das Alltagsleben der Stadtbewohner. Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen, gesellschaftliche Veranstaltungen, Kultur- und Freizeitaktivitäten bis hin zur Urlaubsorganisation liefen in wesentlichen Teilen über die Betriebe.³⁶⁸ Nach Neckel wurden die Kommunen durch diese vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse zum „Anhängsel der lokalen Kombinatestrukturen“³⁶⁹ degradiert, die Betriebsleitungen fungierten demnach als „das eigentliche Zentrum lokaler Politik“.³⁷⁰ Im gesellschaftlichen System der DDR wurde der Betrieb so zum wichtigen Ort der Lebensorganisation und der „Daseinsvorsorge“. Charakteristisch für die Sozialpolitik in der DDR war „deren Rückkoppelung an die Betriebe“.³⁷¹ Die staatlichen Betriebe wurden wegen

³⁶⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Gemeinsame Sitzung mit dem Rat des Kreises am 2.6.1982, S. 12.

³⁶⁷ Neckel: Staatsorgan, S. 252–268.

³⁶⁸ Vgl. zur betrieblichen Kulturarbeit: *Kießmann*: Arbeiter im Arbeiterstaat, S. 281–299. Vgl. insbesondere hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften: *Annette Schuhmann*: Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb, Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946 bis 1970, Köln/Weimar/Wien 2006.

³⁶⁹ Neckel: Staatsorgan, S. 257.

³⁷⁰ Vgl. *Berking/Neckel*: Außenseiter als Politiker, S. 155; Neckel: Staatsorgan, S. 258.

³⁷¹ *Bouvier*: Sozialstaat, S. 69.

ihrer innerbetrieblichen Sozialpolitik zu einem wesentlichen systemstabilisierenden Zentrum der Gesellschaft.³⁷² Erklärtes Ziel der SED war es, der Sozialpolitik in den Betrieben eine zunehmende Bedeutung im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Aufgabenerfüllung zukommen zu lassen.³⁷³ Martin Kohli fasst diese Besonderheit treffend zusammen: „Das, was als ‚betriebszentrierte Sozialpolitik‘ bezeichnet werden kann, war vielleicht das bedeutsamste und unter Systemgesichtspunkten originellste arbeitsgesellschaftliche Merkmal des Realsozialismus.“³⁷⁴ Aufgabe der betrieblichen Sozialpolitik im weiteren Sinn war die Planung der Reproduktion der Arbeitskraft. Werksküchen, Verkaufsstellen, medizinische Betreuung, Freizeit- und Kulturangebote, Dienstleistungen aller Art gehörten ebenso dazu, wie die Betreuung von Kindern sowie der Berufsverkehr und die Verbesserung der Wohnsituation.³⁷⁵ „Dabei blieb“, so Hartmut Häußermann, „kein Platz für eine eigene sozialpolitische Rolle der Kommunen.“³⁷⁶

Bei dieser Sichtweise besteht jedoch die Gefahr, die Rolle der Betriebe für die Stadtpolitik einseitig überzubewerten. Ein großer Anteil der Verantwortung für die Gesamtbevölkerung am Ort blieb auch in der DDR im genuinen Aufgabenbereich der Kommunen. Insbesondere die Schulen, Infrastrukturen und auch ein Großteil der Kinderbetreuung waren Kern des Verantwortungsbereichs der Kommunen und Kreise. Einzelne Infrastruktureinrichtungen wurden zwar von den Großbetrieben finanziert, später aber an die Kommunen abgegeben. Obwohl die Betriebe auch durch zahlreiche eigene Konsum-, Kultur- und Freizeitangebote das Alltagsleben der Werksangehörigen nachhaltig prägten, boten sie nie das ganze Spektrum kommunaler Daseinsvorsorge. Zudem war ihr eigenes Angebot nicht für alle Stadtbewohner in gleicher Weise verfügbar, da es in erster Linie für Betriebsangehörige gedacht war. Die Großbetriebe besaßen zwar einen potenziell umfassenden Gestaltungsanspruch in ihrem Territorium. Diesen konnten und wollten sie aber nicht in Bezug auf die gesamte Stadt und alle Einwohner einlösen und dauerhaft gesamtstädtische Verantwortung sowie die damit verbundenen finanziellen Belastungen übernehmen. Im Zentrum der Kombinatpolitik standen immer die Sicherstellung der eigenen industriellen Produktion und die Erfüllung des Plans. Als Mittel zum Zweck diente die Unterstützung der Stadt bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Ort. In Fragen der Wohnraumverteilung und Zuteilung von Kontingenten für Infrastrukturnutzungen kam es dabei aber immer wieder zu Konflikten zwischen den beiden lokalen Akteuren.

Die Betriebe unterstützten in der DDR die Städte in vielfältiger Weise und übernahmen wichtige Funktionen, ohne jedoch institutionell an ihre Stelle zu treten. Trotz der engen Vernetzung blieben Städte und Betriebe jeweils spezifische lokale Akteure mit unterschiedlichen

³⁷² Vgl. *Poutrus*: Goldbroiler, S. 224. Vgl. auch die in Bearbeitung befindliche vergleichende Fallstudie: *André Steiner*: Betriebliche Sozialpolitik im historischen Vergleich. Die Volkswagen AG und das IFA Kombinat PKW von den 1950er bis in die 1980er Jahre, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 43/44, 2008, S. 62–63.

³⁷³ Protokoll des VII. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) 1967, S. 239.

³⁷⁴ *Kohli*: Arbeitsgesellschaft, S. 42.

³⁷⁵ Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 69.

³⁷⁶ *Häußermann*: Stadt im Sozialismus, S. 9.

Aufgaben und Selbstverständnissen. Als Organisator des kommunalen Alltagslebens und als Koordinator von staatlichen, betrieblichen und Bevölkerungsinitiativen zur Umsetzung von lokalen Projekten waren insbesondere die Räte der Städte unverzichtbare lokale Institutionen, die nicht durch die Betriebe ersetzt werden konnten.

Obwohl die Kommunen wichtige örtliche Verantwortlichkeiten behielten, waren sie zu deren Erfüllung faktisch allein kaum in der Lage. Erfolgreiche Stadtpolitik war letztlich ohne die Ressourcen der großen Kombinate, insbesondere ihre Sozial- und Kulturfonds, kaum möglich. Die Gemeinden waren deshalb zur Erfüllung der lokalen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Aufgaben in vielfältige Kooperationsbeziehungen mit den Betrieben eingebunden.

Form und Umfang der Zusammenarbeit mussten zwischen den Partnern vor Ort immer wieder neu ausgehandelt werden. Während die Beziehungen der städtischen Akteure gegenüber Staat und Partei „generell ‚nach oben‘ wiesen, ging es bei den Aushandlungsprozessen zwischen Kommune und den am Orte angesiedelten Großbetrieben um ungleiche Machtpositionen auf ein und derselben Ebene [...]“,³⁷⁷ Dieser große Einfluss des Betriebes ging zwar zu Lasten der kommunalen Handlungskompetenz, doch führte eine solche Konstellation auch zu besonders intensiven Beziehungs- und Aushandlungsprozessen zwischen Betrieb und Stadt, die der kommunalen Versorgung zugute kommen konnten.³⁷⁸ Eine Kooperation mit den Großbetrieben eröffnete den Städten zudem Möglichkeiten einer erfolgreichen Interessendurchsetzung gegenüber höheren administrativen Ebenen. Bei Problemen der Ressourcenzuteilung für das gesamte Territorium agierten Städte und Großbetriebe häufig gemeinsam, indem sie ihre unterschiedlichen Beziehungskanäle zu übergeordneten Institutionen nutzten.

Im Jahr 1985 konnte der westdeutsche Geograph Frank Werner auf Basis des damaligen Forschungsstandes bilanzieren: „Über die genannten Beziehungen gibt es keine zusammenfassenden empirischen Analysen. Zahlreichen Erfolgsmeldungen über gemeinsame und vertragliche geregelte Verbesserungen für die Bürger stehen ebenso zahlreiche Hinweise auf die Missachtung örtlicher Interessen, vor allem durch die Großbetriebe gegenüber.“³⁷⁹ Sowohl diese inhaltliche Einschätzung als auch die Benennung des unzureichenden Forschungsstandes haben heute noch Bestand.

4.3.2 Die Beziehung zwischen Stadt und Betrieb in Ludwigsfelde

In der Industriestadt Ludwigsfelde zeigte sich die Dominanz des ansässigen Großbetriebes besonders augenfällig. Der seit 1951 bestehende VEB Industriewerke Ludwigsfelde (IWL), seit 1964/65 unter dem Namen VEB Automobilwerke Ludwigsfelde, mit fast 10.000 Beschäftigten bildete in der Kleinstadt Ludwigsfelde einen zweiten lokalen Machtpol mit erheblichen Ressourcen, der die Lebensrealität der Bewohner – die zu einem großen Teil Autobauer

³⁷⁷ von Saldern: Alte und junge Stadt, S. 362.

³⁷⁸ Vgl. Ludwig: Eisenhüttenstadt, S. 33.

³⁷⁹ Vgl. Werner: Raumordnungspolitik, S. 200.

waren – entscheidend prägte. Wie die Analyse der städtebaulichen Entstehung von Ludwigsfelde bereits deutlich gemacht hat, war Stadtentwicklungspolitik in wesentlichen Teilen vom Kombinat bestimmte Politik zur Entwicklung der Industrie und zur Ansiedlung von Arbeitskräften.³⁸⁰

Im Stadtbild war die zentrale Bedeutung des nördlich des Ortskerns gelegenen Industrierwerkes kaum zu erkennen. Es existierte kein betonter Eingang oder eine städtebauliche Orientierung der Stadt auf den Betrieb. Wegen der in den 1930er Jahren aus Luftschutzgründen gewählten versteckten Lage der Industrieflächen, die nach 1952 zu weiten Teilen weiter genutzt wurden, blieben Stadt und Werk bis zum Ende der DDR räumlich deutlich voneinander getrennte Bereiche.

Das Werk besaß jedoch über das Betriebsgelände hinaus entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der gesamten städtischen Politik. Im Konflikt mit unteren staatlichen Stellen verfügte das Kombinat über erhebliche Machtressourcen, da die republikweite Bedeutung seiner Produktion ihm vielfältigen Einfluss in den Aushandlungsprozessen auf den unterschiedlichen administrativen Ebenen sicherte. Das Kombinat hatte zudem durch seine Beschäftigten die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik auszuüben. So arbeiteten im Jahre 1968 im Autowerk insgesamt 38 Abgeordnete, davon 26 Stadtverordnete, zehn Kreistagsabgeordnete, ein Bezirkstagsabgeordneter und ein Volkskammerabgeordneter.³⁸¹ Weitaus wichtigere Machtmittel im Aushandlungsprozess waren jedoch die direkten Beziehungen der Werksleitung zur Staats- und Parteiführung in Berlin, zu den Industrieministerien und zu den Parteinstitutionen in Kreis und Bezirk. Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der für den Export wichtigen Lkw-Produktion, die immer wieder durch Arbeitskräftemangel gefährdet wurde, war auch für die Staatsführung ein zentrales Anliegen. Viele für den Betrieb wichtige Entscheidungen wurden nicht über den Weg der administrativen Ebenen Stadt – Kreis – Bezirk gefällt, sondern von der Betriebsleitung direkt mit den Staats- und Parteistellen in Berlin abgestimmt. Erhebliche Durchsetzungsmöglichkeiten des Betriebes bestanden durch diesen Zugang zu zentralen Institutionen sogar gegenüber den ansonsten sehr einflussreichen Bezirksinstitutionen. Der Bezirk musste noch in den 1980er Jahren zur Kenntnis nehmen, dass die Kombinatleitung seine Konzepte zur Wohnungsversorgung nicht akzeptierte und bei Verweigerung der Zuteilung von mehr Wohnungen mit dem direkten Kontakt zum zuständigen Minister drohte.³⁸²

Die personelle wie finanzielle Ausstattung der Kommune war im Vergleich zum Kombinat marginal: Bereits der Kultur- und Sozialetat des Lkw-Werkes überschritt die entsprechenden

³⁸⁰ Auch in anderen Industriestädten der DDR nahmen die Bewohner häufig wahr, dass die Probleme der Stadt „von nachgeordneter Bedeutung gegenüber dem Werk“ waren. Vgl. *May: Planstadt*, S. 235.

³⁸¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11998, Analyse der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Stadt Ludwigsfelde, ausgearbeitet am 18.9.1968, S. 1. Eine ähnliche Zusammensetzung lässt sich für das Jahr 1953 in StalinStadt feststellen: Von 50 Mitgliedern der StVV waren 21 Betriebsangehörige. Vgl. *May: Planstadt StalinStadt*, S. 215.

³⁸² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27250/1, Zusammenarbeit mit der SED-Bezirksleitung, 1981, 1986–87, Bezirksplankommission TW, Potsdam 31.3.1987, Notiz über die Beratung im IFA Kombinat Nutzkraftwagen am Sonnabend, den 28.3.1987, S. 2.

Mittel der Stadt für Soziales und Kulturelles um ein Vielfaches. Trotz dieser großen Bedeutung der Industrie entwickelten sich in Ludwigsfelde die Betriebsleitungen nicht zum „Zentrum lokaler Politik“. Die Gemeinde lediglich als einen Bittsteller zu bezeichnen, greift zu kurz – die Abhängigkeiten waren durchaus beidseitig, wodurch sich der Stadt immer wieder Möglichkeiten zur eigenen Interessendurchsetzung eröffneten. Aus der dominanten Rolle des Betriebes resultierte auch eine hohe Verantwortung für das Territorium: Misserfolge der Produktion durften angesichts der Bedeutung der Produktion für die DDR nicht zugelassen werden. Auf die lokalen Akteure in Betrieb und Stadt wurde diesbezüglich von den übergeordneten Organen erheblicher Druck ausgeübt. Neben der Einschränkung des Spielraums der Stadt bot diese Konstellation auch große Möglichkeiten der Kooperation. So war die Stadt durch die ökonomische Bedeutung des Werkes bevorzugtes Versorgungsgebiet mit Konsumgütern und Schwerpunkt des Wohnungsbaus. Der massive Aufbau des Werkes und der Wohnungsbau seit den 1950er Jahren führte Werk und Stadt immer wieder zu gemeinsamen Anstrengungen, aber ebenso oft auch zu harten Auseinandersetzungen. Im Laufe der Jahrzehnte gab es zwischen Werk und Stadt sowohl Prozesse der Interessenangleichung als auch der Interessendifferenzierung.

Insbesondere in den Anfangsjahren neigte das Autowerk dazu, die Stadtverwaltung bei für das Territorium wichtigen Entscheidungen zu umgehen und nicht als gleichwertigen oder beachtenswerten Partner anzusehen. Zwischen Gemeinde und AWL gab es in jenen Jahren regelmäßig Meinungsverschiedenheiten über die Frage der „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“, die Kulturangebote in der Stadt, Entscheidungskompetenzen und Finanzen. Massive Kritik am Industriewerk wurde von Seiten der Gemeinde vor allem in der Aufbauphase nach 1952 und erneut nach dem Beginn der Lkw-Produktion 1963 geübt, also während der Phasen als auch die neue Industriegemeinde noch ihre eigene Rolle suchte. 1956 beschwerte sich die Gemeinde darüber, dass „das IWL stets wünscht, daß der Gemeinderat bzw. der Bürgermeister zum Werk kommt und katzbuckelt. Dieser Zustand muß nun aber energisch geändert werden. Die Staatsorgane – in diesem Falle die örtlichen, d.h. der Rat der Gemeinde – müsse respektiert werden. Es geht nicht an, daß sich die Werkleitung über derlei Dinge erhaben fühlt.“³⁸³ In den 1950er Jahren planten Gemeinde und Werk mehrfach gleichzeitig ähnliche Vorhaben ohne gegenseitige Abstimmung, teils sogar ohne Kenntnis der anderen Projekte. „Nun wird hier so ganz nebenbei gesagt, daß diese Projekte seitens IWL geplant sind. Koll. Lehmann erklärte klipp und klar, daß uns die Bevölkerung für verrückt erklärt haben würde, wenn beide Teile ihre Vorhaben zur gleichen Zeit hätten Wirklichkeit werden lassen!“³⁸⁴ Die Antwort auf die Frage, warum das IWL dem Gemeinderat von einer solchen Parallelplanung nichts gesagt habe – „Man hat uns doch nicht danach gefragt!“³⁸⁵ – verdeutlichte die zu diesem Zeitpunkt geringe Bedeutung der Gemeinde im Selbstverständnis des Betriebes.

³⁸³ KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 28.6.1956, S. 5.

³⁸⁴ *Ebd.*, S. 4.

³⁸⁵ *Ebd.*

Auch der Betrieb war sich in den 1950er Jahren bewusst, dass „das bisherige Nebeneinanderarbeiten von IWL und Gemeinde unfruchtbar sei und seitens des IWL alles getan werden würde, um eine gute Zusammenarbeit zu sichern“.³⁸⁶ Dieser Ankündigung folgten seitens des Werkes jedoch zunächst keine Bemühungen, die Zusammenarbeit mit der Gemeinde auf eine partnerschaftliche Grundlage zu stellen.

In den 1960er Jahren wurde die „Verantwortung der Automobilbauer für die Stadt Ludwigsfelde“ in öffentlichen Äußerungen des Werkes regelmäßig betont. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kombinat wurde dennoch weiterhin als ungenügend empfunden. Die übergeordneten Staats- und Parteistellen sahen im Nebeneinander von Stadt und Werk und der ungenügenden „Verzahnung der kommunalpolitischen Aufgaben mit den Produktionsaufgaben“ einen wesentlichen Grund für die massiven örtlichen Probleme gegen Ende der 1960er Jahre. Die Bezirksstellen mahnten dabei auch die Stadt zur Intensivierung ihrer Bemühungen, da die Produktionsaufnahme der Lkw-Förderung auch an sie neue Anforderungen stellen würde.³⁸⁷

Während der schweren Produktionskrise 1968/69 beschäftigten sich auch die zentralen Stellen intensiver mit den Problemen der Zusammenarbeit vor Ort. Selbst im „Neuen Deutschland“ wurde in Berichten über Ludwigsfelde die Notwendigkeit der besseren Entwicklung der Einheit von Stadt und Werk herausgestellt: „Es gibt kein kommunales Problem der Stadt, das nicht in irgendeiner Form auf das Automobilwerk ausstrahlt, wie es umgekehrt keine Entscheidung von Bedeutung im Automobilwerk gibt, die nicht ihre Auswirkungen auf die Stadt hat.“³⁸⁸ Die Umsetzung der zentralen Aufforderung zur besseren Zusammenarbeit scheiterte aber immer wieder an Eigeninteressen der beiden Partner, insbesondere des Werkes. Auch für die übergeordneten Staatsstellen hatten letztlich immer die Interessen des Betriebes Vorrang. Die Einheit von Stadt und Werk wurde in diesem Sinne zumeist als Unterordnung der Stadt unter das Werk verstanden.

Gute Arbeits- und Produktionsbedingungen im Werk waren auf Dauer nur durch eine intensivere Kooperation mit der Stadt zu erreichen. Wegen der prekären Frage der Arbeitskräfteversorgung musste das Kombinat aus eigenem Interesse bemüht sein, auch die Lebensbedingungen im Ort zu verbessern. Ein zentraler Punkt war aus Sicht des Betriebes neben dem Wohnungsbau vor allem die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um die Arbeitsausfälle der weiblichen Beschäftigten zu reduzieren. Sozialeinrichtungen waren unabdingbar für das Funktionieren der Stadt *und* des Werkes. Neben der Wohnungsverorgung war insbesondere der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen ein wesentlicher Grund für die Arbeitskräftedefizite im Werk, da die Mütter deshalb für die Produktion ausfielen.³⁸⁹ Dau-

³⁸⁶ KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 14.3.1956, S. 2.

³⁸⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11998, Analyse der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Stadt Ludwigsfelde, 18.9.1968, S. 4.

³⁸⁸ *Herbert Naumann/Alfred Kobs: Für den Kampf um die Planerfüllung: Lehren aus dem Automobilwerk Ludwigsfelde (III) Auch Stadt und Kreis tragen Verantwortung. Über Wechselbeziehungen zwischen Betrieb und Territorium*, in: Neues Deutschland, 19.12.1969, S. 3.

³⁸⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 009, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 29.10.1969, Bericht des Vorsitzenden der Ständigen Kommission Volksbildung, S. 3.

erhafte Verbesserungen waren in der Frage der Kinderbetreuung sowie im Bereich der Versorgung mit Kultur- und Konsumangeboten letztlich nur im Zusammenwirken mit der Stadt zu erreichen.³⁹⁰ Die Ludwigsfelder Bürgermeister mussten die örtlichen Betriebe – neben dem Kombinat auch die anderen kleineren Gewerbebetriebe – immer wieder auf die große Bedeutung der Lebensqualität innerhalb der Stadt für die Arbeitskraft der Beschäftigten hinweisen: „Die Werktätigen schöpfen außerhalb der Betriebe in unserer Stadt neue Kraft für ihre Arbeit. Es handelt sich um einen einheitlichen Reproduktionsprozeß, den niemand zerteilen kann.“³⁹¹

Arbeitskräftelenkung, Arbeitskräftegewinnung und Fluktuation

Ein zentrales Problem für den Betrieb war die erhebliche Fluktuation seiner Arbeitskräfte, die unter anderem durch die unzureichenden Lebensbedingungen in und um Ludwigsfelde erzeugt wurde. Arbeitskräftemangel war neben der Wohnungsfrage ein zentrales Problem der DDR.³⁹² Das „Horten von Arbeitskräften“³⁹³ war deshalb typisch für die realsozialistische Planwirtschaft. Arbeitskräftelenkung zur bedarfsgerechten Verteilung von Beschäftigten zwischen Betrieben und Territorien galt in der Theorie als ein wesentlicher Bestandteil der Planwirtschaft.³⁹⁴ Letztlich scheiterten jedoch alle Versuche zur koordinierten Arbeitskräftelenkung in der DDR. Der hohe Anspruch des planwirtschaftlichen Instruments der Arbeitskräftelenkung ließ sich angesichts lokaler und betrieblicher Eigeninteressen nur unzureichend verwirklichen.³⁹⁵ Die DDR verfügte trotz staatlicher Planwirtschaft nur über ein bescheidenes Instrumentarium der Arbeitskräftelenkung, das sich im Wesentlichen auf die frühzeitige Steuerung der Berufswahl von Jugendlichen und die „Umsetzung“ von Arbeitskräften im Falle von Schließungen oder Neubauten von Betrieben beschränkte.³⁹⁶ Theoretisch bestand zwar die Möglichkeit zur Delegation von Arbeitskräften zwischen einzelnen Betrieben, die Arbeiter und insbesondere die gut ausgebildeten Fachkräfte und Ingenieure ließen sich jedoch nur widerwillig auf unattraktive Arbeitsplätze verpflichten.

Schon seit Mitte der 1950er Jahre war es angesichts dieser Schwierigkeiten ein wichtiges Ziel der DDR-Wirtschaftspolitik, die einmal eingestellten Arbeitskräfte dauerhaft an ihren Betrieb zu binden und sogenannte „Stammebelegschaften“ zu bilden, insbesondere in Hinblick auf gut ausgebildete Fachkräfte. Angesichts des allgemeinen Wohnraum Mangels sollte insbesondere dem massiven Ausbau von Wohnstädten in der unmittelbaren Nähe zu Kombinat eine entscheidende Lenkungs- und Bindungsfunktion zukommen.³⁹⁷

³⁹⁰ Siehe zu Frauenbeschäftigung und Kinderbetreuung in Ludwigsfelde, S. 348.

³⁹¹ StadtAL Nr. 102005 008, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 6.11.1968, Beitrag von Bürgermeister Körl, S. 11.

³⁹² Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 228 und *Bouvier*: Sozialstaat, S. 57.

³⁹³ *Werner Müller*: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28, 2001, S. 43–53, hier S. 49.

³⁹⁴ Vgl. *Hoffmann*: Planwirtschaft, S. 537.

³⁹⁵ Vgl. *Dierk Hoffmann*: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945–1963. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 60, München 2002. Zur Versorgung von Schwerpunktbetrieben siehe insbesondere S. 528–530 und zu Instrumenten der Arbeitskräftelenkung siehe S. 183–206.

³⁹⁶ Vgl. *Müller*: DDR, S. 50.

³⁹⁷ Vgl. *Hoffmann*: Planwirtschaft, S. 547.

Trotz des massiven Wohnungsbaus gelang es in Ludwigsfelde niemals, alle für das Werk notwendigen Beschäftigten im Ort anzusiedeln. In der Anfangsphase des Aufbaus des Industrierwerkes im Jahre 1954 lebten 68,2 % der Beschäftigten in einem Umkreis von 5 km um das Werk,³⁹⁸ d.h. hauptsächlich in Ludwigsfelde und umliegenden Dörfern. Ende 1963 betrug der Anteil der in Ludwigsfelde ansässigen Beschäftigten des IWL nur noch 61 %.³⁹⁹ Bis 1964 stieg der Anteil der Ansässigen leicht auf 63,5 % an. Von den 1.377 Einpendlern kamen 258 aus dem Kreis Luckenwalde 469 aus Potsdam Stadt und 248 aus Potsdam Land.⁴⁰⁰ Mitte 1965 hatte das AWL 1.439 Einpendler.⁴⁰¹ Für eine industrielle Kleinstadt war der Anteil der vor Ort wohnenden Beschäftigten durchaus beachtlich. Da gerade unter den Langstrecken-Pendlern die Fluktuation hoch war, blieb der unzureichende Wohnraum in Ludwigsfelde jedoch bis 1989 ein großes Problem für die Stabilität des Betriebes.

Durch den massiven Wohnungsbau der 1950er und 1960er Jahre konnten bis 1975 immerhin 67 % der Belegschaft des Autowerkes in der Stadt Ludwigsfelde eine Wohnung finden.⁴⁰² In den 1980er Jahren stieg dieser Anteil sogar auf rund 75 % an.⁴⁰³ Trotz der Errichtung zahlreicher Wohnungen in Ludwigsfelde blieb angesichts des gleichzeitig weiter wachsenden Arbeitskräftebedarfs des Betriebes eine große Zahl der Beschäftigten auf auswärtige Quartiere angewiesen. Da nicht alle Wohnungsbauerfordernisse im Ort zu realisieren waren, entstanden für die Beschäftigten des Autowerkes auch in anderen Orten, vor allem in Potsdam „Am Stern“, Wohnbauten, die explizit für Angehörige des Autowerkes reserviert waren.

Insbesondere während der großen Produktionskrisen 1968 und 1974 musste sich der Bezirk Potsdam unter dem Druck der Zentrale bemühen, Arbeitskräfte aus anderen Kreisen nach Ludwigsfelde zu delegieren. Nur selten wurden bei diesen Aktionen jedoch die erwarteten Zahlen erreicht. So verweigerten sowohl private Firmen wie VEBs in anderen Regionen des Bezirks Potsdam die Abwerbung von Beschäftigten für das AWL.⁴⁰⁴ Diese Ablehnung galt auch für volkseigene Betriebe, die gegen die Werbung für das Autowerk sogar Einspruch

³⁹⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 321/1 1954, Wohnorte der Belegschaft.

³⁹⁹ Die Zahl der Auspendler war demgegenüber marginal und wurde auf 200 geschätzt. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 222, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Kreis Zossen Bezirk Potsdam, Potsdam, Dezember 1964, Objekt Nr. 17/15/65; ebenso BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 753, Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde 1964, S. 11.

⁴⁰⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5551, Zusammenarbeit mit Zentralen Staatsorganen und Kreis, Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksplankommission, Ratsvorlage, für die Ratssitzung am 13.5.1964, S. 21.

⁴⁰¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, Objekt Nr. 25/II/67, 18.1.1968, S. 2.

⁴⁰² Vgl. BArch DC 20 I/4 3392, 149. Sitzung des Ministerrates vom 13.5.1975, Bd. 5, Information zur Lage der Planerfüllung und der weiteren Entwicklung im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde sowie Ergebnisse bei der Durchsetzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 17.4.1975 „Zur Verbesserung der Versorgung der Volkswirtschaft, insbesondere des Bauwesens, mit Lkw-Ersatzteilen“, Blatt 55.

⁴⁰³ *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 46.

⁴⁰⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5551, Einleitung und Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung des VEB AWL bei der Stabilisierung, Bericht über die 11. Beratung des Arbeitsstabes am 22.5.1969, S. 1 und BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5551, Zusammenarbeit mit Zentralen Staatsorganen und Kreis, Arbeitsstab zur Einleitung und Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung des VEB AWL bei der Stabilisierung, Potsdam, den 9.5.1969, Bericht über die 10. Beratung des Arbeitsstabes am 8.5.1969, S. 4.

einlegten und sich trotz „Aussprachen“ hartnäckig weigerten, die Auflage zur „Delegierung“ zu erfüllen.

Die prekäre Arbeitskräftefrage gab dem Ludwigsfelder Betrieb jedoch auch Argumente an die Hand, um gegenüber den übergeordneten Organen gemeinsam mit der Stadt eine bessere Versorgung vor Ort einfordern zu können. Der Betrieb konnte dabei auf Äußerungen von Beschäftigten verweisen, die drohten in anderen Orten Arbeit aufzunehmen, wo sie günstigere Aussichten auf die Zuweisung einer Wohnung hätten.⁴⁰⁵ Viele Beschäftigte wanderten aufgrund der unbefriedigenden Situation in Ludwigsfelde auch nach Berlin ab.⁴⁰⁶ Teilweise nahmen Bewerber die vereinbarte Beschäftigung in Ludwigsfelde erst gar nicht auf, da ihnen „Arbeit und Anfahrt nicht zusagen.“⁴⁰⁷ Die hohe Fluktuation blieb über lange Zeit ein Hauptproblem des Betriebes. Allein im Jahr 1969 schieden 1.070 Beschäftigte aus dem Werk aus. Im Jahr 1974 waren es trotz zahlreicher „Stabilisierungsmaßnahmen“ immer noch 915.⁴⁰⁸ Auch der Ministerrat musste in einer Untersuchung 1975 die hohen Belastungen der Beschäftigten und die unzureichende Wohnungsversorgung zur Kenntnis nehmen. Zum Zeitpunkt des Berichts waren im Betrieb allein 460 Werkstätige beschäftigt, die keinen eigenen Wohnraum besaßen.⁴⁰⁹ In ganz Ludwigsfelde gab es in diesem Jahr 932 Wohnungssuchende ohne eigenen Wohnraum.⁴¹⁰ Viele der neu zugezogenen Beschäftigten mussten mit Unterkünften in Baracken, umfunktionierten Ferienheimen und angemieteten Räumen in Privatwohnungen vorlieb nehmen. Vor allem junge Facharbeiter zogen nach ihrer Eheschließung wieder aus Ludwigsfelde fort, wenn ihnen kein angemessener Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde.⁴¹¹

Neben der unzureichenden Wohnungsversorgung galt auch die Arbeit unter dem Druck des „Exportförderungsbetriebs“ als sehr belastend und verringerte die Attraktivität der Arbeitsplätze. Nach der Zuteilung einer Wohnung in Ludwigsfelde verließen viele Angehörige des Autowerkes wieder den Betrieb und suchten sich eine andere Arbeitsstelle. Wegen der prekären Arbeitskräftefrage musste das Kombinat bemüht sein, die Arbeits- und Lebensbedingungen in Ludwigsfelde zu verbessern, um die Fluktuation zu senken. Deshalb musste gleichzeitig die Bindung an den Wohnort und das Werk gestärkt werden.

⁴⁰⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 014, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 14.6.1973, S. 3.

⁴⁰⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5551, Zusammenarbeit mit Zentralen Staatsorganen und Kreis, Arbeitsstab zur Einleitung und Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung des VEB AWL bei der Stabilisierung, Potsdam, den 27.5.1969, Bericht über die 11. Beratung des Arbeitsstabes am 22.5.1969, S. 1.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 4.

⁴⁰⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 550, PK Kader/Grundsatzfragen, Fluktuation 69–74 Ausscheidungsgründe, Zusammenfassung der Ausscheidungsgründe für das Jahr 1974, S. 1.

⁴⁰⁹ Vgl. BArch DC 20 I/4 3392, 149. Sitzung des Ministerrates vom 13.5.1975, Band 5, Information zur Lage der Planerfüllung und der weiteren Entwicklung im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde sowie Ergebnisse bei der Durchsetzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 17.4.1975 „Zur Verbesserung der Versorgung der Volkswirtschaft, insbesondere des Bauwesens, mit Lkw-Ersatzteilen“ Blatt 59.

⁴¹⁰ Vgl. KreisATF II 2830–2841, Rat des Kreises 1975 II 2836 Sitzung des Rates 26.2.1975, S. 1.

⁴¹¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 555, Wohnkomplex Nord in Ludwigsfelde 1974–1977, Rat des Kreises Zossen an Büro für Städtebau 5.12.1974, Beschlussvorlage Rat des Kreises Zossen, Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Zielstellung sowie Aufgabenstellung zum Investitionsvorhaben des komplexen Wohnungsbaus am Standort „Ludwigsfelde Nord“, Vorlage 26.2.1975, o.S.

Dem Werk war der Zusammenhang zwischen der unzureichenden territorialen Entwicklung und der hohen Arbeitskräftefluktuation im Betrieb bewusst. Es suchte die Ursache für die außergewöhnlich hohe Fluktuation auch darin, „daß die beschlossenen Pläne zur Entwicklung des Territoriums nicht erfüllt werden“.⁴¹² Dieser Zusammenhang wurde auch vom Rat des Bezirkes und den zentralen Stellen in Berlin deutlich erkannt: „Wir gehen davon aus, daß die Lebensbedingungen der Stadt entscheidend auf die Arbeitsproduktivität zurückwirken“.⁴¹³ Hierin liegt ein wesentlicher Grund für die seit Mitte der 1970er Jahre verbesserte Ressourcenbereitstellung für den Industrieort. In den 1980er Jahren verringerte sich die Fluktuation der Werkstätigen in Ludwigsfelde spürbar, die Initiativen zur Eindämmung der Fluktuation, die auch auf Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in der Stadt zielten, erwiesen sich als erfolgreich. 1986 verließen nur 761 Werkstätige aus persönlichen Gründen das Werk, 1987 waren es nur noch 709.⁴¹⁴ 1986 wurde der Arbeitskräfteplan des Stammbetriebes am Standort Ludwigsfelde bei einem Zielwert von 9.082 Beschäftigten nur um 18 Personen nicht erfüllt. Der Fluktuationskoeffizient wies zwar mit 7,4 gegenüber 1985 mit 7,8 eine leichte Verbesserung aus, lag aber immer noch über dem Bezirksdurchschnitt aller Großbetriebe von 6,4.⁴¹⁵ Insgesamt hatten sich die Probleme der Fluktuation in Ludwigsfelde aber gegenüber den Krisenzeiten der 1970er Jahre wesentlich verringert.

4.3.3 Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Betrieb

Seit den 1970er Jahren verbesserte sich vor dem Hintergrund der beiderseitigen Abhängigkeit die Zusammenarbeit der lokalen Akteure deutlich. In immer mehr Bereichen kommunalen Handelns arbeiteten Stadt und Kombinat partnerschaftlich zusammen. Das galt sowohl für die gemeinsamen Anstrengungen zur Gewährleistung der Versorgung mit Konsumgütern sowie bei Initiativen zur Schaffung von Infrastrukturen. Konflikte blieben in vielen Politikbereichen jedoch bis in die 1980er Jahre bestehen, wie ein Ratsmitglied im Interview schildert:

„Sicher, hat der Generaldirektor mich mal angerufen. Damals habe ich auch mal zufällig als Bürgermeister amtiert. Es war ein harter strammer Winter. Jedenfalls, dem Braunkohleheizwerk war die Kohle festgefroren, die Hallen konnten nicht beheizt werden. Man kriegte keinen Nachschub von Kohle, der Direktor hat die Arbeiter nach Hause geschickt. Und mir sagte er: Ich soll gefälligst die Arbeiter von der KWV und sonstige Bürger von der Straße wegholen und ins Werk schicken und Kohle raus-

⁴¹² Herbert Naumann/Alfred Kobs: Für den Kampf um die Planerfüllung: Lehren aus dem Automobilwerk Ludwigsfelde (III): Auch Stadt und Kreis tragen Verantwortung. Über Wechselbeziehungen zwischen Betrieb und Territorium, in: Neues Deutschland, 19.12.1969, S. 3.

⁴¹³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11149, Zusammenarbeit mit dem 1. Stellvertreter 1975, Rat des Bezirkes Potsdam, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden, Potsdam, den 20.12.1975, 5. Bericht über die vom Rat des Bezirkes eingeleiteten Maßnahmen im VEB Automobilwerk Ludwigsfelde, S. 6.

⁴¹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 542/1 81–88 Protokolle BGL Sitzungen, VEB IFA AWL, BGL 15.1.1988 an Generaldirektor Heinzmann, S. 1.

⁴¹⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27250/1, Zusammenarbeit mit der SED-Bezirksleitung, 1981, 1986–87, Rat des Bezirkes Potsdam, Stellv. des Vorsitzenden und Vorsitzender der Bezirksplankommission, den 10.4.1987, an SED-Bezirksleitung Potsdam, z.H. des 1. Sekretärs Genossen Günther Jahn, S. 3.

hacken. Da habe ich gesagt: ‚Nö‘. War für mich erledigt. Dann kam ein Direktor aus dem Werk zu mir und verlangte, dass ich das sofort zu realisieren habe. Da habe ich gesagt: ‚Bestell deinem Generaldirektor einen schönen Gruß, mit mir nicht. Der hat über 5.000 Menschen im Werk.‘ [...]. Dann hat das Telefon geklingelt und er hat mir gesagt: ‚Ich weise an! Der war aber noch nicht fertig mit reden, da habe ich gesagt: ‚Weeste was du mich kannst, du kannst mich mal am ‘ Ich sage es mal so wie ich es gesagt habe: ‚Du kannst mich am Arsch lecken. In deinem Werk kannst du machen, was du willst, aber hier in der Stadt mach ich, was ich will, Ende.‘ Seitdem hat der mich nie wieder angerufen. Das war eine harte Auseinandersetzung, wir haben nicht zugelassen, dass das Werk hier in der Stadt regiert. Er hat gesagt, er sperrt das Geld und alles Mögliche. Die Stadt geht sowieso nicht kaputt und wenn er das Geld sperrt, dann geht das zu Lasten seiner Werkstätigen. Er kann in seinem Werk machen, was er will, hier aber nicht, das geht nicht.‘⁴¹⁶

Eine solche scharfe Auseinandersetzung war in den 1980er Jahren bereits eine Ausnahme angesichts der mittlerweile entwickelten Verflechtungen und eingeführten Mechanismen der Zusammenarbeit. Aber auch in diesen Jahren musste die Stadt immer wieder das Engagement des AWL für Ludwigsfelde einfordern.⁴¹⁷ Umgekehrt musste sich auch der Bürgermeister gegen Vorwürfe des Werkes wehren, dass der Rat der Stadt nicht mehr die Interessen der Werkstätigen vertreten würde.⁴¹⁸ Die Verantwortung des Betriebes für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium wurde von allen Seiten bis zum Ende der DDR immer wieder postuliert und war auch in zahlreichen gesetzlichen Vorschriften und vertraglichen Vereinbarungen zwischen Betrieb und örtlichen Staatsorganen niedergelegt. Inwieweit aus dieser ideologischen Verantwortung auch eine praktische Verantwortung für alle Bewohner der Gemeinde oder nur für die ansässigen Arbeitskräfte des Betriebes resultierte, wurde jedoch von Stadt und Betrieb immer wieder unterschiedlich interpretiert.

Kommunalverträge als Plattformen der Zusammenarbeit

Zur Verbesserung und Formalisierung der Beziehungen zwischen Werk und Stadt trug auch die zunehmende Implementierung des Instruments des Kommunalvertrags bei. Über die in Eigenverantwortung des Kombinates stehenden Leistungen hinaus wurden zwischen Stadt und Kombinat jährlich vertragliche Vereinbarungen über die Übernahme bzw. Finanzierung von städtischen Aufgaben durch das Kombinat getroffen. Die Rahmenbedingungen solcher Vereinbarungen waren im Instrument der „Kommunalverträge“ gesetzlich geregelt.⁴¹⁹ Kom-

⁴¹⁶ Interview Beileke.

⁴¹⁷ „Es erscheint uns als außerordentlich bedeutsam, daß endlich die Leiter der Betriebe unseres Territoriums entsprechend den zentralen Beschlüssen *ihrer* Verantwortung gerecht werden und mit der Kraft ihrer Betriebe mithelfen, die Wohnungsprobleme in unserer Stadt zu lösen.“ StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Bericht des Rates über die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaues, Eigenheim-, Gesellschafts- und Bevölkerungsbaus am 7.9.1988, S. 15.

⁴¹⁸ Vgl. StadtAL Nr. 171001 018, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 28.4.1977, S. 5.

⁴¹⁹ Vgl. Verordnung über die Gestaltung der Vertragsbeziehungen zwischen den Räten der Städte und Gemeinden und den Betrieben zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkstätigen vom 17.7.1968, in: GBl. Teil II, 1968, Nr. 83, S. 661–663.

munalverträge waren ein wesentlicher Bestandteil der kommunalpolitischen Praxis der DDR. Sie besaßen im Rahmen der Aufgabenbewältigung des lokalen Staatsorgans aus Sicht der politischen Führung eine „Schlüsselfunktion“⁴²⁰, da durch sie gezielt finanzielle Mittel und materielle oder personelle Ressourcen der ansässigen Betriebe zur Verfügung gestellt werden konnten. Kooperatives Verwaltungshandeln und flexible Vereinbarungen zwischen Kommunen und Betrieben sollten angesichts der finanziellen Ressourcenknappheit einen Ausgleich schaffen und Schwerfälligkeiten des überzentralisierten und starren Plansystems wenigstens partiell mildern helfen.⁴²¹ In der Stadtverordnetenversammlung wurde 1970 die Aufgabe des Kommunalvertrages darin gesehen, dass durch verbesserte vertragliche Beziehungen zwischen den Betrieben und dem Rat der Stadt das „Dreieck Rathaus – Betrieb – Nationale Front [...] in allen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der Betriebe und des Territoriums wirksam gemacht [würde]“⁴²². Die Unterstützungen durch die Kommunalverträge reichten von der Hilfe bei Straßenausbesserungen, über Mittel für Kulturveranstaltungen bis zu Partnerschaften für Stadtteile und Schulen. Das Kombinat übernahm teils auch komplette städtische Infrastrukturleistungen.⁴²³

Auf der Grundlage der Verordnung des Ministerrates vom 17.7.1968 über die „Gestaltung der Vertragsbeziehungen zwischen den Räten der Städte und Gemeinden und den Betrieben“ sowie der Verordnung über die „Grundsätze der Planung und Standortverteilung der Investitionen“ vom 1.3.1968 wurden die zuvor in Ludwigsfelde in anderer Form getroffenen Vereinbarungen zwischen dem Rat der Stadt und dem VEB Automobilwerk Ludwigsfelde 1968 in einem formellen „Vertragswerk“ zusammengefasst.⁴²⁴ Ähnlich wie mit dem Autowerk wurden auch mit den kleineren Betrieben vor Ort ähnliche Vereinbarungen getroffen.

Bei der Planung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen durfte die Bereitstellung von Mitteln der Betriebe nur objektgebunden zur unmittelbaren Finanzierung geplanter und „materiell realisierbarer“ Maßnahmen erfolgen. Eine globale Zuführung von Mitteln an den örtlichen Haushalt war nicht zulässig.⁴²⁵ Der 1978 abgeschlossene Kommunalvertrag sah die zweckgebundene Zuweisung von 280.000 Mark an den Rat der Stadt vor.⁴²⁶ In Ludwigsfelde

⁴²⁰ Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 158–160.

⁴²¹ Vgl. *ebd.*, S. 157 und Püttner/Rösler: Gemeinden und Gemeindereform, S. 214.

⁴²² StadtAL Nr. 102005 011, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 1.2.1971, Programm der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtausschusses der Nationalen Front Ludwigsfelde zur Führung des sozialistischen Wettbewerbes zur Lösung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1971, S. 2.

⁴²³ Auch im Jahre 2000 schloss die Stadt einen Kooperationsvertrag, nun mit Daimler-Chrysler. Doch diesmal hatte der Vertrag die Übernahme von Infrastrukturleistungen für das vom Konzern errichtete Wohngebiet durch die Stadt zum Inhalt, in: Berliner Morgenpost, 19.5.2000.

⁴²⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11998, Zusammenarbeit des Vorsitzenden mit der Bezirksplankommission 1967–68, Zwischenbericht zum Arbeitsauftrag vom 6.9.1968 „Analyse der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Stadt Ludwigsfelde in Wechselwirkung im VEB Automobilwerk Ludwigsfelde auf der Grundlage der Beschlüsse der örtlichen Volksvertretung“. Ausgearbeitet am 18.9.1968, S. 4.

⁴²⁵ Beschluß über die Richtlinie für die Planung und Finanzierung gemeinsamer Maßnahmen zwischen den Räten der Städte und Gemeinden und den Betrieben und Kombinaten für die Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium – gemeinsame Maßnahmen im Territorium vom 31.7.1970, in: GBl. 1970, Teil II, Nr. 64, S. 464.

⁴²⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 019: Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.8.1978, Abrechnung Jahresplan 1978, 2. Quartal, S. 1.

wurden zur Verbesserung der Versorgung und zur „Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in den Wohnbezirken“ neben den großen Kommunalverträgen auch direkte Partnerbeziehungen zwischen Direktionsbereichen des Betriebes und den Wohngebieten sowie den Schulen der Stadt geschlossen.⁴²⁷

Die typischen Inhalte der Kommunalverträge veränderten sich seit den 1960er Jahren angesichts der sich wandelnden volkswirtschaftlichen Bedingungen. Auch im letzten DDR-Kommunalrecht von 1985 wurde den Kommunalverträgen ein hoher Rang bei der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bürger zugebilligt.⁴²⁸ Die Anzahl der abgeschlossenen Kommunalverträge erhöhte sich in den 1980er Jahren in der DDR laufend. „Für die Masse der Städte und Gemeinden bildeten sie zuletzt die einzige Möglichkeit, dringend erforderliche außerplanmäßige Investitionen vorzunehmen.“⁴²⁹ Während bis Anfang der 1980er Jahre die Betriebe vorwiegend eigene finanzielle Mittel mit den Kapazitäten der örtlichen Räte zusammengeführt hatten, wurde die Bereitstellung finanzieller Mittel aus den betrieblichen Leistungsfonds im letzten Jahrzehnt der DDR aber immer schwieriger und bedurfte immer größerer Anstrengungen, um die Industriebetriebe zum Abschluss von Kommunalverträgen zu bewegen. Vielfach hatten sie aber kaum noch substanziellen Inhalt.⁴³⁰ Auch in Ludwigsfelde registrierte die Ortsparteileitung schon 1980 die Tendenz, dass über Kommunalverträge lediglich Vorhaben abgerechnet würden, die ohnehin bereits bilanziert wären.⁴³¹

Die Verträge mussten in der Regel jedes Jahr neu ausgehandelt werden. Direkte Zwangsmittel, um die Betriebe zu bestimmten Zugeständnissen zu bewegen, hatte die Kommune nicht. Bei der Festlegung der Unterstützungen der Kombinate sowie der Gegenleistungen der Städte in den jährlichen Kommunalverträgen befanden sich die Betriebe in den komplexen Aushandlungsprozessen fast immer in der besseren Position. Obwohl sich für die Betriebe aus den gesetzlichen Bestimmungen Rechtspflichten zur Zusammenarbeit mit den Kommunen ergaben, konnten sie selbst Art, Umfang und Adressat der Mittel bestimmen, sodass die Gemeinden vielfach vom Wohlwollen der Betriebskollektive abhingen.⁴³² Die örtlichen Verwaltungen mussten angesichts der eigenen begrenzten Ressourcen als Bittsteller ständig den Kontakt zu den Betrieben suchen, „um Straßen, Sportanlagen oder Versorgungskomplexe bauen, unterhalten oder reparieren zu können“.⁴³³ Letztlich mussten aber auch die Betriebe im Sinne der „territorialen Reproduktion“ an der Funktionsfähigkeit ihrer Gemeinden interessiert sein.

Grundlage der Diskussionen über den Kommunalvertrag bildete der „Angebotskatalog“, den die Stadt regelmäßig erarbeitete. Er enthielt mögliche Objekte, die im Rahmen der Zusam-

⁴²⁷ Vgl. Start 4, 1976, S. 2.

⁴²⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27239, Maßnahmen in Vorbereitung und Durchführung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe am 4.7.1985, Presse-Informationen, S. 2.

⁴²⁹ *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 213.

⁴³⁰ Vgl. *ebd.*, S. 213–214.

⁴³¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Berichte und Einschätzungen 1980/81, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Sitzung am 24.9.1980, S. 3.

⁴³² Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 157 und 161.

⁴³³ *Neckel*: Staatsorgan, S. 258.

menarbeit realisiert werden konnten. Bei den Verhandlungen über die Kommunalverträge wurden allerdings auch sehr konkrete Forderungen von Seiten des Betriebes erhoben. Die Wünsche des Betriebes richteten sich vor allem auf eine noch weitergehende Bevorzugung bei der Wohnungszuteilung sowie auf zusätzliche Kindergärten- und Krippenplätze.⁴³⁴ Angesichts der eigenen geringen Verhandlungsmasse waren der Rat der Stadt und die Ortspartei schon im Vorfeld der Verhandlungen um eine Eingrenzung dieser Anspruchshaltung des Betriebes bemüht. „Dabei gilt es besonders den Standpunkt ‚gibst Du mir, so geb’ ich Dir‘ abzubauen.“⁴³⁵ Während der Verhandlungen wurde zwischen Rat und OPL zur örtlichen Interessendurchsetzung üblicherweise eine informelle Arbeitsteilung vorgenommen. Der Bürgermeister führte mit den Betriebsleitern Aussprachen, während die Ortsparteileitung mit den BPO-Sekretären Beratungen absolvierte, um über die Betriebspartei zu erreichen, dass die Betriebsleitung den Kommunalverträgen und deren Erfüllung größere Aufmerksamkeit widmet. Die engen finanziellen Spielräume der Stadt waren den Betrieben nicht immer bewusst. Nach Ansicht des Ludwigsfelder Bürgermeisters bestand „noch keine Klarheit [...], daß die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen bzw. deren Verbesserung im Territorium nur mit Hilfe der Betriebe erfolgen kann“.⁴³⁶ Das Autowerk war zwar zumeist bereit, mittels der Kommunalverträge finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Für die Stadt noch wichtiger war aber die gleichzeitige Bereitstellung von materiellen Ressourcen und die Mitarbeit der Werktätigen bei der Verwirklichung der Aufgaben, da ansonsten die finanziellen Mittel „dem Rat der Stadt wenig nützen“.⁴³⁷ Trotz dieser Schwierigkeiten bildeten die Kommunalverträge mit dem IWL – ergänzt durch Vereinbarungen mit den kleineren Betrieben – eine unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben der 1970er und 1980er Jahre in Ludwigsfelde.

4.4 Gestaltungsspielräume: Initiativen und territoriale Rationalisierung

Trotz der politisch vorgegebenen Einschränkungen der lokalen Kompetenzen verblieben der Kommune Instrumente, die zur gezielten Beeinflussung und Gestaltung der städtischen Lebensrealität genutzt werden konnten. Entscheidende Felder zur Generierung von zusätzlichen lokalen Handlungsmöglichkeiten bildeten neben den Kommunalverträgen vor allem die lokalen Bevölkerungsinitiativen und die „territoriale Rationalisierung“.

Das Konzept der „territorialen Rationalisierung“ galt als ein Grundprinzip der kommunalen Politik der DDR.⁴³⁸ Auf der untersten staatlichen Ebene sollten auf diese Weise ungenutzte

⁴³⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3933, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 30.8.1972, S. 1.

⁴³⁵ Ebd., S. 2.

⁴³⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 17.8.1977, Beitrag Körl, S. 2.

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ Vgl. *Werner*: Raumordnungspolitik, S. 223–225; *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 164; *Autorenkollektiv (Hg.)*: Territoriale Rationalisierung fördert Grundfondsökonomie. Erfahrungen aus dem Kreis Aue, Berlin 1989. Vgl. als neue Untersuchung *Heinz Mestrup*: Die Interessengemeinschaft „Territoriale Rationalisierung“ in Jena – Offizielle Netzwerkstrukturen sowie Formen informellen Zusammenwirkens, in: *Annette Schuhmann (Hg.)*: Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR

Reserven erschlossen, die Zusammenarbeit der Betriebe und Institutionen vor Ort verbessert und örtliche Initiativen aktiviert werden.⁴³⁹ Im Gegensatz zum Instrument des Kommunalvertrages umfasste die territoriale Rationalisierung keine zweckgebundenen Maßnahmen und Zuweisungen der Betriebe zur Verwirklichung einzelner kommunaler Projekte. Sie zielte vielmehr auf die Verbesserung der Kooperation der regionalen staatlichen Akteure und der Wirtschaftsbetriebe, um über Gemeinschaftsarbeiten Effektivitätsgewinne im Territorium zu erzielen und so eine „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen“⁴⁴⁰ zu erreichen. Durch die relativ flexibel zu organisierenden Kooperationen zwischen den lokalen Akteuren konnten in Ludwigsfelde Wohnungen ausgebaut, Freiflächen gestaltet und der Bau von kleineren Sozialeinrichtungen ermöglicht werden. Die Unterstützung der „territorialen Rationalisierung“ zur Erschließung aller Rationalisierungseffekte innerhalb eines engeren Gebietes galt seit den 1970er Jahren als eine Schwerpunktaufgabe der Territorialplanung in der DDR.⁴⁴¹ Ein Erfolg der territorialen Rationalisierung war nur durch die Nutzung der Vorteile der räumlichen Nähe der Partner zu erreichen, weshalb die wesentliche Verantwortung für diese Aufgaben bei den Räten der Kreise und Kommunen liegen sollte. Obwohl die Staats- und Parteiführung die örtlichen Organe und die ansässigen Betriebe zu Eigeninitiativen aktivieren wollte, blieben die lokalen Verantwortlichkeiten durch zentrale Vorgaben eingeschränkt. Seit 1976 wurden die Schwerpunkte der territorialen Rationalisierung im „Staatsplan Sozialistische Rationalisierung“, der Bestandteil des jeweiligen Jahresvolkswirtschaftsplanes war, vorgegeben. Diese starre Integration in das Staatsplansystem wirkte sich jedoch langfristig negativ auf die örtliche Initiative aus.⁴⁴² Die übergeordneten Organe erwarteten von den Kommunen erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet und erzeugten so einen großen Druck auf die lokalen Autoritäten. „Territoriale Rationalisierung?“, resümiert ein ehemaliger Bürgermeister diese ständige Erwartungshaltung der übergeordneten Organe im späteren Interview: „Rationelle Terrorisierung hab’ ick immer jesagt“.⁴⁴³ Die territoriale Rationalisierung hatte deshalb zwei Seiten: Sie bot Möglichkeiten zur Vergrößerung des lokalen Handlungsspielraums, andererseits erwuchsen daraus auch zusätzliche Pflichten gegenüber übergeordneten Organen, da dieses lokale, vom Ansatz her flexible Instrument, im Laufe der Zeit immer mehr als fest kalkulierter Beitrag zum zentralen Plan gesehen wurde.

Die territoriale Rationalisierung zielte aus Sicht der Stadt vor allem auf die Nutzbarmachung betrieblicher Ressourcen. Zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben und zur Behebung von Defiziten in den Wohngebieten war jedoch auch die Aktivierung der Mitarbeit der Einwohner unabdingbar. „Bevölkerungsinitiativen“ kamen vor allem im Bereich der Pflege von Freiflächen, städtischen „Verschönerungsprogrammen“, beim Bau von Spielplätzen und anderen

(Zeithistorische Studien des ZZF, 42), Köln/Weimar/Wien 2008, S. 77–102. In diesem Fall der durchaus erfolgreichen Zusammenarbeit zeigt sich jedoch eine starke Dominanz der betrieblichen Akteure.

⁴³⁹ Vgl. *Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR (Hg.): Handbuch für den Abgeordneten, Berlin (Ost) 1984, S. 184.*

⁴⁴⁰ Vgl. *Hausschild: örtliche Verwaltung, S. 164* und *Püttner/Rösler: Gemeinden und Gemeindereform, S. 32.*

⁴⁴¹ Vgl. *Kehrer: Territorialplanung 1998, S. 64.*

⁴⁴² Vgl. *Kehrer: Territorialplanung 2000, S. 21.*

⁴⁴³ Interview Kallmeyer.

kleineren Anlagen in den Wohngebieten zum Tragen. Selbst die Lasten des staatlichen Wohnungsbauprogramms der 1970er und 1980er Jahre wurden in den Bereichen der Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz und bei kleineren Ausbauvorhaben teilweise auf örtliche Initiativen abgewälzt.⁴⁴⁴

Diese Initiativen waren zumeist formell in zentral vorgegebene Rahmenprogramme eingebunden, insbesondere in die „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit! Bewegung“, sowie in weitere Aufbauprogramme, Parteitags- oder Wahlinitiativen oder sie wurden den Territorialen Rationalisierungskonzepten angegliedert. Die bezirklichen Gremien legten die Zielsetzungen für diese Programme durch Wettbewerbsvorgaben weitgehend vorab fest und verpflichteten die Initiativen inhaltlich auf Schwerpunkte des Volkswirtschaftsplanes.⁴⁴⁵ In Ludwigsfelde sollten in diesem Konzept „alle territorialen Reserven der Stadt zur Unterstützung des Exportförderbetriebes VEB IFA Automobilwerk“⁴⁴⁶ eingesetzt werden. In den staatlichen Plänen bestanden sehr genaue Vorschriften der Verantwortlichkeiten und insbesondere der zu erreichenden einzelnen Ziele der „Initiativen“.⁴⁴⁷ Die getroffenen Festlegungen und eingeleiteten Maßnahmen über Bevölkerungsinitiativen blieben dabei unter Kontrolle der Ortsparteileitung.⁴⁴⁸

Aus Sicht der Stadt waren neben den real vor Ort zu erreichenden Verbesserungen auch die quantitativen Erfolgsmeldungen an die übergeordneten Organe von großer Bedeutung für die eigene Legitimation und den Beweis der erfolgreichen kommunalen Arbeit. Für die Aktion „Frühjahrsputz“ konnte die Stadt im Jahre 1975 die Teilnahme von 1.952 Bürgern vermelden, die im Rahmen dieser Aktion Werte in Höhe von 42.900 Mark schufen.⁴⁴⁹ 1980 nahmen am Frühjahrsputz nach Einschätzung der Ortspartei insgesamt 2.100 Bürger teil.⁴⁵⁰ 1982 wurden sogar 4.972 teilnehmende Bürger gezählt.⁴⁵¹

Die Verantwortlichen in Stadt und Ortspartei standen permanent vor der Herausforderung, die Einwohner zur aktiven Mitarbeit an den für die Gesamtentwicklung des Ortes wichtigen Projekten bewegen zu müssen. Um die Bürger von der Sinnhaftigkeit ihrer Mitarbeit zu über-

⁴⁴⁴ Vgl. z.B. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 22887/3 Grundsatzmaterialien zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens 1968–87 im Bezirk, gemeinsame Konzeption zum sozialistischen Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ für das Jahr 1984 des Bezirkes Potsdam, S. 1.

⁴⁴⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 22887/3 Grundsatzmaterialien zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens 1968–87 im Bezirk, gemeinsame Konzeption zum sozialistischen Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ 1984 des Bezirkes Potsdam.

⁴⁴⁶ StadtAL Nr. 171001 018, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Entwurf Jahresplan 1977 für StVV, 15.12.1976, S. 1.

⁴⁴⁷ 1978 wurde festgelegt, dass Initiativvorhaben nur bis zu einem Gesamtwertumfang von 50 TM und bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen bis zu einem Gesamtumfang von 100 TM realisiert werden dürfen BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam Nr. 5579, Tätigkeit einer AG des ZK im AWL. Entwurf des Referates für die 14. Bezirksleitungssitzung, Stand 9.10.1978, S. 53.

⁴⁴⁸ Vgl. KreisATF II 2978, Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 13.2.1980, Beschluß zur Konzeption des Sekretariats der Kreisleitung der SED, des Rates des Kreises und des Sekretariats des Kreisausschusses der Nationalen Front zur Vorbereitung und Durchführung von Stadt- und Ortsbegehungen des Kreises Zossen, 27.2.1980 S. 1.

⁴⁴⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 015, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 16.4.1975, S. 2.

⁴⁵⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 7.5.1980, S. 1.

⁴⁵¹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 022, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 26.5.1982, Tätigkeitsbericht des Rates zwischen der 20. und 21. Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ludwigsfelde, S. 5.

zeugen, wurde die Verantwortung der Einwohner für den öffentlichen Raum – der ja vom ideologischen Anspruch her ein „volkseigener Raum“ war – immer wieder in Reden vermittelt und auch in den Schulen unterrichtet. Trotz dieser Vermittlung von Verantwortung für das Wohnumfeld blieben „Rasenlatscher“, wildes Parken auf Grünflächen und Vandalismus im Wohngebiet auch in der sozialistischen Stadt ein permanentes Problem, das insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren ein immer wiederkehrendes Thema der Beratungen des Rates der Stadt wurde.

Initiativen bildeten sich auch nach Überzeugung des Rates in der Regel nicht von alleine aus der Bevölkerung heraus: „Beharrliche Überzeugungsarbeit, Meinungsstreit für die Durchsetzung des Neuen, konsequentes Auftreten gegen alte Gewohnheiten und Routine, das sind Anforderungen, denen sich jeder bei uns stellen muß. Daß der Erfolg nicht ausbleibt, liegt auf der Hand.“ Allerdings konstatierte auch der Rat der Stadt: „Initiative läßt sich nicht erzwingen.“⁴⁵² Bei Einzelprojekten im Wohngebiet gelang es leichter, die Initiative der Bevölkerung zu aktivieren, während die Verstetigung der Einsätze, die faktisch auf die „Abwälzung“ kommunaler Aufgaben auf die Bürger hinauslief, mit größerer Passivität beantwortet wurde. Auf lange Sicht waren „Initiativen“ der Einwohner im Rahmen der großen Programme nur mit zunehmendem administrativen Aufwand und Druck der Partei, der Betriebe, der Abgeordneten und der Nationalen Front zu initiieren. Während einige Einwohner die Möglichkeit zu eigenem Engagement intensiv für ihr Wohnumfeld nutzten, gab es bei der Mehrheit der Bewohner die Erwartung, dass die „Obrigkeit“ im „komplexen Wohngebiet“ alle Angebote selbstverständlich bereitzustellen hatte.

Ein Instrument, um die Bürger zum Abschluss von Pflegeverträgen zur Erhaltung und Pflege von Grünanlagen zu bewegen, war die dabei gewährte Aufwandsentschädigung. Dadurch sollten Hausgemeinschaften und Bürgern, die bereits Freizeit für diese Arbeiten investiert hatten, insbesondere Werkzeugkosten, die Anschaffung von Rasenmähern und Pflanzgut erstattet werden.⁴⁵³ Die Stadt musste jedoch feststellen, dass sich Ende der 1980er Jahre die Tendenz entwickelt hatte, dass die Bürger, die dafür vorgesehene Summe als „eine schöne Mehreinnahme“ betrachteten, ähnlich wie die betriebliche Feierabend- oder Überstundenarbeit. Die Auszahlung der vertraglich vereinbarten Mittel erfolgte in Einzelfällen auch, wenn die dafür vorgesehenen Leistungen nicht erbracht wurden. Effekt war, dass zwar die Ausgaben für Pflegearbeiten im Stadtgebiet in wenigen Jahren verdreifacht wurden, nach Ansicht des Rates davon aber „recht wenig zu sehen [sei]“.⁴⁵⁴

Vielfach waren die Bemühungen zur Aktivierung der Anwohner auch ohne solche Maßnahmen erfolgreich. Zwar gelang im Rahmen der Bevölkerungsiniciativen nur selten die Etablierung von dauerhaften Verantwortlichkeiten für Objekte und Flächen im Stadtraum, z.B. über Pflegeverträge von Hausgemeinschaften für die Freiflächenwartung im Wohngebiet. Erfolg-

⁴⁵² StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 2.6.1982, Gemeinsame Sitzung mit dem Rat des Kreises, Diskussionsbeitrag Beileke, S. 3.

⁴⁵³ Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 21.1.1988, Begründung des Jahres- und Haushaltsplanes, des Jugendförderungsplanes und des gemeinsamen Wettbewerbsprogramms 1988, Bürgermeister Hengst, S. 29.

⁴⁵⁴ Ebd., S. 29–30.

reicher waren dagegen Einzelinitiativen, die durch einfache bauliche oder gärtnerische Maßnahmen ganz konkrete Verbesserungen im Wohnumfeld brachten. Die lokalen Akteure in Ludwigsfelde, wie das ehemalige Ratsmitglied für Planung, verweisen auf den freiwilligen und bürgernahen Charakter dieser Initiativen:

Aufgesetzt würde zu den Initiativen ich absolut nicht sagen. Sicherlich haben die Stadt und auch die Nationale Front da mitgemischt und die Leute aufgerufen. Natürlich der eine oder andere fühlte sich och gegängelt, weil er vielleicht was anderes vorhatte und da war immer eine Möglichkeit wegzukommen. Ich hab' nur gesagt, wenn eener nicht dabei ist und hat was anderes vor, dann soll er doch fahren, keen Problem, soll er doch nächstes Mal dabei sein. Also ich will schon sagen, der Zusammenhalt war damals größer.“⁴⁵⁵

Die Akzeptanz von Initiativen hing entscheidend vom konkreten Einzelfall ab, wie es Thomas Topfstedt am Beispiel von Neubausiedlungen beschreibt:

„Es gab öde auf Gruppenszwang basierende politische Agitationsveranstaltungen, doch wurden über die Hausgemeinschaften die Interessen der Mieter in der Regel effektiv vertreten. Wo sich die Mieter gut verstanden, gab es regelmäßig Haus- und Wohngebietsfeste, wurden Klubräume und Sportanlagen eingerichtet, die nicht auf „Druck von oben“, sondern durch das Engagement der Bürger zustande kamen und sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten.“⁴⁵⁶

Insbesondere für die Gestaltung von Straßenräumen und kleineren Platzanlagen im unmittelbaren Wohnumfeld konnten auch in Ludwigsfelde Einwohner und Betriebe regelmäßig mobilisiert werden. Vielfach handelte es sich dabei um ganz individuelle Initiativen, die von einzelnen Personen ausgingen, die anschließend von der Stadt lediglich in die öffentlichen Programme integriert wurden. Ein späteres Mitglied des Rates der Stadt erinnert sich an sein eigenes Engagement als Einwohner im Rahmen von Bevölkerungsiniciativen:

„Bäumchenpflanzaktionen kamen an. Das wurde durch die Wohnbezirksausschüsse gefördert und gefordert. Aber dann auch durch Einzelne, die nichts zu tun hatten. Wenn Sie in die Brandenburgische Straße reinfahren und biegen dann in den Anton-Saefkow-Ring, die Ecke dort, da stehen unheimlich viele Bäume. Das hat nur einer aus dem Aufgang gepflanzt, weil er – weiß nicht – Lust zum Gärtnern hatte. Wenn sie heute in die Ernst-Schneller-Straße fahren, da ist der Robertino, der Kindergarten, und parallel ist ein langer Wohnblock, da habe ich gewohnt. Die Bäume, die da stehen, habe ich alle gepflanzt. Aber nicht etwa aus Parteiliebe oder sonst was. Mich hatte geärgert, dass da so eine öde Fläche war. Und die Bäume und Sträucher habe ich organisiert und die haben wir gepflanzt, und ich habe einen Aufruf gemacht und dann kamen die Leute am Sonnabend und haben gebuddelt. Und ich hab die Erde besorgt und die Sträucher.“⁴⁵⁷

⁴⁵⁵ Interview Beileke.

⁴⁵⁶ Vgl. Topfstedt: Wohnen und Städtebau, S. 446.

⁴⁵⁷ Interview Kallmeyer.

In Ludwigsfelde gab es auch Initiativen, die sich völlig ohne Zutun der städtischen Institutionen entwickelten und ganz konkrete Verbesserungen für die Bewohner brachten, wie z.B. die Anlage von Spielplätzen. Obwohl die lokalen Initiativen von „oben“ erwartet wurden und formell vielfach reguliert waren, eröffneten sie für diejenigen Einwohner, die sich persönlich aktiv beteiligen wollten und die gebotenen Chancen konsequent ergriffen, reale Möglichkeiten zur Verschönerung des eigenen Wohnumfeldes. Dabei eröffneten sich trotz der vorab festgelegten Programminhalte erhebliche inhaltliche Gestaltungsoptionen, da sich letztlich so gut wie jede Initiative als Beitrag zum städtischen Gesamtprogramm einordnen ließ. Ideen für solche Initiativen gingen von Hausgemeinschaften, teils von den offiziellen Wohngebietsausschüssen oder Betriebsgruppen aus, häufig waren auch Einzelpersonen die Initiatoren. Selbst von Mitgliedern der Blockparteien gingen wichtige Initiativen in den Wohngebieten aus. So organisierten die der NDPD angehörigen Handwerker das Anpflanzen von Straßenbäumen⁴⁵⁸ und später sogar den Bau einer Brunnenanlage.⁴⁵⁹

Die Nutzung der Mitwirkungsangebote unterschied sich nach der jeweiligen lebensgeschichtlichen Situation der Stadtbewohner, nach Alter, Familienstand, Beruf und Parteizugehörigkeit. Die Resonanz auf Initiativaufrufe war deshalb auch in den einzelnen Quartieren von Ludwigsfelde je nach deren Erstellungsalter und Siedlungsstruktur unterschiedlich. So zeigte sich z.B. größerer Enthusiasmus insbesondere in gerade neu errichteten Wohnkomplexen, deren Umfeld häufig noch unzureichend gestaltet war.

Die Stadtverantwortlichen konnten durch die Bevölkerungsinitiativen zwar wichtige Beiträge zur Defizitbewältigung generieren, sie blieb dabei aber in komplizierte Berichtspflichten gegenüber den übergeordneten Organen eingebunden. Dass die Kommune insbesondere mit dem bürokratischen Instrument der „Mach Mit!“-Initiative, in das die meisten Bevölkerungsinitiativen eingeordnet wurden, unzufrieden war, zeigte sich 1989, als zu Beginn der Umbruchphase im November der Ruf nach Abschaffung der zentralen Gängelung mittels des „Formblattes 950 zur Führung der Bürgerinitiative“ laut wurde.⁴⁶⁰

4.4.1 Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung

Die ehemaligen Verantwortlichen in der Stadtverwaltung stellen im Rückblick die intensive Beteiligung der Bevölkerung an den Belangen der Stadt als Charakteristikum des kommunalen Handelns in der DDR heraus. In der Tat lassen sich zahlreiche formelle Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort identifizieren: Beispielsweise eröffneten die öffentlichen Stadtverordnetenversammlungen, die Wohngebietsausschüsse, die Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen, Eingaben an staatliche Organe und die Mitwirkung in der Nationalen Front Plattformen für das Engagement der Bevölkerung. Diese Foren boten „wenngleich in stark reduzierter

⁴⁵⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsleitungssitzung am 26.5.1983.

⁴⁵⁹ Siehe zum Bau der Brunnenanlage, S. 182.

⁴⁶⁰ Vgl. KreisATF Cn 573, Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 21.11.1989, Referat zur Sonderstadtverordnetenversammlung im Klubhaus, Bürgermeister Harald Kallmeyer, S. 20.

Form, dennoch Formen von Meinungsäußerung, die die örtlichen Partei- und Staatsorgane bei der Durchsetzung ihrer lokalen Politik aufmerksam registrierten“⁴⁶¹.

Angesichts der in der DDR möglichen Interaktionen sieht Wolfgang Engeler in der DDR eine „Aushandlungsgesellschaft“, in der wesentliche Probleme zwischen Bürger und Staat in komplexen Aushandlungsprozessen geklärt wurden.⁴⁶² Dieses Konzept blendet jedoch das autoritäre Gesamtsystem der DDR weitgehend aus. Für die Bürger waren unter diesen Voraussetzungen niemals Verhandlungen auf einer Stufe mit den Herrschenden möglich.⁴⁶³ Die Aushandlungsprozesse und Partizipationsmöglichkeiten blieben Bestandteile der Herrschaftsausübung und -sicherung. Thomas Lindenberger erkennt in dem Prozess des Gebens und Nehmens und der Kompromisse im Kern herrschaftliche Gewalt, allerdings konstatiert er dabei ein Handlungsschema, das „die Beherrschten nicht gänzlich machtlos lässt“⁴⁶⁴. Insgesamt werden die Mitgestaltungsoptionen der Menschen in vielen gesellschaftlichen Bereichen als nicht unerheblich eingeschätzt: „Kleine Leute hatten Macht und Regelungskompetenz.“⁴⁶⁵

Aus dieser limitierten und kontrollierten Form der Mitwirkung folgten jedoch keine demokratischen Teilhaberechte: Die Beteiligungsmöglichkeiten und die Pflichten der Organe zur Bürgerinformation korrespondierten nicht mit konkreten Rechtsansprüchen der Bürger gegenüber den Verwaltungen. Weder bestanden für die Bürger formelle Klageoptionen gegen Entscheidungen vor einer Verwaltungsgerichtsbarkeit noch gab es Möglichkeiten zur direkten Teilhabe an örtlichen Entscheidungsprozessen über lokale Wahlen. Auf der lokalen Ebene war genauso wenig wie in Hinblick auf den Gesamtstaat ein freier Zugang zur Presse oder zu anderen Formen der politischen Öffentlichkeit möglich. Alle Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in der DDR-Stadt waren lediglich von der staatlichen Autorität – und der hinter ihr stehenden Partei – in Grenzen gewährte und jederzeit widerrufbare Angebote, die nicht auf unveräußerlichen Rechten der Bürger basierten. Die Staatspartei bestand auch auf lokaler Ebene auf der Wahrung ihrer uneingeschränkten Autorität.⁴⁶⁶

Die Einbeziehung der Bevölkerung war in der DDR nach Lindenberger durch eine „enge Verschränkung kontrollierender und inspizierender Zugriffe“⁴⁶⁷ gekennzeichnet. Die örtlichen Staatsorgane erfüllten dabei aus Sicht der zentralen Staats- und Parteiführung eine wichtige Funktion zur „gesellschaftspolitischen Integration“, da sie die Bürger vor Ort in den von der SED gesteuerten gesellschaftlichen Prozess einbinden sollten. Auch Martin Sabrow argumentiert in dieser Richtung:

⁴⁶¹ Springer: *Verbaute Träume*, S. 430.

⁴⁶² Vgl. Wolfgang Engeler: *Die zivilisatorische Lücke. Versuch über den Staatssozialismus*, Frankfurt/a.M. 1992. Auch Jeannette Z. Madarasz weist auf den permanenten Aushandlungsprozess mit beiderseitigen Konzessionen hin, der aber nur eine labile Stabilisierung erzeugt hätte. Jeannette Z. Madarasz: *Conflict and Compromise in East Germany, 1971-1989: A Precarious Stability*, New York 2003, S. 2.

⁴⁶³ Vgl. Günther Heydemann: *Die Innenpolitik der DDR*, München 2003 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 66), S. 63.

⁴⁶⁴ Lindenberger: *Alltagsgeschichte*, S. 315.

⁴⁶⁵ Lindenberger: *Diktatur der Grenzen*, S. 31.

⁴⁶⁶ So auch Springer: *Verbaute Träume*, S. 429.

⁴⁶⁷ Lindenberger: *Gesellschaftsgeschichte*, S. 318.

„Aus kulturgeschichtlicher Perspektive stellt die DDR sich primär nicht als totale, fürsorgliche oder moderne Diktatur dar, sondern als Konsensdiktatur, als eine Form von Herrschaft, die den Konsens von Herrschenden und Beherrschten immerfort von oben proklamierte und von unten akklamieren ließ, die unaufhörlich die Massen mobilisierte, um sich aus einer behaupteten Identität von Volk und Führung heraus zu legitimieren.“⁴⁶⁸

Die Einbeziehung der Bürger in gesellschaftliche Prozesse vor Ort äußerte sich in der DDR insbesondere in der Bereitstellung staatlicher Teilhabeangebote. Dabei kam der Mitwirkung von Laien als Elemente der scheinbaren demokratischen Legitimation des Herrschaftssystems eine große ideologische Bedeutung zu. Unabhängig von der Parteimitgliedschaft bestand hier für die teilnehmenden Bürger nach Stefan Wolle jedoch eine Art „Aktivitätsfalle“⁴⁶⁹, in die die Herrschenden die Bevölkerung durch die gebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten zogen, um sie über eine sehr partielle Partizipation zu integrieren.

„Die totale Abstinenz gegenüber ‚gesellschaftlicher Tätigkeit‘ war weder praktisch durchzuhalten noch sonderlich fruchtbringend. Gleichzeitig bestand immer die Gefahr durch Beteiligung tendenziell in das politische System integriert zu werden.“⁴⁷⁰

Ein wichtiges Instrument zur Integration der Bevölkerung in der DDR war die formale „Partizipation“ an den zahlreichen kommunalen Institutionen der „sozialistischen Demokratie“.⁴⁷¹ Den Volksvertretungen gehörten etwa 200.000 Abgeordnete an, darüber hinaus waren eine halbe Million Bürger an ständigen Kommissionen und örtlichen Aktiven beteiligt, 100.000 waren als Schöffen und Mitglieder in Schiedskommissionen, 200.000 in sonstigen Kommissionen und Arbeiter- und Bauerninitiativen (ABI) und fast 700.000 in Ehrenbeiräten und Elternaktiven vertreten.⁴⁷² Insbesondere die Kommissionen und Aktive waren nicht nur inhaltsleere, ritualisierte Beteiligungsformen, sondern konnten bei günstigen Rahmenbedingungen wichtige lokale Aktionsfelder für engagierte Einwohner darstellen.

Diese Ansätze zur formalen Beteiligung der Einwohner sollten das staatssozialistische System flexibler und funktionsfähiger gestalten. Durch laufende Berichterstattung und „Verbindung zu den Massen“ erhielt die Führung auch wichtige Informationen, die ihr eine zeitnahe Reaktion auf die Massenstimmung ermöglichen sollte.⁴⁷³ Die Initiativen und Mitwirkungsangebote bewirkten keine andere Machtverteilung oder gar eine lokale Selbstregierung, sondern sie dienten der „lückenlose[n] Durchstellung der Imperative staatssozialistischer Herrschaft“⁴⁷⁴. Dieses „gesellschaftliche Engagement“ blieb deshalb immer auf genau festgelegte Sozialräume begrenzt.⁴⁷⁵

⁴⁶⁸ Vgl. *Martin Sabrow*: Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: *Konrad Jarausch/Martin Sabrow*: Der Weg in den Untergang, Göttingen 1999, S. 83–116, hier S. 90.

⁴⁶⁹ *Wolle*: heile Welt, S. 111.

⁴⁷⁰ Vgl. *ebd.*, S. 111.

⁴⁷¹ *Weber*: DDR 1945–1990, S. 84.

⁴⁷² Vgl. *ebd.*, S. 84.

⁴⁷³ Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 76.

⁴⁷⁴ *Lindenberger*: Gesellschaftsgeschichte, S. 313.

⁴⁷⁵ Vgl. *Lindenberger*: Grenzen der Diktatur, S. 243.

„Alles darüber hinaus Strebende fiel unter das Verdikt der konterrevolutionären ‚Plattformbildung‘. Ein Großteil der Herrschaftsarbeit der SED bestand darin, Zehntausende von ‚Grenzwächtern‘ vor Ort zu installieren und anzuleiten, die darauf zu achten hatten, dass alle Bürger sich an die angemessenen Spielräume ihres ‚ehrenamtlichen‘ Engagements hielten, ob als gewerkschaftlicher Vertrauensmann, freiwilliger Helfer der Volkspolizei, Mitglied im Wohngebietsausschuss etc.“⁴⁷⁶

Jede abweichende Meinungsäußerung stand darüber hinaus immer – mit oder ohne Wissen der örtlichen Staats- oder Parteioffiziellen – unter potenzieller Beobachtung und Sanktionierung der Staatssicherheit. Nach Hermann Weber war der Grunddefekt des SED-Regimes „von Anfang bis Ende das Fehlen jeder demokratischen Legitimation“.⁴⁷⁷ Dieses Defizit und die obrigkeitliche Staatsstruktur der DDR blieben trotz des intensiveren und unmittelbareren Kontakts von Bürgern und Staatsorganen auch auf der lokalen Ebene evident. Dennoch offerierten die größere Nähe und die häufige Interessenähnlichkeit zwischen Bürgern und lokalen Staatsorganen wichtige Spielräume zur Gestaltung örtlicher Aushandlungsprozesse. Die Aneignung der von der SED unter dem Motto „Arbeite mit – plane mit – regiere mit!“ den DDR-Bürgern gebotenen Möglichkeiten „gesellschaftlicher Aktivität“ beinhaltete die Chance zu deren „eigensinniger Verwendung“ – sowohl durch den einzelnen Bürger wie auch durch die organisierende Kommune.

Zur Adressierung eigener Anliegen boten auch die offiziell organisierten Versammlungen zur Erörterung kommunaler Probleme oder neuer Bauvorhaben eine Plattform. In der Regel handelte es sich zwar um streng formalisierte und ereignislose Informationsveranstaltungen, die die Bürger von den „Errungenschaften“ der Planung unterrichten sollten. Unter bestimmten Rahmenbedingungen, insbesondere wenn es einen breiten kommunalen Konsens in Opposition zu übergeordneten Entscheidungen gab, bestand jedoch durchaus die Chance zur offensiven und auch öffentlichen Thematisierung von Problemen.

Die sogenannte „massenpolitische Arbeit“ zur Rechtfertigung des staatlichen Handelns war eine zentrale Aufgabe lokaler Politik. Seit den 1980er Jahren wurde dafür auch häufig der westliche Begriff der „Öffentlichkeitsarbeit“ in den Akten verwendet. Die gewährten Aktionsfelder sollten als Brücken zwischen den Stadtvertretungen und der Bevölkerung fungieren und somit die Akzeptanz in der Bevölkerung für stadtpolitische Vorgänge erhöhen.⁴⁷⁸ Auch die Stadtregierung war von der Notwendigkeit lokaler Legitimation von unten nicht gänzlich abgeschnitten. Lokale Erfolge und lokale Akzeptanz erhöhten auch die Durchsetzungskraft gegenüber übergeordneten Organen.

Wohl dosierte Unmutsbekundungen einzelner Bürger konnten auch unter den Bedingungen der DDR auf lokaler Ebene punktuelle Verbesserungen bewirken, was den Bürgern durchaus

⁴⁷⁶ Vgl. *ebd.*, S. 243–244.

⁴⁷⁷ Weber: *Geschichte der DDR*, S. 16.

⁴⁷⁸ Vgl. von Saldern: *Herrschaft und Repräsentation*, S. 13.

bewusst war und ihr Selbstbewusstsein hob.⁴⁷⁹ Eine wichtige Funktion übernahmen die formellen Eingaben der Bürger, die an die verschiedenen Staats- und Parteiorgane gerichtet wurden, um Defizite in bestimmten Lebensbereichen benennen und eine Verbesserung einfordern zu können. Eingaben an die unterschiedlichen Staatsorgane konnten sich auf spezifische Einzelfragen wie die unzureichende zahntechnische Versorgung und die Nichteinhaltung der Tourenpläne bei der Müllabfuhr beziehen.⁴⁸⁰ Die Masse der Eingaben betraf jedoch die Wohnungspolitik.

Die Eingaben waren jedoch kein gesichertes Rechtsmittel der Bürger, sondern wiesen eher Merkmale einer Petition im Rahmen eines autoritären Herrschaftssystems auf. Da in der DDR ein Verwaltungsrechtsschutz fehlte, entwickelte sich das Eingabewesen zu einem Teilersatz für förmliche Verfahren.⁴⁸¹ Obwohl die Eingaben eine wichtige Möglichkeit der Artikulation der Bevölkerung darstellten, dürfen sie nicht als demokratische Partizipation missverstanden werden. Die DDR-Führung hatte früh entdeckt, dass die Zulassung von bestimmten Beschwerden dabei half, Konflikte zwischen den Bürgern und dem Staat zu bewältigen. Eingaben waren gleichzeitig ein Instrument, um besonders grobe Missstände zu entdecken und ein Bild über Stimmungen, Probleme und Meinungen in der Bevölkerung zu gewinnen.⁴⁸² Insbesondere Honecker war in den 1970er Jahren am Zugewinn von Massenloyalität interessiert. Nach seiner Auffassung hatten die territorialen Gliederungen der SED ihr Ohr weit näher an der „Stimme des Volkes“ als die Sozial- und Wirtschaftsfunktionäre in der Berliner Zentrale, weshalb ihnen eine besondere Verantwortung bei der Integration der Bürger erwuchs.⁴⁸³

Für die unteren Staatsorgane war es insbesondere problematisch, wenn Eingaben zu lokalen Problemen direkt nach „oben“ gerichtet wurden, da dies ihre eigene Problemlösungskompetenz aus Sicht der Zentrale in Frage stellte und sie mit kritischen Nachfragen oder sogar Sanktionen rechnen mussten. Der Kreis Zossen wies die Stadt Ludwigsfelde deshalb mehrfach an, „durch sorgfältige Bearbeitung aller schriftlichen und mündlichen Eingaben und durch gründliche Aussprachen mit den Bürgern die Eingaben an übergeordnete Organe zu reduzieren“⁴⁸⁴.

Das Bemühen der örtlichen Instanzen um Eindämmung lokaler Unmutsäußerungen hielt aber viele Bürger nicht von direkten „Staatsratseingaben“ ab. Nach Niethammer waren die Staatsratseingaben „im ancien régime der DDR ein weitverbreiteter Brauch, durch Petitionen

⁴⁷⁹ Vgl. *Hartmut Mehls*: Bau einer neuen Stadt: Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrung in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965, in: *Peter Hübner (Hg.): Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte (Zeithistorische Studien, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Band 7)*, Berlin 1995, S. 233–262, hier S. 261.

⁴⁸⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Informationsbericht 3/85 Ortsparteileitung Ludwigsfelde 15.3.1985, S. 2.

⁴⁸¹ Vgl. *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 134.

⁴⁸² Vgl. *Felix Mühlberg*: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin 2004.

⁴⁸³ Vgl. *Skyba*: Sozialpolitik, S. 60.

⁴⁸⁴ StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 24.6.1982, Rat der Stadt Ludwigsfelde Vorlage Nr. 324/82 Beschluß 353/80/82: Beschluß: Schlußfolgerungen aus der gemeinsamen Beratung des Rates des Kreises Zossen und des Rates der Stadt Ludwigsfelde am 2.6.1982 zur weiteren Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit des Rates der Stadt, Stadtrat für Wohnungspolitik, S. 8.

beim Landesherren (sozusagen als obersten Ombudsmann) die Entscheidungen oder die Untätigkeit seiner Bürokraten überprüfen zu lassen. Sie standen im Ruf unerwartet häufigen Erfolgs und konnten sich, der Allzuständigkeit des Staates in einer weitgehend verstaatlichten Gesellschaft entsprechend, prinzipiell auf alle Lebensgebiete beziehen⁴⁸⁵.

Auch die Wahlen zu den verschiedenen staatlichen Ebenen boten den Bürgern Gelegenheit zur Artikulation eigener Bedürfnisse – weniger durch den weitgehend bedeutungslosen Akt der Wahl der Einheitsliste, als vielmehr in deren Vorfeld. Trotz der politischen Bedeutungslosigkeit nahm die SED die inszenierten Wahlen zu den verschiedenen Parlamenten auf Stadt-, Kreis-, Bezirks- und Republikebene „ungeheuer ernst“⁴⁸⁶. Die Wahlvorbereitungen waren ungeachtet der marginalen politischen Bedeutung der Abstimmungen insbesondere für die Angehörigen der lokalen Parteiorganisationen mit erheblichem Aufwand verbunden, da zur Mobilisierung der Bevölkerung regelrechte Kampagnen notwendig waren: „Wo nicht gewählt wird, bedarf es des Wählers auch nicht mehr!“⁴⁸⁷ Die örtlichen Parteiverantwortlichen stellte diese Kampagnen vor große Probleme, da sich auch die einfachen SED-Mitglieder diesem schwierigen Engagement unter ihren Nachbarn zu entziehen versuchten.

Die vor den Abstimmungen organisierten Wählerversammlungen dienten als Podien für die in der DDR geduldete „Meckerkultur“.⁴⁸⁸ Persönlich vorgebrachte Anliegen konnten auf diesem Weg durchaus zum Erfolg führen.⁴⁸⁹ Den lokalen Instanzen musste daran gelegen sein, Gegenstimmen und vor allem die Nichtbeteiligung innerhalb der örtlichen Bevölkerung gering zu halten, da sie sonst Kritik und Konsequenzen der höheren Organe befürchten mussten. Dies gab den Einwohnern im Rahmen der Wahlvorbereitungen gewisse Möglichkeiten zur Kanalisierung persönlicher Anliegen. Schon bei der Übergabe der Wahlbenachrichtigungskarten oblag den örtlichen staatlichen Abgesandten die formelle Pflicht, alle Wünsche und Beschwerden der Bürger zu notieren und an geeignete Stellen weiterzuleiten.⁴⁹⁰ Neben wenigen religiös oder politisch motivierten Widersetzlichkeiten bereiteten den Parteiverantwortlichen in Ludwigsfelde insbesondere diejenigen – ansonsten wenig auffälligen – Bürger Probleme, die aus Gründen der unzureichenden Versorgung mit Wohnraum oder Konsumgütern demonstrativ nicht zur Wahl gingen oder zumindest damit drohten. Die vorgebrachten Anliegen konnten sehr profaner und gleichzeitig sehr konkreter Natur sein: Der Ludwigsfelder Bürger S. erwiderte den auf eine Teilnahme an der Abstimmung drängenden „Agitatoren“ im Jahr 1967: „Er geht nicht zur Wahl, weil seine Treppe nicht repariert ist.“⁴⁹¹ Einwohner hatten durchaus den Mut, ihr konkretes Anliegen mit der Wahlteilnahme zu koppeln: „Die Familie So. (...) lehnt es [im Jahr 1967] ab zur Wahl zu kommen, da sie keine neue Wohnung

⁴⁸⁵ *Niethammer/von Plato/Wierling*: volkseigene Erfahrung, S. 10–11.

⁴⁸⁶ *Wolle*: heile Welt, S. 119.

⁴⁸⁷ *Rolf Heinrich*: Der vormundschaftliche Staat, Hamburg 1989, S. 117.

⁴⁸⁸ *Wolle*: heile Welt, S. 119.

⁴⁸⁹ Vgl. entsprechende Beispiele aus Dresden: *Maaß*: Wohnen in der DDR, S. 174.

⁴⁹⁰ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 120.

⁴⁹¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsbericht Ortsparteilung Ludwigsfelde an die Kreisleitung am 2.7.1967, S. 1.

erhalten haben.⁴⁹² Auch 1986 äußerten sich schon bei der Übergabe der Wahlbenachrichtigungskarten 20 Bürger dahingehend, dass sie nicht zur Wahl gehen würden und begründeten dies zu 90 % mit Wohnungsproblemen. Die bloße Ankündigung nicht zur Wahl zu gehen, hatte schon die Überprüfung der Wohnungsangelegenheiten durch die verantwortlichen staatlichen Stellen zur Folge.⁴⁹³ Die Ortspartei war sich darüber im Klaren, dass einige Nichtwähler „versuchen, ihre Wahlbeteiligung von der Lösung ihrer persönlichen Probleme abhängig zu machen“. Dennoch mussten die Anliegen weiterverfolgt werden, die sich teilweise auch auf nicht genehmigte Reisen ins westliche Ausland oder das fehlende Angebot von PKW-Reifen und Bettwäsche bezogen.⁴⁹⁴

Die Wirksamkeit der Drohungen mit der Wahlenthaltung sank jedoch mit der Häufigkeit der Anwendung erheblich.⁴⁹⁵ Außerdem konnte eine solche Drohung auch in den 1970er und 1980er Jahren immer noch persönliche Risiken bergen. Der kritikbereite Bürger musste auf jeden Fall mit einer verstärkten Aufmerksamkeit der Staatsmacht rechnen. Selbst die Bürger, die erst nach 15 Uhr oder erst nach Aufforderung wählen gingen, wurden durch die Ortspartei später „besonderer Beobachtung“ unterzogen, da bei ihnen „kein fester Standpunkt zum Staat“⁴⁹⁶ anzunehmen sei. „In einigen Fällen verweigern Bürger jede Meinungsäußerung. Sie sind nach Meinung der Genossen die gefährlichen Leute, auf die man achten muß.“⁴⁹⁷ Während die Wahlen auf der einen Seite durchaus ein Instrument waren, über das Bürger in Einzelfällen Anliegen durchsetzen konnten, zeigte sich während der inszenierten Wahl der diktatorische Charakter der DDR besonders deutlich.

4.4.2 Fallstudie: „Der Schwarzbau“ der Volksschwimmhalle

Ein besonders plastisches Beispiel für städtischen Eigensinn, örtliche Initiative der Betriebe und Einwohner und die Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen lokalen Akteure war der Bau der Ludwigsfelder Volksschwimmhalle. Ausgehend von Ideen der Stadtverwaltung konnte Anfang 1969 mit dem Bau begonnen werden, der sich schließlich über dreieinhalb Jahre hinzog und die Kräfte der kleinen Stadt fast überstieg.

Bereits seit den 1950er Jahren wurde in Ludwigsfelde der Wunsch nach einer Schwimmhalle als Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen diskutiert. Konkret wurde vom Rat der Gemeinde Ludwigsfelde erstmals im Jahr 1959 zusätzlich zum Wohnungsbauprogramm die Forderung zum Bau eines überdachten Schwimmbades aufgestellt. Diese

⁴⁹² BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 2078, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, 2.7.1967 an die Kreisleitung: Berichterstattung Nr. 5 zum Wahltag, S. 1.

⁴⁹³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Protokolle der Ortsleitungssitzungen der SED 1985–1986, SED OPL 28.5.1986 Informationen zur Vorbereitung der Volkswahlen, S. 1–2.

⁴⁹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Berichte und Einschätzungen 1980/81, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 7.6.1981, S. 4.

⁴⁹⁵ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 120.

⁴⁹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Berichte und Einschätzungen 1980/81, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 16.6.1981, erste Schlußfolgerungen und notwendige Maßnahmen aus den Erfahrungen und Ergebnissen in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Volkskammer und den Bezirkstagen, S. 8.

⁴⁹⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Berichte und Einschätzungen 1980/81, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 28.5.1981, S. 3.

Zielsetzung fand Eingang in die Planungen des bezirklichen Büros für Hochbau für die „Zweite Wohnstadt“. Es blieb jedoch zunächst bei einer lediglich vagen Standortzuweisung.⁴⁹⁸ Mit der verpflichtenden Einführung des Schwimmunterrichts im Rahmen der Sporterziehung in der DDR wurde das Problem des fehlenden Angebots in Ludwigsfelde Anfang der 1960er Jahre als dringlich erkannt und regelmäßig im Rat der Gemeinde behandelt.⁴⁹⁹ Der Vorrang des Aufbaus der Produktionsanlagen in Ludwigsfelde drängte diese auch von den übergeordneten Organen versprochene Infrastrukturmaßnahme jedoch zunächst wieder in den Hintergrund. Erst die schweren Produktionskrisen des Lkw-Werks in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, die auch durch eine starke Fluktuation der wenig mit dem Ort verbundenen Arbeitskräfte verursacht wurden, eröffneten die realistische Möglichkeit zum Ausbau dieses städtischen Infrastrukturangebots, das auch über die zwingend notwendige Bereitstellung von Wohnungen hinaus zur Verbesserung der örtlichen Lebensqualität beitragen konnte. Die massiven Eingriffe der politischen Zentrale zur Sicherstellung der für die ganze DDR wichtigen Lkw-Produktion verpflichteten nach 1967 neben dem Betrieb und der Stadt auch Kreis und Bezirk zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, um auf diese Weise zum Aufbau einer Stammbewegschaft in Ludwigsfelde beizutragen.⁵⁰⁰ Im Vordergrund der Anstrengungen standen nunmehr nicht mehr allgemeine gesundheitliche, hygienische und schulische Fragen: Das Schwimmbad sollte auch der symbolischen Aufwertung der Stadt und der Verbesserung des Freizeitangebotes und damit der Festigung der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt dienen.

Der Bezirk stellte erstmals 1967 den Bau der Schwimmhalle in sein offizielles Programm für Ludwigsfelde ein,⁵⁰¹ ohne allerdings ausreichende Mittel für die Umsetzung vorzusehen. Die Hauptlasten des Baus sollten nach Ansicht der Verantwortlichen in Potsdam örtliche Initiativen tragen.⁵⁰² Nach Angaben von Beteiligten aus der Stadtverwaltung entstand die konkrete Idee zum Bau der Schwimmhalle in Eigeninitiative jedoch innerhalb der Stadt. Nach dem Scheitern eines damals diskutierten Turnhallenprojektes beschloss – nach Aussage eines Mitarbeiters – der Bürgermeister: „Dann bauen wir eben eine Schwimmhalle.“⁵⁰³ Die städtischen Akten verdeutlichen jedoch, dass die Stadt angesichts ihrer begrenzten Kapazitäten zunächst lange zögerte, bevor sie diese umfangreiche Aufgabe als Initiativbau in eigener

⁴⁹⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam, Nr. 553, Teilbebauungsplan Potsdamer Straße in Ludwigsfelde 1959, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung, Abt. Stadt- und Dorfplanung: Erläuterungsbericht zum Teilbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdamer Straße, S. 18.

⁴⁹⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 5.1.1961, S. 5.

⁵⁰⁰ Vgl. BArch DY 30 J IV 2/3 1473, Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung Potsdam über die Organisation der politisch-ideologischen Arbeit zur Sicherung der Planerfüllung 1968 und der Stabilisierung des VEB Automobilwerke Ludwigsfelde.

⁵⁰¹ Zusammen mit einer ähnlichen Halle in Rathenow und einer größeren in Potsdam. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5329, Sitzung des Bezirkstages vom 21.12.1967, Perspektivplan bis 1970 des Bezirkes Potsdam, Blatt 222: Beschluß Nr. 23/67, Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes, S. 1.

⁵⁰² Vor allem die Räte der Kreise sollten die Mittel der Torgauer Initiative auf den Bau der Volksschwimmhallen in Rathenow und Ludwigsfelde lenken. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5329, Sitzung des Bezirkstages vom 21.12.1967, Perspektivplan bis 1970 des Bezirkes Potsdam, S. 131.

⁵⁰³ StadtAL: Gesprächsprotokoll mit Herr Siegfried Striegler, am 20.2.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, unterschriebenes Protokoll, S. 2.

Regie übernahm. Nach längerer Überlegung entschloss sich der Rat der Stadt erst Ende 1968 endgültig zum Bau⁵⁰⁴, nachdem er sich der Unterstützung der örtlichen Betriebe und übergeordneten Organe versichert hatte. Für die nächsten Jahre bedeutete dies für die neue und damals „jüngste Stadt der Republik“ eine eindeutige Schwerpunktsetzung der Stadtpolitik auf dieses Objekt mit hohem Symbolwert. „Nur durch Konzentration aller Kräfte werden wir dieses Vorhaben meistern und einen Wunsch unserer Bürger verwirklichen.“⁵⁰⁵ In den folgenden Jahren stand dieses Vorhaben im Mittelpunkt der lokalen Maßnahmen. Vor allem die Initiativen „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ und weitere disponible materielle und finanzielle Ressourcen der Stadt wurden auf die Fertigstellung der Volksschwimmhalle konzentriert.⁵⁰⁶ Das Ludwigsfelder Schwimmbad wurde letztlich unter Anspannung aller lokalen Kräfte, auch gegen Desinteresse oder partiellen Widerstand des Kreises und des Bezirkes durchgesetzt, wobei sich die Stadt immer auf die allgemeinen Vorgaben der Staatsführung zur Verbesserung des Angebots in Ludwigsfelde berufen konnte.

Formell blieb der Kreis der Planträger für das Bauvorhaben, während die Stadt als der für die materielle Errichtung verantwortliche Investträger der Schwimmhalle fungierte. Angesichts der großen Belastung, die die Umsetzung eines solchen Vorhabens in eigener Regie für die Stadt bedeutete, wollte die Stadt jedoch auch die Gestaltung nach eigenen Vorstellungen bestimmen, weshalb die angebotenen Standardprojekte für eine kleine Schwimmhalle mehrfach umprojektiert wurden.⁵⁰⁷ Insbesondere Bürgermeister Körl und der Ludwigsfelder Bauamtsleiter wurden zu treibenden Kräften des Baus, indem sie aus den in der DDR existierenden Standardmodellen für den Volksschwimmhallenbau ein herausragendes Symbol lokalen Ludwigsfelder Eigensinns formten. Nach der Grundsatzentscheidung zum Bau fixierte sich die Stadt bald auf ein relativ großes Bad. Ursprünglich sollte ein Projekt aus dem „Volksschwimmhallenprogramm“ übernommen werden, das zu dieser Zeit in der ganzen DDR auch kleineren Städten die Möglichkeit zum Bau von Hallenbädern eröffnen sollte. Seit Ende der 1960er Jahre war in diesem Programm der Bau von etwa 60 kleineren Volksschwimmhallen mit 25-Meter-Bahnen vorgesehen. Nur in größeren Städten sollten Hallen mit wettkampftauglichen Schwimmbahnen in der Länge von 50 Metern entstehen.⁵⁰⁸ Eine solche „wettkampftaugliche“ große Halle wurde in den folgenden Jahren auch das Ziel der selbstbewussten Industriestadt. Die kleineren Volksschwimmhallen, wie sie auch in ländlichen Kleinstädten entstanden, erschienen den lokalen Akteuren als nicht adäquat für die aufstrebende Industrie- und Sportstadt Ludwigsfelde. Als Basis der weiteren Projektierung wurde zwar das kleine Volksschwimmhallenprojekt „Anklam“⁵⁰⁹ verwendet, jedoch durch den Rat der Stadt Lud-

⁵⁰⁴ Vgl. KreisATF XI 1639 Ludwigsfelde 1965–69 Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, Sitzung vom 28.11.1968, S. 1.

⁵⁰⁵ StadtAL Nr. 102005 008, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 6.11.1968, Bericht des Bürgermeisters Körl, S. 12.

⁵⁰⁶ Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1970, Rechenschaftsbericht des Rates der Stadt, Herr Körl, S. 9.

⁵⁰⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 15.2.1968, Anlage: Konzeption zum Bau einer Volksschwimmhalle Ludwigsfelde in den Jahren 1969/70, S. 1.

⁵⁰⁸ Vgl. *Martin Wimmer*: Die Entwicklung des Sport und neue Aufgaben für Städtebau und Architektur, in: *Deutsche Architektur* 5, 1969, S. 263–264.

⁵⁰⁹ Vgl. *Wolfgang Kretschel*: Volksschwimmhalle in Anklam, in: *Deutsche Architektur* 5, 1969, S. 278–279.

wigsfelde wesentlich umgewandelt.⁵¹⁰ Bereits vor dem endgültigen Beschluss zum Bau der Halle legte sich die Stadt auf die Projektierung einer Schwimmhalle mit 50-Meter-Bahnen fest.⁵¹¹

Bald stellte sich jedoch heraus, dass der Bau aufgrund dieser Erweiterung auf die doppelte Größe sehr kostenaufwändig und baulich schwierig zu realisieren sein würde.⁵¹² Der notwendige größere Aufwand wurde auch gegenüber den Bürgern in einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung offensiv vertreten:

„Das uns von Leipzig übergebene Projekt wird überarbeitet mit der Zielstellung, daß unter Einhaltung der Kosten das Becken nicht 25 m sondern 50 m gebaut werden soll. Auch die aufwendige Dachkonstruktion wollen wir ändern, ein Betrieb in Staaken hat uns gegenüber die mündliche Zusage gegeben, uns diese Dachkonstruktion 1969 zu liefern. Es laufen verschiedene Verhandlungen zu Absicherung des benötigten Materials.“⁵¹³

Die intensive Teilnahme der Bürger an den nachfolgenden Baumaßnahmen legt nahe, dass die Einwohner Ludwigsfeldes eine solch große Halle durchaus für ihre Stadt als angemessen betrachteten. Negative Äußerungen der Bürger über diese Schwerpunktsetzung der lokalen Autoritäten sind auch aus den Stimmungsberichten der Ortspartei nicht überliefert.

Der Bezirk war durchaus bereit, eine Schwimmhalle als Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur „Erreichung eines hohen Niveaus in Kultur und Sport in Ludwigsfelde“⁵¹⁴ zu unterstützen. Diese Zusicherung galt jedoch nicht für eine Halle dieser Größe, zumal sie in ihrer Dimension der gleichzeitig in der Bezirkshauptstadt projektierten Halle entsprach⁵¹⁵, die Potsdam zum „Zentrum des Leistungssports“ machen sollte.⁵¹⁶ Für eine weitere Unterstützung des nahe gelegenen Ludwigsfeldes sah der Bezirk deshalb keinen Anlass, die Größe der Ludwigsfelder Halle wurde vielmehr als unangemessene Konkurrenz angesehen. Die verlangte Einschränkung auf eine 25-Meter-Halle akzeptierte die Stadt Ludwigsfelde jedoch nicht. Auf eine umfassende Unterstützung durch den Bezirk für die große Halle musste die Stadt so verzichten, weshalb die Schwimmhalle im Bezirksplan „unbilanziert“ blieb und im Wesentlichen durch örtliche Initiativen im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks gebaut werden musste.⁵¹⁷

⁵¹⁰ Vgl. KreisATF F 17957 1976 Projekt Volksschwimmhalle, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Ludwigsfelde 25.10.1969, Protokoll über am 18.10.1968 durchgeführte Standortberatung über den Neubau einer Schwimmhalle mit Nebeneinrichtungen in Ludwigsfelde, S. 2.

⁵¹¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 18.7.1968, S. 3.

⁵¹² *Ebd.*

⁵¹³ StadtAL Nr. 102005 008, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.5.1968.

⁵¹⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33867/5, VEB IFA Automobilwerke, Maßnahmeplan zur Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED, 17.1.1969, S. 19.

⁵¹⁵ Baubeginn an Schwimmhalle, in: Märkische Volksstimme, 25.2.1969, S. 8.

⁵¹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5329, Sitzung des Bezirkstages vom 21.12.1967, Perspektivplan bis 1970 des Bezirkes Potsdam, S. 131.

⁵¹⁷ Vgl. StadtAL Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Siegfried Striegler, am 20.2.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, unterschriebenes Protokoll.

Selbst als der Bau der Ludwigsfelder Halle nicht mehr zu verhindern war, versuchte der Bezirk – zumindest aus Sicht der lokalen Akteure – den Bauablauf zu verzögern, damit die Halle in der Bezirkshauptstadt früher fertig würde.⁵¹⁸ Der Stadtbaudirektor schildert im späteren Interview, dass er Anfang 1970 vom Bezirksbauamt in Potsdam die Anweisung bekam, den Bau sofort zu stoppen und alle Verträge aufzulösen,

„was ich zum Glück nicht befolgte. Begründet wurde die Maßnahme offiziell mit dem Hinweis darauf, daß dieser Bau nicht im Plan sei – tatsächlich jedoch war man mit dem Bau der Schwimmhalle in Potsdam in Verzug geraten und es konnte nicht sein, daß so ein Prestigeobjekt in der Bezirksstadt später fertig wird als in einer kleineren Stadt des Bezirkes. Auch eine Logik!“⁵¹⁹

Trotz fehlender Unterstützung konnte der Bau im Rahmen mehrerer Initiativprogramme – Nationales Aufbauwerk, Mach-Mit-Wettbewerb und der Torgauer Initiative – unter Nutzung der Kapazitäten städtischer Betriebe, der ansässigen Industrie und durch die Aktivierung von Netzwerken und der ansässigen Bevölkerung fortgesetzt werden. Zur Finanzierung dienten neben begrenzten staatlichen Mitteln vor allem Bevölkerungsspenden, eine Unterstützung von VEB Lotto und Gelder der Betriebe. Für eine Tombola zur Spendensammlung in der Stadt baute die örtliche „Station Junger Techniker“ eigens ein Modell mit Einwurfschlitz, das als Spendensammelbox im Ludwigsfelder Kulturhaus aufgestellt wurde. Der örtliche Kraftverkehr beteiligte sich mit betriebseigenen Fahrzeugen am Bau und transportierte Bauschutt und andere Güter für das Bauvorhaben. Bauarbeiten wurden von der kommunalen Baureparatur, der Freiwilligen Feuerwehr, Betriebsbrigaden und Bevölkerungsinitiativen durchgeführt. Entscheidend war die durch das Autowerk gewährte massive Unterstützung. Über den Kommunalvertrag stellte der Großbetrieb u.a. finanzielle Mittel, Lkws, Kräne, Schweißgeräte und vor allem Arbeitskräfte zur Verfügung.⁵²⁰ Auch die anderen kleineren Betriebe des Ortes engagierten sich. So verpflichtete sich der VEB Rohrleitungsbau im Rahmen des Initiativprogramms für die Schwimmhalle 100.000 Mark an Leistungen auszuführen.⁵²¹ Die wesentliche Verantwortung für Umsetzung und Koordinierung des Baus lag jedoch beim Rat der Stadt. Der in der kleinen Ludwigsfelder Verwaltung nicht vorhandene Sachverstand wurde genauso wie die Materialien pragmatisch „organisiert“. Für die meisten Projektierungen fanden sich Mitarbeiter in der Verwaltung oder sonstige im Ort ansässige Spezialisten ohne Bezahlung zum Engagement bereit. Die konstruktive Umprojektierung auf eine größere Halle konnte durch den örtlichen Stadtbaudirektor erfolgen. Insbesondere innerhalb der ständigen Kommission Bauwesen wurde um weitere Unterstützer des Baus geworben, die u.a. den Kosten-

⁵¹⁸ Vgl. StadtAL, Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Karl-Heinz Heinzelmann, am 12.4.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle.

⁵¹⁹ StadtAL, Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Karl-Heinz Heinzelmann, am 12.4.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle.

⁵²⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Vertrag zwischen dem Rat der Stadt Ludwigsfelde und den VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde vom 26.2.1969.

⁵²¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2945, OPL Ludwigsfelde 1968, Ortsparteilitung der SED Ludwigsfelde, den 5.9.1968 an Kreisleitung der SED – Abt. Information, Betr. Zusammenfassung der politisch-ideologischen Situation, der Stimmung und Meinung der Bevölkerung zu den Ereignissen in der ČSSR für die Zeit vom 21.8. bis 5.9.1968.

plan, die bauliche Statik, notwendige Vermessungen und weitere Berechnungen erstellen konnten.⁵²² Im ganzen Ort wurde erfolgreich nach Spezialisten für die Verlegung von Elektroleitungen, Rohrleitungen sowie nach Maurern und Fliesenlegern gesucht.⁵²³ Durch persönliche Beziehungen in der ganzen DDR konnten Mangelwaren beschafft werden. Dafür wurden teils sehr komplexe Tauschbeziehungen aufgebaut. Da beispielsweise Fliesen aus Potsdam nicht zu bekommen waren, wurden diese durch persönliche Beziehungen aus Meißen organisiert. Auch die Umwälz- und Chlorierungsanlagen wurden durch Bemühungen des Stadtbaudirektors beschafft.⁵²⁴ Der Beton kam durch Nutzung von persönlichen Beziehungen von bezirklichen Einrichtungen in Potsdam. Da der Kreis kein ausreichendes Steinkontingent zur Verfügung stellte, bemühte sich die Stadt um Steine aus dem Kalksandsteinwerk Niederlehme, als dieses gerade seine eigentlichen Abnehmer aufgrund der zu diesem Zeitpunkt zugefrorenen Wasserwege nicht beliefern konnte.⁵²⁵ Vom Zementwerk Rüdersdorf hatte die Stadt Bergzement zugesagt bekommen. Da Bergzement für die Schwimmhalle nicht geeignet war, bemühte sich die Stadt über ein Ringtauschgeschäft für den Schwimmhallenbau nutzbaren Zement zu organisieren.⁵²⁶ Auswärtigen Betrieben wurde zur Überbrückung von Engpässen die Möglichkeit gegeben, am Schwimmbadbau neue Materialien zu erproben. Ein Problem waren z.B. die schwierig zu beschaffenden Spezialmaterialien zur Härtung des Schwimmbeckens. Da Mitglieder der Stadtverwaltung jedoch erfahren hatten, dass ein Leipziger Betrieb ein Erprobungsobjekt für ein neues Verfahren suchte, wurde mit diesem Betrieb verhandelt, um ihm das Ludwigsfelder Becken für dieses Verfahren zur Verfügung zu stellen.⁵²⁷

Bei der Materialbeschaffung bewegten sich die städtischen Verantwortlichen mehrfach nicht nur am Rande der Legalität. Dringend benötigte Bauteile wurden auch kurz entschlossen auf dem Gelände der Baustoffversorgung Potsdam „entliehen“. „An einem Sonnabendmorgen fuhr ich zur Baustoffversorgung nach Potsdam,“ schildert der damalige Stadtbaudirektor, „montierte dort lagernde Paletten auseinander und hinterließ ehrlicherweise einen Brief mit Namen und Adresse und dem Versprechen, das „Ausgeborgte“ innerhalb von 4 Wochen wieder zurückzubringen.“ Diese eigenmächtige Maßnahme hatte umgehend den Besuch der Staatsanwaltschaft zur Folge. Wiederum durch persönlich organisierte Hilfe aus Plauen konnten die „entliehenen“ Materialien nach drei Tagen zurückgegeben werden, wodurch die Aktion ohne weitere Sanktionen blieb.⁵²⁸

Die Probleme der komplizierten Materialbeschaffung für den Hallenbau und das erfolgreiche Engagement der Stadtverantwortlichen wurden ausführlich gegenüber Stadtverordneten und

⁵²² Vgl. KreisATF XI 1639 Ludwigsfelde 1965–69 Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, Sitzung vom 28.11.1968, S. 1.

⁵²³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 15.2.1968, Beschluß 234/60/68, S. 1.

⁵²⁴ Vgl. StadtAL, Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Karl-Heinz Heinzelmann, am 12.4.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, S. 2.

⁵²⁵ Vgl. StadtAL, Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Siegfried Striegler, am 20.2.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, S. 1.

⁵²⁶ Vgl. StadtAL Nr. 102005 008, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 6.11.1968, S. 1.

⁵²⁷ Vgl. StadtAL, Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Siegfried Striegler, am 20.2.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, S. 1.

⁵²⁸ Vgl. StadtAL, Akte Schwimmhalle, ohne Aktennummer, Gesprächsprotokoll mit Herr Karl-Heinz Heinzelmann, am 12.4.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, S. 2.

Bürgern erläutert und dienten somit auch zur Legitimation und Darstellung eigener Erfolge. Auch vor dem gemeinsam tagenden Kreistag und der Stadtverordnetenversammlung schilderten die Vertreter des Stadtbauamtes in großer Offenheit „wie sie es verstanden haben, Materialien als Reserven für die Fertigstellung der Volksschwimmhalle zu beschaffen“⁵²⁹.

Fehlende Baumaterialien führten mehrfach zu Verzögerungen und zu kreativen Änderungen des Entwurfs. Neben dem Bezirk beargwöhnte auch der Kreis die unkonventionellen Methoden der Ludwigsfelder Verantwortlichen bei Baugenehmigung und Ausführung. Während des Bauvorganges kam es wiederholt zu Verstößen gegen die formellen Anforderungen der Baugenehmigungen. Die Bauaufsichtsbehörden des Kreises drohten deshalb mehrfach mit der Stilllegung der Baustelle.⁵³⁰ Der Kreis Zossen sicherte zwar 1968 noch seine volle Unterstützung des Projektes zu.⁵³¹ So wurde im Jahr 1968 dem Rat der Stadt eine finanzielle Hilfe in Höhe von 313.000 Mark zugesagt, die neben der Errichtung eines kommunalen Straßenunterhaltungsbetriebes und zur allgemeinen finanziellen Stärkung der Haushaltslage auch für die Vorbereitung der Errichtung der Schwimmhalle dienen sollten.⁵³² In Bezug auf die notwendigen Formalitäten gab es jedoch immer wieder Auseinandersetzungen mit dem Kreis, da sich die pragmatische Herangehensweise der Stadt kaum mit den planwirtschaftlichen Verfahrensschritten in Einklang bringen ließ. Die verlangte Übersendung formeller Planunterlagen musste der Bürgermeister mit der Begründung ablehnen, dass das Objekt als Initiativbau, ohne bilanzierte Kapazitäten und Material durchgeführt würde, weshalb eine genaue Terminierung der durchzuführenden Arbeiten nicht möglich sei.⁵³³

Auch nach der vielfach verschobenen Fertigstellung des Hallenbaus waren die Auseinandersetzungen noch nicht beendet. Der Bezirk warf der Stadt später vor, dass sie „in Zusammenarbeit mit den Betrieben große Anstrengungen unternommen hat, um Bauten zusätzlich zum Plan zu realisieren“ anstatt die Bemühungen des Bezirkes zu unterstützen und die Realisierung der Planbauten zu fördern.⁵³⁴ Auch der Kreis kritisierte später das durch den Hallenbau in Unordnung geratene Finanzgebaren der Stadt und bemängelte in scharfer Form sogar „grob-fahrlässige Zahlungsvorgänge“. Auch die Finanzinspektion Potsdam hielt der Stadt vor, dass zwar gute Ergebnisse in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht wurden, aber eine große Unordnung im Umgang mit kommunalen Finanzen ge-

⁵²⁹ KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Diskussionsbeitrag 1: Abgeordneter Günter Dietze, Vorsitzender der Kommission Planung, Haushalt, Finanzen, S. 1.

⁵³⁰ Vgl. KreisATF F 17957 Kreisbauamt, Staatliche Bauaufsicht an Rat der Stadt Ludwigsfelde, 3.7.1969.

⁵³¹ Vgl. KreisATF XI 1639 Ludwigsfelde Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, Sitzung am 28.11.1968, S. 1.

⁵³² Vgl. KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Berichterstattung des Rates des Kreises über die Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses und der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes des Kreises auf dem Gebiet der Kultur, der Körperkultur und des Sports und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung des Kreises auf dem Gebiet des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft und des Gesundheitswesens, S. 31.

⁵³³ Vgl. KreisATF H 8210, Volksschwimmhalle Ludwigsfelde – Unterlagen 1969, Rat der Stadt, an Rat des Kreises Zossen Abt. Körperkultur und Sport, 6.8.1969.

⁵³⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Ludwigsfelde Nr. 537, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 26.8.1971, Stellungnahme zum Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam vom 5.8.1971, S. 4.

herrscht hätte.⁵³⁵ Der Bürgermeister drohte angesichts dieser Vorwürfe sogar mit Rücktritt, was im Rahmen des kommunalpolitischen Handelns in der DDR eine sehr ungewöhnliche und riskante Maßnahme war. Als diese Drohung in einer gemeinsamen Sitzung von Stadt und Kreis eskalierte, lenkte die Finanzinspektion ein. Der Vorwurf „grob fahrlässig“ wurde im Revisionsprotokoll gestrichen, worauf der Bürgermeister seine Rücktrittsdrohung zurückzog.⁵³⁶ In den Akten der Stadt ist über 40 Jahre kein vergleichbarer Fall einer solchen lokalen Standhaftigkeit, die zudem erfolgreich ausging, nachzuweisen.



48. Abb.: Volksschwimmhalle in Ludwigsfelde

Der Hallenbau konnte schließlich „durch die Anstrengungen beider Vertragspartner“ – gemeint waren Stadt und Werk – am 30.12.1972, anlässlich des 50. Jahrestages der UdSSR in Nutzung genommen werden.⁵³⁷ Der gewaltige Koordinierungsaufwand des Hallenbaus hatte zumindest zeitweise alle lokalen Akteure in der Verwaltung, der Partei und den Betrieben aber auch weite Teile der Bevölkerung zusammengeführt. Das großdimensionierte Schwimmbad fungierte dabei als ein wichtiges Symbol lokaler Aushandlungsmacht, dem insbesondere nach dem Scheitern wichtiger städtischer Vorhaben in den 1950er und 1960er Jahren und der sich zeigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der urbanen Ausstattung Ludwigsfeldes große Bedeutung für das städtische Selbstbewusstsein zukam.

Die Mitarbeiter des IWL konnten nach Fertigstellung der Schwimmhalle unter Vorlage ihres Betriebsausweises die Schwimmhalle zur Hälfte des Preises nutzen. Mit dieser Regelung sollte „die hervorragende Arbeit der Werktätigen des IWL während des Baus der Volks-

⁵³⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 11.7.1974, S. 3.

⁵³⁶ Vgl. ebd., S. 4.

⁵³⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen im Zusammenhang ZK-Beschluss 1968–1973, Vertrag zwischen dem Rat der Stadt Ludwigsfelde, vertreten durch den Bürgermeister, Genossen Körl und dem VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde, vertreten durch den Betriebsdirektor, Genossen Nowak über Leistungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Jahre 1973, S. 4.

schwimmhalle⁵³⁸ anerkannt werden. Diese Übereinkunft erwies sich jedoch als Hindernis für eine umfassende Nutzung durch die gesamte Stadtbevölkerung. Nach kurzer Zeit wurde die Schwimmhalle in den Zeiten, wo sie durch die Betriebe nicht ausgelastet war, für den Einlass von anderen Bürgern geöffnet.⁵³⁹ In den ersten Jahren enttäuschte die Nutzung der großen Schwimmhalle durch die Bevölkerung die hochgesteckten Erwartungen der Stadtverwaltung. Erst nach einigen Jahren steigerte sich die Nutzungsintensität und die Schwimmhalle entwickelte sich zu einem vielgenutzten Objekt des Stadtstolzes. Die Anzahl der jährlichen Besucher der Volksschwimmhalle erreichte im Jahre 1983 bereits 42.450⁵⁴⁰ und steigerte sich bis 1988 auf 57.883.⁵⁴¹ In ihren Chronikbeiträgen in veröffentlichten Broschüren betonte die Stadt den Stolz der Ludwigsfelder auf „ihre Volksschwimmhalle“.⁵⁴²

Letztendlich blieb ein Bau in dieser Dimension eine kaum zu wiederholende Kraftanstrengung für eine kleine Stadt. Das Bewusstsein, ein Projekt dieser Größe auch gegen die Bezirkshauptstadt Potsdam und die Kreisstadt Zossen durchgesetzt zu haben, hielt sich bis zum Ende der DDR in der Erinnerung der Ludwigsfelder. Bis heute dient der Schwimmhallenbau als Bestätigung eigener lokaler Durchsetzungsmacht.

Die Ludwigsfelder Volksschwimmhalle wurde im Jahr 2006 abgerissen. Die Halle litt – auch bedingt durch ihre diffizile Entstehungsgeschichte – lange Zeit unter erheblicher Störanfälligkeit. Dem 30. Jahrestag der Halleneröffnung wurde noch 2003 in Ludwigsfelde gedacht: „Bei vielen Ludwigsfeldern macht sich beim Gedanken an das drohende Ende der Halle Wehmut breit.“⁵⁴³ Der Abriss wurde nach feierlicher Verabschiedung vorgenommen. Der Bau einer modernen Halle mit „Thermenlandschaft“ konnte in Ludwigsfelde rechtzeitig bis 2006 mit Hilfe eines privaten Investors und öffentlicher Fördermittel realisiert werden. Erneut gelang es Ludwigsfelde – nunmehr unter den Bedingungen der bundesrepublikanischen Fördermechanismen – sich sehr geschickt gegen Widerstand des Kreises – jetzt in Luckenwalde ansässig – und der Landeshauptstadt Potsdam durchzusetzen, die beide Konkurrenz zu ihren bestehenden oder projektierten Hallen fürchteten und erneut den Ludwigsfeldern Verstöße gegen formelle Bestimmungen vorwarfen. So fehlte das formelle Genehmigungsschreiben noch, als der Baubeginn verkündet wurde. 2004 war in der Lokalpresse daraufhin zu lesen: „Der stellvertretende Bürgermeister Frank Gerhard sagte gestern mehrdeutig: ‚Schnelligkeit

⁵³⁸ *Ebd.*, S. 5.

⁵³⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 1197, Kultur- und Sozialfonds 1983, Vertrag zwischen dem Rat der Stadt Ludwigsfelde und dem VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde über Leistungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen der Stadt Ludwigsfelde im Jahre 1983, S. 5.

⁵⁴⁰ Vgl. KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 6.3.1986: Die Stadt Ludwigsfelde zwischen zwei Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen: Daten, Zahlen, Fakten 1981 bis 1986, S. 7.

⁵⁴¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 14.1.1988, Bericht des Betriebes Sportstätten, S. 1.

⁵⁴² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 2010, Veröffentlichte Broschüren 1973–88, Bilanz auf bewährtem Weg zum X. Parteitag der SED. Bild Text-Chronik aus dem VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, Stammbetrieb des IFA-Kombinates Nutzkraftwagen [ohne Blattzählung, um 1980].

⁵⁴³ „30. Geburtstag der Ludwigsfelder Schwimmhalle gefeiert. Halte durch, alte Dame!“, in: Märkische Allgemeine 21.1.2003.

hat Ludwigsfelde schon immer ausgezeichnet.“⁵⁴⁴ Das ambitionierte Hallenprojekt der Landeshauptstadt, welches den gleichzeitig mit der ersten Ludwigsfelder Halle Anfang der 1970er Jahre realisierten Bau ersetzen sollte, scheiterte dagegen zwischenzeitlich.

4.4.3 Weitere Initiativbauten in Ludwigsfelde in den 1970er und 1980er Jahren

Eine mit dem Bau der Schwimmhalle vergleichbare Kraftanstrengung war während der DDR nicht ein weiteres Mal in Ludwigsfelde realisierbar. Dennoch entstanden in ähnlicher erprobter Verfahrensweise in kleinerer Dimension durch lokale Initiativen in den nächsten Jahren Objekte, die mit lokalen Ressourcen die Stadtmitte stärkten und die örtliche Versorgungsstruktur verbesserten. So wurde der neue Rentnertreff in den 1980er Jahren wesentlich durch lokale Anstrengungen, insbesondere unter Initiative des letzten Bürgermeisters von Ludwigsfelde errichtet. Für diesen nichtbilanzierten Bau hatte die Stadt überzählige Platten vom Wohnungsbaukombinat gestellt bekommen, weshalb lediglich die restlichen Ausbaumaterialien in lokaler Initiative organisiert werden mussten. Ein Ratsmitglied erinnert sich an den Bau des Rentnertreffs:

*„Wir hatten ja nichts, weder eine Schrankwand noch Fußbodenbelag, noch ein Klo-
becken, noch einen Wasserhahn. [Alles] haben wir organisiert. Das heißt, wir haben
irgendetwas getauscht und haben uns etwas einfallen lassen.“⁵⁴⁵*

Das Gebäude wurde von einem Projektanten aus dem Automobilwerk ehrenamtlich konzipiert. Gebaut wurde von Bürgern und Werksangehörigen über „Feierabendverträge“.⁵⁴⁶

Im Anschluss an den Bau der Schwimmhalle bot die Arbeitskräftekrise des Jahres 1975 auch Gelegenheit, das Vorhaben der Errichtung einer Kegelbahn bei den übergeordneten Organen durchzusetzen. In Untersuchungen zentraler Organe wurde das Defizit an sportlichen Einrichtungen mehrfach festgestellt und dazu aufgerufen, zu prüfen „ob für die Einrichtung einer Kegelbahn, kombiniert mit gastronomischer Versorgung, eine Kennziffer [für Investitionen] bereitgestellt werden kann“.⁵⁴⁷ Der Bezirk griff auch in diese neuerlichen lokalen Initiativen ein und unterstützte sie, indem er den Rat des Kreises Zossen beauftragte, Vorschläge zu unterbreiten, wie die materielle Sicherung örtlicher Initiativen für die Fertigstellung der im Bau befindlichen Objekte Kegelbahn und Sauna in der Stadt Ludwigsfelde erfolgen kann.⁵⁴⁸ Die Hauptlast lag aber auf städtischen Aktivitäten, die vom Autowerk unterstützt wurden. Die Fertigstellung sollte sich – wie bei der Schwimmhalle – aufgrund zahlreicher Schwierigkeiten lange verzögern und bis 1981 hinziehen. Die Eröffnung der bereits Anfang der 1970er Jahre

⁵⁴⁴ „Ludwigsfelde am Ziel seiner Wünsche. Volksfest zum Schwimmbad-Start“, in: Märkische Allgemeine, 10.9.2004.

⁵⁴⁵ Interview Kallmeyer.

⁵⁴⁶ Interview Beileke.

⁵⁴⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11149, Zusammenarbeit mit dem 1. Stellvertreter 1975, Rat des Bezirkes Potsdam, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Potsdam, den 13.11.1975, Orientierung für die Lösung anstehender Wohnungsprobleme in der Stadt Ludwigsfelde zur Verbesserung der Arbeitskräftesituation, o.S.

⁵⁴⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 12559, 27.11.1975, Konzeption Verbesserung Arbeits- und Lebensbedingungen in Ludwigsfelde, Beschluß des Rates des Bezirkes Potsdam 0211, 27.11.1975, Maßnahmen des Rates des Bezirkes zur weiteren Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Automobilwerk und in der Stadt Ludwigsfelde, S. 7.

angedachten Sauna dauerte schließlich sogar bis Anfang 1983. Auch hier war die Stadt insbesondere bei den Abschlussarbeiten an der Sauna, bei der Holzverkleidung und bei der Beschaffung des Ofens auf die Unterstützung der Bürger angewiesen.⁵⁴⁹

Lokale Initiativen konnten im Endergebnis zwar sehr erfolgreich sein, eine schnelle Realisierung von Vorhaben war aber durch die komplexe Materialbeschaffung so gut wie nie möglich. Ähnlich wie bei der Schwimmhalle hatten die lokalen Autoritäten auch beim Kegelbahnbau gegen formelle Vorschriften verstoßen. In den 1980er Jahren wurde dies aber angesichts der mangelnden Ressourcen – im Erfolgsfall – auch von den übergeordneten Stellen mit größerem Wohlwollen gesehen. 1987 konnte der SED-Kreisleiter selbst in öffentlicher Kreistagssitzung auf den formell nicht ganz korrekten Bau der Kegelbahn in Ludwigsfelde durch den Rat der Stadt mit unverhohlener Sympathie hinweisen. Er betonte, dass auch die offiziellen Stellen im Kreis durch die mit dem Vorhaben verbundenen Unkorrektheiten „Senge wegen Investitionen“ bekommen hätten, aber „jeder hat die Augen zugeedrückt“⁵⁵⁰. Dies verdeutlicht, dass solche teils informellen, teils illegalen Verfahrensweisen spätestens in den 1980er Jahren ein unverzichtbarer Bestandteil kommunalen Handelns geworden waren, die auch die übergeordneten Organe mehr oder weniger dulden mussten.

Initiativbauten zur Bewältigung urbaner Defizite, die zumindest teilweise irregulären Charakter hatten, entstanden in vielen kleinen Städten der DDR. Diese „Schwarzbauten“ fungierten in der lokalen Öffentlichkeit geradezu als städtische Mythen, die die städtische Eigenmacht gegenüber den übergeordneten Organen unter Beweis stellen sollten. Beispiele finden sich dafür in Industriesiedlungen und Kleinstädten wie Wildau⁵⁵¹, Briesen⁵⁵² und Wittstock,⁵⁵³ besonders zahlreiche Fälle zeigen sich jedoch in den neuen industriellen Klein- und Mittelstädten: Die Neustadt Hoyerswerda rühmte sich einer von den übergeordneten Organen „erpressten Schwimmhalle“.⁵⁵⁴ Auch in Schwedt wurden wichtige kommunale Bauten am Rande der Legalität errichtet.⁵⁵⁵ In der Industriestadt Leinefelde entstanden mehrere Schwarzbauten ohne das Wissen des Kreises, auf die die Bewohner noch heute mit Stolz verweisen.⁵⁵⁶

Lokaler Eigensinn ließ jedoch immer wieder Bauten jenseits von Plan und formellen Verfahren entstehen, die regelmäßig als Schwarzbauten bezeichnet wurden und heute noch werden. Schwarzbauten im engeren Sinne waren unter den Bedingungen der vielfachen Kontrolle in der DDR jedoch kaum möglich. Ihr Bau war jedoch zumindest partiell von übergeordneten Stellen geduldet worden. Insbesondere die Genehmigungsbehörden der Kreise, aber

⁵⁴⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725, Vorlagen, Beschlüsse, Skizzen, Beratungsunterlagen zum VEB Autowerk Ludwigsfelde, Schreiben an Stellvertreter des Vorsitzenden und Vorsitzender der Bezirksplankommission, Potsdam 8.3.1976, S. 6.

⁵⁵⁰ KreisATF I 665, Rat des Kreises Zossen, Plenartagung des Kreistages am 14.9.1987 im Klubhaus „Arthur Ladwig“, Diskussionsbeitrag 1. Sekretär der Kreisleitung der SED, Fritz Neitzel, S. 7.

⁵⁵¹ „Mit Hubbühne und Rutsche“, in: Märkische Allgemeine 7.7.2005.

⁵⁵² In Briesen wurde sogar ein Stück aufgeführt „Wie Briesen zu einem Schwimmbad kam“. Vgl. „Und es wird über das Wasser gelaufen“, in: Märkische Allgemeine 19.7.2006.

⁵⁵³ Vgl. „Rutsche ist realistisch, Freibad illusorisch“, in: Märkische Allgemeine 15.12.2005.

⁵⁵⁴ Vgl. *Wolfgang Kil*: Vineta ohne Glocken, in: Stadtbauwelt Nr. 150, 2001, S. 20–27.

⁵⁵⁵ *Springer*: Verbaute Träume, S. 507–508.

⁵⁵⁶ Vgl. *von Plato*: Diaspora, S. 274.

auch die Plankommissionen wurden bei den Baumaßnahmen häufig übergangen, von einer völligen Unkenntnis der Parteiinstitutionen ist aber angesichts ihres vor Ort sehr ausgefeilten Kontrollapparates in der Mehrzahl der Fälle nicht auszugehen.

Im Zusammenhang mit diesen Initiativbauten wurden nicht mehr vorrangig die Leistungen des Staates für seine Bürger betont. Vielmehr trat das Engagement der ansässigen Bürger für ihre Stadt in den 1970er und 1980er Jahren in den offiziellen Darstellungen deutlicher hervor und die wichtige Rolle des „Bürgerfleißes“ bei der Errichtung wurde von den Stadtverantwortlichen hervorgehoben. Damit wählten sie eine sehr traditionelle Formulierung deutscher Stadtpolitik, die sich bereits weit von der Rhetorik der „sozialistischen Stadt“ entfernt hatte.

4.4.4 Fallstudie: Das „illegale“ Krankenhaus

Ein weiteres Beispiel für informelle Handlungsstrategien zur Schaffung einer Einrichtung der lokalen Infrastruktur war die Erweiterung des Ludwigsfelder Krankenhauses. In Ludwigsfelde war erstmals in den Jahren 1952 bis 1954 im Zuge der Errichtung der Sozialistischen Wohnstadt ein Krankenhaus bzw. eine Poliklinik im Nordosten der Ortslage erbaut worden. Mit dem schnellen Wachstum der Bevölkerung war dessen Kapazität jedoch bald unzureichend für den Ort und das sich mit Ludwigsfelde immer stärker vernetzende ländliche Umfeld. Bereits 1958 wurde deshalb das alte Krankenhaus als nicht mehr zeitgemäß angesehen, so dass von der Gemeinde Ludwigsfelde ein Projekt für einen Krankenhausneubau angestrebt wurde.⁵⁵⁷ Durchsetzen ließ sich zunächst nur die Zusicherung für einen Anbau an die Poliklinik, der jedoch erst 1972 bis 1974 realisiert wurde.⁵⁵⁸ Schon bei der Planung dieses Anbaus war jedoch deutlich, dass die Kapazitäten für die wachsende Stadt nicht ausreichen würden.⁵⁵⁹ Die medizinische Versorgung in Ludwigsfelde hatte sich bereits seit den 1960er Jahren deutlich verschlechtert. Die örtlichen Verantwortlichen registrierten, dass lange Wartezeiten und weitere Unzulänglichkeiten innerhalb der Klinik für Unmut unter der Bevölkerung sorgten. Zahlreiche Ludwigsfelder sahen sich dazu gezwungen, zur medizinischen Versorgung nach Berlin zu fahren.⁵⁶⁰

Im Ministerratsbeschluss zum Ausbau Ludwigsfeldes zum Produktionsort für Lkws von 1963 war als Teil der begleitenden Infrastrukturmaßnahmen eigentlich eine Erweiterung des Krankenhauses um ein neues Bettenhaus vorgesehen.⁵⁶¹ Die notwendigen Finanzen waren nach diesem Beschluss aber nicht in den festgesetzten Planmitteln enthalten. Die Mittel sollten

⁵⁵⁷ Vgl. StadtAL Planbroschüren, Perspektivplan bis 1960 der Gemeinde Ludwigsfelde [Broschüre ohne Aktennummer, August 1958], S. 10.

⁵⁵⁸ Vgl. KreisATF I 593–585, Kreistag 1975, Bericht des Rates zur 4. Plenartagung des Kreistages Zossen am 23.1.1975, S. 7.

⁵⁵⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3933, Ortsparteileitung Ludwigsfelde Protokoll, Sitzung am 8.11.1972, S. 1.

⁵⁶⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 011, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung vom 12.11.1970, S. 2–3.

⁵⁶¹ Die Investitionsaufwendungen in Höhe von ca. 3,8 Millionen Mark für eine Kapazität von zusätzlich 100 Betten sollten ursprünglich im Perspektivplan des Gesundheitswesens bis 1970 gesichert werden. Vgl. BArch DC 20 I/5–38, 11. Sitzung der Kommission für laufende Angelegenheiten vom 11.11.1963, Beschluss zur Produktionsaufnahme am 8.6.1965, Blatt 74, S. 17.

vielmehr aus anderen Fonds bereitgestellt werden, was sich in den folgenden Jahren jedoch als wesentliches Hemmnis für die Realisierung erweisen sollte. Zum dringend notwendigen Erweiterungsbau kam es in den nächsten Jahren, die durch den hektischen Bau von Produktionsanlagen und Wohnungen geprägt waren, deshalb nicht.

Eine neue Chance bot sich erst während des staatlich organisierten „Stabilisierungsprozesses“ für die gefährdete Lkw-Produktion nach 1974 im Rahmen der angestrebten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Ort. Nun sperrte sich jedoch der Bezirk vor allem aus finanziellen Gründen gegen die Verwirklichung dieses Baus. Die Verantwortlichen argumentierten gegen den massiven Protest der Stadt und des Kreises, dass die bereits erstmals 1963 getroffenen Feststellungen zur Notwendigkeit eines Krankenhausbaus durch neue Erkenntnisse zur Planung von Einzugsbereichen von Krankenhäusern überholt seien. Ludwigsfelde wurde nun von Seiten des Bezirks aus strukturellen Gründen als Standort eines großen Krankenhauses als ungeeignet angesehen.

Die zunehmenden Probleme der Gesundheitsversorgung der Ludwigsfelder Bevölkerung ließen den Bezirk jedoch bald von dieser Auffassung abrücken. Durch die weiter wachsende Bevölkerungszahl entstanden angesichts des Fehlens eines Krankenhausbaus immer größere Probleme bei der gesundheitlichen Versorgung. 1979 kam es durch Initiative des Kreises zu einem neuen Anlauf zur Errichtung eines Erweiterungsbaus: Nunmehr mit Einverständnis des Bezirks und mit Wissen des Ministeriums für Gesundheit wurde unter Nutzung unterschiedlicher Finanzierungsquellen und durch Umlagerung von bereits für andere Vorhaben bilanzierte Mittel der Neubau eines Bettenhauses in Ludwigsfelde in Regie des Kreises geplant. In den Institutionen des Bezirks wurde nunmehr der pragmatische Ansatz befürwortet, die geplanten Investitionsmittel für den Neubau des Ambulatoriums in Zossen in Höhe von 3,5 Millionen Mark für den Neubau des Bettenhauses Ludwigsfelde einzusetzen.⁵⁶²

In den Jahren 1980 bis 1984 konnte diese von den örtlichen Akteuren mit den vorhandenen begrenzten Mitteln geplante Baumaßnahme abgeschlossen werden. Das Bettenhaus diente der Chirurgie einschließlich der Intensivstation.⁵⁶³ Gleichzeitig erfolgte mit Einverständnis der Kreisstadt Zossen die Umgestaltung des dortigen Krankenhauses zu einer Poliklinik. In beiden Städten wurde diese pragmatische Maßnahme zustimmend aufgenommen, Kreis und Bezirk verstießen mit dieser Vorgehensweise aber eklatant gegen gesetzliche Bestimmungen und zentrale Planvorgaben. Die Stadt hatte über Jahre die Dringlichkeit ihres Begehrens deutlich gemacht, in die Durchführung des – ganz in ihrem Sinne liegenden – größeren Projekts des Gesundheitswesens war sie aber mangels formeller Kompetenzen nur noch am Rande eingebunden.

⁵⁶² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam Nr. 5587, Information Problem Bettenkapazität Krankenhaus Ludwigsfelde, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung am 18.1.1979, Anlage: SED-Bezirksleitung Potsdam, Sekretär für Wissenschaft, Bildung und Kultur, 12.1.1979, S. 2.

⁵⁶³ Vgl. *Kristine Mehltz*: Entwicklung des Evangelischen Krankenhauses Ludwigsfelde-Teltow, in: *Förderverein Kulturkreis Ludwigsfelde e.V. (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Teil 8. Wilhelmshorst 2001*, S. 124–130, hier S. 125.

1984 wurde diese planwidrige Vorgehensweise zufällig durch einen Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission (SPK) aufgedeckt und beim Ministerrat angezeigt. Dem Kreis wurde in der folgenden Untersuchung vorgeworfen, die Bausumme dieses Projektes absichtlich mit 4,9 Millionen Mark zu niedrig angegeben zu haben, um die formelle Genehmigung durch die Zentrale zu umgehen, die bei einer Summe von fünf Millionen Mark nötig gewesen wäre. Bis zum Abschluss des Baus sollte die Maßnahme durch Kostensteigerungen schließlich sogar 6,7 Millionen Mark kosten. „Damit liegt der Verdacht nahe, daß das Vorhaben mit einem Wert von knapp unter 5,0 Mio. Mark der Zentrale nicht bekannt werden sollte.“⁵⁶⁴ Eine von der Staatlichen Plankommission eingesetzte Kontrollgruppe verlangte angesichts dieses Verstoßes vom Ministerratsvorsitzenden Stoph „ernste Konsequenzen“ für Bezirk und Kreis. Die Stadt, die den Wunsch nach Ausbau des Krankenhauses als erste erhoben hatte, blieb durch ihre formelle Nichtbeteiligung an der unkorrekten Baumaßnahme von den angedrohten Sanktionen der SPK verschont. Neben dem Kreis machte die SPK vor allem den Rat des Bezirkes und das von dem Vorhaben vorab informierte Ministerium für Gesundheit für das planwidrige Vorgehen verantwortlich.⁵⁶⁵

Die SPK leitete die Beschwerde offiziell an den Wirtschaftsminister Günter Mittag, der diesen Vorgang von der staatlichen Ebene an Egon Krenz in der obersten Parteihierarchie weitergab.⁵⁶⁶ Das damalige Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees sandte umgehend eine weitere Kontrollgruppe der Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED nach Ludwigsfelde. Durch ihre persönlichen Netzwerke in der Hauptstadt war die SED in Potsdam im Vorfeld über diese Maßnahme bestens informiert und teilte dieses Wissen mit den anderen örtlichen Institutionen des Bezirkes, die eine „Einheitsfront“ gegen die ungeliebten „Bürokraten“ der Staatlichen Plankommission bildeten. Der Bezirksleitung der SED gelang es schon zu diesem Zeitpunkt während „einer Pause des 8. Plenums des ZKs“ in Berlin zur „Vororientierung unserer Standpunkte“ an Egon Krenz eine im Bezirk vorbereitete „Information zum Bettenhaus Ludwigsfelde“ zu übergeben, die die Position der lokalen und regionalen Akteure von Partei und Staat in günstigem Licht darlegte.⁵⁶⁷ Diese Einflussnahme abseits des Dienstweges sollte bei den SED-Parteioberen für Verständnis für die „kreative“ Herangehensweise der territorialen Akteure werben.

Den von der SPK erstellten Kontrollbericht hatte die SED-Bezirksleitung außerdem schon inoffiziell „von Berlin“ – der Informationsgeber bleibt ungenannt – erhalten und bat bei der anschließenden vertraulichen Information des Rates des Bezirkes diesen nicht aus der Hand zu geben, „um die Überlasser dieses Berichtes nicht einer möglichen Bestrafung auszuset-

⁵⁶⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14379, Neubau Bettenhaus Ludwigsfelde 1984, Kontrollbericht zum Investitionsvorhaben „Bettenhaus des Kreiskrankenhauses Zossen, Bereich Ludwigsfelde“, S. 2.

⁵⁶⁵ Vgl. ebd., S. 3.

⁵⁶⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14379, Neubau Bettenhaus Ludwigsfelde 1984, SED-Bezirksleitung, 1. Sekretär, Potsdam, 25.5.1984 Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Egon Krenz mit Genossen Günther Jahn während einer Plenumspause auf der 8. ZK-Tagung (24.5.) betreffs des Bettenhauses Ludwigsfelde, S. 1.

⁵⁶⁷ Vgl. ebd., S. 3.

zen“.⁵⁶⁸ Der Rat des Bezirkes und der Rat des Kreises sowie die SED-Parteileitungen von Kreis und Bezirk sowie der Vorsitzende der Bezirksplankommission waren in die Koordination der „Abwehr“ der Maßnahmen der mächtigen Staatlichen Plankommission einbezogen.

Die von Krenz entsandte neue Untersuchungskommission des ZK stellte ebenfalls formelle Verstöße bei der Baumaßnahme fest. Sie konstatierte nach der Konsultation der – gut vorbereiteten – lokalen Akteure und der Ansicht der baulichen Ergebnisse aber, anders als die SPK, dass es sich um die Umsetzung einer gelungenen Konzeption im Sinne des Territoriums handeln würde. Der Bericht konnte eine gewisse Sympathie für die eigensinnige lokale Modifikation der Planvorgaben nicht verbergen: „Diese Maßnahme fand und findet die Zustimmung der Einwohner der Stadt und der Umgebung von Zossen.“⁵⁶⁹ Mit der Inbetriebnahme des neuen Bettenhauses hätte „sich die Qualität der medizinischen Betreuung im Arbeiterzentrum Ludwigsfelde [...] wesentlich verbessert.“ Die Kommission stellte fest, dass der Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde diese Tatsache sogar als einen Faktor für das gute Ergebnis der Kommunalwahlen am 6. Mai 1984 einschätzen würde.⁵⁷⁰

Angesichts dieser letztlich positiven Einschätzung des Untersuchungsberichts setzte sich die Staats- und Parteiführung im Sinne der Funktionsfähigkeit des Systems über den starren Apparat der eigenen Plankommission hinweg. Der Ministerrat reduzierte – wahrscheinlich auf Weisung der Parteiinstitutionen – die von der SPK geforderten Konsequenzen für die Organe von Bezirk und Kreis deutlich: Nun wurde lediglich ein Nachweis der schnellen Wiederinbetriebnahme der im Rahmen der Umstrukturierung zeitweise stillgelegten Bettenkapazitäten verlangt. Zusammen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen sollte durch den Bezirk ein Konzept erarbeitet werden, das die „optimale Ausnutzung der Kapazitäten“ sicherstellen sollte.⁵⁷¹ Schon wenige Wochen später wurde vom Ministerium diese Untersuchung vorgelegt, die der bestehenden Konzeption die optimale Ausnutzung der Kapazitäten bescheinigte.

Außerdem war eine „strenge Auswertung“ der Vorkommnisse durch den Rat des Bezirkes vorzulegen. Der Vorsitzende des Rates übte in einem Bericht die übliche Selbstkritik und versicherte, dass sich so eine Vorgehensweise nie wieder wiederholen sollte. Dabei rügte er auch plakativ die Handlung des Kreises, allerdings nicht ohne erneut auf den Erfolg des Vorganges zu verweisen. „Zusammenfassend haben wir mit den in Anspruch genommenen Fonds einen hohen Nutzen für die Bevölkerung erreicht.“⁵⁷²

⁵⁶⁸ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14379, Neubau Bettenhaus Ludwigsfelde 1984, SED Bezirksleitung Potsdam an Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Gen. Herbert Tzschoppe 17.5.1984, S. 1.

⁵⁶⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14379, Neubau Bettenhaus Ludwigsfelde 1984, Abteilung Staats- und Rechtsfragen, Berlin, den 28.5.1984: Information über eine Kontrolle zu Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen im Gesundheitswesen des Kreises Zossen, besonders im Arbeiterzentrum Ludwigsfelde, S. 2.

⁵⁷⁰ Vgl. ebd., S. 3.

⁵⁷¹ Vgl. ebd., S. 6.

⁵⁷² BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14379, Neubau Bettenhaus Ludwigsfelde 1984, Rat des Bezirkes Potsdam. Der Vorsitzende des Rates Potsdam 12.6.1984 an Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Genosse Willi Stoph und ZK der SED, Abt. Staats- u. Rechtsfragen z.H. des Genossen Günther Böhme, S. 4.

Das ebenfalls erstellte nachträgliche Gutachten des – im Vorfeld des Krankenhausbaus involvierten – Ministeriums für Gesundheit fiel, wie kaum anders zu erwarten, positiv aus.⁵⁷³ Personelle Konsequenzen erfolgten aufgrund dieser Affäre nicht. Lokaler Eigensinn – diesmal in ungewöhnlicher Zusammenarbeit aller drei unteren Staatsebenen unter Einschluss der jeweiligen Parteigliederungen – hatte sich durchgesetzt, mit teils wohlwollender Unterstützung der zentralen politischen Führung gegen ihre eigenen Wirtschaftsplanungsinstitutionen. Deutlich wurde in diesem Zusammenhang das aus Sicht des lokalen und regionalen Eigensinns bestehende „Feindbild“ der zentralen Planbürokratie, über die man sich – in seltenen Fällen – durch das Zusammenwirken aller regionalen Staats- und Parteistellen hinwegsetzen konnte.

4.4.5 Fallstudie: Die Eingabe gegen den Abriss des Spielplatzes

Von den Staats- und Parteiinstitutionen waren Eigeninitiativen der Einwohner in ihrem Wohngebiet erwünscht, um bestehende Defizite auf einfache Weise auszugleichen. Solche Initiativen konnten jedoch auch zu ungewollten Konflikten mit der Stadtverwaltung führen, insbesondere wenn die errichteten Initiativprojekte in Gegensatz zu übergeordneten Planungen des Wohnungsbaus gerieten. Die Bürger reagierten besonders sensibel, wenn durch Planänderungen Projekte gefährdet wurden, an denen sie selber mitgewirkt hatten.

Im Bereich der „Zweiten Wohnstadt“ an der Karl-Liebknecht-Straße hatte eine Hausgemeinschaft in Eigeninitiative im formalen Rahmen des „Nationalen Aufbauwerkes“ einen Spielplatz zwischen dem „Block 52“ und dem Mittelganghaus an der Potsdamer Straße angelegt und dort im Frühjahr 1974 einen Sandkasten und Spielgeräte errichtet. Der Spielplatz befand sich jedoch auf dem ursprünglichen Bauplatz eines bereits in den 1960er Jahren geplanten Wohnblockes. Dieser „Block 51“ war im Rahmen des Baus der „Zweiten Wohnstadt“ bis 1967 jedoch nicht errichtet worden, da das Baufeld zu diesem Zeitpunkt noch nicht baufertig bereitgestellt werden konnte. Die für diese Stelle geplante Wohnbauinvestition wurde stattdessen weiter westlich auf einem erschlossenen Baufeld vorgenommen, um die Investitionsmittel nicht komplett für die Stadt zu verlieren.⁵⁷⁴

Der Bereich des „Blocks 51“ blieb so, auch nach seiner Beräumung, bis zur Errichtung des Spielplatzes ungenutzt. Unklar ist, ob es im Vorfeld des Baus des Spielplatzes durch die Anwohner auf diesem Gelände eine Abstimmung mit der Stadt gegeben hat. Zumindest dem bezirklichen Büro für Städtebau war eine solche Abstimmung der Bevölkerungsinitiative mit den lokalen Organen nicht bekannt.⁵⁷⁵ Anfang der 1970er Jahre schien eine Bebauung die-

⁵⁷³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14379, Ministerium für Gesundheitswesen, Abteilung Investitionen, 20.6.1984, Bericht über die Beratung am 15.6.1984 zur Realisierung des Auftrages des Vorsitzenden des Ministerrates, Genosse Stoph, vom 30.5.1984 zur Überprüfung, wie die im Kreis Zossen, besonders im Arbeiterzentrum Ludwigsfelde, vorhandenen Kapazitäten des Krankenhauses am effektivsten für die medizinische Betreuung der Bevölkerung eingesetzt werden, o.S.

⁵⁷⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1974, Eingaben zu geplantem Bau hinter dem Hochhaus, Beschluss Nr. 53/9/74, S. 2.

⁵⁷⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 15418, Eingaben 1974 Band 9, Nr. 67 Hausgemeinschaft Karl-Liebknecht-Straße, Beeinträchtigung der Wohnqualität, Büro für Städtebau, den 16.10.1974 an Bezirksbauamt, Stellv. des Bezirksbaudirektors, Genosse Schätze Stellungnahme zur

ses Standortes mit einem Wohnblock nicht in absehbarer Zeit realistisch zu sein. Der Bau- platz des „Blocks 51“ rückte aber unvermittelt plötzlich wieder in das Augenmerk des kom- plexen Wohnungsbaus, da aufgrund eines kurzfristigen Arbeitskräftebedarfs des AWL au- ßerplanmäßige Wohnungsbaukapazitäten für Ludwigsfelde zum Bau von drei „Würfelhäu- sern“ mit jeweils 35 Wohnungen zur Verfügung gestellt werden mussten. Im September 1974 ließ die Stadt deshalb bauvorbereitende Maßnahmen auf dem Gelände an der Karl- Liebknecht-Straße vornehmen. Die Anwohner erfuhren erst zu diesem Zeitpunkt von der Maßnahme und der unmittelbar bevorstehenden Beseitigung „ihres“ Spielplatzes. Diese spä- te Information führte zu Protesten, da dies als Missachtung der erst wenige Monate zuvor für den Spielplatz erbrachten Eigenleistungen der Bewohner gesehen wurde. Eine formelle Ein- gabe an den Bürgermeister, die sich auch grundsätzlich gegen die Sinnhaftigkeit der Bau- maßnahme richtete und von 41 Bürgern des Wohnblocks 52 am 2.10.1974 unterschrieben wurde, sorgte für erhebliche Unruhe bei den Verantwortlichen des bezirklichen Bauwesens und in der Stadtverwaltung.

Die Bürger argumentierten, dass Ludwigsfelde territorial keinesfalls so eingeeengt sei wie andere Städte und daher ein Bauvorhaben zwischen zwei bestehenden Wohnblöcken nicht gerechtfertigt wäre, da dies zu einer starken Flächeneinengung und Beeinträchtigungen füh- ren würde. Die Unterzeichner wollten sich nicht vorhalten lassen, dass sie grundsätzlich ge- gen die weitere bauliche Entwicklung der Stadt agieren würden und betonten deshalb, dass sie „als Bürger einer sozialistischen Stadt“ wissen würden, „dass im Rahmen der Erweite- rung der Betriebe Wohnraum dringend benötigt wird“. Der notwendige Wohnungsbau sollte jedoch nicht auf Kosten ihrer Lebensbedingungen gehen.⁵⁷⁶ „Wir machen hiermit von unse- rem demokratischen Recht Gebrauch und stimmen der vorgesehenen Errichtung des o.g. Wohnblocks nicht zu.“⁵⁷⁷ Neben dieser selbstbewussten Stellungnahme durfte die DDR- typische Drohung der Bürger mit der Weiterleitung der Eingabe an die obersten Staatsstellen nicht fehlen: „Sollten Sie unsere Eingabe nicht kurzfristig bearbeiten, sehen wir uns gezwun- gen, im Rahmen einer Staatsrats-Eingabe dieses Problem einer weiteren Klärung zuzufüh- ren.“⁵⁷⁸ Die Einwohner nahmen die immer wieder offiziell postulierten Möglichkeiten zur Mit- wirkung und das Konzept „Arbeite mit, plane mit“ sehr ernst. Dabei überschätzten sie aber die ihnen real und formell zustehenden „demokratischen Rechte“ ebenso wie die Einfluss- möglichkeiten der städtischen Organe auf die Durchführung des komplexen Wohnungsbaus. Eine Mitwirkung und intensive Einbeziehung der Bürger war zwar im Rahmen der örtlichen Defizitbewältigung erwünscht, dies galt aber nicht in gleichem Maße für die Mitwirkung an

Eingabe der Hausgemeinschaft Wohnblock 52 (AWG) Ludwigsfelde, Karl-Liebknecht-Str. 38–46 vom 1.10.1974, S. 1.

⁵⁷⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1974, Eingaben zu geplantem Bau hinter dem Hochhaus, S. 1.

⁵⁷⁷ StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Zur Eingabe der Bürger des Hauses Liebknecht Straße 38–46, S. 1.

⁵⁷⁸ StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1974, Eingaben zu geplantem Bau hinter dem Hochhaus, S. 1.

Planungsverfahren, insbesondere wenn dadurch Ziele des Wohnungsbauprogramms gefährdet wurden.

Die Kritik an der vorgesehenen Baumaßnahme auf „Block 51“ traf die Stadt besonders, hatte sie sich doch im August 1974 für die Errichtung dieses außerplanmäßigen Bauvorhabens namens „Wohnwürfel W 35“ für das IWL eingesetzt und den Standort an der Liebknechtstraße als eine schnell zu diesem Zweck aktivierbare Flächenreserve vorgeschlagen.⁵⁷⁹ Auf diese Weise sollte erneut durch schnelles proaktives Handeln der lokalen Verantwortlichen ein Wohnungsbauvorhaben kurzfristig gesichert werden, bevor die Chance zur Nutzung der Bauinvestitionsmittel wieder hätte verloren gehen können. Bei diesem Vorhaben war die Zusammenarbeit der Stadt mit dem IWL zudem ausdrücklich im Kommunalvertrag vorgesehen,⁵⁸⁰ weshalb sich die Stadt auf Kompromisse und zeitliche Verschiebungen kaum einlassen konnte. Zum Zeitpunkt der Prüfung der Eingabe wurden bereits die Geräte des Spielplatzes abgerissen.

Der Rat verwies gegenüber den Bürgern darauf, dass der Bereich als potenzieller Bauplatz offiziell nie aufgegeben worden sei.⁵⁸¹ Außerdem besäße das neu projektierte Gebäude als kleineres „Punkthaus“ eine deutlich geringere Baumasse als der ursprünglich geplante Zeilenbau. Auch auf bezirklicher Ebene wurde in Reaktion auf die Eingabe der Bürger die Notwendigkeit und städtebauliche Verträglichkeit der Neubebauung vom Büro für Städtebau ausdrücklich bestätigt und die Zurückweisung der Eingabe gefordert.⁵⁸² Für die Stadtverantwortlichen bestand vor diesem Hintergrund kaum Handlungsspielraum, sodass die offene Austragung des Konflikts mit den Bürgern nicht vermieden werden konnte.

Der Rat der Stadt musste den Bürgern jedoch zugestehen, dass zumindest die Kritik an der nicht rechtzeitigen Information berechtigt sei.⁵⁸³ Als Konsequenz beschloss der Rat der Stadt seine Informationspolitik zukünftig zu verbessern. Zur Erläuterung der geplanten baulichen Maßnahmen wurden von der Stadt kurzfristig zwei Versammlungen mit den Bewohnern der umliegenden Blöcke durchgeführt. Die für den 8. und 10. Oktober 1974 einberufenen Einwohnerversammlungen wurden zu einem Forum, um auch weitere Probleme des Wohngebietes zu thematisieren. Insbesondere die „verschwendete“ Arbeitskraft für den nun zu beseitigenden Spielplatz wurde erneut kritisiert. Zusätzlich wurden die Probleme der Bewohner des Mittelganghauses mit den dort auch untergebrachten ungarischen Werkträgern ange-

⁵⁷⁹ Allerdings fungierte der Vorschlag noch als Alternativvariante, da die Stadt zwischen Block 52 und Mittelganghaus lieber den Platz für einen größeren Block freigehalten hätte. Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.8.1974, S. 3.

⁵⁸⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 7.11.1974, Vertrag zwischen dem Rat der Stadt Ludwigsfelde und dem VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde. Über Leistungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkträgern in der Stadt Ludwigsfelde 1974, S. 6.

⁵⁸¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Eingabe der Bürger des Hauses Karl-Liebknecht-Straße 38–46, S. 2.

⁵⁸² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 15418, Eingaben 1974 Band 9, Nr. 67 Hausgemeinschaft Karl-Liebknecht-Straße, Beeinträchtigung der Wohnqualität, Büro für Städtebau, 16.10.1974 an Bezirksbauamt, Stellv. des Bezirksbaudirektors, Genosse Schätze Stellungnahme zur Eingabe der Hausgemeinschaft Wohnblock 52 (AWG) Ludwigsfelde, Karl-Liebknecht-Str. 38–46 vom 1.10.1974, S. 1.

⁵⁸³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Rat der Stadt 3.10.1974 Zur Eingabe der Bürger des Hauses Karl-Liebknecht-Straße 38–46, S. 2.

sprochen, die „unzumutbaren Lärm“ verursachten, ohne dass die Volkspolizei dagegen einschreiten würde. Bewohner des Mittelganghauses verdeutlichten die Dramatik der Probleme mit einem angeblichen Zitat eines leitenden SED-Funktionärs: „Im Mittelganghaus möchte ich nicht begraben sein.“⁵⁸⁴

Die Stadt schätzte in ihrer internen Beurteilung alle zusätzlich von Seiten der Anwohner thematisierten Probleme lediglich als vorgeschobene Argumente ein, „um die Durchführung des Wohnungsbaues auf dem vorgesehenen Standort zu verhindern.“⁵⁸⁵ Die Stadt kam den Bürgern schließlich nur in Bezug auf eine stärkere Kontrolle der ungarischen Werktätigen im Mittelganghaus und die Verhinderung von illegalem Parken im Umfeld entgegen.⁵⁸⁶ Als Ersatz für den Spielplatz wurde auf eine mögliche spätere Ersatzmaßnahme durch das IWL verwiesen.⁵⁸⁷

Der schmale Grad der erlaubten Kritik in der DDR-Kommune wurde von den Bürgern fast überschritten. Auf der öffentlichen Versammlung hielten sich die Einwohner im Vergleich zur Schärfe der vorangegangenen Äußerungen bereits deutlich zurück. Nach Zählung der Stadt beteiligten sich von den 60 Anwesenden lediglich sieben Bürger aktiv an der Diskussion. Einer der Mitunterzeichner der Eingabe sah sich auf der Versammlung sogar veranlasst, gegen die offensichtlich von Seiten der Stadt vorgebrachte Anschuldigung, er sei Verursacher der Eingabe und damit ein „Unruhestifter“⁵⁸⁸, zu verwehren. Die Grenze der Mitwirkung und des Protests der Bevölkerung war damit deutlich markiert. Ein für den aktuellen Bedarf der Industrie benötigter Wohnungsbau dürfte nicht in Frage gestellt werden. Die Stadt hätte den Verzicht auf den Wohnungsbau zudem nicht gegenüber den übergeordneten Organen und dem AWL durchsetzen oder rechtfertigen können. Eine Basis zu einer lokalen Solidarisierung von Anwohnern und Stadtverwaltung gegen die übergeordneten Organe bestand in diesem Fall nicht.⁵⁸⁹ Eine Staatsratseingabe – wie zunächst angedroht – wurde offensichtlich von Seiten der Bürger nicht mehr in Betracht gezogen.

Die Planung für das „Würfelhaus“, für das sich die Stadt gegenüber ihren Bürgern nachdrücklich eingesetzt hatte, wurde dennoch, anders als angekündigt, nicht in dieser Form und vor allem nicht kurzfristig durchgeführt. Die Sachzwänge zur schnellen Baufreimachung entfielen durch Planänderungen und Investitionsverschiebungen der übergeordneten Organe nach der Beendigung der Proteste für ein halbes Jahrzehnt, in dem der Spielplatz theoretisch noch genutzt hätte werden können. Der Bau eines „Würfelhauses“ unterblieb in den

⁵⁸⁴ StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Informationsbericht: Versammlung am 8.10.1974, o.S.

⁵⁸⁵ StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Informationsbericht: Versammlung am 10.10.1974, S. 2.

⁵⁸⁶ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Beschluss 58/10/74 zur Auswertung der auf Beschluss des Rates der Stadt Nr. 53/9/74 vom 3.10.1974 zur Eingabe der Nutzer des AWG Blockes 52 (Karl-Liebknecht-Straße 38–42) durchgeführten Versammlungen.

⁵⁸⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1974, Eingaben zu geplantem Bau hinter dem Hochhaus, Beschluss Nr. 53/9/74, S. 3.

⁵⁸⁸ StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Informationsbericht: Versammlung am 10.10.1974, S. 2.

⁵⁸⁹ Siehe zu einer solchen Konstellation: 5.2.6 Fallstudie: Der Streit um den Intershop 1984/1985, S. 397.

nächsten Jahren sogar vollständig, stattdessen entstand schließlich mit Beschluss von 1978 doch ein großer Zeilenbau entsprechend den Ursprungsplanungen.⁵⁹⁰ Die Aktivität der Stadt, die durch schnelle Baufeldvorbereitung die Investitionen sicherstellen sollte, war durch das Verhalten der übergeordneten Organe ins Leere gelaufen und hatte zudem zu einem Konflikt mit den eigenen Bürgern geführt.

4.4.6 Fallstudie: Grenzen der Lokalpolitik: Der fehlende Rathausbau

In kaum einem anderen Feld der Ludwigsfelder Stadtgeschichte manifestieren sich die Grenzen der lokalen Spielräume so deutlich wie in der Frage des Baus eines eigenen Rathauses. Das Fehlen dieses wichtigsten baulichen Symbols städtischer Eigenverantwortung dokumentiert die kommunalpolitischen Defizite der Stadt besonders plastisch. Im Rahmen der Analyse der Stadtentwicklung wurde die Problematik des fehlenden Rathauses aus städtebaulicher Sicht bereits verdeutlicht. Im Folgenden soll die Bemühung der Gemeinde um den Bau eines eigenen Rathauses aus kommunalpolitischer Sicht vertieft werden.

Ludwigsfelde hatte historisch nie über ein eigenes Rathaus verfügt. Erst nach der Auflösung der Gutsbezirke und der formellen Bildung der Gemeinde Ludwigsfelde im Jahre 1927 erhielt der Ort einen offiziellen Gemeindevorsteher. Die Gemeindeverwaltung arbeitete zunächst in einzelnen Zimmern eines Privathauses und in einer Gaststätte. 1935 entstand lediglich eine Holzlaube nördlich der neuen Autobahn für die Unterbringung der – noch sehr kleinen – Gemeindeverwaltung. Als nach 1936 mit der Errichtung der Flugzeugmotorenfabrik die Einwohnerzahl des Ortes stark anwuchs, stieg der Bedarf nach Verwaltungsräumen stetig an. Der seit 1938 für den aufstrebenden Industrieort vorgesehene Bau eines Ortszentrums mit Rathaus, Post, Apotheke und Kirche kam jedoch nicht zustande, weil die Errichtung von Wohnungen für die Arbeiter und der Ausbau der Produktionsstätten durch die nationalsozialistische Hochrüstungspolitik und schließlich durch den Kriegsbeginn absolute Priorität gewannen. Die Gemeindeverwaltung richtete sich bis zum Kriegsende in einigen Räumen eines Schulgebäudes ein.⁵⁹¹

Nach dem Krieg bezog die neue Verwaltung der Gemeinde eine ehemalige Baracke der SS-Aufsichten für die umliegenden Zwangsarbeitslager.⁵⁹² Von Anfang an war diese Unterbringung nur als kurzfristiges Provisorium gedacht. Schon in den frühen 1950er Jahren wurde gerade in einem aufstrebenden sozialistischen Industrieort die Unmöglichkeit der weiteren Erhaltung der Verwaltungsbaracke sowohl aus bautechnischen als auch aus politisch symbolischen Gründen immer wieder von den Verantwortlichen in Werk, Gemeinde und Bezirk betont. Die Rathausbaracke sollte entgegen diesen Aussagen jedoch noch weitere 40 Jahre

⁵⁹⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1974, Beschluß: Grundsatzentscheidung über den Wohnungsbau von 2 x 50 WE in Ludwigsfelde, Karl-Liebnecht-Straße, 11.10.1978, Nr. 0674, Vorlage 871 und KreisATF II 2987, Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 18.6.1980, Beschluß, 2. Änderung der Grundsatzentscheidung über den Wohnungsbau von 2 x 50 WE in Ludwigsfelde, Karl-Liebnecht-Straße, S. 1.

⁵⁹¹ Vgl. *Gerhard Birk*: Der weite Weg zum Rathaus, in: *Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigsfelde (Hg.)*: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Teil 7, Ludwigsfelde 1999, S. 39–66, hier S. 43–46.

⁵⁹² Vgl. *Birk*: Rathaus, S. 47.

ihren Dienst tun. Während die zahlreichen anderen Baracken der Arbeitslager aus der NS-Zeit in Ludwigsfelde im Laufe der Jahre Stück für Stück beseitigt wurden, blieb die Notlösung der Ratsbaracke als Provisorium von bemerkenswerter Hartnäckigkeit bis nach 1990 erhalten.

Die Unterbringung der örtlichen Verwaltung in einer Aufsichtsbaracke eines Lagers der NS-Zeit war ein besonders bedrückendes Zeugnis der Geringschätzung der kommunalen Verantwortung in Ludwigsfelde seitens der übergeordneten Organe. Das Fehlen eines regulären Rathausbaus war aber auch in anderen kleineren Industriestädten der DDR typisch. Anfang der 1950er Jahre waren zwar zunächst selbst in kleinen Städten ambitionierte Konzepte für kommunale Verwaltungsbauten durch lokale oder zentrale Planungsträger aufgestellt worden. Durch die neuen Prioritätensetzungen im Bauwesen der DDR wurden zum Ende der 1950er Jahre viele projektierte Rathausbauten aber verschoben und später vielfach ganz aufgegeben.⁵⁹³ Die Unterbringung der Gemeindeverwaltungen blieb in vielen Städten deshalb provisorisch, selbst in vielen neuen, mit großem propagandistischem Aufwand gebauten Städten.⁵⁹⁴ Diese Streichung der Rathausbauvorhaben in den 1950er und 1960er Jahren unterschied die Städte der DDR grundsätzlich von der Bundesrepublik, wo es in der Nachkriegszeit in einer ganzen Reihe von Kleinstädten zu wichtigen Rathausneubauten kam.⁵⁹⁵

Der erste Versuch zum Bau eines Rathauses 1952/53

Mit dem Aufbau des IWL und dem schnellen Wachstum der Einwohnerzahl schien schon Anfang der 1950er Jahre die Möglichkeit zu einem regulären Rathausbau in greifbare Nähe zu rücken. In den bereits geschilderten Planungen für den „Zentralen Platz“ aus den Jahren 1952 und 1953 war ein für die damalige Gemeindegröße monumental anmutender Rathausneubau in historisierenden Formen mit einem hohen Turmaufbau vorgesehen. Das Rathaus wäre in seiner vorgesehenen baulichen Dimension auch für eine Mittel- oder Großstadt angemessen gewesen.⁵⁹⁶ Diese Planungen für das Rathaus wurden zunächst – wie die gesamte Baudurchführung für Wohn- und Industriebauten in Ludwigsfelde – von der Aufbauleitung des Industrierwerkes vorangetrieben. Für die betriebliche Aufbauleitung hatte der Rathausbau in der Anfangsphase zunächst eine große symbolische Bedeutung. Das Fortbestehen der Verwaltungsbaracke gegenüber dem bereits im Bau befindlichen neuen betrieblichen Kulturhaus erschien auch aus dem Selbstverständnis des Werkes heraus zu diesem Zeitpunkt undenkbar in der „Wohnstadt des Industrierwerkes“. „Unbedingt“ sollte deshalb noch im Jahr 1953 der Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes erfolgen, „um dem großen Platz vor dem

⁵⁹³ Vgl. *Ute Fendel*: Rathaus und Kulturhaus. Ein Vergleich zweier zentraler Bauaufgaben in Deutschland Ost und West, in: *Barth (Hg.): Sozialistische Stadt*, S. 79–87, hier S. 80. In Saßnitz entfiel schon 1950 das Rathaus in den weiteren Planungen. Vgl. *Düwel*: Baukunst voran, S. 212.

⁵⁹⁴ In Eisenhüttenstadt wurde nach dem Scheitern der Rathausplanung das ursprüngliche „Haus der Parteien und Massenorganisationen“ als Provisorium für das Rathaus genutzt. Vgl. *Fendel*: Rathaus und Kulturhaus, S. 84. In der industriellen Kleinstadt Premnitz wurde die Gemeindeverwaltung in einem zweckentfremdeten Wohngebäude untergebracht. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 168, Stadtplanung Premnitz 1964, Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Stadtplanung Premnitz, 30.9.1964, S. 35.

⁵⁹⁵ Vgl. *Fendel*: Rathaus und Kulturhaus, S. 81.

⁵⁹⁶ Siehe ausführlich zur Rathausplanung: Der „Zentrale Platz“ der „sozialistischen Wohnstadt“, S. 100.

Kulturhaus ein würdiges Aussehen zu verleihen. Es ginge nicht, dass in einem völlig neu entstandenen Wohnviertel, das nach sozialistischen Gesichtspunkten gebaut wird, eine Baracke stehen bleibt.“⁵⁹⁷

Im Jahre 1952 war es eher der Gemeinderat, der diese hochgesteckten Planungen angesichts der bestehenden akuten Versorgungs- und Wohnungsdefizite innerhalb des sich erst neu formierenden Ortes bremste. Grundsätzlich hielt der Rat zwar den Bau eines Rathauses für notwendig. Nachdem der Rat der Gemeinde jedoch – sehr verspätete – Informationen über die geplante schnelle Expansion des Werkes und die zukünftige Bevölkerungszahl von Ludwigsfelde erhalten hatte, kam er Anfang September 1952 – zumindest in der offiziellen Verlautbarung – aber zu der Meinung, „dass der Neubau des Verwaltungsgebäudes zurückgestellt wird, da noch weit dringendere und volkswirtschaftlich wichtige Bauten errichtet werden müssen. Wann und ob ein Verwaltungsgebäude in Ludwigsfelde erbaut wird, muss nach Ansicht des Gemeinderates von höherer Stelle entschieden werden.“⁵⁹⁸ Welchen Hintergrund diese Äußerung des Rates hatte oder ob es sich vielleicht nur um die Befolgung von Anweisungen übergeordneter Organe oder der Ortspartei handelte, ist unklar.⁵⁹⁹ Der Rat der Gemeinde stand jedoch grundsätzlich weiter zum Wunsch nach einem Rathausbau, die Zurückstellung sollte nur kurzfristigen Charakter haben.

Die Gemeindevertretung, die eine Woche später tagte, folgte dem Gemeinderat in dieser Strategie jedoch nicht. Die Abgeordneten vertraten die Meinung, dass „im neuen Stadtteil auch ein neues Verwaltungsgebäude“ notwendig wäre und dort „keine primitive Baracke“ bestehen bleiben sollte. Sie beauftragte den Gemeinderat, die notwendigen Unterlagen umgehend zu erarbeiten, um die Arbeiten noch in den Investitionsplan 1953 aufnehmen und im selben Jahr umsetzen zu können.⁶⁰⁰ In der Frage des Rathausbaus zeigte sich das in den frühen 1950er Jahren noch bestehende Selbstbewusstsein des noch nicht zur reinen Abstimmungsmaschine degenerierten und gleichgeschalteten Gemeindeparlaments gegenüber dem örtlichen Rat. Die Möglichkeiten des kommunalen Rates zur eigenständigen Durchsetzung eines Rathausbaus wurden von der Gemeindevertretung aber offensichtlich weit überschätzt.

Trotz der formalen Befürwortung des Projekts durch den Kreis wurde der Plan in den folgenden Monaten von der bezirklichen Plankommission in Potsdam für eine kurzfristige Umsetzung abgelehnt und zurückgestellt, da der Bezirk für 1953 keine planmäßigen Investitionsmittel für Verwaltungsbauten zu Verfügung hatte. Der Gemeinde wurde von der bezirklichen

⁵⁹⁷ KreisATF XI 1831 Rat der Stadt Ludwigsfelde: Planvorschlag für 1953: Neubau eines Verwaltungsgebäudes, von 1952, Notiz 4.9.1952 für Diskussionsprotokoll für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Kollege Wichmann von Aufbauleitung IWL. Vgl. auch: KreisATF XI 1831 Rat der Stadt Ludwigsfelde: Planvorschlag für 1953: Neubau eines Verwaltungsgebäudes, von 1952, Brief Rat der Gemeinde, Ludwigsfelde 12.9.1952 an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

⁵⁹⁸ KreisATF XI 1831 Rat der Stadt Ludwigsfelde: Planvorschlag für 1953: Neubau eines Verwaltungsgebäudes, von 1952, Brief Rat der Gemeinde, Ludwigsfelde 12.9.1952 an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

⁵⁹⁹ Vgl. dazu *Birk*: Rathaus, S. 47.

⁶⁰⁰ Vgl. KreisATF XI 1831 Rat der Stadt Ludwigsfelde: Planvorschlag für 1953: Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Auszug aus dem Protokoll der Gemeindevertreterversammlung am 16.9.1952, Punkt 3 Vorlage des Gemeinderates „Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes“.

Plankommission empfohlen, sich zur Umsetzung der Maßnahme direkt an das Ministerium für Maschinenbau als Planträger des IWL sowie an das Ministerium für Aufbau zu wenden.⁶⁰¹ Der Rat des Bezirkes folgerte schließlich aus den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED vom Juni 1952 zum „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ die Festlegung, dass nicht unmittelbar investive Maßnahmen wie der Bau eines Verwaltungsgebäudes auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müssten.⁶⁰² Für 1953 wurden keine Planmittel bereitgestellt, in den folgenden krisenhaften Jahren der DDR war ebenfalls nicht daran zu denken. Der erste Anlauf zur Errichtung des Rathauses im Zuge des Baus der „Sozialistischen Wohnstadt“ war damit vor allem an geänderten zentralen Prioritätensetzungen gescheitert.

Der neue Anlauf zum Rathausbau ab 1956

Mit dem weiteren Wachstum Ludwigsfeldes und der erneuten Zunahme der industriellen Bedeutung schienen sich Mitte der 1950er Jahre neue Optionen für einen Rathausbau zu eröffnen. Die Gemeinde bemühte sich um eine intensive Beteiligung an den neu einsetzenden Konzeptionsarbeiten für das Verwaltungsgebäude. Die Koordinierung der Planungen erfolgte zu diesem Zeitpunkt jedoch noch weiterhin durch das IWL, wobei das bezirkliche Projektierungsbüro und die politischen Instanzen in Potsdam zunehmend an Einfluss gewannen. Das Industrierwerk konzentrierte seine planerischen Anstrengungen schwerpunktmäßig auf die Realisierung des Kulturhauses am „Zentralen Platz“ sowie die Konzeption eines Ledigenheims für betriebliche Arbeitskräfte. In der Frage der Bauten am „Zentralen Platz“ entwickelten sich seit 1956 die Beziehungen zwischen Werk und Gemeinde zunehmend spannungsreicher. Mit dem sukzessiven Rückzug des Werkes von der Gesamtverantwortung für die bauliche Entwicklung des Ortes hin zur Konzentration der Entwicklung des eigenen Standorts am Rande der Gemeinde verlor auch das Rathaus in seinen Augen an Priorität.

Nach der erstmaligen Präsentation der neuen Konzeption für ein Rathausgebäude im Oktober 1956 – durch die Bauleitung des Werkes und nicht durch den Bezirk – begrüßte der Gemeinderat die Fortsetzung der Planungen, wünschte aber weitere Änderungen am Entwurf des Rathauses, um ihn nochmals in seiner monumentalen Wirkung zu verstärken.⁶⁰³ Noch ging es der Gemeinde nicht ausschließlich darum, dass überhaupt ein Rathausbau errichtet würde. Dies erschien der Gemeindeverwaltung zu diesem Zeitpunkt offensichtlich als gesichert. Der Bau sollte vielmehr auch von herausragender gestalterischer Qualität sein und an exponierter stadträumlicher Lage entstehen, um der aufstrebenden Industriegemeinde gerecht zu werden.

Die Realisierung schien Ende 1956 unmittelbar bevor zu stehen, bezüglich Größe und Form und Lage des Rathauses bestanden jedoch noch unterschiedliche Ansichten zwischen Gemeinde und Projektierungsbüro. Der Rat des Kreises Zossen war nun als Bauträger des

⁶⁰¹ Vgl. KreisATF XI 1831 Rat der Stadt Ludwigsfelde: Planvorschlag für 1953: Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Rat des Kreises Zossen Plankommission Mahlow 13.10.1952 an Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Einplanung eines Verwaltungsgebäudes für die Gemeinde Ludwigsfelde.

⁶⁰² Vgl. *Birk*: Rathaus, S. 48.

⁶⁰³ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 8.8.1956, S. 2. Siehe dazu auch: Neue Planungen für den „Zentralen Platz“, S. 110.

kommunalen Gebäudes vorgesehen.⁶⁰⁴ 1956 wurden zeitweise 600.000 Mark für ein Verwaltungsgebäude von den übergeordneten Organen zur Verfügung gestellt, jedoch bald wieder kurzfristig gestrichen.⁶⁰⁵

1957 erfolgte ein neuer Anlauf zur Umsetzung der Baupläne. In den mittlerweile durch das Projektierungsbüro veränderten Planungen wurde das Rathaus durch die angefügte Höhendominante eines betrieblichen Ledigenheims ergänzt.⁶⁰⁶ Insbesondere die mehrfach von übergeordneten Organen in Frage gestellte Errichtung dieses – kostenintensiven – Hochhauses für das Ledigenheim behinderte die Umsetzung des gesamten Projekts. Aufgrund zentraler Anordnungen ging die Gesamtverantwortung für den Bau der Gebäude innerhalb Ludwigsfeldes seit 1957 sukzessive von den betrieblichen an staatliche Organe über. Am „Zentralen Platz“ sollte vor Übergabe an den Bezirk lediglich noch das Kulturhaus in Trägerschaft des IWL vollendet werden.⁶⁰⁷ Als im Jahre 1958 der Beginn des Baus des Ledigenheimes bevorstand, der unmittelbar den Standort der Rathausbaracke berührte, wurden ein Umzug der Verwaltung und damit die kurzfristige Schaffung eines Ersatzneubaus akut. Die Ludwigsfelder Gemeindeverwaltung unterstützte diese Planung, auch wenn noch kein zeitnaher Bau eines Rathauses gesichert war. Der Bürgermeister Kadenbach war bereit anzuerkennen, dass angesichts des aktuellen Vorrangs des Wohnungsbaus für die Industrie ein neues Verwaltungsgebäude nicht vor 1960 gebaut werden könnte. Mit dem Ledigenheim am „Zentralen Platz“ konnte zumindest der erste Bauabschnitt des innerstädtischen Ensembles errichtet werden, auch wenn bedingt durch den Abriss der Baracke eine Zwischenlösung für die Ortsverwaltung gefunden werden musste.⁶⁰⁸ Die Suche nach einer Interimsunterbringung stellte sich jedoch als unerwartet schwierig dar. In der Gemeindevertretung wurde beispielsweise vorgeschlagen, bis zur Fertigstellung des Rathausneubaus eine ehemalige Sonderschule im Ort zu nutzen. Dies wurde aber durch das IWL strikt abgelehnt, da das Werk Anspruch auf diese Räume zur Unterbringung eines Wohnheims erhob. Auch die von der Gemeinde angedachte Nutzung einer zweiten Etage eines neuerrichteten Wohnblocks im Zentrum der Stadt zur Unterbringung der Verwaltungsabteilungen ließ sich gegen das Werk nicht durchsetzen, das alle Wohnungen für seine Betriebsangehörigen beanspruchte.⁶⁰⁹ Ludwigsfelde mutmaßte angesichts dieser geringen Flexibilität des Werkes, dass das IWL grundsätzlich nicht vorhatte, der Gemeinde Ausweichräume in anderen Gebäuden zur Verfügung zu stellen. Nach Darstellung der Gemeinde sei seitens des IWL sogar der Ausspruch gefallen: „Der Gemeinde auch nicht ein Zimmer“.⁶¹⁰

Die Verstimmungen zwischen Werk und Gemeinde in Bezug auf die Beanspruchung von Räumen und Ressourcen führten zu einer gegenseitigen Blockade der Baumaßnahmen auf dem „Zentralen Platz“. Die Gemeinde appellierte sogar an den Bezirk, um Unterstützung für

⁶⁰⁴ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.11.1956, S. 4.

⁶⁰⁵ Vgl. *Birk*: Rathaus, S. 48.

⁶⁰⁶ Zur städtebaulichen Planung und Gestaltung siehe: Neue Planungen für den „Zentralen Platz“, S. 110.

⁶⁰⁷ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 3.10.1956, S. 3.

⁶⁰⁸ Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 30.1.1958, S. 5.

⁶⁰⁹ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 16.5.1958, S. 1.

⁶¹⁰ KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 30.1.1958, S. 5.

eine geeignete Zwischenlösung aus dem Bestand des Werkes zu erhalten, eine Unterbringung in einer neuen Baracke wurde jedoch abgelehnt. Der Rat der Gemeinde erwartete, dass der Umzug in eine andere provisorische Baracke sogar „einen Sturm unter der Bevölkerung“ entfachen würde. Die Gemeinde hoffte darauf, dass die Erwartung solcher Proteste den Druck auf das IWL erhöhen würde, damit es ein angemessenes Ausweichquartier bereitstellt.⁶¹¹ Auf der anderen Seite drohte das IWL der Gemeinde mit der für 1959 geplanten kompletten Übernahme der Verantwortung für das Bauvorhaben durch den Bezirk. Wenn der Bau nicht jetzt zu den Bedingungen des IWL realisiert würde, gäbe es unter Regie des Bezirkes kaum nochmals diese Chance, da der Bezirk kein Interesse mehr am aufwändigen Bau eines Hochhauses haben würde.⁶¹² Damit sollte das Werk Recht behalten. Die Planung für das Ledigenheim wurde mehrfach aus organisatorischen, bautechnischen und finanziellen Gründen verschoben. Eine Einigung zwischen Gemeinde und Werk kam nicht mehr zustande. In der zweiten Jahreshälfte 1958 zeichnete sich ab, dass das Ledigenheim nicht als Hochhaus am „Zentralen Platz“, sondern in einfacherer Form realisiert werden sollte.⁶¹³ 1959 wurde die Höhendominante eines Ledigenheims formell aus der Planung gestrichen, da nach Vorgaben aus dem Bauministerium ein Hochhaus zu diesem Zeitpunkt für einen kleinen Ort wie Ludwigsfelde nicht mehr in Frage käme.⁶¹⁴ Damit entfiel die Notwendigkeit für einen schnellen Umzug der Gemeindeverwaltung aus der alten Baracke. Nochmals wurde im Jahr 1961 die Planung am „Zentralen Platz“ für ein Rathaus und ein Hochhaus einschließlich Hotel mit 60 Zimmern und einer Gaststätte mit 240 Plätzen erneuert, die Festlegung der entscheidenden Finanzierung erfolgte jedoch nicht, weshalb die Umsetzung dieser Maßnahmen auf die Zeit nach 1965 verschoben wurde.⁶¹⁵ In den bezirklichen Planungen der folgenden Jahre tauchten der Bau eines Hochhauses und eines Rathauses nur noch als vage Absichtserklärungen auf. Der zweite Anlauf für den Bau eines Rathauses war damit endgültig gescheitert.

Bezeichnenderweise weist eine städtische Legende dem Werk die Verantwortung für das abermalige Scheitern zu, da sich der Direktor des Werkes 1958/59 dezidiert gegen den Bau eines großen Rathauses ausgesprochen hätte. Die Planungen für einen Rathausbau waren zu diesem Zeitpunkt fast abgeschlossen, als der Werksleiter vor den Gemeindeverantwortlichen ausführte: „Was sollte der Präsident (Wilhelm Pieck) von uns denken, wenn er auf der Autobahn durch Ludwigsfelde fährt, ein protziges Rathaus sieht und weiß, dass wir den Plan nicht erfüllen.“⁶¹⁶ Diese in der Ortsgeschichtsschreibung mündlich überlieferte Äußerung

⁶¹¹ Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 9.5.1958, o.S.

⁶¹² Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 13.12.1957, S. 6.

⁶¹³ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 22.8.1958, S. 4.

⁶¹⁴ Vgl. StadtAL Akte Rathaus, Rat des Bezirkes Potsdam – Bezirksbauamt – Abt. Städtebau und Entwurf, 6.3.1959, o.S.

⁶¹⁵ Vgl. KreisATF VI 7550, Kreisplankommission, Standortunterlagen, Ludwigsfelde, Rat des Kreises Zossen, Kreisplan Kommission, 14.6.1961, Schreiben an den Rat des Bezirkes Potsdam – Wirtschaftsrat, Abt. Perspektivplanung, Betrifft: Staatsplanposition, „Maßnahmen die zur Sicherung des Großvorhabens notwendig sind aber im Siebenjahrplan nicht gesichert sind.“, S. 1.

⁶¹⁶ Vgl. *Birk*: Rathaus, S. 48.

lässt sich anhand der Akten nicht belegen.⁶¹⁷ Die Geschichte verdeutlicht aber die Verantwortungszuweisung von Seiten der Gemeinde an den Betrieb. Während einer Phase des angespannten Verhältnisses zwischen Gemeinde und Werk und bei gleichzeitig weitgehendem Desinteresse der übergeordneten Organe an kommunalen Verwaltungsbauten im Allgemeinen und in Ludwigsfelde im Besonderen, waren die Anstrengungen für ein repräsentatives Verwaltungsgebäude Ende der 1950er Jahre ohne Realisierungschance. Weder Werk noch Bezirk waren auf ein örtliches Verwaltungsgebäude angewiesen – die Ortsverwaltung konnte seine wenigen Aufgaben auch in einer Baracke erfüllen. Die ursprünglich angedachte prestigeträchtige Ausgestaltung des Stadtzentrums besaß keine Priorität mehr für Industrie und übergeordnete staatliche Organe. Der Bau von Verwaltungsgebäuden in der DDR war seit Ende der 1950er Jahre zudem offiziell von den staatlichen Organen zurückgestellt worden, sodass eine Realisierungsperspektive in weite Ferne gerückt war.

Stagnation seit den 1960er Jahren

Der Wunsch nach einem Rathaus blieb aber auch nach dem Scheitern der Konzeptionen der 1950er Jahre in der ratsinternen wie in der öffentlichen Diskussion in Ludwigsfelde bestehen, obwohl konkrete Entwürfe für einen Rathausbau in den folgenden Jahren nicht auffindbar sind. Auf der bezirklichen Ebene verschwand dieses Thema spätestens Mitte der 1960er Jahre fast vollständig von der Agenda, auch das Werk war nach der Abgabe seiner Bauverantwortlichkeit an der Realisierung des kommunalen Verwaltungsgebäudes kaum noch interessiert.

Der Kreis Zossen ging noch 1961 von einer Realisierung des Verwaltungsgebäudes mit anschließendem Hochhaus für das Jahr 1964/65 aus.⁶¹⁸ Im Beschluss zur Errichtung des Autowerkes wurden 1962/63 jedoch keine konkreten Maßnahmen zum Bau eines Rathauses in Ludwigsfelde vorgesehen. Noch 1964 erfolgten von Seiten der bezirklichen Planung Vorplanungen für ein Zentrum von Ludwigsfelde mit Gemeindeverwaltung, Läden und einem Wohnhochhaus, die „in den nächsten Jahren dort entstehen [sollten]“.⁶¹⁹ Die Errichtung eines Rathauses – als zentralem Symbol einer Stadt – ließ sich aber selbst nach der Verleihung des Stadttitels nicht realisieren, da weder vom Bezirk noch von der Staatsführung dafür Mittel vorgesehen wurden. Der Werksdirektor der Jahre von 1963 bis 1969 Kohl betont im Interview, dass das AWL zumindest in diesen Jahren grundsätzlich den Bau von städtischen Verwaltungsgebäuden unterstützen wollte, die Realisierung jedoch in erster Linie an den Mittelstreichungen und Verschiebungen des Bezirks scheiterte.⁶²⁰

⁶¹⁷ Der Werksdirektor stellte lediglich die Dimension des Hochhauses in Frage, die vor Bewohnern und Werktätigen kaum zurechtfertigen gewesen wäre. Vgl. StadtAL Akte Rathaus, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Protokoll über die Besprechung am 27.8.1958 über Bauvorhaben Ledigenheim (Hochhaus), S. 1.

⁶¹⁸ Vgl. KreisATF VI 7550, Kreisplankommission, Standortunterlagen, Ludwigsfelde, Rat des Kreises Zossen, Kreisplankommission, 14.6.1961, an den Rat des Bezirkes Potsdam – Wirtschaftsrat, Abt. Perspektivplanung, Aufgabenstellung vom 7.6.1961, Anlage Protokoll über die Beratung in Ludwigsfelde zum weiteren Ausbau der neuen sozialistischen Wohnstadt, S. 1.

⁶¹⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 753: Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, Potsdam Dezember 1964, Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde 1964, S. 68.

⁶²⁰ Interview Kohl.

In den folgenden Jahren wurden lediglich verbesserte Provisorien anstelle der Rathausbaracke diskutiert. 1965 musste der Rat auf die Nachfrage eines Abgeordneten nach dem Stand der Konzeption für ein neues Rathaus eingestehen, dass bis 1970 keinerlei Ressourcen im Plan vorgesehen waren.⁶²¹ In den folgenden Jahren wurde die regelmäßig als baufällig deklarierte Baracke immer wieder notdürftig in Stand gesetzt. Ende der 1970er Jahre entstand sogar eine parallele Ergänzungsbaracke für weitere Ratsabteilungen, die die Dauerhaftigkeit des Provisoriums noch einmal unterstrich.

Die Unterbringung der Stadtverwaltung in der Baracke, in Anfragen der Bevölkerung häufig als „KZ-Baracke“ bezeichnet, blieb ein ständiges Ärgernis in der städtischen Öffentlichkeit. Der Rat der Gemeinde musste sich angesichts der augenfälligen Stagnation regelmäßig mit den ähnlich lautenden Fragen der Einwohner auseinandersetzen: „Wann verschwindet die Baracke der Gemeindeverwaltung?“ Der Rat rechtfertigte sich im Jahre 1959 mit dem Verweis auf staatliche Vorgaben:

„Es wurde nicht vergessen, dieses Überbleibsel des faschistischen Konzentrationslagers aus dem Ortsbild zu entfernen. Die Vorplanung der neuen Gemeindeverwaltung liegt bereits im Entwurf vor, allerdings ist es auf Beschluß unserer Regierung nicht zulässig, vor 1965 Verwaltungsgebäude neu zu errichten. Auf Grund der Dringlichkeit in unserer Gemeinde ist mit dem Neubau aber bereits 1964 zu rechnen.“⁶²²

Die Verweise der Verantwortlichen auf konkrete Planungen wurden in den folgenden Jahren immer unbestimmter. In Bezug auf die Rathausplanung trat eine lange Phase der Stagnation ein. In der Fragestunde einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung fasste 1971 ein Bürger die Defizite der Stadt in Bezug auf ihre urbane Ausstattung und ihr Konsumangebot in einer Anfrage treffend zusammen:

„Wann verschwindet endlich die ehemalige KZ-Baracke, jetzt Rat der Stadt? Woran liegt es, daß es kein Knäckebrot gibt?“⁶²³

Der Rat der Stadt war gegenüber seinen Bürgern und Besuchern ständig in der Pflicht, dieses augenfällige kommunalpolitische Defizit zu rechtfertigen. Das Fehlen eines imposanten Rathausbaus und das offenkundige Scheitern städtischer Bemühungen konnte jedoch auch gegenüber den Bürgern positiv umgedeutet und als „Bescheidenheit“ deklariert werden. Dieses Motiv findet sich mehrfach in Berichten der Ortsgeschichte und in den Erinnerungen von Zeitzeugen: Im „Märkischen Bilderbogen“, einer in der DDR weit verbreiteten heimatkundlich-literarischen Beschreibung brandenburgischer Regionen von 1976 ist diese Sichtweise deutlich benannt:

⁶²¹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 005, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 28.4.1965, S. 1.

⁶²² KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 22.6.1959, S. 3.

⁶²³ StadtAL Nr. 102005 011, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 30.8.1971, Beitrag Herr Buhs, o.S. Eine ähnliche Äußerung findet sich bereits 1959: „Wann wird endlich die Baracke, in der zur Zeit die Gemeindeverwaltung untergebracht ist, verschwinden? Bis heute scheint man vergessen zu haben, auch dieses Überbleibsel des faschistischen Konzentrationslagers zu beseitigen.“ KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 22.6.1959, Anlage: Ausschnitt Artikel in der Zeitschrift „Start“.

„Die Stadtväter und -mütter haben Schönheitssinn, und sie sind bescheiden. Denn so viel in Ludwigsfelde auch gebaut worden ist: Automobilwerk und Wohnungen, Kulturhaus, Kaufhallen, Hochhäuser, Schwimmhalle, Eiscafé, moderne Schule – ein Rathaus jedoch nicht. So drängen sich die Stadtväter und -mütter, denen das Wohl von Achtzehntausend Menschen am Herzen liegt, noch immer in einem Holzbau, der einstmals Verwaltungsbaracke des Strafvollzugs der Waffen-SS gewesen und der heute aussieht wie eine vergessene Bauarbeiterunterkunft, die auf den Abriss wartet.“⁶²⁴

Der letzte Versuch zum Rathausbau in den 1980er Jahren

Im Gegensatz der verbreiteten Legende vom bewussten städtischen Verzicht auf den Bau eines Rathauses blieb aber auch in den späten 1960er und 1970er Jahren der fehlende Rathausbau ein ständiger Bestandteil der in den Analysen der Ludwigsfelder Stadtentwicklung benannten „ungelösten Probleme“.⁶²⁵ Dass sich der Rat der Stadt „in der stehen gebliebenen Führungsbaracke der SS, eines Kriegsgefangenenlagers der Hitlerdiktatur“⁶²⁶ befände, galt der Stadtverwaltung auch Ende der 1980er Jahre als schwere Belastung für das Ansehen der Stadt. Die Ludwigsfelder Stadtverantwortlichen waren angesichts des weitgehenden Desinteresses der übergeordneten Organe an einem kommunalen Repräsentationsbau in einer Kleinstadt nunmehr jedoch gänzlich auf eigene Initiativen angewiesen. Erste Planungen während der 1970er Jahre zur Realisierung eines einfachen Rathausbaus in Eigenregie durch Verwendung von Standardprojekten für Wohn- und Gewerbebauten scheiterten am Veto der übergeordneten Organe, die zu diesem Zeitpunkt keine Mittel für „nichtproduktive“ Bauten abfließen lassen wollten.⁶²⁷

Mit der immer deutlicheren Verlagerung des Wohnungsbauschwerpunkts in den Norden des Gemeindegebietes nahm die Bedeutung des südlich der Autobahn gelegenen Zentralen Platzes als Kern der Gesamtstadt ab, sodass von Seiten der Stadt nunmehr eine Aufwertung der Potsdamer Straße und die Entwicklung weiterer Subzentren in „Ludwigsfelde Nord“ vorrangig geplant wurden.⁶²⁸ Auch das zukünftige Rathaus – in den städtischen Akten nun meist neutral als Verwaltungs- oder Mehrzweckgebäude titulierte – sollte nicht mehr am „Zentralen Platz“, sondern nördlich der Autobahn seinen Platz finden. 1985 wurde in der Stadtverordnetenversammlung nach längerer Pause erneut die Realisierung eines Rathauses behandelt. Rein bautechnisch war kein längerer Betrieb der alten Baracke mehr zu rechtfertigen. Ge-

⁶²⁴ Gisela Heller: Märkischer Bilderbogen. Als Reporterin zwischen Spreewald und Stechlin, Berlin 1976, S. 256.

⁶²⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen im Zusammenhang ZK-Beschluss 1968–1973, Aufzeichnungen für die durchzuführende Problemdiskussion, Gen. Noack vom Rat der Stadt, S. 7; BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteilung, Berichte und Einschätzungen 1977–1979, Ortsparteilung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 15.3.1978, S. 5.

⁶²⁶ KreisATF Cn 573, Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, StVV Ludwigsfelde 21.11.1989, Referat zur Sonderstadtverordnetenversammlung im Klubhaus, Bürgermeister Harald Kallmeyer, S. 28.

⁶²⁷ Angeblich war das spätere Verwaltungsgebäude des Rohrleitungsbaus in Struveshof ursprünglich für einen innerstädtischen Standort des Rates vorgesehen gewesen. „Weil wir sie nicht genehmigt gekriegt haben. Verwaltungsbauten waren damals verboten. Strikt verboten“. Interview Kallmeyer.

⁶²⁸ Vgl. Kadatz: Ludwigsfelde, S. 29.

meinsam mit dem Automobilwerk – die Zusammenarbeit hatte sich mittlerweile deutlich verbessert – wurde unter pragmatischer Nutzung vorhandener Ressourcen der Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes vorbereitet. Nunmehr sollte im Rahmen der geplanten Errichtung eines Hotels und Mehrzweckgebäudes auch der Rat der Stadt ein neues Domizil finden. Geplant war auf Basis eines Standardprojektes des Wohnungsbaukombinats Potsdam ein Gebäude mit fünf Geschossen zu errichten, in dem die Stadtverwaltung, die Sparkasse und die örtliche Polizeidienststelle Platz finden sollten. Der Rat der Stadt konnte auf Basis der in eigener Verantwortung erstellten Studien 1985 vor der Stadtverordnetenversammlung verkünden:

„Es wäre schön, wenn dieser lang gehegte Wunsch im Interesse unserer Bürger in den nächsten Jahren einer Realisierung zugeführt werden könnte und wir an gleicher Stelle im Rahmen der Plandiskussion 1986 über konkrete Informationen unsere Abgeordneten und Bürger informieren könnten.“⁶²⁹

Auf das bauliche Pathos der Entwürfe der 1950er und 1960er Jahre wurde aufgrund der Nutzung eines Typenbaus völlig verzichtet. Aufgrund der Modifikationen durch die örtliche Planung erfolgte lediglich eine Abwalmung des obersten Geschosses⁶³⁰, sodass sich das Gebäude im Detail durchaus von den umliegenden Standardtypen des Wohnungsbaus abgehoben hätte.⁶³¹ Trotz dieser pragmatischen Vorgehensweise hätte die Errichtung eines Rathausgebäudes eine wesentliche symbolische Aufwertung bedeutet und zur inneren Stadtwerdung und zur Ausgestaltung des Zentrums beigetragen. Allerdings war der Bau nicht mehr am „Zentralen Platz“ vorgesehen. Das zentrale Gebäude sollte nunmehr dem veränderten Siedlungsschwerpunkt von Ludwigsfelde entsprechend nördlich der Autobahn an der Potsdamer Straße in der Nähe der zur selben Zeit geplanten Fußgängerzone im zentrumsnahen Bereich von „Ludwigsfelde Nord“ entstehen. Das Ratsmitglied für Planung erinnert sich:

„Das war schon so weit in Planung, dass das Projekt schon auf dem Tisch lag. Auch die ersten Verhandlungen mit dem Wohnungsbaukombinat, über dieses sollte es laufen mit zusätzlicher Eigenleistung und durch die Betriebe. Die Stadt hatte kein Geld. Aber Rathaus wollten wir auch haben. Es war so weit schon gediehen, dass das WBK Potsdam das Material bereitstellen konnte, und das WBK Magdeburg bereit war, den Baukran und Technik zur Verfügung zu stellen. Die Potsdamer konnten das nicht, weil die in Berlin arbeiten mussten.“⁶³²

Der Stadtrat für Planung wandte sich deshalb an das Wohnungsbaukombinat in seiner Heimatstadt Magdeburg, zu dem gute persönliche Beziehungen bestanden:

⁶²⁹ StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 16.1.1985, Diskussionsbeitrag des Abg. Bernd Kersten, Vorsitzender der Ständigen Kommission Planung und territoriale Rationalisierung, S. 7.

⁶³⁰ Interviews Beileke.

⁶³¹ Die konkreten Entwürfe sind im Stadtarchiv nicht mehr auffindbar.

⁶³² Interview Beileke.

„Mensch könnt ihr uns nicht helfen.“ Die haben dann gesagt: „Wie lange dauert das denn?“ ... Nur Rohbau, das andere machen wir alleine. War alles so weit schon gegeben, dass sie ja gesagt hatten.“⁶³³

Noch im November 1989 konnte der Bürgermeister in öffentlicher Versammlung berichten, dass alle Vorbereitungen für den Rathausbau abgeschlossen seien:

„Das Projekt ist da, der Standort genehmigt, der Betrieb, der das Haus montiert, ist vorhanden, die Fertigbetonelemente sind gegossen. Schon am 7. Mai 1989 sollte Grundsteinlegung sein. Ein Organisationsvertrag zwischen mir und dem Generaldirektor war abgeschlossen. Es fehlte die Entscheidung des Rates des Bezirkes Potsdam, um 1,3 Mio. Mark bereitzustellen.“⁶³⁴

Auch im vierten Teil der Ortschronik „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“, der Ende 1989 erschien, kündigte der Bürgermeister eine baldige Grundsteinlegung für ein Rathaus an, das Arbeitsbedingungen bieten sollte, „die es den Mitarbeitern möglich machen, eine durchschlagkräftige Kommunalpolitik zu betreiben“.⁶³⁵ Zum Bau des Rathauses sollte es in den letzten Monaten vor dem Ende der DDR aber nicht mehr kommen. Der Aufbau einer eigenständigen Kommunalpolitik, der faktisch in vielen Teilbereichen in Ludwigsfelde erfolgreich gewesen war – blieb während der DDR symbolisch unvollendet.

1993 wurden die Rathausbaracken abgerissen, nachdem die Verwaltung provisorisch in einen Geschäftshausneubau am „Zentralen Platz“ umgezogen war. 1996 konnte ein großer Rathausneubau eröffnet werden, den die Stadt in öffentlich-privater Partnerschaft mit einem Privatunternehmen finanziert hatte. Der Neubau wurde ebenfalls am „Zentralen Platz“ lokalisiert, in der Nähe des ursprünglichen Bauplatzes des ersten Entwurfes aus den 1950er Jahren. Der räumliche wie administrative Mittelpunkt der Stadt war damit auch baulich erstmals eindeutig markiert.



49. Abb.: Rathausneubau von 1996

⁶³³ Interview Beileke.

⁶³⁴ KreisATF Cn 573, Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, StVV Ludwigsfelde 21.11.1989, Referat zur Sonderstadtverordnetenversammlung im Klubhaus, Bürgermeister Harald Kallmeyer, S. 29.

⁶³⁵ Gartenschläger/Büdke: Kleine Stadtführung, S. 25.

5 LUDWIGSFELDE – EINWOHNER UND ALLTAGSLEBEN

5.1 Die Bewohner der Automobilbauerstadt

Ludwigsfelde war in vielerlei Hinsicht vor allem eine „Stadt der Automobilbauer“. Das ansässige Lkw-Werk spielte als lokale wirtschaftliche Basis eine herausragende und unverzichtbare Rolle. Der gesamte Ort wurde jedoch auch darüber hinaus demographisch und soziokulturell nachhaltig durch die hier wohnenden Arbeitskräfte des Autowerkes geprägt. Die vielfgestaltigen Angebote des Großbetriebes bestimmten einen wesentlichen Teil des Alltagslebens seiner Beschäftigten und damit auch der Alltagsgestaltung in der ganzen Stadt. Der Stadtbildungsprozess wurde durch das Vorhandensein eines industriellen Schwerpunktbetriebes und seiner Beschäftigten erst ermöglicht; gleichzeitig hemmte die daraus resultierende einseitige Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur und die auf das Werk ausgerichtete Stadtentwicklungsplanung die innere Stadtwerdung von Ludwigsfelde nachhaltig. Die soziale Durchmischung, die in vielen großstädtischen Neubaugebieten der DDR Realität war, blieb in Ludwigsfelde wie in den meisten kleineren Industriestädten nur ein Wunschbild.¹ In erster Linie blieben diese Orte Arbeiterstädte. Die für Industriestädte systemübergreifend typischen Phänomene der verzerrten Alters-, Sozial- und Erwerbsstruktur und die Unterrepräsentation von einzelnen Bevölkerungsgruppen, z.B. der privaten Handel- und Gewerbetreibenden², bestimmten in Ludwigsfelde in besonderer Weise die Lebensrealität.

Trotz der Dominanz der Autowerker blieb Ludwigsfelde keine reine Werkssiedlung. Die Stadt war auch Wohnort weiterer Bevölkerungsgruppen, die in besonderem Maße auf die Angebote des Stadtraums und der kommunalen Infrastrukturen angewiesen waren, da sie nicht auf die Versorgungsleistungen des Werkes zurückgreifen konnten. Gleichzeitig war auch die gesamte Industriestadt von diesen Bevölkerungsgruppen und ihren Qualifikationen abhängig. Im Rahmen der bisherigen Analyse standen vor allem die Arbeiter und qualifizierten Fachkräfte des Industrierwerkes und das kommunale Personal im Vordergrund, weshalb im Folgenden exemplarisch auch einige weitere städtische Sozialgruppen betrachtet werden, wodurch zusätzliche Aspekte des städtischen Alltags – auch jenseits des Werkes – illustriert werden können.

Ludwigsfelde war eine Industriestadt par excellence: 1980 fanden 47 von 100 Einwohnern ihre Arbeitsstelle in der Industrie. Die nahe gelegene traditionsreiche alte Industriestadt Luckenwalde hatte zum Vergleich nur einen Anteil von 24 und Brandenburg/Havel trotz mehrerer ansässiger industrieller Großbetriebe der Metallbranche sogar nur 17. Der extrem hohe Wert von Ludwigsfelde wurde im Bezirk Potsdam nur noch durch die ähnlich strukturierten neuen Industriekleinstädte Premnitz und Hennigsdorf übertroffen.³ Ludwigsfelde gelang es sogar noch im Zeitraum zwischen 1975 und 1980 seinen relativen Industrieanteil nochmals

¹ Vgl. *Hannemann*: Großsiedlung, S. 100.

² Vgl. *Recker*: Industrielle Stadtgründungen, S. 6.

³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 515, Übersicht über die Industriezweigstruktur ausgewählter Städte und Gemeinden des Bezirks Potsdam, Stand 1980.

spürbar zu steigern, während in Premnitz und Hennigsdorf der Anteil bereits leicht zurückging. Wird die Zahl der in Industrie und Bauwesen beschäftigten Personen nicht auf die Einwohner, sondern auf alle wirtschaftlich Tätigen vor Ort bezogen, hatte Ludwigsfelde im Jahr 1965 einen Anteil von 65,2 %. Prestigeträchtige größere Industriestädte wie Brandenburg/Havel, Schwedt und Eisenhüttenstadt wiesen mit 50,2 %, 54,3 % und 57,5 % deutlich geringere Industrieprägungen auf. Einen ähnlich hohen Industrieanteil gab es lediglich in anderen neuentwickelten Industriekleinstädten wie Hennigsdorf (73,2 %), Lauchhammer (73,5 %) und Schwarzheide (78,7 %).⁴

Von der Masse der Industriestädte in der DDR, vor allem von den älteren Orten, unterschied sich Ludwigsfelde durch seine extrem einseitige Ausrichtung auf einen einzigen Industriezweig: 93,8 % der lokalen Industrieprägung entfiel auf den Bereich „Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau“. Keine Industriegemeinde des Raumes Potsdam wies auch nur eine annähernd ähnlich hohe Konzentration auf einen Branchenzweig auf.⁵

Über 40 Jahre kamen mit jedem Ausbau des Industrierwerks regelmäßig neue Wellen junger Zuwanderer in den Ort. Ludwigsfelde galt zeitweise als jüngste und kinderreichste Stadt der DDR. 1971 waren nur 9 % der Wohnbevölkerung Ludwigsfeldes im Rentenalter,⁶ während der Rentneranteil im gesamten Bezirk Potsdam bei 19 % lag.⁷ Dieser verzerrte Altersaufbau bestimmte entscheidend die Nachfrage nach städtischen Infrastrukturen: Kindertagesstätten und später auch zunehmend Jugendclubs standen im Mittelpunkt der Anstrengungen der lokalen Autoritäten. Die Konzentration auf die immer wieder beschworene Jugendlichkeit der Stadt ließ die Realisierung von Angeboten für die prozentual aber immer wichtiger werdenden mittleren Jahrgänge in den Hintergrund rücken, wodurch sich hier über die Jahrzehnte erhebliche Defizite aufstauten. Das Fehlen von Freizeitmöglichkeiten innerhalb des Ortes wurde von diesen Altersgruppen seit den 1970er Jahren zunehmend beklagt. Der Bau von altersgerechten Wohnungen fand sogar erst seit den 1980er Jahren Eingang in die städtischen Diskussionen.⁸

Mit dem großen Anteil von Industrie(fach)arbeitern ging auch ein relativ guter Ausbildungsstand der in Ludwigsfelde ansässigen Bevölkerung einher, der deutlich über dem Potsdamer

⁴ Vgl. BArch Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung 1981: Gemeindespiegel.

⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 515 Übersicht über die Industriezweigstruktur ausgewählter Städte und Gemeinden des Bezirks Potsdam, Stand 1980.

⁶ Keine Stadt im Bezirk Potsdam hatte einen niedrigeren Wert. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27224/1, Zusammenarbeit mit der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 1982–1983, [Broschüre] Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Potsdam – Bezirkszählbüro, nur für den Dienstgebrauch: Wohnbevölkerung und Haushalte – Bezirk Potsdam, detaillierte Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 31. Dezember 1981, S. 27.

⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27224/1, Zusammenarbeit mit der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 1982–1983, [Broschüre] Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Potsdam – Bezirkszählbüro, nur für den Dienstgebrauch: Wohnbevölkerung und Haushalte – Bezirk Potsdam, detaillierte Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 31. Dezember 1981, S. 24.

⁸ Ab 1980 entstand in städtischer Eigeninitiative auch ein Gebäude für einen „Rentnertreff“, das 1988 bereits erweitert werden musste.

Bezirkdurchschnitt lag.⁹ Im Vergleich mit der gesamten Republik war das Niveau der Bildungsabschlüsse in Ludwigsfelde jedoch zumeist nur durchschnittlich. Hinsichtlich des Anteils von Hochschulabsolventen wies Ludwigsfelde sogar unterdurchschnittliche Werte auf. Das ist ein typischer Befund für neue Industriestädte der DDR. Für die Beschäftigung in den modernen Industrien wurden höhere Anforderungen gestellt, weshalb die neu hinzuziehenden Arbeitskräfte im Durchschnitt häufiger hochwertige Abschlüsse aufwiesen. Angelernte Kräfte wie in altindustriellen Betrieben waren eher selten. Andererseits waren akademische Berufe – abgesehen von den Ingenieuren des Kombinats¹⁰ – in der einseitig ausgerichteten Industriestadt ebenfalls kaum vertreten, sodass insgesamt mittlere Bildungsabschlüsse vorherrschten.¹¹

Ludwigsfelde war keine reine Arbeiterstadt mit dominierendem Männeranteil; Frauen kam in vielen Feldern des Berufs- und Alltagslebens eine wichtige Rolle in der industriestädtischen Gesellschaft zu.¹² In der Frühzeit der Entwicklung ist zwar ein für neue Industrieorte typischer Überschuss an Männern festzustellen. Insbesondere unmittelbar nach den großen Zuwanderungswellen während der Etablierung neuer Produktionslinien wie in den Jahren 1959 oder 1964 überwog der Anteil der Männer zeitweise gegenüber den Frauen deutlich mit 53 zu 47.¹³ Dieser Männerüberschuss ging jedoch kurzfristig wieder zurück, da Frauen nachzogen und Bauarbeiter und ledige Männer, die als einzelne Arbeitskräfte nur kurzfristig delegiert worden waren, Ludwigsfelde wieder verließen. Ludwigsfelde blieb folglich dauerhaft keineswegs eine vorwiegend männliche Arbeiterstadt, wie dies z.B. in Orten der Schwerindustrie typisch war.¹⁴ Potenziell boten das Industrierwerk mit seiner kleinteiligen Produktpalette und später auch das Lkw-Werk zahlreiche Möglichkeiten zur Beschäftigung von Frauen. Eine Ausschöpfung dieses Potenzials war insbesondere notwendig, damit die in Ludwigsfelde ansässigen Frauen nicht unerwünschter Weise die devisenträchtigen Arbeitsplätze im nahen West-Berlin nutzten, was aber nur in begrenztem Umfang gelang. Nach dem Mauerbau war ein weiterer Ausbau der Frauenarbeitsplätze notwendig, um nun den ehemaligen Grenzgängerinnen auf Dauer eine Perspektive in Ludwigsfelde geben zu können.¹⁵ 1963 erreichte der

⁹ Von der Wohnbevölkerung über 18 Jahre verfügten im Jahr 1971 49 % über einen Facharbeiterabschluss, 9 % hatten einen Fachschulabschluss und 4 % einen Hochschulabschluss StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 1.3.1974, Information Nr. 1/74. Die Stadt Ludwigsfelde zwischen zwei Wahlen (Fakten – Daten – Zahlen von 1970 bis 1974), S. 2.

¹⁰ Ebenso wie die Arbeiter bleiben in dieser die Ingenieure des Großbetriebes durch die Fokussierung auf andere städtische Gruppen weitgehend außerhalb der Betrachtung. Zum Selbstverständnis der Ingenieure in Großbetrieben der DDR vgl. *Dolores L. Augustine*: Red Prometheus. Engineering and Dictatorship in East Germany 1945–1990, Cambridge 2007.

¹¹ Altindustrielle Städte, insbesondere altindustrielle Kleinstädte, wiesen in der DDR dagegen typischerweise ein stark unterdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Noch deutlicher war der Unterschied zu ländlichen Gemeinden. Vgl. *Benke/Wolfes*: Stadtkarrieren, S. 143.

¹² Vgl. ausführlicher zur Rolle von Frauen in einer neuen Industriestadt: *Springer*: Verbaute Träume, S. 670–678.

¹³ Errechnet nach BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, Anlage 1. Im Vergleich zu Schwedt, das 1962 einen Männeranteil von 59,5 % hatte, war der Männerüberschuss selbst in diesen Jahren vergleichsweise gering. Vgl. *Springer*: Verbaute Träume, S. 670.

¹⁴ Vgl. Allgemein zu Frauen in der DDR: *Ina Merkel*: Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: *Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.)*: Sozialgeschichte, S. 359–382.

¹⁵ Interview Herr W.

Frauenanteil im IWL schon 32 %. Zur möglichst weitgehenden Ausschöpfung des örtlichen Beschäftigungspotenzials sollte dieser Anteil gesichert und ausgebaut werden, u.a. durch Erhöhung des Mädchenanteils bei den Lehrlingen.¹⁶ Bereits 1964 betrug der Anteil der weiblichen Auszubildenden im Betrieb 35,2 %.¹⁷ Diese Größenordnung hatte weitgehend bis 1989 Bestand. Bedingt durch weitere in Ludwigsfelde befindliche Arbeitsstellen mit hohem Frauenanteil, z.B. in den Schulen, den Einkaufseinrichtungen und dem Lehrerfortbildungseminar Struveshof, wies Ludwigsfelde 1981 mit 95,7 % eine der höchsten Frauenbeschäftigungsraten im Bezirk Potsdam auf.¹⁸

Die Berufstätigkeit der Frauen war in der DDR und insbesondere in Ludwigsfelde eine unbedingte ökonomische Notwendigkeit. Nachdem sich seit Mitte der 1950er Jahre in der DDR ein erheblicher Arbeitskräftemangel herausgebildet hatte, wurde die Frauenbeschäftigung durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen massiv gefördert, was zur Etablierung eines im internationalen Vergleich extrem hohen weiblichen Beschäftigungsgrades beitrug.¹⁹ Seit dem IX. Parteitag von 1976 wurde die Bedeutung der Erwerbstätigkeit der Frau und die Rolle der Bevölkerungspolitik im Programm der SED besonders herausgestellt.²⁰

Die Frauen in Ludwigsfelde – seien es Arbeiterinnen des Werkes, Beschäftigte anderer Betriebe oder Nichtberufstätige – hatten spezifische Ansprüche an den städtischen Raum. Die – vielfach unbefriedigten – Nutzungsansprüche der Frauen, insbesondere der Mütter, an die städtischen Konsumeinrichtungen wurden in den staatlichen Institutionen immer wieder diskutiert. Dabei ist festzustellen, dass sich in Bezug auf die gesellschaftspolitische Zielsetzung bei der Bereitstellung der Konsumangebote im Laufe der Jahrzehnte ein wichtiger Wandel vollzog. Während 1956 durch den Rat der Gemeinde noch größere Läden gefordert wurden, damit explizit „die Hausfrauen nicht immer nach Berlin fahren und dort ihre Einkäufe tätigen brauchen“²¹, standen in den städtischen Konzeptionen der 1960er bis 1980er Jahre die Bedürfnisse der berufstätigen Frauen (und Mütter) eindeutig im Vordergrund. Die Verbesserung der städtischen Dienstleistungseinrichtungen sollte nach Wunsch des Rates vor allem „unseren werktätigen Frauen die zeitraubende Hausarbeit erleichtern“²². Dies war dringend notwendig. Das Ideal der familiären Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau blieb auch in der DDR uneingelöst. DDR-weit hatten Frauen durch die Doppelbelastung durchschnittlich etwa

¹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 3678, territoriale Maßnahmen zur Sicherung des Lkw-Baus in Ludwigsfelde 1963, territoriale Maßnahmen zur Sicherung der Lkw-Produktion in Ludwigsfelde, S. 1.

¹⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 2998, Sitzung des Rates mit dem Rat der Gemeinde Ludwigsfelde und dem Rat des Kreises Zossen, 13.5.1964, S. 19.

¹⁸ Im Vergleich mit anderen Industriestädten war dies jedoch eher ein durchschnittlicher Wert. Vgl. BArch Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033: *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung 1981: Gemeindegpiegel*.

¹⁹ Vgl. Müller: DDR, S. 49.

²⁰ Bouvier: Sozialstaat, S. 74.

²¹ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1956, S. 6.

²² KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Berichterstattung des Rates des Kreises über die Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses und der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes des Kreises auf dem Gebiet der Kultur, der Körperkultur und des Sports und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung des Kreises auf dem Gebiet des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft und des Gesundheitswesens, S. 25.

40 % weniger Freizeit als Männer,²³ weshalb die Bereitstellung von leicht erreichbaren Konsumangeboten und Infrastrukturleistungen im Stadtraum zur Aufrechterhaltung des weiblichen Beschäftigtenpotenzials von entscheidender Bedeutung war. Die Probleme der Versorgung durch Dienstleistungs- und Konsumeinrichtungen konnten aber in der wachsenden und weitläufigen Stadt Ludwigsfelde aus Sicht der Frauen nie umfassend gelöst werden. Die Ludwigsfelderinnen kritisierten bis in die 1980er Jahre die schwierigen Bedingungen zum Einkaufen in den Kaufhallen, das mangelhafte Warenangebot und vor allem die langen Wartezeiten.²⁴ Jede notwendige Besorgung erforderte zudem auch innerhalb von Ludwigsfelde Fahrten und Gänge zu den unterschiedlichen, teils weit voneinander entfernten Einkaufsstätten.

Der hohe Anteil der Frauenbeschäftigung in der DDR ging auch mit großen sozialpolitischen Ansprüchen einher, so musste insbesondere die Kinderbetreuung der werktätigen Frauen an den Wohn- und Arbeitsorten sichergestellt sein. Der Versorgungsgrad mit Kindereinrichtungen spielte in der Automobilarbeiterstadt eine besondere Rolle, da die Funktionsfähigkeit der Produktion von der Beschäftigung weitgehend aller ansässigen Männer und Frauen ausging. Wenn Kindereinrichtungen nicht rechtzeitig fertig wurden, drohten der kaum ersetzbare Ausfall der weiblichen Arbeitskräfte und damit auch die Gefahr von Produktionsschwierigkeiten für das IWL.²⁵ Besondere Brisanz erhielt das Problem der Kinderbetreuung durch den Charakter von Ludwigsfelde als „neuer Stadt“. Für die zuziehenden Familien bestand nicht die Möglichkeit, zur Betreuung der Kinder auf nicht mehr arbeitende Großeltern sowie Verwandte zurückgreifen zu können. Der Rat der Stadt erkannte früh, dass diese familiäre Selbstorganisation in Ludwigsfelde nicht wie „in den seit Jahrhunderten gewachsenen Städten“ durchführbar sei.²⁶

Die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsplätzen war ein erhebliches Problem in der schnell wachsenden jungen Stadt. Anfang der 1960er Jahre kam es zwar durch die kurzzeitig stagnierende Entwicklung in Ludwigsfelde zu einer Unterbelegung der Kindereinrichtungen.²⁷ Mit dem nach 1964 dauerhaft beschrittenen Wachstumspfad änderte sich dies aber nachhaltig. Angesichts der permanent steigenden Nachfrage waren die staatlichen Stellen bis 1989 selten in der Lage die notwendige Versorgung mit Kindereinrichtungen sicherzustellen. 1970 beklagte der Bürgermeister, dass diese Defizite dem Anspruch der Stadt, eine „sozialistische Stadt“ zu sein, explizit widersprechen würden: „In unserer Stadt müssen zur Zeit noch berufstätige Mütter, darunter Frauen mit Hoch- und Fachschul-

²³ Vgl. *Merkel*: Arbeiter und Konsum, S. 546.

²⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Berichte und Einschätzungen 1980/81, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 17.9.1981, S. 5.

²⁵ Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 8.1.1959, S. 6. Diese enge Verknüpfung ist ein typisches Phänomen für neue Industriestädte der DDR. Auch in Hoyerswerda konnten viele Mütter aufgrund der mangelnden Betreuungseinrichtungen nicht arbeiten, weshalb der Arbeitskräfteplan des Betriebes durcheinander geriet. *Mehls*: neue Stadt, S. 249. Für die ähnliche Problematik in Schwedt vgl. *Springer*: Verbaute Träume, S. 673.

²⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 537, Probleme mit territorialen Organen, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 26.8.1971 Stellungnahme des Bürgermeisters Körl zum Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam vom 5.8.1971, S. 3.

²⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 003, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 30.5.1962.

bildung, aus Mangel an Krippenplätzen, der Arbeit vorübergehend fernbleiben.“²⁸ Um ein einigermaßen ausreichendes Platzangebot zu gewährleisten, waren in Ergänzung zu den Zuweisungen der übergeordneten Organe regelmäßig lokales Organisationstalent, Eigeninitiativen und die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Betrieb nötig. Im Bereich der Organisation der Kindereinrichtungen funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Werk nicht immer reibungslos. Ein Ärgernis aus Sicht der Stadtverwaltung war der „Betriebsegoismus“ des Industrierwerkes, das die Koordination der Betreuungseinrichtungen in der Stadt erschwerte. So warf die Stadt dem IWL vor, ihre betriebseigenen Einrichtungen unangemessen gut auszustatten, während der Rat der Stadt um eine möglichst einheitliche Qualität aller Einrichtungen im Ort bemüht war.²⁹ 1969 verfügte Ludwigsfelde über lediglich 222 Plätze für 1.000 Kinder, während der Bezirksdurchschnitt mit 232 Plätzen – trotz der zahlreichen ländlichen Gebiete – noch darüber lag.³⁰ Erst in den nächsten Jahren gelang es, den Anteil auf ein für eine junge Industriegemeinde notwendiges Niveau zu heben.³¹ Insgesamt konnten durch die Zusammenarbeit der Stadt mit den Betrieben IWL, INL und Rohrleitungsbau zahlreiche Verbesserungen der Kinderbetreuung erreicht werden. Nicht alle Frauen hatten jedoch den gleichen Zugang zu den Ressourcen des Territoriums. Schwierig war vor allem die Situation für Frauen, die vor Ort nicht auf die Hilfe einer örtlichen Institution bauen konnten. Selbst Frauen von auswärts eingesetzten Berufssoldaten der NVA mussten erleben, dass sie und ihre Kinder von Festivitäten der Betriebe ausgeschlossen wurden.³²

5.1.1 Eingesessene und Zuwanderer: „Hier hat man nur etwas für die Sachsen übrig!“

Ludwigsfelde wurde nach 1952 durch die aus allen Teilen der DDR neu zugewanderten Industrierwerker dominiert, die bald die Mehrheit gegenüber den alteingesessenen Bewohnern stellten. Nur ein kleiner Teil der Einwohner Ludwigsfeldes verfügte am Ende der DDR vor Ort über familiäre Wurzeln, die in die Zeit vor 1945 reichten. Ludwigsfelde stand seit 1945 vor dem Problem, eine große Anzahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in ein ohnehin noch kaum gefestigtes Gemeinwesen integrieren zu müssen.³³ In den späteren Selbstdarstellungen des Ortes wurden die Herkunftsgebiete zwar gelegentlich erwähnt. Die Leiden der Flucht und die Probleme der Integration eines immerhin erheblichen Teils der Bevölkerung blieben

²⁸ StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1970, Rechenschaftsbericht des Rates der Stadt: Herr Körl, S. 6.

²⁹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 003, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.5.1962, S. 4.

³⁰ Vgl. KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Berichterstattung des Rates des Kreises über die Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses und der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes des Kreises auf dem Gebiet der Kultur, der Körperkultur und des Sports und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung des Kreises auf dem Gebiet des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft und des Gesundheitswesens, S. 29.

³¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 003, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 30.5.1962, S. 3.

³² Soldatenfrauen kritisierten, dass die Kinder der Betriebsangehörigen des Rohrleitungsbaus ein Weihnachtsfest im Betrieb feiern konnten, sie jedoch mit ihren Kindern davon ausgeschlossen waren. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 SED-Kreisleitung Zossen Nr. 376, SED-Kreisleitung Zossen, Sekretariat, Zossen, 28.9.1965, Protokoll der Kreisleitersitzung am 22.9.1965 im Diskussionsbeitrag – Genossin Else Schmidt – 1. Vors. des DFD, S. 2.

³³ Vgl. ebd. Zur Eingliederung von Flüchtlingen in der DDR siehe auch: *Karl Christian Führer*: Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach 1945, in: IMS 1, 2002, S. 3–13, hier S. 10.

in Ludwigsfelde – wie in der gesamten DDR – jedoch in den offiziellen Debatten ausgespart.³⁴ Den Flüchtlingen folgten seit 1952 regelmäßig neue Wellen industrieller Zuwanderer. In der offiziellen Ortsgeschichte wurde ein harmonisches Bild der Zuwandererstadt Ludwigsfelde gezeichnet:

„Und die Leute in L.? Bunte Mischung, sehr unterschiedlich. Die Älteren sind Berliner, sind Schlesier, Pommern und auch Schwaben. Die Leute, die nach dem Krieg kamen, sind auch aus Schlesien, Pommern, der Tschechoslowakei, auf der Flucht hier hängengeblieben oder als Umsiedler. Die Jüngeren stammen aus Thüringen, Sachsen, Magdeburg. Und die Kinder dieser Jüngeren oder schon die Enkel der Älteren saßen vor uns auf den Schulbänken.“³⁵

Das in den offiziellen Berichten über den Aufbau Ludwigsfeldes häufig verwendete Motiv des gemeinschaftlichen Gründungsmythos und Aufbauwillens von Einheimischen und Zuwanderern ist jedoch zu relativieren. Nicht nur städtebaulich, sondern auch bevölkerungsstrukturell war Ludwigsfelde noch weit davon entfernt, eine eigene örtliche Identität zu besitzen. Auch die örtliche SED zeigte sich entgegen dem offiziell gezeichneten Bild in ihren parteiinternen Berichten nicht zufrieden mit der politischen Gesinnung der Einwanderer, die in jenen Jahren nach Ludwigsfelde strömten. Die Ortspartei unterstellte ihnen in nichtöffentlichen Dokumenten, dass sie weniger am sozialistischen Aufbau interessiert seien, sondern vielmehr nur nach Ludwigsfelde kämen, da sie an ihrem Heimatwohnort keine angemessene Wohnung hätten. Insbesondere würden viele Zuwanderer Ludwigsfelde auswählen, da sie Verwandte im nahen Berlin hätten.³⁶

Die neu nach Ludwigsfelde gezogenen Menschen verstanden sich lange Zeit eher als Kombinatsangehörige denn als Bürger Ludwigsfeldes. Die neuen Werksglieder brauchten viele Jahre bis sie eine Bindung an die Stadt Ludwigsfelde entwickeln konnten. Die Stadt offerierte den Zuwanderern neben ihrer Funktion als Standort der industriellen Arbeitsplätze und einem überdurchschnittlichen Wohnungsangebot kaum zusätzliche Identifikationsangebote. Nach Phasen des Aufbaus, in denen der Umzug nach Ludwigsfelde als Fortschritt empfunden wurde, brachte die Vernachlässigung der städtischen Entwicklung Enttäuschungen für die Zuwanderer mit sich, weshalb viele Neubürger Ludwigsfelde auch wieder verließen. Der weitaus größere Teil blieb jedoch vor Ort und entwickelte sich von Arbeitern des Werkes immer mehr zu Einwohnern Ludwigsfeldes. Zunehmend wurden auch lokale Identifikationen

³⁴ Vgl. *Michael Schwartz*: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik in Vierteljahreshfte für Zeitgeschichte 1, 2008, S. 101–151, hier S. 137. Vgl. zur Ansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Brandenburg nach 1945: *Wolfgang Ribbe*: Flüchtlinge – Vertriebene – Displaced Persons. Ihre Aufnahme, Weiterleitung bzw. Eingliederung in Berlin und Brandenburg bei Kriegsende 1945, in: *Lemke (Hg.)*: Schaufenster der Systemkonkurrenz, S. 145–162.

³⁵ Zitiert aus *Günter Görlich*: Eine Anzeige in der Zeitung, 7. Auflage, Berlin 1982, S. 28–29 (Erstauflage 1978). Diese Romanpassage wurde auch in den offiziellen städtischen Veröffentlichungen abgedruckt.

³⁶ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 7.

außerhalb des Werkes gesucht und gefunden und stärkere Bezüge zum Wohnort herausgebildet.³⁷

Das Problem der schwierigen Eingliederung der Zuwanderer wurde schon unmittelbar nach dem Kriegsende deutlich erkannt. Der Rat der Gemeinde forderte bereits 1949, „dass unsere neu hinzugekommenen Einwohner das Gefühl des Geborgenseins haben müssen und dass sie sich als Einwohner von Ludwigsfelde fühlen [sollen]“³⁸. Diese Integration von Alt- und Neubürgern und die Herausbildung eines gemeinsamen Ortsbewusstseins ließen sich jedoch nicht kurzfristig erreichen. So musste die Ortspartei noch Ende der 1950er Jahre feststellen: „Ludwigsfelde hat also keine Bevölkerung, die mit dem Ort organisch gewachsen ist.“³⁹

Trotz der zahlenmäßigen Dominanz der nach dem Kriegsende zugewanderten Ludwigsfelder blieben die „alten“ Einwohner aus der Zeit vor 1945 ein wichtiger Teil der Wohnbevölkerung. Ein eindeutiges Gegenüber von altem Ort und Neustadt wie es in anderen Wachstumsorten festzustellen ist, kann in Ludwigsfelde jedoch nicht identifiziert werden.⁴⁰ In Ludwigsfelde existierte durch seine kurze Vorkriegsgeschichte als Industrieort weder ein gefestigtes historisches Milieu noch eine räumlich abgegrenzte Altbaustruktur, die einen klaren Gegensatz zu den neu Zugewanderten auch baulich hätte prägen können. Die kaum 500 Einwohner aus der „vorindustriellen Zeit“ vor 1935 – entweder Bewohner der ländlichen Vorgängersiedlung oder Bewohner der Gartenparzellen – lassen sich innerhalb der extrem gewachsenen Bevölkerungszahl als Akteure kaum nachweisen. Die wenigen Jahre der Existenz Ludwigsfeldes als Ort der Rüstungsindustrie von 1935/36 bis 1944/45 waren zu kurz, um bereits eine gefestigte Identität herausbilden zu können. Von den bis zu 5.000 Einwohnern, die im Ort um 1945 ansässig gewesen waren, blieb wahrscheinlich lediglich etwas mehr als die Hälfte nach dem Kriegsende.⁴¹ Jene Angehörigen der ersten industriellen Zuwanderungswelle bildeten so auch im später stark gewachsenen Ludwigsfelde durchaus einen wichtigen Anteil an der Wohnbevölkerung. Diese Alteingesessenen der 1930er und 1940er Jahre lebten vor allem konzentriert in den Wohngebieten im Südwesten der Stadt. Viele hatten dort Eigentum von Siedlungshäusern erworben.

Auch wenn es kein generelles Gegenüber von Alt- und Neubewohnern gab, blieben Konflikte nicht aus. Insbesondere der ungleiche Zugang zu Infrastrukturangeboten und die Wohn-

³⁷ Eine ähnliche Entwicklung stellt Adelheid von Saldern für Leinefelde fest: „Doch zeigen die Erinnerungen von Personen, die damals in Leinefelde gearbeitet und gewohnt haben, dass ihnen die Identifikation allein mit dem Betrieb offensichtlich nicht ausreichte, sondern dass sie das Bedürfnis hatten, auch Bezüge zu ihrem teils alten, teils neuen Lebensort herzustellen.“ *von Saldern: Alte und junge Stadt*, S. 362.

³⁸ StadtAL ohne Nummer, Gemeindevertretersitzungen 1946 bis 1950, Gemeindevertretersitzung am 30.5.1949, S. 2.

³⁹ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 4.

⁴⁰ Siehe z.B. das Beispiel Leinefelde: Der Ort war vor der Industrieansiedlung auch sehr klein, besaß jedoch eine weitaus längere historische Tradition und durch die katholische Prägung der Bevölkerung eine starke lokale Identität. Vgl. *von Plato: Diaspora*, S. 235–274.

⁴¹ Bei weitgehend konstanter Bevölkerungszahl konnten unmittelbar nach 1945 2.000 Flüchtlinge angesiedelt werden. Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 4.

raumverteilung sorgten immer wieder für Missstimmung, wenn die neu angeworbenen Arbeiter gegenüber den Ansässigen bevorzugt wurden.

Frau G. schildert als „Alteingesessene“ diese Erfahrung:

„Da kamen eben [die Zuwanderer], da waren wir manchmal ein bisschen sauer und zwar aus dem Grunde, weil die alle die Wohnungen bekamen. Eine Wohnung zu bekommen war ja gar nicht so einfach. Wir mussten noch heiraten. Kinder kamen später, Gott sei Dank, weil wir sonst keine Wohnung gekriegt hätten. Aber für Werksangehörige war das alles besser. Denen musste man Wohnungen, Geschäfte und das Kulturhaus bieten. Das war ja was. Ins Kulturhaus kamen wir aber nicht immer rein. Mein Mann war bei der PGH Maler und da waren wir manchmal sauer. Ja, das alles gehörte ja dem Werk. Allerdings fand ich das Kulturhaus gut mit den vielen schönen Arbeitsgemeinschaften, die es dort gab. Für die Kinder das Ballett. Also es gab viele Angebote und das war schön. Auch wenn meine Mutter manchmal empfand: ‚Das sind doch alles keine richtigen Ludwigsfelder, sind alles Fremde.‘ Irgendwie ist es noch ein bisschen drin.“⁴²

Zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern zeigten sich in vielen DDR-Wachstumsstädten auch landsmannschaftlich geprägte Ressentiments. Die Zuwanderer wurden häufig mit der am stärksten vertretenen Gruppe der Sachsen identifiziert und negativ als „Fremde“ konnotiert, die die „schönen“ neuen Angebote bevorzugt zugeteilt bekamen. Für Leinefelde ist beispielsweise eine deutliche mentale wie räumliche Trennung zwischen der Gruppe der Ansässigen und der Gruppe der „Sachsen“ nachzuweisen.⁴³ Solche eindeutigen landsmannschaftlichen Vorbehalte und Trennungslinien sind in Ludwigsfelde jedoch nicht in der Schärfe zu identifizieren. Eine Ursache ist darin zu finden, dass es in Ludwigsfelde keine langansässige homogene Ursprungsbevölkerung gab. Fast alle Bewohner waren industrielle Pioniere. Zwar kamen viele der alteingesessenen Bewohner aus der umgebenden Region von Berlin und Brandenburg. Aber schon in den 1930er Jahren stammten viele Zuwanderer für das Flugzeugmotorenwerk aus südwestdeutschen Regionen. Die erhebliche Flüchtlingszuwanderung zwischen 1945 und 1949 verstärkte die Heterogenität noch einmal deutlich, bevor die eigentliche industrielle Zuwanderung nach 1951/52 einsetzte. Über die Herkunftsgebiete der Zuwanderer existieren keine exakten Daten in den Akten. Wahrscheinlich ist, dass es wie in anderen industriellen Zuwandererstädten in den nördlichen und mittleren Bezirken der DDR einen hohen sächsischen Anteil gab. Allerdings belegen zahlreiche konkrete Beispiele, dass der Anteil von Zuwanderern aus dem brandenburgischen Nahbereich erheblich gewesen sein muss.

Die Konkurrenzen bestanden in erster Linie zwischen den Angehörigen der einzelnen Zuwanderungswellen, egal woher diese kamen. So sahen sich die in den 1950er Jahren im Zuge des ersten Aufbaus des Werkes zugewanderten Neubürger im Vergleich zu den Zu-

⁴² Interview Frau G.

⁴³ Vgl. für das thüringische Leinefelde von Plato: Diaspora, S. 244.

wanderern der 1970er Jahre bereits als „alteingesessene“ Ludwigsfelder und eigentliche Stadtgründer des Industriortes. Regelmäßig stieß die Bevorzugung von dringend benötigten neuen Zuwanderern auf Kritik der bereits Ansässigen, insbesondere wenn diese erkennbar schneller eine – bessere – Neubauwohnung erhielten. Auf Basis dieser Wahrnehmung wiederum konnte durchaus von den Einheimischen ein landsmannschaftlich konnotierter Verteilungskonflikt konstruiert werden: Ein Ludwigsfelder verweigerte noch 1967 die Teilnahme an der Wahl mit der Begründung, dass er keine angemessene Wohnung zugeteilt bekomme, während die „sächsischen“ Zuwanderer bevorzugt würden:

„Ich versuche seit 2 Jahren mit meinen beiden Kindern und meiner Frau – ein drittes Kind ist unterwegs – eine andere Wohnung zu bekommen. Ich habe bisher keinerlei Unterstützung erhalten. Ich wohne seit 1935 in Ludwigsfelde. Hier hat man nur etwas für die Sachsen übrig.“⁴⁴

Viele Zuwanderer brauchten lange bevor sie auch mental in Ludwigsfelde sesshaft wurden. Angesichts des begrenzten Identifikationsangebotes der Stadt blieb die Bindung der Zuwanderer an die Ursprungsgemeinden trotz langer Anwesenheit in Ludwigsfelde erhalten: Noch im Jahre 1980 wurde diese Verbundenheit der Einwohner mit ihrer ehemaligen Heimat in der Stadtverordnetenversammlung festgestellt:

„Es ist ein offenes Geheimnis und jeder sollte sich einmal selbst überprüfen, daß der größte Teil der Ludwigsfelder sich ja immer noch als Rudolstädter, Arnstädter, Erfurter, Leipziger usw. versteht, sich immer noch Empfindungen, Erinnerungen und tiefe Zuneigung zu seinem Geburtsort bewahrt, mindestens einmal im Jahr dorthin zurückkehrt und alles, etwas salopp ausgedrückt, ‚sehr schön‘ findet.“⁴⁵

5.1.2 Die Arbeiter der kleineren Betriebe

Die Konflikte zwischen den Angehörigen der einzelnen Zuwanderungswellen wurden noch überlagert durch die Friktionen zwischen dem großen Werk und den kleineren Betrieben vor Ort. Das Industrierwerk bzw. das spätere Autowerk war mit weitem Abstand der größte Arbeitgeber in Ludwigsfelde. Dementsprechend bestimmten seine Ansprüche entscheidend die Stadtentwicklung und die externe Wahrnehmung der Stadt. Die Arbeiter des Autowerks hatten neben dieser symbolisch herausgehobenen Bedeutung vielfach auch konkrete Vorteile, da sie das erste Zugriffsrecht auf die Nutzung wichtiger Einrichtungen besaßen.

Der Verantwortliche für Planung im Rat erinnert sich an die Befindlichkeiten der Angehörigen der kleineren Betriebe:

⁴⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–67 Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Brief vom 2.7.1967 an die Kreisleitung, S. 1.

⁴⁵ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Bericht zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde, Stadtrat für Kultur, S. 6.

„Zurückgesetzt gefühlt? Nein. Ich sage nein. [zögert] Trotzdem gab es immer mal Kritik. ‚Na ja die Großen, die kriegen alles‘ [...] Man müsste ein bisschen sagen jein. Sie fühlten sich manchmal schon so ein bisschen als 5. Rad am Wagen.“⁴⁶

Die einzelnen Betriebe befanden sich vor Ort häufig in Konkurrenz um die knappen Wohnungen und Plätze in sozialen und kulturellen Angeboten untereinander und insbesondere gegenüber dem übermächtigen IWL. Die anderen Betriebe in der Stadt, vor allem das Instandsetzungswerk (INL) und der Rohrleitungsbau (RLB), mussten sich deshalb besonders darum bemühen, die Bedürfnisse ihrer Beschäftigten in der Stadt durchzusetzen. Die mittelgroßen Betriebe versuchten sich dabei gegenüber dem viel größeren Industrierwerk durch besonders intensives Engagement für die Stadt zu profilieren, woraus der Ort Ludwigsfelde durchaus Vorteile ziehen konnte.

Zur Bewältigung dieser Defizite kam es in Ludwigsfelde regelmäßig zu engen Kooperationen zwischen der Stadt und den kleineren Betrieben: Hier konnten Verhandlungen wirklich auf „Augenhöhe“ durchgeführt werden. Vielfach waren die kleineren Betriebe angesichts der gegenseitigen Abhängigkeit weitaus verlässlichere Partner der Stadt als das große Industrierwerk. Ähnlich wie das IWL/AWL waren auch die anderen Betriebe in Ludwigsfelde durch die Leistungen der Kommunalverträge an der Verbesserung der städtischen Infrastruktur beteiligt. 1973 konnte z.B. eine vom INL und anderen kleineren Betrieben errichtete Kinderkrippe mit 90 Plätzen in Ludwigsfelde in Betrieb genommen werden. Auch über seine Kultur- und Sozialfonds konnte das INL als wichtiger Akteur im Alltagsleben der Stadt wirken.⁴⁷ Mit der Betriebssportgemeinschaft BSG „Turbinen“ und weiteren vereinsähnlichen Gruppen war das INL auch am sportlichen und kulturellen Leben der Stadt wesentlich beteiligt.⁴⁸

In vielen Bereichen standen die Arbeiter des INL in Konkurrenz zum übermächtigen Autowerk. Ebenso wie das Autowerk besaß das Instandsetzungswerk ein eigenes Kontingent bei der Wohnraumverteilung, faktisch erfolgte jedoch eine weitgehende Bevorzugung der AWL-Angehörigen, was häufig für Unmut unter der Belegschaft des INL sorgte. Vertreter des INL verlangten 1977 mit Hinweis auf die Wichtigkeit ihrer Produktion und entsprechende Beschlüsse des Ministerrates die Unterstützung des Rates der Stadt bei der Zuweisung von Wohnungen für das INL und wandten sich gegen die „Formulierung des absoluten Vorrangs des AWL“.⁴⁹ Ein wichtiges Anliegen des INL war die angemessene Berücksichtigung ihrer Beschäftigten bei der Verteilung der Eigenheime.⁵⁰ Auch um die Nutzung des Kulturhauses bestand eine latente Konkurrenz mit dem Autowerk. Das INL betrachtete das Haus nach wie vor als „sein“ Haus, da bei der Konzeption dieser Einrichtung in den 1950er Jahren das INL noch Bestandteil des Gesamtbetriebes „Industrierwerke Ludwigsfelde (IWL)“ gewesen war.

⁴⁶ Interview Beileke.

⁴⁷ Mit verschiedenen Wohngebieten und Schulen bestanden Partnerbeziehungen. Vgl. *Werner*: Instandsetzungswerk, S. 31.

⁴⁸ Vgl. *Werner*: Instandsetzungswerk, S. 31.

⁴⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung, Berichte und Einschätzungen 1977–1979, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 16.2.1977, S. 3.

⁵⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 020, Rat der Stadt, Sitzung am 5.7.1979.

Betriebliche Vereinbarungen zwischen INL und dem aus dem IWL hervorgegangenen AWL über den Zugang zu den Angeboten des Kulturhauses konnten die Konflikte nur teilweise lösen.⁵¹

5.1.3 Handwerker und private Gewerbetreibende

Ludwigsfelde wurde seit den 1930er Jahren vorwiegend durch industrielle Großstrukturen geprägt. Eine bedeutende ergänzende Funktion im Wirtschafts- und Sozialleben der Stadt nahmen jedoch auch die ansässigen kleineren Handwerks- und Gewerbebetriebe ein. Schon mit dem Beginn der Parzellierung in der Ludwigsfelder Gemarkung um 1920 hatten sich kleinere Existenzgründer angesiedelt. Auch in den 1950er Jahren wurde die weitere Ansiedlung von privaten Händlern und Handwerkern in Ludwigsfelde angesichts der desolaten Versorgungslage zunächst noch zugelassen oder sogar bewusst unterstützt. In Gemeinderatssitzungen jener Jahre wurden regelmäßig Anträge von privaten Gewerbetreibenden wie Brunnenbauern, Kioskbetreibern, Rossschlächtern und Schuhhändlern behandelt, die insbesondere durch Nutzung der Einfamilienhausparzellen neue gewerbliche Standorte schaffen wollten. Ablehnungen solcher Anträge erfolgten in den frühen Nachkriegsjahren nur aus zwingenden formalen Gründen, wie z.B. dem Fehlen des auch in der DDR erforderlichen Meisterbriefes.⁵² 1957 wurde nach offizieller Zählweise der „Mittelstand“ in Ludwigsfelde durch 42 Handwerksbetriebe, 15 private Einzelhändler, elf Fuhrunternehmer, zwei Gaststätten, zwei Sägewerke, einen Desinfektor und einen Berater in Steuersachen vertreten.⁵³

Die ursprünglich positive bzw. pragmatisch offene Einstellung zu privaten Gewerbetreibenden wandelte sich jedoch in Ludwigsfelde schon seit Mitte der 1950er Jahre deutlich. Der Weiterverkauf von Kleinbetrieben an andere private Unternehmer wurde zugunsten der Übernahme in eine Produktionsgenossenschaft des Handwerks unterbunden.⁵⁴ Private Händler wurden in der gesamten DDR nun systematisch in den Ruin getrieben.⁵⁵ Mit teils vorgeschobenen formalen Begründungen, teils auch mit der eindeutigen Aussage, Ludwigsfelde sei eine „neue sozialistische Stadt“, wurden zahlreiche Anträge von Privatpersonen zur Einrichtung von Gewerbebetrieben zurückgewiesen. Diese ideologisch bedingten Ablehnungen betrafen auch ausgesprochene Mangelangebote, die durch keinen staatlichen oder ge-

⁵¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 24014, Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde 1975–1976, informatorischer Bericht [ohne Datum] Thema: Probleme der geistig-kulturellen Entwicklung im Zentrum der Arbeiterklasse des Kreises Zossen. Die Rolle des Klubhauses des IWL „Arthur Ladwig“ und des Kreiskabinetts für Kulturarbeit, Verfasser: Bezirkskabinetts für Kulturarbeit Potsdam, S. 2.

⁵² Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 24.10.1956, S. 5.

⁵³ Vgl. KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteilitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 8.

⁵⁴ Vgl. zum Widerstand gegen den Verkauf eines Fotogeschäfts an einen privaten Gewerbetreibenden: KreisATF XI 1671, Protokolle der Ständigen Kommission Handel und Versorgung, Ludwigsfelde, Sitzung am 23.12.1958, Verzeichnis der Verkaufsstellen.

⁵⁵ Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 26. Nach einer zunächst sehr repressiven Phase Anfang der 1950er Jahre erfolgte nach dem Juni 1953 der Versuch, Privatunternehmer durch Anreize in Produktionsgenossenschaften zu überführen. Zwischen 1956 und 1959 formierte sich jedoch wieder eine Zwangsstrategie gegenüber den privaten Kleinbetrieben. Vgl. *Kleßmann*: Arbeiter im Arbeiterstaat, S. 476–481.

nossenschaftlichen Betrieb gewährleistet werden konnten.⁵⁶ Auch bereits bestehende private Betriebe wurden in diesen Jahren insbesondere im Gaststättenbereich und im Handwerk durch zunehmende Auflagen zurückgedrängt. Ende der 1950er Jahre wurde diese gesellschaftspolitische Zielsetzung auch in offiziellen Plandokumenten deutlich benannt:

„Der Aufbau des Sozialismus [in Ludwigsfelde] macht es erforderlich, daß auch im Einzelhandwerk die sozialistische Produktionsweise angewandt wird, um mit den großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaues Schritt halten zu können. Deshalb ist es notwendig, zu den 5 im Ort vorhandenen Pghs noch weitere Berufe auf die Basis der genossenschaftlichen Arbeit zu führen.“⁵⁷

Die Gemeindeverwaltung sah in den Handwerksbetrieben Vertreter einer veralteten Gewerbeform und unterstellte ihnen mangelnde Loyalität gegenüber der DDR. Die Handwerker würden „nach wie vor von fehlenden Materialien ihr Verhältnis zur Republik ableiten“⁵⁸. Der private Einzelhandel durfte aus Sicht der SED in den 1960er Jahren im Rahmen einer Übergangsperiode zunächst noch eine Funktion im Ort behalten. Allerdings sollten die privaten Betriebe durch die Einbeziehung in das System des staatlichen Kommissionshandels in den „sozialistischen Aufbau“ integriert werden.⁵⁹ Faktisch schwanden so auch hier die privatwirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten – analog zur Entwicklung in der gesamten DDR – in Ludwigsfelde in den 1960er Jahren weitgehend: Für Privatbetriebe war in der sozialistischen Stadt dauerhaft kein Platz vorgesehen. Gleichwohl bewiesen die Betriebe ein großes Beharrungsvermögen und verstanden es, sich in den Nischen der sozialistischen Mangelwirtschaft auch weiterhin einzurichten. Obwohl durch die SED die Handwerker und kleinen Unternehmer aus ideologischen Gründen mit erheblichen Steuern belastet und sozial benachteiligt wurden, hatte sich bis 1970 in der DDR „eine Art Kleinbourgeoise“ halten können, „die durch den unmittelbaren Zugriff auf Mangelwaren über wirtschaftliche Potenzen verfügte.“⁶⁰ Der Endpunkt einer längeren Entwicklung zur Verdrängung der Privatwirtschaft in der DDR war die im Jahre 1972 erfolgte Verstaatlichung eines Großteils des noch verbliebenen privaten produzierenden Gewerbes.⁶¹ Diese Enteignung der Klein- und Mittelbetriebe wurde später als großer Fehler Honeckers bewertet.⁶² Angesichts der sich nach der Verstaatlichung bald offenbarenden Defizite in der Produktion und Versorgung sollte die Politik der Abwicklung der privaten Kleinbetriebe bereits wenige Jahre später modifiziert werden.

⁵⁶ Vgl. beispielhaft: Ablehnung des Antrages Frau H. für eine Damenmaßschneiderei: StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 7.2.1974, S. 1.

⁵⁷ StadtAL: Perspektivplan bis 1960 der Gemeinde Ludwigsfelde [Broschüre ohne Aktennummer, August 1958] S. 5 und wortgleich KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 22.8.1958, Entwurf zum Perspektivplan, S. 5.

⁵⁸ BLHA Bez. Pdm. Rep. 531, SED-Kreisleitung Zossen Nr. 376, Kreisleitersitzung am 15.4.1965, S. 3.

⁵⁹ Vgl. StadtAL: Perspektivplan bis 1960 der Gemeinde Ludwigsfelde [Broschüre ohne Aktennummer, August 1958] S. 5. Vgl. zum Kommissionshandel *Heinz Hoffmann*: Der Kommissionshandel im planwirtschaftlichen System der DDR. Eine besondere Eigentums- und Handelsform (Veröffentlichungen des Sächsischen Wirtschaftsarchivs, Reihe A, Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens 2), Leipzig 2001.

⁶⁰ *Wolle*: heile Welt, S. 195.

⁶¹ Vgl. *ebd.*, S. 195–196.

⁶² Vgl. *Ihme-Tuchel*: DDR, S. 65.

In Ludwigsfelde hielten sich einige Händler und Handwerker auch in der schwierigen Zeit der Zurückdrängung der privaten Initiative in den 1960er und 1970er Jahren. Durch die vor Ort unzureichende Versorgungslage musste die lokale Politik die zentral verordnete strikte Ablehnung von privater Initiative letztlich flexibel handhaben. Die Zurückdrängung privaten Gewerbes war in Ludwigsfelde schon in den 1960er Jahren nicht in allen Bereichen möglich gewesen. Wegen der schweren Defizite des staatlichen und genossenschaftlichen Handels wurden auch in den 1960er Jahren private Fleischereien und Bäckereien in Ludwigsfelde nie in Frage gestellt. Vielmehr musste sich der Rat im Jahr 1968 sogar selber bemühen, um nach Geschäftsaufgabe eines privaten Bäckers einen neuen Bäckermeister zu gewinnen.⁶³

In den späten 1970er und insbesondere in den 1980er Jahren wandelte sich die Missachtung der privaten Initiative im Kleingewerbe angesichts der fortbestehenden Unterversorgung im staatlichen und genossenschaftlichen Angebot in der gesamten DDR grundlegend. In den 1980er Jahren galten Handwerker und Gewerbetreibende DDR-weit offiziell wieder als „aktive Mitgestalter sozialistischer Kommunalpolitik“.⁶⁴ Als Antwort auf Engpässe der Versorgung und Infrastruktur in Gemeinden und kleineren Städten sollte insbesondere die Zusammenarbeit der Gemeinden mit privaten Handwerksbetrieben, Kleingärtnern und anderen „Kleinproduzenten“ verbessert werden.⁶⁵

Eine besonders starke Ausprägung fand der DDR-weite Strategiewechsel in Ludwigsfelde. Seit den 1980er Jahren wurden private Händler in Ludwigsfelde wieder bewusst gefördert. Bis 1989 wuchs die Zahl der privaten Gewerke auf insgesamt 70 an.⁶⁶ Auch die Kreisleitung der SED erkannte 1980 an, dass private Handwerker „einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Entwicklung“ leisten würden. Kritisch wurde nur resümiert, dass es den Handwerkern „noch schwer“ fallen würde „ihre Aktivität politisch zu motivieren“⁶⁷. Während die SED-Kreisleitung noch ideologische Bedenken hatte, konstatierte der Ludwigsfelder Bürgermeister Schmidt im Jahr 1982 den Handwerkern und Gewerbetreibenden durchweg eine „positive Haltung zu unserem sozialistischen Staat“⁶⁸. Gesellschaftspolitischen oder ideologischen Aspekten maß die Ludwigsfelder Stadtverwaltung in dieser Frage keine größere Bedeutung mehr zu, die Privatbetriebe wurden als verlässliche Dienstleister vor Ort vielmehr hochgeschätzt. Bäckermeister, Handwerker und Gärtner erscheinen in den Akten des Rates und in öffentlichen Stadtverordnetenversammlungen als die eigentlichen „Helden der Arbeit“, die mit Wochenendschichten die Feiertagsversorgung der Bürger sichern würden, Mangelwaren

⁶³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 009, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 12.9.1968, S. 3.

⁶⁴ Vgl. *Nationale Front der DDR/Arbeitsgruppe Handwerker und Gewerbetreibende: Handwerker und Gewerbetreibende – aktive Mitgestalter sozialistischer Kommunalpolitik: Tagung der Arbeitsgruppe Handwerker und Gewerbetreibende beim Nationalrat der Nationalen Front der DDR am 22. Februar 1989 in Berlin, Berlin 1989.*

⁶⁵ Vgl. *Roggemann: Kommunalrecht*, S. 102.

⁶⁶ Vgl. KreisATF VI 7948, Informationsmaterial zur Stadtverordnetenversammlung am 7.9.1989, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft, Ludwigsfelde, den 21.8.1989.

⁶⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 Zossen SED-Kreisleitung, Sekretariatssitzungen 1980, Nr. 879, Sitzung am 5.03.1980, S. 6.

⁶⁸ KreisATF I 635 Rat des Kreises Zossen, Tagung des Kreistages Zossen am 15.2.1982, Bericht der StVV Ludwigsfelde zum erreichten Stand der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und zur Entwicklung von Handwerk und Gewerbe in der Stadt, Bürgermeister Rolf Schmidt, S. 12.

organisierten und saubere Verkaufsräume böten.⁶⁹ Diese positiven Angebote der privaten Ludwigsfelder Unternehmer wurden in den 1980er Jahren in Reden und offiziellen Berichten häufig mit den mangelhaften Angeboten des Kreisdienstleistungsbetriebes, der HO oder der Konsumgenossenschaft kontrastiert.

Den privaten Betrieben wurde durch den Rat nunmehr eine dauerhafte Perspektive in der Automobilbauerstadt zugesichert.

„Unsere Handwerker und Gewerbetreibenden wissen, daß sie jetzt und in der Zukunft günstige Möglichkeiten haben, an der entwickelten sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen. Sie haben in unserer Stadt einen festen Platz und eine gesicherte Perspektive.“⁷⁰

Die ursprünglich vorgesehene weitere Ausdehnung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks auf Kosten der Privatbetriebe wurde von der Stadt nur noch als ein möglicher „Weg“ genannt, der zudem nur freiwillig zu beschreiten sei. Mit einer weiteren Entwicklung zugunsten der PgHs wurde aber offensichtlich nicht ernsthaft gerechnet – ganz im Gegensatz zur optimistischen Einschätzung der weiteren Entwicklung der privaten Betriebe durch die Stadt:

„Wo jedoch aufgrund bestimmter lokaler Verhältnisse eingeschätzt wird, daß die Versorgungseffektivität für die Bevölkerung erreicht wird, unterstützen die Partei der Arbeiterklasse und die staatlichen Organe diese Form der handwerklichen Arbeit mit aller Konsequenz. Ausschlaggebend bleibt, eine spürbare Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung im Sinne einer sozialistischen Entwicklung zu erreichen. Demzufolge werden sich viele Maßnahmen einheitlich auf die Erhaltung bzw. Erweiterung des Leistungsvermögens der Handwerksbetriebe orientieren.“⁷¹

Zur Verbesserung der Versorgung erteilte die Stadt in den 1980er Jahren nicht nur Gewerbe genehmigungen, sondern auch Bauerlaubnisse für Handwerkerwohnhäuser mit Gewerberäumen.⁷² Durch Lückenschließung in der Potsdamer Straße konnten aus selbsterwirtschafteten Mitteln z.B. zwei Friseurläden ausgebaut werden.⁷³ Ludwigsfelde ging in der Genehmigungspraxis noch deutlich über die in der DDR zu jener Zeit übliche Flexibilisierung hinaus. Diese gewerbefreundliche Vorgehensweise war wesentlich auf das persönliche Engagement der Ratsmitglieder zurückzuführen. Der damalige Verantwortliche für Planung äußerte im Zeitzeugeninterview, dass er „ein Faible für Handwerker“⁷⁴ gehabt hätte. Auch der Bürgermeister der Jahre vor 1983 beschreibt, dass private Gewerbeansiedlungen im Rahmen des

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 10–11.

⁷⁰ StadtAL Nr. 102005 022, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 25.3.1982, S. 1.

⁷¹ KreisATF I 635, Rat des Kreises Zossen, Tätigkeitsbericht des Rates für die Zeit zwischen der 17. und 18. Tagung des Kreistages Zossen, 15.02.1982, S. 38.

⁷² Vgl. 135 neue Parzellen sind vorgesehen, in: Start (1986) Nr. 7, S. 8.

⁷³ Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 28.1.1970, Rechenschaftsbericht des Rates der Stadt: Herr Körl, S. 10.

⁷⁴ Interview Beileke.

Möglichen von der Stadt genehmigt wurden.⁷⁵ In ähnlicher Richtung schildert auch der letzte Bürgermeister sein Engagement für private Betriebe:

„Ja, den Letzten, den ich selber zugelassen habe, das war die Sauna Schenk in der Käthe-Kollwitz-Straße. Da waren die beiden ganz verdaddert, als wir im Büro saßen. Mensch, auf euch warten wir. Macht das, meine Unterstützung habt ihr. Und dann haben wir das Schreiben fertig gemacht, mit dem sind die dann rumgerannt und die wurden dann auch zugelassen. Ruck-Zuck, zu meinem eigenen Erstaunen.“⁷⁶

Die Stadtratsmitglieder der 1980er Jahre bemühten sich zur Abdeckung lokaler Defizite nachdrücklich um die Ansiedlung privater Gewerbe:

„Zum Beispiel Schuster, und Bettfederreinigung, die haben wir damals organisiert, dass sie dort bauen können an der Potsdamer Straße und dass sie dort Grundstücke kaufen können. Schuster Bischof, der Vater war selber lange Stadtverordneter, der Junge war in der Nationalen Front organisiert. War auch immer ein zuverlässiger Partner. Ja, so etwas wurde natürlich auch honoriert. Als der kam, um ein Gewerbe aufzumachen. Ja, bitte! Wir hatten ja den Brunnenbaumeister, den Schuster, den Bodo John, der war Klempner, Gas, Sanitär, usw., dann das Blumengeschäft, dann hatten wir den Gas-Abwassermann, die Schornsteinfeger, Autowerkstatt Helmut Hübner. Der hat dann weit vor der Wende eine eigene Werkstatt aufgemacht, die haben wir auch gefördert nach allen Regeln der Kunst.“⁷⁷

Wenngleich die Situation in Ludwigsfelde im DDR-Maßstab eher gewerbefreundlich war, dürfen die Möglichkeiten für private Unternehmer auch in den 1980er Jahren nicht idealisiert werden. Auch im vorangestellten Zitat wird deutlich, dass „gesellschaftliches Engagement“ und persönliche Beziehungen für das Entgegenkommen der Verwaltung hilfreich waren und mit Gewerbe genehmigungen „honoriert“ wurden. Selbst mit der nach vielen bürokratischen Hemmnissen erlangten formellen Zulassung waren die Ansiedlungsprobleme noch nicht überwunden. Die Handwerker verfügten zwar durch ihren Beruf über wichtige Ressourcen und eine größere persönliche Freiheit bei der Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsrealität. Schwierig blieb für die privaten Unternehmer aber die Beschaffung von Gewerbeflächen und Wohnraum in der Automobilbauerstadt. Die Stadt bemühte sich angesichts der Wichtigkeit der Privatunternehmen für die örtliche Versorgung jedoch immer wieder darum, aus ihrem Kontingent Wohnungen für private Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für Bäcker war dies eine essentielle Bedingung für ihre Ansiedlung im Ort. Ohne intensives Engagement der Stadt für die Wohnraumversorgung der Handwerker blieben die Chancen, die Privatunternehmen für die Stadtentwicklung boten, ungenutzt, da auch andere Orte mit Konkurrenzangeboten zur Ansiedlung lockten.

⁷⁵ Interview Schmidt.

⁷⁶ Interview Kallmeyer.

⁷⁷ Ebd.

Auch der Rat des Kreises sah 1982 die Berufsgruppen der Bäcker, Fleischer, Schneider, Klempner, Schuhmacher und andere seltene Handwerke als Schwerpunkt seiner Erteilung von Gewerbe genehmigungen. Der Handwerker und insbesondere die Kinder der Handwerkerfamilien genossen plötzlich in der sozialistischen Planung eine herausragende Bedeutung. Aufgrund der durch die letzten Jahrzehnte der Benachteiligung erfolgten Überalterung im Handwerk wurde von den staatlichen Institutionen für die Zukunft ein Rückgang der Leistungen befürchtet.⁷⁸ Der sich abzeichnenden Überalterung sollte durch weitere Gewerbe genehmigungen insbesondere für Handwerkerkinder entgegengewirkt werden. Gleichzeitig war geplant, bei der Berufsausbildung seltene Handwerksberufe stärker zu berücksichtigen.⁷⁹

Seit Anfang der 1980er Jahre wurden sogar regelmäßige Treffen der Ludwigsfelder Bürgermeister mit den privaten Handwerkern installiert, um über Fragen der Entwicklung in der Stadt zu beraten und „die Initiativen der Handwerker zu Leistungen im ‚Mach-mit-Wettbewerb‘ zu wecken“.⁸⁰ Auch der letzte Bürgermeister schildert die Bedeutung dieser jährlichen „Handwerkerforen“ für die Zusammenarbeit von Stadt und Betrieben, da die Handwerker bei dieser Gelegenheit die weiterhin bestehenden Probleme für ihre wirtschaftliche Tätigkeit gegenüber den Stadtverantwortlichen ansprechen konnten: „Wo die sich mal ausgekotzt haben, Steuern/Abgaben sind zu hoch, die sind ja progressiv bis 90 % besteuert worden.“⁸¹ Trotz grundsätzlicher Unterstützung durch die Stadt waren die Privatbetriebe von erheblichen steuerlichen und bürokratischen Lasten betroffen. Betriebliche Entscheidungen wie Personaleinstellungen und Urlaubs- und Schließungsanträge mussten genehmigt werden. Von wirklich unabhängigen privaten Betrieben konnte angesichts dieser erheblichen Kontroll- und Steuerungsmechanismen trotz der in den 1980er Jahre eingeführten Flexibilisierungen nicht gesprochen werden.

Die Stadt befürwortete in den 1980er Jahren die überwiegende Zahl der eingehenden Anträge auf Gewerbe genehmigung. Allein von 1986 bis Mai 1988 wurden in Ludwigsfelde auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung zehn neue Gewerbe genehmigungen erteilt, u.a. zwei Imbissverkaufsstände, ein Getränkestützpunkt, die Gaststätte in der Kegelbahn, eine Lotto-Toto-Annahmestelle und eine An- und Verkaufseinrichtung für technische Konsumgüter.⁸² In Einzelfällen gab es aber durchaus auch weiterhin Ablehnungen von Gewerbeanträgen, insbesondere wenn durch neue Dienstleistungen bestehende staatliche Einrichtungen gefährdet werden konnten.

Sogar Herr J., ein Angehöriger des Rates – als ehrenamtlicher Stadtrat für Finanzen zuständig und hauptberuflich beschäftigt beim VEB Rohrleitungsbau – gründete ein privates Ge-

⁷⁸ Vgl. KreisATF II 2836 Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 26.2.1975, S. 2.

⁷⁹ Vgl. KreisATF I 635 Kreistag des Kreises Zossen, Sitzung am 15.2.1982, Tätigkeitsbericht des Rates, S. 39.

⁸⁰ KreisATF I 635 Rat des Kreises Zossen, Tagung des Kreistages Zossen am 15.2.1982, Bericht der StVV Ludwigsfelde zum erreichten Stand der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und zur Entwicklung von Handwerk und Gewerbe in der Stadt, Bürgermeister Rolf Schmidt, S. 12.

⁸¹ Interview Kallmeyer.

⁸² Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde 1988, Sitzung am 19.5.1988, Bericht des Rates zu den Ergebnissen und der weiteren Entwicklung des Handels und der Versorgung sowie der Gastronomie, S. 12.

werbe zur Reparatur von Gasanlagen.⁸³ Die anderen Stadtratsmitglieder unterstützten dieses für ein Ratsmitglied sehr ungewöhnliche Vorhaben gegen Widerstand aus der Kreisverwaltung.

„Der war Ratsmitglied und machte sich selbstständig. Ja, da war Stimmung hier;“ schildert der letzte Bürgermeister vor 1990 diese Situation im Interview. „Wir haben uns nicht beirren lassen. ‚Kann doch nicht sein! Der und selbstständig!‘ Was soll’s. Es geht. Es hat geklappt. Es ist ein Zeichen, was man auch durch Dokumente belegen kann, ist ein Zeichen, wir haben uns durchgesetzt. Auch gegen die Obrigkeit.“⁸⁴

Der Kreis erteilte schließlich auch in dieser heiklen Frage seine Zustimmung.⁸⁵ Im geschilderten Fall setzte sich der lokale Eigensinn in gemeinsamer Aktion der persönlich eng miteinander vertrauten städtischen Ratsmitglieder gegen den Kreis durch, der hier in der Rückschau als uneinsichtige „Obrigkeit“ erscheint, die dem lokalen Rat seine Arbeit erschwert. Die Mitgliedschaft von Herrn J. in der NDPD, deren ursprüngliche Parteaufgabe die Organisation des Kleingewerbes gewesen war, hat die Zustimmung des Kreises wahrscheinlich erleichtert. Eine entsprechende Zustimmung im Falle eines Gewerbeantrages eines SED-Stadtrates erscheint dagegen nur schwer vorstellbar. Der neue Gewerbetreibende Herr J. blieb auch weiterhin mehrere Jahre im Rat engagiert, nunmehr als Verantwortlicher für örtliche Versorgungswirtschaft, und trat auch danach wiederholt als Initiator von Bevölkerungsinitiativen, wie z.B. Baumpflanzaktionen, in Erscheinung.⁸⁶

Das Recht zur endgültigen Bestätigung jeder Genehmigung lag beim Kreis. Die Übertragung der Kompetenzen zur Gewerbe genehmigung auf Basis der neuen kommunalrechtlichen Regelungen des GöV von 1985 erfolgte meist nur bei größeren Gemeinden.⁸⁷ Erst sehr spät erhielt die Gemeinde Ludwigsfelde eigenständige – wenn auch sehr begrenzte – Rechte in der Frage der Gewerbe genehmigung für Kleinstbetriebe: 1988 gewährte der Kreis auf Grundlage des Ministerratsbeschlusses zu „Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Leistungsvermögens privater Einzelhändler und Gastwirte und der Erhöhung der Versorgungsleistungen für die Bevölkerung“ der Stadt Ludwigsfelde das Recht, „über Anträge von Gewerbe genehmigungen für nebenberufliche Handelstätigkeit für Kioske, für die Versorgung in den Abendstunden und an Wochenenden in eigener Verantwortung zu entscheiden.“⁸⁸ Dabei sollte es sich vorrangig um Imbiss assortimente sowie den An- und Verkauf von Obst und Gemüse handeln. Obwohl so der Gemeinde insgesamt nur ein sehr geringer Spielraum verblieb, nutzte Ludwigsfelde die wenigen Handlungsmöglichkeiten jedoch sehr bald zur Genehmigung von kleinen Gewerbeeinheiten. Ende 1989 gehörte die insgesamt nur geringe Regelungskompetenz in Bezug auf die Genehmigungsmöglichkeit von Gewerbe zu den zent-

⁸³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 019, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 3.8.1978, S. 1.

⁸⁴ Interview Beileke.

⁸⁵ Vgl. KreisATF II 2942 Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 11.10.1978, Beschlusvorlage 863, Gewerbeerteilung für Dienstleistungen und Reparaturen, Beschluß Nr. 0666.

⁸⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 26.5.1983, S. 1.

⁸⁷ *Püttner/Rösler*: Gemeinden und Gemeindereform, S. 37 und *Hausschild*: örtliche Verwaltung, S. 148.

⁸⁸ KreisATF II 3203, Rat des Kreises, Sitzung am 29.6.1988, Beschluß 01076.

ralen Kritikpunkten, die der Bürgermeister im offenen Klima der Wende gegenüber dem Kreis anführte.⁸⁹

Die Angebote der privaten Handwerker, die Bauernmärkte und die geförderten Produktionen der Kleingärtner schlossen bis zum Ende der DDR nur einzelne Lücken. Eine strukturelle Änderung der Angebotsstruktur hatte diese begrenzte Flexibilität in Hinblick auf das Privatgewerbe auch in den 1980er Jahren nicht zur Folge. Dennoch bereicherten sie das Konsum- und Dienstleistungsangebot in der Industriestadt spürbar, boten spezielle Produkte und offerierten eine größere Flexibilität als die staatlichen Einrichtungen.

Fallstudie: Die Eisdielen – der Eigensinn des Privatunternehmers

Auch in der seit den späten 1970er Jahren vergleichsweise „gewerbefreundlichen“ Kleinstadt Ludwigsfelde blieben Konflikte der Stadtverwaltung mit Privatbetrieben nicht aus, wenn sich diese nicht in das Versorgungskonzept des Rates einordnen wollten. Private Gewerbetreibende wussten in den 1980er Jahren um ihre neu gewonnene Bedeutung innerhalb der Mangelwirtschaft und entwickelten vor diesem Hintergrund gegen weitergehende staatliche Auflagen eine beachtliche Renitenz. Ein Beispiel für diese Konfliktlinie ist die einzige private Eisdielen in Ludwigsfelde, die sich wiederholt im Konflikt mit der Stadtverwaltung befand.

Die Versorgung mit Speiseeis hatte eine große Bedeutung als wichtiger Aspekt der Freizeitkultur in der Fabrikstadt. Um die gastronomische Versorgung und die Möglichkeiten zur Geselligkeit nach Feierabend oder am Wochenende attraktiv zu gestalten, insbesondere für die Bevölkerungsgruppen, die die örtlichen Gaststätten nicht nutzten, war kam dem Angebot von Speiseeis aus Sicht der Stadtverwaltung eine wichtige Rolle zu. Die im Hinblick auf die gesamte Versorgungssituation vergleichsweise nebensächliche Problematik „Speiseeis“ wurde deshalb ganz selbstverständlich neben Wohnraumfragen und Diskussionen über die weitere Stadtentwicklung immer wieder als wichtiger Punkt im Rat der Stadt behandelt.

Bereits in den 1950er Jahren betrieb die Familie S. aus Magdeburg in der Sommersaison regelmäßig einen temporären Eisstand in Ludwigsfelde. Die Gemeinde stimmte diesem Gewerbe mehrfach zu, „da HO und KG nicht [den] Bedarf decken [konnten]“.⁹⁰ In interner Sitzung sah der Rat in durchaus marktwirtschaftlicher Logik einen Sinn in der Anwesenheit des Privatgewerbes, da so „der staatliche und genossenschaftliche Handel gezwungen [würde], [sein] Bestes zu geben“⁹¹. Da sich die Versorgung durch die öffentlichen Handelsträger auch in den nächsten Jahren nicht nachhaltig verbesserte, blieb die Stadt – trotz einiger kritischer Anmerkungen seitens der offiziellen Konsumeinrichtungen – weiterhin bei ihrer Praxis der Zustimmung zu diesem privaten Gewerbe.⁹² Der Familie S., die seit 1961 in Ludwigsfelde

⁸⁹ Vgl. KreisATF Cn 573, Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, StVV Ludwigsfelde 21.11.1989, Referat zur Sonderstadtverordnetenversammlung im Klubhaus, Bürgermeister Harald Kallmeyer, S. 17.

⁹⁰ KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 24.4.1958, S. 5.

⁹¹ KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 12.9.1958, S. 4.

⁹² Die endgültige Genehmigung oblag jedoch dem Kreis. Vgl. KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 27.8.1959, o.S.

ansässig war, wurde schließlich 1964 gestattet, ganzjährig eine stationäre Eisdiele zu eröffnen.⁹³

Erstmalig finden sich im Jahr 1970 in den städtischen Akten Hinweise auf einen Konflikt zwischen dem Privatbetrieb und der Stadtverwaltung. Herr S. wurde wegen verschiedener Vorwürfe bezüglich der Nichteinhaltung von Öffnungszeiten, des Nichtverkaufs von kleinen Portionen und der angeblich unfreundlichen Bedienung von Kindern sogar in die Sitzung des Rates bestellt, um zu den – relativ banalen – Vorwürfen Stellung zu nehmen.⁹⁴ Das Verlangen des Rates, dass die Eisdiele auf Wunsch der Einwohner auch kleinere Portionen verkaufen sollte, wies Herr S. jedoch als unangemessenen Eingriff in seine Belange zurück. Auch der Vorwurf, die Eisdiele nicht entsprechend den offiziell genehmigten Geschäftszeiten offen gehalten zu haben, wurde von Herrn S. bestritten. Zugesagt wurde lediglich, die Freundlichkeit der Bedienung zu überprüfen.

Die Stadt war weitgehend alternativlos auf das Angebot der Familie S. angewiesen. 1970 musste Bürgermeister Körl konstatieren, „daß es nach 16 Jahren noch nicht gelungen ist, im Klubhaus Eis herzustellen und zu handeln, man sagen muß, daß der HO-Kreisbetrieb seiner Verantwortung in Ludwigsfelde nicht gerecht wird“⁹⁵. Trotz des in der Bevölkerung geschätzten Angebots der kleinen privaten Eisdiele blieb ein erheblicher ungedeckter Bedarf in Ludwigsfelde bestehen. Auch 1973 erneuerte Körl in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung die Kritik am Unvermögen der HO des Kreises Zossen, die Versorgung mit Speiseeis bereit zu stellen. „Seit Jahren reden wir über die Versorgung mit Eis. Die HO des Kreises Zossen hat es bis jetzt nicht fertiggebracht, diese Versorgung zu sichern. Im Zentrum der Arbeiterklasse ist das nicht möglich – warum nicht?“⁹⁶

Was der HO nicht gelang, konnte die private Eisdiele sichern: Allerdings nicht immer nach den Vorstellungen der Stadt. Nach Erreichen des Rentenalters von Walter S. erteilten Stadt und Kreis im Jahr 1980 ohne weitere Bedenken die Erlaubnis an seinen Sohn, um zur „weiteren guten Versorgung der Bürger in Ludwigsfelde die Eiskonditorei weiterzuführen“⁹⁷. In den 1980er Jahren kam es dennoch immer wieder zu Streitfällen zwischen Stadt und Familie S., insbesondere, wenn die Eisdiele aus privaten Gründen zeitweise geschlossen war. Dies stieß auf Kritik des Rates, da dieser das private Gewerbe möglichst umfassend für die Versorgung der gesamten Stadt aktivieren wollte. Die Forderungen der Stadt nach weitergehenden Angeboten und Öffnungszeiten wurden aber regelmäßig von der Familie S. zurückgewiesen. Der Vorschlag, auch an Wochenenden zu verkaufen, wurde von Herrn S. aus familiären Gründen abgelehnt: Der Betreuung der eigenen Kinder wurde Vorrang eingeräumt.⁹⁸ Aus Sicht der Familie S. war die Eisdiele keine an den Interessen der Stadt orientierte Infra-

⁹³ Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 21.5.1964, o.S.

⁹⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 011, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 28.4.1970, S. 1.

⁹⁵ StadtAL Nr. 171001 011, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 25.6.1970, S. 1.

⁹⁶ StadtAL Nr. 102005 013, StVV Ludwigsfelde, Anlage zum Protokoll der 20. Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde am 11.4.1973, o.S.

⁹⁷ KreisATF II 2975, Rat des Kreises 1980, Beschluß Gewerbeerlaubnis für die Übernahme einer Eiskonditorei in Ludwigsfelde, Beschluß Nr. 0169, 23.4.1980, S. 1.

⁹⁸ Vgl. StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.7.1982, S. 3.

struktureinrichtung, sondern ihr privates Unternehmen, das vornehmlich ihrer eigenen finanziellen Existenzsicherung zu dienen hatte und dessen Rahmenbedingungen sie möglichst eigenständig festlegen wollten.

Letztmalig wurde Kritik an der Eisdielen 1988 im Rat behandelt. Der Wunsch des Rates, die Eisdielen auch am Wochenende zu öffnen, um die Versorgungslage – und das Freizeitangebot – der Bevölkerung zu verbessern, wurde von Herrn S. Junior erneut mehrfach zurückgewiesen. Er sah keinerlei Veranlassung, die Durchführung seines privaten Gewerbes entsprechend den Wünschen des Rates umzustellen. Der private Eisverkauf galt in der DDR als äußerst lukrativ. Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, dass Herr S. keinen Bedarf sah, mit seiner eigenen Arbeitskraft über die Versorgung während der Woche auch noch eine bessere Wochenendversorgung für die Stadt bereitzustellen. Finanziell war er darauf nicht angewiesen.

Die Stadt wollte sich mit dieser Renitenz jedoch nicht abfinden. Dem Eisdielenbesitzer wurde für den Fall, dass er es weiterhin ablehnen würde „im Interesse der Bevölkerung zu versorgen“, angedroht, „ihm gemeinsam mit der Gewerbe- und Handelskammer [...] sein Gewerbe zu entziehen“.⁹⁹ Auch nach mehreren Gesprächen war Herr S. jedoch nicht dazu bereit, über seine eigenen Interessen hinaus, die Defizite in Ludwigsfelde zu decken. Herrn S. wurden auf Basis der durch das Kommunalrecht bestehenden Befugnisse der Stadt schließlich auch für den Samstag Öffnungszeiten zumindest für vier Stunden vorgeschrieben.¹⁰⁰ Die Freiheit des Privatgewerbes hatte auch in Ludwigsfelde enge Grenzen. Andererseits hatte auch die Stadt nach mehr als 25 Jahren der Diskussion um die „Speiseeisproblematik“ offensichtlich kaum reale Möglichkeiten auf die private Eisherstellung der Familie S. zu verzichten und sie durch staatliche Angebote zu ersetzen. Den Drohungen fehlte deshalb die nötige Substanz gegenüber dem selbstbewussten Eisdielenbesitzer, der um die Bedeutung seines Angebotes wusste. Die sozialistische Stadtverwaltung besann sich schließlich auf eine ganz andere, marktwirtschaftliche Art der Defizitbeseitigung: Im Juni 1988 erfolgte die Befürwortung des Gewerbeantrags von Frau G. für ein neues Eiscafé in der Walter-Rathenau-Straße.¹⁰¹ Die Eröffnung war für Mitte 1990 geplant.¹⁰² Die Eisdielen der Familie S. wurde durch die Maßnahmen des Rates nicht in ihrer Existenz gefährdet: Sie existiert bis heute in Ludwigsfelde.

5.1.4 Akademische Berufsgruppen

Wie in den meisten neuen kleinen Industriestädten, existierte in Ludwigsfelde kein altes Bürgertum, das dem Gesellschaftsmodell der DDR ein eigenes bildungs- oder wirtschaftsbürgerliches Vergesellschaftungsmodell entgegensetzen konnte.¹⁰³ Eine reine Arbeiterstadt war Ludwigsfelde dennoch nicht. Neben den zahlreichen Ingenieuren und Verwaltungskadern im

⁹⁹ StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 25.5.1988, S. 1.

¹⁰⁰ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 21.7.1988, S. 4.

¹⁰¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 23.6.1988, S. 1.

¹⁰² Ob es nach der Wende noch dazu kam, ist unklar.

¹⁰³ Im Gegensatz zu größeren Städten wie Halle und Magdeburg, deren sozialistische Umformung diesen bürgerlichen Bestand berücksichtigen musste. Vgl. *Großbötting*: SED-Diktatur.

Betrieb und den städtischen Angestellten rechneten auch die Ärzte des Ludwigsfelder Krankenhauses zu den ansässigen akademisch ausgebildeten Bevölkerungsgruppen. Die Ärzteschaft in der DDR hatte sich in sozialer und beruflicher Hinsicht trotz der Einbeziehung in ein zentrales sozialistisches Gesundheitssystem als außerordentlich stabile soziale Gruppe erwiesen, hierin allenfalls den Pfarrern vergleichbar.¹⁰⁴ Die angesichts der bis 1961 offenen Grenzen notwendige Rücksichtnahme auf die vielfach abwanderungsbereiten Ärzte trug zur teilweisen Konservierung des überkommenen bürgerlichen Milieus bei.¹⁰⁵ Bis weit in die 1960er Jahre ist auch in Ludwigsfelde diese Sonderstellung der Ärzteschaft zu beobachten. Die Ortspartei glaubt eine ausgeprägte Anspruchshaltung dieses Milieus konstatieren zu können:

„Es ist nicht in Ordnung, daß einige Ärzte immer noch machen können, was sie wollen und von verantwortlicher Stelle wie die rohen Eier behandelt werden, um nicht zu sagen, noch viel zu viel Zugeständnisse gemacht werden, die ihre Überheblichkeit und auch Eigenwilligkeit unterstützt.“¹⁰⁶

Noch nach dem Mauerbau, im Jahre 1965, verglich die Ortspartei die Probleme beim Umgang mit dem „medizinischen Personal“ vor Ort mit den Schwierigkeiten in Bezug auf die ansässigen praktizierenden „Christen“, mit denen ebenfalls noch kein Dialog zustande gekommen sein.¹⁰⁷

Bereits seit Beginn des industriellen Aufbaus bestand in Ludwigsfelde ein erheblicher Engpass bei Wohnungen für Ärzte und anderes medizinisches Personal.¹⁰⁸ Einige der dringend benötigten Ärzte verließen die Stadt wegen der Nichtberücksichtigung ihrer Wohnungsbedürfnisse sogar wieder.¹⁰⁹ Für die Ärzte und deren Familien war es in der Autobauerstadt schwierig, angemessenen Wohnraum zu erhalten, da sie weder in der Stadtverwaltung noch im Betrieb eine starke „Lobby“ hatten. Die Probleme wurden durch die statusbedingt relativ hochgesteckten Anforderungen an die Wohnqualität verstärkt. Die Ärzte gaben sich in der Regel nicht mit behelfsmäßigen Unterbringungen oder den in städtischer Eigeninitiative geschaffenen Ausbauwohnungen zufrieden.

¹⁰⁴ Vgl. *Anna-Sabine Ernst*: Von der bürgerlichen zur sozialistischen Profession? Ärzte in der DDR 1945–1961, in: *Bessel/Jessen (Hg.)*: Grenzen der Diktatur, S. 25–48, hier S. 25.

¹⁰⁵ Vgl. *Christoph Kleßmann*: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: *Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.)*: Sozialgeschichte, S. 254–270, hier S. 256.

¹⁰⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–1967, Ortsparteileitung der SED Ludwigsfelde, 19.2.1963, Bericht zu den Fragen der bisherigen Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 13.12.1962, S. 3.

¹⁰⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–1967, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, 5.10.1985, Abschlussanalyse über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 10.10.1965, S. 1.

¹⁰⁸ Vgl. KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 28.6.1956, S. 5.

¹⁰⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung, Berichte und Einschätzungen 1977–1979, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 15.3.1978, S. 2. Noch 1980 waren entsprechende Beschwerden von medizinischem Personal ein Schwerpunkt der Eingaben. Vgl. StadtAL Nr. 171001 022, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.1.1981, Beschluß 192/41/80 Eingabenanalyse des Jahres 1980, S. 4.

Ähnliche Probleme entstanden bei der Versorgung der Beschäftigten der örtlichen Bildungseinrichtungen, die eine der wichtigsten Gruppen unter den nichtindustriellen Beschäftigten in der Stadt stellten. Der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen in der Stadt bedingte eine große Bedeutung der örtlichen Bildungseinrichtungen. 1978 gab es in Ludwigsfelde acht Schulen mit 210 Klassen, 4.697 Schülern und 350 Lehrern.¹¹⁰ Dazu traten noch das Personal zahlreicher Krippen und Kindertageseinrichtungen sowie die Beschäftigten und zeitweiligen Besucher der großen Lehrerfortbildungsstätte im nördlichen Stadtteil Struveshof, die beim Lehrpersonal in der gesamten DDR bekannt war.

Die große Bedeutung der Infrastruktureinrichtungen für Kinderbetreuung und Bildung setzte sich jedoch nicht in eine entsprechende Berücksichtigung der Beschäftigten bei der Vergabe knapper Ressourcen um. Die Lehrer sahen sich trotz ihrer wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgabe insbesondere gegenüber den Industriearbeitern zurückgesetzt, wie die Lehrerin Vera G. schildert:

„Wie gesagt, da waren wir manchmal sauer. Da kam das Kulturhaus [für das Industriewerk]. Dann hieß es im Elektroladen: erst für Werksangehörige! Fernsehen und was da so war. Det waren manchmal so die Unterschiede und wo wir manchmal gesagt haben: Unterrichten dürfen wir die Kinder der Werksangehörigen, aber sonst? War so allgemein gewesen, manch eener bekam auch ein Auto, der etwas höher gestellt war [...]. Ick wees nich', wenn es Präsenstosen im Kaufhaus gab, war auch das erst mal für Werksangehörige. War so am Rande, ist mir so in Erinnerung geblieben. Menschenskinder, was soll das, du bist hier aufgewachsen, leistest deine Arbeit. Was soll's.“¹¹¹

In der DDR sahen sich die Lehrerinnen nicht nur gegenüber den Arbeitern, sondern auch im Vergleich mit anderen akademischen Berufsgruppen hinsichtlich ihrer materiellen Versorgung und gesellschaftlichen Anerkennung als benachteiligt an.¹¹² Neben dem Zugang zu Konsumgütern, gestaltete sich auch die Unterbringung der eigenen Kinder der Lehrerfamilien in den örtlichen Kindergärten schwieriger als für die Werksangehörigen.¹¹³ Hauptproblem war jedoch ebenso wie bei den Ärzten auch beim Lehrpersonal die Wohnraumversorgung.¹¹⁴ Sogar in überregionalen Lehrerzeitschriften wurde die problematische Wohnungssuche der Lehrer in Ludwigsfelde in einem Artikel mit dem Titel „Kein Dach über dem Kopf“ kritisiert.¹¹⁵ Das AWL war in der Regel nicht bereit, die für die örtlichen Lehrer notwendigen Wohnungen aus seinem Neubaukontingent zur Verfügung zu stellen. Der Rat der Stadt Ludwigsfelde verfügte über keinen ausreichenden eigenen Bestand, sodass sogar die Bereitstellung von

¹¹⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5208, Delegiertenkonferenz der Ortsparteiorganisation der SED Ludwigsfelde, Rechenschaftsbericht der Ortsparteileitung, Ernst Hänisch, S. 9.

¹¹¹ Interview Frau G.

¹¹² Vgl. *Gunilla-Friederike Budde*: Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975, Göttingen 2003, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 162), S. 255–291, insbesondere 287.

¹¹³ Vgl. StadtAL Nr. 102005 009, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 29.10.1969, S. 15.

¹¹⁴ Vgl. StadtAL Nr. 102005 009, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 29.10.1969 und StadtAL Nr. 171001 021, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 26.6.1980, S. 1.

¹¹⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 018, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 13.10.1977, S. 1.

Neubauwohnungen in der Stadt Potsdam für die Lehrkräfte der Stadt Ludwigsfelde vorgeschlagen werden musste.¹¹⁶ Einerseits war die Stadtverwaltung bemüht, den Lehrern Wohnraum zu verschaffen, andererseits erschienen ihr die von Seiten der Lehrer erhobenen Ansprüche häufig als zu hochgesteckt. Der Rat der Stadt kritisierte, dass Lehrer wiederholt zusätzliche Arbeitszimmer forderten, um Besuche von Eltern und Schülern in ihrer Wohnung empfangen zu können.¹¹⁷ Insbesondere von den Lehrern würde auch „größter Wert auf eine ferngeheizte Wohnung gelegt“.¹¹⁸ Die Mitglieder der „Ständigen Kommission für Wohnungswesen“ empfanden diese „Forderungen der Lehrer unerquicklich und nervenaufreibend“.¹¹⁹ Die angeblichen „Sonderwünsche“ der Lehrer waren für die Zuständigen nicht nachvollziehbar: „Auch für Lehrer sind offenbeheizte Wohnungen, Ausbauwohnungen usw. zumutbarer Wohnraum.“¹²⁰ Im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen war es für die Angehörigen der akademischen Berufe – soweit es sich nicht um die Ingenieure und Verwaltungseliten des Kombinars handelte – schwierig, den ihrem Selbstverständnis entsprechenden Wohnraum zu erhalten. Obwohl sie in der Regel nicht systemfern eingestellt waren, wurden sie in der Automobilbauerstadt tendenziell beim Zugang zu Ressourcen benachteiligt. Zur Durchsetzung ihrer Interessen konnten die akademischen Berufsgruppen nicht auf Einfluss und Durchsetzungspotenzial eines Großbetriebs oder einer Arbeiterwohnungsgenossenschaft zurückgreifen.

5.1.5 Die Ausländer: Am Rande der Stadt

Eine Sondergruppe innerhalb der Ludwigsfelder Bevölkerung bildeten die ausländischen Arbeitskräfte. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um für das Industrierwerk angeworbene Vertragsarbeiter aus „befreundeten Staaten“.¹²¹ Ihre Unterbringung erfolgte überwiegend in Arbeiterwohnunterkünften und Baracken am Rande der Stadt oder in Wohnheimen in den Nachbarorten. Die einzige größere Konzentration ausländischer Beschäftigter innerhalb der Stadt bestand zeitweise im sogenannten „Mittelganghaus“ an der Potsdamer Straße. Die Beschäftigung der ausländischen Arbeitskräfte sollte ursprünglich auf drei bis fünf Jahre beschränkt bleiben.¹²² Einige der Vertragsarbeiter blieben letztlich auch über die Regelzeit hinaus und gründeten Familien in Ludwigsfelde.¹²³

¹¹⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725, Büro für Territorialplanung, Potsdam 8.7.1976 an Stellvertreter des Vorsitzenden und Vorsitzenden der Bezirksplankommission, o.S.

¹¹⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Ortsparteileitung, 13.2.1963, S. 4.

¹¹⁸ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5210, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 16.2.1977, S. 3.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Ebd., S. 6.

¹²¹ Zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte vgl. *Hoffmann*: Planwirtschaft, S. 530–535 und *Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, insbesondere den Aufsatz: *Dennis Kuck*: „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“. Ausländische Vertragsarbeiter in der DDR, in: *ebd.*, S. 271–281. Vgl. für die Zeit bis 1971 auch: *Kleßmann*: Arbeiter im Arbeiterstaat, S. 602–614.

¹²² Vgl. *Hoffmann*: Planwirtschaft, S. 531.

¹²³ Interview Kallmeyer.

Ausländische Vertragsarbeiter wurden in den meisten Industriezentren der DDR eingesetzt. Da das wirtschaftspolitische Grundproblem des chronischen Arbeitskräftemangels auch nach dem Mauerbau in der DDR nie gelöst werden konnte, bestanden seit den frühen 1960er Jahren Überlegungen zur Beschäftigung von Arbeitskräften aus anderen sozialistischen Staaten in der DDR. Einer ersten Vereinbarung mit Polen folgte 1967 ein umfangreiches Regierungsabkommen mit Ungarn, das mehrfach verlängert wurde.¹²⁴ In Ludwigsfelde wurden die ersten Ungarn schon seit Beginn des Vertragsarbeiterprogramms im Automobilwerk eingesetzt. Mitte 1975 waren insgesamt 200 ungarische Werkstätige als Produktionsarbeiter im Betrieb beschäftigt.¹²⁵

1988 arbeiteten fast 500 Ausländer im Lkw-Kombinat.¹²⁶ Insgesamt blieb der Ausländeranteil in der Stadt von 20.000 Einwohnern aber marginal, verglichen etwa mit den Ausländern der westdeutschen „Autostadt“ Wolfsburg. Hier waren um 1970 – auf dem Höhepunkt der Anwerbung – zwischen 7.400 und 9.100 Italiener im Volkswagenwerk beschäftigt.¹²⁷

Insgesamt blieb die Zahl der Ungarn in der DDR unter den Erwartungen der Staatsführung.¹²⁸ Seit den 1970er Jahren ersetzten zunehmend andere Vertragsarbeitergruppen die Ungarn, da die DDR weitere Regierungsabkommen mit „befreundeten Staaten“ abschloss, so 1971 erneut mit Polen, 1974 mit Algerien, 1975 mit Kuba, 1979 mit Mosambik, 1980 mit Vietnam und 1984 schließlich mit Angola.¹²⁹

Der – auf bestimmte Zeit limitierte – Einsatz der Neuankömmlinge im Werk und ihre Unterbringung in der Stadt waren von Konflikten mit der ansässigen Bevölkerung begleitet.¹³⁰ Diese Probleme wurden durch die SED jedoch nicht öffentlich thematisiert, um die politisch gewollte Fassade des solidarischen Zusammenlebens mit den Angehörigen der „befreundeten“ Staaten nicht zu gefährden. In der Öffentlichkeit wurden Konflikte von den staatlichen und städtischen Stellen vielmehr heruntergespielt.¹³¹ Kritik am Verhalten der dringend benötigten Arbeitskräfte war offiziell nicht gern gesehen, ebenso wenig öffentliche Berichte über fremdenfeindliche Verhaltensweisen von DDR-Bürgern. Die Ortspartei Ludwigsfelde meldete 1974 in einem internen Bericht an ihre übergeordneten Organe, dass sich Ludwigsfelder

¹²⁴ Vgl. *Kuck: Aufbau*, S. 271–272.

¹²⁵ Vgl. BArch DC 20 I/4 3392, 149. Sitzung des Ministerrates am 13.5.1975, Bd. 5, Information zur Lage der Planerfüllung und der weiteren Entwicklung im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde sowie Ergebnisse bei der Durchsetzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 17.4.1975 „Zur Verbesserung der Versorgung der Volkswirtschaft, insbesondere des Bauwesens, mit Lkw-Ersatzteilen“, Blatt 55.

¹²⁶ Vgl. KreisATF II 3203, Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 29.6.1988, Beschluß Rat des Kreises Zossen, Einschätzung der Arbeitskräftesituation und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit, S. 4.

¹²⁷ Vgl. *Anne von Oswald*: „Venite a lavorare con la Volkswagen!“ „Gastarbeiter“ in Wolfsburg 1962–1974, in: *Beier (Hg.): Aufbau*, S. 199–209, hier S. 201.

¹²⁸ Vgl. *Kuck: Aufbau*, S. 272.

¹²⁹ Die Regierungsabkommen der DDR mit den Entsendeländern definierten die Bedingungen des Aufenthalts der Vertragsarbeiter in der DDR. Vgl. *Kuck: Aufbau*, S. 274.

¹³⁰ Erhebliche Integrationsprobleme und Ressentiments der Bevölkerung gegenüber den Vertragsarbeitern waren auch in anderen brandenburgischen kleinstädtischen Industrieregionen festzustellen. Vgl. *Kotsch: Land Brandenburg*, S. 411–417, hier S. 415.

¹³¹ „Es entsprach der Herrschaftsstrategie der SED, die Widersprüchlichkeit der DDR-Ausländerbeschäftigung und daraus erwachsende Kritik am Regime zu unterbinden. Die Bevölkerung sollte möglichst wenig über die Hintergründe und die Umstände erfahren, unter denen die fremden Arbeiter und Arbeiterinnen in die DDR kamen und in der DDR lebten und auch keinen Kontakt zu ihnen haben.“ *Kuck: Aufbau*, S. 273–274.

darüber beschwerten, schon als „Staatsfeind“ zu gelten, wenn sie „an dem Verhalten von Ungarn berechtigt Kritik“¹³² üben würden.

Die konzentrierte Unterbringung von zumeist ledigen jungen Männern, weitgehend räumlich und sozial isoliert in Wohnbaracken, führte in einer vielfach noch defizitären kleinen Industriestadt naturgemäß zu Problemen mit der – ebenfalls sehr jungen – ansässigen deutschen Bevölkerung.¹³³ Der letzte Bürgermeister vor 1990, der in den 1960er Jahren als junger Arbeiter im Werk beschäftigt war, erinnert sich:

*„Ansonsten kann ich mich nur noch als Jugendlicher so emotional erinnern, dass es handfeste Raufereien in den Dorfkneipen hier ringsum gab mit Ungarn. Auch in Ludwigsfelde. Aber ansonsten waren sie als gute Arbeitskollegen bekannt. Konflikte ja [...] das übliche unter jungen Männern. Oberdorf gegen Unterdorf und Klopperei, Auseinandersetzungen wegen Frauen.“*¹³⁴

Bei den Auseinandersetzungen mischten sich „normale“ Reibereien zwischen (männlichen) Jugendlichen mit Konflikten, die auf Skepsis gegen die „Fremden“, kulturellen Divergenzen und nationalen Ressentiments basierten. Im Rat der Stadt und in der Stadtverordnetenversammlung waren Schlägereien zwischen ungarischen und deutschen Jugendlichen in den 1970er Jahren ein regelmäßiges Thema. Entsprechend den internen Einschätzungen der Stadtverwaltung lag der Ursprung der Konflikte „meist am Alkohol und oft an den deutschen Jugendlichen“.¹³⁵ Insgesamt würden insbesondere die Werk tätigen des Autowerkes „mit Hochachtung von den Leistungen der ungarischen Kollegen“ sprechen, wie zumindest in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung betont wurde.¹³⁶ In internen Dokumenten wurde die ablehnende Haltung eines Teils der Ludwigsfelder Bevölkerung gegenüber den oft fremdartig erscheinenden Verhaltensweisen der Vertragsarbeiter jedoch häufig thematisiert.

Nach Ansicht des Rates der Stadt lebten die etwa 250 jungen Werk tätigen aus Ungarn im Alter von 20 bis 24 Jahren in Ludwigsfelde im Jahr 1970 „unter komplizierten Bedingungen“ und waren „oftmals mit den deutschen Lebensgewohnheiten nicht vertraut“¹³⁷. Tolerantes Entgegenkommen gegenüber den Fremden konnte die Stadtverwaltung bei den ansässigen Bürgern nicht feststellen:

„Von vielen deutschen Bürgern wird die Freundschaft und Hilfe gegenüber unseren ungarischen Freunden sehr oberflächlich und leicht betrachtet. Wir stellen uns gegen alle jene Bürger, die in irgendeiner Form herablassend oder gar diskriminierend von unseren ungarischen Freunden sprechen. Das ist in erster Linie ein ideologisches

¹³² StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 17.10.1974, Informationsbericht Bürgerversammlung am 8.10.1974, S. 1.

¹³³ In Wolfsburg – deutlich größer als Ludwigsfelde, aber in vielerlei Hinsicht strukturell vergleichbar – zeigten sich ähnlich gelagerte Konflikte wie in Ludwigsfelde. Vgl. Oswald: Gastarbeiter, S. 204.

¹³⁴ Interview Kallmeyer.

¹³⁵ Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 14.12.1970, Diskussion, Beitrag des Bürgermeisters, S. 1.

¹³⁶ Vgl. ebd.

¹³⁷ StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 14.12.1970, Bericht des Rates zu Fragen der Inneren Ordnung und Sicherheit im Stadtgebiet von Ludwigsfelde, S. 15.

*Problem bei den deutschen Bürgern, die den National- und Lokalpatriotismus als Überbleibsel der Vergangenheit noch nicht überwunden haben.*¹³⁸

Diese als systemfremd geltenden ideologischen „Überbleibsel“ wurden in der Regel jedoch nicht öffentlich diskutiert. Die unbewältigten Probleme verschwanden entgegen der Erwartung der Stadtverwaltung auch im Laufe der Jahre nicht. Das Wohngebäude der Ungarn in Ludwigsfelde wurde über lange Jahre von der Bevölkerung abwertend als „Zigeunerhaus“ bezeichnet. Die SED registrierte bei den Einwohnern sowohl Unverständnis darüber, dass überhaupt Ungarn im Werk arbeiteten als auch Befürchtungen, „daß die Ungarn die Norm versauen“¹³⁹ würden. Nach Ansicht der Bezirksleitung der SED „zeigten sich Tendenzen, die ungarischen Kollegen mit Gastarbeitern in Westdeutschland zu vergleichen. Diese Erscheinungen haben nicht dazu beigetragen, den Gedanken des proletarischen Internationalismus zu festigen“¹⁴⁰. Von traditionellen Stereotypen gegenüber „den Ungarn“ waren aber auch die städtischen Organe nicht frei. So berichtete der Rat der Stadt im Jahr 1970: „Es sind, wie bereits gesagt, junge Menschen mit ihrem typischen Temperament, denen unsere Sitten und Gebräuche ungewohnt sind, wo es auch so manchen Hitzkopf gibt.“ Dennoch stellte die Stadtverwaltung fest, dass die Ungarn nur einen geringen Anteil an den Delikten innerhalb der Stadt hatten.¹⁴¹ Die Herausbildung von stabilen sozialen Kontakten zwischen Ungarn und Ludwigsfeldern wurde nach Ansicht der Stadtverwaltung erschwert durch den periodischen zweijährigen Personalwechsel der Ungarn und „weil des Öfteren ungarische Werk tätige nicht immer ordentlich und korrekt der Bevölkerung gegenüber auftreten und bei vielen DDR-Bürgern ein distanziertes Verhalten besteht“.¹⁴²

Die Konflikte mit den Ungarn entspannten sich nach den ersten problematischen Zeiten in den späten 1970er und 1980er Jahren deutlich, es entwickelte sich eine partielle Integration der längerfristig ansässigen Vertragsarbeiter. Mehrere ungarische Vertragsarbeiter blieben dauerhaft und gründeten Familien.¹⁴³

Da die Nachfrage nach Arbeitskräften in Ludwigsfelde wie in der DDR weiterhin erheblich blieb, wurden nach den Ungarn seit den 1970er Jahren zunächst Algerier, zahlreiche Vietnamesen¹⁴⁴, wenige Kubaner und Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre vor allem

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Zossen Nr. 3611, Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung am 18.10.1968: Probleme, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt von Arbeitern aus der Volksrepublik Ungarn im Automobilwerk Ludwigsfelde zusammenhängen, Blatt 117.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 14.12.1970, Bericht des Rates zu Fragen der Inneren Ordnung und Sicherheit im Stadtgebiet von Ludwigsfelde, S. 16.

¹⁴² BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 24014, Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde 1975–1976, Bericht [ohne Datum]: Probleme der geistig-kulturellen Entwicklung im Zentrum der Arbeiterklasse des Kreises Zossen. Die Rolle des Klubhauses des IWL „Arthur Ladwig“ und des Kreiskabinetts für Kulturarbeit, S. 4.

¹⁴³ Die DDR differenzierte die Rechte der Vertragsarbeiter erheblich nach europäischen und nichteuropäischen Entsendeländern. Für Ungarn war es weitaus einfacher dauerhaft in der DDR zu bleiben und binationale Ehen einzugehen. Vgl. *Kuck: Aufbau*, S. 278.

¹⁴⁴ Vietnamesische Praktikanten gab es in Ludwigsfelde schon seit 1967.

Mosambikaner und Angolaner angeworben.¹⁴⁵ Die Integration der Angehörigen dieser neuen Welle von Vertragsarbeitern gestaltete sich deutlich schwieriger als bei den Ungarn.

Insbesondere für die Afrikaner galt von Anfang an das Prinzip einer stärkeren räumlichen und sozialen Abgrenzung, die nur durch offiziell organisierte gemeinsame Kulturarbeit punktuell durchbrochen wurde.¹⁴⁶ Die Vietnamesen, die teilweise auch mit Familien nach Ludwigsfelde kamen, besetzten nach einiger Zeit der Anwesenheit durch ihre Initiativen zu kleineren Dienstleistungen neben ihrer Fabrikarbeit eine wichtige Nische im Ludwigsfelder Wirtschaftsleben. Schon früh betätigten sich die Vietnamesen im Textilbereich, nähten privat Hosen und verkauften diese.¹⁴⁷ In Gaststätten war vor allem unter Alkoholeinfluss „Rowdytum [der Einheimischen] gegenüber unseren vietnamesischen Freunden“¹⁴⁸ festzustellen. Von Gewalt, die von Vietnamesen ausging, wird dagegen kaum berichtet.

Größere Probleme ergaben sich beim Zusammenleben mit den afrikanischen Werkträgern – verursacht von beiden Seiten. Die gefühlte kulturelle Distanz zwischen Einheimischen und Vertragsarbeitern war hier erheblich. So berichtete die Betriebszeitung Start mit implizitem Verweis auf gängige europäische Stereotype gegenüber Afrikanern im Jahr 1986:

„Während unsere vietnamesischen Freunde gute bis sehr gute Ergebnisse im Arbeits- und Lernprozess zeigen, ist die Eingewöhnung der mosambikanischen Kollegen, insbesondere aber der angolanischen Werkträgern und ihr Einsatz in den Produktionskollektiven komplizierter.“

Der größte Teil der afrikanischen Werkträgern hätte vorher noch nie in einem Betrieb gearbeitet, weshalb das „disziplinierte Einhalten wichtiger Verhaltensnormen in einer sozialistischen Gesellschaft“ ein Problem sei.¹⁴⁹

Die eigentlichen Konfliktpotenziale wurden öffentlich nicht angesprochen; faktisch blieben die Lebenswelten der Einheimischen und der nichteuropäischen – insbesondere der afrikanischen – Vertragsarbeiter streng getrennt. Das dominierende Kontaktfeld zwischen Vertragsarbeitern und DDR-Bürgern blieb die gemeinsame Arbeit in den Einsatzbetrieben.¹⁵⁰ Zwischen Arbeitsmigranten und Ansässigen kam es immer wieder zu handfesten Konflikten, mit deren Ahndung sich die Behörden sehr schwer taten. Nach einer Auseinandersetzung mit einem Algerier erlitt ein Ludwigsfelder so schwere Verletzungen, dass eine kosmetische Operation notwendig wurde. Dieser Bürger warf den lokalen Behörden und der Polizei eine angeblich oberflächliche Untersuchung des Vorgangs vor und machte deshalb eine förmliche Eingabe an den Staatsrat.¹⁵¹

¹⁴⁵ 1989 arbeiteten z.B. rund 350 junge Mosambikaner im Werk. Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 64.

¹⁴⁶ Bis in die späten 1980er Jahre suchte der Rat der Stadt über Kultur- und Sportveranstaltungen „Wege zur Integration von Bürgern aus Mosambik und Vietnam“ zu finden. Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 21.1.1988, Beitrag des Abg. J. Menizing (LDPD), S. 4.

¹⁴⁷ Interview Kallmeyer.

¹⁴⁸ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Bericht der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde vor der Tagung des Kreistages Zossen am 10.11.1980, S. 8.

¹⁴⁹ Vgl. „Ausländische Werkträgern sind gute Partner“, in: Start Nr. 7/33, 19.2.1986, S. 2.

¹⁵⁰ Vgl. *Kuck*: Aufbau, S. 276.

¹⁵¹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 23.6.1977, S. 4.

Die offizielle Politik schwankte zwischen der stillschweigenden Duldung von Ressentiments der eigenen Bevölkerung und der formelhaften Beschwörung des Internationalismus bei gleichzeitiger Zurückhaltung bei der Thematisierung der Vergehen der ausländischen Vertragsarbeiter, um die Anwesenheit der benötigten Arbeitskräfte nicht zu gefährden.

1982 musste die Ortsparteileitung feststellen, dass die „Vorkommnisse mit ausländischen Arbeitern Massencharakter angenommen [haben]. Nur durch das besonnene Handeln der VP [Volkspolizei] konnte am letzten Wochenende noch Schlimmeres verhütet werden. Neben den an den Auseinandersetzungen beteiligten 60 ausländischen und zehn DDR-Bürgern wurden auch Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen.“¹⁵² Die Ortspartei sah aber nicht nur im Verhalten einzelner deutscher und ausländischer Jugendlicher eine Ursache für das Konfliktpotenzial. Festgestellt wurde, dass ausländische Bürger bei Veranstaltungen, vor allem im Klubhaus, von den offiziellen Verantwortlichen benachteiligt wurden.¹⁵³ In den internen – nüchtern beschreibenden – Berichten der Volkspolizei halten sich die Schuldzuweisungen gegenüber deutschen und ausländischen Beteiligten etwa die Waage.

Während Ungarn und teilweise auch die Vietnamesen ihre individuellen Wege zur partiellen Integration in die Stadtgesellschaft finden konnten, blieben die afrikanischen Werkstätigen bis zum Ende der DDR nicht nur geographisch am Rande der Stadt.

5.1.6 Evangelische Kirche – stabile Minderheit in der Industriestadt

Im Industrieort Ludwigsfelde verloren die Kirchen nicht erst während der DDR „den Charakter als Volkskirchen“. Eine stabile Stellung als Ortskirche mit langfristig etablierten Gemeindestrukturen hatte sich in Hinblick auf die evangelische Kirche in Ludwigsfelde angesichts der kurzen Zeit des Bestehens vor 1945 erst gar nicht herausbilden können. Die kleine ländliche Vorgängersiedlung des 18. Jahrhunderts hatte keinen eigenen Kirchenbau besessen. Die Einwohner waren während dieser Zeit den Pfarreien umliegender Dörfer zugeordnet. Auch bei der Errichtung der Werkssiedlung in den 1930er und 1940er Jahren entstand keine Kirche. Ein Kirchenbau war zwar in den städtebaulichen Planungen vorgesehen, besaß jedoch während des industriellen Aufbaus bis zum Kriegsende keine Priorität.

Trotz der gering ausgeprägten kirchlichen Tradition entstand jedoch schon in den 1950er Jahren eine sehr lebendige Kirchengemeinde in Ludwigsfelde. Bereits 1955 gelang der kleinen evangelischen Gemeinde mit dem Bau der Kirche St. Michaels einer der ersten neuen Kirchenbauten der DDR.¹⁵⁴ Bei diesem Kirchenbau handelte es sich um ein eher kleines schlichtes Bauwerk, das zwar in der inneren Stadt positioniert war, gleichzeitig jedoch in abseitiger Lage in der Holzhaussiedlung am Rande der Autobahn und weitgehend außerhalb des Blickfeldes des übrigen Ortes lag – ganz im Gegensatz zur üblichen Zentralstellung einer Kirche in historischen Städten. Die Kirche entstand jedoch in durchaus ambitionierter

¹⁵² BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 25.11.1982, S. 1.

¹⁵³ Vgl. ebd.

¹⁵⁴ Vgl. Engel: Städtebuch, S. 312 sowie „Ein Raum für stille Andacht, Gespräche und Gotteslob. Gespräch mit Unionsfreund Erwin Kuhl über den Bau eines Gemeindezentrums“, in: „Neue Zeit“ vom 4.1.1985.

Architektur mit Anklängen an die Formensprache einer märkischen Dorfkirche.¹⁵⁵ Trotz der versteckten Lage ist die frühe Errichtung einer Kirche bemerkenswert in einem Industrieort, in dem zur gleichen Zeit mit dem Dichterviertel die „erste sozialistische Wohnstadt des Bezirks Potsdam“ entstand. In Stalinstadt, der „ersten sozialistischen Stadt der DDR“, war Anfang der 1950er Jahre dagegen bewusst zunächst keine Kirche errichtet worden.¹⁵⁶

Auch in Ludwigsfelde kam es zu Streitigkeiten über den Neubau einer Kirche. Der frühe Kirchenbau wurde jedoch durch den vorhandenen Grundbesitz der Kirche im Zentrum der Stadt und die Hartnäckigkeit der kleinen evangelischen Gemeinde befördert. Die Kirchengemeinde verfügte über ein zentrales Grundstück in Ludwigsfelde, auf dem schon seit den 1930er Jahren die Errichtung einer Kirche vorgesehen war. Im Ortsbebauungsplan von 1949 war die neue Kirche zunächst weiterhin in traditioneller Positionierung im Stadtzentrum neben dem angedachten neuen Rathaus in der Nähe des späteren Zentralen Platzes projektiert worden. In den überlieferten Plänen sind die ersten Varianten zum Kirchenbau jedoch in den folgenden Jahren nachträglich durchgestrichen worden. Mit dem beginnenden „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR war eine derart herausgehobene Lage einer Kirche nicht mehr denkbar¹⁵⁷ – gleichwohl wurde ein Kirchenbau nicht völlig verhindert. Um die der Kirche gehörenden Flächen im Stadtzentrum für den Wohnungsbau und die sozialistische Stadtentwicklung verfügbar zu machen, lag es nahe, der Kirche stattdessen ein Baugrundstück in Randlage im Tausch anzubieten. Die Entscheidungsprozesse sind jedoch anhand der Akten nicht im Einzelnen nachvollziehbar.



50. Abb.: St. Michaelskirche

Der Kirchenneubau entstand mit maßgeblicher Unterstützung der westlichen Landeskirchen. Als Tag der Einweihung wurde der 8. Mai 1955 gewählt. Der Rat der Gemeinde Ludwigsfel-

¹⁵⁵ Nach anderen Interpretationen sollte die Gestaltung der Kirche an die Geburtskirche in Bethlehem erinnern.

¹⁵⁶ Vgl. *Elisabeth Knauer-Romani*: Kirchenbau in Stalinstadt, in: *Barth (Hg.): Sozialistische Stadt*, S. 211–218. Allerdings bestand im benachbarten alten Fürstenberg eine Stadtkirche. Erst nach langen Provisorien entstand in der Neustadt 1981 ein festes Gemeindezentrum. Vgl. *Weber: DDR 1945–1990*, S. 94.

¹⁵⁷ Akten sind nicht mehr auffindbar. Aber das Gemeindegemeinderatsmitglied Herr W. bestätigt diese Begebenheit, Interview Herr W.

de empfand dieses Datum als Provokation und sprach sich gegen die Einweihung der Kirche am „Tag der Befreiung“ aus, weil er die Auffassung vertrat, „dass an einem derartigen Feiertag keine anderen Feiern und Feierstunden durchgeführt werden [sollten]“¹⁵⁸. Die Kirchengemeinde ließ sich jedoch trotz zahlreicher Interventionen staatlicher Stellen von ihrem Vorhaben nicht abbringen, sodass die Kirche am 8. Mai durch den Generalsuperintendent Braun mit einem Festgottesdienst eingeweiht werden konnte.¹⁵⁹

Von einer generellen Frontstellung Kirche gegen Stadt kann für die 1950er Jahre in Ludwigsfelde nicht gesprochen werden. Schließlich nahmen sogar die Vertreter des Rates der Gemeinde trotz der Kritik am Datum an der Eröffnung teil.¹⁶⁰ 1958 – in einer Zeit großer Konflikte zwischen Kirche und Staat in der DDR – hieß es im Rückblick auf den Kirchenbau versöhnlich im Heimatkalender des Kreises:

*„Der Wunsch der evangelischen Kirchengemeinde, ihren Gottesdienst in einer richtigen Kirche abhalten zu können, wurde auch erfüllt. In zweijähriger Bauzeit wurde die im Wald hinter der Holzhaussiedlung herrlich gelegene St.-Michaels-Kirche erbaut und im Jahre 1955 eingeweiht. Bis dahin hatte sich die Kirchengemeinde mit der kleinen Friedhofskapelle begnügen müssen.“*¹⁶¹

Zu Konflikten kam es trotz der insgesamt zu konstatierenden Flexibilität beim Kirchenbau jedoch in den folgenden Jahren auch in Ludwigsfelde. Insbesondere die Parteiinstitutionen beobachteten die unerwartet erfolgreiche Entwicklung der Kirchengemeinde mit Sorge, vor allem in Hinblick auf ihre Beziehungen zu West-Berlin und den Einfluss, den sie auf die Ludwigsfelder Jugendlichen gewinnen konnte. Die Ortspartei von Ludwigsfelde stellte im internen Bericht 1958 kritisch fest, dass

*„die evangelische Kirche in Ludwigsfelde schon immer besondere Aktivität [zeigt]. Es ist ihr gelungen, vor allem einen Teil der Jugendlichen auch mit Tanz und anderen Veranstaltungen an sich zu binden. Das bezieht sich auch auf den Religionsunterricht. Eine feindliche Haltung ist ihr nicht nachzuweisen, sie führt aber gut getarnt einen Kampf gegen die Ausbreitung der Jugendweihe und begünstigt den Verkehr mit Westberlin. Besonders im Rahmen der Jungen Gemeinde.“*¹⁶²

Auf der lokalen Ebene standen die Akteure von Staat und Partei bei ihren Kontakten mit der Kirche vor erheblichen Schwierigkeiten, „weil sie sich außerstande sahen, alle taktischen Wendungen der Kirchenpolitik [der Staats- und Parteiführung] zu durchschauen und angemessen umzusetzen.“¹⁶³ Die für Kirchenkontakte zuständigen lokalen Parteivertreter – meist aus dem Kreis – waren den akademisch gebildeten Pfarrern zudem nur bedingt gewachsen.

¹⁵⁸ KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 13.4.1955, S. 2.

¹⁵⁹ Vgl. KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, Kirchengemeinde St. Michael Ludwigsfelde. 25 Jahre Kirche in Ludwigsfelde – ein Jubiläum, Nachrichten für April 80 bis Mai 80, S. 1.

¹⁶⁰ Interview Herr W.

¹⁶¹ *Stolzenburg*: sozialistische Wohnstadt, S. 107.

¹⁶² KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 15.

¹⁶³ *Wolle*: heile Welt, S. 251.

Die Vertreter des Kreises mussten nach den regelmäßig mit dem Ludwigsfelder Pfarrer durchgeführten Aussprachen in internen Berichten das rhetorische Geschick der Kirchenvertreter eingestehen:

„Er ist sehr wendig und geschickt im Umgang mit Menschen [...] versucht immer Gespräch an sich zu reißen. Während seiner Tätigkeit als Pfarrer in Ludwigsfelde hat er eine starke Gruppe der ‚Jungen Gemeinde‘ gebildet, zu der auch ein Posaunen-Bläserchor gehört. Außerdem besteht dort unter seiner Leitung eine starke Gruppe des evangelischen Frauenwerkes.“¹⁶⁴

1965 konstatierte die Kreispartei, sie sei „unter dem christlich gebundenen Teil der Bevölkerung noch nicht vorangekommen“. Insbesondere bei den Kirchenbeiräten und den aktiv am Kirchenleben beteiligten Bürgern wurden eine „Reihe von Vorbehalte[n] gegenüber unserem sozialistischen Land“ und dem Wahlsystem registriert.¹⁶⁵ Die Kritik richtete sich auch auf die „Junge Gemeinde“, die in Ludwigsfelde wie in der gesamten DDR einen gewissen Schutzraum gegen die Allmacht des Staates bot und deshalb Anlass zu zahlreichen Konflikten war.¹⁶⁶ DDR-weit wurde 1952/53 die Auseinandersetzung mit der evangelischen Kirche durch die zunehmende „Kriminalisierung der Jungen Gemeinden“ eingeleitet. Diese Kampagne sollte auch eine unerwünschte Konkurrenz zur FDJ beseitigen.¹⁶⁷ Mit 50 Mitgliedern war die Ludwigsfelder „Junge Gemeinde“ jedoch auch noch 1960 die mit Abstand größte im Kreisgebiet.¹⁶⁸ Die lebendige Entwicklung der Ludwigsfelder „Jungen Gemeinde“ wurde als negative Erscheinung betrachtet, die die SED letztlich „nicht in den Griff“¹⁶⁹ bekam. Ludwigsfelde galt bis in die 1960er Jahre als Ort verstärkter kirchlicher Aktivität. Die örtlichen Pfarrer waren erfolgreich in ihrem Versuch durch Freizeitangebote Jugendliche für die Kirche zu gewinnen.¹⁷⁰ Die Ortspartei warf vor dem Mauerbau der „Jungen Gemeinde“ vor, „sogar Kinder nach Westberlin“ zu schicken und den Jugendlichen im Ort „ungehindert und täglich [...] feindliche und westliche Ideologien“¹⁷¹ zu vermitteln.

Die Ludwigsfelder Kirchengemeinde registrierte insbesondere bis in die Mitte der 1970er Jahre in Hinblick auf die Jugendarbeit und die Behandlung kirchlich gebundener Kinder in

¹⁶⁴ KreisATF VI 6247 Evangelische Kirche 1960–69, Rat des Kreises Zossen Abt. Innere Angelegenheiten – Kirchenfragen, Zossen 1.2.1962, Bericht über eine Aussprache mit Pfarrer Lea in Ludwigsfelde am 29.1.1962, S. 1.

¹⁶⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 SED-Kreisleitung Zossen Nr. 376, Kreisleitersitzung am 22.9.1965 Diskussionsbeitrag – Genosse Pagels, Sekretär der KL, S. 2.

¹⁶⁶ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 251 und ausführlich zum Konflikt: *Peter Helmberger*: Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kirchen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR, München 2008 (Forum Deutsche Geschichte 16); Vgl. für die Frühzeit auch *Ellen Ueberschär*: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961, Stuttgart 2003; vgl. als lokales Beispiel: *Manfred Gerloff/Erika Gernoff*: Die Evangelische Jugendarbeit – Junge Gemeinde – des Kirchenkreises Oberspree wie sie sich in den Akten des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik von 1951 bis zu den Jahren 1961/62 darstellt, Berlin 2002 (Unveröffentlichtes Manuskript, Privatdruck)

¹⁶⁷ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 17.

¹⁶⁸ Vgl. KreisATF VI 6247, Volkspolizei Kreisamt Abt. K Sachgebiet E, Zossen, 31.5.1960, Einschätzung der Arbeit und der Stärke der Gruppen der „Jungen Gemeinde“.

¹⁶⁹ Interview Birk.

¹⁷⁰ Vgl. KreisATF VI 6247 Evangelische Kirche 1960–1969, Betr. Tätigkeit der Religionsgemeinschaften im Kreis Zossen [Ende Mai 1960, ohne Autor, wahrscheinlich Volkspolizeikreisamt], o.S.

¹⁷¹ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 11.

der Schule eine Phase der „harten Konfrontation“¹⁷² mit der Staatsmacht. Nach dem Mauerbau konnte der Spielraum der Kirchen in der DDR weiter zurückgedrängt werden. In den 1970er Jahren hatte die gegen die Kirche gerichtete Politik der SED ihre erfolgreichste Zeit.¹⁷³ Die Kirche musste sich mit ihrer marginalisierten Rolle als „Kirche im Sozialismus“ arrangieren. Die Einbindung der Jugend in die Jugendweiheangebote des Staates anstelle der traditionellen kirchlichen Konfirmationen gelang auch in Ludwigsfelde relativ schnell: Von allen Schulabgängern des Schuljahres 1958/59 waren schon 85 % Jugendweiheteilnehmer,¹⁷⁴ 1980/81 war die Teilnahme an der Jugendweihe bereits auf 98,6 % gestiegen.¹⁷⁵ Die wenigen Achtklässler, die nicht teilnahmen, hatten nach Einschätzung der Ortspartei dezidiert religiöse Gründe. Selbst bei diesen wenigen Nichtteilnehmern wurden verstärkte Aktivitäten des evangelischen Pfarrers von der SED misstrauisch registriert.¹⁷⁶ Obwohl die Staatspartei quantitativ mit ihrem offiziellen Angebot längst „gesiegt“ hatte, fühlte sie sich selbst durch die winzige Minderheit in ihrem universellen Anspruch in Hinblick auf die Führung der Jugend bedroht. Insgesamt entspannte sich das Verhältnis zur Kirche jedoch, da die SED aus einer Position der relativen machtpolitischen Sicherheit heraus agieren konnte.

Um ihre begrenzten verbliebenen Spielräume zu wahren, musste die Kirche zur partiellen Zusammenarbeit und zu Kompromissen mit der Staatsmacht bereit sein, insbesondere zu den regelmäßigen Treffen mit staatlichen Funktionären. Alle Kontakte wurden vom kreislichen Referat für Kirchenfragen überwacht. Jede Unterredung zwischen Stadt und Kirche wurde dort sorgfältig festgehalten.

Die Ortspartei vermutete aber 1962 in Bezug auf den damaligen Pfarrer Lea, „daß er nur deshalb ein gutes Verhalten zu unserem Staat zeigt, weil er glaubt, zufolge dessen umso besser auf kirchlichem Gebiet wirken zu können.“¹⁷⁷

Die SED bemühte sich seit dem im März 1978 erfolgten ausgleichenden Gespräch mit der evangelischen Kirche auf höchster Ebene um eine flexiblere Politik und ließ – in Grenzen – mehr Freiraum zu. Allerdings wuchs bei der SED schon 1980 – auch durch die Ereignisse in Polen – wieder das Misstrauen gegen die Kirche.¹⁷⁸ 1982 wurde in Ludwigsfelde insbesondere die Aktivität des Pfarrers in der Friedensbewegung misstrauisch beobachtet. In Zusammenhang mit attraktiven „modernen“ Veranstaltungen wie Disko, gelangte es der Kirche die Jugendlichen in Bezug auf friedenspolitische Aktivitäten anzusprechen:

¹⁷² Interview Herr W.

¹⁷³ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 250.

¹⁷⁴ Vgl. KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 27.5.1959, S. 4.

¹⁷⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Berichte und Einschätzungen 1980/81, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 28.5.1981, S. 1. Beide großen Kirchen mussten Ende der 1960er Jahre ihre Niederlage im Kampf gegen die staatliche Jugendweihe eingestehen. Vgl. *Ohse*: Jugend nach Mauerbau, S. 232–234.

¹⁷⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 4.3.1982, S. 2.

¹⁷⁷ KreisATF VI 6247 Evangelische Kirche 1960–69, Rat des Kreises Zossen Abt. Innere Angelegenheiten – Kirchenfragen, Zossen 1.2.1962, Bericht über eine Aussprache mit Pfarrer Lea in Ludwigsfelde am 29.1.1962, S. 1.

¹⁷⁸ Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 94.

„Außerdem werde sehr geschickt auf die Jugendlichen eingewirkt in Bezug auf den Dienst in der NVA. Frieden ohne Waffen, also praktisch in Ablehnung des Wehrdienstes. Darüber gab es Auseinandersetzungen mit Schülern an der Schule.“¹⁷⁹

Insgesamt besserte sich jedoch in Ludwigsfelde das Verhältnis Staat – Kirche im Vergleich zu den 1960er Jahren nachhaltig. In den 1980er Jahren konnte die evangelische Kirche ihr Engagement ausweiten und für die stark angewachsene Mitgliederzahl der Ludwigsfelder Gemeinde ab 1983 sogar das neue Gemeindezentrum „Schalom“ erbauen. In diesen Jahren entwickelten sich auch verstärkte Verbindungen der Gemeinde zur örtlichen CDU, die bisher kaum in diesem Zusammenhang in Erscheinung getreten war. Mehrere wichtige Funktionäre, ein ehrenamtlicher Stadtrat und stellvertretende Produktionsleiter im VEB Rohrleitungsbau, engagierten sich für den Neubau der Gemeinde.¹⁸⁰ Die Parteizeitung der CDU „Neue Zeit“ schilderte 1985 diese gemeinsame Anstrengung:

„Da half der Pfarrer neben dem Eisenbahner, der Automobilbauer neben den anderen Gemeindemitgliedern auf dem Grundstück am Waldrand zu roden, zu planieren, den Wasseranschlußschacht zu mauern und schließlich die Lichtmasten zu setzen.“¹⁸¹

Die offiziellen Stellen in Stadt und Kreis behinderten den Bau des Gemeindezentrums nicht.¹⁸² Intern wurde jedoch immer noch eine weitere Ausweitung der Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Konkurrenz zu staatlichen Angeboten befürchtet. Die Ortspartei bemühte sich gemeinsam mit der FDJ darum, die beiden offiziellen Jugendklubs in der Stadt so zu profilieren, dass sich „die Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeit für die Jugendlichen spürbar verbessern“, um als „Gegenpol zum Gemeindehaus, welches im September seiner Bestimmung übergeben wird [zu wirken].“¹⁸³ Die SED war nicht mehr wie in den 1960er und 1970er Jahren in einer unangreifbaren Position gegenüber der Kirche. Sie fürchtete die Attraktivität kirchlicher Angebote, gegen die sie auch nicht mehr ausschließlich mit Machtmitteln vorgehen konnte.

Die Kirchengemeinde bedankte sich dennoch nach dem Abschluss des Baus beim Rat der Stadt explizit für die „gewährte Unterstützung“. Die Kirche war ganz offensichtlich um Konsens und Einbindung der Stadtverantwortlichen bemüht, um Nähe zwischen den städtischen und kirchlichen Akteuren zu schaffen und im engen Sozialraum der Stadt die harte Austragung von Konflikten zu erschweren. Die Mitglieder des Rates der Stadt waren jedoch trotz offizieller Einladung nicht zur Eröffnung der „Schalom“ erschienen. Die Kirche ließ aber nicht

¹⁷⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 4.3.1982, S. 3.

¹⁸⁰ Vgl. „Ein Raum für stille Andacht, Gespräche und Gotteslob. Gespräch mit Unionsfreund Erwin Kuhl über den Bau eines Gemeindezentrums“, in: Neue Zeit vom 4.1.1985.

¹⁸¹ Ein Raum für stille Andacht, Gespräche und Gotteslob. Gespräch mit Unionsfreund Erwin Kuhl über den Bau eines Gemeindezentrums, in: Neue Zeit vom 4.1.1985.

¹⁸² Skepsis scheint es hingegen bei den bezirklichen Stellen gegeben zu haben. Vgl. Interview Herr W.

¹⁸³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, „Informationsbericht 6/85, 17.6.1985, S. 1. Generell fand die kirchliche Jugendarbeit durch modernere Gottesdienstformen und die verstärkte Berücksichtigung ethischer, moralischer und gesellschaftspolitische Fragen im kirchlichen Raum in den 1970er Jahren auch wieder das Interesse ansonsten kirchenfremder Jugendlicher. Vgl. Ohse: Jugend nach Mauerbau, S. 377.

locker. Einer weiteren förmlichen Einladung durch die Kirche, die das bisherige Nichterscheinen der Stadtverwaltung geschickt ignorierte – „die Einladung zur Einweihung des Gemeindezentrums hat Sie wohl nicht erreicht“¹⁸⁴ – konnte und wollte sich der Rat der Stadt aber nicht mehr entziehen. Diese Einladung – nun zur Adventsfeier 1986 – wurde angenommen und die wichtigsten Ratsmitglieder nahmen an der kirchlichen Veranstaltung teil. Nach der Begrüßungsansprache des Pfarrers erläuterten Ratsvertreter die weitere Stadtentwicklung und diskutierten mit den kirchlichen Gemeindegliedern über kommunalpolitische Fragen. Als Geschenk der Stadtverwaltung an die Kirchengemeinde wurde symbolisch ein Bild für die Ausgestaltung des Gemeindezentrums übergeben, wie die Ratsmitglieder auch offiziell dem kreislichen Referat für Kirchenfragen mitteilten.¹⁸⁵

Eine persönlichere Form der Kontakte hatte sich schon im Jahre 1972 angedeutet, als der neue Pfarrer Böhm eingeführt wurde. Zu diesem Anlass begrüßte ihn der Bürgermeister Körl in der ersten Reihe der Kirche mit einem Strauß gelber Rosen.¹⁸⁶ In den 1980er Jahren entwickelten sich gegenseitige Besuche zu einem wichtigen Bestandteil der Kontakte, auch Teilnahmen der Stadtoberen bei kirchlichen Feiern wurden zu einer neuen Normalität. Es entstand sogar eine gewisse persönliche Vertrautheit zwischen den Akteuren. Der zuständige Funktionär des Kreises für Kirchenfragen – also eines eigentlich repressiv gedachten Kontrollorgans – erhielt bei seiner Pensionierung 1989 ein Abschiedsgeschenk von der Kirchengemeinde: einen Bildband des Berliner Doms.¹⁸⁷ Es liegt nahe, dass das gerade in gemeinsamer Anstrengung wieder hergestellte zentrale Kirchenhaus der evangelischen Kirche in Berlin als Sinnbild für die Möglichkeit eines gedeihlichen Mit- oder Nebeneinanders von Staat und Kirche gemeint war.

Eine Glückwunschkarte von Seiten des Kirchenreferates zum Geburtstag des Pfarrers gehörte in den 1980er Jahren zum guten Ton innerhalb der Stadt, auf die von der Kirche mit jeweils einem Dankesbrief reagiert wurde.¹⁸⁸ Auch der letzte Bürgermeister erinnert sich an diese Ende der 1980er Jahre erreichten Umgangsformen:

„... und es gab jährlich einen Tag, den konnte und dürfte kein Bürgermeister vergessen. Das war der 7.11. Nämlich das war der Tag der sozialistischen Oktoberrevolution und zweitens hatte der Pfarrer Böhm Geburtstag. Da saßen die Bürgermeister regelmäßig bei ihm und haben zwei Stunden Gespräch gemacht.“¹⁸⁹

Ende der 1980er Jahre wurden sogar einzelne gemeinsame Sitzungen vom Rat der Stadt mit dem evangelischen Gemeindegemeinderat veranstaltet, die die städtischen Verantwortlichen heute als Beleg für ein respektvolles Miteinander anführen:

¹⁸⁴ KreisATF VI 8030 Rat des Kreises Zossen, Ref. für Kirchenfragen, Briefabschrift: Ev. Kirchengemeinde St. Michael an Rat der Stadt Ludwigsfelde – Bürgermeister vom 24.9.1985.

¹⁸⁵ Vgl. KreisATF VI 8030, Rat des Kreises Zossen, Ref. für Kirchenfragen, Rat der Stadt Ludwigsfelde, 9.1.1986 Aktennotiz für Rat des Kreises, S. 2.

¹⁸⁶ Interview Kallmeyer.

¹⁸⁷ Vgl. KreisATF VI 8030, Rat des Kreises Zossen, Ref. für Kirchenfragen, [Notiz ohne Dokumententitel].

¹⁸⁸ Vgl. KreisATF VI 8030, Rat des Kreises Zossen, Ref. für Kirchenfragen, Brief: Böhm bedankt sich für Geburtstagswünsche von Blass, 12.11.1987.

¹⁸⁹ Interview Kallmeyer.

„Wir hatten regelmäßig Gespräche [...], regelmäßig ist auch übertrieben, wir haben zumindest den Kontakt gehalten. Da gab es keine Spannungen und kein Gegenüber.“¹⁹⁰

Die Kontaktaufnahmen der Stadt lagen durchaus im Interesse der übergeordneten Organe. Der Kirchenreferent des Kreises erwartete sogar vom Bürgermeister, dass er in Kontakt zur evangelischen Kirche und den anderen örtlichen Religionsgemeinschaften trat, um über die Stimmung innerhalb der Gemeinden informiert zu sein. Bürgermeister und Ratsvertreter mussten dem Kreisreferat regelmäßig von den Gesprächen schriftlich oder mündlich berichten, in der Regel wurden bei dieser Gelegenheit jedoch nur Banalitäten übermittelt. Wurden einmal die Äußerungen von Kirchenvertretern als „provokant“ kritisiert, handelte es sich um eher unverfängliche Fragen, wie das Problem der ungenügenden Müllabfuhr.¹⁹¹ Dies war zudem ein Problem, bei dem sich die Interessen von Stadt und Kirche gegenüber dem verantwortlichen Kreis kaum unterschieden. Die Akten des Kreises geben keine Hinweise auf eine intensive Rolle, die die Stadtverwaltung bei der Überwachungstätigkeit der Kirche übernommen hätte. Hierzu standen den übergeordneten Staats- und Parteiinstitutionen ohnehin noch weitere Organe des Sicherheitsapparates zu Verfügung.

Insgesamt spielten die Kirche als Institution und ihre Gemeindeangehörigen als besondere Gruppe der Stadtbewohner in den städtischen Akten – abgesehen von den Berichten an den Kreis – kaum eine Rolle. Ihre Überwachung war Angelegenheit der Kreisparteileitung und des Kreisreferats für Kirchenfragen. Die Kontakte zwischen dem Rat der Stadt und der evangelischen Gemeinde erfolgten weitgehend diskret. In öffentlichen Stadtverordnetensitzungen wurde nicht darüber berichtet.

Die Stadt war gegenüber dem Kreis meist bemüht, den bestehenden lokalen Konsens mit der Kirche herauszustellen. Die regelmäßigen Besuche der staatlichen Vertreter von Kreis und Stadt wurden auch von der Kirche akzeptiert. Gegen versuchte Kontaktaufnahmen seitens der Staatssicherheit verwahrte sich der Pfarrer aber nachdrücklich und führte darüber sogar persönliche Beschwerde bei „seinem“ Kreisbeauftragten.¹⁹² Wenn andere Pfarrer im Umland von Ludwigsfelde als besonders staatskritisch auftraten, mühten sich die Stadtvertreter, „ihren Pfarrer“ davon abzugrenzen. So betonten die Stadtverantwortlichen gegenüber dem Kreis, dass der Ludwigsfelder Pfarrer über die politisch brisanten Bemühungen eines Pfarrers Reiche um ein Gemeindevertretermandat im benachbarten Christinendorf nicht unterrichtet gewesen sei. Die Stadtverantwortlichen übermittelten Anfang 1989 dem Kreis die angebliche beschwichtigende Aussage des Ludwigsfelder Pfarrers: „Reiche ist noch jung“, der „mitunter eigene und sehr spontane Wege geht“.¹⁹³ Als wirklich bedrohlich erschienen

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Vgl. KreisATF VI 8030, Rat des Kreises Zossen, Referat für Kirchenfragen, 9.1.1986, S. 1.

¹⁹² Vgl. KreisATF VI 8030 Rat des Kreises Zossen, Referat für Kirchenfragen, Rat des Kreises Zossen, 21.6.1989, Aktennotiz über ein Gespräch des Stellv. für Inneres mit dem amt. Superintendenten des KK Zossen Pfr. Böhme, am 20.6.1989 beim Rat des Kreises, S. 2.

¹⁹³ KreisATF VI 8030 Rat des Kreises Zossen, Referat für Kirchenfragen, Rat des Kreises Zossen, 13.4.1989, Aktennotiz über ein Gespräch des Stellv. für Inneres mit dem amt. Superintendenten des KK Zossen Pfr. Böhme, am 12.4.1989 beim Rat des Kreises, S. 2.

diese Aktivitäten einzelner Kirchenvertreter in der Provinz für die SED zu diesem Zeitpunkt nicht. Nur wenige Monate nach der genannten Aussprache war jedoch dieser Pfarrer Steffen Reiche in Schwante Mitbegründer der zunächst geheimen SDP/SPD in der DDR und später deren Landesvorsitzender und langjähriger Minister des wieder geschaffenen Landes Brandenburg. Die erste Veranstaltung des Neuen Forums fand auch in Ludwigsfelde am 18.9.1989 in der evangelischen Kirche unter Beteiligung von 120 bis 140 Bürgern statt.¹⁹⁴ Kirchenvertreter spielten in den folgenden Monaten bei der Schaffung eines „Runden Tisches“ eine maßgebliche Rolle. Trotz ihrer gewollten Marginalisierung wahrte die evangelische Gemeinde bis zum Ende der DDR ihre Rolle als wichtige Teilgruppe innerhalb des „Zentrums der Arbeiterbewegung“.¹⁹⁵

5.2 Konsummöglichkeiten in Ludwigsfelde

Die Bereitstellung von Konsumgütern und Diensten des täglichen Bedarfs spielte für die Bevölkerung eine zentrale Rolle – neben der latenten Unterversorgung mit Wohnraum war sie jedoch auch eine alltägliche Defiziterfahrung in der Industriestadt. Die Versorgungslage in Ludwigsfelde ist in Hinblick auf einzelne Angebotsbereiche sehr differenziert zu beurteilen. Insgesamt war sie im DDR-Vergleich eher überdurchschnittlich. Zwischen Erwartungshaltung und Realität taten sich immer wieder neue Lücken auf, insbesondere waren Nutzbarkeit und Zugänglichkeit der Konsumeinrichtungen vielfach unzureichend.

Die quantitative wie qualitative Bereitstellung von Konsumartikeln differierte in der gesamten DDR zwischen einzelnen Orten und Regionen erheblich. Der Umfang der Versorgung wurde wesentlich vom Status der jeweiligen Gemeinde innerhalb der – formellen wie informellen – „Versorgungshierarchie“ bestimmt. Am Besten war die Hauptstadt Berlin gestellt, gefolgt von Leipzig und den anderen Bezirkshauptstädten. Bereits in den Kreisstädten war die Versorgungssituation deutlich schlechter. Die größten Defizite bestanden in den kleinen Städten und ländlichen Gemeinden, was regelmäßige Einkaufsfahrten der Bewohner in die privilegierten Orte zur Folge hatte.¹⁹⁶ Grundlage für die jeweiligen Versorgungszuteilungen waren Prioritätenlisten, die von den Führungsgremien der SED und den staatlichen Verwaltungsbehörden für die Belieferung der Gemeinden und Regionen mit Lebensmitteln und anderen Gütern festgelegt wurden.¹⁹⁷

Wichtige industrielle Schwerpunktstandorte erfuhren – unabhängig von ihrem administrativen Status – innerhalb dieser Versorgungshierarchie ebenfalls eine tendenzielle Besserstellung. Ludwigsfelde zählte spätestens seit den 1960er Jahren zu einer relativ bevorzugten Versor-

¹⁹⁴ Vgl. *Albert Wunderlich*: Der Runde Tisch in Ludwigsfelde, in: Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde. Geschichte und Geschichten. Teil 6 (neue Folge 1), Einblicke in Geschichte und Alltagsleben einer brandenburgischen Stadt, Ludwigsfelde 1994, S. 36–45, hier S. 36.

¹⁹⁵ Die kleine katholische Gemeinde und die anderen Religionsgemeinschaften in Ludwigsfelde (u.a. neuapostolische Kirche und Adventisten) waren aufgrund ihres sehr geringen Gemeindeumfangs eher auf die interne religiöse Arbeit gerichtet und spielten in der Stadt eine untergeordnete Rolle, bewahrten und stabilisierten ihre Gemeindestrukturen jedoch ebenfalls bis zum Ende der DDR.

¹⁹⁶ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 201.

¹⁹⁷ Vgl. für die brandenburgischen Bezirke: *Kotsch*: Land Brandenburg, S. 370–371.

gungskategorie, was sich jedoch nicht auf alle Konsumbereiche gleichermaßen auswirkte. Der Bezirk Potsdam verfügte zu Beginn der 1970er Jahre mit der Bezirksstadt Potsdam und dem Raum Teltow-Ludwigsfelde über zwei bevorzugte Hauptversorgungszentren. Ludwigsfelde lag somit in einem insgesamt privilegierten Versorgungsgebiet. Selbst andere wichtige brandenburgische Industriestädte wie Brandenburg/Havel und Oranienburg wurden bereits spürbar schlechter versorgt. Entsprechend den offiziellen Prioritätensetzungen wurden durch den Bezirk Sortimente und Waren verteilt und neue Warenhäuser und andere Verkaufsstellen in den einzelnen Orten errichtet.¹⁹⁸

Trotz dieser formal zufriedenstellenden Position von Ludwigsfelde im Rahmen der quantitativen Warenbereitstellung bestanden aus Sicht der Einwohner strukturelle Defizite, die das Alltagsleben erschwerten. Die relativ bevorzugte Versorgung mit Konsumgütern wirkte sich im „industriellen Zentrum“ Ludwigsfelde erst relativ spät und niemals umfassend auf alle Bereiche des städtischen Angebots aus. Insbesondere der Bau von Versorgungseinrichtungen – Einzelgeschäfte und Kaufhallen – konnte über die Jahrzehnte nie mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt halten. Die unvollendete Gestaltung der Stadtmitte, die fehlenden historisch etablierten Versorgungsstrukturen und das insgesamt wenig ausdifferenzierte Angebot der Verkaufsstellen behinderten in Ludwigsfelde – wie in zahlreichen anderen kleinen Industriestädten der DDR – den Zugang zu Konsumgütern. Diese Orte reihten sich damit in die Defizitgeschichte neu entstandener Industriestädte des 19. Jahrhunderts ein.¹⁹⁹ In ihrer strukturellen Entwicklung zu vollwertigen urbanen Standorten blieben diese Orte trotz ihres quantitativen Wachstums unvollendet, das galt insbesondere für die Ausformung der Stadtmitte als Zonen einer attraktiven Konzentration von Handel und Dienstleistung.

5.2.1 Die 1950er Jahre: „Ha’m wir nicht“

Die Ausgangslage in den 1950er Jahren war in Ludwigsfelde denkbar schlecht. Reguläre Konsumeinrichtungen waren kaum vorhanden, was auch dem völligen Fehlen gewachsener älterer Versorgungsstrukturen aus der Vorkriegszeit geschuldet war. Der rasche Aufbau des Industrieortes nach 1952 verschärfte die bestehenden Versorgungsprobleme noch erheblich. Aufgrund der Bevorzugung der Schwerindustrie war in den Städten der DDR während der 1950er Jahre der Ausbau der Konsumeinrichtungen und die Produktion von Konsumgegenständen vernachlässigt worden. Obwohl mit dem Bau der ersten (sozialistischen) Wohnstadt bis 1955 in Ludwigsfelde neue Flächen für kleinere Verkaufseinrichtungen entstanden, blieb die Versorgungslage im gesamten Ort unzureichend. Ein erheblicher Teil der ursprünglich geplanten Konsumeinrichtungen der „Sozialistischen Wohnstadt“ war im Zuge der Vereinfachung der Planungen für das Baugebiet gestrichen worden.²⁰⁰ Für die Einwohner standen Mitte der 1950er Jahre nach Abschluss der ersten Bauphase nur relativ kleine Läden in den Erdgeschossen einiger Neubauten und wenige Einrichtungen im älteren Siedlungsbereich

¹⁹⁸ Vgl. *Kotsch*: Land Brandenburg, S. 370.

¹⁹⁹ Vgl. *Benke*: Kleinstadtidylle, S. 14–16.

²⁰⁰ Siehe zu den Vereinfachungen in der Ausstattung des Wohngebietes: S. 96–97.

zur Verfügung. Die „alteingesessenen Bewohner“ Ludwigsfeldes, die aus der Aufbauphase der 1930er Jahre, der Kriegszeit und den unmittelbaren Nachkriegsjahren noch eine weitaus schwierigere Versorgungslage gewohnt waren, empfanden jedoch selbst die wenigen realisierten neuen Konsummöglichkeiten Mitte der 1950er Jahre zunächst als erhebliche Bereicherung.²⁰¹

Die über lange Zeit in der wachsenden Gemeinde fortbestehenden akuten Versorgungsmängel und unerfüllten Versprechungen wurden Gegenstand zahlreicher Beschwerden der neuen Bewohner und auch Grund mehrfacher Interventionen der zentralen Institutionen zugunsten des in ökonomischer Hinsicht an republikweiter Bedeutung gewinnenden Industrieortes. Sogar der Minister für Handel und Versorgung Kurt Wach informierte sich im Jahr 1957 persönlich in Ludwigsfelde über die bestehenden Versorgungsprobleme und kritisierte im Rahmen einer öffentlichen Versammlung scharf die örtliche Versorgungssituation, die er in seiner Ansprache realistisch charakterisierte:

„Ich habe mir heute die Gemeinde angesehen. Wenn man nach Ludwigsfelde kommt, das erste Mal in dieser Gegend ist, die Häuser ansieht, die schönen Plätze sieht, dann sagt man: Das ist doch ein schönes Stück Land, eine schöne kleine Stadt, den Menschen muß es hier doch gefallen! Wenn man dann näher hinsieht, dann sagt man: Hier können die Kinder spielen, hier ist es sonnig und schön, aber wo gehen denn die Menschen hin einkaufen? Man hat hier etwas vergessen, nämlich, daß diese etwa 10.000 Menschen hier und da, entsprechend ihrem Bedarf, in die Geschäfte gehen müssen und einkaufen.“²⁰²

Mit diesem Zitat des Ministers wurden sowohl die potenziellen Qualitäten wie die Probleme Ludwigsfeldes bereits früh klar umrissen. Diese Faktoren sollten auch in den folgenden Jahrzehnten für den Ort prägend bleiben: gute Lebensbedingungen und qualitätvolle Wohngebiete bei gleichzeitig unzureichendem Versorgungsangebot und fehlenden städtischen Strukturen.

Der Minister forderte in der Versammlung die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung und der Gemeindevertreter in die Wohngebietsplanung, um zukünftig Fehlkonzeptionen in Bezug auf die Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen verhindern zu können:

„In der Stalin-Allee dagegen sieht man breite Straßen und viele Geschäfte! Wenn man diese beiden Dinge [Stalinallee und Ludwigsfelde] nebeneinander sieht, stellt man fest, daß [man] in der Vergangenheit [bei der] Entwicklung unseres Wohnungsbaus Fehler gemacht hat, hier wie dort, und warum? Weil man losgelöst von der Bevölkerung einfach am grünen Tisch projiziert hat und sagte: So wird gebaut! Durch das Gesetz der weiteren Demokratisierung kann man nicht mehr sagen: So wird gebaut, wir machen das Projekt fertig und ihr müßt das hinnehmen. Das geht nicht

²⁰¹ Interview Frau G.

²⁰² KreisATF XI 2100, Protokoll über die Einwohnerversammlung am 29.1.1957 in Ludwigsfelde, S. 4.

*mehr! Die Gemeindevertreter und Gemeinderäte haben hier mitzusprechen, solche Dinge werden mit den gewählten Vertretern abgesprochen!*²⁰³

Dieser „Forderung“ eines Ministers folgte jedoch keine verbesserte Ausstattung der lokalen Institutionen durch die zentralen Organe: Die Planung der Konsumeinrichtungen wurde im Rahmen der städtebaulichen Konzeptionen in Ludwigsfelde wie in der gesamten DDR weiterhin zentral bestimmt und von den Bezirken umgesetzt, während die Defizitbeseitigung in weiten Teilen dem Geschick der kreislichen und insbesondere der lokalen Organe überlassen blieb, die jedoch nur mit begrenzten Kapazitäten ausgestattet waren. Die in den nächsten Jahren immer wieder von den lokalen Akteuren erhobene Forderung nach mehr Mitsprache der Gemeinde bei Planungs- und Realisierungsprozessen neuer Wohngebiete, um auf diese Weise eine ungenügende Ausstattung von vornherein auszuschließen, war trotz vieler Ansätze bis zum Ende der DDR nicht erfolgreich. Die Dominanz der an Industrieproduktion und quantitativer Wohnbereitstellung orientierten Planung der bezirklichen Institutionen blieb bis 1990 unangetastet.

Die älteren ländlichen Orte im räumlichen Umfeld von Ludwigsfelde verfügten in den 1950er und frühen 1960er Jahren zunächst noch über eine bessere – historisch entwickelte – Versorgungsstruktur als das aufsteigende Industriezentrum. Der Rat der Gemeinde gewann angesichts dieses Ungleichgewichts im Jahr 1961 „den Eindruck, daß der Rat des Kreises und die GHG [Großhandelsgesellschaft] Ludwigsfelde nicht als den Ort ansehen, der er in Wirklichkeit ist“²⁰⁴. Diese defizitäre Ausstattung im Vergleich zum direkten Umfeld kehrte sich in den folgenden Jahrzehnten jedoch sukzessive um. Ludwigsfelde entwickelte auch Versorgungsfunktionen für seine Umlandgemeinden. Durch den vergrößerten Nachfragerkreis wurden die durch neue Zuweisungen erreichten Verbesserungen jedoch wieder geschmälert.

1957 bedauerte die „Ständige Kommission für Versorgung“ der Gemeindeverwaltung in interner Sitzung wörtlich, dass „Ha'm wir nicht“ oder „Ware kommt erst mit der nächsten Lieferung“ zu typischen Redewendungen in den Ludwigsfelder Verkaufseinrichtungen geworden seien.²⁰⁵

5.2.2 Verbesserungen und neue Defizite: die 1960er bis 1980er Jahre

Eine erste tiefgreifende qualitative wie quantitative Verbesserung des Angebots von Einkaufseinrichtungen erfolgte durch das im März 1960 eröffnete kleine Kaufhaus „Konsument“ am zentralen Platz. Minister Wach hatte bereits 1957 bei seinem Besuch in Ludwigsfelde zugesagt, seinen persönlichen Einfluss angesichts der besonderen Versorgungslage in Ludwigsfelde geltend zu machen, damit zügig „in unserer sozialistischen Wohnstadt ein Kaufhaus gebaut wird“²⁰⁶. Ohne diese Einflussnahme erscheint es unwahrscheinlich, dass eine

²⁰³ Ebd., S. 4.

²⁰⁴ StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 26.10.1961, S. 2.

²⁰⁵ KreisATF XI 1671 Protokolle der Ständigen Kommission Handel und Versorgung Ludwigsfelde, Beitrag der Kommission vor dem Rat der Gemeinde zur Versorgungslage von Ludwigsfelde am 22.8.1957, S. 2.

²⁰⁶ KreisATF XI 1671 Protokolle der ständigen Kommission Handel und Versorgung, Ludwigsfelde, Dokument vom 10.1.1958, S. 3.

solche Einrichtung bereits 1960 in Ludwigsfelde realisiert worden wäre. Versprochen wurde den Ludwigsfeldern ein „Kaufhaus, das allen Bedürfnissen gerecht wird, alle Warengruppen in sich vereint, also kurz ein Kaufhaus, in dem alles zu haben ist“²⁰⁷. Bei dieser neuen Konsumeinrichtung am „Zentralen Platz“ handelte es sich zwar nicht um ein großes prestigeträchtiges „Centrum Warenhaus“, das im Regelfall nur Bezirksstädten vorbehalten war.²⁰⁸



51. Abb.: Kaufhaus (nach Umbau 1968)

Dennoch stellte das Ludwigsfelder „Konsument Warenhaus“²⁰⁹ die wichtigste Konsumeinrichtung des Kreises Zossen dar. Der Bau dieses mit einem relativ breiten Sortiment ausgestatteten Kaufhauses war für einen kleinen Ort wie Ludwigsfelde deshalb eine wichtige symbolische Aufwertung. Der in qualitätvoller moderner Architektur gestaltete Bau wurde in den folgenden Jahren ein beliebtes Motiv der aus Ludwigsfelde verschickten Postkarten (siehe Abb. 18).

Der weitere Bevölkerungszuwachs verschärfte die Mängel der Versorgung in Ludwigsfelde trotz des neuen Warenhauses bald wieder. Während der Errichtung der „Zweiten Wohnstadt“ seit Ende der 1950er Jahre zeichneten sich erneut schwere Versorgungsdefizite ab, da die für die neuen Einwohner notwendigen und ursprünglich versprochenen Konsumeinrichtungen nicht rechtzeitig oder nur fragmentarisch realisiert wurden. Der Vorsitzende der „Ständi-

²⁰⁷ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 25.10.1957, Bericht zu Fragen der Versorgung, S. 8.

²⁰⁸ Eine solche Einrichtung bestand darüber hinaus im ganzen brandenburgischen Raum ohnehin nur in den geförderten großen Neustädten Schwedt und Hoyerswerda. Vgl. *Kotsch*: Land Brandenburg, S. 370.

²⁰⁹ Seit Ende der 1969 firmierte es als „Kontakt Kaufhaus der Konsumgenossenschaft Zossen“, einem Kaufhaustyp, der eher für kleine und mittlere Städten typisch war.

gen Kommission Handel und Versorgung“ führte dem Rat der Gemeinde die drohende Problematik vor Augen:

„Zur Zeit wohnen in der neuen Wohnstadt ungefähr 1.000 Menschen; bis 31.12.1961 werden es etwa 2.200 sein, was in bezug auf die Versorgung in jeder Beziehung eine Katastrophe werden würde.“²¹⁰

Der Kommissionsvorsitzende bemängelte insbesondere die permanenten Terminverschiebungen der bezirklichen Verantwortlichen für die Fertigstellung des geplanten Selbstbedienungsladens im neuen Wohngebiet.

„Die Bevölkerung hat nicht nur das Recht auf gesundes Wohnen sondern auch auf gute Einkaufsmöglichkeiten.“²¹¹

Die im Zusammenhang mit der baulichen Stadtentwicklung bereits dargelegten umfangreichen Subzentrumsplanungen für die „Zweite Wohnstadt“, denen zufolge nördlich der Autobahn an der Potsdamer Straße ein neuer Schwerpunkt der Konsumgüterversorgung vorgesehen war, wurden nur in Rudimenten umgesetzt. Gleichzeitig erfuhr die Anzahl der zu realisierenden Wohnungen jedoch mehrfach eine deutliche Steigerung. Letztlich wurde die „Zweite Wohnstadt“ keine „Stadt“ mit eigenen Versorgungseinrichtungen, sondern nur ein weiteres reines Wohngebiet. Wie in allen später in Ludwigsfelde realisierten Stadtvierteln war die Unterversorgung mit Konsumeinrichtungen kein Fehler der ursprünglichen städtebaulichen Planung, sondern resultierte aus Mängeln während der Realisierungsphase.

Der Bezirkstag in Potsdam nahm angesichts der Vorwürfe aus Ludwigsfelde bezüglich der unzureichenden Versorgung mehrfach Untersuchungen vor, inwieweit bei bestimmten Waren die Zuteilung für den Ort in formell korrekter Weise erfolgt war. Im Ergebnis wurde Ludwigsfelde aus Sicht des Bezirks immer eine ausreichende Versorgung bescheinigt: „Ludwigsfelde ist schon seit Jahren in der Kreisversorgung als Schwerpunkt anerkannt und entsprechend behandelt worden.“²¹² Ludwigsfelde wehrte sich gegen die einseitige Sichtweise solcher Aufstellungen mit dem Hinweis, dass nicht berücksichtigt worden sei, dass Ludwigsfelde als reiner Industrieort durch die – besseren – Einkommensverhältnisse der Bevölkerung eine größere Kaufkraft aufwies als die rein landwirtschaftlichen Gemeinden der Umgebung und ein wesentlicher Teil der Waren durch Ortsfremde in Anspruch genommen würde.²¹³

Deutlich verspätet gegenüber der Ursprungsplanung entstanden 1962 und 1967 zwei Kaufhallen in der „Zweiten Wohnstadt“, Ende 1972 folgte die dritte Kaufhalle im neuen Wohngebiet „Ludwigsfelde West“. Die Basisversorgung innerhalb dieses neuen Stadtbereiches im Nordwesten der Stadt konnte damit wieder weitgehend gesichert werden. Die 1962 fertig gestellte Kaufhalle „Flink fertig“ und die „Kaufhalle am Hochhaus“ von 1967 waren ebenso wie das Warenhaus von 1960 noch individuell gestaltete Bauten mit architektonischem Wie-

²¹⁰ StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 5.1.1961, S. 6.

²¹¹ StadtAL Nr. 171001 002, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 29.6.1961, S. 2.

²¹² KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 25.10.1957, S. 6.

²¹³ Vgl. ebd., S. 5.

dererkennungswert. Im Gegensatz zu den ursprünglichen ambitionierten städtebaulichen Planungen für die Subzentren und öffentlichen zentralen Räume des Neubaubereichs konnten diese Einzelbauten jedoch über die Bereitstellung von Verkaufsfläche hinaus keine städtebauliche Zentralfunktion in ihren Vierteln entwickeln. In den folgenden Jahren entfiel bei allen weiteren Bauten durch die Realisierung von Kaufhallen-Standardtypen auch der gestalterische Individualismus der frühen Ludwigsfelder Verkaufseinrichtungen. Das herausragende Problem der Versorgung in Ludwigsfelde war – zumindest seit den 1960er Jahren – weniger die mangelhafte quantitative Bereitstellung von essentiellen Lebensmitteln und Konsumgütern, als das unzureichende Angebot an Verkaufsflächen und regulären Verkaufseinrichtungen.²¹⁴ Die rein quantitative Bedürfnisdeckung war mit diesen Einrichtungen zwar mit Einschränkungen möglich, ein urbanes „Einkaufserlebnis“ konnte den Ludwigsfeldern aber an keiner Stelle geboten werden. Zudem blieben die Wege zu den vereinzelt Einrichtungen im segmentierten Stadtraum teils sehr lang.

Die Zugezogenen, häufig aus kleineren Städten mit traditionellen kleinteiligen Einkaufsstrassen und fußgängerorientierten Versorgungsstrukturen, mussten sich an die neuen Raumstrukturen in der weitläufigen Stadt erst gewöhnen: „Meine Mutter“, schildert die Tochter einer Zuwanderin, „musste hier erst mal Fahrrad fahren lernen.“²¹⁵ Besonders negativ wurde von den Bürgern der aus der segmentierten Struktur resultierende große Zeitaufwand zum Einkaufen empfunden, der sowohl durch den Weg zur jeweiligen Verkaufsstelle als auch durch die langen Wartezeiten erzeugt wurde. Ein stadtinterner Nahverkehr zwischen Wohngebieten und Einkaufseinrichtungen ließ sich in der fragmentierten Stadt kaum sinnvoll einrichten. Noch 1980 konstatierte die Ortsparteileitung: „Viele Werktätige verbrauchen einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit beim Einkauf und sind darüber verärgert.“²¹⁶ 1986 stellte selbst die SED-Bezirksleitung fest, dass die „Zersplitterung des Handelsnetzes bei Industriewaren [...] eine zuverlässige Versorgung unter dem Aspekt des Weg-Zeit-Aufwandes für den Kunden [erschwert]“²¹⁷. Die idealtypischen Vorteile der „sozialistischen Lebensweise“ im Wohngebiet mit der angestrebten umfassenden Verschränkung von Arbeit und Infrastrukturangebot schwanden in Ludwigsfelde schnell, wenn der Aufwand zum Konsum zu groß.

Bedingt durch ihre Entstehungszeit und die jeweiligen Bau-, Versorgungs- und Bevölkerungsstrukturen wiesen die einzelnen Wohngebiete der Stadt in ihrem Ausstattungsstandard erhebliche Unterschiede auf. Insbesondere die älteren Baubereiche und die Eigenheimsiedlungsgebiete blieben bis zum Ende der DDR in ihrem Nahbereich stark unterversorgt. Für ältere Einwohner in den schlechter versorgten Vierteln waren die langen Wege zu den Ein-

²¹⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 27.2.1980, S. 2.

²¹⁵ Interview Frau Krause.

²¹⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 27.2.1980, S. 2.

²¹⁷ BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam Nr. 6808, Bericht über die Versorgung Ludwigsfeldes 8.5.1986, SED-Bezirksleitung Abt. Wirtschaft, Potsdam, 2.5.1986, Stellungnahme: Bericht über die eingeleiteten und planwirksamen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Veränderung der Lage in der Versorgung der Bevölkerung im Arbeiterzentrum Ludwigsfelde, S. 2.

kaufsmöglichkeiten ein erhebliches Problem.²¹⁸ In den Wohnbereichen der 1930er bis 1950er Jahre im Süden der Stadt – mit höherem Anteil älterer Einwohner – existierten nur kleinere Verkaufsstellen, die zudem im Laufe der Jahre vielfach geschlossen oder nur unzureichend beliefert wurden. Für die dort wohnenden Werktätigen und Rentner waren die Kaufhallen in den neueren Wohngebieten nur ein unzureichender Ausgleich.²¹⁹ Auch die vom geographischen Zentrum weit entfernten Neubaugebiete in „Ludwigsfelde Nord“ erhielten erst Mitte der 1980er Jahren eine angemessene Nahversorgung.

Da die einzelnen Wohngebiete zudem teils räumlich sehr weit auseinander lagen bzw. durch stadträumliche Barrieren wie die Autobahn getrennt waren, konnten Versorgungsdefizite zwischen einzelnen Gebieten nur schwer ausgeglichen werden. In Ludwigsfelde etablierte sich – durch das Fehlen eines Stadtzentrums – kein ausgeprägter räumlicher Schwerpunkt der Verkaufseinrichtungen, an dem die wichtigsten Einkäufe hätten zusammen durchgeführt werden können. Ein gestuftes Zentren- und Subzentrensystem etablierte sich ebenfalls nicht. Die meisten Einrichtungen fanden sich – allerdings in sehr loser Folge – entlang der zentralen Achse der Potsdamer Straße.

Die Bevölkerung kritisierte nicht nur die unzureichende quantitative Ausstattung und räumliche Verteilung der Konsumeinrichtungen – viele Beschwerden zielten auch auf qualitative Mängel der Verkaufsstätten und die „fehlende Verkaufskultur“.²²⁰ Unordnung, Unsauberkeit und fehlende Freundlichkeit wurden regelmäßig in Eingaben und auf Einwohnerversammlungen bemängelt. Die geringe Anzahl von Verkaufsstellen hatte auch erhebliche Wartezeiten für die Kunden zur Folge, was auch zu Konflikten der Bürger mit dem Verkaufspersonal führte.²²¹ 1971 wurden bei der Obst- und Gemüseversorgung Wartezeiten von bis zu zwei Stunden registriert.²²² Selbst die Bereitstellung eines quantitativ guten Angebotes an Konsumgütern nützte den Einwohnern wenig, wenn keine ausreichend dimensionierten Verkaufsstellen zur Verfügung standen. Noch 1983 registrierte die Ortspartei sich häufende Diskussionen in der Bevölkerung über entsprechende Einkaufsprobleme in „Ludwigsfelde Nord“.

„Es kommen immer mehr Bürger dazu, ohne dass neue Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Folge sind: Schlangen an den Kassen, Waren sind schnell vergriffen, Stoßgeschäft nach Feierabend.“²²³

Hauptansprechpartner zur Lösung der zahlreichen Probleme im Bereich des Konsumangebotes vor Ort war aus Sicht der Bürger zuallererst die Gemeinde. Deren Instrumente zur

²¹⁸ „Wo sollen die Bürger im Wohnbezirk VII einkaufen? Gerade für die älteren Menschen sind die weiten Wege nicht zumutbar.“ StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 24.8.1970, S. 1.

²¹⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.9.1981, S. 5.

²²⁰ Vgl. ähnliche Kritik in Eisenhüttenstadt. May: Planstadt Stalinstadt, S. 224.

²²¹ Vgl. KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 3.2.1957 über die Einwohnerversammlung am 29.1.1957, S. 9.

²²² „Wer einmal die Schlangen auf dem Bauernmarkt, hier auf dem Bauernmarkt, hier vor dem Haus angesehen hat, wo die Kunden bis zu zwei Stunden schon gewartet haben, dem wird klar: Irgend etwas ist nicht in Ordnung“ StadtAL Nr. 102005 011, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 30.8.1971, Bericht des Rates der Stadt Ludwigsfelde, Stellv. Bürgermeister Gen. Tober, S. 11.

²²³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 18.8.1983, S. 1.

Verbesserung der Versorgung vor Ort waren jedoch begrenzt, da zum einen die Verkaufseinrichtungen von kreislichen Institutionen, der HO oder der Konsumgenossenschaft betrieben wurden, zum anderen die Festsetzung der quantitativen Verfügbarkeit durch staatliche Stellen des Bezirks oder der Berliner Zentrale erfolgte. Gleichwohl oblag der Stadt die Verantwortung für die formelle Kontrolle der Verkaufseinrichtungen, was die Stadt – über ihre „Ständige Kommission Handel und Versorgung“ – in Bezug auf die Kaufhallen, die kleineren Verkaufsstellen und die Gaststätten auch intensiv nutzte. Die Kontrollen über die Einhaltung der vereinbarten Öffnungszeiten, das quantitative Angebot und die Qualität der Waren und Dienste von Konsum- und Gastronomieeinrichtungen nahmen bis 1990 eine immer wichtigere Stellung im Verwaltungshandeln der Stadt ein.²²⁴ Regelmäßig wurde im Rat der Stadt über die Erkenntnisse der zuständigen „Ständigen Kommission“ diskutiert und vor fast jeder Stadtverordnetenversammlung erfolgten Berichte über aktuelle Ergebnisse der Kontrollen, die immer wieder neue Defizite aufdeckten, aber auch Erfolge der städtischen Bemühungen aufzeigen konnten.

Möglichkeiten zur eigenständigen Problemlösung besaß der Rat der Stadt durch das Instrument der Kontrollen jedoch kaum. Der Rat konnte lediglich Druck auf die Verantwortlichen – zumeist waren dies Institutionen des Kreises – ausüben, um diese zur Verbesserung der Angebote zu bewegen. Nach den kommunalrechtlichen Bestimmungen war die Stadt berechtigt, von den Einrichtungen „Rechenschaft über die Erfüllung ihrer Aufgaben zu verlangen“. Die Stadt verfügte außerdem über das Recht, alle Änderungen der Versorgungsaufgaben und Öffnungszeiten der Verkaufsstellen formell genehmigen zu können. Selbstständig festlegen konnte die Stadt auch „Maßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung und Sauberkeit in den Handelseinrichtungen“²²⁵. Nach Ansicht der Stadt waren diese Kontrollen als Instrument zur Sicherstellung der Versorgung zumindest in Teilen wirksam:

„So gelang es z.B. sich abzeichnende Probleme einer nicht ausreichenden Fleischversorgung zu den Jugendweihen und zu Pfingsten noch zu regulieren und durch rechtzeitige Information an übergeordnete Leitungen in zufriedenstellende Versorgungsleistungen einzuordnen.“²²⁶

Auch die Ortsparteileitung von Ludwigsfelde empfahl dem Rat der Stadt, die Möglichkeit zu Kontrollen konsequent durchzusetzen, um nicht zuzulassen, dass kreisliche Handelsbetriebe ohne vorherige Beratung mit dem Rat der Stadt Veränderungen vornahmen.²²⁷ Abgesehen von dem Druck, der durch den öffentlichen Rechtfertigungszwang vor dem Rat oder der Stadtverordnetenversammlung bestand, waren diese Sanktionsmöglichkeiten der Stadt gegenüber den selbst nur über knappe Ressourcen verfügenden Versorgungsinstitutionen jedoch ein weitgehend stumpfes Schwert. Inwieweit das kommunalrechtliche Instrument der

²²⁴ In einem Zeitraum von nur drei Monaten wurden 1985 immerhin 59 Kontrollen in Verkaufsstellen des täglichen Bedarfs, 13 in Industriewarenverkaufsstellen und neun in Gaststätten durchgeführt.

²²⁵ § 68 Abs. 2 GöV 1985, zitiert nach *Dittmann*: Kommentar GöV 1985, S. 295–296.

²²⁶ StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 26.6.1985, Tätigkeitsbericht des Rates, S. 10.

²²⁷ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 17.9.1981, S. 5.

Kontrollen wirklich zu Verbesserungen vor Ort führte, hing entscheidend von der Intensität des Engagements der städtischen Verantwortlichen ab. Die kreislichen Institutionen zeigten sich meist wenig gewillt, auf die Bedürfnisse der Stadt hinsichtlich des Warenangebots, des Services und der Öffnungszeiten einzugehen. Kurzfristig wurden durch den Druck der Stadt aber immer wieder kleinere Verbesserungen, wie z.B. Verlängerungen von Öffnungszeiten, erreicht.

Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung nutzten – umfangreicher und nachdrücklicher als bei anderen städtischen Fragen – im Rahmen von Diskussionen über das Konsumangebot die Möglichkeiten der begrenzten Mitwirkung, die die Stadtverordnetensitzungen boten, um Kritik am Zustand der örtlichen Versorgungseinrichtungen zu üben.²²⁸ Teils beteiligten sich auf öffentlichen Sitzungen auch anwesende Gäste aus der Bevölkerung mit kritischen Beiträgen.²²⁹

Die Ortspartei erkannte, dass die Legitimation des Systems vor Ort ganz entscheidend von der Bereitstellung von Konsumangeboten für die Bürger abhing. Jedes nicht erfüllte Versprechen erschwerte die Arbeit der Partei. In einem Schreiben an die Kreisparteileitung von 1982 verband die Ortspartei diese Argumentationslinie mit der Forderung nach besserer Ausstattung für den Ort:

„Da unsere Bürger die Gesamtpolitik unserer Partei unter anderem an der Realisierung von Maßnahmen, die der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen, messen, hemmt uns in der politischen Massenarbeit auch die Tatsache, daß seit 1960 kein Zuwachs an Verkaufsfläche für Industriewaren geschaffen wurde.“²³⁰

Ein deutlicher Perspektivwechsel in der staatlichen Konsumgüterpolitik war DDR-weit mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker Anfang der 1970er Jahre eingeleitet worden. Der Bevölkerung sollte nach der neuen Zielsetzung kein einschneidender Konsumverzicht mit dem Versprechen von in die Zukunft projizierten Verbesserungen mehr abverlangt werden. Die Arbeitsleistung der Menschen hatte sich nach dem Willen der Partei- und Staatsführung unmittelbar auf den Lebensstandard auszuwirken.²³¹ Zufriedenheit und Akzeptanz des SED-Staates nahm durch die verbesserte Versorgungslage gerade in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zeitweise deutlich zu.²³² Spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zeigte sich aber, dass die loyalitätsstiftende Wirkung des „Konsumsozialismus“ begrenzt blieb, da ungeachtet der weiteren Wertschätzung der gebotenen Sozialstandards wieder Unmut über die materielle Lebenslage und insbesondere die stagnierende Versorgungslage entstand.²³³

²²⁸ Vgl. z.B. StadtAL Nr. 102005 011, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 30.8.1971, Diskussion zum Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der Kreiskonsumgenossenschaft, S. 1.

²²⁹ Vgl. StadtAL Nr. 102005 010, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 24.8.1970, S. 1.

²³⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 25.11.1982, Brief an SED-Kreisleitung, Sekretariats des 1. Sekretärs, Berichterstattung der SED-Ortsleitung Ludwigsfelde 29.11.1982, S. 4.

²³¹ Vgl. *Bouvier*: Sozialstaat, S. 70.

²³² Vgl. *Skyba*: Sozialpolitik, S. 72.

²³³ Vgl. *ebd.*, S. 73–74.

Das Warenangebot verbesserte sich auch in Ludwigsfelde seit Anfang der 1970er Jahre deutlich. Allerdings wurden seit 1972 für mehr als zehn Jahre keine größeren Verkaufsstätten mehr neu errichtet, sodass Ludwigsfelde als bereits privilegiertem industriellen Standort die veränderten politischen Rahmenbedingungen in der DDR kaum zugutekamen. Das verbesserte Warenangebot für die stark anwachsende Bevölkerung musste in bestehenden Einrichtungen und wenigen Neubauten bereitgestellt werden. 1977 bestanden in Ludwigsfelde insgesamt 22 Lebensmittel- und Gemüseverkaufsstellen, 15 Industriewarenverkaufsstellen sowie 20 Dienstleistungseinrichtungen. Dabei handelte es sich jedoch teils um sehr kleine Einrichtungen. Zur Verfügung stand insgesamt nur ein Angebot von 4.150 m² Handelsfläche, während entsprechend den geltenden Normen zu diesem Zeitpunkt für das Stadtgebiet Ludwigsfelde 5.200 m² Verkaufsfläche vorhanden hätten sein müssen.²³⁴

Obwohl bei der Analyse der absoluten Zahlen über die Versorgung mit Konsumgütern und Wohnungen deutlich wird, dass der Ort in den meisten Phasen seiner Geschichte zumindest hinsichtlich des quantitativen Angebots relativ besser oder zumindest nicht schlechter gestellt war als vergleichbare Städte, blieb die vorherrschende subjektive Wahrnehmung der Menschen erhalten, dass der Ort defizitär versorgt würde.

5.2.3 Erwartungshaltung der Ludwigsfelder – „Berlin verführt“

Neben die messbaren quantitativen Defizitgrößen, die ungünstige räumliche Verteilung und unzureichende Gestaltung trat noch ein weiteres Moment: Aus Sicht der Verantwortlichen in Kreis und Bezirk hatte die Bevölkerung des wichtigen Industrieortes ebenso wie der Rat der Stadt bis zum Ende der DDR einen sehr hohen Anspruch an die örtliche Versorgung und die Stadtgestaltung. Als der Ort schon Mitte der 1950er Jahre gegen die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung der Gemeinde protestierte, untermauerte er seine Forderung nach Verbesserung auch mit der besonderen Anspruchshaltung der Bevölkerung im industriellen Entwicklungsort: „Wenn es in anderen Orten auch oft nicht so notwendig ist, auf all diese Dinge zu achten, aber gerade hier bei uns ist es sehr wichtig, denn die Bevölkerung hat scharfe Augen.“²³⁵ Diese Anspruchshaltung der Ludwigsfelder stieß immer wieder auf Kritik der Organe in Kreis und Bezirk.

„Kann mich nur noch an einen Ausspruch des damaligen Kreisvorsitzenden erinnern“, schildert ein ehemaliges Ratsmitglied: „Ihr in Ludwigsfelde wollt ja bloß noch goldene Klinken. Jungs, wir buttern unendlich in Ludwigsfelde rein und ihr stöhnt immer noch. Tut doch mal nicht so als hätte die DDR 25 Jahre Schulden bei uns.“²³⁶

Die ausgeprägte Anspruchshaltung war nicht nur durch die immer wieder propagierte besondere industrielle Rolle Ludwigsfeldes bedingt. Darüber hinaus schuf auch die Lage am Stadtrand Berlins in Ludwigsfelde ein besonderes Selbstbewusstsein. Während die Bevölkerung

²³⁴ Vgl. StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 8.9.1977, Bericht des Rates der Stadt, S. 9.

²³⁵ KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Finanzabschlußbesprechung beim Rat der Gemeinde Ludwigsfelde am 16.12.1955, S. 3.

²³⁶ Interview Kallmeyer.

der DDR alles am – zumeist fernen – Vorbild der BRD maß,²³⁷ war für Ludwigsfelde zusätzlich das räumlich sehr nah gelegene Berlin, einschließlich West-Berlins, ein zentraler Bezugspunkt. 1957 forderte die Gemeindevertretung eindringlich, dass in Hinblick auf die Versorgungssituation „endlich mal ernsthafte Abhilfe geschaffen“ würde. Die Versorgungsdefizite würden zu Verärgerung der Bevölkerung führen. Ludwigsfelde dürfe „nicht mehr als Dorf angesehen werden, Berlin verführt!“²³⁸ Besorgungen von Mangelwaren in Ostberlin waren zumeist mit der staatlicherseits unerwünschten Fahrt mit der S-Bahn durch West-Berlin oder sogar – soweit „Westmark“ zur Verfügung stand – mit Einkäufen in den Westsektoren verbunden. Nachdem der Mauerbau 1961 diese Möglichkeit zu Besorgungen in Westberlin genommen hatte, blieb die Nähe zur besser versorgten Bezirksstadt Potsdam und die Nachbarschaft zur besonders privilegierten Hauptstadt Berlin ein bestimmendes Element für Ludwigsfelde. Während in der gesamten DDR insgesamt 150 Großbetriebe in der Provinz für ihre Angestellten besondere Einkaufsfahrten nach Ostberlin organisieren mussten,²³⁹ waren solche Fahrten für die Ludwigsfelder regelmäßig möglich. Durch die Lage von Ludwigsfelde im Einflussbereich der Großstädte Berlin und Potsdam, die beide verkehrsgünstig zu erreichen waren, ließen sich dauerhaft einzelne Versorgungsdefizite ausgleichen.²⁴⁰

Die Erfahrungen solcher Besuche in Berlin führten immer wieder zu Klagen über die – teils nur vermeintliche – schlechtere Versorgung Ludwigsfeldes, insbesondere aber zu Beschwerden über das mangelnde kulturelle Angebot und den fehlenden Stadtcharakter des Ortes. Die Konfrontierung mit den Konsumeinrichtungen und Kulturangeboten in der Bezirksstadt und in der Hauptstadt, die nicht nur erheblich umfangreicher, sondern auch attraktiver gestaltet waren, ließen die Realität im kleinen Industrieort besonders trist erscheinen. Dass andere Städte der DDR in Hauptstadt fernen Regionen deutlich schlechter mit Konsumangeboten ausgestattet waren, mussten Urlauber aus Ludwigsfelde jedoch bei der Rückkehr in ihre Stadt durchaus anerkennen.²⁴¹

Ein augenfälliges Symbol für die unzureichende Ausstattung war in diesem Zusammenhang die Bereitstellung von Südfrüchten. Obwohl Ludwigsfelde faktisch durch Sonderzuteilungen auch in diesem Segment gegenüber den meisten anderen Orten bevorzugt war, maßen die Ludwigsfelder ihr Angebot vor Ort mit der hauptstädtischen Produktpalette. Dass es auch innerhalb der Hauptstadtregion eine Hierarchie bei der Versorgung mit Südfrüchten gab, wurde den Ludwigsfeldern besonders deutlich, wenn sie registrierten, dass in Berlin schon Ende November Südfrüchte verkauft wurden, die in Ludwigsfelde erst unmittelbar vor den Feiertagen zu erwerben waren.²⁴²

²³⁷ Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 122.

²³⁸ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 25.10.1957, S. 3.

²³⁹ Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 150.

²⁴⁰ Dies wurde bereits 1968 festgestellt. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 228, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde 1968, S. 1.

²⁴¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Informationsbericht 8/86, 18.8.1986, S. 2–3.

²⁴² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde 18.1.1985, S. 2.

Die Verfügbarkeit von Konsummöglichkeiten blieb auch in der nach den formellen Quoten hinsichtlich des Angebotes gut ausgestatteten „Aufsteigerstadt“ Ludwigsfelde über 1970 hinaus ein wesentliches Problem des Alltagslebens. Die Ortspartei stellte bei ihren – diskreten – Beobachtungen der Meinungen der Bevölkerung fest, dass durchaus viele Ludwigsfelder gegenüber westdeutschen Besuchern positiv über die Leistung „ihrer DDR“ sprechen würden. Allerdings relativierte sich dieses Bekenntnis vielfach in Hinblick auf Konsumfragen:

„Noch so mancher Bürger lässt sich von ganz privaten Dingen und Interessen leiten, dem Westkaffee, dem Mitbringsel im allgemeinen, bezieht keinen Klassenstandpunkt und lässt sich von der Prunksucht und der bürgerlichen Ideologie seiner Verwandten berieseln.“²⁴³

Die für Ludwigsfelde zugesagte Konsumgüterversorgung wurde von den übergeordneten Stellen entsprechend der ständig neu gewichteten politischen Prioritäten auch immer wieder verändert: Vor allem die hohen „sozialistischen Feiertage“ wie der Republikgeburtstag, Wahltag, der 1. Mai oder der „Tag der Befreiung“ waren regelmäßig Anlass zu verstärkten Versorgungsanstrengungen der staatlichen Organe. An diesen Tagen sollte durch besondere Zuteilungen die Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Republik gesichert werden – umso augenfälliger war der unvermeidliche Einbruch der Bereitstellung von Gütern für die Einwohner, der nach den Feiertagen erfolgte. Die Ortspartei registrierte unter den Ludwigsfeldern Verbitterung darüber, dass „mit dem 1. Mai die Versorgung mit Fleisch schon über Jahre zusammen [bricht] und pendelt sich erst wieder im August ein, das über Jahre“²⁴⁴.

5.2.4 Die Entwicklung des Angebots in den 1980er Jahren

In den 1980er Jahren verbesserte sich in Ludwigsfelde zwar das gastronomische Angebot durch neue Einrichtungen, wie z.B. die Gaststätte „Kegelbahn“, die Gaststätte in der Fichestraße und die Wohngebietsgaststätte „Am Brunnen“ in „Ludwigsfelde Nord“. Die baulichen Einrichtungen für Einkaufsmöglichkeiten erfuhren bis 1986 dagegen nur unwesentliche Ergänzungen, sodass sich das Defizit an Verkaufsflächen angesichts des Bevölkerungswachstums weiter vergrößerte. Die städtischen Verantwortlichen mahnten gegenüber den übergeordneten Organen immer wieder erfolglos an, dass die bereits aufgelaufenen Defizite als Nachholbedarf bei allen zukünftigen Planungen für Wohngebiete berücksichtigt werden müssten.²⁴⁵

Die Ludwigsfelder sahen sich durch den Fehlbestand an Verkaufsräumen „doppelt bestraft“: „Einmal haben wir unzureichende Einkaufsmöglichkeiten und dann müssen zwangsläufig die Waren, die hier benötigt werden [und für Ludwigsfelde vorgesehen waren], in anderen Orten

²⁴³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3931–32 Ortsdelegiertenkonferenzen, Entschließung der Ortsdelegiertenkonferenz der SED Ludwigsfelde vom 16.12.1973, S. 23.

²⁴⁴ BLHA Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Informationsbericht 6/85 SED-Ortsparteileitung Ludwigsfelde, 17.6.1985, S. 2.

²⁴⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 27.2.1980, S. 3.

angeboten werden.“²⁴⁶ Da die quantitative Bereitstellung an Konsumgütern Anfang der 1980er Jahre für Ludwigsfelde im Wesentlichen gesichert war, mussten Ausweichmöglichkeiten neben den fehlenden Kaufhallenneubauten zum Verkauf der dem Ort zustehenden Warenkontingente gefunden werden. Kompensationen boten eine verstärkte Nutzung der Verkaufsstellen im Betrieb, die Neuanlage von Exquisit- und Delikat-Läden für hochwertige Produkte und der Ausbau weiterer kleinerer spezialisierter Verkaufseinrichtungen z.B. für Bücher und Blumen. Eine wichtige lokale Initiative der Stadt zur Milderung der Defizite der Verkaufseinrichtungen war im Jahre 1986 die Errichtung eines Wochenmarktes.²⁴⁷ Mit der Eröffnung des dreimal wöchentlich durchgeführten Marktes konnte im – baulich noch unvollendeten – Zentrum der Stadt eine temporäre Verbesserung der Versorgung insbesondere mit Obst und Gemüse erreicht werden. Hier wurden auch Produkte von Kleingärtnern und anderen privaten Erzeugern der Region angeboten. Zur Verbesserung der Versorgung setzte die Stadt in den 1980er Jahren zudem vermehrt auf die Einrichtung privater Geschäfte.²⁴⁸

Die Eröffnung der letzten während des Bestehens der DDR errichteten Kaufhalle für „Waren des täglichen Bedarfs“ im Jahr 1986 brachte endlich auch für die Bewohner von „Ludwigsfelde Nord“ spürbare Erleichterungen für ihre alltäglichen Einkäufe. In der Folge der Neueröffnung wurden von der Stadt in den nördlichen neuen Wohngebieten eine deutliche Verbesserung der Einkaufsbedingungen, geringere Wartezeiten und kürzere Wege registriert.²⁴⁹

Auch wenn in Einzelfällen das Engagement der lokalen Verantwortlichen für bestimmte Warensortimente erfolgreich war, taten sich regelmäßig an anderer Stelle neue Defizite auf. Ende 1982 konnte die Ortspartei positive Meinungen der Bevölkerung zur verbesserten Versorgung mit Waren des Grundbedarfs und zur Festtagsversorgung feststellen. Kurz vor Weihnachten wirkte sich beispielweise die zusätzliche Zuteilung von 50 Tonnen Südfrüchten für den Kreis günstig aus. Weiterhin negative Folgen für das Stimmungsbild der Bevölkerung hatte jedoch das geringe Angebot an Ledererzeugnissen, Geschirr und Textilien sowie die langen Schließzeiten der Textilabteilung des Kaufhauses „durch die Undiszipliniertheit des Handelstransportes“²⁵⁰.

Die Versorgung der Bevölkerung in der DDR verschlechterte sich republikweit während der 1980er Jahre zusehends.²⁵¹ In der ganzen Republik empfanden die Menschen subjektiv die Versorgungslage als so schlecht wie seit den 1950er Jahren nicht mehr.²⁵² Zwischen den Bedürfnissen und der angebotenen Versorgung öffnete sich zunehmend eine Schere.²⁵³ Für

²⁴⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532, SED-Ortsleitung Informationsbericht, Nr. 5463, Ludwigsfelde 18.11.1984, S. 1.

²⁴⁷ Vgl. StadtAL Nr. 640 Bauamt, Wohnungsbau Ludwigsfelde Nord, TK III, 1. und 2. Bauabschnitt – Schriftverkehr 1985–90, Rat des Kreises Zossen, 7.4.1986, Bericht über die eingeleiteten und planwirksamen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Veränderung der Lage in der Versorgung der Bevölkerung im Arbeiterzentrum Ludwigsfelde, S. 4.

²⁴⁸ Vgl.: Von der Stadtverordnetenversammlung berichtet, in: Start (1986) Nr. 36, S. 8.

²⁴⁹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Informationsbericht 2/86, 21.2.1986, S. 2.

²⁵⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 16.12.1982, S. 1.

²⁵¹ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 33.

²⁵² Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 142.

²⁵³ Vgl. *Poutrus*: Goldbroiler, S. 223.

Ludwigsfelde – dem weiterhin boomenden industriellen Schwerpunkt der Lkw-Produktion – galt diese Feststellung in Hinblick auf die quantitative Versorgung nur abgemildert. Dennoch war auch in Ludwigsfelde am Ende der 1980er Jahre die sich verschlechternde Wirtschaftslage der DDR in einzelnen Bereichen spürbar: Es wurde immer deutlicher, dass die Versprechungen auf eine dauerhafte Lösung der Versorgungsfrage nicht eingelöst werden würden.

Der Rat der Stadt konnte Anfang 1989 zwar auch „Stolz der Bürger auf ihre Stadt“ angesichts des in Ludwigsfelde erreichten quantitativen Standards feststellen, musste gleichzeitig jedoch auch „Unverständnis und Unduldsamkeit, die auch bei einigen Bürgern in Aggressivität umschlägt“ in Hinblick auf die fortbestehenden Defizite bei der Versorgung mit Wohnungen und bestimmten Konsumgütern registrieren. Kritisiert wurde der Mangel an Konfektion und Untertrikotagen und die ungenügende Obst-, Gemüse- und Fleischversorgung.²⁵⁴ „Warum“, fragten nach Beobachtung der Ortspartei die Einwohner 1985, „gibt es nicht genügend abgepackte Fleisch- und Wurstwaren (Tiefkühlware) in Ludwigsfelde?“²⁵⁵ Schon vier Jahre zuvor wurde betont: „Bei all dem geht es nicht um Brot, Fleisch usw. sondern mehr oder weniger um die 100 kleinen Dinge des täglichen Lebens, [...] fehlende Kinderbekleidung.“ In Anbetracht der zahlreichen Beschwerden musste auch die SED-Ortsleitung eingestehen, dass in „den meisten Fällen [...] diese Kritiken berechtigt [sind], weil sie den Werktätigen viel Mühe, Ärger und Laufereien bereiten.“²⁵⁶

Selbst der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED musste die partielle Verschlechterung in den 1980er Jahren in drastischen Worten vor der in Ludwigsfelde stattfindenden öffentlichen Plenartagung des Kreistages – außerhalb des Protokolls – eingestehen. Er sah es als notwendig an, dass sich in interner Runde die Verantwortlichen „für das Wohl und Wehe unserer Werktätigen unseres Kreises, mal über einige Dinge verständigen, die wir weder in der ‚Märkischen Volksstimme‘ noch sonstwo veröffentlichen.“ Er schildert in eindringlichen Beispielen die sich verschlechternde Versorgungslage:

„Vor Jahren, als wir noch jung waren, da war es für uns als junge Männer immer eine große Freude, wenn die Braut oder die Frau – wenn man ihr eine dreiteilige Garnitur schenken konnte. Das war noch Hemd, Hose und Unterrock. Hemd und Unterrock ist [heute] in der Regel wegrationalisiert. Aber wenn wir für unsere Frauen heute schon nicht mal mehr genügend Schlüpfer im Angebot haben, Genossen, was ist denn das für ein Sozialismus und keiner sagt was. [...] Ist es nicht so, hat denn das noch was mit Sozialismus zu tun, wenn Frauen wochen- und monatelang laufen müssen, um mal einen vernünftigen Büstenhalter zu kriegen, oder gehört das zur sozialistischen Frau nicht mehr?“²⁵⁷

²⁵⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 030, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 22.2.1989, S. 2.

²⁵⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 17.6.1985, S. 2.

²⁵⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 19.2.1981, S. 2.

²⁵⁷ KreisATF I 665, Rat des Kreises Zossen, Plenartagung des Kreistages am 14.9.1987 im Klubhaus „Arthur Ladwig“, Diskussionsbeitrag 1. Sekretär der Kreisleitung der SED, Fritz Neitzel, S. 4.

Sein Appell schloss zwar implizit Kritik an den oberen Staatsstellen mit ein, richtete sich aber hauptsächlich an die lokalen Akteure, die zu noch mehr Engagement zur Überwindung dieser Versorgungsprobleme aufgefordert wurden. Die Rede verdeutlicht, dass die Versorgungsfrage bis zum Ende der DDR auch in Ludwigsfelde nicht an Brisanz verloren hatte. Die Desillusionierung hatte 1987 mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung bereits den mächtigsten Mann im Kreis Zossen erreicht.

5.2.5 Arbeiterversorgung des Betriebs und Sonderverkäufe

Auf lokaler Ebene nahm die „Arbeiterversorgung“ für die Beschäftigten des Autowerkes wichtige Funktionen bei der Bereitstellung von Konsumartikeln ein und sorgte auf diese Weise für eine bedeutende Teilgruppe der Ludwigsfelder Bevölkerung für eine Abmilderung der Defizite: Neben genuin betriebsbestimmten Angeboten wie der Essensversorgung zur Mittagszeit bot der Betrieb für die Werksangehörigen auch Möglichkeiten zum Einkauf anderer Konsumgüter in betriebseigenen Verkaufsstätten.²⁵⁸ Die Verkaufsstellen im IWL erzielten im Vergleich mit den anderen Konsumeinrichtungen in Ludwigsfelde einen erheblichen Umsatz. 1970 betrug der Anteil des Verkaufsvolumens immerhin 15,5 % aller Konsumeinrichtungen im Stadtgebiet.²⁵⁹

Die Arbeiterversorgung konnte auf Sonderzuteilungen des Werkes aufbauen, sie war aber auch auf pragmatische Maßnahmen zur Erweiterung ihres Angebotsspektrums angewiesen. So schloss das Werk mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Umgebung direkte Verträge über die Lieferung von geschälten Kartoffeln für die innerbetriebliche Versorgung ab.²⁶⁰ Außerdem wurden zur Bewältigung des erheblichen Versorgungsvolumens Verträge mit auswärtigen Lebensmittelerzeugern geschlossen. Ebenso erfolgten Vereinbarungen mit kleineren Gemüseproduzenten und Einkäufe bei örtlichen Kleingärtnern.²⁶¹

1988 wurde die Essensversorgung im Ludwigsfelder Lkw-Werk alleine durch sechs Küchen, 17 betriebseigene und sieben HO-Kantinen sowie sechs Pausenfahrzeuge gewährleistet, die täglich 7.417 Essensportionen ausgaben.²⁶² Über Sonderaktionen und die seltene Belieferung von städtischen Kaufhallen mit diesen Produkten kamen auch Nichtbeschäftigte des Werkes in den Genuss, „was auch bei der Bevölkerung von Ludwigsfelde regen Zuspruch fand“²⁶³.

²⁵⁸ Vgl. ausführlich zur Rolle der Großbetriebe bei der Versorgung seiner Beschäftigten mit Konsumgütern *Annette Wilczek*: *Einkommen, Karriere, Versorgung. Das DDR-Kombinat und die Lebenslage seiner Beschäftigten*, Berlin 2004.

²⁵⁹ Berechnet nach: BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, 222 Büro für Territorialplanung Potsdam: *Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde 1964–1968*, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde, Dezember 1964, Objekt Nr. 17/15/65, S. 13.

²⁶⁰ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 11998, *Zusammenarbeit des Vorsitzenden mit der Bezirksplankommission 1967–68*, Zwischenbericht zur „Analyse der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Stadt Ludwigsfelde in Wechselwirkung im VEB Automobilwerk Ludwigsfelde auf der Grundlage der Beschlüsse der örtlichen Volksvertretung“ vom 18.9.1968, S. 4.

²⁶¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 19.5.1988, Redner Schmitz i.A. des Dir. des IWL, S. 4–5.

²⁶² Vgl. ebd., S. 2.

²⁶³ StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 19.5.1988, Redner Schmitz i.A. des Dir. des IWL, S. 5.

Neben der eigentlichen Betriebsversorgung wurden seit den 1960er Jahren vereinzelt zusätzliche Sonderverkäufe für die Arbeiter des Werkes durchgeführt, bei denen ein breites Sortiment weiterer Waren – bis hin zu Möbeln und Teppichen – angeboten wurde. Diese Sonderverkäufe stießen jedoch zeitweise auf Kritik der Gemeinde, da nach ihrer Ansicht durch diese betriebsinternen Maßnahmen die eigentlichen Versorgungsprobleme des Gesamtortes nicht gelöst würden.²⁶⁴

Spätestens in den 1980er Jahren etablierten sich diese Sonderverkäufe, die im Frühjahr und teilweise auch im Herbst jeden Jahres veranstaltet wurden, jedoch als wichtiger Beitrag zur Versorgung der Ludwigsfelder. Die Sonderverkäufe wurden durch den Rat des Bezirkes und dem Rat des Kreises gemeinsam mit dem Rat der Stadt Ludwigsfelde und dem Werk organisiert und sollten vorrangig dem Verkauf von Möbeln, Teppichen und Auslegwaren, Gardinen, Haushaltsgroßgeräten, Schuhen und Textilien dienen.²⁶⁵ Während der Ferienzeiten wurden Schulturnhallen für diese Verkaufsaktionen genutzt.²⁶⁶ Diese Form der Sonderverkäufe in provisorischen Verkaufsstätten war aus Sicht der Stadt insbesondere durch die fehlenden regulären Verkaufseinrichtungen notwendig.²⁶⁷ Die hohen Umsätze verdeutlichen den Bedarf der Bevölkerung an den angebotenen Industriewaren.²⁶⁸ Die Sonderverkäufe fanden großen Zuspruch in Ludwigsfelde. Allerdings konnten auch sie nicht alle Konsumwünsche befriedigen.²⁶⁹

5.2.6 Fallstudie: Der Streit um den Intershop 1984/1985

Eine Sonderstellung im örtlichen Konsumangebot nahmen die privilegierten staatlichen Sonderverkaufsstätten ein, die nicht subventionierte Waren zu höheren Preisen anboten und damit Versorgungsleistungen jenseits des beschränkten lokalen Alltagssortiments offerierten. Die Verkaufseinrichtungen „Delikat“ und „Intershop“ für höherwertige Waren zu gehobenen Preisen waren in der DDR erstmals 1963 eingerichtet worden. Insbesondere seit Ende der 1970er Jahre erfuhren sie eine starke Erweiterung.²⁷⁰ Diese privilegierte Versorgung von Besserverdienenden und Deviseninhabern wurde zwar einerseits gern genutzt. Andererseits stießen die Angebote vor Ort vielfach auf Ablehnung, insbesondere wenn die Schaffung einer Sonderverkaufsstätte auf Kosten anderer allgemeiner Versorgungseinrichtungen zu ge-

²⁶⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 6.8.1964, S. 2.

²⁶⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 14202, Territoriales Sicherungsprogramm 1985 für das Automobilwerk Ludwigsfelde“, 28.2.1985, S. 9. Vgl. für 1989 StadtAL Nr. 171001 030, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 26.1.1989, o.S.

²⁶⁶ Solche Sonderverkäufe erfolgten auch in anderen industriellen Schwerpunkten des Bezirks Potsdam. Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2 Zusammenarbeit mit dem Bereich Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes Potsdam Stellvertreter des Vorsitzenden für Handel und Versorgung. Potsdam 9.4.1985, S. 2.

²⁶⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 27.3.1985, Tätigkeitsbericht zwischen 6. und 7. StVV, S. 5.

²⁶⁸ Vgl. StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 24.3.1988, Tätigkeitsbericht des Rates der Stadt, S. 7 und BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2 Zusammenarbeit mit dem Bereich Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes Potsdam, Beratung der Versorgungskommission im VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen am 22.1.1985, S. 3.

²⁶⁹ Vgl. BLHA Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Informationsbericht 3/85 SED-Ortsparteilitung Ludwigsfelde 15.3.1985, S. 2.

²⁷⁰ Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 144.

hen schien. In Ludwigsfelde hatte bereits Anfang der 1980er Jahre eine „Delikat“-Verkaufsstätte wegen ihres exklusiven Charakters zu Kritik von Einwohnern geführt.²⁷¹ Für größere Unruhe unter den Bewohnern sorgte jedoch in den Jahren 1984 und 1985 die Planung eines Intershops in Ludwigsfelde. Für eine solche Einrichtung bestand aus Sicht der Verantwortlichen in Kreis und Bezirk durch das Vorhandensein zahlreicher Devisenbesitzer und besser verdienender Beschäftigter und Ausländer in Ludwigsfelde ein erhöhter Bedarf.

Sowohl von Bürgern als auch von Abgeordneten und von Angehörigen des Rates der Stadt wurde gegen dieses unzureichend abgestimmte Vorhaben des Bezirks jedoch Protest eingelegt. Hauptkritikpunkt war, dass der Intershop in der neuen Gaststätte „Am Brunnen“ in „Ludwigsfelde Nord“ vorgesehen war, die auch der Schülerspeisung diene.

Im Ludwigsfelder Fall wurde mit dem Protest gegen die privilegierte Versorgungseinrichtung Intershop an diesem problematischen Standort auch Unmut gegen die als insgesamt schlecht empfundene Versorgungslage verbunden. Die Bürger reklamierten im Zusammenhang mit der geplanten Eröffnung des Intershops die unzureichenden Versorgungsmöglichkeiten für die ansässige Bevölkerung und griffen verstärkt zum Instrument der Eingabe, um ihre Proteste zu artikulieren.²⁷²

Der über mehrere Wochen Anfang 1986 anhaltende Unmut veranlasste Potsdam – sowohl die SED-Bezirksleitung als auch den Rat des Bezirkes – mehrfach dazu, sich mit diesem Thema ausführlich auseinanderzusetzen. Die Proteste von Ludwigsfelde – die Bewohner wie die örtlichen Funktionäre von Stadt und Partei einschlossen – wurden argwöhnisch beobachtet, gingen sie doch deutlich über die alltäglichen Klagen gegen unzureichende Versorgung hinaus und richteten sich dezidiert gegen die offiziell staatlich sanktionierten privilegierten Versorgungseinrichtungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen und damit gegen einen wichtigen Teil der staatlichen Konsumpolitik. In den öffentlichen Diskussionen wurde in erstaunlicher Offenheit von den Ludwigsfeldern argumentiert, dass zwar „Bilanzen zum Bau von Versorgungseinrichtungen gestrichen“ würden, für einen „Intershop“ jedoch kurzfristig Gelder und auch Lösungswege vorhanden seien. So würde durch die Einrichtung des Intershops, statt die „normale“ Versorgung der Bevölkerung zu sichern, einem fragwürdigen „staatlichen Interesse“²⁷³ gefolgt. Die Einwohner konnten dabei in formaler Übereinstimmung mit der sozialistischen Staatsidee argumentieren. Nach Ansicht der Ortspartei waren die Ludwigsfelder der Meinung, dass „wir damit unsere Ideologie“ verkaufen würden.²⁷⁴ Als häufigstes Argument registrierte die Ortspartei, dass der Intershop zwar durchaus hinnehmbar wäre, der Standort aber falsch gewählt sei. In dieser Form argumentierte eine größere Anzahl von ein-

²⁷¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 18.2.1982, S. 1.

²⁷² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2 Zusammenarbeit mit dem Bereich Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes Potsdam, der Vorsitzenden, 12.1.1985, an: Stellvertreter des Vorsitzenden für Handel und Versorgung, Kollegen Walter Müller, im Hause, S. 1.

²⁷³ Ebd., S. 2.

²⁷⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde Informationsbericht 1/85, 18.1.1985, S. 2.

fachen städtischen Funktionären und Abgeordneten, die vor allem ihren Unmut über ihre Nichtbeteiligung äußerten: „Wir sind übergangen worden.“²⁷⁵ Kritik kam selbst vom langjährigen SED-Ortsparteisekretär Hänisch, der sich mittlerweile im Ruhestand befand und nur noch ein einfaches, aber einflussreiches Parteimitglied war. Er kritisierte insbesondere die mangelnde Einbeziehung der Abgeordneten, weil der Beschluss zum Intershop ohne Beratung der Stadtverordnetenversammlung gefasst wurde.²⁷⁶

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Januar 1986 verlangte ein Vorsitzender einer Ständigen Kommission eine „Stellungnahme seitens des Rates, wie es zu dieser, nach unserer Meinung nach, Fehlentscheidung kommen konnte“²⁷⁷. Die Kritik des Kommissionsvorsitzenden entzündete sich vor allem an der erwarteten negativen Wirkung auf die Kinder:

*„Die Eröffnung eines Intershops in dieser kombinierten Schulspeisungsgaststätte ist für uns unverständlich. Ich weiß, daß diese meine Aussagen verschiedene Reaktionen bei den heute hier anwesenden Stadtverordneten und Gästen hervorrufen. Ich bin aber trotzdem der Auffassung, daß zu dieser Thematik etwas gesagt werden muß. Es war in der Vergangenheit, und so meine ich, bis zum heutigen Tage üblich, daß bei Veränderungen innerhalb der Stadt die Stadtverordnetenversammlung informiert wurde.“*²⁷⁸

Selbst der Vorsitzende des Rates des Bezirkes äußerte zeitweise angesichts der Stimmung in Ludwigsfelde in einem internen Schreiben Bedenken bezüglich der Sinnhaftigkeit des Vorhabens: „Die Eröffnung unter den in Ludwigsfelde anzutreffenden Gegebenheiten lasse Zweifel an der Richtigkeit dieser Festlegung aufkommen.“²⁷⁹

Die Intershopdiskussion war eine der wenigen intensiven und öffentlichen kritischen Debatten über Stadtentwicklungsfragen, die in den späten 1980er Jahren in Ludwigsfelde möglich waren. Die Kritiken wurden sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in Wohngebietstreffen und einer extra einberufenen Einwohnerversammlung geäußert. Die Bürger konnten sich mit ihrem Unwillen sehr weit vorwagen, wussten sie doch zumindest einen Teil ihrer örtlichen Stadt- und Parteifunktionäre auf ihrer Seite. Zustimmungende Meinungsäußerungen derjenigen, die sich den Einkauf in einem Intershop hätten leisten können – diese muss es in Ludwigsfelde angesichts der vorhandenen Standorts der Kombinatleitung auch in erheblicher Zahl gegeben haben – finden sich dagegen nicht in den Akten. Offensiv wurde die Notwendigkeit von privilegierten Versorgungseinrichtungen nur von den übergeordneten Parteiorganen formuliert.

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 6.3.1986, S. 4.

²⁷⁷ StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 16.1.1985, Diskussionsbeitrag des Abg. Bernd Kersten, Vors. Der Ständigen Kommission Planung und territoriale Rationalisierung, S. 8.

²⁷⁸ Ebd., S. 7.

²⁷⁹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2 Zusammenarbeit mit dem Bereich Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes Potsdam, der Vorsitzenden, 12.1.1985, an: Stellvertreter des Vorsitzenden für Handel und Versorgung, Kollegen Walter Müller, im Hause, S. 2.

Die Stadtverwaltung unterstützte die kritischen Stimmen gegen den Intershop nachdrücklich und protestierte in dieser Richtung bei Kreis und Bezirk, bot sich dieser Vorgang doch an, die Interessen der örtlichen Bevölkerung zu vertreten, Beharrungsvermögen gegenüber den übergeordneten Organen zu beweisen und dabei gleichzeitig „sozialistische Ideale“ zu verteidigen. Der Rat des Kreises hielt der Argumentation aus Ludwigsfelde jedoch entgegen, dass das ordnungsgemäße Planungsverfahren eingehalten worden sei:

„Der Rat der Stadt wurde vor dieser Festlegung zum Vorhaben durch den Rat des Kreises ordnungsgemäß in Kenntnis gesetzt. Damit wurden alle Voraussetzungen für die Aufnahme dieser Maßnahme in den Beschluß des Rates des Bezirkes und den Beschluß der Bezirksleitung der SED erfüllt.“²⁸⁰

Die Stadtverantwortlichen hatten demnach erst nach dem Aufkommen von Unmut innerhalb der Bevölkerung diese Kritik aufgenommen, während sie zuvor die Planung ohne Widerspruch hingenommen hatten. Der Kreis zeigte wenig Verständnis für diese angeblich kurzfristige Wendung der lokalen Politik und bestand gegenüber den örtlichen Funktionären auf der Einhaltung der Parteilinie und auf öffentlicher Unterstützung des Projekts auch gegenüber der widerstrebenden Bevölkerung.²⁸¹ Die SED-Kreisleitung begründete die Einrichtung der Intershops in Ludwigsfelde mit dem Verweis auf die Festlegungen der Bezirksleitung der SED und „durch die große Anzahl der in Ludwigsfelde tätigen Ausländer zur Realisierung der Kompensationsvorhaben sowie der Auslandskader des Autowerkes“.²⁸²

Besorgt äußerten sich Bezirksvertreter intern jedoch über die Ausmaße der Proteste der Ludwigsfelder Bürger, die auch die örtlichen Funktionsträger einschlossen. Der Bezirk stellte die „fast einhellige Ablehnung der Ludwigsfelder Bürger“ fest. Die in Versammlungen geführten Diskussionen und Auseinandersetzungen „gipfelten in vereinzelt Androhungen, Funktionen und Mandate niederzulegen“²⁸³. Die zentralen und bezirklichen Stellen ließen sich von den Ludwigsfelder Befindlichkeiten jedoch nicht beirren und hielten strikt an der zentralen Parteilinie fest.

Letztlich blieben die Proteste angesichts der Entscheidungskompetenz von Kreis und Bezirk erfolglos:

„Wir waren dagegen.“, betont ein damaliges Ratsmitglied noch heute: „Weil wir der Meinung waren, würde dieser Intershop in der Gaststätte eingerichtet werden, in der sich gleichzeitig die Schülerspeisegaststätte befand, dass die Kinder sich da die Nase platt drücken und alles so einen Mist. Wir sind damit aber nicht durchgekommen.“²⁸⁴

²⁸⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2, Rat des Bezirkes Potsdam, Stellvertreter des Vorsitzenden für Handel u. Versorgung, Potsdam, 31.1.1985, S. 1 [Unterstreichung im Original].

²⁸¹ Vgl.ebd.

²⁸² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2 Zusammenarbeit mit dem Bereich Handel und Versorgung, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung, Zossen vom 20.2.1985, S. 1.

²⁸³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27238/2 Zusammenarbeit mit dem Bereich Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes Potsdam, der Vorsitzenden, 12.1.1985, an: Stellvertreter des Vorsitzenden für Handel und Versorgung, Kollegen Walter Müller, im Hause, S. 2.

²⁸⁴ Interview Beileke.

Die städtischen Verantwortlichen konnten sich trotz breiter Basis mit ihrem lokalen Eigensinn nicht durchsetzen:

„Da haben wir uns mal nicht durchgesetzt.“, erinnert sich auch Stadtrat B.: „Es gab auch Dinge, wo wir kleinbegeben mussten. [...] Ich hatte keine Freude dran. Es ist genau das eingetreten. Die Kinder haben sich die Nase eingedrückt, teilweise sind sie rinn um zu kucken, war nicht besonders schön.“²⁸⁵

Die zentrale Entscheidung musste hingenommen und von den lokalen Organen umgesetzt werden. Die Möglichkeiten des lokalen Protests unter den Bedingungen der DDR waren in maximalem Umfang ausgereizt worden. Der Intershop fand danach keine Erwähnung mehr in den städtischen Akten. Vergleichbare kritische und kontroverse öffentliche Diskussionen und Ansätze zur Etablierung einer Stadtöffentlichkeit in der Stadt sollte es bis zum Herbst 1989 nicht mehr in Ludwigsfelde geben.

5.3 Städtisches Leben in der Automobilbauerstadt

5.3.1 Entwicklung des Kultur- und Freizeitangebots in Ludwigsfelde

Der Aufbau der örtlichen Kultur- und Freizeitangebote musste 1945 in Ludwigsfelde fast von aus Null beginnen. Für die vor Ort verbliebenen und für die neu hinzugekommenen Einwohner Ludwigsfeldes existierten zunächst außer einem kleinen Kino aus den 1930er Jahren keine Freizeiteinrichtungen. Für sonstige gesellige Abendgestaltungen standen lediglich wenige Gaststätten im Ort und in der Umgebung zur Verfügung. Mit der Ansiedlung des Industriewerkes 1952 verbesserten sich die Angebote langsam; sie konzentrierten sich aber weitgehend auf betriebliche Einrichtungen. Auch in den folgenden Jahrzehnten dominierte die betriebliche Kulturarbeit das Angebot vor Ort weitgehend. In Ludwigsfelde wie in vielen anderen kleinen Industriegemeinden der „Provinz“ bestand von Seiten der übergeordneten Organe in den ersten Jahren der DDR kaum ein ernsthaftes Bemühen zur Schaffung von Kulturinstitutionen auf kommunaler Ebene.²⁸⁶ Möglichkeiten für Freiräume und „Urbanität“ außerhalb der lange Zeit fragmentarischen betrieblichen Kulturarbeit blieben in Ludwigsfelde rar. 1956 – noch am Beginn des (zweiten) industriellen Aufstiegs – musste im Gemeinderat konstatiert werden, dass die Entwicklung des Ortes in industrieller Hinsicht „stürmisch vorwärts gegangen“ sei, „die Entwicklung in kultureller Hinsicht“²⁸⁷ jedoch zurück geblieben wäre. Der Gemeinderat erkannte, dass durch das fehlende kulturelle Angebot die Bemühungen erschwert würden, die qualifiziert ausgebildeten Bewohner dauerhaft im Ort zu halten, da diese Bevölkerungsgruppe höhere Ansprüche an ihr Wohnumfeld und die örtlichen Angebote stellte: „Findet sie im Ort keine Möglichkeit, die ihren kulturellen Bedürfnissen entspricht, wandert

²⁸⁵ Interview Beileke.

²⁸⁶ *Monika Rank*: Sozialistischer Feierabend? Aspekte des Freizeitverhaltens von Industriearbeitern des Senftenberger Braunkohlereviere in den 1950er Jahren, in: *Peter Hübner (Hg.)*: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte (Zeithistorische Studien, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Bd. 7), Berlin 1995, S. 263–284, hier S. 267.

²⁸⁷ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 9.2.1956, S. 5.

sie ab.²⁸⁸ Aus dieser Problematik leitete die Gemeinde in den folgenden Jahrzehnten regelmäßig Ansprüche an das Werk und den Bezirk zur Verbesserung der kulturellen Angebote im Ort ab, da Kultureinrichtungen durch ihren Beitrag zur Arbeitskräftebindung auch als Bestandteil der industriellen Standortpolitik angesehen werden konnten.

In der Aktensprache der örtlichen Akteure in der DDR werden die Begriff „Kultur“ bzw. „geistig-kulturelles Leben“ vom Ansatz her zwar mit einem großen gesellschaftspolitischen Anspruch belegt. In der Realität der kommunalen Politik werden diese Begrifflichkeiten jedoch inflationär verwendet. Bei der Umsetzung in den Kulturplänen der Kommunen und Betriebe werden zumeist sämtliche Veranstaltungen der Hochkultur, der Unterhaltung, der geselligen Freizeitgestaltung sowie Feste und Sportveranstaltungen unter „kulturelles Leben“ gefasst.

Die Möglichkeiten zur Freizeitbetätigung wurden in Ludwigsfelde erst durch das 1959 fertig gestellte Kulturhaus „Klubhaus Arthur Ladwig“ beträchtlich erweitert. Im Kulturleben der Stadt blieb das Kulturhaus bis 1990 die alles dominierende kulturelle Einrichtung und einer der wenigen öffentlichen Orte der Geselligkeit. Kulturhäuser nahmen im kulturellen Angebot der DDR-Städte generell eine wichtige Rolle ein. Überdurchschnittliche Bedeutung für das Alltagsleben der Menschen kam den Kulturhäusern in den Industriestädten zu – schon mangels Alternativen.²⁸⁹ Beim prestigeträchtigeren Aufbau von Stalinstadt bzw. in Eisenhüttenstadt war das Kulturhaus der erste Bau im Stadtzentrum.²⁹⁰ Ihr Anspruch „Paläste der Arbeiterkultur“ zu sein, wurde zumeist auch durch ein monumentales Äußeres architektonisch versinnbildlicht.²⁹¹ Nachdem seit Mitte der 1960er Jahre auch in der DDR die Fünftagewoche eingeführt worden war, erwartete die Staats- und Parteiführung, dass der Anteil des kollektiven Alltagslebens in den Klubhäusern massiv zunehmen würde.²⁹² Dominant blieb in der Bevölkerung aber der Wunsch nach individueller Betätigung in der Freizeit.²⁹³ Die staatlichen Angebote in den Kulturhäusern konnten letztlich nur einen Teil des sehr differenzierten Freizeitbedürfnisses der Bevölkerung decken.

In baulicher Hinsicht war die für Kulturhäuser in der DDR typische Monumentalisierung besonders ausgeprägt beim – im Maßstab einer Kleinstadt riesenhaften – Kulturhaus in Ludwigsfelde, das nicht nur die Rolle der Industrie als des eigentlichen Stadtgründers eindrucksvoll manifestierte, sondern implizit auch einen hohen Anspruch an die kulturelle Versorgung des Ortes formulierte. Durch den Bau war seit 1959 zumindest eine voluminöse bauliche Hülle für Kultur- und Freizeitangebote vorhanden, die es zu füllen galt.

²⁸⁸ KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 28.6.1956, S. 4.

²⁸⁹ Vgl. *Simone Hain/Michael Schroeder/Stephan Stroux*: Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR, Berlin 1996.

²⁹⁰ Vgl. *Ludwig*: Eisenhüttenstadt, S. 68.

²⁹¹ Vgl. *Christine Meyer*: Vom Kulturhaus zum Freizeitzentrum. Entwicklungslinien von Kulturbauten in der DDR, in *Barth (Hg.)*: Grammatik sozialistischer Architekturen, S. 187–198 und *Ulrich Hartung*: Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre: ein architekturhistorisches Kompendium, Berlin 1997; *Bruno Flierl*: Das Kulturhaus in der DDR, in: *ders*: gebaute DDR, S. 108–120.

²⁹² Vgl. *Merkel*: Arbeiter und Konsum, S. 549.

²⁹³ Vgl. *Bauerkämper*: Sozialgeschichte, S. 19.

Das Ludwigsfelder „Klubhaus“ war kein staatliches Kulturhaus der Gemeinde oder des Kreises, sondern eine vom Industrierwerk finanzierte und von der Betriebsgewerkschaftsleitung betriebene Einrichtung. Es diente deshalb von seiner Zielbestimmung zunächst vorrangig der Durchführung von politischen und festlichen Veranstaltungen mit Werksbezug und erst in zweiter Linie der Versorgung des Ortes mit kulturellen Angeboten.²⁹⁴ Mitte der 1950er Jahre gab es unter der Bevölkerung sogar Befürchtungen, dass die Angebote des gerade im Bau befindlichen Kulturhauses ausschließlich für die Werksangehörigen reserviert sein würden.²⁹⁵ Obwohl das Werk diese Gerüchte zurückwies, kam es in den nächsten Jahrzehnten immer wieder zu Konflikten mit der Stadt angesichts der kaum mit der Gemeinde abgestimmten Angebote des betrieblichen Kulturhauses und der bevorzugten Behandlung von Werksangehörigen.²⁹⁶

Trotz dieser Einschränkungen entwickelte sich das Kulturhaus zum unbestrittenen Mittelpunkt des kulturellen Lebens in Ludwigsfelde. Positiv für die Wirkung des Kulturhauses auf Ludwigsfelde war, dass sich das Gebäude mitten in der Stadt am „Zentralen Platz“ befand, im Gegensatz zu vielen anderen eher randständigen betrieblichen Kulturbauten in anderen kleinen und mittelgroßen Industriestädten der DDR.²⁹⁷ Auf diese Weise gewann die ansonsten defizitär ausgestattete Stadtmitte von Ludwigsfelde wichtige funktionale Substanz, die stadträumliche Zentralität wurde durch ein markantes Gebäude eindeutig markiert.

Das Haus hatte ein Fassungsvermögen von rund 1.000 Personen und verfügte über einen großen Saal mit Bühne und 620 Zuschauerplätzen, ein Restaurant, ein Café und verschiedene Räume für Gruppenarbeiten und kleinere Veranstaltungen. Die Ludwigsfelder Kulturfesttage, die Betriebsfestspiele, Theatergastspiele, Tanzabende und weitere größere Feste sowie herausragende politische Veranstaltungen fanden hier statt. Darüber hinaus beherbergte das Kulturhaus auch zahlreiche kleinere kulturelle Aktivitäten. 1982 nutzten diese Räumlichkeiten 52 Gruppen und „Zirkel“ mit insgesamt 950 Mitgliedern, die in den unterschiedlichsten kulturellen Feldern engagiert waren.

²⁹⁴ Vgl. zur Rolle von gewerkschaftlichen Kulturhäuser: *Annette Schuhmann*: Kulturhäuser der Gewerkschaften in Industriebetrieben der DDR der fünfziger Jahre, in: *Christiane Brenner/Peter Heumos (Hg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1945–1968*, München 2005, S. 277–304 und *dies.*: „Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“ – Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? in: *Hübner/Kleßmann/Tenfelde (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus*, S. 271–289.

²⁹⁵ Vgl. KreisATF XI 1685, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 14.3.1956, S. 2.

²⁹⁶ Vgl. KreisATF I 561, Kreistag Zossen, Sitzung am 20.6.1969, Bericht der StVV und des Rates der Stadt Ludwigsfelde über die Entwicklung der Kultur und des Sports, S. 15.

²⁹⁷ Die unzureichende städtebauliche Wirkung betrieblicher Kulturhäuser in städtischer Randlage war schon vom führenden DDR-Städtebauer Leucht kritisiert worden. Durch „falsche Standortwahlen von großen Kulturhäusern in den Werken oder vor den Werkstoren“ sei den Städten „ein wichtiges und bedeutsames Bauwerk verloren gegangen, das entscheidend zur architektonischen Gestaltung des Zentrums und zur Bildung einer wirkungsvollen Silhouette der Stadt hätte beitragen können.“ *Kurt W. Leucht*: Das städtebauliche Schaffen in der Deutschen Demokratischen Republik während des ersten Fünfjahresplanes, in: *Städtebau und Siedlungswesen/Forschungsinstitut für Städtebau und Siedlungswesen, Deutsche Bauakademie zu Berlin, Berlin 1955*, S. 7–15. Seit den 1960er Jahren setzte sich allgemein eine eher innerörtliche Lage von Kulturhäusern durch. Vgl. *Flierl*: Kulturhäuser, S. 112. Ludwigsfelde war zusammen mit der nicht realisierten Kulturhauskonzeption in StalinStadt ein Vorläufer.

Trotz dieser vielfältigen Nutzung wurde durch den Rat der Stadt regelmäßig Kritik am Programm des Klubhauses geübt, da es weder inhaltlich noch qualitativ den Ansprüchen der Bewohner entspräche. Einflussmöglichkeiten auf das Programm besaßen die städtischen Verantwortlichen jedoch nur in begrenztem Umfang. Nach den Vorschriften des Kommunalrechts war der Rat formell nur für die Anleitung der staatlichen Kultureinrichtungen direkt zuständig – nicht für die betrieblichen.²⁹⁸ Der Rat der Stadt und die Ortspartei setzten sich über viele Jahre hinweg mit begrenztem Erfolg dafür ein, dass die lokalen Autoritäten mehr Einfluss auf die Gestaltung des Programms des Klubhauses gewannen. Mehrfach unternahm die Stadt sogar erfolglose Anläufe, das gewerkschaftliche Klubhaus in ein staatliches Kreiskulturhaus umzuwandeln.²⁹⁹ Die Bereitstellung von betrieblichen Mitteln und grundlegende Aussagen zur Programmgestaltung der betrieblichen Kultureinrichtungen wurden zwar im gemeinsamen Kommunalvertrag von Werk und Stadt festgeschrieben und auch in städtische Planwerke übernommen. Dort war aber auch explizit vorgesehen, dass die „Verwendung der Mittel vorrangig für die Werktätigen des Autobetriebes“³⁰⁰ erfolgen sollte.

Das kulturelle Angebot erscheint spätestens seit den 1970er Jahren schon bei oberflächiger Betrachtung der Veranstaltungslisten des Kulturhauses und der vom Werk in Kooperation mit der Stadt veröffentlichten „Klubillustrierten“ als ungewöhnlich groß und vielfältig für eine Stadt von 20.000 Einwohnern. Dennoch war die Qualität, die Struktur des Angebots und seine Nutzbarkeit ein ständiger Kritikpunkt von Verwaltung und Bürgern. Die Angebote wurden, wenn man den offiziellen Besucherzahlen glaubt, auch intensiv angenommen. Die Wahrnehmung eines Mangels blieb dennoch weit verbreitet und ist in allen Altersgruppen zu verzeichnen. Ein Teil der Unzufriedenheit resultierte aus der „Künstlichkeit“ und der einseitig durch das Kombinat bestimmten Ausrichtung des Angebotes. Damit ähnelte Ludwigsfelde in den ersten Jahren der Entwicklung in Stalinstadt, wo ebenfalls zahlreiche kulturelle Angebote vorhanden waren. Doch galten diese als „von oben“ gesteuert und auf die Industrie ausgerichtet, weshalb sie bei der Bevölkerung nicht immer die gewünschte Resonanz fanden.³⁰¹

Je nach Engagement des Betriebes und der gewerkschaftlichen Kulturhausleitung schwankte die Qualität der Angebote zum Ärger der Stadtverwaltung immer wieder. 1988 wurden diese Probleme im Rahmen einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung von einem Vorsitzenden einer „Ständigen Kommission“ heftig kritisiert: „Die Verantwortlichen sollten

²⁹⁸ „Die staatlichen Kultureinrichtungen sind dem jeweiligen Rat der Stadt bzw. Gemeinde dann unterstellt, wenn ihr Wirkungsbereich ausschließlich oder überwiegend auf die Stadt bzw. Gemeinde konzentriert ist.“ § 65 GöV 1973. Vgl. auch *Armbrust*: Kommentar GöV 1973, S. 298.

²⁹⁹ Vgl. KreisATF I 574, Kreistag Zossen, Tagung am 4.6.1971, Bericht des Rates der Stadt Ludwigsfelde, S. 4. So bereits 1963: StadtAL Nr. 102005 003, Gemeindevertretung, Sitzung am 28.8.1963, Rechenschaftsbericht zur Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen in der Gemeinde Ludwigsfelde am 20.10.1963, Bürgermeister, S. 18. Der Begriff „Kreiskulturhaus“ wird bis in die 1970er Jahre fälschlicher Weise selbst in offiziellen Dokumenten verwendet.

³⁰⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 1197, Kultur- und Sozialfond 1983, Vertrag zwischen dem Rat der Stadt Ludwigsfelde, vertreten durch den Bürgermeister, Genosse Schmidt und dem VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde, Stammbetrieb des IFA Kombi-Nutzkraftwagen, vertreten durch den Generaldirektor, Genossen Heinzmann, über Leistungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen der Stadt Ludwigsfelde im Jahre 1983, S. 3.

³⁰¹ Vgl. *Vogel*: Kulturelles Leben, S. 336.

sich doch mal an die Zeiten erinnern, wo man noch mit Hochachtung vom Klubhaus Arthur Ladwig sprach“.³⁰²

Abgesehen von den Angeboten des Kulturhauses und der betrieblichen Sportvereine und der Schwimmhalle blieben die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung innerhalb der Stadt begrenzt. Die Stadt betrieb als eigene kulturelle Einrichtung im Wesentlichen nur noch eine öffentliche Bibliothek. Zur weiteren abendlichen Freizeitgestaltung diente noch das kleine alte Kino in der Theaterstraße, das jedoch technisch veraltet war und häufig über längere Zeit geschlossen blieb. Dass Ludwigsfelde über kein eigentliches Stadtzentrum mit entsprechenden Möglichkeiten der Freizeitgestaltung verfügte, empfand auch, die spätere Kulturstadträtin, aus ihrer persönlichen Erfahrung als Einwohnerin als „entwürdigend. Man wollte abends doch auch mal weggehen!“³⁰³ Wenngleich die Ludwigsfelder Kleingärten, die umgebenden Naturräume, Wälder und kleineren Seen gerade am Wochenende leicht zugängliche Möglichkeiten der Erholung boten, standen innerhalb der Stadt insbesondere an den Abenden nur die wenigen örtlichen Gaststätten zu Verfügung, deren Angebot aber Ziel häufiger Kritik aus der Bevölkerung war. 1957 musste die Ortspartei bilanzieren:

„Der Gaststättenbetrieb beschränkt sich auf drei kleine und teils unwürdige Lokale und bietet den Einwohnern keine Entspannung. Kulturelles Leben kann sich wegen Raummangel nicht entfalten, es beschränkt sich auf die Benutzung von Schulräumen.“³⁰⁴

Auf der Stadtverordnetenversammlung mussten 1969 die bestehenden Defizite eingestanden werden: „Können wir aber für Ludwigsfelde in Anspruch nehmen, zu sagen, daß der Aufenthalt in unseren Gaststätten, ob Klubhaus oder Sanssouci, kulturvoll ist?“³⁰⁵ 1976 resümierte die Betriebszeitung „Start“: „Die Gaststättenkultur läßt zu wünschen übrig.“ Das Klubhaus hätte nach Einschätzung der Ludwigsfelde, sein Angebot zwar verbessert. „Was ist aber ein solches Haus für 20.000 Einwohner?“ Auch die anderen Gaststätten würden „sich maximal zu Biertrinken eignen“³⁰⁶. Die geringe Anzahl und die unzureichende Qualität der Gaststätten blieb bis zum Ende der DDR ein regelmäßig von den Einwohnern kritisiertes Manko und häufiges Thema der Ratssitzungen. Auch zwischen Stadt und Bezirk wurde regelmäßig über den in Ludwigsfelde erreichten Versorgungsgrad gestritten. Noch 1971 versuchte der Rat des Bezirkes in Reaktion auf eine Bürgereingabe gegenüber der Stadt nach-

³⁰² StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 19.5.1988, Rechenschaftsbericht der Ständigen Kommission Handel und Versorgung Günter Flech, S. 5.

³⁰³ Interview Karstädt.

³⁰⁴ KreisATF Cn Nr. 575, Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Ortsparteileitung Ludwigsfelde: Analyse über den Ort Ludwigsfelde, Stand 1957, S. 13.

³⁰⁵ KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Berichterstattung des Rates des Kreises über die Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses und der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes des Kreises auf dem Gebiet der Kultur, der Körperkultur und des Sports und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung des Kreises auf dem Gebiet des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft und des Gesundheitswesens, S. 23.

³⁰⁶ Wie kulturvoll ist denn unser Alltag? Besuch bei der Familie Ebel, in: Start Betriebszeitung des IFA Automobilwerke Ludwigsfelde (1976) Nr. 11, S. 6.

zuweisen, dass Ludwigsfelde nach dem Platzangebot im Bezirksmaßstab überdurchschnittlich mit Gaststätten versorgt sei und diese lediglich ungünstig liegen würden.³⁰⁷

1976 konnte das Büro für Territorialplanung bei der Bezirksplankommission aber nachweisen, dass Ludwigsfelde mit 21,9 ständig nutzbaren Gaststättenplätzen pro 1.000 Einwohner am schlechtesten von 22 untersuchten Gemeinden in der Region um Potsdam ausgestattet war.³⁰⁸ Erst im Laufe der 1980er Jahre kamen mit der in städtischer Eigeninitiative errichteten Kegelbahn an der Schwimmhalle und der Gaststätte „Am Brunnen“ weitere wichtige Orte der abendlichen Freizeitgestaltung hinzu, deren Angebote von der Bevölkerung gut angenommen wurden.³⁰⁹

Aus Sicht des Rates der Stadt sollten die Gaststätten „Visitenkarten der Stadt“ und „wesentliche Zentren geselligen Beisammenseins“ darstellen. Die unzureichende Pflege und Ausstattung der Einrichtungen insbesondere durch die Verantwortlichen des Kreises erschwerte die Erreichung dieser Ziele jedoch. 1980 warf die Stadtverwaltung der HO-Gastronomie des Kreises Zossen sogar vor, sie hätte „in unverantwortlicher Art und Weise das Ansehen unserer Stadt herabgesetzt und beschmutzt“³¹⁰. Bürgern der Stadt sei es nicht möglich, „mit Besuchern aus dem In- und Ausland Gaststätten der Stadt zu besuchen ohne daß ihnen die Schamröte ins Gesicht steigt“³¹¹. Trotz der vielfältigen Kritik von Seiten der Stadt waren die Gaststätten in Ludwigsfelde gerade in den Abendstunden offensichtlich gut besucht. Die Gaststätte „Sanssouci“ an der Potsdamer Straße, obwohl ebenfalls vielfach wegen mangelnder Sauberkeit in der Kritik der Stadtverwaltung, war bei seinen regelmäßigen Besuchern beliebt und stand sogar im Ruf die „durstigste Kneipe der Republik“³¹² zu sein.

5.3.2 Die Rolle der Vereine in der Industriestadt

Angesichts der begrenzten urbanen Angebote kam dem Vereinsleben in monostrukturellen Industriestädten eine besonders wichtige Rolle im städtischen Leben und im Prozess der Integration der jungen Neubürger zu.³¹³ In Ludwigsfelde setzte bereits 1949 mit der Gründung der Sportgemeinschaft „Vorwärts“³¹⁴ die Entwicklung von Vereinsstrukturen ein, die bis in die 1980er Jahre zur Bildung mehrerer großer Vereine führte, die auch wichtige Funktio-

³⁰⁷ KreisATF Cn Nr. 372 Chronikmaterial, Abschrift, Rat des Bezirkes, der Vorsitzende, Potsdam, 5.08.1971, an Rat der Stadt Ludwigsfelde, S. 5.

³⁰⁸ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725, Vorlagen, Beschlüsse, Skizzen, Beratungsunterlagen zum VEB Autowerk Ludwigsfelde 1975/76, Büro für Territorialplanung, bei der BPK: an Rat des Bezirkes Potsdam, Stellv. des Vorsitzenden und Vorsitzender der Bezirksplankommission, Gen. Dr. Molkentin 17.3.1976, Versorgungsgrade, o.S.

³⁰⁹ StVV 1985 12. Sitzung am 04.12.1985

³¹⁰ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Bericht zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens, S. 26.

³¹¹ Nur die Gaststätte im Kulturhaus wurde von diesem Urteil ausgenommen. Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 20.10.1980, Vorlage Nr. 47/80, Beschluß Nr. 50/10/80 Bericht zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde, Stadtrat für Kultur, S. 26.

³¹² Vgl. *Gerhard Birk*: Persönliche Erinnerungen an die Wendezeit in Ludwigsfelde, in: *Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde. Geschichte und Geschichten. Teil 6 (Neue Folge 1)*, Ludwigsfelde 1994, S. 11–35, S. 35.

³¹³ Vgl. für Schwedt: *Springer*: Verbaute Träume, S. 643–647.

³¹⁴ Vgl. *Barbara Röseler*: Zeittafel zur Geschichte von Ludwigsfelde, in: *Gerhard Birk (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1*, Ludwigsfelde 1989, S. 66–93, hier S. 68.

nen beim Ausgleich der Defizite des Freizeitangebotes in der Industriestadt übernahmen. Im Kulturhaus, in Räumlichkeiten der ansässigen Betriebe, auf den Sportanlagen der Stadt, später auch in den Kleingartenanlagen und Eigenheimgebieten entwickelte sich in Ludwigsfelde insbesondere im Bereich sportlicher Betätigung ein reges Vereinsleben. Berichte über Sportveranstaltungen und die weiteren Aktivitäten der Vereine nahmen einen breiten Raum in den offiziellen Berichten des Rates der Stadt und im heimatkundlichen Schrifttum ein. Wie bedeutend die Stadtverwaltung die Rolle des Sports für die Lebensqualität vor Ort und die Identifikation der Einwohner einschätzte, zeigte sich besonders anschaulich beim bereits geschilderten Engagement für die Errichtung der Schwimmhalle: Dieser Bau blieb bis zum Ende der DDR die bei weitem umfangreichste lokale Initiative der Stadt Ludwigsfelde.³¹⁵

Die Ludwigsfelder Vereine waren überwiegend in formaler Anbindung an einen der ansässigen Betriebe organisiert. Im Jahr 1985 waren von 22.000 Einwohnern der Stadt 2.150 Mitglied in einer der drei großen Betriebssportgemeinschaften: der „BSG Motor Ludwigsfelde“ des Autowerkes, der „BSG Turbine Ludwigsfelde“ des INL und der kleineren „BSG Aufbau Ludwigsfelde“, die vom VEB Rohrleitungsbau und dem VEB Baureparaturen getragen wurde.³¹⁶ Die Betriebssportgemeinschaften waren durch die Zuschüsse aus den Kultur- und Sozialfonds der Betriebe finanziell für ihre Vereinsarbeit gut ausgestattet und offerierten ihren Mitgliedern umfangreiche Möglichkeiten der Freizeitbetätigung. Vier große Trainingszentren für Boxen, Leichtathletik, Radsport und Schwimmen konnten durch die Betriebssportgemeinschaften in der Stadt eingerichtet werden. Neben dem Breitensport dienten sie auch Leistungssportlern. Mehrere DDR-weit bekannte Sportler trainierten hier zeitweise.³¹⁷ Die Betriebe waren laut Arbeitsgesetzbuch der DDR zu einer solch umfassenden Förderung der sportlichen Betätigung der Beschäftigten und ihrer Familien formell verpflichtet. Prinzipiell bestand aber auch für Nichtbetriebsangehörige die Möglichkeit der Teilnahme an den Angeboten der Betriebssportgemeinschaften.³¹⁸ Bei Berücksichtigung aller Betriebssportgemeinschaften, der Organisationen des Deutschen Turn- und Sportbundes, der Schulsportgemeinschaften und sonstiger organisierter Formen des Volkssports war jeder vierte Einwohner der Stadt Ludwigsfelde in sportlichen Organisationen aktiv.³¹⁹ Sportliche Großveranstaltungen im öffentlichen Raum der Stadt, wie z.B. Radrennen und Fußballspiele, stießen regelmäßig auf großes Interesse der Ludwigsfelder – besondere Mobilisierungsmaßnahmen der Staats- und

³¹⁵ Siehe 4.4.2 Fallstudie: „Der Schwarzbau“ der Volksschwimmhalle, S. 315.

³¹⁶ Vgl. StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 26.6.1985, Bericht des Rates zu Jugendfragen, Körperkultur und Sport, S. 22. Die BSG „Aufbau“ wurde als letzte BSG erst 1978 begründet. Als Trägerbetrieb fungierten der VEB Rohrleitungsbau und die VEB Baureparaturen.

³¹⁷ Am bekanntesten ist der Boxer Henry Maske. Vgl. *Gerhard Birk*: Henry Maske – Sein Aufstieg begann in Ludwigsfelde, in: *ders. (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten*, Teil 4, Ludwigsfelde 1990, S. 33–34.

³¹⁸ Vgl. *Andreas Herbst*: Deutscher Turn- und Sportbund der DDR, in: *Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.): Parteien*, S. 637–658, hier S. 655.

³¹⁹ Vgl. Zahlen für 1969: KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Berichterstattung des Rates des Kreises über die Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses und der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes des Kreises auf dem Gebiet der Kultur, der Körperkultur und des Sports und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung des Kreises auf dem Gebiet des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft und des Gesundheitswesens, S. 20. Der in Ludwigsfelde erreichte Anteil entspricht dem in der neuen Industriestadt Schwedt. Vgl. *Springer*: Verbaute Träume, S. 645.

Parteiorgane wie bei den Staatsfeiertagen und einigen hochkulturellen Veranstaltungen waren hier nicht notwendig, um die Menschen auf die Straße oder in das Stadion zu bringen. Das Vereinswesen etablierte sich in Ludwigsfelde als ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens – auch über das Ende der DDR hinaus. Noch im Jahr 2001 galt Ludwigsfelde als „sportlichste Stadt Brandenburgs“³²⁰: 13 % der erwachsenen Bewohner waren Mitglieder in Sportvereinen.

Die mit Abstand größte sportliche Vereinigung war die an das Industrierwerk angeschlossene Betriebssportgemeinschaft „BSG Motor“, die unmittelbar nach der Konstituierung des Werkes am 28.1.1953 gegründet worden war.³²¹ Ihre Mitgliederzahl steigerte sich von 859 im Jahr 1965 auf 1.700 im Jahr 1987 und 1.800 im Jahr 1989.³²² Die „BSG Motor“ bot ein sehr breites Spektrum von sportlichen Aktivitäten an, das von Fußball, Handball, Radsport bis Tischtennis, Schwimmen, Kegeln, Gymnastik, Boxen und Motorbootsport reichte. Die sportlichen Erfolge der Betriebssportgemeinschaft, insbesondere in den Sportarten Boxen und Fußball, trugen – neben dem Lkw „W 50“ – entscheidend zur überregionalen Bekanntheit von Ludwigsfelde bei.³²³

Die Dominanz betrieblicher Sportangebote konnte den Wunsch der Menschen nach Möglichkeiten zur individuellen sportlichen Betätigung, allein oder mit den Familienangehörigen, nicht gänzlich befriedigen. In Ludwigsfelde – wie in anderen kleinen Industriestädten – gab es nur wenige außerhalb der betrieblichen Angebote privat nutzbare Sportflächen.³²⁴ Typischerweise betrachteten die Betriebssportgemeinschaften alle örtlichen Ansätze zur Entwicklung von weiteren Sportgemeinschaften auf privater Initiative mit großem Argwohn.³²⁵ Außerhalb der Betriebssportgruppen konnten sich in Ludwigsfelde deshalb nur wenige andere Vereine etablieren: Ein Beispiel ist die „Wohnsportgemeinschaft Fußball – Dampfhammer“, die 1969 von den Bewohnern der Holzhaussiedlung begründet wurde, um in ihrer Freizeit in eigener Verantwortung Fußball zu spielen.³²⁶ Zu den Betriebssportgemeinschaften traten noch eine Reihe – deutlich kleinere – nichtsportliche Vereine wie das Pionierblasorchester und Volkskunstensembles, die vielfach formal dem Kulturbund der DDR zugegliedert waren und zumeist Räume innerhalb des Kulturhauses nutzten. Die Mitglieder dieser meist relativ kleinen Zirkel verfügten über weitgehende Spielräume bei der Ausgestaltung ihrer Aktivitäten. Auch in den betrieblichen Sportgemeinschaften kam es bis 1989 zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung in immer mehr Einzelsektionen.

³²⁰ Vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) Brandenburg vom 19.06.2003 (Zugriff 2.6.2005), online unter: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=5lbm1.c.86705.de>.

³²¹ Zunächst trug die Betriebssportgemeinschaft den Namen BSG „Aufbau Ludwigsfelde“.

³²² Vgl. *Horst Carow*: Die Entwicklung der BSG „Motor Ludwigsfelde“, in: *Gerhard Birk (Hg.)*: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1, Ludwigsfelde 1989, S. 37–43, hier S. 38 und *Birk*: Henry Maske, S. 33–34.

³²³ Zeitweise stieg der Ludwigsfelder Fußballverein Ende der 1980er Jahre in die höchste Liga der DDR auf.

³²⁴ *Monika Rank* bilanziert für die Industriegebiete der Niederlausitz: „Die Freizeitgestaltung sollte auch in diesem Bereich im Kollektiv stattfinden und von Partei und Staat gelenkt werden.“ *Rank*: Sozialistischer Feierabend, S. 278.

³²⁵ Vgl. für Schwedt: *Springer*: Verbaute Träume, S. 644.

³²⁶ Vgl. *H. Schneider*: „Dampfhammer“: Wohnsportgemeinschaft mit Tradition, in: *Gerhard Birk (Hg.)*: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 4, Ludwigsfelde 1990, S. 35–36.

5.3.3 „Es ist wirklich hier sehr langweilig“: Jugendkultur in Ludwigsfelde

Die Jugend stand in der DDR im Fokus staatlicher Politik – sowohl in Bezug auf die Bereitstellung und Kontrolle von Bildungsangeboten wie auch im Hinblick auf die Organisation der Freizeitgestaltung.³²⁷ Insbesondere in den 1950er und frühen 1960er Jahren fungierte die Jugend als umfassender Hoffnungsträger von Staat und Partei.³²⁸ In Ludwigsfelde bestanden über das in der DDR übliche Maß hinaus besondere Anforderungen an die lokale Jugendpolitik, galt Ludwigsfelde doch als „Stadt der Jugend“. Mit dieser Bezeichnung wurden sowohl ein Potenzial als auch ein permanentes strukturelles Problem der Stadtentwicklung umrissen. Über die Jahrzehnte erwies es sich als sehr schwierig, in ausreichendem Maße Freizeitmöglichkeiten zu schaffen, vor allem solche Angebote, die gleichzeitig für die Jugendlichen attraktiv und für die Staatsmacht kontrollierbar waren. Während die örtlichen Vereine umfängliche Möglichkeiten für die sportlichen Aktivitäten von Jugendlichen offerieren konnten, war das Angebot für jugendgerechte Abendgestaltung bis in die 1960er Jahre in der zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich auf Industriearbeiter ausgerichteten Stadt sehr begrenzt.

Regelmäßig belegten Untersuchungen der Stadtverwaltung und der Lokalpresse das vor Ort bestehende Versorgungsproblem, dass die Jugendlichen durch zeitaufwendige Fahrten nach Berlin auszugleichen suchten. Die Jugendlichen klagten über das Fehlen geeigneter Tanzveranstaltungen und darüber, dass selbst Kinobesuche nicht möglich seien, da die Vorstellungen abends stattfänden und nur für Besucher über 18 Jahre zugelassen waren. Das Urteil der befragten Jugendlichen über die Situation in Ludwigsfelde war 1965 eindeutig:

„Es ist wirklich hier sehr langweilig.“³²⁹

Die Bemühungen der örtlichen Verantwortlichen zur Ausrichtung der offiziellen Angebote des Kulturhauses auf die Bedürfnisse der Jugendlichen brachten nur wenige und selten dauerhafte Verbesserungen. Wie die Redakteure der Märkischen Volksstimme 1972 in einer Artikelserie über das Kulturleben in Ludwigsfelde feststellten, resultierten die Probleme insbesondere aus der ungenügenden Zusammenarbeit der Akteure von Stadt, Partei und Betrieb:

„Noch ist Alleingang Mode. Gemeinsam. Hinter diesem einen Wort versteckt sich die Kardinalfrage der Ludwigsfelder. Überall tut sich etwas, ob in Betrieben oder Schulen. Nur mit der Zusammenarbeit klappt es nicht. Jeder schafft für sich allein. Der Leiter des Klubhauses „Arthur Ladwig“ legt die Karten offen auf den Tisch: ‚Wir, die Mitarbeiter des Hauses, kennen kaum die Meinung der Jugendlichen zu unseren Veranstaltungen.“³³⁰

³²⁷ Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten, S. 413–414; vgl. zur Jugendpolitik der DDR: Marc-Dietrich Ohse: Jugend nach dem Mauerbau: Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003; Helmberger: Blauhemd und Kugelkreuz.

³²⁸ Vgl. Springer: Verbaute Träume, S. 695. Vgl. ausführlich zur Jugend in der Industriestadt und generationspezifischen Unterschieden: *ebd.* S. 694–712.

³²⁹ StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 1.4.1965, S. 7.

³³⁰ Das gilt es in Ludwigsfelde zur beherzigen: Alle gemeinsam schaffen mehr! Bezirkstagsabgeordnete stellen fest: Mangelnde Zusammenarbeit Betrieb-Territorium behindert die Entwicklung einer sinnvollen Freizeitgestaltung der Jugend, in: Märkische Volksstimme Montag, 17.4.1972.

Die quantitativ zwar umfangreichen Angebote des Kulturhauses wurden von den Jugendlichen kaum akzeptiert. Der zuständige Stadtrat beklagte 1976: „Viele Jugendliche treiben sich im Raum um Ludwigsfelde herum, weil im Klubhaus nichts los ist.“³³¹ Obwohl immer wieder bemängelt wurde, dass es „zu wenig Tanz im Klubhaus“ gäbe, mussten gleichzeitig mehrfach Musikdarbietungen mangels Nachfrage wieder abgesagt werden, da die Darbietungen nicht dem Geschmack der Jugendlichen entsprachen.³³² Hilflös wirkte die Schlussfolgerung, die noch 1977 aus dieser geringen Resonanz auf einzelne Veranstaltungen gezogen wurde:

„Einige Tanzveranstaltungen sind leer, dafür finden sich keine Interessenten. Die Eltern müssen an der Formung der Jugendlichen arbeiten und ihre Interessen für sinnvolle Freizeitgestaltung wecken.“³³³

Eine solche „Lenkung“ der Freizeitinteressen ließ sich jedoch nicht umsetzen. Letztlich mussten die Angebote an die Wünsche der Jugendlichen angepasst werden. Die Mehrheit der Jugendlichen nahm die von der FDJ dargebotenen Freizeitmöglichkeiten gerne in Anspruch, suchte sich politischer Indoktrination aber möglichst zu entziehen.³³⁴

Die Angebote im Klubhaus wurden spätestens in den 1980er Jahren stärker auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet.³³⁵ Das Gefühl der „Langeweile“, das die Jugendlichen geäußert hatten, wurde in Ludwigsfelde jedoch schon durch den Aufbau von Jugendclubs seit den späten 1960er Jahren relativiert. Die meist in einfachen Baracken oder Siedlungshäusern untergebrachten Jugendclubs wurden wichtige „Nischen“ für jugendorientierte Freizeitbetätigung in der Industriestadt, insbesondere in Bezug auf abendliche Musik- und Tanzveranstaltungen ohne hochkulturellen oder ideologischen Anspruch. Hier waren die Jugendlichen weitgehend unter sich. Nach Auffassung der lokalen Parteiverantwortlichen drohten die gut frequentierten Jugendclubs in Ludwigsfelde deshalb immer wieder der staatlichen Kontrolle zu entgleiten.

Die wichtigsten Clubs für die Ludwigsfelder Jugendlichen waren der „RB 18“³³⁶ und der „Club 64“, da die Einrichtungen sich auch in den Augen der Jugendlichen von den Angeboten im Klubhaus abhoben. „Der RB 18 war für uns Jugendliche so interessant, weil man den Eindruck hatte, der ist nicht so von der FDJ organisiert“³³⁷, erinnert sich ein späteres Ratsmitglied. Dem RB 18 gelang es, sich über eine begrenzte Zeitspanne gewisse Freiräume zu bewahren. Hier wurden regelmäßig Veranstaltungen ohne offizielle Genehmigung durchge-

³³¹ StadtAL Nr. 102005 016, StVV Ludwigsfelde 1976, Sitzung am 16.12.1976, Diskussionsbeitrag Stadtrat Hoffmann, S. 1.

³³² Vgl. KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Diskussionsbeitrag 6: Herr Günter Neumann – FDGB, S. 5.

³³³ StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde 1977, Sitzung am 23.6.1977, S. 4.

³³⁴ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 22–23.

³³⁵ Vgl. KreisATF VI 7948, Rat des Kreises Zossen, Abteilung Kultur 1987–1990, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Ludwigsfelde 9.8.1989: Bericht des Rates zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde, S. 9.

³³⁶ Der RB 18 befand sich zuerst im Rosenweg Ecke Blumenweg, vorauf möglicherweise sein Name zurückgeht. Ab 1965 befand sich sein Standort in der Jägerstraße 9.

³³⁷ Interview Kallmeyer.

führt, was die Ortspartei mit wachsendem Missfallen registrierte. Auch die – westliche – Art der Musikdarbietungen stieß auf Kritik der Ortspartei, die damit der Linie der zentralen Parteiführung folgte. In den 1960er Jahren wurde in der DDR selbst harmloses Freizeitvergnügen junger Heranwachsender, wie das Hören von Rock´n´Roll von der SED noch kriminalisiert.³³⁸ Anders als Anfang der 1950er Jahre wurde die Jugend zunehmend als Risiko und Problem wahrgenommen.³³⁹ Erst am Ende der 1960er Jahre gestanden sich einzelne lokale Autoritäten in Ludwigsfelde ein, dass zumindest das Interesse der Jugend an „englischer Musik“ nicht zu beeinflussen war und sich staatlicher Kontrolle entzog.³⁴⁰ Schon seit Mitte der 1960er Jahre hatte sich republikweit die SED darum bemüht, ihr Verhältnis zur Jugend auf eine neue Basis zu stellen. Den Jugendlichen sollte in engen Grenzen mehr Freiraum gewährt werden, solange der politische und ideologische Herrschaftsanspruch der Partei von ihnen akzeptiert wurde.³⁴¹

Nur in wenigen Fällen nahmen die Konflikte mit Jugendlichen in Ludwigsfelde auch dezidiert politischen Charakter an. Diese vereinzelt Vorfälle wurden von der Staatsmacht jedoch mit entschiedener Strenge verfolgt. So registrierte die Volkspolizei am Wahlsonntag des Jahres 1967 „provokatorische[s] Verhalten einer größeren Gruppe von Jugendlichen“ gegenüber den Staatsorganen. Die Volkspolizei bezeichnete dies ausdrücklich als „Feindtätigkeit“.³⁴² Die Ortspartei registrierte bei einzelnen Jugendlichen das Vorhandensein von „reformistischen, richtiger – konterrevolutionären – Ideen“. So wurden 1968 auch Gruppen von Jugendlichen beobachtet, die den tschechischen Reformler Dubček hochleben ließen.³⁴³ Im Umfeld des Prager Frühlings wurden die Jugendclubs „RB 18“ und „Club 64“ zwischen dem 20.8. und 7.9.1968 – am 21.8.1968 war der Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die ČSSR erfolgt – sogar geschlossen, weil sich die Jugendlichen in diesen Einrichtungen in Augen der Staatsmacht provokant verhalten hatten. Insbesondere den Leitungen der Klubs wurde vorgeworfen, dass sie ihre Programmgestaltung ausnahmslos auf „westlichen Massenmedien“ aufbauen würden. Eine Wiedereröffnung wurde erst für den Fall in Aussicht gestellt, dass wieder eine „klare politische Zielsetzung“ im Klubleben gesichert wäre.³⁴⁴ Dem RB 18 blieb

³³⁸ Vgl. *Wiebke Janssen*: „Halbstarke“ in der DDR– Der ideologische Kampf der SED gegen die „amerikanische Lebensweise“, in: *Heiner Timmermann (Hg.)*: Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 98), S. 180–193, hier S. 193.

³³⁹ Vgl. *Springer*: Verbaute Träume, S. 699.

³⁴⁰ Vgl. KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVV Ludwigsfelde am 20.6.1969, Diskussionsbeitrag 6: Herr Günter Neumann – FDGB, S. 6.

³⁴¹ Vgl. *Heydemann*: Innenpolitik der DDR, S. 22–23. In den 1970er Jahre verlegte sich die Staats- und Parteiorgane auf eine „stillschweigende Duldung ästhetisch missliebiger Formen der Jugendkultur“ *Ohse*: Jugend nach Mauerbau, S. 372.

³⁴² BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, 2.7.1967, Abschlußbericht, S. 3.

³⁴³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2945, Ortsparteileitung der SED Ludwigsfelde, Brief am 5.9.1968 an Kreisleitung der SED – Abt. Information, Betr. Zusammenfassung der politisch-ideologischen Situation, der Stimmung und Meinung der Bevölkerung zu den Ereignissen in der ČSSR für die Zeit vom 21.8.1968 bis 5.9.1968, S. 1. Vgl. zu vergleichbaren Reaktionen Jugendlicher auf die Niederschlagung des Prager Frühlings in anderen Orten der DDR: *Ohse*, Jugend, S. 194–210.

³⁴⁴ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2945, Ortsparteileitung der SED Ludwigsfelde, Brief am 5.9.1968 an Kreisleitung der SED – Abt. Information, Betr. Zusammenfassung der politisch-ideologischen Situation, der Stimmung und Meinung der Bevölkerung zu den Ereignissen in der ČSSR für die Zeit vom 21.8.1968 bis 5.9.1968, S. 1.

eine dauerhafte Wiedereröffnung aber verwehrt, da er angeblich „die Ratschläge des Rates der Stadt [...] nicht beachtet und das Alkoholverbot nicht eingehalten [hätte]“³⁴⁵. Das Gebäude wurde ab 1969 als Domizil der BSG Traktor als Club der Jugend und Sportler übergeben.³⁴⁶ Der „Club 64“ wurde in einen „FDJ-Singeklub“ umgewandelt. Offiziell sollten so „einige Diskrepanzen, angefangen vom übermäßigen Alkoholkonsum bis hemmungsloser Beatmusik, überwunden [werden]“.³⁴⁷

Mit diesen Schließungen waren die kurzzeitige Gewährung von Freiraum und der erste Versuch zur Schaffung von Jugendclubs in Ludwigsfelde nach wenigen Jahren bereits wieder beendet. Anstelle dieser Einrichtungen entstanden in der Folgezeit andere Jugendclubs, die nunmehr unter stärkere Aufsicht offizieller Organisationen gestellt wurden. 1973 wurde der FDJ-Jugendclub „Aurora“ in der Clara-Zetkin-Straße eröffnet. Er fand Platz in einer Bauarbeiterbaracke und entwickelte sich bald zum wichtigen Anlaufpunkt für die Jugend der Industriestadt. 1977 wurde ein weiterer Jugendclub in der Neckarstraße unter Trägerschaft der NVA gegründet. Selbst diese neuen offiziellen Jugendclubs waren aber nicht gänzlich zu kontrollieren. Immer wieder wurde auch hier der übermäßige Alkoholkonsum kritisiert; die Darbietung „hemmungsloser Beatmusik“ war am Ende der 1970er Jahre jedoch auch in der DDR schon lange kein Grund zum Einschreiten der Staatsmacht mehr. Die neuen Jugendclubs blieben bis zum Ende der DDR gern genutzte Einrichtungen für die jugendlichen Einwohner der Stadt.

Als vorrangiges Ziel der städtischen Jugendarbeit galt es die „Jugendlichen so oft wie möglich von der Straße wegzubekommen.“³⁴⁸ Aber auch ein darüber hinaus gehendes erzieherisches Element war bis in die 1980er Jahre bei allen jugendpolitischen Maßnahmen latent vorhanden. Als „sinnvolle Freizeitbetätigung“ wurden Diskobesuche durch die Stadtverwaltung nie anerkannt: „Es kann nicht gehen, daß dort [in den Clubs] in der Hauptsache nur Diskoveranstaltungen durchgeführt [werden].“³⁴⁹ Noch in den 1980er Jahren befürchtete die Ortsparteileitung, dass die Jugend die „wichtigste Zielgruppe des Klassengegners“ sei, der über „Westschlager, Krimis und vieles andere mehr“³⁵⁰ auf die Jugend einwirken würde.

Die Vorstellungen der Jugendlichen über die Form ihrer Freizeitgestaltung änderten sich durch die offizielle Jugendarbeit der Stadt und der Partei aber nur wenig. Die Jugendlichen wünschten auch in Ludwigsfelde Veranstaltungen, die möglichst wenig staatlich kontrolliert waren, zumindest keinen wahrnehmbaren Gängelungen unterlagen. Die offizielle Jugendpolitik stieß hier an Grenzen. Die angebotenen kulturellen Veranstaltungen fanden vielfach zur Verwunderung der städtischen Verantwortlichen keinen entsprechenden Zuspruch der Ju-

³⁴⁵ StadtAL Nr. 171001 010, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 27.3.1969, S. 1.

³⁴⁶ Vgl. StadtAL Nr. 102005 009, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 2.7.1969, S. 2.

³⁴⁷ KreisATF I 574, Rat des Kreises Zossen, Kreistag 1971, Sitzung des Kreistages Zossen am 4.6.1971, Sprecher Gen. Tober: „Die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde“, S. 7.

³⁴⁸ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Diskussionsbeitrag Manfred Weide, Leiter des Jugendklubs Aurora, S. 1.

³⁴⁹ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Frau Miecke – Mitglied des Rates für Kultur, Rat des Kreises, S. 1.

³⁵⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 10.12.1980, S. 1.

gendlichen. So fanden die 1985 durchgeführten „Filmtage der Arbeiterjugend“ kaum Resonanz, obwohl umfangreiche Werbemaßnahmen in der Stadt erfolgt waren. „Kaskadeure, Maskenbildner, Geräuschemacher und Gespräche mit Filmregisseuren hat man nicht alle Tage. Schade!“³⁵¹ Auch auf einer Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1977 zweifelte ein Abgeordneter am Erfolg der bisherigen Maßnahmen der Jugendpolitik in Ludwigsfelde:

*„Wenn ich mir ansehe, zweifele ich sehr, wo meine Tochter sinnvoll beschäftigt werden kann. Man sollte sich überlegen, wie man die Jugend in eine geordnete Tätigkeit bringen kann. Viele Jugendliche sitzen tatsächlich auf der Straße. Mit von der Schule verordneten Gemeinschaftsveranstaltungen kommt man nicht mehr weiter.“*³⁵²

Viele staatlich organisierte Festivitäten entsprachen offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Jugendlichen. Ihre Freizeitgestaltung ließ sich nicht zentral planen.

5.3.4 Kleingartenanlagen im Alltagsleben der Stadt

Zur Steigerung der Attraktivität Ludwigsfeldes wurde seit den 1970er Jahren neben Eigenheimgebieten auch die Anlage von Kleingarten- und Bungalowgebieten von Kreis- und Stadtverwaltung bewusst gefördert. Kleingärten verstärkten wie die neuen Eigenheime für ihre Nutzer die Bindung an den Wohnort, verbesserten die Freiraumsituation und differenzierten das Freizeitangebot innerhalb der Stadt. Zur Lösung der strukturellen Probleme der unvollkommenen Stadtwerdung trugen sie jedoch nur wenig bei. Angesichts der defizitären Ausstattung der Stadtmitte boten die Kleingärten aber eine wichtige Möglichkeit zur individuellen Gestaltung des Alltagslebens für die Ludwigsfelder.

Die Verfügung über eigenes Gartenland hatte in Ludwigsfelde eine lange Tradition, da die Entwicklung der Gemeinde zu einem Berliner Vorort zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits mit der Anlage von Gartenparzellen verbunden gewesen war. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung der DDR galten Kleingärten – ebenso wie in anderen sozialistischen Neubautädten – als „kleinbürgerliches“ Relikt, dem kein Platz im Rahmen der weiteren städtebaulichen Entwicklung zukommen sollte. In den neuen Städten standen Kleingärten in der Anfangszeit der DDR in besonderer Weise im Gegensatz zur herrschenden sozialistischen Städtebaulehre, da sie auch nicht als temporär zu akzeptierender pragmatischer Ausgleich für die Defizite der „alten Stadt“ gelten konnten, wie dies in den alten Industriestädten der Fall war. In der neuen Industriestadt StalinStadt/Eisenhüttenstadt wurden Kleingärten folgerichtig als „Produkt der Widersprüche des Kapitalismus“ dezidiert abgelehnt, das „keine Daseinsberechtigung in der sozialistischen Stadt“³⁵³ haben sollte. 1958 signalisierte die SED angesichts des fortbestehenden Bedarfs in der Bevölkerung, die sich vielfach in eigener Initiative Gartenland erschloss, erstmals, dass Kleingärten auch im Sozialismus eine Zukunft

³⁵¹ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5462, Protokolle der Ortsdelegiertenkonferenzen 1983–85, Rechenschaftsbericht zur Ortsdelegiertenkonferenz der SED in Ludwigsfelde am 1.12.1985, Diskussionsbeitrag Lutz Schmiedler FDJ Sekretär AWL, S. 3.

³⁵² StadtAL Nr. 102005 017, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 23.6.1977, S. 3.

³⁵³ Vgl. *Schütrumpf*: Young Town, S. 255–256. Diese strikte Ablehnung war jedoch auch in der Musterstadt des sozialistischen Städtebaus auf Dauer nicht durchzuhalten, da sich viele Neubürger auf eigene Initiative hin Kleingartenland in der Umgebung pachteten.

hätten. Um diese Bewegung in staatliche Organisationsformen zu überführen, erfolgte im Jahre 1959 die Gründung des „Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ (VKSK).³⁵⁴ Der VKSK entwickelte sich zu einer der größten Massenorganisationen der DDR und erreichte im Jahr 1988 eine Mitgliederzahl von 1.490.000.³⁵⁵

Seit den 1960er Jahren wurden in der DDR im Rahmen des neuen Politikansatzes auch zahlreiche neue Datschen- und Kleingartengebiete ausgewiesen, die als hochgeschätztes „Refugium vom Arbeitsalltag in den Betrieben und dem Wohnalltag in der Plattensiedlung“³⁵⁶ fungierten. Der „Kleingarten als Lebensraum“ gewann eine besondere Bedeutung, kompensierte er doch „Lücken und Engpässe staatlicher Organisationen, sei es im Versorgungsbe- reich, im Wohnungssektor oder bei den Urlaubsmöglichkeiten“³⁵⁷. Noch bis Ende der 1960er Jahre mussten Kleingärten jedoch ideologisch in den Auseinandersetzungen mit und inner- halb der Partei immer wieder aufs Neue gerechtfertigt werden, kollidierten sie doch mit der Vorstellung vom „Neuen Menschen“ in „sozialistischen Städten“, deren Bedürfnisse eigent- lich im Rahmen des sozialistischen Städtebaus vollständig befriedigt werden sollten.³⁵⁸ Erst durch die Verordnung des Ministerrats vom 24. Juli 1978 „über die Standortplanung und über die Entwicklung von Kleingartenanlagen“ erfolgte eine erhebliche Erleichterung und Formali- sierung der Anlage von Kleingärten durch die Gemeinden.³⁵⁹ Je kritischer die wirtschaftliche Situation in der DDR wurde, umso erfolgreicher gelang es dem VKSK seine Position in den Gemeinden auszubauen, da die Kleingartenanlagen auch zusätzliche Versorgungsfunktio- nen mit Nahrungsmitteln übernehmen konnten.³⁶⁰

Für Ludwigsfelde sahen die städtebaulichen Perspektivpläne des Kreises und Bezirkes in den frühen 1950er Jahren den Bedarf nach Kleingärten in der zu diesem Zeitpunkt noch durch eine lockere Baustruktur geprägten Stadt als gering an, da ein großer Teil der Bevöl- kerung über Hausgärten verfügte.³⁶¹ Die bald einsetzende massive Mietshausbebauung er- zeugte jedoch bald andere Nachfragestrukturen. Dem Drängen der Gemeinde Ludwigsfelde nach einer Erweiterung ihrer Kleingartenflächen wurde durch den Kreis Zossen seit den 1960er Jahren in immer größerem Umfang nachgegeben. Die neuen Festlegungen der Staats- und Parteiführung, nach denen Kleingärten in erster Linie am Rande und in der Nähe von Industrie- und Großstädten angelegt werden sollten, kamen Ludwigsfelde zugute, da es

³⁵⁴ Vgl. *Dietrich*: Hammer Zirkel Gartenzaun, S. 28 und *Andreas Herbst/Daniel Küchenmeister/Jürgen Winkel*: Übersicht weiterer Organisationen, Verbände und Vereine in der DDR, in: *Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.)*: Parteien, S. 831–834.

³⁵⁵ Vgl. *Herbst/Küchenmeister/Winkel*: Übersicht, S. 831.

³⁵⁶ Vgl. *Johann Jessen/Christina Simon*: Städtebau – Vom eigenen Haus mit Garten zum suburbanen Wohn- quartier, in: *Harlander (Hg.)*: Villa und Eigenheim, S. 350–381, hier S. 371.

³⁵⁷ Vgl. *Schroeder*: SED-Staat, S. 581.

³⁵⁸ Vgl. *Dietrich*: Hammer Zirkel Gartenzaun, S. 30.

³⁵⁹ Vgl. BAArch DC I/4 4135 84. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 27.7.1978, Bd. 1, Beschluß über die Standortplanung und über die Entwicklung von Kleingartenanlagen Beschluß MR PR 84/I.3/78, Blatt 105.

³⁶⁰ Vgl. *Dietrich*: Hammer Zirkel Gartenzaun, S. 292.

³⁶¹ Vgl. KreisATF VI 7555, Kreisplankommission, Standortunterlagen, 1968 und BLHA Bez. Pdm. Rep. 403, Büro für Territorialplanung Potsdam Nr. 222, Entwicklungskonzeption für die Stadt Ludwigsfelde, Objekt Nr. 25/II/67, abgeschlossen: 18.1.1968, Erläuterungsbericht zur Stadtplanung Ludwigsfelde I. Arbeitsstufe, Ent- wurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung [ohne Datum, wohl 1958], S. 20.

sowohl vom eigenen Status wie von der Notwendigkeit zur Ausweitung der Anlagen im Umland Berlins profitieren konnte.³⁶²

Im Rahmen der Kleingartenkonzeption des Kreises Zossen sollte seit den 1970er Jahren vor allem die Obst- und Gemüseproduktion zur lokalen Versorgung gesteigert werden.³⁶³ Zum Bau der Anlagen waren nur in geringem Umfang staatliche Mittel vorgesehen, vielmehr waren „vornehmlich entsprechende Eigenleistungen der Kleingärtner und örtliche Reserven“³⁶⁴ zu mobilisieren. Ende der 1970er Jahre rückte neben der Erzeugung von Nahrungsmitteln auch der Freizeitwert der Kleingartenanlagen immer mehr in den Vordergrund. Die Kleingartenanlagen hatten nun explizit der „Verbesserung der Naherholungsmöglichkeiten der Werktätigen in den Industriestädten“³⁶⁵ zu dienen. Alle Bemühungen, durch die Obst- und Gemüsereserven der Kleingartenbesitzer das Angebot zu bessern, erwiesen sich als quantitativ unbedeutend.³⁶⁶ In Ludwigsfelde war die Bilanzierung der Leistungen der Kleingärtner für die Selbstversorgung der Stadt dennoch fester Bestandteil jeder amtlichen Berichterstattung über die Versorgungslage.³⁶⁷ Die neuen „Spartenheime“ der Kleingärtner wurden beliebte gastronomische Einrichtungen in den Städten. Nach der Fertigstellung des Ludwigsfelder Spartenheims wurde sogar eine Stadtverordnetenversammlung hier abgehalten.

Die Parzellen sollten entsprechend der Festsetzungen der Staatsführung insbesondere Arbeiterfamilien und kinderreichen Haushalten zugutekommen.³⁶⁸ Allerdings war bei der Vergabe der Parzellen eine enge Zusammenarbeit mit den ansässigen Betrieben vorgesehen, wodurch den sozialen Aspekten betriebsinterne Kriterien vorangestellt werden konnten. Die Vergabe von neuen Kleingärten an Betriebsangehörige sollte nach Festlegung der politischen Zentrale gezielt als ein Mittel zur Bildung von Stammebelegschaften genutzt werden.³⁶⁹ Die Zuteilung war deshalb „zum Teil staatsbürgerlichem Wohlverhalten zu verdanken“.³⁷⁰ In Ludwigsfelde wurden auf einem kleineren, im Jahr 1984 erschlossenen Standort durch den Rat der Stadt beispielsweise „verdienstvollen Bürgern eine Gartenparzelle“ übergeben, mindestens die Hälfte waren Angehörige des Rates, von Kommissionen und sonstigen städtischen Institutionen.³⁷¹

³⁶² Vgl. BArch DC I/4 4135 84. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 27.7.1978, Bd. 1, Beschluß über die Standortplanung und über die Entwicklung von Kleingartenanlagen Beschluß MR PR 84/I.3/78, Blatt 109.

³⁶³ Vgl. KreisATF II 2996 Rat des Kreises Zossen, Sitzung am 8.10.1980, Konzeption zur Entwicklung von Kleingartenanlagen im Kreis Zossen im Fünfjahrplanzeitraum 1981–1985.

³⁶⁴ BArch DC I/4 4135 84. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 27.7.1978, Bd. 1, Beschluß über die Standortplanung und über die Entwicklung von Kleingartenanlagen Beschluß MR PR 84/I.3/78, Blatt 108.

³⁶⁵ Ebd., Blatt 111.

³⁶⁶ Vgl. *Kaminsky*: Wohlstand, S. 102.

³⁶⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 034, Stadtverordnungsversammlung Ludwigsfelde, Sitzung am 15.1.1986, Referat zur Begründung des Jahres- und Haushaltsplanes des Rates der Stadt, S. 16.

³⁶⁸ Vgl. BArch DC I/4 4135 84. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 27.7.1978, Bd. 1, Beschluß über die Standortplanung und über die Entwicklung von Kleingartenanlagen, Beschluß MR PR 84/I.3/78, Blatt 108.

³⁶⁹ Vgl. ebd., Blatt 114.

³⁷⁰ Vgl. *Schroeder*: SED-Staat, S. 581.

³⁷¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 025, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 5.7.1984, Prot. Beschluß Nr. 7/3/84, o.S.

Trotz dieser partiellen Bevorzugung einzelner Bevölkerungsgruppen kamen in Ludwigsfelde vergleichsweise viele Einwohner in den Genuss des Besitzes von Kleingärten. Auch der letzte Bürgermeister betont im Interview die große Bedeutung der Kleingärten in der Stadt:

„Es ist nun mal eine Arbeitertradition, und Datschen sind schon die nächst höhere Stufe, Erholungsgrundstück. Da haben wir eben auch, das haben wir aber von der Stadt organisiert, große Kleingartenanlagen geschaffen, aus ehemaligen Riesefeldern, da gab es auch Probleme mit dem Boden. [...] Das ist alles mit viel Arbeit reguliert worden. Aber diese Kleingartenanlagen gehörten auch dazu, damit der Arbeiter hier bleibt, am Werk, hier seine Arbeit gerne tut und hier auch gerne lebt und wohnt.“³⁷²

Bis Ende der 1980er Jahre gab es „kaum eine Stadt dieser Größe, in der so viele Gartenanlagen und Gärten angelegt wurden“, erinnert sich der Ortschronist, allerdings war die Vergabe auch an loyales Verhalten der Nutzer geknüpft:

„Wer sehr brav war, hatte auch die Chance, sehr schnell Zugang zu bekommen. [...] Es gab Listen. Manche mussten viele Jahre warten, aber wer eben verdient war, sich verdient gemacht oder zum Schein verdient gemacht hat, der hatte eben die Chance eher zum Garten zu kommen. Hier zeigte sich eben – das ist so ein Punkt, wo die große politische Linie mit der Praxis an der Basis nicht übereinstimmt.“³⁷³

Die satzungsmäßigen Grundanliegen des VKSK, „ein Freizeitverhalten zum Nutzen von Erholung und Gesundheit der Bürger zu fördern und dieses zugleich mit der Maßgabe zu verknüpfen, vorhandene Möglichkeiten für die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte zu nutzen und Reserven zu erschließen“³⁷⁴, kamen der städtischen Politik in Ludwigsfelde zugute und verliehen den Kleingärten vor Ort eine große Bedeutung. Hier war eine Flexibilität möglich, die in den Neubaugebieten nicht zu realisieren war.

5.3.5 Eigenständige städtische Kulturarbeit

Die Ansprüche der Bewohner in Hinblick auf Freizeitgestaltung und kulturelle Identifikation konnten vor Ort weder das betriebliche Kulturhaus noch die weitgehend in Verantwortung des Kreises und der HO befindlichen gastronomischen Einrichtungen befriedigen. Auch der Rückzug in den Kleingarten war nur für eine Minderheit eine Alternative. Für die Stadtverwaltung bestand deshalb die Notwendigkeit zu eigenständigen Maßnahmen im Bereich der Kultur- und Freizeitpolitik.³⁷⁵ Diese Notwendigkeit zum Handeln war aber gleichzeitig auch die Chance zur Gestaltung eines Politikfeldes mit eigenem lokalem Profil. Zunächst verfügte die

³⁷² Interview Beileke.

³⁷³ Interview Birk.

³⁷⁴ *Herbst/Küchenmeister/Winkel*: Übersicht, S. 832.

³⁷⁵ Im Gegensatz zur betrieblichen und staatlichen Kulturpolitik ist die städtische Kulturpolitik in ostdeutschen Städten noch nicht eingehend behandelt worden. Lediglich für Großstädte, wie Leipzig existieren Untersuchungen, die die Versuche eigenständiger Akzentsetzungen gegenüber den zentralen Vorgaben betonen. Vgl. *Thomas Höpel*: Städtische Kulturpolitik im 20. Jahrhundert zwischen lokalen Besonderheiten und nationalen sowie europäischen Mustern: Leipzig und Lyon im Vergleich, in: *IMS 2*, 2008, S. 31–47;.

Gemeinde jedoch nicht über adäquate Ressourcen zur Bewältigung dieses Aufgabenbereiches.

In den 1950er und 1960er Jahren stand die Industrie in Ludwigsfelde eindeutig im Mittelpunkt aller örtlichen Kulturveranstaltungen, sowohl inhaltlich wie organisatorisch. Noch im Kommentar zum DDR-Kommunalrecht von 1973 wurden die eindeutige Dominanz der betrieblichen Freizeitbetätigung und die lediglich ergänzende Funktion des lokalen Staatsorgans ausdrücklich betont:

„Ein reiches geistig-kulturelles Leben in den Städten und Gemeinden zu organisieren bedeutet in erster Linie, von den in den sozialistischen Arbeitskollektiven geprägten Zügen der sozialistischen Lebensweise auszugehen. Dazu sollten die Räte der Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Leitern der Betriebe und den gewerkschaftlichen Leitungen die Kultur- und Bildungspläne der Arbeitskollektive auswerten und gute Erfahrungen verallgemeinern.“³⁷⁶

Gegenüber der vorherrschenden Praxis der betriebszentrierten Kulturarbeit gewannen die Städte – zumal die kleineren Gemeinden – nur mühsam eigene Gestaltungsmacht. Angesichts der Erfahrung, dass zahlreiche betriebliche Angebote nur unzureichend mit den Ansprüchen der örtlichen Bevölkerung und der lokalen Verwaltungen koordiniert wurden, erfolgte im Kommunalrecht von 1985 eine deutlich herausgehobene Benennung des Einflusses der Kommunen:

„Sie [die Städte und Gemeinden] nehmen Einfluß auf die zweckmäßige Nutzung der materiellen Mittel der Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen für kulturelle Zwecke.“³⁷⁷

Die von der Staatsführung erkannte Notwendigkeit der besseren Koordinierung der verschiedenen lokalen Angebote im Territorium fand insbesondere in § 75 (3) GöV ihren Niederschlag:

„[Die Städte und Gemeinden] sind berechtigt, die wirksame Nutzung aller für kulturelle Zwecke geeigneten Einrichtungen und Kapazitäten unabhängig von deren Unterstellung zu verlangen.“³⁷⁸

Aus diesem plakativen Bekenntnis zur kulturpolitischen Bedeutung lokaler Institutionen resultierten jedoch kaum weitergehende Rechte und Ressourcen der Kommunen. Faktisch blieben die Einwirkungsmöglichkeiten der Städte auf die Betriebe in Hinblick auf die kulturelle Versorgung vor Ort bis zum Ende der DDR sehr begrenzt. Der Kulturretat der Stadt Ludwigsfelde war auch noch Ende der 1980er Jahre im Vergleich mit dem betrieblichen Kultur- und Sozialfonds und den sonstigen Ressourcen des Autowerkes marginal. Angesichts dieser Mittelverteilung konnte die Stadt nur einzelne – wenn auch wichtige – Akzente setzen und Koordinationsfunktionen erfüllen.

³⁷⁶ Armbrust: Kommentar GöV 1973, S. 296.

³⁷⁷ § 75 (1) GöV 1985, in: Dittmann: Kommentar GöV 1985, S. 316–317.

³⁷⁸ § 75 (3) GöV 1985, in: Dittmann: Kommentar GöV 1985, S. 317–318.

Neben der ausgeprägten Abhängigkeit von den ansässigen Betrieben war die Richtung der lokalen Kulturpolitik wesentlich von zentralstaatlichen Leitlinien vorbestimmt. In den Vorgaben der politischen Zentrale wurde der Kulturarbeit in den Gemeinden zwar formal ein hoher Stellenwert beigemessen. So sollte das „Territorium“ in den Augen der SED als „wichtige Quelle für die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft“³⁷⁹ dienen. Für die lokale Kulturpolitik blieb jedoch immer die Ebene des Kreises gegenüber den Räten der Städte für die grundsätzliche Leitung der kulturellen Entwicklung maßgeblich.³⁸⁰

Die staatliche Kulturpolitik unterlag in den 40 Jahren der DDR erheblichen Wandlungen: Von der Förderung einer ursprünglichen „Arbeiterkultur“, dem Konzept des „Bitterfelder Weges“ der 1960er Jahre zur Schaffung einer eigenständigen „sozialistischen Nationalkultur“ bis zum Wiederaufkommen der Heimattradition und der Preußenrenaissance in den 1970er und 1980er Jahren lassen sich zahlreiche – teils abrupte – Politikwechsel identifizieren.³⁸¹ Die Wandlungen auf der zentralen Ebene erfolgten häufiger als in anderen Politikfeldern, sodass diese Brüche von den lokalen Verantwortlichen nur mit Mühe und Zeitverzögerung rezipiert und umgesetzt werden konnten.³⁸² Den Phasen des kulturellen Rigorismus, wie beispielsweise nach dem „Kahlschlag“-Plenum des Zentralkomitees von 1965 oder der Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976, folgten immer wieder Zeitspannen flexibler Kulturpolitik, die auch Freiräume auf der lokalen Ebene öffnen konnten.³⁸³

Die städtische Kulturpolitik in Ludwigsfelde folgte in ihren Grundlinien diesen staatlich bestimmten Vorgaben, doch gelang es vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR durch Eigeninitiativen wichtige Innovationen und spezifische lokale Akzentsetzungen umzusetzen, die das Alltagsleben der Einwohner wesentlich mitbestimmten und bereicherten. Trotz der denkbar ungünstigen Voraussetzungen gelang in Ludwigsfelde sukzessive die – verspätete – Etablierung einer lokalen Kulturpolitik. Dieses lokale Politikfeld gewann seit den 1970er und 1980er Jahren eine immer stärkere Rolle, nachdem sich Hoffnungen auf stärkere Beteiligung der Stadt an den Prozessen der baulich-räumlichen Stadtentwicklung nicht erfüllt hatten. Die kulturelle Sphäre wurde von den städtischen Verantwortlichen als ein Politikfeld erkannt, in dem sich trotz der gegebenen finanziellen und rechtlichen Einschränkungen eigenständige Gestaltungsspielräume der Stadt generieren ließen. Ein Ansatzpunkt dazu bot die neue kulturelle Strategie der politischen Zentrale zur Förderung von Heimatbewusstsein und lokaler Verwurzelung. In der gesamten DDR wurde die „Legitimation durch Geschichte“ als ein stabilisierender Faktor im krisenhaften realen Sozialismus entdeckt. Die neue Berufung auf „konservative“ Werte wie Geborgenheit, Recht und Ordnung sollte Heimatbindung

³⁷⁹ Weber: DDR 1945–1990, S. 99.

³⁸⁰ „Der Kreistag und der Rat des Kreises leiten und planen im Zusammenwirken mit dem FDGB, der FDJ und dem Kulturbund sowie mit anderen gesellschaftlichen Organisationen die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens.“ (§ 53 GöV 1973).

³⁸¹ Vgl. Wolle: heile Welt, S. 132.

³⁸² „Während die Genossen an der Basis noch beim Zick waren, waren die Oberen schon wieder beim Zack.“ Hartmut Zwahr: DDR-Kulturpolitik in neuer Sicht. Kommentar, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S. 170–173, hier S. 170.

³⁸³ Vgl. Bauerkämper: Sozialgeschichte, S. 26–27.

auch auf der emotionalen Ebene stärken und das Regime für breitere Schichten attraktiv machen.³⁸⁴ Um der staatlichen Legitimation eine stabilere Basis zu geben, setzte die Staats- und Parteiführung bewusst auf die gesamte deutsche Geschichte – wenn auch in selektiver Auswahl – und bewertete Luther und selbst Personen aus der preußischen Geschichte wie Friedrich II. und Bismarck teilweise positiv.³⁸⁵ Wirksamer als auf zentralstaatlicher Ebene war die Heimatwelle jedoch auf der lokalen und regionalen Ebene. Die Stärkung der lokalen Identifikation sollte der Erosion der Loyalität zum Gesamtstaat einen neuen stabilisierenden Faktor zur Seite stellen. Mit zunehmendem Verfall der Bindungskraft der sozialistischen Utopie rückten gerade in den Städten der DDR lokale Geschichtstraditionen in den Vordergrund, auf die sich der örtliche Stolz nunmehr verstärkt bezog.³⁸⁶ Diese Traditionen waren im Bewusstsein der Menschen nicht verloren gegangen. So war die mit der Auflösung der Länder und der Schaffung der Bezirke 1952 intendierte Zurückdrängung regionaler Identitäten der SED niemals umfassend gelungen.³⁸⁷ Die Verbundenheit mit historisch-politischen Landschaften wie Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen war bei den Menschen lebendig geblieben. Daran konnte auch die lokale Politik in Ludwigsfelde anknüpfen. Die Schaffung von „Heimatverbundenheit“ wurde gerade in dieser neuen Stadt – deren Bevölkerung aus den verschiedensten Landesteilen stammte – ein wichtiges Anliegen der städtischen Politik.³⁸⁸ Zur Stärkung der Identifikation der Bürger wurden vom Rat der Stadt dazu bewusst Aspekte „klassischer“ städtischer Kultur und Tradition gefördert. So entstanden im Rahmen der neuen städtischen Kulturpolitik in der eigentlich traditionsarmen Gemeinde eine Ortschronik, Weihnachts- und Bauernmärkte, der Karneval, identitätsstiftende Skulpturen und die städtischen Kulturfesttage. Die Stadt baute auch ihre eigenen Kultureinrichtungen aus und schuf in den 1970er Jahren in „Ludwigsfelde Nord“ eine Zweigstelle der Stadtbibliothek und eine kleine lokale Galerie für Ausstellungen.³⁸⁹ Diese Anstrengungen zur Schaffung städtischer Kulturangebote und eigener örtlicher Traditionen sollten auch einen eigenständigen Akzent gegenüber der bislang betriebsbestimmten Kulturpolitik setzen, wie sich die damalige Kulturstadträtin im Interview erinnert: „Wir hatten ja bislang nichts Kulturelles dem Kombinat entgegenzuhalten.“³⁹⁰

Die Koordination der städtischen mit den betrieblichen Angeboten verbesserte sich gleichzeitig in den 1980er Jahren spürbar. Die internen Jahreskulturpläne wie die öffentlichen Veran-

³⁸⁴ Vgl. *Wolle*: heile Welt, S. 131–133; *Weber*: DDR 1945–1990, S. 100.

³⁸⁵ Vgl. *Weber*: DDR 1945–1990, S. 101; *Christopher Clark*: Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947, München 2006, S. 779.

³⁸⁶ Vgl. *Saldern*: Alte und junge Stadt, S. 355; *Wolle*: heile Welt, S. 133. Vgl. ausführlich zur Thematik der Wiederbelebung von Heimattraditionen: *Willi Oberkrome*: „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960) (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 47), Paderborn 2004.

³⁸⁷ Vgl. *Jan Palmowski*: Regional Identities and the Limits of Democratic Centralism in the GDR, in: *Journal of Contemporary History*, 3, 2006, S. 503–526.

³⁸⁸ Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Bericht zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde, Stadtrat für Kultur, S. 6.

³⁸⁹ Vgl. KreisATF VI 7948, Rat des Kreises Zossen, Abteilung Kultur 1987–1990, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Ludwigsfelde 9.8.1989: Bericht des Rates zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde (StVV am 7.9.1989), S. 10.

³⁹⁰ Interview Karstädt.

staltungsübersichten des betrieblichen Klubhauses, die auch alle anderen kommunalen Angebote mit aufnahmen, dokumentieren eindrucksvoll, den am Ende der DDR erreichten kulturellen Versorgungsgrad und die vielfach gelungene regionale Bezugnahme der Angebote.

Staatsfeiertage und städtische Kulturfesttage

Lokale Kultur- und Identitätspolitik musste – wollte sie erfolgreich sein – auch im städtischen Raum sichtbar werden. Einen Ansatzpunkt boten städtische Feste. Festivitäten im Stadtraum kamen in der ansonsten an Attraktionen armen Industriestadt Ludwigsfelde eine wichtige Bedeutung im Alltagsleben der Einwohner zu. Die Feste und öffentlichen Veranstaltungen in der Industriestadt hatten zunächst jedoch kaum genuin städtischen Charakter. Der öffentliche Raum in der Stadt der DDR diente vorrangig als Ort staatlicher Repräsentation und der gesteuerten Akklamation der Staats- und Parteimacht durch das Volk im Rahmen von Manifestationen wie den „1. Mai“-Feiern oder dem „Staatsgeburtstag“ am 7. Oktober. Große Teile der Ludwigsfelder Bevölkerung wurden zu solchen Feiern mobilisiert. An der „Kampfdemonstration“ zum 1. Mai 1980 nahmen angeblich 15.000 „Werkstätige“ teil.³⁹¹ Diese Festivitäten wurden wie „Miniaturversionen“ entsprechender Demonstrationen in der Hauptstadt oder den Bezirksstädten gestaltet. Die Ludwigsfelder Großdemonstrationen endeten nach der Vereinigung der einzelnen Marschsäulen der organisierten Teilnehmer aus Betrieben, Wohnvierteln und gesellschaftlichen Institutionen aus Richtung der einzelnen Stadtviertel und dem Passieren einer Ehrentribüne am „Zentralen Platz“, dem Parkplatz zwischen Kulturhaus und Rathausbaracke – zum Ärger der Verantwortlichen jedoch regelmäßig in sehr ungeordneter Form.³⁹²

Die Durchführung der wichtigen politischen Jahrestage wurde federführend von der Kreisleitung der SED betreut, konkrete Vorbereitungen oblagen dann den Räten der Städte und den Ortsparteien.³⁹³ Die Organisation von Festivitäten zu Staatsbesuchen, die es im Lkw-Werk häufig gab, lag vollständig außerhalb der Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt bei den Parteilstellen des Bezirks und des Kreises.³⁹⁴ Die SED-Institutionen kümmerten sich bei solchen Anlässen auch um die Bereitstellung des „gewünschten“ Publikums, um eine ausreichende „Spalierbildung“ für das städtische Bühnenbild entlang der Straßen zu gewährleisten, wozu nötigenfalls zusätzliche Teilnehmer herbeigeführt wurden.³⁹⁵ Im Roman „Trabanten“ des ge-

³⁹¹ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen, Nr. 5209, Berichte und Einschätzungen, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Leitungssitzung am 7.5.1980, S. 1.

³⁹² Das Ende der Demonstration wurde jedoch nicht mehr als diszipliniert eingeschätzt. Begleitet wurden die Feierlichkeiten auch von kleineren Rängeleien von Jugendlichen und das Werfen von Flaschen. Einige Teilnehmer waren stark alkoholisiert. Vgl. ebd.

³⁹³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 Zossen Sekretariatssitzungen 1980 Nr. 879, SED-Kreisleitung Zossen, Sekretariat, Beschluß-Protokoll der 31. Sitzung des Sekretariats am 5.3.1980, S. 6; vgl. ähnliche Strukturen in Senftenberg *Rank*: Sozialistischer Feierabend, S. 280.

³⁹⁴ „Verantwortlich für die Ausgestaltung der Stadt (Protokollstrecke) ist Genosse Manfred Presch, Leiter der Abteilung Agitation/Propaganda der Bezirksleitung.“ BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Zossen Nr. 6758, Vorbereitung Besuch Honecker/Assad 1984, Protokoll der Sondersitzung des Sekretariats der Bezirksleitung am 30.10.1984, vom 1.11.1984, S. 2.

³⁹⁵ Vgl. ebd.

bürtigen Ludwigsfelders Falko Hennig ist eine solche gestellte Szenerie eines Staatsbesuches beschrieben:

„Unsere Klasse bekam schulfrei, alle Klassen der Schule, aller Schulen von Ludwigsfelde. Wir bekamen kleine Fähnchen ausgeteilt, weiße Friedenstauben an Holzstangen, große Papierblumen, Bilder von Honecker und Sadat. Dann standen wir gemeinsam mit den Kindergartengruppen und Schulklassen an der Hauptstraße und waren aufgeregt. Erich Honecker würde kommen. Ich stellte mir vor, wie der ältere Herr mit seinem Trabbi die Straße entlang fahren würde, womöglich sogar hupt. Doch nein, Honecker, der würde bestimmt Wartburg fahren, vielleicht sogar einen W 50?“³⁹⁶

Ein ähnlicher Ablauf wird für den Besuch des Lkw-Werkes im November 1984 durch Honecker in Begleitung von Ali Nasser Mohammed, dem Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei, durch einen späteren Chronisten der Werksgeschichte geschildert:

„Der Besuch hatte sich bereits vorher angekündigt. So wurde z.B. die provisorische Autobahnabfahrt in die Stadt von Schlaglöchern befreit, (im Volksmund dann Honeckerabfahrt) und im Werk mußten sogar die Grashalme zwischen den Gleisen der Werkbahn ausgerupft werden. Vom weiteren Theater gar nicht zu reden. So gestaltete sich ein derartiger „Staatsbesuch“ für viele zu einem Alptraum.“³⁹⁷

Weder die Stadt Ludwigsfelde noch seine Einwohner spielten bei solchen Besuchen eine eigenständige Rolle. Mit diesen Spalierbildungen endete auch die Funktion der Stadt Ludwigsfelde als kurzfristige Bühne von Staatsbesuchen – der Ort diente in erster Linie als Durchfahrtsstrecke zum Werk und als Rückweg zur Hauptstadt oder zum Flugplatz Schönefeld. Weitere Aufenthalte der hohen Besucher aus Hauptstadt und Ausland in der Stadt erfolgten nicht: Hierzu fehlten in der Industriestadt die repräsentativen Anlaufpunkte.

Festlichkeiten im öffentlichen Stadtraum mit genuin lokalem Charakter konnten regelmäßig erst in den späten 1970er Jahren durch die wichtigste Innovation der städtischen Kulturpolitik fest etabliert werden: die jährlich stattfindenden „Ludwigsfelder Kulturfesttage“.

Kulturfesttage waren in vielen DDR-Städten bereits seit den 1950er Jahren eingeführt worden. Zumeist blieb diese Entwicklung jedoch auf Groß- und Mittelstädte beschränkt.³⁹⁸ In Ludwigsfelde wurden die „Kulturtage“ erstmals im Jahre 1964 durchgeführt, als die Gemeinde kurz vor dem Beginn der Lkw-Produktion einen neuen Entwicklungsschub erfuhr. Im Rahmen dieses ersten Kulturfestes fanden an vier Tagen insgesamt 38 Veranstaltungen statt. Obwohl bei der Durchführung der Veranstaltung einige organisatorische Mängel auftra-

³⁹⁶ Hennig: Trabanten, S. 40–41. Wahrscheinlich spielt diese fiktive Szene im Roman nicht auf einen Besuch des ägyptischen Präsenten Sadat an, der nicht nachzuweisen ist, sondern reflektiert den 1984 erfolgten Besuch des syrischen Präsidenten Assad in Werk und Stadt.

³⁹⁷ Vgl. Bober: VEB IFA-Automobilwerke, S. 46.

³⁹⁸ Seit Mitte der 1950er Jahre gab es solche Feierlichkeiten beispielsweise in Berlin, Leipzig und Magdeburg. Seegers: Schaufenster, S. 116–117.

ten, wurde sie als „ein voller Erfolg für den Ort“³⁹⁹ eingeschätzt. Allerdings kritisierte die Orts-
partei, dass „von einer Unterstützung übergeordneter Organe nichts zu verspüren war. Man
kann sagen, daß diese Organe eher als hemmender Faktor in Erscheinung traten.“⁴⁰⁰

Trotz der Anlaufschwierigkeiten wurden auch in den zwei Folgejahren Kulturfesttage in enger
Verbindung mit anderen feierlichen Anlässen begangen: Die 2. Kulturfesttage bildeten den
Rahmen für die 1965 erfolgte Stadttitelverleihung. Die 3. Kulturfesttage fanden 1966 zu-
sammen mit den 8. Arbeiterfestspielen statt.⁴⁰¹ Die SED-Ortspartei war aber nur bedingt zu-
frieden mit dem Ablauf der Veranstaltungen. Anstelle des zunächst zu verzeichnenden
„Volksfestcharakters“ wünschte sie für zukünftige Feste einen eher sozialistischen und „pro-
letarischen“ Charakter.⁴⁰² Insgesamt wurden die ersten Kulturfesttage zu Lasten des lokalen
Stadtfestcharakters noch mit übergeordneten politisch-ökonomischen Zielen überfrachtet,
wie im Bericht der SED-Ortspartei deutlich wird:

*„Die Ludwigsfelder Kulturfesttage hatten die Aufgabe, dem geistig-kulturellen Leben
unseres Ortes neue Impulse zu verleihen. Sie hatten gleichzeitig die Aufgabe, unsere
Bürger mit der Lösung der perspektivischen Aufgaben vertraut zu machen. Diese
Festtage sollten nicht Selbstzweck sein, sondern der unbedingten Einheit zwischen
Politik, Ökonomie und Kultur zum Durchbruch verhelfen und im Laufe der Jahre zu
einer fortschrittlichen Tradition in Ludwigsfelde werden.“⁴⁰³*

Die Betriebsparteileitung des Autowerkes zeigte zur Enttäuschung der Gemeinde kein gro-
ßes Interesse an der Durchführung der Kulturtag, wodurch ein wichtiger potenzieller Unter-
stützer entfiel.⁴⁰⁴ Angesichts der hohen Summen, die für die Kulturfesttage aufgewendet
werden mussten, gab es selbst innerhalb der Gemeindeverwaltung kritische Stimmen. Zu-
dem waren die kleineren Betriebe von der Notwendigkeit der Durchführung dieser Festtage
nicht gänzlich überzeugt.⁴⁰⁵ Die Stadt beschwerte sich 1965 und 1966 über das mangelnde
Engagement des Autowerkes, da sie finanziell alleine nicht in der Lage war, diese Veranstal-
tung weiter zu betreiben. Die Kulturtag wurden nach 1966 angesichts dieser Schwierigkei-
ten wieder eingestellt, während das Werk seine eigenen Betriebsfestspiele kontinuierlich
weiter ausbaute. Genuin städtische Festtage fanden nach dem frühen Ende der Kulturfestta-
ge über anderthalb Jahrzehnte nicht mehr in Ludwigsfelde statt.

³⁹⁹ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 6.8.1964, S. 4.

⁴⁰⁰ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–1967, an
die Ortsparteileitung und WPO I Ludwigsfelde, Ludwigsfelde, 20.9.1963, Bericht über die durchgeführte Agi-
tatorenversammlung am 19.9.1963 im Klubhaus, für den Bereich der Straße des Aufbaus Nr. 14, 16, 18, 20
und 22. Organisationsbüro Kulturfesttage, Ludwigsfelde 6.7.1964, Abschlussbericht zur Durchführung der
Ludwigsfelder Kulturfesttage vom 26.–28.6.1964, S. 4.

⁴⁰¹ Vgl. StadtAL, ohne Nummer, Volkswirtschaftsplan 1966, o. S.

⁴⁰² Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2077, Ortsparteileitung Ludwigsfelde,
Sitzung am 8.12.1964, Bericht über die Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung der Kulturfesttage
1965, o.S.

⁴⁰³ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 2078, Informationsberichte 1963–67, Brief
an die Ortsparteileitung und WPO I Ludwigsfelde, Ludwigsfelde, 20.9.1963, Bericht über die durchgeführte
Agitatorenversammlung am 19.9.1963, S. 2.

⁴⁰⁴ Vgl. ebd.

⁴⁰⁵ Vgl. StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 8.4.1964, S. 1.

Erst 1979 griff die Stadt die über mehr als ein Jahrzehnt verschüttete Tradition der Kulturfesttage wieder auf – nunmehr weitgehend ohne den ursprünglichen ideologischen Ballast in Form eines städtischen Festes. Auch die zentralen Staats- und Parteiinstitutionen förderten seit den 1970er Jahren solche lokalen Initiativen zur Etablierung städtischer Festivitäten. Mit Kulturfesttagen sollten sich nach den Vorgaben der Zentrale neue Traditionen herausbilden und die Gemeinschaftsarbeit auf kulturellem Gebiet zwischen Städten gefestigt werden.⁴⁰⁶ Der offizielle Kommentar zum Kommunalrecht von 1973 sah das Ziel solcher Feste darin, lokale kulturelle Spezifik zu versinnbildlichen und fortschrittliche Traditionen zu schaffen oder zu festigen.⁴⁰⁷

Die Wiedereinführung der Kulturfesttage war auch dem Engagement der Kulturstadträte der Stadt zu verdanken, die zu dieser Zeit ausnahmslos aus den Reihen der LDPD stammten. Auch das mittlerweile professionalisierte Verwaltungshandeln und das gewachsene Selbstbewusstsein gegenüber dem dominierenden Betrieb drückten sich in der nunmehr eigenständigen Festdurchführung aus. Die neuen Ludwigsfelder Kulturfesttage wurden nun im Gegensatz zu den 1960er Jahren konsequent „als Volksfest mit örtlich spezifischen Charakter“⁴⁰⁸ mit zahlreichen Veranstaltungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen angelegt. Fast alle Kultur- und Freizeiteinrichtungen vor Ort – auch die betrieblichen – wurden in die Festgestaltung eingebunden. Der Rat der Stadt nannte als vorrangiges Ziel der neuen Kulturfesttage, dass sich „Gewohnheiten und Traditionen herausbilden“⁴⁰⁹ sollten. Veranstaltungen mit eindeutig politischer Ausrichtung im Sinne der Staatsideologie waren die Ausnahme. Den inszenierten Stadtfeiern kam jedoch auch aus Sicht der Stadtverantwortlichen eine politische Funktion zu, indem sie eine die lokalen politischen Verhältnisse stabilisierende „Comunitas“ unter den Einwohnern bilden sollten.⁴¹⁰ Die genuin staatspolitischen Zielsetzungen der Festivitäten traten in den 1980er Jahren gegenüber der lokalen Charakteristik zunehmend zurück. Ähnliche Ansätze finden sich auch in anderen neuen Industriestädten, wo Festivitäten und Gemeinschaftsaktivitäten unter den zugewanderten Bewohnern die städtische Einheit schaffen sollten.⁴¹¹ Auch in anderen Orten der Industrieprovinz gestalteten sich im Unterschied zu den politischen Ambitionen der Partei- und Staatsführung solche Festtage größtenteils im Stile traditioneller „Volksvergnügungen“.⁴¹²

⁴⁰⁶ Vgl. *Armbrust*: Kommentar GöV 1973, S. 297.

⁴⁰⁷ Vgl. *ebd.*

⁴⁰⁸ StadtAL Akte Jahreskulturpläne, Schriftverkehr des Rates und Kreises, ohne Aktennummer, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Abteilung Kultur, Ludwigsfelde 6.1.1983, Vorlage 376.

⁴⁰⁹ StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 11.11.1982, Einschätzung der 5. Ludwigsfelder Kulturfesttage Ludwigsfelde 20.10.1982, S. 2.

⁴¹⁰ Vgl. *von Saldern*: Alte und junge Stadt, S. 370.

⁴¹¹ In Eisenhüttenstadt sollte das Hüttenfest auch die Verbundenheit zwischen Stadt und Werk zeigen. Vgl. *Brigitte Vogel*: Kulturelles Leben zwischen Stadt und Werk. Zirkel und Vereine, Feste und Feiern in zwei Industriestädten, in: *Beier (Hg.)*: aufbau, S. 333–344, hier S. 342. Auch in der industriellen Kleinstadt Lauta wurden ab 1971 Stadtfestspiele mit Sport- und Unterhaltungsprogrammen veranstaltet. Vgl. *Autorengruppe*: Stadt Lauta Werk, S. 103.

⁴¹² Vgl. für die Niederlausitz: *Rank*: Sozialistischer Feierabend, S. 280; für Magdeburg: *Seegers*: Schaufenster, S. 141.

Die neuen städtischen Kulturfesttage wurden im Laufe kurzer Zeit das wichtigste Fest in Ludwigsfelde. Die Wiederbelebung der Tradition fand unter der Bevölkerung großen Anklang.⁴¹³ Die einzelnen Veranstaltungen stießen dabei auf unterschiedliche Resonanz:

„Gelang es mit dem 2. Ludwigsfelder Bauernmarkt, der Ausstellung Ludwigsfelder Volkskunstschaffender und Kunsthandwerker in der ‚Galerie am Eck‘, der Festveranstaltung des Rates der Stadt, der Veranstaltung ‚Man müsste noch mal 20 sein ...‘, dem Feuerwehrball und dem ‚Ludwigsfelder Mitternachts-Cocktail‘ hunderte Bürger anzusprechen und zu erfreuen, blieb die eigentlich erwartete Resonanz bei der Kabarettveranstaltung mit dem ‚Funkbrett ...‘, der Schriftstellerlesung mit Jürgen Leskien, der Jubiläumsveranstaltung ‚50 Jahre FFW‘ und der internationalen Singewerkstatt im Jugendclub in der Neckarstraße aus, konnte die Beteiligung nicht befriedigen.“⁴¹⁴

Die Konzeption für die Ludwigsfelder Kulturfesttage musste auch in den 1980er Jahren regelmäßig in der Ortsparteileitung der SED beraten und gebilligt werden.⁴¹⁵ Dennoch lag die inhaltliche Federführung und Gestaltungshoheit mittlerweile eindeutig beim Rat der Stadt. Auch der Rat des Kreises spielte in jenen Jahren in der praktischen Umsetzung der Kulturpolitik eine nur noch sekundäre Rolle. Die Initiative der Stadt hatte zumindest im Bereich der Festkultur eine faktische Gestaltungsmacht der lokalen Institutionen etabliert, die nur noch durch Rücksichtnahmen gegenüber den wesentlichen politischen Leitlinien eingegrenzt war.

Abgesehen von wenigen Einzelfällen, insbesondere den revolutionären Sondersituationen in den Jahren 1953 und 1989, war der öffentliche Raum in Ludwigsfelde zwar kein Ort der politischen Artikulation gegenüber der herrschenden Staatspartei. Der städtische Raum blieb dennoch nicht nur auf die Funktion einer rein propagandistischen „Bühne des politischen und kulturellen Dialogs“⁴¹⁶ beschränkt. Neben den weiterhin regelmäßig begangenen staatlichen Festtagen bestimmten verstärkt profane Nutzungen des örtlichen Alltagslebens und bewusste lokale Symbolsetzungen den Stadtraum. Der öffentliche Raum in der DDR-Stadt übernahm zumindest in dieser Hinsicht in engen Grenzen ähnliche Funktionen wie in anderen politischen Systemen: als gesellschaftlicher Treffpunkt und Kommunikationsort und als Ort des Konsums und des geselligen Kultur- und Freizeitgenusses.

Karneval, Weihnachtsmarkt und Schützenfest

Innerhalb des Vereinslebens und in Hinblick auf die Nutzungsformen des öffentlichen Raums nahm der Karneval eine besondere Rolle ein. Ursprünglich bestand vor Ort – wie in Brandenburg regionstypisch – keine Tradition im Bereich des Karnevals.⁴¹⁷ Organisierte Feiern etablierten sich erst 1968 durch privates Engagement der Mitglieder einer Brigade des INL.

⁴¹³ Vgl. StadtAL Nr. 102005 022, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 20.10.1982, S. 2.

⁴¹⁴ StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 11.11.1982, Einschätzung der 5. Ludwigsfelder Kulturfesttage Ludwigsfelde 20.10.1982, S. 1.

⁴¹⁵ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5463, Ortsparteileitung Ludwigsfelde, Sitzung am 22.7.1982, S. 2.

⁴¹⁶ Neumann: Urbanität, S. 59.

⁴¹⁷ In Brandenburg gab es lediglich in der Niederlausitz eine ältere Karnevalstradition. Andere heute bestehende Karnevalsvereine in brandenburgischen Städten sind zumeist Entwicklungen der Nachkriegszeit.

Die später formell als Verein begründete Initiative wurde als „Karnevalsclub KC INL“ folgerichtig dem Instandsetzungswerk angegliedert, was durchaus Schwierigkeiten bei der Nutzung des Kulturhauses des IWL mit sich brachte.⁴¹⁸ Die Festivitäten fanden zunächst in kleinerem Rahmen in Gaststätten statt, teils in Ludwigsfelde, häufiger aber in den umliegenden Dörfern.⁴¹⁹ Die Zugehörigkeit zum „kleineren“ örtlichen Betrieb erschwerte lange Zeit die Nutzung von zentralen Räumlichkeiten innerhalb der Stadt, insbesondere des Kulturhauses des Autowerkes. Erst Mitte der 1970er Jahre wurde schließlich auch vereinzelt das Kulturhaus in die durch wachsenden Zuspruch zunehmenden Feierlichkeiten des Karnevalsvereins einbezogen. Seit 1979 wurde die Veranstaltung auch regelmäßig im Kulturhaus in enger Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt durchgeführt.⁴²⁰ Die in Karnevalsscherze verpackte Kritik an der örtlichen Versorgungslage stieß jedoch weiterhin beim Autowerk auf Argwohn. Die daraus resultierenden Spannungen zwischen dem Karnevalsverein und dem Autowerk führten dazu, dass vom Werk sogar angedroht wurde, das Kulturhaus für den Karneval komplett zu sperren.⁴²¹ Demgegenüber nahm die Stadtverwaltung diese privat entstandenen Initiativen zum Karneval positiv auf und förderte diese neue lokale Tradition, indem sie den Karneval bewusst in den öffentlichen Raum der Stadt holte. Die Veranstaltungen des Karnevals wurden im Laufe der Jahre immer umfangreicher und etablierten sich trotz des Fehlens von längeren historischen Traditionen als wichtiges lokales Fest. Die Feierlichkeiten wurden in den städtischen Kulturplan einbezogen und mit anderen Aktivitäten des Rates koordiniert. Durch den Karnevalsclub konnten im Jahr 1987 bereits elf, im Jahr 1988 14 öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden.⁴²²

Wesentliche Veränderungen im Charakter der Feierlichkeiten und in ihrer Wirkung auf den Stadtraum erfolgten am 11.11.1984: Aus einem Vereinsfest entstand nun endgültig ein offizielles städtisches Fest im öffentlichen Raum. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wurden die bisherigen Feierlichkeiten in geschlossenen Räumen erstmals durch einen öffentlichen Straßenkarneval mit Umzug ergänzt. Im Rahmen des Umzuges wurde eine feierliche Übergabe des „Stadtschlüssels“ am Rathaus durch den Bürgermeister an den Karnevalsverein inszeniert. Im Unterschied zur bisherigen Praxis wurde der öffentliche Raum durch einen nicht politisch begründeten und nicht zentral gesteuerten Aufmarsch genutzt, der zudem bewusst Traditionen aus anderen historischen Karnevalshochburgen West- und Süddeutschlands adaptiert hatte. Ein solche Anknüpfung an historische „bürgerliche“ Festtraditionen, die in Ludwigsfelde de facto einer Neuschaffung einer Tradition gleichkam, wäre in den 1950er Jahren in der neuen sozialistischen Industriestadt Ludwigsfelde undenkbar gewesen. Mit dem Karneval war eine kulturelle Tradition aus der Bevölkerung der Stadt heraus

⁴¹⁸ Interview Kallmeyer und Interview Karstädt.

⁴¹⁹ Vgl. *Horst Carow: 20 Jahre Karnevalclub des VEB Instandsetzungswerk Ludwigsfelde*, in: *Gerhard Birk (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten*, Teil 3.1, Ludwigsfelde 1989, S. 33–36.

⁴²⁰ Vgl. *Carow: Karneval*, S. 34.

⁴²¹ Der letzte Bürgermeister schildert: „Vor allem 89 war der [Vertreter des Werkes] bei mir gewesen und hat gesagt, wat die da im Karnevalsverein aufführen wollen, da bin ich nicht dafür.“ Interview Kallmeyer.

⁴²² Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 18.2.1988, Jahreskulturplan der Stadt Ludwigsfelde 1988, S. 7 und StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 24.3.1988, Tätigkeitsbericht des Rates der Stadt, Andreas Herms, Stadtrat für VEUW, S. 10.

entstanden, die weder von Partei, Werk oder Stadtverwaltung verordnet worden war. Die offiziellen Stadtverantwortlichen begegneten dieser Initiative ohne große Vorbehalte und förderten sie, ließ sich der Karneval doch ohne Weiteres in die eigene kulturpolitische Konzeption der 1980er Jahre integrieren. Diese etablierte Tradition des Ludwigsfelder Karnevals setzte sich auch nach 1990 weiter fort. Auch heute ist der Karneval – weitaus stärker als in anderen Städten der Region – ein wesentlicher Teil des städtischen Festkalenders von Ludwigsfelde.⁴²³

Der Karneval war nicht der einzige Aspekt klassischer städtischer Tradition und Kultur, die typischerweise mit der „historischen alten Stadt“ verbunden war, die die Stadtverwaltung in den 1980er Jahren zur Stärkung der Identifikation der Bürger mit ihrer eigentlich traditionsarmen Stadt bewusst förderte oder neu initiierte. Die Stadt Ludwigsfelde wollte in den 1980er Jahren städtische „Traditionsfeste“ verstärkt unterstützen, um die Heimatverbundenheit und das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger zu ihrer Stadt zu vertiefen.⁴²⁴ Die Etablierung eines Weihnachtsmarktes, der mit allen Insignien des traditionellen deutschen Festtagsmarktes ausgestattet sein sollte, gehörte wesentlich dazu. Die Veranstaltung eines solchen Weihnachtsmarktes war in der Frühzeit der DDR kaum kompatibel mit den Vorstellungen über die für eine sozialistische Stadt angemessenen Feierlichkeiten. Alle kleineren lokalen Initiativen zur Etablierung eines Weihnachtsmarktes in den 1950er Jahren waren schließlich nicht erfolgreich.⁴²⁵ Eine dauerhafte Neubegründung war erst im Rahmen der neuen kommunalen Kulturpolitik der 1980er Jahre möglich. Der erste (neue) Ludwigsfelder Weihnachtsmarkt konnte am 13.12.1986 eröffnet werden. Auch die SED-Ortsparteileitung schätzte den Markt als Erfolg ein. „Bereits am Eröffnungstag wurde er von mehreren tausend Bürgern besucht.“⁴²⁶ Die örtliche SED registrierte zufrieden, dass besonders das zusätzliche Angebot von Südfrüchten und Schokolade zur Beliebtheit des Marktes und zur Zufriedenheit der Besucher beitrug. Während in den Akten der Stadt noch 1973 selbst Schokoladenweihnachtsmänner umständlich mit „Weihnachtshohlkörper“⁴²⁷ umschrieben werden mussten, gab es in den 1980er Jahren keinerlei Berührungsprobleme mehr mit tradierten weihnachtlichen Symbolen. Auf den Festen der 1980er Jahre wurde bis in die Details die vollständige Ikonographie eines „typischen“ deutschen Weihnachtsmarktes offeriert: „Großen Zuspruch findet die Möglichkeit für Kinder, Fotos mit einem Weihnachtsmann und Fahrten mit einem Pferdefuhrwerk zu machen.“⁴²⁸ Die Ortspartei bilanzierte: „Der Weihnachtsmarkt kann als eine Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens in Ludwigsfelde angesehen werden.“⁴²⁹ Schon

⁴²³ Vgl. „Ludwigsfelder Umzug endet mit der Entmachtung des Bürgermeisters. Scholl muss die Segel streichen“, in: Märkische Allgemeine, 18.11.2002.

⁴²⁴ Vgl. StadtAL Nr. 171001 023, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 24.6.1982, Beschluss 353/80/82: Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit des Rates der Stadt, S. 9.

⁴²⁵ Vgl. KreisATF XI 1685, Gemeinde Ludwigsfelde, Gemeinderatssitzung am 23.11.1955, S. 1.

⁴²⁶ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Protokolle Ortsleitungssitzungen der SED 1985–1986, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Informationsbericht 12/86, 16.12.1986, S. 3–4.

⁴²⁷ StadtAL Nr. 171001 014, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 29.11.1973, Punkt 3 „Weihnachtshohlkörper können nicht voll abgedeckt werden“, S. 2.

⁴²⁸ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 5464, Protokolle Ortsleitungssitzungen der SED 1985–1986, SED-Ortsleitung Ludwigsfelde, Informationsbericht 12/86, 16.12.1986, S. 4.

⁴²⁹ Ebd.

1988 war der Weihnachtsmarkt aus Sicht des Rates der Stadt eine „schöne Tradition“⁴³⁰ in Ludwigsfelde. Seit 1989 wurde der Festkalender im Ort auch um ein, durch das Autowerk organisiertes kleineres Schützenfest ergänzt⁴³¹, womit sich fast das gesamte „bürgerliche“ Festprogramm einer historischen Kleinstadt in der neuen sozialistischen Industriestadt etabliert hatte.

Skulpturen im Stadtraum

Nach dem Willen des Rates der Stadt sollte die symbolische Besetzung des Stadtraums im Sinne der neuen kulturpolitischen Arbeit auch über die Feste hinaus zur Schaffung von lokaler Identifikation und der Förderung von Heimatbewusstsein dienen. Größere materielle Ressourcen zur Errichtung identitätsstiftender Bauten besaß die Stadtpolitik nicht – beim Stadtbad war dies nur unter größten Anstrengungen gelungen, beim städtischen Rathaus bis zum Ende der DDR immer gescheitert. In den 1980er Jahren nutzte der Rat stattdessen die Errichtung von Skulpturen als eine der wenigen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur baulichen Ausgestaltung des öffentlichen Raumes.

Die Aufstellung von Skulpturen im Stadtraum hatte eine lange, wenn auch zeitweise unterbrochene Tradition in Ludwigsfelde. Schon die erste „sozialistische Wohnstadt“ war gestalterisch um das künstlerisch ambitionierte Heinrich-Heine-Denkmal von Walter Grzimek herum konzipiert worden. Dieses Denkmal blieb jedoch in Ludwigsfelde lange Zeit ein Einzelstück, während andere prestigeträchtige Städte wie Eisenhüttenstadt mit einem umfangreichen Skulpturenprogramm ausgestattet wurden, das den weitreichenden Anspruch der neuen „sozialistischen Stadt“ symbolisieren sollte.⁴³² Nach der Heine-Statue entstand in Ludwigsfelde zwischen 1952 und 1979 hingegen lediglich ein sowjetisches Ehrenmal. Die Wohngebiete der 1960er und 1970er Jahre blieben deshalb ohne den sonst in der DDR üblichen Bauschmuck.⁴³³ Während des schnellen Aufbaus der Stadt stand die Quantität des Wohnungsbaus eindeutig im Vordergrund.

Die Stadtverwaltung empfand die fehlende künstlerische Ausgestaltung des Stadtraums seit den 1970er Jahren zunehmend als Makel für die aufstrebende Industriestadt, wies die Verantwortung dafür aber den übergeordneten Behörden und Wohnungsbauverantwortlichen im Bezirk zu.⁴³⁴ Erst die 1980er Jahre ermöglichten unter den Bedingungen des erweiterten städtischen Handlungsspielraums einen Wandel, da die gefestigte Stadtregierung nunmehr in der Lage war, auch ohne Bezirk und Wohnungsbaukombinat eigene Initiativen zu ergreifen. Die nun forcierte Aufstellung von Skulpturen wurde fester Bestandteil des neuen Auf-

⁴³⁰ StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 19.5.1988, Rechenschaftsbericht der Ständigen Kommission Handel und Versorgung Günter Flech, S. 6.

⁴³¹ Vgl. *Bober*: VEB IFA-Automobilwerke, S. 100.

⁴³² Vgl. *Topfstedt*: Wohnen und Städtebau, S. 477.

⁴³³ Vgl. zur Verwendung von Bauschmuck in der DDR: *Peter Guth*: Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig 1995; *Thomas Topfstedt*: Baubezogene Kunst in der DDR – Das Beispiel Leipzig, in: *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.)*: Kunst am Bau als Erbe des geteilten Deutschlands. Zum Umgang mit architekturbezogener Kunst der DDR, Berlin 2008, S. 7–19.

⁴³⁴ Vgl. StadtAL (ohne Aktennummer) Akte Ständige Kommission Kultur, Diskussionsbeitrag der Ständigen Kommission Kultur zur Tagung der StVV am 20.5.1981, S. 1.

bruchs der Ludwigsfelder Kulturpolitik. Die neuen Skulpturen sollten nach Ansicht der Stadtverwaltung zur Identifikation der Bürger mit ihrem Wohngebiet und ihrer Stadt beitragen. „Diese Plastiken geben unserer Stadt eine eigene Physiognomie, verkörpern ein Stück ihrer Seele.“⁴³⁵ Der Rat der Stadt wollte durch die „Kunst in Verbindung mit der Architektur der Stadt ein Gepräge“⁴³⁶ geben.



52. Abb.: Skulptur „Harmonie“ in Ludwigsfelde Nord, Aufnahme 2003

Die Plastiken waren letztlich zwar mit diesem Anspruch überfordert, dem teils wenig abwechslungsreichen Stadtraum „Physiognomie“, „Gepräge“ und „Charakter“ zu verleihen. Sie bildeten aber wichtige gestalterische Maßnahmen, die den Bewohnern ganz konkrete Verbesserungen ihres Wohnumfeldes boten, die Tätigkeit der Stadtverwaltung im Bereich der Stadtentwicklung dokumentierten und auch die Bewohner in die Planung und Erstellung stadtgestalterischer Aktionen integrieren konnten. Die Standorte der Plastiken wurden in Absprache mit den Ortschronisten festgelegt.⁴³⁷ Wünsche und Initiativen zur Aufstellung von Skulpturen kamen auch von der Stadtverordnetenversammlung oder direkt von Einwohnern, was die positive Aufnahme dieser Strategie der Stadtverwaltung belegt. Mehrere Initiativen der Einwohner wurden in den 1980er Jahren in das offizielle Programm zur Errichtung von Skulpturen eingebunden. So gestalteten die in der NDPD organisierten Handwerker die Brunnenskulptur vor dem Restaurant „Am Brunnen“ in „Ludwigsfelde Nord“.⁴³⁸

Bemerkenswert ist, dass keine Plastiken entstanden, die direkten Bezug auf die industrielle Bedeutung des Ortes nahmen. Neben Plastiken im typischen Stil des sozialistischen Realismus mit allerdings unpolitischen Inhalten wie „Mutter mit Kind“, „Harmonie“ und „Mädchen

⁴³⁵ Gartenschläger/Büdke: Kleine Stadtführung, S. 23.

⁴³⁶ StadtAL Nr. 102005 030, StVV Ludwigsfelde, Sitzung vom 23.10.1985, S. 1.

⁴³⁷ Vgl. Gartenschläger/Büdke: Kleine Stadtführung, S. 23.

⁴³⁸ Vgl. „Handwerksmeister schreiben sich auf ihre Art in das Buch der Stadtgeschichte ein.“ Birk: Baugeschehen, S. 45.

am Brunnen“ entstanden auch Skulpturen mit genuin städtischem Bezug. Im Jahr 1987 wurde Nahe der Autobahnunterführung eine Plastik in Form eines großdimensioniertes Ludwigsfelder Stadtwappens aufgestellt. Eingeweiht am Tag der Republikgründung mit einem „traditionellen Fackelumzug“ galt die Aufstellung des Stadtwappens in den offiziellen Darstellungen des Rates als ein für Ludwigsfelde „historisches Erlebnis“⁴³⁹, das selbstbewusst die städtische Identität markierte. Gestaltet wurde die Wappenskulptur – ohne in den Akten nachzuweisende Einflussnahme zentraler Stellen – vom regionalen Künstler Dietrich Rohde, der von der Stadtverordnetenversammlung anschließend für sein künstlerisches Werk ausgezeichnet wurde.

Am deutlichsten wird die Zielrichtung des Skulpturenprogramms zur städtischen Identitätsbildung bei der Aufstellung einer Büste von Theodor Fontane: Fast jede märkische Stadt kann auf eine Erwähnung in den Wanderungen von Fontane verweisen, Ludwigsfelde, die junge Stadt, naturgemäß aber nicht. In Schriften der Ortschronisten hieß es bedauernd: „Es ist nicht verwunderlich, daß Theodor Fontane in seinen ‚Wanderungen durch die Mark‘ diesen Flecken übersah und nur als Anhängsel der adligen Junker betrachtete, über den es nichts Mitteilenswertes gab.“⁴⁴⁰ Nichtsdestotrotz oder vielmehr gerade deswegen war die Aufstellung einer Fontanebüste Teil des identifikationsstiftenden Skulpturenprogramms. Sie verweist auf den Wunsch einer regionalen Identifikation einer – neuen – Stadt, die erst mühsam eigene Zentralität entwickeln musste und deren Bevölkerung weitgehend aus Zuwanderern von außerhalb der Region bestand, mit ihrem brandenburgischen Umfeld. Während viele Skulpturen aus der DDR-Zeit in Ludwigsfelde nach 1990 nur unzureichende Pflege erfuhren und teilweise sogar verfielen, blieb die Fontaneskulptur auch später hochgeschätzt. Die Büste von Fontane, der nie in Ludwigsfelde war und nie über Ludwigsfelde geschrieben hatte, wurde nach der Wende im Zusammenhang mit baulichen Umgestaltungen versetzt und fand am nunmehr prominentesten Platz der Stadt vor dem neu errichteten Rathaus eine herausgehobene Aufstellung und wird bis heute in vielen Stadtansichten abgebildet.



53. Abb.: Theodor-Fontane-Büste vor dem neuen Rathaus, 2005

⁴³⁹ Gartenschläger/Büdke: Kleine Stadtführung, S. 23.

⁴⁴⁰ KreisATF Cn Nr. 575 Materialsammlung zur Geschichte von Ludwigsfelde, Henry Tober: Ludwigsfelde – Jubiläen einer Stadt [Textentwurf, ca. 1980], S. 4.

Ortschronik und lokale Identität

Eine städtische Kulturarbeit, die sich die Bewahrung bzw. Entwicklung von örtlichen Traditionen und Identifikationen zum Ziel setzt, muss auch die Herausbildung einer lokalen Geschichtsschreibung und Geschichtspräsentation beinhalten.⁴⁴¹ Traditionen der Ortsgeschichtsschreibung bestanden in Ludwigsfelde – der neuen sozialistischen Stadt – jedoch nicht. Lediglich die seit 1958 existierende Publikationsreihe des „Heimatkalenders für den Kreis Zossen“ ermöglichte die Veröffentlichung einzelner Beiträge zur Geschichte des Ortes.⁴⁴² In den veröffentlichten Rückblicken der 1960er und 1970er Jahre wurde aber fast ausschließlich – durch Funktionäre von Werk und Partei – an den industriellen Neubeginn nach 1945 erinnert. In diesen Texten existierte die Vergangenheit vor 1945 lediglich als negative Folie.⁴⁴³ Zeitweise bestand in den 1960er Jahren eine Gruppe von Ortschronisten, die in enger Abstimmung mit der Ortspartei agierte und als „Zirkel“ im Klubhaus organisiert war. 1964 veröffentlichte sie sogar eine Broschüre unter dem Namen „Ludwigsfelde gestern, heute, morgen“, die auch zahlreiche ortsgeschichtliche Artikel enthielt, meist Wiederveröffentlichungen von Artikeln aus dem Zossener Heimatkalender und der Betriebszeitung.⁴⁴⁴ Seit Mitte der 1960er Jahre gab es jedoch kaum noch Aktivitäten dieser Gruppe. Zu der im Vorwort angekündigten intensiven Weiterführung der ortsgeschichtlichen Arbeit kam es nicht mehr.

Erst in den 1980er Jahren wurde die Beschäftigung mit der Ortsgeschichte im Rahmen der Bemühungen um die Schaffung von kulturellen Traditionen und Heimatbewusstsein wieder als ein wichtiges neues Betätigungsfeld der städtischen Politik erkannt.⁴⁴⁵ Damit folgte Ludwigsfelde im letzten Jahrzehnt der DDR der bereits geschilderten Grundtendenz der offiziellen Geschichtspolitik der Staats- und Parteiführung, die verstärkt die Aufarbeitung der Lokalgeschichte förderte.

Die intensive Beschäftigung mit der Ortsgeschichte ging zunächst jedoch nicht vom Rat der Stadt, sondern von Privatinitiativen einzelner Einwohner aus. Der Grundstock zu einer stadtgeschichtlichen Sammlung wurde vom Lehrer Hermann Reich gelegt, der in seinem Privat-

⁴⁴¹ Vgl. grundsätzlich zur städtischen Kulturarbeit: *Helmut Lange*: Geschichte in der Kulturarbeit der Städte, Köln 1992 (Deutscher Städtetag, Beiträge zur Bildungs- und Kulturpolitik, Reihe C, Heft 19).

⁴⁴² Vgl. KreisATF VI 7936 Kreisgeschichtskonferenz, Bilanz und Aufgaben heimatgeschichtlicher Erbe- und Traditionsarbeit (Referat zur Kreisgeschichtskonferenz in Zossen am 16.10.1989) S. 24. Ein großer Teil der Kreise der DDR besaß solche Heimatkalender, vor allem in brandenburgischen, anhaltinischen und altmärkischen Landschaften. Der Zossener Heimatkalender war jedoch eine der wenigen Publikationen mit ungebrochener Kontinuität bis zum Ende der DDR.

⁴⁴³ Vgl. beispielhaft: *Günter Hamann*: Vom Junkerdorf zur Lkw-Stadt, in: Heimatkalender des Kreises Zossen 1966, S. 114–117.

⁴⁴⁴ *Zirkel der Historiker und Chronisten, Klubhaus „Arthur Ladwig“ Ludwigsfelde (Hg.)*: Ludwigsfelde gestern heute morgen, 1964, Ein Querschnitt aus der Entwicklungsgeschichte – geschrieben von den Einwohnern, Velten 1964. Die Sammlung wurde von Harry Tober zusammengestellt, dem Sekretär des Rates und späterem stellvertretenden Bürgermeister zusammengestellt, der auch in den folgenden Jahren einzelne Artikel zur Entwicklung des Ortes veröffentlichte.

⁴⁴⁵ Mindestens seit den 1960er Jahren existierte schon als Vorläufer ein Zirkel „Historiker und Chronisten“ im Kulturhaus, der auch die Erstellung einer Ortschronik vorbereitete. Vor allem Ende der 1960er Jahre wurden durch den dort engagierten stellvertretenden Bürgermeister Tober zahlreiche Veröffentlichungen im Heimatkalender und in der Tagespresse über Ludwigsfelde publiziert, die jedoch vor allem an der Darstellung der neueren Industriegeschichte orientiert blieben.

haus Dokumente und Artefakte aus der Ludwigsfelder Ortsgeschichte zusammengetragen und bereits teilweise für Besucher zugänglich gemacht hatte. Die Stadt unterstützte diese Sammeltätigkeit schließlich und kaufte die Sammlung im Jahr 1988 auf, um die Einrichtung eines heimatgeschichtlichen Kabinetts vorzubereiten.⁴⁴⁶

Seit 1980 bestanden erste Überlegungen innerhalb der Stadt, im Rahmen einer zu schaffenden Arbeitsgruppe des Kulturbundes eine Ortschronik zu schreiben und ein Stadtmuseum zu schaffen.⁴⁴⁷ Eine formelle Arbeitsgemeinschaft der „Ortschronisten“ in Ludwigsfelde wurde schließlich 1983 gegründet. Die Einrichtung der lokalen Gruppen von Ortschronisten wurde im gesamten Kreis Zossen gefördert; zur Anleitung und zum Erfahrungsaustausch einzelner Gruppen veranstaltete der Rat des Kreises sogar „Kreischronistenkonferenzen“. Seit 1982 war auch durch ein DDR-Gesetz die Erarbeitung von Ortschroniken vorgeschrieben. Diese Vorgaben der übergeordneten Organe wurden in Ludwigsfelde besonders konsequent aufgegriffen. Die Ludwigsfelder Arbeitsgemeinschaft der Ortschronisten AG hatte immerhin 22 Mitglieder unter der Leitung des ansässigen Historikers Birk und entfaltete die umfangreichste Tätigkeit innerhalb des Kreises.⁴⁴⁸ Neben dem Historiker fanden sich Betriebsangehörige, pensionierte Parteifunktionäre, Geschichtslehrer und andere interessierte Bürger im Arbeitskreis zusammen.

Die AG Ortsgeschichte veröffentlichte seit Mitte der 1980er Jahre mit Unterstützung von Stadt und Kreis eine ganze Reihe historischer Broschüren zu Ludwigsfelde und veranstaltete kleinere ortsgeschichtliche Ausstellungen in den Schaufenstern von Läden und Kultureinrichtungen in Ludwigsfelde.⁴⁴⁹ Erste reguläre ortsgeschichtliche Ausstellungen fanden in der von der Stadt 1981 in einem ehemaligen Blumenladen neu eingerichteten kleinen „Galerie am Eck“ in „Ludwigsfelde Nord“ statt, die auch anderen Ausstellungen mit regionalem Bezug diente.⁴⁵⁰ Bis 1988 wurden durch die Ortschronisten insgesamt etwa 250 Artikel und Beiträge zur Lokal-, Betriebs-, Regional- bzw. Heimatgeschichte für die Kreisseite der „Märkischen Volksstimme“, die „Zeitschrift für Heimatgeschichte“, den Heimatkalender für den Kreis Zossen und andere wissenschaftliche Publikationsorgane geschrieben bzw. initiiert.⁴⁵¹ Daneben wurde ab 1983 die Reihe „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“ herausgegeben. Diese inhaltlich sehr dichte und professionell gestaltete Reihe, die nach 1990 bis heute fortgesetzt wurde, ist ungewöhnlich für DDR-Städte dieser Größe. Anfang 1989 plante der Rat

⁴⁴⁶ Vgl. KreisATF VI 7936, Kreisgeschichtskonferenz, Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Kreisvorstand Zossen/Bezirk Potsdam, Abrechnung der Initiative „40 Jahre DDR-Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg“, S. 2–3.

⁴⁴⁷ Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 20.10.1980, Vorlage Nr. 47/80, Beschluß Nr. 50/10/80 Bericht zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde, Stadtrat für Kultur, S. 8.

⁴⁴⁸ Vgl. KreisATF VI 7936, Kreisgeschichtskonferenz, Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Kreisvorstand Zossen/Bezirk Potsdam, Abrechnung der Initiative „40 Jahre DDR-Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg“, S. 2.

⁴⁴⁹ Vgl. KreisATF VI 7936, Kreisgeschichtskonferenz, Bilanz und Aufgaben heimatgeschichtlicher Erbe- und Traditionsarbeit, Referat zur Kreisgeschichtskonferenz in Zossen am 16.10.1989, S. 25–26.

⁴⁵⁰ Insbesondere in der Region konnten ansässige Künstler hier ihre Werke ausstellen.

⁴⁵¹ Vgl. StadtAL Nr. 171001 029, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 8.12.1988, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe Heimatgeschichte/Ortsgeschichte Ludwigsfelde für das Jahr 1988, S. 1.

eine Auflage von immerhin 2.040 Exemplaren der neuen Ausgabe „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“.⁴⁵²

Der Rat der Stadt förderte diese Publikationen, um die Bindung an die Stadt Ludwigsfelde zu stärken, mit dem Ziel „den Einwohnern von Ludwigsfelde zu helfen, Ludwigsfelder zu werden.“⁴⁵³ Im Vorwort des dritten Teils der „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“ umriss der Bürgermeister Günther Hengst die Aufgabe der Reihe:

*„Sinn und Zweck der Publikationsreihe ist es vor allem den Einwohnern die nähere Heimat weiter zu erschließen, den Blick für das Erkennen von ortsgeschichtlichen Prozessen zu schärfen und das Verständnis dafür zu wecken, daß die Verbundenheit mit der Heimat eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden der Bürger ist.“*⁴⁵⁴

Die Erarbeitung der Ortschronik wurde zwar durch lokale Initiativen umgesetzt, blieb aber eine Aktivität unter Kontrolle übergeordneter Staats- und Parteistellen. Die grundlegenden Ziele wurden vom „Vorsitzenden der Kreisarbeitsgruppe beim Rat des Kreises“ erarbeitet.⁴⁵⁵ Weitere politische Vorgaben der übergeordneten Staats- und Parteiebenen wurden regelmäßig den örtlichen Verantwortlichen übermittelt.⁴⁵⁶ Die Heimatgeschichte sollte auf diese Weise weiterhin im Sinne der Staatsideologie instrumentalisiert werden. Im Kreis Zossen bestand zur Koordinierung der einzelnen Ortschroniken eine „Erbe- und Traditionskonzeption des Kreises Zossen“. Nach der dort vorgetragenen Begründung des Leiters der Ortschronisten Birk setzte die

*„Identifikation mit dem sozialistischen Staat setzt die Identifikation mit der Heimat bzw. dem Wohnort voraus. Die Konzeption macht auf die auf heimatgeschichtlichem Gebiet noch unerschlossenen Reserven und Möglichkeiten aufmerksam, die dazu geeignet sind, der Entfaltung des sozialistischen Heimat- und Geschichtsbewußtseins wesentliche Impulse zu geben.“*⁴⁵⁷

Wichtiger als diese gegenüber den Verantwortlichen im Kreis plakativ betonten staatspolitischen Aufgaben waren in der praktischen Arbeit der Ortschronisten jedoch die genuin lokalpolitischen Zielsetzungen. Trotz der formalen Einbettung aller Beiträge in die Vorgaben des offiziellen Geschichtsbildes dominierten heimatkundliche Bezüge und das Interesse der Stadtverwaltung zur Schaffung lokaler Identitäten. Nach Ansicht der Stadträtin für Kultur soll-

⁴⁵² StadtAL Nr. 171001 030, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 9.3.1989, S. 5.

⁴⁵³ Vgl. Beratung des Arbeitskreises Heimatgeschichte/Ortschronik am 14.9.1985, in: Birk: Geschichte und Geschichten, Teil 2, S. 6.

⁴⁵⁴ Günther Hengst: Geleitwort, in: Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 4.

⁴⁵⁵ Vgl. KreisATF VI 7936, Kreisgeschichtskonferenz, Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Kreisvorstand Zossen/Bezirk Potsdam, Abrechnung der Initiative „40 Jahre DDR-Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg“, Nr. 2 Ausarbeitung einer Erbe- und Traditionskonzeption, S. 2.

⁴⁵⁶ Vgl. KreisATF VI 7517, Erbe- und Traditionskonzeption, Schreiben Rat des Kreises Zossen, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Zossen, 21.9.1988, Vorlage für das Sekretariat der SED-Kreisleitung am 28.9.1988.

⁴⁵⁷ KreisATF VI 7517, Erbe- und Traditionskonzeption, Auswertung der Stellungnahmen zum 1. Entwurf der Erbe- und Traditionskonzeption des Kreises Zossen vom Oktober 1987, S. 1.

te für die Zugezogenen ihre Heimatverbundenheit „nicht zuletzt aus der Kenntnis der Geschichte des Ortes“ erwachsen:

„Das Kennenlernen und Erleben meiner Heimatstadt, der Wunsch, auch hier ein wenig zu Hause zu sein, hat mich bewogen, solche kleinen Geschichten zu erfragen, darüber zu berichten, um auch anderen neuen Bewohnern diese Stadt näher zu bringen.“⁴⁵⁸

Die Aufarbeitung der Ortsgeschichte konzentrierte sich seit 1983 nicht mehr allein auf die Feier des industriellen Aufbruchs in Ludwigsfelde, wie es noch in den Selbstdarstellungen der 1960er und 1970er Jahre der Fall gewesen war. Thematisch umfassten die Beiträge in den „Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten“ neben der Aufbauphase der 1950er Jahre und der Beschreibung der einzelnen ansässigen Betriebe auch Rückblicke in die 1930er Jahre und die vorindustrielle Geschichte. Ein weiterer Schwerpunkt – insbesondere der späteren Hefte – waren auch Berichte über das zeitgenössische Alltagsleben in Ludwigsfelde, insbesondere in den Vereinen der Stadt. Eine wichtige Rolle als Identifikationspunkt bei der Beschäftigung mit der Ortsgeschichte bildete der „Alte Krug“ – das älteste, nun als Gaststätte genutzte Haus der historischen ländlichen Siedlung Ludwigsfelde im Süden der Stadt. Der historische Bezug ließ sich leicht mit der gängigen Traditionskonzeption der DDR in Einklang bringen, da man sogar eine Linie zu den Befreiungskriegen und der Freundschaft mit Russland ziehen konnte, wie in der folgenden Romanpassage von Günter Görlich deutlich wird:

„Der ist ein uraltes Haus, Fachwerk, und liegt unter uralten Bäumen, und man sagt, daß Napoleon hier eine Nacht geschlafen habe, als seine Truppen auf Berlin marschierten. Von hier aus soll er dann etwas eilig gen Westen gereist sein, als die preußische Landwehr und die Kosaken seinen Truppen bei Großbeeren eins aufs Haupt gaben. Da diese Geschichte und der „Alte Krug“ gewissermaßen das einzig Historisch-Nostalgische an unserem Städtchen L. sind, glaubt man gerne daran.“⁴⁵⁹

Das „einzig Historisch-Nostalgische“ im Städtchen sollte nach den Plänen der Stadtverwaltung auch das neue Heimatmuseum beherbergen: Dass in diesem Gebäude die Ludwigsfelder Geschichte ausschließlich mit Industriebezug dargestellt worden wäre, ist schwer vorstellbar.⁴⁶⁰

5.3.6 Der Wunsch nach dem „städtischen Charakter“

Die Analyse der Versorgung mit Konsum-, Kultur- und Freizeitangeboten hat verdeutlicht, dass die Defiziterfahrung der Bewohner nicht auf quantitative Aspekte des Angebots an Waren und Diensten in der Stadt begrenzt war, sondern sich in besonderer Weise auch auf die subjektive Wahrnehmung der Qualität, Individualität und Vielfalt der Angebote und ihre stadt-

⁴⁵⁸ Gartenschläger/Büdke: Kleine Stadtführung, S. 24.

⁴⁵⁹ Görlich: Anzeige, S. 50.

⁴⁶⁰ Dazu kam es jedoch nicht. Nach der Wende wurde das Museum 1994 zunächst in einem Bau in „Ludwigsfelde Nord“ untergebracht, bis es schließlich seinen Standort im alten Bahnhofsgebäude fand, wo Siedlungs- und Industriegeschichte heute gleichwertig präsentiert werden.

räumliche Nutzbarkeit bezog. Aus dem Bedürfnis nach Identifikation mit der Heimatstadt resultierten vor allem spezifische Anforderungen an den Stadtraum, dessen Ausgestaltung trotz aller vorhandenen Versorgungsangebote als defizitär erlebt wurde.

Der Mangel an städtischen Qualitäten wurde im Industrieort nicht erst zu Zeiten der DDR empfunden. Vergleichbare schmerzliche Erfahrungen machten schon die ersten industriellen Pioniere in den 1930er Jahren. Ludwigsfelde konnte als reine Werksiedlung den neu zugezogenen Bewohnern in der Anfangsphase der industriellen Entwicklung außer einer Arbeitsstelle zunächst kaum weitere „urbane“ Attraktionen und lokale Identifikationsmöglichkeiten bieten. Frau G. schildert den Eindruck ihrer Mutter, die 1936 mit ihrem Mann aus Schlesien nach Ludwigsfelde gezogen war:

„Meine Mutter erzählte immer: ‚Vater, sag mal, wo hast du mich hergebracht?‘ Die kam aus einem kleinen Städtchen in Schlesien. ‚Wo hast du mich da hergebracht?‘ Es gab ja nichts. Ja, meine Mutter stammte aus einer Schneiderfamilie. Sie war gewöhnt, dass Kleidung wichtig war. Meine Mutter ging immer mit Hut auf die Straße. Das war eben das Städtische. Das gab es nicht in Ludwigsfelde.“⁴⁶¹

Die charakteristischen Qualitäten des „Städtischen“ sollten auch nach 1945 nicht in Ludwigsfelde Einzug halten. Die Zuwanderer der zweiten industriellen Gründungsphase klagten im Jahre 1953, dass sie in Ludwigsfelde leben müssten „wie in einem kleinen Dorf“.⁴⁶² Ungeachtet der Verleihung des Stadttitels im Jahre 1965 blieb Ludwigsfelde auch in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR baulich wie strukturell noch weit entfernt von einer umfassenden Herausbildung städtischer Qualitäten, selbst wenn man nicht großstädtische Vorbilder, sondern kleinstädtische Maßstäbe heranzieht: Gestaltete zentrale öffentliche Räume für Konsum und Kommunikation, Zonen dichter und gemischter Nutzungen, die den Charakter gesellschaftlicher Kommunikationszonen hatten sowie eine soziale und ökonomische Differenziertheit fehlten weitgehend. Über den Charakter einer bloßen Arbeiterwohnsiedlung für einen Industriebetrieb wuchs Ludwigsfelde im Laufe der Jahrzehnte zwar deutlich hinaus. Eine wirkliche „Stadtwerdung“ schloss der Ort während der DDR-Zeit aber nicht ab.

Rein quantitativ war Ludwigsfelde für eine „neue Industriestadt“ auf den ersten Blick nicht schlecht mit „urbanen“ Angeboten ausgestattet: Mit dem Kulturhaus, dem kleinen Kaufhaus, einer Apotheke und dem alten Kino befanden sich wichtige Einrichtungen in der Mitte der Stadt. Die industriestädtische Bevölkerung war zudem durch die ansässigen Großbetriebe und den konzentrierten staatlichen Wohnungsbau und die Konsumgüterzuteilung privilegiert versorgt. Das rein flächenmäßige Angebot war jedoch nicht allein entscheidend für die individuelle Wahrnehmung der örtlichen Qualitäten. Die einzelnen Stadtviertel mit ihrer durchaus vorhandenen Wohnqualität boten als weitgehend monofunktionale Wohnsiedlungen kaum Konzentrationspunkte städtischen Lebens. Es mangelte vor allem an einem zentralen Ort des Konsums und der Geselligkeit in Ludwigsfelde. Die bauliche Ausformulierung einer

⁴⁶¹ Interview Frau G.

⁴⁶² BLHA Bez. Pdm. Rep. 506, IFA Automobilwerke Ludwigsfelde Nr. 134, Aufbauleitung, Ludwigsfelde 29.10.1953, Protokoll über die Einwohnerversammlung des neuen sozialistischen Stadtteils, S. 2.

kommunikativen Stadtmitte und ihre Einbindung in die umgebenden Stadtstrukturen waren unzureichend, die einzelnen Angebote blieben unzusammenhängend im Stadtraum verteilt. In der Mitte der Stadt blieb trotz der dort vorhandenen Einrichtungen ein funktionales „Loch“. Das fehlende Stadtzentrum erschwerte sowohl den baulichen Stadtwerdungsprozess als auch die Herausbildung einer engen lokalen Identifikation der zahlreichen neu zugezogenen Bewohner mit ihrer neuen Heimat entscheidend. Trotz der großen industriellen Bedeutung Ludwigsfeldes für die gesamte DDR waren letztlich alle, teils gestalterisch sehr ambitionierten Planungen für ein Zentrum gescheitert. Hinter dem Wunsch nach öffentlichen Räumen stand in Ludwigsfelde wie in anderen kleinen Industriestädten in der DDR letztlich kein mächtiger Akteur – die Anstrengungen zur Herausbildung einer Stadtmitte blieben somit auf lokale Initiativen beschränkt und so lange Zeit weitgehend ohne Chance.

Wichtige Nischen für die individuelle Alltagsgestaltung boten zwar die bereits erwähnten Strukturen des weitgefächerten Vereinswesens, die Kleingärten und die im Ort verbliebenen Baracken, die häufig als Jugendclubs und Gaststätten durch Vereins- oder Betriebsinitiativen ausgebaut wurden.⁴⁶³ Durch die Lage Ludwigsfeldes im Umland Berlins konnten zudem bestimmte Defizite im kulturellen Bereich auch in den nahe gelegenen Großstädten Berlin und Potsdam ausgeglichen werden. Die Einwohner organisierten sich außerdem eigenständig, um die Defizite durch Theater- und Kinobesuche in Berlin auszugleichen.⁴⁶⁴ Diese Formen der Defizitbewältigung förderten jedoch nicht den Stadtwerdungsprozess Ludwigsfeldes. Der Wunsch, eine „städtische Struktur“ in Ludwigsfelde zu entwickeln, blieb bei Bewohnern und örtlicher Verwaltung trotz dieser Ausweichnischen und der Brisanz der anderen tagesaktuellen Defizite des Wohnungsbaus und des Versorgungsangebotes während der gesamten DDR stets präsent. Die zahlreichen lokalen Initiativen zur Anlage eines Stadtzentrums dokumentieren diesen Wunsch nach urbaner Verdichtung nachdrücklich.

Die Leitbilder zur perspektivischen Entwicklung einer „sozialistischen Industriestadt“ und zur Umsetzung der „sozialistischen Lebensweise“⁴⁶⁵ boten dauerhaft keinen adäquaten Ersatz für konkrete Defizite im Alltagsleben und keine überzeugende Alternative zu den tradierten Vorstellungen von den Qualitäten einer Stadt. Die gute Versorgung mit Wohnraum und Infrastrukturen wurde von den Bewohnern trotz aller auch dort vorhandenen Probleme zwar anerkannt. Die mangelnde urbane Qualität trat jedoch besonders deutlich ins Bewusstsein, wenn für die zugezogenen jungen Arbeitskräfte die drängende Wohnraumfrage vor Ort geklärt war und nun auch andere, weitergehende Ansprüche an die neue Heimatstadt Ludwigsfelde gestellt wurden.

⁴⁶³ Vgl. zur These von der „Nischengesellschaft“ der DDR: *Günter Gaus: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg 1983.

⁴⁶⁴ Vgl. „Wie kulturvoll ist denn unser Alltag?“ in: *Start* 28, 1976, S. 6. In der Betriebsgewerkschaftsleitung gab es eine Konsultationsstelle, die Karten für Theatervorstellungen in Berlin und Potsdam beschaffte. Im Jahre 1987 konnten 3.849 Theaterkarten und 1.966 Karten für den Friedrichstadtpalast und den Palast der Republik für die Autowerker vermittelt werden. Vgl. *Bober: VEB IFA-Automobilwerke*, S. 101.

⁴⁶⁵ Siehe zum Begriff: *Sozialistische Lebensweise und sozialistische Stadt*, S. 47.

Obwohl in den Eingaben der Einwohner Wohnungs- und Versorgungsfragen dominierten, wurde der Wunsch nach einem kompakten städtischen Zentrum und Konsumbereich immer wieder nachdrücklich geäußert. Die Thematisierung des Mankos zieht sich als roter Faden durch die Jahrzehnte. Der Wunsch nach Kleinteiligkeit, öffentlichen Plätzen, Einkaufsstraßen war steter Bestandteil der öffentlichen Äußerungen der Einwohner. Im Rat und in der Stadtverordnetenversammlung erfolgte regelmäßig der Wunsch nach Verdichtung der Bebauung im Stadtinneren, die Schaffung eines „städtischen Bildes“, die „Abrundung der Magistrale“⁴⁶⁶ und die Ausbildung „eines städtischen Charakters“ als wesentliche Bestandteile der örtlichen Gesamtentwicklung. Exemplarisch zeigt eine Äußerung eines Abgeordneten S. auf einer Stadtverordnetenversammlung von 1975 die in dieser Hinsicht vielfach enttäuschten Hoffnungen:

*„In Ludwigsfelde muß man leben können. Die Stadt muß einen städtischen Charakter erhalten. Die Freizeitselbstbetätigung muß stärker den Bedürfnissen der Werktätigen angepaßt werden. Die Menschen müssen sich in der Stadt wohl fühlen können. Ich möchte lieber in Potsdam wohnen.“*⁴⁶⁷

Das Zitat umreißt deutlich den über die rein funktionale Bedürfnisbefriedigung hinausgehenden Anspruch der Einwohner an ihren Wohnort: In Ludwigsfelde sollte man nicht nur wohnen und arbeiten, sondern auch „leben“ können, und zwar in einer Siedlung mit „städtischem Charakter“. Der Abgeordnete S. verdeutlichte auf der Stadtverordnetenversammlung auch, dass er unter den gewünschten städtischen Qualitäten keinesfalls nur quantitative Konsumangebote, sondern auch gestaltete Straßenräume verstand.⁴⁶⁸

In der Betriebszeitung „Start“ des Kombinats wurde mehrfach über die mangelhafte kulturelle und urbane Ausstattung der Stadt diskutiert. Unter der Überschrift „Wie kulturvoll ist unser Alltag“ gab 1976 eine Artikelfolge kritischen Stimmen umfänglichen Raum.⁴⁶⁹ Insgesamt wurden innerhalb eines Jahres etwa 40 Beiträge von Kulturfunktionären, Journalisten, Werktätigen und Lehrlingen veröffentlicht, die Qualitäten der bestehenden Kultureinrichtungen zwar betonten, die insgesamt bestehenden gesamtstädtischen Defizite Ludwigsfeldes jedoch klar benannten. Typisch für die Artikelserie war die folgende Aussage des Werksangehörigen Ebel, der auch in zahlreichen Partei- und Staatsinstitutionen engagiert war:

*„Da blieb dann auch nicht viel Gelegenheit, mal nach Berlin-Schöneweide oder nach Potsdam zu einem Einkaufsbummel zu fahren, wie sie [die befragte Familie] es gern und sonst oft machen. Sie könnten also, auf sich gestellt, ihre Freizeit gut verbringen. Und doch haben sie wie jeder in den Häuserblocks, das Bedürfnis nach Geselligkeit, Begegnungen oder einem Plausch außerhalb der vier Wände. Das ist nicht einfach in Ludwigsfelde!“*⁴⁷⁰

⁴⁶⁶ Gemeint ist die durch den Ort verlaufende Potsdamer Straße.

⁴⁶⁷ StadtAL Nr. 102005 015, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 14.8.1975, Beitrag Herr S., S. 2.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd.

⁴⁶⁹ Vgl.: Wie kulturvoll ist denn unser Alltag? in: Start 11, 1976, S. 6.

⁴⁷⁰ Die Redakteure der Betriebszeitung bilanzierten: „Wohnen nicht viele hinter den abendlich erleuchteten Fenstern gegenüber, die ähnliche Ansprüche haben, den Alltag, die Abende und die freie Zeit so zu verbringen.“

Die Redakteure der „Start“ konnten mit gutem Grund bilanzieren, dass zahlreiche andere Ludwigsfelder ähnliche unerfüllte Ansprüche an ihre Stadt hatten:

„Wir sehen während des Gesprächs einen Augenblick aus dem Fenster auf die vielen Häuserfronten. Wohnen nicht viele hinter den abendlich erleuchteten Fenstern gegenüber, die ähnliche Ansprüche haben, den Alltag, die Abende und die freie Zeit so zu verbringen wie die Ebels, die der mittleren Generation angehören?“⁴⁷¹

Auch der letzte Bürgermeister während der DDR-Zeit konstatierte das Manko der defizitären Urbanität im späteren Interview:

„Da sind wir schon eine sehr gute Kommune von der Infrastruktur her gesehen, gut bedient gewesen. Wir haben allerdings den Eindruck nie weggekriegt, dass wir hier eine Schlafstadt sind. Wenn Sie die Bürger fragen, die werden das immer wieder bestätigen.“⁴⁷²

Vergleichbare Defizite und der Wunsch nach traditionellen städtischen Angeboten und dem „Bedürfnis nach Geselligkeit, Begegnungen oder einem Plausch außerhalb der vier Wände“ zeigten sich auch in anderen kleinen industriellen Entwicklungsstädten der DDR.⁴⁷³ Der Vergleich mit anderen großen Städten und insbesondere mit der Hauptstadt Berlin ließ Ludwigsfelde in Hinblick auf seine urbane Lebendigkeit in besonders ungünstigem Licht erscheinen. Nach dem Besuch der Weltfestspiele in Berlin 1973 äußerten Jugendliche, „daß bei der Rückkehr besonders auffällt, daß in Ludwigsfelde nichts los ist.“⁴⁷⁴ Die Diskrepanz in Bezug auf das „Städtische“ wurde aber nicht nur beim – nicht angemessenen – Vergleich zu Großstädten, sondern auch in Gegenüberstellung zu anderen „alten“ Kleinstädten von den Einwohnern Ludwigsfeldes wahrgenommen. Die Defizite ihres Wohnortes empfanden die Einwohner besonders, wenn sie von Besuchen der ursprünglichen Herkunftsorte der Familien, häufig waren dies historische Kleinstädte, zurückkehrten.⁴⁷⁵ Sogar ein Mitglied des Rates der Gemeinde musste 1964 zugestehen,

„daß uns andere [historische] Orte immer überlegen sein werden, da Ludwigsfelde keine Ladenstraße hat, die zu einem Schaufensterbummel einlädt, trotzdem das Angebot in unserem Ort nicht schlechter als anderswo ist“⁴⁷⁶.

Selbst während der durch eine optimistische Grundstimmung geprägten Aufbauphase der „sozialistischen Stadt“ verloren die Qualitäten der „alten Städte“ nicht an Anziehungskraft. Nach einem Besuch in Mühlhausen äußerten sich 1965 zahlreiche Jugendliche positiv über

gen wie die Ebels, die der mittleren Generation angehören.“ Ebenso wortgleich veröffentlicht in einem Artikel der Märkischen Volksstimme. Wie kulturvoll ist unser Alltag? in: Märkische Volksstimme, 11.3.1976, S. 6.

⁴⁷¹ Wie kulturvoll ist denn unser Alltag? Besuch bei der Familie Ebel – Gaststättenbesuch für und wider – Bedürfnis nach Geselligkeit – Nur Fernsehabeende gefragt? in: Start 11, 1976, S. 6.

⁴⁷² Interview Kallmeyer.

⁴⁷³ So konnte in Senftenberg die Versorgung mit Wohnraum zwar weitgehend gewährleistet werden, während die Schaffung von Einkaufs-, Dienstleistungs-, Gesundheits- und Kindereinrichtungen nur in sehr ungenügendem Umfang gelang. Vgl. Rank: Sozialistischer Feierabend, S. 266.

⁴⁷⁴ BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Grundorganisationen Zossen Nr. 3848, Informationsberichte und Einschätzungen, Information an die Kreisleitung 3.8.1973, S. 1.

⁴⁷⁵ Vgl. StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Bericht zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Ludwigsfelde, Stadtrat für Kultur, S. 6.

⁴⁷⁶ StadtAL Nr. 171001 005, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 26.11.1964, S. 1.

die historische Kleinstadt in Thüringen. Ausgerechnet das zu DDR-Zeiten eher stagnierende Mühlhausen beeindruckte die Ludwigsfelder Schüler durch seine historische Struktur, dekorierte Schaufenster und attraktive Gaststätten.⁴⁷⁷

Das Angebot in Ludwigsfelde war quantitativ deutlich besser als in den alten Kleinstädten, die angeblich zum „Schaufensterbummel“ einluden, aber in der Realität der DDR meist von baulichem Verfall und quantitativen Versorgungsdefiziten gekennzeichnet waren. Gleichwohl offerierten diese Orte den Einwohnern eine urbane Differenziertheit, bauliche Attraktionen und ein heimatliches Identifikationsangebot, das die Ludwigsfelder in ihrem Heimatort vermissten. Diese kleinstädtischen Vorbilder – nicht die Sehnsucht nach metropolitaner Qualität – bestimmten zunehmend die Vorstellung von Einwohnern und Stadtverantwortlichen von der Zukunft ihrer Stadt.

Die Wünsche der Einwohner nach Gestaltung des Stadtraums orientierten sich auch in der neuen Stadt Ludwigsfelde dabei zumeist an sehr traditionellen baulichen Formen der Urbanität: Zu den ersehnten Stadtbausteinen zählten vor allem der zentrale Marktplatz, die Ladenstraße, identitätsstiftende kommunale Bauten und baulich gefasste öffentliche Kommunikationsräume. Schon die baulichen Ergebnisse der ersten „sozialistischen Wohnstadt“ Anfang der 1950er Jahre wurden von vielen Bürgern mit Enttäuschung aufgenommen, obwohl in diesem Bauabschnitt unter dem Signum der Nationalen Bautradition noch zahlreiche „klassische“ städtebauliche Gestaltungsgrundsätze Eingang gefunden hatten. Die Enttäuschung bezog sich insbesondere darauf, dass in die um den Heinrich-Heine-Platz durchaus erkennbare „städtische Hülle“ dieses Viertels nur in unzureichendem Umfang städtische Nutzungen einzogen: Die wenigen Läden waren klein, die Ausgestaltung des eigentlichen Zentralen Platzes unterblieb. Insbesondere die von vielen Bürgern erwartete Ladenstraße wurde nicht erbaut, wie ein Gemeinderat im Jahr 1956 kritisierte:

„Vor Beginn der Baulichkeiten hieß es, daß die Potsdamer Straße eine Ladenstraße werden müßte, wie sieht es jetzt damit aus? Es darf in Zukunft nicht wieder vorkommen, daß einige Wohnblocks gebaut werden mit nur 4 Läden. In den neuen Blocks, die in der Straße der Jungen Pioniere errichtet werden, ist kein einziger Laden vorgesehen.“⁴⁷⁸

Erneut wurde 1958 durch denselben Gemeinderat bei der Diskussion um den Bau der „Zweiten Wohnstadt“ das Verlangen geäußert, dass nunmehr dort „die Läden als Ladenstraße angeordnet werden sollen“⁴⁷⁹. Der Wunsch nach einer städtischen Ladenstraße wurde in den nächsten Jahrzehnten immer wieder von Bürgern und den lokalen Autoritäten formuliert. Dies verweist erneut darauf, dass in Ludwigsfelde nicht ausschließlich die quantitative Bereitstellung von Konsumangeboten, sondern auch die Schaffung von urbanen baulichen Strukturen erwartet wurde.

⁴⁷⁷ Vgl. StadtAL Nr. 171001 006, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 1.4.1965, S. 3.

⁴⁷⁸ KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde 1956, Sitzung am 22.5.1956, S. 3.

⁴⁷⁹ KreisATF XI 1724, Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Sitzung am 27.3.1958, S. 2.

Auch Mitte der 1960er Jahre wollte die Stadtverwaltung im Rahmen der weiteren Ausdehnung der Stadt die Potsdamer Straße als Geschäftsstraße konzipieren, um auf diese Weise das gesamte Ortsbild aufzuwerten, konnte sich jedoch damit gegen die bezirkliche Planung nicht durchsetzen.⁴⁸⁰ Die Vernachlässigung der urbanen Entwicklung der Stadt durch die bezirkliche Planung blieb ein ständiger Kritikpunkt, wie die Äußerung der „Ständigen Kommission Bauwesen“ von 1976 verdeutlicht:

„Kollege Pens erläuterte die städtebauliche Entwicklung der Stadt Ludwigsfelde. Er brachte zum Ausdruck, daß sie nicht den Anforderungen einer Stadt entspricht. Weiterhin führte er aus, [dass] die notwendige architektonische Gestaltung und Harmonie beim Städtebau [fehlt]. Es wurde in der Vergangenheit, die Gestaltung des städtebaulichen Bildes seitens der Staatlichen Bauaufsicht und auch des Stadtbauamtes nicht berücksichtigt.“⁴⁸¹

Die erbrachten baulichen Leistungen für den Wohnungsbau in Ludwigsfelde waren in den 1970er Jahren unbestreitbar, aber es handelte sich weitgehend um eine rein quantitative Bedürfnisbefriedigung, die letztlich durch ihre Realisierung von Standardprojekten des komplexen Wohnungsbaus wenig Beziehung zum Standort entwickelte und – wie es die Ständige Kommission formulierte – „nicht den Anforderungen einer Stadt“ entsprach. Auch bei der Vorstellung der Konzeption des neuen Stadtteils „Ludwigsfelde Nord“ durch das Büro für Städtebau im Jahr 1974 verlangte der Rat der Stadt erneut den Bau einer dichten Einkaufszone an der Potsdamer Straße.⁴⁸² Die bezirklichen Planer lehnten jedoch die von der Stadt vorgeschlagene Aneinanderreihung von zentralen Einrichtungen entlang der Potsdamer Straße in Form einer Einkaufsstraße zugunsten der Rahmen des komplexen Wohnungsbau systemtypischen Konzentration von Versorgungseinrichtungen in einigen freistehenden Typenbauten ab.⁴⁸³ Die neuen Kaufhallen und „Dienstleistungswürfel“ wurden zu gerne genutzten Konsumeinrichtungen im neuen Wohngebiet, zu attraktiven gesellschaftlichen Kommunikationszonen entwickelten sich diese Bereiche jedoch nicht.

Die stadtsoziologische Forschung der DDR hatte in den 1980er Jahren eine starke Unzufriedenheit der Bewohner mit den neuen Wohngebietszentren aufgezeigt, gleichzeitig aber die große Verbundenheit der Menschen mit den alten Zentren ihrer Städte nachgewiesen.⁴⁸⁴ Seit den 1970er Jahren wurden vielfach ältere Stadtbereiche in der DDR strukturell aufgewertet. Der offizielle Städtebau in der DDR wurde seit den späten 1970er Jahren, wie es Frank Bet-

⁴⁸⁰ Vgl. StadtAL: Gesprächsprotokoll mit Herrn Siegfried Striegler, am 20.2.1998 über den Bau der Ludwigsfelder Schwimmhalle, unterschriebenes Protokoll, S. 1 und KreisATF XI 1639, Ludwigsfelde 1965–1969, Protokolle der Ständigen Kommission Bauwesen, Bauaktivsitzung am 4.3.1965, S. 4.

⁴⁸¹ StadtAL Sekretär des Rates Nr. 27, Sitzung der Ständigen Kommission Bauwesen am 7.4.1976, S. 1.

⁴⁸² Vgl. StadtAL Nr. 171001 015, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 14.11.1974, S. 2. Diese Zielsetzung wurde durch die Kommission Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung unterstützt, die wünschte „die gesellschaftlichen Bauten längs der Potsdamer Straße anzuordnen.“ StadtAL Sekretär des Rates Nr. 27, Sitzung der Ständigen Kommission Bauwesen am 14.12.1974, S. 1.

⁴⁸³ Vgl. BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 555, Wohnkomplex Nord in Ludwigsfelde 1974–1977, Brief des Büros für Städtebau an AWG „Solidarität“, 22.12.1975, Stellungnahme zu Forderungen der AWG zum Bebauungsplan „Ludwigsfelde Nord“, S. 2.

⁴⁸⁴ Vgl. *Staufenbiel*: Leben in Städten, S. 39 und *Staufenbiel*: Brandenburg `87, S. 132.

ker formuliert hat, zunehmend an den „Kategorien des ‚Städtischen‘ orientiert und weniger an denen des ‚sozialistisch Städtischen‘“⁴⁸⁵. Diese Entwicklungen der späten DDR konnten aber in den kleinen neuentwickelten Industriestädten kaum greifen, die weder ein altes Zentrum noch nennenswerte flexible Altbaubestände zur Entwicklung urbaner, vielfältiger Strukturen besaßen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen blieb die Zentrumsgestaltung bis zum Ende der DDR keine wichtige Aufgabe des DDR-Städtebaus in diesen Städten.

Walter Siebel hat die große Bedeutung der baulichen Form für die Urbanität im Sinne der europäischen Stadt betont: „Gefäß und Symbol der urbanen Lebensweise und der Hoffnungen, die sich mit der europäischen Stadt verbinden, ist ihre physische Gestalt.“⁴⁸⁶ Urbanität löst sich in dieser Hinsicht trotz der in der Moderne weitgehend ubiquitären Verfügbarkeit der wesentlichen städtischen infrastrukturellen Angebote nicht von ihrer baulichen Form. Diese Vorstellung, dass in ein gestaltetes Zentrum einer Stadt eine Ballung von Kultur, Konsum, Gastronomie gehörte, war auch bei den Einwohnern der „Stadt im Sozialismus“ verwurzelt. Dieser Wunsch nach multifunktionalen und gestalterisch wertvollen öffentlichen Räumen wurde auch bei den Bewohnern dieser kleinen Industriestädte nicht durch das vorgegebene Idealbild der „sozialistischen Stadt“, sondern durch den Blick auf die Qualitäten der „gewachsenen Städte“ bestimmt.

Die Rezeption des baulichen Erbes in der DDR, die sich seit den 1970er Jahren vollzogen hatte und zu einer wiedergewonnenen Wertschätzung sowohl der Altstadtkerne als auch der Gründerzeitbauten⁴⁸⁷ führte, manifestierte sich auch in der „Jungen Stadt“ Ludwigsfelde in einer Rückbesinnung von städtischen Eliten⁴⁸⁸ wie Einwohnern auf traditionelle Werte der „Alten Stadt“ – ohne dass es jemals diese „Alte Stadt“ in Ludwigsfelde gegeben hätte.

Das Leitbild der weiteren funktionalen und baulichen Profilierung des Stadtzentrums festigte sich in der Stadtverwaltung – auch angesichts der immer wieder vorgetragenen Wünsche der Einwohner – in den 1980er Jahren als wesentliche Zielstellung der zukünftigen Entwicklung Ludwigsfeldes. Im geographischen Zentrum der Stadt sollte endlich ein wirkliches Zentrum der Öffentlichkeit, der Kultur und des Konsums entstehen.⁴⁸⁹ Die weitere Ausgestaltung des Stadtzentrums durch bauliche Dominanten und städtische Nutzungen wurde als Zukunftsvision der Stadt deutlich im Ludwigsfelder Generalbebauungsplan der 1980er Jahre formuliert.⁴⁹⁰ Die Sehnsucht nach städtischen bzw. kleinstädtischen Qualitäten und entspre-

⁴⁸⁵ „Bürgerliche Kategorien zogen immer mehr in den Sprachgebrauch ein. Der Sozialismus verflüchtigte sich aus dem Städtebau.“ *Frank Betker*: Der öffentliche Raum in der „sozialistischen Stadt“. Städtebau in der DDR zwischen Utopie und Realität, in: *Bernhard/Fehl/Kuhn/von Petz (Hg.)*: Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, S. 153–165, hier S. 158.

⁴⁸⁶ *Siebel*: Die europäische Stadt, S. 16.

⁴⁸⁷ Vgl. *Hoscislawski*: Bauen, S. 319–320; *Urban*: neo-historisch und *Staufenbiel*: Leben in Städten, S. 29.

⁴⁸⁸ Vgl. für Architekten und Planer bei *Betker*: Einsicht in die Notwendigkeit, S. 382.

⁴⁸⁹ Im Jahr 1980 wurde dieses Ziel der Schaffung eines Stadtzentrums vom Leiter des Klubhauses noch einmal plastisch beschrieben: „Wo eines Tages einmal die Ladenstraße, das Hotel, die Wohngebietsgaststätte, die Freilichtbühne, der Klub der Volkssolidarität, das Pionierhaus, das staatliche Klubhaus, der Wohnkomplex für ältere Bürger usw. usf. stehen werden.“ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Bericht zur Tätigkeit des Klubhauses „Arthur Ladwig“ als Zentrum des geistig-kulturellen Lebens in der Automobilarbeiterstadt Ludwigsfelde, S. 11.

⁴⁹⁰ Vgl. *Büro für Städtebau Potsdam*: Generalbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdam 1982, S. 23.

chenden Räumen erklären auch die enormen Anstrengungen des Rates der Stadt in den 1980er Jahren im Rahmen seiner schmal bemessenen Kompetenzen eine Ladenstraße zu schaffen. Diese Bemühungen der Stadt gipfelten in der bereits ausführlich vorgestellten Konzeption einer Fußgängerzone, die alle Insignien einer kleinstädtischen Hauptstraße beinhalten sollte, deren Realisierung schließlich in der Endphase der DDR aber scheiterte.

5.3.7 Der Wandel des Bildes von der Stadt

Der Wandel, den die Leitvorstellungen der Stadtpolitik im Laufe der Jahrzehnte erlebten, fand seinen Ausdruck in den jeweils vermittelten Fremd- und Eigenbildern von Ludwigsfelde. Während der ersten Jahre nach dem Krieg, insbesondere nach Beginn der Industrieansiedlung 1952, dominierte die Feier des „Neuen“ und des „Sozialistischen“ eindeutig die Darstellungen über Ludwigsfelde. In diesen frühen Jahrzehnten spielte der Topos der „sozialistischen Stadt“ noch eine zentrale Rolle in der Selbstwahrnehmung wie im offiziell vermittelten Außenbild des Ortes. Der Begriff „sozialistische Stadt“ fand sogar Verwendung bevor die Gemeinde den offiziellen Titel „Stadt“ erhalten hatte. Schon das nach 1952 eigens für das Industrierwerk errichtete neue Wohngebiet galt als „erste sozialistische Wohnstadt“ des Bezirks Potsdam. Augenfällig sind nicht nur die baulichen, sondern auch die symbolischen Analogien zu Stalinstadt, „der ersten sozialistischen Stadt Deutschlands“, die nur zwei Jahre vor der Wohnstadt in Ludwigsfelde gegründet worden war.⁴⁹¹ In der Außenwahrnehmung von Ludwigsfelde in der DDR spielte der hochgesteckte Anspruch der „sozialistischen Stadt“ jedoch – im Gegensatz zu Stalinstadt – nur kurzzeitig eine Rolle: Abgesehen von wenigen Anlässen, wie z.B. der Stadterhebung von 1965, fand der Charakter von Ludwigsfelde als „sozialistischer Stadt“ nur wenig Widerhall in den Medien der DDR. Auf der Ebene des Bezirkes Potsdam wurde Ludwigsfelde jedoch insbesondere in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eine wichtige symbolische Bedeutung zugemessen. In den 1950er Jahren galt seitens der Verantwortlichen in Staat und Partei die dezidierte Zielstellung „Ludwigsfelde bis 1960 zur Hochburg des Sozialismus“⁴⁹² zu entwickeln. Gemessen an den hochgesteckten Anforderungen, die mit diesem Konstrukt verbunden waren, ist das in Ludwigsfelde nie gelungen. Diese politische Zielsetzung erfuhr nochmals im Rahmen der Stadtwerdung 1965 eine kurzzeitige Wiederbelebung, seit dem Ende der 1960er Jahre wurde dieser Anspruch jedoch nicht mehr in dieser Deutlichkeit benannt. Nach der Stadtwerdung fand der Begriff der „sozialistischen Stadt“ nur noch vereinzelte Verwendung in Ludwigsfelde.⁴⁹³ Soweit auch nach Ende der 1960er Jahre die sozialistischen Aspekte des Ortes Ludwigsfelde hervorgehoben wurden, bezog sich dies meist ausschließlich auf die guten Standards der Wohngebiete so-

⁴⁹¹ Vgl. *May*: Planstadt Stalinstadt, S. 210–238. Eine entsprechend ambitionierte Bezeichnung für eine neue kleine Industriestadt bzw. Werkssiedlung ist in der DDR sonst nur für Leinefelde, „der ersten sozialistischen Stadt im Bezirk Erfurt“, gewählt worden. Zur Entwicklung in Leinefelde vgl. *von Plato*: Diaspora.

⁴⁹² StadtAL: Perspektivplan bis 1960 der Gemeinde Ludwigsfelde [Broschüre ohne Aktennummer, August 1958], S. 3 und KreisATF XI 2100, Gemeindevertretung Ludwigsfelde, Sitzung am 22.8.1958, Entwurf zum Perspektivplan, S. 2.

⁴⁹³ Auch in Stalinstadt verschwand nach der Umbenennung in Eisenhüttenstadt der Topos von der „ersten sozialistischen Stadt“ weitgehend. Vgl. *Schütrumpf*: Young Town, S. 257.

wie die soziale Infrastruktur und nicht mehr auf ein gesamtgesellschaftliches Leitbild.⁴⁹⁴ Für die Außendarstellung spielte der Topos der „sozialistischen Stadt“ spätestens in den 1980er Jahren keinerlei Rolle mehr. Ludwigsfelde blieb eine „Stadt im Sozialismus“. Auch der letzte Bürgermeister vor 1990 konnte im späteren Interview mit der Zuschreibung von Ludwigsfelde als „sozialistischer Stadt“ kaum noch etwas verbinden:

„[Sozialistische Stadt] Nee?! Industriestadt? Ja. Dit ist so das Bild. Als sozialistische Stadt? Nee, das war auch nicht so. Ja, zu Feiertagen hat man da so über den Sozialismus geredet. Die vorgegebenen Reden, ja, aber die habe ich in der Regel nicht benutzt, die sind bei mir nicht vorgekommen.“⁴⁹⁵

Von der „Jungen Stadt“ zur „Kleinstadt im Grünen“

Weitaus dominanter und langfristig wirksamer war die Selbst- wie Fremdzuschreibung als „junge Stadt“ bzw. „als jüngste Stadt der DDR“⁴⁹⁶. Dieses auch innerhalb der Stadtbevölkerung antizipierte Selbstbild ergänzte seit Mitte der 1960er Jahre die Begrifflichkeit der „sozialistischen Stadt“ und trat später zunehmend an dessen Stelle. Das Bild der „jungen Stadt“ bezog sich zum einen auf die 1952 erfolgte (erneute) Industrieansiedlung und die 1965 vorgenommene Stadttitelverleihung und zum anderen nahm es auf die durch junge Zuwanderer geprägte Bevölkerungsstruktur Bezug: Mit beiden Motiven verband sich die Utopie des Aufbruchs in eine bessere Zukunft. Ludwigsfelde war in dieser Hinsicht eine „im doppelten Sinne junge Stadt“⁴⁹⁷. Schon im Glückwunschtelegramm des ähnlich strukturierten und 1961 zur Stadt erhobenen Industrieortes Premnitz zur Stadtrechtsverleihung an Ludwigsfelde wurde im Jahre 1965 der Begriff „Stadt der Jugend“⁴⁹⁸ in Hinblick auf beide Städte verwendet und sollte die optimistischen Zukunftsaussichten der beiden neuen aufstrebenden industriellen Kleinstädte im sozialistischen System umreißen. Regelmäßig wurde die „Jugendlichkeit“ der Stadt von Seiten der Verantwortlichen in Ludwigsfelde auch mit anderen – weitaus bekannteren – Prestigeobjekten des sozialistischen Aufbaus in der DDR in Verbindung gebracht: 1966 betonte ein Artikel des Heimatkalenders Zossen ausdrücklich, dass der Aufbau Ludwigsfeldes „in einer Reihe mit Eisenhüttenstadt, mit Schwedt, mit Leuna-West“⁴⁹⁹ stehe. Damit wollte sich die „Provinzstadt“ Ludwigsfelde – wie schon in den 1950er Jahren – bewusst in die erste Reihe der bekannten großen Aufbaustädte stellen. Der Artikel im Heimatkalender feierte die gerade erfolgte Stadtwerdung und wertete sie als eine Etappe auf dem Weg zur modernen „Industriestadt“:

⁴⁹⁴ „Dieser Tatsache müssen auch wir in Ludwigsfelde Rechnung tragen, denn aus einer ehemals kleinen Gemeinde entwickelte sich Ludwigsfelde zu einer modernen sozialistischen Stadt mit vielfältigen Einrichtungen der Infrastruktur.“ KreisATF I 561, Kreistag Zossen, gemeinsame Plenartagung mit der StVv Ludwigsfelde am 20.6.1969, Bericht der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt Ludwigsfelde über die Entwicklung der Kultur und des Sports auf ihrem Territorium, S. 2.

⁴⁹⁵ Interview Kallmeyer.

⁴⁹⁶ Mit dem Titel „die jüngste Stadt der Republik“ schmückten sich allerdings – fälschlicher Weise – viele Städte der DDR, sowohl in Bezug auf ihre demographische Struktur, wie in Hinblick auf ihr Entstehungsdatum.

⁴⁹⁷ Vgl. zur Verwendung der Formulierung in den 1970er Jahren: „Das gilt es in Ludwigsfelde zu beherzigen: Alle gemeinsam schaffen mehr!“, in: Märkische Volksstimme, 17.4.1972.

⁴⁹⁸ Akte Stadtwerdung, ohne Aktennummer: Glückwunschtelegramm Premnitz. 15.7.1965, o.S.

⁴⁹⁹ Hamann: Junkerhof, S. 115.

„Gestern ein unscheinbares Dorf mit knapp über 100 Einwohnern, heute ein aufstrebender Industrieort von 12.000 Einwohnern mit den Schlacken einer Großbaustelle, morgen eine Industriestadt, deren Erzeugnisse auf dem Weltmarkt begehrt sind – das war, ist und wird Ludwigsfelde, heute die jüngste Stadt unserer sozialistischen Republik, sein.“⁵⁰⁰

Die aus Anlass der Stadtwerdung aufgelegte offizielle Broschüre brachte die mit dem „jugendlichen“ Aufbau verbundene Hoffnung auf den Punkt: „Eine große und schöne Zukunft liegt vor der jungen sozialistischen Stadt Ludwigsfelde.“⁵⁰¹ Ein Blick auf die Überschriften der DDR-Presse im zeitlichen Umfeld der Erhebung Ludwigsfeldes zur Stadt verdeutlicht dieses auch republikweit verbreitete optimistische Bild der neuen, der jungen Stadt: „Ludwigsfelde: Stadt der glücklichen Ehen“⁵⁰², „Die jüngste Stadt der Republik“⁵⁰³ und „Junge Menschen – junge Stadt“⁵⁰⁴ sind nur einige typische Beispiele für Titel von Zeitungsartikeln des Jahres 1965.

Die zahlreichen ansässigen jungen Familien und die hohe Zahl der Geburten prägten die weitere Verwendung dieses Begriffes auch nachdem das Motiv der gerade erfolgten Stadtwerdung und die Bindungskraft der sozialistischen Industrialisierungsutopie verblassten. Der Sekretär des Rates beschrieb die Stadt 1975 im Heimatkalender als

„Junge Stadt mit jungem Elan. Das ist in Ludwigsfelde auf allen Gebieten zu spüren. In der Endmontagehalle 142 der Automobilwerke einen ‚Mittfünfziger‘ zu finden, ist schon eine Seltenheit.“⁵⁰⁵

Der „Märkische Bilderbogen“, eine in ironischer Fontanemanier verfasste Brandenburgbeschreibung von 1976, feierte ebenfalls in einem kurzen Abschnitt über Ludwigsfelde die Jugendlichkeit der Stadt:

„Das Durchschnittsalter der Ludwigsfelder liegt bei zweiunddreißig Jahren. Weißhaarige Großmütter, die ihre Enkel ausfahren und den Haushalt führen, haben Seltenheitswert. Die Ludwigsfelder Omas, vom Ruhestand noch weit entfernt, sind in den besten Jahren, leiten Abteilungen und Lehrwerkstätten, Verkaufsstellen und Referate.“⁵⁰⁶

Auch das Buch von Albert Burkhard „Auf Fontanes Spuren“, eine weitere ebenfalls auf Fontane bezogene brandenburgische „Wanderungsliteratur“ aus dem Jahr 1978, bediente in ihrem Bericht über Ludwigsfelde dieses Stereotyp:

„Lange Reihen modernster Wohnhäuser in einer Vielfalt von Farbe und Form, überall mit grünen Flächen großzügig angelegt. Nur neue Häuser ringsumher, sie vermitteln ein eigenartig beschwingtes Gefühl. Alles atmet hier Jugend – wie schön für die Men-

⁵⁰⁰ Ebd., S. 116.

⁵⁰¹ O.V.: Ludwigsfelde. Ein großes Werk in einer jungen Stadt, Ludwigsfelde [Broschüre über die Stadt 1965].

⁵⁰² BZ am Abend 15.11.1965.

⁵⁰³ Sozialistische Demokratie Berlin, 9.7.1965.

⁵⁰⁴ Für Dich, Illustrierte Zeitschrift für die Frau, 1965/32.

⁵⁰⁵ Henry Tober: Ludwigsfelde: Die Zehnjährige, in: Heimatkalender des Kreises Zossen 1975, S. 53–56, hier S. 55.

⁵⁰⁶ Heller: Bilderbogen, S. 251.

*schen, hier zu leben und mitgetragen, mitgerissen zu werden vom Schwung der jungen Stadt in der Heide.*⁵⁰⁷

Insbesondere im letzteren Zitat wird deutlich, dass sich der Begriff der Jugendlichkeit Ende der 1970er Jahre zunehmend von einer ausschließlichen Bindung an einen industriellen (und sozialistischen) Fortschrittsoptimismus entfernt hatte. Die hier verwendete Redewendung vom „Schwung der jungen Stadt in der Heide“ erinnert vielmehr eher an einen politisch neutralen Werbeslogan, den auch eine westdeutsche Kleinstadt verwenden könnte.



54. Abb.: „Jugend in der jüngsten Stadt der Republik“ (aus Fotoreihe des Bildjournalisten Horst Riederer 1968). Blickrichtung vom Kaufhaus zum Kulturhaus. Im Hintergrund ist das Hochhaus zu erkennen.⁵⁰⁸

Der Topos der „jungen Stadt“ blieb – anders als die „sozialistische Stadt“ – bis zum Ende der DDR eine häufig genutzte Wendung in Ludwigsfelde.⁵⁰⁹ Allerdings ging die Nutzung der Begrifflichkeit im Gegensatz zur inflationären Verwendung in den 1960er und 1970er Jahren in den 1980er Jahren spürbar zurück. Obwohl das Durchschnittsalter weiterhin sehr niedrig lag, wurde die Jugendlichkeit nicht mehr ausschließlich positiv herausgehoben; immer häufiger wurden auch die ambivalenten Aspekte betont und die mit der Jugendlichkeit verbundenen Probleme – u.a. fehlende Traditionen, einseitige Belastung der sozialen Infrastrukturen – vermehrt diskutiert.

⁵⁰⁷ Albert Burkhard: Auf Fontanes Spuren. Wanderungen in Oderland und Spreeland, Leipzig 1978, S. 192.

⁵⁰⁸ Die Photographien von Riederer aus dem Jahr 1968 feiern die Jugendlichkeit der Stadt durch Aufnahmen junger attraktiver Menschen (augenscheinlich wohl Models) vor wichtigen Neubauten in Ludwigsfelde. Inwieweit eine Veröffentlichung erfolgte ist nicht bekannt.

⁵⁰⁹ Vgl. z.B. 1988 „Ludwigsfelde ist eine Junge Stadt. Das betrifft das durchschnittliche Alter unserer Bürger wie unserer Bausubstanz“ in: StadtAL Nr. 102005 037, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 7.9.1988, Bericht des Rates über die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaues, Eigenheim-, Gesellschafts- und Bevölkerungsbaus, Gen. Jörg Krawielicki, S. 15.

Die mit dem Begriff „junge Stadt“ verknüpften Hoffnungen der 1960er und frühen 1970er Jahre wurden angesichts der in vielen Bereichen stagnierenden Entwicklung und der sich zeigenden Defizite schließlich enttäuscht. In einer nach eher pragmatischen Gesichtspunkten errichteten Industriesiedlung wie Ludwigsfelde war die Diskrepanz zwischen Erwartung und Enttäuschung jedoch von geringerer Dimension als in den großen, ungleich stärker ideologisch aufgeladenen Neustädten wie Eisenhüttenstadt, Schwedt oder Hoyerswerda. In diesen Orten wollte die DDR-Führung den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vor aller Welt und ihren Bürgern beweisen und definierte damit auch den Erwartungshorizont der Einwohner. Die Fallhöhe zwischen Erwartung und Realität war in diesen Städten deshalb ungleich höher. Für Schwedt spricht Philipp Springer angesichts dieser Enttäuschungen von einem „Verschwinden der Zukunft“ in den 1970er und 1980er Jahren. Dies ist in diesem Maße für Ludwigsfelde nicht zu konstatieren. Hinzu kam, dass sich auch im Gegensatz zu den meisten anderen Städten der DDR – auch in den großen Aufbaustädten – die wirtschaftliche Entwicklung Ludwigsfeldes in den 1980er Jahren in vergleichsweise stabilen Bahnen vollzog. Ungeachtet der Tatsache, dass die Utopien der sozialistischen Stadt und des sozialistischen Staates auch innerhalb Ludwigsfeldes an Bindungskraft verloren: Für die Stadt Ludwigsfelde ließ sich auf Basis seines wirtschaftlichen Potenzials durchaus ein neues attraktives Leitbild für die Zukunft in der DDR aufbauen. Im Zuge der Delegitimierung der sozialistischen Stadttutopien wurden sukzessive andere städtische Traditionen und lokale und regionale Qualitäten in das örtliche Selbstbild integriert.

Vor allem der regionale Bezug und die naturräumliche Lage Ludwigsfeldes fanden als neue Topoi Eingang in ein neues örtliches Selbstverständnis der 1980er Jahre. Als ein zentrales Motiv des regionalen Charakters wurde nun auffällig oft die attraktive Lage der Stadt inmitten märkischer Kiefernwälder betont. Das *master narrativ* des Ludwigsfelder Selbstbildes wandelte sich von der Feier der „sozialistischen Stadt“, über die „neue“ und „junge Stadt“ zur kleinen (Industrie)stadt im Grünen.⁵¹⁰

Bereits die Stadtbeschreibung im schon erwähnten „Märkischen Bilderbogen“ verdeutlicht 1978 erstmals dieses sich langsam formierende neue Selbstbild:

„Ludwigsfelde ist eine Stadt im Grünen. Märkische Kiefern überragen die langgestreckten Wohnblöcke, an denen deutlich der Baugeschmack der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre abzulesen ist; Birken und Lärchen mildern den sterilen Eindruck von Beton, Glas und Stein. Gelbe und blassblaue Stiefmütterchenhügel liegen wie Hünengräber dazwischen, und rote Salvien flammen im Rasengrün.“⁵¹¹

Deutlich wird im Zitat die zunehmend kritische Bewertung der baulichen Hinterlassenschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte, deren „steriler“ Eindruck in Ludwigsfelde jedoch durch

⁵¹⁰ Bei der Anlage von StalinStadt wurde der Topos der „Industriestadt im Grünen“ auch vom zuständigen Gartenarchitekten Walther Funcke thematisiert. Vgl. *Karn: Freiflächen- und Landschaftsplanung in der DDR*, S. 114. Innerhalb des Gesamtkonzepts der sozialistischen Stadt kam diesem Aspekt jedoch weder in StalinStadt noch bei anderen wichtigen Bauvorhaben eine zentrale Rolle zu.

⁵¹¹ *Heller: Bilderbogen*, S. 255.

attraktive Grünräume gemildert würde. Auch im Roman „Eine Anzeige in der Zeitung“ von Günter Görlich aus dem Jahr 1982, der in einigen Szenen in Ludwigsfelde spielt, ist dieses neue Selbstbild präsent:

„Unsere Stadt ist von Wäldern und Seen umgeben. Vor dem Krieg war sie ein märkisches Dorf, das sich plötzlich zum Industrieort mauserte, weil ein Konzern ein Rüstungswerk in Wald und Heide versteckte. [...] Ein neues Werk entstand, das im Laufe der Jahre mehrere Male eine neue Produktion aufnahm, bis es dann endlich ein Automobilwerk wurde. Keine Umweltverschmutzung durch das Werk, keine Schornsteine schicken Rauch in den Himmel.“⁵¹²

Ludwigsfelde erscheint hier immer noch dezidiert als Industriestadt – aber als „grüne“ Industriestadt, die sich von der grauen und verschmutzten traditionellen Industriestadt positiv abhebt. Ein 1988 in einer Broschüre über die Ortsgeschichte an prominenter Stelle veröffentlichter Schüleraufsatz, der einem Aufsatzwettbewerb über Ludwigsfelde entstammte, fasst dieses neue Bild der Stadt treffend zusammen:

„Ich fühle mich als Bürger von Ludwigsfelde. Vor Jahren erhielt ich eine Einladung nach Ludwigsfelde. Ich wurde in einer weißen Winterlandschaft empfangen. Es roch nach Waldluft, die mir der Wind entgegenwehte. Irgendwie fühlte ich mich in dieser Mischung von modernen Wohnhäusern und Siedlungen wohl. Es ist herrlich, dass es noch Städte gibt, die von Baumbeständen bzw. Wäldern umgeben sind. Das war ich nicht gewöhnt, da ich aus einer großen Industriestadt kam und nur Hochhäuser kannte. [...] Damals stellte ich es mir toll vor, in diesem Ort zu wohnen.

Wie es der Zufall will, lebe ich jetzt hier in dieser schönen Stadt. Nie würde ich aus dieser Gegend wieder wegziehen. Doch bedrückt es mich oft, wenn einige meiner Mitmenschen über den Schmutz, der vom Heizwerk kommt, und über Ludwigsfelde selbst schimpfen. So hart urteilen kann nur, wenn man keine Vergleiche hat.

Die Anlage der Stadt gibt dem Bewohner das Gefühl der Ruhe und der Ausgeglichenheit. Man kann in Ludwigsfelde einkaufen und gleichzeitig dabei spazieren gehen. Wenn ich früh zur Schule gehe, laufe ich immer durch ein Stück Wald.“⁵¹³

Ludwigsfelde ist hier nicht mehr als sozialistische Planstadt und kaum noch als Industriestadt zu identifizieren. Im Text wird vielmehr der Gegensatz Ludwigsfeldes zu anderen – wohl älteren und größeren – Industriestädten ausdrücklich betont: Die Schilderung von „kleinstädtischen“ Qualitäten Ludwigsfeldes steht im Vordergrund: das Grün der Umgebung, der Wald, die Ruhe, die Überschaubarkeit, die Sauberkeit, sogar der Geruch der Waldluft wird betont – lediglich das kleine städtische Heizwerk im Wohngebiet wird als Belastung erwähnt. Während in den 1950er und 1960er Jahren der Bau von Hochhäusern für Ludwigsfelde noch ausdrücklich von der örtlichen Verwaltung und zahlreichen Bürgern als Fortschrittssymbol gewünscht worden war, erscheinen im Schüleraufsatz Hochhäuser dagegen nur noch als

⁵¹² Görlich: Anzeige, S. 28.

⁵¹³ „Ich fühle mich als Bürger von Ludwigsfelde“, in: Gerhard Birk (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1 Ludwigsfelde, 1989, S. 22.

negativ besetztes Symbol der Großstadt. Gegenüber dem Schmutz und den Zumutungen der großen Industriestadt sollen die wenigen Beeinträchtigungen, die beispielsweise das Heizwerk in Ludwigsfelde verursachte, als marginal erscheinen. Das in den ersten Jahrzehnten der DDR gepflegte positive Bild der „neuen Stadt“ und der „Industriestadt“ war zugunsten der positiven Identifikationen mit der „kleinen Stadt“ und der „Stadt im Grünen“ zurückgetreten. In der städtischen Diskussion verknüpfte sich dieses Bild zunehmend mit der bereits dargestellten Sehnsucht nach den urbanen Qualitäten der „alten Stadt“.⁵¹⁴ Damit einher ging auch in der ökonomisch erfolgreichen DDR-Stadt Ludwigsfelde eine Abkehr von zentralen Spezifika, die einmal die DDR-Stadt ausgemacht hatten. Anfang der 1980er Jahre erscheint der Charakter von Ludwigsfelde als reiner Neubaustadt und Industriestadt in den Äußerungen von Bewohnern und Verantwortlichen zunehmend in einem negativen Licht. Während in den 1950er Jahren die strukturellen Vorzüge von Ludwigsfelde als Neugründung gelobt wurden, die sich gänzlich und ohne Vorbelastung der neuen Industrie und dem Sozialismus öffnen konnte, wird Ludwigsfelde nun eher kritisch als „eine sehr junge Stadt, die nicht über Jahrhunderte hinweg organisch gewachsen ist“⁵¹⁵ bezeichnet. Ausdrücklich bedauert wurde nunmehr, dass „Traditionsfeste, die in vielen anderen Städten regelmäßig durchgeführt werden“, in Ludwigsfelde fehlen. Für die zugezogenen Bürger würde die „moderne Wohnung allein“⁵¹⁶ nicht zur Identifikation ausreichen.

Dieses hier in der offiziellen Broschüre bewusst vermittelte harmonische Bild der Stadt entsprach sicherlich nicht in allen Punkten der Wahrnehmung der Einwohner hinsichtlich ihres Lebensumfeldes. Teils existierten die stark idealisiert dargestellten kleinstädtischen Qualitäten des Ortes nicht in der Ludwigsfelder Realität, sondern nur in den Wünschen der Einwohner und der Stadtverwaltung, wie z.B. das angeblich mögliche Einkaufen im Rahmen eines Spaziergangs. Noch stärker kontrastierte die Darstellung einer ruhigen grünen Kleinstadt, die von „Waldluft“ durchzogen wird mit der Außenwahrnehmung, die in Ludwigsfelde eher eine attraktionsarme Plattenbaustadt sieht, die von einer lärmenden Autobahn gequert wird. Die Darstellung im Schüleraufsatz zeigt aber plastisch die Konturen eines neuen städtischen Selbst- bzw. Wunschbildes.

⁵¹⁴ Siehe dazu: 5.3.6 Der Wunsch nach dem „städtischen Charakter“, S. 410.

⁵¹⁵ StadtAL Nr. 102005 020, StVV Ludwigsfelde, Sitzung am 22.10.1980, Diskussionsbeitrag, Vors. der Ständigen Kommission Kultur, o.S.

⁵¹⁶ *Ebd.*

Die „Stadtansicht“ der 1980er Jahre

Anfang der 1980er Jahre wurde vom Rat der Stadt zur Versinnbildlichung des neu formierten städtischen Selbstverständnisses die Erstellung einer offiziellen Stadtansicht geplant und bei einem lokalen Künstler in Auftrag gegeben. Die Ikonographien der verschiedenen als Zeichnung oder als Metalldruck überlieferten Versionen dieser Stadtansicht verdeutlichen das neue Selbstbild des Ortes sehr eindringlich, das nur wenig mit dem ursprünglichen Bild einer neuen sozialistischen Industriestadt gemein hatte.

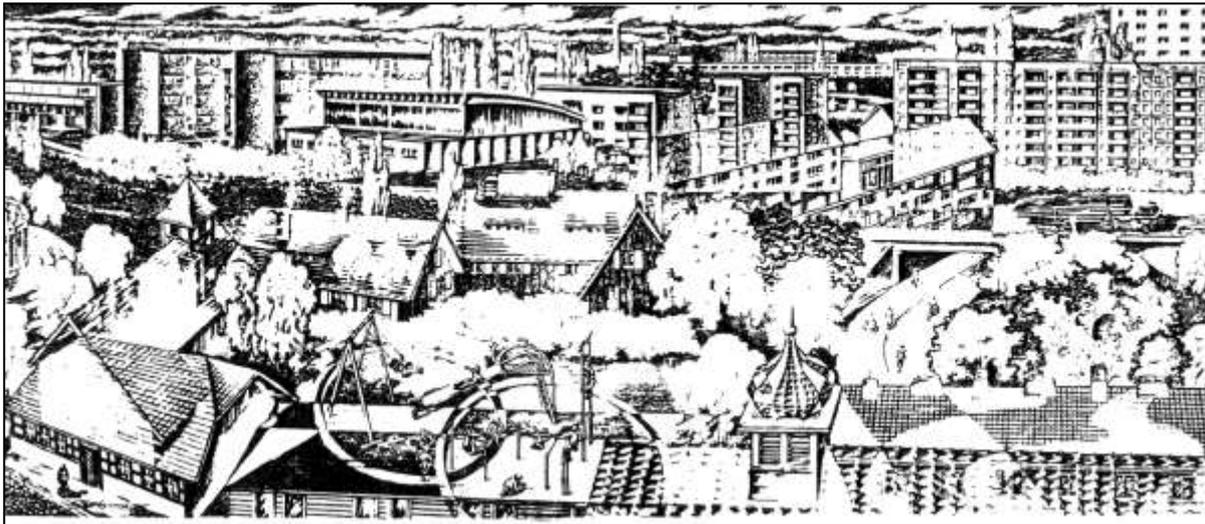
Im Zentrum der hier abgedruckten Fassung der Stadtansicht⁵¹⁷ steht die Autobahnunterführung – die auch in der Realität der geographische Mittelpunkt der Stadt ist. Dahinter erkennbar ist das Hochhaus aus den 1960er Jahren. Das ehemals wichtige Objekt städtischen Stolzes ist insgesamt in seiner zentralen Bedeutung zurückgenommen, da es in der Darstellung teils von anderen Bauten verdeckt wird. Auch das Stadtwappen von 1965, das ebenfalls die Autobahnunterführung und das Hochhaus in seiner Darstellung kombiniert, ist in der Bildmitte platziert. Die übrigen Bildbestandteile weichen aber sehr deutlich von der Symbolik des ehemaligen industriellen Leitbildes ab. Neben der Autobahnunterführung ist als größtes Gebäude das Kulturhaus abgebildet, das jedoch – im Gegensatz zur baulichen Realität – in ein dichtes städtisches Umfeld eingebettet scheint. Das städtebauliche „Loch“ in der Mitte der Stadt wird in der Collage geschickt kaschiert. Ein Gebäude vor dem Kulturhaus, das dieses Manko besonders versinnbildlicht hätte, fehlt in der Ansicht deshalb ganz: Die Rathausbaracke wurde bewusst ausgespart. Sie passte nicht in dieses idealisierte Stadtbild.

Die hochgeschossigen Gebäude in „Ludwigsfelde Nord“ nehmen einen wichtigen Platz im Gesamtbild ein, bleiben aber eher im Hintergrund. In der hinteren rechten Ecke der Darstellung sind die Bauten des Autowerkes deutlich zu erkennen, sie dominieren die Darstellung jedoch nicht – dies entsprach zwar der städtebaulichen Realität, nicht aber der faktischen Bedeutung. Ein entsprechendes Stadtbild der 1960er Jahre hätte die Industriebauten im Norden der Stadt innerhalb der Gesamtkomposition des Bildes mit Sicherheit stärker in das Zentrum gerückt. Die Lkws – die Grundlage des Ludwigsfelder Aufstieges – kommen in der Darstellung häufig und herausgehoben vor, allerdings nur als gleichberechtigte Nutzer der städtischen Straßen, die auch von den weiterhin beliebten Motorrollern aus der Produktion der 1960er Jahre bevölkert sind.

Als besondere Objekte des Stadtstolzes sind die Schwimmhalle und das Kaufhaus sowie Kindertagesstätten und Schulen der DDR-Zeit deutlich hervorgehoben dargestellt. Darüber hinaus finden jedoch auch die wichtigen Gebäude der Stadt, die keinen Bezug zur Geschichte von Ludwigsfelde als DDR-Industriestadt haben, einen prominenten Platz in der Darstellung. Bemerkenswert ist, dass selbst die evangelische Kirche abgebildet ist, wenn auch das Kreuz auf der Kirchturmspitze verschämt versteckt wird. Gleichberechtigt dargestellt sind auch die Bauten der 1930er Jahre. Besonders prominent erscheint die baulich markante Schule dieser Jahre mit ihrem Zwiebelturm im Vordergrund des Bildes. Die Spielplätze –

⁵¹⁷ Die Entwürfe stammten vom noch heute in Ludwigsfelde ansässigen Künstler Volkhard Böhme.

bevölkert von vielen Kindern – finden in der „Stadt der Jugend“ einen besonders prominenten Platz im Vordergrund der Darstellung.



55. Abb.: Stadtansicht, Fassung ca. 1982 (hier in zwei Teilen abgebildet, im Original ein Längsformat)

Auch das älteste Gebäude der Stadt, der „Alte Krug“ aus dem 18. Jahrhundert, als wichtiges Symbol der vorindustriellen Geschichte in der Realität weit im Süden der Stadt gelegen, wurde hervorgehoben im Vordergrund des Bildes positioniert. Neben den Gebäuden dominieren die Darstellung aber vor allem viele Bäume. Die gesamte Stadt erscheint eingebettet in eine Grünlandschaft, die die Härte des industriellen Wohnungsbaus abmildert. Die gesamte Darstellung vermittelt insbesondere im vorderen Teil eher das Bild einer Gartenstadt oder Kleinstadt und nicht den Eindruck einer durch Plattenbauten geprägten Industriestadt. Der Rat bestätigt den letzten Entwurf der Stadtansicht im Jahre 1983. Es war geplant, verkleinerte Abbildungen auch an die Bürger zu verkaufen.⁵¹⁸ Seit 1983 wurde der Entwurf auch in Zeitungsveröffentlichungen über Ludwigsfelde verwendet.⁵¹⁹ Eine als Kupferstich vorliegende

⁵¹⁸ Vgl. KreisATF XI 2370, Rat der Stadt Ludwigsfelde, Sitzung am 15.8.1983, Protokollbeschuß Nr. 520/113/83, S. 2 und *Rösel: Zeittafel*, S. 85.

⁵¹⁹ So z.B. im ausführlichen Bericht in der Zeitung „Nationale Volksarmee“ 1983/11 in der Reihe „Städtebild“ unter dem Titel „Ludwigsfelder Magazin“.

Fassung, die auch in öffentlichen Gebäuden der Stadt aufgehängt wurde,⁵²⁰ ist in zahlreichen Details verändert, die Grundtendenz ist jedoch erhalten geblieben.⁵²¹ Die gestalterische Dominanz der Autobahn wurde noch deutlich zurückgenommen, die Unterführung ist fast nicht mehr auszumachen. Ganz im Vordergrund wurden vor allem die Baumstrukturen detaillierter ausgeführt: In der Mitte ist nun deutlich eine für die Region typische Kiefer auszumachen.

Die Unterschiede zur Vorstellung von Ludwigsfelde, das 1965 anlässlich der Stadtwerdung vermittelt wurde, sind nicht nur auf der inhaltlich-gestalterischen Ebene evident. Damals waren noch alle Details der städtischen „Selbst“-darstellung – allerdings nur in Textform – zentral vorgegeben worden.⁵²² Auch die Selbstbildkonstruktionen der 1980er Jahre unterlagen Beeinflussungen durch sich wandelnde politische Rahmenbedingungen, sie waren jedoch nicht mehr fremd gesteuert, sondern lokal formiert. Die Neuformulierung des städtischen Leitbilds war ein wichtiger Schritt zur Entwicklung einer eigenen, systemunabhängigen städtischen Identität in Ludwigsfelde, die auch nach 1990 wirksam blieb.

Weiterentwicklung des Selbstbildes nach 1990

Das Fehlen eines städtischen Zentrums, das der Stadt eine gesellschaftliche Mitte gegeben und die verschiedenen Ortsteile mit einander verbunden hätte, blieb das entscheidende Manko der städtebaulichen Entwicklung auch über 1990 hinaus. In Untersuchungen der frühen 1990er Jahre reflektieren die Bewohner ihre Stadt als lebenswert, aber auch als weitgehend zentrums-, gesichts- und geschichtslos.⁵²³ Noch bei einer Bewohnerbefragung im Sommer 1992 in „Ludwigsfelde Nord“ sahen die Bewohner Ludwigsfelde als attraktiven Ort zum Arbeiten und Wohnen, geprägt durch die Naturnähe, den reichen Baumbestand, die relative Ruhe und die angenehme Dimensionierung der innerstädtischen Freiflächen. Dagegen bildete der Mangel an Stadtqualität den entscheidenden Kritikpunkt.⁵²⁴ Den ausgeprägten Wunsch der Ludwigsfelder nach Urbanität zeigte auch das Ergebnis des von der Ludwigsfelder Stadtentwicklung veranstalteten „Planungswochenendes“ im Jahr 1996, in dem die Einwohner mit Hilfe professioneller Moderation ihre Wünsche für die Schaffung eines Stadtzentrums diskutieren und darstellen konnten. Als Leitbild der Teilnehmer wurde nach langer Diskussion ein verdichtetes kleinteiliges Stadtzentrum mit dezidiert traditionellen (klein)städtischen Baustrukturen identifiziert.⁵²⁵

⁵²⁰ Eine Darstellung befand sich im Standesamt.

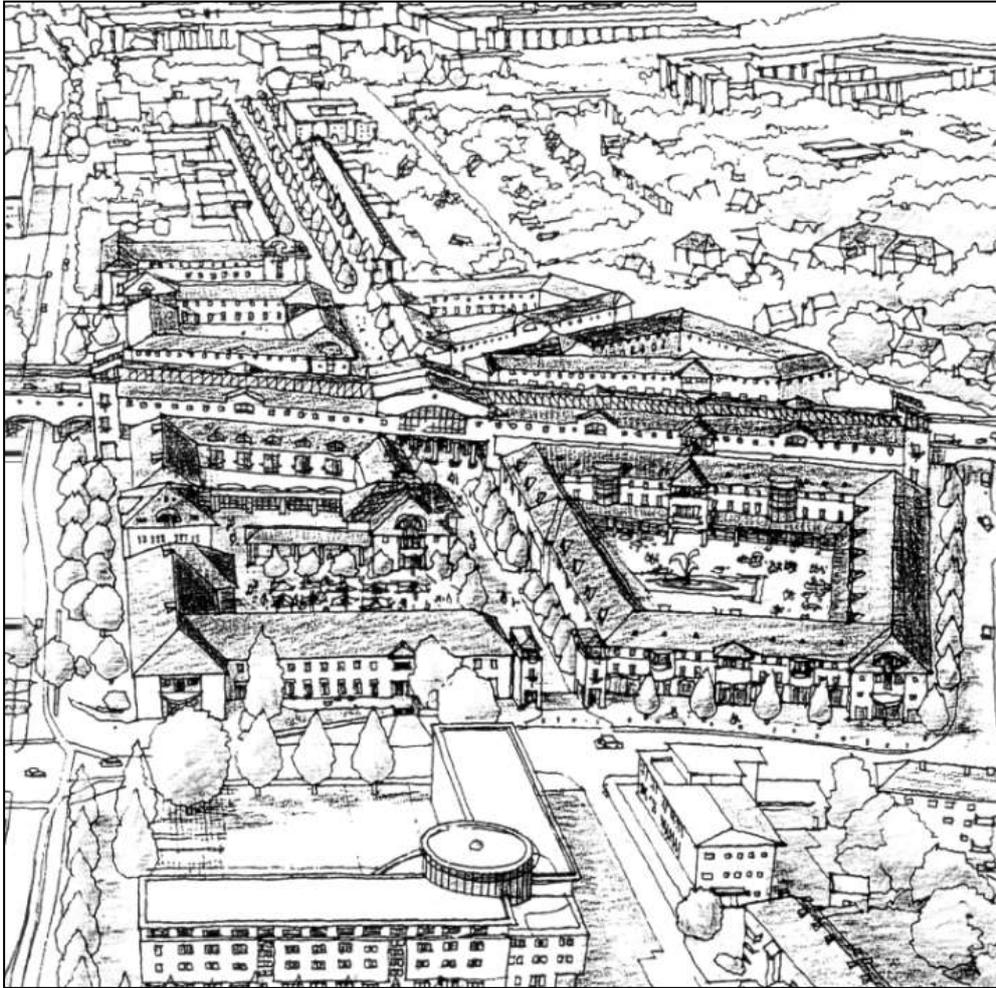
⁵²¹ Ein Exemplar wird heute im Stadtarchiv aufbewahrt.

⁵²² Siehe zu den zentralen Anweisungen während der Stadtwerdung, S. 151.

⁵²³ Vgl. *Liebmann*: Modellfall Ludwigsfelde, S. 141.

⁵²⁴ Vgl. *Neumann*: Urbanität, S. 81–84; *Liebmann*: Modellfall Ludwigsfelde, S. 145; *Peter Neumann*: Urbanität zwischen Metropole und ländlichem Raum – Die Beispiele Hennigsdorf und Ludwigsfelde, in: *Karl Eckart/Klaus Birkholz*: Berlin-Brandenburg, Raum- und Kommunalentwicklung im Spannungsfeld von Metropole, Umland und ländlichem Raum, Berlin 1999, S. 117–128.

⁵²⁵ Vgl. *JT – John Thomson & Partners (Hg.)*: Planungswochenende Ludwigsfelde „Unser Zentrum – unsere Zukunft“. International Community Planning Weekend. 22.-26. August 1996, Ludwigsfelde 1996.



56. Abb.: Ergebnis des Planungswochenendes 1996 (Im Vordergrund links das neue Rathaus, darüber das Kulturhaus: Richtung Ludwigsfelde Nord formen weitere Bauten eine städtische Einkaufsstraße)

6 SCHLUSSBETRACHTUNG: DIE UNVOLLENDETE STADTWERDUNG DES INDUSTRIEORTES

Besonderheiten der Stadtentwicklung Ludwigsfeldes

Ludwigsfelde durchlief zwischen 1945 und 1990 eine Entwicklung, die es von einer halb verlassenen und zerstörten Werkssiedlung mit demontierten Industrieanlagen zu einer schnell wachsenden Industriestadt führte. Für die „Stadtkarriere“ und den Verlauf der baulich-funktionellen Stadtentwicklung von Ludwigsfelde lassen sich folgende Faktoren als wesentliche Rahmenbedingungen identifizieren:

- die rechtlich marginale Stellung als kreisangehörige Stadt und die zudem nachrangige Rolle als Kleinstadt im DDR-Städtesystem;
- die lediglich kurze Tradition als Industriesiedlung (seit 1936) bzw. als städtisches Gemeinwesen (im Rechtssinne erst seit 1965), sodass lange Zeit kaum etablierte Netzwerke lokaler Politik und eine nur mangelhaft entwickelte örtliche Identifikation der zugewanderten Bevölkerung bestanden;
- die gleichzeitig relativ privilegierte und bis 1989 durchgängige Funktion als bedeutender Industriestandort in der volkswirtschaftlichen Konzeption der DDR und die wichtige Rolle als Sitz eines großen Industrierwerkes;
- die dadurch bedingte dominante Rolle des Großbetriebes für Politik und Alltagsleben;
- das rasante, aber auch über Jahrzehnte diskontinuierliche und immer wieder durch strukturelle Brüche geprägte Stadtwachstum;
- die Lage des Ortes im Ballungsraum Berlin, die sich sowohl durch die Nähe zur Bezirksstadt Potsdam wie zur Hauptstadt (Ost-)Berlin als auch durch eine räumliche Nachbarschaft zu West-Berlin auszeichnete. Daraus resultierten sowohl Entwicklungschancen als auch eine relativ ausgeprägte lokale Anspruchshaltung.

Das deutliche quantitative Wachstum der Stadt war zwischen 1950 und 1990 nicht ungebrochen. Durch das mehrfache Scheitern der Hauptproduktionen im Industrierwerk bis zum Jahre 1965 und die folgenden Produktionskrisen im Lkw-Werk kam es wiederholt zu Stagnationsphasen, die aber immer wieder durch neue Aufbrüche abgelöst wurden. Insgesamt blieb die Stadt durch eine Gleichzeitigkeit von Prosperität und urbanen Defiziten gekennzeichnet. Trotz einiger einschneidender Brüche lässt sich in Hinblick auf die grundlegende ökonomische Basis eine bemerkenswerte Kontinuität feststellen. Ludwigsfelde ist eine mehrfache industrielle Gründungsstadt: Nach der erstmaligen Platzierung eines industriellen Schwerpunkts in den 1930er Jahren erfolgte nach der kompletten Demontage der Industrie 1945 nach 1951 eine völlige Neuschaffung als Industrieort in der DDR. Auch nach 1990 gelang der Stadt noch einmal ein industrieller Neuanfang – völlig gegen den generellen Trend in Ostdeutschland.

Industriestädte waren in der DDR gleichzeitig ein Feld der materiellen Bevorzugung und des sozialen und baulichen Experimentierens. Gerade in industriellen Aufbaustädten wie Lud-

wigsfelde sind die Aufstiegs- und Stagnationsphasen deshalb nicht vollständig mit den übergreifenden Entwicklungsphasen der DDR-Geschichte zu synchronisieren.¹

Die Phase nach dem Bau der Mauer, die für die DDR eine Zeit der (erzwungenen) relativen Stabilisierung darstellte, war für Ludwigsfelde ein einschneidender struktureller Bruch. Die ehemals eng geknüpften Verbindungen zu West-Berlin wurden gekappt und der Ort auf sich zurückgeworfen: Aus einem industriellen Vorort der Großstadt entwickelte sich ein kleiner Industrieort in der hauptstadtnahen Provinz. Die Ansiedlung des Lkw-Werkes ab 1963 und die Verleihung des Stadtrechts im Jahr 1965 bildeten in der Folgezeit entscheidende Eckdaten für die Entwicklung Ludwigsfeldes von einer Werkssiedlung zu einer Industriestadt. Die Jahre nach 1965 wurden so zur Phase der nachhaltigsten Prägung und der eigentlichen, letztlich aber unvollendeten Stadtwerdung. Mit dem neuen Lkw-Werk verfügte der Ort erstmals über eine stabile wirtschaftliche Grundlage, die eine längere Perspektive für den städtischen Aufbau und die urbane Ausdifferenzierung bot.

Der Beginn des forcierten Wohnungsbauprogramms der DDR nach 1972 zur Lösung der „Wohnungsfrage als soziale Frage“ ist in Ludwigsfelde im Gegensatz zu einem Großteil der Städte der DDR hingegen kaum als ein wahrnehmbarer Einschnitt zu identifizieren. Erst mit den erneuten Krisen der Produktion und zunehmenden Herausforderungen an die Exportorientierung des Betriebes wurde deutlich, dass der Stadtausbau in stärkerem Umfang wieder aufgenommen werden musste, weshalb es seit der Mitte der 1970er Jahre wieder zu einer umfassenden Wohnungsbautätigkeit in Ludwigsfelde kam. Die 1980er Jahre, die in der gesamten DDR schon durch starke Krisensymptome gekennzeichnet waren, blieben in Ludwigsfelde, trotz der auch hier erkennbaren Versorgungsprobleme, eine Zeit der fortdauernden Prosperität, da der Export der Lkws sowohl in die sozialistischen Partnerländer wie ins „nicht sozialistische Wirtschaftsgebiet“ unvermindert weiter lief. Dies wurde nicht zu einem geringen Teil durch die militärische Nachfrage nach Lkws aus den afrikanischen Bürgerkriegsgebieten und den Golfkriegsstaaten ausgelöst. Ludwigsfelde koppelte sich so von Niedergangsprozessen anderer Industriestädte im letzten Jahrzehnt der DDR weitgehend ab. Gerade zum Ende der 1980er Jahre gelangen hier wichtige Schritte zur inneren „mentalenen“ wie baulichen Stadtwerdung. Auch die konzeptionellen Konkretisierungen vieler städtebaulicher Projekte, um die Ludwigsfelde lange gerungen hatte, wie das Rathaus und die Ladenstraße, machten große Fortschritte. Deren konkrete Umsetzung gelang vor 1990 aber nicht mehr.

Der Industrie kam in Ludwigsfelde nicht nur die Rolle des ursprünglichen „Städtebildners“ zu. Die Ansprüche der Industrie blieben auch nach der Entstehungsphase über Jahrzehnte ein herausragender Bestimmungsfaktor für die Gestaltung des urbanen Raums: von der Ausstattung mit Infrastrukturen, über die Konsumgüterbereitstellung bis hin zur Wohnraumversorgung. Zu einer umfassenden Urbanisierung Ludwigsfeldes wurden die ökonomischen Kräfte

¹ Die gängigsten Einteilungen der Phasen der DDR-Geschichte gehen von den zentralen Zäsuren des Aufstands von 1953, dem Mauerbau von 1961, dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971, der beginnenden Krise nach 1980 und der Wende von 1989 aus.

der Industrie jedoch nicht eingesetzt. Aus Sicht der Staats- und Parteiführung und der industriellen Entscheidungsträger musste die Stadt Ludwigsfelde vor allem die Voraussetzungen für die Herstellung von exportfähigen Lkws bieten. Dafür erfolgte durch die technokratisch orientierte sozialistische Industriestadtproduktion – in wechselhafter Intensität – die Bereitstellung von Wohnungen und Ressourcen für Infrastrukturen. Die Entwicklung differenzierter städtischer Strukturen wurde dagegen von den übergeordneten Institutionen als weitgehend „unproduktiver“ Bereich vernachlässigt. Die symbolische Präsentation von Staat und Parteiideologie erfolgte in der Hauptstadt, den wichtigen Bezirksstädten und anderen prestigeträchtigen Industrieorten. Ludwigsfelde gehörte trotz seiner Bekanntheit als Automobilbauerstadt nicht zum Kreis dieser Städte. Die großangelegten Planungen der 1950er Jahre blieben vor diesem Hintergrund ohne Realisierungschance. So spiegelt Ludwigsfelde den Normalzustand jener Städte, „die nicht dazu auserkoren waren, den Glanz des Sozialismus zu präsentieren“².

Kleine Industriestädte und ihre Bevölkerung

Die bauliche und siedlungsstrukturelle Entwicklungsgeschichte von Ludwigsfelde unterscheidet sich zwar sowohl von der Mehrzahl der kleineren und mittleren Städte in der DDR, die über historische Ortskerne und alte Traditionen verfügten, als auch von den größeren Prestigeobjekten des sozialistischen Städtebaus wie Eisenhüttenstadt oder Schwedt. Der Verlauf der Ludwigsfelder Stadtkarriere und die städtebauliche Struktur der Stadt sind jedoch exemplarisch für eine große Anzahl kleinerer, in der DDR neu geprägter Industrieorte und Industriestädte. Entscheidender als die Umsetzung der städtebaulichen und gesellschaftlichen Leitbilder der DDR war in den kleinen Industriestädten der Erfolg der industriellen Produktion im Rahmen des Staatsplansystems.

Gemeinsam war diesen neuen Kleinstädten eine unvollendete Stadtwerdung. Der Stadtgeograph Peter Schöller charakterisiert „die neue Stadt“ der DDR als lediglich agglomerativ und unzentriert: „Sie muß sich ihr Gebiet, das als ihr Stadtraum angesprochen werden kann, durch ein eigenes Beziehungsfeld erst bilden.“³ In Ludwigsfelde ist die Bildung eines eigenen urbanen Beziehungsfeldes auf mentaler und kultureller Ebene während der 1980er Jahre im Sinne der Schaffung einer Stadtidentität durchaus verspätet gelungen. Städtebaulich und nutzungsstrukturell wurde die Stadtwerdung trotz wichtiger Fortschritte während der DDR aber nicht abgeschlossen.

Zur eigenständigen und flexiblen Herausbildung von Urbanität besaß Ludwigsfelde denkbar ungünstige Voraussetzungen. Als sozialistische Planstadt hatte der Ort durch das weitgehende Fehlen privaten Grundeigentums und Gewerbes, der überwiegenden Prägung durch reine Wohnhausbebauung und die entdifferenzierte Bevölkerungsstruktur zur endogenen Entwicklung städtischen Lebens nur begrenzte Möglichkeiten. Zur nachholenden Stadtwer-

² Brigitte Raschke hat dies in Bezug auf größere Städte in Hinblick auf Neubrandenburg konstatiert. *Raschke: Neubrandenburg*, S. 345. In Bezug auf Klein- und Mittelstädte lässt sich diese Aussage gut auf Ludwigsfelde übertragen.

³ Vgl. *Schöller: Städtebildung*, S. 102.

derung mangelte es an wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dynamiken. Auch flexibel nutzbare Altbausubstanz war fast nicht vorhanden. Jedes Angebot musste in der reinen Wohnsiedlungsstruktur eigens geplant werden, und zwar von öffentlichen Planungsträgern.

Nicht nur ein städtischer Raum, sondern auch der „Ludwigsfelder“ musste sich erst formieren. Ein Stadtbewusstsein und ein Heimatgefühl bildeten sich in der Zuwandererstadt nur langsam heraus. Die Stadt wurde geprägt durch die Industriearbeiter, die sich über lange Zeit eher als Kombinatmitglieder denn als Stadtbürger verstanden. Die kleine Industriestadt der DDR war trotz der dominanten industriellen Strukturen aber keine vollständig entdifferenzierte Arbeitergesellschaft: Zwischen unterschiedlichen Berufs- und Statusgruppen, zwischen Kirchenangehörigen und anderen Bewohnern, zwischen einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen, selbst zwischen den Angehörigen der großen und kleinen Industriebetriebe vor Ort bestanden erhebliche Unterschiede. Unterschiede, die sich im Laufe der Jahrzehnte trotz der eigentlich gegenläufigen Ideologie parallel zum Stadtwerdungsprozess weiter ausdifferenzierten. Obwohl für alle Bewohner ähnliche Rahmenbedingungen bestanden, blieb eine Vielfalt von Erfahrungswelten in der Industriestadt erhalten, die auch in der vermeintlich homogenen Arbeiterstadt zwischen den Bewohnern der einzelnen Stadtviertel divergierten. Trotz der starken Formiertheit der Gesellschaft blieb der Wunsch nach Individualität ungebrochen, gerade diese Differenziertheit ist als Teil der „Dynamik des Städtischen“ zu begreifen, die auch im kleinen sozialistischen Industrieort Ludwigsfelde zu identifizieren ist.

Resultate der Stadtentwicklung

Stadtplanungsgeschichtlich lassen sich in Ludwigsfelde bedingt durch seine lange Ausbauphase alle wichtigen Aspekte ostdeutscher Industriestadtgeschichte nachzeichnen. Die Vielfalt der vor Ort anzutreffenden Bauten aus der DDR-Zeit wurde treffend als „Städtebaumuseum“⁴ charakterisiert. In den einzelnen Vierteln Ludwigsfeldes zeigen sich auf engstem Raum beispielhaft die städtebaulichen Leitbilder des Wohnungsbaus der NS-Zeit und der DDR. Zur „Daimler-Siedlung“ der 1930er Jahre und der in Formen der „Nationalen Bautradition“ errichteten Wohnstadt der 1950er Jahre im Süden der Stadt treten die Großblock- und Plattenbauten der 1960er bis 1980er Jahre im Norden. Darüber hinaus finden sich auch die verschiedensten Formen des Einfamilienhausbaus von der Holzhaussiedlung von 1944 bis zum DDR-Einfamilienhaus-Typenbau „B 2“.

In Ludwigsfelde spielten bei den konzeptionellen Debatten städtebauliche Fachleute häufig nur eine marginale, auf die Ausführungsebene begrenzte Rolle. Kein bedeutender Städtebauer der DDR hat seine Spuren in Ludwigsfelde hinterlassen. Umso wichtiger waren Akteure der Verwaltung in Stadt, Kreis, Bezirk und Betrieb. In Ludwigsfelde, wie in den meisten kleineren Industriestädten, traten bei den übergeordneten Organen zentrale ideologische Theoreme gegenüber pragmatischen ökonomischen Erwägungen zurück. Debatten um das

⁴ *Liebmann: Modellfall Ludwigsfelde, S. 142.*

Ideal der „sozialistischen Stadt“ und architekturtheoretische Diskurse um die „sozialistische Lebensweise“ fehlen in der Ludwigsfelder Planungsgeschichte im Gegensatz zu anderen bekannten größeren Entwicklungsstädten der DDR weitgehend.

Insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren sind in Hinblick auf die Prozesse der Stadtentwicklung kaum Ansätze einer örtlichen Planungskultur zu identifizieren. Die spezifischen Bedürfnisse der kleinen Kommune wurden von den planenden staatlichen Institutionen in Stadt und Industrie kaum in die konzeptionellen Überlegungen einbezogen. Die Stadtentwicklungspolitik wurde in erster Linie durch ein teils hektisches Reagieren auf die industriellen Bedürfnisse bestimmt, was auch die Verantwortlichen der bezirklichen Planung schon 1964 eingestehen mussten:

„Das Anwachsen des Industrierwerkes machte es notwendig, für die hier arbeitenden Menschen Wohnraum zu schaffen. [...] Die hierzu erforderlichen Stadtplanungsarbeiten wurden ziemlich spontan, das heißt ohne eine grundlegende Stadtplanung durchgeführt.“⁵

Ludwigsfelde fehlte bis zum Ende der DDR insbesondere ein Kern, der das Wachstum hätte zentrieren können. Der fehlende Abschluss der baulichen Stadtwerdung und Zentrumsentwicklung zeigt sich exemplarisch im Fehlen eines eigenen Rathausgebäudes: Dass die Stadtverwaltung bis zum Ende der DDR in einer Baracke aus der NS-Zeit beheimatet blieb, symbolisiert zweierlei: die unzureichende Beachtung der baulichen Zentrumsausgestaltung in neuen Industriestädten sowie die Missachtung der kommunalpolitischen Kompetenz der Kommune durch die übergeordneten Institutionen. In Hinblick auf die gesamte DDR symbolisiert die Rathausbaracke im Vergleich mit den hypertrophen Zentrumsplanungen der 1950er Jahre in Ludwigsfelde noch etwas Drittes: die auf radikale Weise enttäuschten Hoffnungen auf die Produktivität des Sozialismus und die Schaffenskraft der Großindustrie für die Stadtentwicklung.

Die Abhängigkeit der Stadtentwicklung von den wiederholten abrupten Richtungswechseln der Industriepolitik und den daraus jeweils resultierenden Wohnraumanprüchen des Industrierwerkes wirkte sich in Ludwigsfelde seit den 1950er Jahren regelmäßig negativ auf die gesamte Stadtentwicklung aus. Alle Produktionskrisen waren stets mit der Umverteilung der für den Stadtausbau zugesagten finanziellen Mittel verbunden und beeinträchtigten deshalb die Ausgestaltung öffentlicher Räume. Durch kurzfristige Bedürfnisse der Industrie nach Arbeitskräften und spontane Mittelbereitstellungen der Staatsführung wurden mehrfach leicht zu erschließende Bauflächen an der Peripherie der Stadt bebaut, während der eigentliche zentrale Bereich ausgespart blieb. So verfestigte sich die schon in den 1930er Jahren angelegte fragmentierte Struktur der Stadt bis in die 1980er Jahre weiter. Charakteristisch für Ludwigsfelde wurde dadurch die sehr separierte Lage der einzelnen Stadtviertel, die durch die stadt-

⁵ BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Potsdam Nr. 753: Generelle Stadtplanung von Ludwigsfelde von 1964, Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I, Generelle Stadtplanung Ludwigsfelde Kreis Zossen Bezirk Potsdam, Potsdam, Dezember 1964, S. 5. So hieß es bereits wortgleich 1958. Auch der Generalbebauungsplan von 1982 kam zu einer ähnlichen Einschätzung.

räumlichen Barrieren der Autobahn und der Eisenbahntrasse zusätzlich voneinander getrennt werden. Auch die Stadtentwicklung im Sozialismus führte auf diese Weise zu einer spezifischen Form der Zersiedelung.

Eine treffende Beschreibung der segmentierten Struktur von Ludwigsfelde findet sich auch im Roman „Tupolew 134“ von Antje Rávic Strubel:

„Ludwigsfelde war entlang einer Hauptstraße gebaut, die an den Bahngleisen begann und an Bahngleisen wieder endete. In der Mitte wurde die Stadt von einer Autobahn in zwei Hälften geschnitten. Es war eine gewöhnliche Stadt, in der vier große Bauwerken ihre architektonischen Fußabdrücke hinterlassen hatten.“⁶

Auch der Generalbebauungsplan von 1982 musste die negativen Ergebnisse der unkoordinierten Planungsprozesse konstatieren, die zu einer „flächenintensiven weiträumigen Bebauung“ und zum Fehlen eines „städtische[n] Raummilieus“⁷ im Zentrum geführt hatten.

Lokale Defiziterfahrungen

In direkter Folge der defizitären städtebaulichen Struktur waren auch für die Einwohner die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Konsums eng begrenzt. Zur Ausbildung von Urbanität besaß Ludwigsfelde keine günstigen Voraussetzungen. Die selbstständige Etablierung von urbanen Angeboten und Räumen war innerhalb der Strukturen des Großsiedlungsbaus und den Rahmenbedingungen der Planwirtschaft kaum möglich.

Obwohl bis 1990 in der Industriestadt zahlreiche Versorgungseinrichtungen entstanden, wurde die städtische Qualität von den Bürgern als unzureichend empfunden. Die Lebensrealität von Ludwigsfelde darf dabei nicht nur aus dem Blickwinkel einer Defizitanalyse betrachtet werden, die sich an unerreichbaren urbanistischen großstädtischen Vorbildern orientiert. Ludwigsfelde ist mit all seinen Defiziten und Qualitäten als eine industrielle Kleinstadt zu reflektieren, mit einer spezifischen, wenngleich fragmentarischen Urbanität. Ausgeprägten Defiziten standen in bestimmten Bereichen des Alltagslebens auch gute Versorgungsangebote und Lebenschancen für die Einwohner gegenüber: Ludwigsfelde bot attraktive Arbeitsplätze und das Wohnumfeld zeichnete sich durch ein gutes Grünflächenangebot aus. Der aufstrebende Ort offerierte so auch Hoffnung für seine Bewohner. Nach Phasen des Aufbaus, in denen der Umzug nach Ludwigsfelde als Fortschritt empfunden wurde, brachte die Vernachlässigung der städtischen Entwicklung jedoch Enttäuschungen für die Neubürger mit sich.

Der Sozialismus hatte im Vergleich mit der alten „kapitalistischen“ Stadt andere Versorgungsaspekte in den Vordergrund seiner Stadtpolitik gestellt. Das umfassende Angebot an sozialen Dienstleistungen wurde von den Menschen im Wohngebiet gerne angenommen und als wichtiger Bestandteil ihrer Lebensqualität betrachtet – ebenso wie die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die preiswerten Wohnungen. Nachhaltige Auswirkungen hatten die darüber

⁶ Antje Rávic Strubel: Tupolew 134, München 2004, S. 36. Die Hauptprotagonistin des preisgekrönten Romans lebt und arbeitet im Ludwigsfelde der 1970er und 1980er Jahre, wo auch die Autorin aufgewachsen ist.

⁷ Büro für Städtebau Potsdam: Generalbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdam 1982, S. 13–14.

hinausgehenden Theoreme der „sozialistischen Lebensweise“ auf die Stadtwahrnehmung der Einwohner jedoch nicht.

Die Vorstellungen über Urbanität, vielfältige Angebotsstrukturen, städtische Räume, Differenziertheit und Kleinteiligkeit städtischer Strukturen wandelten sich auch bei den Einwohnern einer neuen Industriestadt nur partiell und blieben im Wesentlichen in traditionellen Vorbildern verhaftet. Im Gegensatz zur sichergestellten quantitativen Grundversorgung konnte der Ludwigsfelder Stadtraum diese spannungsreichen Effekte der Urbanität im traditionellen Sinne niemals bieten.

Die Stadtbewohner folgten in den Grenzen, die das SED-System ließ und im Rahmen der Möglichkeiten, die der Stadtraum bot, eigenen, teils systemunabhängigen Logiken der individuellen Aneignung ihres Lebensumfeldes. In Anbetracht der strukturellen Defizite der offiziellen Angebote wurden durch die Bewohner und durch die Stadt initiierte Initiativen weitere informelle Räume und „Nischen“ aktiviert, die in der Stadt entscheidende Bausteine für gesamtstädtische Nutzungsqualität bildeten. Trotz zahlreicher Angebote, die auch die reduzierte Umsetzung der Utopie der „sozialistischen Lebensweise“ in Hinblick auf Kultur- und Freizeitaktivitäten in den Wohngebieten, im Kulturhaus und im Betrieb offerierte – war der Wunsch nach individueller Betätigung in der Freizeit in der DDR in nicht anderer Weise ausgeprägt als in anderen Ländern.⁸ Ohne „Neue Menschen“ blieb die sozialistische Lebensweise eine kaum erreichbare Zielsetzung.

Von einer ökologischen Verwüstung, wie sie in den defizitären Industriedörfern des Ruhrgebiets wie in den älteren Industriestandorten der DDR, vor allem im mitteldeutschen Raum, zu verzeichnen ist, blieb Ludwigsfelde verschont. Gleichwohl gab es spezifische Muster einer Zersiedelung des städtischen Raums. Die Defizienz der Urbanisierung in Ludwigsfelde machte sich auch weniger an unzureichender Bereitstellung technischer Standards fest. Die Energie- und Gasversorgung, die Befestigung der Straßen, Be- und Entwässerung waren genuiner Bestandteil der – „komplexen“ – Planung der DDR-Wohngebiete. Der spezifischer Charakter der Defizienz in Ludwigsfelde lässt sich auch am Vorhandensein von sozialräumlichen Disparitäten festmachen: Insbesondere die älteren Siedlungsbereiche waren in Hinblick auf die technischen Standards deutlich schlechter ausgestattet als die neueren Wohngebiete.

Für eine Kleinstadt war Ludwigsfelde rein quantitativ durchaus zufriedenstellend mit Freizeitangeboten ausgestattet. Der urbane Standard in Ludwigsfelde wurde von den Bewohnern aber nie im Kontrast zu anderen kleinen Industriestädten bewertet, sondern im Vergleich mit dem nahen Berlin gesehen. Auch wenn die guten Versorgungsstrukturen in Teilbereichen von den Einwohnern anerkannt wurden, blieb die unzureichende Gewährung von städtischen Qualitäten, individueller Vielfältigkeit und attraktiven Stadträumen in ihrer Wahrnehmung ein zentrales Manko der Stadtentwicklung. Das quantitativ große Angebot, das insbesondere im

⁸ Herrmann Weber stellt in Auswertung von Umfragen der SED aus dem Jahr 1966 fest: „Trotz aller Einflussnahme von Partei und Massenorganisationen behauptete sich der Wunsch nach individueller Gestaltung der Freizeit, sie war so vielfältig wie in anderen Ländern auch.“ *Weber: DDR 1945–1990*, S. 68.

Kulturhaus vorhanden war, glich nicht das Fehlen von multifunktionalen öffentlichen Räumen aus. Zum Teil handelte es sich bei den Defiziterfahrungen um DDR-weite Phänomene der unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit Waren, zu einem wesentlichen Teil resultierten die Defizite aber auch aus den speziellen Charakteristika einer Neubaubstadt, wie z.B. dem Fehlen einer gewachsenen und an zentralen Orten konzentrierten Verkaufsstättenstruktur. Für die Möglichkeiten städtischer Geselligkeit waren die Qualität, Beschaffenheit und Nutzbarkeit der öffentlichen „volkseigenen“ Räume von entscheidender Bedeutung. Die fragmentarische Vollendung des Stadtzentrums war das augenfälligste Charakteristikum der defizitären Urbanisierung in Ludwigsfelde, wobei es sich jedoch im Vergleich mit anderen kleinen Industriestädten um eine defizitäre Urbanisierung auf relativ hohem Niveau handelte.

Allmacht und Grenzen des Zentralismus: Die „eigensinnige“ Kommune

Erst spät gelang es den Stadtverantwortlichen, gestaltenden Einfluss auf die Koordinierung der Stadtentwicklung zu nehmen. Zentrales Hindernis einer eigenständig gesteuerten inneren Stadtwerdung war neben der wenig urbanen Siedlungsstruktur die ungenügende Ausstattung der Stadt mit rechtlichen und materiellen Möglichkeiten, um ihre spezifischen Interessen vertreten und umsetzen zu können. Dennoch wurde seit den späten 1960er Jahren die Kommune, insbesondere der Rat der Stadt, ein wesentlicher Motor zur Weiterführung der Stadtwerdung. Innerhalb der Stadt, sowohl bei Eliten wie Bewohnern, formierte sich bis zum Ende der DDR trotz der schwierigen Ausgangslage ein unbedingter „Wille zur Urbanität“. Weder die Verwaltung noch die Bürger nahmen die bestehenden Mängel der städtischen Ausstattung passiv hin, sondern kritisierten die einseitig auf die Sicherung der Industrieproduktion gerichtete Entwicklung. Die einmal von der zentralen Planung gemachten Versprechungen blieben im Bewusstsein der Einwohner erhalten und formten den Anspruchsrahmen. Die Stadtverantwortlichen in Rat und Verwaltung wurden so permanent mit den unerfüllten Wünschen der Ludwigsfelder konfrontiert und stellten sich von dieser Position aus auch Konflikten mit übergeordneten Organen.

Die Defizite, die durch die zentrale Politik verursacht wurden, konnte die Ludwigsfelder Kommunalpolitik nicht ausgleichen, jedoch bei geschickter Nutzung lokaler Ressourcen mildern. Mit zahlreichen lokalen Initiativen wurde zumindest der Versuch unternommen, eine nachholende innere Stadtwerdung zu erreichen. Die lokale städtebauliche Praxis mühte sich mit dem pragmatischen Auffüllen des zentral vorgegebenen Rahmens. Auf die extern gesteuerte Stadtproduktion konnten die städtischen Akteure im Laufe der Jahrzehnte nur sukzessive mit ihren eigensinnigen Vorstellungen auf die Entwicklung „ihrer Stadt“ Einfluss gewinnen. Die großen Anstrengungen der Ludwigsfelder Kommunalverwaltung seit den 1960er Jahren legten jedoch die Basis für die spätere Ausweitung des lokalen Handlungsspielraums. Seit den 1970er Jahren waren die Stadtverantwortlichen mit ihrer Konstruktion lokaler Eigenmacht im Bereich der Stadtentwicklung zunehmend erfolgreicher. Dazu mussten spezifische Strategien zur Generierung von Einfluss und Umsetzungsmöglichkeiten entwickelt werden. So konnten durch die Stadt zusätzliche Infrastrukturen durch erhebliche Eigeninitiative und Nutzung von Beziehungen und die Aktivierung von Bevölkerungsiniciativen durchge-

setzt werden. Eine Kommune in der DDR musste dafür die wenigen formellen eigenen Rechte im real existierenden „Kompetenzwirrwarr“⁹ gegenüber den übergeordneten Organen verteidigen, zur Bewältigung der lokalen Probleme auch zuweilen partiell Regeln überschreiten und sich teils bei ihrem Engagement am Rande der Legalität bewegen.

Eine kreisangehörige Stadt konnte nur im informellen Zusammenwirken mit der auf lokaler Ebene nicht durchweg übermächtigen und vor allem nicht immer einheitlich agierenden Partei und in Kooperation mit den ansässigen Betrieben lokale Handlungsressourcen akkumulieren. So bildeten sich in Ludwigsfelde im Laufe der Jahrzehnte aktionsfähige Strukturen lokaler Eigenmacht, die auf Seiten der kommunalen Akteure von einem ausgeprägten Stadtpatriotismus begleitet wurden. Auch wenn den übergeordneten SED-Organen und zentralen Staatsinstitutionen immer das Primat in allen politischen und wirtschaftlichen Bereichen gesichert wurde, gelang es in Ludwigsfelde auch „eigensinnige“ Strategien auf der städtischen Ebene gegen systemimmanente Widerstände durchzusetzen. In Ludwigsfelde war dies möglich, obwohl sich die Stadt als kreisangehörige Gemeinde am unteren Ende der Hierarchie befand, da eine geschickte Mobilisierung aller lokalen formellen wie informellen Ressourcen gelang. Der Charakter von Ludwigsfelde als Kleinstadt bot neben den strukturellen Benachteiligungen auch Vorteile für die Kommunalpolitik in Hinblick auf die Entwicklung von Spielräumen. Das entscheidende „politische Kapital“ der Ludwigsfelder Kommunalpolitik und der wesentliche Vorteil im Vergleich zu anderen kleinen Städten war die bis zum Ende der DDR dauerhaft große und tendenziell ansteigende industrielle Bedeutung der Stadt sowie die Möglichkeit, qualifiziertes Personal vom Kombinat für die Stadtverwaltung zu erhalten. Engagement und Eigensinn der Akteure konnten trotz fehlender städtischer Traditionen und lokaler Selbstverwaltungsrechte auf dieser stabilen ökonomischen Basis aufbauen und faktische Handlungsmacht generieren. Im offenen Konflikt mit übergeordneten Organen hatte die Stadt zwar auch in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR nur geringe Chancen der Interessendurchsetzung. Sondersituationen wie Produktionskrisen und Versagen von anderen politischen Ebenen konnten jedoch vom Rat der Stadt offensiv zum Transport eigener Ansprüche genutzt werden.

Da Kommunen in der DDR ein formelles Selbstbestimmungsrecht fehlte, „mussten die städtischen Akteure insbesondere jene Spielräume zu nutzen suchen, die sich auf der Ebene der Umsetzung von Beschlusslagen ergaben“¹⁰. In welchem Umfang Handlungsspielräume vor Ort gewonnen werden konnten, hing „von Personen und ihrer Vorgehensweise ab“¹¹. Entscheidend für die Ausdehnung der faktischen Handlungsmacht war in Ludwigsfelde vor allem, dass die Kommunalpolitiker und die Verwaltungsangehörigen im Bereich der Planung, des Bauwesens und der Kultur über die Jahrzehnte hinweg persönliche Netzwerke innerhalb der ganzen Republik herausgebildet hatten, sodass sich auf der mittleren Ebene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen ließen. Seit den 1970er Jahren entwickelte sich insbesondere

⁹ von Saldern: Herrschaft und Repräsentation, S. 25.

¹⁰ von Saldern: Alte und junge Stadt, S. 360.

¹¹ May: Planstadt StalinStadt, S. 214.

zwischen den fachlichen Entscheidungsträgern auf den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltungshierarchie eine funktionierende Zusammenarbeit, innerhalb derer es dem – institutionell schwachen – Akteur Stadt zunehmend gelang, seine Interessen einzubringen. So war das bezirkliche Büro für Städtebau ebenso wie die Stadtverwaltung aus seinem fachlichen Selbstverständnis heraus an der Umsetzung von städtebaulich qualitativollen Konzeptionen in Ludwigsfelde interessiert und geriet damit auch in Widerspruch zur bezirklichen Plankommission und zum Wohnungsbaukombinat.¹² Obwohl Ludwigsfelde nur eine Kreisangehörige Stadt war und mit der kleineren Kreishauptstadt Zossen um Einfluss ringen musste, gewann die Stadt auch gegenüber den Institutionen des Kreises durch ihre eigene Professionalisierung und ihr Engagement zunehmend an Handlungskompetenz.

Neben der Staats- und Parteihierarchie war der ansässige Großbetrieb ein zusätzlicher, im Alltagsleben teils sogar dominierender Bestimmungsfaktor der Kommunalpolitik. Der Betrieb war gegenüber der Kleinstadt angesichts der materiellen Ressourcen und politischen Einflussmöglichkeiten der eindeutig stärkere Akteur. Dennoch kam es nicht zu einer reinen Unterordnung unter die Betriebsinteressen. Auch der Betrieb war nicht allmächtig, da er vor Ort auf eine funktionsfähige Kommune angewiesen war, die seinen Beschäftigten Wohnraum und Infrastrukturen bieten konnte. Obwohl der Betrieb zahlreiche wichtige infrastrukturelle und kulturelle Angebote in eigener Verantwortung bereitstellte: Zur Organisation des gesamten urbanen Angebotsspektrums waren die kommunalen Institutionen unverzichtbar. Zwischen den Akteuren „Großbetrieb“ und „Stadt“ kam es zwischen 1952 und 1989 weder zu einer völligen Verschränkung der Interessen noch bildete sich eine dauerhafte Gegnerschaft heraus. Die beiden Akteure mussten sich im Territorium miteinander arrangieren – beide hatten hier zumindest in weiten Teilen deckungsgleiche Interessen. Stadt und Großbetrieb waren vor allem wegen der starken Fluktuation in Betrieb und Wohnbevölkerung bemüht, die Bindung der Bewohner und die Attraktivität des Ortes zu erhöhen. Trotz dieser Interessenüberschneidung konnte aber nie eine durchgängige Gemeinsamkeit mit dem Industriewerk hergestellt werden, sodass es schon auf der lokalen Ebene zu Reibungsverlusten kam. Die Beziehung von Betrieb und Stadt schwankte über die Jahrzehnte zwischen „nacktem Interessenegoismus“¹³ seitens des Betriebes und der Herausbildung einer intensiven und für beide Seiten produktiven territorialen Kooperation. Annette Schuhmann hat in ihren Untersuchungen über die Beziehung von Betrieben und Städten festgestellt, dass sich unter günstigen lokalen und persönlichen Konstellationen stabile Netzwerke zwischen der örtlichen Verwaltung und den Betrieben unter Nutzung systembedingter Steuerungsdefizite bilden konnten. Diese Netzwerke entstanden nicht nur in Reaktion auf akute Versorgungsmängel, sondern dienten als Schnittflächen zwischen Betrieb und Lokalpolitik, wobei auch die beteiligten

¹² Vgl. zur Rolle des Bedeutung des beruflichen Selbstverständnisses der Planer bei der Herausbildung von lokalen Eigensinnigkeiten. *Betker*: *Einsicht in die Notwendigkeit*, S. 370.

¹³ Wehler spricht in Hinblick auf das Verhalten der unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Akteure im Territorium auch von einer „Sozialkultur der organisierten Verantwortungslosigkeit“. Vgl. *Wehler*: *Gesellschaftsgeschichte*, S. 357.

Akteure durch eigene Profilierung profitieren konnten.¹⁴ Die Kooperation zwischen Stadt und Werk formalisierte sich auch in Ludwigsfelde in den Jahrzehnten vor dem Ende der DDR zwar stärker, musste aber immer wieder bei jeder Detailfrage aufs Neue ausgehandelt werden. Ein festes institutionelles Arrangement der Zusammenarbeit wie es in anderen Orten der DDR nachgewiesen werden konnte¹⁵, entstand nicht. Die Entwicklung von Netzwerken zum gegenseitigen Nutzen blieb brüchig. Ein „Gesamtakteur Stadt“ unter Einschluss aller lokalen städtischen und betrieblichen Akteure etablierte sich in Ludwigsfelde nicht. Die Stadt konnte zwar in zahlreichen Einzelfragen mit Unterstützung des Großbetriebes eigene Projekte in einer Art örtlicher Klientelwirtschaft ohne zentrale Anleitung verwirklichen. Das Werk zog sich in Produktionskrisen oder bei Desinteresse an bestimmten lokalen Problemen jedoch immer wieder aus Teilen seines Engagements zurück. Für den Betrieb hatte die wirtschaftliche Planerfüllung immer Priorität, sodass zumindest im Fall Ludwigsfeldes weniger von stabilen Netzwerken als von sachbezogenen regionalen Kooperationen der lokalen Akteure auszugehen ist. Der Großbetrieb hatte keinesfalls das Interesse, in alle städtischen Belange hineinzuregieren, da dies auch ein höheres Maß an Verantwortung bedeutet hätte. Es blieb ein fragiles Verhältnis, das sich in den 1980er Jahren zu einem gedeihlichen Arrangement festigte. „Augenhöhe“ wurde dabei niemals erreicht, weshalb ein Idealtypus eines Netzwerkes gleichberechtigter Partner nicht entstand. Beide Partner blieben bei allen territorialen Kooperationen durchaus Akteure mit einem Profil und eigenem Aufgabenbereich. Die Industriestadt wurde nicht zur „Dienstleistungsorganisation für die Industriebetriebe“ und der Betriebsdirektor nicht zum „Ober“-Bürgermeister der Stadt. Das Werk – seit den 1960er Jahren ein notorischer Planschuldner – entwickelte sich in den 1980er Jahren zu einem Musterbetrieb der DDR, die Fluktuation ging zurück, während sich auch die Stadtverwaltung professionalisierte. Beide konsolidierten sich so in ihren jeweiligen funktionalen Rollen innerhalb des Stadtgebietes. Sie bleiben aber aufeinander angewiesen, der Rat der Stadt in stärkerem Maße als das Kombinat.

Handlungsspielräume der Stadtverantwortlichen

Ihrem umfassenden Anspruch entsprechend wollte die Planwirtschaft nicht nur für zentrale staatliche Aufgaben, sondern für weitgehend alle Belange des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Planziele festlegen. Der Zentralismus der DDR konnte aber angesichts seiner niemals zum vollständigen Durchgriff fähigen Top-Down-Steuerung nicht alle Aufgaben und Verantwortlichkeiten an sich ziehen, vor allem nicht auf der lokalen Ebene in einer kleinen Gemeinde. Zum einen wurde der Handlungsraum der zentralen Planungsinstitutionen und ihr Wille zur völligen Durchherrschaft durch die relativ begrenzten Ressourcen und Informationsverarbeitungsmöglichkeiten limitiert, zum anderen konnte es sich die zentrale Herrschaftsebene auch nicht erlauben, angesichts der herrschenden Mangelwirtschaft sämtliche eigenständigen lokalen Initiativen zu lähmen. Ein kontrollierbares Maß an Spielraum

¹⁴ Vgl. *Annette Schuhmann*: Netzwerke lokaler Eliten in der DDR, in: *Bulletin für Zeithistorische Studien*, 2008 36/37, S. 53–56.

¹⁵ Vgl. *Schuhmann*: Netzwerke lokaler Eliten, S. 53–56 und *Mestrup*: Territoriale Rationalisierung.

musste den Kommunen gelassen werden, damit sie Reserven mobilisieren konnten, die von der Zentrale nicht aktivierbar waren. Die völlige Umsetzung des zentralistischen Konzepts hätte den Verzicht auf weite Teile des Potenzials lokaler Problemlösungskompetenz bedeutet, sodass auch im Interesse der Staats- und Parteiführung faktisch nie ganz auf die Gewährung von – begrenzten und kontrollierbaren – lokalen Spielräumen verzichtet werden konnte, schließlich hielten die lokalen Organe das System „am Laufen“. So kam dem kommunalen Handeln eine wichtige und im Laufe der Jahrzehnte in einigen Bereichen durchaus wachsende Bedeutung zu und es entstanden auch im zentralistischen System der DDR trotz oder gerade wegen der Mangelwirtschaft Spielräume. Ohne die lokale, potenziell planwidrige Improvisation hätte die defizitäre zentrale Planumsetzung niemals funktionieren können. Da die übergeordneten Organe vorrangig an der Erfüllung der vorgegebenen Normen interessiert waren, ergaben sich so für die Stadt auch eigene Handlungschancen, die es pragmatisch mit den Planungsvorgaben zu nutzen galt.¹⁶

Die Institutionen der Stadt – ihr Rat, die Stadtverordneten und die Verwaltung – waren vor diesem Hintergrund nicht ersetzbar, weder durch die Ortspartei noch durch das Werk noch durch Staats- und Parteiinstitutionen des Kreises. Ohne ausreichende Ausstattung mit zentralen Ressourcen mussten auf den unteren Ebenen des Staatsapparates unverzichtbare integrative Prozesse bewerkstelligt werden. Die Spielräume, die im Rahmen der staatlichen Vorgaben gewährt wurden, schöpfte die Stadt Ludwigsfelde dabei seit den 1970er Jahren umfänglich aus. Nachzuweisen war diese Handlungsweise insbesondere in den Bereichen des Eigenheimbaus, der Anlage von öffentlichen Einrichtungen, beim Aufbau einer eigenständigen lokalen Kulturpolitik sowie der zielgerichteten Unterstützung von privaten Gewerben. Die Entwicklung in Ludwigsfelde zeigt, dass auch den Institutionen „Stadt“ und „Gemeinde“ in Staat und Gesellschaft der DDR trotz ihrer administrativen Marginalisierung wichtige Funktionen zukamen. Die Städte in der DDR lassen sich ungeachtet ihres rechtlichen Status als weisungsgebundene lokale staatliche Organe und Wächter zentraler Vorgaben der Parteipolitik nicht auf die Rolle von bloßen „Erfüllungsgehilfen“ der Zentrale in Berlin reduzieren. In Ludwigsfelde erwuchs insbesondere dem Rat der Stadt eine zentrale Rolle als Koordinator und Motor einer eigensinnigen Stadtpolitik – auch wenn der Rat des Kreises und die SED-Bezirks- und Kreisleitungen formell stets stärkere Akteure blieben. Der Rat der Stadt als Kern der lokalen Elitenformation konnte seit den 1970er Jahren zunehmend eine wirksame Rolle zwischen Staat, Bezirk, Kreis, Partei und Kombinat herausbilden und kommunalpolitisches Profil entwickeln. Dem mit nur wenigen formellen Kompetenzen ausgestatteten Rat der Stadt gelang es in diesem Zeitraum sich erfolgreich durch Nutzung informeller Machtressourcen zum Sprachrohr der Stadtinteressen zu machen.

Innerhalb der Großbürokratie der DDR, in der für zahlreiche Staats-, Partei- und Kombinatstrukturen und Massenorganisationen riesige personelle Apparate vorgehalten wurden, war für die Stadtverwaltungen in den kreisangehörigen Städten nur noch eine bescheidene Min-

¹⁶ Anita Maaß kommt für Dresden zu einem ähnlichen Ergebnis. Vgl. *Maaß: Wohnen in der DDR*, S. 175.

destausstattung vorgesehen, die kaum zur Erfüllung der Aufgaben ausreichte. Die Herausbildung einer lokalen Elite in einer Kleinstadt stützte sich deshalb auf eine kleine Gruppe Verantwortlicher innerhalb des Rates der Stadt, der Verwaltung und den Kommissionen, der Ortspartei und auch den ansässigen Betrieben, von deren Geschick Erfolg oder Misserfolg kommunaler Politik entscheidend abhing. Diesen lokalen Eliten kam eine wichtige Rolle im Prozess der Formierung des lokalen Handlungswillens zu. Sie mussten das Leben vor Ort und den Auf- und Umbau der Stadt organisieren. Dabei hatten sie einen Balanceakt zwischen zentralen und bezirklichen Weisungen und ideologischen Vorgaben einerseits und den konkreten Anforderungen und Widersprüchen vor Ort andererseits auszuhalten. Es handelte sich bei diesen kommunalen Schlüsselakteuren weitgehend um Angehörige der Staatspartei SED, aber auch um einzelne Angehörige der Blockparteien und parteilose lokale Fachleute, die ihrem Selbstverständnis nach als Sachwalter lokaler Interessen agierten. Die Akteure der kommunalen Ebene handelten trotz des streng reglementierten Systems der Kontrolle und planmäßigen Einsetzung also nicht nur wie Befehlsempfänger der Zentrale. Die lokale Verwaltung der DDR nahm keine ausschließlich instrumentelle Funktion einer passiven Vollzugsorientierung ein. Die spezifischen lokalen Bedürfnisse und die von den Handelnden entwickelten persönlichen Bindungen an ihren Wohn- und Arbeitsort führten, trotz der postulierten Interessengleichheit innerhalb des Staatsapparates, zu eigensinnigen lokalpatriotischen Handlungsstrategien der lokalen Eliten. Die „Stadt“ war auch in der DDR ein besonderer Sozialraum, der das Handeln der Akteure prägte. Die lokalen Ämter in der Kleinstadt waren vielfach „Karrieresackgassen“, was aber durch langjähriges Engagement zur Formierung der örtlichen Eliten beitrug. Obwohl die Verantwortlichen in Rat und Ortspartei in die Parteidisziplin eingebunden blieben und nicht selten ursprünglich auch aus anderen Orten kamen, entwickelten sie sich in kurzer Zeit zu Sachwaltern der Stadt und stellten sich von einer lokalpatriotischen Position als Stadtpolitiker für „ihre Stadt“ auch Konflikten mit übergeordneten Organen.

Das Handeln der lokalen Eliten darf nicht im Sinne einer demokratischen Selbstverwaltung oder zur Legitimation vor Wählern verstanden werden. In erster Linie musste die Legitimierung der lokalen Akteure gegenüber den übergeordneten Parteiinstanzen erfolgen. Durch lokale Erfolge verbesserten sich aber die Legitimität der Stadtregierung vor den Bürgern und damit auch das „politische Kapital“ gegenüber den übergeordneten Instanzen. Auch wenn keine Bestätigung durch demokratische Wahlen erforderlich war, sicherte ein lokaler Erfolg mittelfristig das Wohlwollen der übergeordneten Organe.

Die für westliche Industriegesellschaften charakteristische und notwendige Ausdifferenzierung relativ autonomer gesellschaftlicher Subsysteme mit ihrem demokratisch-emanzipatorischen Potenzial war in den staatssozialistischen Diktaturen zwar weitgehend zugunsten einer umfassenden Gestaltungskompetenz der Staatspartei aufgehoben. Trotz dieses grundsätzlichen Unterschieds ist dennoch die Herausbildung von spezifischen Handlungsmustern und Handlungsspielräumen der lokalen Akteure zu identifizieren. Funktionell waren die Städte keine halbautonomen Subsysteme, die lokal verantwortlichen Akteure folgten in-

nerhalb der Grenzen der zentralistischen Diktatur explizit kommunalpolitischen Strategien mit eigenen lokalen Gesetzmäßigkeiten.

Die politischen Prozesse, die kommunales Verwaltungshandeln und den Verlauf der Stadtentwicklung bestimmten, stellen sich keineswegs so eindeutig dar, wie es die streng zentralistische Struktur der Staats- und Parteihierarchien suggeriert. Stadtpolitik in der DDR funktionierte nicht nur hierarchisch von der Zentrale ausgehend, sondern war auch von den Handlungsressourcen und Selbstverständnissen der jeweiligen Akteure in Staat, Partei und Betrieben vor Ort abhängig und Gegenstand vielfältiger, komplexer Aushandlungsprozesse. Auf der kommunalen Ebene mussten mit den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten die konkreten Probleme gelöst und offensichtliche Widersprüche der zentralen Politik ausgeglichen werden. Die streng zentralistisch ausgerichteten Politikmuster erfuhren vor dem Hintergrund der jeweiligen Problemlagen, der etablierten persönlichen Beziehungen der Akteure und der verfügbaren ökonomischen Ressourcen zumindest in Teilbereichen des kommunalpolitischen Handelns immer wieder Differenzierungen, die Handlungsoptionen für die Gemeinden eröffnen konnten.

An der autoritären und zentralistischen Struktur der DDR ist auch bei Konstatierung dieser Handlungsräume auf der lokalen Ebene indes keine Modifikation vorzunehmen. Es ist unzweifelhaft, dass es in den Städten der DDR „zu einer diktatorischen Umverteilung von Macht und Herrschaft“ gekommen ist; letztlich ging die Gesellschaft der DDR „auf lokaler Ebene jedoch in diesem streng SED-dominierten Politsystem nicht auf“¹⁷. Es blieben faktische Grenzen der zentralen Durchherrschaft im Alltagsleben wie auf lokaler politischer Ebene bestehen. Es gab Handlungslogiken und Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene, auch in einer kleinen Stadt, die das Bild der machtlosen Kommune wie das Diktum der „durchherrschten Gesellschaft“ differenzieren. Ohne die Improvisationskraft und ohne das Integrationsangebot der Kommunen hätte die DDR nicht so lange existieren können.

Die Identifikation von Spielräumen auf der lokalen Ebene darf nicht mit dem Vorhandensein demokratischer Handlungsräume verwechselt werden. Die formellen und informellen Initiativen, Aushandlungsprozesse und Konflikte in einem zentralistischen System waren nicht vergleichbar mit den Handlungen einer selbstverwalteten Kommune in einer Demokratie, die sowohl demokratische Legitimation wie geschützte lokale Rechtsbefugnisse besitzt. Die Generierung lokaler Gestaltungsmacht stieß immer an politisch festgelegte Grenzen. Niemals durften die grundlegenden Strukturen des Zentralismus, vor allem der Herrschaftsanspruch der Zentrale und der Staatspartei, in Frage gestellt werden. Kritik an der Arbeit von Kreis, Bezirk oder Betriebsleitungen blieb aber innerhalb der „Grenzen“ möglich. Scharfe lokale Kritiken wie am Bau des Intershops wurden nur kurzzeitig geduldet. Wo eine lokale eigensinnige Aktion aber zur Stabilität des Gesamtstaates ihren Beitrag leisten konnte – selbst wenn sie formell dem Plan widersprach – war eine stillschweigende Akzeptanz wie im Falle der Schwimmhalle und des Krankenhauses möglich. Ein formeller Regelübertritt der Kom-

¹⁷ Großbölting: SED-Diktatur, S. 33.

mune konnte nur durch den späteren Erfolg einer Stabilisierung sozialer und ökonomischer Verhältnisse vor Ort nachträglich legitimiert werden.

Ludwigsfelde als Stadt im Sozialismus

Die Stadt blieb auch im Herrschaftssystem der DDR ein wichtiger und prägender räumlicher Bezugsrahmen der Alltagserfahrungen und -aktivitäten der Bürger und eine bedeutende Handlungsebene für die Politik: Die DDR bestand nicht nur aus Parteien, Massenorganisationen und Betrieben. Auch als gegängelte administrative Ebene bewahrten sich die Städte bestimmte lokale Handlungslogiken, ältere Stadtidentitäten und eigensinnige Zukunftsvisionen. Ältere Städtekonkurrenzen, Traditionen und Eigengesetzlichkeiten wurden weiter tradiert. Die Stadt im „realen Sozialismus“ der DDR blieb als „Stadt“ eine besondere Siedlungsform und Gesellschaftsformation mit spezifischen räumlichen, baulichen, sozialen und ökonomischen Charakteristika, die als Erfahrungsbereich der Menschen eigene Gesetzmäßigkeiten des lokalen Handelns und der lokalen Lebensrealität herausbildete.

Die eingehende Analyse der lokalen politischen, gesellschaftlichen und baulichen Entwicklung hat auch in Hinblick auf die zentrale Parteidiktatur der DDR neue Perspektiven auf Politik, Gesellschaft und Alltag im gesamten Herrschaftssystem eröffnet. In zukünftigen Forschungen ist es sinnvoll, weitere Städtetypen der DDR in den Blick zu nehmen. Die Geschichte der gelungenen oder gescheiterten Stadtwerdungen von neuen kleinen Industriorten des 20. Jahrhunderts ist in der DDR – wie bei vergleichbaren Fällen in der Bundesrepublik – als bedeutender Baustein in die allgemeine deutsche Urbanisierungsgeschichte zu integrieren.

Insgesamt muss sich die Forschung über die Stadtentwicklung in der DDR zukünftig noch stärker von der Analyse der Intentionen der Planenden hin zur Analyse der Umsetzungs- und Bauprozesse und insbesondere zur Bewertung der Wirkungen der baulichen Realitäten weiterentwickeln. Die baulichen Resultate, die unter dem Signum der sozialistischen Stadt entstanden, konnten unter verschiedenen lokalen Bedingungen und angesichts der Handlungen der lokalen Verantwortlichen sehr divergierende Qualitäten entwickeln. Alle Hinterlassenschaften der „Stadt im Sozialismus“ formen wichtige Rahmenbedingungen für heutige Stadtentwicklungsprozesse. Die Stadt bleibt deshalb auch für weitere DDR-Forschung ein lohnendes Untersuchungsfeld.

Trotz der in der späten Phase der DDR erreichten Fortschritte hinsichtlich der lokalen Stadtentwicklung ist auch die Kommunalpolitik in Ludwigsfelde keine Erfolgsgeschichte. Den mühsam errungenen Verbesserungen standen zahlreiche andere Defizite gegenüber, die die Stadtverantwortlichen erkennen, aber unter den gegebenen Beschränkungen nicht beheben konnten.

Auch nachdem die großen Visionen des Aufbaus einer „sozialistischen Industriestadt“ als nicht mehr tragfähig und glaubhaft erschienen, beschritt die Stadt den Weg einer pragmatischen Verbesserung der städtischen Lebenswelt. Der Rat der Stadt entwickelte jedoch über die reine Mangelbewältigung eigenständige Visionen über eine wünschenswerte städtische

Entwicklung von Ludwigsfelde mit genuin lokal geformten Zukunftsentwürfen. In Ludwigsfelde erfolgte die Bezugnahme der Stadtverantwortlichen und der Einwohner dabei immer stärker auf „klassische“ Stadtqualitäten, obwohl es entsprechende Traditionen vor Ort nie gegeben hatte.

Obwohl die Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung oder die Stadtplanung nicht in die Entscheidungskompetenz der Kommunen in der DDR fielen – und auch durch informelle Aushandlungsprozesse von einer Kleinstadt kaum beeinflusst werden konnten – schuf die Ludwigsfelder Kommunalpolitik wichtige Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Alltagslebens der Bevölkerung. Insgesamt festigte die kleine Stadt in der hauptstadtnahen Provinz in den 1980er Jahren ihre Gestaltungsspielräume – unter allerdings immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR. Die städtische Realität blieb jedoch von Defiziten geprägt, eine vollständige Stadtwerdung gelang bis 1990 nicht. Dennoch war Ludwigsfelde am Ende der DDR bereits weit mehr als eine Werksiedlung. Auch als ein Konglomerat von Fragmenten bildete Ludwigsfelde eine Stadt, wenngleich eine defizitäre und unfertige.

Die Fortführung der relativ positiven Entwicklungsperspektive erschien im Jahre 1989 unter den Bedingungen der DDR auf mittlere Sicht als nicht mehr wahrscheinlich: Der Lkw „W 50“ war auch in seinen überarbeiteten Versionen völlig veraltet und stand vor seiner Produktionseinstellung, der Lkw „L 60“ etablierte sich nur mühsam und war in seinen Grundkonzepten letztlich durch seine verzögerte Einführung ebenfalls nicht mehr auf dem Stand der technischen Entwicklung und konnte weder mit westeuropäischen noch mit ostasiatischen Produkten auf dem Weltmarkt konkurrieren. Mit dem Ende des ersten Golfkrieges im Jahre 1988 erfolgte zudem ein starker Rückgang der Nachfrage nach Militärlastkraftwagen aus den wichtigsten Abnehmerstaaten. Die Produktionszahlen der Ludwigsfelder Lkws lagen in den Jahren 1988 und 1989 deutlich hinter dem bisherigen Niveau. Auch die meisten anderen Produktionen in den Ludwigsfelder Betrieben waren in ihrer Grundanlage veraltete Konzepte. Trotz aller Probleme, die die Wende 1990 für Ludwigsfelde mit sich brachte: Der Umbruch kam gewissermaßen zur richtigen Zeit: Nur durch die radikale Neuformierung des Produktionsstandortes sicherte Ludwigsfelde erneut seinen Charakter als Industriestadt, wenn auch mit drastisch reduzierten Beschäftigtenzahlen. Nur in wenigen anderen Orten der ehemaligen DDR ist dies in vergleichbarer Weise gelungen.

Ludwigsfelde hat sich heute weitgehend von der negativen Entwicklung anderer ostdeutscher Industriestädte abgekoppelt. Ein Großteil des Ludwigsfelder Wohnungsangebotes aus der DDR-Zeit wird immer noch nachgefragt. Abrisse sind im Gegensatz zu anderen ehemaligen DDR-Entwicklungsstädten fast nicht notwendig geworden. Die Wohngebiete – insbesondere die der späten 1970er Jahre – weisen zwar weiterhin nur wenig städtische Qualität auf. Sie besitzen aber bis heute durchaus einen hohen Wohnstandard mit mittlerweile ergänzten Grünanlagen und Versorgungseinrichtungen.

Unmittelbar nach der Wende gab es in Ludwigsfelde kurzzeitig euphorische Expansionsvisionen, die umfangreiche industrielle Ansiedlungen und ein rasantes Wachstum der Stadt auf

35.000 bis 100.000 Einwohner innerhalb von 20 Jahren prognostizierten.¹⁸ Diese Wachstumsoptionen ließen sich nicht realisieren. Trotz einiger gescheiterter Hoffnungen kam es zu keinem Absturz der wirtschaftlichen Basis und Ludwigsfelde beschritt den Pfad einer stabilen ökonomischen und demographischen Entwicklung. Industriestadt ist Ludwigsfelde bis heute geblieben, in einem Maße wie kaum eine andere kleine und mittelgroße ostdeutsche Stadt. Die Daimler AG baut auf dem Gelände des alten Lkw-Werkes bis heute – wirtschaftlich erfolgreich – Kleintransporter. Auch auf dem Gebiet des Instandsetzungswerkes besteht durch die Übernahme durch MTU darüber hinaus eine Kontinuität im Bereich der Luftfahrtindustrie. Von den Problemen der Überalterung, des Leerstands und des Arbeitsplatzabbaus ist Ludwigsfelde nicht verschont geblieben, der Ort wurde aber im Vergleich mit anderen Industriestädten weniger stark betroffen. Die Stadt weist heute eine der geringsten Arbeitslosenraten in Brandenburg auf. Dabei profitiert der Ort neben der bestehenden Industrie insbesondere von der wieder gewonnenen Lagegunst nach Berlin. Ludwigsfelde ist seit 2006 mit der Bahn im Halbstundentakt bei einer Fahrtzeit von 20 Minuten mit dem Berliner Zentrum verbunden. Auch die Autobahn im Ort ist heute nicht nur eine stadträumliche Barriere mit entsprechender Geräuschkulisse, sondern auch Voraussetzung für weitere Gewerbeansiedlungen. Der Ausbau des nahegelegenen Flugplatzes Schönefeld zum Großflughafen wird weitere Lärmbelastungen für den Ort mit sich bringen, gleichzeitig aber zu einer weiteren immensen Aufwertung der Lagegunst führen. Negative wie positive Auswirkungen der Standortlage der Stadt bleiben – wie zu Zeiten der DDR – auch heute weiterhin eng miteinander verknüpft. Heute sind in Ludwigsfelde rein quantitativ alle Angebote vorhanden, die man von einer Stadt dieser Größe erwarten kann. Es fehlt jedoch weiterhin der bauliche Abschluss des Stadtzentrums. Mit dem Bau des neuen Rathauses mitsamt gestaltetem Vorplatz im Jahre 1993 ist auch die Mitte der Stadt baulich gefasst und symbolisch betont wurden. Mit dem Ende der DDR 1990 wurden die Defizite der Vergangenheit zu einem Potenzial für die Zukunft, da im unmittelbaren Stadtzentrationbereich ungenutzte Flächen für Neubaumaßnahmen bereitstanden.¹⁹ Entlang der Potsdamer Straße sind außerdem zahlreiche Konsumeinrichtungen entstanden, allerdings noch nicht in überzeugender gestalterischer und städtebaulicher Form. Die Wirtschaftsförderung der Stadt preist heute in Imagebroschüren die neuen Vorzüge Ludwigsfeldes unter der Überschrift „Urbane Lebensqualität im Grünen“:

„Ludwigsfelde verbindet man schon lange nicht mehr nur mit Industrieschlot und Fabrikhalle. Seit der Wende hat sich hier eine Stadtkultur entwickelt, die Ruhepol zur quirligen Metropole Berlin und aktives Leben zugleich verkörpert. Als Tor zur Natur ist Ludwigsfelde Magnet für alle, die sich in der schönen Urlandschaft des Landkreises Teltow-Fläming erholen wollen. Den Besuchern und Bewohnern eröffnet sich eine reizvolle Kulturregion aus jahrhundertealten dörflichen Gemeinschaften, wie im Orts-

¹⁸ Vgl. *Institut für Städtebau und Architektur*: Städtebauliche Entwicklungskonzeption Ludwigsfelde. Studie zur Stadtentwicklung im Zusammenhang mit der Lage, Struktur und Ausstattung des Stadtzentrums [Typoskript], Berlin 1991, S. 2 und *Liebmann*: Modellfall Ludwigsfelde, S. 141.

¹⁹ Vgl. *Liebmann*: Modellfall Ludwigsfelde, S. 141.

*teil Gröben und städtisch geprägten Vierteln in der Kernstadt von Ludwigsfelde. Dank der hervorragenden Infrastruktur von Stadt und Land befinden sich zudem optimale Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten jederzeit in greifbarer Nähe.*²⁰

Lediglich die Identifizierung einer eigenen „Stadtkultur“ erscheint noch verfrüht. Abgeschlossen wurde der Zentrumsausbau bis heute nicht, wichtige zentrale Flächen im Bereich der Autobahnunterführung liegen immer noch brach, wodurch eine geschlossene und urbane Wirkung der Stadtmitte noch beeinträchtigt wird. Der Abschluss dieser Entwicklung ist weiterhin Ziel der Ludwigsfelder Kommunalpolitik. Urbanität wird weiterhin von Bewohnern und Zuziehenden vermisst:

*„Doch es gibt auch Probleme. In Ludwigsfelde sind nach wie vor zahlreiche Bürger unzufrieden, weil es immer noch kein richtiges Stadtzentrum gibt, wie viele meinen. Das monieren auch große Unternehmen, die vor Ort aktiv sind und deren Mitarbeiter häufig hierher ziehen und nun die möglicherweise vorher genossene Urbanität vermissen.*²¹

Nach mehreren gescheiterten Anläufen versucht die Stadt seit 2008 erneut die letzten verbliebenen Brachflächen einer städtischen Bebauung zuzuführen.²² Die Stadt ist bei ihren Vorhaben nun entledigt von den Zwängen der SED-Parteiherrschaft, der Gängelung durch den Zentralismus und den Beschränkungen durch den Mangel an baulichen Ressourcen. Konfrontiert ist die Stadt aber nunmehr hingegen mit den letztlich ebenfalls endlichen Spielräumen einer Kommune im komplexen bundesdeutschen Regelungssystem, den akuten finanziellen Engpässen einer Kommunalverwaltung und den Abhängigkeiten von Investoreninteressen. Gleichwohl liegt die Entscheidung bei der kommunalen Selbstverwaltung und die Diskurse über die Stadtentwicklung sind frei.

Heute ist das Motiv des „Sozialistischen“ im Selbstbild der Stadt Ludwigsfelde gänzlich verschwunden. Dass Ludwigsfelde mal eine „Sozialistische Musterstadt“ sein sollte, wird selten erinnert. In Selbstdarstellungen der Verwaltung wird Ludwigsfelde als „Kleinstadt im Grünen“ vermarktet.²³ Eine positive Konnotation des Bildes der „Industriestadt“ Ludwigsfelde ist jedoch weiterhin festzustellen, bewahrt es doch die wirtschaftliche Prosperität des Ortes. Das neue nach 1990 geschaffene Wappen der Stadt enthält wie das alte Wappen aus DDR-Zeiten noch das Zahnrad als Symbol der Industrie. Das an den sozialistischen Aufbau gemahnende Hochhaus ist im neuen Wappen verschwunden, ebenso wie die stilisierte Autobahn, die nach wie vor Potenzial und Problem der Stadt ist. Dominiert wird das neue Wap-

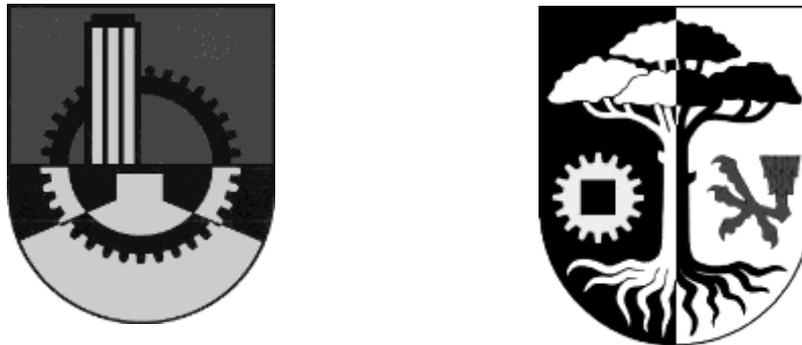
²⁰ *Wirtschaftsforum Ludwigsfelde e.V.*: Entdecken Sie Ludwigsfelde, S. 11 (Zugriff 12.11.2008), online unter: http://www.stadtzentrum-ludwigsfelde.de/pdf/PDF_Brosch-Ludwigsfelde.pdf. Das Wirtschaftsforum ist eine Kooperation der städtischen Wirtschaftsförderung mit ansässigen Unternehmen.

²¹ *Hermann M. Schröder*: Die Region in dieser Woche. Wachstum trotz Krise. Viele Unternehmen expandieren weiter, in: Märkische Allgemeine, 26.6.2004.

²² Vgl. *Jutta Abromeit*: Suche nach der Mitte „ergebnisoffen“. Ludwigsfelder Bauausschuss befürwortet neuen Anlauf für eine Zentrumsbebauung, in: Märkische Volkszeitung vom 6.6.2008.

²³ Für neuentstandene kleine Städte wurde die Bezeichnung „Junge Stadt im Grünen“ auch im Westen eine – teils bis heute – beliebte, geradezu inflationäre Selbstzuschreibung. So bezeichnen sich z.B. Glinde in Holstein, Stadt seit 1979, Espelkamp in Nordrhein-Westfalen (Stadt seit 1959), Rödermark in Hessen (Stadt seit 1977), Taunusstein (1971) und Baunatal in Hessen (Stadt seit 1964).

pen anstelle dessen nun vom märkischen Kiefernbaum, der die regionale Verwurzelung betonen soll. Ein stilisierter Greifenfuß verweist außerdem auf den mittelalterlichen Ursprung der Ortslage und den Bezug zum Ortsgründer Ludwig von der Gröben: Ludwigsfelde gab es lange vor der DDR und auch lange vor der Industrie.



57. Abb.: Wappen 1965 und 1993

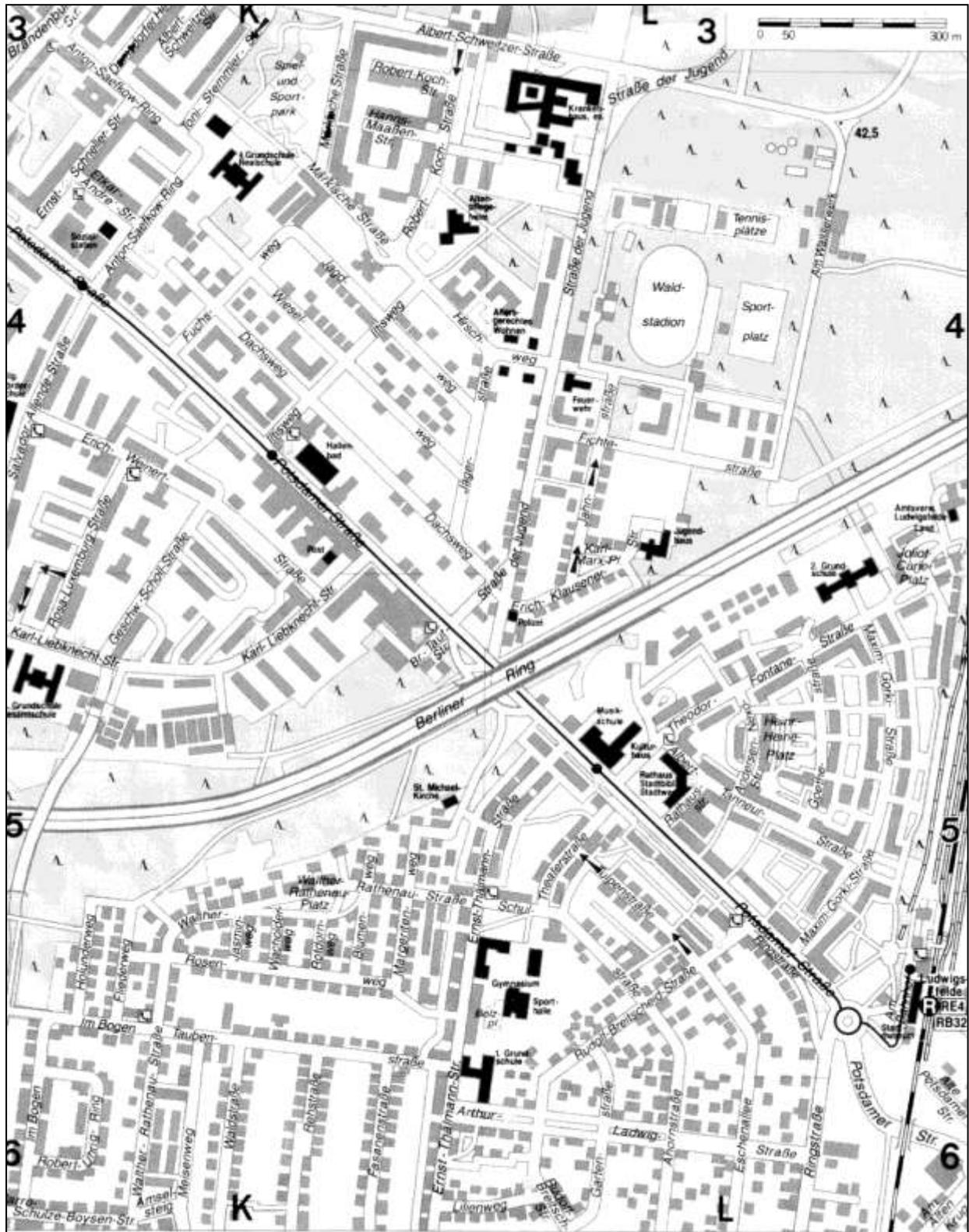
Die Wirtschaftsförderung wirbt mit dem Motto der „Industriestadt im Grünen“²⁴ um Ansiedlungen. Auch die „Jugendlichkeit“ der Stadt erfährt bis heute eine deutliche Betonung. Als „eine junge Stadt im Grünen, ob städtisch oder ländlich, Ludwigsfelde bietet jede Möglichkeit.“ präsentiert sich Ludwigsfelde auf der Homepage des Kreises²⁵, die ansässige – saubere – Industrie stört dabei nicht und ist in dieses Selbstbild der erfolgreichen Stadt als zentrale Basis integriert.

²⁴ *Wirtschaftsforum Ludwigsfelde e.V.*: Entdecken Sie Ludwigsfelde, S. 5 (Zugriff 12.11.2008), online unter: http://www.stadtzentrum-ludwigsfelde.de/pdf/PDF_Brosch-Ludwigsfelde.pdf. Eine ähnliche Imagebildung betreiben heute die industriellen Kleinstädte Premnitz und Hennigsdorf.

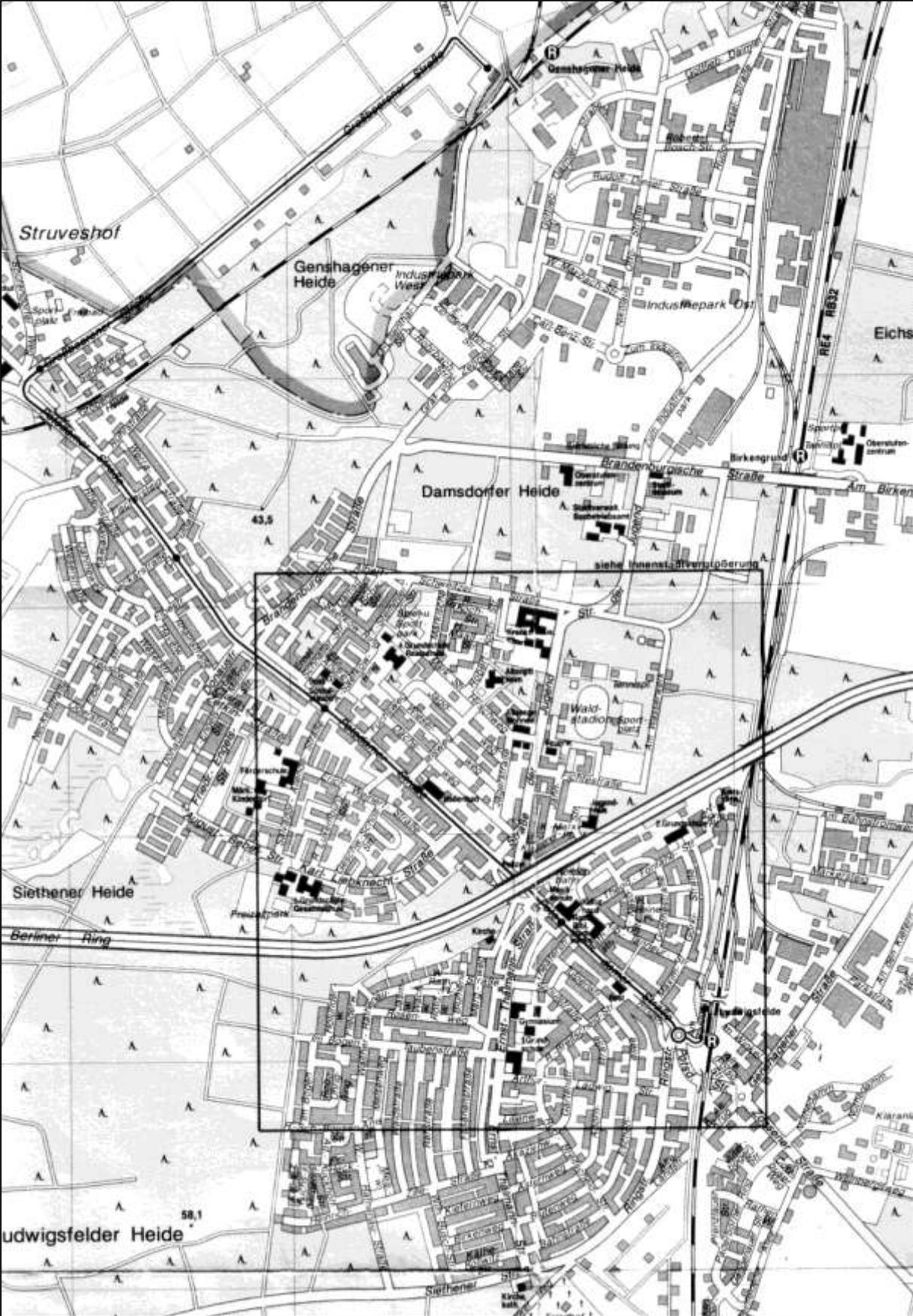
²⁵ *Stadt Ludwigsfelde*: Eine junge Stadt im Grünen (Zugriff am 23.11.2008), online unter: <http://www.teltow-flaeming.city-map.de/city/db/081702012900.html>. Auch die örtliche Wohnungsbaugenossenschaft wirbt so noch heute um Mieter. „Sie suchen eine schöne Wohnung in einer jungen Stadt im Grünen?“ http://www.wg-ludwigsfelde.de/kontakt_mitte.html zugriff 1.8.2004.

ANHANG

Innenstadtplan von Ludwigsfelde mit Straßennamen (Stand 1999)



Stadtplan von Ludwigsfelde mit Straßennamen (Stand 1999)



Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR
AWG	Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft
AWL	Automobilwerke Ludwigsfelde (bis 1963 Industrierwerke Ludwigsfelde)
BA	Bauabschnitt
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BPL	Betriebsparteileitung
BPO	Betriebsparteiorganisation
BSG	Betriebssportgemeinschaft
DA	Deutsche Architektur (Zeitschrift)
GHG	Großhandelsgesellschaft
GBL	Gesetzblatt der DDR
GO	Grundorganisation
GöV 85	Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985
GöV 73	Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe vom 12. Juli 1973
HO	Handelsorganisation
IMS	Informationen zur modernen Stadtgeschichte
INL	VEB Instandsetzungswerk Ludwigsfelde
IWL	Industrierwerke Ludwigsfelde
KATF	Kreisarchiv Teltow-Fläming
StadtAL	Stadt- und Verwaltungsarchiv Ludwigsfelde
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
NÖSPL	Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
OPL	Ortsparteileitung
OPO	Ortsparteiorganisation
ÖVW	örtliche Versorgungswirtschaft
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
RLB	VEB Rohrleitungsbau Ludwigsfelde
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
STVV	Stadtverordnetenversammlung
TK	Teilkomplex
VEB	Volkseigener Betrieb
VVB	Vereinigung volkseigener Betriebe
WE	Wohneinheit
WBA	Wohngebietsausschuss
WPO	Wohngebietsparteiorganisation
WtB	Waren des täglichen Bedarfs
Z(B)PL	Zentrale Betriebsparteileitung

Quellenverzeichnis

I. Verzeichnis der Archive und ungedruckten Quellen

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

- Ministerrat der DDR (DC 20 I/3) 1329, 1265
- Ministerrat der DDR, Präsidium (DC 20 I/4) 660, 669, 846, 1052, 1053, 1797, 1963, 3023, 3392, 3657, 3713, 3834, 3919, 3998, 4135, 4506, 5201
- Ministerrat der DDR, Kommission für laufende Angelegenheiten (DC 20 I/5) 5, 15, 23, 24, 32, 38, 62, 76
- Ministerium für Bauwesen BArch (DH 1) 22539, 34333, 34334
- Bauakademie der DDR (DH 2) 3380, F2-88
- Ministerium für Maschinenbau (DG 3) 3200, 3201, 3202, 3203, 3380
- Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau (DG 7) 300, 362, 520, 692

Bundesarchiv Berlin (Dahlwitz-Hoppegarten)

- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (DE 2) 32033

Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO)

- Sekretariat des ZK der SED (DY 30 J VI 2/3) 1473, 2290, 2442, 2443, 2863, 2964
- Politbüro des ZK der SED (DY 30 J VI 2/2) 752, 861
- Büro Honecker (DY Büro Honecker) 2290
- Büro Mittag (DY 30 Büro Mittag) 2863, 2964

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam BLHA Bez. Pdm. Rep. 401

Protokolle der Sitzungen des Bezirkstages 3019, 5329

Protokolle der Sitzungen des Rates des Bezirkes 2998, 5800, 5870, 11345, 12541, 12552, 12559, 12568, 14202, 14284, 14310, 14323, 14379,

Planung, Material, Arbeit und Berufe 4942, 7466, 27725, 33116

Vorsitzender des Rates des Bezirkes 3678, 11848, 11149, 11797, 11998, 24014, 27224/1, 27238/2, 27239, 27250/1, 33867/5

Bauwesen 1632, 2769, 14770, 15418, 30170, 30726

Erster Stellvertreter Nr. 5551, 22706

Bildung, Kultur und Sport 22887/3, 22750, 22887/1

BLHA Bez. Pdm. Rep. 403 Büro für Territorialplanung Potsdam

168, 222, 228, 500, 504, 515

BLHA Bez. Pdm. Rep. 406 Büro für Städtebau Potsdam

553, 555, 557, 558, 560, 753, 825, 826, 1027, 1158

BLHA Bez. Pdm. Rep. 506 VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde

133, 134, 321/1, 328/4, 419, 446, 470, 537, 542/1, 549, 550, 551, 580, 679, 991, 1165, 1191, 1197, 1203, 1409, 1487, 1613, 1647, 2010, 2232

BLHA Bez. Pdm. Rep. 530 Bezirksleitung der SED Potsdam

2536, 3608, 3611, 4663, 5579, 5587, 6660, 6758, 6776, 6808, 7913

BLHA Bez. Pdm. Rep. 531 SED Kreisleitung Zossen

Kreisleitersitzung 375, 376, 836, 842

Sekretariatssitzungen 841, 842, 877, 878, 879

BLHA Bez. Pdm. Rep. 533 SED Ortspartei Ludwigsfelde

2077, 2078, 2945, 3848, 3931, 3932, 5208, 5209, 5210, 5462, 5463, 5464

BLHA Bez. Pdm. Rep. 532 SED-Betriebsparteiorganisation IFA Automobilwerke Ludwigsfelde

3848, 5140, 5185, 5399, 5434

Kreisarchiv Teltow-Fläming (Luckenwalde) KreisATF

Kreistag des Kreises Zossen (I)

561, 574, 593, 597, 598, 633, 635, 665, 673

Rat des Kreises Zossen (II)

2672-2700, 2815, 2820, 2925, 2931, 2942, 2951, 2975-2999, 3098, 3101, 3200, 3203, 3208, 3213

Weitere Unterlagen des Rates des Kreises Zossen (VI)

6232, 6247, 6620, 6643, 6701, 6849, 7464, 7465, 7517, 7550, 7555, 7936, 7948, 8030

Sammlung Chroniken: (Betriebs- und Ortsgeschichtssammlungen Cn)

90, 372, 411, 573, 575, 642, 643, 651, 653

Bauakten (F) 17957, 18190, 18191

Bauakten (H) 8210

Unterlagen der Gemeinde/Stadt Ludwigsfelde (Rats- und Gemeindevertretungsprotokolle, Ständige Kommissionen) (XI) 1639, 1671, 1685, 1724, 1831, 1832, 2100, 2106, 2370, 2379

Stadt- und Verwaltungsarchiv Ludwigsfelde

Protokolle Gemeindevertretung, ab 1965 Stadtverordnetenversammlung

(vorhandene Jahrgänge ab 1960: 102005) 002, 003, 005, 007, 008, 009, 010, 011, 013, 015, 016, 017, 020, 022, 030, 034, 037 (sowie ohne Nummer 1946 bis 1950, weitere im KATF)

Protokolle Rat der Gemeinde, ab 1965 Stadt Ludwigsfelde (171001)

1960 bis 1989 002, 003, 005, 006, 007, 009, 010, 011, 014, 015, 019, 020, 021, 022, 023, 025, 029, 030,

Sekretär des Rates (111202) 27, 43, 48

Akten der Ratsabteilungen

Kultur, Planung, Bauwesen, Vorsitzender, 1. Stellvertreter

Einzelakten ohne Nummer

Akte Rathaus, Akte Kulturhaus, Akte Ständige Kommission Kultur, Akte Ständige Kommission Bauwesen, Akte Jahreskulturpläne, Akte Schwimmhalle, Ortschronik, Planbroschüren)

Diverse Karten und Planungsunterlagen (51/15, 97, 112, 154, 289, 452, 588, 652, 694)

Diverse Materialien ohne Aktennummer

II. Verzeichnis der veröffentlichten Quellen

Zeitungen und Zeitschriften

Märkische Volksstimme – Organ der SED-Bezirksleitung Potsdam, 1950 bis 1989

Märkische Volkszeitung ab 1990

Neues Deutschland - Zentralorgan des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei

Start – Zeitung der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB IFA Automobilwerke

Deutsche Architektur / Architektur der DDR

Heimatkalender für den Kreis Zossen 1950 bis 1992

Gesetze, Verordnungen und Erlasse (Auswahl)

- Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985, in: GBl. 1985, I, Nr. 18, S. 213
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, in: GBl. 1968, I, Nr. 8, S. 199–222
- Erlaß des Staatsrates der DDR zu den Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe vom 28. Juni 1961, in: GBl. 1961, I, Nr. 6, S. 51–53
- Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juli 1973, in: GBl. 1973, I, Nr. 32, S. 313–336
- Beschluß über die Richtlinie für die Planung und Finanzierung gemeinsamer Maßnahmen zwischen den Räten der Städte und Gemeinden und den Betrieben und Kombinat für die Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium – gemeinsame Maßnahmen im Territorium vom 31.7.1970, in: GBl. 1970, II, Nr. 64, S. 464.
- Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über Maßnahmen zur Förderung der Initiative der Werktätigen im individuellen Wohnungsbau vom 6.6.1972, in: GBl. 1972, Teil II Nr. 35, S. 395
- Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Festigung der territorialen Gliederung der Bezirke, Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden vom 28.6.1961, in: GBl. 1961, Teil I 1961, Nr. 13, S. 157–158
- Beschluß des Ministerrats über die Vorschläge des VII. Deutschen Bauernkongresses an die Regierung vom 30.3.1962, in: GBl. 1962, Teil II, S. 23
- Verordnung über die Gestaltung der Vertragsbeziehungen zwischen den Räten der Städte und Gemeinden und den Betrieben zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen vom 17.7.1968, in: GBl. 1968 Teil II, Nr. 83, S. 661–663
- Anordnung über die Generalbebauungsplanung für Städte vom 11.2.1988, in: GBl. I 1988, Nr. 6, S. 65–66
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968 i.d.F. des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7.10.1974, in: GBl. I 1974, Nr. 47, S. 432
- Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952, in: GBl. I 1952, Nr. 99, S. 613

Statistische Materialien

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1950, 1955, 1970, 1979, 1985, 1986, 1989

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung von 1971, Band 4, Wohnbevölkerung und Haushalte, Berlin 1972

Statistisches Amt der DDR: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1990

Literaturverzeichnis

(Artikel aus Tageszeitungen sind in den Fußnoten vermerkt und nicht separat im Literaturverzeichnis aufgeführt.)

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Arbeitsmaterial. Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR, Hannover 2000
- Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR (Hg.): Handbuch für den Abgeordneten, Berlin (Ost) 1984
- Apolinarski, Ingrid: Die Territorialplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Das Beispiel Dahwitz-Hoppegarten, in: Barth (Hg.): Planen für das Kollektiv, S. 37–47
- Apolinarski, Ingrid/Bernhardt, Christoph: Entwicklungslogiken sozialistischer Planstädte am Beispiel von Eisenhüttenstadt und Nova Huta, in: Barth (Hg.): Grammatik sozialistischer Architekturen, S. 51–66
- Armbrust, Willi u.a. (Autorenkollektiv): Kommentar zum Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juli 1973, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1977
- Augustine, Dolores L.: Red Prometheus. Engineering and Dictatorship in East Germany 1945–1990, Cambridge 2007
- Autorenkollektiv (Hg.): Territoriale Rationalisierung fördert Grundfondsökonomie. Erfahrungen aus dem Kreis Aue, Berlin 1989
- Autorenkollektiv: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974
- Autorenkollektiv: Der Bürgermeister – Aufgaben, Arbeitsweise, Erfahrungen, Berlin 1987 (Kommunalpolitik aktuell)
- Barghorn-Schmidt, Oliver: Auf dem Wege zur modernen Kleinstadt: Politik, Verwaltung und Finanzen norddeutscher Kleinstädte und Landgemeinden in der Zeit des Kaiserreiches 1871–1914, Hamburg 2000
- Barm, Werner: Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in der DDR, in: Deutschland Archiv 3, 4, 1970, S. 425–429
- Barth, Holger (Hg.): Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR, Berlin 2001
- Barth, Holger (Hg.): Planen für das Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR. Dokumentation des 4. Werkstattgespräches vom 15.–16. Oktober 1998, Erkner 1999 (Graue Reihe. Materialien des IRS 19)
- Barth, Holger (Hg.): Projekt Sozialistische Stadt. Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Berlin 1998
- Bartmann-Kompa, Ingrid/Kutschmar, Aribert/Karn, Heinz: Architekturführer der DDR. Bezirk Potsdam, Berlin 1981
- Bartsch, Heinz: Aufgaben und Struktur der örtlichen Verwaltung, in: König, Klaus (Hg.): Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991, S. 109–134
- Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005
- Bauerkämper, Arnd: Die tabuisierte Elite. Problembereiche, Fragen und Hypothesen der historischen Forschung über Führungsgruppen der DDR, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 9, 1997, S. 19–33
- Bauerkämper, Arnd/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter/Roß, Sabine: Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997
- Beckers, Peter: Kulturelle Aspekte bezirklicher Verwaltungstransformation, Einflüsse von Handlungsorientierungen in der DDR-Stadtbezirksverwaltung auf Verlauf und Stand der Integration Ost-Berliner Bezirksverwaltungen in das Land Berlin im Zeitraum von 1989 bis 1995, Berlin 1998, Humboldt-Universität, Dissertation, elektronische Ressource
- Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice G. (Hg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003
- Beier, Rosmarie (Hg.): aufbau west – aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern-Ruit 1997, S. 51–63

- Benke, Carsten: Das Stadtzentrum als unerfüllter Wunsch: Defizite und lokale Spielräume bei der Gestaltung öffentlicher Räume in kleinen Industriestädten der DDR, in: Bernhard/Fehl/Kuhn/von Petz (Hg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, S. 165–181
- Benke, Carsten: Historische Schrumpfungprozesse – Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte, in: Gestring, Norbert u.a. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. Schwerpunktthema: Schrumpfende Städte, Wiesbaden 2005, S. 49–70
- Benke, Carsten: Kleinstädte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Entwicklungslinien eines Stadttyps vom Mittelalter bis zur DDR, Working Paper, Humboldt Universität Berlin 2002
- Benke, Carsten: Nicht nur Kleinstädtidylle. Kleine Fabrikstädte in Ostdeutschland, in: PlanerIn 2, 2005: Klein- und Mittelstädte, S. 14–16
- Benke, Carsten: Ludwigsfelde: Stadt der Automobilbauer, in: Barth (Hg.): Grammatik sozialistischer Architekturen, S. 83–97
- Benke, Carsten/Hannemann, Christine: Kleinstädte in Ostdeutschland. Welche Chance hat dieser Stadttyp? Forschungsbericht für die Fritz-Thyssen-Stiftung, April 2002
- Benke, Carsten/Neumann, Peter: Entwicklung und Perspektiven kleinerer und mittlerer Industriestädte in Brandenburg, in: Bischoff, Carola/Krajewski, Christian (Hg.): Beiträge zur geographischen Stadt- und Regionalforschung. Festschrift für Heinz Heineberg (Münstersche Geographische Arbeiten, Bd. 46), Münster 2003, S. 181–192
- Benke, Carsten/Wolfes, Thomas: Stadtkarrieren – Typologie und Entwicklungsverläufe von Industriestädten in der DDR, in: Bernhardt/Wolfes (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung, S. 127–164
- Berking, Helmut/Neckel, Sighard: „Außenseiter als Politiker. Rekrutierung und Identitäten neuer lokaler Eliten in einer ostdeutschen Gemeinde“, in: Soziale Welt: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, 3, 1991, S. 283–299
- Bernhardt, Christoph/Wolfes, Thomas (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung. DDR-Städtebau im internationalen Vergleich, Erkner 2005
- Bernhardt, Christoph: Disparitäten als Tabu: Aspekte räumlich-sozialer Ungleichheit im Sozialismus am Beispiel von Industrieregionen der DDR und Polens, in: Lenger, Friedrich/Tenfelde, Klaus (Hg.): Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert: Wahrnehmung, Entwicklung, Erosion, Köln 2006, S. 307–321
- Bernhardt, Christoph: Entwicklungslogiken und Legitimationsmechanismen im Wohnungsbau der DDR am Beispiel der sozialistischen Modellstadt Eisenhüttenstadt, in: Bernhardt/Wolfes (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung, S. 341–367
- Bernhardt, Christoph: Laboratoires de l'État-providence industriel. Les villes nouvelles en RDA, in: Les Annales de la Recherche Urbaine, 98, 2005, S. 127–135
- Bernhardt, Christoph: Planning urbanization and urban growth in the socialist period: The case of East-German Towns, 1945–1989, in: Journal of Urban History 32, 1, 2005, S. 104–119
- Bernhardt, Christoph/Fehl, Gerhard/Kuhn, Gerd/von Petz, Ursula (Hg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raums (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung; 122), Dortmund 2005
- Bernhardt, Christoph/Reif, Heinz (Hg.): Städte im Sozialismus, Die sozialistische Stadt - Städte im Sozialismus (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Bd. 5), Stuttgart 2009 (im Erscheinen)
- Bessel, Richard/Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996
- Bessel, Richard/Jessen, Ralph: Einleitung: Die Grenzen der Diktatur, in: dies. (Hg.): Die Grenzen der Diktatur, S. 7–23
- Betker, Frank: „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Stuttgart 2005
- Betker, Frank: „Ja wollen Sie denn den Weltfrieden gefährden?“ Stadtplanung und Planerdenken in der DDR und seit der Wende: zwischen bürokratischer Anpassung und fachlicher Renitenz, in: Harlander, Tilman (Hg.): Stadt im Wandel – Planung im Umbruch, Festschrift für Gerhard Fehl, Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 279–302

- Betker, Frank: „Wieder Straßen und Plätze organisieren.“ Institutionen und Erfahrungen in der kommunalen Stadtplanung der DDR, in: Die alte Stadt, 32, 2, 2005, S. 122–135
- Betker, Frank: Der öffentliche Raum in der „sozialistischen Stadt“. Städtebau in der DDR zwischen Utopie und Realität, in: Bernhard/Fehl/Kuhn/von Petz (Hg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, S. 153–165
- Betker, Frank: Handlungsspielräume von Stadtplanern und Architekten in der DDR, in: Barth (Hg.): Planen für das Kollektiv, S. 11–33
- Betker, Frank: Rostock und Halle – Paradoxien von Wachstum und Schrumpfung in der DDR, in: Schildt, Axel/Schubert, Dirk (Hg.): Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund, S. 131–144
- Birk, Gerhard (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1, Ludwigsfelde 1989
- Birk, Gerhard (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 4, Ludwigsfelde 1990
- Birk, Gerhard: Anmerkungen zum Baugeschehen in Ludwigsfelde, in: Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 39–46
- Birk, Gerhard: Anmerkungen zum Ludwigsfelder Stadtwappen, in: Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 6 (neue Folge 1), Einblicke in Geschichte und Alltagsleben einer brandenburgischen Stadt, Ludwigsfelde 1994, S. 65–66
- Birk, Gerhard: Der weite Weg zum Rathaus, in: Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 7, Ludwigsfelde 1999, S. 39–66
- Birk, Gerhard: Ein düsteres Kapitel Ludwigsfelder Geschichte: 1936–1945. Entstehung und Untergang der Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerke Genshagen-Ludwigsfelde, Ludwigsfelde 1986
- Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Ludwigsfelde von der Entstehung bis zur sozialistischen Gegenwart, Teil 1, Ludwigsfelde 1986
- Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten. Von den Anfängen bis zur sozialistischen Gegenwart, Teil 2, Ludwigsfelde 1987
- Birk, Gerhard: Persönliche Erinnerungen an die Wendezeit in Ludwigsfelde, in: Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 6 (Neue Folge 1), Ludwigsfelde 1994, S. 11–35
- Birk, Gerhard/Dalichow, Herbert: Am Rande gelegen und doch keine Randerscheinung – der VEB Rohrleitungsbau Ludwigsfelde, in: Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 32–48
- Bittner, Bettina: Kolonien des Eigensinns, Frankfurt a.M. 1998
- Blaschke, Karlheinz: Stadtgeschichte im Osten Deutschlands – Kontinuität und Neubeginn, in: IMS 2, 1995, S. 3–6
- Blotevogel, Hans-Heinrich (Hg.): Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln/Wien 1990 (Städteforschung A/30)
- Blotevogel, Hans-Heinrich: Methodische Probleme der Erfassung städtischer Funktionen und funktionaler Städtetypen anhand quantitativer Analysen der Berufsstatistik 1907, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung, Köln/Wien 1979, S. 217–269
- Bober, Rolf: Informationsmaterial zum VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde Stammbetrieb des VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen Ludwigsfelde 1952–1996, Ludwigsfelde 1997
- Bode, Bernard: Liberal-Demokraten und die „deutsche Frage“, Frankfurt a.M. u.a. 1997
- Bodenschatz, Harald: Zur Aktualität der Stadt-Planungsgeschichte heute, in: Die alte Stadt 14, 4, 1987, S. 329–340
- Bodenschatz, Harald/Post, Christiane: Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929–35, Berlin 2003
- Bolz, Lothar: Städtebau und Architektur im Fünfjahrplan, in: ders.: vom Deutschen Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 61–84
- Bolz, Lothar: Vom deutschen Bauen, Berlin 1951
- Bourdieu, Pierre: Sozialer Raum und „Klasse“. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt a.M. 1985

- Bouvier, Beatrix: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002
- Bretzinger, Otto N.: Die Kommunalverfassung der DDR. Ihre Einordnung in die Tradition und ihr Beitrag zur Fortentwicklung des deutschen Kommunalrechts, Baden-Baden 1994
- Bröcker, Nicola/Kress, Celina: südwestlich siedeln. Kleinmachnow bei Berlin. Von der Villenkolonie zur Bürgerhaussiedlung, Berlin 2004
- Brüggemeier, Franz-Josef/Niethammer, Lutz: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie, in: Reulecke, Jürgen/Weber, Wolfgang: Fabrik – Familie – Feierabend: Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 138–148
- Budde, Gunilla-Friederike: Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975, Göttingen 2003, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 162), S. 255–291
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 2000
- Burkhardt, Albert: Auf Fontanes Spuren. Wanderungen in Oderland und Spreeland, Leipzig 1978
- Büro für Städtebau Potsdam, Generalbebauungsplan Ludwigsfelde, Potsdam 1982
- Burricher, Clemens/Stephan, Gerd-Rüdiger: Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer Historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite und Perspektiven, in: Deutschland Archiv 29, 3, 1996, S. 444–454
- Carow, Horst: 20 Jahre Karnevalclub des VEB Instandsetzungswerk Ludwigsfelde, in: Gerhard Birk (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1, Ludwigsfelde 1989, S. 33–36
- Carow, Horst: Die Entwicklung der BSG Motor Ludwigsfelde, in: Gerhard Birk (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1, Ludwigsfelde 1989, S. 37–43
- Carow, Horst: Ludwigsfelde im Spiegel der letzten vier Jahrzehnte, in: Heimatkalender des Kreises Zossen 1989, S. 9–11
- Ciesla, Burghard (Hg.): Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003
- Clark, Christopher: Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947, München 2006
- Conze, Werner: Vorwort, in: Köllmann, Wolfgang: Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, S. V–VI
- Czok, Karl: Künftige Aufgaben einer DDR-Stadtgeschichtsforschung zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS) 2, 1990, S. 12–16
- Dahm, Helmut: Die sozialistische Lebensweise. Entstehung, Sinn und Zweck eines Leitbildes, Köln 1977
- Dellwig, Magnus: Kommunale Wirtschaftspolitik in Oberhausen 1862–1938, Oberhausen 1996
- Dellwig, Magnus: Oberhausen. Industriestadt im polyurbanen Ballungsraum – Projektbericht, in: IMS 1, 1994, S. 14–17
- Deutscher Städte- und Gemeindetag der DDR: Sozialistische Kommunalpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1968
- Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.): Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt? Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung, Bonn 1995
- Dietrich, Isolde: Hammer Zirkel Gartenzaun. Die Politik der SED gegenüber den Kleingärtnern, Berlin 2003
- Dittmann, Roswitha u.a. (Redaktionskollegium): Kommentar zum Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen. Kommentar, Berlin 1989
- Dövényi, Zoltán: Die Lage und die Rolle der Kleinstädte in der Siedlungsstruktur der DDR und Ungarns unter besonderer Berücksichtigung der Landstädte in Agrargebieten. Diss. A, Universität Halle-Wittenberg 1984
- Driescher, Axel/Schulz, Barbara: „Ein Mittelpunkt kriegswichtiger Industrien ...“ Zur Vorgeschichte des Industriestandorts Eisenhüttenstadt im „Dritten Reich“, in: Bernhardt/Wolfes (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung, S. 259–290
- Durth, Werner/Düwel, Jörn/Gutschow, Niels: Architektur und Städtebau der DDR, Band 1: Ostkreis. Personen, Pläne, Perspektiven, Frankfurt a.M./New York 1998

- Durth, Werner/Düwel, Jörn/Gutschow, Niels: Architektur und Städtebau der DDR, Band 2: Aufbau: Städte, Themen, Dokumente, Frankfurt a.M./New York 1998
- Durth, Werner/Düwel, Jörn/Gutschow, Niels: Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre, Berlin 2007
- Düwel, Jörn: Baukunst voran! Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR, Berlin 1995
- Eckart, Karl/Kehrer, Gerhard/Scherf, Konrad (Hg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR, Berlin 1998
- Eichholz, Dietrich: Rüstungswirtschaft und Arbeiterleben am Vorabend der Katastrophe (1943/44), in: ders. (Hg.): Brandenburg in der NS-Zeit, Berlin 1993, S. 62–112
- Emmerich-Focke, Christina: Stadtplanung in Potsdam 1945–90, Potsdam 1999
- Engel, Evamaria u.a.: Städtebuch Brandenburg und Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln 2000
- Engel, Evamaria: „Neue“ Städte des 20. Jahrhunderts im Land Brandenburg, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 53, 2002, S. 122–148
- Engeler, Wolfgang: Die zivilisatorische Lücke. Versuch über den Staatssozialismus, Frankfurt a.M. 1992
- Engeli, Christian/Matzerath, Horst: Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan – Eine Einführung, in: dies. (Hg.): Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan, Ein Handbuch, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1989, S. 9–19
- Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mähler, Ulrich (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u.a. 2003
- Ernst, Anna-Sabine: Von der bürgerlichen zur sozialistischen Profession? Ärzte in der DDR 1945–1961, in: Bessel/Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur, S. 25–48
- Escher, Felix: Berlin und sein Umland, Berlin 1985
- Fege, Berthold/Menge, Wolfgang: Zum System der Territorialplanung in der ehemaligen DDR und Ansätze zur Transformation. Thesen, in: Heil (Hg.): Planung zwischen DDR und BRD, S. 7–21
- Fehl, Gerhard: Zum aktuellen Stand der Planungsgeschichte: „Unverdrossen“, Statement zum 8. Werkstattgespräch am IRS Erkner 24.1.2003
- Fendel, Ute: Rathaus und Kulturhaus. Ein Vergleich zweier zentraler Bauaufgaben in Deutschland Ost und West, in: Barth (Hg.): Projekt Sozialistische Stadt, S. 79–87
- Ferchland, Rainer: Sozialstrukturelle Besonderheiten von Städten verschiedenen Typs, Berlin 1989 (unveröffentlichte Dissertation B an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED)
- Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990–1997, Berlin 1998
- Flierl, Bruno: Industriegesellschaftstheorie im Städtebau, Berlin (Ost) 1973 (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, H. 34)
- Flierl, Bruno: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik, in: Marcuse, Peter/Staufenbiel, Fred (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 49–65
- Flierl, Bruno: Zur sozialistischen Architekturentwicklung in der DDR. Theoretische Probleme und Analysen der Praxis, Berlin (Ost), Diss. B. Humboldt Universität zu Berlin 1978
- Förderverein Kulturkreis Ludwigsfelde e.V. (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 8, Wilhelmshorst 2001
- Forschungsinstitut für Städtebau und Siedlungswesen, Deutsche Bauakademie zu Berlin: Städtebau und Siedlungswesen, Heft 2, Berlin 1955
- Freytag, S.: Die sozialistischen Prinzipien der Standortverteilung der Produktion beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Theorie und Praxis 6, 1959, S. 21–27
- Frölich, Jürgen: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: Stephan/Herbst/Krauss/ Küchenmeister/Nakath: Parteien und Organisationen, S. 311–342
- Frölich, Jürgen: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête. Kommission, Bd. II/2, S. 1542–1578

- Fulbrook, Mary: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 274–297
- Gartenschläger, H./Büdke, R.: Kleine Stadtführung in Sachen Kunst, in: Birk, Gerhard (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 4, Ludwigsfelde 1990, S. 23–27
- Gaus, Günter: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983
- Geist, Johann Friedrich/Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus, Bd. 2: 1862–1945, München 1984
- Gerloff, Manfred/Gerloff, Erika: Die Evangelische Jugendarbeit – Junge Gemeinde – des Kirchenkreises Oberspreewie sie sich in den Akten des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik von 1951 bis zu den Jahren 1961/62 darstellt, Berlin 2002 (Unveröffentlichtes Manuskript, Privatdruck)
- Germann, Günter: Die Industrie in Ludwigsfelde 1936–1989, Heft I: Die Geschichte der Großbetriebe, Ludwigsfelde 2004
- Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigsfelde mbH (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 7, Wilhelmshorst 1999
- Goch, Stefan: Fragestellungen der politikwissenschaftlichen Stadtforschung, in: IMS 1, 2002, S. 86–92
- Goralczyk, Peter: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre in der DDR, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.): Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre, Bonn 1990, S. 62–78
- Görlich, Günter: Eine Anzeige in der Zeitung, Berlin 1982, 7. Auflage
- Gottberg, Bernd: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: Frölich, Jürgen (Hg.): Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 73–87
- Gräf, Holger Th. (Hg.): Kleine Städte im neuzeitlichen Europa, Berlin 1997
- Gräf, Holger Th.: „Small towns, large implications“? Bemerkungen zur Konjunktur in der historischen Kleinstadtforschung, in: Johaneck, Peter/Post, Franz-Joseph (Hg.): Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff, Köln 2004, S. 145–158
- Gregor, Neil: Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich, Berlin 1997
- Grimme, Karin: Die Werkssiedlung von Daimler-Benz in Ludwigsfelde, in: Kreisverwaltung Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen, Zossen, 1993, S. 90–97
- Großbölting, Thomas: SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle, Halle (Saale) 2001 (Studien zur Landesgeschichte, Bd. 7)
- Grundmann, Siegfried: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland: demographische Strukturen und räumliche Wandlungsprozesse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (1945 bis zur Gegenwart), Opladen 1998
- Grundmann, Siegfried: Die absurde Logik des Wohnungsbaus- und Städtebaus der DDR, in: Timmermann (Hg.): Deutsche Fragen, S. 321–337
- Grundmann, Siegfried: Die Stadt: Gedanken über Geschichte und Funktion, Berlin (Ost) 1984
- Grundmann, Siegfried: Räumliche Disparitäten in der DDR, in: Mertens, Lothar (Hg.): Soziale Ungleichheit in der DDR. Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der SED-Diktatur, Berlin 2002 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 82), S. 159–202
- Grundmann, Siegfried: Territorialplanung in der DDR, in: Becker, Anette (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel, Opladen 1997, S. 142–143
- Guder, Gerhard: Städtebauliche Planung der Wohnstadt Lübbenau, in: Deutsche Architektur 2, 1959, S. 70–72
- Guth, Peter: Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig 1995
- Hahn, Heinz: Aufgaben zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem in Neubrandenburg, in: o.V.: Wohnungspolitik erschließt Wohnraumreserven, Schriften für Abgeordnete und Mitarbeiter der Staatsorgane, Berlin 1989, S. 35–37
- Hain, Simone/Schroeder, Michael/Stroux, Stephan: Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR, Berlin 1996
- Halbach, Ingrid u.a.: Architekturführer Cottbus Stadt und Umgebung, Berlin/München 1993

- Halbach, Ingrid/Heideck, Ernst S./Rechlin, Wolfgang: Architekturführer Neubrandenburg. Stadt und Umgebung, Berlin 1991
- Hamann, Günter: Vom Junkerdorf zur Lkw Stadt, in: Heimatkalender des Kreises Zossen 1966, S. 114–117
- Hanle, Adolf: Meyers Staaten der Erde, Mannheim/Wien/Zürich, 1982, S. 108
- Hannemann, Christine: Die „Platte“ im Kontext der Ideologie der DDR. Ein Beitrag zur Thematisierung des Selbstverständnisses der DDR-Gesellschaft, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 31, 2, 1992, S. 281–292
- Hannemann, Christine: Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung, in: Löw, Martina (Hg.): Differenzierungen des Städtischen, Opladen 2002, S. 265–278
- Hannemann, Christine: Die ostdeutsche Kleinstadt als Forschungsthema – Eine Skizze, in: IMS 2, 1999, S. 12–17
- Hannemann, Christine: Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Berlin 2000²
- Hannemann, Christine: Großsiedlungen – Ost, in: Häußermann (Hg.): Großstadt, S. 91–103
- Hannemann, Christine: Historischer Abriss zu wesentlichen Entwicklungslinien städtischen Wohnens in Deutschland seit 1945. Teilergebnis zum „Gutachten Wohn-Ort-Innenstadt“ im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam 2000
- Hannemann, Christine: Marginalisierte Städte: Probleme, Differenzierungen und Chancen, Berlin 2004
- Hannemann, Christine: Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung, in: Zimmermann, Clemens (Hg.): Kleinstadt in der Moderne, Ostfildern 2003 (Stadt in der Geschichte; Bd. 31), S. 157–182
- Harlander Tilman (Hg.): Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stuttgart/München 2001
- Hartmann, Kathrin: „Ist das nun Politik?“ Politikbegriff und Selbstverständnis von Bürgermeistern in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2003
- Hartung, Ulrich: Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre: ein architekturhistorisches Kompendium, Berlin 1997
- Hausschild, Christoph: Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR. Auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat: eine vergleichende Untersuchung, Berlin 1991
- Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 2000²
- Häußermann, Hartmut/Neef, Rainer (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale Räume und räumliche Tendenzen, Opladen 1996
- Häußermann, Hartmut: „Die europäische Stadt“, in: Leviathan, 29, 2001, 2, S. 237–255
- Häußermann, Hartmut: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: Häußermann/Neef: Stadtentwicklung in Ostdeutschland, S. 5–47
- Heerwagen, Dierk/Scherf, Konrad: Geographie der Siedlungsweise, in: Scherf (Hg.): Ökonomische und soziale Geographie, S. 111–138
- Heil, Karolus (Hg.): Planung zwischen DDR und BRD, Berlin 1993 (ISR-Diskussionsbeiträge 38)
- Hein, Dieter/Roth, Ralf: Zur Lage und künftigen Entwicklung der Stadtgeschichtsforschung, in: IMS 1, 2002, S. 69–72
- Heineberg, Heinz: Geographische Aspekte der Urbanisierung: Forschungsstand und Probleme, in: Teuteberg: Urbanisierung, S. 35–64
- Heineberg, Heinz: Stadtgeographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001
- Heinrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat, Hamburg 1989
- Heit, Alfred: Vielfalt der Erscheinung – Einheit des Begriffs? – Die Stadtdefinition in der deutschsprachigen Stadtgeschichtsforschung seit dem 18. Jahrhundert, in: Johaneck, Peter/Post, Franz-Joseph (Hg.): Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff, Köln 2004, S. 1–13
- Heldmann, Philipp: Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks: Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre, Göttingen 2004 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 163)
- Heller, Gisela: Märkischer Bilderbogen. Als Reporterin zwischen Spreewald und Stechlin, Berlin 1976
- Helmsberger, Peter: Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kirchen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR, München 2008 (Forum Deutsche Geschichte; 16)

- Helmut Lange: Geschichte in der Kulturarbeit der Städte, Köln 1992 (Deutscher Städtetag, Beiträge zur Bildungs- und Kulturpolitik, Reihe C, Heft 19)
- Herbst, Andreas/Küchenmeister, Daniel/Winkel, Jürgen: Übersicht weiterer Organisationen, Verbände und Vereine in der DDR, in: Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath: Parteien und Organisationen, S. 831–834
- Herbst, Andreas: Deutscher Turn- und Sportbund der DDR, in: Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath (Hg.): Parteien, S. 637–658
- Herfert, Günter: Ludwigsfelde/Dahlewitz. Ein industrieller Leuchtturm in der äußeren Peripherie der Stadtregion Berlin, in: Burdack, Joachim/Herfert, Günter/Rudolph, Robert (Hg.): Europäische metropolitane Peripherien, Leipzig 2005 (Beiträge zur Regionalen Geographie, 61), S. 136–150
- Heydemann, Günther: Die Innenpolitik der DDR, München 2003
- Hickel, Susanne: Eigenheimbau im Kreis Zossen [Kreisarchitektin beim Rat des Kreises Zossen], in: Rat des Kreises Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen, S. 54–56
- Hoffmann, Dierk: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 60)
- Hoffmann, Heinz: Der Kommissionshandel im planwirtschaftlichen System der DDR. Eine besondere Eigentums- und Handelsform, Leipzig 2001
- Hofmeister, Burkhard: Stadtgeographie, Braunschweig 1980
- Hohn, Andreas: Forschung zur Geschichte der Stadtplanung in der DDR. Aspekte ihrer Methodologie, ihres Erkenntnisinteresses und ihrer Methoden, in: Barth (Hg.): Projekt Sozialistische Stadt, S. 25–36
- Höpel, Thomas: Städtische Kulturpolitik im 20. Jahrhundert zwischen lokalen Besonderheiten und nationalen sowie europäischen Mustern: Leipzig und Lyon im Vergleich, in: IMS 2, 2008, S. 31–47
- Hornbostel, Stefan (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999
- Hoscislawski, Thomas: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991
- Hübner, Peter (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999
- Hübner, Peter (Hg.): Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte (Zeithistorische Studien, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Band 7), Berlin 1995
- Hübner, Peter/Hübner, Christa: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976, Köln/Weimar/Wien 2008
- Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2005
- Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 10)
- Hübner, Peter: Der Betrieb als Ort der Sozialpolitik in der DDR, in: Boyer, Christoph/Skyba, Peter (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, Dresden 1999
- Hübner, Peter: Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft der SBZ/DDR, in: Bohemia: Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder, 42, 2001, 2, S. 220–243
- Hübner, Peter: Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte, in: GG 24, 1998, S. 55–80
- Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien 3)
- Hunger, Bernd: Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge, in: Marcuse, Peter/Staufenbiel, Fred (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR, Berlin 1991, S. 32–48

- Hütter, Karl-Heinz: Der Siedlungsbau im Land Brandenburg vom Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Historische Studie und Dokumentation, Potsdam 1995
- Ihme-Tuchel, Beate: Die DDR, Darmstadt 2002
- Institut für Städtebau und Architektur: Städtebauliche Entwicklungskonzeption Ludwigsfelde. Studie zur Stadtentwicklung im Zusammenhang mit der Lage, Struktur und Ausstattung des Stadtzentrums [Typoskript], Berlin 1991
- Institut für Städtebau und Architektur: Studie Ludwigsfelde. Wohngebiet Potsdamer Straße, Berlin 1991
- Janssen, Wiebke: „Halbstarke“ in der DDR– Der ideologische Kampf der SED gegen die „amerikanische Lebensweise“, in: Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, S. 180–193
- Jarausch, Konrad H.: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur: Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1998, 20, S. 33–46
- Jessen, Johann/Simon, Christina: Städtebau – Vom eigenen Haus mit Garten zum suburbanen Wohnquartier, in: Harlander (Hg.): Villa und Eigenheim, S. 350–381
- Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21, 1995, S. 96–110
- Jessen, Ralph: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 27–86
- JT – John Thomson & Partners (Hg.): Planungswochenende Ludwigsfelde „Unser Zentrum – unsere Zukunft“. International Community Planning Weekend. 22.–26. August 1996, Ludwigsfelde 1996
- Kadatz, Hans-Joachim (Hg.): Städtebauliche Entwicklungslinien in Mittel- und Osteuropa. DDR, Tschechoslowakei und Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg, Erkner (bei Berlin) 1997 (REGIO – Beiträge des IRS 12)
- Kadatz, Hans-Joachim: Ludwigsfelde – Porträt der siedlungs- und stadtgeschichtlichen Entwicklung, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung [Typoskript], Berlin 1993
- Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994
- Kahl, Alice: Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen 2003
- Kahl, Alice: Leipzig-Grünau: Ergebnisse und Ableitungen aus der soziologischen Intervallstudie (1979 bis 1995) zum Wohnen in der Großsiedlung, in: Rietdorf (Hg.): Weiter wohnen in der Platte, S. 161–184
- Kaminsky, Anette: Konsumpolitik in der Mangelwirtschaft, in: Vollnhals/Weber (Hg.): Der Schein der Normalität, S. 81–112
- Kaminsky, Anette: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001
- Karn, Susanne: Freiflächen- und Landschaftsplanung in der DDR: am Beispiel von Werken des Landschaftsarchitekten Walter Funcke (1907–87), Münster 2004
- Kästner, Hans-Gerd: Kommunale Eliten und Machtstrukturen in der Nachfolge der DDR. Eine Untersuchung des politischen Systemwandels am Beispiel der Hansestadt Wismar, Berlin 1999
- Kegler, Harald: Die „verschwundene“ Planungsgeschichte. Ein Rückblick auf die DDR-Historiographie zur Stadtplanung, in: IMS 2, 1990, S. 30–32
- Kegler, Harald: Die Moderne im Einfamilienhausbau der DDR, in: Bernhardt/Wolfes (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung, S. 209–228
- Kegler, Harald: Eigenheimsiedlung am Kornhaus in Dessau, in: Harlander (Hg.): Villa und Eigenheim, S. 442–451
- Kehrer, Gerhard: Abriss der Entwicklung der Territorialplanung der DDR – die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Versuch einer Gesamteinschätzung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Arbeitsmaterial. Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR, Hannover 2000, S. 11–28
- Kehrer, Gerhard: Abriß der Entwicklung der Territorialplanung in der DDR – Die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Eckart/Kehrer/Scherf (Hg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR, S. 25–94

- Kehrer, Gerhard: Geographie der metallverarbeitenden Industrie und ihrer metallurgischen Basis, in: Scherf (Hg.): Ökonomische und soziale Geographie, S. 178–196
- Kehrer, Gerhard: Geographische Grundzüge der Industrie – Überblick, in: Scherf (Hg.): Ökonomische und soziale Geographie, S. 139–148
- Kehrer, Gerhard: Industriestandort Ostdeutschland. Eine raumstrukturelle Analyse der Industrie in der DDR und in den neuen Bundesländern, Berlin 2000
- Keller, Katrin: Kleinstädte in Kursachsen. Wandlungen einer Städtelandschaft zwischen Dreißigjährigem Krieg und Industrialisierung, Köln 2001
- Kil, Wolfgang: Vineta ohne Glocken, in: Stadtbauwelt Nr.150, 2001, S. 20–27
- Kind, Gerold: Territorialentwicklung und Territorialplanung in der DDR, in: Becker, Annette (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel, Opladen 1997, S. 17–103
- Kirchberger, Peter: Plaste, Blech und Planwirtschaft. Automobilbau in der DDR, Berlin 2000
- Kleißmann, Christoph: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971), Bonn 2007
- Kleißmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986
- Kleißmann, Christoph: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 254–270
- Kleißmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997
- Klöpffer, Rudolf: Stichwort: Stadtypologien, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumplanung, Hannover S. 911–916
- Knauer-Romani, Elisabeth: Kirchenbau in Stalinstadt, in: Barth (Hg.): Projekt Sozialistische Stadt, S. 211–218
- Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994
- Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: ApuZ B 40, 1994, S. 34–45
- Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 547–553
- Kohli, Martin: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 31–61
- Kotsch, Detlef: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung: Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin 2001
- Kotsch, Detlef: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang (Hg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 727–794
- Krabbe, Wolfgang R.: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989
- Kramm, Hans Joachim (Hg.): Der Bezirk Potsdam, Geographische Exkursionen, Gotha 1989
- Krenz, Gerhard/Stiebitz, Walter/Weidner, Claus (Hg.): Städte und Stadtzentren in der DDR. Ergebnisse und reale Perspektiven des Städtebaus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969
- Kress, Celina: Schrumpfungsprozesse versus Wachstumsparadigma in der DDR, in: Lampen, Angelika/Owzar, Armin (Hg.): Schrumpfende Städte in historischer Perspektive, Münster 2008, S. 237–277
- Kretschel, Wolfgang: Volksschwimmhalle in Anklam, in: Deutsche Architektur 5, 1969, S. 278–279
- Kuck, Dennis: „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“ Ausländische Vertragsarbeiter in der DDR, in: Behrends/Lindenberger/Poutrus: Fremde und Fremd-Sein in der DDR, S. 271–281
- Kuhn, Gerd: Suburbanisierung – Planmäßige Dezentralisierung und „wildes“ Siedeln, in: Harlander (Hg.): Villa und Eigenheim, S. 164–173
- Kulturbund der DDR: Sozialistische Lebensweise: Positionen, Probleme, Perspektiven, Berlin 1977
- Ladd, Brian: Socialist Planning and the Rediscovery of the Old City in the German Democratic Republic, in: Journal of Urban History 27, 5, 2001, S. 584–603
- Landsman, Mark: Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge/Mass/London 2005

- Langnickel, Ingeborg: Entwicklung von Hennigsdorf bei Berlin zum Industriestandort. Dissertation, Potsdam 1953
- Laux, Hans-Dieter: Demographische Folgen des Verstädterungsprozesses. Zur Bevölkerungsstruktur und natürlichen Bevölkerungsentwicklung deutscher Städtetypen 1871–1914, in: Teuteberg: Urbanisierung, S. 65–93
- Lehmann, Rainer: Entwicklung der Fußgängerbereiche in Altstädten der DDR, in: Die alte Stadt 25, 1, 1998, S. 80–99.
- Lemke, Michael (Hg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln/Weimar/Wien 2006
- Lepsius, Rainer M.: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30
- Leucht, Kurt W.: Das städtebauliche Schaffen in der Deutschen Demokratischen Republik während des ersten Fünfjahresplanes, in: Städtebau und Siedlungswesen. Forschungsinstitut für Städtebau und Siedlungswesen 2, 1955, S. 7–15
- Leupold, Bärbel: Berlin und Berliner Umland, in: Kulke, Elmar (Hg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands, Gotha 1998, S. 345–379
- Lichtenberger, Elisabeth: Stadtgeographie, Band 1: Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, Stuttgart 1986
- Liebmann, Heike: Modellfall Ludwigsfelde, in: Rietdorf (Hg.): Weiter wohnen in der Platte, S. 139–159
- Lieser-Triebnigg, Erika: Die Stellung der Gemeinden in der DDR, Melle 1988
- Lindenberger, Thomas/Sabrow, Martin: Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Deutschland Archiv 37, 1, 2004, S. 123–127
- Lindenberger, Thomas: Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur, S. 298–325
- Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999 (Zeithistorische Studien 12, Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte 1), S. 13–44
- Lindenberger, Thomas: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40, 2000, S. 5–12
- Lindenberger, Thomas: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand von „Gesellschaftsgeschichte“, in: Eppelmann/Faulenbach/Mähler (Hg.): Bilanz und Perspektiven, S. 239–245
- Lindenberger, Thomas: Volkspolizei, Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat. 1952–1968, Köln 2003
- Linke, Rolf: Innerstädtischer Reihenhausbau. Anwendungsmöglichkeiten des Einfamilien-Reihenhauses innerhalb geschlossener kleinstädtischer Bebauung, Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Bauinformation Berlin 1988
- Lorenz, Sabine/Wegrich, Kai: Lokale Ebene im Umbruch. Aufbau und Modernisierung der Kommunalverwaltung in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5, 1998, S. 29–38
- Lorenz, Sabine: Kommunaler Elitenwandel: Rekrutierung, Zusammensetzung und Qualifikationsprofil des lokalen administrativen Führungspersonals in Ostdeutschland, in: Hornbostel, Stefan (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 85–103
- Lüdtke, Alf (Hg.): Akten, Eingaben, Schaufenster: die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997
- Lüdtke, Alf (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991
- Lüdtke, Alf: Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen, in: ders./Becker, Peter (Hg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 11–26
- Ludwig, Andreas: Eisenhüttenstadt. Wandel einer industriellen Gründungsstadt in fünfzig Jahren, Potsdam 2000

- Maaß, Anita: Wohnen in der DDR. Dresden-Prohlis: Wohnungspolitik und Wohnungsbau 1975 bis 1981, München 2006
- Madarász, Jeannette Z.: Conflict and Compromise in East Germany, 1971-1989: A Precarious Stability, New York 2003
- Madarász, Jeannette Z.: Working in East Germany. Normality in a Socialist Dictatorship, 1961-79, Basingstoke 2006
- Magistrat von Groß Berlin: Staatlicher Raumordnungsplan Berlin, 1953, in: Aust, Bruno (Hg.): Berliner Pläne: 1862–1994, Berlin 2002, S. 24–26
- Materna, Ingo: Die Mark als Industriestandort im 19. und 20. Jahrhundert, in: Enders, Liselott/Neitmann, Klaus (Hg.): Brandenburgische Landesgeschichte heute, Potsdam 1999 (Brandenburgische historische Studien Bd. 4), S. 91–101
- Matthiesen, Helge: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in: Demokratie und Diktatur, 1900–1990, Düsseldorf 2000 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Nr. 122)
- Matzerath, Horst: Stand und Leistung der modernen Stadtgeschichtsforschung, in: Hesse, Joachim Jens (Hg.): Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 23–49
- May, Ruth: Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt, Dortmund 1999 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 92)
- May, Ruth: Stalinstadt. Eine Industriestadtgründung in der Konstitutionsphase der DDR, in: Barth (Hg.): Projekt Sozialistische Stadt, S. 143–152
- Mehls, Hartmut: Bau einer neuen Stadt: Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrung in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965, in: Hübner (Hg.): Niederlausitzer Industriearbeiter, S. 233–262
- Meier, Artur: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, 16/17, S. 3–14
- Melzer, Helmut: Lokale Politikforschung in der DDR zwischen Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung, in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel/Boston/Berlin 1991 (Stadtforschung aktuell 31), S. 321–335
- Merkel, Ina: Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus, in: Hübner/Tenfelde (Hg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, S. 527–554
- Merkel, Ina: Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 359–382
- Merkel, Ina: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln (u.a.) 1999 (Alltag und Kultur, Bd. 6)
- Mertens, Lothar (Hg.): Soziale Ungleichheit in der DDR. Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der SED-Diktatur, Berlin 2002 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 82)
- Mestrup, Heinz: Die Interessengemeinschaft „Territoriale Rationalisierung“ in Jena – Offizielle Netzwerkstrukturen sowie Formen informellen Zusammenwirkens, in: Schuhmann (Hg.): Vernetzte Improvisationen, S. 77–102
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a.M. 1992
- Meuschel, Sigrid: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 19, 1993, S. 5–14
- Meyer, Christine: Vom Kulturhaus zum Freizeitzentrum. Entwicklungslinien von Kulturbauten in der DDR, in: Barth (Hg.): Grammatik sozialistischer Architekturen, S. 187–198
- Michel, Harald/Schulz, Volker: Von der „Stalinallee“ zur DDR-Plattenbausiedlung. Anmerkungen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik in Berlin-Brandenburg seit 1949, in: Lemke (Hg.): Systemkonkurrenz, S. 207–224
- Mielitz, Dagmar: Grundlagen, Planungsprozesse und Perspektiven für die Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in Ludwigsfelde. Ein Beispiel für die Umstrukturierungsprobleme in den neuen Bundesländern, Berlin 1992

- Moczarski, Norbert (Hg.): Die Protokolle des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Suhl. Von der Gründung des Bezirkes Suhl im Juni 1952 bis zum 17.6.1953, Weimar 2001
- Mühlberg, Felix: Bürger, Bitten und Behörden, Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin 2004
- Müller, Werner: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28, 2001, S. 43–53
- Neckel, Sighard: Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 21, 1992, S. 252–268
- Neubert, Ehrhart: Kirchenpolitik, in: Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 363–430
- Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hg.): Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln/Weimar/Wien 1996
- Neugebauer, Gero: Zur Situation der Kommunalpolitik in der DDR, in: Spittmann-Rühle, Ilse (Hg.): Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ursachen, Inhalte, Grenzen, Wissenschaft und Politik, Köln 1989
- Neumann, Peter: Urbanität zwischen Metropole und ländlichem Raum – Die Beispiele Hennigsdorf und Ludwigsfelde, in: Eckart, Karl/Birkholz, Klaus: Berlin-Brandenburg, Raum- und Kommunalentwicklung im Spannungsfeld von Metropole, Umland und ländlichem Raum, Berlin 1999, S. 117–128
- Neumann, Peter: Zur Bedeutung von Urbanität in kleineren Industriestädten – untersucht am Beispiel von Hennigsdorf und Ludwigsfelde im Umland von Berlin, Münster 2002 (Münstersche Geographische Arbeiten, Bd. 45)
- Niedermeyer, Martin: Kleinstadtentwicklung, Würzburg 2000 (Würzburger geographische Arbeiten 93)
- Niemann, Mario: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989, Paderborn 2007
- Niemke, Walter: Fragen und Antworten zum Eigenheimbau, Berlin [Ost] 1976
- Niethammer, Lutz: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 95–115
- Niethammer, Lutz: Stadtgeschichte in einer urbanisierten Gesellschaft, in: Schieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. II: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 113–136
- Niethammer, Lutz: Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Kommunalbaumeisters (Kommunalbaumeisters) in Preußens größtem Industriedorf oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt a.M. 1979
- Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen, Berlin 1991
- Noell, Matthias/Walch, Uta: Ludwigsfelde. Die Siedlung am Heinrich-Heine-Platz: „Erste sozialistische Wohnstadt im Bezirk Potsdam“, in: Brandenburgische Denkmalpflege 1, 2000, S. 41–53
- O.V.: DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin 1974, S. 166–168
- O.V.: Ludwigsfelde. Ein großes Werk in einer jungen Stadt, Ludwigsfelde [Broschüre über die Stadt 1965]
- O.V.: Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1959
- Oberkrome, Willi: „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960) (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 47), Paderborn 2004.
- Offe, Claus: Zur Frage der „Identität der kommunalen Ebene“, in: Grauhan, Rolf-Richard (Hg.): Lokale Politikforschung, Band 2, Frankfurt a.M./New York 1975, S. 303–309
- Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau: Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003
- Ostwald, Werner: Raumordnungsreport '90. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern, Berlin 1990

- Ostwald, Werner: Zur Siedlungsweise im entwickelten Sozialismus. Fragen der objektiven Entwicklung und planmäßigen Gestaltung der Siedlungsstruktur der DDR, in: Richter (Hg.): Siedlungsstruktur im Norden der DDR, S. 9–29
- Palmowski, Jan: Regional Identities and the Limits of Democratic Centralism in the GDR, in: *Journal of Contemporary History*, 3, 2006, S. 503–526
- Palutzki, Joachim: *Architektur in der DDR*, Berlin 2000
- Papke, Gerhard: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die LDPD, in: *Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Band II/1: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1995, S. 2399–2463
- Passens, Katrin: *Der Zugriff des SED-Herrschaftsapparates auf die Wohnviertel (Beiträge zur Diktaturforschung)*, Berlin 2003
- Patzelt, Werner J./Schirmer, Roland (Hg.): *Die Volkskammer der DDR: Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002
- Pfanschmidt, Martin: *Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten*, Stuttgart/Berlin 1937
- Platt, Gerhard: Strukturwandel und räumliche Planung in der Region Ludwigsfelde, in: Hofmeister, Burkhard/Voss, Frithjof (Hg.): *Exkursionsführer zum 50. Deutschen Geographentag Potsdam 1995 (Berliner geographische Studien Band 40)*, Berlin 1995, S. 103–114
- Poutrus, Patrice G.: *Die Erfindung des Goldbroilers: über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR*, Köln [u.a.] 2002 (Zeithistorische Studien 19)
- Puhle, Matthias (Hg.): *Magdeburg 1200. Die Geschichte der Stadt von 805 bis 2005*, Ausstellungskatalog, Stuttgart 2005
- Püttner, Günter/Rösler, Albrecht: *Gemeinden und Gemeindereform in der ehemaligen DDR. Zur staatsrechtlichen Stellung und Aufgabenstruktur der DDR-Gemeinden seit Beginn der siebziger Jahre. Zugleich ein Beitrag zu den territorialen Veränderungen der Gemeinde- und Kreisgrenzen in der DDR*, Baden-Baden 1997
- Rank, Monika: *Sozialistischer Feierabend? Aspekte des Freizeitverhaltens von Industriearbeitern des Senftenberger Braunkohlereviere in den 1950er Jahren*, in: Hübner (Hg.): *Niederlausitzer Industriearbeiter*, S. 263–284
- Raschke, Brigitte: *Der Wiederaufbau und die städtebauliche Erweiterung von Neubrandenburg in der Zeit zwischen 1945 und 1989*, München 2005
- Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): *Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3*, Ludwigsfelde 1988
- Rat der Stadt Premnitz (Hg.): *Stadt Premnitz 25 Jahre. 1962 bis 1987*, Premnitz 1987
- Rat des Kreises Zossen (Hg.): *Heimatkalender für den Kreis Zossen*. Zossen, 1967, S. 96–100
- Recker, Marie-Luise: *Industrielle Stadtgründungen*, in: *IMS 1, 1994: Themenschwerpunkt: Industrielle Stadtgründungen*, S. 5–8
- Reeder, David/Rodger, Richard: *Industrialisation and the city economy*, in: *The Cambridge Urban History*, Cambridge 2000, S. 553–592
- Reichhardt, Hans J./Schäche, Wolfgang: *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der „Reichshauptstadt“ durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*, Berlin 2001
- Reif, Heinz: *Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929*, Brauweiler 1993, zwei Bände
- Reif, Heinz: *Metropolen. Geschichte, Begriffe, Methoden*. Center for Metropolitan Studies, Working Paper, Nr. 1, Berlin 2006
- Reif, Heinz: *Stadtentwicklung und Viertelbildung im Ruhrgebiet. Oberhausen 1850–1929*, in: Hardtwig, Wolfgang/Tenfelde, Klaus: *Soziale Räume in der Urbanisierung*, München 1990, S. 155–174.

- Reulecke, Jürgen: Fragestellungen und Methoden der Urbanisierungsgeschichtsforschung in Deutschland, in: Mayrhofer, Fritz (Hg.): Stadtgeschichtsforschung. Aspekte, Tendenzen, Perspektiven, Linz 1993, S. 55–68
- Reulecke, Jürgen: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1985 (Neue Historische Bibliothek)
- Reulecke, Jürgen: Moderne Stadtgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Engeli /Matzerath (Hg.): Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan, S. 21–36
- Ribbe, Wolfgang: Flüchtlinge – Vertriebene – Displaced Persons. Ihre Aufnahme, Weiterleitung bzw. Eingliederung in Berlin und Brandenburg bei Kriegsende 1945, in: Lemke (Hg.): Systemkonkurrenz, S. 145–162
- Richter, Birgit: DDR-Eigenheime: Geschichte, Preise, Maßstäbe für eine sachgerechte Bewertung auf dem Grundstücksmarkt von heute, Berlin (Dissertation) 2006
- Richter, Birgit: Wenn staatliche Regulierung auf private Bauherren traf – zur Geschichte des Bau- und Planungsrechts in der DDR, in: Umwelt und Planungsrecht 7, 2008, S. 252–256
- Richter, Hans (Hg.): Entwicklung der Siedlungsstruktur im Norden der DDR, Gotha, Leipzig 1975 (Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft, Bd. 12)
- Richter, Michael: Christlich-Demokratische Union (CDU), in: Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath: Parteien und Organisationen, S. 284–310
- Rietdorf, Werner (Hg.): Weiter wohnen in der Platte. Probleme großer Neubaugebiete in den neuen Bundesländern, Berlin 1997
- Rietdorf, Werner: Probleme der Transformation städtischen Lebens und Wohnens in kleinen und mittleren Städten der neuen Bundesländer, in: Häußermann/Neef: Stadtentwicklung in Ostdeutschland, S. 305–324
- Rietdorf, Werner: Probleme und Lösungsansätze zur Weiterentwicklung der Stadtgestalt in der Innenstadt von Ludwigsfelde, in: Institut für Städtebau und Architektur: Städtebauliche Entwicklungskonzeption Ludwigsfelde. Studie zur Stadtentwicklung im Zusammenhang mit der Lage, Struktur und Ausstattung des Stadtzentrums [Typoskript], Berlin 1991, Abschnitt 5, S. 1–23
- Rietdorf, Werner: Stadterneuerung. Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung, Berlin [Ost] 1989
- Ritter, Gerhard A.: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2, 2002, S. 171–200
- Rodger, Richard: Theory, practice and European urban history, in: ders. (Hg.): European urban history, S. 1–18
- Roesler, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 144–170
- Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. 1970–2000, Bonn 2003
- Roesler, Jörg: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Versuch einer kritischen Einschätzung, in: Deutschland-Archiv 2, 1997, S. 293–295
- Roggemann, Herwig: Kommunalrecht und Regionalverwaltung in der DDR. Einführung in das Recht der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke, Berlin 1987
- Röseler, Barbara: Zeittafel zur Geschichte von Ludwigsfelde, in: Birk, Gerhard (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 3.1, Ludwigsfelde 1989, S. 66–93
- Rosenkranz, Christa: Demographische und soziale Aspekte der gesellschaftlichen Funktion kreisangehöriger Kleinstädte, in: Architektur der DDR 7, 1988, S. 42–43
- Rosenkranz, Christa: Demographische und soziale Probleme der gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung von Kleinstädten, Berlin (Dissertation: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED) 1987
- Rosenkranz, Christa: Vergessen wir unsere kleinen Städte nicht wieder!, in: Architektur der DDR 7, 1988, S. 49
- Rosenkranz, Christa: Zur gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung kreisangehöriger Kleinstädte in der DDR, in: Architektur der DDR 7, 1988, S. 6–8

- Roß, Sabine: „Sozialistische Eliten“. Ein Tagungsbericht, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 12, 1998, S. 41–48
- Rudert, Thomas/Zückert, Hartmut (Hg.): Gemeindeleben. Dorf und kleine Stadt im östlichen Deutschland (16.–18. Jahrhundert), Köln/Weimar/Wien 2001
- Sabrow, Martin (Hg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs: der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln [u.a.] 2000 (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Bd. 3, Zeithistorische Studien; 14)
- Sabrow, Martin (Hg.): Verwaltete Vergangenheit: Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997 (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert; 1)
- Sabrow, Martin: Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Jaraus, Konrad/Sabrow, Martin: Der Weg in den Untergang, Göttingen 1999, S. 83–116
- Sauer, Heinz: Bezirk Potsdam erhält ein neues Gesicht, in: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten (Hg.): Architektur und Städtebau in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 187–197
- Saupe, Gabriele: Die Rolle der Wanderung beim Konzentrationsprozess der Bevölkerung. Dargestellt an der kleinräumigen Wanderung im Bezirk Potsdam, in: Richter (Hg.): Siedlungsstruktur im Norden der DDR, S. 185–194
- Scherf, Konrad u. a. (Hg.): DDR: Ökonomische und soziale Geographie, Gotha 1990
- Scherf, Konrad: Siedlungsstruktur, in: Eckart/Kehrer/Scherf (Hg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR, S. 179–209
- Scherf, Konrad: Zu den Wechselbeziehungen zwischen der Siedlungsstruktur und anderen territorialen Teilstrukturen der gesellschaftlichen Reproduktion in der DDR, in: Richter: Entwicklung der Siedlungsstruktur im Norden der DDR, S. 21–36
- Scherf, Konrad/Heerwagen, Dierk: Geographie der Siedlungsweise, in: Scherf (Hg.): Ökonomische und soziale Geographie, S. 111–138
- Scherzer, Landolf: Der Erste, Berlin 2002, 7. Auflage
- Scherzinger, Angela/Willinkens, Herbert: Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979 (DIW Sonderheft 128), S. 45–47
- Schier, Barbara: Alltagsleben im ‚sozialistischen Dorf‘. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster u.a. 2001
- Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik der DDR, Wiesbaden 2004, S. 28.
- Schmidt, Ralf: Zur Gebiets- und Standortplanung in der DDR auf Kreisebene, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Arbeitsmaterial. Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR, Hannover 2000, S. 57–70
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002
- Schneider, Christian: Stadtgründungen im Dritten Reich. Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie Ressortpolitik Repräsentation, München 1979
- Schneider, Eberhard: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994.
- Schneider, H.: „Dampfhammer“: Wohnsportgemeinschaft mit Tradition, in: Birk, Gerhard (Hg.): Ludwigfelder Geschichte und Geschichten, Teil 4, Ludwigfelde 1990, S. 35–36
- Schneider, Kurth/Nakath, Detlef: Demokratischer Block, Nationale Front und die Rolle und Funktion der Blockparteien, in: Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath: Parteien und Organisationen, S. 78–102
- Schnitzler, Stephan: Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozess von 1989/90 in der Stadt Erfurt, Göttingen 1996
- Schöller, Peter: Die neuen Städte der DDR im Zusammenhang der Gesamtentwicklung des Städtewesens und der Zentralität, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Ausschuss „Historische Raumforschung“ (Hg.): Stadt-Land-Beziehungen und Zentralität als Problem der historischen Raumforschung, Hannover 1974 (Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 88, Historische Raumforschung 11), S. 299–324

- Schöller, Peter: Grundsätze der Städtebildung in Industriegebieten, in: Jäger, Helmut (Hg.): Probleme des Städtewesens im industriellen Zeitalter, Köln/Wien 1978 (Städteforschung A/5), S. 99–108
- Schöller, Peter: Städtepolitik, Stadtumbau und Stadterhaltung in der DDR, Stuttgart 1986 (Schriftenreihe Erdkundliches Wissen, Heft 81)
- Schramm, Matthias: Struktur und Entwicklungsprobleme der Kleinstädte im Ballungsgebiet Halle-Leipzig, Dissertation A, Universität Halle-Wittenberg 1979
- Schroeder, Klaus: SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998
- Schröteler-von Brandt, Hildegard: Stadtbau- und Stadtplanungsgeschichte. Eine Einführung, Stuttgart 2008
- Schuhmann, Annette (Hg.): Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR (Zeithistorische Studien des ZZF, 42), Köln/Weimar/Wien 2008
- Schuhmann, Annette: „Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“ – Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betrieblicher Traditionen? in: Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln 2005, S. 271–289
- Schuhmann, Annette: Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb, Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946 bis 1970, Köln/Weimar/Wien 2006
- Schuhmann, Annette: Kulturhäuser der Gewerkschaften in Industriebetrieben der DDR der fünfziger Jahre, in: Brenner, Christiane/Heumos, Peter (Hg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1945–1968, München 2005, S. 277–304
- Schuhmann, Annette: Netzwerke lokaler Eliten in der DDR, in: Bulletin für Zeithistorische Studien 36/37, 2008, S. 53–56
- Schultz, Helga: Moderne Stadtgeschichte in der DDR, in: IMS 2, 1990, S. 5–11
- Schultz, Helga: Stadtgeschichtsforschung in der DDR, in: Stadtgeschichte als Kulturarbeit. Beiträge zur Geschichtspraxis in Berlin-Ost und -West, Berlin 1991, S. 15–22
- Schütrumpf, Jörn: „Young Town on an Old River“ Selbstverständnis und Selbstdarstellung von Stalin-stadt, in: Beier (Hg.): aufbau west – aufbau ost, S. 255–260
- Schwartz, Michael: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1, 2008, S. 101–151
- Seegers, Lu: „Schaufenster zum Westen“. Das Elbefest und die Magdeburger Kulturfesttage in den 1950er und 1960er Jahren, in: von Saldern (Hg.): Inszenierte Einigkeit, S. 107–146
- Senst, Cordelia: Reihenhaus-Eigenheimsiedlung in Ludwigsfelde, in: Architektur der DDR 6, 1983, S. 346–350
- Siebel, Walter: Einleitung. Die europäische Stadt, in: ders. (Hg.): Die europäische Stadt, Frankfurt a.M. 2004, S. 11–48
- Siebel, Walter: Urbanität, in: Hartmut Häußermann (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 2000², S. 264–272
- Sieveking, Klaus: Kommunalpolitik und Kommunalrecht in der DDR, in: Deutschland Archiv 16, 7, 1983, S. 1163–1174
- Skyba, Peter: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Vollnhals/Weber (Hg.): Der Schein der Normalität, S. 39–80
- Sombart, Werner: Das Proletariat, Frankfurt a.M. 1906
- Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996
- Springer, Philipp: Leben im Unfertigen. Die „dritte sozialistische Stadt“ Schwedt, in: Barth (Hg.): Grammatik sozialistischer Architekturen, S. 67–82
- Springer, Philipp: Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt, Berlin 2006
- Springer, Philipp: Vom Verschwinden der Zukunft. Stadthistorische Überlegungen zum Utopieverlust in der sozialistischen Stadt Schwedt, in: Timmermann (Hg.): Deutsche Fragen, S. 451–464
- Stadt Lauta Werk. Vom Heidedorf zur Industriestadt. Ein Rückblick, Bautzen [1997]

- Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 6 (neue Folge 1), Einblicke in Geschichte und Alltagsleben einer brandenburgischen Stadt, Ludwigsfelde 1994
- Staritz, Dieter: Geschichte der DDR 1949–1990, Frankfurt a.M. 1996²
- Staufenbiel, Fred: Brandenburg 87. Die Stadt und ihre Bewohner. Eine soziologische Studie zur Stadtentwicklung, Teil 1. Generelle Stadtentwicklung, Weimar 1988
- Staufenbiel, Fred: Leben in Städten. Soziale Ziele und Probleme der intensiven Stadtreproduktion – Aspekte kultursoziologischer Architekturforschung, Berlin (Ost) 1989
- Staufenbiel, Fred: Soziologische Forschung zur Entwicklung der Stadt, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 6, 1982, S. 789–797
- Stavorinus, Günter/Neundorf, Werner: Der Hochleistungsdieselmotor 20 KVD 25. Ein Beitrag zur Geschichte des Dieselmotorenbaus und der Marine der DDR, Trappenkamp/Holsten und Roßlau/Elbe 2003
- Stefan, K.: Carla Karstädt, Stadträtin für Kultur, in: Birk, Gerhard (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 4, Ludwigsfelde 1990, S. 18–19
- Stein, Martin: Stadtzentrentwicklung in der DDR. Geschichte und Perspektiven, in: Heil (Hg.): Planung zwischen DDR und BRD, S. 55–68
- Steiner, André: Betriebliche Sozialpolitik im historischen Vergleich. Die Volkswagen AG und das IFA Kombinat PKW von den 1950er bis in die 1980er Jahre, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 43/44, 2008, S. 62–63
- Steiner, André: Zwischen Frustration und Verschwendung, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hg.): Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 21–36
- Stephan, Gerd-Rüdiger/Herbst, Andreas/Krauss, Christine/Küchenmeister, Daniel/Nakath, Detlef (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002
- Sterbling, Anton: Eliten, Realitätsdeutung, Modernisierungsprobleme, Hamburg 1989
- Sterbling, Anton: Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen, Hamburg 1991
- Stolze, Wilm: Die Wohnbauten am Heinrich-Heine-Platz in Ludwigsfelde, in: Deutsche Architektur 4, 1955, S. 396–401
- Stolzenburg, Werner: Vom Dorf zur sozialistischen Wohnstadt, in: Heimatkalender des Kreises Zossen 1958, S. 103–107
- Strubel, Antje Rávic: Tupolew 134, München 2004
- Suckut, Siegfried: Die DDR-Blockparteien im Lichte neue Quellen, in: Weber, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 98–197
- Suckut, Siegfried: Vom Blocksysteem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989, in: Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen (23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 5. bis 8. Juni 1990), Köln 1990, S. 128–138
- Suckut, Siegfried/Neubert, Ehrhart/Süß, Walter/Engelmann, Roger/Eisenfeld, Bernd/Gieseke, Jens (Hg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Berlin 1995
- Szelenyi, Ivan: Urban Inequalities under State Socialism, Oxford 1983
- Teuteberg, Hans Jürgen (Hg.): Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Wien 1983
- Teuteberg, Hans Jürgen: Historische Aspekte der Urbanisierung, in: ders.: Urbanisierung, S. 2–34
- Timmermann, Heiner (Hg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin 2001 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 97)
- Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall/Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 98)
- Tober, Harry: Die jüngste Stadt der Republik, in: Sozialistische Demokratie, 9.7.1965
- Tömmel, Ingeborg: Der Gegensatz von Stadt und Land im realen Sozialismus. Reproduktion kapitalistisch geprägter Industriestrukturen durch Planwirtschaft in der DDR, Kassel 1980 (Urbs et Regio 22, 1981)

- Topfstedt, Thomas: Abschied von der Utopie. Zur städtebaulichen Entwicklung Eisenhüttenstadts seit Mitte der fünfziger Jahre, in: Beier (Hg.): aufbau west – aufbau ost, S. 89–98
- Topfstedt, Thomas: Baubezogene Kunst in der DDR – Das Beispiel Leipzig, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.): Kunst am Bau als Erbe des geteilten Deutschlands. Zum Umgang mit architekturbezogener Kunst der DDR, Berlin 2008, S. 7–19
- Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig 1988
- Topfstedt, Thomas: Städtebau und Stadtplanung in Brandenburg seit 1945, in: Landesregierung Brandenburg (Hg.): Baukunst in Brandenburg, Köln 1995, S. 238–255
- Topfstedt, Thomas: Wohnen und Städtebau in der DDR; in: Flagge, Ingeborg (Hg.): Geschichte des Wohnens, 1945 bis heute, Aufbau Neubau Umbau, Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 419–562
- Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961, Stuttgart 2003
- Ujlaki, Marina: Jüngstes Ludwigsfelder Wohngebiet nimmt Gestalt an, in: Rat des Kreises Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen, Potsdam 1990, S. 43–45
- Ulbricht, Walter: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes, Gesetz über den Siebenjahrplan 1959–1965, Berlin 1959
- Urban, Florian: Berlin, DDR – neo-historisch: Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007
- Uscher, Manfred: Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1993
- Vogel, Brigitte: Kulturelles Leben zwischen Stadt und Werk. Zirkel und Vereine, Feste und Feiern in zwei Industriestädten, in: Beier (Hg.): aufbau west – aufbau ost, S. 333–344
- Völker, Michael: Kommunalpolitik in der ehemaligen DDR – ein Sonderfall?, in: Braschos, Franz/Voigt, Rüdiger (Hg.): Kommunalpolitik in Stadt und Land. Grundlagen – Entwicklungsperspektiven – Praxis, Erfurt 1991, S. 79–89
- Völker, Michael: Zum Scheitern der Kommunalpolitik in der DDR, Siegen 1990
- Vollnhals, Clemens/Weber, Jürgen (Hg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur. München 2002
- von Beyme, Klaus: Regionalpolitik in der DDR, in: Glaeßner, Gert-Joachim (Hg.): Die DDR in der Ära Honecker. Politik, Kultur, Gesellschaft, Opladen 1988, S. 434–449
- von Oswald, Anne: „Venite a lavorare con la Volkswagen!“ „Gastarbeiter“ in Wolfsburg 1962–1974, in: Beier (Hg.): aufbau west – aufbau ost, S. 199–209
- von Plato, Alice: Feiern in der doppelten Diaspora: Leinefelde im katholischen Eichsfeld – eine „sozialistische Stadt“ oder eine „Stadt im Sozialismus“, in: von Saldern (Hg.): Inszenierte Einigkeit, S. 235–274
- von Saldern, Adelheid (Hg.): Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentation in DDR-Städten, Stuttgart 2003
- von Saldern, Adelheid: „Alte und junge Stadt“. Zur Ambivalenz der Erinnerungsorte sozialistischer Utopie in den sechziger Jahren, in: dies. (Hg.): Inszenierte Einigkeit, S. 355–394
- von Saldern, Adelheid: Die Stadt in der Zeitgeschichte. Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung, in: Die alte Stadt 18, 2, 1991, S. 127–153
- von Saldern, Adelheid: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995
- von Saldern, Adelheid: Herrschaft und Repräsentation in DDR-Städten, in: dies. (Hg.): Inszenierte Einigkeit, S. 9–58
- Vonde, Detlev: Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen 1989
- Wagner, Mathias: „Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR, Berlin 1998
- Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatorsystem der SED und anderer Parteien und gesellschaftliche Organisationen, in: Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath: Parteien und Organisationen, S. 181–189
- Wagner, Matthias: Gerüst der Macht. Das Kadernomenklatorsystem als Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: Bauerkämper/Danyel/Hübner/Roß: Gesellschaft ohne Eliten?, S. 87–108

- Wagner, Richard: Garnisonsstadt Ludwigsfelde, in: Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde Geschichte und Geschichten, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 60–66
- Wagner-Kyora, Georg: Loyalität auf Zeit. Zur Identität der Management-Elite der DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren. Am Beispiel der Buna-Werke in Schkopau, in: Hübner: Eliten im Sozialismus, S. 299–308
- Walter, Michael: „Es ist Frühling, und wir sind (so) frei“, LDP(D), NDPD, DFD und FDJ der DDR 1989/90, Würzburg 1998
- Walter, Michael: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Stephan/Herbst/Krauss/Küchenmeister/Nakath: Parteien und Organisationen, S. 366–401
- Wappler, Günther: Der gebremste Lastkraftwagen. Entwicklung und Produktion der Lkw W 50 und L 60 in Ludwigsfelde, Aue 2006, 5. Aufl.
- Weber, Hermann: DDR Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991
- Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, München 2000 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Band 20), 3. überarb. und erw. Auflage
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 2000, 2. Aufl.
- Weber, Hermann: Zum Stand der DDR-Forschung über die DDR-Geschichte, in: Deutschland-Archiv 2, 1998, S. 249–257
- Weber, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Fünfter Band Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949 – 1990, München 2008 (Studienausgabe) S. 354–359
- Weigel, Wolfgang: Sozialistische Umgestaltung der Städte, komplexe Rationalisierung und Generalbebauungsplanung – eine Einheit, in: Deutsche Architektur 15, 1966, S. 710–711
- Welsh, Helga A.: Kaderpolitik auf dem Prüfstand. Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989, in: Hübner: Eliten im Sozialismus, S. 107–129
- Werner, Frank: Ballungsraum Berlin. Raumstrukturen und Raumvorstellungen, Berlin 1990 (Schriftenreihe Beiträge und Materialien zur Regionalen Geographie Heft 4)
- Werner, Frank: Die Raumordnungspolitik der DDR, Hannover 1985
- Werner, Frank: Stadt, Städtebau und Architektur in der DDR. Aspekte der Stadtgeographie, Stadtplanung und Forschungspolitik, Erlangen 1981
- Werner, Michael: Heinrich Heine, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, München 2001, S. 484–501
- Werner, Steffen: Der VEB Instandsetzungsbetrieb Ludwigsfelde, in: Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde Geschichte und Geschichte, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 27–31
- Wernicke, Horst: Greifswald, Geschichte der Stadt, Schwerin 2000
- Wiebel, Elfriede: Die Städte am Rande Berlins, Remagen 1954 (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 65)
- Wiesener, Albrecht: Verheißungen einer sozialistischen Zukunft? Der Bau Halle-Neustadts aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive, in: Bernhardt/Wolfes (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung, S. 229–255
- Wilczek, Annette: Einkommen, Karriere, Versorgung. Das DDR-Kombinat und die Lebenslage seiner Beschäftigten, Berlin 2004
- Wilhelm, Karin: Walter Gropius, in: Ribbe, Wolfgang/Schäche, Wolfgang (Hg.): Baumeister Architekten Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins, Berlin 1987, S. 427–452
- Wimmer, Martin: Die Entwicklung des Sports und neue Aufgaben für Städtebau und Architektur, in: Deutsche Architektur 5, 1969, S. 263–264
- Wischermann, Clemens: Germany, in: Rodger, Richard (Hg.): European urban history. Prospect and Retrospect, Leicester, London 1993, S. 151–169
- Wolfes, Thomas: Industriestädte in der SBZ/DDR 1945–1989/90. Stadtentwicklung, Kommunalpolitik und urbanes Leben in einer „durchherrschten Gesellschaft“. Ein Forschungsprojekt, in: Zeitgeschichte regional 2, 2001, S. 109–111
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971– 1989, Bonn 1999 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 349)

- Wunderlich, Albert: Der Runde Tisch in Ludwigsfelde, in: Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde. Geschichte und Geschichten, Teil 6 (neue Folge 1), Einblicke in Geschichte und Alltagsleben einer brandenburgischen Stadt, Ludwigsfelde 1994, S. 36–45
- Wurms, Christoph: Raumordnung und Territorialplanung in der DDR. Untersuchungen zur Entwicklung von Territorialstruktur, Planungsorganisation und Raumwissenschaft in der DDR, Dortmund 1976
- Zeucher, Gerd: Stadtgestaltung, Berlin [Ost] 1989
- Zimm, Alfred (Hg.): Berlin und sein Umland. Eine geographische Monographie, Gotha 1990, 3. Aufl.
- Zimmer, Gerhard: Vom IFA W 50 zum IFA L 60, in: Rat der Stadt Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde Geschichte und Geschichten, Teil 3, Ludwigsfelde 1988, S. 7–17
- Zimmer, Gerhard: Vom IFA W 50 zum IFA L 60, in: Rat des Kreises Zossen (Hg.): Heimatkalender für den Kreis Zossen 1988, Zossen 1987, S. 46–48
- Zimmermann, Clemens: Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne, in: IMS 2, 1999, S. 5–11
- Zimmermann, Clemens: Die Kleinstadt in der Moderne, in: ders. (Hg.): Kleinstadt in der Moderne, Ostfildern 2003 (Stadt in der Geschichte; Bd. 31), S. 9–28
- Zimmermann, Clemens: Die Kleinstadt in der Moderne, Ostfildern 2003 (Stadt in der Geschichte; Bd. 31)
- Zimmermann, Clemens: Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt a.M. 1996
- Zimmermann, Clemens: Wohnungspolitik – Eigenheime für alle? in: Harlander (Hg.): Villa und Eigenheim, S. 330–349
- Zimmermann, Clemens/Reulecke, Jürgen: Zwölf Bemerkungen zur Stadt- und Urbanisierungsgeschichte, in: IMS 1, 2002, S. 62–69
- Zimmermann, Hartmut u.a.: DDR Handbuch, Bonn 1985
- Zirkel der Historiker und Chronisten, Klubhaus „Arthur Ladwig“ Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelde gestern heute morgen 1964, Ein Querschnitt aus der Entwicklungsgeschichte – geschrieben von den Einwohnern, Velten 1964
- Zwahr, Hartmut: DDR-Kulturpolitik in neuer Sicht, Kommentar, in: Kocka/Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte, S. 170–173

III. Interviews

- Herr Harald Kallmeyer (ehemals Sekretär des Rates, ehemals Bürgermeister 1988/89) 14.3.2003
- Herr Paul Beileke (ehemals Sekretär des Rates der Stadt, später 1. Stellvertreter für Planung im Rat der Stadt) 17.3.2003
- Herr Gerhard Birk (ehemaliger Ortschronist) x 19.7.2001
- Herr W. (Mitglied im evangelischen Gemeindefkirchenrat) 17.3.2003
- Herr R. (Mitarbeiter Stadtmuseum) 14.3.2003
- Frau Ines Krause (vor 1989 Leiterin der Kleinen Galerie in Ludwigsfelde, heute Leiterin Stadtmuseum und Stadtarchiv) 11.7.2002
- Herr Rolf Schmidt (Bürgermeister Ludwigsfelde 1979–1983, später Mitglied Rat des Kreises Zossen) 2.10.2003
- Frau Carla Karstädt (ehemals Rat der Stadt, LDPD, Kultur, bis 2007 Leiterin des Kulturhauses in Ludwigsfelde) 14.8.2003
- Frau G. (ehemals Lehrerin, Mitglied Geschichtsverein Ludwigsfelde) 18.3.2003
- Herr Werner Kohl (Werksleiter Autowerk 1963-1969) 21.8.2003

Abbildungsnachweis

- Abb. Titelbild, 8, 15, 18, 26, 28: Photographischer Verlag Reinhard Kallmer, Zwickau (keine Angabe der Fotografen, Sammlung Benke)
- Abb. 1: Topographischer Stadtplan 1:25.000 der DDR, N 33 135 A b und B a Stand 1985 (mit eigenen Ergänzungen)
- Abb. 2: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1979, Plan Bezirk und Kreis, o.S., mit eigenen Ergänzung
- Abb. 3, 6, 9: Wissenschaftliche Sammlungen des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner
- Abb. 4, 0, 30, 32, 42, 43, 44, 45, 46, 47: eigene Darstellung Carsten Benke
- Abb. 5: VEB Bild und Heimat, Reichenbach, Foto Kühn (Sammlung Carsten Benke)
- Abb. 10: Deutsche Architektur, 9, 1955, S. 398
- Abb. 11: VEB Bild und Heimat, Reichenbach, Foto Mohn (Sammlung Benke)
- Abb. 12: StadtAL, ohne Aktennummer, Plan Kulturzentrum Ludwigsfelde 1952,
- Abb. 13, 14: StadtAL 654 Akte Zentraler Platz
- Abb. 16, 19, 33, 38, 50: Stadtarchiv Ludwigsfelde, Fotosammlung
- Abb. 17: BLHA Bez. Pdm. Rep. 401, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 27725: Verwaltungsgebäude Ludwigsfelde [wohl in falscher Akte eingeordnet].
- Abb. 19, 24 Birk, Gerhard: Der weite Weg zum Rathaus, in: Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 7, Ludwigsfelde 1999, S: 51, S. 52
- Abb. 20, 27, 31, 37: Eigene Darstellung (auf Basis durchgezeichneter amtlicher Pläne)
- Abb. 21: Heinz Sauer: Bezirk Potsdam erhält ein neues Gesicht, in: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten (Hg.): Architektur und Städtebau in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 197
- Abb. 22, 23 BLHA Bez. Pdm. Rep. 406, Büro für Städtebau Nr. 553, Teilbebauungsplan Potsdamer Straße in Ludwigsfelde 1959, Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam, Abteilung Stadt- und Dorfplanung
- Abb. 25 BLHA Bez. Pdm. Rep. 406 Büro für Städtebau Potsdam Nr. 753, Stadtbebauungsplanskizze, 24.1.1964
- Abb. 29, 48: VEB Bild und Heimat, Reichenbach, Foto Zoepffel (Sammlung Benke)
- Abb. 34: BArch (Foto Sindermann März 1982)
- Abb. 35: StadtAL Ludwigsfelde, ohne Aktennummer Plan: Büro für Städtebau: Ludwigsfelde Nord, Leitlinienplan 1980
- Abb. 36: Stadtverwaltung Ludwigsfelde (Hg.): Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten, Teil 6 (neue Folge 1), Einblicke in Geschichte und Alltagsleben einer brandenburgischen Stadt, Ludwigsfelde 1994, S. 9
- Abb. 39: Architektur der DDR, 6, 1983, S. 350
- Abb. 0: KreisATF VI 7465, Büro für Städtebau, Generalbebauungsplan Ludwigsfelde
- Abb. 41: BLHA Bez. Pdm. Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 33116, Büro für Städtebau, Ludwigsfelde, Wohnkomplex Nord, TK III, 1. und 2. BA, Bebauungsplan mit Freiflächen, Januar 1988
- Abb. 49, 52, 53: Aufnahmen Carsten Benke
- Abb. 51, 54: Bildarchiv Horst Riederer, Nr. 3395, 5633
- Abb. 55: KreisATF Cn Nr. 573 Materialsammlung für Chronik der Stadt Ludwigsfelde
- Abb. 56: JT – John Thomson & Partners (Hg.): Planungswochenende Ludwigsfelde „Unser Zentrum – unsere Zukunft“. International Community Planning Weekend. 22.–26. August 1996, Ludwigsfelde 1996, Titelbild
- Abb. 57: Stadtverwaltung Ludwigsfelde
- Abb. Innenstadtplan und Stadtplan im Anhang: Stadtverwaltung Ludwigsfelde und Städte-Verlag Wagner & Mitterhuber, Stand ca. 1999 (bearbeitet)

Danksagung

Wesentliche Grundlagen der vorliegenden Arbeit wurden im Rahmen eines von der Volkswagenstiftung unterstützten Projektes erarbeitet. Das Forschungsprojekt „Industriestädte in der SBZ/DDR“ wurde von Mitte 2001 bis Anfang 2004 gemeinsam von der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte der Technischen Universität Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Heinz Reif und dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner unter der Leitung von Dr. Christoph Bernhardt durchgeführt.

Meinen Kollegen im Forschungsprojekt, Philipp Springer und Thomas Wolfes, gebührt mein Dank für die gute Zusammenarbeit und die gemeinsamen Anstrengungen, aus denen heraus schließlich jeder seinen eigenen Zugang zur ostdeutschen Industriestadtgeschichte entwickelt hat. Für zahlreiche Anregungen bei der Fertigstellung der Arbeit bin ich besonders Frank Roost, Fabian Walter und meiner Schwester Meike Benke zu Dank verpflichtet. Den Mitarbeitern der verschiedenen Archive, die mich bei meiner Arbeit unterstützt haben, möchte ich ebenso nachdrücklich danken wie allen heutigen und ehemaligen Mitarbeitern der Ludwigsfelder Verwaltung und Betriebe und den Bewohnern des Ortes, die mir für Interviews oder Gespräche zur Verfügung gestanden haben. Mein größter Dank gilt meiner Freundin Mandy Rogaczewski für ihren jahrelangen Beistand und ihre unendliche Geduld, ohne die die Beendigung dieser Arbeit niemals möglich gewesen wäre.

Gewidmet ist die Arbeit meiner 2007 viel zu früh verstorbenen Mutter Veronika Benke und meiner 2008 geborenen Tochter Carolin Veronika.